NAOMI KLEIN

DIE
SCHOCK
STRATEGIE
Der Aufstieg des
Katastrophen-Kapitalismus
S. FISCHER

Erst Schock durch Krieg oder Katastrophe, dann der so genannte Wiederaufbau. Es funktioniert immer nach den gleichen Mechanismen. Wo vor dem Tsunami Fischer ihren Lebensunterhalt verdienten, stehen heute luxuriöse Hotelresorts, im Irak wurden nach dem Krieg die Staatsbetriebe und die Ölwirtschaft neu verteilt – an westliche Konzerne. Existenzen werden vernichtet, es herrscht Wild-West-Kapitalismus der reinsten Sorte.

Naomi Klein, Autorin des Weltbestsellers »No Logo«, weist in ihrem beeindruckenden Buch nach, wie der Siegeszug der neoliberalen Ideologie in den letzten dreißig Jahren auf extremer Gewalt, auf Katastrophen und sogar auf Folter beruht, um die ungezügelte Marktwirtschaft rund um die Welt von Lateinamerika über Osteuropa und Russland bis nach Südafrika und in den Irak durchzusetzen.

NAOMI KLEIN

DIE SCHOCK-STRATEGIE

DER AUFSTIEG DES KATASTROPHEN-KAPITALISMUS

Aus dem Englischen übersetzt
von Hartmut Schickert, Michael Bischoff
und Karl Heinz Siber

S. FISCHER

Die Übersetzung wurde gefördert vom
Canada Council for the Arts.

Die Originalausgabe erschien 2007 unter dem Titel
»The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism«
in den Verlagen Metropolitan Books, New York, und Knopf Canada, Toronto.
© Naomi Klein 2007
Für die deutsche Ausgabe:
© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2007
Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-10-039611-2

2008

Für Avi, einmal mehr

»Alle Veränderungen sind nur Änderungen des Themas.«
César Aira, argentinischer Schriftsteller,
Cumpleaños, 2001

Einleitung
Blank Is Beautiful: Drei Jahrzehnte des weltweiten Plattmachens und Wiederaufbauens 11

Teil I
Zwei Dr. Schocks: Forschung und Entwicklung 45
1. Das Folterlabor: Ewen Cameron, die CIA und die wahnsinnigen Versuche, den menschlichen Geist auszulöschen und neu zu erschaffen 47
2. Der andere Dr. Schock: Milton Friedman und die Suche nach einem Laissez-faire-Labor 91

Teil II
Der erste Test: Geburtswehen 133
3. Schockzustände: Die blutige Geburt der Gegenrevolution 135
4. Reinen Tisch machen: Der Terror tut seine Schuldigkeit 177
5. »Keinerlei Zusammenhang«: Wie eine Ideologie von ihren Verbrechen gesäubert wurde 209

Teil III
Demokratie überleben: Aus Gesetzen gemachte Bomben 231
6. Von einem Krieg gerettet: Der Thatcherismus und die nützlichen Feinde 233

7. Der neue Dr. Schock:
Wirtschaftskrieg statt Diktatur 253
8. Krisen leisten ganze Arbeit:
Das Paket der Schocktherapie 276

Teil IV
Verloren im Niemandsland:
Als wir weinten, als wir zitterten, als wir tanzten 301
9. Die Geschichte abwürgen:
Eine Krise in Polen, ein Massaker in China 303
10. Demokratie in Ketten geboren: Südafrikas eingeschränkte Freiheit 344
11. Scheiterhaufen einer jungen Demokratie: Russland wählt die »Pinochet-Option« 386
12. Das kapitalistische Id: Russland und die neuen Flegeljahre des freien Marktes 435
13. Lasst es brennen: Die Plünderung Asiens und der »Fall einer zweiten Berliner Mauer« 465

Teil V
Schockierende Zeiten:
Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus 499
14. Schocktherapie in den USA:
Die Heimatschutz-Blase 501
15. Ein korporatistischer Staat:
Die Drehtür wird durch ein großes Tor ersetzt 547

Teil VI
Der Kreis schließt sich: Irak im Hyperschock 575
16. Die Auslöschung des Irak: Auf der Suche nach einem »Modell« für den Nahen Osten 577
17. Ideologischer Bumerang: Eine sehr kapitalistische Katastrophe 606
18. Über das Ziel hinaus: Von der Tabula rasa zur verbrannten Erde 643

Teil **VII**
Der Export der Grünen Zone: Sicherheitsabstände und Bombenschutzmauern 687
19. Freigeräumte Strände: Der »zweite Tsunami« 689
20. Katastrophen-Apartheid: Eine Welt der Grünen und Roten Zonen 729
21. Israel als Warnung: Wenn der Frieden sich nicht mehr lohnt 764

Schluss
Der Schock nutzt sich ab: Das Wiedererstarken des Volkes 801

Anmerkungen 847
Danksagungen 966
Personen- und Sachregister 977

BLANK IS BEAUTIFUL

DREI JAHRZEHNTE DES WELTWEITEN PLATTMACHENS UND WIEDERAUFBAUENS

Die Erde war in Gottes Augen verdorben, sie war voller Gewalttat. Gott sah sich die Erde an: Sie war verdorben; denn alle Wesen aus Fleisch auf der Erde lebten verdorben. Da sprach Gott zu Noah: Ich sehe, das Ende aller Wesen aus Fleisch ist da; denn durch sie ist die Erde voller Gewalttat. Nun will ich sie zugleich mit der Erde verderben.

Genesis 6, 11–13

Schock und Entsetzen führen zu Ängsten, Gefahren und Zerstörungen, die den Menschen insgesamt, spezifischen Elementen / Sektoren der bedrohten Gesellschaft oder ihrer Führung unverständlich sind. Die Natur kann in Form von Tornados, Hurrikanen, Erdbeben, Überschwemmungen, Feuersbrünsten, Hunger oder Krankheiten Schock und Entsetzen auslösen.

Shock and Awe: Achieving Rapid Dominance,
die Militärdoktrin der USA gegen den Irak[1]

Jamar Perry lernte ich im September 2005 bei der großen Baracke des Roten Kreuzes in Baton Rouge, Louisiana, kennen. Er stand um Essen an, das von grinsenden jungen Scientologen ausgeteilt wurde. Ich war gerade dazu verdonnert worden, ohne Medieneskorte mit Evakuierten zu sprechen, und versuchte jetzt mein Bestes, um in der Menge nicht aufzufallen – als weiße Kanadierin in einem Meer afroamerikanischer Südstaatler. Ich schlüpfte hinter Perry in die Essensschlange und bat ihn, mit mir zu reden, als wären wir alte Bekannte, was er netterweise auch tat.

Er war in New Orleans geboren und aufgewachsen und vor einer Woche aus der überschwemmten Stadt herausgekommen. Er wirkte wie 17, sagte mir aber, er sei 23. Er und seine Familie hatten endlos auf die Evakuierungsbusse gewartet; als keine kamen, hatten sie sich unter der sengenden Sonne zu Fuß auf den Weg gemacht. Schließlich landeten sie hier, in einer ausladenden Mehrzweckhalle, wo normalerweise Pharmaziemessen oder »Capital City Carnage: The Ultimate in Steel Cage Fighting« stattfinden; jetzt drängten sich hier 2000 Kinderbettchen und Unmengen wütender, erschöpfter Menschen, zwischen denen nervöse Soldaten der Nationalgarde patrouillierten, die gerade aus dem Irak zurückgekehrt waren.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich an jenem Tag die Nachricht, dass Richard Baker, ein prominenter Republikaner und Kongressabgeordneter aus New Orleans, zu Lobbyisten gesagt hatte: »Endlich ist New Orleans von den Sozialwohnungen gesäubert. Wir konnten das nicht tun, aber Gott hat es

getan.«[2] Joseph Canizaro, einer der reichsten Bauunternehmer der Stadt, hatte gerade eine ähnliche Ansicht geäußert: »Ich denke, wir haben jetzt einen schönen reinen Tisch zum Neuanfang. Und auf diesem Tisch erwarten uns ein paar sehr große Gelegenheiten.«[3] Die ganze Woche über hatten sich im Parlamentsgebäude des Staates Louisiana in Baton Rouge die Unternehmenslobbyisten die Klinke in die Hand gegeben, um diese großen Gelegenheiten abzusichern: niedrigere Steuern, weniger Vorschriften, billigere Arbeitskräfte und eine »kleinere, sicherere Stadt« – was in der Praxis bedeutete, die Sozialwohnungsprojekte aufzugeben und stattdessen Appartementhäuser und Eigentumswohnungen zu bauen. Wenn man all das Gerede von »Neuanfang« und »reinem Tisch« hörte, konnte man fast das giftige Gebräu von Trümmern, ausgelaufenen Chemikalien und menschlichen Überresten ein paar Kilometer weiter südlich vergessen.

Drüben bei der Baracke konnte Jamar an nichts anderes denken. »Als ein Großreinemachen in der Stadt betrachte ich das wirklich nicht. Ich sehe, dass eine Menge Menschen in den Außenbezirken umgekommen sind. Menschen, die nicht hätten sterben müssen.«

Er sprach mit ruhiger Stimme, aber ein älterer Mann in der Schlange vor uns hatte mitgehört und fuhr herum: »Was ist los mit den Leuten da in Baton Rouge? Das ist keine Gelegenheit. Es ist eine gottverdammte Tragödie. Sind die blind?«

Eine Mutter mit zwei Kindern stimmte ein: »Nein, die sind nicht blind, sie sind bösartig. Für die ist das einfach prima.«

Auch Milton Friedman zählte zu denen, die die Fluten von New Orleans als Chance betrachteten; Friedman war der

Oberguru des skrupellosen Kapitalismus und der Mann, der das Regelwerk für die gegenwärtige, hypermobile Weltwirtschaft verfasste. Trotz seiner 93 Jahre und seiner nachlassenden Gesundheit fand »Onkel Miltie«, wie ihn seine Anhänger nannten, noch die Kraft, drei Monate nach dem Bruch der Dämme einen Aufmacher für *The Wall Street Journal* zu verfassen. »Die meisten Schulen von New Orleans liegen in Trümmern«, schrieb Friedman, »genau wie die Häuser der Kinder, die sie besuchten. Diese Kinder sind jetzt über das ganze Land verstreut. Das ist eine Tragödie. Es ist aber auch eine Gelegenheit, das Bildungssystem radikal zu reformieren.«![4]

Friedmans radikale Idee bestand darin, einen Teil der Milliarden von Hilfsgeldern nicht in den Wiederaufbau und die Verbesserung des öffentlichen Schulwesens von New Orleans zu stecken; vielmehr sollte die Regierung den Familien vom Staat subventionierte Gutscheine geben, die sie dann bei privaten, meist profitorientierten Einrichtungen einlösen könnten. Entscheidend sei, führte Friedman aus, dass diese grundsätzliche Änderung des Schulsystems nicht als Behelfsmaßnahme, sondern als »permanente Reform« gesehen werde.[5]

Ein Netzwerk rechtslastiger Denkfabriken griff Friedmans Vorschlag auf und fegte nach dem Sturm über die Stadt. Die Regierung von George W. Bush unterstützte mit zig Millionen Dollar deren Pläne, die Schulen von New Orleans in »Charter Schools« umzuwandeln, bei denen es sich um eigentlich öffentliche Schulen handelt, die von privaten Betreibern nach deren eigenen Regeln geleitet werden. Charter Schools spalten die Bevölkerung der Vereinigten Staaten zutiefst, vor allem aber in New Orleans, wo viele afroamerikanische Eltern sie als Mittel betrachten, die Errungenschaften der Bürgerrechts-

bewegung rückgängig zu machen, die allen Kindern denselben Bildungsstandard garantierten. Milton Friedman hingegen glaubte, der Staat hätte im Schulwesen nichts verloren.

Seiner Ansicht nach beschränken sich die Funktionen des Staates darauf, »unsere Freiheit zu schützen, insoweit sie von außerhalb bedroht ist und insoweit sie unsere Mitbürger verletzen könnten: also für Gesetz und Ordnung zu sorgen, die Einhaltung privater Verträge zu überwachen, für Wettbewerb auf den Märkten zu sorgen«.[6] Anders formuliert: Polizei und Streitkräfte zu unterhalten – alles andere, auch kostenlose Bildung, wäre eine nicht gerechtfertigte Einmischung in den Markt.

Im scharfen Gegensatz zu dem Gletschertempo, mit dem die Dämme repariert und das Stromnetz wieder in Gang gebracht wurden, wurde das Schulsystem von New Orleans mit militärischer Eile und Präzision verauktioniert. Binnen 19 Monaten – während die Armen der Stadt noch größtenteils evakuiert waren – wurde das öffentliche Schulsystem nahezu vollständig durch privat betriebene Charter Schools ersetzt. Vor dem Hurrikan Katrina verwaltete die Schulbehörde 123 öffentliche Schulen, jetzt waren es nur noch vier. Vor dem Sturm hatte es sieben Charter Schools in der Stadt gegeben, jetzt waren es 31.[7] Einst wurden die Lehrer von New Orleans von einer starken Gewerkschaft vertreten, jetzt kam der Tarifvertrag in den Reißwolf, und alle 4700 Mitglieder wurden gefeuert.[8] Einige jüngere Lehrer wurden – bei reduziertem Gehalt – von den Charter Schools wieder eingestellt, die meisten aber nicht.

New Orleans war jetzt, wie *The New York Times* schrieb, »das bekannteste Labor des Landes für den umfassenden Einsatz von Charter Schools«, während das American Enter-

prise Institute, eine Friedman'sche Denkfabrik, sich begeisterte: »Katrina vollbrachte in einem Tag … was den Schulreformern von Louisiana in jahrelangen Versuchen nicht gelungen war.«[9] Die Lehrer öffentlicher Schulen mussten währenddessen zusehen, wie für die Flutopfer gesammeltes Geld abgezweigt wurde, um ein öffentliches System auszuradieren und es durch ein privates zu ersetzen; Friedmans Plan bezeichneten sie als »pädagogische Enteignung«.[10]

Solche konzertierten Überfälle auf die öffentliche Sphäre nach verheerenden Ereignissen und die Haltung, Desaster als entzückende Marktchancen zu begreifen, nenne ich »Katastrophen-Kapitalismus«.

Friedmans Aufmacher über New Orleans war sein letzter öffentlicher Rat an die Politik; kein Jahr später, am 16. November 2006, starb er im Alter von 94 Jahren. Das Schulsystem einer mittelgroßen, verwüsteten amerikanischen Stadt zu privatisieren, erscheint als eher bescheidenes Betätigungsfeld für einen Mann, der als der einflussreichste Wirtschaftswissenschaftler des letzten halben Jahrhunderts gerühmt wurde und zu dessen Schülern mehrere US-Präsidenten, britische Premierminister, russische Oligarchen, polnische Finanzminister, Dritte-Welt-Diktatoren, Sekretäre der Kommunistischen Partei Chinas, Direktoren des Internationalen Währungsfonds und die letzten drei Chefs der US-Notenbank zählten. Doch seine Entschlossenheit, die Krise in New Orleans dazu zu nutzen, eine fundamentalistische Version von Kapitalismus voranzubringen, war auch ein merkwürdig passender Abgang des grenzenlos energiegeladenen, 1,58 Meter großen Professors, der sich in seiner Glanzzeit als »altmodischen Prediger, der eine Sonntagsrede hält«, beschrieb.[11]

Mehr als drei Jahrzehnte lang hatten Friedman und seine mächtigen Anhänger genau diese Strategie perfektioniert: Auf eine große Krise oder einen Schock warten, dann den Staat an private Interessenten verfüttern, solange die Bürger sich noch vom Schock erholen, und schließlich diesen »Reformen« rasch Dauerhaftigkeit verleihen.

In einem seiner einflussreichsten Texte stellte Friedman das auf, was ich mittlerweile als das strategische Kerndogma seiner Bewegung bezeichne: die Schockdoktrin. Er stellte fest: »Nur eine Krise – eine tatsächliche oder empfundene – führt zu echtem Wandel. Wenn es zu einer solchen Krise kommt, hängt das weitere Vorgehen von den Ideen ab, die im Umlauf sind. Das ist meiner Ansicht nach unsere Hauptfunktion: Alternativen zur bestehenden Politik zu entwickeln, sie am Leben und verfügbar zu halten, bis das politisch Unmögliche politisch unvermeidlich wird.«[12] Manche Menschen bereiten sich auf kommendes Unheil vor, indem sie Konserven und Trinkwasser horten, Friedman-Anhänger bevorraten Konzepte der freien Marktwirtschaft. Und wenn die Krise erst einmal da ist, davon war der Professor der University of Chicago überzeugt, kommt es vor allem darauf an, schnell zu handeln, der krisengeschüttelten Gesellschaft rasche und unumkehrbare Veränderungen aufzuzwingen, ehe sie wieder in die »Tyrannei des Status quo« zurückfallen kann. Er schätzte: »Eine neue Regierung hat ungefähr sechs bis neun Monate Zeit, um tiefgreifende Veränderungen zu erreichen; nutzt sie die Gelegenheit nicht, während dieses Zeitraums entscheidend zu handeln, wird sie sie nicht noch einmal bekommen.«[13] Diese Abwandlung von Machiavellis Ratschlag, Gewalttaten alle auf einmal zu begehen, erwies sich als der langlebigste Teil von Friedmans strategischem Erbe.

Wie man eine große Krise oder einen Schock ausnutzt, lernte Friedman Mitte der siebziger Jahre, als er den chilenischen Diktator General Augusto Pinochet beriet. Nach Pinochets blutigem Militärputsch befanden sich die Chilenen nicht nur in einem Schockzustand, das Land war auch durch eine schwere Hyperinflation traumatisiert. Friedman empfahl Pinochet einen Umbau der Wirtschaft im Schnellfeuertempo – Steuerkürzungen, Freihandel, Privatisierung von Dienstleistungen, Einschnitte bei den Sozialausgaben und Deregulierung. Und dann mussten die Chilenen auch noch mit ansehen, wie ihre öffentlichen Schulen durch private ersetzt wurden, die sich über Gutscheine finanzierten. Es war der extremste kapitalistische Umbau, der irgendwo jemals versucht worden war, und er wurde als die Revolution der Chicagoer Schule bekannt, da so viele von Pinochets Wirtschaftsexperten bei Friedman an der University of Chicago studiert hatten. Friedman sagte voraus, dass das Tempo, die Plötzlichkeit und die Bandbreite der Veränderungen psychologische Reaktionen in der Öffentlichkeit provozieren würden, die »die Anpassung erleichtern«.[14] Für sein schmerzhaftes Vorgehen prägte er den Ausdruck: wirtschaftliche »Schockbehandlung«. Wann immer in den Jahrzehnten seither Regierungen einen umfassenden Wechsel zur freien Marktwirtschaft durchgesetzt haben, war die Schockbehandlung oder »Schocktherapie« die Methode der Wahl.

Pinochet erleichterte die Maßnahmen mit seinen eigenen Schockbehandlungen; diese wurden in den vielen Folterkammern des Regimes den geschundenen Körpern jener zuteil, die sich vermutlich am ehesten dem kapitalistischen Umbau in den Weg gestellt hätten. In Südamerika sahen viele einen direkten

Zusammenhang zwischen den Wirtschaftsschocks, die Millionen arm machten, und der Welle von Folter, mit der Hunderttausende bestraft wurden, die an eine andere Form von Gesellschaft glaubten. In Uruguay fragte der Schriftsteller Eduardo Galeano: »Wie läßt sich aber denn diese Ungleichheit aufrechterhalten, wenn nicht mit Hilfe von Elektroschocks.«[15]

Genau 30 Jahre nachdem diese drei Formen von Schock über Chile gekommen waren, tauchte die Formel viel brutaler im Irak wieder auf. Erst kam der Krieg, der laut den Autoren der Shock-and-Awe-Militärdoktrin dazu diente, »den Willen des Gegners, seine Wahrnehmung und sein Denken zu kontrollieren und ihn buchstäblich impotent zu agieren oder zu reagieren zu machen«.[16] Dann kam die radikale wirtschaftliche Schocktherapie, die dem noch in Flammen stehenden Land vom amerikanischen Chefgesandten L. Paul Bremer aufgezwungen wurde – massenhafte Privatisierungen, vollständiger Freihandel, eine Steuerpauschale von 15 Prozent, eine drastisch zurückgestutzte Regierung. Der irakische Interims-Handelsminister Ali Abdul-Amir Allawi sagte damals, seine Landsleute seien es »leid, Gegenstand von Experimenten zu sein. Dem System wurden schon genügend Schocks versetzt, also brauchen wir diese Schocktherapie in der Wirtschaft nicht auch noch.«[17] Iraker, die Widerstand leisteten, wurden zusammengetrieben und in Gefängnisse gebracht, wo ihre Körper und Köpfe noch mehr Schocks trafen, die diesmal eindeutig nicht metaphorischer Natur waren.

Vor vier Jahren, kurz nachdem der Irak besetzt worden war, habe ich begonnen zu erforschen, inwieweit der freie Markt von der Macht des Schocks abhängt. Nachdem ich aus Bagdad

über Washingtons fehlgeschlagene Versuche berichtet hatte, auf Schock und Entsetzen die Schocktherapie folgen zu lassen, reiste ich nach Sri Lanka, das einige Monate zuvor von dem verheerenden Tsunami des Jahres 2004 getroffen worden war, und wurde Zeugin desselben Manövers: Ausländische Investoren und internationale Kreditgeber nutzten gemeinsam die Panik und spielten die gesamte wunderschöne Küste Unternehmern in die Hände, die dort rasch große Hotelkomplexe bauen wollten, dazu mussten Hunderttausende von Fischern daran gehindert werden, ihre Dörfer dicht am Wasser wiederaufzubauen. »Aus einer grausamen Laune des Schicksals heraus hat die Natur Sri Lanka eine einzigartige Gelegenheit eröffnet, und aus dieser Tragödie wird ein Urlaubsziel von Weltklasse hervorgehen«, verkündete die Regierung von Sri Lanka.[18] Als dann Hurrikan Katrina New Orleans traf und das Gemenge von Republikanischen Politikern, Denkfabriken und Grundstücksaufkäufern von reinen Tischen und entzückenden Chancen zu reden begann, war klar, dass die mittlerweile beliebteste Methode zur Durchsetzung unternehmerischer Ziele darin bestand, Momente kollektiver traumatischer Erfahrungen dazu zu nutzen, einen radikalen sozialen und wirtschaftlichen Umbau durchzusetzen.

Die meisten Überlebenden einer Katastrophe wollen alles andere als reinen Tisch machen: Sie wollen erhalten, was immer sie können, und reparieren, was nicht völlig zerstört wurde; sie wollen diesen Ort als den erhalten, der sie geprägt hat. »Wenn ich die Stadt wieder aufbaue, fühle ich mich, als würde ich mich selbst wieder aufbauen«, sagte Cassandra Andrews aus dem schwer beschädigten Lower Ninth Ward in New Orleans, während sie Schutt wegräumte.[19] Katastrophen-

Kapitalisten haben aber kein Interesse daran, wiederherzustellen, was einmal war. Im Irak, in Sri Lanka und in New Orleans begann die – absichtlich irreführend so genannte – »Rekonstruktion« damit, den Job der ursprünglichen Katastrophe zu Ende zu bringen und auszuradieren, was von der öffentlichen Sphäre und den entwurzelten Gemeinschaften noch übrig war, und es dann schleunigst durch so etwas wie ein neues Jerusalem des Unternehmertums zu ersetzen – und zwar ehe die Opfer des Krieges oder der Naturkatastrophe sich erneut organisieren und ihre Ansprüche anmelden konnten.

Mike Battles hat es am deutlichsten ausgedrückt: »Für uns waren die Angst und das Durcheinander ein echtes Versprechen.«[20] Der vierunddreißigjährige ehemalige CIA-Mitarbeiter meinte damit, dass dank der Verhältnisse im besetzten Irak seine bis dahin unbekannte und unerfahrene private Sicherheitsfirma Custer Battles Regierungsaufträge im Umfang von grob geschätzten 100 Millionen Dollar an Land ziehen konnte.[21] Seine Worte könnten genauso gut als Werbeslogan für den zeitgenössischen Kapitalismus dienen: Angst und Chaos sind die Katalysatoren für jeden neuen großen Sprung nach vorn.

Als ich an dieser Schnittstelle von Superprofiten und Megadesastern mit meinen Nachforschungen begann, glaubte ich zunächst, ich würde Zeugin, wie neuerdings die »Befreiung« der Märkte weltweit auf grundlegend andere Weise vorangebracht wurde. Als Mitglied der Bewegung gegen zu viel Unternehmensmacht, die 1999 in Seattle erstmals die Weltbühne betrat, war ich daran gewöhnt, dass eine ähnlich unternehmensfreundliche Politik per Daumenschrauben bei Gipfeln der Welthandelsorganisation oder in Form von Kreditkon-

ditionen des Internationalen Währungsfonds durchgesetzt wurde. Die drei typischen Forderungen der freien Marktwirtschaft – Privatisierung, Deregulierung und tiefe Einschnitte bei den Sozialausgaben – waren bei den Bürgern in der Regel extrem unpopulär, aber wenn die Verträge unterzeichnet wurden, gab es zumindest den Anschein einer Übereinstimmung bei den verhandelnden Regierungen oder den angeblichen Experten. Jetzt wurde dasselbe ideologische Programm mit den denkbar schlimmsten Zwangsmaßnahmen durchgesetzt: unter militärischer Besatzung nach einer Invasion oder unmittelbar nach einer verheerenden Naturkatastrophe. Der 11. September schien Washington grünes Licht gegeben zu haben, Länder gar nicht mehr zu fragen, ob sie die amerikanische Version von »Freihandel und Demokratie« überhaupt haben wollen, sondern sie ihnen mit militärischer Gewalt, mit Schock und Entsetzen einfach aufzuzwingen.

Als ich mich jedoch gründlicher damit beschäftigte, wie dieses Wirtschaftsmodell bislang den Globus vereinnahmt hatte, fand ich heraus, dass Krisen und Katastrophen auszunutzen von Anfang an der Modus Operandi von Milton Friedmans Anhängern gewesen ist: Diese fundamentalistische Form von Kapitalismus hat schon immer Desaster gebraucht, um voranzukommen. Sicher, die hilfreichen Katastrophen selbst waren immer größer geworden, aber was im Irak und in New Orleans passierte, war keine neue, erst nach dem 11. September gemachte Erfindung. Es war der Höhepunkt von drei Jahrzehnten strikten Befolgens der Schock-Strategie.

Durch die Brille dieser Doktrin betrachtet, sehen die letzten 35 Jahre ganz anders aus. Ein paar der infamsten Menschenrechtsverletzungen dieser Zeit, die man meist als sadis-

tische Taten antidemokratischer Regime betrachtete, wurden in Wirklichkeit mit der vollen Absicht begangen, entweder die Öffentlichkeit zu terrorisieren oder aktiv der Einführung radikal marktwirtschaftlicher »Reformen« den Boden zu bereiten. Das »Verschwinden« von 30 000 Menschen – überwiegend linken Aktivisten – unter der argentinischen Junta in den siebziger Jahren gehörte genauso zum Durchsetzen Chicagoer Politik im Land, wie der Terror eine vergleichbare wirtschaftliche Metamorphose in Chile begleitete. In China gaben der Schock des Massakers vom Platz des Himmlischen Friedens 1989 und die anschließenden Verhaftungen von Zehntausenden der Kommunistischen Partei freie Hand, einen Großteil des Landes in blühende Sonderwirtschaftszonen für den Export zu verwandeln, in denen die Arbeiter zu eingeschüchtert waren, um auf ihre Rechte zu pochen. In Russland war es 1993 Boris Jelzins Entscheidung, das Parlamentsgebäude von Panzern unter Beschuss nehmen zu lassen und die Oppositionsführer darin einzusperren, die der Schlussverkaufs-Privatisierung den Weg frei machte, aus der die berüchtigten Oligarchen des Landes hervorgingen.

Im Vereinigten Königreich leistete der Falklandkrieg 1982 Margaret Thatcher ähnliche Dienste: Dank des Durcheinanders und der Welle von Nationalstolz konnte sie die streikenden Bergarbeiter mit dem Einsatz enormer Gewalt niederringen und die erste Privatisierungsorgie in einer westlichen Demokratie lostreten. Die NATO-Angriffe auf Belgrad im Jahr 1999 schufen die Voraussetzungen für rasche Privatisierungen im ehemaligen Jugoslawien – ein Ziel, das schon vor dem Krieg feststand. Keiner dieser Kriege war allein wirtschaftlich motiviert, aber in jedem dieser Fälle wurde ein großer kollek-

tiver Schock dazu genutzt, der wirtschaftlichen Schocktherapie den Boden zu bereiten.

Bei den die Betroffenen »weichklopfenden« traumatischen Erlebnissen handelt es sich nicht immer um unverhohlene Gewalt. In Südamerika und Afrika war es in den achtziger Jahren eine Schuldenkrise, die Länder zwang, »zu privatisieren oder zu sterben«, wie es ein ehemaliger Mitarbeiter des Internationalen Währungsfonds ausdrückte.[22] Von einer Hyperinflation gebeutelt und in der Regel zu verschuldet, um Bedingungen ablehnen zu können, an die Auslandskredite geknüpft waren, akzeptierten die Regierungen eine »Schockbehandlung«, die ihnen versprach, vor einer noch schlimmeren Katastrophe bewahrt zu werden. In Asien war es die Finanzkrise von 1997 und 1998 – in ihren Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vergleichbar –, die die sogenannten asiatischen Tiger zu dem zwang, was *The New York Times* als »den weltgrößten Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe«[23] bezeichnete. Viele dieser Länder waren Demokratien, aber der radikal marktwirtschaftliche Umbau wurde nicht demokratisch durchgesetzt. Ganz im Gegenteil: Ganz in Friedmans Sinn bot die Atmosphäre einer großen Krise den notwendigen Vorwand, sich über Wählerwünsche hinwegzusetzen und das Land »Wirtschaftstechnokraten« zu übergeben.

Es gab natürlich auch Fälle, in denen sich der Übergang zur Politik des freien Marktes demokratisch vollzog: Politiker traten mit Hardliner-Programmen an und gewannen Wahlen. Ronald Reagan in den USA war dafür das beste Beispiel, die Wahl Nicolas Sarkozys in Frankreich ist ein aktuelleres. In diesen Fällen zwang jedoch der Druck der Öffentlichkeit die Kreuzritter des freien Marktes dazu, ihre radikalen Pläne zu

stutzen und zu modifizieren und letztlich einen graduellen Wandel anstelle eines Totalumbaus zu akzeptieren.

Kurz gesagt: Friedmans Wirtschaftsmodell lässt sich zum Teil auch demokratisch durchsetzen, die Implementierung der Vollversion bedarf aber autoritärer Verhältnisse. Damit die wirtschaftliche Schocktherapie uneingeschränkt angewandt werden kann – wie in Chile in den siebziger, in China Ende der achtziger, in Russland in den neunziger Jahren und in den Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001 –, ist stets ein großes kollektives Trauma vonnöten, das demokratische Praktiken entweder vorübergehend außer Kraft setzt oder sie völlig unterbindet. Dieser ideologische Kreuzzug wurde unter den autoritären Regimes Südamerikas geboren, und auf seinen größten, erst kürzlich eroberten Territorien – Russland und China – gedeiht er bestens und höchst profitabel unter Regierungen, die bis heute mit eiserner Faust herrschen.

Die Schocktherapie kehrt nach Hause zurück

Friedmans Chicagoer Schule hat seit den siebziger Jahren überall auf der Welt Terrain erobert, aber im Ursprungsland wurde seine Vision bis vor kurzem nie voll und ganz verwirklicht. Sicher, Reagan machte große Fortschritte, aber die Vereinigten Staaten behielten ihr Wohlfahrtssystem, ihre Sozialversicherung und ihre öffentlichen Schulen, mit denen Eltern sich an ihre, wie Friedman es ausdrückte, »irrationale Bindung an ein sozialistisches System« klammerten.[24]

Als die Republikaner 1995 den Kongress eroberten, zählte David Frum, ein ausgewanderter Kanadier und der zukünf-

tige Redenschreiber von George W. Bush, zu den sogenannten Neokonservativen, die eine amerikanische Wirtschaftsrevolution nach Art der Schocktherapie verlangten. »Ich denke, wir sollten das folgendermaßen machen. Statt undifferenziert zu kürzen – ein bisschen hier, ein bisschen dort –, würde ich vorschlagen, dass wir an einem bestimmten Tag in diesem Sommer 300 Programme streichen, von denen jedes eine Milliarde Dollar oder weniger kostet. Vielleicht machen diese Schnitte keinen großen Unterschied, aber, Mann, wir können damit punkten … Und man kann sie einfach abschaffen.“ [25]

Damals bekam Frum seine hausgemachte Schocktherapie nicht, vor allem weil es im Land keine Krise gab, die ihr den Boden bereitet hätte. Das änderte sich 2001. Als am 11. September die Flugzeuge einschlugen, war das Weiße Haus voll mit Friedman-Schülern – inklusive Friedmans engem Freund Donald Rumsfeld. Das Team um Bush nutzte den Augenblick des kollektiven Entsetzens mit erschreckendem Tempo. Und zwar nicht, wie einige behauptet haben, weil es die Krise selbst erschaffen hatte, sondern weil die Schlüsselfiguren in der Regierung – Veteranen früherer Experimente mit dem Katastrophen-Kapitalismus in Südamerika und Osteuropa – zu einer Bewegung zählten, die um Krisen betet, wie von Dürre geplagte Bauern um Regen oder christlich-zionistische Endzeitprediger um das Heil flehen. Wenn die langersehnte Katastrophe dann da ist, wissen sie auf der Stelle, dass ihre Zeit endlich gekommen ist.

Drei Jahrzehnte lang haben Friedman und seine Anhänger systematisch den Schockzustand anderer Länder ausgenutzt – ausländische Äquivalente des amerikanischen 11. September. Es begann mit Pinochets Staatsstreich vom 11. Septem-

ber 1973, und am 11. September 2001 bekam die in amerikanischen Universitäten gehätschelte und in Washingtoner Institutionen gefestigte Ideologie endlich die Gelegenheit, nach Hause zurückzukehren.

Sofort nutzte die Regierung Bush die von den Anschlägen ausgelösten Ängste, um nicht nur den »Krieg gegen den Terror« zu starten, sondern auch sicherzustellen, dass er ein fast ausschließlich dem Profit dienendes Unterfangen würde: ein boomender neuer Industriezweig, der der schwächelnden US-Wirtschaft frisches Leben einhaucht. Am besten umschreibt man ihn wohl als »Katastrophen-Kapitalismus-Komplex«, und er hat viel weiter reichende Tentakel als der militärisch-industrielle Komplex, vor dem Dwight Eisenhower gegen Ende seiner Amtszeit als Präsident gewarnt hatte: Heute geht es um einen globalen Krieg, den auf allen Ebenen Privatunternehmen führen, deren Einsatz mit öffentlichen Geldern bezahlt wird; ihr nicht endender Auftrag bestand darin, die Heimat der US-Amerikaner bis in alle Ewigkeit zu schützen und zugleich alles »Böse« in Übersee zu eliminieren. Binnen weniger Jahre hat er seine Marktreichweite schon vom Kampf gegen den Terrorismus auf die internationale »Friedenssicherung«, auf die Kommunalpolitik und die immer häufigeren Naturkatastrophen ausgeweitet. Letztlich verfolgen die Unternehmen im Zentrum des Komplexes das Ziel, das Modell des profitorientierten Regierens, das sich unter außergewöhnlichen Umständen so rasch ausbreitet, in das normale, alltägliche Funktionieren des Staates einzubauen – anders ausgedrückt: die Regierung zu privatisieren.

Um dem Katastrophen-Kapitalismus-Komplex den nötigen Schwung mitzugeben, lagerte die Regierung Bush ohne öffent-

liche Debatte viele höchst sensible und zentrale Funktionen des Staates aus – von der Gesundheitsversorgung der Soldaten über die Befragung von Gefangenen bis zur »Datenauswertung« und Informationsbeschaffung über uns alle. In diesem nicht endenden Krieg spielt die Regierung nicht die Rolle eines Managers oder Administrators, sondern eines Risikokapitalisten mit tiefen Taschen, der sowohl das Startkapital für den Aufbau des Komplexes zur Verfügung stellt als auch der größte Abnehmer für die neuen Dienstleistungen wird. Ein Blick in nur drei Statistiken zeigt das Ausmaß des Wandels: Im Jahr 2003 unterschrieb die US-Regierung 3512 Verträge mit Firmen, die Sicherheitsaufgaben übernahmen; in den 22 Monaten bis zum August 2006 unterschrieb das Department of Homeland Security über 115 000 solcher Verträge.[26] Der globale »Heimatschutz« – wirtschaftlich vor dem Jahr 2001 unbedeutend – ist heute ein 200-Milliarden-Dollar-Geschäft.[27] Im Jahr 2006 gab die US-Regierung pro Haushalt im Schnitt 545 Dollar aus.[28]

Und das ist nur die Heimatfront des Kriegs gegen den Terror; das wirkliche Geld wird mit dem Krieg in Übersee verdient. Abgesehen von den Waffenlieferanten, deren Profite dank des Irakkriegs in die Höhe geschossen sind, ist der Unterhalt der US-Militärmaschinerie heute eines der am schnellsten wachsenden Dienstleistungsgeschäfte der Welt.[29] »Noch nie haben zwei Länder, in denen es jeweils McDonald's gibt, gegeneinander Krieg geführt«, erklärte der Kolumnist Thomas Friedman von *The New York Times* im Dezember 1996 stolz.[30] Er wurde nicht nur zwei Jahre später Lügen gestraft; dank des Modells der profitorientierten Kriegführung zieht die US-Armee sogar mit Burger King und Pizza Hut im Schlepptau ins Feld und schließt mit ihnen Verträge über die Versorgung von

Soldaten auf Militärbasen vom Irak bis hin zur »Ministadt« in Guantánamo Bay.

Und dann wären da noch humanitäre Hilfe und Wiederaufbau. Erstmals im Irak ausprobiert, sind profitorientierte Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen bereits zu *dem* neuen globalen Paradigma geworden, und zwar unabhängig davon, ob die ursprünglichen Zerstörungen von einem Präventivkrieg wie dem Angriff Israels auf den Libanon im Jahr 2006 oder von einem Hurrikan herrühren. Da es infolge von Ressourcenknappheit und Klimawandel zu immer mehr Katastrophen kommt, ist die Linderung der Not einfach ein zu heißer neuer Markt, um ihn den Nonprofit-Organisationen zu überlassen: Warum sollte UNICEF Schulen wieder aufbauen, wenn Bechtel, eines der größten Bauunternehmen der USA, das auch übernehmen kann? Warum soll man vom Mississippi vertriebene Menschen in subventionierten leerstehenden Appartements unterbringen, wenn sie auch auf Kreuzfahrtflussdampfern hausen können? Warum soll man UN-Blauhelme nach Darfur schicken, wenn private Sicherheitsfirmen wie Blackwater neue Kunden brauchen? Genau das ist nach dem 11. September anders geworden: Zuvor boten Kriege und Katastrophen einem kleinen Wirtschaftssektor Gelegenheiten – Herstellern von Kampfjets beispielsweise oder Baufirmen, die zerbombte Brücken reparierten. Wirtschaftlich aber stellten solche Ereignisse primär eine Möglichkeit dar, neue, bislang verschlossene Märkte zu öffnen und Nachkriegsbooms auszulösen. Heute sind Kriegs- und Katastropheneinsätze so voll und ganz privatisiert, dass sie selbst der neue Markt sind; man muss nicht mehr auf den Boom warten, bis der Krieg vorbei ist – das Medium ist die Botschaft.

Ein entscheidender Vorteil dieser postmodernen Vorgehensweise ist, dass man geschäftlich gar nicht scheitern kann. Ein Energiemarkt-Analyst merkte zu einer besonders guten Quartalsbilanz des Energiedienstleisters Halliburton an: »Im Irak lief es besser als erwartet.«[31] Das war im Oktober 2006, im bis dahin blutigsten Monat des Krieges, in dem allein 3709 irakische Zivilopfer zu beklagen waren.[32] Doch nur wenige Aktionäre ließen sich wohl nicht von einem Krieg beeindrucken, der allein diesem Unternehmen Einnahmen von 20 Milliarden Dollar brachte.[33]

Mit dem Waffenhandel, den Privatsoldaten, dem profitorientierten Wiederaufbau und der Heimatschutzindustrie hat sich infolge der Bush'schen Schocktherapie nach dem 11. September eindeutig eine umfassende neue Wirtschaft entwickelt. Aufgebaut wurde sie in der Ära Bush, aber mittlerweile ist sie von einer bestimmten Regierung ziemlich unabhängig, und sie wird nicht lockerlassen, solange die ihr zugrunde liegende Ideologie vom Primat des Unternehmertums nicht identifiziert, isoliert und in Frage gestellt wird.

Dominiert wird diese Wirtschaft von amerikanischen Unternehmen, aber sie ist global; so bringen britische Firmen ihre Erfahrungen mit den allgegenwärtigen Überwachungskameras ein, israelische Unternehmen ihr Wissen über Hightech-Zäune und -Mauern, und die kanadische Holzindustrie schickt Vertreter um die ganze Welt, um Fertighäuser zu verkaufen, die um ein Mehrfaches teurer sind als die, welche vor Ort hergestellt werden, und so weiter. »Ich glaube nicht, dass jemand den Wiederaufbau nach Katastrophen bislang wirklich als Immobilienmarkt betrachtet hatte«, sagte Ken Baker, Vorstandsvorsitzender einer kanadischen Holzhandelsgruppe.

»Auf lange Sicht ist das eine Diversifizierungsstrategie.«[34]

Der Größenordnung nach ist der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex mit den Booms des »neuen Marktes« und der Informationstechnologie in den neunziger Jahren vergleichbar. Insider sagen sogar, die Geschäfte liefen noch besser als in der Dotcom-Ära, und die »Sicherheits-Seifenblase« habe die Flaute wettgemacht, die das Platzen der anderen mit sich gebracht hatte. Zusammen mit den davongaloppierenden Profiten der Versicherungswirtschaft (für 2006 wurden allein in den Vereinigten Staaten rekordverdächtige 60 Milliarden Dollar hochgerechnet) und auch den Superprofiten der Ölwirtschaft (die mit jeder neuen Krise steigen) hat die Katastrophenwirtschaft wahrscheinlich viel dazu beigetragen, den Weltmarkt vor der ausgewachsenen Rezession zu bewahren, die nach dem 11. September drohte.[35]

Versucht man den Weg dieses Kreuzzugs nachzuzeichnen, der in der radikalen Privatisierung von Kriegen und Katastrophen gipfelt, stößt man immer wieder auf ein Problem: Ideologisch ist er so etwas wie ein Formwandler, der ständig den Namen ändert und die Identitäten wechselt. Friedman selbst bezeichnete sich als »Liberalen«, aber seine amerikanischen Anhänger, die mit diesem Begriff hohe Steuern und Hippies assoziieren, nennen sich lieber »Konservative«, »klassische Ökonomen«, Anhänger des »freien Marktes« oder später der »Reaganomics« oder des »Laissez-faire«. Im größten Teil der Welt gilt ihre orthodoxe Haltung als »Neoliberalismus«, manchmal spricht man auch von »Marktkapitalismus« oder einfach »Globalisierung«. Die von rechten, lange Zeit mit Friedman verbandelten Denkfabriken – Heritage Foundation,

Cato Institute und American Enterprise Institute – angeführten Intellektuellen bezeichnen sich selbst erst seit Mitte der neunziger Jahre als »Neokonservative«, und mit ihrer Weltsicht wurde die ganze Kraft der US-Militärmaschinerie in den Dienst von Unternehmenszielen gestellt.

All diesen Inkarnationen ist die Verpflichtung auf die politische Dreifaltigkeit gemeinsam – Beseitigung der öffentlichen Sphäre, Deregulierung und dürftigste Sozialausgaben –, doch scheint keiner der diversen Namen voll und ganz auf diese Ideologie zuzutreffen. Friedman hatte seine Bewegung als Versuch konzipiert, den Markt vom Staat zu befreien, in der wirklichen Welt aber sieht die Leistungsbilanz seiner puristischen Vision etwas anders aus. In allen Ländern, in denen in den letzten drei Jahrzehnten die Strategie der Chicagoer Schule verfolgt wurde, hat sich eine mächtige Allianz von einigen wenigen Großunternehmen und einer Schicht größtenteils reicher Politiker der Herrschaft bemächtigt – wobei die Grenze zwischen den beiden Gruppen unscharf ist und sich ständig verlagert. In Russland heißen die privaten Akteure dieser Allianz »Oligarchien«, in China »Prinzchen«, in Chile »Piranhas« und in den Vereinigten Staaten sind es die »Pioniere« der Bush-Cheney-Kampagne. Diese politisch-wirtschaftlichen Eliten haben ganz und gar nicht den Markt vom Staat befreit, sie haben sich einfach zum gegenseitigen Nutzen zusammengetan und sich den Zugriff auf kostbare Ressourcen gesichert, die zuvor im öffentlichen Bereich angesiedelt waren – von den Ölfeldern Russlands über die kollektiven Felder und Äcker Chinas bis hin zu den ohne Ausschreibung vergebenen Bauaufträgen im Irak.

Eine genauere Bezeichnung für ein System, das die Gren-

zen zwischen der hohen Politik und dem großen Geschäft verwischt, ist nicht Liberalismus, Konservatismus oder Kapitalismus, sondern Korporatismus beziehungsweise Neokorporatismus. Seine Hauptkennzeichen sind die massive Umverteilung von öffentlichem Besitz in Privathände – die oft von einer explodierenden Verschuldung begleitet ist –, eine sich ständig vergrößernde Kluft zwischen den Superreichen und den disponiblen Armen sowie ein aggressiver Nationalismus, der unbegrenzte Verteidigungsausgaben rechtfertigt. Für die, die in der von einem solchen Arrangement geschaffenen Blase extremen Reichtums leben, kann es keine profitablere Art und Weise geben, eine Gesellschaft zu organisieren. Da es für die große Mehrheit der Bevölkerung außerhalb der Blase aber ganz offensichtlich nachteilig ist, sind weitere Merkmale des korporatistischen Staates eine aggressive Überwachung (wobei abermals Regierung und Großunternehmen sich gegenseitig Gefallen tun und Verträge zuschanzen), Massenverhaftungen, Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten und oft, wenn auch nicht immer, Folter.

Folter als Metapher

Von Chile über China bis zum Irak war Folter ein stummer Partner beim globalen Kreuzzug des freien Marktes. Folter ist jedoch mehr als nur ein Mittel, rebellischen Völkern eine ungewollte Politik aufzuzwingen; sie ist auch eine Metapher für die der Schockdoktrin zugrundeliegende Logik.

Unter Folter – oder in der verblümten Sprache der CIA: »Zwangsbefragung« – versteht man eine Reihe von Techni-

ken, Gefangene zutiefst zu verwirren und in einen Schockzustand zu versetzen, um sie so zu zwingen, gegen ihren Willen Zugeständnisse zu machen. Die dahinterstehende Logik ist in zwei CIA-Handbüchern dargelegt, die seit Ende der neunziger Jahre nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen. Dort wird erklärt, dass man »resistente Quellen« zerbricht, indem man den Gefangenen gewaltsam die Fähigkeit nimmt, sich einen Reim auf die Welt um sie herum zu machen.[36] Zunächst wird die Sinneswahrnehmung jeden Eindrucks beraubt (mit Kopfhauben, Ohrstöpseln, Fesseln, vollständiger Isolierung), dann wird der Körper mit überwältigenden Stimuli bombardiert (Stroboskopblitzen, plärrender Musik, Schlägen, Elektroschocks).

Ziel dieser »Weichklopf«-Phase ist, im Gehirn so etwas wie einen Wirbelsturm zu provozieren: Die Gefangenen regredieren so sehr und haben so viel Angst, dass sie nicht länger rational denken oder ihre Interessen schützen können. In diesem Schockzustand geben die meisten dem Vernehmungspersonal, was immer dieses will – Informationen, Geständnisse, Leugnen früherer Überzeugungen. Eines der CIA-Handbücher bietet eine besonders prägnante Erklärung: »Es gibt ein Intervall – das extrem kurz sein kann –, in dem der Atem aussetzt, eine Art psychischer Schock oder eine Lähmung eintritt. Es wird von einem traumatischen oder subtraumatischen Erlebnis verursacht, das sozusagen die dem Verhörten vertraute Welt und auch das Bild seiner selbst in dieser Welt sprengt. Erfahrene Vernehmer erkennen diesen Effekt, wenn er sich einstellt, und wissen, dass in diesem Moment die Quelle für Vorschläge viel offener ist, viel eher kooperieren wird, als unmittelbar vor dem Schockerlebnis.«[37]

Die Schockdoktrin ahmt diesen Prozess exakt nach und versucht, bei der Masse das zu erreichen, was die Folter mit dem Einzelnen im Vernehmungsraum anstellt. Das deutlichste Beispiel war der Schock des 11. September, der für Millionen Menschen »die vertraute Welt« sprengte und eine Periode weitgehender Desorientierung und Regression einleitete, die die Regierung Bush meisterhaft ausnutzte. Plötzlich lebten wir in so etwas wie einem Jahr null, in dem alles, was wir zuvor über die Welt wussten, als das »Denken vor dem 11. 9.« verworfen werden konnte. Wir Nordamerikaner, die noch nie viel von Geschichte verstanden, wurden zu einer Tabula rasa, einem weißen Stück Papier, auf das »die neuesten und wunderschönsten Worte geschrieben werden können«, wie Mao über sein Volk sagte.[38] Sofort materialisierte sich eine neue Expertenarmee, die neue und wunderschöne Worte auf die weiße Leinwand unseres posttraumatischen Bewusstseins pinselte: »Kampf der Kulturen«, schrieben sie, »Achse des Bösen«, »Islamofaschismus«, »Heimatschutz«. Da die Gedanken aller nur noch um tödliche neue Kulturkriege kreisten, konnte die Regierung Bush durchziehen, wovon sie vor dem 11. September nur hatte träumen können: im Ausland privatisierte Kriege führen und zu Hause einen korporatistischen Sicherheitskomplex aufbauen.

So funktioniert die Schockdoktrin: Das ursprüngliche Desaster – der Staatsstreich, der Terroranschlag, der Zusammenbruch der Märkte, der Krieg, der Tsunami, der Hurrikan – versetzt die gesamte Bevölkerung in einen kollektiven Schockzustand. Die fallenden Bomben, die Gewaltausbrüche, die hämmernden Sturmböen klopfen ganze Gesellschaften genauso weich wie plärrende Musik und Schläge in der

Folterkammer die Gefangenen. Wie der terrorisierte Gefangene, der die Namen von Kameraden verrät und seinen Glauben widerruft, geben schockierte Gesellschaften oft Dinge auf, die sie ansonsten vehement verteidigen würden. Jamar Perry und die mit ihm Evakuierten vor der Baracke in Baton Rouge sollten ihre Sozialwohnungen und öffentlichen Schulen aufgeben. Nach dem Tsunami sollten die Fischer auf Sri Lanka ihre wertvollen Grundstücke an der Küste Hoteliers überlassen. Die Iraker, wäre alles nach Plan verlaufen, sollten so geschockt und entsetzt sein, dass sie die Kontrolle über ihre Ölvorräte, ihre Staatsunternehmen und ihre Souveränität amerikanischen Militärbasen und »Grünen Zonen« überlassen hätten.

Die große Lüge

In den Wortkaskaden der Lobesreden auf Milton Friedman wird kaum erwähnt, welche Rolle Schocks und Krisen in seinem Weltbild spielten. Stattdessen bot das Ableben des Ökonomen Gelegenheit, wieder einmal die offizielle Geschichte herzubeten, wie seine Art von radikalem Kapitalismus zur reinen Lehre der Regierungen in fast jedem Winkel der Welt wurde. Es ist eine Märchenversion der wirklichen Geschichte, von aller Gewalt und allem Zwang bereinigt, die doch so innig mit diesem Kreuzzug verbunden waren, und sie stellt den erfolgreichsten Propagandacoup der letzten drei Jahrzehnte dar. Die Geschichte geht ungefähr so:

Friedman widmete sein Leben dem friedlichen Kampf der Ideen gegen jene, die glaubten, Regierungen hätten die Ver-

antwortung, in das Marktgeschehen einzugreifen, um ihm die Schärfe zu nehmen. Friedman glaubte, die Geschichte sei »auf das falsche Gleis geraten«, als Politiker auf John Maynard Keynes zu hören begannen, den intellektuellen Architekten des New Deal und des modernen Wohlfahrtsstaats.[39] Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte zu einer überwältigenden Einmütigkeit geführt, dass das Laissez-faire gescheitert sei und Regierungen in der Wirtschaft intervenieren müssten, um den Reichtum umzuverteilen und die Geschäftsbeziehungen zu regulieren. In jenen für das Laissez-faire finsteren Zeiten, als der Kommunismus den Osten eroberte, wandte sich der Westen dem Wohlfahrtsstaat zu, und im nachkolonialen Süden setzte sich der wirtschaftliche Nationalismus fest. Friedman und sein Mentor Friedrich Hayek schützten geduldig die Flamme der puristischen Version des Kapitalismus, die nicht von Keynes'schen Versuchen befleckt war, Reichtum zu kollektivieren, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen.

»Der Hauptfehler bestand meiner Ansicht nach darin«, schrieb Friedman 1975 in einem Brief an Pinochet, »zu glauben, man könne mit dem Geld anderer Leute Gutes tun«.[40] Nur wenige hörten ihm zu, die meisten bestanden darauf, dass ihre Regierungen Gutes tun könnten und sollten. 1969 bezeichnete *Time* Friedman geringschätzig als »Giftzwerg oder Plagegeist«, den nur einige Auserwählte als Propheten verehrten.[41]

Nachdem er Jahrzehnte in der intellektuellen Wüste verbracht hatte, kamen endlich die achtziger Jahre und damit die Zeit von Margaret Thatcher (die Friedman »einen intellektuellen Freiheitskämpfer« nannte) und Ronald Reagan (der im Präsidentschaftswahlkampf mit einem Exemplar von

Friedmans Manifest *Kapitalismus und Freiheit* gesehen worden war).[42] Endlich hatten führende Politiker den Mut, unbeschränkt freie Märkte Wirklichkeit werden zu lassen. Nachdem Reagan und Thatcher – laut dieser offiziellen Geschichte – friedlich und demokratisch ihre jeweiligen Märkte befreit hatten, war ein Maß an Freiheit und Wohlstand die Folge, das so erstrebenswert war, dass die Massen neben Big Macs auch Reaganomics verlangten, als von Manila bis Berlin die Diktatoren gestürzt wurden.

Als schließlich die Sowjetunion zusammenbrach, schlossen sich auch die Bewohner des »Reichs des Bösen« schnellstens der Friedman'schen Revolution an, genau wie es die zu Kapitalisten gewordenen Kommunisten in China taten. Das bedeutete: Nichts stand mehr einem wahrhaft globalen freien Markt im Weg, sodass die befreiten Großunternehmen nicht nur in ihren eigenen Ländern nach Gutdünken schalten und walten konnten, sondern auch ungehindert Grenzen überschreiten und auf der ganzen Welt Wohlstand verbreiten konnten. Jetzt war man sich doppelt einig, wie eine Gesellschaft gelenkt werden sollte: Die politische Führung wird gewählt, und die Wirtschaft arbeitet nach Friedmans Regeln. Das war das »Ende der Geschichte«, wie Francis Fukuyama formulierte, »der Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit«.[43] In seinem Nachruf auf Friedman schrieb das Wirtschaftsmagazin *Fortune*: »Er hatte den Lauf der Geschichte auf seiner Seite«; im amerikanischen Kongress wurde eine Resolution verabschiedet, die Friedman als »einen der weltweit führenden Verfechter der Freiheit nicht nur in der Wirtschaft, sondern auf allen Gebieten« würdigte; der kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger erklärte den 29. Januar 2007 zu einem im ganzen Staat

geltenden »Milton Friedman Day«, mehrere Städte schlossen sich dem an. *The Wall Street Journal* fasste diese hübsche Geschichte mit der Überschrift »Freedom Man« zusammen.[44]

Dieses Buch stellt die zentrale und beliebteste Behauptung dieser offiziellen Geschichte in Frage – dass der Triumph des deregulierten Kapitalismus aus Freiheit geboren war, dass ungezügelte freie Märkte und Demokratie Hand in Hand gehen. Stattdessen werde ich zeigen, dass die Geburtshelfer dieser fundamentalistischen Form von Kapitalismus die brutalsten Formen von Gewalt waren, die man sowohl einer Bevölkerung kollektiv als auch einer Person individuell antun kann. Die Geschichte des zeitgenössischen freien Marktes – besser: der Aufstieg des Korporatismus – wurde in der Sprache der Schocks geschrieben.

Es steht viel auf dem Spiel. Die korporatistische Allianz ist im Begriff, sich auch noch die letzten Bereiche unter den Nagel zu reißen: die abgeschotteten Ölmärkte der arabischen Welt und auch westliche Wirtschaftssektoren, die lange Zeit vor Profitstreben geschützt gewesen sind – der Katastrophenschutz und der Unterhalt von Armeen beispielsweise. Da man noch nicht einmal zum Schein versucht, die Privatisierung solcher wirtschaftlichen Kernfunktionen – entweder zu Hause oder im Ausland – öffentlich absegnen zu lassen, sind eskalierende Gewalt und immer größere Katastrophen nötig, um dem Ziel näher zu kommen. Weil die offizielle Geschichte des korporatistischen Kreuzzugs aber so effizient um die wirkliche Funktion der Schocks und Krisen bereinigt wurde, wird die im Irak oder in New Orleans an den Tag gelegte extreme Politik oft fälschlich der besonderen Inkompetenz oder der Kum-

panei in Bushs Weißem Haus zugeschrieben. In Wirklichkeit aber stellen Bushs Großtaten den monströsen Höhepunkt eines fünfzigjährigen kreativen und gewalttätigen Kampfes um die totale korporatistische Liberalisierung dar.

Jedem Versuch, Ideologien für die von ihren Anhängern begangenen Verbrechen verantwortlich zu machen, sollte man mit großer Vorsicht begegnen. Es ist zu einfach zu behaupten, dass die, mit denen wir nicht einer Meinung sind, nicht nur unrecht haben, sondern auch Tyrannen oder Faschisten sind oder Völkermord begehen. Es trifft aber auch zu, dass bestimmte Ideologien eine Gefahr für die Öffentlichkeit sind und als solche erkannt werden müssen: Es sind die geschlossenen fundamentalistischen Lehren, die keine anderen Glaubensrichtungen neben sich dulden; ihre Anhänger verachten die Vielfalt und verlangen absolut freie Hand, um ihr perfektes System zu errichten. Die Welt, wie sie ist, muss ausradiert werden, damit es Platz für ihre puristische Neuerfindung gibt. Diese Logik wurzelt in biblischen Phantasien von Sintfluten und verheerenden Bränden, und daher führt sie unausweichlich zur Gewalt. Ideologien, die nach einer unmöglichen Tabula rasa verlangen – nach einem Zustand, den man nur durch eine Art Kataklysmus erreichen kann –, das sind die gefährlichen.

In der Regel sind es extreme religiöse und rassistische Ideensysteme, die die Auslöschung ganzer Völker und Kulturen verlangen, damit eine puristische Vision der Welt verwirklicht werden kann. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat es eine umfassende kollektive Abrechnung mit den vielen im Namen des Kommunismus begangenen Verbrechen gegeben. Die sowjetischen Archive wurden Wissenschaftlern

geöffnet, die die Menschen gezählt haben, die durch erzwungene Hungersnöte oder Zwangsarbeit starben oder schlicht ermordet wurden. Das hat eine lebhafte weltweite Debatte ausgelöst, inwieweit die Ideologie selbst für das Morden verantwortlich war und inwieweit das Zerrbild, das Anhänger wie Stalin, Ceauçescu, Mao und Pol Pot daraus gemacht hatten.

»Der Kommunismus aus Fleisch und Blut war es, der die massenhafte Repression mit sich brachte, die schließlich in einer vom Staat bezahlten Terrorherrschaft kulminierte«, schrieb Stephane Courtois, Koautor des streitbaren *Schwarzbuch des Kommunismus.* »Ist die Ideologie deshalb unschuldig?«[45] Natürlich nicht. Daraus folgt aber nicht, dass alle Formen von Kommunismus per se Völkermord bedeuten, wie einige schadenfroh behauptet haben; es war vielmehr eine doktrinäre, autoritäre und allen Pluralismus verachtende Interpretation der kommunistischen Theorie, die zu Stalins Säuberungen und Maos Umerziehungslagern führte. Dieser autoritäre Kommunismus ist durch jene *In-vivo*-Experimente für immer gebrandmarkt, und so muss es auch sein.

Aber was ist mit dem momentanen Kreuzzug zur weltweiten Befreiung der Märkte? Die Staatsstreiche, die Kriege und das Morden zur Durchsetzung prokorporatistischer Regime wurden nie als kapitalistische Verbrechen behandelt, sondern als Exzesse übereifriger Diktatoren abgetan oder als Frontkämpfe im Kalten Krieg beziehungsweise jetzt im Krieg gegen den Terror. Wenn die entschiedensten Gegner des korporatistischen Wirtschaftsmodells systematisch ausgelöscht werden, sei es in den siebziger Jahren in Argentinien oder heute im Irak, wird diese Unterdrückung als Teil des schmutzigen Kampfes gegen Kommunismus oder Terrorismus erklärt –

aber fast niemals als Kampf *für* die Verbreitung des puristischen Kapitalismus.

Ich behaupte nicht, dass alle marktwirtschaftlichen Systeme von sich aus zur Gewalt tendieren. Natürlich ist eine Marktwirtschaft, die nicht mit solcher Gewalt durchgesetzt werden muss und keinen solchen ideologischen Purismus verlangt, absolut im Bereich des Möglichen. Ein freier Markt der Konsumgüter kann mit einem kostenlosen öffentlichen Gesundheitswesen, mit öffentlichen SchuJen und mit einem großen Segment der Wirtschaft in staatlicher Hand – beispielsweise verstaatlichten Ölgesellschaften – durchaus koexistieren. Genauso kann man verlangen, dass Unternehmen anständige Löhne bezahlen und das Recht der Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation respektieren und dass Regierungen Steuern eintreiben und Reichtum umverteilen, damit die drastischen Ungleichheiten reduziert werden, die für den korporatistischen Staat typisch sind. Märkte müssen nicht fundamentalistisch sein.

Keynes hatte nach der Weltwirtschaftskrise genau diese Art von gemischter, geregelter Ökonomie vorgeschlagen – eine politische Revolution, die zum New Deal und zu ähnlichen Veränderungen überall auf der Welt führte. Und um genau dieses System von Kompromissen, Regeln und Kontrollen in einem Land nach dem anderen systematisch wieder zu demontieren, wurde Friedmans Gegenrevolution gestartet. So betrachtet, hat der Kapitalismus der Chicagoer Schule in der Tat etwas mit anderen gefährlichen Ideologien gemein: das typische Streben nach unerreichbarer Reinheit, nach einer Tabula rasa, auf der eine Modellgesellschaft von Grund auf neu errichtet werden kann.

Diese Sehnsucht nach der göttlichen Macht der Neuschöpfung ist meiner Ansicht nach genau der Grund, warum die Ideologen des freien Marktes Krisen und Katastrophen so attraktiv finden. In der nichtapokalyptischen Realität sind ihre Ambitionen einfach nicht willkommen. Seit 35 Jahren beflügelt Friedmans Gegenrevolution eine Mixtur von Freiheit und sich bietenden Chancen, wie es sie nur in Zeiten kataklysmischer Veränderungen geben kann – wenn Menschen mit ihren sturköpfigen Verhaltensmustern und ihren ständigen Ansprüchen einfach hinweggefegt werden, wenn Demokratie praktisch so gut wie unmöglich wird.

Die Anhänger der Schock-Strategie sind davon überzeugt, dass nur ein großer Umbruch – eine Überschwemmung, ein Krieg, ein Terroranschlag – ihnen die riesige saubere Leinwand liefern kann, nach der sie sich sehnen. In diesen gestaltbaren Augenblicken, wenn wir alle psychisch hilflos und physisch entwurzelt sind, krempeln diese Künstler des Realen die Ärmel hoch und beginnen mit ihrem Neuaufbau der Welt.

ZWEI DR. SCHOCKS

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

> Wir werden Sie leerpressen und dann mit unserem Gedankengut füllen.
>
> George Orwell, *1984*

> Die Industrielle Revolution war erst der Anfang einer Revolution, so extrem und radikal, wie sie nur je den Geist von Sektierern befeuerte, aber dieses neue Glaubensbekenntnis war durch und durch materialistisch und vermeinte, alle menschlichen Probleme könnten durch das Vorhandensein einer unbeschränkten Menge materieller Güter gelöst werden.
>
> Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*

DAS FOLTERLABOR

EWEN CAMERON, DIE CIA UND DIE WAHNSINNIGEN VERSUCHE, DEN MENSCHLICHEN GEIST AUSZULÖSCHEN UND NEU ZU ERSCHAFFEN

> Ihr Geist kommt mir wie eine gelöschte Tafel vor, auf die wir schreiben können.
>
> Dr. Cyril J. C. Kennedy und Dr. David Anchel über die Segnungen der Elektroschocktherapie, 1948[1]

> Ich ging in den Schlachthof, um dieses sogenannte »elektrische Abstechen« zu beobachten, und ich sah, dass die Mastschweine an den Schläfen mit großen Metallzangen ergriffen wurden, die an elektrischen Strom angeschlossen waren (125 Volt). Sobald die Schweine mit den Zangen ergriffen waren, fielen sie bewusstlos und ganz steif um, dann wurden sie nach ein paar Sekunden von Konvulsionen durchgeschüttelt, genau wie das bei unseren Versuchshunden der Fall war. Während dieser Phase der Bewusstlosigkeit (epileptisches Koma) stach der Schlachter die Tiere problemlos ab und ließ sie ausbluten.
>
> Ugo Cerletti, Psychiater, über seine »Erfindung« der Elektroschocktherapie, 1954[2]

»Ich spreche nicht mehr mit Journalisten«, sagt die gestresste Stimme am anderen Ende der Telefonleitung. Dann ein kleiner Hoffnungsschimmer: »Was wollen Sie?«

Ich überlege, dass ich rund 20 Sekunden habe, mein Anliegen vorzutragen, und dass das nicht leicht wird. Wie soll ich erklären, was ich von Gail Kastner will, die lange Reise, die mich auf sie brachte?

Die Wahrheit erscheint zu bizarr: »Ich schreibe ein Buch über Schocks. Wie Länder geschockt werden – durch Kriege, Terroranschläge, Staatsstreiche und Naturkatastrophen. Und wie sie dann wieder geschockt werden – durch Unternehmen und Politiker, die die Angst und die Orientierungslosigkeit nach diesem ersten Schock ausnutzen, um eine wirtschaftliche Schocktherapie durchzusetzen. Und wie dann Menschen, die dieser Schockpolitik Widerstand zu leisten wagen, notfalls ein drittes Mal geschockt werden – mit Verhören durch die Polizei, durch Soldaten, im Gefängnis. Ich möchte mit Ihnen reden, weil Sie nach meinem Dafürhalten zu den am häufigsten geschockten noch lebenden Menschen gehören, weil Sie zu den wenigen Überlebenden der geheimen CIA-Experimente mit Elektroschocks und anderen ›besonderen Verhörtechniken‹ zählen. Und nebenbei habe ich Grund zu der Annahme, dass die Experimente, die man mit Ihnen in den fünfziger Jahren an der McGill University durchführte, heute an Gefangenen in Guantánamo Bay und in Abu Ghureib vorgenommen werden.«

Nein, das kann ich wirklich nicht vorbringen. Also sage ich stattdessen: »Ich war kürzlich im Irak, und ich versuche zu begreifen, welche Rolle die Folter dort spielt. Man sagt uns, man würde sich so Informationen beschaffen, aber ich glaube, es geht um mehr – ich denke, es könnte auch mit dem Versuch zu tun haben, einen Modellstaat einzurichten, damit, Menschen auszulöschen und dann zu versuchen, sie ganz neu aufzubauen.«

Es gibt eine lange Pause, als dann die Stimme antwortet, hat sie einen anderen Ton, ist noch immer gestresst, aber … ist es Erleichterung? »Sie haben eben genau das ausgedrückt, was die CIA und Ewen Cameron mir angetan haben. Sie haben versucht, mich auszulöschen und neu zu machen. Aber das hat nicht funktioniert.«

Keine 24 Stunden später klopfe ich an die Tür von Gail Kastners Appartement in einem trostlosen Montrealer Altenheim. »Es ist offen«, ruft eine kaum vernehmbare Stimme. Gail hatte mir gesagt, sie würde die Tür unverschlossen lassen, weil ihr das Aufstehen Schwierigkeiten bereitet. Die winzigen Frakturen in ihrem Rückgrat tun ihr mit fortschreitender Arthritis immer mehr weh. Ihre Rückenschmerzen sind nur eines der Überbleibsel jener 63 Male, die Strom von 150 bis 200 Volt durch die Frontallappen ihres Gehirns floss, während ihr Körper auf dem Tisch von heftigen Krämpfen geschüttelt wurde, was Frakturen, Verstauchungen, blutige Lippen und zerbrochene Zähne hervorrief.

Gail begrüßt mich in einem plüschblauen Lehnstuhl. Er lässt sich in 20 verschiedene Positionen bringen, erfahre ich später, und sie ändert sie ständig, wie ein Fotograf, der scharfstellen will. In diesem Stuhl verbringt sie ihre Tage und Nächte so bequem, wie ihr das möglich ist, versucht den Schlaf und das zu vermeiden, was sie »meine elektrischen Träume« nennt. Denn dann sieht sie »ihn«: Dr. Ewen Cameron, den längst verstorbenen Psychiater, der vor so vielen Jahren diese Schocks und noch andere Qualen anordnete. »Letzte Nacht hatte ich zwei Besuche von Seiner Monstrosität«, verkündet sie, sobald ich eingetreten bin. »Ich will Ihnen ja kein schlechtes Gewissen machen, aber das liegt nur an Ihrem Anruf, der aus hei-

terem Himmel kam, und all Ihren Fragen.« – Mir wird bewusst, dass meine Anwesenheit hier aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gerade fair ist. Dieses Gefühl verstärkt sich, als ich mich im Appartement umblicke und mir klar wird, dass für mich kein Platz darin ist. Auf sämtlichen Flächen stapeln sich dicht an dicht Papiere und Bücher, Stapel, die kurz vor dem Umfallen sind, aber eindeutig irgendwie geordnet sind; alle Bücher sind mit gelben Zetteln markiert. Gail winkt mich zur einzig freien Stelle im Raum, einem Holzstuhl, den ich übersehen habe, aber dann befällt sie eine leichte Panik, als ich nach zehn Zentimetern Platz für das Aufnahmegerät frage. Das Beistelltischchen neben ihrem Stuhl kommt nicht in Frage: Dort haben rund 20 leere Zigarettenschachteln ihr Zuhause, Matinee Regular, die zu einer perfekten Pyramide aufgetürmt sind. (Gail hatte mich am Telefon gewarnt, dass sie Kettenraucherin sei: »Tut mir leid, aber ich rauche. Und ich esse schlecht. Ich bin fett, und ich rauche. Ich hoffe, das stört Sie nicht.«) Es sieht aus, als hätte Gail das Innere der Schachteln schwarz ausgemalt, aber beim genauen Hinsehen merke ich, dass da in Wirklichkeit in winzigster Handschrift und dicht an dicht Namen, Zahlen notiert sind, Tausende von Worten.

Wir reden den ganzen Tag über. Oft beugt sich Gail vor, um etwas auf einen Notizzettel oder eine Zigarettenschachtel zu schreiben – »eine Notiz für mich selbst«, erklärt sie, »sonst kann ich mich nicht mehr daran erinnern«. Das Papierdickicht und die Zigarettenschachteln sind für Gail mehr als ein unkonventionelles Ablagesystem. Sie sind ihr Gedächtnis.

Seit Gail erwachsen ist, lässt sie ihr Gedächtnis im Stich; Fakten verdampfen auf der Stelle, Erinnerungen, wenn es sie noch gibt (und viele gibt es nicht mehr), sind wie Schnapp-

schussaufnahmen, die über den Boden verstreut sind. Manchmal erinnert sie sich perfekt an ein Ereignis – das nennt sie eine »Gedächtnisscherbe« –, aber wenn man sie nach dem Datum fragt, kann sie um bis zu zwei Jahrzehnte daneben liegen. »1968«, sagt sie dann vielleicht. »Nein, 1983.« Und so schreibt sie Listen und führt Buch über alles, zum Beweis, dass es ihr Leben tatsächlich gegeben hat. Zunächst entschuldigt sich Gail für das Durcheinander. Aber später sagt sie: »Er hat mir das angetan! Dieses Appartement ist Teil der Folter!«

Viele Jahre lang waren Gail die fehlenden Erinnerungen und ihre diversen Eigentümlichkeiten ein Rätsel. Beispielsweise wusste sie nicht, warum ein kleiner Stromschlag am Garagentor eine nicht zu beherrschende Panikattacke auslöste. Oder warum ihre Hände zitterten, wenn sie den Haarföhn einsteckte. Vor allem konnte sie nicht begreifen, warum sie sich an fast alles aus ihrem Erwachsenenleben erinnerte, aber an fast nichts aus der Zeit, ehe sie 20 wurde. Wenn sie jemandem begegnete, der behauptete, sie seit Kindertagen zu kennen, sagte sie meistens: »›Ich kenne dich, ich weiß aber im Moment nicht genau, wo ich dich hinstecken soll.‹ Ich habe so getan.«

Gail kam zu dem Schluss, dass das alles mit ihrer fragilen geistigen Gesundheit zu tun hatte. In ihren Zwanzigern und Dreißigern hatte sie Depressionen, war tablettenabhängig, und manchmal erlitt sie einen so schweren Zusammenbruch, dass sie komatös ins Krankenhaus kam. Diese Vorfälle führten dazu, dass ihre Familie sie verstieß und sie verzweifelt und allein zurückblieb und nur überleben konnte, indem sie die Mülltonnen vor Supermärkten durchwühlte.

Es hatte auch Hinweise gegeben, dass ihr früher noch Trau-

matischeres widerfahren war. Ehe die Familie die Verbindung abbrach, stritten sich Gail und ihre eineiige Zwillingsschwester über eine Zeit, als Gail noch viel kränker war und Zella sich um sie kümmern musste. »Du hast ja keine Ahnung, was ich durchgemacht habe«, sagte Zella beispielsweise. »Du hast auf den Wohnzimmerboden gepinkelt und am Daumen genuckelt und wie ein Baby geredet, und du wolltest die Flasche von meinem Baby haben. Damit musste ich fertig werden!« Gail konnte sich auf die Anschuldigungen ihrer Zwillingsschwester keinen Reim machen. Auf den Fußboden urinieren? Das Fläschchen ihres Neffen haben wollen? Sie konnte sich nicht erinnern, jemals so etwas Merkwürdiges getan zu haben.

Mit Ende vierzig begann Gail eine Beziehung zu einem Mann namens Jacob, den sie als ihren Seelenverwandten beschreibt. Er war Holocaust-Überlebender und beschäftigte sich gleichfalls intensiv mit Fragen des Erinnerns und Verlusts. Gails unerklärlicherweise fehlende Jahre beunruhigten Jacob, der vor mehr als einem Jahrzehnt starb, zutiefst. »Es muss einen Grund geben«, sagte er immer wieder über die Lücken in ihrem Leben. »Es muss einen Grund geben.«

1992 gingen Gail und Jacob zufällig an einem Zeitschriftenstand vorüber, an dem die Sensationsüberschrift prangte: »Gehirnwäsche-Experimente: Opfer werden entschädigt«. Kastner überflog den Artikel, und sofort sprangen ihr mehrere Formulierungen ins Auge: »Babysprache«, »Gedächtnisverlust«, »Inkontinenz«. »Ich sagte: Jacob, kauf diese Zeitung.‹« In einem Café in der Nähe lasen die beiden die unglaubliche Geschichte, dass die US-amerikanische Central Intelligence Agency in den fünfziger Jahren einen Montrealer Arzt bezahlt hatte, damit dieser bizarre Experimente an seinen Psychiat-

riepatienten durchführte. Er isolierte sie wochenlang, ließ sie ständig schlafen. Dann verabreichte er ihnen ungeheure Mengen Elektroschocks und auch experimentelle Drogencocktails, die unter anderem das psychedelische LSD und das halluzinogene PCP enthielten, Pentachlorphenol, auch als Angel Dust bekannt. Bei diesen Experimenten wurden die Patienten auf einen präverbalen, infantilen Status reduziert; sie waren am Allan Memorial Institute der McGill University unter Leitung des Direktors Dr. Ewen Cameron durchgeführt worden. Dass die CIA Camerons Versuche finanziert hatte, war Ende der siebziger Jahre aufgrund einer Anfrage unter dem Freedom of Information Act herausgekommen und hatte zu Anhörungen im US-Senat geführt. Neun von Camerons ehemaligen Patienten hatten sich zusammengetan und sowohl die CIA als auch die kanadische Regierung verklagt, die Camerons Forschungen gleichfalls finanziert hatte. In den sich lange hinziehenden Prozessen argumentierten die Anwälte der Patienten, die Experimente hätten gegen alle Standards medizinischer Ethik verstoßen. Die Patienten waren wegen kleinerer psychiatrischer Probleme zu Cameron gekommen – postnatale Depressionen, Angstzustände oder bloß, weil sie Hilfe bei Eheproblemen brauchten – und waren ohne ihr Wissen oder ihre Zustimmung als menschliche Laborratten benutzt worden, um den Informationsdurst der CIA zu stillen, wie man den menschlichen Geist kontrollieren könne. 1988 willigte die CIA ein, den neun Klägern insgesamt 750 000 Dollar Schadenersatz zu bezahlen, was zu diesem Zeitpunkt die höchste Summe war, die man je gegen den Nachrichtendienst hatte durchsetzen können. Vier Jahre später erklärte sich die kanadische Regierung bereit, 100 000 Dollar Schadenersatz an

jeden Patienten zu bezahlen, an dem die Experimente durchgeführt wurden.[3]

Cameron hatte nicht nur eine zentrale Rolle bei der Entwicklung heutiger amerikanischer Foltertechniken gespielt, sondern hat mit seinen Experimenten auch einen einzigartigen Einblick in die dem Katastrophen-Kapitalismus zugrundeliegende Logik geliefert. Wie die Verfechter des freien Marktes, die überzeugt sind, dass nur ein großes Desaster – eine umfassende Vernichtung – ihren »Reformen« den Boden bereiten kann, glaubte Cameron, er könne durch die Verabreichung von Schocks Schlechtes im menschlichen Gehirn vernichten und ausradieren und dann auf dieser schwer zu fassenden Tabula rasa neue Persönlichkeiten aufbauen.

Im Lauf der Jahre war Gail sich dumpf einer Geschichte bewusst geworden, die mit der CIA und der McGill University zu tun hatte, aber sie hatte ihr keine sonderliche Aufmerksamkeit geschenkt, denn mit dem Allan Memorial Institute hatte sie ihres Wissens nach nie etwas zu tun gehabt. Doch als sie da mit Jacob saß, beschäftigte sie sich genauer mit dem, was die Expatienten über ihr Leben erzählten – dem Gedächtnisverlust, der Regression. »Da wurde mir klar, dass diese Menschen dasselbe durchgemacht haben mussten wie ich. Ich sagte: Jacob, das muss der Grund sein.‹«

In der Schock-Werkstatt

Kastner schrieb an das Allan Memorial Institute und bat um ihre Krankenakte. Zunächst sagte man ihr, sie hätten keine Unterlagen über sie, aber schließlich bekam sie sämtliche 138

Seiten. Der Arzt, der sie aufgenommen hatte, war Ewen Cameron gewesen.

Die Briefe, Aufzeichnungen und Tabellen in Gails Krankenakte erzählen eine herzzerreißende Geschichte, die genauso davon handelt, wie wenig Chancen ein achtzehnjähriges Mädchen in den fünfziger Jahren hatte, wie auch davon, wie Regierungen und Ärzte ihre Macht missbrauchen. Die Akte beginnt mit Dr. Camerons Anamnese bei Gails Aufnahme: Sie ist Schwesternschülerin am McGill-Krankenhaus, ihre Noten sind hervorragend, Cameron beschreibt sie als »eine bislang ausreichend ausgewogene Persönlichkeit«. Sie leidet jedoch unter Angstzuständen, für die, wie Cameron unverblümt schreibt, ihr sie missbrauchender Vater verantwortlich ist, ein »höchst irritierender« Mann, der seine Tochter »wiederholt physisch angegriffen« hat.

Laut den frühen Aufzeichnungen scheinen die Schwestern Gail zu mögen; über Fragen der Krankenpflege freundet sie sich mit ihnen an, und sie beschreiben sie als »fröhlich«, »umgänglich« und »ordentlich«. Doch im Lauf der Monate, die sie mal auf der Pflegestation verbrachte und mal nicht, vollzog sich bei Gail ein radikaler Persönlichkeitswandel, der in ihrer Akte peinlich genau dokumentiert ist: Nach ein paar Wochen »zeigt [sie] kindisches Verhalten, bringt bizarre Ideen zum Ausdruck und scheint offensichtlich halluziniert [*sic*] und destruktiv«. Die Protokolle halten fest, dass diese intelligente junge Frau nur noch bis sechs zählen konnte, danach wird sie als »manipulativ, feindselig und sehr aggressiv« beschrieben und schließlich als passiv und lustlos und unfähig, ihre Angehörigen zu erkennen. Ihre endgültige Diagnose lautet: »Schizophrenie … mit deutlich hysterischen Zügen« – et-

was viel Ernsteres als die »Angstzustände«, deretwegen sie eingewiesen worden war.

Diese Metamorphose hatte zweifellos mit den Behandlungen zu tun, die ebenfalls in Kastners Akte verzeichnet sind: hohe Dosen Insulin, die wiederholt ein Koma auslösten, merkwürdige Kombinationen von Aufputsch- und Beruhigungsmitteln, lange Phasen, während derer sie künstlich in Schlaf versetzt worden war, und achtmal so viele Elektroschocks, wie damals üblich waren.

Häufig beziehen sich die Schwestern auf Kastners Versuche, ihren Ärzten zu entkommen: »Versucht, einen Weg hinaus zu finden … behauptet, sie würde schlecht behandelt … weigert sich nach der Injektion, sich der EKT [Elektrokonvulsionstherapie] zu unterziehen.« Dieses Aufbegehren wurde immer wieder als Anlass für einen weiteren Ausflug in »die Schock-Werkstatt« genommen, wie Camerons jüngere Kollegen das nannten.[4]

Die Suche nach Leere

Nachdem Gail Kastner ihre Krankenakte mehrfach gelesen hatte, wurde sie zu einer Art Archäologin ihres eigenen Lebens; sie hat alles gesammelt und erforscht, was möglicherweise erklären könnte, was mit ihr im Krankenhaus passierte. Sie fand heraus, dass Ewen Cameron, ein in Schottland geborener amerikanischer Staatsbürger, den absoluten Gipfel seiner Zunft erklommen hatte: Er war Präsident der American Psychiatric Association, Präsident der Canadian Psychiatric Association und Präsident der World Psychiatric Association.

1945 war er einer von drei amerikanischen Psychiatern gewesen, die den Auftrag hatten, bei den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg die Zurechnungsfähigkeit von Rudolf Heß zu attestieren.[5]

Als Gail mit ihren Nachforschungen begann, war Cameron schon lange tot, aber er hatte Dutzende von wissenschaftlichen Aufsätzen und veröffentlichten Vorlesungen hinterlassen. Zudem waren auch mehrere Bücher über die Finanzierung von Gehirnwäsche-Experimenten durch die CIA erschienen, und diese enthielten jede Menge Details über Camerons Beziehungen zu dem Geheimdienst.* Gail las sie alle, markierte sich wichtige Passagen, rekonstruierte zeitliche Abläufe und stellte Querverbindungen zwischen diesen Daten und ihrer eigenen Krankenakte her. Sie fand heraus, dass Cameron Anfang der fünfziger Jahre den üblichen Freud'schen Ansatz der »Gesprächstherapie« verworfen hatte, um die »wirklichen Gründe« für die mentalen Störungen seiner Patienten aufzudecken. Sein Ehrgeiz war nicht, seine Patienten wiederherzustellen oder zu heilen, sondern sie mit einem eigenen Verfahren, das er »psychisches Antreiben« nannte, neu zu erschaffen.[6]

Seinen wissenschaftlichen Aufsätzen aus jener Zeit zufolge glaubte er, die einzige Möglichkeit, seinen Patienten gesunde neue Verhaltensweisen beizubringen, bestünde darin, in ih-

---

* Unter anderem Anne Collins' mit dem Governor General's Award ausgezeichnetes *In the Sleep Room*, John Marks, *The Search for the Manchurian Candidate*, Alan Scheflin und Edward Option jr. *The Mind Manipulators*, Walter Bowart, *Operation Mind Control*, Gordon Thomas, *Journey into Madness* und Harvey Weinstein, *A Father, a Son and the CIA*; Letzteres schrieb der Sohn eines Patienten von Cameron, der später Psychiater wurde.

ren Verstand zu gelangen und »alte, pathologische Verhaltensmuster aufzubrechen«.[7] Der erste Schritt war das »Entprägen«, mit dem ein verblüffendes Ziel verfolgt wurde: den Verstand in einen Zustand zurückzuversetzen, als er, in Aristoteles' Worten, »eine Schreibtafel [war], auf der noch nichts in Wirklichkeit geschrieben steht«, eine Tabula rasa.[8] Cameron glaubte, er könne dieses Stadium erreichen, indem er das Gehirn mit allem traktierte, was sein normales Funktionieren stört – und zwar mit allem auf einmal. Das war der »Schock und Entsetzen«-Krieg gegen den Geist.

Ende der vierziger Jahre wurden Elektroschocks bei europäischen und nordamerikanischen Psychiatern immer beliebter. Sie riefen weniger permanente Schädigungen hervor als der chirurgische Eingriff der Lobotomie, und sie schienen zu nützen: Hysterische Patienten beruhigten sich häufig, und in einigen Fällen schien der Stromstoß die Person auch klarer denken zu lassen. Aber das waren nur Beobachtungen, und selbst die Ärzte, die die Methode entwickelten, konnten keine wissenschaftliche Erklärung liefern, wie das Verfahren wirkte.

Doch der Nebenwirkungen waren sie sich bewusst. Fraglos konnten Elektroschocks zu Gedächtnisverlust führen; das war die häufigste Beschwerde nach einer solchen Behandlung. Eng damit verwandt war der andere Nebeneffekt, der häufig beobachtet wurde, nämlich die Regression. In Dutzenden klinischen Studien vermerkten die Ärzte, dass unmittelbar nach der Behandlung Patienten an Daumen nuckelten, sich in die Embryohaltung zusammenrollten, mit dem Löffel gefüttert werden mussten und nach ihren Müttern riefen (oft hielten sie Ärzte und Schwestern für ihre Eltern). Diese Verhaltens-

weisen verschwanden in der Regel rasch, aber in einigen Fällen, bei denen sehr viele Schocks verabreicht worden waren, berichteten die Ärzte, dass ihre Patienten vollständig regrediert waren: Sie hatten vergessen, wie man läuft und spricht. Marilyn Rice, eine Wirtschaftswissenschaftlerin, die Mitte der siebziger Jahre eine Patientenrechtebewegung gegen Elektrokonvulsionstherapie anführte, beschrieb anschaulich, wie es ist, wenn aufgrund der Schockbehandlung die Erinnerungen und ein Gutteil der Bildung ausgelöscht sind: »Jetzt weiß ich, wie Eva sich gefühlt haben muss, die voll erwachsen ohne irgendeine Vorgeschichte aus der Rippe von jemandem gemacht wurde. Ich fühle mich so leer wie Eva.«[9] *

Für Rice und andere stellte diese Leere einen unersetzlichen Verlust dar. Cameron hingegen blickte auf dasselbe Nichts und sah etwas völlig anderes: die Tabula rasa, von schlechten Angewohnheiten gesäubert, auf die man neue Verhaltensmuster schreiben konnte. Für ihn war der »massive Verlust aller Erinnerungen« durch intensive Elektrokonvulsionstherapie keine unerwünschte Nebenwirkung, sie war das Ziel der Behandlung, der Schlüsselfaktor, der den Patienten in ein früheres Entwicklungsstadium, »lange bevor es zu schizophrenem Denken und Verhalten kam«, zurückversetzte.[10] Wie die Kriegstreiber, die Länder »zurück in die Steinzeit« bombar-

* Heute ist die Elektrokonvulsionstherapie erheblich weiter entwickelt, es werden Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Sicherheit und das Wohlergehen der Patienten zu gewährleisten, und sie ist eine anerkannte und oft wirksame Behandlung von Psychosen, aber als Nebenwirkung tritt noch immer ein Verlust des Kurzzeitgedächtnisses auf. Einige Patienten erklären nach wie vor, auch ihr Langzeitgedächtnis sei beeinträchtigt.

dieren wollen, betrachtete Cameron die Schocktherapie als Mittel, seine Patienten zurück in ihre Kindheit zu katapultieren, ihre totale Regression auszulösen. In einem Aufsatz von 1962 beschrieb er, auf welche Ebene er seine Patienten reduzieren wollte: »Es kommt nicht nur zu einem Verlust der Raum-Zeit-Wahrnehmung, es geht auch gänzlich das Gefühl verloren, dass es eine solche geben sollte. In diesem Stadium kann der Patient eine Vielfalt von anderen Phänomenen aufweisen, etwa den Verlust einer Fremdsprache oder alles Wissen über seinen Familienstand. Bei fortgeschritteneren Formen kann er möglicherweise nicht mehr ohne Hilfe gehen, nicht selbständig essen, und er weist möglicherweise eine zweifache Inkontinenz auf … Alle Aspekte seiner Gedächtnisfunktion sind schwer gestört.«[11]

Um seine Patienten zu »entprägen«, benutzte Cameron ein relativ neues Gerät, den Page-Russell-Elektroschocker, der statt einem gleich bis zu sechs Stromstöße in Folge verabreichte. Frustriert, dass seine Patienten sich anscheinend noch immer an die Reste ihrer Persönlichkeit klammerten, desorientierte Cameron sie weiter mit Aufputsch- und Beruhigungsmitteln sowie halluzinogenen Drogen: Chlorpromazin, Barbituraten, Natriumpentothal, Distickstoffoxid, Desoxyn, Seconal, Nembutal, Veronal, Melicone, Thorazin, Largactil und Insulin. 1956 schrieb Cameron in einem Aufsatz, diese Mittel dienten dazu, den Patienten »zu enthemmen, sodass möglicherweise seine Abwehr reduziert wird«.[12]

Nach dem »vollständigen Entprägen«, wenn die alte Persönlichkeit erfolgreich ausgelöscht worden war, konnte das »psychische Antreiben« beginnen. Es bestand darin, dass Cameron seinen Patienten auf Band aufgenommene Botschaf-

ten wie »Sie sind eine gute Mutter und Ehefrau, und die Menschen fühlen sich in Ihrer Gesellschaft wohl« vorspielte. Als Behaviorist glaubte er, wenn seine Patienten die Botschaften auf dem Band in sich aufnähmen, dann würden sie auch beginnen, sich anders zu verhalten.*

Da die Patienten durch die Schocks und die Drogen in einen fast vegetativen Zustand versetzt worden waren, konnten sie nichts anderes tun, als sich die Botschaften anzuhören – 16 bis 20 Stunden pro Tag und zwar wochenlang; in einem Fall ließ Cameron eine Botschaft 101 Tage am Stück laufen.[13]

Mitte der fünfziger Jahre begannen sich mehrere CIA-Wissenschaftler für Camerons Methoden zu interessieren. Damals setzte die Hysterie wegen des Kalten Kriegs ein, und der Nachrichtendienst hatte gerade ein Geheimprogramm aufgelegt, mit dem »besondere Befragungstechniken« erforscht werden sollten. In einem nicht länger der Geheimhaltung unterliegenden CIA-Memorandum ist zu lesen: »[Das Programm] prüfte und erforschte zahlreiche ungewöhnliche Befragungstechniken, einschließlich psychologischer Zermürbung und solcher Dinge wie vollständige Isolation‹« und auch des Einsatzes »von Drogen und Chemikalien«.[14] Zunächst trug das Programm den Codenamen Project Bluebird, dann hieß es Project Artichoke, schließlich wurde es 1953 in MKUltra umgetauft. Im Lauf der nächsten zehn Jahre gab MKUltra 25 Mil-

* Wenn Cameron auf seinem Gebiet eine weniger starke Stellung gehabt hätte, wären seine »psychisch antreibenden« Bandaufnahmen sicher als billiger Witz abgetan worden. Die ganze Idee kam ihm aufgrund einer Anzeige für das »Cerebrophone«, einem Plattenspieler für das Nachttischchen mit Kissenlautsprechern, der »eine revolutionäre Möglichkeit, im Schlaf eine Fremdsprache zu lernen«, versprach.

lionen Dollar für die Erforschung neuer Mittel und Wege aus, um den Willen von Gefangenen zu brechen, die man als Kommunisten oder Doppelagenten verdächtigte. 80 Institutionen arbeiteten an dem Programm mit, darunter 44 Universitäten und zwölf Krankenhäuser.[15]

Den Beteiligten mangelte es nicht an kreativen Ideen, wie man Menschen Informationen entlocken könnte, die diese nicht preisgeben wollen – das Problem war nur, dass man diese Ideen auch testen musste. In den ersten Jahren von Project Bluebird und Artichoke ähnelten die Testversuche eher einem tragikomischen Spionagefilm, in dem CIA-Agenten sich gegenseitig hypnotisierten und LSD in die Drinks der Kollegen kippten, um zu sehen, was passieren würde (in mindestens einem Fall kam es zum Selbstmord) – ganz zu schweigen vom Foltern verdächtiger russischer Spione.[16]

Die Tests erinnerten eher an Studentenstreiche mit tödlichem Ausgang als an seriöse Forschung, und die Ergebnisse boten nicht die wissenschaftliche Gewissheit, die die CIA haben wollte. Dafür brauchte man eine große Anzahl menschlicher Versuchsobjekte. Es wurden zwar mehrere Anläufe dazu unternommen, aber sie waren riskant: Würde herauskommen, dass die CIA gefährliche Drogen auf amerikanischem Boden testete, hätte das gesamte Programm beendet werden können.[17] Deshalb interessierte sich die CIA für kanadische Wissenschaftler. Diese Verbindung geht auf den 1. Juni 1951 zurück, an jenem Tag trafen sich Geheimdienstler und Wissenschaftler dreier Nationen im Ritz-Carlton Hotel in Montreal. Thema der Konferenz war die wachsende Sorge bei westlichen Nachrichtendiensten, dass die Kommunisten irgendwie herausgefunden hätten, wie man bei Kriegsgefangenen eine »Ge-

hirnwäsche« vornimmt. Als Beweis dafür galt, dass in Korea gefangene amerikanische GIs sich offenbar freiwillig vor Kameras stellten und Kapitalismus und Imperialismus brandmarkten. Laut den mittlerweile freigegebenen Protokollen des Treffens im Ritz waren die Verantwortlichen – Omond Solandt, Vorsitzender des kanadischen Defence Research Board, Sir Henry Tizard, Vorsitzender des britischen Defence Research Policy Committee, sowie zwei Vertreter der CIA – davon überzeugt, dass die Westmächte dringend herausfinden müssten, wie die Kommunisten den GIs diese bemerkenswerten Bekenntnisse herausgelockt hatten. Der erste Schritt in Richtung auf dieses Ziel war, »eine klinische Studie realer Fälle« durchzuführen, um herauszufinden, wie die Gehirnwäsche funktionieren könnte.[18] Gegenstand dieser Forschung war nicht, *mind control* – wie Gehirnwäsche fein umschrieben wurde – bei Kriegsgefangenen der Westmächte einzusetzen, sondern westliche Soldaten auf jegliche Zwangsmaßnahmen vorzubereiten, denen man sie unterwerfen könnte, wenn sie in Gefangenschaft gerieten.

Die CIA hatte allerdings andere Interessen. Doch selbst bei Treffen hinter verschlossenen Türen wie dem im Ritz wäre es, nachdem erst kurz zuvor die Foltermethoden der Nazis weltweit Abscheu erregt hatten, unmöglich gewesen, zuzugeben, dass die Agentur eigene alternative Befragungsmethoden entwickeln wollte.

Einer der Teilnehmer an dem Treffen im Ritz war Dr. Donald Hebb, Direktor für Psychologie an der McGill University. Den freigegebenen Protokollteilen zufolge spekulierte Hebb hinsichtlich der rätselhaften GI-Bekenntnisse, die Kommunisten könnten Gefangene manipulieren, indem sie sie intensiver

Isolation aussetzten und ihnen jede Sinneswahrnehmung verwehrten. Die Geheimdienstchefs waren beeindruckt, und drei Monate später hatte Hebb ein Forschungsstipendium des kanadischen Department of National Defence für geheime Experimente mit sensorischer Deprivation. Hebb bezahlte 63 McGill-Studenten 20 Dollar pro Tag; dafür wurden sie in einem Raum isoliert, mussten schwarze Brillen tragen und Kopfhörer, aus denen nur Rauschen kam, Arme und Hände steckten in Kartonröhren, um ihnen auch den Tastsinn zu nehmen. Tagelang trieben die Studenten in einem Meer aus Nichts, ihre Augen, Ohren und Hände konnten sich nicht orientieren; sie lebten in einer immer lebhafteren Phantasiewelt. Um herauszufinden, ob diese Deprivation sie für »Gehirnwäsche« empfänglich machte, begann Hebb ihnen Aufnahmen von Stimmen vorzuspielen, die von der Existenz von Geistern sprachen oder der Unaufrichtigkeit der Wissenschaft – Vorstellungen, die die Studenten vor Beginn des Experiments zurückgewiesen hatten.[19]

In einem vertraulichen Bericht über Hebbs Ergebnisse stellte das Defence Research Board fest, dass die sensorische Deprivation bei den studentischen Versuchspersonen eindeutig extreme Verwirrung sowie Halluzinationen hervorrief und es »zu einer signifikanten zeitweiligen verminderten intellektuellen Leistungsfähigkeit … während und unmittelbar nach der Periode des Sinnesentzugs« kam.[20] Darüber hinaus machte der Hunger auf Stimuli die Studenten in überraschendem Maß für die auf den Bändern geäußerten Vorstellungen empfänglich, und in der Tat entwickelten mehrere von ihnen ein Interesse an Okkultem, das noch Wochen nach Beendigung des Experiments anhielt. Es war, als hätte die Ver-

wirrung aufgrund des Sinnesentzugs einen Teil ihrer Persönlichkeit ausgelöscht und die Stimuli hätten dann diesen Bereich neu beschrieben.

Eine Kopie von Hebbs Forschungsbericht wurde an die CIA geschickt, 41 weitere bekam die U.S. Navy und noch einmal 42 die U.S. Army.[21] Die CIA ließ die Befunde auch direkt von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter Hebbs überwachen – Maitland Baldwin –, der, was Hebb nicht wusste, direkt an den Geheimdienst berichtete.[22] Dieses lebhafte Interesse kam kaum überraschend: Hebb bewies zumindest, dass extreme Isolation die Fähigkeit einschränkt, klar zu denken, und Menschen für Suggestion anfällig macht – für alle, die Verhöre durchführen, eine unendlich wertvolle Erkenntnis. Hebb erkannte schließlich, dass seine Forschungen nicht nur das Potenzial hatten, gefangene Soldaten vor einer »Gehirnwäsche« zu schützen, sondern auch eine Anleitung für psychologische Folter zu sein. Im letzten Interview vor seinem Tod im Jahr 1985 sagte er: »Als wir dem Defence Research Board unseren Bericht ablieferten, war klar, dass wir ausgezeichnete Befragungstechniken beschrieben.«[23]

Hebbs Bericht ist zu entnehmen, dass vier der Versuchspersonen »spontan erklärten, in diesem Apparat zu stecken, sei eine Form von Folter«, was bedeutete, dass es eindeutig gegen die medizinische Ethik verstoßen hätte, sie länger als ihnen zuträglich – zwei oder drei Tage – zu isolieren. Hebb war klar, dass damit dem Experiment Grenzen gesetzt waren, und er vermerkte, dass »eindeutigere Ergebnisse« nicht zur Verfügung stünden, denn es sei »nicht möglich, Versuchspersonen zu zwingen, 30 bis 60 Tage in ständiger sensorischer Isolation zu verbringen«.[24]

Hebb war das nicht möglich – aber durchaus seinem McGill-Kollegen und wissenschaftlichen Erzrivalen Dr. Ewen Cameron. (Unter Aussparung aller akademischen Höflichkeitsfloskeln beschrieb Hebb später Cameron als »auf kriminelle Weise dumm«.)[25] Cameron hatte sich bereits eingeredet, dass die willentliche geistige Zerstörung seiner Patienten der notwendige erste Schritt auf ihrem Weg zur geistigen Gesundheit und daher kein Verstoß gegen den hippokratischen Eid sei. Und was die Zustimmung der Patienten anging, so waren sie ihm hilflos ausgeliefert, denn sie mussten ein Standard-Einwilligungsformular unterschreiben, das Cameron absolute Behandlungsfreiheit gab – bis hin und unter Einschluss einer vollständigen Frontallobotomie.

Obwohl Cameron schon Jahre zuvor Kontakte zur CIA hatte, war sein erstes Stipendium, das er 1957 vom Geheimdienst bekam, durch eine vorgeschobene Organisation namens Society for the Investigation of Human Ecology »gewaschen«.[26] Sobald die CIA-Dollar zu fließen begannen, wirkte das Allan Memorial Institute weniger wie ein Krankenhaus, sondern eher wie ein makabres Gefängnis.

Die erste Veränderung waren die drastisch erhöhten Dosen der Elektroschocks. Die beiden Psychiater, die den umstrittenen Page-Russell-Elektroschocker erfunden hatten, empfahlen vier Behandlungen pro Patient, was einer Gesamtsumme von 24 Einzelschocks entsprach.[27] Cameron setzte das Gerät bei seinen Patienten nun über einen Zeitraum von einem Monat zweimal täglich ein, was für jeden Patienten beängstigende 360 Einzelschocks bedeutete – weit mehr als bei seinen früheren Patienten wie etwa Gail.[28] Der bereits schwindelerregenden Menge von Medikamenten, die er seinen Pa-

tienten verabreichte, fügte er im Experiment noch bewusstseinsverändernde Drogen hinzu, für die sich die CIA im besonderen Maß interessierte: LSD und PCR.

Und in sein den Verstand ausradierendes Arsenal nahm er noch weitere Waffen auf: Sensorische Deprivation und ausgedehnte künstliche Schlafphasen, ein Doppelprozess, der, wie er behauptete, »die Abwehrhaltung des Individuums« noch weiter »reduzieren« und den Patienten noch empfänglicher für seine Tonbandbotschaften machen würde.[29] Als die CIA-Dollar eintrafen, ließ Cameron von dem Geld die alten Pferdeställe hinter dem Krankenhaus zu Isolationsräumen umbauen. Auch den Keller ließ er aufwendig so renovieren, dass ein Raum entstand, den er »die Isolationskammer« nannte.[30] Er ließ den Raum schalldicht machen, ließ Rauschen hinein übertragen, schaltete das Licht aus und legte jedem Patienten dunkle Brillen und »Gummi-Trommelfelle« an, ihre Hände und Arme steckte er in Kartonröhren, um sie daran zu »hindern, den eigenen Körper zu berühren – und sich so mit ihrem Selbstbild zu beschäftigen«, wie es Cameron 1956 in einem Aufsatz formulierte.[31] Und während Hebbs Studenten der weniger intensiven sensorischen Deprivation nach nur wenigen Tagen entflohen, unterzog Cameron seine Patienten wochenlang dieser Prozedur, wobei eine Person 35 Tage lang in der Isolationskammer eingesperrt blieb.[32]

Des Weiteren entzog Cameron den Sinnen seiner Patienten die Eindrücke im sogenannten Schlafraum, in dem man sie mit Hilfe von Medikamenten für 20 bis 22 Stunden pro Tag ins Reich der Träume schickte; alle zwei Stunden wurden sie von Schwestern umgedreht, um ein Wundliegen zu verhindern, aufgeweckt wurden sie nur für die Mahlzeiten und

für den Gang zur Toilette.[33] In diesem Zustand wurden Patienten 15 bis 30 Tage lang gehalten, Cameron berichtete aber auch: »Manche Patienten wurden mit bis zu 65 Tagen kontinuierlichen Schlafes behandelt.«[34] Die Krankenhausmitarbeiter wurden angewiesen, den Patienten das Sprechen zu verbieten und keine Informationen darüber zu geben, wie lange sie in dem Raum bleiben müssten. Um sicherzustellen, dass keiner diesem Albtraum entkommen konnte, gab Cameron einer Gruppe von Patienten kleine Dosen des Gifts Curare, das zu Lähmungen führt, sodass diese Patienten buchstäblich Gefangene im eigenen Körper waren.[35]

In einem Aufsatz von 1960 schrieb Cameron, es gäbe »zwei Hauptfaktoren«, die es uns erlauben, ein Bild von Raum und Zeit aufrechtzuerhalten, das uns, anders ausgedrückt, ermöglicht zu wissen, wo wir sind und wer wir sind. Diese beiden Faktoren sind »(a) unser kontinuierlicher sensorischer Input und (b) unser Gedächtnis«. Mit den Elektroschocks löschte Cameron das Gedächtnis, mit seinen Isolationsräumen tilgte er den sensorischen Input. Er war entschlossen, seinen Patienten gewaltsam jegliches Gefühl dafür zu nehmen, wo sie sich in Raum und Zeit befanden. Als er merkte, dass einige Patienten den Tagesablauf anhand ihrer Mahlzeiten mitverfolgten, befahl Cameron der Küche, alles durcheinanderzubringen, die Essenszeiten zu wechseln und Suppe zum Frühstück und Porridge zum Abendessen zu servieren. »Indem wir diese Intervalle variierten und die Speisenfolge vom erwarteten zeitlichen Ablauf abweichen ließen, konnten wir diese Strukturierung aufbrechen«, berichtete Cameron zufrieden. Doch er musste feststellen, dass trotz seines eifrigsten Bemühens eine Patientin die Verbindung zur Außenwelt aufrecht-

erhielt, indem sie auf »das sehr schwache Brummen« eines Flugzeugs achtete, das jeden Morgen um neun Uhr über das Krankenhaus flog.[36]

Für jeden, der die Aussagen von Folterüberlebenden kennt, ist dies ein grauenvolles Detail. Fragt man Gefangene, wie sie Monate oder Jahre der Isolation und brutalen Behandlung überleben konnten, sprechen sie oft vom Läuten einer weit entfernten Kirchenglocke, dem Gebetsruf der Muslime oder Kindern, die in einem Park in der Nähe spielten. Wenn das Leben auf die vier Wände der Gefängniszelle geschrumpft ist, werden die Rhythmen solcher Klänge von draußen zu einer Art Rettungsleine, einem Beweis, dass der Gefangene noch immer ein Mensch ist, dass es eine Welt jenseits der Folter gibt. »Vier Mal hörte ich die Vögel draußen beim Sonnenaufgang zwitschern – so wusste ich, dass vier Tage herum waren«, sagte ein Überlebender der letzten Diktatur in Uruguay über eine besonders brutale Folterphase.[37] Die namenlose Frau im Keller des Allan Memorial Institute, die durch einen Nebel von Dunkelheit, Drogen und Elektroschocks angestrengt auf die Maschinen eines Flugzeugs lauschte, war keine Patientin in der Obhut eines Arztes, sie war faktisch eine Gefangene, die gefoltert wurde.

Wie mehrere Hinweise deutlich machen, war sich Cameron durchaus bewusst, dass er Folterbedingungen simulierte, und als strammer Antikommunist genoss er die Vorstellung, mit seinen Patienten Teil des Kampfes im Kalten Krieg zu sein. In einem Interview mit einer Publikumszeitschrift verglich er 1955 seine Patienten unverblümt mit Kriegsgefangenen beim Verhör; er sagte, »wie Gefangene der Kommunisten« hätten sie »versucht, [der Behandlung] Widerstand zu

leisten, und dieser musste gebrochen werden«.[38] Ein Jahr später schrieb er, Zweck seines »Entprägens« sei das »tatsächliche ›Zermürben‹ von Abwehrhaltungen«, und er fuhr fort, »dem analog ist der Zusammenbruch des Individuums unter ständigen Verhören«.[39] 1960 hielt Cameron schließlich nicht nur vor anderen Psychiatern, sondern auch vor Militärs Vorträge über seine Experimente mit sensorischer Deprivation. Bei einem Referat auf der Brooks Air Force Base in Texas behauptete er nicht, er würde Schizophrenie kurieren, sondern gab sogar zu, dass sensorische Deprivation »die primären Symptome der Schizophrenie hervorruft« – Halluzinationen, intensive Ängste, Realitätsverlust.[40] In seinen Vorlesungsnotizen erwähnt er, dass er der sensorischen Deprivation eine »Input-Überlastung« folgen ließ, was sich auf die Elektroschocks und die endlos laufenden Bandschleifen bezog – und eine Vorahnung kommender Verhörtaktiken war.[41]

Bis 1961 finanzierte die CIA Camerons Forschungen, und viele Jahre lang war nicht klar, was die US-Regierung, wenn überhaupt, mit den Ergebnissen anfing. Als Ende der siebziger und in den achtziger Jahre die Beweise, dass die CIA die Experimente finanziert hatte, schließlich in Senatsanhörungen und dann in dem bahnbrechenden Prozess der Patienten gegen den Geheimdienst ans Licht kamen, akzeptierten Journalisten und Abgeordnete größtenteils die CIA-Version der Ereignisse – dass man Gehirnwäsche-Techniken erforscht habe, um gefangene US-Soldaten zu schützen. Dabei stürzte sich die Presse vor allem auf das sensationelle Detail, dass die Regierung LSD-Trips finanziert hatte. Der wirkliche Skandal war, als endlich offenkundig wurde, dass die CIA und Ewen Cameron mit ihren Experimenten ohne triftigen

Grund rücksichtslos Leben zerstört hatten – die Forschungen erschienen absolut sinnlos: Bis dahin wussten alle, dass Gehirnwäsche ein Mythos des Kalten Krieges war. Die CIA ihrerseits förderte aktiv diese Sichtweise, weil man sich lieber als stümperhafte Science-Fiction-Narren verspotten ließ als zuzugeben, dass man an einer angesehenen Universität ein Folterlabor finanziert hatte – vor allem nicht ein derart erfolgreiches. Als John Gittinger, der CIA-Psychologe, der als Erster den Kontakt zu Cameron gesucht hatte, bei der Senatsanhörung aussagen musste, bezeichnete er die Unterstützung Camerons als »einen dummen Fehler … einen schrecklicher Fehler«.[42] Und als Sidney Gottlieb, der einstige Direktor von MKUltra, bei der Anhörung erklären sollte, warum er befohlen hatte, alle Akten des 25-Millionen-Dollar-Programms zu vernichten, antwortete er: »Das Projekt MKUltra hatte keinerlei Ergebnisse gebracht, die für die Behörde von einem wirklich positiven Wert gewesen wären.«[43] In den Enthüllungsgeschichten über MKUltra, die in den achtziger Jahren sowohl in der bürgerlichen Presse als auch in Büchern erschienen, werden diese Experimente übereinstimmend als »mind control« oder »Gehirnwäsche« bezeichnet. Der Begriff »Folter« wird fast nie verwendet.

Die Wissenschaft der Angst

Im Jahr 1988 brachte *The New York Times* eine bahnbrechende Enthüllungsgeschichte über die Verwicklung der Vereinigten Staaten in Folterungen und Ermordungen in Honduras. Florencio Caballero, Verhörspezialist des für seine Brutalität be-

rüchtigten honduranischen Bataillons 3-16, erzählte der *Times*, er und 24 Kollegen wären in Texas von der CIA ausgebildet worden. »Sie brachten uns psychologische Methoden bei – die Ängste und Schwächen eines Gefangenen zu studieren. Lass ihn strammstehen, lass ihn nicht schlafen, halte ihn nackt und isoliert, bring ihm Ratten und Kakerlaken in die Zelle, gib ihm mieses Essen, präsentier ihm tote Tiere, schütte kaltes Wasser über ihn, wechsle die Temperatur.« Eine Methode vergaß er zu erwähnen: Elektroschocks. Ines Murillo, eine vierundzwanzigjährige Gefangene, die von Caballero und seinen Kollegen »verhört« wurde, berichtete *The Times*, sie sei so viele Male mit Stromschlägen traktiert worden, dass sie schrie und unter dem Schock zusammenbrach. »Die Schreie kommen einfach aus dir heraus … Ich roch Qualm und merkte, dass mich die Stromschläge verbrannten, sie sagten, sie würden mich foltern, bis ich verrückt sei. Ich glaubte ihnen nicht. Aber dann zogen sie mir die Beine auseinander und hängten die Drähte an meine Genitalien.«[44] Murillo sagte auch, es sei noch jemand im Raum gewesen: Ein Amerikaner, der Fragen an ihre Verhörer weiterleitete und den die anderen »Mr. Mike« nannten.[45]

Die Enthüllungen lösten Anhörungen vor dem Senatsausschuss für die Geheimdienste aus, wo der stellvertretende CIA-Direktor Richard Stolz bestätigte: »Caballero hat in der Tat einen CIA-Kurs über die Ausnutzung menschlicher Quellen beziehungsweise Verhöre besucht.«[46] Die *Baltimore Sun* beantragte unter Berufung auf den Freedom of Information Act Einsicht in die Kursunterlagen, anhand derer Leute wie Caballero ausgebildet wurden. Viele Jahre lang weigerte sich die CIA; erst unter Androhung eines Prozesses und neun Jahre nach der Veröffentlichung der ursprünglichen Geschichte prä-

sentierte sie schließlich ein Handbuch mit dem Titel *Kubark Counterintelligence Interrogation.* Der Titel war kodiert: »Kubark« ist *The New York Times* zufolge »ein Kryptonym, KU ein zufälliges Buchstabenpaar und BARK der damalige Deckname des Geheimdienstes für sich selbst«.[47] Das 128 Seiten starke Handbuch ist ein Geheimmanual zur »Befragung von renitenten Quellen«, das ausgiebig auf den von MKUltra in Auftrag gegebenen Forschungen basiert – und die Experimente von Ewen Cameron und Donald Hebb haben überall darin Spuren hinterlassen. Die Methoden reichen von sensorischer Deprivation über anstrengende Körperhaltung und Verhüllen des Kopfes bis hin zu Schmerzen. (Das Handbuch erwähnt ziemlich früh, dass viele dieser Vorgehensweisen illegal sind, und instruiert das Verhörpersonal, »unter einem der folgenden Umstände … zuvor die Zustimmung des Hauptquartiers [einzuholen]: 1. Wenn körperliche Schäden zugefügt werden sollen. 2. Wenn medizinische, chemische *oder elektrische* Methoden oder Stoffe zum Erreichen der Fügsamkeit eingesetzt werden sollen«.)[48]

Das Handbuch stammt aus dem Jahr 1963, dem letzten Jahr des MKUltra-Programms; zwei Jahre zuvor waren Camerons von der CIA finanzierte Experimente beendet worden. Das Buch behauptet, wenn die darin beschriebenen Techniken richtig angewandt würden, würden sie einer renitenten Quelle »die Fähigkeit zum Widerstand« nehmen. Wie sich herausstellt, war das der wahre Zweck von MKUltra: nicht die Erforschung der Gehirnwäsche (das war ein bloßer Nebenschauplatz), sondern ein wissenschaftlich fundiertes System, um aus »renitenten Quellen« Informationen herauszuholen.[49] Anders ausgedrückt: Folter.

Auf der ersten Seite hält das Handbuch fest, es beschreibe Verhörmethoden, die auf »ausführlichen Forschungen einschließlich wissenschaftlicher Untersuchungen durch Spezialisten für engverwandte Themen« basierten. Ein neues Zeitalter exakter, verbesserter Foltermethoden war angebrochen – nicht mehr die blutigen, ungenauen Quälereien, die seit der spanischen Inquisition gängige Praxis gewesen waren. In einer Art Vorwort heißt es: »Ein Nachrichtendienst, der relevantes, modernes Wissen auf seine Bereiche anwenden kann, erfreut sich eines riesigen Vorteils gegenüber einem Dienst, der seinen geheimen Geschäften nach Art des 18. Jahrhunderts nachgeht … Es ist nicht länger möglich, sinnvoll über Verhörmethoden zu diskutieren, ohne dabei auf die psychologische Forschung des letzten Jahrzehnts Bezug zu nehmen.«[50] Dann folgt ein Leitfaden zur Demontage von Persönlichkeiten.

Das Handbuch enthält auch einen längeren Abschnitt über sensorische Deprivation, in dem auf »eine Reihe von Experimenten an der McGill University« Bezug genommen wird.[51] Es beschreibt, wie man Isolationskammern baut, und vermerkt: »Der Entzug von Stimuli induziert eine Regression, da der Geist des Subjekts des Kontakts mit der Außenwelt beraubt und damit gezwungen wird, sich mit sich selbst zu begnügen. Gleichzeitig bewirkt die kalkulierte Verabreichung von Stimuli während der Verhöre, dass das regredierte Subjekt den Befrager als eine Vaterfigur betrachtet.«[52] Die Anfrage nach dem Freedom of Information Act förderte auch eine überarbeitete Version des Manuals zutage, die erstmals 1983 für den Einsatz in Südamerika veröffentlicht wurde. »Fenster sollten weit oben in der Wand angebracht sein und über die

Möglichkeit verfügen, das Tageslicht abzuschirmen«, führt das Handbuch aus.[53] *

Genau das hatte Hebb befürchtet: dass seine Methoden der sensorischen Deprivation als »beeindruckende Verhörmethoden« angewandt würden. Doch es sind die Arbeit von Cameron und sein Rezept zur Zerstörung des »Zeit-Raum-Bildes«, die den Kern der *Kubark*-Formel ausmachen. Das Handbuch beschreibt mehrere Methoden, die im Keller des Allan Memorial Institute zur »Entprägung« von Patienten ausgetüftelt worden waren: »Prinzipiell sollten die Sitzungen so geplant werden, dass der Quelle jedes Gefühl für den chronologischen Ablauf verloren geht … Einige Befragte können durch ständige Manipulation der Zeit regrediert werden, indem man Uhren vor- und zurückstellt und das Essen zur falschen Zeit bringt – zehn Minuten oder zehn Stunden nach der letzten Verabreichung. Tag und Nacht werden durcheinandergebracht.«[54]

Am meisten beflügelte die Phantasie der *Kubark*-Autoren nicht eine bestimmte Einzeltechnik, sondern Camerons Fixierung auf die Regression – dass man Menschen jedes Gefühls dafür, wer sie sind und wo sie sich in Raum und Zeit befinden, berauben und so Erwachsene zu abhängigen Kindern machen kann, deren Geist zu einer für Suggestion empfänglichen Tabula rasa wird. Immer wieder kommen die Autoren auf dieses Thema zu sprechen. »All diese Methoden, beim Verhör eine Blockade zu durchbrechen, das gesamte Spektrum

---

* Die Version von 1983 ist eindeutig für Schulungszwecke aufgemacht, sie enthält Testfragen zur Kontrolle und freundliche Ratschläge (»beginnen Sie jede Sitzung grundsätzlich mit frischen Batterien«).

von der einfachen Isolation über die Hypnose bis zur Narkose, sind im Grunde Möglichkeiten, den Prozess der Regression zu beschleunigen. Wenn der Befragte von einer ausgereiften Persönlichkeit auf einen infantileren Status zurückfällt, fallen seine erlernten oder strukturierten Persönlichkeitsmerkmale weg.«[55] Das ist der Punkt, an dem der Gefangene in das obenerwähnte Stadium des »psychischen Schocks« oder des »ausgesetzten Atems« eintritt – jene vom Folterer geschätzte weiche Stelle, wenn »die Quelle für Vorschläge viel offener ist, viel eher kooperieren wird«.

Alfred W. McCoy, Historiker an der University of Wisconsin, dokumentiert die Entwicklung der Foltertechniken seit der Inquisition in seinem Buch *A Question of Torture: CIA Interrogation from the Cold War to the War on Terror* und bezeichnet darin die in einen Schockzustand versetzende *Kubark*-Formel der sensorischen Deprivation und anschließender sensorischer Überlastung als »die erste wirkliche Revolution in der grausamen Wissenschaft des Schmerzzufügens seit mehr als drei Jahrhunderten«.[56] McCoy zufolge wäre das ohne die McGill-Experimente in den fünfziger Jahren nicht möglich gewesen. »Um die bizarren Exzesse bereinigt, bildeten Dr. Camerons Experimente, die auf Dr. Hebbs früherem Durchbruch aufbauten, die wissenschaftliche Grundlage der zweistufigen psychologischen Foltermethodik der CIA.«[57]

Wo immer die *Kubark*-Methoden gelehrt wurden, haben sich bestimmte eindeutige Verhaltensmuster – alle darauf ausgerichtet, einen Schock herbeizuführen, zu vertiefen und ihn dauerhaft zu machen – ausgebildet: Die Betroffenen werden auf möglichst erschütternde und desorientierende Weise gefangen genommen, bei Razzien in tiefer Nacht oder früh am

Morgen – wie das Handbuch empfiehlt. Auf der Stelle werden ihnen Kapuzen über die Köpfe gezogen oder die Augen verbunden, sie werden ausgezogen und geschlagen und dann einer Form sensorischer Deprivation unterzogen. Und von Guatemala bis Honduras, von Vietnam bis in den Iran, von den Philippinen bis nach Chile werden überall Elektroschocks eingesetzt.

Natürlich ist das nicht alles auf den Einfluss Camerons oder von MKUltra zurückzuführen. Folter ist auch immer Improvisation, eine Kombination von erlernten Techniken und dem menschlichen Instinkt für Brutalität, der freigesetzt wird, wo immer Straffreiheit regiert. Mitte der fünfziger Jahre wurden Elektroschocks routinemäßig auch von französischen Soldaten in Algerien gegen Freiheitskämpfer eingesetzt, oft mit Unterstützung von Psychiatern.[58] In dieser Zeit hielten französische Militärführer Seminare für US-amerikanische »Rebellenabwehr«-Spezialisten in Fort Bragg, North Carolina, ab, deren Teilnehmern sie die in Algerien angewendeten Verfahren vermittelten.[59] Es ist jedoch auch klar, dass Camerons spezielle Art des massiven Elektroschock-Einsatzes, der nicht bloß Schmerzen zufügte, sondern vor allem dazu diente, festgefügte Persönlichkeiten auszulöschen, die CIA beeindruckte. 1966 schickte der Geheimdienst drei Psychiater nach Saigon, die einen Page-Russell-Elektroschocker im Gepäck hatten, genau das Gerät, mit dem Cameron am liebsten arbeitete; es wurde so aggressiv eingesetzt, dass mehrere Gefangene damit umgebracht wurden. McCoy sagt dazu: »Im Grunde testeten sie unter realen Einsatzbedingungen, ob Ewen Camerons … ›Entprägungs‹-Techniken tatsächlich menschliches Verhalten beeinflussen können.«[60]

Für Mitarbeiter amerikanischer Geheimdienste ist so eine direkte Aktion ungewöhnlich. Seit den siebziger Jahren spielten US-Agenten lieber die Rolle des Mentors oder Ausbilders, an den Verhören beteiligten sie sich nicht direkt. Aussagen von Personen, die in den siebziger und achtziger Jahren in Zentralamerika gefoltert wurden, sind voller Hinweise auf geheimnisvolle, Englisch sprechende Männer, die in den Zellen ein und aus gingen, Fragen vorschlugen oder Ratschläge erteilten. Dianna Ortiz, eine amerikanische Nonne, die 1989 entführt wurde und in einem guatemaltekischen Gefängnis saß, sagte aus, die Männer, die sie über hundert Mal vergewaltigten und mit Zigaretten verbrannten, hätten einem Mann gehorcht, der Spanisch mit kräftigem amerikanischen Akzent sprach und den sie als ihren »Boss« bezeichneten.[61] Jennifer Harbury, deren Mann von einem guatemaltekischen Offizier, der auf der CIA-Gehaltsliste stand, gefoltert und getötet wurde, hat zahlreiche solcher Fälle in ihrem wichtigen Buch *Truth, Torture and the American Way* dokumentiert.[62]

Die Rolle der USA in diesen schmutzigen Kriegen war zwar von mehreren aufeinander folgenden Regierungen in Washington sanktioniert, musste aber aus leicht einsehbaren Gründen geheim bleiben. Physische oder psychische Folter verstößt eindeutig gegen die Genfer Konventionen, die »jede Form von Folter oder Grausamkeit« verbieten, und auch gegen den Uniform Code of Military Justice der US-Armee, der die »grausame Behandlung« und »Unterdrückung« von Gefangenen untersagt.[63] Das *Kubark*-Handbuch warnt die Leser auf Seite zwei, die vorgestellten Techniken würden »das hohe Risiko späterer Strafverfolgung« tragen, und die Version von 1983 konstatiert noch unverblümter: »Gewalteinsatz, geistige

Folterung, Drohungen, Beleidigungen oder unangenehme und beleidigende Behandlung irgendeiner Art als Hilfsmittel der Befragung verbietet sowohl internationales wie nationales Recht.«[64] Vereinfacht ausgedrückt: Was das Handbuch lehrte, war illegal und musste genau deswegen geheim bleiben. Fragte jemand nach, dann unterrichteten US-Agenten ihre Schüler in Entwicklungsländern in modernen, professionellen Polizeimethoden – man konnte sie unmöglich für »Exzesse« verantwortlich machen, zu denen es außerhalb ihrer Unterrichtsräume kam.

Lange Zeit legte man enormen Wert darauf, plausibel leugnen zu können, aber mit dem 11. September 2001 hatte das keine Gültigkeit mehr. Die Terroranschläge auf die Zwillingstürme und das Pentagon waren Schocks ganz anderer Art als die im *Kubark*-Handbuch, hatten aber bemerkenswert ähnliche Folgen: gründliche Desorientierung, extreme Furcht und Ängste, kollektive Regression. Und wie *Kubark*-Befrager als »Vaterfigur« auftraten, nutzte die Regierung Bush prompt diese Ängste, um die Rolle von überaus fürsorglichen Eltern zu spielen, sie war bereit, »das Heimatland« und seine verwundbaren Menschen mit allen nötigen Mitteln zu verteidigen. Der in Vizepräsident Dick Cheneys berüchtigter Stellungnahme über den Kampf gegen »die dunkle Seite« zum Ausdruck gekommene Wechsel der amerikanischen Politik bedeutete nicht, dass diese Regierung nun zu Strategien griff, die ihre humaneren Vorgänger abgelehnt hätten (wie zu viele Demokraten behauptet und sich dabei auf das berufen haben, was der Historiker Garry Wills den spezifisch amerikanischen Mythos der »ursprünglichen Sündenfreiheit« genannt hat).[65] Der entscheidende Wandel bestand darin, dass das, was man

bislang von Handlangern und mit genügend Abstand, um alles Wissen darüber leugnen zu können, erledigen ließ, jetzt selbst in die Hand genommen und auch noch öffentlich verteidigt wurde.

Trotz allen Geredes vom Outsourcing des Folterns hat die Regierung Bush als wirkliche Neuerung das Insourcing betrieben: Gefangene werden von amerikanischen Staatsbürgern in amerikanisch geführten Gefängnissen gefoltert oder mit amerikanischen Flugzeugen in Drittländer gebracht – was dann »außerordentliche Überstellung« heißt. Genau das unterscheidet die Regierung Bush von ihren Vorgängern: Nach den Angriffen vom 11. September wagte sie es, ohne sich zu schämen, das Recht auf Foltern für sich zu beanspruchen. Dafür hätte sie strafrechtlich belangt werden können – das Problem schaffte sie aus der Welt, indem sie die Gesetze änderte. Wie das ablief, ist bekannt: Der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld – von George W. Bush dazu ermächtigt – verkündete, die in Afghanistan gemachten Gefangenen unterlägen nicht den Genfer Konventionen, weil sie »feindliche Kombattanten« seien, keine Kriegsgefangenen, und diese Rechtsauffassung bestätigte der damalige juristische Berater des Weißen Hauses, Alberto Gonzales (der später US-Justizminister wurde).[66] Als Nächstes gestattete Rumsfeld für den Krieg gegen den Terror eine Reihe von speziellen Verhörpraktiken. Sie schlossen die in den CIA-Handbüchern dargelegten Methoden ein: »Gebrauch der Isolationseinrichtung für bis zu 30 Tage«, »Entzug von Licht und auditiven Stimuli«, »dem Verhafteten darf auch während des Transports und der Befragung eine Haube über den Kopf gestülpt werden«, »Entfernen der Kleidung« und »Ausnutzen individueller Phobien des Verhafteten

(beispielsweise Angst vor Hunden), um Stress zu induzieren«.[67] Das Weiße Haus verlautbarte, Foltern sei noch immer verboten – aber damit jetzt etwas als Folter gelten konnte, musste der zugefügte Schmerz »in seiner Intensität äquivalent dem Schmerz sein, der eine schwere physische Verletzung begleitet, beispielsweise ein Organversagen«.[68]* Gemäß diesen neuen Regeln stand es der amerikanischen Regierung frei, die in den fünfziger Jahren unter strengster Geheimhaltung entwickelten Methoden anzuwenden – nur, dass dies jetzt in aller Öffentlichkeit und ohne Angst vor Strafverfolgung geschah. Dem entsprechend veröffentlichte das Intelligence Sciences Board, ein Beratergremium der CIA, im Februar 2007 einen Bericht, den ein ehemaliger Verhörspezialist des Verteidigungsministeriums geschrieben hat. Darin hieß es unverblümt, dass »eine sorgfältige Lektüre des *Kubark*-Handbuchs für alle, die mit Verhören befasst sind, von essenzieller Bedeutung« sei.[69]

---

* Unter dem Druck des Kongresses und des Senats und auch des Obersten Gerichtshofes musste die Regierung Bush gezwungenermaßen ihre Einstellung etwas mäßigen, als der Kongress dem Military Commissions Act von 2006 zustimmte. Das Weiße Haus nutzte zwar das neue Gesetz, um zu verkünden, man hätte auf die Anwendung von Folter verzichtet, aber dieses wies riesige Lücken auf, die es CIA-Agenten und Subunternehmen weiterhin ermöglichten, mit sensorischer Deprivation und Sinnesüberflutung im *Kubark*-Stil und auch mit anderen »kreativen Techniken« einschließlich simuliertem Ertränkens (»waterboarding«) weiterzumachen. Ehe Bush das Gesetz unterschrieb, brachte er noch eine »Feststellung zur Unterschrift« an, mit der er das Recht beanspruchte, »Sinn und Anwendung der Genfer Konventionen zu interpretieren«, wie es ihm gutdünke. *The New York Times* bezeichnete dies als »einseitige Umformulierung einer über zweihundertjährigen Rechtstradition«.

Als einer der Ersten bekam Jose Padilla, amerikanischer Staatsbürger und früheres Bandenmitglied, die neue Regelung direkt zu spüren. Er wurde im Mai 2002 im Chicagoer O'Hare-Airport verhaftet. Man warf ihm vor, er habe geplant, eine »schmutzige Bombe« zu bauen. Statt ihn anzuklagen und den Gerichten zu übergeben, wurde Padilla als feindlicher Kombattant eingestuft, womit er aller Rechte beraubt war. Man brachte ihn in das Gefängnis der US-Marine in Charleston, South Carolina; Padilla sagt, man habe ihm eine Droge injiziert, bei der es sich seiner Ansicht nach entweder um LSD oder um PCP gehandelt habe, und ihn intensiver sensorischer Deprivation unterzogen: Er wurde in einer winzigen Zelle gehalten, durch deren Fenster kein Licht drang, und durfte weder eine Uhr noch einen Kalender behalten. Wann immer man ihn aus der Zelle holte, wurden ihm Ketten angelegt, eine lichtundurchlässige schwarze Brille bedeckte seine Augen, dicke Kopfhörer schirmten jeden Ton ab. 1307 Tage wurde Padilla unter diesen Bedingungen festgehalten, außer zu seinen Verhöroffizieren durfte er keinerlei Kontakt haben, und die malträtierten bei den Befragungen seine ausgehungerten Sinne mit hellem Licht und hämmernden Klängen.

Im Dezember 2006 wurde Padilla vor Gericht angehört, auch wenn die Anschuldigungen mit der schmutzigen Bombe, wegen derer er verhaftet worden war, fallengelassen worden waren. Man klagte ihn an, terroristische Kontakte zu haben, aber er konnte kaum noch etwas zu seiner Verteidigung hervorbringen: Sachverständigenaussagen zufolge hatten die Regressionstechniken à la Cameron den Erwachsenen, der er einst war, völlig zerstört – und genau dafür waren sie ja entwickelt worden. »Die sich lange hinziehenden Folterun-

gen haben Mr. Padilla sowohl mental als auch körperlich beschädigt«, sagte sein Anwalt vor Gericht. »Wie die Regierung Mr. Padilla behandeln ließ, hat ihn seiner Persönlichkeit beraubt.« Ein Psychiater, der ihn begutachtete, kam zu dem Schluss, ihm »fehlt die Fähigkeit, zu seiner eigenen Verteidigung beizutragen«.[71] Der von der Bush-Regierung eingesetzte Richter erklärte jedoch, Padilla sei verhandlungsfähig. Das Außergewöhnliche an Padillas Fall ist, dass ihm ein öffentlicher Prozess zugestanden wurde. Tausende andere, die nicht wie Padilla US-Bürger sind, haben ähnliche Folterqualen durchgemacht, ohne dass dafür jemand öffentlich in einem Zivilprozess zur Verantwortung gezogen wurde.

Viele schmachten in Guantánamo. Der Australier Mamdouh Habib, der dort einsaß, hat gesagt: »Guantánamo Bay ist ein Experiment … und sie experimentieren mit Gehirnwäsche.«[72] Den aus Guantánamo herausgelangten Augenzeugenaussagen, Berichten und Fotos zufolge sieht es wirklich so aus, als wäre das Allan Memorial Institute der fünfziger Jahre nach Kuba transportiert worden. Frisch Inhaftierte werden einer intensiven sensorischen Deprivation unterzogen – Kopfhauben, lichtundurchlässige Brillen und dicke Kopfhörer. Monatelang bleiben sie in Isolationszellen, und wenn sie einmal herauskommen, werden ihre Sinne mit bellenden Hunden, Stroboskopblitzen und Endlos-Bandschleifen mit schreienden Babys, plärrender Musik und miauenden Katzen bombardiert.

Für viele Gefangene laufen die Effekte dieser Techniken auf ziemlich genau dasselbe hinaus wie für die Patienten damals am Allan Memorial Institute: totale Regression. Ein freigelassener Gefangener, ein britischer Staatsbürger, erzählte seinen Anwälten, mittlerweile gebe es in dem Gefängnis ei-

nen ganzen Bereich, Block Delta, der für »mindestens 50« Inhaftierte reserviert ist, die permanent an Wahnzuständen leiden.[73] In einem nichtgeheimen Brief des FBI an das Pentagon wird ein hochrangiger Gefangener beschrieben, der »mehr als drei Monate lang intensiver Isolation ausgesetzt« gewesen war und »Verhaltensweisen zeigte, die mit extremen psychologischen Traumata konsistent sind (mit nicht existierenden Menschen reden, angeblich Stimmen hören, endlose Stunden unter einem Laken in der Zelle kauern)«.[74] James Yee, ein ehemaliger muslimischer Seelsorger der US-Armee, der in Guantánamo gearbeitet hatte, sagte über die Gefangenen im Block Delta, sie zeigten die klassischen Symptome extremer Regression. »Wenn ich aufhörte, sie anzusprechen, antworteten sie mir mit einer kindlichen Stimme und redeten völligen Unsinn. Viele von ihnen sangen laut Kinderlieder, die sie andauernd wiederholten. Einige standen oben auf ihren eisernen Bettgestellen und verhielten sich kindisch; mich erinnerte das daran, wie ich mit meinen Brüdern, als wir klein waren, ›der König der Berge‹ spielte.« Die Situation verschlechterte sich im Januar 2007 erheblich, als 165 Gefangene in einen neuen Gefängnisflügel – bekannt als »Camp Six« – verbracht wurden, wo die stählernen Isolationszellen jeden menschlichen Kontakt verhindern. Die Rechtsanwältin Sabin Willet, die mehrere Guantánamo-Gefangene vertritt, warnte, wenn diese Situation fortbestünde, würde man »ein Irrenhaus bekommen«.[75]

Menschenrechtsgruppen weisen darauf hin, dass Guantánamo, so schrecklich das Lager ist, eigentlich noch die beste der von Amerikanern geleiteten ausländischen Verhöreinrichtungen ist, da hier das Rote Kreuz und Anwälte in begrenz-

tem Umfang kontrollieren können. Eine unbekannte Zahl von Gefangenen ist im Netzwerk der sogenannten schwarzen Lager überall auf der Welt verschwunden oder wurde per »außerordentlicher Überstellung« von US-Agenten in Gefängnisse verbracht, die von Dritten geleitet werden. Gefangene, die diesem Albtraum entronnen sind, bezeugen, dass sie dem gesamten Arsenal der Schocktaktiken à la Cameron ausgesetzt wurden.

Der italienische Geistliche Hassan Mustafa Osama Nasr wurde in Mailand auf offener Straße von CIA-Agenten und italienischen Geheimpolizisten entführt. »Ich verstand überhaupt nicht, was da vor sich ging«, erzählte er später. »Sie begannen damit, mich in den Magen zu boxen und am ganzen Körper zu schlagen. Meinen ganzen Kopf und mein Gesicht umwickelten sie mit breitem Band und schnitten über der Nase Löcher hinein, damit ich Luft bekam.« Sie schafften ihn eilends nach Ägypten, wo er vierzehn Monate in einer Zelle ohne Licht verbrachte. »Kakerlaken und Ratten liefen über meinen Körper.« Bis zum Februar 2007 blieb Nasr in Ägypten inhaftiert, aber er konnte einen elfseitigen, handgeschriebenen Brief hinausschmuggeln, in dem er die Misshandlungen detailliert darstellte.[76]

Er schrieb, er sei wiederholt mit Elektroschocks gefoltert worden. Nach einem Bericht in der *Washington Post* wurde er »auf ein Eisengestell mit dem Spitznamen ›die Braut‹ geschnallt und mit einem Elektrobuzzer malträtiert«. Er wurde auch »auf eine nasse Matratze auf dem Fußboden gebunden. Ein Verhöroffizier saß auf einem Holzstuhl, der auf den Schultern des Gefangenen stand, ein anderer legte einen Schalter um, mit dem er Stromstöße durch die Spiralfedern der Mat-

ratze jagte.«[77] Man verabreichte ihm auch an den Hoden Elektroschocks, berichtet Amnesty International.[78]

Es gibt Grund zu der Annahme, dass dieser Gebrauch von Elektrofolter an Gefangenen der USA kein Einzelfall mehr ist, doch diese Tatsache wird bei fast allen Diskussionen darüber, ob die Vereinigten Staaten nun tatsächlich foltern oder bloß »kreative Verhörmethoden« anwenden, nicht berücksichtigt. Jumah al-Dossari, ein Guantánamo-Gefangener, der über ein Dutzend Mal versucht hat, sich das Leben zu nehmen, gab über seine Zeit als amerikanischer Gefangener in Kandahar einem Anwalt schriftlich zu Protokoll: »Der Vernehmungsbeamte hatte ein kleines Gerät, das aussah wie ein Mobiltelefon, aber es war ein Elektroschocker. Er gab mir Stromstöße ins Gesicht, auf den Rücken, an Arme und Beine und die Genitalien.«[79] Und der aus Deutschland stammende Murat Kurnaz erlebte in einem von Amerikanern geleiteten Gefängnis in Kandahar Ähnliches: »Das war ganz am Anfang, also gab es überhaupt keine Regeln. Sie durften alles machen. Jedes Mal haben sie uns geschlagen. Sie arbeiteten mit Elektroschocks. Sie drückten meinen Kopf unter Wasser.«[80]

Der Wiederaufbau scheitert

Gegen Ende unseres ersten Treffens bat ich Gail Kastner, mir mehr über ihre »elektrischen Träume« zu erzählen. Sie sagte mir, sie würde oft von Reihen von Patienten träumen, die in einem medikamentös herbeigeführten Schlaf hinwegdämmern und wieder daraus erwachen. »Ich höre Menschen schreien, jammern, stöhnen, sie sagen ›nein, nein, nein‹. Ich

erinnere mich, wie das war, in jenem Raum aufzuwachen, ich war schweißgebadet, mir war übel, ich übergab mich – und ich hatte so ein ganz merkwürdiges Gefühl im Kopf. Als hätte ich da einen Klecks, keinen Kopf.« Während sie das berichtete, schien Gail plötzlich ganz weit weg zu sein, sie war in ihrem blauen Sessel zusammengesackt, ihr Atem ging keuchend. Sie senkte die Augenlider, und ich konnte sehen, wie darunter ihre Augen schnell hin und her flackerten. Sie legte die Hand an die rechte Schläfe und sagte mit einer schleppenden Stimme wie unter Drogen: »Ich habe einen Flashback. Sie müssen mich ablenken. Erzählen Sie mir vom Irak, erzählen Sie, wie schlimm das war.«

Ich zerbrach mir den Kopf, welche Kriegsgeschichte für diese merkwürdigen Umstände geeignet sein könnte, und mir fiel etwas Harmloses über das Leben in der Grünen Zone ein. Gails Gesicht entspannte sich langsam, ihr Atem wurde wieder tiefer. Sie blickte mich wieder mit ihren ausdrucksstarken blauen Augen an. »Danke«, sagte sie. »Ich hatte gerade einen Flashback.«

»Ich weiß.«

»Woher wissen Sie das?«

»Weil Sie mir das gesagt haben.«

Sie beugte sich vor und schrieb etwas auf einen Notizzettel.

Nachdem ich an diesem Abend Gail verlassen hatte, musste ich ständig an das denken, was ich nicht sagte, als sie mich bat, ihr etwas über den Irak zu erzählen. Was ich ihr gern gesagt hätte, aber nicht konnte, war Folgendes: Sie erinnerte mich an den Irak; ich konnte es nicht ändern, aber ich hatte das Gefühl, dass das, was ihr passiert ist, eine zerstörte Persönlichkeit, und das, was dem Irak passiert ist, ein geschocktes Land,

irgendwie miteinander zusammenhängt, dass beides Manifestationen derselben entsetzlichen Logik sind.

Camerons Theorien basierten auf der Vorstellung, seine Patienten mit Schocks in einen chaotischen regressiven Zustand zu versetzen, der die Grundlage für die durch ihn bewirkte »Wiedergeburt« als gesunde Modellbürger sein sollte. Für Gail mit ihrem zerbrochenen Rückgrat und den zersplitterten Erinnerungen mag es kein Trost sein, aber in seinen eigenen Aufzeichnungen hat Cameron seine Zerstörungsakte als Schöpfung betrachtet, als Geschenk an seine glücklichen Patienten, die dank seiner rücksichtslosen Ent- und Neuprägung wiedergeboren werden würden.

Was das anging, war Cameron ein unendlicher Versager. Wie sehr er seine Patienten auch in die Regression trieb, sie absorbierten oder akzeptierten nie die endlos wiederholten Botschaften auf seinen Tonbändern. Cameron war genial hinsichtlich der Zerstörung von Menschen, aber er konnte sie nicht neu zusammensetzen. Eine Folgeuntersuchung nach Camerons Weggang vom Allan Memorial Institute kam zu dem Ergebnis, dass es 75 Prozent seiner ehemaligen Patienten nach der Behandlung schlechter ging als vor ihrer Einlieferung. Von den Patienten, die vor dem Klinikaufenthalt einer Vollzeitbeschäftigung nachgingen, war über die Hälfte hinterher nicht mehr dazu in der Lage, und viele litten wie Gail an einer Fülle neuer körperlicher und psychischer Gebrechen. Das »psychische Antreiben« funktionierte nicht, noch nicht einmal ein bisschen, und das Allan Memorial Institute untersagte diese Therapie schlussendlich.[81]

Das Problem war, wie sich im Nachhinein zeigte, die Prämisse, auf der Camerons gesamte Theorie aufbaute: die Vor-

stellung, dass alles bislang Existierende ausgelöscht werden muss, ehe der Heilungsprozess beginnen kann. Wenn er die Angewohnheiten, Verhaltensmuster und Erinnerungen seiner Patienten hinwegfegte, dessen war Cameron sich sicher, würde er schließlich zu jener ursprünglichen Tabula rasa gelangen. Aber wie beharrlich er auch schockte, mit Drogen vollpumpte und desorientierte, dorthin kam er nie. Das Gegenteil war der Fall: Je mehr er ihnen wegfegte, desto mehr zerbrachen seine Patienten. Ihr Verstand war nicht »gereinigt«, sondern in einem heillosen Durcheinander, die Erinnerungen waren zersplittert, das Vertrauen missbraucht.

Katastrophen-Kapitalisten weisen dieselbe Unfähigkeit auf, zwischen Zerstören und Erschaffen zu unterscheiden, zwischen Verletzen und Heilen. Das Gefühl hatte ich oft, wenn ich im Irak nervös in die zernarbte Landschaft blickte, auf die nächste Explosion wartete. Im inbrünstigen Glauben an die erlösende Wirkung des Schocks stellten sich die Architekten der amerikanisch-britischen Invasion vor, ihr Gewalteinsatz würde so beeindruckend, so überwältigend sein, dass den Irakern, genau wie im *Kubark*-Handbuch beschrieben, erst einmal die Luft wegbleiben würde. In diesem für sie günstigen Zeitfenster würden die Invasoren des Iraks eine weitere Serie von Schocks verabreichen – diesmal wirtschaftliche –, die auf der Tabula rasa, die der Irak nach der Invasion darstellte, zu einem Modell marktkapitalistischer Demokratie führen würden.

Es gab aber keine Tabula rasa, sondern nur Schutt und geschundene, wütende Menschen, denen man, wenn sie Widerstand leisteten, weitere Schocks versetzte, von denen einige auf den Experimenten aufbauten, die so viele Jahre zuvor an

Gail Kastner durchgeführt worden waren. »Wir sind wirklich gut darin, hinauszugehen und Sachen kaputtzumachen. Aber der Tag, an dem ich hier mehr Zeit mit dem Wiederaufbau verbringe als mit Gefechten, das wird ein großer Tag sein«, sagte General Peter W. Chiarelli, Kommandeur der First Cavalry Division der US-Armee, eineinhalb Jahre nach dem offiziellen Kriegsende.[82] Dieser Tag kam niemals. Wie Cameron können die Schockärzte des Irak zerstören, aber sie können offensichtlich nicht wiederaufbauen.

DER ANDERE DR. SCHOCK

MILTON FRIEDMAN UND DIE SUCHE NACH EINEM LAISSEZ-FAIRE-LABOR

> Ökonomische Technokraten mögen hier vielleicht eine Steuerreform strukturieren können, dort eine neue Sozialgesetzgebung oder wieder woanders ein Wechselkurssystem modifizieren, aber sie haben doch niemals den Luxus eines gesäuberten Staates, in dem sie das von ihnen bevorzugte vollständige wirtschaftspolitische Rahmenwerk sozusagen in voller Blüte errichten können.
>
> Arnold Harberger, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Chicago, 1998[1]

Um wenige akademische Einrichtungen ranken sich so viele Mythen wie um die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der University of Chicago in den fünfziger Jahren, als man sich dort deutlich bewusst war, dass man mehr als eine Bildungsanstalt war, nämlich eine wissenschaftliche Schule. Man bildete nicht nur Studenten aus, man errichtete und stärkte die Chicagoer Schule, das geistige Produkt eines Zirkels konservativer Akademiker, deren Ideen ein revolutionäres Bollwerk gegen das damals dominante »statistische« Denken darstellte. Wer durch die Tür des Social Science ging, unter der Inschrift

»Science Is Measurement« hindurchschritt und den legendären Speisesaal betrat, in dem Studenten intellektuell ihre Kräfte maßen, indem sie ihre Titanenprofessoren herausforderten, war auf nichts so Prosaisches wie einen Universitätsabschluss aus. Man meldete sich zu einer Schlacht. Gary Becker, konservativer Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger, formulierte es so: »Wir waren Krieger im Kampf gegen die meisten anderen in unserer Disziplin.«[2]

Wie zur selben Zeit Ewen Camerons Psychiatrie an der McGill stand die Wirtschaftswissenschaft der University of Chicago im Bann eines ehrgeizigen und charismatischen Mannes, der die Vision hatte, seine Disziplin von Grund auf zu revolutionieren. Dieser Mann war Milton Friedman. Er hatte zwar viele Mentoren und Kollegen, die genauso entschieden wie er an äußerstes Laissez-faire glaubten, aber Friedmans Energie war es, die der Schule ihre revolutionäre Leidenschaft gab. »Die Leute fragten mich immer: ›Warum bist du so aufgeregt? Bist du mit einer schönen Frau verabredet?‹«, erinnert sich Becker. »Ich antwortete: ›Nein, ich habe gleich meine Vorlesung in Wirtschaftswissenschaft!‹ Bei Milton zu studieren, war wirklich wie Zauberei.«[3]

Wie Camerons beruhte auch Friedmans Mission auf dem Traum, den Zustand »natürlicher« Gesundheit wiederzuerlangen, in dem alles im Gleichgewicht war, ehe menschliche Eingriffe Störungen verursachten. Während Cameron davon träumte, den menschlichen Geist zur ursprünglichen Tabula rasa zurückzuführen, träumte Friedman davon, Gesellschaften zu »entprägen«, sie in den Zustand reinen Kapitalismus zurückzuführen, gesäubert von allen Störungen – von staatlichen Regulierungen, Handelsbarrieren und festgeschriebe-

nen Interessen. Und wie Cameron glaubte Friedman, die einzige Möglichkeit, diesen Zustand der Jungfräulichkeit zu erreichen, wenn die Wirtschaft stark verzerrt ist, bestünde darin, schmerzliche Schocks zu verabreichen: Nur »bittere Medizin« konnte die Verzerrungen und schädlichen Störungen beseitigen. Cameron setzte für seine Schocks Elektrizität ein, Friedmans Mittel der Wahl war Politik – die Schockbehandlung, die er mutigen Politikern in notleidenden Ländern vorschlug. Im Gegensatz zu Cameron jedoch, der seine Lieblingstheorien auf der Stelle an seinen ahnungslosen Patienten umsetzen konnte, brauchte Friedman zwei Jahrzehnte und mehrere historische Umbrüche, ehe auch er die Chance bekam, seine Träume vom radikalen Auslöschen und Neuerschaffen in der realen Welt Wirklichkeit werden zu lassen.

Frank Knight, Mitbegründer der Chicagoer ökonomischen Schule, war der Ansicht, Professoren sollten ihren Studenten die Überzeugung »einpflanzen«, dass jede ökonomische Theorie ein »heiliges Charakteristikum des Systems« sei, keine Hypothese, über die man diskutieren könne.[4] Der Kern solcher heiligen Lehren von Chicago war, dass die wirtschaftlichen Kräfte des Angebots, der Nachfrage, der Inflation und der Arbeitslosigkeit wie Naturkräfte seien, unveränderliche Konstanten. Auf dem wirklich freien Markt, wie man ihn sich in Chicago vorstellte, waren diese Kräfte in perfektem Gleichgewicht, das Angebot kommunizierte mit der Nachfrage, wie der Mond die Gezeiten lenkt. Wenn eine Ökonomie unter hoher Inflation litt, lag das einzig daran, so Friedmans strikt monetaristische Theorie, dass falsch beratene Politiker zu große Geldmengen einleiten ließen, statt dem Markt

die Möglichkeit zu geben, seine Balance zu finden. Genau wie Ökosysteme sich selbst regulieren und im Gleichgewicht halten, würde der Markt mit seinen eigenen Mitteln genau die richtige Anzahl von Produkten zu genau den richtigen Preisen bereitstellen, und produziert würden sie von Arbeitern mit genau den richtigen Löhnen, um jene Produkte zu kaufen – ein Paradies mit jeder Menge Beschäftigung, grenzenloser Kreativität und null Inflation.

Dem Harvardsoziologen Daniel Bell zufolge ist diese Liebe zu einem idealisierten System genau die Qualität, die für die Theorie des radikal freien Markts typisch ist. Der Kapitalismus gilt als »edelsteingeschmücktes Band von Bewegungen« oder »himmlische Uhr … ein Kunstwerk, so zwingend, dass man an ein berühmtes Bild von Apelles denkt, der einen Bund von Weintrauben so realistisch malte, dass die Vögel kamen, sie zu picken«.[5]

Für Friedman und seine Kollegen bestand die Herausforderung darin, beweisen zu können, dass der reale Markt ihren ekstatischen Vorstellungen entsprach. Friedman rühmte sich immer, die Ökonomie als harte und rigorose Wissenschaft wie Physik oder Chemie anzugehen. Doch während Naturwissenschaftler zum Beweis ihrer Theorien das Verhalten der Elemente heranziehen können, konnte Friedman nicht auf irgendeine Wirtschaft in der realen Welt verweisen, die bewies, dass nach Beseitigung aller »Störungen« eine Gesellschaft übrig bleibt, die sich bester Gesundheit und reichlichem Angebot erfreut, denn kein Land auf der Erde entsprach den Kriterien für ein perfektes Laissez-faire-System. Da sie ihre Theorien nicht in Zentralbanken und Handelsministerien überprüfen konnten, mussten Friedman und seine Kollegen sich

mit ausgeklügelten und einfallsreichen mathematischen Gleichungen und Computermodellen zufriedengeben, die in den Untergeschossräumen der Sozialwissenschaftlichen Fakultät entwickelt wurden.

Es war die Liebe zu Zahlen und Systemen, die Friedman zur Wirtschaftswissenschaft geführt hat. In seiner Autobiographie berichtet er, sein Moment der Erleuchtung sei gekommen, als der Geometrielehrer auf der Highschool den Satz des Pythagoras an die Tafel schrieb und dann in Ehrfurcht vor dessen Intelligenz John Keats' »Ode an eine griechische Urne« zitierte: »›Schönheit ist Wahrheit, Wahrheit Schönheit‹ – dies / Ist alles, was ihr wisst, mehr braucht ihr nicht.«[6] Genau diese ekstatische Liebe zu einem schönen, alles umfassenden System gab Friedman an Generationen von Wirtschaftswissenschaftlern weiter – zusammen mit dem Bestreben nach Einfachheit, Eleganz und Strenge.

Wie bei allen fundamentalistischen Glaubensrichtungen ist auch die Ökonomie der Chicagoer Schule für ihre wahren Anhänger eine geschlossene Schleife. Die Ausgangsprämisse lautet, dass der freie Markt ein perfektes, wissenschaftliches System ist, in dem Individuen den größtmöglichen Gewinn für alle schaffen, indem sie nach ihren von Eigeninteresse bestimmten Bedürfnissen handeln. Daraus folgt unvermeidlicherweise, dass Fehlfunktionen des marktwirtschaftlichen Systems – hohe Inflation oder Arbeitslosigkeit – darauf zurückzuführen sind, dass der Markt nicht wirklich frei ist, es also irgendwelche Störungen, irgendwelche Einmischungen gibt. Die Chicagoer Lösung ist dann immer dieselbe: eine noch strengere und noch gründlichere Durchsetzung der fundamentalen Prinzipien.

Als Friedman 2006 starb, bemühten sich die Nachrufschreiber, die Auswirkungen seines Vermächtnisses zusammenzufassen. In einem davon hieß es: »Miltons Mantra des nichtregulierten Marktes, der nichtregulierten Preise, des mündigen Konsumenten und der wirtschaftlichen Freiheit ist für den weltweiten Wohlstand verantwortlich, dessen wir uns heute erfreuen.«[7] Das ist teilweise richtig. Doch von welcher Art dieser globale Wohlstand ist – wer daran teilhat, wer nicht, wo er überhaupt herkommt –, ist natürlich höchst umstritten. Zweifelsfrei steht jedoch fest, dass Friedmans marktwirtschaftliches Regelbuch und seine cleveren Strategien zu dessen Durchsetzung einige Leute extrem reich gemacht haben, ihnen das eingebracht haben, was völliger Freiheit ziemlich nahe kommt – die Freiheit, Staatsgrenzen zu ignorieren, Regulierungen und Steuern zu umgehen und neue Vermögen anzuhäufen.

Dieses Talent für höchst profitable Gedanken scheint in Friedmans früher Kindheit zu wurzeln, als seine Eltern, ungarische Emigranten, eine Kleiderfabrik in Rahway, New Jersey, kauften. Die Wohnung der Familie war im selben Gebäude wie die Fertigungshalle; Friedman schrieb später, heute würde das Ganze wohl als »Ausbeuterklitsche« bezeichnet.[8] Ausbeuter sahen damals unsicheren Zeiten entgegen: Marxisten und Anarchisten organisierten die eingewanderten Arbeiter in Gewerkschaften, forderten Sicherheitsvorschriften und freie Wochenenden – und diskutierten bei Treffen nach der Arbeit die Theorie von Produktionsmittelbesitz in Arbeiterhand. Als Sohn des Chefs bekam Friedman zweifellos auch ganz andere Ansichten dazu mit. Letzten Endes musste die Fabrik seines Vaters dichtmachen, aber in Vorlesungen und bei

Fernsehauftritten sprach er oft davon und zitierte sie als Fallstudie für die Segnungen eines deregulierten Kapitalismus – als Beweis, dass noch die schlechtesten, am wenigsten abgesicherten Jobs die erste Sprosse auf der Leiter zu Freiheit und Wohlstand sein können.

Vor allem attraktiv war an den Lehren der Chicagoer Schule, dass sie zu einer Zeit, als linksradikale Vorstellungen von der Macht der Arbeiter weltweit an Bedeutung gewannen, die Interessen der Eigentümer auf eine Weise verteidigten, die genauso radikal und auf ihre Art idealistisch war. Bei seinen Vorstellungen, so Friedman, ging es nicht darum, das Recht von Fabrikbesitzern, niedrige Löhne zu zahlen, zu verteidigen, sondern um das Streben nach der reinsten Form von partizipatorischer Demokratie, weil im freien Markt ein jeder »sich also die Farbe seiner Krawatte aussuchen und sie dann auch bekommen« kann.[9] Die Linken versprachen die Befreiung der Arbeiter von den Bossen, der Bürger von der Diktatur und der Länder vom Kolonialismus, Friedman hingegen versprach »individuelle Freiheit«, dieses Projekt stellte atomisierte Bürger über jedes kollektive Unterfangen und gab ihnen die Freiheit, durch ihre Konsumentenentscheidungen ihren absolut freien Willen zum Ausdruck zu bringen. »Besonders aufregend waren dieselben Qualitäten, die damals den Marxismus für viele andere junge Menschen so attraktiv machten«, erinnerte sich der verstorbene Ökonom Don Patinkin, der in den vierziger Jahren in Chicago studiert hatte: »Einfachheit gepaart mit offensichtlicher logischer Konsequenz, Idealismus gepaart mit Radikalität.«[10] Die Marxisten hatten ihr Arbeiter-Utopia, und die Chicagoer hatten ihr Unternehmer-Utopia, beide behaupteten, wenn

man sie gewähren ließe, würden sich Perfektion und Gleichgewicht einstellen.

Die Frage war nur – wie immer –, wie man von hier an diesen wundersamen Ort gelangt. Für die Marxisten war der Weg klar: Revolution – das gegenwärtige System abschaffen und durch Sozialismus ersetzen. Für die Chicagoer war die Antwort nicht so einfach. Die Vereinigten Staaten waren bereits ein kapitalistisches Land, doch ihrer Ansicht nach gerade mal so eben. In den USA wie in allen anderen angeblich kapitalistischen Volkswirtschaften erblickten die Chicagoer überall Eingriffe ins System. Um Produkte billiger zu machen, setzten Politiker Preise fest; damit Arbeiter weniger ausgebeutet wurden, beschlossen sie Mindestlöhne; damit jeder Zugang zu Bildungsmöglichkeiten hatte, beließen sie das Erziehungssystem in den Händen des Staates. Oft schienen solche Maßnahmen den Menschen zu helfen, aber Friedman und seine Kollegen waren überzeugt – und »bewiesen« es mit ihren Modellen –, dass sie in Wirklichkeit dem Gleichgewicht des Marktes und der Fähigkeit der verschiedenen Marktkräfte, wechselseitig zu kommunizieren, ungeahnten Schaden zufügten. Die Mission der Chicagoer Schule war daher die der Säuberung – den Markt von diesen Einschränkungen zu befreien, damit die Gesetze des Laissez-faire greifen konnten.

Aus diesem Grund betrachteten die Chicagoer nicht den Marxismus als ihren wahren Feind. Der wirkliche Ursprung all der Probleme waren in den USA die Anhänger von John Maynard Keynes, in Europa die Sozialdemokraten und in der damals sogenannten Dritten Welt die Developmentalisten. Sie alle glaubten nicht an ein Utopia, sondern an eine gemischte Ökonomie – in den Augen der Chicagoer ein garsti-

ger Mischmasch aus Kapitalismus zur Herstellung und Verteilung von Konsumgütern, Sozialismus im Bildungswesen, Staatsunternehmen für grundsätzliche Belange wie die Wasserversorgung und allen möglichen Gesetzen, die die extremen Auswüchse des Kapitalismus mildern sollten. Wie religiöse Fundamentalisten, die zähneknirschend Fundamentalisten anderer Glaubensrichtungen und entschiedenen Atheisten Respekt zollen, aber halbherzig Gläubige verachten, erklärten die Chicagoer diesen Mischmasch-Ökonomen den Krieg. Was sie eigentlich wollten, war keine Revolution, sondern eine kapitalistische Reformation: eine Rückkehr zum unverwässerten Kapitalismus.

Ein Gutteil dieses Purismus ging auf Friedrich von Hayek zurück, Friedmans persönlichen Guru, der in den fünfziger Jahren eine Zeit lang gleichfalls an der University of Chicago lehrte. Der gestrenge Österreicher warnte, jede Einmischung der Regierung in die Wirtschaft würde die Gesellschaft auf den »Weg zur Knechtschaft« bringen und müsste um jeden Preis vermieden werden.[11] Dem langjährigen Chicagoer Professor Arnold Harberger zufolge waren »die Österreicher«, wie diese Clique innerhalb der verschworenen Gemeinschaft genannt wurde, von so glühendem Eifer besessen, dass ihnen jede staatliche Einmischung nicht nur als falsch galt, sondern als »böse … Es ist, als gäbe es da draußen ein wunderschönes, aber höchst komplexes Bild, das perfekte Harmonie darstellt, verstehen Sie, und dann ist da ein Fleck, der dort nicht sein sollte, nun, das ist einfach scheußlich … es ist ein Makel, der diese Schönheit zunichte macht«.[12]

Als Friedman sich der 1947 von Hayek begründeten Mont Pelerin Society anschloss, einem nach seinem Sitz in der

Schweiz benannten Club von liberalen Marktwirtschaftlern, war die Vorstellung, man sollte es der Wirtschaft überlassen, die Welt nach ihrem Belieben zu gestalten, anständigen Menschen kaum erträglich. Die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise 1929 und die folgende Große Depression in den USA waren noch zu frisch – an die über Nacht vernichteten Lebensersparnisse, die Selbstmorde, die Suppenküchen, die Entwurzelten. Das Ausmaß dieser durch den Markt ausgelösten Katastrophe hatte dazu geführt, dass man dringend nach einer entschieden zupackenden Regierung verlangte. Die Depression bedeutete nicht das Ende des Kapitalismus, aber, wie John Maynard Keynes ein paar Jahre zuvor formuliert hatte, »das Ende des Laissez-faire« – das Ende der freien Selbstregulierung des Marktes.[13] Die dreißiger, vierziger und frühen fünfziger Jahre waren eine Zeit des uneingeschränkten *faire*, des Machens: Dem Wir-schaffen-das-Ethos des New Deal folgte die Kriegswirtschaft, Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden aufgelegt, um dringend benötigte Jobs bereitzustellen, neue Sozialprogramme ins Leben gerufen, um gegenzusteuern, dass sich immer mehr Menschen der radikalen Linken zuwandten. Zu jener Zeit waren Kompromisse zwischen links und rechts kein Schimpfwort, sondern Teil einer, wie viele es sahen, noblen Mission, um eine Welt zu verhindern, in der – wie Keynes 1933 an den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt schrieb –, man es »Orthodoxie und Revolution« überlassen würde, »die Sache auszufechten«.[14] John Kenneth Galbraith, der in den USA in Keynes' Fußstapfen trat, bezeichnete als Hauptziele von Politikern und Ökonomen gleichermaßen »die Vermeidung von Depressionen und die Verminderung von Arbeitslosigkeit«.[15]

Der Zweite Weltkrieg verlieh dem Krieg gegen die Armut neue Dringlichkeit. Der Nationalsozialismus hatte in Deutschland zu einem Zeitpunkt Fuß gefasst, als das Land sich in einer verheerenden Wirtschaftskrise befand, die von den hohen Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg ausgelöst und vom Börsenkrach 1929 verschlimmert worden war. Keynes hatte beizeiten gewarnt, wenn die Welt der sich verschärfenden Armut in Deutschland mit einem Laissez-faire-Ansatz begegnen würde, würde das Land wütend zurückschlagen: »dann wird, das wage ich zu prophezeien, Vergeltung nicht ausbleiben«.[16] Seinerzeit wurden diese Worte nicht beachtet, aber als Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut wurde, akzeptierten die Westmächte das Prinzip, dass Marktwirtschaften genügend viele Grundbedürfnisse befriedigen müssen, damit sich desillusionierte Bürger nicht noch einmal nach einer attraktiveren Ideologie umsehen würden, sei es nun der Faschismus oder der Kommunismus. Diese pragmatische Leitlinie führte zu fast allem, das wir heute mit den längst vergangenen Tagen des »anständigen« Kapitalismus in Verbindung bringen – soziale Sicherheit in den USA, öffentliches Gesundheitswesen in Kanada, Wohlfahrt in Großbritannien, sichere Arbeitsplätze in Frankreich und Deutschland.

Eine ähnliche, aber radikalere Stimmung machte sich in den Entwicklungsländern breit, der Developmentalismus, auch Dritte-Welt-Nationalismus oder einfach Dritter Weg genannt. Ökonomen dieser Länder argumentierten, der Teufelskreis der Armut könne nur durchbrochen werden, wenn sie eine nach innen gerichtete Industrialisierungspolitik verfolgten, statt vom Export immer billiger werdender Rohstoffe

nach Europa und Nordamerika abhängig zu sein. Sie rieten zur Regulierung oder gar Verstaatlichung von Öl, Bodenschätzen und anderen Schlüsselindustrien, damit ein ausreichender Anteil dieser Gewinne in einen von der Regierung gelenkten Entwicklungsprozess gesteckt werden könnte.

Mitte der fünfziger Jahre konnten die Developmentalisten – wie die Keynesianer und Sozialdemokraten in reichen Ländern – eine Reihe beeindruckender Erfolge vorweisen. Das fortschrittlichste Labor des Developmentalismus war die Südspitze Lateinamerikas: Chile, Argentinien, Uruguay und Teile von Brasilien. Das Zentrum war die United Nations' Economic Commission für Südamerika mit Sitz in Santiago de Chile, die von 1950 bis 1963 von dem Ökonomen Raul Prebisch geleitet wurde. Prebisch bildete ganze Gruppen von Wirtschaftswissenschaftlern in Developmentalismus aus, die als Politikberater für Regierungen auf dem gesamten Subkontinent arbeiteten. Nationalistische Politiker wie Juan Peron in Argentinien setzten ihre Ideen eifrig in die Praxis um, pumpten öffentliche Gelder in Infrastrukturprojekte wie Autobahnen und Stahlwerke, subventionierten großzügig lokalen Geschäftsleuten den Bau neuer Fabriken zur Produktion von Autos und Waschmaschinen und würgten ausländische Importe mit erschreckend hohen Zöllen ab.

In dieser Zeit des schwindelerregenden Wirtschaftswachstums ähnelte der südliche Subkontinent allmählich eher Europa und Nordamerika als dem Rest Lateinamerikas oder anderen Teilen der Dritten Welt. In den neuen Fabriken gründeten die Arbeiter mächtige Gewerkschaften, die Mittelschichtgehälter aushandelten, und ihre Kinder schickten sie zum Studieren an neugegründete staatliche Universitäten. Die weite

Kluft zwischen den Polo-Club-Eliten und der armen Landbevölkerung begann sich zu schließen. In den fünfziger Jahren hatte Argentinien die größte Mittelschicht des Subkontinents, im Nachbarland Uruguay konnten 95 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, und allen stand ein kostenloses Gesundheitssystem zur Verfügung. Der Developmentalismus war zeitweilig so über alle Maßen erfolgreich, dass die Südhälfte Lateinamerikas zum Vorbild für arme Länder auf der ganzen Welt wurde: Hier war der Beweis, dass man mit einer klugen, aggressiv umgesetzten praktischen Politik den Klassengegensatz zwischen der Ersten und der Dritten Welt tatsächlich verringern konnte.

Diese Erfolge reglementierter Wirtschaftssysteme – keynesianisch im Norden und developmentalistisch im Süden – bedeuteten für die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der University of Chicago eine schwere Zeit. Die akademischen Erzrivalen aus Harvard, Yale und Oxford wurden von Präsidenten und Premierministern als Berater verpflichtet, um die Bestie Markt zu zähmen. Kaum einer interessierte sich für Friedmans gewagte Vorschläge, diese noch ungehinderter wüten zu lassen als zuvor. Doch es gab noch einige wenige Menschen, die sich sehr für die Ideen der Chicagoer Schule interessierten – und sie waren mächtig.

Für die Vorsitzenden der amerikanischen multinationalen Konzerne waren die Boomjahre der Nachkriegszeit ungemütlich, mussten sie sich doch mit deutlich weniger einladenden Entwicklungsländern und mit stärkeren, mehr fordernden Gewerkschaften zu Hause abplagen. Die Wirtschaft wuchs rasch, enorme Reichtümer wurden geschaffen, aber Eigentümer und Aktienbesitzer waren gezwungen, einen großen Teil davon in

Form von Unternehmenssteuern und Arbeiterlöhnen umzuverteilen. Allen ging es gut, aber mit einer Rückkehr zu den Spielregeln der Zeit vor dem New Deal könnte es einigen wenigen noch viel besser gehen.

Die keynesianische Revolution gegen das Laissez-faire kam den Unternehmenssektor teuer zu stehen. Um den verlorenen Boden wieder gutzumachen, brauchte man eindeutig eine antikeynesianische Gegenrevolution, eine Rückkehr zu einem noch weniger regulierten Kapitalismus als in der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise. Einen solchen Kreuzzug konnte die Wall Street selbst nicht anführen – jedenfalls nicht im gegenwärtigen Klima. Wenn Friedmans enger Freund Walter Wriston, Vorsitzender der Citibank, sich vorgewagt und eine Abschaffung der Mindestlöhne und der Unternehmenssteuern gefordert hätte, hätte man ihm selbstverständlich vorgeworfen, ein Raubritter zu sein. Hier kam die Chicagoer Schule ins Spiel. Wenn nämlich Friedman, brillanter Mathematiker und angesehener Akademiker, dieselben Vorschläge unterbreiten würde, bekämen sie, so wurde rasch klar, eine ganz andere Dimension. Sie könnten zwar als falscher Denkansatz verworfen werden, besäßen aber immer eine Aura der wissenschaftlichen Unparteilichkeit. Der immense Vorteil, unternehmerische Aspekte durch wissenschaftliche oder zumindest quasi-akademische Institutionen zu filtern, verschaffte der Chicagoer Schule nicht nur eine Welle von Zuwendungen, sondern brachte auch unverzüglich das globale Netzwerk rechtsextremer Denkfabriken hervor, die überall auf der Welt dem Fußvolk der Gegenrevolution Obdach und ein Auskommen boten.

Alles fußte auf Friedmans einseitiger Botschaft: Mit dem New Deal ist alles schiefgelaufen. An diesem Punkt gerieten so viele Länder, »einschließlich meines eigenen … in die falsche Spur«.[17] Um die Regierungen wieder aufs richtige Gleis zu führen, skizzierte Friedman in seinem ersten populären Buch, *Kapitalismus und Freiheit*, was weltweit zum Katechismus des freien Marktes und in den Vereinigten Staaten zum Wirtschaftsprogramm der neokonservativen Bewegung werden sollte.

Erstens: Regierungen müssen alle Regeln und Regulierungen streichen, die der Akkumulation von Profiten im Weg stehen. Zweitens: Sie sollten alles verkaufen, was profitorientiert von Unternehmen betrieben oder erledigt werden kann. Drittens: Sie sollten die Sozialausgaben drastisch zurückfahren. Im Rahmen dieser dreigliedrigen Formel von Deregulierung, Privatisierung und Einschnitten führte Friedman viele Details aus. Steuern sollten, wenn überhaupt nötig, niedrig sein, Arm und Reich denselben Steuerfixbetrag zahlen. Unternehmen sollten ihre Produkte überall auf der Welt verkaufen können, und Regierungen sollten nichts unternehmen, um Industriezweige oder Unternehmenseigner vor Ort zu schützen. Alle Preise, einschließlich des Preises für die Arbeitskraft, sollten vom Markt festgelegt werden. Mindestlöhne sollte es nicht geben. Zur Privatisierung bot Friedman das Gesundheitswesen, die Post, das Bildungswesen, Krankenkassen und sogar Nationalparks an. Kurz gefasst und ziemlich unverblümt verlangte er nach dem Abbruch des New Deal – dieses lästigen Waffenstillstands zwischen Staat, Unternehmen und Arbeitskräften, der nach der Weltwirtschaftskrise einen Volksaufstand verhindert hatte. Welchen Schutz die Arbeiter

auch immer für sich herausgeholt hatten, welche Dienstleistungen jetzt der Staat auch immer anbot, um Auswüchse des freien Marktes zu dämpfen, die Gegenrevolution der Chicagoer Schule wollte das alles rückgängig machen.

Und sie wollte noch mehr – sie wollte sich aneignen, was Arbeiter und Regierungen in jenen Jahrzehnten intensiver gesellschaftlicher Aktivitäten aufgebaut hatten. Die Aktivposten, die zu verkaufen Friedman die Regierung drängte, waren das Ergebnis jahrelanger Investitionen von öffentlichen Geldern und guter Bewirtschaftung, die sie aufgebaut und sie wertvoll gemacht hatten. Nach Friedmans Ansicht sollten all diese öffentlichen Reichtümer prinzipiell in Privathände umgeschichtet werden.

Friedmans Visionen waren zwar immer mit der Sprache der Mathematik und Wissenschaft verbrämt, aber zufällig fielen sie genau mit den Interessen großer multinationaler Konzerne zusammen, die von ihrem Wesen her nach riesigen neuen, nicht regulierten Märkten verlangen. Im ersten Stadium der kapitalistischen Expansion war diese Art räuberischen Wachstums vom Kolonialismus ermöglicht worden – von der »Entdeckung« neuer Territorien und der Landnahme ohne finanzielle Gegenleistung, dann von der Ausbeutung der Bodenschätze, ohne die lokale Bevölkerung dafür zu entschädigen. Friedmans Krieg gegen den »Wohlfahrtsstaat« und »starke Regierungen« versprach eine neue Quelle raschen Reichtums – nur dass diesmal nicht die Eroberung neuer Territorien anstand, sondern der Staat selbst das Pionierland war, seine öffentlichen Dienstleistungen und seine Vermögenswerte für einen Bruchteil ihres Wertes versteigert wurden.

Doch in den Vereinigten Staaten der fünfziger Jahre waren diese Art Reichtümer noch in weiter Ferne. Selbst mit einem hartgesottenen Republikaner wie Dwight Eisenhower im Weißen Haus gab es keine Aussicht auf einen radikalen Rechtsruck wie den, den die Chicagoer vorschlugen – öffentliche Dienstleistungen und der Schutz der Arbeiter waren viel zu populär, und Eisenhower musste auch an die nächsten Wahlen denken. Er verspürte wenig Lust, den Keynesianismus zu Hause rückgängig zu machen, war aber gerne bereit, schnell und entschieden gegen den Developmentalismus anderswo vorzugehen. Bei dieser Kampagne sollte die University of Chicago schließlich eine zentrale Rolle spielen.

Als Eisenhower 1953 sein Amt übernahm, gab es im Iran mit Mohammad Mossadegh einen developmentalistischen Regierungschef, der bereits die Ölgesellschaft verstaatlicht hatte, und in Indonesien regierte der zunehmend ehrgeizigere Achmed Sukarno, der davon sprach, alle nationalistischen Regierungen der Dritten Welt zu einer Supermacht zu verknüpfen, die mit dem Westen und dem Sowjetblock auf gleicher Augenhöhe stehen würde. Besonders besorgt war man im Außenministerium über den wachsenden Erfolg des Developmentalismus im Süden Lateinamerikas. Damals wandten sich große Teile der Welt dem Stalinismus und Maoismus zu, und developmentalistische Vorschläge zur »Importsubstitution« klangen ziemlich zentralistisch. Aber die Vision, Südamerika brauche so etwas wie einen eigenen New Deal, hatte auch mächtige Gegner. Die Großgrundbesitzer des Subkontinents waren mit dem alten Status quo hochzufrieden gewesen, der ihnen

hohe Profite und ein grenzenloses Heer armer Bauern zur Arbeit auf den Feldern und in den Minen garantiert hatte. Jetzt mussten sie wütend mit ansehen, wie ihre Profite umgeleitet wurden, um andere Wirtschaftszweige aufzubauen, wie ihre Arbeiter nach einer Landreform verlangten und wie die Regierung die Preise für ihre Erträge künstlich niedrig hielt, damit die Grundnahrungsmittel bezahlbar blieben. In Südamerika engagierte amerikanische und europäische Unternehmen beklagten sich bei ihren Regierungen in ähnlicher Weise: Ihre Produkte wurden an den Grenzen abgeblockt, ihre Mitarbeiter verlangten höhere Gehälter, und am alarmierendsten waren die zunehmenden Gerüchte, dass alles in ausländischem Besitz Befindliche von Bergwerken bis zu Banken verstaatlicht werden könnte, um den südamerikanischen Traum von wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu finanzieren.

Unter dem Druck solcher Unternehmensinteressen setzte sich in amerikanischen und britischen außenpolitischen Kreisen eine Bewegung fest, die versuchte, developmentalistische Regierungen der Dritten Welt in die binäre Logik des Kalten Kriegs hineinzuziehen. Lasst euch nicht von dem gemäßigten, demokratischen Anschein täuschen, warnten diese Falken. Der Developmentalismus ist der erste Schritt auf dem Weg zum totalitären Kommunismus und sollte im Keim erstickt werden. Zwei der Hauptvertreter dieser Theorie waren John Foster Dulles, Eisenhowers Außenminister, und sein Bruder Allen Dulles, Chef der neugeschaffenen CIA. Bevor sie öffentliche Ämter übernahmen, hatten beide in der legendären New Yorker Kanzlei Sullivan & Cromwell gearbeitet, für die sie viele jener Unternehmen vertraten, die am meisten durch den Developmentalismus zu verlieren hatten, unter anderem

J. P. Morgan & Company, die International Nickel Company, die Cuban Sugar Cane Corporation und die United Fruit Company.[18] Der Aufstieg der Gebrüder Dulles zeitigte unmittelbaren Erfolg: In den Jahren 1953 und 1954 inszenierte die CIA ihre ersten beiden Staatsstreiche, beide gegen Dritte-Welt-Regierungen gerichtet, die sich weit mehr mit Keynes als mit Stalin identifizierten.

Als Erstes wurde 1953 mittels einer CIA-Verschwörung im Iran Mossadegh gestürzt und durch den brutalen Schah ersetzt. Dann folgte 1954 der von der CIA finanzierte Staatsstreich in Guatemala – auf direktes Geheiß der United Fruit Company. Die Gesellschaft, die die Gebrüder Dulles noch gut aus ihrer Zeit bei Cromwell kannten, war empört, dass Präsident Jacobo Arbenz Guzmán einen Teil ihres brachliegenden Landes verstaatlicht hatte (sie wurde dafür komplett entschädigt), um sein Projekt zu verfolgen, Guatemala, wie er es ausdrückte, »von einem rückständigen Land mit vorherrschend feudalistischer Wirtschaft in einen modernen kapitalistischen Staat« umzuwandeln – offenbar ein nicht akzeptables Ziel.[19] Kurz darauf war Arbenz weg vom Fenster, und United Fruit hatte wieder das Sagen.

Die developmentalistischen Bestrebungen im südlichen Lateinamerika auszumerzen, wo sie viel fester Wurzeln geschlagen hatten, war weitaus schwieriger. Wie man das schaffen könnte, war Thema eines Gesprächs zwischen zwei Amerikanern bei einem Treffen in Santiago de Chile 1953. Der eine war Albion Patterson, Direktor der U.S. International Cooperation Administration in Chile – der Einrichtung, die später zur Agency for International Development (USAID) werden sollte –, der andere Theodore W. Schultz, Dekan der Wirt-

schaftswissenschaften an der University of Chicago. Patterson machte sich immer mehr Sorgen, wie viel Einfluss Raul Prebisch und die anderen »rosaroten« Ökonomen Südamerikas hatten. »Wir müssen die Haltung dieser Männer verändern, Einfluss auf ihre Ausbildung nehmen, die sehr schlecht ist«, hatte er zu einem Kollegen gesagt.[20] Das traf sich gut mit Schultz' eigener Überzeugung, dass sich die US-amerikanische Regierung nicht genügend im intellektuellen Kampf gegen den Marxismus engagiere. »Die Vereinigten Staaten müssen ihre wirtschaftlichen Hilfsprogramme im Ausland überprüfen … Wir wollen, dass [die armen Länder] sich wirtschaftlich verbessern, indem sie sich an uns halten und mit unseren Methoden an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung arbeiten«, sagte er.[21]

Die beiden Männer arbeiteten einen Plan aus, der Santiago, einen Brutkasten zentralistischer Staatswirtschaft, schließlich ins Gegenteil verwandeln sollte – in ein Labor für verschärfte Experimente zum freien Markt, das Milton Friedman verschaffte, wonach er verlangt hatte: ein Land, in dem er seine geschätzten Theorien testen konnte. Der ursprüngliche Plan war einfach: Die US-Regierung würde es bezahlen, wenn chilenische Studenten an jener Institution Ökonomie studierten, die so gut wie allen als die fanatischste »antirosarote« Schule der Welt galt – der University of Chicago. Und Schultz und seine Professorenkollegen würden auch dafür bezahlt, nach Santiago zu reisen, um dort die chilenische Wirtschaft zu erforschen und Studenten und Professoren die Grundlagen der Chicagoer Schule nahezubringen.

Von anderen US-Ausbildungsprogrammen für lateinamerikanische Studenten – von denen es viele gab – unterschied

sich dieses durch seinen ungeschminkt ideologischen Charakter. Indem man Chicago – wo die Professoren einseitig für die nahezu vollständige Demontage der Regierung agitierten – als Ausbildungsplatz für Chilenen auswählte, setzte das US-Außenministerium in seinem Krieg gegen den Developmentalismus einen Schuss vor den Bug, denn praktisch sagte es den Chilenen, die US-Regierung hätte entschieden, was die chilenischen Elitestudenten lernen sollten und was nicht. Dass war eine so eklatante amerikanische Einmischung in lateinamerikanische Angelegenheiten, dass der Dekan der Universität von Chile, der führenden Hochschule des Landes, Albion Patterson eine Absage erteilte, als dieser ihm Gelder anbot, um das Austauschprogramm in Gang zu bringen. Der Dekan sagte, er würde nur mitarbeiten, wenn seine Fakultät darauf Einfluss hätte, wer ihre Studenten in den Vereinigten Staaten ausbilde. Daraufhin unterbreitete Patterson den Vorschlag dem Dekan einer weniger wichtigen Einrichtung, der Katholischen Universität Chiles, die viel konservativer ausgerichtet war und selbst keine Wirtschaftsfakultät hatte. Der Dekan der Katholischen Universität ging sofort auf das Angebot ein, und so wurde in die Welt gesetzt, was in Washington und Chicago als das »Chile-Projekt« bekannt wurde.

»Wir sind hier, um zu konkurrieren, nicht um zu kollaborieren«, sagte der Chicagoer Schultz und erklärte damit, warum das Programm nicht allen chilenischen Studenten, sondern nur einigen Auserwählten offenstand.[22] Diese aggressive Haltung war von Anfang an dominierend: Ziel des Chile-Projekts war, ideologische Streiter auszubilden, mit denen man den Kampf der Ideen gegen die südamerikanischen »rosaroten« Ökonomen gewinnen würde.

Offiziell wurde das Programm 1956 gestartet, zwischen 1957 und 1970 erwarben einhundert chilenische Studenten höhere Abschlüsse an der University of Chicago, ihre Ausbildung und ihre Auslagen wurden von den amerikanischen Steuerzahlern und von amerikanischen Stiftungen bezahlt. 1965 wurde das Programm auf Studenten aus ganz Lateinamerika ausgedehnt, besonders viele kamen aus Argentinien, Brasilien und Mexiko. Die Ausweitung wurde mit einer Spende der Ford Foundation bezahlt und führte zur Gründung des Center for Latin American Economic Studies an der University of Chicago. Im Rahmen dieses Programms absolvierten jeweils 40 bis 50 Lateinamerikaner ein Vollstudium – ungefähr ein Drittel aller Studenten der Fakultät. Bei vergleichbaren Programmen in Harvard oder am MIT waren es nur vier oder fünf Lateinamerikaner. Das war eine verblüffende Leistung: In bloß einem Jahrzehnt war die ultrakonservative University of Chicago das Hauptziel für Lateinamerikaner geworden, die im Ausland Wirtschaftswissenschaft studieren wollten, und dieser Umstand sollte die Geschichte des Subkontinents auf Jahrzehnte hinaus prägen.

Die Gaststudenten mit der reinen Lehre der Chicagoer Schule zu indoktrinieren, genoss an der Institution höchste Priorität. Der Leiter des Programms und für das Wohlergehen der Lateinamerikaner verantwortliche Mann war Arnold Harberger, der gern Safarianzüge trug, fließend Spanisch sprach, eine Chilenin geheiratet hatte und sich selbst als »Missionar mit Leib und Seele« beschrieb.[23] Als die ersten chilenischen Studenten eintrafen, schuf Harberger eigens einen »Chile-Workshop«, in dem die Chicagoer Professoren ihre höchst ideologischen Diagnosen präsentierten, was in dem südame-

rikanischen Land schieflaufe – und ihre wissenschaftlichen Rezepte zur Abhilfe anboten.

»Mit einem Schlag wurden Chile und seine Wirtschaft bei uns zum täglichen Gesprächsthema«, erinnerte sich André Gunder Frank, der in den fünfziger Jahren bei Friedman studierte und später ein weltbekannter Entwicklungsökonom wurde.[24] Die gesamte chilenische Wirtschaftspolitik wurde unter die Lupe genommen und für mangelhaft befunden: die starken sozialen Sicherungsnetze, der Schutz der einheimischen Industrie, die Handelsbarrieren, die Preiskontrollen. Man brachte den Studenten bei, diese Versuche zum Abbau der Armut zu verachten, und viele von ihnen zerpflückten in ihren Doktorarbeiten die Narreteien der developmentalistischen lateinamerikanischen Wirtschaftspolitik.[25] Immer wenn Harberger in den fünfziger und sechziger Jahren von einer seiner zahlreichen Reisen nach Santiago de Chile zurückkam, erinnerte sich Gunder Frank, machte er das Gesundheitswesen des Landes und sein Bildungssystem – die besten auf dem Subkontinent – als »absurde Versuche … über seine unterentwickelten Verhältnisse zu leben« nieder.[26]

Innerhalb der Ford Foundation machte man sich wegen der Finanzierung eines so offensichtlich ideologischen Programms Sorgen. Einige wiesen darauf hin, dass die einzigen Lateinamerikaner, die eingeladen wurden, in Chicago vor den Studenten zu sprechen, Absolventen desselben Programms waren. »Auch wenn die Qualität und der Erfolg dieser Anstrengungen nicht bestritten werden können, stellt die schmale ideologische Bandbreite doch einen deutlichen Mangel dar«, schrieb Jeffrey Puryear, ein Lateinamerika-Spezialist von Ford, in einem internen Bericht der Stiftung. »Den Interessen von

Entwicklungsländern ist nicht gut damit gedient, nur eine einzige Sichtweise kennenzulernen.«[27] Diese Feststellung hielt Ford aber nicht davon ab, weiterhin das Programm zu finanzieren.

Als die ersten chilenischen Absolventen aus Chicago nach Hause zurückkehrten, waren sie »friedmanscher als Friedman selbst«, wie Mario Zafiartu es ausdrückte, Ökonom an der Katholischen Universität von Santiago.[28] * Viele bekamen Lehrstühle für Ökonomie an der Wirtschaftsfakultät der Katholischen Universität, die sie eilends zu ihrer kleinen Chicagoer Schule inmitten von Santiago umbauten – derselbe Lehrplan, dieselben englischen Lehrbücher, dasselbe unerschütterliche Festhalten an »reinem« und »wissenschaftlichem« Wissen. 1963 waren zwölf der dreizehn Vollzeit-Fakultätsmitglieder Graduierte der University of Chicago, und Sergio de Castro, einer der ersten Absolventen, wurde später Dekan der Fakultät.[29] Somit mussten sich chilenische Studenten nicht mehr in den Norden der USA aufmachen – Hunderte konnten eine Ausbildung gemäß der Chicagoer Schule erhalten, ohne ihr Land zu verlassen.

Die Studenten, die das Programm absolvierten, sei es in Chicago oder in der Zweigstelle Santiago, wurden in der Heimat als »los Chicago Boys« bekannt. Weiterhin von USAID finanziert, wurden die chilenischen Chicago Boys vor Ort

---

* Walter Heller, der berühmte Wirtschaftsberater der Kennedy-Regierung, mokierte sich einmal über den Kult, den die Anhänger um Friedman machten, indem er sie in Kategorien einteilte: »Einige sind friedmanlich, einige friedmansch, einige friedmanesque, einige friedmanisch und einige friedmaniakalisch.«

zu begeisterten Botschaftern dessen, was Lateinamerikaner »Neoliberalismus« nennen, sie reisten nach Argentinien und Kolumbien, wo sie weitere Franchise-Unternehmen der University of Chicago aufbauten, um »dieses Wissen in ganz Lateinamerika zu verbreiten und die ideologischen Positionen zu bekämpfen, die die Freiheit verhindern und Armut und Rückständigkeit perpetuieren«, wie es ein chilenischer Absolvent ausdrückte.[30]

Juan Gabriel Valdés, in den neunziger Jahren chilenischer Außenminister, beschrieb die Ausbildung hunderter chilenischer Wirtschaftswissenschaftler in der reinen Lehre der Chicagoer Schule als »ein eklatantes Beispiel für einen organisierten Ideologietransfer aus den Vereinigten Staaten in ein Land in deren unmittelbarer Einflusssphäre … Die Ausbildung dieser Chilenen leitete sich aus einem eigens in den fünfziger Jahren ersonnenen Projekt her, die Entwicklung des chilenischen ökonomischen Denkens zu beeinflussen.« Und er unterstrich: »Sie führten in die chilenische Gesellschaft Ideen ein, die völlig neu waren, Konzepte, die bislang auf dem ›Ideenmarkt‹ völlig gefehlt hatten.«[31]

Mit Sicherheit war dies eine unverschämte Form von intellektuellem Imperialismus. Es gab jedoch damit ein Problem: Es funktionierte nicht. In einem Bericht der University of Chicago an ihre Finanziers im Außenministerium aus dem Jahr 1957 heißt es, der »zentrale Zweck des Projekts« sei die Ausbildung einer Studentengeneration, »die zu den intellektuellen Führern in chilenischen Wirtschaftsfragen werden« würde.[32] Aber die Chicago Boys führten ihr Land nirgendwo hin – vielmehr hinkten sie hinterher.

Anfang der sechziger Jahre drehte sich die wichtigste Wirtschaftsdebatte im südlichen Lateinamerika nicht um Laissez-faire-Kapitalismus contra Developmentalismus, sondern darum, wie man auf diesem Weg den nächsten Schritt tut. Marxisten plädierten für umfassende Verstaatlichung und radikale Landreformen; Zentralisten sahen in einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der südamerikanischen Länder den entscheidenden Schlüssel, um die Weltgegend zu einer starken Handelszone zu machen, die es mit Europa und Nordamerika aufnehmen könne. Bei den Wahlen und auf den Straßen orientierte sich das südliche Lateinamerika nach links.

Im Jahr 1962 bewegte sich auch Brasilien eindeutig in diese Richtung; der damalige Präsident João Goulart war ein Wirtschaftsnationalist, der sich der Landreform, höheren Löhnen und dem mutigen Plan verschrieben hatte, ausländische Multis zu zwingen, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Profite wieder in die brasilianische Wirtschaft zu investieren, statt sie allesamt aus dem Land zu bringen und unter ihren Aktionären in New York und London zu verteilen. In Argentinien versuchte eine Militärregierung, ähnlichen Forderungen eine Abfuhr zu erteilen, indem sie die Partei von Juan Péron von den Wahlen ausschloss, aber dieser Schachzug radikalisierte nur eine neue Generation von jungen Peronisten, von denen viele bereit waren, sich das Land mit Waffengewalt zurückzuholen.

In Chile – dem Epizentrum des Chicagoer Experiments – war die Niederlage im Kampf der Ideen am offensichtlichsten. Bei den historischen Wahlen des Jahres 1970 war das Land so weit nach links gerückt, dass alle drei großen politischen Parteien die Verstaatlichung der größten Einnahmequelle des

Landes befürworteten, der Kupferminen, die damals von amerikanischen Bergbaugiganten kontrolliert wurden.[33] Mit anderen Worten, das Chile-Projekt war eine teure Pleite. Als ideologische Streiter in einer friedlichen Schlacht gegen die Ideen ihrer Gegner von der Linken waren die Chicago Boys gescheitert. Zum einen verlagerte sich die wirtschaftspolitische Debatte weiter nach links, zum anderen waren die Chicago Boys so unbedeutend, dass sie im chilenischen Parteienspektrum noch nicht einmal auftauchten.

Das hätte das Ende sein können, und das Chile-Projekt wäre nur eine unbedeutende historische Episode geblieben, doch dann geschah etwas, das die Chicago Boys vor dem Vergessen rettete: In den Vereinigten Staaten wurde Richard Nixon zum Präsidenten gewählt. Nixon betrieb, wie Friedman frohlockte, »eine phantasievolle und alles in allem effiziente Außenpolitik«.[34] Und nirgendwo machte er das mit mehr Einfallsreichtum als in Chile.

Nixon sollte den Chicago Boys und ihren Professoren das geben, wovon sie seit langem geträumt hatten: die Gelegenheit zu beweisen, dass ihr kapitalistisches Utopia mehr war als eine Theorie aus einem Untergeschossraum – den Blankoscheck, ein Land von Grund auf neu zu gestalten. Die Demokratie hatte sich in Chile als wenig taugliches Klima für die Chicago Boys erwiesen, eine Diktatur sollte da viel besser passen.

Salvador Allendes Unidad Popular hatte die chilenischen Wahlen 1970 mit dem Programm gewonnen, große Sektoren der Wirtschaft, die von ausländischen und einheimischen Unternehmen beherrscht wurden, der Regierung zu unterstel-

len. Allende war ein neuer Typ lateinamerikanischen Revolutionärs: Wie Che Guevara war er von Haus aus Arzt, aber im Gegensatz zu Che gab er den gut gekleideten Akademiker, nicht den romantischen Guerillero. Er konnte aus dem Stegreif eine ebenso feurige Rede wie Fidel Castro halten, aber er war ein entschiedener Demokrat, der der Überzeugung war, der sozialistische Wandel müsse in Chile an den Wahlurnen und nicht mit Pistolen und Gewehren herbeigeführt werden. Als Nixon erfuhr, dass Allende zum Präsidenten gewählt worden war, erteilte er dem CIA-Direktor Richard Helms den berühmten Befehl, »einen Aufschrei durch die Wirtschaft« gehen zu lassen.[35] Die Wahl ließ auch die Wirtschaftsfakultät der University of Chicago zittern. Bei Allendes Sieg weilte Arnold Harberger gerade in Chile. In einem Brief an die Kollegen zu Hause beschrieb er das Ereignis als eine »Tragödie« und informierte sie: »In rechten Kreisen wird auch manchmal die Idee einer militärischen Machtübernahme zur Sprache gebracht.«[36]

Obwohl Allende versprach, über eine faire Entschädigung der Unternehmen zu verhandeln, die ihr Eigentum und ihre Investitionen verlieren würden, befürchteten US-amerikanische Multis, dass Allende nur den Anfang eines Trends in ganz Lateinamerika repräsentierte, und viele waren nicht bereit, den Verlust dessen hinzunehmen, was einen immer größeren Teil ihrer Bilanzen ausmachte. 1968 waren 20 Prozent aller US-amerikanischen Auslandsinvestitionen in Lateinamerika gebunden, und amerikanische Firmen unterhielten dort 5436 Tochterunternehmen. Diese Investitionen brachten schwindelerregende Profite. Bergbaugesellschaften hatten in den vergangenen 50 Jahren eine Milliarde Dollar in die chi-

lenische Kupferindustrie investiert – die größte der Welt –, aber 7,2 Milliarden Dollar an Gewinnen nach Hause überwiesen.[37]

Sobald Allende gewählt und noch ehe er ins Amt eingeführt war, erklärten amerikanische Unternehmen seiner Regierung den Krieg. Zentrum ihrer Aktivitäten war das in Washington beheimatete Ad Hoc Committee on Chile; zu dieser Gruppe zählten die großen amerikanischen Bergbaugesellschaften mit Ablegern in Chile sowie der faktische Anführer, die International Telephone and Telegraph Company (ITT), der 70 Prozent von Chiles Telefongesellschaft gehörte, die bald verstaatlicht werden sollte. Purina, Bank of America und Pfizer Chemical entsandten zu verschiedenen Zeiten gleichfalls Delegierte.

Der einzige Zweck des Komitees bestand darin, Allende von seinen Verstaatlichungen abzubringen, »indem man ihm mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft droht«.[38] Man hatte viele Ideen, wie man Allende quälen könnte. Wie inzwischen freigegebenen Mitschnitten von Treffen zu entnehmen ist, plante man, die US-Kredite an Chile zu blockieren und »im Stillen dafür [zu] sorgen, dass amerikanische Privatbanken dasselbe tun. Mit derselben Absicht mit ausländischen Banken konferieren. Einkäufe in Chile um die nächsten sechs Monate hinausschieben. Amerikanische Kupfervorräte verwenden, statt in Chile zu kaufen. Für einen Mangel an US-Dollar in Chile sorgen.« Und so geht die Liste weiter.[39]

Allende schickte seinen engen Freund Orlando Letelier als Botschafter nach Washington, was bedeutete, dass dieser die Aufgabe hatte, die Enteignungsbedingungen mit genau den amerikanischen Unternehmen auszuhandeln, die sich ver-

schworen hatten, die Regierung Allende zu sabotieren. Letelier, ein humorvoller, extrovertierter Mann mit einem für die Zeit typischen Bart und gewaltiger Singstimme, war in Diplomatenkreisen sehr beliebt. Sein Sohn Francisco erinnert sich am liebsten daran, wie sein Vater die Gitarre herausholte und in ihrer Washingtoner Wohnung vor Freunden Volkslieder hinausschmetterte.[40] Doch trotz all seines Charmes und Geschicks hatten Leteliers Verhandlungen nie eine Erfolgschance.

Im März 1972, als Letelier gerade intensiv mit ITT konferierte, veröffentlichte Jack Anderson, ein für mehrere Zeitungen arbeitender Journalist, eine explosive Artikelserie. Sie basierte auf Dokumenten, die aufzeigten, dass die Telefongesellschaft sich heimlich mit der CIA und dem Außenministerium zusammengetan hatte, um zu verhindern, dass Allende zwei Jahre zuvor überhaupt ins Amt eingeführt wurde. Angesichts dieser Vorwürfe – und da Allende ja noch an der Macht war – leitete der von den Demokraten kontrollierte US-Senat eine Untersuchung ein, die eine weitreichende Verschwörung aufdeckte, in deren Rahmen ITT chilenischen Oppositionellen eine Million Dollar Bestechungsgelder angeboten hatte und »versuchte, die CIA für einen Plan zu gewinnen, heimlich das Ergebnis der chilenischen Präsidentschaftswahlen zu manipulieren«.[41]

In dem im Juni 1973 veröffentlichten Senatsbericht wurde auch konstatiert, dass nach dem Scheitern des Planes und Allendes Machtübernahme ITT zu einer neuen Strategie wechselte, die sicherstellen sollte, dass der Präsident »nicht die nächsten sechs Monate überstehen« würde. Am meisten alarmierten den Senat aber die Beziehungen zwischen leitenden

ITT-Mitarbeitern und der amerikanischen Regierung. Anhand der Zeugenaussagen und Dokumente wurde klar, dass ITT direkt und auf höchster Ebene an der Gestaltung der amerikanischen Politik gegenüber Chile beteiligt war. Beispielsweise schrieb ein hoher ITT-Vertreter an den nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger und schlug vor, »ohne Präsident Allende zu informieren, alle US-Hilfsgelder, die Chile bereits bewilligt sind, einer ›nochmaligen Überprüfung‹ zu unterziehen«. Das Unternehmen nahm sich auch die Freiheit, einen 18-Punkte-Strategieplan für die Regierung Nixon vorzubereiten, der eindeutig eine Aufforderung zu einem Militärputsch enthielt: »Auf verlässliche Quellen innerhalb des chilenischen Militärs zurückgreifen«, steht da, »… ihre geplante Unzufriedenheit mit Allende aufbauen und somit die Notwendigkeit herbeiführen, ihn zu entfernen«.[42]

Als ihn der Senatsausschuss durch die Mangel drehte, weil er schamlos versucht hatte, mit Hilfe der amerikanischen Regierung die chilenische Verfassung im wirtschaftlichen Interesse von ITT auszuhebeln, schien der Vizepräsident des Unternehmens wirklich verwirrt zu sein. »Was ist falsch daran, sich um Nr. 1 zu kümmern?«, fragte Ned Gerrity. Der Ausschuss lieferte ihm in seinem Bericht die Antwort: »Es darf nicht sein, dass ›Nr. 1‹ die amerikanische Außenpolitik in ungebührlicher Weise bestimmt.«[43]

Trotz der jahrelangen schmutzigen amerikanischen Tricksereien, von denen der Fall ITT nur das am besten beleuchtete Beispiel darstellt, war Allende 1973 noch immer an der Macht; acht Millionen Dollar waren heimlich ausgegeben worden, hatten aber seine Position nicht schwächen können. Bei den Parlamentswahlen in jenem Jahr – in der Mitte seiner

Amtszeit –, konnte Allendes Partei sogar gegenüber 1970 noch Stimmen gewinnen. Eindeutig hatte der Wunsch nach einer anderen Wirtschaftspolitik in Chile Wurzeln gefasst, und die Unterstützung für eine sozialistische Alternative wuchs. Das bedeutete für Allendes Gegner, die seit dem Tag seiner Wahl versucht hatten, ihn zu stürzen, dass es nicht reichen würde, den Mann bloß loszuwerden – jemand anderes würde sein Werk fortführen. Man brauchte einen radikaleren Plan.

Lektionen in Regimewechseln: Brasilien und Indonesien

Es gab zwei Vorbilder eines »Regimewechsels«, die von Allendes Gegnern gründlichst studiert wurden. Das eine kam aus Brasilien, das andere aus Indonesien. Als 1964 die von den USA unterstützte brasilianische Junta unter Führung von General Humberto Castello Branco die Macht ergriff, verfolgten die Militärs den Plan, nicht nur João Goularts Armenhilfsprogramme zurückzunehmen, sondern Brasilien auch weit für ausländische Investitionen zu öffnen. Zunächst versuchten die brasilianischen Generäle, ihre Agenda relativ friedlich umzusetzen – es gab keine offene Brutalität, keine Massenverhaftungen, und auch wenn man später herausfand, dass einige »Subversive« in dieser Zeit brutal gefoltert wurden, waren es doch so wenige (und Brasilien so groß), dass über ihre Behandlung kaum etwas aus den Gefängnissen nach außen drang. Die Junta legte auch Wert darauf, ein paar Reste von Demokratie intakt zu belassen, beispielsweise eine eingeschränkte Presse- und Versammlungsfreiheit – ein sogenannter Gentlemen's Coup.

Ende der sechziger Jahre begannen viele Bürger diese beschränkten Freiheiten zu nutzen, um ihren Zorn wegen der zunehmenden Armut des Landes zum Ausdruck zu bringen, die sie auf die unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik der Junta zurückführten, die im Wesentlichen von Absolventen der University of Chicago entwickelt worden war. 1968 waren die Straßen voll von Anti-Junta-Demonstrationen, die größten wurden von Studenten angeführt, und das Regime war ernstlich in Gefahr. In einem verzweifelten Versuch, sich an der Macht zu halten, änderte das Militär seine Strategie radikal: Die Demokratie wurde vollständig abgeschafft, alle bürgerlichen Freiheiten wurden entzogen, Foltern wurde alltäglich, und der später eingerichteten brasilianischen Wahrheitskommission zufolge wurden »Morde durch den Staat zur Routine«.[44]

Der indonesische Staatsstreich 1965 nahm einen völlig anderen Verlauf. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Land von Präsident Sukarno regiert worden, dem Hugo Chávez seiner Zeit (allerdings ohne Chávez' Lust auf Wahlen). Sukarno reizte die reichen Länder, indem er Indonesiens Wirtschaft protektionierte, Reichtümer umverteilte und den Internationalen Währungsfonds sowie die Weltbank, denen er vorwarf, Sachwalter der Interessen westlicher multinationaler Unternehmen zu sein, aus dem Land vertrieb. Sukarno war Developmentalist und kein Kommunist, arbeitete aber eng mit der Kommunistischen Partei zusammen, die damals drei Millionen aktive Mitglieder hatte. Die Regierungen der USA und Großbritanniens waren entschlossen, Sukarnos Herrschaft ein Ende zu setzen, und mittlerweile freigegebene Dokumente zeigen, dass die CIA von höchster Ebene Anweisungen be-

kommen hatte, je nach Situation und sich bietenden Gelegenheiten Präsident Sukarno zu liquidieren.[45]

Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen stellte sich diese Gelegenheit im Oktober 1965 ein, als General Suharto mit Unterstützung der CIA nach der Macht zu greifen und die Linke auszulöschen begann. Die CIA hatte im Stillen eine Liste der führenden Linken des Landes zusammengestellt, die Suharto in die Hände fiel, und das Pentagon half mit Waffen und Funkgeräten aus, damit die indonesischen Streitkräfte noch in den entferntesten Gegenden des Inselreichs kommunizieren konnten. Suharto schickte seine Soldaten los, systematisch die 4000 bis 5000 Linken auf seinen »Abschusslisten« – wie die CIA sie nannte – aufzuspüren, und die amerikanische Botschaft erhielt regelmäßige Berichte über deren Fortschritte.[46] Immer wenn Informationen hereinkamen, strich die CIA Namen von ihren Listen, bis sie sicher war, dass die indonesische Linke aufgerieben war. An dieser Operation war unter anderem Robert J. Martens beteiligt, der seinerzeit für die amerikanische Botschaft in Jakarta arbeitete. »Das war der Armee eine große Hilfe«, erzählte er der Journalistin Kathy Kadane 25 Jahre später. »Sie haben wahrscheinlich eine Menge Leute umgebracht, und ich habe wahrscheinlich eine Menge Blut an meinen Händen, aber so schlimm ist das nicht. Es gibt Zeiten, da muss man im richtigen Moment hart zuschlagen.«[47]

Bei den Abschusslisten ging es um gezielte Morde, die eher wahllosen Massaker, für die Suharto berüchtigt war, wurden größtenteils an religiöse Studenten delegiert. Sie wurden im Schnellverfahren vom Militär ausgebildet und dann mit dem Auftrag des Marinechefs, das Land von Kommunisten zu »säubern«, in die Dörfer geschickt. »Liebend gern«, schrieb ein Re-

porter, »riefen sie ihre Anhänger herbei, steckten sich Messer und Pistolen in den Gürtel, schwangen die Keulen auf die Schultern und machten sich an die Aufgabe, auf die sie so lange gehofft hatten.«[48] Binnen eines einzigen Monats wurden mindestens eine halbe Million, möglicherweise auch bis zu einer Million Menschen umgebracht, »zu Tausenden massakriert«, schrieb *Time*.[49] »Reisende aus diesen Gegenden [in Ostjava] berichten von Bächen und Flüssen, die buchstäblich von Leichen verstopft sind; stellenweise ist der Transport zu Wasser behindert.«[50]

Die Erfahrungen in Indonesien fanden großes Interesse bei den Einzelpersonen und Institutionen in Washington und Santiago, die den Sturz Allendes planten. Von Interesse war nicht allein Suhartos Brutalität, sondern auch die außergewöhnliche Rolle, die eine Gruppe von indonesischen Ökonomen spielte, die an der University of California in Berkeley ausgebildet wurden und als die »Berkeley-Mafia« bekannt waren. Suharto hatte sich effizient der Linken entledigt, aber es war die Berkeley-Mafia, die den wirtschaftlichen Aufbauplan für die Zukunft des Landes ausarbeitete.

Die Parallelen zu den Chicago Boys waren verblüffend. Die Mitglieder der Berkeley-Mafia hatten im Rahmen eines 1956 begonnenen und von der Ford Foundation finanzierten Programms in den USA studiert. Sie waren ebenfalls nach Hause zurückgekehrt, um eine getreuliche Kopie einer westlichen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät aufzubauen, in ihrem Fall an der Universität von Indonesien. Ford schickte amerikanische Professoren nach Jakarta, um bei diesem Aufbau mitzuhelfen, genauso wie Chicagoer Professoren bei dem der neuen Wirtschaftsfakultät in Santiago mitgeholfen hatten.

»Ford meinte, man würde Burschen ausbilden, die das Land führen könnten, wenn Sukarno erledigt ist«, erklärte John Howard, damals Direktor des International Training and Research Program von Ford, frei heraus.[51]

Die von Ford finanzierten Studenten wurden zu Anführern der Campusgruppen, die am Sturz von Sukarno beteiligt waren, und die Berkeley-Mafia arbeitete im Vorfeld des Putsches eng mit dem Militär zusammen; sie entwickelte »Notfallpläne« für den Fall, dass die Regierung plötzlich stürzen sollte.[52]* Diese jungen Ökonomen übten auf General Suharto einen enormen Einfluss aus, der nichts von Finanzdingen verstand. Laut dem Magazin *Fortune* nahm die Berkeley-Mafia wissenschaftliche Vorlesungen auf Band auf, damit Suharto sie sich zu Hause anhören konnte.[53] Und wenn sie sich persönlich trafen, hörte »Präsident Suharto … nicht bloß zu, er machte sich Notizen«, wie sich ein Mitglied der Gruppe stolz erinnerte.[54] Ein weiterer Berkeley-Absolvent beschrieb die Beziehung so: Wir »präsentierten der Armeeführung das entscheidende Element der neuen Ordnung – ein ›Kochbuch‹ mit ›Rezepten‹ zur Bewältigung der gravierenden Wirtschaftsprobleme Indonesiens. General Suharto als oberster Armeekommandeur akzeptierte nicht nur dieses Kochbuch, sondern wollte auch die Autoren der Rezepte als Wirtschaftsberater.«[55] Und so kam es –

* Nicht alle amerikanischen Professoren, die für dieses Programm arbeiteten, fühlten sich in ihrer Rolle wohl. »Ich fand, die Universität sollte sich nicht an etwas beteiligen, das im Grunde zu einem Aufstand gegen die Regierung wurde«, sagte Len Doyle, der Berkeley-Professor, der Fords indonesisches Wirtschaftsprogramm leiten sollte. Aufgrund dieser Ansicht wurde Doyle nach Kalifornien zurückbeordert und durch einen Kollegen ersetzt.

Suharto durchsetzte sein Kabinett mit Mitgliedern der Berkeley-Mafia, übergab ihnen alle finanziellen Schlüsselstellungen, unter anderem auch das Handelsministerium und die Botschaft in Washington.[56]

Die Mitglieder dieses Wirtschaftswissenschaftlerteams, die an einer weniger ideologisch ausgerichteten Universität studiert hatten, waren keine antistaatlichen Radikalen wie die Chicago Boys. Sie waren der Ansicht, die Regierung müsse in der Verwaltung der indonesischen Wirtschaft durchaus eine Rolle spielen und sicherstellen, dass Grundnahrungsmittel wie Reis preiswert blieben. Andererseits war die Berkeley-Mafia ausländischen Investoren mehr als freundlich gesinnt, die die immensen indonesischen Reichtümer an Mineralien und Öl abbauen wollten, die Richard Nixon als »den größten Preis in ganz Südostasien« bezeichnete.[57]* Sie erließen Gesetze, die es ausländischen Unternehmen erlaubten, 100 Prozent dieser Ressourcen zu besitzen, erteilten »Steuerbefreiungen«, und binnen zwei Jahren waren Indonesiens natürliche Reichtümer – Kupfer, Nickel, Harthölzer, Gummi und Öl – unter den größten Bergbau- und Energieunternehmen der Welt aufgeteilt.

Für jene, die Allendes Sturz planten, während Suhartos Programm gerade Wirkung zeigte, bildeten die Erfahrungen in Brasilien und Indonesien eine interessante Kontraststudie. Die Brasilianer hatten die Macht des Schocks kaum genutzt und Jahre gewartet, ehe sie zeigten, dass sie der Brutalität nicht abgeneigt waren. Das war ein nahezu verhängnisvoller Feh-

---

* Interessanterweise wurde Arnold Harberger 1975 als Berater für Suhartos Finanzministerium angeheuert.

ler, denn dadurch hatten ihre Gegner Gelegenheit, sich neu zu formieren und in einigen Fällen linke Guerillaarmeen aufzustellen. Auch wenn es der Junta gelang, die Straßen zu befrieden, war sie angesichts der aufkeimenden Opposition doch gezwungen, ihre wirtschaftspolitischen Pläne zu drosseln.

Suharto hingegen hatte bewiesen, dass massive, *präventive* Repression das Land in eine Art Schock versetzen und Widerstand ersticken konnte, ehe er überhaupt aufkam. Er terrorisierte so gnadenlos und jenseits selbst der schlimmsten Befürchtungen, dass ein Volk, das noch wenige Wochen zuvor bereit gewesen war, die Unabhängigkeit seines Landes kollektiv zu verteidigen, jetzt genügend eingeschüchtert war, um Suharto und seinen Handlangern die völlige Kontrolle zu überlassen. Ralph McGehee, der in jenen Jahren als führender CIA-Mitarbeiter Einsätze leitete, sagte, Indonesien sei eine »Modelloperation« gewesen. »Man kann alle größeren blutigen Ereignisse unter der Führung Washingtons auf die Art und Weise zurückführen, wie Suharto an die Macht kam. Der Erfolg der Vorgehensweise bedeutete, dass man sie wiederholen würde, immer und immer wieder.«[58]

Die andere entscheidende Lehre aus Indonesien hatte mit der Partnerschaft zwischen Suharto und der Berkeley-Mafia schon vor dem Putsch zu tun. Da ihre Mitglieder bereitstanden, »technokratische« Spitzenpositionen in der neuen Regierung zu übernehmen, und Suharto bereits zu ihrer Welt bekehrt hatten, war der Putsch weit mehr als nur die Abwendung einer nationalistischen Bedrohung; er verwandelte Indonesien in eines der weltweit gastfreundlichsten Länder für ausländische multinationale Unternehmen.

Als die Bewegung zur Absetzung Allendes an Fahrt auf-

nahm, tauchte in Santiago eine gruselige Warnung auf. Auf Wänden stand in roter Farbe: »Jakarta kommt.«

Kurz nachdem Allende gewählt worden war, begannen seine Gegner innerhalb Chiles die indonesische Vorgehensweise mit gespenstischer Präzision nachzuahmen. Die Katholische Universität, Heimat der Chicago Boys, wurde zum Testgelände für das, was die CIA als »Putschklima« bezeichnete.[59] Viele Studenten schlossen sich der faschistischen Bewegung Patria y Libertad an und marschierten unverhohlen nach Art der Hitlerjugend im Stechschritt durch die Straßen. Im September 1971, ein Jahr nach Allendes Amtsantritt, trafen sich die chilenischen Top-Wirtschaftsbosse in der Küstenstadt Vinar del Mar zu einer Notfallkonferenz, um eine kohärente Umsturzstrategie auszuarbeiten. Orlando Sáenz zufolge, dem Präsidenten des chilenischen Industriellenverbandes (großzügig finanziert von der CIA und vielen der ausländischen Multis, die ihre eigenen Pläne in Washington schmiedeten), wurde auf der Konferenz beschlossen: »Allendes Regierung verträgt sich nicht mit der Sicherheit in Chile und der Existenz von Privatunternehmen, und der einzige Weg, das Ende zu vermeiden, besteht darin, die Regierung zu stürzen.« Die Geschäftsleute bildeten eine »Kriegsstruktur«, bei der ein Teil Kontakt zu den Militärs halten sollte und ein anderer, Sáenz zufolge, »spezifische Programme als Alternativen zu den Regierungsprogrammen ausarbeiten [sollte], die systematisch an die Streitkräfte weitergegeben würden«.[60]

Sáenz rekrutierte mehrere wichtige Chicago Boys zur Ausarbeitung dieser Alternativprogramme und setzte sie in ein neues Büro in der Nähe des Präsidentenpalastes in Santia-

go.[61] Die von dem Chicago-Absolventen Sergio de Castro und Sergio Undurraga, einem Kollegen an der Katholischen Universität, geleitete Gruppe begann mit wöchentlichen Geheimtreffen, bei denen sie detaillierte Vorschläge ausarbeitete, wie man das Land nach neoliberalen Vorgaben radikal umbauen könnte.[62] Der späteren Untersuchung durch den US-Senat zufolge kamen »über 75 Prozent« der Gelder für diese »oppositionelle Forschungsorganisation« direkt von der CIA.[63]

Einige Zeit lang gingen die Putschplanungen zwei getrennte Wege: Das Militär betrieb die Auslöschung von Allende und seinen Anhängern, und die Ökonomen verfolgten die Auslöschung von deren Ideen. Erst als das Pendel zugunsten einer gewaltsamen Lösung ausschlug, wurde ein Dialog zwischen den beiden Lagern eröffnet, und Roberto Kelly, ein Geschäftsmann, der mit der CIA-finanzierten Zeitung *El Mercurio* zu tun hatte, agierte als Mittelsmann. Die Chicago Boys ließen via Kelly dem befehlshabenden Marineadmiral eine fünfseitige Zusammenfassung ihres Wirtschaftsprogramms zukommen. Dieser nickte es ab, und von dem Moment an arbeiteten die Chicago Boys wie besessen, damit ihr Programm fertig war, wenn es zum Putsch kam.

Ihre Bibel – ein fünfhundertseitiges detailliertes Wirtschaftsprogramm, das der Junta von Anfang an als Leitfaden diente – wurde in Chile als »Der Ziegelstein« bekannt. Ein Ausschuss des US-Senats stellte später fest, »CIA-Kollaborateure waren daran beteiligt, einen umfassenden Wirtschaftsplan auszuarbeiten, der die Grundlage für die wichtigsten ökonomischen Entscheidungen der Junta bildete«.[64] Acht der zehn Hauptautoren des »Ziegelsteins« hatten an der University of Chicago Wirtschaft studiert.[65]

Auch wenn Allendes Sturz weltweit als Militärputsch aufgefasst wurde, war für Orlando Letelier, Allendes Botschafter in Washington, gleichrangige Partnerschaft zwischen der Armee und den Ökonomen am Werk. »Die ›Chicago Boys‹, wie sie in Chile hießen«, schrieb Letelier später, »überzeugten die Generäle, dass sie bereit waren, die dem Militär eigene Brutalität mit ihren intellektuellen Errungenschaften, die den anderen fehlten, zu unterstützen.«[66]

Als es schließlich in Chile zum Staatsstreich kam, kennzeichneten diesen drei deutlich voneinander zu unterscheidende Formen von Schock, und dieses Rezept wurde auch in benachbarten Ländern angewandt und sollte drei Jahrzehnte später im Irak wieder auftauchen. Dem Schock des Putsches selbst folgten zwei weitere Schockarten. Die eine war Milton Friedmans kapitalistische »Schockbehandlung«, eine Technik, in der mittlerweile Hunderte von südamerikanischen Ökonomen an der University of Chicago und ihren diversen Ablegern ausgebildet worden waren. Die andere basierte auf Ewen Camerons Experimenten mit Elektroschocks, Drogen und sensorischer Deprivation, die mittlerweile als Foltertechniken im *Kubark*-Handbuch kodifiziert und über umfassende CIA-Ausbildungsprogramme für lateinamerikanische Polizei- und Militärkräfte verbreitet worden waren.

Diese drei Formen von Schock hieben nun gleichzeitig auf die Südamerikaner und die Staatswesen dieser Region ein und schufen einen unaufhaltbaren Hurrikan sich wechselseitig verstärkenden Zerstörens und Wiederaufbauens, Ausradierens und Neuerschaffens. Der Schock des Putsches bereitete der wirtschaftlichen Schocktherapie den Boden, der Schock der Folterkammern terrorisierte alle, die daran dachten, sich

den wirtschaftlichen Schocks in den Weg zu stellen. Aus diesen Experimenten *in vivo* ging der erste Staat der Chicagoer Schule hervor, der erste Sieg der globalen Gegenrevolution.

DER ERSTE TEST

GEBURTSWEHEN

Milton Friedmans Theorien brachten ihm selber den Nobelpreis ein, den Chilenen brachten sie Pinochet.

Eduardo Galeano, *Tage und Nächte von Liebe und Krieg*, 1977

Ich glaube nicht, dass ich jemals als »böse« betrachtet wurde.

Milton Friedman, zitiert in *The Wall Street Journal*, 22. Juli 2006

SCHOCKZUSTÄNDE

DIE BLUTIGE GEBURT DER GEGENREVOLUTION

> Gewalttaten muss man alle auf einmal begehen, damit sie weniger empfunden werden und dadurch weniger erbittern.
>
> Niccolò Machiavelli, Der Fürst, 1513[1]

> Wenn diese Schock-Strategie verfolgt werden soll, dann glaube ich, sollte sie öffentlich mit allen Details angekündigt werden, aber sehr kurzfristig. Je umfassender die Öffentlichkeit informiert wird, desto eher werden ihre Reaktionen die Anpassung erleichtern.
>
> Milton Friedman in einem Brief an General Augusto Pinochet, 21. April 1975[2]

General Augusto Pinochet und seine Anhänger bezeichneten die Ereignisse vom 11. September 1973 unisono nicht als *coup d'etat*, sondern als »Krieg«. Und Santiago sah wirklich wie ein Kriegsgebiet aus: Panzer fuhren die Prachtstraßen entlang und schossen, Regierungsgebäude wurden von Kampfflugzeugen angegriffen. Doch eines war seltsam an diesem Krieg: Es gab nur eine Seite.

Von Anfang an hatte Pinochet die vollständige Kontrolle über die Armee, die Marine, die Spezialeinheiten und die Po-

lizei. Präsident Salvador Allende hingegen hatte sich geweigert, seine Anhänger zu organisieren und zu bewaffnen, also verfügte er über keine eigenen Truppen. Die einzige Gegenwehr kam vom Präsidentenpalast, La Moneda, und den Dächern ringsum, wo Allende und ein innerer Kreis tapfer versuchten, den Sitz der Demokratie zu verteidigen. Es war kaum ein gerechter Kampf: Obwohl sich im Innern nur 36 Allende-Anhänger befanden, schoss das Militär 24 Raketen auf den Palast ab.[3]

Pinochet, der eitle und launische Kommandeur der Operation, der von der Statur her einem seiner Panzer glich, wollte eindeutig, dass die Ereignisse so dramatisch und traumatisch wie möglich verliefen. Auch wenn der Putsch kein Krieg war, sollte er sich doch wie einer anfühlen – ein chilenischer Vorläufer von »Schock und Entsetzen«. Noch schockierender hätte er kaum sein können. Im Gegensatz zum Nachbarland Argentinien, das in den zurückliegenden vier Jahrzehnten sechs Militärregierungen gehabt hatte, hatte Chile keinerlei Erfahrung mit dieser Art von Gewalt; das Land hatte sich 160 Jahre friedlicher demokratischer Herrschaft erfreut, davon die letzten 41 Jahre ohne Unterbrechung.

Jetzt stand der Präsidentenpalast in Flammen, der in ein Leichentuch gehüllte Körper des Präsidenten wurde auf einer Bahre herausgetragen, und seine engsten Mitarbeiter lagen unter vorgehaltenen Waffen mit dem Gesicht nach unten auf der Straße.* Ein paar Autominuten vom Präsidentenpa-

---

* Allende wurde mit zersprengtem Schädel gefunden. Noch immer wird darüber diskutiert, ob er von einer der Kugeln getötet wurde, die im La Moneda abgefeuert wurden, oder ob er sich selbst erschoss, um

last entfernt war Orlando Letelier, kurz zuvor aus Washington zurückgekehrt, um den Posten des Verteidigungsministers zu übernehmen, an diesem Morgen in sein neues Ministerium gegangen. Sobald er die Tür passiert hatte, wurde er von zwölf Soldaten in Kampfuniform umzingelt, die Maschinenpistolen auf ihn richteten.[4]

In den Jahren vor dem Putsch hatten Ausbilder aus den USA, viele davon von der CIA, das Militär zu antikommunistischer Raserei angestachelt und davon überzeugt, dass die Sozialisten praktisch russische Spione seien, eine Kraft, die in der chilenischen Gesellschaft nichts zu suchen hätte – ein Feind im Inneren. In Wahrheit war das Militär der wirkliche Feind im Inneren, denn es war bereit, seine Waffen gegen die Bevölkerung zu richten, die zu schützen es geschworen hatte.

Nachdem Allende tot war, sein Kabinett verhaftet und es keine Anzeichen für massenhaften Widerstand gab, war die große Schlacht der Junta schon am frühen Nachmittag geschlagen. Letelier und andere »VIP«-Gefangene wurden schließlich auf die eisige Dawson-Insel in der südlichen Magellanstraße gebracht, Pinochets Äquivalent eines sibirischen Arbeitslagers. Die Regierung umzubringen und wegzusperren reichte Chiles neuer Junta jedoch nicht. Ihr Machterhalt, das wussten die Generäle, hing davon ab, dass die Chilenen wirklich Angst hatten – wie die Menschen in Indonesien. In den folgenden Tagen wurden 13 500 Zivilisten verhaftet, mit Lastwagen weggeschafft und eingekerkert, besagt ein freigegebe-

---

bei den Chilenen nicht das Bild zu hinterlassen, wie ihr gewählter Präsident sich einer rebellierenden Armee ergibt. Die zweite Theorie gilt als wahrscheinlicher.

ner CIA-Bericht.[5] Tausende wurden in den beiden größten Fußballstadien Santiagos zusammengetrieben, dem Chile-Stadion und dem riesigen Nationalstadion. Im Nationalstadion ersetzte der Tod den Fußball als öffentliches Schauspiel. Soldaten patrouillierten mit vermummten Kollaborateuren durch die Reihen, wobei Letztere auf »Subversive« zeigten. Diejenigen, die denunziert wurden, wurden in Umkleidekabinen und Logen geschleppt, die zu provisorischen Folterkammern umgerüstet worden waren. Hunderte wurden hingerichtet. Schon bald lagen leblose Körper entlang wichtiger Verbindungsstraßen oder trieben in trüben städtischen Kanälen.

Um sicherzustellen, dass der Terror nicht auf die Hauptstadt beschränkt blieb, schickte Pinochet seinen brutalsten Befehlshaber, General Sergio Arellano Stark, mit dem Hubschrauber in die Nordprovinzen, wo er eine Reihe von Gefängnissen besuchte, in denen »Subversive« gefangen gehalten wurden. Wohin Stark und seine vagabundierende Todesschwadron auch kamen, selektierten sie die profiliertesten Gefangenen – bis zu 26 auf einmal – und richteten sie hin. Die Blutspur, die sie während ihres viertägigen Wütens hinterließen, wurde als die »Todeskarawane« bekannt.[6] Bald hatte das gesamte Land die Botschaft begriffen: Widerstand bedeutet Tod.

Auch wenn Pinochets Schlacht sehr einseitig war, hatte sie jedoch ganz reale Konsequenzen wie jeder Bürgerkrieg oder jede Invasion von außen: Insgesamt waren mehr als 3200 Menschen verschwunden oder hingerichtet, mindestens 80 000 inhaftiert und 200 000 waren aus politischen Gründen ins Ausland geflohen.[7]

Die Wirtschaftsfront

Für die Chicago Boys war der 11. September der Tag, den sie kaum hatten erwarten können und an dem sie endlich ihren Adrenalinstoß bekamen. Sergio de Castro hatte bis zur letzten Minute mit seinem Kontaktmann in der Marine gearbeitet, um die abschließenden Abschnitte des »Ziegelsteins« druckreif zu bekommen. Jetzt, am Tag des Putsches, umlagerten mehrere Chicago Boys die Druckmaschinen der rechtslastigen Zeitung *El Mercurio.* Während draußen auf den Straßen Schüsse fielen, arbeiteten sie wie besessen, um den Druck rechtzeitig zum ersten Arbeitstag der Junta fertig zu haben. Arturo Fontaine, einer der Zeitungsredakteure, erinnerte sich, dass die Maschinen »nonstop Kopien dieses langen Dokuments auswarfen«. Und sie schafften es – knapp. »Am Mittwoch, den 12. September 1973, hatten kurz vor Mittag die Befehlshaber der Streitkräfte, die Regierungspflichten übernommen hatten, den Plan auf dem Schreibtisch liegen.«[8]

Die Vorschläge in dem fertigen Dokument ähnelten verblüffend jenen in Milton Friedmans *Kapitalismus und Freiheit*: Privatisierung, Deregulierung und Einschnitte bei den Sozialausgaben – die Dreifaltigkeit des freien Marktes. Chiles in den USA ausgebildete Ökonomen hatten versucht, diese Vorstellungen friedfertig im Rahmen demokratischer Auseinandersetzungen einzuführen, aber sie waren auf breiteste Ablehnung gestoßen. Jetzt waren die Chicago Boys und ihre Pläne wieder da, in einem Klima, das für ihre radikalen Ideen wesentlich günstiger war. In dieser neuen Ära musste niemand außer einer Handvoll Männer in Uniform ihnen zustimmen. Ihre standhaftesten politischen Gegner waren ent-

weder im Gefängnis, tot oder auf der Flucht in den Untergrund; das Spektakel der Kampfflugzeuge und der Todeskarawanen sorgte dafür, dass alle anderen stillhielten.

»Für uns war es eine Revolution«, sagte Cristián Larroulet, einer von Pinochets Wirtschaftsberatern.[9] Das war eine zutreffende Beschreibung. Der 11. September 1973 bedeutete weit mehr als das gewaltsame Ende von Allendes friedlicher sozialistischer Revolution, es war der Anfang dessen, was *The Economist* später als »Gegenrevolution« bezeichnete – der erste konkrete Sieg der Chicagoer Schule bei ihrer Kampagne, wieder rückgängig zu machen, was von Developmentalismus und Keynesianismus erreicht worden war.[10] Im Gegensatz zu Allendes teilweiser Revolution, die vom demokratischen Hin und Her abgeschwächt worden war und bei der Kompromisse eingegangen werden mussten, hatte diese mit brutaler Gewalt durchgesetzte Umformung auf der gesamten Strecke freie Bahn. In den folgenden Jahren sollten die im »Ziegelstein« festgehaltenen Strategien unter dem Deckmantel einer ganzen Anzahl von Krisen Dutzenden weiterer Länder aufgezwungen werden. Hier in Chile aber lag der Ursprung der Gegenrevolution – die Genesis des Terrors.

Jose Piñera, Absolvent der Wirtschaftsfakultät der Katholischen Universität und, wie er sich selbst bezeichnete, ein Chicago Boy, bereitete sich gerade in Harvard auf seine Promotion vor, als es zum Putsch kam. Auf die gute Nachricht hin kehrte er zurück nach Hause »um mitzuhelfen, ein neues, der Freiheit verpflichtetes Land aus der Asche des alten aufzubauen«. Laut Piñera, später Pinochets Minister für Arbeit und Bergbau, war dies »die wirkliche Revolution … ein radikaler, umfassender und nachhaltiger Schritt in Richtung freier Markt«.[11]

Vor dem Putsch war Augusto Pinochet für eine Willfährigkeit bekannt gewesen, die an Unterwürfigkeit grenzte; ständig hatte er sich bei seinen zivilen Vorgesetzten eingeschmeichelt und ihnen nach dem Mund geredet. Als Diktator entwickelte Pinochet neue Facetten seines Charakters. Er fand eine unverhohlene Freude an der Macht, gebärdete sich wie ein Monarch und behauptete, das »Schicksal« hätte ihm diese Aufgabe zugewiesen. Nach kurzer Zeit putschte er innerhalb der Junta gegen die drei anderen Generäle, mit denen er sich die Macht hatte teilen sollen, und ernannte sich daraufhin nicht nur zum Oberkommandierenden, sondern auch zum Staatspräsidenten. Er schwelgte in Pomp und Zeremonien als Beweise für die Rechtmäßigkeit seiner Herrschaft und ließ nie eine Gelegenheit aus, seine preußische Paradeuniform samt Umhang zu tragen. Durch Santiago ließ er sich mit einer Kolonne von goldenen, kugelsicheren Mercedes-Limousinen chauffieren.[12]

Wie man autoritär regiert, wusste Pinochet, aber von Wirtschaft hatte er, wie Suharto, so gut wie keine Ahnung. Das war ein Problem, denn die von ITT angeführte Sabotagekampagne der Unternehmen hatte die Wirtschaft effizient ins Trudeln gebracht, sodass Pinochet einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise gegenüberstand. Von Anfang an gab es einen Machtkampf innerhalb der Junta zwischen denen, die einfach nur den Status quo vor Allende wiederherstellen und dann rasch zur Demokratie zurückkehren wollten, und den Chicago Boys, die auf eine umfassende marktwirtschaftliche Reform drängten, die noch Jahre dauern würde. Pinochet, der seine neue Macht genoss, mochte den Gedanken ganz und gar nicht, dass er nur zum Saubermachen da sein sollte – »die Ordnung wie-

der herstellen« und sich dann zurückziehen. »Wir sind kein Staubsauger, der den Marxismus beseitigte, nur um dann die Macht an die Herren Politiker zurückzugeben«, pflegte er zu sagen.[13] Die Vision der Chicago Boys von einem totalen Umbau des Landes kam seinen neuen Ambitionen hingegen zupass, und wie Suharto mit seiner Berkeley-Mafia ernannte er auf der Stelle mehrere Chicago-Absolventen als wirtschaftliche Chefberater, darunter auch Sergio de Castro, den faktischen Anführer der Bewegung und Hauptautor des »Ziegelsteins«. Er nannte sie die »Technos« – die Techniker –, was gut zu dem Chicagoer Anspruch passte, dass der Umbau der Wirtschaft eine Frage der Wissenschaft und nicht von subjektiven menschlichen Entscheidungen sei.

Auch wenn Pinochet nichts über Inflation und Zinssätze wusste, die Sprache der Technos verstand er. Die Wirtschaft bestand für sie aus Naturkräften, die man respektieren und denen man sich unterwerfen musste, weil »gegen die Natur zu handeln kontraproduktiv und Selbstbetrug ist«, wie Piñera erklärte.[14] Pinochet stimmte zu: Menschen, schrieb er einmal, müssten sich Strukturen unterwerfen, weil »die Natur zeigt, dass eine Grundordnung und eine Hierarchie notwendig sind«.[15] Diese wechselseitige Versicherung, man sei sozusagen nur Befehlsempfänger höherer Naturgesetze, bildete die Basis der Allianz Pinochet-Chicago.

Die ersten eineinhalb Jahre lang folgte Pinochet pflichtschuldigst den Chicagoer Regeln. Er privatisierte einige, wenn auch nicht alle Unternehmen in Staatsbesitz (darunter mehrere Banken); er ließ ganz neuartige Formen von Finanzspekulation zu; er öffnete die Grenzen für Auslandsimporte, riss die Barrieren nieder, die lange Zeit chilenische Hersteller ge-

schützt hatten, und kürzte die Regierungsausgaben um zehn Prozent – mit Ausnahme des Militäretats, der deutlich aufgestockt wurde.[16] Er schaffte auch die Preiskontrollen ab – ein radikaler Schritt in einem Land, in dem die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot und Speiseöl seit Jahrzehnten geregelt waren.

Die Chicago Boys hatten Pinochet optimistisch versichert, wenn er auf einen Schlag alle Regierungseingriffe in diesen Bereichen einstellte, würden die »Naturgesetze« der Wirtschaft wieder zu ihrem Gleichgewicht finden, und die Inflation – die sie als eine Art ökonomischen Fiebers betrachteten, das auf ungesunde Elemente im Markt verwies –, würde wie durch Zauberhand zurückgehen. Damit lagen sie falsch. Im Jahr 1974 erreichte die Inflation 376 Prozent – die höchste Rate der Welt und fast doppelt so viel wie der Maximalwert unter Allende.[17] Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot stiegen ins Unermessliche. Gleichzeitig verloren die Chilenen ihre Arbeitsplätze, weil Pinochets Experiment mit dem »freien Handel« das Land mit billigen Importwaren überschwemmte. Einheimische Firmen machten dicht, weil sie damit nicht konkurrieren konnten, die Arbeitslosigkeit erreichte ein rekordverdächtiges Niveau, und Hunger war allgegenwärtig. Das erste Labor der Chicagoer Schule war ein Debakel.

Sergio de Castro und die anderen Chicago Boys argumentierten – in bester Chicagoer Tradition –, nicht ihre Theorie sei das Problem, sondern die Tatsache, dass sie nicht streng genug umgesetzt würde. Die Wirtschaft hätte sich nicht selbst korrigieren und zu einem harmonischen Gleichgewicht zurückfinden können, weil es noch immer »Störungen« gab, die aus fast 50 Jahren der Regierungseingriffe zurückgeblie-

ben waren. Damit das Experiment ein Erfolg würde, müsste Pinochet auch noch diese Störungen beseitigen – mehr Einschnitte, mehr Privatisierung, mehr Tempo.

Nach diesen eineinhalb Jahren hatte ein Großteil der führenden Geschäftsleute des Landes von dem Abenteuer der Chicago Boys in Extremkapitalismus die Nase voll. Als Einzige profitierten davon ausländische Unternehmen und eine kleine Clique von Finanziers, die sogenannten »Piranhas«, die mit Spekulationen einen Mordsreibach machten. Die bodenständigen Fabrikanten, die den Putsch entschieden unterstützt hatten, wurden hinweggefegt. Orlando Sáenz – der Präsident des chilenischen Industriellenverbandes, der anfangs die Chicago Boys in die Verschwörung mit hineingezogen hatte – erklärte das Experiment für »einen der größten Misserfolge unserer Wirtschaftsgeschichte«.[18] Allendes Sozialismus hatten die Industriellen abgelehnt, aber eine gelenkte Wirtschaft passte ihnen durchaus. »Es ist nicht nötig, mit dem finanziellen Chaos weiterzumachen, das in Chile herrscht«, sagte Sáenz. »Die Millionen und Abermillionen finanzieller Ressourcen, die jetzt vor den Augen der Arbeitslosen für wilde Spekulationen aufgebracht werden, müssen in produktive Investitionen umgeleitet werden.«[19]

Jetzt war ihre Agenda in großer Gefahr: Die Chicago Boys und die Piranhas (zwischen den beiden Gruppen gab es weitgehende Überschneidungen) fanden, es sei an der Zeit, schwere Geschütze aufzufahren. Im März 1975 flogen auf Einladung einer großen Bank Milton Friedman und Arnold Harberger nach Santiago, um das Experiment retten zu helfen.

Friedman wurde in der von der Junta kontrollierten Presse wie ein Rockstar begrüßt, als Guru der neuen Ordnung gefei-

ert. Jede seiner Äußerungen machte Schlagzeilen, seine akademischen Vorträge wurden vom staatlichen Fernsehen übertragen, und ihm wurde die wichtigste Audienz von allen zuteil: ein privates Treffen mit General Pinochet.

Während des gesamten Aufenthalts hackte Friedman auf einem einzigen Thema herum: Die Junta hätte einen guten Start hingelegt, aber jetzt müsse sie sich dem freien Markt noch bereitwilliger öffnen. In Reden und Interviews verwendete er einen Ausdruck, den er angesichts einer Wirtschaftskrise in der realen Welt noch nie öffentlich gebraucht hatte: Er verlangte eine »Schockbehandlung«. Er sagte, dies sei »die einzige Medizin. Absolut. Es gibt keine andere langfristige Lösung.«[20] Als ein chilenischer Reporter darauf hinwies, dass selbst der damalige US-Präsident Richard Nixon mit Kontrollen die Auswüchse des freien Marktes abzumildern suche, fauchte Friedman zurück: »Ich billige sie nicht. Ich glaube, wir sollten sie nicht anwenden. Ich bin gegen wirtschaftliche Interventionen seitens der Regierung, und zwar in meinem eigenen Land wie in Chile.«[21]

Nach seinem Treffen mit Pinochet machte sich Friedman ein paar persönliche Notizen über die Begegnung, die er erst Jahrzehnte später in seinen Erinnerungen veröffentlichte. Er beobachtete, dass der General »mit der Idee einer Schockbehandlung sympathisierte, aber eindeutig wegen der nützlichen vorübergehenden Arbeitslosigkeit, die davon ausgelöst werden könnte, besorgt war«.[22] Zu dieser Zeit war Pinochet schon weltweit dafür berüchtigt, dass er Massenhinrichtungen in Fußballstadien anordnete; dass der Diktator also wegen der menschlichen Kosten der Schocktherapie »besorgt« war, hätte Friedman zu denken geben müssen. Stattdessen

stieß er in einem anschließenden Brief noch einmal ins selbe Horn; er rühmte die »extrem klugen« Entscheidungen des Generals, bestürmte Pinochet aber, die Regierungsausgaben viel weiter zu kürzen, »um 25 Prozent binnen sechs Monaten … quer durch die Ressorts«, und gleichzeitig ein Paket von Pro-Wirtschaft-Maßnahmen umzusetzen, das in Richtung »vollständiger Freihandel« ging. Friedman sagte vorher, die Hunderttausenden von Menschen, die im öffentlichen Sektor ihre Arbeitsplätze verlieren würden, bekämen rasch im Privatsektor neue Jobs, der bald boomen werde, wenn Pinochet »so viele Hindernisse wie möglich beseitige, die jetzt den privaten Markt einschränkten«.[23]

Wenn der General seinem Rat folge, versicherte Friedman, würde er sich eines »Wirtschaftswunders« rühmen können, er »könnte binnen Monaten die Inflation beenden«, während das Arbeitslosigkeitsproblem ebenfalls »kurz – nach Monaten gemessen – [anhalten] und die anschließende Erholung rasch erfolgen würde«. Pinochet müsse schnell und entschlossen handeln. Friedman betonte mehrmals, wie wichtig der »Schock« sei; er verwendete den Begriff dreimal und unterstrich, dass »Gradualismus kein gangbarer Weg« sei.[24]

Pinochet ließ sich bekehren. In seinem Antwortbrief drückte das chilenische Staatsoberhaupt »meine höchste und respektvollste Wertschätzung Ihnen gegenüber« aus und versicherte Friedman: »Der Plan wird gegenwärtig in vollem Umfang umgesetzt.«[25] Unmittelbar nach Friedmans Besuch feuerte Pinochet seinen Wirtschaftsminister und gab Sergio de Castro den Job (der später dann zum Finanzminister befördert wurde). De Castro besetzte die Regierungsbank mit seinen Chicagoer Kumpels und machte einen von ihnen zum

Chef der Zentralbank. Orlando Sáenz, der sich gegen Massenentlassungen und Fabrikschließungen ausgesprochen hatte, wurde als Präsident des Industriellenverbandes durch jemanden ersetzt, der für Schocks aufgeschlossener war. »Falls es Unternehmer gibt, die sich darüber beklagen, sollen sie sich zum Teufel scheren. Ich verteidige sie nicht«, verkündete der neue Vorsitzende.[26]

Der Neinsager entledigt, machten sich Pinochet und de Castro ans Werk, den Wohlfahrtsstaat zu demontieren und ihr Utopia des reinen Kapitalismus anzusteuern. 1975 kürzten sie die öffentlichen Ausgaben auf einen Schlag um 27 Prozent – und sie strichen sie weiter zusammen, bis die Summe 1980 nur noch halb so groß war wie unter Allende.[27] Das Gesundheits- und das Bildungswesen traf es am schlimmsten. Selbst *The Economist*, dieser Cheerleader des freien Marktes, sprach von einer »Orgie der Selbstverstümmelung«.[28] De Castro privatisierte fast 500 staatliche Unternehmen und Banken, wobei er viele davon praktisch verschenkte, weil es darum ging, ihnen so schnell wie möglich den ihnen zukommenden Platz in der Wirtschaftsordnung zu geben.[29] Mit einheimischen Unternehmen hatte er kein Mitleid, und er baute sogar noch mehr Handelsbarrieren ab; die Folge war, dass zwischen 1973 und 1983 in der chilenischen Industrie 177 000 Arbeitsplätze verloren gingen.[30] Mitte der achtziger Jahre war der Anteil der Produktion an der Gesamtwirtschaft auf Werte abgestürzt, die es das letzte Mal während des Zweiten Weltkriegs gegeben hatte.[31]

Schockbehandlung war eine zutreffende Beschreibung für das, was Friedman verordnet hatte. Pinochet hatte sein Land absichtlich in eine schwere Rezession gestürzt, weil eine un-

bewiesene Theorie besagte, dass die plötzliche Konvulsion die Ökonomie schlagartig gesunden lassen würde. Diese Logik ähnelte auf verblüffende Weise jener, nach der Psychiater in den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts massenhaft Elektrokonvulsionstherapien verordneten, weil sie überzeugt waren, absichtlich ausgelöste epileptische Anfälle würden auf wundersame Weise die Gehirne ihrer Patienten neu starten.

Die Theorie der ökonomischen Schocktherapie beruht zum Teil darauf, welche Rolle Erwartungshaltungen bei einem inflationären Prozess spielen. Eine Inflation in den Griff zu bekommen erfordert nicht nur eine andere Geldpolitik, sondern auch andere Verhaltensweisen seitens der Verbraucher, der Unternehmer und der Arbeiter. Ein schnelles, schmerzliches politisches Eingreifen hat die Funktion, die Erwartungshaltungen rasch zu ändern und der Öffentlichkeit zu signalisieren, dass sich die Spielregeln geändert haben – die Preise steigen nicht mehr, die Löhne auch nicht. Dieser Theorie zufolge wird die qualvolle Periode der Rezession und der hohen Arbeitslosigkeit umso kürzer sein, je schneller die Inflationserwartungen heruntergefahren werden. Doch vor allem in Ländern, in denen die politische Führungsschicht in den Augen der Öffentlichkeit ihre Glaubwürdigkeit verloren hat, hat angeblich nur ein mächtiger, entscheidender politischer Schock die Kraft, dem Volk diese harten Lektionen »beizubringen«.*

* Einige Ökonomen der Chicagoer Schule behaupten, das erste Experiment mit Schocktherapie habe am 20. Juni 1948 in Westdeutschland stattgefunden. Damals schaffte der Direktor der Wirtschaftsverwaltung – und spätere Bundeswirtschaftsminister – Ludwig Erhard die meisten

Absichtlich eine Rezession oder Depression herbeizuführen ist brutal, da sie notwendigerweise zu Massenarmut führen. Das ist auch der Grund, warum bislang kein Politiker bereit gewesen war, die Theorie auf den Prüfstand zu legen; wer will schon für das verantwortlich sein, was *Business Week* als »Dr. Strangeloves Welt der absichtlich ausgelösten Depression« bezeichnete?[32]

Pinochet wollte. Im ersten Jahr nach der von Friedman verordneten Schocktherapie schrumpfte die chilenische Wirtschaft um 15 Prozent, und die Arbeitslosigkeit – die unter Allende nur 3 Prozent betragen hatte – erreichte 20 Prozent,

---

Preiskontrollen ab und führte eine neue Währung ein. Die Maßnahmen wurden überraschend und ohne Vorwarnung ergriffen, waren für die deutsche Wirtschaft ein erheblicher Schock und führten zu verstärkter Arbeitslosigkeit. Aber damit enden auch schon die Parallelen. Erhards Reformen beschränkten sich auf die Geldpolitik, es wurden nicht gleichzeitig Sozialausgaben gekürzt oder rasch der Freihandel eingeführt, und es wurden viele Maßnahmen ergriffen, um die Bürger vor diesen Schocks zu schützen, wozu auch Lohnerhöhungen zählten. Auch nach dem Schock erfüllte Westdeutschland mit Leichtigkeit Friedmans Definition eines quasi-sozialistischen Wohlfahrtsstaats: Es gab Mietbeihilfen, Beamtenpensionen, ein öffentliches Gesundheitswesen und ein staatliches Bildungssystem, und die Regierung leitete und subventionierte von der Post bis zum Aluminiumwerk so gut wie alles. Erhard die Erfindung der Schocktherapie zuzuschreiben würde vielen in den Kram passen, denn dieses Experiment fand statt, nachdem Westdeutschland von der Tyrannei befreit worden war. Doch Erhards Schock hat wenig Ähnlichkeit mit den radikalen Veränderungen, die heute unter ökonomischer Schocktherapie zu verstehen sind – diese Methode wurde erstmals von Friedman und Pinochet angewandt – in einem Land, das seine Freiheit gerade verloren hatte.

eine damals in Chile unbekannte Zahl.[33] Zweifellos befand sich das Land bei dieser »Behandlung« in Krämpfen. Und im Gegensatz zu Friedmans sonnigen Vorhersagen dauerte die Arbeitslosigkeit Jahre, nicht Monate.[34] Die Junta, die, ohne zu zögern, Friedmans Krankheitsmetaphern übernommen hatte, entschuldigte sich nicht, sondern erklärte: »Dieser Weg wurde gewählt, weil er der einzige ist, der direkt durch die Krankheit hindurchführt.«[35] Friedman stimmte zu. Als ihn ein Reporter der *New York Times* fragte, »ob die gesellschaftlichen Kosten dieser Politik nicht zu hoch« seien, antwortete er: »Dumme Frage.«[36] Einem anderen Reporter sagte er: »Meine einzige Sorge ist, dass sie es lange und gründlich genug durchziehen.«[37]

Interessanterweise kritisierte die Schocktherapie am lautesten einer von Friedmans eigenen ehemaligen Studenten: André Gunder Frank, der ursprünglich aus Deutschland kam, hatte, als er in den fünfziger Jahren an der University of Chicago studierte, so viel über Chile gehört, dass er nach seiner Promotion in Wirtschaftswissenschaften beschloss, sich dieses Land einmal anzusehen, das seine Professoren als Dystopie von developmentalistischem Missmanagement beschrieben hatten. Ihm gefiel, was er sah, also blieb er und lehrte an der Universität von Chile, dann diente er Salvador Allende als Wirtschaftsberater, vor dem er unglaublichen Respekt empfand. Als Chicago Boy in Chile, der von der Freie-Markt-Orthodoxie der Schule abgefallen war, konnte Gunder Frank das wirtschaftliche Abenteuer des Landes aus einem ganz speziellen Blickwinkel sehen. Ein Jahr nach dem von Friedman verordneten Maximalschock schrieb er einen wütenden »Offenen Brief an Milton Friedman und Arnold Harberger«, in dem er

das in Chicago Gelernte dazu nutzte, »zu untersuchen, wie der chilenische Patient auf Ihre Behandlung reagiert hat«.[38]

Er rechnete nach, was es für eine chilenische Familie bedeutete, mit dem auszukommen, was laut Pinochet ein »den Lebensunterhalt sichernder Lohn« war. Rund 74 Prozent des Einkommens mussten allein für Brot aufgewendet werden, sodass die Familie gezwungen war, solche »Luxusgüter« wie Milch und Busfahrten zur Arbeit zu streichen. Im Vergleich dazu mussten unter Allende für Brot, Milch und Busfahrten zusammen nur 17 Prozent des Einkommens eines öffentlichen Angestellten aufgebracht werden.[39] Viele Kinder bekamen auch in der Schule keine Milch mehr, denn diese Schulspeisung hatte die Junta als Erstes gestrichen. Dies und die verzweifelte Situation zu Hause führten dazu, dass immer mehr Schüler im Unterricht in Ohnmacht fielen, und viele gingen überhaupt nicht mehr hin.[40] Gunder Frank sah einen direkten Zusammenhang zwischen der brutalen Wirtschaftspolitik, die seine früheren Kommilitonen eingeführt hatten, und der Gewalt, die Pinochet über das Land gebracht hatte. Friedmans Rezepte seien so schmerzhaft, schrieb der abgefallene Chicago Boy, dass »keine dieser ›gleichgewichtsfördernden‹, ›normalisierenden‹ und entpolitisierenden Maßnahmen durchgeführt werden [kann] ohne militärische Gewalt und politischen Terror«.[41]

Unbeirrt weiteten Pinochets Ökonomen ihr Experimentierfeld aus und führten Friedmans allerfortschrittlichste Neuerungen ein: Das öffentliche Schulwesen wurde durch ein System von Gutscheinen und Charterschulen ersetzt, das Gesundheitswesen wurde auf Barzahlung umgestellt, Kindergärten und Friedhöfe wurden privatisiert. Der radikalste Schritt

aber war die Privatisierung von Chiles Sozialversicherung – José Piñera, der das Programm eingebracht hatte, sagte, die Idee dazu sei ihm bei der Lektüre von *Kapitalismus und Freiheit* gekommen.[42] Normalerweise betrachtet man die Regierung von George W. Bush als Pionier der »Eigentümergesellschaft«, in Wirklichkeit war es aber 30 Jahre zuvor Pinochets Regierung, die als Erste die Idee einer »Nation von Eigentümern« einführte.

Chile war jetzt wirklich Neuland, und überall auf der Welt sahen Fans der freien Marktwirtschaft genau hin, denn bislang konnten sie die Vorzüge einer solchen Wirtschaftspolitik nur im rein akademischen Umfeld diskutieren. »Wirtschaftswissenschaftliche Lehrbücher besagen, so müsse die ganze Welt funktionieren, aber wo sonst wird das praktiziert?«, fragte das amerikanische Wirtschaftsmagazin *Barron's*.[43] Unter der Schlagzeile »Chile, Lab Test for a Theorist« schrieb *The New York Times*: »Es geschieht nicht oft, dass ein führender Wirtschaftswissenschaftler mit entschiedenen Ansichten Gelegenheit bekommt, bestimmte Heilmittel für eine sehr kranke Ökonomie zu testen. Noch außergewöhnlicher ist das, wenn der Klient des Wirtschaftswissenschaftlers noch nicht einmal sein eigenes Land ist.«[44] Viele sahen sich das chilenische Experiment aus der Nähe an, so auch Friedrich von Hayek persönlich, der das Land mehrmals besuchte und 1981 Vina del Mar (jene Stadt, wo der Putsch geplant worden war) als Veranstaltungsort für das Regionaltreffen der Mont Pelerin Society auswählte, der Denkfabrik der Gegenrevolution.

Selbst drei Jahrzehnte danach gilt Chile bei Anhängern der freien Marktwirtschaft noch immer als Beweis, dass Friedmans Theorie richtig ist. Als Pinochet im Dezember 2006 starb (einen Monat nach Friedman), rühmte ihn *The New York Times* dafür, eine »bankrotte Wirtschaft in die blühendste ganz Lateinamerikas verwandelt« zu haben, und ein Leitartikel der *Washington Post* behauptete, er habe »die Politik der freien Marktwirtschaft eingeführt, die Chiles Wirtschaftswunder hervorbrachte«.[45] Allerdings sind die Fakten hinsichtlich des »Wunders von Chile« noch immer höchst umstritten.

Pinochet hielt sich 17 Jahre an der Macht, und in dieser Zeit änderte er mehrmals die politische Richtung. Die Zeit stetigen Wachstums, die als Beweis für den wunderbaren Erfolg gilt, begann erst Mitte der achtziger Jahre – ein volles Jahrzehnt nachdem die Chicago Boys die Schocktherapie angewandt und auch erst eine ganze Weile, nachdem Pinochet zu einer radikalen Kurskorrektur gezwungen war. Denn trotz strikter Befolgung der Chicagoer Lehre brach die chilenische Wirtschaft 1982 zusammen: Die Schulden explodierten, es kam wieder einmal zu einer Hyperinflation, und die Arbeitslosigkeit stieg auf 30 Prozent, zehnmal mehr als zu Allendes Zeiten.[46] Der Hauptgrund dafür war, dass die Piranhas – Finanzhäuser, die im Stil von Enron arbeiteten –, die dank der Chicago Boys von jeglicher Regulierung befreit waren, mit geborgtem Geld die Vermögenswerte des Landes aufgekauft und dabei den enormen Schuldenberg von 14 Milliarden Dollar angehäuft hatten.[47]

Die Lage wurde so instabil, dass Pinochet gezwungen war,

genau das zu tun, was Allende getan hatte: Er verstaatlichte viele dieser Unternehmen.[48] Angesichts des Debakels verloren nahezu alle Chicago Boys ihre einflussreichen Regierungsposten, darunter auch Sergio de Castro. Mehrere andere Chicago-Absolventen bekleideten hohe Stellen bei den Piranhas und gerieten unter Betrugsverdacht, sodass die sorgfältig kultivierte Fassade der wissenschaftlichen Neutralität – wesentlicher Bestandteil der Identität eines Boys – zerbröckelte.

Vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrte Chile Anfang der achtziger Jahre einzig und allein, dass Pinochet niemals Codelco privatisiert hatte, die Kupferbergbaugesellschaft, die Allende verstaatlicht hatte. Dieses eine Unternehmen sorgte für 85 Prozent der chilenischen Exporteinkünfte, was bedeutete, dass der Staat, als die Finanzblase platzte, noch immer stetige Einnahmen hatte.[49]

Damit ist klar, dass Chile nie das Labor des »reinen« freien Marktes war, wie dessen Einpeitscher behauptet hatten. Stattdessen war es ein Land, in dem die Angehörigen einer kleinen Oberschicht in extrem kurzer Zeit von Wohlhabenden zu Superreichen wurden – eine höchst profitable Angelegenheit, die durch Schulden und vor allem mit öffentlichen Mitteln finanziert (und dann abgebrochen) worden war. Lässt man den ganzen Hype beiseite, der um das angebliche Wunder gemacht wurde, so war Chile unter Pinochet und den Chicago Boys nicht ein kapitalistischer Staat mit einem liberalisierten Markt, sondern ein korporatistischer. Mit Korporatismus oder Korporativismus bezeichnete man ursprünglich Mussolinis Modell eines Polizeistaates in Form einer Allianz von drei großen gesellschaftlichen Machtfaktoren – Regierung, Geschäftswelt und Gewerkschaften –, die zusammen-

arbeiten, um im Namen des Nationalismus die Ordnung zu garantieren. Chile wurde unter Pinochet zum Pionier einer Weiterentwicklung des Korporatismus: Eine sich wechselseitig stützende Allianz von Polizeistaat und Großunternehmen, die mit vereinten Kräften und allen verfügbaren Mitteln gegen den dritten gesellschaftlichen Machtfaktor – die Arbeiter – Krieg führt und dabei ihren Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand kräftig erhöht.

Dieser Krieg – den viele Chilenen verständlicherweise als einen Krieg der Reichen gegen die Armen und die Mittelschicht sehen – ist die wahre Geschichte von Chiles »Wirtschaftswunder«. Als sich im Jahr 1988 die Wirtschaft endlich stabilisiert hatte und rasch wuchs, lebten 45 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze.[50] Die Einkommen der reichsten 10 Prozent Chilenen waren jedoch um 83 Prozent gestiegen.[51] Noch im Jahr 2007 ist Chile eines der Länder mit dem stärksten Wohlstandsgefälle auf der Welt: Von den 123 Ländern, die von den Vereinten Nationen daraufhin überprüft werden, nimmt Chile den 116. Platz ein.[52]

Wenn diese Erfolgsbilanz Chile für Ökonomen der Chicagoer Schule zu einem Wunder macht, dann drehte sich die Schockbehandlung vielleicht niemals darum, die Wirtschaft auf die gesunde Seite zu katapultieren. Vielleicht sollte sie genau das erreichen, was sie dann tat – den Reichtum an der Spitze anzuhäufen und einen Großteil der Mittelschicht einfach wegzuschocken.

So sah es jedenfalls Orlando Letelier, Allendes ehemaliger Verteidigungsminister. Nach einem Jahr in Pinochets Gefängnissen konnte Letelier dank einer intensiven internationalen Kampagne Chile verlassen. Aus dem Exil sah er die

rasche Verarmung seines Landes mit an; 1976 schrieb er: »Während der letzten drei Jahre wurden mehrere Milliarden Dollar den Taschen von Lohn- und Gehaltsempfängern entnommen und in die der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gesteckt … Die Konzentration des Reichtums ist kein Zufall, sondern die Regel; sie ist nicht eine Randerscheinung einer schwierigen Situation – wie die Junta die Welt gern glauben machen möchte –, sondern die Basis eines gesellschaftlichen Projekts; sie verdankt sich nicht der Wirtschaft, sondern einem vorübergehenden politischen Erfolg.«[53]

Letelier konnte zu diesem Zeitpunkt nicht wissen, dass Chile unter der Herrschaft der Chicagoer Schule einen Blick auf die zukünftige Weltwirtschaft erlaubte, ein Muster erkennen ließ, das sich in Russland über Südafrika bis nach Argentinien andauernd wiederholte: eine städtische Blase aus irrwitzigen Spekulationen und zweifelhaften Rechenschaftsberichten, die Superprofite und hektischen Konsum inmitten von Geisterfabriken und verrottenden Infrastrukturen einer vergangenen Entwicklung anheizen; rund die Hälfte der Bevölkerung sind von der Wirtschaft insgesamt ausgeschlossen; Korruption und Vetternwirtschaft sind außer Kontrolle; kleine und mittlere Unternehmen in der Hand von Einheimischen werden dezimiert; es kommt zu einem riesigen Transfer von Reichtum aus der öffentlichen in private Hände, dem folgt ein riesiger Transfer von Privatschulden in die öffentliche Hand. Außerhalb der Wohlstandsblase erschien das Wunder in Chile als große Wirtschaftskrise, aber innerhalb dieses luftdichten Kokons flossen die Profite so ungehindert und schnell, dass der durch die Schocktherapie-»Reform« ermöglichte schnelle Reichtum bis auf den heutigen Tag zum Crack der Finanz-

märkte wurde. Und deswegen reagierte die Finanzwelt auch nicht auf die offensichtlichen Widersprüche des chilenischen Experiments mit einer Neubewertung der Grundannahmen des Laissez-faire. Stattdessen reagierte sie mit der Logik des Junkies: Wo gibt es den nächsten Schuss?

Die Revolution breitet sich aus, die Menschen verschwinden

Eine Zeit lang kam der nächste Schuss aus anderen Ländern des südlichen Lateinamerikas, in denen die Gegenrevolution der Chicagoer Schule rasch Fuß fasste. Brasilien wurde bereits von einer Junta regiert, die von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde, und in den späten sechziger Jahren gelangten mehrere von Friedmans brasilianischen Studenten in Schlüsselpositionen. Im Jahr 1973, auf dem Höhepunkt des brutalen Vorgehens seitens des Regimes, reiste Friedman nach Brasilien und erklärte das Wirtschaftsexperiment zu »einem Wunder«.[54] Im selben Jahr hatte in Uruguay das Militär geputscht und im folgenden entschloss es sich zum Chicagoer Weg. Da es nicht genügend uruguayische Absolventen der University of Chicago gab, baten die Generäle »Arnold Harberger und [den Wirtschaftsprofessor] Larry Sjaastad von der University of Chicago und ihr Team, zu denen auch Chicagoer Absolventen aus Argentinien, Chile und Brasilien gehörten, das Steuersystem und die Handelspolitik von Uruguay zu reformieren«.[55] In Uruguays zuvor egalitärer Gesellschaft hatte das unmittelbare Folgen: Die Reallöhne sanken um 28 Prozent, und zum allerersten Mal durchwühlten Horden von Menschen auf den Straßen Montevideos den Müll.[56]

1976 wurde das Experiment auf Argentinien ausgeweitet, nachdem eine Junta Isabel Péron gestürzt hatte. Das bedeutete, Argentinien, Chile, Uruguay und Brasilien – zuvor Aushängeschilder des Developmentalismus – wurden jetzt allesamt von Militärregierungen – die von den USA unterstützt wurden – geführt und waren lebende Versuchslabors der Chicagoer Wirtschaftsdoktrin.

Laut Geheimdokumenten aus Brasilien, die erst im März 2007 freigegeben wurden, nahmen die argentinischen Generäle wenige Wochen vor ihrem Putsch Kontakt zu Pinochet und zur brasilianischen Junta auf, um die »wesentlichen Schritte der künftigen Regierung zu skizzieren«.[57]

Trotz dieser engen Zusammenarbeit ließ sich die Junta von Argentinien nicht ganz so weit auf das neoliberale Experiment ein wie Pinochet; sie privatisierte beispielsweise nicht die Ölreserven oder die Sozialversicherungen des Landes (dazu kam es erst später). Als es jedoch darum ging, die Politik und die Institutionen zu attackieren, die Argentiniens Arme in die Mittelschicht gehievt hatten, war die Junta nur allzu bereit, mit Pinochet gleichzuziehen, was sich zum Teil der großen Anzahl argentinischer Ökonomen verdankte, die das Chicagoer Programm durchlaufen hatten.

Argentiniens frischgebackene Chicago Boys ergatterten Schlüsselpositionen in der Junta-Regierung – als Finanzminister, Präsident der Zentralbank und Forschungsdirektor des Schatzministeriums, hinzu kamen mehrere weitere Wirtschaftsposten niedrigeren Ranges.[58] Doch obwohl die argentinischen Chicago Boys begeistert in der Militärregierung mitarbeiteten, bekam keiner von ihnen den wirtschaftlichen Spitzenjob. Der blieb José Alfredo Martinez de Hoz vorbehalten.

Er gehörte zu den Großgrundbesitzern, die sich in der Sociedad Rural organisiert hatten, dem Viehzüchterverband, der schon seit langem die Exportwirtschaft des Landes kontrollierte. Diesen Familien, die am ehesten einer argentinischen Aristokratie gleichkamen, hatte die feudale Wirtschaftsordnung bestens zugesagt – es war eine Zeit, da sie noch nicht befürchten mussten, dass ihr Besitz vielleicht durch eine Landreform den Bauern gegeben oder die Fleischpreise gesenkt würden, damit sich jeder etwas zu essen leisten könnte.

Wie schon sein Vater und Großvater vor ihm war Martinez de Hoz Präsident der Sociedad Rural, und zugleich saß er in den Aufsichtsräten mehrerer multinationaler Unternehmen, unter anderem Pan American Airways und ITT. Als er seinen Posten in der Junta-Regierung übernahm, konnte niemand mehr daran zweifeln, dass der Putsch eine Revolte der Eliten darstellte, eine Gegenrevolution, die 40 Jahre Fortschritt zugunsten der argentinischen Arbeiter zunichtemachen sollte.

Martinez de Hoz' erste Amtshandlung als Wirtschaftsminister war, Streiks zu verbieten und Unternehmern zu erlauben, Mitarbeiter nach Belieben zu feuern. Er lockerte die Preiskontrollen, woraufhin die Nahrungsmittelkosten in die Höhe schossen. Er war auch entschlossen, Argentinien wieder zu einem gastfreundlichen Ort für ausländische Multis zu machen. Er reduzierte die Restriktionen für ausländische Kapitalbeteiligungen und verkaufte in den ersten paar Jahren Hunderte von Staatsunternehmen.[59] Diese Maßnahmen brachten ihm mächtige Freunde in Washington ein. Freigegebene Dokumente bestätigen, dass William Rogers, stellvertretender Außenminister für Lateinamerika, kurz nach dem Putsch seinem Chef Henry Kissinger sagte: »Martinez de Hoz

ist ein guter Mann. Wir stehen in ständigem Kontakt.« Kissinger war so beeindruckt, dass er ein hochrangiges Treffen mit Martinez de Hoz arrangierte, als dieser Washington »als symbolische Geste« besuchte. Er bot auch an, ein paar Anrufe zu tätigen, um der argentinischen Wirtschaft weiterzuhelfen: »Ich werde David Rockefeller anrufen«, sagte Kissinger zum Außenminister der Junta, womit er den Präsidenten der Chase Manhattan Bank meinte. »Und ich werde auch mit seinem Bruder telefonieren, dem Vizepräsidenten [der Vereinigten Staaten, Nelson Rockefeller].«[60]

Um Investoren anzulocken, ließ Argentinien von dem PR-Giganten Burson-Marsteller eine zweiunddreißigseitige Werbebeilage für *Business Week* produzieren; darin wurde erklärt: »Im Lauf der Geschichte haben nur wenige Regierungen private Investitionen so stark ermutigt … wir sind inmitten einer wirklich sozialen Revolution, und wir suchen Partner. Wir legen den staatlichen Zentralismus ab und glauben fest an die überragende Rolle des Privatsektors.«[61] *

Abermals waren die Folgen für die Menschen offensichtlich: Die Löhne verloren binnen eines Jahres 40 Prozent ihres Werts, Fabriken schlossen, Armut grassierte.[62] Ehe die Junta an die Macht kam, lebten in Argentinien weniger Menschen in Armut als in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten – lediglich 9 Prozent –, und die Arbeitslosenrate betrug nur 4,2 Prozent. Jetzt zeigte das Land wieder Anzeichen für Unterentwicklung, die man längst überwunden glaubte. Arme

---

* Die Junta war so versessen darauf, das Land an Investoren zu verhökern, dass sie mit einem »zehnprozentigen Preisnachlass für alle Landverkäufe binnen 60 Tagen« warb.

Stadtviertel hatten kein Wasser, vermeidbare Krankheiten griffen um sich.

In Chile hatte Pinochet dank seiner schockierenden und furchteinflößenden Machtergreifung freie Hand, die Mittelschicht per Wirtschaftspolitik auszuweiden. Seine Kampfflugzeuge und sein Kanonendonner hatten zwar höchst effizient Angst und Schrecken verbreitet, aber sie hatten sich auch als eine PR-Katastrophe erwiesen. Presseberichte über Pinochets Massaker führten zu einem weltweiten Aufschrei, und in Europa und Nordamerika bestürmten Menschenrechtsaktivisten massiv ihre Regierungen, keinen Handel mit Chile zu treiben – ein wahrlich unerwünschtes Ergebnis für ein Regime, dessen Existenzberechtigung darin lag, das Land für internationale Geschäfte zu öffnen.

Die jetzt freigegebenen Dokumente aus Brasilien belegen, dass die argentinischen Generäle bei der Vorbereitung ihres Putsches 1976 »eine internationale Kampagne wie jene, die gegen Chile losgetreten wurde, vermeiden« wollten.[63] Um das zu erreichen, brauchte man weniger auffällige, nicht so sensationelle Repressionstaktiken – die zwar Terror verbreiten würden, aber von der neugierigen internationalen Presse nicht so leicht zu entdecken sein würden. In Chile verlegte sich Pinochet bald aufs Verschwindenlassen. Statt ihre Opfer offen umzubringen oder gar zu verhaften, griffen die Soldaten sie sich, verschleppten sie in geheime Lager, folterten und töteten sie oft auch, dann leugneten sie, irgendetwas darüber zu wissen. Die Leichen wurden in Massengräber geworfen. Der im Mai 1990 eingerichteten chilenischen Wahrheitskommission zufolge entledigte sich die Geheimpolizei mancher Opfer, indem sie sie aus Hubschraubern ins Meer warf, »wobei sie ih-

nen zuvor mit einem Messer den Bauch aufschnitten, damit die Leichen nicht an der Oberfläche trieben«.[64] Verschwindenlassen war nicht nur weniger auffällig, es stellte sich auch heraus, dass sich Angst und Schrecken damit noch effizienter verbreiten ließen als mit offenen Massakern – so beunruhigend war die Vorstellung, dass der Staatsapparat genutzt wurde, damit sich Menschen in Luft auflösten.

Mitte der siebziger Jahre war dann das Verschwindenlassen zum Hauptdruckmittel der Chicagoer-Schule-Juntas überall in Südamerika geworden – und niemand wandte das Verfahren eifriger an als die Generäle im argentinischen Präsidentenpalast. Gegen Ende ihres Regimes waren geschätzte 30 000 Menschen verschwunden.[65]

Ähnlich wie ihre chilenischen Leidensgefährten waren viele von ihnen aus Flugzeugen in das trübe Wasser des Rio de la Plata geworfen worden.

Der argentinischen Junta gelang es hervorragend, genau die richtige Balance zwischen öffentlichem und privatem Terror zu finden – genügend viel wurde in aller Öffentlichkeit getan, damit alle wussten, was Sache war, gleichzeitig wurde aber genügend viel geheim gehalten, dass man stets alles leugnen konnte. In den ersten Tagen nach ihrer Machtergreifung demonstrierte die Junta nur ein einziges Mal höchst dramatisch ihre Entschlossenheit, tödliche Gewalt einzusetzen: Ein Mann wurde aus einem Ford Falcon gestoßen – als Standardfahrzeug der Geheimpolizei berüchtigt –, an das berühmteste Denkmal von Buenos Aires gebunden – den 67,5 Meter hohen weißen Obelisk – und vor aller Augen mit Maschinenpistolen erschossen.

Danach mordete die Junta im Untergrund weiter, ihre Ta-

ten waren jedoch immer präsent. Offiziell wurde geleugnet, dass man Leute verschwinden ließ, aber wenn die Opfer abgeholt wurden, waren das öffentliche Schauspiele, die die gesamte Nachbarschaft zu stummen Komplizen machten. War jemand zur Eliminierung ausgewählt, fuhr eine Flotte von Militärfahrzeugen zum Haus oder Arbeitsplatz der Person, und der gesamte Block wurde mit einer Postenkette abgeriegelt, oft brummte darüber noch ein Hubschrauber. In hellem Tageslicht und unter den Augen aller Nachbarn schlugen Polizisten oder Soldaten die Tür ein, zerrten das Opfer heraus und verschwanden mit ihm in einem wartenden Ford Falcon. Die Verschleppten riefen dabei oft noch ihren Namen – in der Hoffnung, dass ihre Familien so von den Geschehnissen erfuhren. Einige »Geheimoperationen« wurden noch schamloser durchgeführt: Polizisten bestiegen überfüllte Stadtbusse und zerrten Insassen an den Haaren heraus; in Santa Fé wurde ein Paar in einer Kirche voller Menschen direkt vom Hochzeitsaltar weg entführt.[66]

Der öffentliche Charakter des Terrors hörte mit der Verhaftung nicht auf. Die Gefangenen wurden in eines von über 300 Folterlagern gebracht, die über ganz Argentinien verteilt waren.[67] Viele davon lagen in dichtbesiedelten Wohngebieten; das berüchtigtste der Folterzentren befand sich auf einem ehemaligen Sportgelände an einer belebten Straße in Buenos Aires, ein weiteres in einem Schulgebäude mitten in Bahia Bianca, wieder ein anderes in einem Flügel eines noch in Betrieb befindlichen Krankenhauses. Bei diesen Zentren fuhren zu jeder beliebigen Stunde Militärfahrzeuge ein und aus, die Schreie konnte man durch die schlecht isolierten Wände hindurch hören, und man konnte sehen, dass merkwürdige, wie

Körper geformte Pakete hinein und hinaus getragen wurden – all das registrierten die Nachbarn schweigend.

In Uruguay ging das Regime ähnlich schamlos vor: Eines der größten Folterzentren war in einer Marinekaserne an der Strandpromenade von Montevideo untergebracht, wo Familien einst gern am Meer spazieren gingen oder Picknick machten. Während der Diktatur war der wunderschöne Platz verwaist, da die Stadtbewohner es geflissentlich vermieden, die Schreie hören zu müssen.[68]

Bei der Beseitigung der Opfer war die argentinische Junta besonders nachlässig. Ein Spaziergang auf dem Land konnte zu einem Horrortrip werden, weil Massengräber kaum getarnt wurden. Auf öffentlichen Müllkippen lagen Leichen, denen Finger und Zähne fehlten (ähnlich wie heute im Irak), oder sie wurden an den Ufern des Rio de la Plata angespült, manchmal, nach einem der »Todesflüge« der Junta, ein halbes Dutzend auf einmal. Gelegentlich regneten sie auch aus Hubschraubern auf die Felder von Bauern.[69]

Die gesamte argentinische Bevölkerung wurde praktisch Zeuge der Auslöschung von Mitbürgern, doch die meisten Menschen behaupteten, nicht zu wissen, was vor sich ging. Das Paradoxon der weit aufgerissenen Augen der Zeugen und der aus Furcht fest geschlossenen Augen, was in jener Zeit die überwiegende Geisteshaltung war, fassten die Argentinier in die Formulierung: »Wir wussten nicht, was niemand leugnen konnte.«

Wer vor den Juntas fliehen musste, suchte oft in Nachbarländern Unterschlupf, und so betrieben die Regierungen gemeinsam die berüchtigte Operation Condor. In deren Rahmen tauschten die Geheimdienste des südlichen Lateiname-

rikas Informationen über »Subversive« aus – mit Hilfe eines brandneuen Computersystems, das Washington zur Verfügung stellte – und gewährten ihren Agenten wechselseitig die ungehinderte Ein- und Ausreise, damit sie jenseits der Grenzen entführen und foltern konnten – ein System, das gespenstisch der heutigen CIA-Praxis der »außerordentlichen Überstellungen« gleicht.[70] *

Die Juntas tauschten auch Informationen darüber aus, wie man am effizientesten aus den Gefangenen Informationen herausholen konnte. Mehrere Chilenen, die in den Tagen nach dem Putsch im Chile-Stadion gefoltert worden waren, bemerkten das überraschende Detail, dass dabei brasilianische Soldaten anwesend waren, die Ratschläge zum höchst wissenschaftlichen Einsatz von Schmerzen erteilten.[71]

In jener Zeit gab es zahllose Gelegenheiten für solch einen Meinungsaustausch, der oft über die Vereinigten Staaten lief und von der CIA vermittelt wurde. 1975 kam eine Untersuchung des US-Senats über die amerikanischen Interventionen in Chile zu dem Ergebnis, dass die CIA Pinochets Militär in Methoden zur »Kontrolle von Subversion« ausgebildet hatte.[72] Und dass die Vereinigten Staaten brasilianische und uruguayische Polizisten in Befragungstechniken ausgebildet haben, ist umfassend dokumentiert. *Brasilien*: *niemals wieder* – der 1985 veröffentlichte Bericht der brasilianischen

---

* Dieser lateinamerikanischen Praxis dienten Hitlers »Nacht-und-Nebel-Aktionen« als Vorlage. 1941 hatte Hitler verfügt, dass Widerstandskämpfer in den von den Nazis besetzten Gebieten »bei Nacht und Nebel« nach Deutschland gebracht werden sollten. Mehrere hochrangige Nazis waren später nach Chile und Argentinien geflohen, und es wird darüber spekuliert, dass sie den Geheimdiensten im südlichen Lateinamerika solche Strategien beibrachten.

Wahrheitskommission – zitiert eine Gerichtsaussage, der zufolge Offiziere förmliche »Folterkurse« bei der Militärpolizei besuchten, wo man ihnen Dias zeigte, die verschiedene qualvolle Methoden illustrierten. Während dieser Kurse wurden Gefangene zu »praktischen Demonstrationen« herbeigeschafft und brutal gefoltert, während bis zu 100 Unteroffiziere zusahen und lernten. Der Bericht stellt fest: »Einer der Ersten, der diese Praxis in Brasilien einführte, war Dan Mitrione, ein amerikanischer Polizeioffizier. Als Polizeiausbilder in Belo Horizonte während der frühen Jahre des brasilianischen Militärregimes holte Mitrione Bettler von der Straße und folterte sie bei Schulungen, damit die lokale Polizei die verschiedenen Möglichkeiten erlernen konnte, wie man bei Gefangenen den größtmöglichen Widerspruch zwischen Körper und Geist erzeugt.«[73] Anschließend ging Mitrione als Polizeiausbilder nach Uruguay, wo er 1970 von den Tupamaros entführt und getötet wurde – die linksrevolutionäre Guerillatruppe hatte die Operation durchgeführt, um Mitriones Rolle bei der Folterausbildung öffentlich zu machen.* Laut einem seiner ehemaligen Schüler bestand er darauf – wie die Autoren des CIA-Handbuchs –, dass effiziente Folter kein Sadismus, sondern eine Kunst sei: »Der richtige Schmerz am richtigen Ort im richtigen Maß«, lautete sein Motto.[74]

Die Folgen dieser Ausbildung werden in allen Menschenrechtsberichten jener finsteren Zeit aus dem südlichen Lateinamerika deutlich. Immer wieder bezeugen sie die typischen, im *Kubark*-Handbuch der CIA festgelegten Metho-

* Diese Geschichte lieferte die Vorlage für Costa-Gavras hervorragenden Film *Der unsichtbare Aufstand* (1972).

den: Verhaftungen früh am Morgen, Kapuzen über den Köpfen, gründliche Isolierung, Drogen und Medikamente, erzwungene Nacktheit, Elektroschocks. Und überall findet sich das schreckliche Erbe der McGill-Experimente mit absichtlich herbeigeführter Regression.

Aus dem chilenischen Nationalstadion freigelassene Gefangene berichteten, grelles Flutlicht hätte 24 Stunden am Tag gebrannt und das Essen wäre anscheinend absichtlich in falscher Reihenfolge ausgeteilt worden.[75] Soldaten zwangen viele Gefangene, Decken über den Köpfen zu tragen, damit sie nicht richtig sehen oder hören konnten, was ziemlich unverständlich ist, da alle Gefangenen wussten, dass sie sich im Stadion befanden. Die Folgen all dieser Maßnahmen waren, berichteten Gefangene, dass sie ihr Gespür für Nacht und Tag verloren und dass der vom Putsch und anschließenden Verhaftungen ausgelöste Schock sowie die Angst erheblich intensiviert wurden. Es war fast, als wäre das Stadion in ein riesiges Labor verwandelt worden, und sie fungierten als Versuchspersonen eines merkwürdigen Experiments zur sensorischen Manipulation.

Eine exaktere Kopie der CIA-Experimente fand sich im chilenischen Villa-Grimaldi-Gefängnis, das »berüchtigt war für seine ›Chile-Räume‹ – hölzerne Isolationskammern, die so klein waren, dass die Gefangenen sich nicht hinknien« geschweige denn – legen konnten.[76] Im Libertad-Gefängnis von Uruguay wurden Gefangene auf *la isla* geschickt, »die Insel«: winzige, fensterlose Zellen, in denen die ganze Zeit eine nackte Glühbirne brannte. Hochrangige Gefangene wurden über zehn Jahre lang in absoluter Isolation gehalten. »Wir begannen zu glauben, wir wären tot, dass unsere Zellen eigent-

lich keine Zellen waren, sondern vielmehr Gräber, dass es die Außenwelt nicht mehr gab, dass die Sonne ein Mythos sei«, erinnerte sich einer dieser Gefangenen, Mauricio Rosencof. Im Verlauf von insgesamt elfeinhalb Jahren sah er die Sonne ganze acht Stunden lang. Seine Sinneswahrnehmungen hatten sich während dieser Zeit so zurückgebildet, dass er »Farben vergessen hatte – es gab keine Farben mehr«.[77] *

In einem der größten argentinischen Folterzentren, der Mechanikerschule der Marine in Buenos Aires, hieß die Isolationskammer *capucha*, »Kapuze«. Juan Miranda, der drei Monate in der *capucha* verbrachte, berichtete mir von jenem finsteren Ort: »Man bekommt eine Augenbinde und eine Kapuze übergezogen, Hände und Beine in Ketten, und liegt da den ganzen Tag lang auf einer Schaumstoffmatratze auf dem Dachboden des Gefängnisses. Andere Gefangene sah ich nicht – ich war durch Sperrholzwände von ihnen getrennt. Wenn die Aufseher Essen brachten, musste ich mich zur Wand setzen, dann zogen sie die Kapuze so weit hoch, dass ich essen konnte. Das war der einzige Zeitpunkt, da wir sitzen durften; ansonsten mussten wir die ganze Zeit liegen.« Andere argentinische Gefangene wurden sensorisch in Zellen von Sarggröße depriviert, die man *tubos* nannte.

Die einzige Abwechslung in der Isolation war noch schlimmer: der Verhörraum. Die bei allen Militärregimes des Subkontinents am weitesten verbreitete Foltertechnik war der

---

* Im Libertad-Gefängnis arbeitete die Verwaltung eng mit Verhaltenspsychologen zusammen, um Foltertechniken zu entwickeln, die für jeden einzelnen Gefangenen psychologisch maßgeschneidert waren; dieselbe Methode kommt heute in Guantánamo Bay zur Anwendung.

Elektroschock. Es gab Dutzende von Varianten, wie der elektrische Strom durch die Körper von Gefangenen geleitet wurde: mit Netzkabeln, mit Feldtelefonen der Armee, mit Nadeln unter den Fingernägeln, mit Klammern am Zahnfleisch, an Brustwarzen, Genitalien, Ohren, Lippen, in offenen Wunden, der Körper wurde ins Wasser getaucht, um den Schlag zu erhöhen, auf Tische geschnallt oder in Brasilien auf den eisernen »Drachenstuhl«. Argentiniens Viehzüchter-Junta war stolz auf ihren ganz speziellen Beitrag: Gefangene bekamen die Elektroschocks auf einem Metallbett namens *parilla*, »der Grill«, auf dem sie mit der *picana*, einem Viehtreiberstock mit Metallspitze, traktiert wurden.

Wie viele Menschen in den Folterkammern des südlichen Lateinamerikas misshandelt wurden, lässt sich unmöglich genau berechnen, aber die Zahl liegt vermutlich irgendwo zwischen 100 000 und 150 000, von denen Zigtausende starben.[78]

Ein Zeuge in schwieriger Zeit

In jenen Jahren links zu sein hieß gejagt zu werden. Wer nicht ins Exil entkam, kämpfte jede Minute darum, der Geheimpolizei einen Schritt voraus zu bleiben – ein Leben mit geheimen Unterschlupfen, verschlüsselten Telefonnummern und falschen Identitäten. Zu denen, die so ihr Dasein in Argentinien fristeten, zählte der legendäre Enthüllungsjournalist des Landes, Rodolfo Walsh. Der umgängliche Renaissance-Typ schrieb Kriminalromane und preisgekrönte Kurzgeschichten, war aber auch ein hervorragender Schnüffler, der militä-

rische Codes knacken und Spione ausspionieren konnte. Seinen größten Triumph feierte er in Kuba. Als er dort als Journalist arbeitete, gelang es ihm, ein CIA-Telex abzufangen und zu entschlüsseln, in dem es um die Invasion in der Schweinebucht ging. Diese Information ermöglichte es Castro, sich auf die Invasion vorzubereiten und die Insel zu verteidigen.

Als die vorangegangene argentinische Militärjunta den Peronisnius abgeschafft und die Demokratie im Würgegriff hatte, schloss Walsh sich als Geheimdienstexperte der Montonero-Bewegung an.* Damit rückte er an die Spitze der Liste mit den von den Generälen am dringlichsten gesuchten Personen, und immer wenn jemand verschwand, kamen erneut Ängste auf, dass mit der *picana* gewonnene Informationen die Polizei zu dem geheimen Unterschlupf führen würden, den er mit seiner Partnerin Lilia Ferreyra in einem kleinen Dorf außerhalb von Buenos Aires gefunden hatte.

Mit Hilfe seines riesigen Netzwerks von Informanten versuchte Walsh, die zahllosen Verbrechen der Junta zu doku-

---

* Die Montoneros wurden aus Opposition zur vorhergehenden Diktatur gegründet. Der Peronismus war damals verboten, und aus dem Exil rief Juan Perón seine jungen Anhänger auf, sich zu bewaffnen und für die Rückkehr zur Demokratie zu kämpfen. Das taten sie, und die Montoneros trugen – obwohl sie auch bewaffnete Aktionen und Entführungen durchführten – einen erheblichen Teil dazu bei, im Jahr 1973 demokratische Wahlen mit einem peronisrischen Kandidaten zu erzwingen. Als Perón dann aber wieder an der Macht war, wurde ihm die breite Unterstützung der Montoneros selbst gefährlich, und er ermutigte rechte Todesschwadronen, sie zu jagen, daher war die Gruppe – die immer noch für Kontroversen sorgt – bereits erheblich geschwächt, als es 1976 zum Putsch kam.

mentieren. Außerdem stellte er Listen der Toten und Verschwundenen zusammen und ermittelte die Lage von Massengräbern und geheimen Folterzentren. Er rühmte sich, den Gegner genau zu kennen, aber 1977 verblüffte sogar ihn die rasende Brutalität, mit der die argentinische Junta gegen das eigene Volk vorging. Während des ersten Jahres der Militärherrschaft waren Dutzende seiner engen Freunde und Kameraden in Todeslagern verschwunden, und auch seine sechsundzwanzigjährige Tochter Vicki war tot. Walsh war verrückt vor Trauer.

Doch da Ford Falcons patrouillierten, war Walsh ein Leben in stiller Trauer nicht möglich. Er wusste, dass er nicht unbegrenzt Zeit hatte, und so traf er eine Entscheidung, wie er den bevorstehenden ersten Jahrestag der Juntaherrschaft begehen würde: Da die offiziellen Medien überschwänglich die Generäle preisen würden, dass sie das Land gerettet hätten, würde er seine eigene, nicht zensierte Version des Verderbens schreiben, in das das Land gestürzt worden war. Der Titel sollte lauten: »Ein offener Brief eines Schriftstellers an die Militärjunta«, verfasst, wie Walsh schrieb, »ohne Hoffnung, gehört zu werden, in der Sicherheit, verfolgt zu werden, gemäß der Aufgabe, die ich vor langer Zeit übernommen habe, ein Zeuge in schwieriger Zeit zu sein«.[79]

Der Brief sollte sowohl die Methoden des Staatsterrors als auch die des Wirtschaftssystems, dem Ersterer diente, entschieden verdammen. Walsh wollte seinen »Offenen Brief« so verbreiten, wie er es schon mit früheren Verlautbarungen aus dem Untergrund getan hatte: Zehn Kopien anfertigen, diese von unterschiedlichen Briefkästen aus an ausgewählte Kontaktpersonen verschicken, die sie weiterverteilen

würden. »Ich will, dass diese Arschlöcher wissen, dass ich noch immer da bin, dass ich noch immer lebe und noch immer schreibe«, sagte er zu Lilia, als er sich an seine Olympia-Schreibmaschine setzte.[80]

Der Brief beginnt mit einer Darstellung der Terrorkampagne der Generäle, ihres Einsatzes von »maximaler Folter, uneingeschränkt und metaphysisch«, und auch der Beteiligung der CIA an der Ausbildung der argentinischen Polizei. Nachdem er die Methoden und die Grabstätten bis in qualvolle Details aufgelistet hat, wechselt Walsh abrupt die Gangart: »Diese Ereignisse, die das Gewissen der zivilisierten Welt wachrütteln, sind jedoch nicht das größte dem argentinischen Volk zugefügte Leid und auch nicht die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen, die Sie begangen haben. Es ist die Wirtschaftspolitik Ihrer Regierung, in der man nicht nur die Erklärung für die Verbrechen findet, sondern die auch eine noch größere Schandtat darstellt, da sie Millionen Menschen mit geplantem Elend bestraft … Man muss nur ein paar Stunden im Ballungsraum Buenos Aires herumgehen, um zu erkennen, mit welchem Tempo solch eine Politik die Stadt in ein Elendsviertel mit zehn Millionen Menschen verwandelt.«[81]

Das System, das Walsh beschrieb, war der Neoliberalismus der Chicagoer Schule, das Wirtschaftsmodell, das über die Welt hinwegfegen sollte. In Argentinien schlug es in den folgenden Jahrzehnten noch tiefere Wurzeln, und schließlich drückte es über die Hälfte der Bevölkerung unter die Armutsgrenze. Für Walsh war das kein Zufall, sondern die sorgfältige Ausführung einer Strategie – »geplantes Elend«.

Walsh unterzeichnete den Brief am 24. März 1977, genau ein Jahr nach dem Putsch. Am nächsten Morgen fuhren er und

Lilia Ferreyra nach Buenos Aires. Sie teilten sich das Bündel Briefe auf und warfen sie in Briefkästen überall in der Stadt. Ein paar Stunden später ging Walsh zu einem Treffen, das er mit der Familie eines verschwundenen Kameraden arrangiert hatte. Das war eine Falle: Jemand hatte unter der Folter geredet, und zehn bewaffnete Männer warteten vor dem Haus in einem Hinterhalt, um Walsh gefangen zu nehmen. »Bringt mir den verdammten Bastard lebend, er gehört mir«, hatte Admiral Massera, einer der drei Juntaführer, Berichten zufolge befohlen. Walshs Motto lautete, »zu reden ist kein Verbrechen, verhaftet zu werden ist das Verbrechen«. Daher zog er sofort seine Waffe und begann zu schießen. Er verletzte einen der Soldaten und zog das Feuer auf sich; als der Wagen an der Mechanikerschule der Marine ankam, war er bereits tot. Walshs Leichnam wurde verbrannt und in einen Fluss geworfen.[82]

Der Deckmantel »Krieg gegen den Terror«

Aus den revolutionären Zielen, ihre jeweiligen Gesellschaften umzubauen, machten die südamerikanischen Juntas kein Geheimnis, aber sie waren ausgebufft genug, öffentlich zu leugnen, was Walsh ihnen vorwarf: dass sie massiv Gewalt einsetzten, um diese wirtschaftlichen Ziele zu erreichen – die ohne ein System zur Terrorisierung der Öffentlichkeit und zur Beseitigung von Widersachern sicherlich einen Massenaufstand hervorgerufen hätten.

Wenn doch einmal staatliche Tötungen zugegeben wurden, rechtfertigten die Juntas sie damit, dass sie einen Krieg

gegen gefährliche marxistische Terroristen führten, die vom KGB finanziert und gesteuert würden. Und wenn die Juntas »schmutzige« Strategien verfolgten, dann deswegen, weil ihr Feind ein Monster war. Admiral Massera sprach – und benutzte dabei Begriffe, die uns heute unheimlich vertraut vorkommen – von einem »Krieg für die Freiheit und gegen die Tyrannei … ein Krieg gegen die, die den Tod wollen, der auf unserer Seite von denen geführt wird, die das Leben wollen … Wir kämpfen gegen Nihilisten, gegen die Agenten der Zerstörung, deren einziges Ziel die Zerstörung um ihrer selbst willen ist, auch wenn sie das mit einem sozialen Kreuzzug bemänteln.«[83]

Im Vorfeld des Putsches in Chile finanzierte die CIA eine massive Propagandakampagne, die Salvador Allende als verkappten Diktator hinstellte, als machiavellistischen Intriganten, der die konstitutionelle Demokratie dazu nutzte, an die Macht zu kommen, aber im Begriff war, einen sowjetischen Polizeistaat zu errichten, dem die Chilenen niemals wieder entkommen würden. In Argentinien und Uruguay wurden die größten linken Guerillagruppen – die Montoneros und die Tupamaros – als derartige Bedrohungen der nationalen Sicherheit hingestellt, dass die Generäle keine andere Wahl hatten, als die Demokratie auszusetzen, sich des Staats zu bemächtigen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die Gruppen zu vernichten.

In all diesen Fällen war die Bedrohung entweder wüst übertrieben oder komplett von den Juntas erfunden worden. Neben vielen anderen Enthüllungen brachte die Untersuchung des US-Senats 1975 ans Tageslicht, dass die eigenen Geheimdienstberichte der amerikanischen Regierung ergaben, dass

Allende keine Gefahr für die Demokratie darstellte.[84] Was die Montoneros in Argentinien und die Tupamaros in Uruguay anging, so waren sie bewaffnete Gruppen mit erheblicher Unterstützung seitens der Bevölkerung und in der Lage, mit waghalsigen Aktionen militärische und wirtschaftliche Ziele anzugreifen. Aber in Uruguay waren die Tupamaros schon vollständig aufgelöst, als das Militär nach der absoluten Macht griff, und in Argentinien waren die Montoneros binnen der ersten sechs Monate jener Diktatur erledigt, die sich noch sieben weitere Jahre hinzog (was der Grund war, warum Walsh sich verstecken musste). Freigegebene Dokumente des US-Außenministeriums beweisen, dass César Augusto Guzzetti, Außenminister der argentinischen Junta, Henry Kissinger am 7. Oktober 1976 sagte, »die terroristischen Organisationen wurden zerschlagen« – und doch ließ die Junta auch danach Zehntausende von Bürgern verschwinden.[85]

Viele Jahre lang stellte auch das US-Außenministerium die »schmutzigen Kriege« im südlichen Lateinamerika als zugespitzte Kämpfe zwischen dem Militär und gefährlichen Guerillagruppen dar, die gelegentlich aus dem Ruder liefen, aber dennoch wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung bedürften. Es gibt immer mehr Beweise, dass Washington sehr wohl wusste, dass es in Argentinien wie in Chile eine ganz andere Art von Militäroperation unterstützte.

Im März 2006 veröffentlichte das National Security Archive in Washington seit kurzem nicht mehr der Geheimhaltung unterliegende Protokolle eines Treffens im Außenministerium, das nur zwei Tage nach der Machtergreifung durch die Junta in Argentinien 1976 stattgefunden hatte. Bei diesem Treffen sagte William Rogers, stellvertretender Außenminister

für Lateinamerika, seinem Chef Kissinger: »Über kurz oder lang müssen wir in Argentinien mit einer Menge Repressionen rechnen und vermutlich auch mit einigem Blutvergießen. Ich glaube, sie werden nicht nur die Terroristen ziemlich brutal fertigmachen müssen, sondern auch die Dissidenten aus den Gewerkschaften und deren Parteien.«[86]

Und so kam es. Die überwiegende Mehrheit der Staatsterror-Opfer im südlichen Lateinamerika gehörte nicht bewaffneten Gruppen an, sondern es waren friedliche Aktivisten, die in Fabriken, auf Bauernhöfen, in Elendsvierteln und an Universitäten arbeiteten. Es waren Ökonomen, Künstler, Psychologen und loyale Mitglieder linker Parteien. Sie wurden nicht wegen ihrer Waffen getötet (die die meisten von ihnen gar nicht besaßen), sondern wegen ihrer Überzeugungen. Im südlichen Lateinamerika, wo der heutige Kapitalismus geboren wurde, war der »Krieg gegen Terrorismus« in Wirklichkeit ein Krieg gegen alles, was sich der neuen Wirtschaftsordnung in den Weg stellte.

REINEN TISCH MACHEN

DER TERROR TUT SEINE SCHULDIGKEIT

> Das Morden in Argentinien geschieht nicht spontan, ist kein Zufall, ist nicht irrational: Es ist die systematische Vernichtung eines »substanziellen Teils« der argentinischen Bevölkerung und dient dazu, diese Bevölkerungsgruppe als solche zu transformieren, ihre Lebensweise, ihre sozialen Beziehungen, ihr Schicksal, ihre Zukunft neu zu definieren.
>
> Daniel Feierstein, argentinischer Soziologe, 2004[1]

> Ich hatte nur ein Ziel – bis zum nächsten Tag am Leben zu bleiben … Aber es ging nicht allein ums Überleben, ich wollte als der überleben, der ich bin.
>
> Mario Villani, der vier Jahre in argentinischen Folterlagern überlebte[2]

Orlando Letelier kehrte 1976 nach Washington, D.C. zurück, diesmal nicht mehr als Botschafter, sondern als Vertreter einer progressiven Denkfabrik, des Institute for Policy Studies. Getrieben von dem Gedanken an Kollegen und Freunde, die noch immer in Lagern der Junta gefoltert wurden, nutzte Letelier seine wiedergewonnene Freiheit, um unablässig Pinochets Verbrechen anzuprangern und Allendes Ruf gegen die Propagandamaschine der CIA zu verteidigen.

Das zeigte Wirkung: Überall wurde Pinochet wegen seiner Menschenrechtsverletzungen geächtet. Als studierten Ökonomen frustrierte Letelier aber, dass die Welt zwar bei Berichten über Massenhinrichtungen und Elektroschocks in den Lagern entsetzt aufschrie, angesichts der wirtschaftlichen Schocktherapie aber größtenteils schwieg oder sogar begrüßte, dass internationale Banken die Junta mit Krediten überhäuften, nur weil sich Pinochet zu den »Grundlagen der freien Marktwirtschaft« bekannte. Letelier kämpfte gegen die oft geäußerte Vorstellung, dass die Junta zwei separate, leicht voneinander zu trennende Projekte verfolge – ein mutiges Experiment des wirtschaftlichen Umbaus einerseits und andererseits ein bösartiges System von grausamen Folterungen und Terror. Wie der ehemalige Botschafter beharrlich verkündete, gab es nur ein einziges Projekt, und in dessen Rahmen diente der Terror zentral dem Übergang zur freien Marktwirtschaft.

»Die Verletzung der Menschenrechte, das System institutionalisierter Brutalität, die drastische Kontrolle und Unterdrückung jeglicher Form von sinnvoller Opposition werden als ein Phänomen diskutiert (und oft verdammt), das rein gar nichts oder höchstens indirekt mit der klassischen, ungezügelten ›freien Marktwirtschaft‹ zu tun hat, die von der Militärjunta mit Gewalt durchgesetzt wird«, schrieb Letelier in einem flammenden Essay für *The Nation*. Er fuhr fort: »Dieses besonders bequeme Konzept eines sozialen Systems, in dem ›wirtschaftliche Freiheit‹ und politischer Terror ohne Berührungspunkte nebeneinander existieren, erlaubt es den Finanzexperten, für ihren Begriff von ›Freiheit‹ zu werben und zugleich ihre verbalen Muskeln zur Verteidigung der Menschenrechte spielen zu lassen.«[3]

Letelier ging so weit zu schreiben, dass Milton Friedman als der »intellektuelle Architekt und inoffizielle Berater der Ökonomen, die jetzt die chilenische Wirtschaft leiten«, für Pinochets Verbrechen mitverantwortlich sei. Er verwarf Friedmans Rechtfertigung, sein Werben für eine Schockbehandlung sei ein bloß »technischer« Ratschlag gewesen. Die »Etablierung einer freien ›Privatwirtschaft‹ und die Inflationskontrolle à la Friedman«, argumentierte Letelier, könnten nicht friedlich erfolgen: »Der Wirtschaftsplan muss gewaltsam durchgesetzt werden, und im chilenischen Kontext gelang das nur, indem Tausende getötet, überall im Land Konzentrationslager errichtet und mehr als 100 000 Personen in drei Jahren inhaftiert wurden … Die regressive Entwicklung für die Mehrheit und die ›wirtschaftliche Freiheit‹ für kleine privilegierte Gruppen sind in Chile zwei Seiten derselben Medaille.« Es gäbe, schrieb er, »eine innere Harmonie« zwischen dem »freien Markt« und dem grenzenlosen Terror.[4]

Leteliers kritischer Aufsatz wurde Ende August 1976 veröffentlicht. Keinen Monat später, am 21. September, fuhr der vierundvierzigjährige Wirtschaftswissenschaftler zur Arbeit in die Innenstadt von Washington. Mitten im Botschaftsviertel explodierte unter dem Fahrersitz eine ferngesteuerte Bombe, die das Fahrzeug zerriss und ihm beide Beine wegsprengte. Ein abgetrennter Fuß blieb auf der Straße liegen. Letelier wurde eilends ins George Washington Hospital gebracht, bei der Ankunft dort war er tot. Im Wagen des ehemaligen Botschafters hatte noch eine fünfundzwanzigjährige amerikanische Kollegin gesessen, Ronni Moffit, die bei dem Anschlag ebenfalls ihr Leben verlor.[5] Es war Pinochets grausamstes und unverfrorenstes Verbrechen seit dem eigentlichen Putsch.

Bei einer FBI-Untersuchung wurde festgestellt, dass die Bombe von Michael Townley gebaut worden war, einem höheren Offizier von Pinochets Geheimpolizei, der später für das Verbrechen vor einem US-Bundesgericht verurteilt wurde. Die Mörder waren mit falschen Pässen und mit Wissen der CIA ins Land gelangt.[6]

Als Pinochet im Dezember 2006 im Alter von 91 Jahren starb, hatte er viele Versuche überstanden, ihm wegen der in seiner Regierungszeit begangenen Verbrechen den Prozess zu machen – von Morden über Entführungen und Folter bis hin zu Korruption und Steuerhinterziehung. Die Familie von Orlando Letelier hatte jahrzehntelang dafür gekämpft, Pinochet wegen des Attentats von Washington vor Gericht zu stellen und Einsicht in die amerikanischen Akten über den Vorfall zu bekommen. Aber der Diktator entging allen Prozessen und behielt im Tod das letzte Wort; postum gab er ein Buch heraus, in dem er den Putsch und den Einsatz »maximaler Härte« verteidigte: Sie seien nötig gewesen, um eine »Diktatur des Proletariats« abzuwenden. »Wie sehr wünschte ich, die Militäraktion vom 11. September 1973 wäre nicht nötig gewesen!«, schrieb Pinochet. »Wie sehr wünschte ich, die marxistisch-leninistische Ideologie hätte nie von unserem Vaterland Besitz ergriffen!« [7]

Nicht alle Kriminellen der lateinamerikanischen Terrorjahre hatten so viel Glück. Im September 2006, 23 Jahre nach dem Ende der argentinischen Militärdiktatur, wurde einer der wichtigsten Staatsterroristen endlich zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt: Miguel Osvaldo Etchecolatz war während der Juntajahre Polizeikommissar für die Provinz Buenos Aires gewesen.

Während des historisch bedeutenden Prozesses fehlte plötzlich Jorge Julio López, ein entscheidender Zeuge – er war verschwunden. López hatte man in den siebziger Jahren schon einmal verschwinden lassen, er wurde brutal gefoltert und dann wieder freigelassen, jetzt passierte das erneut. In Argentinien wurde López als der erste Mensch bekannt, der »doppelt verschwand«.[8] Mitte 2007 gab es von ihm noch immer keine Spur, und die Polizei war sich so gut wie sicher, dass seine Entführung eine Warnung an potenzielle andere Zeugen sein sollte – die altvertraute Strategie der Terrorjahre.

Bei diesem Prozess befand der fünfundfünfzigjahrige Richter Carlos Rozanski vom argentinischen Bundesgerichtshof Etchecolatz in sechs Fällen des Mordes schuldig, in sechs Fällen der ungesetzlichen Freiheitsberaubung und in sieben Fällen der Folter. Als er sein Urteil verkündete, tat er einen ungewöhnlichen Schritt. Er sagte, die Strafe würde der wahren Natur des Verbrechens nicht gerecht, und im Interesse des »Aufbaus eines kollektiven Gedächtnisses« müsse er hinzufügen, dass es sich in all diesen Fällen um »Verbrechen gegen die Menschlichkeit handele, die im Zusammenhang mit dem Völkermord begangen wurden, der in der Republik Argentinien zwischen 1976 und 1983 stattfand«.[9]

Mit diesem Zusatz half der Richter mit, die argentinische Geschichte umzuschreiben: Die Ermordung von Linken in den siebziger Jahren war nicht Teil eines »schmutzigen Krieges«, bei dem auf beiden Seiten diverse Verbrechen begangen wurden, wie es die offizielle Lesart seit Jahrzehnten behauptete. Auch waren die Verschwundenen nicht einfach Opfer verrückter Diktatoren, die sich an Sadismus oder ihrer eigenen Macht berauschten. Etwas Wissenschaftlicheres war ge-

schehen, etwas erschreckend Rationales. Wie der Richter es formulierte, hatte es einen »Vernichtungsplan gegeben, der von den Herrschern des Landes ausgeführt wurde«.[10]

Er erklärte, die Morde seien Teil eines Systems gewesen; sie seien von langer Hand geplant, überall im Land kopiert und mit der eindeutigen Absicht verübt worden, nicht einzelne Personen zu attackieren, sondern die Teile der Gesellschaft zu zerstören, die von jenen Menschen repräsentiert wurden. Völkermord ist der Versuch, eine Gruppe umzubringen, nicht eine Ansammlung einzelner Menschen. Daher, argumentierte der Richter, hatte es sich um Völkermord gehandelt.[11]

Rozanski war klar, dass seine Verwendung des Begriffs »Völkermord« strittig war, und er rechtfertigte in der ausführlichen Urteilsbegründung seine Wortwahl. Er räumte ein, dass in der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords dieses Verbrechen als die »absichtliche totale oder teilweise Vernichtung einer nationalen, ethnischen, religiösen oder rassischen Gruppe« definiert sei, laut der Konvention also politische Gruppen – wie im Fall Argentiniens – *nicht* eingeschlossen waren; Rozanski führte aber auch aus, dass er diesen Ausschluss für rechtlich nicht legitim halte.[12] Warum, erklärte er mit einem Verweis auf ein kaum bekanntes Kapitel der UN-Geschichte: Am 11. Dezember 1946 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen als unmittelbare Antwort auf den Holocaust der Nazis einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der als Völkermord gilt, »wenn rassische, religiöse, *politische* und andere Gruppen zur Gänze oder in Teilen vernichtet werden«.[13] Dass der Begriff »politisch« dann aus der zwei Jahre später verabschiedeten Konvention gestrichen wurde, geht auf eine Forderung Stalins zu-

rück. Wenn die Vernichtung einer »politischen Gruppe« Völkermord war, dann würden seine blutigen »Säuberungen« und Massenverhaftungen politischer Gegner darunterfallen. Stalin fand genügend Unterstützung von anderen führenden Politikern, die sich gleichfalls das Recht vorbehalten wollten, ihre Gegner auszuschalten, und so wurde der Ausdruck gestrichen.[14]

Rozanski schrieb, er betrachte die ursprüngliche Definition der Vereinten Nationen als die legitimere, da sie nicht Gegenstand einer auf nationalen Egoismen basierenden Kompromissfindung gewesen war.* Er bezog sich auch auf die Entscheidung eines spanischen Gerichts, vor dem einem berüchtigten argentinischen Folterer 1998 der Prozess gemacht worden war. Dieses Gericht hatte ebenfalls festgestellt, dass die argentinische Junta »das Verbrechen des Völkermords« begangen hatte. Die Gruppe, die die Junta auszulöschen versuchte, wurde definiert als »diejenigen Bürger, die nicht in das Schema passten, das die Unterdrücker als für die neue, im Land zu errichtende Ordnung geeignet bestimmt hatten«.[15] Ein Jahr später, 1999, argumentierte der spanische Richter Baltasar Garzón – der den berühmten Haftbefehl für Augusto Pinochet ausstellte – ebenfalls, dass es in Argentinien zu Völkermord gekommen sei. Auch er versuchte zu definieren, wel-

* Das Strafrecht vieler Länder verbietet Völkermord mit Definitionen, die politische Gruppierungen oder »gesellschaftliche Gruppen« eindeutig einschließen, beispielsweise das von Portugal, Peru und Costa Rica. Die französische Gesetzgebung ist noch umfassender und definiert Völkermord als einen Plan, der darauf abzielt, zur Gänze oder in Teilen »eine Gruppe« zu vernichten, »die anhand von beliebigen Kriterien bestimmt wird«.

che Gruppe zur Auslöschung ausgewählt worden war. Ziel der Junta, schrieb er, sei »die Errichtung einer neuen Ordnung [gewesen], wie sich Hitler das für Deutschland erhofft hatte, in der es keinen Platz für bestimmte Arten von Menschen gibt«. Nicht in die neue Ordnung passten diejenigen Menschen, die »in jenen Sektoren lokalisiert waren, die der idealen Konfiguration der neuen argentinischen Nation im Weg standen«.[16]

Von der Größenordnung her lässt sich natürlich nicht vergleichen, was unter den Nazis oder 1994 in Ruanda geschah und was die korporatistischen Diktaturen Südamerikas in den siebziger Jahren an Verbrechen begingen. Wenn man unter Völkermord einen Holocaust versteht, dann fallen deren Taten nicht in diese Kategorie. Begreift man Völkermord jedoch so, wie die zitierten Gerichte ihn definierten – als Versuch, bewusst Gruppen auszulöschen, die sich einem politischen Projekt in den Weg stellen –, dann ist es dazu nicht nur in Argentinien gekommen, sondern in unterschiedlichem Maß überall in jener Weltgegend, die in ein Labor der Chicagoer Schule verwandelt wurde. In diesen Ländern waren die Menschen, die »dem Ideal nicht entsprachen«, Linke aller möglichen Couleur: Ökonomen, Suppenköche, Gewerkschafter, Musiker, Landarbeiter, Politiker. Mitglieder all dieser Gruppen waren Ziel einer eindeutigen, bewussten und über die Grenzen hinweg von der Operation Condor koordinierten Strategie, auf dem gesamten Subkontinent die Linke auszuradieren.

Seit dem Sturz des Kommunismus sind »freie Märkte« und »freie Menschen« zu einer einzigen Ideologie verschmolzen worden, die von sich behauptet, der beste und einzige Schutz der Menschheit vor der Wiederholung einer Geschichte vol-

ler Massengräber, Schlachtfelder und Folterkammern zu sein. Doch dem südlichen Lateinamerika, wo die heutige Religion der ungehinderten freien Märkte erstmals aus den Grundlagenseminaren der University of Chicago herauskam und in der wirklichen Welt angewendet wurde, brachte sie keine Demokratie; in einem Land nach dem anderen war die Abschaffung der Demokratie die Voraussetzung. Und Frieden brachte sie auch nicht, denn sie erforderte die systematische Ermordung von Zehntausenden und das Foltern von 100 000 bis 150 000 Menschen.

Letelier hatte von einer »inneren Harmonie« zwischen der Säuberung bestimmter Sektoren der Gesellschaft und der Ideologie im Zentrum des Projekts geschrieben. Die Chicago Boys und ihre Professoren, die die südamerikanischen Militärregime berieten oder direkt für sie arbeiteten, verehrten eine Art von Kapitalismus, der von seinem ganzen Wesen her puristisch war. Ihr Wirtschaftssystem basiert völlig auf dem Glauben an »Gleichgewicht« und »Ordnung« sowie die Notwendigkeit, Eingriffe und »Störungen« auszuschließen, damit alles funktioniert. Wegen dieser Charakteristika kann ein Regime, das dieses Ideal getreulich umsetzen will, keine mit der seinen konkurrierende Weltsicht dulden. Damit das Ideal erreicht wird, muss die Ideologie monopolisiert werden, sonst werden – der zentralen Theorie zufolge – die wirtschaftlichen Signale verzerrt, und das gesamte System gerät aus dem Gleichgewicht.

Die Chicago Boys hätten sich für dieses absolutistische Experiment keinen weniger aufnahmebereiten Teil der Welt aussuchen können als das südliche Lateinamerika in den siebzi-

ger Jahren. Der ungewöhnliche Aufstieg des Developmentalismus brachte es mit sich, dass dort eine Kakophonie von genau den politischen Strategien herrschte, die die Chicagoer Schule für Verzerrungen oder »unökonomische Vorstellungen« hält. Mehr noch: Dort wimmelte es von populären und intellektuellen Bewegungen, die in direkter Opposition zum Laissez-faire-Kapitalismus entstanden waren. Solche Ansichten waren keine Randerscheinung, sondern für die Mehrheit der Bürger typisch, wie eine Wahl nach der anderen in einem Land nach dem anderen bestätigte. Ein Umbau der Wirtschaft nach Chicagoer Lehre war dort ungefähr genauso willkommen wie eine proletarische Revolution in Beverly Hills.

Bevor die Terrorkampagne über Argentinien hereinbrach, hatte Rodolfo Walsh geschrieben: »Nichts kann uns aufhalten, weder Gefängnis noch Tod. Weil man nicht ein ganzes Volk einsperren oder umbringen kann und weil die große Mehrheit der Argentinier … weiß, dass nur das Volk dem Volk helfen kann.«[17] Während Salvador Allende die Panzer zur Belagerung des Präsidentenpalastes heranrollen sah, hielt er im selben trotzigen Geist eine letzte Ansprache: »Ich bin sicher, dass die Saat, die wir dem würdigen Bewusstsein von Tausenden und Abertausenden Chilenen eingepflanzt haben, definitiv nicht wieder herausgerissen werden kann«, lauteten seine letzten öffentlich geäußerten Worte: »Sie sind stark; sie können uns unterjochen; aber sie können den gesellschaftlichen Fortschritt weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte ist unser, und sie wird von Menschen gemacht.«[18]

Die Juntakommandeure in diesem Teil der Welt und ihre wirtschaftswissenschaftlichen Komplizen kannten diese Wahr-

heiten nur zu gut. Ein Veteran mehrerer argentinischer Militärputsche erklärte die Geisteshaltung in den Streitkräften wie folgt: »Im Jahr 1955 dachten wir, das Problem sei [Juan] Perón, also entfernten wir ihn, aber bis 1976 wussten wir, dass das Problem die Arbeiterklasse war.«[19] Dasselbe traf auf den gesamten Subkontinent zu: Das »Problem« war groß, und es war fest verwurzelt. Das bedeutete aber: Wenn die neoliberale Revolution Erfolg haben sollte, mussten die Juntas genau das tun, was Allende für unmöglich erklärt hatte – definitiv das Pflänzchen ausreißen, das während des lateinamerikanischen Linksrucks gesät worden war. In einer nach dem Putsch herausgegebenen Grundsatzerklärung beschrieb die Pinochet-Diktatur ihre Mission als eine »lange und gründliche Operation, um die chilenische Mentalität zu ändern«, worin widerhallte, was 20 Jahre zuvor Albion Patterson, der USAID-Pate des Chile-Projekts, gesagt hatte: »Wir müssen die Haltung dieser Männer verändern.«[20]

Aber wie das anstellen? Die Saat, die Allende meinte, war nicht bloß eine vereinzelte Idee und auch kein Zusammenschluss von politischen Parteien und Gewerkschaften. Im Südamerika der sechziger und frühen siebziger Jahre war die Linke die dominante Massenkultur: Sie war die Poesie von Pablo Neruda, die Volksmusik von Victor Jara und Mercedes Sosa, die Befreiungstheologie der Dritte-Welt-Priester, das emanzipatorische Theater von Augusto Boal, die radikale Pädagogik von Paulo Freire, der revolutionäre Journalismus von Eduardo Galeano und eben Walsh. Sie lebte von den legendären Helden und Märtyrern der alten und jüngeren Geschichte von José Gervasio Artigas über Simón Bolivar bis zu Che Guevara. Als die Juntas Allendes Prophezeiung Lügen

strafen und den Sozialismus mit den Wurzeln ausrotten wollten, war das eine Kriegserklärung an diese gesamte Kultur.

Wie man sich das vorzustellen hatte, spiegelte sich in den Metaphern, die die Militärregime in Brasilien, Chile, Uruguay und Argentinien überwiegend verwendeten: in den faschistischen Floskeln des Säuberns, Reinigens, Ausmerzens und Heilens. Das Zusammentreiben der Linken durch die brasilianische Junta erfolgte unter dem Decknamen Operação Limpeza, Operation Reinemachen. Am Tag des Putsches bezeichnete Pinochet Allende und sein Kabinett als den »Dreck, der das Land ruinieren wollte«.[21] Einen Monat später versprach er, »das Böse in Chile mit der Wurzel auszureißen«, eine »moralische Reinigung« der Nation herbeizuführen, sie von »Lastern zu säubern« – worin die Forderung des Nationalsozialisten Alfred Rosenberg widerhallte, »mit eisernem Besen … gnadenlos zu säubern«.[22]

Kulturen säubern

In Chile, Argentinien und Uruguay starteten die Juntas ein massives ideologisches Großreinemachen: Sie verbrannten Bücher von Freud, Marx und Neruda, verboten Hunderte von Zeitungen und Zeitschriften, besetzten Universitäten, untersagten Streiks und politische Versammlungen.

Besonders heftig wurden die »rosaroten« Ökonomen attackiert, denen die Chicago Boys vor den Putschen nichts hatten anhaben können. An der Universität von Chile, der Rivalin der Katholischen Universität, der Heimat der Chicago Boys, wurden Hunderte Professoren wegen »der Nichtach-

tung moralischer Verpflichtungen« gefeuert (so auch André Gunder Frank, der Chicago-Renegat, der daraufhin wütende Briefe an seine ehemaligen Professoren schrieb).[23] Während des Putsches, berichtete Gunder Frank, wurden »sechs Studenten … bei ihrem Erscheinen im Haupteingang der Wirtschaftshochschule erschossen, um den übrigen eine Lektion zu erteilen«.[24] Als in Argentinien die Junta die Macht ergriff, marschierten Soldaten zur Universität des Südens in Bahia Bianca und nahmen 17 Akademiker wegen »subversiver Lehre« gefangen, die meisten davon wiederum Angehörige der Wirtschaftsfakultät.[25] »Es ist notwendig, diese Quellen zu zerstören, die den subversiven Delinquenten nähren, bilden und indoktrinieren«, verkündete einer der Generäle bei einer Pressekonferenz.[26] Alles in allem wurden im Rahmen der Operation Klarheit die Lehrkörper von 8000 »ideologisch suspekten« Linken gesäubert.[27] Auf den Oberschulen wurden Gruppenarbeiten verboten – Anzeichen eines latenten Kollektivgeistes, der für die »individuelle Freiheit« gefährlich war.[28]

In Santiago gehörte der legendäre linke Sänger Victor Jara zu denen, die ins Chile-Stadion verschleppt wurden. Wie er behandelt wurde, verkörperte die wilde Entschlossenheit, eine Kultur zum Schweigen zu bringen. Zunächst brachen ihm die Soldaten beide Hände, damit er nicht mehr Gitarre spielen konnte, dann erschossen sie ihn mit vierundvierzig Kugeln, wie die chilenische Wahrheits- und Versöhnungskommission herausfand.[29] Und damit er auch aus dem Grab heraus nichts mehr würde bewirken können, befahl das Regime, auch die Masterbänder seiner Aufnahmen zu vernichten. Seine Kollegin Mercedes Sosa musste Argentinien verlassen und ins Exil gehen, der revolutionäre Dramatiker Augusto

Boal wurde in Brasilien gefoltert und dann vertrieben, Eduardo Galeano wurde aus Uruguay exiliert, und Walsh wurde in Buenos Aires auf der Straße ermordet. Eine ganze Kultur wurde vorsätzlich ausgelöscht.

Gleichzeitig wurde sie durch eine andere, gesäuberte, keimfreie Kultur ersetzt. Zu Beginn der Diktaturen in Chile, Argentinien und Uruguay waren öffentliche Versammlungen nur bei Militäraufmärschen und Fußballspielen erlaubt. In Chile reichten lange Hosen, um verhaftet zu werden, wenn man eine Frau war, lange Haare, wenn man ein Mann war. »Überall im Land ist eine gründliche Säuberung im Gang«, erklärte ein Leitartikel in einer von der Junta kontrollierten argentinischen Zeitung. Er rief zum massenhaften Wegschrubben linker Graffiti auf: »Schon bald wird die Oberfläche hindurchscheinen, mit Seife und Wasser von jenem Albtraum befreit.«[30]

In Chile war Pinochet entschlossen, seinem Volk die Unsitte abzugewöhnen, auf die Straße zu gehen. Die winzigsten Versammlungen wurden mit Wasserwerfern auseinandergetrieben, Pinochets Lieblingswaffe zur Behandlung von Menschenmengen. Die Junta besaß Hunderte, sie waren klein genug, um auch Fußwege zu befahren und Gruppen von Schulkindern zu durchnässen, die Flugblätter verteilten; selbst Begräbnisprozessionen wurden brutal auseinandergetrieben, wenn die Trauer zu laut geäußert wurde. Von einer für ihre Spuckkünste bekannten Lamaart hatten die allgegenwärtigen Wasserwerfer den Spitznamen *guanacos*, sie spritzten die Menschen weg, als wären sie Müll, und hinterließen glänzende, saubere und leere Straßen.

Kurz nach dem Putsch gab die chilenische Junta einen Erlass heraus, der die Bürger zwang, »zur Säuberung der Hei-

mat beizutragen«, indem sie ausländische »Extremisten« und »fanatisierte Chilenen« meldeten.[31]

Wer getötet wurde – und warum

Die Mehrheit der bei den Razzien hinweggefegten Menschen waren keine »Terroristen«, wie behauptet worden war, sondern genau die Menschen, die die Juntas als größte Hindernisse bei der Durchsetzung ihres Wirtschaftsprogramms ausgemacht hatten. Einige waren tatsächlich Oppositionelle, viele repräsentierten aber einfach nur Werte, die mit denen der Revolution nicht vereinbar waren.

Dass die Säuberungskampagnen systematischer Natur waren, wird eindeutig bestätigt, wenn man die Daten und Zeiten des Verschwindens von Menschen abgleicht, die in den Berichten von Menschenrechtlern und Wahrheitskommissionen dokumentiert sind. In Brasilien begann die Junta erst in den späten sechziger Jahren mit massiven Repressalien, aber es gab eine Ausnahme: Sobald der Putsch begonnen hatte, trieben Soldaten die Führer der in den Fabriken und auf den Latifundien aktiven Gewerkschaften zusammen. *Brasilien: niemals wieder* zufolge kamen sie ins Gefängnis, wo viele gefoltert wurden – »einzig und allein, weil sie eine politische Philosophie vertraten, die der der Autoritäten widersprach«. Der Bericht der Wahrheitskommission, der auf den eigenen Gerichtsprotokollen der Militärs beruht, vermerkt, dass der Gewerkschaftsdachverband (CGT) in den Gerichtsverhandlungen der Junta »als ein omnipräsenter Dämon, der ausgetrieben werden muss«, bezeichnet wurde. Rundheraus kommt er

zu dem Schluss: »Die Autoritäten, die 1964 die Macht übernahmen, legten besonderen Wert darauf, diesen Sektor zu ›säubern‹«, und der Grund dafür sei einfach gewesen, dass sie »fürchteten, von den Gewerkschaften könnte … Widerstand gegen ihr Wirtschaftsprogramm ausgehen, das auf Lohnkürzungen und Entstaatlichung der Wirtschaft basierte«.[32]

Sowohl in Chile als auch in Argentinien nutzten die Militärregierungen das Chaos unmittelbar nach dem Putsch zu brutalen Angriffen auf die Gewerkschaftsbewegung. Diese Operationen waren eindeutig lange im Voraus geplant, denn die systematischen Razzien begannen schon am Tag des Putsches selbst. Während in Chile noch alle Augen auf den belagerten Präsidentenpalast gerichtet waren, wurden andere Bataillone in »Fabriken im sogenannten ›Industriegürtel‹ geschickt, wo die Truppen Razzien durchführten und Menschen verhafteten. Während der folgenden Tage«, vermerkt der chilenische Wahrheits- und Versöhnungsbericht, wurden noch viele weitere Fabriken durchsucht, »was zu Massenverhaftungen von Menschen führte, von denen einige später getötet wurden oder verschwanden«.[33] Im Jahr 1976 waren 80 Prozent der politischen Gefangenen in Chile Arbeiter und Bauern.[34]

Der Bericht der argentinischen Wahrheitskommission *Nunca Más* (»niemals wieder«) dokumentiert ein paralleles selektives Vorgehen gegen Gewerkschafter: »Wir halten fest, dass ein Großteil der Operationen [gegen Arbeiter] noch am Tag des Putsches selbst oder unmittelbar darauf durchgeführt wurde.«[35] Zwischen den Listen der Fabrikrazzien findet sich eine Zeugenaussage, die im besonderen Maß erhellt, wie »Terrorismus« als Nebelwand benutzt wurde, um gegen nicht gewalttätige Arbeiteraktivisten vorzugehen. Graciela Geuna,

eine politische Gefangene im Folterlager La Perla, beschrieb, wie die sie bewachenden Soldaten sich über einen unmittelbar bevorstehenden Streik in einem Kraftwerk aufregten. Der Streik sollte »ein wichtiges Vorbild für den Widerstand gegenüber der Militärdiktatur« sein, und die Junta wollte nicht, dass es dazu käme. Also, erinnert sich Geuna, beschlossen die »Soldaten dieser Einheit … ihm den Stempel der Illegalität aufzudrücken oder, wie sie es nannten, ihn zu ›montonerisieren‹«. (Die Montoneros waren die Guerillagruppe gewesen, die die Armee bereits zerschlagen hatte.) Die Streikenden hatten mit den Montoneros nichts zu tun, aber darauf kam es nicht an. Die »Soldaten von La Perla druckten selbst Flugblätter, die sie mit ›Montoneros‹ unterzeichneten – und auf denen die Kraftwerksarbeiter zum Streik aufgerufen wurden«. Diese Flugblätter wurden dann zu dem »Beweis«, der nötig war, um die Gewerkschaftsführer zu entführen und umzubringen.[36]

Von Unternehmen gesponserte Folter

Zu Übergriffen auf Gewerkschaftsführer kam es oft in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Arbeitgebern, und seit kurzem zugängliche Gerichtsakten bieten bezeichnende, gut dokumentierte Beispiele, welche Rolle einheimische Tochterunternehmen ausländischer Multis dabei spielten.

In den Jahren vor dem Putsch in Argentinien hatten militante Linksradikale ausländischen Unternehmen sowohl wirtschaftlich als auch personell geschadet; zwischen 1972 und 1976 wurden fünf leitende Mitarbeiter der Automobilfirma Fiat umgebracht.[37] Doch das Blatt wendete sich dramatisch zu-

gunsten solcher Unternehmen, als die Junta die Macht übernahm und die Politik der Chicagoer Schule umsetzte: Jetzt konnten sie den lokalen Markt mit Importen überschwemmen, niedrigere Löhne zahlen, Arbeiter nach Belieben entlassen und die Profite ungehindert von Regulierungen nach Hause überweisen.

Mehrere Multis zeigten sich überaus dankbar. Zum ersten Neujahrsfest unter der Militärherrschaft in Argentinien ließ die Ford Motor Company ein festliches Zeitungsinserat drucken, mit dem sie sich offen zu dem Regime bekannte: »1976: Argentinien findet wieder auf seinen Weg zurück. 1977: Ein neues Jahr der Zuversicht und Hoffnung für alle Argentinier guten Willens. Ford Motor of Argentina und seine Mitarbeiter bekennen sich zum Kampf, der das Vaterland seiner großen Bestimmung zuführen soll.«[38] Ausländische Unternehmen taten aber mehr, als den Juntas nur für ihre ausgezeichnete Arbeit zu danken; einige beteiligten sich aktiv an den Terrorkampagnen. In Brasilien verbündeten sich mehrere Multis und finanzierten eigene private Folterschwadronen. Mitte 1969, als die Junta gerade in ihre brutalste Phase eintrat, wurde eine außerhalb des Rechts operierende Polizeieinheit mit dem Namen Operation Bandeirantes, kurz OBAN, gegründet. Sie setzte sich aus Armeeoffizieren zusammen und finanzierte sich laut *Brasilien: niemals wieder* »aus Beiträgen mehrerer multinationaler Unternehmen, darunter Ford und General Motors«. Da die OBAN nicht in die offiziellen Militär- und Polizeistrukturen eingebunden war, genoss sie »Flexibilität und Straffreiheit im Hinblick auf Befragungsmethoden«, stellt der Bericht fest, und sie war bald für ihren beispiellosen Sadismus berüchtigt.[39]

In Argentinien jedoch war die einheimische Tochterfirma von Ford am offensichtlichsten mit dem Terrorapparat verbandelt. Das Unternehmen lieferte dem Militär Kraftfahrzeuge, und die grüne Ford-Falcon-Limousine war das Auto, in dem Tausende entführt wurden und »verschwanden«. Der argentinische Psychologe und Dramatiker Eduardo Pavlovsky nannte das Auto »den symbolischen Ausdruck des Terrors. Ein Todesmobil.«[40]

Während Ford die Junta mit Autos versorgte, leistete die Junta Ford ihre eigenen speziellen Dienste – sie säuberte die Fließbänder von unruhestiftenden Gewerkschaftern. Vor dem Putsch hatte Ford den Arbeitern erhebliche Zugeständnisse machen müssen: eine Stunde Mittagspause statt 20 Minuten, ein Prozent des Verkaufspreises eines jeden Wagens musste an Sozialprogramme abgeführt werden. All das änderte sich schlagartig am Tag des Putsches, als die Gegenrevolution begann. Die Ford-Fabrik in einem Vorort von Buenos Aires verwandelte sich in ein Armeelager; in den folgenden Wochen schwärmten Militärfahrzeuge einschließlich Panzer ein und aus, und darüber brummten Hubschrauber. Arbeiter haben bezeugt, dass ein Bataillon von 100 Soldaten ständig in der Fabrik stationiert war.[41] »Es sah aus, als wären wir bei Ford im Krieg. Und all das richtete sich gegen uns, die Arbeiter«, erinnert sich Pedro Troiani, einer der Gewerkschaftsdelegierten.[42]

Soldaten durchkämmten die Fabrik, griffen sich mit Hilfe des Werkmeisters, der auf die Betreffenden deutete, die aktivsten Gewerkschaftsmitglieder heraus und stülpten ihnen Kapuzen über. Troiani zählte zu jenen, die direkt vom Fließband weggeholt wurden. Er erinnert sich: »Ehe sie mich weg-

brachten, führten sie mich durch die ganze Fabrik; sie machten das in aller Öffentlichkeit, sodass alle es sehen konnten: So schaltete Ford in der Fabrik die Gewerkschaft aus.«[43] Das Verblüffendste aber geschah dann: Wie Troiani und andere aussagten, wurden sie nicht in ein nahe gelegenes Gefängnis gebracht, sondern in ein Internierungslager, das sich *auf* dem Fabrikgelände befand. An ihrer Arbeitsstelle, wo sie noch vor wenigen Tagen über Verträge verhandelt hatten, wurden Arbeiter geschlagen, getreten und in zwei Fällen mit Elektroschocks traktiert.[44] Danach wurden sie in andere, außerhalb gelegene Gefängnisse gebracht, wo die Folterungen wochen- und in einigen Fällen monatelang weitergingen.[45] Den Anwälten der Arbeiter zufolge wurden in dieser Zeit mindestens 25 Gewerkschaftsvertreter bei Ford entführt, und die Hälfte davon auf dem Firmengelände in einer Einrichtung interniert, die argentinische Menschenrechtsgruppen auf eine offizielle Liste ehemals geheimer Gefangenenlager setzen lassen wollen.[46]

2002 eröffneten Bundesstaatsanwälte ein Strafrechtsverfahren gegen Ford Argentina im Namen von Troiani und vierzehn weiteren Arbeitern; sie sagen, das Unternehmen sei rechtlich für die Repressalien verantwortlich, die auf seinem Grundbesitz stattgefunden haben. »Ford [Argentina] und seine leitenden Angestellten haben an der Entführung der eigenen Arbeiter mitgewirkt, und ich denke, dafür sollten sie zur Verantwortung gezogen werden«, sagt Troiani.[47] Mercedes-Benz sieht sich mit einer ähnlichen Untersuchung konfrontiert, die sich auf Aussagen stützt, das Unternehmen habe in den siebziger Jahren mit dem Militär zusammengearbeitet, um eine seiner Fabriken von Gewerkschaftsführern zu säu-

bern; der Vorwurf lautet, es seien die Namen und Adressen von sechzehn Arbeitern weitergegeben worden, die später verschwanden, vierzehn von ihnen für immer.[48]

Der Lateinamerikahistorikerin Karen Robert zufolge waren bis zum Ende der Diktatur »so gut wie alle Gewerkschaftsvertreter aus den Produktionshallen der größten Unternehmen des Landes verschwunden … beispielsweise Mercedes-Benz, Chrysler und Fiat Concord«.[49] Sowohl Ford als auch Mercedes-Benz leugnen, dass ihre leitenden Angestellten irgendeine Rolle bei den Repressalien spielten. Die Prozesse dauern an.

Nicht nur Gewerkschafter wurden präventiv angegriffen – sondern jeder, der für eine gesellschaftliche Vision stand, die auf anderen Werten als dem reinen Profit aufbaute. Besonders brutal ging man auf dem Subkontinent gegen Bauern vor, die für eine Landreform gekämpft hatten. Führer der argentinischen Bauernverbände – die aufrührerische Vorstellungen über das Recht von Bauern auf Landbesitz verbreitet hatten – wurden aufgespürt und gefoltert, oft bei der Feldarbeit vor den Augen aller anderen. Soldaten schlossen *picanas* an Lastwagenbatterien an und setzten das allgegenwärtige Viehzüchterutensil gegen die Bauern selbst ein. Gleichzeitig bedeutete die Wirtschaftspolitik der Junta für die Großgrundbesitzer und Viehzüchter einen warmen Regen: In Argentinien hatte Martinez de Hoz die Fleischpreise freigegeben, und sie schossen um mehr als 700 Prozent in die Höhe, was zu Rekordprofiten führte.[50]

In den Slums trafen die Präventivschläge Sozialarbeiter, häufig kirchliche, die die Forderungen der ärmsten Gesellschaftssektoren nach einem öffentlichen Gesundheits-, Woh-

nungs- und Bildungswesen organisiert hatten – anders ausgedrückt: den »Wohlfahrtsstaat«, den die Chicago Boys zerschlagen wollten. »Die Armen werden keine Gutmenschen mehr haben, die sich um sie kümmern!«, sagte man zu Noberto Liwsky, einem argentinischen Arzt, während »sie mir elektrische Schläge am Zahnfleisch, an den Brustwarzen, den Genitalien, am Bauch und an den Ohren verabreichten«.[51]

Ein argentinischer Priester, der mit der Junta zusammenarbeitete, erklärte deren Leitphilosophie: »Der Feind war der Marxismus. Marxismus in der Kirche beispielsweise und im Vaterland – die Gefahr einer neuen Nation.«[52] Jene »Gefahr einer neuen Nation« erklärt, warum so viele Opfer der Junta jung waren. In Argentinien waren 81 Prozent der verschwundenen 30 000 Menschen zwischen 16 und 30 Jahren alt.[53] »Wir arbeiten hier für die nächsten 20 Jahre«, sagte ein berüchtigter argentinischer Folterer zu einem seiner Opfer.[54]

Zu den Jüngsten zählte eine Gruppe von Oberschülern, die sich im September 1976 zusammengetan hatten, um niedrigere Busfahrpreise zu erreichen. Der Junta bewies das kollektive Handeln, dass die Teenager mit dem Virus des Marxismus infiziert waren, und sie reagierte mit mörderischer Wut: Sechs der Schüler, die gewagt hatten, einen so subversiven Wunsch vorzutragen, wurden gefoltert und getötet.[55] Miguel Osvaldo Etchecolatz, der 2006 endlich verurteilte Polizeikommissar, war eine der in diesen Vorfall verwickelten Schlüsselfiguren.

Das Muster des Verschwindenlassens war klar: Während die Schocktherapeuten versuchten, alle Überreste des Kollektivismus aus der Wirtschaft zu entfernen, säuberten die Schocktruppen die Straßen, Universitäten und Fabrikhallen von den Repräsentanten dieser Ethik.

Gelegentlich waren einige Frontkämpfer des wirtschaftlichen Umbaus unvorsichtig genug einzuräumen, dass ihre Ziele nur mit massenhaften Repressalien zu erreichen waren. Victor Emmanuel, der PR-Mann von Burson-Marsteller, der dem Rest der Welt das neue, geschäftsfreundliche Regime der argentinischen Junta verkaufte, sagte in einem Interview, Gewalt sei nötig, um Argentiniens »protektionistische, statische« Wirtschaft aufzubrechen. »Niemand, aber wirklich niemand investiert in einem Land, in dem Bürgerkrieg herrscht«, erklärte er, gab aber zu, dass nicht nur Guerilleros starben. »Wahrscheinlich wurden viele Unschuldige umgebracht«, sagte er zu der Autorin Marguerite Feitlowitz, aber »angesichts der Lage war eine Menge Gewalt nötig.«[56]

Sergio de Castro – der Chicago Boy, der als Pinochets Wirtschaftsminister die Umsetzung der Schockbehandlung überwachte – sagte, er hätte das nie geschafft, wenn Pinochets eiserne Faust ihn nicht unterstützt hätte. »Die öffentliche Meinung war weitestgehend gegen [uns], und so brauchten wir eine starke Persönlichkeit, die die Politik durchsetzte. Es war unser Glück, dass Präsident Pinochet das verstand und Manns genug war, Kritik auszuhalten.« Sergio de Castro stellte auch fest, eine »autoritäre Regierung« könne am besten wirtschaftliche Freiheit gewährleisten, weil sie von der Macht »unpersönlichen« Gebrauch mache.[57]

Wie in den meisten Fällen von Staatsterror dienten die ausgewählten Opfer einem zweifachen Zweck. Erstens wurden mit ihnen Hindernisse beseitigt – Menschen, die aller Wahrscheinlichkeit nach das Projekt bekämpfen würden. Zweitens war der Umstand, dass »Unruhestifter« vor den Augen aller verschwanden, eine unmissverständliche Warnung an jene,

die vielleicht überlegten, Widerstand zu leisten, womit dann zukünftige Hindernisse beseitigt waren.

Und das funktionierte. »Wir waren verwirrt und erschüttert, unterwürfig warteten wir auf Befehle … Die Menschen regredierten, sie wurden abhängiger und ängstlicher«, erinnert sich der chilenische Psychiater Marco Antonio de la Parra.[58] Mit anderen Worten: Sie standen unter Schock. Als die Wirtschaftsschocks die Preise in die Höhe schießen und die Löhne in den Keller fallen ließen, blieben folglich die Straßen in Chile, Argentinien und Uruguay ruhig und leer. Es kam zu keinen Hungeraufständen, zu keinen Generalstreiks. Familien versuchten zurechtzukommen, indem sie stillschweigend Mahlzeiten strichen, ihren Babys Mate gaben – den traditionellen Tee, der den Hunger unterdrückt – und noch vor der Morgendämmerung aufstanden und stundenlang zur Arbeit liefen, um den Busfahrschein zu sparen. Wer an Typhus oder Unterernährung starb, wurde in aller Stille beerdigt.

Bloß ein Jahrzehnt zuvor waren die Länder des südlichen Lateinamerikas mit ihren boomenden Industriesektoren, ihren rasch wachsenden Mittelschichten und ihrem starken Gesundheits- und Bildungswesen die Hoffnung der Entwicklungsländer gewesen. Jetzt lebten Reich und Arm in wirtschaftlich getrennten Welten; die Wohlhabenden wurden Ehrenbürger des US-Bundesstaates Florida, der Rest wurde in die Unterentwicklung zurückgedrängt, und dieser Vorgang verschlimmerte sich während der neoliberalen »Restrukturierungen« nach dem Ende der Diktaturen sogar noch. Diese Länder waren jetzt kein Vorbild mehr, sondern eine schreckliche Warnung, was passieren kann, wenn arme Nationen glauben, sie könnten sich mittels eigener Kraft aus der Dritten

Welt hocharbeiten. Diese Wandlung verlief parallel zu dem, was Gefangene in den Folterzentren der Juntas durchmachten: Zu reden reichte nicht – sie wurden gezwungen, ihre hehrsten Überzeugungen zu widerrufen, ihre Geliebten und ihre Kinder zu verraten. Diejenigen, die das taten, nannte man *quebrados*, die Gebrochenen. Dasselbe galt für das südliche Lateinamerika: Die Region wurde nicht einfach geschunden, sie wurde gebrochen, *quebrado.*

Folter als »Heilung«

Während die Politik versuchte, den Kollektivismus aus der Kultur zu entfernen, so wollte man ihn in den Gefängnissen mittels Folter aus den Köpfen und den Herzen tilgen. Ein von der argentinischen Junta in Auftrag gegebener Leitartikel besagte im Jahr 1976: »Auch der Geist muss gesäubert werden, denn dort wird der Irrtum geboren.«

Viele Folterer führten sich wie Ärzte oder Chirurgen auf. Genau wie die Chicagoer Ökonomen mit ihrer schmerzhaften, aber notwendigen Schockbehandlung draußen glaubten die Folterer, ihre Elektroschocks und die anderen Quälereien seien ebenfalls eine Therapie – eine Art Medizin für die Gefangenen, die innerhalb der Lager oft als *apestosos*, »Kranke«, bezeichnet wurden. Sie wollten sie von der Krankheit des Sozialismus heilen, vom Impuls zum kollektiven Handeln.* Ihre

* Damit schloss sich der Kreis der Elektroschocktherapie zu ihrer allerersten Anwendung, nämlich zur Teufelsaustreibung. Der früheste Bericht einer medizinischen Strombehandlung stammt aus dem

»Behandlungen« waren eine Quälerei, gewiss, konnten sogar tödlich ausgehen – aber alles geschah zum Wohl des Patienten. »Wenn Sie einen brandigen Arm haben, müssen Sie ihn amputieren, richtig?«, entgegnete Pinochet ungeduldig auf Kritik an seinen Menschenrechtsverletzungen.[60]

Bei ihren Zeugenaussagen vor den verschiedenen Wahrheitskommissionen auf dem Subkontinent berichteten ehemalige Gefangene von einem System, das darauf abzielte, sie zu zwingen, jene Prinzipien zu verraten, die ein unauflöslicher Bestandteil ihres Selbstbildes waren. Für die meisten südamerikanischen Linken war das hehrste Prinzip das, was der radikale argentinische Historiker Osvaldo Bayer »die einzige transzendentale Theologie: Solidarität« genannt hat.[61] Die Folterer wussten, wie wichtig ihren Gefangenen Solidarität war, und sie machten es sich zur Aufgabe, diesen Impuls zum sozialen Zusammenhalt aus ihnen herauszuschocken. Natürlich geht es bei Verhören angeblich immer darum, wertvolle Informationen zu bekommen und deshalb jemanden zum Verrat zu zwingen, viele Gefangene berichteten aber, ihre Folterer seien viel weniger an den Informationen interessiert gewesen, über die sie in der Regel bereits verfügten, als am Akt des Verrates an sich. Zweck der Übung war, Gefangene dazu zu bringen, demjenigen Teil ihres Selbst irreparablen Schaden zuzufügen, der fest daran glaubte, dass man vor allem für an-

---

18. Jahrhundert. Damals glaubte ein Schweizer Arzt, Geisteskrankheit würde vom Teufel verursacht; sein Patient musste einen blanken Draht anfassen, den der Arzt an eine Elektrisiermaschine anschloss – für jeden Dämon gab es einen Stromschlag. Dann wurde der Patient für geheilt erklärt.

dere da sein müsse – also den Teil von ihnen, der sie zu Aktivisten hatte werden lassen, durch das Gefühl der Schuld und Schande zu ersetzen.

Manchmal hatte ein Gefangener es gar nicht in der Hand, ob er jemanden verriet oder nicht. So hatte beispielsweise der Argentinier Mario Villani sein Notizbuch dabei, als er entführt wurde. Es enthielt die Koordinaten für ein geplantes Treffen mit einem Freund; die Soldaten gingen hin, und ein weiterer Aktivist verschwand in der Terrormaschinerie. Beim Verhör folterten sie Villani mit dem Wissen, dass sie »Jorge geschnappt haben, weil er seine Verabredung mit mir eingehalten hat. Ihnen war klar, dass dieses Wissen mich viel schlimmer quälte als 220 Volt. Das reut einen fast mehr, als man ertragen kann.«[62]

Unter solchen Umständen bestand das ultimative Aufbegehren aus kleinen freundlichen Gesten zwischen den Gefangenen, beispielsweise wenn sie einander Wunden versorgten oder sich rares Essen teilten; kamen solche Akte der Zuwendung heraus, wurden sie hart bestraft. Die Gefangenen wurden angestachelt, sich so selbstsüchtig wie möglich zu verhalten; ständig bot man ihnen Teufelspakte an; so konnten sie sich zwischen mehr unerträglichen Folterqualen für sich oder mehr Folter für einen Mitgefangenen entscheiden. In einigen Fällen wurden Gefangene so sehr gebrochen, dass sie bereit waren, die *picana* an ihre Mitgefangenen zu halten oder vor Fernsehkameras ihren früheren Überzeugungen abzuschwören. Solche Gefangene stellten für die Folterer den höchsten Triumph dar: Sie hatten nicht nur der Solidarität abgeschworen, sondern sich um des Überlebens willen auch der halsabschneiderischen Ethik unterworfen, die dem Laissez-faire-Ka-

pitalismus zugrunde liegt – »Nr. 1 anerkannt«, wie es der ITT-Boss ausdrücken würde.[63] *

Beide Gruppen von südamerikanischen Schock-»Medizinern« – die Generäle und die Ökonomen – beschrieben ihre Tätigkeit mit fast identischen Metaphern. Friedman verglich seine Rolle in Chile mit der eines Arztes, der »der chilenischen Regierung technisch-medizinischen Rat erteilt, um bei der Bekämpfung einer Seuche zu helfen« – der »Seuche der Inflation«.[64] Arnold Harberger, Chef des Lateinamerikaprogramms der University of Chicago, ging noch weiter. In einer Vorlesung vor jungen Wirtschaftswissenschaftlern in

---

* Zeitgenössischen Ausdruck findet diese Art von Entpersönlichung in der Weise, wie der Islam in von Amerikanern geführten Gefängnissen als Waffe gegen muslimische Gefangene eingesetzt wird. In den Bergen von Beweisen aus Abu Ghureib und Guantánamo Bay, die sich angehäuft haben, kommen vor allem zwei Formen von Gefangenenmisshandlung immer wieder vor: Nacktheit und das absichtliche Verstoßen gegen islamische Sitten und Gebräuche. So wurden Gefangene gezwungen, sich den Bart zu rasieren oder den Koran mit Füßen zu treten, andere wurden in israelische Fahnen gewickelt, zudem wurden Männer zu homosexuellen Posen gezwungen oder sogar mit angeblichem Menstruationsblut berührt. Moazzam Begg, ein ehemaliger Guantánamo-Gefangener, berichtet, er sei häufig zwangsrasiert worden, und ein Aufseher hätte dann gesagt: »Das geht euch Muslimen wirklich an die Nieren, nicht wahr?« Der Islam wird nicht deswegen entheiligt, weil die Aufseher ihn hassen (auch wenn das durchaus der Fall sein kann), sondern weil die Gefangenen ihn lieben. Da das Ziel der Folter darin besteht, die Persönlichkeit zu brechen, muss dem Gefangenen systematisch alles genommen werden, was seine Persönlichkeit ausmacht – von seiner Kleidung bis hin zu seinen hehrsten Überzeugungen. In den siebziger Jahren hieß das, die soziale Solidarität zu attackieren, heute heißt das offenbar, den Islam anzugreifen.

Argentinien – lange nach dem Ende der Diktatur – sagte er, gute Ökonomen seien selbst die Behandlung – sie dienten »als Antikörper, die wirtschaftsfeindliche Ideen und Strategien bekämpfen«.[65] Der Außenminister der argentinischen Junta, César Augusto Guzzetti, erklärte: »Wenn der Sozialkörper des Landes von einer Krankheit befallen ist, die ihm das Gedärm zerfrisst, bildet er Antikörper. Diese Antikörper können nicht genauso gewertet werden wie die Mikroben. Je mehr die Regierung die Guerilla kontrolliert und vernichtet, desto mehr gehen die Aktivitäten der Antikörper zurück, wie es bereits geschieht. Es ist nur eine natürliche Reaktion auf einen kranken Körper.«[66]

Diese Sprache ist natürlich genau das intellektuelle Konstrukt, das den Nazis zu argumentieren erlaubte, durch das Töten von »kranken« Mitgliedern der Gesellschaft würden sie den »Volkskörper« heilen. Der Nazi-Arzt Fritz Klein behauptete: »Natürlich bin ich ein Arzt und möchte Leben erhalten. Und aus Respekt vor dem menschlichen Leben würde ich einen entzündeten Blinddarm aus einem kranken Körper entfernen. Der Jude ist ein entzündeter Blinddarm im Körper der Menschheit.« Die Roten Khmer bedienten sich derselben Sprache, um das Schlachten in Kambodscha zu rechtfertigen: »Was infiziert ist, muss herausgeschnitten werden.«[67]

»Normale« Kinder

Nirgendwo sind die Parallelen erschreckender als beim Umgang der argentinischen Junta mit Kindern im Netzwerk der Folterzentren. Die UN-Konvention über die Verhütung und

Bestrafung des Völkermords listet unter den verbotenen Praktiken auch auf: »Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind«, und »gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere«.[68]

Geschätzte 500 Babys wurden in den argentinischen Folterlagern geboren, und diese Säuglinge wurden sofort in den Plan zum Umbau der Gesellschaft und zur Erschaffung einer neuen Art von Modellbürgern einbezogen. Nach einer kurzen Stillzeit wurden Hunderte Babys verkauft oder an Paare abgegeben (die meist direkt mit der Diktatur zu tun hatten). Die Kinder wurden nach den kapitalistischen und christlichen Werten erzogen, die die Junta für »normal« und »gesund« hielt, und man erzählte ihnen nie etwas von ihrer Herkunft, fanden die Großmütter von der Plaza de Mayo heraus, eine Menschenrechtsgruppe, die gewissenhaft die Spuren Dutzender solcher Kinder verfolgt hat.[69] Die Eltern der Babys hielt man für zu krank, um sie noch retten zu können, sie wurden fast ausnahmslos in den Lagern umgebracht. Bei diesem Babyraub handelte es sich nicht um vereinzelte Exzesse, das war eine staatlich organisierte Operation. Bei einer Gerichtsverhandlung wurde als Beweis ein offizielles Dokument des Innenministeriums aus dem Jahr 1977 vorgelegt, das den Titel trug: »Vorschriften zum Vorgehen bei minderjährigen Kindern von politischen oder gewerkschaftlichen Führern, wenn deren Eltern inhaftiert oder verschwunden sind«.[70]

Dieses Kapitel der argentinischen Geschichte weist ein paar verblüffende Parallelen zu den Massenverschleppungen von Eingeborenenkindern in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in Australien auf; dort wurden die geraubten Kinder auf

Internate geschickt, wo sie ihre Muttersprache nicht sprechen durften und zu »Weißen« geprügelt wurden. Im Argentinien der siebziger Jahre war eindeutig ein ähnlicher Überlegenheitsdünkel am Werk, der diesmal nicht auf Rasse, sondern auf politische Überzeugungen, Klassenzugehörigkeit und Kultur gründete.

Einer der augenfälligsten Zusammenhänge zwischen den politischen Morden und der marktwirtschaftlichen Revolution wurde erst vier Jahre nach dem Ende der Diktatur in Argentinien entdeckt. 1987 drehte ein Filmteam im Untergeschoss der Galerías Pacífico, einem der vornehmsten Einkaufszentren in der Innenstadt von Buenos Aires; zu ihrem Entsetzen stießen die Filmleute auf ein verlassenes Folterzentrum. Wie sich herausstellte, hatte während der Diktatur das 1. Armeekorps einen Teil seiner »Verschwundenen« in den Eingeweiden des Zentrums versteckt; die Kerkerwände trugen noch die verzweifelten Einritzungen der seit langem toten Insassen: Namen, Daten, Hilferufe.[71]

Heute sind die Galerías Pacífico die Kronjuwelen von Buenos Aires' Einkaufsviertel; sie beweisen, dass man im Kreis der globalisierten Konsumhauptstädte angekommen ist. Kuppeldecken mit üppigen Fresken bilden den Rahmen für eine riesige Ansammlung von Markengeschäften von Christian Dior über Ralph Lauren bis Nike – Waren, die sich die große Mehrheit der Bevölkerung nicht leisten kann, die aber ein Schnäppchen für die Ausländer sind, die scharenweise in die Stadt einfallen, um aus der unterbewerteten Währung ihren Vorteil zu ziehen.

Für Argentinier, die ihre Geschichte kennen, ist das Ein-

kaufszentrum ein erschreckendes Mahnmal: Genau wie eine ältere Form von kapitalistischer Landnahme auf den Massengräbern der einheimischen Völker des Landes gründete, baute das Projekt der Chicagoer Schule in Südamerika ziemlich wörtlich auf den geheimen Folterlagern auf, in denen Tausende von Menschen verschwanden, die an ein anderes Land geglaubt hatten.

»KEINERLEI ZUSAMMENHANG«

WIE EINE IDEOLOGIE VON IHREN VERBRECHEN GESÄUBERT WURDE

> Milton [Friedman] verkörpert die Wahrheit, dass »Ideen Folgen haben«.
>
> Donald Rumsfeld, US-Verteidigungsminister, Mai 2002 [1]

> Die Menschen saßen im Gefängnis, damit die Preise frei sein konnten.
>
> Eduardo Galeano, 1990 [2]

Kurze Zeit sah es so aus, als würden die im südlichen Lateinamerika begangenen Verbrechen tatsächlich an der neoliberalen Bewegung hängen bleiben und sie in Misskredit bringen, ehe sie über ihr erstes Experimentierstadium hinauswachsen konnte. Nach Milton Friedmans schicksalsschwerer Chilereise im Jahr 1975 stellte Anthony Lewis von der *New York Times* die einfache, aber brennende Frage: »Wenn die reine Chicagoer Wirtschaftstheorie in Chile nur um den Preis der Unterdrückung praktiziert werden kann, sollten sich ihre Urheber dann nicht dafür verantwortlich fühlen?« [3]

Nach der Ermordung Orlando Leteliers griffen Basisaktivisten dessen Forderung auf, »den intellektuellen Architekten«

der chilenischen Wirtschaftsrevolution für die menschlichen Kosten dieser Politik verantwortlich zu machen. In jenen Jahren konnte Milton Friedman keinen Vortrag halten, ohne dass ihn jemand mit einem Zitat Leteliers unterbrochen hätte, und bei mehreren Veranstaltungen zu seinen Ehren musste er den Hintereingang nehmen.

Als Studenten der University of Chicago von der Zusammenarbeit ihres Professors mit der Junta erfuhren, waren sie so irritiert, dass sie eine Untersuchung verlangten. Einige Akademiker unterstützten sie, so auch der österreichische Ökonom Gerhard Tintner, der in den dreißiger Jahren vor dem europäischen Faschismus in die USA geflohen war. Tintner verglich Chile unter Pinochet mit Deutschland unter den Nazis und zog Parallelen zwischen Friedmans Unterstützung von Pinochet und den Technokraten, die mit dem Dritten Reich zusammengearbeitet hatten. (Friedman wiederum warf seinen Kritikern »Nazismus« vor.[4])

Gern aber schrieben sich sowohl Friedman als auch Arnold Harberger die »Wirtschaftswunder« ihrer südamerikanischen Chicago Boys auf die Fahnen. Wie ein stolzer Vater frohlockte Friedman 1982 in *Newsweek*, die Chicago Boys hätten »herausragende intellektuelle und Führungsqualitäten mit dem Mut ihrer Überzeugung und der Hingabe an ihre Sache« kombiniert. Harberger sagte: »Ich bin auf meine Studenten stolzer als auf alles, was ich je geschrieben habe; die *Latino*-Gruppe ist de facto viel eher mein Werk als mein Beitrag zur Literatur.«[5] Wenn es jedoch um die menschlichen Kosten der »Wunder« ging, die ihre Studenten vollbrachten, sahen beide Männer plötzlich keinerlei Zusammenhang.

»Trotz meiner scharfen Ablehnung des autoritären politi-

schen Systems in Chile«, schrieb Friedman in seiner *Newsweek*-Kolumne, »halte ich es nicht für falsch, dass ein Wirtschaftswissenschaftler die chilenische Regierung technisch-ökonomisch berät.«[6]

In seinen Memoiren behauptete Friedman, Pinochet hätte die ersten zwei Jahre lang versucht, die Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen; erst »1975, als die Inflation noch immer wütete und eine weltweite Rezession in Chile zu einer wirtschaftlichen Depression führte, wandte sich General Pinochet an die ›Chicago Boys‹«.[7] Das war unverblümte Geschichtsfälschung – die Chicago Boys hatten schon mit dem Militär zusammengearbeitet, ehe es überhaupt zum Putsch kam, und der Umbau der Wirtschaft begann genau an dem Tag, als die Junta die Macht übernahm. Bei anderen Gelegenheiten behauptete Friedman sogar, Pinochets gesamtes Regime – 17 Jahre Diktatur und Zehntausende Folteropfer – sei keine gewaltsame Zerschlagung der Demokratie, sondern das Gegenteil gewesen: »Das wirklich Wichtige an der Chile-Sache ist, dass freie Märkte tatsächlich auf ihre Weise eine freie Gesellschaft herbeiführten«, sagte Friedman.[8]

Drei Wochen nach Leteliers Ermordung im Jahr 1976 beendete eine Meldung alle Debatten, welches Licht Pinochets Verbrechen auf die Chicagoer Bewegung warfen: Milton Friedman bekam den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, und zwar für seine »originelle und gewichtige« Arbeit über den Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit.[9] In seiner Dankesrede argumentierte Friedman, die Ökonomie sei eine ebenso strenge und objektive wissenschaftliche Disziplin wie Physik, Chemie und Medizin und fuße auf der unparteiischen Prüfung der zur Verfügung stehenden Fakten. Be-

quemerweise ignorierte er jedoch die Tatsache, dass die zentrale Hypothese, für die er den Preis erhielt, gerade von den um Brot anstehenden Schlangen, den Typhusausbrüchen und den dichtgemachten Fabriken in Chile Lügen gestraft wurde, dem einzigen Ort, wo ein Regime gnadenlos genug gewesen war, seine Ideen in die Praxis umzusetzen.[10]

Ein Jahr später gab etwas anderes den Diskussionen über Südamerika eine neue Richtung: Amnesty International wurde mit dem Friedensnobelpreis 1977 geehrt, hauptsächlich für den mutigen Feldzug gegen den Menschenrechtsmissbrauch in Chile und Argentinien. Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften hat zwar mit dem Friedensnobelpreis rein gar nichts zu tun und wird auch von einer anderen Jury in einer anderen Stadt verliehen. Oberflächlich sah es jedoch so aus, als hätte mit diesen beiden Preisen die angesehenste Instanz der Welt ihr Urteil gefällt: Der Schock der Folterkammer wurde entschieden verdammt, aber die wirtschaftliche Schockbehandlung wurde bejubelt – und zwischen den beiden Formen von Schock gab es, wie Letelier vor Ironie triefend geschrieben hatte, »keinerlei Zusammenhang«.[11]

Die Scheuklappen der »Menschenrechte«

Der Grund für diese intellektuelle Brandmauer war nicht nur, dass die Chicagoer Wirtschaftswissenschaftler sich weigerten, irgendeinen Zusammenhang zwischen ihrer Politik und dem Terror zu sehen. Das Problem wurde dadurch verschärft, dass die Terrorakte als kleinere »Menschenrechtsverletzungen« hingestellt wurden und nicht als Mittel zum Erreichen

eindeutiger politischer und wirtschaftlicher Ziele. Teils ging das darauf zurück, dass man in den siebziger Jahren in Südamerika nicht nur mit einem neuen Wirtschaftsmodell experimentierte, sondern auch mit einer neuartigen internationalen Menschenrechtsbewegung »von unten«. Sie trug fraglos entscheidend dazu bei, dass die Juntas die schlimmsten Misshandlungen einstellen mussten. Aber indem sie sich ausschließlich auf die Verbrechen und nicht auf die Ursachen dahinter konzentrierte, trug diese Menschenrechtsbewegung gleichzeitig dazu bei, dass die Chicagoer Schule ideologisch so gut wie unbeschadet aus ihrem ersten blutigen Experiment hervorgehen konnte.

Die moderne Menschenrechtsbewegung begann mit der Verkündung der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 1948. Doch kaum war das Dokument verfasst, da wurde es auch schon zum politischen Rammbock: Im Kalten Krieg beschuldigten sich beide Seiten, die »nächsten Hitlers« zu sein. Im Jahr 1967 enthüllten Presseberichte, dass die Internationale Juristenkommission, eine hochrangig besetzte Menschenrechtsgruppe, die sich auf Verstöße der Sowjets konzentrierte, nicht die neutrale Instanz war, die sie zu sein vorgab, sondern heimlich von der CIA finanziert wurde.[12]

In diesem aufgeheizten Klima entwickelte Amnesty International das Prinzip der strikten Unparteilichkeit: Die Organisation sollte ausschließlich von ihren Mitgliedern finanziert werden, und sie würde streng »unabhängig von jeder Regierung, politischen Fraktion, Ideologie, allen Wirtschaftsinteressen oder religiösen Bekenntnissen« bleiben. Um zu beweisen, dass sie nicht die Menschenrechte dazu benutze, eigene poli-

tische Ziele zu verfolgen, wurde jede Amnesty-Sektion angewiesen, gleichzeitig drei Gefangene zu »adoptieren«: jeweils einen »aus einem kommunistischen, einem westlichen und einem Land der Dritten Welt«.[13] Amnesty vertrat eine Position, die damals für die Menschenrechtsbewegung insgesamt bezeichnend war: Da Menschenrechtsverletzungen ein universelles Übel sind, an und für sich falsch, war es nicht notwendig herauszufinden, warum es dazu kam, solange man sie so genau und glaubwürdig wie möglich dokumentierte.

Dieses Prinzip spiegelt sich in der Art und Weise wider, wie der Terror im südlichen Lateinamerika untersucht wurde. Ständig von der Geheimpolizei überwacht und schikaniert, interviewten die von Menschenrechtsgruppen nach Argentinien, Uruguay und Chile entsandten Delegationen Hunderte von Folteropfern und deren Familien; sie verschafften sich auch so viel Zugang zu den Gefängnissen, wie ihnen möglich war. Da unabhängige Medien verboten waren und die Juntas ihre Verbrechen leugneten, stellen diese Zeugenaussagen die primäre Dokumentation für eine Geschichte dar, die niemals geschrieben werden sollte. So wichtig diese Arbeit auch gewesen sein mag, sie war zugleich von erstaunlich beschränktem Wert: Bei den Berichten handelt es sich um legalistische Auflistungen der allerübelsten Unterdrückungstechniken mit Querverweisen zu den UN-Beschlüssen, gegen die dabei verstoßen wurde.

Diese enge Bandbreite war das größte Problem am 1976er-Argentinien-Bericht von Amnesty International; ansonsten stellte er einen Durchbruch dar, was die Untaten der Junta anging, und hatte den Friedensnobelpreis allemal verdient. Aber bei all seiner Gründlichkeit erhellt der Bericht nicht,

warum es zu den Menschenrechtsverletzungen kam. Er stellt die Frage, »in welchem Umfang sind die Gewalttaten erklärlich oder nötig«, um die »Sicherheit« herzustellen – was die offizielle Begründung der Junta für den »schmutzigen Krieg« war.[14] Nach Prüfung der Beweise kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die von linken Guerilleros ausgehende Gefahr in keiner Weise dem Ausmaß der staatlichen Unterdrückung entsprach.

Aber gab es keinen anderen Grund, der die Gewalt »erklärlich oder nötig« gemacht hätte? Amnesty erwähnte ihn nicht. In dem ganzen zweiundneunzigseitigen Bericht steht in der Tat nichts davon, dass die Junta gerade damit beschäftigt war, das Land nach radikalkapitalistischen Grundsätzen umzubauen. Es findet sich dort kein Kommentar zur sich verschlimmernden Armut oder zur drastischen Revision der Programme zur Umverteilung von Reichtum, die zentraler Bestandteil der Junta-Politik waren. Sorgfältig werden alle Gesetze und Erlasse der Junta aufgezählt, die die bürgerlichen Freiheiten beschnitten, aber nicht eines der Wirtschaftsdekrete, mit denen die Löhne gesenkt und die Preise erhöht wurden – und die damit gegen das gleichfalls von der UN-Erklärung garantierte Menschenrecht auf angemessene Nahrung und Unterkunft verstießen. Hätte man das revolutionäre Wirtschaftsprojekt der Junta auch nur oberflächlich untersucht, wäre klargeworden, warum solch außergewöhnliche Unterdrückungsmaßnahmen nötig waren, genau wie dadurch offenkundig geworden wäre, warum so viele der von Amnesty befragten politischen Gefangenen friedliche Gewerkschafter und Sozialarbeiter waren.

Ein anderer wesentlicher Fehler war, dass Amnesty den

Konflikt als auf linke Extremisten und das Militär vor Ort beschränkt darstellte. Andere Beteiligte werden nicht erwähnt – weder die amerikanische Regierung noch die CIA, weder einheimische Großgrundbesitzer noch multinationale Unternehmen. Weil der umfassendere Plan eines »reinen« Kapitalismus in Südamerika und die mächtigen Interessen hinter diesem Projekt nicht berücksichtigt waren, ergaben die im Bericht dokumentierten sadistischen Akte überhaupt keinen Sinn – es waren einfach zufällige Untaten aus heiterem Himmel, die im politischen Äther herumtrieben und zu verdammen, aber unmöglich zu begreifen waren.

Die Arbeit der Menschenrechtsbewegung war in jeder Hinsicht strengsten Restriktionen unterworfen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In den betroffenen Ländern erhoben als Erste Freunde und Verwandte der Opfer ihre Stimme gegen die Diktaturen, aber allzu viel durften sie nicht sagen. Sie sprachen nicht über die politischen oder wirtschaftlichen Hintergründe, weil sie dann selbst zu »verschwinden« riskiert hätten. Die berühmteste Menschenrechtsgruppe, die sich unter solch gefährlichen Umständen bildete, waren die Mütter von der Plaza de Mayo, auch als die Madres bekannt. Bei ihren wöchentlichen Demonstrationen vor dem Regierungsgebäude in Buenos Aires hielten die Madres keine Protestplakate in die Höhe, sondern Fotos ihrer vermissten Kinder mit der Frage *¿Dónde están?* – »Wo sind sie?« Und sie riefen nicht laut ihre Wut hinaus, sondern gingen still im Kreis herum; auf ihre weißen Kopftücher hatten sie die Namen ihrer Kinder gestickt. Viele der Madres hegten feste politische Überzeugungen, aber sie waren vorsichtig genug, sich dem Regime gegenüber als so harmlos zu präsentieren wie trauernde Müt-

ter, die verzweifelt wissen wollen, wohin man ihre unschuldigen Kinder gebracht hatte.*

Die größte chilenische Menschenrechtsgruppe war das Friedenskomitee, das von Oppositionspolitikern, Anwälten und Kirchenführern gebildet wurde. Bei ihnen handelte es sich um politische Aktivisten mit jahrelanger Erfahrung, denen klar war, dass Versuche, das Foltern zu beenden und politische Gefangene zu befreien, nur eine Front in einer viel größeren Schlacht darum war, wer die Reichtümer Chiles kontrollieren würde. Aber um nicht die nächsten Opfer des Regimes zu werden, verzichteten sie darauf, wie gewohnt »die Bourgeoisie« anzuprangern, und lernten eine neue Sprache, die der »Allgemeinen Menschenrechte«. Ohne jede Bezugnahme auf Reich und Arm, Schwache und Starke, Nord und Süd machte diese neue Sprache einfach geltend, dass jeder das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren und den Schutz vor grausamer, inhumaner oder erniedrigender Behandlung hat. Sie fragte nicht warum, sie konstatierte einfach *dass*. In der für das Lexikon der Menschenrechte typischen Mixtur von Juristensprache und menschlicher Anteilnahme lernten sie, dass ihre inhaftierten *compañeros* eigentlich »Gewissensgefangene« waren, deren von den Artikeln 18 und 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geschützten Rechte auf Gewissens- und Religionsfreiheit sowie Meinungsund Informationsfreiheit verletzt worden waren.

Für die unter der Diktatur Lebenden war die neue Sprache

---

* Nach dem Ende der Diktatur wurden die Madres zu den schärfsten Kritikerinnen der neuen Wirtschaftsordnung in Argentinien, und sie sind es bis heute geblieben.

im Grunde ein Code; genau wie Musiker ihre politischen Botschaften metaphorisch in ihren Texten verbargen, versteckten sie ihre linken Positionen in Juristensprache – eine Möglichkeit, politisch zu werden, ohne Politik zu erwähnen.*

Als der Terror in Südamerika dann von der sich rasch ausbreitenden internationalen Menschenrechtsbewegung aufgegriffen wurde, hatten deren Aktivisten ihre eigenen – ganz anderen – Gründe, nicht über Politik zu reden.

Ford über Ford

Die Weigerung, den Apparat des Staatsterrors mit dem ideologischen Projekt in Verbindung zu bringen, dem er diente, ist fast für die gesamte Menschenrechtsliteratur aus jenen Jahren typisch. Amnestys Zurückhaltung mag als Versuch verständlich sein, im Spannungsfeld des Kalten Kriegs neutral zu bleiben, aber für viele andere Gruppen spielte noch ein weiterer Faktor eine Rolle: Geld. Der weitaus wichtigste Finanzier ihrer Arbeit war die Ford Foundation, damals die größte philanthropische Organisation der Welt. In den sechziger Jahren gab die Stiftung nur einen kleinen Bruchteil ihres Etats für Menschenrechte aus, in den siebziger und achtziger Jahren fi-

* Trotz solcher Vorsichtsmaßnahmen waren Menschenrechtsaktivisten nicht vor Terror gefeit. In Chile füllten sich die Gefängnisse mit Menschenrechtsanwälten, und in Argentinien schleuste die Junta eine Spitzen-Folterkraft bei den Madres ein, die sich als trauernde Verwandte ausgab. Im Dezember 1977 wurde die Gruppe Opfer einer Razzia; zwölf Mütter ver schwanden auf immer, darunter die Anführerin der Madres, Azucena de Vicenti, und zwei französische Nonnen.

nanzierte sie aber die Menschenrechtsarbeit für Lateinamerika mit schwindelerregenden 30 Millionen Dollar. Mit ihren Mitteln unterstützte die Stiftung südamerikanische Gruppen wie das chilenische Friedenskomitee, aber auch neue, in den USA beheimatete Organisationen wie etwa Americas Watch.[15]

Vor den Militärputschen hatte die Ford Foundation in Südamerika überwiegend die Ausbildung von Akademikern finanziert, meist in Wirtschafts- und Agrarwissenschaften, und dabei eng mit dem US-Außenministerium zusammengearbeitet.[16] Frank Sutton, stellvertretender Vizepräsident der International Division von Ford, erklärte die Philosophie der Stiftung: »Es kann kein sich modernisierendes Land ohne eine sich modernisierende Elite geben.«[17] Obwohl die Aktivitäten voll und ganz zur Kalten-Kriegs-Logik passten, Alternativen zum revolutionären Marxismus zu fördern, ließen die meisten akademischen Stipendien von Ford keine Rechtslastigkeit erkennen – lateinamerikanische Studenten wurden auf ganz unterschiedliche amerikanische Universitäten geschickt, und Aufbaustudiengänge wurden an diversen lateinamerikanischen Universitäten finanziert, darunter auch großen öffentlichen, die im Ruf standen, links zu sein.

Es gab aber auch mehrere bezeichnende Ausnahmen. Wie bereits ausgeführt, war die Ford Foundation der Hauptfinanzier des Chicagoer Program of Latin American Economic Research and Training, das Hunderte von südamerikanischen Chicago Boys hervorbrachte. Ford finanzierte auch ein Parallelprogramm an der Katholischen Universität von Santiago, das für Vordiplom-Wirtschaftsstudenten aus Nachbarländern gedacht war, die unter den chilenischen Chicago Boys studieren sollten. So wurde die Ford Foundation, beabsichtigt oder

nicht, die wichtigste Finanzierungsquelle zur Ausbreitung der Chicagoer Ideologie in ganz Südamerika, wichtiger sogar noch als die US-Regierung.[18]

Als die Chicago Boys gemeinsam mit Pinochet im Kugelhagel an die Macht kamen, warf das kein günstiges Licht auf die Ford Foundation. Die Chicago Boys waren finanziert worden, weil die Stiftung sich den Auftrag gegeben hatte, »wirtschaftliche Institutionen zu verbessern, damit demokratische Ziele leichter realisiert werden«.[19] Jetzt aber spielten die wirtschaftlichen Institutionen, die Ford sowohl in Chicago als auch in Santiago mit aufgebaut hatte, eine zentrale Rolle beim Sturz der chilenischen Demokratie, und die ehemaligen Studenten gingen daran, ihre amerikanische Ausbildung im Rahmen schockierender Brutalität anzuwenden. Das Ganze war für die Stiftung umso schlimmer, als dies schon das zweite Mal in bloß wenigen Jahren war, dass ihre Proteges sich zum gewaltsamen Griff nach der Macht entschlossen hatten; der erste Fall war der kometenhafte Aufstieg der Berkeley-Mafia in Indonesien nach Suhartos blutigem Staatsstreich gewesen.

Ford hatte die Wirtschaftsfakultät der Universität von Indonesien von Anfang an mit aufgebaut, und als Suharto an die Macht kam, wurden »fast alle Ökonomen, die das Programm hervorgebracht hatte, in die Regierung berufen«, stellte ein Ford-Dokument fest. Es war praktisch niemand mehr übrig, der die Studenten hätte unterrichten können.[20] 1974 kam es in Indonesien zu landesweiten Aufständen gegen die »ausländische Unterwanderung« der Wirtschaft; die Ford Foundation wurde zum Ziel des Volkszorns – sie war es, sagten viele, die Suhartos Wirtschaftswissenschaftlern beigebracht hatte, den

Öl- und Mineralienreichtum Indonesiens an westliche Multis zu verkaufen.

Angesichts der Chicago Boys in Chile und der Berkeley-Mafia in Indonesien geriet Ford zunehmend in einen schlechten Ruf: Absolventen der beiden Flaggschiffe unter den Förderprogrammen dominierten jetzt die berüchtigtsten brutalen Rechtsdiktaturen der Welt. Auch wenn Ford nichts davon hatte wissen können, dass die Vorstellungen, die seinen Absolventen beigebracht worden waren, mit solcher Barbarei umgesetzt werden würden, stellten die Leute dennoch unbequeme Fragen, warum eine Stiftung, die sich Frieden und Demokratie verschrieben hatte, jetzt bis zum Hals in Gewalt und Autoritarismus steckte.

Ob es nun eine Panikreaktion war oder das soziale Gewissen oder eine Kombination von beiden, die Ford Foundation ging das Diktaturproblem so an, wie jedes gute Unternehmen handelt: proaktiv. Mitte der siebziger Jahre wandelte sich Ford von einem Lieferanten »technischen Wissens« für die sogenannte Dritte Welt zu einem führenden Finanzier der Menschenrechtsbewegungen in diesen Ländern. Diese Kehrtwende traf Chile und Indonesien besonders heftig. Nachdem dort die Linke von Regimen vernichtet worden war, die Ford mit unterstützt hatte, war es jetzt niemand anders als wieder die Ford Foundation, die eine neue Generation von Anwälten finanzierte, die einen entschlossenen Feldzug zur Befreiung von Hunderttausenden politischer Gefangener ebendieser Regime unternahm.

Angesichts ihrer äußerst kompromittierten Vergangenheit überrascht kaum, dass die Ford Foundation das Aufgabenfeld so eng wie möglich definierte, als sie sich den Menschenrech-

ten zuwandte. Die Stiftung begünstigte vor allem Gruppen, die ihre Arbeit als legalistischen Kampf um die »Rechtsordnung«, um »Transparenz« und »good Governance« begriffen. Einem Mitarbeiter der Ford Foundation zufolge stellte sich die Organisation in Chile die Frage: »Wie können wir das machen, ohne in Politik verwickelt zu werden?«[21] Heikel war nicht nur, dass Ford per se eine konservative Institution war, die gewöhnlich Hand in Hand mit der offiziellen amerikanischen Außenpolitik arbeitete und nicht gegen sie.* Problematisch war vielmehr auch, dass jede ernsthafte Nachforschung, welchen Zielen die Unterdrückung in Chile diente, unvermeidlicherweise zur Ford Foundation zurückgeführt und deren zentrale Rolle bei der Indoktrinierung der gegenwärtigen Landesherrscher mit fundamentalistischer Wirtschaftstheorie offengelegt hätte.

Und dann gab es auch noch den unauflöslichen Zusammenhang der Ford Foundation mit der Ford Motor Company – vor allem für die Aktivisten vor Ort ein kompliziertes Verhältnis. Heute ist die Ford Foundation von dem Automobilhersteller und dessen Erben völlig unabhängig, aber zur Zeit der Bildungsprogramme für Asien und Südamerika in den fünfziger und sechziger Jahren war das noch nicht der Fall. Gegründet wurde die Stiftung 1936, das Startkapital in Form von Aktien

---

* In den fünfziger Jahren diente die Ford Foundation oft als Frontorganisation der CIA, die über sie antimarxistischen Akademien und Künstlern Geld zukommen ließ, ohne dass diese wussten, woher es kam; dies ist ausführlich in *The Cultural Cold War* von Frances Stonor Saunders dokumentiert. Nicht von der Ford Foundation finanziert wurden Amnesty und die radikalsten der südamerikanischen Rechtsaktivisten, die Mütter von der Plaza de Mayo.

spendeten drei Ford-Motor-Geschäftsführer, darunter Henry und Edsel Ford. Als sich das Kapital der Stiftung vermehrte, begann sie unabhängig zu operieren, zu einer Loslösung vom Aktienkapital der Ford Motor Company kam es aber erst 1974 – ein Jahr nach dem Putsch in Chile und mehrere Jahre nach dem in Indonesien –, und noch bis zum Jahr 1976 saßen Mitglieder der Familie Ford im Stiftungsrat.[22]

Im südlichen Lateinamerika waren die Widersprüche geradezu surreal: Der philanthropische Ableger just des Unternehmens, das am engsten mit dem Terrorapparat verbandelt war – und dem vorgeworfen wurde, ein geheimes Folterzentrum auf seinem Areal gehabt zu haben sowie am Verschwinden der eigenen Arbeiter beteiligt gewesen zu sein –, bot die beste und oft einzige Möglichkeit, den schlimmsten Misshandlungen ein Ende zu bereiten. Durch die Finanzierung von Menschenrechtskämpfern rettete die Ford Foundation in jenen Jahren viele Menschenleben. Und es ist ihr zumindest teilweise auch zu verdanken, dass der US-Kongress überzeugt werden konnte, die militärische Unterstützung für Argentinien und Chile einzustellen und so die südamerikanischen Juntas Schritt um Schritt zu zwingen, ihre brutalsten Repressionsstrategien zurückzufahren. Dass aber Ford zu Hilfe kam, kostete einen hohen Preis, nämlich – bewusst oder unbewusst – die intellektuelle Aufrichtigkeit der Menschenrechtsbewegung. Die Entscheidung der Ford Foundation, sich für die Menschenrechte zu engagieren, ohne »in Politik verwickelt zu werden«, schuf ein Umfeld, in dem es so gut wie unmöglich war, die alles entscheidende Frage nach dem Wesen des Terrors zu stellen: Warum das alles, in wessen Interesse?

Dieses Versäumnis veränderte erheblich, *wie* die Ge-

schichte der marktwirtschaftlichen Revolution erzählt worden ist: größtenteils unbefleckt von den außergewöhnlich gewaltsamen Umständen ihrer Geburt. Genau wie die Chicagoer Ökonomen nichts zum Foltern zu sagen hatten (es hatte nichts mit ihrem Fachgebiet zu tun), konnten die Menschenrechtsgruppen wenig über den radikalen Umbau der Wirtschaft sagen (er lag jenseits ihres engen legalen Zuständigkeitsbereichs).

Die Überlegung, dass die Unterdrückung und die Wirtschaft in Wirklichkeit ein einziges Projekt waren, spiegelt sich in nur einem der großen Menschenrechtsberichte jener Zeit wider: *Brasil: Nunca Mais* (»Brasilien: niemals wieder«). Bezeichnenderweise ist dies der einzige Bericht einer Wahrheitskommission, der unabhängig sowohl vom Staat als auch von ausländischen Stiftungen veröffentlicht wurde. Er basiert auf den Militärgerichtsakten, die über die Jahre hinweg von unglaublich mutigen Anwälten und Kirchenmitarbeitern fotokopiert wurden, als das Land noch eine Diktatur war. Nach der detaillierten Auflistung der allerschrecklichsten Verbrechen stellen die Autoren die zentrale Frage, die andere so sorgfältig vermieden: Warum? Die nüchterne Antwort: »Da die Wirtschaftspolitik bei den allermeisten Bevölkerungsgruppen extrem unpopulär war, musste sie mit Gewalt durchgesetzt werden.«[23]

Das radikale Wirtschaftsmodell, das während der Diktatur so fest Wurzeln schlug, erwies sich als langlebiger als die Generäle, die es implementiert hatten. Als die Soldaten schon längst wieder in ihren Kasernen waren und die Südamerikaner ihre Regierungen wieder frei wählen durften, war die Logik der Chicagoer Schule noch immer eifrig am Werk.

Claudia Acuña, eine argentinische Journalistin und Lehrerin, erzählte mir, wie schwierig es in den siebziger und achtziger Jahren in vollem Umfang zu erkennen war, dass die Gewalt nicht das Ziel der Junta, sondern nur ihr Mittel war. »Ihre Menschenrechtsverletzungen waren so maßlos, so unglaublich, dass es natürlich vor allem anderen darauf ankam, ihnen Einhalt zu gebieten. Doch wir konnten zwar die geheimen Folterzentren zerstören, aber nicht das Wirtschaftsprogramm, das das Militär begonnen hatte und das bis zum heutigen Tag fortgesetzt wird.«

Wie Rodolfo Walsh vorhergesagt hatte, kostete letzten Endes das »geplante Elend« viel mehr Menschenleben als die Kugeln. In gewisser Weise wurde in den siebziger Jahren Südamerika als Mordtatort betrachtet, während es in Wirklichkeit Schauplatz eines außerordentlich gewaltsamen bewaffneten Raubüberfalls war. »Es war, als hätte jenes Blut, das Blut der Verschwundenen, die Kosten des Wirtschaftsprogramms verdeckt«, sagte mir Acuña.

Die Frage, ob man die Menschenrechte von Politik und Wirtschaft trennen kann, beschränkt sich nicht auf Lateinamerika; sie stellt sich immer, wenn Staaten Folter als politische Waffe einsetzen. Trotz der geheimnisvollen Aura und dem verständlichen Impuls, Folter als abnormes Verhalten jenseits der Politik abzutun, ist sie nicht besonders kompliziert. Sie ist ein ganz grobes Werkzeug, Zwang auszuüben, und man muss kein Hellseher sein, um vorherzusagen, dass es überall dort zu Folter kommt, wo ein lokaler Despot oder ein ausländischer Besatzer nicht die Zustimmung der Bevölkerung hat: Marcos auf den Philippinen, der Schah im Iran, Saddam im Irak, die Franzosen in Algerien, die Israelis in den besetzten Ge-

bieten, die US-Amerikaner im Irak und in Afghanistan. Die Liste wäre endlos. Die weitverbreitete Gefangenenmisshandlung ist ein so gut wie narrensicheres Anzeichen, dass Politiker versuchen, ein System zu oktroyieren – sei es ein politisches, ein religiöses oder wirtschaftliches –, das von vielen der von ihnen beherrschten Menschen abgelehnt wird. Genau wie Ökologen Ökosysteme anhand von bestimmten Indikatorspezies oder Leitorganismen bestimmen, etwa Pflanzen und Vögeln, ist die Folter ein Indikator für ein Regime, das ein zutiefst antidemokratisches Projekt betreibt, selbst wenn dieses Regime zufällig durch Wahlen an die Macht gekommen sein sollte.

Als Mittel, bei Verhören Informationen zu bekommen, ist die Folter notorisch unzuverlässig, aber als Mittel, die Bevölkerung insgesamt zu terrorisieren und zu kontrollieren, funktioniert nichts so gut. Aus diesem Grund verloren in den fünfziger und sechziger Jahren die Algerier die Geduld mit den französischen Liberalen, die sich zwar moralisch darüber empörten, dass ihre Soldaten Freiheitskämpfer mit Stromschlägen quälten und unter Wasser tauchten – aber nichts taten, um die Besatzung zu beenden, die der Grund für diese Menschenrechtsverletzungen war.

Voller Verzweiflung schrieb 1962 die französische Rechtsanwältin Gisèle Halimi, die mehrere Algerierinnen vertrat, welche im Gefängnis brutal vergewaltigt und gefoltert worden waren: »Die Worte waren dieselben abgestandenen Klischees: Seit in Algerien gefoltert wird, waren es immer dieselben Worte gewesen, dieselben Ausdrücke der Entrüstung, dieselben Unterschriften unter öffentlichen Protesten, dieselben Versprechungen. Diese automatische Routine hat kein einzi-

ges Paar Elektroden und keinen einzigen Wasserschlauch beseitigt, sie hat noch nicht einmal im Entferntesten darauf hingewirkt, die Macht derer zu beschneiden, die diese Methoden einsetzten.« Simone de Beauvoir schrieb zum selben Thema: »Im Namen der Moral gegen ›Exzesse‹ oder ›Missbrauch‹ zu protestieren ist ein Fehler, der aktiver Komplizenschaft nahe kommt. Es gibt hier keinen ›Missbrauch‹ und keine ›Exzesse‹, einfach nur ein alles durchdringendes *System*.«[24]

Ihr ging es darum, dass keine Besatzung human sein kann; es gibt keine Möglichkeit, Menschen gegen ihren Willen, aber human zu beherrschen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, erklärte Beauvoir: entweder die Besatzung mitsamt allen dafür nötigen Methoden zu akzeptieren, »oder man lehnt nicht nur bestimmte Praktiken ab, sondern das umfassendere Ziel, das sie sanktioniert und für das sie von entscheidender Bedeutung sind«. Vor derselben drastischen Wahl steht man heute im Irak oder in Israel/Palästina, und in den siebziger Jahren war dies auch im südlichen Lateinamerika die einzige Option.

Genau wie es keine nette, sanfte Art gibt, ein Land gegen den erklärten Willen seiner Bevölkerung zu besetzen, gibt es keine friedliche Möglichkeit, Millionen von Bürgern das wegzunehmen, was sie für ein menschenwürdiges Leben brauchen – aber genau das versuchten die Chicago Boys. Ob man nun Land raubt oder eine Lebensweise, es ist Gewalt oder zumindest die glaubhafte Androhung von Gewalt dazu nötig; deswegen haben Räuber Schießeisen und gebrauchen sie auch des Öfteren. Folter ist etwas Ekelhaftes, stellt aber oft eine wirklich höchst rationale Möglichkeit dar, ein bestimmtes Ziel zu erreichen; manchmal kann sie sogar die einzige Möglichkeit sein. Was die tiefere Frage aufwirft, die so viele zu jener

Zeit in Südamerika nicht stellen konnten: Ist der Neoliberalismus eine von sich aus gewalttätige Ideologie, und verfolgt er Ziele, die diesen Kreislauf von brutalen politischen Säuberungen und anschließendem Aufräumen von Menschenrechtlern nötig machen?

Einer der bewegendsten Beiträge zu dieser Diskussion stammt von Sergio Tomasella, Tabakpflanzer und Generalsekretär des argentinischen Bauernverbands, der wie seine Frau und viele Freunde und Familienmitglieder fünf Jahre lang im Gefängnis saß und gefoltert wurde.* Im Mai 1990 nahm Tomasella den Nachtbus von der ländlichen Provinz Corrientes nach Buenos Aires, um wie andere vor dem argentinischen Tribunal gegen Straffreiheit auszusagen, das Zeugen für Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur anhörte. Tomasellas Aussage unterschied sich von den anderen. In Bauernkleidung und Arbeitsstiefeln stand er vor der städtischen Zuhörerschaft und erklärte, er sei Opfer eines langen Krieges zwischen armen Bauern, die etwas Land wollten, um Kooperativen zu gründen, und den übermächtigen Viehzüchtern, denen in seiner Provinz die Hälfte des Landes gehörte. »Die Linie setzt sich kontinuierlich fort – diejenigen, die den Indianern das Land wegnahmen, unterdrücken heute uns mit ihren feudalen Strukturen.«[25]

Er bestand darauf, dass die Misshandlungen, unter denen er und seine Kollegen vom Bauernverband gelitten hatten, nicht von den riesigen Wirtschaftsinteressen zu trennen seien, denen mit dem Zerschinden ihrer Körper und dem Zerschlagen

---

* Diese Zusammenfassung verdanke ich Marguerite Feitlowitz' anregendem Buch *A Lexicon of Terror.*

ihres Aktivistennetzwerks gedient gewesen sei. Statt also die Soldaten zu nennen, die ihn misshandelt hatten, benannte er die in- wie ausländischen Unternehmen, die von Argentiniens ständiger wirtschaftlicher Abhängigkeit profitierten. »Ausländische Monopole zwingen uns Getreide auf. Sie zwingen uns Chemikalien auf, die unsere Erde verseuchen; sie zwingen uns Technologie und Ideologie auf. Und all das mittels der Oligarchie, der das Land gehört und die die Politik bestimmt. Aber wir dürfen nicht vergessen – auch diese Oligarchie wird von eben diesen Monopolen kontrolliert, von Ford Motors, Monsanto, Philip Morris. Es sind die *Strukturen*, die wir ändern müssen. Sie wollte ich anprangern. Deshalb bin ich gekommen. Das wäre alles.«

Die Zuhörer brachen in Beifall aus. Tomasella schloss seine Aussage mit den folgenden Worten: »Ich glaube, letzten Endes werden Wahrheit und Gerechtigkeit triumphieren. Es wird Generationen dauern. Wenn ich bei diesem Kampf sterben sollte, dann sei es so. Aber eines Tages werden wir triumphieren. Bis dahin weiß ich, wer der Feind ist, und der Feind weiß auch, wer ich bin.«[26]

Das erste Abenteuer der Chicago Boys in den siebziger Jahren hätte der Menschheit eine Warnung sein müssen: Das sind gefährliche Ideen. Da man aber nicht die Ideologie für die bei diesem ersten Experiment begangenen Verbrechen verantwortlich machte, genoss diese Subkultur halsstarriger Ideologen Immunität und war frei, die Welt nach der nächsten Gelegenheit zu durchkämmen. Wir leben heute wieder einmal in einer Ära korporatistischer Massaker, Länder leiden unter enormer militärischer Gewalt und organisierten Versuchen,

sie zu Modellen »freier Marktwirtschaft« umzubauen; Folter und Verschwindenlassen haben sich mit aller Macht zurückgemeldet. Und wieder einmal werden die Ziele der freien Marktwirtschaft und die Notwendigkeit solcher Brutalität so behandelt, als gäbe es da keinerlei Zusammenhang.

DEMOKRATIE ÜBERLEBEN

AUS GESETZEN GEMACHTE BOMBEN

> Ein bewaffneter Kampf zwischen Ländern entsetzt uns. Aber der Wirtschaftskrieg ist nicht besser als ein Waffengang. Er ist wie eine chirurgische Operation. Ein Wirtschaftskrieg ist verlängerte Folter. Und seine Verheerungen sind nicht weniger schrecklich als die, die in der Kriegsliteratur zutreffend so genannt werden. Wir halten nichts von dem anderen, weil wir an seine tödlichen Folgen gewöhnt sind … Die Bewegung gegen den Krieg ist vernünftig. Ich bete für ihren Erfolg. Aber ich werde die nagende Furcht nicht los, dass die Bewegung scheitern wird, wenn sie nicht die Wurzel allen Übels angeht – die menschliche Gier.
>
> M. K. Gandhi, *Non Violence – The Greatest Force*, 1926

VON EINEM KRIEG GERETTET

DER THATCHERISMUS UND DIE NÜTZLICHEN FEINDE

Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.
Carl Schmitt, nationalsozialistischer Staatsrechtler[1]

Als Friedrich von Hayek, der Schutzheilige der Chicagoer Schule, 1981 von einem Besuch in Chile zurückkehrte, war er von Augusto Pinochet und den Chicago Boys dort so beeindruckt, dass er seiner Freundin Margaret Thatcher, Premierministerin von Großbritannien, einen Brief schrieb. Er bestürmte sie, das südamerikanische Land als Modell dafür zu nehmen, Großbritanniens keynesianische Wirtschaft umzuformen. Thatcher und Pinochet sollten später zu engen Freunden werden, berühmt wurde Thatchers Besuch bei dem alternden General, der in England unter Hausarrest stand, weil Richter Baltasar Garzón vom spanischen Nationalgerichtshof ihm Völkermord, Folter und Terrorismus vorwarf.

Der britischen Premierministerin war der, wie sie es ausdrückte, »bemerkenswerte Erfolg der chilenischen Wirtschaft«, den sie als »ein überzeugendes Beispiel für eine Wirtschaftsreform, von der wir viel lernen können«, bezeichnete, gut be-

kannt. Doch trotz ihrer Bewunderung für Pinochet war Thatcher, als Hayek ihr erstmals vorschlug, seiner Schocktherapiepolitik nachzueifern, alles andere als überzeugt. Im Februar 1982 erklärte die Premierministerin das Problem frei heraus in einem privaten Brief an ihren intellektuellen Guru: »Sie werden mir sicherlich zustimmen, dass hier in Großbritannien mit unseren demokratischen Institutionen und der Notwendigkeit eines hohen Maßes von Konsens einige der in Chile ergriffenen Maßnahmen ziemlich inakzeptabel wären. Unsere Reform muss mit unseren Traditionen und unserer Verfassung in Einklang stehen.«[2]

Das Fazit war: Die Schocktherapie im Chicagoer Stil war in einer Demokratie wie dem Vereinigten Königreich einfach nicht möglich. Thatcher hatte drei Jahre ihrer ersten Amtszeit hinter sich, ihre Umfragewerte verschlechterten sich, und sie hatte keine Lust, unter Garantie die nächsten Wahlen zu verlieren, wenn sie etwas so Radikales oder Unpopuläres tat, wie Hayek vorschlug. – Für Hayek und die Bewegung, für die er stand, war das eine Enttäuschung. Das südamerikanische Experiment hatte zu so spektakulären Profiten geführt, wenn auch nur für einige wenige Beteiligte, dass zunehmend global agierende multinationale Unternehmen nach neuen Gelegenheiten gierten – und nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in den reichen Nationen des Westens, wo der Staat noch lukrativere Pfründe kontrollierte, die man profitorientiert betreiben könnte: Telefongesellschaften, Fluglinien, Fernsehsender, Stromversorger. Wenn jemand diese Agenda in die reiche Erste Welt tragen konnte, dann war das sicher entweder Thatcher in England oder der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan.

1981 veröffentlichte das Magazin *Fortune* einen Artikel über die Vorzüge von »Chile's Brave New World of Reaganomics«. Der Autor pries die »glitzernden, mit Luxus waren gefüllten Geschäfte« in Santiago und die »glänzenden neuen japanischen Autos«, blieb jedoch blind gegenüber der allgegenwärtigen Unterdrückung und der überproportionalen Zunahme der Elendsviertel. »Was können wir aus Chiles Experiment in Sachen wirtschaftlicher Orthodoxie lernen?«, lautete seine Frage, auf die er auch schnell die richtige Antwort hatte: »Wenn ein kleines unterentwickeltes Land nach der Theorie des Wettbewerbsvorteils leben kann, dann kann das unsere unendlich viel leistungsfähigere Wirtschaft mit Sicherheit auch.«[3]

Doch wie Thatcher in ihrem Brief an Hayek klargestellt hatte, war das nicht ganz so einfach. Gewählte Politiker müssen sich darum kümmern, was ihre Wähler von ihrer Arbeit halten, die regelmäßig auf den Prüfstand kommt. Und obwohl Anfang der achtziger Jahre Reagan und Thatcher an der Macht waren und Hayek und Friedman als Chefberater arbeiteten, war überhaupt nicht klar, ob eine radikale ökonomische Agenda, wie sie mit solch extremer Gewalt in Lateinamerika erzwungen worden war, in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten je möglich sein würde.

Ein Jahrzehnt zuvor hatten Friedman und seine Bewegung in den USA eine große Enttäuschung erlebt – unter niemand anderem als Richard Nixon –, die das zu bestätigen schien. Nixon hatte zwar mitgeholfen, die Chicago Boys in Chile an die Macht zu bringen, zu Hause hatte er aber einen völlig anderen Kurs verfolgt – ein Widerspruch, den Friedman ihm nie verzeihen sollte. Als Nixon 1969 sein Amt antrat, hielt Friedman die Zeit für gekommen, seine Gegenrevolution ge-

gen die Vermächtnisse des New Deal im eigenen Land einzuleiten. »Nur wenige Präsidenten waren näher daran, eine Philosophie zu vertreten, die mit meiner eigenen kompatibel war«, schrieb Friedman über Nixon.[4] Regelmäßig trafen sich die beiden Männer im Oval Office, und Nixon berief mehrere von Friedmans gleichgesinnten Freunden und Kollegen auf wirtschaftliche Schlüsselpositionen. Der eine war Professor George Shultz von der University of Chicago, den Friedman für Nixon zu rekrutieren half, ein weiterer war Donald Rumsfeld, damals 37 Jahre alt. In den sechziger Jahren hatte Rumsfeld immer wieder Seminare an der University of Chicago besucht, über die er sich später geradezu ehrfürchtig äußerte. Rumsfeld bezeichnete Friedman und seine Kollegen als »einen Haufen von Genies«, zu denen er und »andere Jungspunde … hingingen und zu ihren Füßen lernten … Ich war so privilegiert«.[5] Mit solchen Schülern in der Politik und seinen guten persönlichen Verbindungen zum Präsidenten hatte Friedman allen Grund zu glauben, dass seine Vorstellungen alsbald von der leistungsfähigsten Volkswirtschaft der Welt in die Praxis umgesetzt werden würden.

1971 aber war die amerikanische Wirtschaft im Niedergang; die Arbeitslosigkeit war hoch, und die Inflation trieb die Preise nach oben. Wenn Nixon Friedmans Laissez-faire-Rat befolgte, das war ihm klar, würden Millionen wütender Bürger ihn aus dem Weißen Haus herauswählen. Er beschloss, die Preise für lebensnotwendige Dinge wie Miete und Öl zu deckeln. Friedman war außer sich: Von allen möglichen staatlichen »Verzerrungen« waren Preiskontrollen die allerschlimmsten. Er bezeichnete sie als »Krebs, der die Fähigkeit eines Wirtschaftssystems zu funktionieren zerstören kann«.[6]

Eine noch größere Schande war, dass seine eigenen Schüler die Seite der Keynesianer stärkten: Rumsfeld leitete das Programm zur Lohn- und Preiskontrolle, und er erstattete Shultz, damals Direktor des Office of Management and Budget, Bericht. Einmal rief Friedman Rumsfeld im Weißen Haus an und beschimpfte seinen ehemaligen »Jungspund«; Rumsfeld zufolge trug Friedman ihm auf: »Sie müssen mit dem aufhören, was Sie da tun.« Der frischgebackene Bürokrat antwortete, dass es zu funktionieren schien – die Inflation ging zurück, die Wirtschaft wuchs. Friedman schnauzte zurück, das sei das größte Verbrechen von allen: »Die Leute werden glauben, dass das Ihr Werk ist … sie werden die falsche Lektion lernen.«[7] So kam es, und im folgenden Jahr wählten sie Nixon mit 60 Prozent der abgegebenen Stimmen wieder. In seiner zweiten Amtszeit steckte der Präsident noch weitere von Friedmans orthodoxen Lehren in den Reißwolf und ließ einen Berg neuer Gesetze verabschieden, die der Industrie höhere Umwelt- und Sicherheitsstandards auferlegten. »Wir sind jetzt alle Keynesianer«, frohlockte Nixon – das war der schlimmste Schlag von allen.[8] Dieser Verrat traf so tief, dass Friedman später Nixon als »den sozialistischsten Präsidenten der Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert« bezeichnete.[9]

Nixons Amtszeit war eine deutliche Lektion für Friedman. Der Professor der University of Chicago hatte auf der Gleichsetzung von Kapitalismus und Freiheit eine Bewegung aufgebaut, aber freie Menschen schienen einfach keine Politiker zu wählen, die seinem Rat folgten. Schlimmer noch, Diktaturen – in denen es eindeutig keine Freiheit gab – waren die einzigen Regierungen, die damals bereit waren, die Doktrin des reinen freien Marktes in die Praxis umzusetzen. Während sie me-

ckerten, dass zu Hause niemand auf sie höre, suchten sich die Koryphäen von der Chicagoer Schule als Juntahopper ihren Weg durch die siebziger Jahre. Fast überall, wo rechte Militärdiktaturen an der Macht waren, konnte man die Gegenwart der University of Chicago spüren. Harberger beriet 1976 das Militärregime in Bolivien, und 1979 nahm er die Ehrendoktorwürde der argentinischen Universität von Tucuman entgegen – zu einer Zeit, da die Universitäten dort von der Junta kontrolliert wurden.[10] Und noch weiter weg beriet er Suharto und die Berkeley-Mafia in Indonesien, während Friedman ein Programm zur wirtschaftlichen Liberalisierung für die repressive Kommunistische Partei Chinas schrieb, als diese beschlossen hatte, zur Marktwirtschaft überzugehen.[11]

Stephen Haggard, ein stramm neoliberaler Politikwissenschaftler der University of California, räumte die »traurige Tatsache« ein, dass »einige sehr weitreichende Reformanstrengungen in Entwicklungsländern in der Folge von Militärputschen« unternommen wurden – neben dem südlichen Lateinamerika und Indonesien führte er als Beispiele die Türkei, Südkorea und Ghana an. Andere Erfolge waren zwar nicht nach Staatsstreichen zu verzeichnen, aber in Einparteienstaaten wie Mexiko, Singapur, Hongkong und Taiwan. In direktem Gegensatz zu Friedmans Kernbehauptung kam Haggard zu dem Schluss, dass »die guten Dinge – wie Demokratie und marktorientierte Wirtschaftspolitik – nicht immer zusammenpassen«.[12] In der Tat gab es in den frühen achtziger Jahren *nicht einen einzigen Fall* einer Mehrparteiendemokratie, die sich voll und ganz dem freien Markt verschrieben hätte.

In Entwicklungsländern argumentieren Linke seit langem,

dass eine echte Demokratie mit fairen Regeln, die verhindern, dass Unternehmen Wahlen kaufen, notwendigerweise zu Regierungen führen würden, die die Umverteilung von Reichtum anstreben. Dies ist ganz logisch: In diesen Ländern gibt es weit mehr arme als reiche Menschen. Das klare Eigeninteresse einer armen Majorität bedient eine Politik, die direkt Land verteilt und Einkommen erhöht, nicht ein »Durchsickern« des Reichtums von oben nach unten. Wenn alle Menschen zur Wahl gehen können und das Verfahren einigermaßen fair ist, werden sie die Politiker wählen, die ihnen am ehesten Arbeit und Land geben werden und keine neuen marktwirtschaftlichen Versprechungen.

Aus all diesen Gründen beschäftigte sich Friedman ziemlich lange mit einem intellektuellen Paradoxon: Als Erbe von Adam Smith glaubte er leidenschaftlich daran, dass Menschen von Eigeninteressen geleitet werden und die Gesellschaft dann am besten funktioniert, wenn diese Eigeninteressen nahezu alle Aktivitäten leiten können. Mit Ausnahme einer kleinen Aktivität, die man »wählen« nennt. Da die meisten Menschen auf der Welt entweder arm sind oder unter dem jeweiligen Durchschnittseinkommen leben (auch in den USA), liegt es in ihrem kurzfristigen Interesse, Politiker zu wählen, die versprechen, den Reichtum von oben hinunter zu ihnen umzuverteilen.[13] Friedmans langjähriger Freund und Kollege Allan Meltzer, wie er ein Anhänger des Monetarismus, formulierte das Dilemma so: »Wählerstimmen sind gleichmäßiger verteilt als Einkommen … Wähler mit durchschnittlichem oder niedrigerem Einkommen gewinnen, wenn Einkommen auf sie selbst transferiert wird.« Meltzer bezeichnete diese Reaktion als »Teil der Kosten für Demokratie und politische Frei-

heit«, sagte aber auch: »Die Friedmans [Milton und seine Frau Rose] schwammen gegen diese starke Strömung. Sie konnten sie nicht aufhalten oder umkehren, aber sie beeinflussten weit mehr als alle anderen die Art und Weise, wie Menschen und Politiker denken und handeln.«[14]

Jenseits des Atlantiks versuchte Thatcher eine englische Version der Friedman'schen Wirtschaftspolitik, indem sie für das eintrat, was als die »Eigentümergesellschaft« bekannt wurde. Dabei konzentrierte sie sich auf den britischen Sozialwohnungsbau, gegen den sie aus philosophischen Gründen war, denn sie glaubte, der Staat hätte auf dem Wohnungsmarkt nichts zu suchen. In den Sozialwohnungen lebten die Menschen, die die Tories (die Konservativen) nicht wählten, weil das nicht in ihrem wirtschaftlichen Eigeninteresse war; wenn man diese Leute zum Markt bringen würde, so Thatchers Überzeugung, würden sie sich mit den Interessen der wohlhabenderen Schichten identifizieren, die gegen eine Umverteilung waren. Mit diesem Hintergedanken bot sie den Mietern von Sozialwohnungen an, diese zu reduzierten Preisen zu kaufen. Wer sich das leisten konnte, wurde Eigentümer, die anderen sahen sich mit Mieten konfrontiert, die nun doppelt so hoch waren. Das war die Strategie des Teilens und Herrschens, und sie funktionierte: Die Mieter befanden sich weiterhin in Opposition zu Thatcher, die Straßen der britischen Großstädte füllten sich mit Wohnungslosen, Umfragen aber zeigten, dass mehr als die Hälfte der neuen Eigentümer ihre Parteipräferenz zu den Tories verlagerte.[15]

Die Wohnungsverkäufe waren zwar ein Hoffnungsschimmer, eine stramm rechte Wirtschaftspolitik in einer Demokratie zu etablieren, aber Thatcher schien weiterhin dazu ver-

dammt, nach bloß einer Amtszeit ihren Job zu verlieren. 1979 hatte sie mit dem Slogan »Labour funktioniert nicht« Wahlkampf betrieben, bis 1982 aber hatte sich die Zahl der Arbeitslosen und auch die Inflationsrate verdoppelt.[16] Sie hatte versucht, einer der stärksten Gewerkschaften des Landes, der der Bergarbeiter, den Kampf anzusagen, und war daran gescheitert. Nach drei Jahren im Amt fand sie bei Umfragen nur noch 25 Prozent Zustimmung – weniger als George W. Bush an seinem Tiefpunkt und weniger als jeder andere britische Premierminister, seit es Meinungsumfragen gibt. Die Zustimmung zu ihrer Regierung insgesamt war sogar auf 18 Prozent gesunken.[17] Da Wahlen anstanden, schien der Thatcherismus ein frühes und unrühmliches Ende zu nehmen, lange bevor die Tories ihre ehrgeizigsten Ziele erreicht hatten – massenhafte Privatisierungen und die Zerschlagung der Gewerkschaften. Unter solch schwierigen Umständen schrieb Thatcher an Hayek und informierte ihn höflich, dass eine Umwandlung im Stil von Chile in Großbritannien »ziemlich inakzeptabel« wäre.

Thatchers katastrophale erste Amtszeit schien die Lehre aus den Nixon-Jahren zu bestätigen, dass die radikale und höchst profitable Politik der Chicagoer Schule in einem demokratischen System nicht überleben könne. Es schien klar, dass die erfolgreiche Anwendung der wirtschaftlichen Schocktherapie noch eine andere Art von Schock bedingte – sei es nun ein Putsch oder sei es der von einem repressiven Regime in der Folterkammer verabreichte Schock.

Das war für die Wall Street eine besonders beunruhigende Perspektive, denn in den frühen achtziger Jahren brachen allmählich überall auf der Welt autoritäre Regime zusammen –

Iran, Nicaragua, Ecuador, Peru, Bolivien –, und noch viele weitere folgten in der, wie es der konservative Politikwissenschaftler Samuel Huntington ausdrückte, »dritten Welle« der Demokratisierung.[18] Das waren besorgniserregende Entwicklungen: Was würde das Auftauchen eines neuen Allende verhindern? Was seinen Wahlsieg und die Unterstützung einer populistischen Politik?

Washington hatte mit ansehen müssen, dass 1979 genau dieses Szenario im Iran und in Nicaragua eingetreten war. Im Iran wurde der von den Vereinigten Staaten unterstützte Schah von einer Koalition aus Linken und Islamisten gestürzt. Die Geschichten von den Geiselnahmen und den Ayatollahs beherrschten die Schlagzeilen, doch die wirtschaftliche Seite des Regierungsprogramms ließ in Washington gleichermaßen die Alarmglocken klingeln. Das islamische Regime, das noch nicht vollends autoritär war, verstaatlichte das Bankwesen und machte sich dann an eine Landreform. Es unterwarf auch Im- und Exporte der Kontrolle, was die Freihandelspolitik des Schahs auf den Kopf stellte.[19] Fünf Monate später fiel in Nicaragua die von den USA unterstützte Diktatur des Anastasio Somoza Debayle einem Volksaufstand zum Opfer, und die linke Sandinisten-Regierung kam an die Macht. Sie beschränkte die Importe und verstaatlichte wie die Iraner das Bankwesen.

Das alles lief auf eine düstere Prognose für den Traum des globalen freien Marktes hinaus: Anfang der achtziger Jahre sahen sich die Friedman-Anhänger damit konfrontiert, dass ihre noch kein Jahrzehnt alte Revolution eine weitere Welle des Populismus nicht überleben würde.

Krieg als Rettung

Sechs Wochen nach Thatchers Brief an Hayek passierte etwas, das sie umdenken ließ und auch das Schicksal des korporatistischen Kreuzzugs änderte: Am 2. April 1982 besetzte Argentinien die Falklandinseln, ein Relikt der britischen Kolonialherrschaft. Der Krieg um die Falklandinseln – oder die Islas Malvinas, wie sie auf Argentinisch heißen – ging als brutale, aber ziemlich unwichtige Schlacht in die Geschichtsbücher ein. Damals schienen die Falklandinseln keinerlei strategische Bedeutung zu haben. Die Inselgruppe vor der argentinischen Küste war viele tausend Kilometer von Großbritannien entfernt, ihr Unterhalt und Schutz kosteten viel Geld. Auch Argentinien konnte wenig damit anfangen, selbst wenn es den Nationalstolz beleidigte, einen britischen Außenposten vor der Haustür zu haben. Mit beißendem Spott bezeichnete der berühmte argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges den Streit um die Inseln als »Kampf zwischen zwei Glatzköpfigen um einen Kamm«.[20]

Aus militärischer Sicht hat die elfwöchige Schlacht so gut wie keine historische Bedeutung. Übersehen wird jedoch dabei, was der Krieg für das Projekt freier Markt bedeutete, nämlich enorm viel: Der Falklandkrieg gab Thatcher die politische Deckung, ein Programm der radikalen kapitalistischen Umwandlung zum ersten Mal in einer liberalen westlichen Demokratie durchzusetzen.

Beide Seiten hatten gute Gründe, sich einen Krieg zu wünschen. 1982 brach Argentiniens Wirtschaft unter der Last der Schulden und der Korruption zusammen, und die Menschenrechtskampagnen nahmen an Fahrt auf. Eine neue

Juntaregierung unter General Leopoldo Galtieri rechnete sich aus, noch stärker als die Wut über die andauernde Unterdrückung der Demokratie könnten nur antiimperialistische Gefühle sein, die Galtieri gekonnt auf die Briten lenkte, weil die sich weigerten, die Inseln aufzugeben. Alsbald ließ die Junta die blauweißblaue Flagge Argentiniens auf dem felsigen Außenposten hissen, und das Land jubelte wie aufs Stichwort.

Als die Nachricht eintraf, dass Argentinien die Falklandinseln beanspruche, erkannte Thatcher darin ihre allerletzte Chance, ihr politisches Schicksal noch einmal zu wenden, und sie schaltete sofort auf Churchill'schen Kampfmodus um. Bis zu diesem Punkt hatte sie für die Kosten, die die Inseln dem Staatssäckel verursachten, nur Verachtung übriggehabt. Sie hatte die Zuwendungen dafür gekürzt und größere Einschnitte bei der Marine angekündigt, die unter anderem auch die Kriegsschiffe betrafen, die die Falklands bewachten – was die argentinischen Generäle als deutliche Zeichen interpretiert hatten, dass Großbritannien bereit war, das Territorium aufzugeben. (Einer von Thatchers Biographen charakterisierte ihre Falklandpolitik als »praktisch eine Einladung an die Argentinier zur Invasion«.[21]) Im Vorfeld des Krieges beschuldigten Kritiker quer durch das politische Spektrum Thatcher, sie würde das Militär für ihre eigenen politischen Zwecke verwenden. Der Labour-Unterhausabgeordnete Tony Benn sagte: »Es sieht immer mehr danach aus, dass es um Frau Thatchers Ruf geht und ganz und gar nicht um die Falklandinseln.« Und die konservative *Financial Times* merkte an: »Bedauerlich ist, dass sich in die Angelegenheit schnell immer mehr politische Differenzen innerhalb Großbritanniens selbst hineinmischen,

die nichts mit dem anstehenden Problem zu tun haben. Es geht nicht allein um den Stolz der argentinischen Regierung. Es geht auch um das Ansehen und vielleicht sogar das Überleben der Tory-Regierung in Großbritannien.«[22]

Doch trotz all dieses gesunden Zynismus im Vorfeld wurde das Land, sobald die Truppen in Marsch gesetzt worden waren, von etwas ergriffen, das in einem Resolutionsentwurf der Labour Party als »chauvinistischer, militaristischer Geisteszustand« beschrieben wurde, der die Falklandinseln als letzte Möglichkeit betrachtete, wie das verblassende britische Empire noch einmal zu Ruhm kommen könne.[23] Thatcher jubelte, der »Falklands-Geist« habe die Nation ergriffen, was in der Praxis bedeutete, dass die »Weg mit der Schlampe!«-Rufe weniger wurden, während sich »Hängt die Junta auf!«-T-Shirts bestens verkauften.[24] Weder London noch Buenos Aires unternahmen irgendwelche ernsthaften Versuche, ein Kräftemessen zu vermeiden. Thatcher ignorierte die Vereinten Nationen genauso wie Bush und Blair es im Vorfeld des Irakkrieges taten, Sanktionen oder Verhandlungen kamen nicht in Frage. Ein ruhmreicher Sieg war das einzige Ergebnis, an dem beide Seiten interessiert waren.

Thatcher kämpfte um ihre politische Zukunft – und gewann spektakulär. Nach der Rückeroberung der Falklandinseln – die 255 britischen Soldaten und 655 Argentiniern das Leben kostete – wurde die Premierministerin als Kriegsheldin gefeiert, ihr Spitzname »Eiserne Lady« wandelte sich von einer Beleidigung zum höchsten Lob.[25] Ähnlich änderten sich die Umfragewerte. Im Verlauf des Krieges stieg die Zahl derer, die ihre Politik befürworteten, auf mehr als das Doppelte, von 25 Prozent zu Beginn auf 59 Prozent am Ende, was That-

cher den Weg zu einem unangefochtenen grandiosen Sieg bei den Wahlen im nächsten Jahr ebnete.[26]

Die britische Gegeninvasion der Falklandinseln lief unter dem Codenamen Operation Corporate, und auch wenn das für eine militärische Unternehmung ein merkwürdiger Name war, erwies er sich als hellsichtig. Thatcher nutzte die enorme Popularität, die ihr der Sieg einbrachte, um genau die korporatistische Revolution zu starten, die sie vor dem Krieg Hayek gegenüber als unmöglich bezeichnet hatte. Als die Kohlebergleute 1984 streikten, stellte Thatcher den Ausstand als eine Verlängerung des Kriegs mit Argentinien hin und verlangte eine gleichermaßen brutale Lösung. Berühmt wurde ihr Ausspruch: »Wir mussten auf den Falklands den äußeren Feind bekämpfen, und jetzt müssen wir gegen den inneren kämpfen, was viel schwieriger, aber für die Freiheit genauso gefährlich ist.«[27] Da britische Arbeiter jetzt zu »inneren Feinden« erklärt waren, ließ Thatcher die volle Staatsgewalt auf die Streikenden los; so wurden bei einer Gelegenheit überwiegend berittene, Schlagstöcke schwingende Bereitschaftspolizisten entsandt, um eine Streikpostenkette zu durchbrechen, wobei es rund 700 Verletzte gab. Im Verlauf des langen Streiks stieg die Zahl der Verletzten in die Tausende. In seiner umfassenden Darstellung des Streiks *(The Enemy within*: *Thatcher's Secret War against the Miners)* hält der *Guardian*-Reporter Seumas Milne fest, dass die Premierministerin die Sicherheitskräfte anwies, die Überwachung der Gewerkschaft, insbesondere ihres militanten Führers Arthur Scargill, zu verschärfen. Was folgte, war die »umfassendste Gegenspionageoperation, die je in Großbritannien stattfand«.[28] Die Gewerkschaft wurde von zahlreichen Agenten unterwandert, und alle ihre

Telefone wurden verwanzt – genau wie die Wohnungen ihrer Führer und die Fish-and-Chips-Läden, die sie häufiger besuchten. Einem Mitglied des Gewerkschaftsvorstands wurde später im Unterhaus vorgeworfen, er sei ein MI5-Agent, der eingeschleust worden sei, um »die Gewerkschaft zu destabilisieren und zu sabotieren«, aber dieser bestritt das.

Nigel Lawson, zum Zeitpunkt des Streiks Schatzkanzler, erklärte, dass die Regierung Thatcher die Gewerkschaft als ihren Feind betrachtete. »Es war eine Bewaffnung wie angesichts der Bedrohung durch Hitler Ende der dreißiger Jahre«, sagte Lawson ein Jahrzehnt später. »Wir mussten gerüstet sein.«[29] Wie im Fall Falkland bestand wenig Interesse an Verhandlungen, es gab nur eine konzentrierte Entschlossenheit, die Gewerkschaft zu zerschlagen, wie viel es auch kosten möge (und die Kosten für 3000 zusätzliche Polizeieinsätze pro Tag waren enorm). Sergeant Colin Naylor, der als Polizist den Konflikt aus erster Hand mitbekam, beschrieb ihn als »Bürgerkrieg«.[30]

Bis 1985 hatte Thatcher auch diesen Krieg gewonnen. Die Arbeiter wurden immer hungriger und konnten nicht länger durchhalten, schließlich wurden 966 Leute entlassen.[31] Für Großbritanniens mächtigste Gewerkschaft war das ein verheerender Rückschlag, für alle anderen war es eine klare Botschaft: Wenn Thatcher bereit war, bis ans Äußerste zu gehen, um die Kohlebergleute zu zerschlagen, auf die das Land schließlich für Strom und Wärme angewiesen war, dann wäre es für schwächere Gewerkschaften, die weniger wichtige Produkte und Dienstleistungen vertraten, Selbstmord, sich gegen ihre neue Wirtschaftsordnung zu stellen. Da akzeptierte man besser, was man bekommen konnte. Eine ganz ähn-

liche Botschaft hatte Ronald Reagan wenige Wochen nach seinem Amtsantritt verbreitet, als er einen Fluglotsenstreik niederschlug. Da sie nicht zur Arbeit erschienen seien, hätten sie »ihre Jobs verwirkt und werden entlassen«, sagte Reagan, dann feuerte er 11 400 der landesweit wichtigsten Beschäftigten auf einen Streich – ein Schock, von dem sich die US-Gewerkschaften bis heute noch nicht wieder völlig erholt haben.[32]

In Großbritannien baute Thatcher ihre Siege auf den Falklands und über die Bergarbeiter zu einem großen Sprung nach vorn für ihre radikale ökonomische Agenda aus. Zwischen 1984 und 1988 privatisierte die Regierung unter anderen British Telecom, British Gas, British Airways, British Airport Authority und British Steel und verkaufte ihre Anteile an British Petroleum.

Ähnlich wie die Terroranschläge vom 11. September 2001, die einem unbeliebten Präsidenten Gelegenheit verschafften, eine massive Privatisierungsinitiative zu starten (in Bushs Fall die Privatisierung der Sicherheit, der Kriegführung und des Wiederaufbaus), nutzte Thatcher ihren Krieg, um die erste umfassende Privatisierungsauktion in einer westlichen Demokratie einzuleiten. Das war die eigentliche Operation Corporate – eine mit historischen Auswirkungen. Thatchers erfolgreiche Nutzbarmachung des Falklandkriegs war der erste definitive Beweis, dass ein Wirtschaftsprogramm der Chicagoer Schule keine Militärdiktaturen und Folterkammern braucht, um Fortschritte zu machen. Sie hatte gezeigt, dass man mit einer hinreichend großen politischen Krise eine begrenzte Version von Schocktherapie auch in einer Demokratie anwenden kann.

Doch Thatcher brauchte noch immer einen Feind, um das Land zu einen, eine Reihe außergewöhnlicher Umstände, die ihren Einsatz von Notfallmaßnahmen und Repressionen rechtfertigte – eine Krise, die sie fest und entschlossen aussehen ließ und nicht grausam und regressiv. Der Krieg hatte ihren Zwecken perfekt gedient, aber der Kampf um die Falklandinseln war Anfang der achtziger Jahre eine Anomalie, ein Rückfall in frühere Kolonialkonflikte. Wenn die Achtziger wirklich zur Morgendämmerung eines neuen Zeitalters des Friedens und der Demokratie werden sollten, wie viele behaupteten, dann wären Auseinandersetzungen wie die um die Falklands etwas viel zu Seltenes, um die Basis eines globalen politischen Projekts bilden zu können.

1982 schrieb Milton Friedman seinen einflussreichsten Absatz, der die Schockdoktrin am besten zusammenfasst: »Nur eine Krise – eine tatsächliche oder empfundene – führt zu echtem Wandel. Wenn es zu so einer Krise kommt, hängt das weitere Vorgehen von den Ideen ab, die im Umlauf sind. Das ist meiner Ansicht nach unsere Hauptfunktion: Alternativen zur bestehenden Politik zu entwickeln, sie am Leben und verfügbar zu halten, bis das politisch Unmögliche politisch unvermeidlich wird.«[33] Dies sollte zu einer Art Mantra für seine Bewegung in der neuen demokratischen Ära werden. Allen Meltzer baute diese Philosophie weiter aus: »Ideen sind Alternativen, die auf eine Krise warten, um als Katalysatoren des Wandels zu dienen. Friedmans Modell für Beeinflussung bestand darin, Ideen zu legitimieren, sie tragfähig zu machen und sie als des Versuches wert hinzustellen, wenn sich die Gelegenheit bietet.«[34]

Friedman dachte nicht an militärische, sondern an wirtschaftliche Krisen. Begriffen hatte er, dass unter normalen Umständen wirtschaftliche Entscheidungen auf der Basis des Hin und Hers wettstreitender Interessen getroffen werden – Arbeiter wollen Jobs und Lohnerhöhungen, Eigentümer wollen weniger Regulierungen, und Politiker müssen ein Gleichgewicht zwischen diesen konkurrierenden Kräften finden. Wenn es jedoch zu einer wirtschaftlichen Krise kommt, die schwer genug ist – ein Währungsverfall, ein Zusammenbruch der Märkte, eine große Rezession –, wird alles andere hintangestellt, und die Herrschenden sind frei, alles Notwendige (oder was als notwendig bezeichnet wird) zu unternehmen, um auf einen nationalen Notstand zu reagieren. Krisen sind in gewisser Weise demokratiefreie Zonen – Unterbrechungen der normalen Politik, wenn die Notwendigkeit für Einverständnis und Einvernehmen anscheinend suspendiert ist.

Die Idee, dass ein Marktzusammenbruch als Katalysator für einen revolutionären Wandel dienen kann, hat bei der extremen Linken eine lange Tradition; am bekanntesten ist die Theorie der Bolschewiki, dass eine durch Zerstörung des Geldwerts herbeigeführte Hyperinflation die Massen einen Schritt näher an die Zerschlagung des Kapitalismus selbst bringt.[35] Diese Theorie erklärt, warum eine bestimmte Sorte von sektiererischen Linken immer wieder die genauen Bedingungen berechnet, unter denen der Kapitalismus »die Krise« erreicht, genau wie evangelikalische Christen die Anzeichen für das kommende Ende aller Tage kalibrieren. Mitte der achtziger Jahre erlebte diese kommunistische Vorstellung eine machtvolle Wiedererweckung, denn sie wurde von Ökonomen der

Chicagoer Schule aufgegriffen, die argumentierten, genau wie ein Marktzusammenbruch eine linke Revolution beschleunigen könne, könne man ihn auch nutzen, um eine rechte Gegenrevolution zu entzünden – eine Theorie, die als »Krisen-Hypothese« bekannt wurde.[36]

Friedmans Interesse an Krisen war also ein eindeutiger Versuch, aus den Siegen der Linken nach der Weltwirtschaftskrise zu lernen: Als die Märkte zusammenbrachen, standen Keynes und seine Schüler – zuvor Rufer in der Wüste – bereit, mit ihren Ideen, ihren New-Deal-Lösungen aufzuwarten. In den siebziger Jahren hatten Friedman und seine Partner aus der Wirtschaft versucht, diesen Prozess mit ihrer einzigartigen Branche intellektueller Krisenvorbereitung nachzuahmen. Mit großer Sorgfalt bauten sie ein neues Netzwerk von rechten Denkfabriken auf, darunter Heritage und Cato, und produzierten das erfolgreichste Vehikel zur Verbreitung Friedman'schen Gedankenguts, die zehnteilige TV-Miniserie *Free to Choose* – die einige der größten Unternehmen der Welt mitgetragen hatten: so etwa Getty Oil, Firestone Tire & Rubber Co. PepsiCo, General Motors, Bechtel und General Mills.[37] Wenn die nächste Krise zuschlug, so hatte Friedman beschlossen, würden es seine Chicago Boys sein, die mit ihren Ideen und ihren Lösungen bereitstünden.

Als Friedman die Krisen-Theorie erstmals Anfang der achtziger Jahre formulierte, litten die Vereinigten Staaten unter einer Rezession – einem Doppelschlag von hoher Inflation und hoher Arbeitslosigkeit. Und die Politik der Chicagoer Schule – heute unter der Bezeichnung Reaganomics bekannt – genoss in Washington zweifellos höchstes Ansehen. Aber selbst Reagan wagte es nicht, eine so durchschlagende Schocktherapie

zu implementieren, wie Friedman sie erträumte und wie er sie Chile verordnet hatte.

Abermals war es ein südamerikanisches Land, das zum Testgelände für Friedmans Krisen-Theorie werden sollte – aber diesmal wies kein Chicago Boy den Weg, sondern eine neue Art von Schockarzt, die besser in die neue demokratische Zeit passte.

DER NEUE DR. SCHOCK

WIRTSCHAFTSKRIEG STATT DIKTATUR

> Die Lage in Bolivien kann man gut mit einem Menschen vergleichen, der Krebs hat. Er weiß, dass ihm eine sehr gefährliche und schmerzliche Operation bevorsteht, worauf die Geldwertstabilisierung und eine Reihe anderer Maßnahmen zweifellos hinauslaufen werden. Und doch hat er keine Alternative.
>
> Cornelius Zondag, amerikanischer Wirtschaftsberater in Bolivien 1956[1]

> Die Verwendung des Krebses innerhalb des politischen Diskurses befördert den Fatalismus und rechtfertigt »strenge« Maßnahmen – wie sie zugleich die weitverbreitete Ansicht bestätigt, dass die Krankheit notwendigerweise tödlich ausgeht. Eine Krankheitsauffassung ist niemals unschuldig. Es ließe sich jedoch behaupten, dass Krebsmetaphern als solche schon implizit genozidal sind.
>
> Susan Sontag, *Krankheit als Metapher*, 1977[2]

1985 wurde auch Bolivien von der Demokratisierungswelle erfasst, die durch die Entwicklungsländer fegte. Nachdem sie 18 der vorangegangenen 21 Jahre unter der einen oder anderen Form von Diktatur gelebt hatten, konnten die Bolivianer nun bei landesweiten Wahlen ihren Präsidenten selbst bestimmen.

Genau zu diesem Zeitpunkt die Kontrolle über die bolivianische Wirtschaft zu bekommen, war jedoch eher eine Strafe als ein Sieg: Bolivien war so stark verschuldet, dass allein die Zinsen höher waren als der gesamte Staatshaushalt. Ein Jahr zuvor, 1984, hatte Ronald Reagans Regierung das Land über die Klinge springen lassen, indem sie einen beispiellosen Feldzug gegen die bolivianischen Kokabauern finanzierte, die den Strauch anbauten, aus dessen Blättern Kokain gewonnen wird. Dabei wurde ein großer Teil des verarmten Landes in ein militärisches Sperrgebiet verwandelt und nicht nur der Kokahandel zum Erliegen gebracht, sondern Bolivien auch rund der Hälfte seiner Einkünfte aus dem Export beraubt, was zu einem wirtschaftlichen GAU führte. *The New York Times* berichtete: »Als die Armee im August in Chapare einmarschierte, um die Drogendollar-Pipeline ein Stück weit zuzudrehen, traf die Schockwelle unmittelbar den blühenden Dollar-Schwarzmarkt … keine Woche nach der Besetzung von Chapare sah sich die Regierung gezwungen, den offiziellen Peso-Kurs um mehr als die Hälfte herunterzufahren.« Ein paar Monate später hatte sich die Inflation verzehnfacht, und Tausende verließen das Land, um in Argentinien, Brasilien, Spanien und den Vereinigten Staaten Arbeit zu suchen.[3] Unter solchen heiklen Umständen – mit einer Inflationsrate von 14 000 Prozent – ging Bolivien in die historischen Wahlen von 1985. Sie waren ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen zwei den Bolivianern bestens bekannten Personen – ihrem ehemaligen Diktator Hugo Banzer und ihrem ehemaligen gewählten Präsidenten Victor Paz Estenssoro. Die Wahlen gingen sehr knapp aus, und die endgültige Entscheidung musste das Parlament treffen, aber Banzers Mannschaft war sicher, dass sie gewonnen hätte. Noch ehe das Wahlergeb-

nis bekanntgegeben wurde, versicherte sich die Partei der Hilfe eines wenig bekannten dreißigjährigen Ökonomen namens Jeffrey Sachs, der einen Wirtschaftsplan zur Bekämpfung der Inflation ausarbeiten sollte. Sachs war der kommende Star der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät von Harvard, heimste reihenweise akademische Ehren ein und war einer der jüngsten ordentlichen Professoren der Universität. Ein paar Monate zuvor hatte eine Delegation bolivianischer Politiker Harvard besucht und Sachs in Aktion gesehen; sie bewunderten seinen Mut – er hatte ihnen gesagt, er könnte ihre Inflationskrise an einem Tag bewältigen. Sachs hatte keinerlei Erfahrungen mit der Wirtschaft von Entwicklungsländern, war aber überzeugt, wie er selbst zugab, »dass ich so gut wie alles wüsste, was es über [Inflation] zu wissen gab«.[4]

Sachs war stark von Keynes' Arbeiten über den Zusammenhang zwischen der Hyperinflation und der Ausbreitung des Faschismus in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg beeinflusst. Die Deutschland im Friedensvertrag aufgebürdeten Lasten hatten das Land in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt – einschließlich einer Hyperinflationsrate von 3,25 Millionen Prozent im Jahr 1923 –, die dann noch von der Weltwirtschaftskrise ein paar Jahre später verschlimmert wurde. Angesichts einer Arbeitslosenquote von 30 Prozent und der allgemeinen Wut auf das, was wie eine weltweite Verschwörung aussah, fiel der Nationalsozialismus auf fruchtbaren Boden.

Sachs zitierte gerne Keynes' Warnung: »Es gibt kein feineres und kein sichereres Mittel, die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft umzustürzen, als die Vernichtung der Währung. Dieser Vorgang stellt alle geheimen Kräfte der Wirtschaftsgesetze in den Dienst der Zerstörung …«[5] Er teilte

Keynes' Ansicht, dass es die heilige Pflicht von Ökonomen sei, diese zerstörerischen Kräfte um jeden Preis zu bändigen. »Dies habe ich von Keynes gelernt«, sagte Sachs, »nämlich das Risikobewusstsein und das tiefe Bedauern, dass die Dinge gründlich schiefgehen können. Und wie unglaublich dumm es von uns gewesen war, Deutschland in Schutt und Asche liegen zu lassen.«[6] Sachs erklärte gegenüber Journalisten auch, dass er in Keynes' Leben als politisch engagierter wirtschaftswissenschaftlicher Globetrotter ein Modell für seine eigene Laufbahn sehe.

Obwohl Sachs wie Keynes daran glaubte, dass die Ökonomie die Macht hat, die Armut zu bekämpfen, war er auch ein Produkt von Reagans Amerika, das sich 1985 mitten in einer von Friedman inspirierten Abkehr von den Grundsätzen des Keynesianismus befand. Die Theorien der Chicagoer Schule über die Vorrangstellung des freien Marktes waren rasch zur nicht zu hinterfragenden orthodoxen Lehre an den Wirtschaftsfakultäten der Ivy League geworden, auch in Harvard, und Sachs war dagegen ganz bestimmt nicht immun. Er bewunderte Friedmans »Glauben an Märkte, sein ständiges Insistieren auf dem richtigen Geldmanagement«, und bezeichnete dies als »weit akkurater als schwammige, strukturalistische oder pseudokeynesianische Argumente, die man so oft in den Entwicklungsländern zu hören bekommt«.[7]

Diese »schwammigen« Argumente waren genau die, die in Südamerika ein Jahrzehnt zuvor mit Gewalt unterdrückt worden waren – dass der Subkontinent nur dann der Armut entkommen könne, wenn man die kolonialen Besitzstrukturen mittels interventionistischer Strategien wie Landreformen, Handelsbeschränkungen und Subventionen, Verstaatlichung

natürlicher Ressourcen und kooperativ betriebene Produktionsstätten zerschlage. Sachs verschwendete wenig Zeit auf einen solchen Strukturwandel. Er wusste zwar kaum etwas über Bolivien und seine lange Geschichte kolonialer Ausbeutung, über die Unterdrückung seiner Ureinwohner und die mit der Revolution von 1952 hart errungenen Fortschritte, war aber nichtsdestotrotz überzeugt, dass Bolivien neben der Hyperinflation an »sozialistischer Romantik« leide – denselben Illusionen des Developmentalismus, die eine frühere Generation von in den Vereinigten Staaten ausgebildeten Ökonomen bereits in Südamerika auszurotten versucht hatte.[8]

Von der reinen Lehre der Chicagoer Schule wich Sachs insofern ab, als er glaubte, dass die Politik des freien Marktes mit Schuldenerlassen und großzügigen Hilfen ergänzt werden müsse, die unsichtbare Hand allein reichte dem jungen Harvard-Ökonomen nicht aus. Diese Diskrepanz führte schließlich zur Spaltung zwischen Sachs und seinen eher dem Laissez-faire anhängenden Kollegen; danach widmete er sich ausschließlich Hilfsmaßnahmen. Aber bis dahin sollten noch einige Jahre vergehen. In Bolivien führte Sachs' Hybridideologie bloß zu ein paar merkwürdigen Widersprüchen. Als er in La Paz aus dem Flugzeug stieg und erstmals die dünne Luft der Anden einatmete, fühlte er sich wie ein moderner Keynes, der gekommen war, um das bolivianische Volk aus dem »Chaos und Durcheinander« der Hyperinflation zu erretten.*

* Die Hyperinflation zu beenden hatte Deutschland nicht vor der Weltwirtschaftskrise und dann dem Faschismus bewahrt, was ein Widerspruch ist, den Sachs nie thematisierte, obwohl er sich ständig dieser Analogie bediente.

Obwohl ein zentraler Grundsatz des Keynesianismus besagt, dass Länder mit einer schweren Rezession mehr Geld ausgeben müssen, um die Wirtschaft zu stimulieren, wählte Sachs den entgegengesetzten Ansatz; inmitten der Krise riet er der Regierung zu äußerster Sparsamkeit und zu Preiserhöhungen – dasselbe Schrumpfrezept, das *Business Week* in Chile als »Dr. Strangeloves Welt der absichtlich ausgelösten Depression« bezeichnet hatte.[9]

Sachs' Rat an Banzer war ganz einfach: Nur eine plötzliche Schocktherapie könnte Bolivien von der Hyperinflation kurieren. Er schlug vor, den Preis für Öl zu verzehnfachen, eine Reihe weiterer Preise zu deregulieren und den Etat zu kürzen. In einer Rede vor der bolivianisch-amerikanischen Handelskammer prophezeite Sachs abermals, er könne die Hyperinflation über Nacht beenden, und berichtete: »Meine Zuhörerschaft war über diese Aussicht so verblüfft wie entzückt.«[10] Wie Friedman glaubte Sachs fest daran, dass mit Hilfe eines plötzlichen politischen Rucks »eine Wirtschaft aus einer Sackgasse, einer Sackgasse des Sozialismus oder der Massenkorruption oder der Zentralplanung, in eine normale Marktwirtschaft umdirigiert werden kann«.[11]

Als Sachs diese mutigen Versprechungen machte, lagen die bolivianischen Wahlergebnisse noch nicht auf dem Tisch. Der frühere Diktator Hugo Banzer verhielt sich, als hätte er gewonnen, aber sein Rivale Victor Paz Estenssoro hatte auch noch nicht aufgegeben. Während des Wahlkampfes hatte Paz Estenssoro nur wenige konkrete Details angegeben, wie er mit der Inflation fertigzuwerden gedächte. Aber er hatte schon dreimal zuvor Bolivien als dessen gewählter Präsident gedient, das letzte Mal im Jahr 1964, ehe er durch einen Putsch

gestürzt wurde. Paz war das Gesicht der developmentalistischen bolivianischen Reformpolitik, er hatte die großen Zinnminen verstaatlicht, Land an indianische Bauern zu verteilen begonnen und das Wahlrecht aller Bolivianer verteidigt. Wie Juan Perón in Argentinien war Paz ein komplizierter, omnipräsenter Fixpunkt in der politischen Landschaft, er wechselte oft abrupt die Allianzen, um an der Macht zu bleiben oder sie wieder zu erlangen. Während des Wahlkampfes 1985 gelobte der alternde Paz Treue gegenüber seiner »nationalrevolutionären« Vergangenheit und machte ein paar vage Aussagen über fiskalische Verantwortung. Er war kein Sozialist, aber er war auch kein Neoliberaler Chicagoer Prägung – glaubten die Bolivianer jedenfalls.[12]

Da die letzte Entscheidung, wer Präsident würde, beim Parlament lag, kam es in dieser Zeit zu Hinterzimmerschachereien mit hohen Einsätzen und Kuhhändeln zwischen den Parteien, dem Parlament und dem Senat. Ein neu gewählter Senator wurde schließlich zur Schlüsselfigur – Gonzalo Sánchez de Lozada (in Bolivien »Goni« genannt). Er hatte so lange in den Vereinigten Staaten gelebt, dass er Spanisch mit schwerem amerikanischem Akzent sprach. Er war nach Bolivien zurückgekehrt und dort zu einem der reichsten Unternehmer des Landes aufgestiegen. Ihm gehörte Comsur, die zweitgrößte Privatmine Boliviens, die bald die größte sein sollte. Als junger Mann hatte Goni an der University of Chicago studiert, und auch wenn er kein Wirtschaftswissenschaftler war, hatten ihn doch Friedmans Ideen stark beeinflusst, und ihm war klargeworden, dass sie im Bergbau enorme Profite versprachen, denn dieser Sektor war in Bolivien größtenteils noch vom Staat kontrolliert. Goni war beeindruckt, als

Sachs Banzers Mannschaft seine Schockpläne vorstellte.

Die Details der Hinterzimmerverhandlungen wurden niemals offengelegt, aber die Ergebnisse sprechen eine deutliche Sprache. Am 6. August 1985 wurde Paz als Präsident Boliviens vereidigt. Nur vier Tage später ernannte er Goni zum Vorsitzenden eines hochgeheimen, von den beiden großen Parteien besetzten wirtschaftlichen Notfallteams, das die Aufgabe bekam, die Wirtschaft radikal umzustrukturieren. Ausgangspunkt der Gruppe war Sachs' Schocktherapie, aber sie wollte viel weitergehen als alles, was er vorgeschlagen hatte. Faktisch lautete ihr Vorschlag, das gesamte, auf den Staat konzentrierte Wirtschaftsmodell zu zerschlagen, das Paz selbst Jahrzehnte zuvor konstruiert hatte. Zu diesem Zeitpunkt war Sachs schon wieder in Harvard, aber er sagt dazu, ich »freute mich jedoch über die Nachricht, dass die ADN [Banzers Partei] dem neuen Präsidenten und seinen Beratern eine Kopie unseres Stabilisierungsplans übermittelt hatte«.[13]

Paz' Partei hatte keine Ahnung, was ihr Vorsitzender im Hinterzimmer ausgehandelt hatte. Mit Ausnahme des Finanz- und des Planungsministers, die der geheimen Gruppe angehörten, erfuhren nicht einmal die neuen Mitglieder in Paz' Kabinett etwas von dem wirtschaftlichen Notfallteam.[14]

17 Tage in Folge traf sich das Notfallteam im Wohnzimmer von Gonis palastähnlichem Haus. »Wir verzogen uns sehr vorsichtig, fast klammheimlich, dahin«, erinnerte sich der Planungsminister Guillermo Bedregal in einem 2005 gegebenen Interview, mit dem diese Details zum ersten Mal bekannt wurden.[15] * Sie dachten über einen radikalen Umbau der Volks-

* Zwei Jahrzehnte lang wussten die Bolivianer nicht, wie ihre Schock-

wirtschaft nach, der so umfassend sein würde, dass nichts Vergleichbares je in einer Demokratie versucht worden war. Präsident Paz war davon überzeugt, seine einzige Chance sei, so schnell und überraschend wie möglich zu handeln. Auf diese Weise würden Boliviens bekanntermaßen militante Gewerkschaften und Bauern kalt erwischt und hätten keine Gelegenheit, eine Reaktion zu organisieren – so mag er jedenfalls gehofft haben. Goni erinnert sich, dass Paz »ständig sagte: ›Wenn ihr das machen wollt, dann macht es jetzt. Zweimal kann ich nicht operieren.‹«[16] Die Gründe für Paz' Kehrtwende nach den Wahlen bleiben ein gewisses Rätsel. Er starb 2001, ohne je erklärt zu haben, ob er in einen Tauschhandel Banzers Schocktherapieprogramm gegen seine Präsidentschaft eingewilligt oder ob er sich tatsächlich tiefgehend ideologisch gewandelt hatte. Etwas Licht in die Sache brachte Edwin Corr, der damalige US-Botschafter in Bolivien, der mir erzählte, er hätte sich mit allen politischen Parteien getroffen und klargemacht, dass Entwicklungshilfe aus den Vereinigten Staaten fließen würde, wenn sie sich für den Weg des Schocks entschieden.

Nach 17 Tagen hatte Planungsminister Bedregal den Entwurf eines schulbuchmäßigen Schocktherapieprogramms fertig. Es sah die Streichung von Lebensmittelsubventionen vor, die Aufhebung fast aller Preiskontrollen und eine Ölpreissteigerung um 300 Prozent.[17] Obwohl das Leben in einem bereits

---

therapie ausgearbeitet worden war. Im August 2005, 20 Jahre nach dem Entwurf des ursprünglichen Erlasses, interviewte die bolivianische Journalistin Susan Velasco Portillo die ursprünglichen Mitglieder des wirtschaftlichen Notfallteams, und mehrere davon gaben Informationen über die geheime Operation preis. Diese Zusammenfassung basiert in erster Linie auf jenen Erinnerungen.

bitterarmen Land dadurch erheblich viel teurer werden würde, fror der Plan die staatlichen Gehälter für ein Jahr auf ihrem ohnedies niedrigen Niveau ein. Er verlangte auch, die Regierungsausgaben stark zu kürzen, Boliviens Grenzen für unbeschränkte Importe zu öffnen und die Staatsunternehmen zu verkleinern – ein deutlicher Vorbote der Privatisierung. Bolivien hatte die neoliberale Revolution verpasst, die in den siebziger Jahren seinen Nachbarländern aufgezwungen worden war, und jetzt beeilte sich das Land, verlorene Zeit gutzumachen.

Als die Mitglieder des Notfallteams die neuen Gesetze fertig hatten, waren sie noch immer nicht so weit, sie den gewählten Volksvertretern zu unterbreiten, von den Wählern ganz zu schweigen, die niemals ihre Stimmzettel für einen solchen Plan abgegeben hatten. Eine Aufgabe stand ihnen noch bevor. Die ganze Gruppe besuchte den bolivianischen Vertreter des Internationalen Währungsfonds in seinem Büro und berichtete ihm, was man vorhatte. Seine Antwort war ermutigend und beängstigend zugleich: »Das ist genau das, wovon jeder IWF-Mitarbeiter geträumt hat. Aber wenn das nicht funktioniert, habe ich glücklicherweise einen Diplomatenpass und kann ein Flugzeug nehmen und fliehen.«[18]

Die Bolivianer, die den Plan vorschlugen, hatten keinen solchen Notausstieg, und einige hatten Angst, wie die Öffentlichkeit darauf reagieren würde: »Die werden uns umbringen«, prophezeite Fernando Prado, der Jüngste im Team. Bedregal, Hauptautor des Plans, versuchte den anderen den Rücken zu stärken, indem er die Gruppe mit Kampfpiloten verglich, die einen Feind angreifen. »Wir müssen uns wie der Pilot von Hiroshima verhalten. Als er die Atombombe abwarf,

wusste er nicht, was er tat, aber als er dann den Rauchpilz sah, sagte er: ›Hoppla, tut mir leid!‹ Und genau das müssen auch wir machen, die Maßnahmen auf den Weg bringen und dann: ›Hoppla, tut uns leid!‹«[19]

Die Überlegung, dass ein Politikwechsel wie ein militärischer Überraschungsschlag durchgeführt werden muss, taucht bei den ökonomischen Schocktherapeuten immer wieder auf. In *Shock and Awe: Achieving Rapid Dominance*, der 1996 veröffentlichten US-amerikanischen Militärdoktrin, auf deren Grundlage schließlich 2003 der Irak besetzt wurde, erklären die Autoren, die Invasionskräfte müssten »die Kontrolle über das Umfeld an sich reißen und den Gegner so lähmen oder sein Wahrnehmungsvermögen und sein begriffliches Erfassen der Ereignisse so überlasten, dass er zum Widerstand unfähig ist«.[20] Wirtschaftliche Schocks funktionieren nach einer vergleichbaren Theorie: Man geht davon aus, dass die Menschen zwar auf graduelle Veränderungen reagieren können – ein gekürztes Gesundheitsprogramm hier, ein Handelsabkommen dort –, aber wenn Dutzende von Veränderungen aus allen Richtungen gleichzeitig kommen, dann setzt das Gefühl ein, dass alles vergeblich ist, und die Bevölkerung gibt auf.

In der Hoffnung, dieses Gefühl der Vergeblichkeit hervorrufen zu können, verlangten die bolivianischen Planer, alle radikalen Maßnahmen gleichzeitig einzuleiten, und zwar binnen der ersten 100 Tage der neuen Regierung. Statt jeden Teil des Plans als einzelnes Gesetz vorzulegen (das neue Steuergesetz, das neue Preisgesetz und so weiter), insistierte Paz' Team, die gesamte Revolution in einem einzigen Exekutiverlass zu bündeln, D. S. 21060. Er umfasste 220 Einzelgesetze und deckte jeden Aspekt des bolivianischen Wirtschaftsle-

bens ab, wodurch er, was Bandbreite und Ehrgeiz angeht, zur Entsprechung des »Ziegelsteins« wurde, des dicken Plans, den die Chicago Boys vor Pinochets Putsch ausgearbeitet hatten. Den Autoren zufolge musste das gesamte Programm entweder angenommen oder abgelehnt werden, geändert werden durfte nichts. Es war das ökonomische Äquivalent von Schock und Entsetzen.

Als das Dokument fertig war, machte das Team fünf Kopien: eine für Paz, eine für Goni und eine für den Schatzminister. Anhand der Empfänger der beiden restlichen Kopien wird deutlich, wie sehr sich Paz und sein Team bewusst waren, dass viele Bolivianer den Plan als Kriegserklärung verstehen würden: Die eine war für den Oberbefehlshaber der Armee bestimmt, die andere für den Polizeichef. Paz' Kabinett hingegen tappte immer noch im Dunkeln. Die Mitglieder hatten nach wie vor den Eindruck, sie würden für denselben Mann arbeiten, der vor vielen Jahren die Minen verstaatlicht und das Land umverteilt hatte.

Drei Wochen nach seiner Amtseinführung berief Paz schließlich das Kabinett ein, um mit seiner großen Überraschung aufzuwarten. Er ließ die Türen des Sitzungssaales im Regierungspalast schließen und »instruierte die Sekretärinnen, alle Anrufe für die Minister abzuwimmeln«. Bedregal las den verdatterten Zuhörern alle 60 Seiten vor. Er war so nervös, gestand er, dass er »wenige Minuten danach sogar Nasenbluten« bekam. Paz teilte seinen Kabinettsmitgliedern mit, der Erlass stünde nicht zur Diskussion; in einer weiteren Hinterzimmersitzung hatte er sich bereits die Unterstützung von Banzers rechter Oppositionspartei gesichert. Wenn sie nicht zustimmten, erklärte Paz, könnten sie zurücktreten.

»Ich bin dagegen«, verkündete der Industrieminister.

»Gehen Sie bitte«, antwortete Paz. Der Minister blieb. Angesichts der nach wie vor steigenden Inflation und des Hinweises, dass bei einer Schocktherapie erhebliche finanzielle Mittel aus Washington fließen würden, wagte keiner zu gehen. Zwei Tage später ließ Paz in einer vom Fernsehen übertragenen Präsidialansprache mit dem Titel »Bolivien stirbt« den bolivianischen »Ziegelstein« auf eine komplett ahnungslose Öffentlichkeit los.

Sachs behielt mit seiner Prophezeiung recht, dass der Preisanstieg die Hyperinflation beenden würde. Binnen zwei Jahren war die Inflationsrate auf zehn Prozent gesunken, was in jedem Fall beeindruckend war.[21] Die sonstigen Hinterlassenschaften der neoliberalen Revolution in Bolivien sind weit strittiger. Alle Wirtschaftswissenschaftler sind sich einig, dass eine galoppierende Inflation äußerst schädlich, nicht lange durchzuhalten und daher aufzuhalten ist – mit einem sehr schmerzhaften Anpassungsprozess. Umstritten ist aber, wie man ein überzeugendes Verfahren findet und wer – in welcher Gesellschaft auch immer – gezwungen wird, die Hauptbürde der schmerzlichen Anpassungen zu tragen. Ricardo Grinspun, ein auf Lateinamerika spezialisierter Ökonomieprofessor der York University, erklärt, dass beim Vorgehen in Keynes'scher oder developmentalistischer Tradition versucht wird, mittels »Verhandlungen zwischen den Hauptinteressenvertretern – Regierung, Arbeitgeber, Bauern, Gewerkschaften und so weiter – die Lasten zu verteilen. In diesem Prozess einigen sich die Parteien über die Entwicklung der Einkommen, beispielsweise der Löhne und Preise, und gleichzeitig werden die Stabilisierungsmaßnahmen implementiert.« Im krassen

Gegensatz dazu, führt Grinspun aus, »besteht das orthodoxe Vorgehen darin, alle sozialen Kosten mittels Schocktherapie auf die Armen abzuwälzen«. Genau das, sagte er mir, ist in Bolivien passiert.

So wie Friedman für Chile vorhergesagt hatte, sollte auch hier der befreite Markt Jobs für jene schaffen, die arbeitslos geworden waren. Doch das trat nicht ein. Die Arbeitslosigkeit stieg von 20 Prozent zum Zeitpunkt der Wahlen auf zwischen 25 und 30 Prozent zwei Jahre später.[22] Allein die staatliche Minengesellschaft – eben die, die Paz in den fünfziger Jahren verstaatlicht hatte – wurde von 28 000 Mitarbeitern auf ganze 6000 zurückgestutzt.[23]

Der Mindestlohn erlangte nie wieder seine Kaufkraft, und zwei Jahre nach Start des Programms waren die Reallöhne um 40 Prozent gesunken, vorübergehend sogar einmal um 70 Prozent.[24] 1985, im Jahr der Schocktherapie, belief sich das Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen in Bolivien auf 845 Dollar; zwei Jahre später war es auf 789 Dollar gefallen. Diese sowohl von Sachs als auch von der Regierung verwendete Messgröße zeigt trotz des von ihr dargestellten Rückgangs nicht im mindesten, wie erbärmlich der Alltag für viele Bolivianer wurde. Das Durchschnittseinkommen wird berechnet, indem man die Gesamteinkommen eines Landes addiert und die Summe durch die Anzahl der Einwohner teilt. Diese Zahl verschleiert die Tatsache, dass die Schocktherapie in Bolivien dieselben Auswirkungen hatte wie überall in der Region: Eine kleine Elite wurde wesentlich reicher, während große Teile der einstigen Werktätigen aus dem Wirtschaftsleben insgesamt ausgeschlossen und zu überflüssigen Menschen wurden. 1987 verdienten bolivianische Bauern, die *campesinos*, im Durch-

schnitt gerade einmal 140 Dollar pro Jahr, weniger als ein Fünftel des »Durchschnittseinkommens«.[25] Es ist also problematisch, nur den »Durchschnitt« zu berücksichtigen, denn dabei verschwinden diese scharfen Gegensätze.

Ein Führer des Bauernverbandes erklärte: »Die Regierungsstatistiken spiegeln nicht die wachsende Zahl von Familien wider, die in Zelten leben müssen, die Tausenden von unterernährten Kindern, die nur ein Stück Brot und eine Tasse Tee pro Tag bekommen, die Hunderten von *campesinos*, die auf der Suche nach Arbeit in die Hauptstadt gekommen sind und als Bettler auf den Straßen enden.«[26] Das war die Kehrseite von Boliviens Schocktherapie: Hunderttausende von Vollzeitstellen mit Rentenanspruch wurden vernichtet und durch solche ohne jegliche soziale Absicherung ersetzt. Zwischen 1983 und 1988 fiel die Anzahl von Bolivianern mit Anspruch auf soziale Hilfsleistungen um 61 Prozent.[27]

Sachs, der inmitten des Umbruchs als Berater nach Bolivien zurückkehrte, war dagegen, die Löhne anzuheben, um die steigenden Preise für Nahrungsmittel und Benzin auszugleichen; er plädierte stattdessen für einen Hilfsfonds für jene, die es am härtesten getroffen hatte – ein Heftpflaster auf einer mittlerweile klaffenden Wunde. Sachs war auf Bitten von Paz Estenssoro wieder nach Bolivien gekommen und arbeitete direkt für den Präsidenten; man erinnert sich an ihn als unerbittlich. Goni zufolge (der später bolivianischer Präsident wurde) stärkte Sachs den politischen Entscheidungsträgern den Rücken, als der öffentliche Druck wegen der menschlichen Kosten der Schocktherapie immer größer wurde. »Bei seinen Besuchen sagte [Sachs]: ›Sehen Sie, all dieser Kleinkram, das funktioniert einfach nicht. Wenn wirklich alles au-

ßer Kontrolle gerät, dann müssen Sie einschreiten, das ist wie bei der Medizin. Sie müssen einige radikale Einschnitte machen, andernfalls stirbt Ihr Patient.‹«[28]

Ein unmittelbares Ergebnis dieser Entschlossenheit war, dass viele verzweifelte arme Bolivianer sich gezwungen sahen, Koka anzubauen, denn das brachte ungefähr zehnmal so viel ein wie andere Feldfrüchte (was irgendwie ein Witz war, denn die Wirtschaftskrise war ursprünglich vom US-finanzierten Vorgehen gegen die Kokabauern ausgelöst worden).[29] Bis 1989 hatten sich geschätzte zehn Prozent der Werktätigen irgendeinen Job im Rahmen der Koka- oder Kokainproduktion besorgt.[30] Zu ihnen zählte auch die Familie von Evo Morales, dem zukünftigen Präsidenten Boliviens und ehemaligen Anführer des militanten Kokainbauernverbandes.

Die Kokainindustrie spielte bei der Wiederbelebung der bolivianischen Wirtschaft und der Bekämpfung der Inflation eine bedeutende Rolle (was Historiker heutzutage einräumen, aber niemals von Sachs zur Erklärung herangezogen wurde, wie seine Reformen die Inflation besiegten).[31] Gerade mal zwei Jahre nach der »Kriegserklärung« erbrachten illegale Drogenexporte mehr Einkommen für Bolivien als alle legalen Exporte zusammen, und geschätzte 350 000 Menschen verdienten ihren Lebensunterhalt in irgendeinem Bereich des Drogenhandels. »Im Augenblick«, kommentierte ein ausländischer Bankier, »hängt die bolivianische Wirtschaft am Kokain.«[32]

Unmittelbar nach der Schocktherapie sprachen außerhalb Boliviens nur wenige über derartige komplexe Auswirkungen. Man erzählte sich eine weit einfachere Geschichte: über einen mutigen, jungenhaften Harvard-Professor, der praktisch

im Alleingang die »inflationsgeschüttelte Wirtschaft Boliviens rettete«, wie das *Boston Magazine* schrieb.[33] Der von Sachs mit herbeigeführte Sieg über die Inflation reichte aus, um Bolivien als verblüffendes Beispiel für den Erfolg der freien Marktwirtschaft hinzustellen – einen Erfolg, den *The Economist* als den »bemerkenswertesten der Neuzeit« bezeichnete.[34] Das »Wunder von Bolivien« verhalf Sachs in den mächtigen Hochfinanzkreisen auf der Stelle zu Starruhm und begründete seine Karriere als der führende Experte für krisengeschüttelte Volkswirtschaften, als der er in den folgenden Jahren nach Argentinien, Peru, Brasilien, Ecuador und Venezuela gehen sollte.

Sachs wurde nicht allein mit Lob überschüttet, weil er in einem armen Land die Inflation besiegt hatte, sondern auch weil ihm gelungen war, was viele für unmöglich gehalten hatten: Er hatte unter den Bedingungen einer Demokratie und ohne Krieg eine radikale neoliberale Reform in Gang gesetzt, die viel umfassender war als jene, die Thatcher oder Reagan versucht hatten. Sachs war sich der historischen Bedeutung seiner Leistung vollkommen bewusst. »In Bolivien wurden meiner Ansicht nach zum ersten Mal demokratische Reformen mit einem institutionellen wirtschaftlichen Wandel kombiniert«, sagte er Jahre später. »Und viel besser als Chile zeigte Bolivien, dass man politische Liberalisierung und Demokratie mit wirtschaftlicher Liberalisierung verbinden kann. Dies ist eine extrem wichtige Lektion, dass beides parallel funktioniert und sich gegenseitig verstärkt.«[35]

Der Vergleich mit Chile war kein Zufall. Dank Sachs – dem »Evangelisten des demokratischen Kapitalismus«, wie *The New York Times* ihn nannte – hatte die Schocktherapie endlich den üblen Beigeschmack von Diktatur und Todeslagern abgelegt,

der an ihr gehangen hatte, seit Friedman ein Jahrzehnt zuvor seine schicksalsträchtige Reise nach Santiago unternahm.[36] Entgegen den Behauptungen von Kritikern hatte Sachs bewiesen, dass der Kreuzzug für den freien Markt nicht nur Bestand haben, sondern auch von der nun um die Welt gehenden Demokratisierungswelle mitgetragen werden konnte. Somit war Sachs, der Keynes hochhielt und mit unerschrockenem Idealismus dafür eintrat, das Los der Entwicklungsländer zu verbessern, der perfekte Kandidat, um den Kreuzzug in dieses freundlichere, friedvollere Zeitalter zu führen.

Die bolivianische Linke bezeichnete Paz' Erlass nur als *pinochetismo económico* – »ökonomischen Pinochetismus«.[37] Für die Wirtschaftswelt inner- wie außerhalb Boliviens war das genau der Punkt: In Bolivien hatte es eine Schocktherapie à la Pinochet gegeben, aber ohne einen Pinochet – und sogar unter einer Mitte-Links-Regierung. Ein bolivianischer Bankier erklärte bewundernd: »Was Pinochet mit dem Bajonett gemacht hat, hat Paz mit einem demokratischen System geschafft.«[38]

Seither ist die Geschichte des »Wunders von Bolivien« immer wieder erzählt worden, in Zeitungen und Magazinen, in Porträts von Sachs, in Sachs' eigenem Bestseller, in Dokumentarfilmen wie der dreiteiligen PBS-Serie *Commanding Heights: The Battle for the World Economy.* Es gibt nur ein großes Problem damit: Sie ist nicht wahr. Bolivien zeigte, dass einem Land, in dem es gerade Wahlen gegeben hatte, eine Schocktherapie aufgezwungen werden konnte, es zeigte aber nicht, dass dies demokratisch oder ohne Repressionen geschehen kann – vielmehr bewies das Beispiel einmal mehr, dass das genaue Gegenteil noch immer der Fall war.

Vor allem gab es den Haken, dass Präsident Paz von den bolivianischen Wählern offenkundig nicht den Auftrag bekommen hatte, das gesamte Wirtschaftsgebäude des Landes umzumodeln. Er hatte einen developmentalistischen Wahlkampf betrieben, und dieses Programm gab er dann abrupt bei Hinterzimmergesprächen auf. Einige Jahre später prägte der einflussreiche Marktwirtschaftler John Williamson für das, was Paz tat, den Ausdruck »Voodoo-Politik«; die meisten Menschen nennen das einfach »lügen«.[39] Doch das war keineswegs der einzige Haken bei dem angeblich demokratischen Wandel.

Wie abzusehen war, reagierten viele von Paz' Wählern wütend auf seinen Verrat, und sobald der Erlass verkündet war, gingen Zehntausende auf die Straßen und versuchten einen Plan zu verhindern, der Entlassungen und Hunger bedeuten würde. Den Hauptwiderstand leistete der größte Gewerkschaftsbund des Landes. Er rief einen Generalstreik aus, der die Industrie zum Stillstand brachte. Paz' Reaktion ließ Thatchers Vorgehen gegen die Minenarbeiter harmlos erscheinen. Er erklärte auf der Stelle den »Belagerungszustand«, und Armeepanzer rollten durch die Straßen der Hauptstadt, über die eine strenge Ausgangssperre verhängt wurde. Um durchs eigene Land zu reisen brauchten die Bolivianer jetzt Sonderpässe. Bereitschaftspolizei stürmte Gewerkschaftsräume, eine Universität, einen Radiosender und auch mehrere Fabriken. Politische Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten, und um Veranstaltungen durchzuführen brauchte man eine staatliche Genehmigung.[40] Politische Opposition war praktisch verboten – genau wie schon unter der Banzer-Diktatur.

Zur Säuberung der Straßen verhaftete die Polizei 1500 Demonstranten, trieb die Mengen mit Tränengas auseinander und schoss auf Streikende, die angeblich die Sicherheitskräfte attackiert hatten.[41] Paz ergriff noch weitere Maßnahmen, um die Proteste ein für allemal zu beenden. Da sich die Führer des Gewerkschaftsbunds im Hungerstreik befanden, wies Paz Polizei und Militär an, die 200 höchsten Gewerkschafter des Landes zusammenzutreiben, sie in Flugzeuge zu stecken und in abgelegene Gefängnisse im Amazonasgebiet zu bringen.[42] Der Nachrichtenagentur Reuters zufolge zählten zu den Verhafteten »die Führung der bolivianischen Arbeitergewerkschaft sowie weitere hohe Gewerkschaftsvertreter«, und man brachte sie »in isolierte Dörfer im Amazonasbecken des nördlichen Boliviens, wo ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt war«.[43] Es war eine Massenentführung, und die Lösegeldforderung bestand darin, dass die Entführten nur dann wieder freikämen, wenn die Gewerkschaften die Proteste abbliesen – wozu sie sich denn schließlich auch bereit erklärten. Der Minenarbeiter Filemon Escobar war in jenen Jahren einer der Aktivisten auf der Straße. In einem Telefoninterview erinnerte er sich kürzlich: »Sie griffen sich die Arbeiterführer in den Straßen und brachten sie in den Dschungel, damit sie bei lebendigem Leib von Ungeziefer aufgefressen würden. Als sie freigelassen wurden, war der neue Wirtschaftsplan längst durchgesetzt.« Laut Escobar ließ »die Regierung … die Leute nicht in den Dschungel bringen, um sie dort zu foltern oder zu töten, sondern nur, damit sie derweil ihren Wirtschaftsplan vorantreiben konnte«.

Der außergewöhnliche Belagerungszustand dauerte drei Monate lang an, und da der Plan in 100 Tagen durchgepeitscht

wurde, bedeutet dies, dass in der entscheidenden Zeit der Schocktherapie über das Land eine Ausgangssperre verhängt war. Als die Regierung Paz ein Jahr später Massenentlassungen in den Zinnminen durchdrückte, gingen die Gewerkschaften wieder auf die Straße, und es kam zur selben Abfolge dramatischer Ereignisse: Ein Belagerungszustand wurde erklärt, und zwei Maschinen der bolivianischen Luftwaffe flogen 100 Spitzengewerkschafter zu Internierungslagern in die tropischen bolivianischen Tiefebenen. Dieses Mal befanden sich unter den Gekidnappten auch zwei ehemalige Arbeitsminister und ein ehemaliger Senator, sodass die Sache an Pinochets »VIP-Gefängnis« in Südchile erinnerte, wohin Orlando Letelier verschleppt worden war. Zweieinhalb Wochen wurden die Gewerkschafter in den Tropenlagern festgehalten, bis ihre Organisationen wiederum einwilligten, die Proteste und den Hungerstreik abzublasen.[44]

Das Ganze war eine Art »Junta light«. Damit das Regime die wirtschaftliche Schocktherapie durchziehen konnte, mussten bestimmte Menschen verschwinden – und sei es auch nur vorübergehend. Auch wenn es nicht so brutal war, diente dieses Verschwindenlassen doch demselben Zweck wie in den siebziger Jahren: Die Internierung von Boliviens Gewerkschaftsführern verhinderte ihren Widerstand gegen die Reform und machte den Weg frei, ganze Sektoren der Werktätigen wirtschaftlich auszulöschen. Ihre Arbeitsplätze waren alsbald verloren, und die Betroffenen landeten als Reserve in den Slums und Elendsvierteln um La Paz.

Sachs war mit Keynes' Warnung auf den Lippen, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch Faschismus hervorbringe, nach Bolivien gegangen, aber dann verordnete er so schmerz-

liche Einschnitte, dass quasi-faschistische Maßnahmen erforderlich waren, um sie durchzusetzen.

Das harte Durchgreifen der Regierung Paz ging damals durch die internationale Presse, doch man berichtete nur ein oder zwei Tage lang von allgemeinen Aufständen in Südamerika. Als es dann Zeit war, vom Triumph der »liberalen marktwirtschaftlichen Reformen« in Bolivien zu erzählen, fanden jene Ereignisse keinen Eingang in die Schilderungen (genau wie allzu oft die Symbiose von Pinochets Brutalität und Chiles »Wirtschaftswunder« weggelassen wird). Jeffrey Sachs war natürlich nicht derjenige, der die Bereitschaftspolizei rief oder den Belagerungszustand erklärte; in seinem Buch *Das Ende der Armut* ist ein Kapitel dem Sieg Boliviens über die Inflation gewidmet, und während er den anscheinend gern mit als seine Leistung betrachtet, erwähnt er nicht die Repressionen, die zur Durchführung des Planes nötig waren. Am nächsten kommt er der Wahrheit noch mit dem indirekten Hinweis: »In den ersten Monaten des Stabilitätsprogramms gab es heikle Augenblicke.«[45]

In anderen Darstellungen wird noch nicht einmal das eingestanden. Goni behauptete sogar, die »Stabilisierung wurde in einer Demokratie erreicht, ohne in die bürgerlichen Freiheiten der Menschen einzugreifen, die ihre Ansichten dazu zum Ausdruck brachten«.[46] Eine weniger idealisierte Einschätzung stammt von einem Minister der Regierung Paz, der sagte, sie hätten sich »benommen wie autoritäre Schweine«.[47]

Diese Dissonanz ist vielleicht das langlebigste Erbe des bolivianischen Experiments mit der Schocktherapie. Bolivien hat gezeigt, dass der wirtschaftliche Schock noch immer von Schockattacken auf unbequeme soziale Gruppen und demo-

kratische Institutionen begleitet sein muss. Das Beispiel hat aber auch gelehrt, dass der korporatistische Kreuzzug mit so offen autoritären Maßnahmen vorangetrieben werden und dennoch als demokratisch bejubelt werden kann, weil es Wahlen gegeben hatte, egal wie sehr danach die bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt und wahre demokratische Forderungen übergangen wurden. (Eine Lektion, die in den kommenden Jahren neben anderen Führern insbesondere Boris Jelzin in Russland gelegen kommen sollte.) Insofern lieferte Bolivien die Vorlage für eine neue, leichter verdauliche Art von Autoritarismus, einem bürgerlichen *coup d'etat*, der von Politikern und Ökonomen in Businessanzügen durchgeführt wird und nicht von Soldaten in Uniform. Und all das hinter der offiziellen Fassade eines demokratischen Regimes.

KRISEN LEISTEN GANZE ARBEIT

DAS PAKET DER SCHOCKTHERAPIE

> Also, was hat es denn für einen Zweck, mir den Kopf zu ruinieren, mein Gedächtnis auszutilgen, das mein Betriebskapital ist, und mich bankrott zu machen? Die Kur war brillant, aber der Patient ist tot.
>
> Ernest Hemingway über seine Elektroschocktherapie kurz vor seinem Selbstmord 1961[1]

Jeffrey Sachs hatte aus seinem ersten internationalen Abenteuer gelernt, dass man eine Hyperinflation mit den richtigen harten und drastischen Maßnahmen auf der Stelle stoppen konnte. Er war nach Bolivien gegangen, um die Inflation zu besiegen, und er hatte es geschafft. Fall abgeschlossen.

John Williamson, einer der einflussreichsten Ökonomen des rechten Flügels in Washington und wichtiger Berater des IWF und der Weltbank, beobachtete Sachs' Experiment genau und sah in Bolivien etwas viel Bedeutsameres. Er beschrieb das Schocktherapieprogramm als den Moment des »Urknalls« – einen Durchbruch bei den Versuchen, die Doktrin der Chicagoer Schule auf der ganzen Welt durchzusetzen.[2] Der Grund dafür hatte wenig mit Wirtschaft, aber viel mit Taktik zu tun.

Es war vielleicht gar nicht seine Absicht gewesen, aber Sachs hatte ziemlich spektakulär bewiesen, dass Friedmans Krisentheorie absolut richtig war. Der bolivianische Hyperinflations-GAU lieferte den benötigten Vorwand, um ein Programm durchzusetzen, das unter normalen politischen Umständen undenkbar gewesen wäre. Hier war ein Land mit einer mächtigen, militanten Arbeiterbewegung und einer starken linken Tradition, der Schauplatz von Che Guevaras letztem Auftritt. Und doch war es gezwungen worden, die drakonische Schocktherapie zu akzeptieren, um seine außer Kontrolle geratene Währung zu stabilisieren.

Mitte der achtziger Jahre war mehreren Wirtschaftswissenschaftlern klargeworden, dass eine echte Hyperinflation die Auswirkungen eines militärischen Krieges simuliert – Angst und Verwirrung machen sich breit, die Menschen fliehen oder sterben in großer Zahl.[3] Es war augenscheinlich, dass in Bolivien die Hyperinflation dieselbe Rolle gespielt hatte wie Pinochets »Krieg« in Chile und der Falklandkrieg für Margaret Thatcher – nämlich den Kontext für Notstandsmaßnahmen geschaffen, einen Ausnahmezustand, während dessen die Regeln der Demokratie außer Kraft gesetzt und die wirtschaftliche Kontrolle vorübergehend dem Expertenteam in Gonis Wohnzimmer übergeben werden konnte. Für in der Wolle gefärbte Ideologen der Chicagoer Schule wie Williamson bedeutete dies, dass eine Hyperinflation kein Problem war, das gelöst werden muss, wie Sachs geglaubt hatte, sondern eine wunderbare Gelegenheit, die man ergreifen musste.

An solchen Gelegenheiten mangelte es in den achtziger Jahren nicht. Viele Entwicklungsländer, vor allem in Südamerika, trudelten nämlich in Richtung Hyperinflation. Ausgelöst wor-

den war die Krise vor allem von zwei Faktoren, die beide in Washingtoner Finanzinstitutionen ihren Ursprung hatten. Der erste war, dass die unter den Diktaturen aufgelaufenen Schulden ungerechtfertigterweise auf die neuen Demokratien übertragen wurden. Der zweite war der von Friedman inspirierte Beschluss der US-Notenbank, die Zinssätze in die Höhe schießen zu lassen, was diesen Schuldenberg über Nacht erheblich anwachsen ließ.

Anrüchige Schulden weitergeben

Argentinien war ein Paradebeispiel. Als die Junta 1983 nach dem Falklandkrieg zusammenbrach, wählten die Argentinier Raul Alfonsin zum neuen Präsidenten. Das frischbefreite Land drohte in Stücke gerissen zu werden – dank einer sogenannten Schuldenbombe. Im Rahmen dessen, was die scheidenden Generäle als »würdigen Übergang« zur Demokratie bezeichnet hatten, bestand Washington darauf, dass die neue Regierung die Schulden abbezahlen müsse, die die Junta angehäuft hatte. Unter deren Regime waren Argentiniens Auslandsschulden, die im Jahr vor dem Putsch 7,9 Milliarden Dollar betragen hatten, auf 45 Milliarden Dollar explodiert – Schulden beim Internationalen Währungsfonds, bei der Weltbank, der U.S. Export-Import Bank und Privatbanken in den Vereinigten Staaten. Ähnlich sah es in weiten Teilen Südamerikas aus. In Uruguay hatte die Junta bei der Machtergreifung eine halbe Milliarde Dollar Schulden übernommen, die sie auf fünf Milliarden Dollar ausbaute, eine ungeheure Belastung für ein Land mit gerade einmal drei Mil-

lionen Einwohnern. In Brasilien, dem schlimmsten Fall, hatten die Generäle bei ihrer Machtergreifung 1964 geordnete Finanzen versprochen, es aber geschafft, den Schuldenberg bis 1985 von drei Milliarden auf 103 Milliarden Dollar anwachsen zu lassen.[4]

Zum Zeitpunkt der Rückkehr zur Demokratie gab es überzeugende Argumente – sowohl moralische als auch juristische –, dass diese Schulden »anrüchig« seien und die gerade befreiten Völker nicht gezwungen werden sollten, die Rechnungen ihrer Unterdrücker und Folterer zu bezahlen. Von erheblichem Gewicht war dabei in Südamerika, dass viele der Auslandskredite direkt an das Militär und die Polizei geflossen waren – um Waffen, Wasserwerfer und hochmoderne Folterlager zu bezahlen. In Chile beispielsweise wurde damit eine Verdreifachung der Militärausgaben finanziert, und die Streitkräfte wurden zwischen 1973 und 1980 von 47 000 auf 85 000 Mann ausgebaut. In Argentinien wurden, so schätzte die Weltbank, rund zehn Milliarden der von den Generälen geborgten Dollar für die Rüstung ausgegeben.[5]

Vieles von dem, was nicht für Waffen ausgegeben wurde, verschwand einfach. Eine Kultur der Korruption durchzog die Junta-Herrschaften – ein erster Eindruck, wie die Zukunft aussehen würde, wenn dieselbe ungebremste Wirtschaftspolitik auf Russland, China und die »Freibetrugszone« des besetzten Iraks (um den Begriff eines enttäuschten US-Beraters zu gebrauchen) ausgeweitet würde.[6] Aus einem Bericht des US-Senats 2005 geht hervor, dass Pinochet ein üppiges Netz von mindestens 125 geheimen Auslandskonten unter den Namen diverser Familienmitglieder oder Kombinationen seiner eigenen Namen unterhielt. Auf diesen Konten – die berüchtigts-

ten befanden sich bei der Riggs-Bank in Washington, D.C. – waren geschätzte 27 Millionen Dollar versteckt.[7]

In Argentinien wird der Junta vorgeworfen, noch raffgieriger gewesen zu sein. 1984 wurde Jose Martinez de Hoz, der Architekt des Wirtschaftsprogramms, verhaftet, weil man ihn des Betrugs im Zusammenhang mit der massiven staatlichen Förderung eines der Unternehmen verdächtigte, die er leitete (der Fall wurde später niedergeschlagen).[8] Währenddessen forschte die Weltbank nach, was mit den 35 Milliarden Dollar Auslandskrediten passiert war, die sich die Junta geborgt hatte, und fand heraus, dass 19 Milliarden Dollar – 46 Prozent der Gesamtsumme – ins Ausland gebracht worden waren. Schweizer Beamte haben bestätigt, dass ein Großteil davon auf Nummernkonten landete.[9] Die US-Notenbank stellte fest, dass allein 1980 Argentiniens Schulden um neun Milliarden Dollar stiegen – und im selben Jahr nahm die von argentinischen Staatsbürgern im Ausland deponierte Geldmenge um 6,7 Milliarden Dollar zu.[10] Larry Sjaastad, ein bekannter Professor der University of Chicago, der persönlich viele der argentinischen Chicago Boys ausbildete, bezeichnete diese fehlenden Milliarden (die unter den Augen seiner Schüler gestohlen wurden) als den »größten Betrug des 20. Jahrhunderts«.[11] *

Die Geldunterschlager von der Junta verwickelten sogar ihre Opfer in diese Verbrechen. Im ESMA-Folterzentrum von Buenos Aires wurden Gefangene mit guten Fremdsprachenkenntnissen oder Universitätsabschlüssen regelmäßig aus den

---

* Zu jenem Zeitpunkt mag das ja der Fall gewesen sein, aber das Jahrhundert war noch nicht zu Ende – das russische Experiment der Chicagoer Schule sollte erst noch kommen.

Zellen geholt, um für die Obrigkeit Büroarbeiten zu erledigen. Eine Überlebende, Graciela Daleo, wurde beauftragt, ein Schreiben mit Anweisungen für Beamte in Übersee-Steueroasen hinsichtlich des unterschlagenen Geldes zu tippen.[12]

Der Rest der Staatsschulden wurde größtenteils für Zinstilgungen aufgewendet, aber auch für zweifelhafte Geldgaben an private Firmen. Kurz bevor die argentinische Diktatur 1982 zusammenbrach, tat die Junta dem Unternehmenssektor einen letzten Gefallen. Domingo Cavallo, Präsident der argentinischen Zentralbank, verkündete, der Staat würde die Verbindlichkeiten von großen multinationalen und einheimischen Firmen übernehmen, die sich – wie die Piranhas in Chile – bis an den Rand des Bankrotts verschuldet hatten. Dieses saubere Arrangement bedeutete, dass die Unternehmen ihre Besitztümer behielten und weiterhin ihre Profite einsteckten, die öffentliche Hand aber 15 bis 20 Milliarden Dollar ihrer Schulden bezahlen musste; von dieser generösen Regelung profitierten unter anderem Ford Motor Argentina, Chase Manhattan, Citibank, IBM und Mercedes-Benz.[13]

Wer für einen Erlass dieser unrechtmäßig angehäuften Schulden war, argumentierte, die Kreditgeber hätten gewusst – oder hätten wissen müssen –, dass das Geld für Repressalien und Korruption ausgegeben würde. Diese Position wurde kürzlich gestärkt, als das amerikanische Außenministerium die Mitschrift eines Treffens freigab, das am 7. Oktober 1976 zwischen dem damaligen US-Außenminister Henry Kissinger und dem argentinischen Außenminister der Militärdiktatur, Admiral César Augusto Guzzetti, stattfand. Nachdem sie über den internationalen Aufschrei der Menschenrechtsbewegung infolge des Putsches geredet hatten, sagte Kissin-

ger: »Sehen Sie, unsere Grundeinstellung ist, dass wir uns freuen, wenn Sie Erfolg haben. Ich hege die altmodische Überzeugung, dass man Freunde unterstützen sollte … Je rascher Sie Erfolg haben, desto besser.« Dann kam Kissinger auf das Thema der Kredite zu sprechen; er ermutigte Guzzetti, sich um so viel Auslandsunterstützung wie möglich zu bemühen, und zwar rasch, ehe Argentiniens »Menschenrechtsproblem« der US-Regierung die Hände binden würde. »Auf der Bank liegen zwei Darlehen bereit«, sagte Kissinger, womit er die Inter-American Development Bank meinte. »Wir haben nicht die Absicht, dagegenzustimmen.« Er wies den Minister auch an: »Und kümmern Sie sich auch weiter um Ihren Antrag bei der Export-Import Bank. Wir wollen, dass Ihr Wirtschaftsprogramm ein Erfolg wird, und wir tun unser Möglichstes, Ihnen zu helfen.«[14]

Die Mitschrift beweist, dass die US-Regierung Krediten an die Junta zustimmte, von denen sie wusste, dass sie inmitten einer Terrorkampagne verwendet werden würden. Anfang der achtziger Jahre bestand Washington dann darauf, dass Argentiniens neue demokratische Regierung diese anrüchigen Schulden zurückzahlen müsse.

Der Schuldenschock

Für sich allein wären diese Schulden schon eine enorme Belastung für die neuen Demokratien gewesen, aber der Berg sollte noch größer werden. Eine neue Art von Schock ging durch die Nachrichten: der Volcker-Schock. Damit umschrieben Ökonomen die Folgen der Entscheidung von Paul Volcker, dem

Vorsitzenden der US-Notenbank, die Zinssätze in den Vereinigten Staaten drastisch anzuheben; bis auf einen Spitzenwert von 21 Prozent im Jahr 1981 ließ er sie steigen, und sie blieben bis Mitte der achtziger Jahre hindurch auf hohem Niveau.[15] In den USA führten die steigenden Zinsen zu einer Pleitewelle, und 1983 hatte sich die Anzahl der Menschen, die ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen konnten, verdreifacht.[16]

Am meisten tat das jedoch außerhalb der Vereinigten Staaten weh. Für die unter schweren Schuldenlasten leidenden Entwicklungsländer war der Volcker-Schock – auch als »Schuldenschock« oder »Schuldenkrise« bekannt – wie eine gigantische, von Washington abgefeuerte Elektroschockpistole, die bewirkte, dass sich die Dritte Welt in Krämpfen wand. Steigende Zinssätze bedeuteten höhere Zinszahlungen für Auslandsschulden, und oft konnten die nur geleistet werden, indem weitere Kredite aufgenommen wurden. Damit nahm die Schuldenspirale ihren Anfang. In Argentinien etwa wuchsen die von der Junta hinterlassenen 45 Milliarden Dollar Schulden rasch auf *65* Milliarden im Jahr 1989, und dasselbe wiederholte sich in armen Ländern überall auf der Welt.[17] Auch Brasiliens Schulden explodierten nach dem Volcker-Schock; sie verdoppelten sich binnen sechs Jahren von 50 Milliarden auf 100 Milliarden Dollar. Viele afrikanische Länder, die sich in den siebziger Jahren hoch verschuldet hatten, steckten in einer ähnlichen Zwangslage: Im selben kurzen Zeitraum stiegen etwa die Schulden Nigerias von neun auf 29 Milliarden Dollar.[18]

Und das waren nicht die einzigen Wirtschaftsschocks, die in den achtziger Jahren die Entwicklungsländer peinigten. Zu einem »Preisschock« kommt es immer dann, wenn der Preis

für eine Exportware wie Kaffee oder Zinn um zehn Prozent oder mehr fällt. Dem IWF zufolge erlebten die Entwicklungsländer zwischen 1981 und 1983 bereits 25 solcher Schocks, zwischen 1984 und 1987, auf dem Höhepunkt der Schuldenkrise, aber waren es 140 und trieben sie noch tiefer in die Schulden.[19] Einer dieser Schocks traf Bolivien 1986, ein Jahr nachdem das Land Jeffrey Sachs' bittere Pille geschluckt und sich in einen kapitalistischen Umbau gefügt hatte: Die Preise für Zinn, Boliviens wichtigstem Exportartikel neben Kokain, fielen um 55 Prozent und verheerten eine Volkswirtschaft, die dafür überhaupt nichts konnte. (Genau diese Abhängigkeit von Rohstoffexporten wollten die Ökonomen des Developmentalismus in den fünfziger und sechziger Jahren überwinden – eine Überlegung, die vom wirtschaftswissenschaftlichen Establishment des Nordens als »schwammig« abgetan worden war.)

An diesem Punkt wurde Friedmans Krisentheorie zu einem sich selbst verstärkenden Prozess. Je mehr die Weltwirtschaft seinen Rezepten folgte, Zinssätze mal nach oben, mal nach unten gingen, je mehr Preise dereguliert und Wirtschaften exportorientierter wurden, desto krisenanfälliger wurde das System und produzierte mehr und mehr genau die GAUs, die Friedman als die einzigen Umstände identifiziert hatte, unter denen Regierungen noch mehr auf seine radikalen Ratschläge hören würden.

So gesehen, sind Krisen fester Bestandteil des Chicagoer Modells. Wenn unbegrenzte Geldmengen frei und schnell über den ganzen Globus verschoben werden können und wenn Spekulanten auf den Wert von allem von Kakao bis zu Währungen setzen können, führt das zu einer enormen Unbeständigkeit. Und da die Freihandelspolitik arme Län-

der ermutigt, sich weiterhin auf den Export von Rohstoffen wie Kaffee, Kupfer, Öl oder Weizen zu verlegen, sind sie besonders anfällig dafür, in einen Teufelskreis fortgesetzter Krisen zu geraten. Ein plötzliches Nachgeben der Kaffeepreise schickt ganze Volkswirtschaften in die Depression, die dann von Währungshändlern verschärft wird, die angesichts des finanziellen Niedergangs eines Landes gegen dessen Währung setzen, was deren Wert in den Keller fallen lässt. Wenn dann noch galoppierende Zinssätze dazukommen und die Staatsschulden über Nacht explodieren, hat man das Rezept für den wirtschaftlichen Ruin.

Anhänger der Chicagoer Schule stellen die Zeit ab Mitte der achtziger Jahre gern als glatten, triumphalen Siegeszug ihrer Ideologie dar: Sobald sich die Länder der Demokratisierungswelle anschlossen, hatten sie kollektiv die Erleuchtung, dass freie Menschen und unbeschränkte freie Märkte Hand in Hand gehen. Doch das war immer eine Fiktion. Was tatsächlich passierte, ist Folgendes: Gerade als die Bürger endlich ihre lang entbehrten Freiheiten erlangten, dem Schock der Folterkammern unter Ferdinand Marcos auf den Philippinen oder Juan Maria Bordaberry in Uruguay und ihresgleichen entkommen waren, traf sie ein perfekter Sturm von finanziellen Schocks – Schuldenschocks, Preisschocks und Währungsschocks –, die die zunehmend instabile, deregulierte Weltwirtschaft hervorbrachte.

Wie in Argentinien die Schuldenkrise von diesen anderen Schocks verstärkt wurde, ist ein typisches, besonders unglückliches Beispiel. Raul Alfonsín kam 1983 ins Amt, inmitten des Volcker-Schocks, und vom ersten Tag an musste die neue Regierung sich daher in Krisenbewältigung üben. 1985 war die

Inflation so schlimm, dass Alfonsin eine brandneue Währung vorstellte, den Austral, weil er darauf setzte, dass ein Neuanfang eine Möglichkeit wäre, die Kontrolle wiederzuerlangen. Binnen vier Jahren waren die Preise so in die Höhe geschossen, dass es zu großen Hungeraufständen kam, und argentinische Restaurants verwendeten die Geldscheine als Tapete, weil dies billiger als Papier war. Allein im Juni 1989 betrug die Inflationsrate 203 Prozent. Das war fünf Monate vor dem Auslaufen von Alfonsins Amtszeit – daher gab er auf, trat zurück und rief vorzeitige Neuwahlen aus.[20]

Für einen Politiker in Alfonsins Lage hätte es noch andere Optionen gegeben. Er hätte sich weigern können, Argentiniens riesige Schuldenlast abzubauen. Er hätte sich mit Nachbarländern in derselben Krisensituation zusammentun und so etwas wie ein Schuldnerkartell bilden können. Diese Regierungen hätten nach den Prinzipien des Developmentalismus einen gemeinsamen Markt schaffen können; dieser Prozess war schon einmal in Gang gekommen, ehe die Region von sadistischen Militärregimen zerrissen wurde. Teil des Problems war aber das Erbe des Staatsterrors in den neuen Demokratien. In den achtziger und neunziger Jahren litten viele Entwicklungsländer noch immer an so etwas wie einem Terror-Kater: Auf dem Papier waren die Menschen frei, aber sie blieben vorsichtig und misstrauisch. Endlich dem Dunkel der Diktatur entkommen, waren nur wenige gewählte Politiker bereit, eine weitere Runde von US-unterstützten Staatsstreichen zu riskieren, indem sie genau die Politik verfolgten, die schon die Putsche der siebziger Jahre ausgelöst hatte – vor allem wenn die dafür verantwortlichen Militärs mehrheitlich nicht im Gefängnis, sondern, nachdem sie für sich Immuni-

tät ausgehandelt hatten, in ihren Kasernen saßen und genau zusahen.

Verständlicherweise waren die krisengeschüttelten neuen Demokratien nicht bereit, sich auf einen Krieg mit den Washingtoner Institutionen einzulassen, bei denen sie Schulden hatten, und so blieb ihnen nichts anderes übrig, als nach Washingtoner Regeln zu spielen. Und die wurden Anfang der achtziger Jahre viel rigider. Daher fiel der Schuldenschock exakt – und nicht zufällig – mit einer neuen Ära der Nord-Süd-Beziehungen zusammen, die Militärdiktaturen überflüssig machte. Es war die Morgendämmerung der »Strukturanpassung« – auch als Diktatur der Schulden bekannt.

Philosophisch betrachtet, hielt Milton Friedman nichts vom IWF oder der Weltbank: Für ihn waren sie klassische Beispiele für große Eingriffe seitens der Politik, die die empfindlichen Signale des freien Marktes stören. Daher war es ein Witz, dass es so etwas wie ein virtuelles Förderband gab, das Chicago Boys in die kolossalen Hauptquartiere der beiden Institutionen an der 19. Straße in Washington, D.C. verfrachtete, wo sie zahlreiche Spitzenpositionen einnahmen. Arnold Harberger, der das Lateinamerikaprogramm der University of Chicago leitete, rühmte sich oft, wie viele seiner Absolventen einflussreiche Stellungen bei der Weltbank und dem IWF ergattern konnten. »Zu einem bestimmten Zeitpunkt waren vier regionale Chefökonomen der Weltbank meine Studenten in Chicago gewesen. Einer von ihnen, Marcelo Selowsky, wurde dann Chefökonom für den neu geschaffenen Bereich der ehemaligen Sowjetunion, was der fetteste derartige Job in der gesamten Bank ist. Und wissen Sie was: An seine Stelle

trat ein weiterer ehemaliger Student, Sebastian Edwards. Es ist also sehr schön zu sehen, dass diese Leute es zu etwas bringen, und ich bin stolz darauf, dass ich meinen Teil zu ihrer Entwicklung als Wirtschaftswissenschaftler beigetragen habe.«[21] Ein weiterer Star war der Argentinier Claudio Loser, der 1971 in Chicago sein Examen machte und später der für die westliche Hemisphäre zuständige Direktor des IWF wurde, was die ranghöchste für Lateinamerika zuständige Position war.* Chicagoer besetzten noch viele weitere hohe Posten beim IWF, darunter auch den zweithöchsten des stellvertretenden geschäftsführenden Direktors sowie die des Chefökonomen, des Forschungsdirektors und des leitenden Wirtschaftswissenschaftlers in der Afrika-Abteilung.[22]

Friedman hatte vielleicht aus grundsätzlichen Erwägungen etwas gegen diese Institutionen, in der Praxis aber waren keine besser positioniert, um seine Krisentheorie umzusetzen. Als in den achtziger Jahren viele Länder in den Krisenstrudel gestürzt wurden, konnten sie sich nirgendwo sonst hinwenden als an die Weltbank und den IWF. Und wenn sie das taten, rannten sie gegen eine Mauer von orthodoxen Chicago Boys an, die darin geübt waren, wirtschaftliche Katastrophen nicht als zu lösende Probleme zu betrachten, sondern

---

* Nach dem Zusammenbruch in Argentinien 2001 wurde Loser gefeuert. Der allgemeinen Überzeugung nach war der IWF unter seiner Ägide derartig von der Politik des freien Marktes angetan, dass er Ländern großzügig immer weiter Kredite gewährte, solange diese ihre Ausgaben kürzten und ihre Wirtschaft privatisierten; dabei übersah er die gravierenden Schwachstellen ihrer Volkswirtschaften – etwa Massenarbeitslosigkeit und zügellose Korruption –, von der nicht mehr zu schulternden Schuldenlast beim IWF ganz zu schweigen.

als kostbare Gelegenheiten, ihren Einfluss zu nutzen, um Neuland für den freien Markt zu sichern. Krisenopportunismus war jetzt die Leitlinie der mächtigsten Finanzinstitutionen der Welt. Und zugleich war dieser ein fundamentaler Verrat ihrer Grundprinzipien.

Wie die Vereinten Nationen wurden die Weltbank und der IWF als Antwort auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs geschaffen. Mit dem Ziel, niemals wieder die Fehler zu begehen, die im Herzen Europas zum Faschismus geführt hatten, kamen die Weltmächte 1944 in Bretton Woods, New Hampshire, zusammen, um eine neue Wirtschaftsordnung zu entwickeln. Die Weltbank und der IWF, die sich durch Beiträge ihrer 43 Gründungsländer finanzierten, bekamen den expliziten Auftrag, in Zukunft wirtschaftliche Schocks und Zusammenbrüche wie jene, die die Weimarer Republik derartig destabilisiert hatten, zu vermeiden. Die Weltbank sollte langfristig in die Entwicklung investieren, um die Länder aus der Armut zu holen, während der IWF als so etwas wie ein globaler Stoßdämpfer fungieren sollte, indem er eine Wirtschaftspolitik förderte, die die Finanzspekulationen und Marktinstabilitäten reduzieren sollte. Sah es danach aus, als würde ein Land in eine Krise geraten, sollte der IWF mit stabilisierenden Zuschüssen und Krediten eingreifen und so Krisen verhindern, ehe es dazu kam.[23] Die beiden Institutionen, die in Washington nur durch eine Straße getrennt sind, sollten dabei ihre Vorgehensweisen koordinieren.

John Maynard Keynes, der die britische Delegation leitete, war überzeugt, die Welt hätte endlich erkannt, wie gefährlich es politisch ist, wenn man es dem Markt überlässt, sich selbst zu regulieren. »Nur wenige hielten es für möglich«, sagte Key-

nes gegen Ende der Konferenz. Wenn die Institutionen ihren Grundsätzen treu blieben, dann »wird es mehr als eine Phrase sein, dass alle Menschen Brüder werden«.[24]

Dieser universellen Vision wurden der IWF und die Weltbank nicht gerecht; von Anfang an verteilten sie die Macht nicht auf der Basis »ein Land, eine Stimme« wie die Vollversammlung der Vereinten Nationen, sondern nach dem wirtschaftlichen Rang der Länder – ein Arrangement, das den Vereinigten Staaten praktisch ein Vetorecht bei allen wichtigen Entscheidungen gibt, während Europa und Japan nahezu den Rest kontrollieren. Als in den achtziger Jahren Reagan und Thatcher an die Macht kamen, gelang es ihren stramm ideologisch ausgerichteten Regierungen daher mit Leichtigkeit, die beiden Institutionen für ihre eigenen Zwecke einzuspannen; rasch vermehrten sie ihre Macht und verwandelten sie in wesentliche Werkzeuge, um den korporatistischen Kreuzzug voranzubringen.

Die Kolonisierung der Weltbank und des IWF durch die Chicagoer Schule vollzog sich größtenteils unbeachtet, wurde aber 1989 offiziell, als John Williamson das vorstellte, was er den »Washingtoner Konsens« nannte. Es war eine Liste von wirtschaftlichen Strategien, die, wie er sagte, beide Institutionen für das absolute Minimum wirtschaftlicher Gesundheit erachteten, »den gemeinsamen wissenschaftlichen Kern, den alle ernstzunehmenden Ökonomen gutheißen«.[25] Zu diesen – als technisch und unstrittig dargestellten – Grundsätzen zählten unverhohlen ideologische Behauptungen wie alle »Staatsunternehmen sollten privatisiert werden« und »Barrieren, die den Marktzugang für ausländische Firmen behindern, sollten abgeschafft werden«.[26] Die komplettierte Liste lief auf nichts

anderes hinaus als Friedmans neoliberales Triumvirat von Privatisierung, Deregulierung/Freihandel und drastischen Einschnitten bei den Staatsausgaben. Diese Strategien, sagte Williamson, seien »Lateinamerika von den maßgeblichen Stellen in Washington dringend empfohlen worden«.[27] Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und eine der letzten Bastionen gegen die neue orthodoxe Lehre, schrieb: »Keynes würde sich im Grab umdrehen, könnte er sehen, was aus seinem Kind geworden ist.«[28]

Die Vertreter der Weltbank und des IWF hatten schon immer politische Empfehlungen unterbreitet, wenn sie Kredite vergaben, aber in den frühen achtziger Jahren verwandelten sich diese Empfehlungen, begünstigt durch die Verzweiflung der Entwicklungsländer, in radikale Forderungen hinsichtlich des freien Marktes. Wenn krisengeschüttelte Länder sich wegen Schuldenerlassen und Notkrediten an den IWF wandten, antwortete dieser mit durchgreifenden Schocktherapie-Programmen, die in ihrer Bandbreite auf den von den Chicago Boys für Pinochet entworfenen »Ziegelstein« und auf den in Gonis Wohnzimmer in Bolivien ausgekochten 220-Punkte-Erlass hinausliefen.

Der IWF hatte sein erstes Vollprogramm zur »Strukturanpassung« 1983 aufgelegt. Die nächsten beiden Jahrzehnte lang wurde jedes Land, das sich wegen eines größeren Kredits an den Fonds wandte, davon in Kenntnis gesetzt, dass es seine Wirtschaft von der Spitze bis zur Basis auf Vordermann bringen müsse. Davison Budhoo, ein leitender IWF-Ökonom, der in den gesamten achtziger Jahren Strukturanpassungsprogramme für Lateinamerika und Afrika entwarf, räumte später ein: »Alles, was wir von 1983 an taten, basierte auf unserer

neuen Mission, dass der Süden privatisiert werden oder sterben müsse; im Hinblick darauf haben wir in den Jahren 1983 bis 1988 schändlicherweise in Lateinamerika und Afrika das totale wirtschaftliche Chaos angerichtet.«[29]

Auch angesichts dieser radikalen (und höchst profitablen) neuen Aufgabe nahmen der IWF und die Weltbank stets für sich in Anspruch, dass alles, was sie taten, im Interesse der »Stabilisierung« geschah. Der offizielle Auftrag des Fonds war nach wie vor die Krisenprävention – nicht der Umbau von Gesellschaften oder der ideologische Wandel –, also musste die Stabilität als offizielle Rechtfertigung herhalten. In Wirklichkeit aber wurde in einem Land nach dem anderen die internationale Schuldenkrise systematisch als Hebel genutzt, auf der Grundlage einer rücksichtslosen Umsetzung von Friedmans Schockdoktrin die Agenda der Chicagoer Schule voranzubringen.

Ökonomen der Weltbank und des IWF gaben das damals auch zu, allerdings verschlüsselt in der Sprache der Wirtschaftswissenschaften und nur vor einem Publikum aus Spezialisten oder in Veröffentlichungen für andere »Technokraten«. Dani Rodrik, ein bekannter Harvardökonom, der viel mit der Weltbank zusammengearbeitet hat, beschrieb das gesamte Konstrukt der »Strukturanpassung« als geniale Marketingstrategie. »Der Weltbank kommt die Ehre zu«, schrieb Rodrik 1994, »das Konzept der ›Strukturanpassung‹ erfunden und erfolgreich vermarktet zu haben, ein Konzept, das mikroökonomische und makroökonomische Reformen *zusammenpackte. Strukturanpassung wurde als der Prozess verkauft, dem sich Länder unterziehen müssen, um ihre Wirtschaft vor der Krise zu retten.* Gegenüber Regierungen, die das Paket kauf-

ten, wurde der Unterschied zwischen vernünftigen makroökonomischen Strategien für stabile Preise und eine ausgewogene Außenhandelsbilanz einerseits und Strategien, die zur Öffnung führen [wie Freihandel], andererseits *obskuriert*.«[30]

Das Prinzip war einfach: Länder in der Krise suchen verzweifelt nach Notmaßnahmen, um ihre Währungen zu stabilisieren. Wenn ein Paket aus einem finanziellen Rettungsanker sowie Privatisierung und Freihandel geschnürt wird, haben diese Länder keine andere Wahl, als das gesamte Paket zu akzeptieren. Wirklich clever war dabei, dass die Ökonomen selbst wussten, dass Freihandel nichts mit der Beendigung der Krise zu tun hatte; aber diese Information wurde professionell »obskuriert«. Rodrik meinte das alles als Kompliment. Die Bündelung funktionierte nicht nur, weil sie die armen Länder dazu brachte, die Politik zu akzeptieren, die Washington für sie vorgesehen hatte, sondern war das Einzige, was überhaupt funktionierte – und Rodrik konnte diese Behauptung mit Zahlen belegen. Er hatte alle Länder untersucht, die sich in den achtziger Jahren dem radikalen Freihandel verschrieben hatten, und festgestellt: »In den achtziger Jahre fand kein signifikanter Fall einer Handelsreform in einem Entwicklungsland außerhalb des Rahmens einer schweren Wirtschaftskrise statt.«[31]

Das war ein verblüffendes Eingeständnis. Zu diesem Zeitpunkt behaupteten Weltbank und IWF in der Öffentlichkeit, Regierungen überall auf der Welt seien erleuchtet worden und hätten gemerkt, dass der Washingtoner Konsens das einzige Rezept für Stabilität und damit für Demokratie sei. Doch innerhalb des Washingtoner Establishments gab es auch das Zugeständnis, dass sich die Entwicklungsländer dem nur auf-

grund einer Kombination von falschen Versprechungen und blanker Erpressung unterwarfen: Sie wollen Ihr Land retten? Verkaufen Sie es! Rodrik räumte sogar ein, dass Privatisierung und Freihandel – zentrale Bestandteile des Strukturanpassungspakets – unmittelbar nichts mit Stabilität zu tun haben, etwas anderes zu behaupten sei, so Rodrik, »schlechte Wirtschaftswissenschaft«.[32]

Argentinien – zu dieser Zeit »Musterschüler« des IWF – bietet abermals einen erhellenden Einblick in die Mechanismen der neuen Ordnung. Nachdem die Hyperinflation Präsident Alfonsin zum Rücktritt gezwungen hatte, wurde er durch Carlos Menem ersetzt, Peronist und Gouverneur einer kleinen Provinz, der Lederjacken und lange Koteletten trug und zäh genug schien, sowohl dem immer noch gefürchteten Militär als auch den Kreditgebern die Stirn zu bieten. Nach all den gewaltsamen Versuchen, die Peronistische Partei und die Gewerkschaftsbewegung auszulöschen, hatte Argentinien jetzt einen Präsidenten, der in seinem gewerkschaftsfreundlichen Wahlkampf versprochen hatte, Juan Perons developmentalistische Wirtschaftspolitik wiederzubeleben. In diesem Moment kamen viele der Emotionen auf, die auch Paz' Amtseinführung in Bolivien ausgelöst hatte.

Zu viele, wie sich herausstellte. Nach einem Jahr im Amt und unter enormem Druck des IWF schlug der Präsident den Kurs einer trotzigen »Voodoo-Politik« ein. Menem, der als Symbol der Partei gewählt worden war, die sich gegen die Diktatur stellte, berief Domingo Cavallo zu seinem Wirtschaftsminister und brachte damit den Mann zurück an die Macht, der in der Junta-Ära offiziell dafür verantwortlich war, die Schulden der Unternehmen zu erlassen – das Abschieds-

geschenk der Diktatur.[33] Seine Ernennung war das, was Ökonomen ein »Signal« nennen – in diesem Fall ein unmissverständliches Zeichen, dass die neue Regierung das von der Junta gestartete korporatistische Experiment aufgreifen und fortsetzen würde. Die Börse in Buenos Aires reagierte darauf mit dem Äquivalent stehenden Beifalls: Um 30 Prozent schoss der Handel an dem Tag in die Höhe, an dem Cavallos Name verkündet wurde.[34]

Cavallo rief sofort ideologische Verstärkung herbei und stockte die Verwaltung mit ehemaligen Studenten von Milton Friedman und Arnold Harberger auf. So gut wie alle wirtschaftspolitischen Spitzenpositionen des Landes wurden mit Chicago Boys besetzt: Präsident der Zentralbank wurde Roque Fernandez, der sowohl für den IWF als auch für die Weltbank gearbeitet hatte; Vizepräsident der Zentralbank wurde Pedro Pou, der für die Diktatoren gearbeitet hatte; Chefberater der Zentralbank wurde Pablo Guidotti, der direkt vom IWF kam, wo er unter einem anderen ehemaligen Chicagoer Professor, Michael Mussa, gearbeitet hatte.

Argentinien war in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Bis 1999 gehörten zur internationalen Gemeinde der Chicagoer Absolventen über 25 Regierungsminister und mehr als ein Dutzend Zentralbankpräsidenten von Israel bis Costa Rica – ein beachtliches Maß an Einfluss für eine einzelne Universitätsfakultät.[35] Wie in vielen anderen Ländern nahmen die Chicago Boys auch in Argentinien die gewählte Regierung in eine Art ideologischen Zangengriff: Die eine Gruppe machte von innen Druck, die andere aus Washington von außen. So wurden beispielsweise die IWF-Delegationen nach Buenos Aires oft von Claudio Loser angeführt, einem weiteren argentini-

schen Chicago Boy, was bedeutete, dass es bei den Treffen im Finanzministerium und in der Zentralbank nicht um kontroverse Verhandlungen ging, sondern um kollegiale Diskussionen unter Freunden, ehemaligen Kommilitonen der University of Chicago und Kollegen aus der 19. Straße in Washington. Ein in Argentinien über die Auswirkungen dieser weltweiten ökonomischen Bruderschaft veröffentlichtes Buch trägt den zutreffenden Titel *Buenos Muchachos*, »gute alte Freunde«.[36]

Begeistert einigten sich die Mitglieder dieser Bruderschaft darauf, was mit Argentiniens Wirtschaft geschehen müsse – und wie das zu schaffen sei. Der Cavallo-Plan, wie er dann genannt wurde, basierte auf dem cleveren Paket-Trick, den die Weltbank zusammen mit dem IWF perfektioniert hatte: das Chaos und die Verzweiflung angesichts einer Krise mit Hyperinflation auszunutzen, um Privatisierung als integralen Bestandteil der Rettungsaktion zu verkaufen. Um das Währungssystem zu stabilisieren, machte Cavallo daher rasch drastische Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben und gab eine weitere neue Währung heraus, den argentinischen Peso, der an den US-Dollar gekoppelt wurde. Binnen eines Jahres ging die Inflation auf 17,5 Prozent zurück, und wenige Jahre später war sie praktisch verschwunden.[37] Die Maßnahme beendete die Währungskrise, »obskurierte« aber die andere Hälfte des Programms.

Auch wenn sie sich sehr darum bemüht hatte, es ausländischen Investoren recht zu machen, hatte die argentinische Diktatur doch große und begehrte Stücke der Wirtschaft von der Fluggesellschaft bis hin zu den beeindruckenden Ölreserven Patagoniens in staatlicher Hand belassen. Nach Ansicht von Cavallo und den anderen Chicago Boys war die Revolu-

tion erst zur Hälfte erledigt, und sie waren entschlossen, ihre Arbeit mit Hilfe der Wirtschaftskrise zu vollenden.

Anfang der neunziger Jahre verkaufte der argentinische Staat die Reichtümer des Landes so rasch und so vollständig, dass das Projekt bei weitem das übertraf, was ein Jahrzehnt zuvor in Chile geschehen war. Bis 1994 waren 90 Prozent aller Staatsunternehmen an private Gesellschaften verkauft, unter anderem Citibank, Bank Boston, Suez und Vivendi in Frankreich, Repsol und Telefónica in Spanien. Vor den Verkäufen hatten Menem und Cavallo noch großzügig den neuen Eigentümern einen wertvollen Dienst erwiesen: Nach Cavallos eigenen Schätzungen hatten sie rund 700 000 Mitarbeiter gefeuert, andere sprechen noch von weit höheren Zahlen. Allein die Ölgesellschaft verlor in der Ära Menem 27 000 Beschäftigte. Als Bewunderer von Jeffrey Sachs bezeichnete Cavallo diesen Prozess als »Schocktherapie«; Menem prägte einen noch brutaleren Ausdruck dafür. In einem Land, das noch immer von massenhaften Folterungen traumatisiert war, sprach er von einem »größeren chirurgischen Eingriff ohne Betäubung«.[38] *

---

* Im Januar 2006, als Cavallo und Menem schon lange nicht mehr im Amt waren, erfuhren die Argentinier überraschende Neuigkeiten. Es stellte sich heraus, dass der Cavallo-Plan überhaupt nicht von Cavallo stammte und auch nicht vom IWF: Das gesamte Schocktherapieprogramm in Argentinien Anfang der neunziger Jahre war insgeheim von JP Morgan und Citibank geschrieben worden, zwei der größten privaten Kreditgeber des Landes. Im Verlauf eines Prozesses gegen die argentinische Regierung entdeckte der renommierte Historiker Alejandro Olmos Gaona ein verblüffendes, 1400 Seiten umfassendes Dokument, das von den beiden US-amerikanischen Banken für Cavallo verfasst worden war. Darin sind »die von der Regierung von 92

Inmitten des Umbaus veröffentlichte das Magazin *Time* eine Titelgeschichte über Menem, auf dem zugehörigen Foto grinst sein Gesicht aus dem Zentrum einer Sonnenblume heraus, und die Schlagzeile darüber lautete »Menems Wunder«.[39] Und es war in der Tat ein Wunder – Menem und Cavallo hatten ein radikales, schmerzliches Privatisierungsprogramm durchgezogen, ohne einen landesweiten Aufstand zu entfachen. Wie hatten sie das geschafft?

Cavallo erklärte es Jahre später: »Eine Hyperinflation ist für die Menschen eine schreckliche Zeit, vor allem für Leute mit niedrigem Einkommen und Kleinsparer, wenn sie miterleben, wie in wenigen Stunden oder Tagen ihr Geld von den Preissteigerungen vernichtet wird, die sich mit unglaublichem Tempo vollziehen. Aus diesem Grund bitten die Menschen die Regierung: ›Bitte, unternehmt etwas.‹ Und wenn die Regierung mit einem guten Stabilisierungsplan aufwartet, dann besteht Gelegenheit, diesen Plan mit anderen Reformen zu ergänzen … Die wichtigsten Reformen hatten mit der Öffnung der Wirtschaft und der Deregulierung und dem Privatisierungsprozess zu tun. Aber die einzige Möglichkeit, all diese Reformen durchzuführen, war zum damaligen Zeitpunkt, die von der Hyperinflation geschaffene Situation auszunutzen, weil die Bevölkerung bereit war, drastische Maßnahmen zu akzeptieren, um die Hyperinflation zu beenden

---

an durchgeführten Maßnahmen aufgelistet: … die Privatisierung der öffentlichen Versorgung, die Reform des Arbeitsrechts, die Privatisierung der Altersversorgung. Alles ist dort mit großer Detailliebe ausgearbeitet … Jedermann glaubt, der seit 1992 befolgte Wirtschaftsplan sei das Werk von Domingo Cavallo, aber das stimmt nicht.«

und zur Normalität zurückkehren zu können.«[40] – Auf lange Sicht erwies sich das Cavallo-Programm insgesamt als Katastrophe für Argentinien. Seine Methode zur Währungsstabilisierung – den Peso an den US-Dollar zu koppeln – machte die Produktion von Waren im Land selbst so teuer, dass lokale Fabriken nicht mehr mit den billigen Importen konkurrieren konnten, die das Land überschwemmten. Auf diese Weise gingen so viele Arbeitsplätze verloren, dass gut die Hälfte der Bevölkerung schließlich unter die Armutsgrenze geriet. Auf kurze Sicht jedoch hatte der Plan großartig funktioniert: Cavallo und Menem hatten die Privatisierung eingeschmuggelt, während das Land aufgrund der Hyperinflation unter Schock stand. Die Krise hatte ganze Arbeit geleistet.

Was die argentinische Führung in dieser Zeit erlernte, war eher eine psychologische und keine ökonomische Technik. Als Junta-Veteran wusste Cavallo sehr gut, dass die Menschen in den Zeiten der Krise bereit sind, jedem, der eine Wunderkur zu kennen behauptet, einen Großteil der Macht zu überlassen – egal, ob es sich bei der Krise um einen finanziellen GAU oder, wie die Regierung Bush später zeigen sollte, um einen Terroranschlag handelt.

Und so konnte der Kreuzzug, den Friedman begonnen hatte, den gefürchteten Übergang zur Demokratie überleben – nicht indem seine Befürworter die Wähler von der Richtigkeit ihrer Weltsicht überzeugten, sondern indem sie sich geschickt von Krise zu Krise vorarbeiteten und kundig Verzweiflung in wirtschaftlicher Not ausnutzten, um eine Politik durchzudrücken, mit der den fragilen neuen Demokratien die Hände gebunden wurden. Sobald diese Strategie erst einmal perfektioniert war, schienen sich die Gelegenheiten zu vervielfachen.

Dem Volcker-Schock folgten die mexikanische Tequila-Krise 1994, die »asiatische Krankheit« von 1997, der Zusammenbruch Russlands 1998 und kurz darauf der in Brasilien. Als diese Schocks und Krisen an Durchschlagskraft zu verlieren begannen, kam es zu noch katastrophaleren: Tsunamis, Hurrikanen, Kriegen und Terror anschlagen. Der Katastrophen-Kapitalismus nahm Gestalt an.

VERLOREN IM NIEMANDSLAND

ALS WIR WEINTEN, ALS WIR ZITTERTEN, ALS WIR TANZTEN

Die schlimmsten Umstände bieten denen die besten Chancen, die die Notwendigkeit einer fundamentalen Wirtschaftsreform begreifen.

Stephan Haggard und John Williams,
The Political Economy of Policy Reform, 1994

DIE GESCHICHTE ABWÜRGEN

EINE KRISE IN POLEN, EIN MASSAKER IN CHINA

Ich lebe heute in einem Polen, das frei ist, und ich halte Milton Friedman für einen der wichtigsten intellektuellen Architekten der Freiheit meines Landes.

Leszek Balcerowicz, ehemaliger polnischer Finanzminister, November 2006 [1]

Es gibt da so eine Chemikalie, die wird in deinem Magen freigesetzt, wenn du dein Geld verzehnfachst. Und die macht süchtig.

William Browder, US-amerikanischer Vermögensverwalter, über Investitionen in Polen in den Anfangstagen des Kapitalismus [2]

Keinesfalls dürfen wir aus Angst, uns zu verschlucken, mit dem Essen aufhören.

Die offizielle Staatszeitung *People's Daily* über die Notwendigkeit, nach dem Massaker vom Tiananmen-Platz mit den marktwirtschaftlichen Reformen weiterzumachen [3]

Ehe die Berliner Mauer fiel und damit definitiv das Symbol lieferte, dass der Kommunismus am Ende war, ging ein anderes Bild um die Welt, das Hoffnungen weckte, der Eiserne Vorhang könne durchlässiger werden. Es zeigte Lech Wałęsa, einen entlassenen Elektriker mit dickem Schnurrbart und

zerzaustem Haar, wie er über einen mit Blumen und Fähnchen geschmückten Stahlzaun in Gdahsk (Danzig) sprang. Der Zaun schützte die Lenin-Werft und Tausende von Arbeitern, die sich darin verbarrikadiert hatten, um gegen die Entscheidung der Kommunistischen Partei zu protestieren, die Fleischpreise anzuheben.

Der Arbeiterstreik war ein beispielloser Akt des Ungehorsams gegenüber der von Moskau gelenkten Regierung, die in Polen seit 35 Jahren herrschte. Niemand wusste, was passieren würde: Würde Moskau Panzer schicken? Würden sie auf die Arbeiter schießen und sie zwingen, den Streik zu beenden? Der Streik zog sich hin, die Werft wurde zu einer Keimzelle der Basisdemokratie in einem autoritär geführten Land, und die Arbeiter weiteten ihre Forderungen aus. Sie wollten ihr Leben nicht länger von Parteiapparatschiks bestimmen lassen, die behaupteten, für die Arbeiterklasse zu sprechen. Sie wollten ihre eigene, unabhängige Gewerkschaft, sie wollten Versammlungs- und Vertragsfreiheit und Streikrecht. Sie warteten nicht auf Genehmigungen, sie stimmten darüber ab, diese Gewerkschaft zu gründen, und nannten sie Solidarność (»Solidarität«).[4] Das war 1980, und in diesem Jahr lag die Welt der Solidarność und ihrem Anführer Lech Wałęsa zu Füßen.

Der damals siebenunddreißigjährige Wałęsa und die polnischen Arbeiter befanden sich dermaßen auf gleicher Wellenlänge, dass es da eine spirituelle Verbindung zu geben schien. »Wir essen dasselbe Brot!«, bellte er in das Mikrophon auf der Danziger Werft. Das bezog sich nicht nur darauf, dass Wałęsa unbestreitbar ein Arbeiter wie die anderen war, sondern auch auf die mächtige Rolle, die der Katholizismus in dieser bahnbrechenden neuen Bewegung spielte. Während die Parteiver-

treter über Religion die Nase rümpften, stellten die Arbeiter ihren Glauben wie ein Ehrenabzeichen zur Schau. Hinter den Barrikaden standen sie Schlange, um die heilige Kommunion zu empfangen. Wałęsa, auf erfrischende Weise ebenso sinnenfroh wie fromm, eröffnete das Solidarność-Büro mit einem hölzernen Kruzifix in der einen und einem Blumenstrauß in der anderen Hand. Als es zur ersten vertraglichen Vereinbarung zwischen den Arbeitern und der Regierung kam – ein Meilenstein der Bewegung –, setzte Wałęsa seinen Namen mit einem »riesigen Souvenir-Stift, der das Bild von Johannes Paul II. trug«, darunter. Die Bewunderung beruhte auf Gegenseitigkeit: Der Papst aus Polen sagte Wałęsa, er würde für Solidarność beten.[5]

Solidarność eroberte in atemberaubendem Tempo die Bergwerke, Werften und Fabriken des Landes. Binnen eines Jahres hatte die Gewerkschaft zehn Millionen Mitglieder – fast die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung Polens. Nachdem die Arbeiter das Recht auf Kollektivverhandlungen errungen hatten, gelangen Solidarność weitere konkrete Fortschritte: Fünf- statt Sechstagewoche, mehr Mitsprache bei der Leitung der Betriebe. Die Mitglieder waren es leid, in einem Land zu leben, das eine idealisierte Arbeiterklasse anhimmelte, die wirklichen Arbeiter aber ausbeutete, und sie kritisierten Korruption und Brutalität der Parteifunktionäre, die nicht dem polnischen Volk Rechenschaft ablegen mussten, sondern weit entfernten und abgehobenen Bürokraten in Moskau. All das von der Einparteienherrschaft unterdrückte Verlangen nach Demokratie und Selbstbestimmung brach sich in lokalen Solidarność-Gewerkschaften Bahn und führte zu einem Massenaustritt aus der Kommunistischen Partei.

Moskau sah in der Bewegung die bislang schlimmste Gefahr für den Ostblock. Innerhalb der Sowjetunion bestand die Opposition vor allem aus Menschenrechtsaktivisten, die meist der politischen Rechten angehörten. Die Solidarność-Mitglieder aber konnte man nicht einfach als Marionetten des Kapitalismus abtun: Es waren Arbeiter mit Hämmern in den Händen und Kohlenstaub in den Poren – jene Menschen, die der marxistischen Theorie nach eigentlich die Parteibasis hätten bilden sollen.* Schlimmer noch, Solidarność war alles, was die Partei nicht war: demokratisch statt autoritär, basisorientiert statt zentralistisch, partizipatorisch statt bürokratisch. Und die zehn Millionen Mitglieder hatten die Macht, die polnische Wirtschaft zum Stillstand zu bringen. Wałęsa spottete, die Bewegung könne vielleicht politische Schlachten verlieren, »aber wir können nicht zur Arbeit gezwungen werden. Denn wenn sie wollen, dass wir Panzer bauen, werden wir Straßenbahnen bauen. Und Lastwagen werden rückwärts fahren, wenn wir sie so bauen. Wir wissen, wie wir das System schlagen können. Wir sind Schüler dieses Systems.«

Die demokratische Ausrichtung der Solidarność ließ sogar Parteifunktionäre rebellieren. »Einst war ich so naiv zu glauben, dass einige wenige schlechte Männer für die Irrtümer der Partei verantwortlich wären«, sagte Marian Arendt, Mitglied des Zentralkomitees, einer polnischen Zeitung. »Jetzt mache ich mir keine solchen Illusionen mehr. Mit unserem ganzen Apparat stimmt etwas nicht, mit unserer gesamten Struktur.«[6]

---

* Ein beliebter Solidarność-Slogan von 1980 lautete: »Sozialismus – JA, sein Zerrbild – NEIN« (was auf Polnisch zweifellos besser klang).

Im September 1981 waren die Solidarność-Mitglieder so weit, die Bewegung auf ein neues Niveau zu bringen. 900 polnische Arbeiter versammelten sich – wieder in Gdansk – zum ersten landesweiten Gewerkschaftskongress. Dort wandelte sich Solidarność zu einer revolutionären Bewegung mit dem Ziel, den Staat zu übernehmen, einer Bewegung mit einem eigenen alternativen wirtschaftlichen und politischen Programm für Polen. Der Solidarność-Entwurf sah vor: »Wir verlangen Selbstbestimmung und demokratische Reformen auf jeder Verwaltungsebene und ein neues sozioökonomisches System, das den Plan, die Selbstverwaltung und den Markt miteinander kombiniert.« Kernstück war die Vision, dass die riesigen, vom Staat geleiteten Unternehmen, in denen Millionen von Solidarność-Mitgliedern arbeiteten, der Kontrolle der Regierung entzogen und zu demokratischen Kooperativen in den Händen der Arbeiter werden sollten. Das sozialisierte Unternehmen, besagte das Programm, sollte die organisatorische Grundeinheit der Wirtschaft sein. Es sollte von dem Arbeiterrat kontrolliert werden, der das Kollektiv repräsentiert, und operativ von dem Direktor geleitet werden, der sich im Wettbewerb qualifiziert und vom Rat abberufen werden kann.[7] Wałęsa widersetzte sich dieser Forderung, weil er meinte, sie hinterfrage die Allmacht der Partei und würde drastische Gegenmaßnahmen provozieren. Andere argumentierten, die Bewegung brauche ein Ziel, eine Hoffnung für die Zukunft, nicht nur einen Gegner. Wałęsa verlor die Debatte, und das Wirtschaftsprogramm wurde zur offiziellen Solidarność-Politik.

Wałęsas Angst vor Gegenmaßnahmen erwies sich als wohlbegründet. Die immer ehrgeizigere Solidarność erschreckte

und erboste Moskau. Unter enormem Druck reagierte der polnische Ministerpräsident General Wojciech Jaruzelski mit der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981. Panzer rollten durch den Schnee, umstellten Fabriken und Bergwerke, Solidarność-Mitglieder wurden zu Tausenden zusammengetrieben, und ihre Anführer, auch Wałęsa, wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. *Time* berichtete: »Als sich Bergleute in Katowice [Kattowitz] mit Äxten und Brecheisen wehrten, setzten Soldaten und Polizisten gegen die Widerstand leistenden Arbeiter Gewalt ein, und es kam zu mindestens sieben Toten und Hunderten Verletzten.«[8]

Solidarność musste in den Untergrund gehen, aber während der achtjährigen Polizeistaatsherrschaft nahm der Ruhm der Bewegung nur noch zu. 1983 bekam Wałęsa den Friedensnobelpreis verliehen, allerdings war sein Bewegungsspielraum noch immer eingeschränkt, und er konnte den Preis nicht persönlich entgegennehmen. »Der Platz des Friedensnobelpreisträgers ist leer«, sagte der Repräsentant des Nobelpreiskomitees bei der Feier. »Wir wollen uns daher noch mehr bemühen, die stumme Rede von diesem leeren Platz aus zu verstehen.«

Als Metapher war der leere Platz passend, denn zu diesem Zeitpunkt schien jeder in Solidarność das zu sehen, was er sehen wollte: Das Nobelpreiskomitee sah einen Mann, der »zu keiner anderen Waffe griff als dem friedlichen Streik«.[9] Die Linke sah eine Erlösung, eine Version von Sozialismus, die nicht von den Verbrechen eines Stalin oder Mao befleckt war. Die Rechte sah den Beweis, dass kommunistische Staaten selbst moderater Opposition mit brutaler Gewalt begegnen. Die Menschenrechtsbewegung sah Gefangene, die wegen ihrer Überzeugungen inhaftiert waren. Die katholische

Kirche sah Verbündete gegen den kommunistischen Atheismus. Margaret Thatcher und Ronald Reagan schließlich sahen eine Öffnung, einen Riss in der sowjetischen Panzerung, auch wenn Solidarność genau für die Rechte kämpfte, die die beiden zu Hause nach besten Kräften abzuschaffen trachteten. Je länger die Gewerkschaftsbewegung verboten blieb, desto größer wurde der Solidarność-Mythos.

Bis 1988 hatte sich der Schrecken der anfänglichen Gegenmaßnahmen abgeschwächt, und die polnischen Arbeiter organisierten abermals große Streiks. Da diesmal sich die Wirtschaft im freien Fall befand und in Moskau die neue, gemäßigte Regierung von Michail Gorbatschow an der Macht war, gaben die Kommunisten nach. Sie ließen Solidarność im folgenden Jahr wieder zu und stimmten sogar vorgezogenen Wahlen zu. Solidarność teilte sich zu diesem Zweck: Zum einen gab es weiterhin die Gewerkschaftsbewegung, und daneben das neue »Bürgerkomitee Solidarność«, das bei den Wahlen antrat. Beide blieben aber unauflöslich miteinander verbunden: Solidarność-Führer stellten die Kandidaten, und da das Wahlkampfprogramm vage war, lieferte das gewerkschaftliche Wirtschaftsprogramm die einzigen Hinweise, wie eine Zukunft unter Solidarność aussehen könnte. Wałęsa selbst stellte sich nicht zur Wahl, er blieb Vorsitzender des Gewerkschaftsflügels, aber er war das Gesicht des Wahlkampfs, dessen Parole lautete: »Mit uns seid ihr sicherer.«[10] Die Wahlergebnisse waren für die Kommunisten eine Demütigung, für Solidarność ein Triumph: Von 161 frei wählbaren Sitzen errang Solidarność 160.* Der weiter hinter den Kulissen wir-

* Die Wahlen stellten zwar einen Durchbruch dar, waren aber immer

kende Wałęsa überließ den Posten des Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki. Dieser hatte längst nicht Wałęsa Charisma, aber als Herausgeber der wöchentlichen Solidarność-Zeitschrift galt er als einer der führenden Intellektuellen der Bewegung.

Der Schock der Macht

Wie die Südamerikaner gerade gelernt hatten, haben autoritäre Regime die Angewohnheit, sich genau dann der Demokratie zu öffnen, wenn ihre Wirtschaft am Implodieren ist. Polen bildete da keine Ausnahme. Die Kommunisten hatten über Jahrzehnte hinweg die Wirtschaft mit einem katastrophalen, teuren Fehler nach dem anderen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. »Zu unserem Unglück haben wir gewonnen!«, sagte Wałęsa in weiser Voraussicht. Als Solidarność an die Macht kam, beliefen sich die Schulden auf 40 Milliarden Dollar, die Inflation lag bei 600 Prozent, das Land litt unter Nahrungsmittelmangel und einem blühenden Schwarzmarkt. Viele Fabriken stellten Waren her, die ohne eine Aussicht auf Käufer dazu bestimmt waren, in Lagerhäusern zu verrotten.[11] Für die Polen war es ein grausamer Eintritt ins demokratische Zeitalter. Endlich war die Freiheit da, aber nur wenige hatten

---

noch manipuliert: Von vornherein waren der Kommunistischen Partei 65 Prozent der Sitze im Sejm garantiert, und Solidarność durfte sich nur um die restlichen bewerben. Dennoch war der Gewinn so überwältigend, dass Solidarność effektiv die Regierung übernehmen konnte, weil sich die Abgeordneten zweier kleinerer Parteien ihr anschlossen.

Zeit und Lust zu feiern, weil ihre Löhne nichts wert waren und sie ihre Tage damit verbrachten, um nach Mehl oder Butter anzustehen, wenn es in dieser Woche zufällig so etwas gab.

Den ganzen Sommer nach dem triumphalen Wahlerfolg blieb die Solidarność-Regierung durch Unentschlossenheit gelähmt. Der rasche Niedergang der alten Ordnung und der plötzliche Wahlerfolg waren ihrerseits Schocks gewesen: Solidarność-Aktivisten, die sich eben noch vor der Geheimpolizei versteckt hatten, waren wenige Monate später dafür verantwortlich, denselben Agenten die Gehälter auszuzahlen. Ein weiterer Schock war, dass sie kaum genug Geld hatten, um die Lohntüten zu füllen. Statt die postkommunistische Wirtschaft aufzubauen, von der sie geträumt hatten, stand die Bewegung vor der viel dringlicheren Aufgabe, einen vollständigen Zusammenbruch und eine drohende landesweite Hungersnot abzuwenden.

Die Solidarność-Führer wollten die Wirtschaft aus dem Schraubstockgriff des Staates befreien, aber sie waren sich überhaupt nicht einig, was an seine Stelle treten sollte. Für die radikale breite Masse der Bewegung war dies die Gelegenheit, ihr Wirtschaftsprogramm zu testen. Wenn man die staatlich geleiteten Produktionsstätten in Arbeiterkooperativen umwandeln würde, bestand Hoffnung, dass sie wirtschaftlich wieder lebensfähig würden; eine Arbeiterselbstverwaltung könnte effizienter arbeiten, vor allem würden zusätzliche Ausgaben für Parteibürokraten gespart. Andere plädierten für das schrittweise Vorgehen, mit dem zu dieser Zeit Gorbatschow in Moskau einen Übergang zu schaffen versuchte – eine allmähliche Ausweitung der Bereiche, die sich mit Angebot und Nachfrage regeln ließen (mehr legale Läden und Märkte), und

daneben einen starken öffentlichen Sektor nach dem Modell der skandinavischen Sozialdemokratie.

Doch ehe irgendetwas davon passieren könnte, brauchte Polen wie die südamerikanischen Länder einen Schuldenerlass und einige Hilfe, um der unmittelbaren Krise zu entkommen. Theoretisch ist das die Hauptaufgabe des IWF, der mit Stabilisierungsfonds wirtschaftliche Katastrophen abwenden soll. Wenn irgendeine Regierung so eine Rettungsleine brauchte, dann war es die von der Solidarność angeführte polnische, die gerade den ersten demokratischen Ausbruch eines kommunistischen Regimes aus dem Ostblock seit vier Jahrzehnten gewagt hatte. Mit Sicherheit hätten nach dem Kalten Krieg mit all seinem Wüten gegen den Totalitarismus hinter dem Eisernen Vorhang die neuen Herren Polens ein bisschen Hilfe erwarten dürfen.

Doch niemand bot Hilfe an. Der IWF und das US-Finanzministerium waren fest in der Hand Chicagoer Ökonomen, und die sahen Polens Probleme durch die Brille der Schockdoktrin. Ein wirtschaftlicher GAU, eine enorme Schuldenlast sowie die Desorientierung aufgrund eines rapiden Regimewechsels bedeuteten, dass Polen in der perfekten – angeschlagenen – Ausgangslage war, um einer radikalen Schocktherapie unterworfen zu werden. Finanziell stand noch mehr auf dem Spiel als in Südamerika: Osteuropa war vom westlichen Kapitalismus unberührt, einen nennenswerten Verbrauchermarkt gab es nicht. Die dicksten Aktivposten befanden sich noch immer in Staatsbesitz – erstklassige Kandidaten für eine Privatisierung. Die Aussichten auf rasche Profite für die, die die Ersten sein würden, waren atemberaubend.

Im Vertrauen darauf, dass die neue Regierung einen voll-

ständigen Wechsel zum ungehinderten Kapitalismus umso eher akzeptieren würde, je schlimmer die Dinge wurden, ließ der IWF das Land immer tiefer in Schulden und Inflation versinken. Das Weiße Haus unter George H. W. Bush gratulierte Solidarność zum Sieg über den Kommunismus; die Vereinigten Staaten erwarteten aber auch, stellte Bush sen. klar, dass Solidarność die Schulden genau des Regimes zurückzahlen würde, das ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen und die Bewegung verboten hatte; darüber hinaus boten die USA lediglich 119 Millionen Dollar Hilfsgelder an – ein bisschen Kleingeld für ein Land, das vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stand und von Grund auf umstrukturiert werden musste.

Unter diesen Umständen begann der damals vierunddreißigjährige Jeffrey Sachs als Berater für Solidarność tätig zu werden. Seit Sachs' bolivianischem Abenteuer hatte der Hype um seine Person ungeahnte Höhen erreicht. *The Los Angeles Times* fragte sich, wie er als ökonomischer Schocktherapeut in einem halben Dutzend Ländern arbeiten und daneben noch in Harvard lehren könne, und bezeichnete ihn als »Indiana Jones der Wirtschaftswissenschaften« – auch wenn er noch immer wie ein Mitglied des Harvard-Debattierclubs aussah.[12]

Sachs hatte schon vor dem Wahlsieg von Solidarność; in Polen gearbeitet, und zwar auf Wunsch der kommunistischen Regierung. Zuerst war es nur ein eintägiger Ausflug, während dem er mit der kommunistischen Regierung und mit Solidarność sprach. Der Milliardär, Finanzier und Devisenhändler George Soros hatte Sachs gebeten, konkret aktiv zu werden. Soros und Sachs reisten gemeinsam nach Warschau, und Sachs zufolge »sagte ich meinen Gesprächspartnern von Solidarność und der Regierung, ich sei bereit, mich stärker

zu engagieren«.[13] Soros wollte die Kosten dafür übernehmen, dass Sachs und sein Kollege David Lipton – ein makelloser Marktwirtschaftler vom IWF – sich dauerhaft in Polen einsetzten. Als Solidarność die Wahlen gewann, begann Sachs eng mit der Bewegung zusammenzuarbeiten.

Er war zwar nur freier Berater, stand also weder bei der IWF noch bei der US-Regierung in Lohn und Brot, aber in den Augen vieler Solidarność-Spitzenleute hatte Sachs fast messianische Kräfte. Mit seinen erstklassigen Kontakten in Washington und seinem legendären Ruf schien er den Schlüssel in der Hand zu halten, die Hilfsgelder und den Schuldenerlass zu bekommen, die die einzige Chance der neuen Regierung waren. Sachs sagte damals, Solidarność sollte sich einfach weigern, die geerbten Schulden zu bezahlen, und zeigte sich zuversichtlich, dass er drei Milliarden Dollar Unterstützung lockermachen könne – ein Vermögen im Vergleich zu dem, was Bush angeboten hatte.[14] Sachs hatte es geschafft, IWF-Kredite für Bolivien zu bekommen und über die Schulden des Landes neu zu verhandeln; es schien keinen Grund zu geben, an ihm zu zweifeln.

Die Hilfe hatte jedoch ihren Preis: Damit Solidarność Sachs' Verbindungen und Überredungskünste nutzen konnte, musste die Regierung zunächst akzeptieren, was in den polnischen Medien als »Sachs-Plan« oder »Schocktherapie« bezeichnet wurde.

Das war eine noch radikalere Kur als Sachs Bolivien verordnet hatte: Über Nacht sollten nicht nur die Preiskontrollen abgeschafft und die Subventionen zusammengestutzt werden, der Sachs-Plan empfahl auch den Verkauf von staatlichen Bergbaugesellschaften, Werften und Fabriken an den Privat-

sektor. Das stand in krassem Gegensatz zum Solidarność-Programm von Unternehmen in Arbeiterhand; und auch wenn führende Solidarność-Mitglieder die strittigen Ideen jenes Plans nicht mehr diskutierten, blieben sie für viele Mitglieder der Bewegung doch Glaubensartikel. Sachs und Lipton schrieben den Plan für die polnische Schocktherapie in nur einer Nacht. Auf ganzen 15 Seiten war zum ersten Mal – samt Zeitplan – skizziert, wie sich »eine sozialistische Planwirtschaft im sowjetischen Machtbereich in eine freie Marktwirtschaft« umbauen ließe.[15]

Sachs war überzeugt, Polen müsse schnell »die institutionelle Kluft … überspringen«, weil das Land zusätzlich zu allen anderen Problemen am Rand einer Hyperinflation stand. Träte sie ein, sagte er, wäre ein »fundamentaler Zusammenbruch« die Folge, »eine einzige, reine Katastrophe«.[16]

In mehreren Lektionen unter vier Augen – einige dauerten bis zu vier Stunden – erläuterte er den Plan wichtigen Solidarność-Vertretern, und er sprach auch vor den gewählten Volksvertretern. Viele Solidarność-Führer mochten seine Ideen nicht – die Bewegung war aus einem Aufstand gegen drastische Preiserhöhungen durch die Kommunisten entstanden, und jetzt sagte ihnen Sachs, sie sollten dasselbe in noch viel größerem Umfang tun. Er argumentierte, sie könnten das genau deswegen schaffen: »Solidarność hatte einen Vertrauensvorschuss in der Öffentlichkeit, der absolut phänomenal und entscheidend war.«[17]

Die Solidarność-Führer hatten nicht vorgehabt, dieses Vertrauen für eine Politik zu missbrauchen, die ihren normalen Mitgliedern wehtun würde, aber die im Untergrund, im Gefängnis und im Exil verbrachten Jahre hatten sie auch ihrer

Basis entfremdet. Der polnische Publizist Przemysław Wielgosz erklärte, die Elite der Bewegung sei »praktisch abgeschnitten [gewesen] … Unterstützung bekam sie nicht aus den Fabriken und Industrieanlagen, sondern aus der Kirche«.[18] Die Führer suchten auch verzweifelt nach einer raschen Lösung, selbst wenn sie wehtun würde, und genau die bot Sachs an. »Wird das funktionieren? Nur das will ich wissen. Wird es funktionieren?«, fragte Adam Michnik, einer der anerkanntesten Solidarność-Intellektuellen. Sachs zögerte nicht: »Das ist gut, es wird funktionieren.«[19] *

Sachs stellte Bolivien oft als Vorbild hin, dem Polen nacheifern sollte – so oft, dass die Polen irgendwann nichts mehr davon hören wollten. »Ich würde mir gern einmal Bolivien ansehen«, sagte damals ein Solidarność-Führer zu einem Reporter. »Ich bin sicher, da ist es sehr schön, sehr exotisch. Aber ich will Bolivien einfach nicht *hier* sehen.« Lech Wałęsa entwickelte eine besonders heftige Abneigung gegenüber Bolivien, wie er später Gonzalo Sánchez de Lozada (»Goni«) gestand, als sich die beiden Männer Jahre später – nun Präsidenten ihrer Länder – bei einem Gipfelgespräch trafen. »Er kam zu mir«, erinnerte sich Goni, »und sagte: ›Ich wollte schon immer mal einen Bolivianer kennenlernen, vor allem einen bolivianischen Präsidenten, weil sie uns immer dazu brachten, diese äußerst bitteren Pillen zu schlucken, indem sie sagten, wir müssten das tun, weil das die Bolivianer auch getan hätten. Jetzt kenne ich Sie, Sie sind kein schlechter Kerl, aber ich versichere Ihnen, einst habe ich Sie gehasst.‹«[20]

---

* Michnik sagte später verbittert: »Das Schlimmste am Kommunismus ist das, was danach kommt.«

Bei seinem Gerede über Bolivien verschwieg Sachs, dass dort die Regierung, um das Schocktherapieprogramm durchzusetzen, den Notstand ausrufen und gleich zweimal die Gewerkschaftsführung kidnappen und internieren musste – genau wie die kommunistische Geheimpolizei vor gar nicht so langer Zeit unter Kriegsrecht die Solidarność-Führung verhaftet und eingekerkert hatte.

Wie sich heute viele Polen erinnern, überzeugte am meisten Sachs' Versprechen, wenn das Land seinen rigiden Rat befolge, könne es bald von einem Außenseiter zu einem »normalen europäischen Land« werden. Wenn Sachs recht hatte und Polen wirklich im Schnellgang zu einem Land wie Frankreich oder Deutschland werden konnte, indem sie einfach die Strukturen des alten Staates weghackten, war das Ergebnis dann nicht die Schmerzen wert? Warum sollten sie einen allmählichen Weg der kleinen Schritte wählen, der auch scheitern konnte – oder zu Pionieren eines neuen, dritten Weges werden –, wenn da eine Instant-Europa-Lösung auf dem Tisch lag? Sachs prophezeite, der Schock würde »vorübergehende Beeinträchtigungen« verursachen, wenn die Preise in die Höhe schossen, »aber dann werden sie sich stabilisieren – und die Menschen werden wissen, woran sie sind«.[21]

Er tat sich mit Polens neu ernanntem Finanzminister zusammen, Leszek Balcerowicz, einem Ökonomen an der Warschauer Schule für Planung und Statistik. Über Balcerowicz' politische Tendenzen war zum Zeitpunkt seiner Berufung wenig bekannt (alle Ökonomen waren offiziell Sozialisten), aber bald wurde klar, dass er sich als Chicago Boy *honoris causa* betrachtete, denn er hatte eine illegale polnische Ausgabe von Friedmans *Chancen, die ich meine* gründlich studiert. »Sie in-

spirierte mich – wie viele andere – in den dunkelsten Jahren der kommunistischen Herrschaft zu einem Traum von einer Zukunft in Freiheit«, erklärte Balcerowicz später.[22]

Friedmans fundamentalistische Kapitalismusversion war weit von dem entfernt, was Wałęsa in jenem Sommer dem Land versprochen hatte. Er bestand noch immer darauf, dass Polen jenen besseren dritten Weg finden würde, den er in einem Interview mit Barbara Walters als »Mischung« beschrieb: »Es wird kein Kapitalismus sein. Es wird ein System sein, das besser ist als Kapitalismus, das alles ausschließen wird, was am Kapitalismus schlecht ist.«[23]

Viele waren in der Tat überzeugt, mit ihrer raschen Lösung würden Sachs und Balcerowicz bloß einen Mythos verkaufen; statt Polen mit einem Ruck gesund zu machen und in die Normalität zu führen, würde die Schocktherapie ein noch größeres Chaos von Armut und Deindustrialisierung als zuvor anrichten. »Dies ist ein armes, schwaches Land. Wir können den Schock einfach nicht aushalten«, sagte eine leitende Ärztin und Fürsprecherin des Gesundheitswesens dem Journalisten Lawrence Weschler vom *New Yorker*.[24]

Nach dem historischen Sieg an den Wahlurnen und dem abrupten Wandel von Gesetzlosen zu Gesetzesmachern diskutierte der innere Kreis von Solidarność schrill, hektisch und kettenrauchend drei Monate lang und war nicht in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Tag für Tag rutschte das Land tiefer in die Wirtschaftskrise.

Eine sehr zögerliche Annäherung

Am 12. September 1989 trat der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki vor das erste frei gewählte Parlament. Der harte Kern der Solidarność hatte endlich beschlossen, was in Sachen Wirtschaft getan werden solle, aber nur eine Handvoll Menschen kannte die Entscheidung: War es der Sachs-Plan, das schrittweise Vorgehen Gorbatschows oder die Arbeiterkooperativen, mit denen Solidarność Wahlkampf gemacht hatte?

Mazowiecki wollte gerade den Beschluss verkünden, da ging mitten in der schicksalsschweren Rede des Ministerpräsidenten, noch ehe er die brennendste Frage des Landes ansprechen konnte, etwas entsetzlich schief. Er begann zu schwanken, hielt sich am Pult fest und Augenzeugen zufolge wurde er »blass, rang nach Luft, und schwer atmend murmelte er: ›Mir geht es nicht sonderlich gut.‹«[25] Seine Assistenten brachten ihn rasch aus dem Saal, und unter den 415 Abgeordneten begannen Gerüchte zu kursieren: War es ein Herzanfall? War er vergiftet worden? Von den Kommunisten? Von den Amerikanern?

Ein Stockwerk tiefer untersuchte ein Ärzteteam Mazowiecki und fertigte ein EKG an. Ein Herzanfall war es nicht, auch kein Gift. Der Ministerpräsident litt einfach aufgrund von zu wenig Schlaf und zu viel Stress unter »akuter Erschöpfung«. Nach fast einer Stunde angespannter Ungewissheit betrat er wieder den Abgeordnetensaal, wo er mit donnerndem Applaus begrüßt wurde. »Entschuldigen Sie«, sagte der immer gelehrt wirkende Mazowiecki, »mein Gesundheitszustand ist derselbe wie der der polnischen Wirtschaft.«[26]

Endlich wurde der Beschluss verkündet: Die polnische Wirtschaft sollte wegen ihrer eigenen akuten Erschöpfung mit einer Schocktherapie behandelt werden, einer extremen Radikalkur aus – unter anderem – »Privatisierung der staatlichen Industrie, Gründung einer Börse und eines Kapitalmarkts, einer konvertierbaren Währung und einem Übergang von der Schwerindustrie zur Verbrauchsgüterproduktion« sowie auch »Etatkürzungen« – und das alles auf einmal und so schnell wie möglich.[27]

Wenn der polnische Traum von Solidarität mit Wałęsas kraftvollem Sprung über den Stahlzaun in Danzig begonnen hatte, so endete er mit Mazowieckis Schwächeanfall angesichts der Schocktherapie. Letzten Endes hatte das Geld die Entscheidung gefällt. Die Solidarność-Mitglieder waren nicht zu dem Schluss gekommen, dass ihre Vision einer kooperativ betriebenen Wirtschaft falsch war, aber ihre Führer hatten sich überzeugen lassen, dass es vor allem darauf ankam, die kommunistischen Schulden loszuwerden und auf der Stelle die Währung zu stabilisieren. Henryk Wujec, der in Polen zu den entschiedenen Befürwortern der Kooperativen zählte, drückte es damals so aus: »Wenn wir genügend Zeit hätten, könnten wir das vielleicht sogar durchziehen. Aber wir haben die Zeit nicht.«[28] Sachs hingegen konnte das Geld besorgen. Er half Polen, mit dem IWF eine Vereinbarung auszuhandeln, und holte einen kleinen Schuldenerlass sowie eine Milliarde Dollar zur Stabilisierung der Währung heraus – dies alles aber unter der unverrückbaren Bedingung, dass sich Solidarność der Schocktherapie unterwarf.

Polen wurde ein Musterbeispiel für Friedmans Krisentheorie:

Die Orientierungslosigkeit aufgrund des rapiden politischen Wandels und die kollektiven Ängste vor einem wirtschaftlichen GAU ließen das Versprechen einer raschen Wunderheilung – wie illusorisch auch immer – zu verführerisch erscheinen, um abzulehnen. Die Menschenrechtlerin Halina Bortnowska beschrieb das Tempo der Veränderungen in dieser Zeit als »den Unterschied zwischen Hundejahren und Menschenjahren, so wie wir damals lebten … Man wird Zeuge dieser halb psychotischen Reaktionen. Man kann nicht mehr erwarten, dass die Menschen in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie so desorientiert sind, dass sie nicht mehr wissen – oder nicht mehr wissen wollen –, was diese ihre Interessen sind.«[29]

Der damalige Finanzminister Balcerowicz hat inzwischen zugegeben, dass die Ausnutzung der Notsituation voll beabsichtigt gewesen war und wie alle Schocktaktiken dazu diente, Widerstände beiseitezuräumen. Er erklärte, er habe eine Politik durchsetzen können, die sowohl vom Inhalt als auch von der Form her das Gegenteil der Solidarność-Vision war, weil Polen sich damals in einem, wie er es nannte, »politischen Ausnahmezustand« befunden habe. Er beschrieb diesen Zustand als kurzfristiges Fenster, in dem die Regeln »normaler Politik« (Beratungen, Diskussionen, Debatten …) nicht gelten – anders ausgedrückt: eine demokratiefreie Nische innerhalb einer Demokratie.[30]

»Ein politischer Ausnahmezustand«, sagte er, »ist per Definition eine sehr deutliche Umbruchsituation in der Geschichte eines Landes. Dabei kann es sich um eine sehr schlimme Wirtschaftskrise handeln, um einen Zusammenbruch des vorherigen institutionellen Systems oder um eine Befreiung von Fremdherrschaft (oder ein Kriegsende). In Polen kamen 1989

alle drei Phänomene zusammen.«[31] Wegen der außergewöhnlichen Umstände konnte er die üblichen Vorgehensweisen beiseiteschieben und »eine radikale Beschleunigung des legislativen Prozesses« zur Verabschiedung des Schocktherapiepakets erzwingen.[32]

Anfang der neunziger Jahre erregte Balcerowiczs Theorie vom »politischen Ausnahmezustand« unter den Ökonomen in Washington einige Aufmerksamkeit. Das war nicht verwunderlich: Keine zwei Monate nachdem Polen verkündet hatte, dass es die Schocktherapie akzeptieren würde, passierte etwas, das den Verlauf der Geschichte ändern und Polens Experiment globale Bedeutung geben sollte. Im November 1989 wurde voll Begeisterung die Berliner Mauer eingerissen, die Stadt verwandelte sich in ein Festival der Möglichkeiten, und im Schutt wurde die MTV-Fahne aufgestellt, als läge Ostberlin auf dem Mond. Plötzlich sah es aus, als lebte die ganze Welt dieselbe beschleunigte Existenz wie die Polen: Die Sowjetunion war am Auseinanderbrechen, in Südafrika schien die Apartheid in den letzten Zügen zu liegen, in Südamerika, Osteuropa und Asien zerbröckelten weitere autoritäre Regime, und von Namibia bis zum Libanon gingen lange Kriege zu Ende. Überall brachen alte Regime weg, und die an ihrer Stelle tretenden neuen mussten erst Gestalt annehmen.

Binnen weniger Jahre befand sich anscheinend die halbe Welt in einem »politischen Ausnahmezustand« oder »im Übergang«, wie man liberalisierte Länder dann in den neunziger Jahren kennzeichnete: gefangen in einem existenziellen Niemandsland zwischen Vergangenheit und Zukunft. Laut Thomas Carothers, einem der führenden Köpfe im so-

genannten Bereich für Demokratieförderung der US-Regierung, nahm »in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Menge der ›Übergangsländer‹ … dramatisch zu, und fast 100 Länder (rund 20 in Lateinamerika, 25 in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, 30 in Afrika südlich der Sahara, zehn in Asien und fünf im Nahen Osten) befanden sich auf die eine oder andere Weise in einem dramatischen Übergang von einem Modell zum anderen«.[33]

Viele glaubten, dass all diese Veränderungen und der Fall realer wie metaphorischer Mauern ein Ende der ideologischen Orthodoxie herbeiführen würden. Ohne die Polarisierung durch konkurrierende Supermächte wären Länder endlich frei, das Beste beider Welten zu wählen: eine Hybridform von politischer Freiheit und wirtschaftlicher Sicherheit. Gorbatschow formulierte es so: »Viele Jahrzehnte vom Dogma gelähmt zu sein, vom Vorgehen nach dem Lehrbuch, zeitigte Folgen. Heute wollen wir ein wirklich kreatives Denken einleiten.«[34]

In Kreisen der Chicagoer Schule reagierte man auf solchen ideologischen Mischmasch mit unverhohlener Verachtung. Polen hatte eindeutig gezeigt, dass das Chaos des Übergangs ein Zeitfenster für entschlossene Männer war, die schnell agierten, um einen raschen Wandel durchzusetzen. Jetzt war die Gelegenheit da, die ehemals kommunistischen Länder zum reinen Friedmanismus zu bekehren, nicht zu irgendeinem bastardierten Keynes'schen Kompromiss. Wie Friedman gesagt hatte, bestand für die Anhänger der Chicagoer Schule der Trick darin, ihre Lösungen parat zu haben, wenn alle anderen noch damit beschäftigt waren, Fragen zu stellen und sich zurechtzufinden.

Eine Art Wiedererweckungsveranstaltung für die Anhänger dieser Weltsicht fand in eben jenem ereignisreichen Winter 1989 statt, und zwar passenderweise an der University of Chicago. Anlass war ein Vortrag von Francis Fukuyama mit dem Titel »Nähern wir uns dem Ende der Geschichte?«.* Für Fukuyama, damals im US-Außenministerium tätig, lag die Strategie für die Anhänger des ungezügelten Kapitalismus auf der Hand: Mit dem Dritten-Weg-Haufen gar nicht erst diskutieren, stattdessen vorab den Sieg erklären. Fukuyama war überzeugt, dass es keinen Verzicht auf Extreme geben dürfte, kein Bestes aus beiden Welten, keine Kompromisse. Der Zusammenbruch des Kommunismus, erklärte er seinen Zuhörern, führe »nicht zu einem ›Ende der Ideologie‹ oder einer Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus … sondern zu einem beispiellosen Sieg des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus«. Nicht die Ideologie sei an ihr Ende gekommen, sondern »die Geschichte als solche«.[35]

Der Vortrag war von John M. Olin gesponsert worden, dem langjährigen Finanzier von Milton Friedmans ideologischem Kreuzzug und Geldgeber für den Boom rechter Denkfabriken.[36] Die Synergie funktionierte, denn Fukuyama bestätigte im Grunde Friedmans Behauptung, dass freie Märkte und freie Menschen Teile eines nicht voneinander zu trennenden Projekts seien. Fukuyama weitete diese These mutig auf neues Terrain aus und argumentierte, deregulierte Märkte in der Wirtschaft und liberale Demokratie in der Politik repräsentierten gemeinsam »den Endpunkt der ideologischen Evo-

* Dieser Vortrag bildete die Grundlage für Fukuyamas Buch *Das Ende der Geschichte*, das drei Jahre später erschien.

lution der Menschheit und … die endgültige Form menschlichen Regierens«.[37] Demokratie und radikaler Kapitalismus waren unauflöslich nicht nur miteinander verknüpft, sondern auch mit Modernität, Fortschritt und Reform. Wer dieser Formel widersprach, hatte nicht einfach unrecht, sondern lebte »noch immer in der Geschichte«, wie Fukuyama es ausdrückte, was so viel hieß wie »nach dem Heil zurückgeblieben« sein, da alle anderen bereits auf eine himmlische »posthistorische« Ebene transzendiert waren.[38]

Die Argumentation war ein hervorragendes Beispiel, wie es die Chicagoer Schule mit der Demokratie hält. Genau wie der IWF lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern Privatisierung und »Freihandel« unter dem Deckmantel eines Notprogramms zur »Stabilisierung« untergejubelt hatte, versuchte jetzt Fukuyama dieselbe höchst umstrittene Agenda in die Welle prodemokratischer Bewegungen einzuschmuggeln, die von Warschau bis Manila aufkam. Wie Fukuyama ganz richtig feststellte, bildete sich ein nicht mehr zu unterdrückender Konsens, dass alle Menschen das Recht haben, sich demokratisch selbst zu regieren; aber nur in den wüstesten Phantasien des US-Außenministeriums war dieses Verlangen nach Demokratie zugleich vom Ruf der Bürger nach einem Wirtschaftssystem begleitet, das sie ihrer sicheren Arbeitsplätze berauben und zu Massenentlassungen führen würde.

Wenn es je einen echten Konsens in irgendeiner Hinsicht gab, dann den, dass Demokratie für Menschen, die linken wie rechten Diktaturen entkommen sind, bedeutet, endlich bei allen wichtigen Entscheidungen das Sagen zu haben, statt sich einseitig und mit Gewalt die Ideologie von irgendjemandem aufzwingen zu lassen. Mit anderen Worten, das von Fu-

kuyama so genannte universelle Prinzip der »Souveränität des Volkes« *schloss ein*, dass die Menschen auch souverän entscheiden können, wie der Reichtum ihrer Länder verteilt werden soll – von Unternehmen in Staatsbesitz bis hin zum Ausmaß der Finanzierung von Schulen und Krankenhäusern. Rund um die Welt waren Menschen bereit, ihre hart erkämpften demokratischen Rechte dafür einzusetzen, endlich das weitere Schicksal ihrer Länder selbst zu bestimmen.

Im Jahr 1989 nahm die Geschichte eine aufregende Wendung, die Welt trat in eine Phase wirklicher Offenheit und echter Chancen ein. Es war kein Zufall, dass genau in diesem Moment Fukuyama auf seinem Hochsitz im Außenministerium das Buch der Geschichte zuzuschlagen versuchte. Und es war auch kein Zufall, dass in demselben ereignisreichen Jahr die Weltbank und der IWF den Washingtoner Konsens verkündeten – und damit ganz klar versuchten, alle Diskussionen und Debatten über irgendwelche wirtschaftlichen Ideen zu unterbinden, die nicht in die Schublade des freien Marktes passten. Eindeutig waren dies Strategien zur Einschränkung von Demokratie und dazu gedacht, jenes ungeregelte Verlangen nach Selbstbestimmung zu unterbinden, das schon immer die größte Gefahr für den Kreuzzug der Chicagoer Schule gewesen ist.

Der Schock vom Platz des Himmlischen Friedens

Fukuyamas kühne Thesen sollten bald in Frage gestellt werden, zumindest in China. Zwei Monate nach seinem Vortrag im Februar 1989 ging in Beijing eine prodemokratische Bewe-

gung auf die Straßen und veranstaltete auf dem Tiananmen-Platz Massenproteste und Sit-ins. Fukuyama hatte behauptet, demokratische und »marktwirtschaftliche Reformen« seien ein Doppelprozess, dessen Elemente unmöglich voneinander zu trennen seien. In China machte die Regierung aber genau das: Sie tat alles, um Löhne und Preise zu deregulieren und den Markt auszuweiten, war aber aufs äußerste entschlossen, Forderungen nach freien Wahlen und bürgerlichen Freiheiten nicht nachzugeben. Die Demonstranten andererseits verlangten Demokratie, viele waren aber gegen die Regierungsreformen in Richtung ungezügeltem Kapitalismus, was in der Berichterstattung über die Bewegung in den westlichen Medien häufig übergangen wurde. In China gingen Demokratie und Chicagoer Ökonomie nicht Hand in Hand, sondern standen zu beiden Seiten der Barrikaden rund um den Platz des Himmlischen Friedens gegeneinander.

Anfang der achtziger Jahre hatte die chinesische Regierung unter Deng Xiaoping beschlossen, unbedingt eine Wiederholung dessen zu vermeiden, was gerade in Polen passiert war, wo man den Arbeitern erlaubt hatte, eine unabhängige Bewegung zu bilden, die das Machtmonopol der Partei in Frage stellte. Die chinesische Führung wollte keineswegs die dem Staat gehörenden Fabriken und landwirtschaftlichen Kooperativen schützen, die die Grundlage des kommunistischen Staates bildeten. Im Gegenteil, Deng begeisterte sich für einen Wechsel zum korporatistischen Wirtschaftssystem – und zwar so sehr, dass seine Regierung 1980 Milton Friedman nach China eingeladen hatte, damit er Hunderte von hochrangigen Staatsbeamten, Professoren und Parteiökonomen die Grundlagen der Theorie des freien Marktes lehrte. »Das wa-

ren nur auserlesene Gäste, die alle eine Einladungskarte vorweisen mussten, um hineinzugelangen«, erinnerte sich Friedman an sein Publikum in Beijing und Shanghai. Seine zentrale Botschaft bei diesen Vorträgen lautete, »wie viel besser gewöhnliche Menschen in kapitalistischen als in kommunistischen Ländern leben«.[39] Als Vorbild stellte er Hongkong hin, eine Zone reinsten Kapitalismus; schon seit langem bewunderte Friedman sie wegen ihres »dynamischen, innovativen Charakters, der von persönlichen Freiheiten, Freihandel, niedrigen Steuern und minimalen Regierungseingriffen hervorgebracht wurde«. Er behauptete, Hongkong sei, obzwar keine Demokratie, doch freier als die Vereinigten Staaten, weil sich die Regierung weniger in die Wirtschaft einmische.[40]

Friedmans Definition von Freiheit, bei der politische Freiheit Nebensache war – gemessen an der Freiheit des ungehinderten Kommerzes sogar überflüssig –, passte bestens zu einer Vision, die im chinesischen Politbüro Gestalt annahm. Die Partei wollte die zentral gesteuerte Wirtschaft für Privatbesitz und Konsum öffnen und gleichzeitig selbst an der Macht bleiben – dieser Plan garantierte auch, dass Parteifunktionäre und ihre Verwandten ganz vorn standen, um sich die besten Brocken zu schnappen und die dicksten Profite einzustreichen, wenn Staatsbesitz versteigert würde. Bei dieser Art von »Systemwechsel« würden dieselben Leute wie unter dem Kommunismus auch unter dem Kapitalismus den Staat kontrollieren, sich zugleich aber einer erheblichen Anhebung ihres Lebensstils erfreuen. Das Modell, dem die chinesische Regierung nacheifern wollte, waren nicht so sehr die Vereinigten Staaten als vielmehr etwas, das Chile unter Pinochet viel näher kam: freie Märkte in Kombination mit einem autoritären poli-

tischen Regime, das mit eiserner Faust das Volk unterdrückt.

Von Anfang an war Deng natürlich klar, dass der Unterdrückung eine entscheidende Rolle zukam. Unter Mao hatte der Staat das Volk brutal im Griff gehabt, sich seiner Opponenten entledigt und seine Dissidenten zur Umerziehung geschickt. Aber Mao unterdrückte im Namen der Arbeiter und gegen die Bourgeoisie; jetzt startete die Partei ihre eigene Konterrevolution und verlangte von den Arbeitern, ein gut Teil ihrer Vorteile und Sicherheiten aufzugeben, damit eine Minderheit riesige Profite einstreichen könne. Leicht würde das nicht werden. Als daher Deng 1983 das Land ausländischen Investoren öffnete und den Arbeitsmarkt liberalisierte, befahl er zugleich, eine 400 000 Mann starke bewaffnete Volkspolizei aufzustellen, eine neue mobile Einsatztruppe, die die Aufgabe hatte, alle Anzeichen von »Wirtschaftskriminalität« (also Streiks und Proteste) niederzuschlagen. Dem China-Historiker Maurice Meisner zufolge hatte »die bewaffnete Volkspolizei … amerikanische Hubschrauber und elektrische Viehtreiberstöcke in ihrem Arsenal«. Und: »Mehrere Einheiten wurden zur Ausbildung nach Polen geschickt« – sie sollten die Strategien studieren, die dort gegen Solidarność angewandt wurden, als das Land unter Kriegsrecht stand.[41]

Viele von Dengs Reformen waren erfolgreich und fanden Anklang – Bauern konnten selbstbestimmter leben, und in die Städte kehrten die Händler zurück. Ende der achtziger Jahre jedoch begann Deng mit Maßnahmen, die entschieden unpopulär waren, vor allem bei den städtischen Arbeitern: Preiskontrollen wurden gelockert, woraufhin die Lebenshaltungskosten in die Höhe schossen, es gab keine Arbeitsplatzgarantien mehr, was zu Entlassungswellen führte, und zwischen den

Gewinnern und Verlierern im neuen China tat sich eine tiefe Kluft der Ungleichheit auf. 1988 sah sich die Partei mit einer starken Gegenbewegung konfrontiert und musste ein paar der Preisfreigaben zurücknehmen. Auch wurde immer häufiger Empörung über die Korruption und den frechen Nepotismus der Partei laut. Viele Chinesen wollten tatsächlich einen freieren Markt, aber die »Reformen« sahen immer mehr nach einer Einladung für Parteifunktionäre aus, zu Großunternehmern zu werden, denn viele rissen sich illegal die Aktivposten unter den Nagel, die sie zuvor als Bürokraten verwaltet hatten.

Da das Experiment gefährdet war, wurde abermals Milton Friedman nach China eingeladen – ähnlich wie die Chicago Boys oder die Piranhas sich seiner Hilfe im Jahr 1975 versicherten, als ihr Programm in Chile innere Unruhen ausgelöst hatte.[42] Die Ehre eines Besuchs des weltberühmten Kapitalismus-Gurus würde den chinesischen »Reformern« genau den Auftrieb geben, den sie brauchten.

Als Friedman und seine Frau Rose im September 1988 in Shanghai eintrafen, waren sie verblüfft, wie schnell Festlandchina begann, Hongkong zu ähneln. Alles was sie sahen, war – trotz der Wut, die an der Basis köchelte – dazu angetan, »unseren Glauben an die Macht freier Märkte« zu bestätigen. Friedman beschrieb diesen Augenblick als »die hoffnungsvollste Phase des chinesischen Experiments«.

In Anwesenheit der offiziellen staatlichen Medien sprach Friedman zwei Stunden lang mit Zhao Ziyang, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und Jiang Zemin, damals Parteisekretär von Shanghai und später Staatspräsident. In Friedmans Botschaft an Jiang hallte der Rat wider, den er

Pinochet gegeben hatte, als das chilenische Projekt zu scheitern drohte: Beugen Sie sich nicht dem Druck, und zucken Sie nicht mit der Wimper. »Ich betonte, wie wichtig Privatisierung und freie Märkte sind und dass die Liberalisierung auf einen einzigen, mächtigen Schlag kommen muss«, erinnerte sich Friedman. In einem Memo an den Generalsekretär der Kommunistischen Partei betonte Friedman, dass mehr, nicht weniger Schocktherapie nötig sei. »Chinas erste Reformschritte waren enorm erfolgreich. China kann weitere dramatische Fortschritte machen, indem es noch stärker auf *freie private Märkte* setzt.«[43]

Eingedenk des Drucks, unter den er als Berater Pinochets geraten war, schrieb er kurz nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten »aus purem Übermut« einen Brief an den Herausgeber eines Studentenmagazins, in dem er seine Kritiker wegen deren Doppelmoral geißelte. Er erklärte, er hätte gerade zwölf Tage in China verbracht, »größtenteils als Gast von Regierungseinrichtungen«, und hätte sich mit Funktionären der Kommunistischen Partei auf höchster Ebene getroffen. Doch diese Gespräche hätten an den amerikanischen Universitäten zu keinem Aufschrei wegen der Menschenrechte geführt, unterstrich Friedman. »Zufällig erteilte ich sowohl in Chile als auch in China dieselben Ratschläge.« Zum Schluss fragte er sarkastisch: »Soll ich mich auf eine Protestlawine gefasst machen, weil ich bereit war, eine so böse Regierung zu beraten?«[44]

Ein paar Monate später bekam der »übermütige« Brief einen sehr ernsten Hintergrund, denn die chinesische Regierung begann, Pinochets berüchtigte Strategie bis aufs i-Tüpfelchen nachzuahmen.

Friedmans Reise führte nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Die Fotos in den offiziellen Zeitungen, wie der Professor den Parteibürokraten seinen Segen erteilt, reichten nicht, um die Öffentlichkeit mit ins Boot zu holen. In den folgenden Monaten wurden die Proteste entschlossener und radikaler. Sichtbarstes Symbol der Opposition waren die Demonstrationen von streikenden Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Die internationalen Medien beschrieben diese historischen Proteste als den Zusammenprall zwischen modernen idealistischen Studenten, die demokratische Rechte nach westlichem Vorbild wollten, und ewiggestrigen Autoritäten, die den kommunistischen Staat schützen wollten. Kürzlich ist eine andere Interpretation der Ereignisse vom Tiananmen-Platz aufgekommen, die die gängigen Versionen hinterfragt und den Friedmanismus ins Zentrum der Geschichte rückt. Diese alternative Variante wird unter anderem von Wang Hui vertreten, einem der Organisatoren der Proteste von 1989, der heute ein führender Intellektueller der sogenannten chinesischen »Neuen Linken« ist. In seinem 2003 erschienenen Buch *China's New Order* erklärt Wang, dass es sich bei den Demonstranten um ein breites Spektrum der chinesischen Gesellschaft gehandelt hätte – es seien nicht nur Elitestudenten gewesen, sondern auch Fabrikarbeiter, Kleinunternehmer und Lehrer. Ausgelöst hätten die Proteste, wie er sich erinnert, die öffentliche Unzufriedenheit mit Dengs »revolutionären« ökonomischen Veränderungen, die die Löhne senkten, die Preise in die Höhe trieben und zu »einer Krise durch Entlassungen und Arbeitslosigkeit« geführt hätten.[45] Wang schreibt weiter: »Diese Veränderungen waren der Katalysator für die gesellschaftliche Mobilisierung des Jahres 1989.«[46]

Die Demonstranten waren nicht gegen wirtschaftliche Neuerungen *per se*, sondern gegen die spezifisch Friedman'sche Ausrichtung der Reformen – ihr Tempo, ihre Rücksichtslosigkeit, ihre höchst undemokratische Durchsetzung. Dass die Protestierenden freie Wahlen und Redefreiheit verlangten, war Wang zufolge aufs engste mit der Ablehnung des Wirtschaftskurses verknüpft. Der Ruf nach Demokratie ging eben auf den Umstand zurück, dass die Partei Veränderungen von revolutionärem Ausmaß ohne jede Zustimmung der Öffentlichkeit durchdrückte. Generell wurden, berichtet Wang. »demokratische Möglichkeiten verlangt, um zu kontrollieren, dass der Reformprozess und die Umorganisation des sozialen Sicherheitsnetzes gerecht verlaufen«.[47]

Diese Forderungen zwangen das Politbüro, eine definitive Entscheidung zu treffen. Die Alternativen hießen nicht, wie so oft behauptet wurde, Demokratie oder Kommunismus beziehungsweise »Reformen« hier, »alte Garde« dort. Das Kalkül war komplexer: Sollte die Partei weiterhin ihre marktwirtschaftliche Agenda durchpeitschen – was ihr nur gelingen konnte, wenn sie die Demonstranten plattmachen ließ? Oder sollte sie auf die Demokratie-Forderungen der Menschen eingehen, damit ihr Machtmonopol aufgeben und einen erheblichen Rückschlag bei ihrem Wirtschaftsprojekt riskieren?

Einige marktwirtschaftliche Reformer in der Partei, vor allem Generalsekretär Zhao Ziyang, schienen bereit, auf die Demokratie zu setzen, da sie überzeugt waren, dass wirtschaftliche und politische Reformen noch immer vereinbar seien. Mächtigere Elemente in der Partei wollten dieses Risiko aber nicht eingehen. Schließlich wurde die Entscheidung gefällt:

Der Staat musste seine »Wirtschaftsreform« schützen, indem er die Protestbewegung zerschlug.

Das war die klare Botschaft, als die Regierung der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 das Kriegsrecht verhängte. Am 4. Juni rollten die Panzer der Volksbefreiungsarmee auf die Demonstranten zu und schossen wahllos in die Menge. Soldaten stürmten Busse, in denen Demonstranten Schutz gesucht hatten, und schlugen sie mit Stöcken; andere Truppen durchbrachen die Barrikaden, die den Tiananmen-Platz mit der von Studenten errichteten Statue der Göttin der Demokratie schützten, und trieben die Organisatoren zusammen. Vergleichbar hart wurde im ganzen Land durchgegriffen.

Verlässliche Schätzungen, wie viele Menschen in jenen Tagen getötet und verletzt wurden, wird es niemals geben. Die Partei räumte einige Hundert ein, Augenzeugen berichteten damals von 2000 bis 7000 Toten und bis zu 30 000 Verletzten. Den Protesten folgte eine landesweite Hexenjagd auf alle Regimekritiker und Oppositionelle. Rund 40 000 wurden verhaftet, Tausende kamen ins Gefängnis und viele – möglicherweise Hunderte – wurden hingerichtet. Wie in Südamerika ging die Regierung am härtesten gegen die Fabrikarbeiter vor, die den deregulierten Kapitalismus am unmittelbarsten gefährdeten. »Die meisten Verhafteten und so gut wie alle Hingerichteten waren Arbeiter. Mit dem offensichtlichen Ziel, die Bevölkerung zu terrorisieren, wurde die Strategie, Verhaftete systematisch zu schlagen und zu foltern, öffentlich bekannt gemacht«, schreibt der Historiker Maurice Meisner.[48]

Das Massaker wurde in den westlichen Medien als weiteres Beispiel für kommunistische Brutalität dargestellt: Genau wie Mao sich seiner Gegner während der Kulturrevo-

lution entledigt hatte, überrollte jetzt Deng, »der Schlächter von Beijing«, die Oppositionellen unter den wachsamen Augen von Maos Riesenporträt. Das *Wall Street Journal* behauptete in einer Schlagzeile, »Chinas harte Maßnahmen drohen zum Rückschlag für zehn Jahre Reformkurs zu werden« – als wäre Deng ein Gegner dieser Reformen gewesen. Im Gegenteil, er verteidigte sie leidenschaftlich und war entschlossen, sie noch mutig weiterzutreiben.[49]

Fünf Tage nach dem blutigen Gemetzel machte Deng in einer Rede an die Nation zweifelsfrei klar, dass er mit seinem harten Durchgreifen nicht den Kommunismus schütze, sondern den Kapitalismus. Er denunzierte die Demonstranten als »großen Haufen gesellschaftlichen Abschaums« und bestätigte, dass die Partei zur wirtschaftlichen Schocktherapie entschlossen sei. »Mit einem Wort: Dies war ein Test, und wir haben ihn bestanden«, sagte Deng, und er fügte hinzu: »Vielleicht wird diese schlimme Sache uns in die Lage versetzen, mit den Reformen und der Politik der offenen Tür konsequenter, besser und sogar schneller weiterzumachen … Wir haben nicht unrecht gehabt. An den vier Kardinalprinzipien [der Wirtschaftsreform] ist nichts falsch. Wenn etwas nicht in Ordnung ist, dann liegt das daran, dass diese Prinzipien noch nicht gründlich genug umgesetzt worden sind.«[50] *

Orville Schell, Chinaexperte und Journalist, fasste Deng

---

* Es ist bemerkenswert, wer alles zu Dengs Verteidigung antrat. Nach dem Massaker schrieb Henry Kissinger in einem Zeitungskommentar, dass die Partei keine andere Wahl gehabt hätte. »Keine Regierung der Welt hätte geduldet, dass der wichtigste Platz ihrer Hauptstadt acht Wochen lang von Zehntausenden von Demonstranten besetzt wird … Ein hartes Durchgreifen war daher unvermeidlich.«

Xiaopings Haltung wie folgt zusammen: »Nach dem Massaker von 1989 sagte er faktisch, wir werden nicht die Wirtschaftsreform stoppen, wir werden die politischen Reformen anhalten.«[51]

Deng und dem restlichen Politbüro waren nun hinsichtlich des freien Marktes keine Grenzen gesetzt. Genau wie Pinochets Terror die Straßen für einen revolutionären Wandel geräumt hatte, bahnte das Tiananmen-Massaker einem radikalen Systemwechsel den Weg, ohne dass die Herrschenden Angst vor einer Rebellion haben mussten. Wenn für die Bauern und Arbeiter das Leben jetzt härter wurde, mussten sie das entweder still akzeptieren oder mit dem Wüten der Armee und der Geheimpolizei rechnen. Während die Öffentlichkeit von blankem Entsetzen gelähmt war, prügelte Deng seine tiefgreifendsten Reformen durch.

Vor dem Tiananmen-Massaker hatte er einige der schmerzlicheren Maßnahmen zurücknehmen müssen; drei Monate danach führte er sie wieder ein und setzte mehrere von Friedmans sonstigen Empfehlungen um, unter anderem auch die Deregulierung der Preise. Für Wang Hui gibt es einen offensichtlichen Grund, warum »Marktreformen, die in den späten achtziger Jahren nicht implementiert werden konnten, nun just im Umfeld nach 1989 abgeschlossen wurden«; dazu schreibt er: »Die Gewalt von 1989 diente dazu, das von diesem Prozess ausgelöste gesellschaftliche Aufbegehren zu unterdrücken, und so nahm das neue Preissystem schließlich Gestalt an.«[52] Oder anders ausgedrückt: Der Schock des Massakers machte die Schocktherapie möglich.

In den drei Jahren unmittelbar nach dem Blutbad öffnete sich China weit ausländischen Investitionen, überall im Land

wurden Sonderwirtschaftszonen eingerichtet. Bei der Ankündigung dieser neuen Initiativen erinnerte Deng das Land daran: »Falls nötig, werden alle denkbaren Vorkehrungen ergriffen, um in Zukunft jede mögliche Unruhe zu eliminieren, sobald es dazu kommt. Das Kriegsrecht oder noch drastischere Maßnahmen können dabei zum Einsatz kommen.«[53] *

Diese Reformwelle war es, die China in die Ausbeuterfabrik der Welt verwandelte; das Land wurde zum Tummelplatz für Subunternehmer, die für so gut wie jeden Multi auf dem Planeten produzieren. Kein anderes Land bot so lukrative Konditionen: niedrige Löhne und Steuern, bestechliche Beamte und vor allem jede Menge billige Arbeitskräfte, die seit vielen Jahren aus Angst vor brutalsten Repressalien nicht wagen, eine anständige Bezahlung oder die einfachsten Arbeitsschutzbestimmungen zu verlangen.

Ausländische Investoren und die Partei konnten dabei jeweils nur gewinnen. Laut einer Untersuchung von 2006 sind 90 Prozent der chinesischen Milliardäre (nach chinesischen Yuan gerechnet) Kinder von Funktionären der Kommunistischen Partei. Rund 2900 dieser Parteisprösslinge – auch »die Prinzchen« genannt – kontrollieren 260 Milliarden US-Dollar.[54] Es ist ein Spiegelbild jenes korporatistischen Staates, für den Pinochets Chile den Vorreiter gespielt hatte: Eine Drehtür zwischen den unternehmerischen und den politischen Eliten,

* Der Anthropologe David Harvey von der New York University merkt dazu an, dass erst nach dem Tiananmen-Massaker, als Deng seine berühmte »Südtour« durch China machte, »die Zentralregierung mit aller Macht sich hinter die Öffnung für den Freihandel und für direkte Auslandsinvestitionen stellte«.

die ihre Kräfte bündeln, um die Werktätigen als organisierte politische Kraft auszuschalten. Mittlerweile geht diese Zusammenarbeit so weit, dass multinationale Medien- und Technologieunternehmen dem chinesischen Staat helfen, seine Bürger auszuspionieren und sicherzustellen, dass sich keine Internet-Seiten öffnen, wenn Studenten im Web nach Begriffen wie »Tiananmen-Massaker« oder auch nur »Demokratie« suchen. »Die Schaffung der heutigen marktwirtschaftlichen Gesellschaft war nicht das Ergebnis einer Abfolge von spontanen Ereignissen«, schreibt Wang Hui, »sondern vielmehr von staatlichem Eingreifen und staatlicher Gewalt.«[55]

Auf dem Platz des Himmlischen Friedens bewahrheitete sich in aller Deutlichkeit, wie sehr sich die Strategien autoritärer Kommunisten und die von Kapitalisten der Chicagoer Schule ähneln: Beide sind bereit, Oppositionelle verschwinden zu lassen, jeglichen Widerstand auszuräumen, reinen Tisch zu machen und von vorn zu beginnen.

Als es zu dem Massaker kam, waren nur wenige Monate vergangen, seit Friedman die chinesische Regierung zum schmerzlichen und unpopulären Übergang zur Marktwirtschaft gedrängt hatte; trotzdem ereilte ihn nie eine »Protestlawine … weil ich bereit war, eine so böse Regierung zu beraten«. Und wie üblich sah Friedman zwischen seinen Ratschlägen und der zu ihrer Umsetzung nötigen Gewalt keinerlei Zusammenhang. Er geißelte zwar die Repressalien, pries China aber weiterhin als ein Beispiel für »die Effizienz, mit der Arrangements des freien Marktes sowohl Wohlstand als auch Freiheit fördern«.[56]

Ein merkwürdiger Zufall war, dass das Tiananmen-Massaker am selben Tag stattfand, an dem Solidarność den histori-

schen Wahlsieg in Polen errang – am 4. Juni 1989. In gewisser Weise handelte es sich um zwei sehr unterschiedliche Anwendungsbeispiele für die Schockdoktrin. Beide Länder mussten den Übergang zur freien Marktwirtschaft mit Schock und Angst durchsetzen. In China machte das der Staat ohne Samthandschuhe mit Terror, Folter und Mord, und das Ergebnis war – aus Sicht des Marktes – ein beispielloser Erfolg. In Polen kamen nur die Schocks der Wirtschaftskrise und des raschen Wandels zum Einsatz – offene Gewalt gab es nicht –, aber die nutzten sich schließlich ab, und die Ergebnisse waren bei weitem nicht so eindeutig.

Über Polen kam die Schocktherapie zwar nach Wahlen, aber jedem demokratischen Verfahren spottete das Hohn, weil es voll und ganz dem Wunsch der überwältigenden Wählermehrheit zuwiderlief, die für Solidarność gestimmt hatte. Noch 1992 waren 60 Prozent der Polen gegen die Privatisierung der Schwerindustrie. Sachs verteidigte seine unpopulären Maßnahmen mit der Behauptung, er hätte keine andere Wahl gehabt, und verglich seine Rolle mit der eines Chirurgen in der Notaufnahme. »Wenn da ein Kerl in die Notaufnahme kommt und sein Herz nicht mehr schlägt, reißt du ihm einfach das Brustbein auf und kümmerst dich nicht um die Narben, die zurückbleiben«, sagte er. »Es geht darum, dass das Herz von dem Kerl wieder schlägt. Dabei richtest du eine blutige Sauerei an. Aber du hast keine andere Wahl.«[57]

Doch als die Polen nach der Notoperation wieder zu sich gekommen waren, stellten sie Fragen über den Arzt und die Behandlung. Im Land hatte die Schocktherapie nicht zu »vorübergehenden Beeinträchtigungen« geführt, wie Sachs pro-

phezeit hatte. Sie löste eine umfassende Depression aus: In den zwei Jahren nach der ersten Reformrunde ging die Industrieproduktion um 30 Prozent zurück. Aufgrund der Sparmaßnahmen der Regierung und der ins Land strömenden billigen Importe schoss die Arbeitslosigkeit in den Himmel; 1993 lag sie in einigen Gegenden bei 25 Prozent – eine äußerst schmerzhafte Veränderung in einem Land, das unter dem Kommunismus trotz aller Entbehrungen und Missstände offiziell keine Arbeitslosigkeit gekannt hatte. Auch als die Wirtschaft wieder zu wachsen begann, blieben Jobs Mangelware. Nach den neuesten Zahlen der Weltbank hat Polen eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent – die höchste in der Europäischen Union. Für junge Leute unter 24 Jahren ist die Lage noch viel schlimmer: 40 Prozent der jungen Werktätigen hatten 2006 keine Stelle, doppelt so viele wie im EU-Durchschnitt.[58] Am dramatischsten sind die Zahlen der Menschen in Not: 1989 lebten 15 Prozent der polnischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; 2003 waren daraus 59 Prozent geworden. Die Schocktherapie, die die Arbeitsplatzsicherheit untergrub und das Alltagsleben erheblich verteuerte, war nicht der Weg, auf dem Polen ein »normales« europäisches Land werden konnte (denn die zeichnen sich durch strenge Arbeitsmarktgesetze und großzügige Sozialleistungen aus); die Schocktherapie hatte zu derselben tiefen Kluft zwischen Arm und Reich geführt, die sich von Chile bis China überall auftat, wo die Gegenrevolution triumphierte.

Dass Solidarność, die von Polens Fabrikarbeitern aufgebaute Bewegung, die Schaffung einer permanenten Unterschicht zu verantworten hatte, empfand man als bitteren Verrat, der viel Wut und Zynismus auslöste, die im Land bis heute

nicht ganz verschwunden sind. Solidarność-Führer spielen die sozialistischen Wurzeln der Bewegung oft herunter. So behauptet Wałęsa heute, schon 1980 hätte er gewusst: »Wir werden auf Kapitalismus setzen müssen.« Karol Modzelewski, ein Solidarność-Militanter und Intellektueller, der achteinhalb Jahre in kommunistischen Gefängnissen verbrachte, antwortete darauf wütend: »Ich hätte keine Woche und auch keinen Monat, von achteinhalb Jahren mal ganz zu schweigen, für den Kapitalismus im Gefängnis gesessen!«[59]

Die ersten anderthalb Jahre unter einer Solidarność-Regierung glaubten die Arbeiter ihren Heroen, wenn die ihnen versicherten, der Schmerz würde nachlassen, es sei ein notwendiger Schritt, um Polen ins moderne Europa zu führen. Selbst angesichts galoppierender Arbeitslosigkeit streikten sie nur ein bisschen und warteten geduldig, dass der therapeutische Teil der Schockbehandlung Wirkung zeigen würde. Als es nicht zur versprochenen Genesung kam – zumindest nicht in Form von Arbeitsplätzen –, waren die Solidarność-Mitglieder einfach verwirrt: Wie konnte es sein, dass ihre eigene Bewegung für einen Lebensstandard verantwortlich war, der schlechter war als unter dem Kommunismus? »[Solidarność] verteidigte mich 1980, als ich ein Gewerkschaftskomitee aufbaute«, sagte ein einundvierzigjähriger Bauarbeiter. »Aber als ich diesmal zu ihnen ging und um Hilfe bat, sagten sie mir, ich müsse um der Reform willen leiden.«[60]

Nach rund 18 Monaten »politischen Ausnahmezustands« in Polen hatte die Solidarność-Basis genug und verlangte, das Experiment zu beenden. Die extreme Unzufriedenheit spiegelte sich in einer erheblichen Zunahme der Streiks wider: Hatte es 1990, als die Arbeiter Solidarność noch einen Frei-

fahrtschein ausstellten, nur 250 Streiks gegeben, so kam es 1992 schon zu mehr als 6000 solcher Protestaktionen.[61] Angesichts dieses Drucks von unten war die Regierung gezwungen, ihre ehrgeizigeren Privatisierungspläne zurückzufahren. Ende 1993 – einem Jahr mit fast 7500 Streiks – waren 62 Prozent der gesamten polnischen Industrie noch immer in öffentlicher Hand.[62]

Dass polnische Arbeiter es schafften, die umfassende Privatisierung ihres Landes aufzuhalten, bedeutete, dass die Reformen zwar schmerzlich waren, aber noch viel schlimmer hätten ausfallen können. Die Streikwelle rettete zweifellos hunderttausende Arbeitsplätze, die verlorengegangen wären, wenn man die angeblich ineffizienten Firmen geschlossen oder radikal zurückgestutzt und verkauft hätte. Interessanterweise begann die polnische Wirtschaft in derselben Zeit wieder kräftig zu wachsen. Dies beweist, so der prominente polnische Ökonom Tadeusz Kowalik, der früher Solidarność-Mitglied war, dass diejenigen, die die Staatsunternehmen als ineffizient und archaisch abschreiben wollten, »offensichtlich unrecht« hatten.

Die polnischen Arbeiter streikten nicht nur, sie fanden auch noch eine andere Möglichkeit, ihre Wut auf die ehemaligen Solidarność-Genossen zum Ausdruck zu bringen: Mittels der von ihnen erkämpften Demokratie straften sie die Partei einschließlich ihres einst geliebten Anführers Lech Wałęsa entscheidend an den Wahlurnen ab. Zur dramatischen Abfuhr kam es am 19. September 1993: Eine Koalition von Linksparteien, darunter auch die früheren Kommunisten (die sich jetzt Bündnis der Demokratischen Linken nannten) gewann 66 Prozent der Sitze im Sejm. Solidarność war bereits in sich

bekämpfende Flügel zersplittert; die einstige Gewerkschaftsbewegung kam auf weniger als fünf Prozent und verlor im Parlament ihren offiziellen Parteistatus, und eine neue von Ministerpräsident Mazowiecki geführte Partei erreichte nur 10,6 Prozent – eine eindeutige Ablehnung der Schocktherapie.

Doch als sich in den folgenden Jahren Dutzende von Ländern mit der Frage herumschlugen, wie sie ihre Wirtschaft reformieren sollten, waren die unbequemen Details irgendwie vergessen – die Streiks, die Wahlniederlagen, die politischen Kurswechsel. Immer wieder wurde Polen als Vorbild hingestellt, als Beweis, dass der Umbau zu einer radikal freien Marktwirtschaft demokratisch und friedlich vonstatten gehen kann.

Wie so viele Geschichten über Länder im Übergang von einem zum anderen System war auch diese größtenteils ein Mythos. Aber das war noch immer besser als die Wahrheit, die in Polen darin bestand, dass die Demokratie auf den Straßen und bei den Wahlen als Waffe gegen den Neoliberalismus eingesetzt worden war. In China hingegen, wo der Drang zu ungezügeltem Kapitalismus auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Demokratie überrollt hatte, setzten Schock und Terror einen der lukrativsten und langlebigsten Investitionsbooms in der neueren Geschichte in Gang. Ein weiteres aus einem Massaker geborenes Wunder.

DEMOKRATIE IN KETTEN GEBOREN

SÜDAFRIKAS EINGESCHRÄNKTE FREIHEIT

> Versöhnung bedeutet, dass die von der Geschichte Benachteiligten erkennen müssen, dass es einen qualitativen Unterschied zwischen Repression und Freiheit gibt. Und für sie ist Freiheit gleichbedeutend mit sauberem Wasser, Strom aus der Steckdose, einem anständigen Zuhause und einem guten Job, die Kinder zur Schule schicken zu können und Zugang zum Gesundheitswesen zu haben. Ich meine, warum hätten wir denn sonst diesen Übergang vollzogen, wenn die Lebensqualität dieser Menschen nicht verbessert würde? Wenn nicht, war die Wahl sinnlos.
>
> Erzbischof Desmond Tutu, Vorsitzender der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, 2001[1]

> Bevor sie die Macht abgibt, will die Nationalpartei sie kastrieren. Sie versucht eine Art Tausch herauszuhandeln, bei dem sie das Recht aufgibt, das Land auf ihre Weise zu lenken, und dafür das Recht bekommt, die Schwarzen daran zu hindern, es auf ihre Weise zu lenken.
>
> Allister Sparks, südafrikanischer Journalist[2]

Im Januar 1990 schrieb Nelson Mandela, damals einundsiebzig, aus dem Gefängnis an seine Anhänger draußen. Der Brief sollte eine Debatte beilegen, ob 27 Jahre hinter Gittern, die

meisten davon auf Robben Island vor der Küste Kapstadts, seine Entschlossenheit geschwächt haben könnten, die Wirtschaft des südafrikanischen Apartheidstaates umzuformen. Das Schreiben bestand aus ganzen zwei Sätzen, die die Sache ein für alle Mal klarstellten: »Die Verstaatlichung der Minen, Banken und Monopolindustrien ist die Politik des ANC, und es ist unvorstellbar, dass daran etwas geändert oder modifiziert wird. Ökonomische Macht in den Händen von Schwarzen ist ein Ziel, das wir in vollem Umfang vertreten und unterstützen, aber in unserer Situation ist es unvermeidlich, dass bestimmte Sektoren der Wirtschaft vom Staat kontrolliert werden.«[3]

Wie sich herausstellte, war die Geschichte doch noch nicht an ihr Ende gekommen. In Südafrika, der größten Volkswirtschaft des Kontinents, schienen einige Menschen noch immer zu glauben, dass Freiheit das Recht einschließt, die unrechtmäßig erworbenen Reichtümer ihrer Unterdrücker einzufordern und umzuverteilen.

Diese Überzeugung bildete seit 35 Jahren die Grundlage für die politische Arbeit des Afrikanischen Nationalkongresses, seit sie in der Freiheits-Charta, der Verkündung seiner Grundprinzipien, festgelegt worden waren. Die Geschichte der Verabschiedung der Freiheits-Charta ist fester Bestandteil der südafrikanischen Volksmythen, und das aus gutem Grund. Der Prozess hatte 1955 damit begonnen, dass die Partei 50 000 Freiwillige in die Townships und durchs Land schicke. Ihre Aufgabe war es, die »Freiheitsforderungen« der Menschen zu sammeln – ihre Vorstellungen von einer Welt nach der Apartheid, in der alle Südafrikaner gleiche Rechte haben würden. Die Forderungen waren per Hand auf kleine Zettel

geschrieben: »Land soll allen Leuten gegeben werden, die keines haben«, »Löhne, die zum Leben reichen, und kürzere Arbeitszeiten«, »Schulpflicht und kostenloser Unterricht unabhängig von Farbe, Rasse oder Nationalität«, »Das Recht, sich frei zu bewegen und seinen Wohnsitz zu wählen«, und vieles mehr.[4] Führer des Afrikanischen Nationalkongresses fassten die eingegangenen Forderungen zu einem Dokument zusammen, das am 26. Juni 1955 bei einem Volkskongress offiziell verabschiedet wurde, der in Kliptown stattfand, einer Township, die als »Pufferzone« die weißen Bewohner von Johannesburg vor den schwarzen Menschenmassen von Soweto schützen sollte. Ungefähr 3000 Delegierte – Schwarze, Inder, »Farbige« und ein paar Weiße – saßen gemeinsam auf einem abgeernteten Acker, um über den Inhalt des Dokuments abzustimmen. Nelson Mandela berichtet von dem historischen Treffen in Kliptown: »Am Nachmittag des ersten Tages wurde die Charta laut verlesen, Abschnitt für Abschnitt, in Englisch, Sesotho und Xhosa. Nach jedem Abschnitt äußerte die Menge ihre Zustimmung mit den Rufen ›*Afrika*!‹ und ›*Mayibuye*!‹«[5] Die erste, aufrührerische Forderung der Freiheits-Charta lautete: »Das Volk soll herrschen!«

Mitte der fünfziger Jahre war dieser Traum noch Jahrzehnte von seiner Erfüllung entfernt. Am zweiten Tag des Volkskongresses wurde die Versammlung von der Polizei mit Gewalt aufgelöst, und man warf den Delegierten Hochverrat vor.

Drei Jahrzehnte lang verbot die von weißen Afrikaandern und Briten dominierte südafrikanische Regierung den ANC und andere politische Parteien, die die Apartheid zu überwinden suchten. Während der ganzen Zeit strenger Repression wurde die Freiheits-Charta im revolutionären Untergrund von

Hand zu Hand weitergegeben und sie verlor nicht die Kraft, Hoffnungen zu wecken und zum Widerstand aufzurufen. In den achtziger Jahren wurde sie dann von einer neuen Generation junger Militanter aufgegriffen, die sich in den Townships herausgebildet hatte. Die jungen Radikalen hatten die Nase voll von Geduld und Wohlverhalten und waren zu allem entschlossen, was nötig war, um die weiße Dominanz zu Fall zu bringen. Mit ihrer Unerschrockenheit verblüfften sie auch die eigenen Eltern. Ohne Illusionen gingen sie auf die Straßen und riefen: »Weder Kugeln noch Tränengas werden uns aufhalten.« Massaker um Massaker standen sie durch, begruben ihre Freunde, kamen immer wieder und sangen weiter. Fragte man die Militanten, wogegen sie kämpften, antworteten sie »Apartheid« oder »Rassismus«; fragte man sie, wofür sie kämpften, antworteten viele »Freiheit« und sehr oft »die Freiheits-Charta«.

Die Charta fordert das Recht auf Arbeit, anständige Unterkunft, Meinungsfreiheit und, was am radikalsten war, Teilhabe an den Schätzen des Landes, des reichsten in ganz Afrika, das unter anderem über die größten Goldvorkommen der Welt verfügt. »Der nationale Reichtum des Landes, das Erbe aller Südafrikaner, soll dem Volk zurückgegeben werden. Der Erzreichtum im Boden, die Banken und Monopolindustrien sollen als Ganzes in den Besitz des Volkes übergehen. Alle anderen Industrien und Gewerbe sollen kontrolliert werden zugunsten des Wohlergehens des Volkes.«[6]

Als die Freiheits-Charta formuliert war, fanden einige von der Befreiungsbewegung sie im positiven Sinne maßvoll, andere in unverzeihlicher Weise unzureichend. Die Panafrikanisten kritisierten den ANC, er hätte den weißen Kolonialher-

ren zu viele Zugeständnisse gemacht: Warum sollte Südafrika »allen, Schwarzen *und* Weißen« gehören, fragten sie; das Manifest hätte, wie es der in Jamaika geborene schwarze Nationalist Marcus Garvey getan hatte, »Afrika den Afrikanern« fordern müssen. Die strammen Marxisten hingegen verwarfen die Forderungen als »kleinbürgerlich«: Es sei nicht revolutionär, den Landbesitz zwischen allen Menschen zu teilen, Lenin habe gesagt, Privatbesitz müsse zur Gänze abgeschafft werden.

Alle Fraktionen der Befreiungsbewegung waren sich jedoch darin einig, dass die Apartheid nicht nur ein politisches System war, das bestimmte, wer wählen und sich frei bewegen durfte. Es war auch ein *ökonomisches* System, das Rassismus dazu nutzte, eine höchst lukrative Klassenstruktur durchzusetzen: Eine kleine weiße Elite konnte enorme Profite aus den südafrikanischen Minen, Farmen und Fabriken ziehen, weil eine große schwarze Mehrheit kein Land besitzen durfte und ihre Arbeitskraft für viel weniger anbieten musste, als sie wert war – und geschlagen und verhaftet wurde, wenn sie aufzubegehren wagte. Im Bergbau bekamen Weiße bis zu zehnmal mehr Lohn als Schwarze, und wie in Südamerika arbeitete die Großindustrie eng mit dem Militär zusammen, um rebellierende Arbeiter verschwinden zu lassen.[7]

Die Freiheits-Charta brachte den Grundkonsens der Befreiungsbewegung zum Ausdruck, dass Freiheit nicht einfach dann erreicht ist, wenn Schwarze die Regierung übernehmen, sondern wenn der Reichtum des Landes, den illegalerweise einige wenige an sich gerissen hatten, an die Gesellschaft als Ganzes zurückgegeben und verteilt wird. Südafrika konnte nicht länger ein Land mit kalifornischem Lebensstandard für

Weiße und kongolesischem Standard für Schwarze sein, wie man das Land zur Zeit der Apartheid beschrieben hatte; Freiheit bedeutete, dass ein Mittelweg gefunden werden musste.

Genau das bestätigte Mandela mit seinem zwei Sätze langen Brief aus dem Gefängnis: Er glaubte noch immer an den Grundsatz, dass es ohne Umverteilung keine Freiheit geben könne. Da sich so viele andere Länder jetzt auch »im Übergang« befanden, hatte diese Aussage weitreichende Bedeutung. Wenn Mandela den ANC an die Macht bringen und Banken und Bergwerke verstaatlichen würde, würde es dieses Vorbild den Ökonomen der Chicagoer Schule viel schwerer machen, solche Ideen in anderen Ländern als Relikte der Vergangenheit zu verwerfen und zu verkünden, nur uneingeschränkt freie Märkte und »Freihandel« könnten die enormen Ungleichheiten beseitigen.

Am 11. Februar 1990, zwei Wochen nach jenem Brief, verließ Mandela das Gefängnis als freier Mann; kein zweiter Mensch auf Erden galt so sehr als lebender Heiliger wie er. Die südafrikanischen Townships explodierten vor Jubel, und man war überzeugter denn je, dass nichts den Kampf um die Freiheit aufhalten könne. Im Gegensatz zu Osteuropa lag in Südafrika nicht die Bewegung am Boden, sondern verstärkte sich. Mandela selbst litt allerdings an einem derart ausgeprägten Kulturschock, dass er sich erst einmal fragte, ob ein Fernsehmikrophon mit Windschutz »irgendeine neue Waffe sei, die während meiner Haft entwickelt worden war«.[8]

Definitiv war dies eine andere Welt als jene, die er vor fast 27 Jahren verlassen hatte. Als Mandela 1962 verhaftet wurde, lief eine Welle von Dritte-Welt-Nationalismus in Afrika, jetzt war der Kontinent von Kriegen zerrissen. Während Mandela

im Gefängnis saß, wurden sozialistische Revolutionen angezettelt und niedergeschlagen: Che Guevara war 1967 in Bolivien umgebracht worden, Salvador Allende war bei dem Staatsstreich 1973 gestorben, Samora Machel, der Befreiungsheld und Präsident von Mosambik, war 1986 bei einem rätselhaften Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. In den späten achtziger und frühen neunziger Jahren war die Berliner Mauer gefallen, es hatte das Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens gegeben, und der Kommunismus war zusammengebrochen. Doch es war keine Zeit, sich lange mit all diesem Wandel aufzuhalten: Unmittelbar nach seiner Freilassung musste Mandela ein Volk in die Freiheit führen und gleichzeitig einen Bürgerkrieg wie auch einen wirtschaftlichen Zusammenbruch verhindern – die beide durchaus möglich schienen.

Wenn es einen dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus gab – Demokratisierung des Landes bei gleichzeitiger Umverteilung von Reichtum – dann schien Südafrika unter dem ANC in einer einzigartigen Ausgangsposition, diesen alten Traum Wirklichkeit werden zu lassen. Grund war nicht nur die weltweite Bewunderung und Unterstützung, die Mandela genoss, sondern auch die spezifische Form, die der Kampf gegen die Apartheid in den zurückliegenden Jahren angenommen hatte. In den Achtzigern war er zu einer wahrhaftig globalen Massenbewegung geworden: Außerhalb Südafrikas war die schärfste Waffe in diesem Kampf der wirtschaftliche Boykott nicht nur von in Südafrika hergestellten Produkten, sondern auch von internationalen Unternehmen, die mit dem Apartheidstaat Geschäfte machten. Ziel dieser Boykottstrategie war, genügend Druck auf den Unter-

nehmenssektor auszuüben, dass er die sturköpfige südafrikanische Regierung mit Lobbyarbeit dazu bringen würde, die Apartheid zu beenden. Die Kampagne hatte aber auch eine moralische Komponente: Viele Verbraucher waren überzeugt, dass man Firmen finanziell bestrafen müsse, die von Rassegesetzen profitierten, die die Überlegenheit der Weißen festschrieben.

Das gab dem ANC eine einzigartige Gelegenheit, die damals kursierende orthodoxe Lehre von der freien Marktwirtschaft zurückzuweisen. Da man sich bereits weitgehend einig war, dass Unternehmen Mitverantwortung für die Verbrechen der Apartheid trugen, war für Mandela der Boden bereitet zu erklären, warum Schlüsselsektoren der südafrikanischen Wirtschaft verstaatlicht werden müssten, wie es die Freiheits-Charta forderte. Mit demselben Argument hätte er auch fordern können, dass die unter der Apartheid angehäuften Schulden nicht einer von Schwarzen kontrollierten Regierung aufgebürdet werden dürften. Angesichts solch aufmüpfigen Verhaltens hätten der IWF, das US-Finanzministerium und die Europäische Union laut aufgeschrien – aber da Mandela ein lebender Heiliger war, hätte es auch eine sehr breite öffentliche Unterstützung gegeben.

Wir werden nie erfahren, welche dieser Kräfte sich durchgesetzt hätten. In den Jahren zwischen Mandelas Brief aus dem Gefängnis und dem Wahlsieg des ANC 1994, mit dem Mandela Präsident wurde, passierte etwas, das die Parteispitze davon überzeugte, dass man die Volksnähe nicht nutzen dürfe, um die gestohlenen Reichtümer des Landes zu beanspruchen und umzuverteilen. Statt irgendwo die Mitte zwischen Kalifornien und dem Kongo anzupeilen, hat der ANC eine Politik

verfolgt, die Einkommensungleichheit und Verbrechen so explodieren ließ, dass in Südafrika nun eher die Kluft zwischen Beverly Hills und Bagdad herrscht. Heute legt das Land ein beredtes Zeugnis davon ab, was passiert, wenn man die Wirtschaftsreformen vom politischen Wandel trennt. Politisch besitzt seine Bevölkerung das Wahlrecht, bürgerliche Freiheiten und das Mehrheitsprinzip. Doch wirtschaftlich hat Südafrika Brasilien als am stärksten ungleiche Gesellschaft der Welt überholt.

Ich fuhr 2005 nach Südafrika, weil ich begreifen wollte, was während des Übergangs passiert war, in den entscheidenden Jahren zwischen 1990 und 1994, was Mandela einen Weg einschlagen ließ, den er früher als »unvorstellbar« bezeichnet hatte.

Der ANC begann die Verhandlungen mit der regierenden Nationalpartei mit dem Ziel, den Albtraum zu vermeiden, der über das benachbarte Mosambik hereingebrochen war, als die Befreiungsbewegung 1975 das Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft erzwang. Auf ihrem Rückzug ließen sich die Portugiesen zu rachsüchtigen Wutanfällen hinreißen, schütteten Beton in Fahrstuhlschächte, zerstörten Traktoren und nahmen alles aus dem Land mit, was sie tragen konnten. Es ist dem ANC zu verdanken, dass er eine relativ friedliche Übergabe aushandelte. Doch er schaffte es nicht, die Herrscher der Apartheid-Ära davon abzuhalten, beim Rückzug Verwüstungen zu hinterlassen. Die Nationalpartei benutzte zwar nicht wie ihre Vorgänger in Mosambik Beton – ihre Sabotage war genauso lähmend, aber wesentlich subtiler, und fand sich im Kleingedruckten jener historischen Verhandlungen.

Die Gespräche über die Beendigung der Apartheid fanden auf zwei Parallelgleisen statt, die sich oft kreuzten: das eine war politisch, das andere ökonomisch. Die meiste Aufmerksamkeit genossen natürlich die politischen Gipfel zwischen Nelson Mandela und F. W. de Klerk, dem Führer der Nationalpartei.

De Klerk verfolgte bei diesen Verhandlungen die Strategie, so viel Macht wie möglich zu behalten. Er versuchte alles – das Land zu einer Föderation zu zerschlagen, Minderheitenparteien ein Vetorecht einzuräumen, jeder ethnischen Gruppe einen bestimmten Prozentsatz der Sitze in den Regierungsinstitutionen zu reservieren – einfach alles, was eine einfache Mehrheitsregierung verhindern würde, die, da war er sich sicher, zu massenhaften Landenteignungen und der Verstaatlichung von Großunternehmen führen würde. Mandela drückte es später so aus: »Die Nationalpartei versuchte, mit unserer Zustimmung die weiße Vorherrschaft beizubehalten.« De Klerk hatte Geld und Gewehre hinter sich, sein Gegenüber aber eine Bewegung von Millionen Menschen. Mandela und sein Chefunterhändler Cyril Ramaphosa konnten fast jeden Punkt für sich entscheiden.[9]

Neben diesen oft explosiven Gipfeltreffen gab es die längst nicht so hochrangig besetzten Wirtschaftsverhandlungen, die für den ANC hauptsächlich von Thabo Mbeki geführt wurden, der damals zum neuen starken Mann der Partei aufstieg und heute Präsident des Landes ist. Als die politischen Verhandlungen vorankamen und der Nationalpartei klarwurde, dass das Parlament bald fest in den Händen des ANC sein würde, konzentrierte die Partei der südafrikanischen Eliten ihre Energie und Kreativität auf die Wirtschaftsverhandlungen. Den südafrikanischen Weißen war es nicht gelungen, die Übernahme der

Regierung durch die Schwarzen zu vereiteln, aber als es darum ging, die Reichtümer zu bewahren, die sie unter der Apartheid angehäuft hatten, gaben sie nicht so schnell auf.

Bei diesen Gesprächen verfolgte die de-Klerk-Regierung eine zweigleisige Strategie. Zum einen bezog sie sich auf den damals an Gewicht gewinnenden Washingtoner Konsens und erklärte, es gäbe jetzt nur noch eine Art und Weise des Wirtschaftens, wobei sie die Kernfelder wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse – beispielsweise Handelspolitik und Zentralbank – als »technisch« oder »administrativ« beschrieb. Zum anderen nutzte sie ein breites Spektrum neuartiger politischer Werkzeuge – internationale Handelsabkommen, Verfassungsinnovationen und Strukturanpassungsprogramme –, um die Kontrolle über jene Machtzentren angeblich unparteiischen Experten auszuhändigen – Ökonomen und Vertretern des IWF, der Weltbank und des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen) sowie der Nationalpartei –, allen außer den Freiheitskämpfern des ANC. Das war die Strategie der Balkanisierung des Landes, allerdings keiner geographischen (wie de Klerk ursprünglich versucht hatte), sondern einer wirtschaftlichen.

Dieser Plan wurde unter den Augen der ANC-Führer zum Erfolg geführt, die sich natürlich vor allem darauf konzentrierten, die politische Schlacht um das Parlament zu gewinnen. Dabei versäumte es der ANC, sich gegen eine viel infamere Strategie zu wappnen – bei der es sich im Grunde um die elaborierte Rückversicherung handelte, dass die wirtschaftlichen Forderungen der Freiheits-Charta in Südafrika niemals Gesetz werden würden. »Das Volk soll herrschen!« wurde bald Realität, aber der Bereich, den es beherrschte, schrumpfte schnell.

Während dieser schwierigen Verhandlungen zwischen den gegnerischen Parteien musste der ANC sich auch noch innerhalb der eigenen Reihen auf den Tag der Regierungsübernahme vorbereiten. ANC-Ökonomen und -Juristen bildeten Arbeitsgruppen, die die Aufgabe hatten, genau auszuarbeiten, wie die allgemeinen Forderungen der Freiheits-Charta – hinsichtlich Wohngebieten und Gesundheitswesen – in praktische Politik umzusetzen seien. Der ehrgeizigste dieser Pläne hieß Make Democracy Work, er wurde während der hochrangigen politischen Verhandlungen verfasst und sollte der wirtschaftliche Bauplan für Südafrikas Zukunft nach der Apartheid werden. Die treuen Parteigänger wussten aber damals nicht, dass parallel zur Ausarbeitung ihrer ehrgeizigen Pläne das Verhandlungsteam am grünen Tisch Zugeständnisse machte, die deren Umsetzung praktisch unmöglich machten. »Der Plan war tot, noch ehe er in Angriff genommen wurde«, sagte mir der Ökonom Vishnu Padayachee zu Make Democracy Work. Als der Entwurf fertig war, »war da schon ein ganz anderes Spiel im Gang«.

Als einem der wenigen klassisch ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler im ANC kam Padayachee bei Make Democracy Work eine entscheidende Rolle zu (»Ich war die Rechenmaschine«, sagt er selbst). Die meisten Leute, mit denen er bei diesen langen politischen Sitzungen zusammenarbeitete, bekamen später Spitzenpositionen in der ANC-Regierung, aber Padayachee nicht. Er lehnte alle entsprechenden Angebote ab und zog das akademische Leben in Durban vor, wo er lehrt, schreibt und den sehr beliebten Ike's Bookshop besitzt, der nach Ike Mayet benannt ist, dem ersten nicht weißen südafrikanischen Buchhändler. Dort inmitten gut erhaltener,

nicht mehr lieferbarer Bücher über afrikanische Geschichte sprach ich mit ihm über die Zeit des Übergangs.

Padayachee kam in den siebziger Jahren als Berater der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung zum Freiheitskampf. »Wir alle hatten damals die Freiheits-Charta hinter dem Spiegel stecken«, erinnerte er sich. Ich fragte ihn, ab wann er gewusst habe, dass die wirtschaftlichen Forderungen nicht erfüllt werden würden. Den ersten Verdacht, sagte er, hätte er Ende 1993 gehegt, als er und ein Kollege von Make Democracy Work einen Anruf von dem Team bekamen, das mit der Nationalpartei um die letzten Verhandlungsergebnisse feilschte. Mit dem Anruf wurden sie gebeten, ein Positionspapier über die Vor- und Nachteile zu schreiben, wenn die südafrikanische Zentralbank zu einer autonomen Institution würde, die völlig unabhängig von der gewählten Regierung fungieren würde – und, ach ja, die Verhandlungsführer brauchten das Papier am nächsten Morgen.

»Wir wurden völlig überrumpelt«, erinnerte sich Padayachee, jetzt Anfang 50. Er hatte an der Johns Hopkins University in Baltimore studiert und wusste, dass damals die Unabhängigkeit der Zentralbank selbst unter amerikanischen Verfechtern der freien Marktwirtschaft eine Außenseiteridee war, ein Lieblingsthema einer Handvoll von Ideologen der Chicagoer Schule, die glaubten, dass Zentralbanken wie souveräne Republiken innerhalb der Staates gelenkt werden und dem Zugriff der gewählten Gesetzesmacher entzogen werden sollten.[10] * Für Padayachee und seine Kollegen, die da-

* Milton Friedman scherzte oft, wenn es nach ihm ginge, würden Zentralbanken ausschließlich auf der Basis der »Wirtschaftswissen-

von überzeugt waren, dass die Geldpolitik in den Dienst der »großen Ziele des Wachstums, der Vollbeschäftigung und der Umverteilung« der neuen Regierung gestellt werden müsste, war an der ANC-Position nicht zu rütteln: »Eine unabhängige Zentralbank würde es in Südafrika nicht geben.«

Padayachee und sein Kollege schrieben die ganze Nacht über an einem Papier, das dem Verhandlungsteam die nötigen Argumente lieferte, um diese Bananenflanke der Nationalpartei abzuwehren. Würde die Zentralbank (in Südafrika hieß sie Reservebank) unabhängig vom Rest der Regierung geleitet, könnte das die Möglichkeiten des ANC einschränken, die Versprechen der Freiheits-Charta zu halten. Außerdem: Wenn die Zentralbank nicht der ANC-Regierung unterstünde, wem genau wäre sie dann verantwortlich? Dem IWF? Der Johannesburger Börse? Offensichtlich versuchte die Nationalpartei eine Hintertür zu finden, um auch nach einem Verlust der Wahlen weiterhin Macht zu behalten – und dieser Strategie musste unbedingt entgegengetreten werden. »Sie haben so viel wie möglich eingeschlossen«, berichtete Padayachee. »Das war eindeutig Teil ihrer Agenda.«

Padayachee faxte das Papier am nächsten Morgen, dann hörte er wochenlang nichts mehr. »Als wir schließlich nachfragten, was passiert sei, sagte man uns: ›Nun, das haben wir aufgegeben.‹« Nicht genug damit, dass die Zentralbank als autonome Institution innerhalb des südafrikanischen Staates agieren und ihre Unabhängigkeit von der neuen Verfassung garantiert werden sollte: Ihr Chef wurde auch noch

---

schaft« geführt und nur noch von riesigen Computern gelenkt – Menschen wären nicht mehr erforderlich.

Chris Stals, derselbe Mann, der sie unter der Apartheid geleitet hatte. Doch der ANC hatte nicht nur die Zentralbank aufgegeben, sondern als Nächstes auch zugestanden, dass Derek Keyes, der weiße Finanzminister unter der Apartheid, seinen Posten behalten könne – genau wie der Finanzminister und der Zentralbankchef der argentinischen Diktatur es irgendwie schafften, unter der Demokratie ihre Jobs wiederzubekommen. *The New York Times* pries Keyes als »des Landes besten Apostel niedriger Staatsausgaben und eines unternehmerfreundlichen Regierungsstils«.[11]

Bis zu diesem Punkt, sagte Padayachee, »hatten wir noch Auftrieb, weil, mein Gott, das war ein revolutionärer Kampf, zumindest *irgendetwas* musste dabei doch herauskommen.« Als er erfuhr, dass die Zentralbank und das Finanzministerium von den alten Apartheid-Bossen geleitet werden würden, war ihm klar: »Was den wirtschaftlichen Umbau anging, war alles verloren.« Als ich ihn fragte, ob seiner Ansicht nach die Verhandlungsführer wussten, wie viel sie aufgegeben hatten, antwortete er nach einigem Zögern: »Ehrlich gesagt, nein.« Es war ein schlichter Kuhhandel: »Bei den Gesprächen musste jede Seite etwas geben, und unsere hat diese Zugeständnisse gemacht – ich gebe dir das, dann gibst du mir jenes.«

Aus Padayachees Sicht kam es zu all dem nicht, weil die ANC-Führer einen großen Verrat begangen hätten; sie waren einfach bei einer Reihe von Punkten, die zu dem Zeitpunkt weniger wichtig erschienen, ausgetrickst worden – aber auf lange Sicht wurde die Befreiung Südafrikas dadurch in der Schwebe gehalten.

Hinter den Türen des Verhandlungssaals hatte sich der ANC in einem neuartigen Netz von undurchschaubaren Regeln und Regulierungen verfangen, die alle dazu gedacht waren, die Macht einer gewählten Führung zu beschränken und zu beschneiden. Als das Netz sich über das Land legte, bekamen nur wenige Menschen mit, dass es überhaupt da war, aber als dann die neue Regierung an die Macht kam und sich frei zu bewegen versuchte, um ihren Wählern die greifbaren Ergebnisse der Befreiung zu liefern, die sie erwarteten und für die sie, wie sie dachten, ihre Stimmzettel abgegeben hatten, spannten sich die Fäden des Netzes, und die Regierung musste feststellen, dass ihre Macht, politische Entscheidungen zu treffen, äußerst eingeschränkt war. Patrick Bond arbeitete in den ersten Jahren der ANC-Regierung als Wirtschaftsberater im Büro von Mandela; er erinnert sich, dass der interne Standardwitz lautete: »He, den Staat haben wir, wo ist die Macht?« Als die neue Regierung versuchte, die Träume der Freiheits-Charta wahr zu machen, stellte sie fest, dass jemand anders die Macht hatte.

Sie wollen Land umverteilen? Tut uns leid – in letzter Minute haben die Verhandlungsführer eingewilligt, in die neue Verfassung einen Passus aufzunehmen, der allen Privatbesitz schützt, sodass eine Landreform nahezu unmöglich war. Sie wollen Jobs für Millionen Arbeitsloser schaffen? Geht nicht – Hunderte von Fabriken standen kurz vor der Schließung, weil der ANC das GATT unterzeichnet hatte, den Vorläufer der Welthandelsorganisation, nach dem es verboten war, Auto- und Textilfabriken zu subventionieren. Sie wollen kostenlose AIDS-Medikamente in den Townships, wo sich die Krankheit mit entsetzlichem Tempo ausbreitet? Das verstößt gegen die Verein-

barung über geistige Eigentumsrechte der Welthandelsorganisation, der der ANC in Weiterführung des GATT ohne öffentliche Diskussion beigetreten war. Sie brauchen Geld, um mehr und größere Häuser für die Armen zu bauen und kostenlosen Strom in die Townships zu liefern? Unmöglich – der Etat wird von der Rückzahlung der massiven Schulden aufgefressen, die die Apartheid-Regierung in aller Stille weitervererbt hat. Mehr Geld drucken? Schlagen Sie das mal dem Chef der Zentralbank vor, der aus der Apartheid-Ära stammt. Kostenloses Wasser für alle? Kriegen Sie wahrscheinlich nicht durch. Die Weltbank, die im Land das größte Kontingent von Ökonomen, Forschern und Ausbildern unterhält (eine selbsternannte »Wissensbank«) schreibt Partnerschaften mit der Privatwirtschaft als Regelfall des Dienstleistungssektors vor. Sie wollen Währungskontrollen, um sich vor wüsten Spekulationen zu schützen? Das würde gegen die 850-Millionen-Dollar-Vereinbarung mit dem IWF verstoßen, die praktischerweise unmittelbar vor den Wahlen unterzeichnet worden war. Die Mindestlöhne anheben, um die Apartheid-Kluft bei den Einkommen zu schließen? Nichts da. In der IWF-Vereinbarung ist »Lohnzurückhaltung« zugesagt.[12] Und denken Sie nicht im Traum daran, diese eingegangenen Verpflichtungen zu ignorieren – jeder Verstoß würde als Beweis für mangelnde Vertrauenswürdigkeit des Landes betrachtet, für den mangelnden Willen zur »Reform«, als Fehlen eines »auf Regeln gegründeten Systems«. Und das führt dann zum Zusammenbruch der Währung, zu Kürzungen der Hilfsgelder und zur Kapitalflucht. Unterm Strich: Südafrika war frei, aber gleichzeitig gefangen; jedes dieser undurchschaubaren Abkommen war ein weiterer Faden in dem Netz, das der neuen Regierung die Hände band.

Der langjährige Anti-Apartheidskämpfer Rassool Snyman beschrieb die Falle mir gegenüber mit drastischen Worten: »Sie haben uns niemals befreit. Sie haben uns nur die Kette vom Hals genommen und sie an unseren Füßen festgemacht.« Yasmin Sooka, eine bekannte südafrikanische Menschenrechtlerin, sagte zu mir, der Übergang sei »ein Geschäft, bei dem es hieß, ›wir behalten alles, und ihr [der ANC] werdet pro forma regieren … Ihr könnt politische Macht haben, ihr könnt die Fassade der Regierung haben, aber das wirkliche Regieren wird woanders stattfinden‹.[13] * Dieser Prozess der Infantilisierung ist bei Ländern im sogenannten Übergang weit verbreitet – neue Regierungen bekommen zwar die Hausschlüssel, aber nicht die Kombination für den Safe.

Unter anderem wollte ich auch verstehen, wieso nach dem endlosen Kampf für die Freiheit dies alles durchgehen konnte.

---

* Passenderweise waren es die Chicago Boys in Chile, die als Erste den Kapitalismus »demokratiesicher« machten, beziehungsweise das aufbauten, was sie »neue Demokratie« nannten. Ehe sie nach 17 Jahren Junta-Herrschaft in Chile die Macht einer gewählten Regierung übergaben, manipulierten die Chicago Boys die Verfassung und das Rechtswesen so, dass es legal so gut wie unmöglich war, ihre revolutionären Gesetze rückgängig zu machen. Sie hatten für diesen Prozess eine ganze Reihe von Begriffen: Aufbau einer »technifizierten Demokratie« oder einer »geschützten Demokratie« sowie, mit den Worten von Pinochets jungem Minister José Piñera, die »Isolierung von der Politik« sicherstellen. Alvaro Bardón, Pinochets Wirtschaftsstaatssekretär, erläuterte die klassische Logik der Chicagoer Schule: »Wenn wir die Ökonomie als Wissenschaft anerkennen, impliziert dies unmittelbar weniger Macht für die Regierung oder die politische Struktur, da beide die Verantwortung für solche Entscheidungen verlieren.«

Nicht nur, wieso die Führer der Befreiungsbewegung die Wirtschaftsfront aufgaben, sondern auch, wieso die ANC-Basis – Menschen, die bereits so viel geopfert hatten – es zuließ, dass ihre Führer diese aufgaben. Warum *forderte* die breite Masse der Bewegung nicht, dass der ANC die Versprechen der Freiheits-Charta hielt und sich gegen die gemachten Konzessionen auflehnte?

Diese Frage stellte ich William Gumede, ANC-Aktivist der dritten Generation, während der Übergangszeit Führer der Studentenbewegung und daher in jenen wilden Umbruchjahren auf der Straße. »Alle schauten auf die politischen Verhandlungen«, erzählte er und bezog sich dabei auf die Gipfelgespräche zwischen de Klerk und Mandela. »Und wenn die Leute das Gefühl hatten, dass es nicht gut lief, gab es Massenproteste. Aber wenn von den Wirtschaftsverhandlungen berichtet wurde, glaubten die Menschen, das sei nur etwas Technisches, und waren nicht weiter daran interessiert.« Diese Sichtweise, sagte er, wurde von Mbeki gefördert, der diese Gespräche als »administrativ« und von keinem öffentlichen Interesse bezeichnete (ganz ähnlich wie die Chilenen mit ihrer »technifizierten Demokratie«). Die Folge davon war, wie Gumede wütend hinzufügte: »Wir haben es verpasst! Das wirklich Wichtige haben wir verpasst.«

Gumede, der heute zu den angesehensten investigativen Journalisten Südafrikas zählt, sagt, er hätte schließlich begriffen, dass über die wirkliche Zukunft seines Landes bei jenen »technischen« Gesprächen entschieden wurde – auch wenn das damals nur wenige begriffen. Wie viele andere, mit denen ich sprach, erinnerte mich Gumede daran, dass Südafrika während der Übergangszeit am Rand eines Bürgerkriegs stand –

Townships wurden von Banden terrorisiert, die von der Nationalpartei bewaffnet worden waren, es kam noch immer zu Polizeimassakern, führende Politiker wurden noch immer ermordet, und ständig sprach man davon, das Land könnte in einem Blutbad versinken. »Ich konzentrierte mich auf die Politik – Massenaktionen, den Marsch nach Bisho [Schauplatz des definitiven Kräftemessens zwischen Demonstranten und Polizei], Rufe wie ›Die Kerle müssen weg!‹«, erinnerte sich Gumede. »Aber das war nicht der wirkliche Kampf – der wurde über die Wirtschaft geführt. Und ich bin *wirklich* von mir selbst enttäuscht, dass ich so naiv war. Ich dachte, ich hätte genügend politische Erfahrung, um diese Dinge zu durchschauen. Wie konnte mir das entgehen?«

Seit damals hat Gumede verlorene Zeit wiedergutgemacht. Als wir uns trafen, ging gerade ein Aufschrei durchs Land, den er mit seinem neuen Buch *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC* ausgelöst hatte. Es ist eine erschöpfende Darstellung, wie der ANC sich genau bei den Treffen, denen Gumede damals nicht genug Beachtung schenkte, weil er zu beschäftigt war, die wirtschaftliche Souveränität des Landes abhandeln ließ. »Ich habe das Buch aus Wut geschrieben«, sagte er mir. »Wut auf mich selbst und auf die Partei.«

Doch es ist kaum vorstellbar, dass es zu einem anderen Ergebnis hätte kommen können. Wenn Padayachee recht hat und schon die ANC-Verhandlungsführer nicht begriffen, welche enormen Werte sie aus der Hand gaben, welche Chance hätten dann die Straßenkämpfer der Bewegung gehabt?

Während dieser entscheidenden Jahre der Verhandlungen befand sich das Land in einer beständigen Krise, waren die Südafrikaner hin und her gerissen zwischen dem über-

schwänglichen Jubel, Mandela in Freiheit zu sehen, und der Wut darüber, dass Chris Hani, ein junger Militanter, den viele gern als Mandelas Nachfolger gesehen hätten, von einem rassistischen Attentäter erschossen worden war. Außer einer Handvoll Ökonomen wollte niemand über die Unabhängigkeit der Zentralbank reden – ein Thema, das schon unter normalen Umständen ein sehr wirkungsvolles Schlafmittel ist. Wie Gumede betont, gingen die meisten Menschen einfach davon aus, dass man die Kompromisse, die geschlossen werden mussten, um an die Macht zu kommen, wieder rückgängig machen könne, sobald der ANC fest im Sattel saß. »Wir werden die Regierung stellen – also können wir das später reparieren«, sagte er.

Die ANC-Aktivisten begriffen damals nicht, dass bei diesen Verhandlungen das Wesen der Demokratie selbst verwandelt wurde, so verändert wurde, dass es – sobald sich das Netz der Einschränkungen über ihr Land gelegt hatte – in Wahrheit kein *später* mehr gab.

In den ersten beiden Jahren seiner Regierungszeit versuchte der ANC noch, mit seinen begrenzten Mitteln das Versprechen der Umverteilung einzulösen und tätigte eine ganze Serie von öffentlichen Investitionen: Für die Armen wurden über hunderttausend Häuser errichtet, und Millionen wurden an Wasser, Strom und Telefon angeschlossen.[14] Doch unter der Schuldenlast und dem internationalen Druck, solche Dienstleistungen zu privatisieren – also die alte Geschichte – begann die Regierung alsbald, die Preise zu erhöhen.

Nach einem Jahrzehnt ANC-Regierung waren Millionen Menschen die neuen Wasser- und Stromanschlüsse wieder ab-

gestellt worden, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen konnten.* Mindestens 40 Prozent der neuen Telefonanschlüsse waren bis zum Jahr 2003 wieder tot.[15] Was die »Minen, Banken und Monopolindustrien« angeht, die Mandela verstaatlichen wollte, so blieben sie fest in den Händen derselben vier Megakonglomerate im Besitz von Weißen, die auch 80 Prozent der Johannesburger Börse beherrschen.[16] 2005 waren nur vier Prozent der börsennotierten Unternehmen im Besitz von Schwarzen oder wurden von ihnen geleitet.[17] 70 Prozent des südafrikanischen Landes waren im Jahr 2006 noch immer Monopolbesitz von Weißen, die nur zehn Prozent der Bevölkerung stellen.[18] Am traurigsten ist, dass die ANC-Regierung viel mehr Zeit damit verbracht hat, die Schwere der AIDS-Krise zu leugnen, als damit, den rund fünf Millionen HIV-Infizierten lebensrettende Medikamente zu verschaffen; allerdings gab es Anfang 2007 hier einige positive Anzeichen für einen Fortschritt.[19] Die deprimierendste Statistik ist vielleicht diese: Seit 1990, als Mandela aus dem Gefängnis kam, ist die durchschnittliche Lebenserwartung der Südafrikaner um 13 Jahre zurückgegangen.[20]

All diesen Fakten und Zahlen liegt eine schicksalhafte Entscheidung zugrunde, die die ANC-Führung traf, nachdem sie erkannt hatte, dass sie an der Wirtschaftsfront ausgetrickst

---

* Die Frage, ob mehr Menschen von den neuen Netzen getrennt als an sie angeschlossen wurden, ist in Südafrika höchst umstritten. Zumindest eine glaubwürdige Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass es mehr Abtrennungen als Anschließungen waren; die Regierung sagt, sie hätte neun Millionen Menschen an die Wasserversorgung angeschlossen, die Untersuchung berechnete die Zahl derer, denen das Wasser abgedreht wurde, auf zehn Millionen.

worden war. An diesem Punkt hätte die Partei versuchen können, eine zweite Befreiungsbewegung zu starten, um sich von dem einschnürenden Netz zu befreien, das während der Übergangszeit gesponnen worden war. Oder sie konnte ihre eingeschränkte Macht einfach akzeptieren und die neue Wirtschaftsordnung annehmen. Die ANC-Führung wählte die zweite Option. Statt die Umverteilung des im Land vorhandenen Reichtums in den Mittelpunkt der Politik zu stellen – wie es das Kernstück der Freiheits-Charta verlangte, mit der Wahlkampf gemacht worden war –, fügte sich die vom ANC gebildete Regierung dann in die vorgegebene Logik, dass die einzige Hoffnung darin bestehe, neue ausländische Investoren anzulocken, die für neuen Reichtum sorgen würden, dessen Segnungen nach unten zu den Armen durchsickern würden. Damit dies aber funktionieren konnte, musste die ANC-Regierung ihr Verhalten radikal ändern, um für jene Investoren attraktiv zu sein.

Das war keine einfache Aufgabe, wie Mandela bereits erfahren hatte, als er die Gefängnistore hinter sich gelassen hatte. Sobald er frei war, stürzte der südafrikanische Aktienmarkt in Panik ab, und der Rand, Südafrikas Währung, verlor zehn Prozent.[21] Ein paar Wochen später verlagerte das Diamantenunternehmen De Beers seine Zentrale von Südafrika in die Schweiz.[22] Eine solche umgehende Strafaktion durch den Markt wäre drei Jahrzehnte zuvor, als Mandela erstmals verhaftet wurde, noch undenkbar gewesen. In den sechziger Jahren war noch keine Rede davon, dass Multis aus einer Laune heraus ihre Nationalität wechselten, und zudem war damals das Währungssystem der Welt noch fest an den Goldstandard gebunden. Jetzt war der Kurs der südafrikanischen Währung

freigegeben, Handelsbarrieren waren beseitigt und der Großteil des Handels bestand in kurzfristigen Spekulationen.

Dem launischen Markt missfiel nicht nur die Vorstellung, dass Mandela frei war, sondern es genügten auch ein paar falsche Worte von ihm oder einem anderen ANC-Führer, um eine donnernde Stampede derer auszulösen, die der Kolumnist Thomas Friedman von der *New York Times* passenderweise »die elektronische Herde« genannt hat.[23] Die Stampede nach Mandelas Freilassung war nur der Auftakt dessen, was zu einem Wechselgesang zwischen der ANC-Führung und den Finanzmärkten werden sollte – ein Schockdialog, der der Partei die neuen Spielregeln beibrachte. Jedes Mal wenn ein hoher Parteifunktionär etwas sagte, das darauf hindeutete, die ominöse Freiheits-Charta könnte vielleicht doch noch politisch umgesetzt werden, reagierte der Markt mit einem Schock, und der Rand stürzte im freien Fall ab. Die Regeln waren einfach und primitiv, das elektronische Äquivalent einsilbigen Grunzens: Gerechtigkeit – teuer, verkaufen; Status quo – gut, kaufen. Als Mandela sich kurz nach seiner Freilassung bei einem privaten Mittagessen mit führenden Geschäftsleuten wieder einmal für die Verstaatlichung aussprach, »sackte der Goldkurs um fünf Prozent ab«.[24]

Selbst Dinge, die mit dem Finanzsektor gar nichts zu tun hatten, aber einen latenten Radikalismus andeuteten, sorgten für Marktkapriolen. Als Trevor Manuel, einer der ANC-Minister, Rugby in Südafrika als »weißen Minderheitensport« bezeichnete, da die Mannschaft ausschließlich aus Weißen bestand, bekam der Rand den nächsten Schlag verpasst.[25]

Von allen Einschränkungen, denen die neue Regierung unterworfen war, war der Markt die schlimmste – und das ist

auf gewisse Weise das Geniale am ungehinderten Kapitalismus: Er wird aus sich selbst heraus immer stärker. Wenn Länder sich erst einmal den launischen Stimmungsschwankungen des globalen Marktes geöffnet haben, wird jede Abweichung von der reinen Lehre der Chicagoer Schule auf der Stelle von den Händlern in New York und London bestraft, die gegen die Währung des betreffenden Landes setzen und damit eine größere Krise auslösen, wegen der weitere Kredite aufgenommen werden müssen, die an noch mehr Bedingungen geknüpft sind. Mandela erkannte diese Falle und sagte vor der Nationalversammlung des ANC 1997: »Die schiere Mobilität des Kapitals und die Globalisierung der Kapital- und anderer Märkte machen es Ländern unmöglich, beispielsweise ihre interne Wirtschaftspolitik zu bestimmen, ohne auf die mögliche Reaktion dieser Märkte Rücksicht zu nehmen.«[26]

Innerhalb des ANC wusste wahrscheinlich Thabo Mbeki am besten, wie man die Schocks beendet. Mbeki war während Mandelas Präsidentschaft dessen rechte Hand und wurde danach zu seinem Nachfolger. Er hatte viele Jahre im Exil in England verbracht, an der University of Sussex studiert und war dann nach London gezogen. Während in den achtziger Jahren die Townships seiner Heimat in Tränengas versanken, schnupperte er die Luft des Thatcherismus. Von allen ANC-Führern konnte Mbeki am besten mit Wirtschaftsbossen umgehen, und vor Mandelas Freilassung organisierte er mehrere geheime Treffen mit Unternehmensmanagern, die vor einer schwarzen Mehrheitsregierung Angst hatten. Nachdem er 1985 in der Lodge eines sambesischen Wildreservats eine Nacht lang Scotch mit Mbeki und einer Gruppe südafrikanischer Geschäftsleute getrunken hatte, schrieb Hugh Murray, Her-

ausgeber eines angesehenen Wirtschaftsmagazins: »Der ANC-Primus hat die bemerkenswerte Fähigkeit, selbst noch unter heikelsten Umständen Vertrauen zu erwecken.«[27]

Wenn der ANC den Markt beruhigen wollte, so Mbekis Überzeugung, dann musste er diese Art von kumpelhafter Vertrauensseligkeit auf viel breiterer Front herstellen. Gumede zufolge übernahm Mbeki innerhalb der Partei die Rolle des Tutors für den freien Markt. Die Bestie des Marktes war von der Leine losgelassen, erklärte Mbeki, zähmen ließ sie sich nicht, man konnte sie nur mit dem füttern, was sie verlangte: Wachstum und noch mehr Wachstum.

Statt also die Verstaatlichungen der Minen zu verlangen, begannen Mandela und Mbeki sich regelmäßig mit Harry Oppenheimer zu treffen, dem ehemaligen Vorsitzenden der beiden Bergbaugiganten Anglo American und De Beers, den wirtschaftlichen Symbolen der Apartheid. Sie unterbreiteten sogar kurz nach der Wahl 1994 das Wirtschaftsprogramm des ANC Oppenheimer zum Absegnen und nahmen ein paar wichtige Änderungen vor, um nicht nur seine Bedenken, sondern auch die anderer Spitzenindustrieller zu zerstreuen.[28] In der Hoffnung, einen weiteren Marktschock vermeiden zu können, distanzierte sich Mandela in seinem ersten Interview als Präsident nach der Wahl vorsichtig von früheren Aussagen zugunsten der Verstaatlichung. »In unserer Wirtschaftspolitik … gibt es keinen einzigen Bezug zu so etwas wie Verstaatlichung, und das ist kein Zufall«, sagte er. »Es gibt keine einzige Aussage, die uns mit irgendeiner marxistischen Ideologie verbindet.«[29] * Die Wirtschaftspresse unterstützte sol-

* In Wirklichkeit forderte das offizielle Wahlkampfprogramm des

chen Sinneswandel konstant: »Der ANC hat zwar noch einen mächtigen linken Flügel«, schrieb *The Wall Street Journal*, »aber Mr. Mandela klang in den letzten Tagen eher wie Margaret Thatcher als wie der sozialistische Revolutionär, für den man ihn einst hielt.«[30]

Die Erinnerung an die radikale Vergangenheit klebte noch immer am ANC, und obwohl die neue Regierung alles versuchte, harmlos zu wirken, verabreichte der Markt weiterhin seine schmerzhaften Schocks: 1996 fiel der Rand in einem einzigen Monat um 20 Prozent, und das Land blutete immer mehr aus, da die verängstigten Reichen Südafrikas ihr Kapital ins Ausland brachten.[31]

Mbeki überzeugte Mandela, dass sie definitiv mit der Vergangenheit brechen mussten. Der ANC brauchte einen komplett neuen Wirtschaftsplan – einen mutigen, einen schockierenden, einen, der mit dicken, drastischen Strichen, die der Markt verstand, klarstellen würde, dass der ANC bereit war, den Washingtoner Konsens zu akzeptieren.

Wie in Bolivien, wo das Schocktherapieprogramm mit all der Heimlichkeit einer verdeckten Militäroperation ausgearbeitet worden war, wusste in Südafrika nur eine Handvoll von Mbekis engsten Mitarbeitern überhaupt, dass ein neues Wirtschaftsprogramm in Arbeit war – eines, das sich stark von all den Versprechen unterschied, die während des Wahlkampfes 1994 gemacht worden waren. Gumede berichtet, alle Mit-

---

ANC in Sachen Wirtschaft »eine Stärkung des öffentlichen Sektors in strategischen Bereichen, beispielsweise durch Verstaatlichung«. Und die Freiheits-Charta, die nach wie vor das Manifest der Partei war, gab es auch noch.

arbeiter des Teams »wurden zur Geheimhaltung verpflichtet, und der gesamte Vorgang wurde absolut vertraulich behandelt, damit der linke Flügel keinen Wind von Mbekis Plan bekam«.[32] Der Ökonom Stephen Gelb, der am Entwurf des neuen Programms beteiligt war, räumte ein: »Dies war eine exzessive ›Reform von oben‹, bei der die Argumente für eine Abschirmung und Autonomie der politischen Entscheidungsträger in Bezug auf öffentlichen Druck auf die Spitze getrieben wurden.«[33] (Die besondere Ironie bei dieser Abschirmung und Geheimhaltung war, dass der ANC unter der Tyrannei der Apartheid die Freiheits-Charta in einem bemerkenswert offenen und partizipatorischen Prozess entwickelt hatte, die Partei aber jetzt unter der neuen demokratischen Ordnung ihre wirtschaftlichen Pläne lieber vor den eigenen Mitgliedern geheim hielt.)

Im Juni 1996 legte Mbeki die Ergebnisse vor: Es war ein neoliberales Schocktherapieprogramm für Südafrika, das mehr Privatisierung verlangte, Einschnitte bei den Regierungsausgaben, »Flexibilisierung« der Arbeit, freieren Handel und noch weniger Kontrolle des Kapitalverkehrs. Gelb zufolge bestand das übergeordnete Ziel darin, »potenziellen Investoren zu signalisieren, dass die Regierung (und speziell der ANC) sich der vorherrschenden orthodoxen Lehre verpflichtet fühlen«.[34] Um sicherzustellen, dass die Botschaft auch laut und deutlich bei den Börsenhändlern in New York und London ankam, witzelte Mbeki bei der öffentlichen Vorstellung des Plans: »Nennt mich einfach einen Thatcheristen.«[35]

Schocktherapie ist immer ein Marktereignis – das ist Teil der zugrunde liegenden Theorie. Die Börsen lieben die überhitzten, sehr künstlichen Momente, die die Aktienkurse in die

Höhe schießen lassen. In der Regel werden sie ausgelöst durch einen neuen Börsengang, die Ankündigung einer großen Fusion oder die Einstellung eines berühmten Spitzenmanagers. Wenn Wirtschaftswissenschaftler Ländern raten, ein umfassendes Schocktherapiepaket anzukündigen, gründet sich dies auch auf die Überlegung, diese Art von hochdramatischem Marktereignis nachzuahmen und einen Ansturm auszulösen – nur dass hier keine bestimmten Aktien verkauft werden, sondern ein Land. Sie hoffen auf Reaktionen wie »Kauft argentinische Aktien!«, »Kauft bolivianische Bonds!« Ein langsameres, gemäßigteres Vorgehen wäre vielleicht weniger brutal, würde den Markt aber dieser Hype-Blasen berauben, in denen wirklich Geld verdient wird. Eine Schocktherapie ist immer ein riskantes Spiel, und in Südafrika funktionierte sie nicht: Mbekis große Geste konnte keine langfristigen Investitionen anlocken, sie führte nur zu Spekulationen, die letzten Endes die Währung noch weiter entwerteten.

Der Schock an der Basis

»Frisch Bekehrte sind in solchen Dingen immer übereifrig. Sie wollen einfach noch besser sein«, erklärte der in Durban lebende Autor Ashwin Desai, mit dem ich mich traf, um mit ihm über seine Erinnerungen an die Zeit des Übergangs zu sprechen. Während des Freiheitskampfes saß Desai eine Zeit lang im Gefängnis und er sieht Parallelen zwischen dem psychischen Verhalten von Gefangenen und dem des ANC an der Regierung. Im Gefängnis, sagte er, »bekam man einen höheren Status, wenn man sich bei den Wärtern einschmeichelte.

Und offensichtlich übertrug sich diese Logik auf einige der Sachen, die die südafrikanische Gesellschaft machte. Irgendwie wollten die Menschen beweisen, dass sie die viel besseren Gefangenen waren. Viel diszipliniertere Gefangene als andere Länder sogar.«

Die ANC-Basis erwies sich jedoch als erheblich aufsässiger – was das Bedürfnis nach noch mehr Disziplin aufkommen ließ. Yasmin Sooka, eine der Geschworenen der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, sagte, die Mentalität der Disziplin hätte sich bei jedem Aspekt des Übergangs ausgewirkt – auch bei der Suche nach Gerechtigkeit. Nachdem sich die Wahrheitskommission jahrelang Zeugenaussagen zu Folter, Morden und verschwundenen Personen angehört hatte, wandte sie sich der Frage zu, mit welcher Geste man einen Heilungsprozess in Gang setzen könne. Wahrheit und Vergebung waren wichtig, genauso aber Schadenersatz für die Opfer und ihre Familien. Es hätte wenig Sinn gehabt, die neue Regierung dafür zahlen zu lassen, denn dies waren nicht ihre Verbrechen, und alle für Reparationen von Apartheidverbrechen ausgegebenen Gelder würden beim Bau von Häusern und Schulen für die Armen der gerade befreiten Nation fehlen.

Einige Kommissionsmitglieder meinten, multinationale Unternehmen, die von der Apartheid profitiert hätten, sollten gezwungen werden, Schadenersatz zu zahlen. Schließlich machte die Wahrheits- und Versöhnungskommission den bescheidenen Vorschlag, einmalig eine einprozentige Unternehmenssteuer zu erheben, um Geld für die Opfer zusammenzubringen, eine sogenannte »Solidaritätssteuer«. Sooka erwartete, der ANC würde diesen gemäßigten Vorschlag unterstützen; statt-

dessen wies die damals bereits von Mbeki geleitete Regierung jedes Ansinnen einer Solidaritätssteuer oder einer Schadenersatzzahlung durch Unternehmen zurück, weil sie Angst hatte, dies könnte als geschäftsfeindliche Botschaft an den Markt verstanden werden. »Der Präsident entschied, die Geschäftswelt nicht zur Verantwortung zu ziehen«, sagte mir Sooka. »So einfach war das.« Letztlich bewilligte die Regierung einen Bruchteil dessen, was verlangt worden war – und nahm das Geld aus ihrem eigenen Budget, wie die Kommission befürchtet hatte.

Die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission wird häufig als erfolgreiches Modell für »friedenstiftende Maßnahmen« betrachtet, das man in andere Konfliktherde von Sri Lanka bis Afghanistan exportieren könnte. Aber viele der unmittelbar am Aussöhnungsprozess Beteiligten sind sich da nicht so sicher. Als der Kommissionsvorsitzende Erzbischof Desmond Tutu im März 2003 den Abschlussbericht vorlegte, konfrontierte er die Journalisten damit, dass die Befreiung noch nicht abgeschlossen ist. »Können Sie erklären, warum heute eine schwarze Person in einem schmutzigen Ghetto aufwacht, fast zehn Jahre nach der Befreiung? Dann geht sie zur Arbeit in die Stadt, die größtenteils noch immer von Weißen bevölkert ist, die in palastartigen Häusern wohnen. Und am Ende des Tages geht sie wieder zurück in den Dreck? Ich weiß nicht, warum diese Menschen nicht einfach sagen: ›Zum Teufel mit dem Frieden. Zum Teufel mit Tutu und der Wahrheitskommission!‹.«[36]

Sooka, heute Vorsitzende der südafrikanischen Foundation for Human Rights, sagt, die Anhörungen hätten sich zwar mit den »äußeren Manifestationen der Apartheid wie etwa Folter, schlechter Gesundheitsversorgung und dem Verschwin-

den von Menschen« befasst, das Wirtschaftssystem, dem diese Missstände nützten, sei aber »ganz und gar nicht angetastet« worden – ein Echo jener Besorgnis hinsichtlich der Scheuklappen der »Menschenrechte«, die Orlando drei Jahrzehnte zuvor geäußert hatte. Wenn sie das Ganze noch einmal machen müsse, sagte Sooka, »würde [ich] es völlig anders machen. Ich würde mir das *System* der Apartheid ansehen – ich würde mich um die Landfrage kümmern, ich würde mich bestimmt um die Rolle der multinationalen Unternehmen kümmern, und sehr, sehr gründlich um die der Bergbauindustrie, weil ich denke, dass das die eigentliche Krankheit Südafrikas ist … ich würde mir die systematischen Auswirkungen der Apartheidpolitik ansehen, und ich würde nur *eine* Anhörung zur Folter abhalten, weil ich denke, wenn man sich auf die Folter konzentriert und nicht nachsieht, wem sie nützte, dann fängt man an, die wirkliche Geschichte zu revidieren.«

Umgekehrter Schadenersatz

Dass der ANC den Vorschlag der Kommission ablehnte, Unternehmen Schadenersatz zahlen zu lassen, ist besonders ungerecht, unterstrich Sooka, weil die Regierung immer noch die Schulden der Apartheid abbezahlt. In den ersten Jahren nach dem Machtwechsel kostete der Schuldendienst die neue Regierung 30 Milliarden Rand jährlich (rund 4,5 Milliarden Dollar) – eine stolze Summe im Vergleich zu den erbärmlichen 85 Millionen Dollar, die die Regierung letztlich an Schadenersatz für über 19 000 Tote und Folteropfer der Apartheid ausbezahlte. Nelson Mandela führte die Schuldenlast als Haupthindernis

an, die Versprechen der Freiheits-Charta zu halten. »Diese 30 Milliarden [Rand] fehlten uns, um Häuser zu bauen, wie vor der Machtübernahme geplant, um sicherzustellen, dass unsere Kinder auf die besten Schulen gehen, die Arbeitslosigkeit bekämpft und jedem die Würde zuteil wird, einen Job zu haben, ein anständiges Einkommen, seinen Angehörigen ein Heim bieten und sie ernähren zu können … die geerbten Schulden setzen uns Grenzen.«[37] Trotz Mandelas Eingeständnis, dass die Schuldenlast aus der Zeit der Apartheid das Land lähmt, erteilte die Partei allen Vorschlägen, die Zahlungen auszusetzen, eine Absage. Auch wenn es überzeugende rechtliche Argumente dafür gibt, dass diese Schulden »anrüchig« sind, fürchtet man, jeder Versuch, sie nicht zu bezahlen, könnte Südafrika in den Augen der Investoren gefährlich radikal erscheinen lassen und damit zu einem neuen Schock am Markt führen. Dennis Brutus, ein langjähriges ANC-Mitglied und früherer Gefangener auf Robben Island, rannte genau gegen diese Mauer der Angst. Als er erkannte, dass die finanziellen Belastungen die neue Regierung in die Knie zwangen, kamen Brutus und einige südafrikanische Aktivisten 1998 zu dem Schluss, am besten könnte man den andauernden Kampf unterstützen, indem man eine »Schulden-Ablassjahr«-Bewegung ins Leben rief. »Ich muss zugeben, ich war so naiv«, sagte mir Brutus, der jetzt über siebzig ist. »Ich erwartete, dass die Regierung uns dankbar dafür sein würde, dass die Basis sich des Schuldenthemas annahm, wissen Sie, dass sie der Regierung den Rücken stärken würde, wenn sie sich der Schulden annähme.« Zu seinem Erstaunen wies »die Regierung … uns ab und sagte: ›Nein, wir akzeptieren eure Hilfe nicht.‹«

Die Entscheidung des ANC, weiterhin die Schulden zu be-

dienen, macht Aktivisten wie Brutus so wütend, weil sie mit jeder Rate ein spürbares Opfer verlangt. Zwischen 1997 und 2004 verkaufte die südafrikanische Regierung beispielsweise 18 Unternehmen aus dem Staatsbesitz, was vier Milliarden Dollar einbrachte, aber fast die Hälfte des Geldes ging in den Schuldendienst.[38] Anders ausgedrückt: Der ANC brach nicht nur Mandelas ursprüngliches Versprechen – »die Verstaatlichung der Minen, Banken und Monopolindustrien« –, sondern tat wegen der Schulden auch das genaue Gegenteil: Er verkaufte staatliche Aktivposten, um die Schulden seiner Unterdrücker abzuzahlen.

Und dann stellt sich auch noch die Frage, wo genau das Geld hingeht. Bei den Übergangsverhandlungen forderte F. W. de Klerks Team, dass allen Beamten auch nach der Machtübergabe ihre Jobs garantiert sein müssten; wer gehen wolle, argumentierte man, müsse eine stattliche, lebenslange Pension bekommen. In einem Land ohne nennenswertes soziales Sicherheitsnetz war das eine ungeheure Forderung, aber sie zählte zu den diversen »technischen« Angelegenheiten, bei denen der ANC nachgab.[39] Das Zugeständnis bedeutete, dass die neue ANC-Regierung die Kosten für zwei Bürokratien zu schultern hatte – die eigene und eine weiße Schattenregierung, die gar nicht mehr an der Macht war. 40 Prozent der jährlichen Schuldenzahlungen fließen in den massiven Pensionsfonds des Landes. Die große Mehrheit der Nutznießer sind ehemalige Apartheidsbeamte.[40] *

* Faktisch treibt diese Belastung aus der Zeit der Apartheid die Schulden des Landes noch weiter in die Höhe und entzieht jährlich Milliarden Rand an öffentlichen Geldern dem Zugriff. Eine »tech-

Was für Südafrika letztlich dabei herausgekommen ist, ist ein verquerer Fall von umgekehrtem Schadenersatz: Die weißen Geschäftsleute, die während der Apartheid mit der schwarzen Arbeitskraft enorme Profite gemacht hatten, zahlten keinen Cent Wiedergutmachung, aber die Opfer der Apartheid schicken weiterhin dicke Schecks an ihre früheren Unterdrücker. Woher treiben sie das Geld für diese Großzügigkeit auf? Indem sie mittels Privatisierung den Staat seiner Aktivposten berauben – eine moderne Form eben der Ausbeutung, die der ANC unbedingt vermeiden wollte, als er in die Verhandlungen ging, um eine Wiederholung des Falls Mosambik zu verhindern. Doch im Gegensatz zu Mosambik, wo die Beamten Maschinen zerstörten, sich die Taschen vollstopften und dann das Weite suchten, halten in Südafrika das Ausbluten des Staates und die Plünderung seiner Schatullen bis auf den heutigen Tag an.

---

nische« Änderung führte 1989 dazu, dass der staatliche Pensionsfonds vom Umlageverfahren, bei dem die Auszahlungen eines jeden Jahres durch die Einnahmen desselben gedeckt sein müssen, auf Vollfinanzierung umgestellt wurde, bei der jederzeit genügend Kapital vorhanden sein muss, um 70 bis 80 Prozent der Gesamtverpflichtung auszuzahlen – ein Szenario, zu dem es niemals kommen wird. Demzufolge blähte sich der Fonds von 30 Milliarden Rand im Jahr 1989 auf über 300 Milliarden in 2004 auf – was zweifellos einem Schuldenschock entspricht. Für die Südafrikaner bedeutet dies, dass die von dem unabhängigen Pensionsfonds verwaltete riesige Kapitalmenge dem staatlichen Zugriff entzogen ist und nicht für Häuserbau, Gesundheitswesen oder Grunddienstleistungen ausgegeben werden kann. Die Pensionsvereinbarung wurde seitens des ANC von Joe Slovo ausgehandelt, dem legendären Führer der südafrikanischen Kommunisten, was die Menschen im Land bis auf den heutigen Tag wütend macht.

Als ich in Südafrika ankam, rückte der fünfzigste Jahrestag der Freiheits-Charta näher und der ANC hatte beschlossen, das Ereignis mit einem Medienspektakel zu feiern. Geplant war, dass das Parlament für diesen Tag von seinem üblichen Sitz Kapstadt in das wesentlich bescheidenere Kliptown umziehen solle, wo die Charta einst verabschiedet worden war. Präsident Thabo Mbeki sollte die Hauptkreuzung von Kliptown auf den Namen Walter Sisulu Square of Dedication umtaufen, nach einem der am meisten verehrten Führer des ANC. Mbeki sollte auch das neue Freedom Charter Monument einweihen, einen Backsteinturm, in dem der Text der Charta auf Steintafeln eingraviert war, und eine ewige »Flamme der Freiheit« entzünden. Danach sollte es an einem weiteren Denkmal weitergehen, den Freedom Towers, einem Pavillon aus schwarzen und weißen Betonsäulen, die den berühmten Satz der Charta symbolisieren sollten, dass »Südafrika allen gehört, die dort leben, Schwarzen wie Weißen«.[41]

Was der ereignisreiche Tag alles in allem sagen sollte, war eindeutig: Vor 50 Jahren hatte die Partei versprochen, Südafrika die Freiheit zu bringen, und jetzt hatte sie die geliefert – der ANC wollte sich selbst das Denkmal »Auftrag erfüllt« setzen.

Doch der Tag verlief eher merkwürdig. Kliptown – eine verarmte Township mit verfallenen Hütten, offenen Abwässerbächen in den Straßen und einer Arbeitslosenquote von 72 Prozent (weit mehr als unter der Apartheid) – wirkte eher wie ein Symbol für die nicht eingehaltenen Versprechen der Freiheits-Charta und nicht wie die angemessene Kulisse für eine auf Hochglanz polierte Feier.[42] Wie sich herausstellte, waren die Events zum Jahrestag nicht vom ANC inszeniert und

durchgestylt worden, sondern von einer merkwürdigen Einrichtung namens Blue IQ. Offiziell handelt es sich dabei um eine Abteilung der Provinzbehörde, aber Blue IQ »operiert in einem durchdacht entwickelten Umfeld, das dafür sorgt, dass Blue IQ eher wie ein Unternehmen des Privatsektors und nicht wie eine Regierungsbehörde wirkt«, verkündet der sehr glänzende und sehr blaue Prospekt. Aufgabe ist, neue Auslandsinvestitionen nach Südafrika zu holen, und es ist Teil des ANC-Prgramms »Umverteilung durch Wachstum«.

Blue IQ hatte den Tourismus als einen wichtigen Wachstumssektor ausgemacht, und die Marktforschung des Unternehmens ergab, dass für Südafrika-Touristen der weltweite Ruf des ANC, über die Unterdrückung triumphiert zu haben, große Anziehungskraft besitzt. In der Hoffnung, davon profitieren zu können, fand Blue IQ, es gäbe kein besseres Symbol für den südafrikanischen Triumph über das Böse als die Freiheits-Charta. Also startete man ein Projekt, Kliptown zu einem Freiheits-Charta-Themenpark umzubauen, »einem Touristenziel von Weltrang und einer traditionsreichen Stätte, die Besuchern aus dem In- und Ausland eine einzigartige Erfahrung ermöglicht« – einschließlich Museum, einem Einkaufszentrum mit dem Thema Freiheit und einem Freedom Hotel aus Glas und Stahl. Was jetzt noch ein Slum war, soll »zu einem befragten und prosperierenden« Vorort von Johannesburg umgebaut werden, während viele der derzeitigen Bewohner in Slums an historisch weniger bedeutsame Orte umgesiedelt werden.[43]

Mit den Plänen zur Umwidmung von Kliptown folgt Blue IQ dem Drehbuch des freien Marktes – der Wirtschaft Investitionsanreize bieten und hoffen, dass sie im Umfeld Arbeits-

plätze schaffen wird. Dieses spezielle Projekt ist insofern etwas Besonderes, als die Basis für diesen ganzen Wohlstand-durch-Wachstum-Apparat in Kliptown ein 50 Jahre altes Stück Papier ist, das einen entschieden direkteren Weg zur Abschaffung der Armut fordert. Verteilt das Land um, damit Millionen sich selbst davon ernähren können, verlangten die Autoren der Freiheits-Charta, und holt euch die Minen zurück, damit von deren Erträgen Häuser und andere Infrastrukturen gebaut und zudem auch noch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Anders ausgedrückt: Eliminiert den Mittelsmann. Für manche Ohren mögen solche Ideen wie populistische Utopien klingen, aber nach so vielen fehlgeschlagenen Experimenten in reiner Lehre der Chicagoer Schule sind die eigentlichen Träumer vielleicht die, die noch immer glauben, ein Freiheits-Charta-Themenpark, der Broschüren für Investoren hervorbringt und die Bedürftigsten vertreibt, könnte die dringlichen Gesundheits- und Wirtschaftsprobleme der 22 Millionen Südafrikaner, die noch immer in Armut leben, lösen.[44]

Seit der dezidierten Hinwendung Südafrikas zum Thatcherismus ist über ein Jahrzehnt vergangen, und die Ergebnisse seines Experiments mit dem »Wohlstand von oben« sind skandalös:

- Seit 1994, als der ANC an die Macht kam, hat sich die Anzahl der Menschen verdoppelt, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen – von zwei Millionen auf vier Millionen im Jahr 2006.[45]
- Zwischen 1991 und 2002 hat sich der Arbeitslosenanteil schwarzer Südafrikaner mehr als verdoppelt – von 23 auf 48 Prozent.[46]

- Von den 35 Millionen schwarzen Staatsbürgern Südafrikas verdienen nur 5000 über 60 000 Dollar pro Jahr. Die Anzahl der Weißen in diesem Einkommenssegment liegt zwanzigmal höher und viele verdienen noch weit mehr als diesen Betrag.[47]
- Die ANC-Regierung hat 1,8 Millionen Häuser gebaut, aber in derselben Zeit verloren zwei Millionen Menschen ihr Zuhause.[48]
- Im ersten Jahrzehnt der Demokratie mussten fast eine Million Menschen zwangsweise ihre Farmen räumen.[49]
- Aufgrund dieser Zwangsräumungen müssen mittlerweile 50 Prozent mehr Menschen in Hütten leben. Im Jahr 2006 wohnten mehr als 25 Prozent der Südafrikaner in einer Hütte in einem »wilden« Elendsviertel, viele davon ohne fließend Wasser oder Elektrizität.[50]

Die vielleicht beste Messlatte für die verratenen Freiheitsträume ist die Art und Weise, wie die Freiheits-Charta heutzutage in unterschiedlichen Teilen der südafrikanischen Gesellschaft gesehen wird. Vor noch nicht allzu langer Zeit stellte das Dokument die größte Bedrohung für die Privilegien der Weißen dar, heutzutage gilt es in Business-Lounges und schwer bewachten Villenkolonien als Erklärung guter Absichten, als schmeichelhaft und zugleich völlig unbedrohlich, wie der blumig formulierte Verhaltenskodex eines Unternehmens. In den Townships aber, wo das auf einem Acker bei Kliptown verabschiedete Dokument einst für elektrisierende Hoffnung und Chancen stand, tut es fast zu weh, an die gebrochenen Versprechen zu denken. Viele Südafrikaner boykottierten die von der Regierung bezahlten Feierlichkei-

ten zum Jahrestag. »Was in der Freiheits-Charta steht, ist sehr gut«, sagte mir S'bu Zikode, Anführer einer rasch wachsenden Bewegung der Hüttenbewohner von Durban. »Aber was ich sehe, ist nichts als Verrat.«

Letztlich war das überzeugendste Argument, warum die Umverteilungspläne der Freiheits-Charta aufgegeben wurden, das am wenigsten phantasievolle: Das machen alle so. Vishnu Padayachee fasste für mich die Botschaft zusammen, die die ANC-Führung von Anfang an von »westlichen Regierungen, dem IWF und der Weltbank« bekam. Sie lautete: ›Die Welt hat sich verändert, nichts von dem alten Zeug bedeutet noch etwas, es gelten überall dieselben und nur diese Spielregeln.‹« Gumede schreibt: »Auf diesen Tiefschlag war der ANC völlig unvorbereitet. Seine wirtschaftspolitischen Sprecher wurden regelmäßig in die Vorstandsbüros internationaler Organisationen wie der Weltbank oder des IWF verfrachtet, und während der Jahre 1992 und 1993 wurden mehrere ANC-Mitarbeiter, von denen einige überhaupt keine wirtschaftswissenschaftlichen Qualifikationen hatten, durch Schnellkurse in Managementlehre geschleust, die an ausländischen Wirtschaftsakademien, in Investmentbanken, wirtschaftspolitischen Denkfabriken und bei der Weltbank stattfanden und in denen sie ›mit einer Einheitskost aus neoliberalen Ideen gefüttert‹ wurden. Es war eine schwindelerregende Erfahrung. Nie zuvor war eine Regierung in Wartestellung so von der internationalen Gemeinschaft umgarnt worden.«[51]

Mandela bekam eine besonders hohe Dosis dieser elitären Form von Schulhof-Gruppendruck verabreicht, als er 1992 beim Weltwirtschaftsforum in Davos mit führenden europäischen Politikern zusammenkam. Als er betonte, Südafrika

wolle nichts Radikaleres tun als das, was Westeuropa unter dem Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg getan hatte, verwarf der niederländische Finanzminister die Parallele mit den Worten: »Das war unser damaliger Wissensstand. Aber die Volkswirtschaften der Welt sind voneinander abhängig. Der Prozess der Globalisierung setzt sich durch. Keine Wirtschaft kann sich unabhängig von den Wirtschaften anderer Länder entwickeln.«[52]

Während Führer wie Mandela den Globalisierungsparcours absolvierten, wurde ihnen eingehämmert, dass noch die linkesten Regierungen den Washingtoner Konsens begrüßten, die Kommunisten in Vietnam und China taten es, genauso die Gewerkschafter in Polen und die Sozialdemokraten in Chile, die endlich von Pinochet befreit waren. Selbst über die Russen war die neoliberale Erleuchtung gekommen – zu dem Zeitpunkt, als der ANC in den schwierigsten Verhandlungen steckte, tobte in Moskau eine korporatistische Verteilungsschlacht, weil der Staat so schnell wie möglich seine Aktivposten an zu Unternehmern gewandelte Apparatschiks verscherbeln wollte. Wenn Moskau sich dem angeschlossen hatte, wie könnte dann ein zerlumpter Haufen von Freiheitskämpfern in Südafrika einer so gewaltigen globalen Welle widerstehen?

Das zumindest war die Botschaft, mit der die Anwälte, Ökonomen und Sozialwissenschaftler hausieren gingen, aus denen sich die rasch expandierende »Übergangsindustrie« zusammensetzte – die Expertenteams, die von dem einen kriegszerrissenen Land in die andere krisengeschüttelte Stadt jetten und zutiefst beeindruckte frischgebackene Politiker mit den neuesten bewährten Praktiken aus Buenos Aires, der überzeugendsten Erfolgsgeschichte aus Warschau, dem furchterre-

gendsten Brüllen der asiatischen Tigerstaaten erfreuen. Diese »Transitionologen« (wie der Politikwissenschaftler Stephen Cohen von der New York University sie genannt hat) haben gegenüber den von ihnen beratenen Politikern einen eingebauten Vorteil: Sie sind eine hypermobile Kaste, während die Anführer von Befreiungsbewegungen den Blick grundsätzlich nach innen richten.[53] Naturgemäß konzentrieren sich Menschen, die ihre Länder mit aller Kraft in eine neue Zeit führen wollen, ausschließlich auf ihre eigenen Geschichten und Machtkämpfe und sind oft nicht in der Lage, der Welt jenseits ihrer Grenzen genügend Beachtung zu schenken. Das ist bedauerlich, denn wäre die ANC-Führung fähig gewesen, den von den Transitionologen angerichteten Wirbel zu durchbrechen und selbst herauszufinden, was wirklich in Moskau, Warschau, Buenos Aires und Seoul passierte, hätte sie ein ganz anderes Bild bekommen.

SCHEITERHAUFEN EINER JUNGEN DEMOKRATIE

RUSSLAND WÄHLT DIE »PINOCHET-OPTION«

> Man kann eine lebendige Stadt nicht stückweise versteigern, ohne zu berücksichtigen, dass es einheimische Traditionen gibt, auch wenn sie Ausländern merkwürdig vorkommen mögen … Denn es sind unsere Traditionen, und es ist unsere Stadt. Lange Zeit lebten wir unter der Diktatur der Kommunisten, doch jetzt haben wir herausgefunden, dass das Leben unter der Diktatur von Wirtschaftsleuten nicht besser ist. Nichts interessiert sie weniger als die Frage, in welchem Land sie sich befinden.
>
> Grigori Gorin, russischer Schriftsteller, 1993[1]

> Verbreitet die Wahrheit – die Gesetze der Wirtschaft sind wie die Gesetze der Technik. Ein und dieselben Gesetze gelten überall.
>
> Lawrence Summers, Chefökonom der Weltbank, 1991[2]

Als der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow im Juli 1991 zu seinem ersten G7-Gipfel nach London flog, erwartete er mit gutem Grund, wie ein Held empfangen zu werden. Denn in den letzten drei Jahren hatte er die internationale Bühne nicht nur beherrscht, sondern auch durcheinan-

dergewirbelt, hatte mit den Medien geflirtet, Abrüstungsverträge unterschrieben und Preise entgegengenommen, 1990 sogar den Friedensnobelpreis.

Ihm war sogar das zuvor Undenkbare gelungen: die amerikanische Öffentlichkeit für sich einzunehmen. Der höchste Politiker der UdSSR widersprach so sehr den amerikanischen Karikaturen vom Reich des Bösen, dass man ihn schon bald – wie in Europa – mit dem liebevollen Spitznamen »Gorbi« belegte; bereits 1987 hatte das Magazin *Time* die riskante Entscheidung gefällt, den KPdSUGeneralsekretär zum »Mann des Jahres« zu küren. Die Herausgeber erklärten, im Gegensatz zu seinen Vorgängern (»Scheusale mit Pelzmützen«) wäre Gorbatschow so etwas wie ein russischer Ronald Reagan – »eine Kremlversion des Großen Kommunikators«. Das Nobelpreiskomitee führte aus, dank seines Wirkens könne man »hoffen, dass wir jetzt das Ende des Kalten Krieges feiern«.[3]

Bis zum Beginn der neunziger Jahre hatte Gorbatschow mit seiner Doppelpolitik von Glasnost (Öffentlichkeit) und Perestroika (Umgestaltung) in der Sowjetunion einen bemerkenswerten Demokratisierungsprozess eingeleitet: Es gab Pressefreiheit, die russischen Abgeordneten, die Stadträte, der Präsident wie der Vizepräsident wurden gewählt, das Verfassungsgericht wurde unabhängig. Was die Wirtschaft anging, so strebte Gorbatschow eine Mischung zwischen Markt und starkem sozialen Sicherheitsnetz an, wobei die Schlüsselindustrien unter staatlicher Kontrolle bleiben sollten – das umzusetzen, würde zehn bis fünfzehn Jahre dauern, prophezeite er. Als Endziel schwebte ihm eine Sozialdemokratie nach skandinavischem Vorbild vor, »ein sozialistisches Leuchtfeuer für die gesamte Menschheit«.[4]

Zunächst hatte es den Anschein, als würde auch der Westen sich wünschen, dass Gorbatschow mit seiner Lockerung der sowjetischen Wirtschaft und ihrer Umwandlung nach schwedischem Vorbild Erfolg haben würde. Explizit bezeichnete das Nobelpreiskomitee den Preis als eine Möglichkeit, den Übergang zu unterstützen – »eine helfende Hand in Stunden der Not«. Bei einem Besuch in Prag stellte Gorbatschow klar, dass er das nicht allein schaffen könne. »Wie Bergsteiger am selben Seil können die Nationen der Welt entweder zusammen auf den Gipfel klettern oder zusammen in den Abgrund stürzen«, sagte er.[5]

Daher kam das, was 1991 auf dem G7-Gipfel passierte, völlig unerwartet. Nahezu einhellig signalisierten die Kollegen Staatsmänner Gorbatschow die Botschaft, wenn er nicht sofort eine radikale wirtschaftliche Schocktherapie verfolgen würde, würden sie das Seil durchschneiden und ihn fallen lassen. »Ihre Vorschläge für das Tempo und die Methoden des Übergangs waren erstaunlich«, schrieb Gorbatschow später darüber.[6]

Polen hatte gerade die erste Runde der Schocktherapie unter der Anleitung des IWF und Jeffrey Sachs hinter sich, und der britische Premierminister John Major, der US-Präsident George H. W. Bush, der kanadische Ministerpräsident Brian Mulroney sowie der japanische Ministerpräsident Toshiki Kaifu waren sich einig, dass die Sowjetunion dem Beispiel Polens folgen müsste, allerdings noch schneller. Nach dem Gipfel bekam Gorbatschow vom IWF, von der Weltbank und von allen anderen wichtigen Finanzinstitutionen denselben Marschbefehl. Als Russland später im selben Jahr wegen einer katastrophalen Wirtschaftskrise um Schuldenerlass bat, lautete die

unnachgiebige Antwort, die Schulden müssten bedient werden.[7] Seit der Zeit, da Sachs Hilfe und Schuldenerlass für Polen ausgehandelt hatte, hatte sich das politische Klima gewandelt – es war nun bösartiger.

Was danach geschah – die Auflösung der Sowjetunion, Gorbatschows Ablösung durch Jelzin und der tumultartige Verlauf der wirtschaftlichen Schocktherapie in Russland – ist ein bestens bekanntes Kapitel der neueren Geschichte. Es ist jedoch auch ein Kapitel, das allzu oft in der höflichen Sprache der »Reform« erzählt wird – und bei dieser allgemeinen Version bleibt eines der größten, in der Moderne gegenüber einer Demokratie verübten Verbrechen verborgen. Wie China wurde Russland gezwungen, sich zwischen einem Wirtschaftsprogramm der Chicagoer Schule und einer wirklich demokratischen Revolution zu entscheiden. Angesichts der Alternativen hatten die politischen Führer Chinas ihr eigenes Volk angegriffen, damit die Demokratie nicht ihre Pläne hinsichtlich des freien Marktes störe. In Russland lagen die Dinge anders: Die demokratische Revolution war bereits weit gediehen – um ein Chicagoer Wirtschaftsprogramm durchzudrücken, musste dieser friedliche, Hoffnung weckende Prozess, den Gorbatschow eingeleitet hatte, mit Gewalt gestoppt und dann radikal umgekehrt werden.

Gorbatschow wusste, dass sich die von den G7-Teilnehmern und dem IWF angeratene Schocktherapie nur mit Gewalt durchsetzen lassen würde – wie das auch vielen im Westen klar war, die eine solche Politik forderten. In einem vielbeachteten Artikel forderte *The Economist* Gorbatschow 1990 auf, als »starker Mann« zu regieren, »den Widerstand zu zerschlagen, der eine ernsthafte Wirtschaftsreform blockiert«.[8] Nur

zwei Wochen nachdem das Nobelkomitee das Ende des Kalten Krieges verkündet hatte, drängte *The Economist* Gorbatschow, sich einen der berüchtigsten Killer der Epoche zum Vorbild zu nehmen. Unter der Zwischenüberschrift »Michail Sergejewitsch Pinochet?« kommt der Artikel zu dem Schluss, dass die Befolgung seines Rats »möglicherweise Blutvergießen« bedeuten würde, »das könnte, wohlgemerkt könnte, für die Sowjetunion zum Wendepunkt dessen werden, was man den Pinochet-Ansatz in der liberalen Wirtschaftspolitik nennen würde«. Die *Washington Post* ging sogar noch einen Schritt weiter. Im August 1991 veröffentlichte das Blatt einen Kommentar unter der Überschrift »Pinochets Chile – ein pragmatisches Beispiel für die Sowjetwirtschaft«. Darin wurde ein Putsch befürwortet, um den zu langsam vorgehenden Gorbatschow loszuwerden, doch der Autor Michael Schrage fürchtete, dass die Gegenspieler des sowjetischen Präsidenten »weder den Durchblick noch genügend Unterstützung [hätten], um die Pinochet-Option zu ergreifen«. Sie sollten sich, schrieb Schrage, »einen Despoten, der wirklich weiß, wie man einen Putsch durchführt, nämlich Chiles Exgeneral Augusto Pinochet« als Vorbild nehmen.[9]

Gorbatschow sah sich alsbald einem Gegenspieler gegenüber, der mehr als willens war, die Rolle eines russischen Pinochets zu spielen. Boris Jelzin war russischer Präsident, hatte aber längst nicht dasselbe Ansehen wie Gorbatschow, der das Staatsoberhaupt der gesamten Sowjetunion war. Doch am 19. August 1991, einen Monat nach dem G7-Gipfel, änderte sich das gründlich. Eine Gruppe aus der alten kommunistischen Garde ließ vor dem Weißen Haus, dem russischen Parlamentsgebäude, Panzer auffahren. Um den Demokratisie-

rungsprozess aufzuhalten, wollten sie das erste frei gewählte Parlament des Landes angreifen. Aus einer Menge von Russen heraus, die entschlossen waren, ihre neue Demokratie zu verteidigen, kletterte Jelzin auf einen der Panzer und verurteilte die Aggression als einen »zynischen, rechten Putschversuch«.[10] Die Panzer zogen sich zurück, und fortan galt Jelzin als mutiger Verteidiger der Demokratie. Ein Demonstrant, der an jenem Tag auf den Straßen unterwegs war, beschrieb die Situation als »das erste Mal, dass ich das Gefühl hatte, ich könnte wirklich an der Situation in meinem Land etwas ändern. Unsere Seelen schöpften Hoffnung. Da war so ein Gefühl der Einheit. Wir empfanden uns als unbesiegbar.«[11]

Und so fühlte sich auch Jelzin. Als Politiker war er immer so etwas wie ein Gegenpol Gorbatschows gewesen. Während Gorbatschow Zurückhaltung und Nüchternheit ausstrahlte (eine seiner umstrittensten Maßnahmen war eine aggressive Kampagne gegen Wodka), wusste man von Jelzin, dass er im Übermaß aß und trank. Vor dem Putschversuch hegten viele Russen Vorbehalte gegen Jelzin, aber er hatte dazu beigetragen, die Demokratie vor einem kommunistischen Staatsstreich zu retten, und das machte ihn zumindest für den Moment zu einem Volkshelden.

Seinen spektakulären Triumph nutzte Jelzin auf der Stelle, um seine politische Machtposition auszubauen. Solange die Sowjetunion noch existierte, würde er immer im Schatten Gorbatschows stehen, doch im Dezember 1991, vier Monate nach der Niederschlagung des Putsches, landete Jelzin ein politisches Meisterstück. Er schmiedete eine Allianz mit zwei weiteren Sowjetrepubliken, und dieser Schritt hatte die sofortige Auflösung der Sowjetunion zur Folge. Gezwungener-

maßen trat Gorbatschow zurück. Das Ende der UdSSR, »des einzigen Landes, das die meisten Russen je gekannt haben«, versetzte der russischen Psyche einen schweren Schlag – den ersten von »drei traumatischen Schocks«, wie es der Politikwissenschaftler Stephen Cohen bezeichnete, die die Russen in den kommenden drei Jahren treffen sollten.[12]

An dem Tag, da Jelzin das Ende der Sowjetunion verkündete, befand sich auch Jeffrey Sachs im Kreml. Sachs erinnert sich, dass der russische Präsident sagte: »›Meine Herren, ich wollte nur mitteilen, dass die Sowjetunion nicht mehr existiert …‹ und ich sagte mir: ›Mann, ist dir eigentlich klar, dass so etwas nur einmal in einem Jahrhundert passiert. Das ist das Unglaublichste, was man sich vorstellen kann, das ist wahrhaftig eine Befreiung; lasst uns diesen Leuten helfen.‹«[13] Jelzin hatte Sachs eingeladen, in Russland als Berater zu arbeiten, und Sachs war dazu nur allzu gern bereit: »Wenn Polen das schafft, dann kann es auch Russland schaffen«, erklärte er.[14]

Jelzin wollte aber nicht nur Ratschläge, er wollte einen Goldesel, er wollte die Art von Geldbeschaffungsmaßnahmen, die Sachs für Polen durchgezogen hatte. »Die einzige Hoffnung«, sagte Jelzin, »waren die Versprechungen der Gruppe der Sieben, uns schnell große Summen von Finanzmitteln zur Verfügung zu stellen.«[15] Sachs erklärte Jelzin, wenn Moskau bereit sei, mit einer Art von »Urknall« die kapitalistische Wirtschaftsordnung einzuführen, dann sei er zuversichtlich, Unterstützung in der Größenordnung von 15 Milliarden Dollar zusammenbringen zu können.[16] Aber sie müssten ehrgeizig sein und schnell handeln. Jelzin konnte nicht wissen, dass Sachs' Glückssträhne zu Ende ging.

Russlands Übergang zum Kapitalismus hatte viel mit dem

korrupten Vorgehen gemein, das zwei Jahre zuvor in China die Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens ausgelöst hatte. Der Moskauer Bürgermeister Gawriil Popow führte aus, dass es in Wirklichkeit nur zwei Möglichkeiten gab, das zentralistische Wirtschaftssystem aufzubrechen: »Den Besitz kann man zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft aufteilen, oder man kann die besten Stücke den Führern geben … Kurz gesagt, gibt es einen demokratischen Ansatz, und es gibt den Ansatz der Nomenklatura, der Apparatschiks.«[17] Jelzin wählte den zweiten Weg – und er hatte es eilig. Ende 1991 machte er dem Parlament einen ungewöhnlichen Vorschlag: Wenn man ihm für ein Jahr Sonderbefugnisse gäbe, sodass er Gesetze dekretieren könne, statt über sie im Parlament abstimmen zu lassen, würde er die Wirtschaftskrise überwinden und ihnen ein blühendes, gesundes System zurückgeben. Jelzin forderte die Art von Exekutivmacht, derer sich Diktatoren erfreuen, keine Demokraten, aber das Parlament war dem Präsidenten noch immer für sein Eingreifen bei dem Putschversuch dankbar, und das Land brauchte dringend ausländische Hilfe. Die Antwort lautete ja: Zum Umbau der russischen Wirtschaft würde Jelzin ein Jahr lang unbeschränkte Machtbefugnisse haben.

Sofort versammelte er ein Team von Ökonomen um sich, von denen viele in den letzten Jahren des Kommunismus so etwas wie einen Lesezirkel des freien Marktes gebildet hatten: Sie hatten die Lehrbücher der Chicagoer Schule studiert und diskutiert, wie diese Theorien auf Russland angewendet werden könnten. Zwar hatte keiner von ihnen in den Vereinigten Staaten studiert, aber sie waren Milton Friedman so treu ergeben, dass die russische Presse Jelzins Arbeitsgruppe als »die

Chicago Boys« bezeichnete, einen Abklatsch des Originals, der bestens zu Russlands blühender Schwarzmarktwirtschaft passte. Im Westen bezeichnete man sie als »die jungen Reformer«. Vordenker der Gruppe war Jegor Gaidar, den Jelzin zu einem seiner zwei stellvertretenden Ministerpräsidenten machte. Pjotr Aven, 1991 und 1992 Minister unter Jelzin, gehörte zum inneren Kreis und sagte über seine ehemalige Clique: »Dass sie sich mit Gott gleichsetzten, war eine natürliche Folge ihres Glaubens an ihre allseitige Überlegenheit, und erwies sich unglücklicherweise als für unsere Reformer typisch.«[18]

Angesichts der plötzlich in Moskau an die Macht gekommenen Gruppe berichtete die russische Zeitung *Nesawissimaja Gaseta* von der ziemlich erstaunlichen Entwicklung, dass »Russland in seiner Regierung erstmals eine Gruppe von Liberalen haben wird, die sich selbst als Anhänger von Friedrich von Hayek und der ›Chicagoer Schule‹ Milton Friedmans betrachten.« Ihre Politik wäre »ziemlich eindeutig – ›rigide finanzielle Stabilisierung‹ nach Rezepten einer ›Schocktherapie‹«. Zur gleichen Zeit, da Jelzin diese Leute berief, merkte die Zeitung an, übertrug er dem berüchtigten starken Mann Jury Skokow »die Abteilungen für Verteidigung und Repression: die Armee, das Innenministerium und die Staatssicherheit«. Eindeutig hingen diese Entscheidungen miteinander zusammen: »Vermutlich kann der ›starke‹ Skokow die rigide politische Stabilisierung ›sicherstellen‹, während die ›starken‹ Ökonomen sie in der Wirtschaft garantieren.« Der Artikel schloss mit einer Prophezeiung: »Es wird keine Überraschung sein, wenn sie versuchen, so etwas wie ein hausgemachtes Pinochet-System aufzubauen, bei dem Gaidars Gruppe die Rolle der ›Chicago Boys‹ spielt …«[19]

Um Jelzins Chicago Boys ideologisch und technisch zu unterstützen, finanzierte die US-Regierung eigene Übergangsexperten, deren Aufgaben darin bestanden, Privatisierungserlasse zu verfassen, eine Aktienbörse nach dem Vorbild von New York aufzubauen oder einen russischen Markt für Investmentgesellschaften zu entwickeln. Im Herbst 1992 schloss USAID mit dem Harvard Institute for International Development einen Vertrag im Wert von 2,1 Millionen Dollar, damit das Institut Teams von jungen Rechtsanwälten und Ökonomen zur Beaufsichtigung der Gaidar-Gruppe entsandte. Im Mai 1995 ernannte Harvard Sachs zum Direktor des Harvard Institute for International Development, was hieß, dass er während Russlands Reformperiode zweierlei Rollen spielte: Er begann als freiberuflicher Berater von Jelzin, später befehligte er den großen russischen Vorposten von Harvard, der von der US-Regierung finanziert wurde.

Wieder einmal traf sich eine Gruppe selbsternannter Revolutionäre in aller Heimlichkeit, um ein radikales Wirtschaftsprogramm zu schreiben. Dmitri Wassiljew, einer der entscheidenden Reformer, erinnert sich: »Anfangs hatten wir keinen einzigen Angestellten, noch nicht einmal eine Sekretärin. Wir hatten keine Ausrüstung, noch nicht einmal ein Fax. Und unter diesen Umständen mussten wir in bloß eineinhalb Monaten ein umfassendes Privatisierungsprogramm entwerfen, wir mussten 20 normative Gesetze schreiben … Das war wirklich eine aufregende Zeit.«[20]

Nach Gorbatschows Rücktritt warteten die »Reformer« nur eine einzige Woche, bis sie ihr wirtschaftliches Schocktherapieprogramm starteten – den zweiten der drei traumatischen Schocks. Am 28. Oktober 1991 verkündete Jelzin die Aufhe-

bung der Preiskontrollen und versprach: »Die Liberalisierung der Preise wird alles zurechtrücken.«[21] Das Schocktherapieprogramm sah auch Freihandelspolitik und die erste Phase der raschen Privatisierung von annähernd 225 000 Unternehmen in Staatsbesitz vor.[22]

»Das Land wurde vom Programm der ›Chicagoer Schule‹ völlig überrascht«, erinnert sich einer von Jelzins ursprünglichen Wirtschaftsberatern.[23] Das war Absicht und Teil von Gaidars Strategie, den Wandel so plötzlich herbeizuführen, dass Widerstand unmöglich sein würde. Sein Team stand nur vor dem üblichen Problem, dass die Demokratie die Pläne zu durchkreuzen drohte. Die Russen wollten ihre Wirtschaft nicht von einem kommunistischen Zentralkomitee verwaltet haben, aber die meisten glaubten noch fest an die Umverteilung von Reichtum und eine aktive Rolle der Regierung. Ähnlich wie die polnischen Solidarność-Anhänger im Jahr 1992 sagten nun 67 Prozent der Russen bei einer Umfrage, Arbeiterkooperativen wären der gerechteste Weg, den Besitz des kommunistischen Staates zu privatisieren, und 79 Prozent erklärten, sie hielten die Vollbeschäftigung für eine Hauptaufgabe der Regierung.[24] Das hieß: Wenn Jelzins Arbeitsgruppe ihre Pläne einem demokratischen Prozess unterworfen hätte, statt einen Überraschungsangriff auf eine bereits zutiefst verunsicherte Öffentlichkeit zu lancieren, hätte die Revolution der Chicagoer Schule keine Chance gehabt.

Wladimir Mau, einer von Jelzins Beratern in dieser Zeit, erklärte, der »günstigste Umstand für Reformen« sei eine »müde Öffentlichkeit, die vom vorangegangenen politischen Kampf erschöpft ist … Deshalb war die Regierung am Vorabend der Liberalisierung der Preise zuversichtlich, dass ein drastischer

sozialer Zusammenprall ausbleiben und die Regierung nicht von einem Volksaufstand hinweggefegt werden würde.« Die große Mehrheit der Russen – 70 Prozent – war gegen die Aufhebung von Preiskontrollen, erklärte er, aber »wir konnten sehen, dass die Menschen damals wie heute sich auf die Erträge ihrer Privatparzellen und im Allgemeinen auf ihre jeweilige wirtschaftliche Lage konzentrierten«.[25]

Joseph Stiglitz, damals Chefökonom der Weltbank, fasste die Mentalität der Schocktherapeuten in ein Bild, das mittlerweile vertraut sein dürfte: »Nur ein Blitzkrieg während eines ›Gelegenheitsfensters‹, für das ein ›Übergangsnebel‹ sorgt, kann die Veränderungen herbeiführen, ehe die Bevölkerung eine Chance hat, sich zu organisieren und ihre zuvor als berechtigt angesehenen Interessen zu verteidigen.«[26] Mit anderen Worten, die Schockdoktrin.

Wegen ihrer Vorliebe für kataklysmische Revolutionen nannte Stiglitz die russischen Reformer Marktbolschewisten.[27] Während die echten Bolschewisten jedoch fest vorhatten, ihren zentral geplanten Staat auf den Ruinen des alten aufzubauen, glaubten die Marktbolschewisten an so etwas wie Magie: Wenn optimale Bedingungen für das Profitmachen geschaffen werden, würde sich das Land ohne jede Planung selbst neu aufbauen. (Diese Überzeugung tauchte ein Jahrzehnt später im Irak wieder auf.)

Jelzin machte wüste Versprechungen: »Für annähernd sechs Monate wird es schlechter werden«, aber dann würde die Genesung einsetzen und Russland schon bald ein wirtschaftlicher Titan sein und zu den vier größten Volkswirtschaften der Welt zählen.[28] Diese Logik der sogenannten kreativen Zerstörung führte dazu, dass es überall an allem mangelte und es zu

einer Zerschlagungsspirale kam. Nach nur einem Jahr hatte die Schocktherapie einen verheerenden Tribut gefordert: Millionen Russen aus der Mittelschicht hatten mit der Wertminderung des Rubels ihre Lebensersparnisse verloren, und aufgrund abrupter Subventionskürzungen erhielten Millionen von Arbeitern monatelang keinen Lohn.[29] Der durchschnittliche Russe konsumierte 1992 40 Prozent weniger als 1991, und ein Drittel der Bevölkerung rutschte unter die Armutsgrenze ab.[30] Die Mittelschicht war gezwungen, von Tapeziertischen auf der Straße persönliche Habe zu verkaufen – Verzweiflungstaten, die die Chicagoer Schule als »unternehmerisch« pries, als Beweis, dass tatsächlich eine kapitalistische Renaissance im Gang war, wenn das Familienerbstück zum Secondhand-Renner wurde.[31]

Wie in Polen erlangten die Russen schließlich ihre Fassung wieder und begannen ein Ende des sadistischen wirtschaftlichen Abenteuers zu fordern. (»Keine Experimente mehr«, verkündeten zahllose Graffiti im damaligen Moskau.) Unter dem Druck der Wähler beschloss das Parlament des Landes – dasselbe, das Jelzins Griff nach der Macht autorisiert hatte –, es sei an der Zeit, den Präsidenten und seine Ersatz-Chicago-Boys zurückzupfeifen. Im Dezember 1992 wählten sie Jegor Gaidar ab, und drei Monate später, im März 1993, entzogen die Parlamentarier Jelzin die Sonderbefugnisse, die sie ihm gegeben hatten, damit er seine Wirtschaftspolitik per Dekret durchsetzen konnte. Die Gnadenfrist war abgelaufen, und die Ergebnisse waren eine einzige Katastrophe; von jetzt an mussten Gesetze das Parlament passieren, wie es in einer liberalen Demokratie Standard ist und auch in der russischen Verfassung vorgeschrieben war.

Die Abgeordneten handelten nach Recht und Gesetz, aber Jelzin hatte sich an seine Sonderbefugnisse so sehr gewöhnt, dass er sich eher wie ein Monarch und nicht wie ein Präsident fühlte (»Boris I.« hatte er sich schon genannt). Er wehrte sich gegen die »Meuterei« des Parlaments, indem er vor die Fernsehkameras trat und einen Notstand ausrief, der ihm bequemerweise seine Machtfülle wiedergab. Drei Tage später entschied das unabhängige russische Verfassungsgericht (dessen Schaffung zu Gorbatschows wichtigsten demokratischen Durchbrüchen zählte) mit neun zu drei Stimmen, dass Jelzins Griff nach der Macht in acht verschiedenen Punkten gegen die Verfassung verstieß, die zu befolgen er geschworen hatte.

Bis zu diesem Punkt war es noch möglich gewesen, die »Wirtschaftsreform« und die demokratische Reform als Teil desselben Projekts darzustellen. Doch nachdem Jelzin den Notstand ausgerufen hatte, gerieten die beiden Projekte auf Kollisionskurs, denn Jelzin und seine Schocktherapeuten befanden sich in direkter Opposition zum gewählten Parlament und zur Verfassung.

Dennoch stellte der Westen sich hinter Jelzin, galt dieser doch noch immer als Progressiver mit »echter Hingabe an Freiheit und Demokratie, echter Hingabe an Reformen«, wie es der damalige US-Präsident Bill Clinton ausdrückte.[32] Die Mehrheit der westlichen Medien verteidigte ebenfalls Jelzin gegen das Parlament, das als Ansammlung antidemokratischer »kommunistischer Hardliner« hingestellt wurde, die die demokratischen Reformen rückgängig zu machen versuchten.[33] Dem Chef des Moskauer Büros der *New York Times* zufolge litten sie an einer »sowjetischen Mentalität – voll Misstrauen

gegenüber Reformen, Ignoranz gegenüber der Demokratie und Verachtung für Intellektuelle oder ›Demokraten‹«.[34]

In Wirklichkeit waren dies dieselben Politiker, die ungeachtet all ihrer Defizite (und bei 1041 Abgeordneten gab es davon viele) gemeinsam mit Jelzin und Gorbatschow 1991 gegen den Putsch der Hardliner gekämpft hatten, die für die Auflösung der Sowjetunion gestimmt hatten und die bis vor kurzem Jelzin entschieden unterstützt hatten. Und trotzdem zog es die *Washington Post* vor, die russischen Parlamentarier als »Antiregierung« abzuurteilen – als wären sie in die Politik eingedrungen und nicht selbst Teil der Regierung.[35]

Die Kollision rückte näher, als das Parlament im Frühjahr 1993 einen Etatentwurf vorlegte, der nicht den IWF-Forderungen nach strikter Sparsamkeit genügte. Jelzin konterte mit dem Versuch, das Parlament auszuschalten. Überstürzt organisierte er einen Volksentscheid, der nach Orwell'scher Manier von der Presse unterstützt wurde; bei dem Referendum wurden die Wähler gefragt, ob sie der Auflösung des Parlaments und baldigen Neuwahlen zustimmen würden. Wie sich herausstellte, gaben die Wähler Jelzin nicht das gewünschte Mandat. Trotzdem erklärte er seinen Sieg und behauptete, das Ganze hätte bewiesen, dass das Land hinter ihm stehe, denn er hatte eine völlig unverbindliche Frage einbauen lassen, ob die Wähler seine Reformen unterstützten. Eine hauchdünne Mehrheit bejahte dies.[36]

In Russland wurde der Volksentscheid überwiegend als Propagandaschachzug betrachtet – und zwar einer, der fehlgeschlagen war. In Wirklichkeit wurden Jelzin und Washington noch immer von einem Parlament blockiert, das das verfassungsmäßige Recht hatte, das zu tun, was es tat: die Re-

form per Schocktherapie abzubremsen. Es folgte intensiver Druck. Lawrence Summers, damals Staatssekretär im US-Finanzministerium, warnte, »der Schwung der russischen Reformen muss wieder belebt und intensiviert werden, um eine nachhaltige multilaterale Unterstützung sicherzustellen«.[37] Der IWF vernahm die Botschaft, und ein ungenannter offizieller Vertreter spielte der Presse zu, ein versprochener Kredit von 1,5 Milliarden Dollar würde nicht ausbezahlt, weil der IWF »unzufrieden damit ist, dass Russland bei den Reformen eine Kehrtwendung macht«.[38] Pjotr Aven, ehemals Minister unter Jelzin, sagte: »Die manische Besessenheit des IWF hinsichtlich der Etat- und Geldpolitik sowie seine absolut oberflächliche und formalistische Einstellung gegenüber allem anderen … spielte bei dem, was folgte, keine kleine Rolle.«[39]

Am Tag nach der gezielten Indiskretion des IWF machte Jelzin im Vertrauen auf die Unterstützung des Westens seinen ersten unumkehrbaren Schritt in Richtung dessen, was nun offen als »Pinochet-Option« bezeichnet wurde: Er erließ Dekret 1400 und verkündete, die Verfassung sei außer Kraft gesetzt und das Parlament aufgelöst. Zwei Tage später entschieden sich die Abgeordneten in einer Sondersitzung mit 636 zu 2 Stimmen dafür, Jelzin wegen dieser Ungeheuerlichkeit des Amts zu entheben. Der Vizepräsident Alexander Ruzkoi erklärte, Russland hätte bereits »einen hohen Preis für das politische Abenteurertum« von Jelzin und den Reformern bezahlt.[40]

Irgendeine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Jelzin und dem Parlament war jetzt unvermeidlich geworden. Obwohl der russische Verfassungsgerichtshof abermals Jelzins Verhalten als verfassungswidrig beurteilte, stärkte Clinton ihm weiter den Rücken, und der US-Kongress bewilligte

Jelzin 2,5 Milliarden Dollar Hilfsgelder. Jelzin, der wieder Mut geschöpft hatte, ließ das Parlament von Truppen umstellen und wies die städtischen Energieversorger an, dem Weißen Haus Strom und Fernwärme abzustellen sowie die Telefonanschlüsse stillzulegen. Boris Kagarlitsky, Direktor des Instituts für Globalisierungsstudien in Moskau, erzählte mir, dass russische Demokratieanhänger »zu Tausenden herbeikamen und versuchten, die Blockade zu durchbrechen. Im Angesicht der Truppen und Polizeikräfte wurde zwei Wochen lang friedlich demonstriert, was dazu führte, dass die Blockade des Parlamentsgebäudes teilweise gelockert wurde, sodass Leute Lebensmittel und Wasser hineinbringen konnten. Von Tag zu Tag wurde der gewaltlose Widerstand populärer und gewann immer breitere Unterstützung.«

Nachdem sich beide Seite immer tiefer verschanzt hatten, wäre der einzige Kompromiss, um wieder aus der Sackgasse herauszukommen, gewesen, vorgezogenen Neuwahlen zuzustimmen, sodass die Leistungen aller auf den öffentlichen Prüfstand gekommen wären. Viele drängten auf diese Lösung, aber gerade als Jelzin seine Optionen abschätzte und angeblich zu Neuwahlen zu tendieren begann, traf aus Polen die Nachricht ein, dass dort die Wähler die Solidarność entschieden abgestraft hatten – die Partei, die sie mit der Schocktherapie betrogen hatte.

Als Jelzin und seine westlichen Berater von den Schlägen erfuhren, die Solidarność bei den Wahlen hatte einstecken müssen, wurde ihnen klar, dass vorgezogene Neuwahlen viel zu riskant wären. In Russland stand zu viel auf dem Spiel: gigantische Ölfelder, rund 30 Prozent der weltweiten Erdgasvorräte, 20 Prozent der Nickelvorkommen, ganz zu schwei-

gen von Waffenfabriken und dem staatlichen Medienapparat, mit dem die Kommunistische Partei die riesige Bevölkerung kontrolliert hatte.

Jelzin brach die Verhandlungen ab und ging in Angriffsstellung. Er hatte gerade die Militärausgaben verdoppelt, also war die Armee größtenteils auf seiner Seite; er »riegelte das Parlament mit Truppen des Innenministeriums, Stacheldraht und Wasserwerfern ab und ließ niemanden mehr passieren«, schrieb *The Washington Post*.[41] Vizepräsident Ruzkoi, Jelzins Hauptgegner im Parlament, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits seine Truppen bewaffnet und protofaschistische Nationalisten in seinem Lager willkommen geheißen. Er forderte seine Anhänger auf, Jelzins »Diktatur … keine Sekunde Ruhe« zu lassen.[42] Boris Kagarlitsky, der an den Protesten teilnahm und über die Zeit ein Buch schrieb, erzählte mir, dass am 3. Oktober eine Menschenmenge, die das Parlament unterstützte, »zum Ostankino-Fernsehzentrum marschierte und Sendezeit in den Nachrichten verlangte. Einige in der Menge waren bewaffnet, die meisten aber nicht. Sogar Kinder waren dabei. Die Menge wurde von Jelzins Truppen mit Maschinenpistolen aufgehalten.« Rund 100 Demonstranten und ein Militärangehöriger wurden getötet. Jelzins nächster Schritt war, alle Stadt- und Regionalräte des Landes auflösen zu lassen. Die junge russische Demokratie wurde Stück um Stück zerschlagen.

Zweifellos waren einige Parlamentarier nicht an einer friedlichen Beilegung des Konflikts interessiert und stachelten die Menge auf, aber wie selbst Leslie Gelb, früher im US-Außenministerium beschäftigt, schrieb, war das Parlament »nicht von einem Haufen rechter Verrückter dominiert«.[43] Ausgelöst hatten die Krise Jelzins ungesetzliche Auflösung des Parla-

ments und seine Missachtung des höchsten Gerichts – Schachzüge, die auf verzweifelten Widerstand treffen mussten, da das Land wenig Lust verspürte, die gerade errungene Demokratie wieder aufzugeben.*

Ein deutliches Signal aus Washington oder der EU hätte Jelzin zwingen können, ernsthaft mit den Abgeordneten zu verhandeln, stattdessen wurde er noch bestärkt. Am Morgen des 4. Oktober 1993 erfüllte sich schließlich Jelzins lange vorherbestimmtes Schicksal, und er wurde zum russischen Pinochet, der eine Reihe blutiger Ereignisse entfesselte, die unübersehbare Ähnlichkeiten mit dem Putsch genau zwanzig Jahre zuvor in Chile aufwiesen und mit denen er den Russen den dritten traumatischen Schock verabreichte. Einer zögerlichen Armee befahl er, das russische Weiße Haus zu stürmen und in Brand zu setzen; verkohlt blieb genau das Gebäude zurück, dessen Verteidigung ihn gerade einmal zwei Jahre zuvor berühmt gemacht hatte. Der Kommunismus mag zusammengebrochen sein, ohne dass ein einziger Schuss abgefeuert wurde, aber wie sich herausstellte, brauchte der Kapitalismus à la Chicagoer Schule jede Menge Gewehrfeuer, um sich zu verteidigen: Jelzin setzte 5000 Soldaten in Marsch, Dutzende

* In einer höchst bemerkenswerten Sensationsreportage schrieb *The Washington Post*: »Dann strömten 200 Demonstranten zum russischen Verteidigungsministerium, das die Verfügungsgewalt über die Kernwaffen des Landes hat und wo gerade die höchsten Generäle zusammengekommen waren« – was die absurde Vorstellung eröffnete, dass eine Menge Russen, die ihre Demokratie verteidigen wollten, deshalb einen Atomkrieg beginnen könnten. »Das Ministerium verschloss die Türen und hielt die Menge ohne Zwischenfall außen vor«, berichtete die Zeitung.

von Panzern und Panzerfahrzeugen, Hubschrauber und Elitetruppen mit automatischen Maschinenpistolen – all das, um Russlands neue kapitalistische Wirtschaft vor der ernsthaften Bedrohung durch die Demokratie zu schützen.

The Boston Globe berichtete von Jelzins Angriff auf das Parlament wie folgt: »Gestern kesselten zehn Stunden lang rund 30 russische Armeepanzer und gepanzerte Mannschaftswagen das Parlamentsgebäude in der Moskauer Innenstadt ein, das als Weißes Haus bekannt ist, und nahmen es immer wieder unter Feuer, genau wie Infanterietruppen mit Maschinenpistolen. Um 16.15 Uhr kamen rund 300 Wachen, Kongressabgeordnete und Mitarbeiter einer nach dem anderen mit erhobenen Händen aus dem Gebäude.«[44]

Am Ende des Tages hatte der militärische Rundumschlag annähernd 500 Menschen das Leben gekostet, fast 1000 wurden verwundet; so viel Gewalt hatte Moskau seit 1917 nicht mehr erlebt.[45] Peter Reddaway und Dmitri Glinski haben ein Standardwerk über die Jelzin-Jahre geschrieben *(The Tragedy of Russia's Reforms*: *Market Bolshevism against Democracy)*; darin berichten sie, dass »während der Säuberungsaktionen im und um das Weiße Haus herum 1700 Personen verhaftet und elf Waffen beschlagnahmt wurden. Einige Inhaftierte wurden in einem Stadion festgehalten – was an die Ereignisse in Chile nach Pinochets Putsch 1973 gemahnt.«[46] Viele wurden auf Polizeistationen gebracht, wo sie zusammengeschlagen wurden. Kagarlitsky erinnert sich, wie ihn ein Offizier auf den Kopf schlug und dabei anbrüllte: »Ihr wolltet Demokratie, ihr Schweine? Wir zeigen euch Demokratie!«[47]

Eine Wiederholung der Vorgänge in Chile war das aber nicht – die Reihenfolge dort war umgekehrt: Zunächst

putschte Pinochet, dann löste er die demokratischen Institutionen auf, und schließlich verabreichte er die Schocktherapie; Jelzin zwang einer Demokratie die Schocktherapie auf, und dann konnte er sie nur durchhalten, indem er die Demokratie auflöste und putschte. Beide Szenarien wurden vom Westen enthusiastisch unterstützt.

»Jelzin bekommt für Erstürmung breite Rückendeckung«, lautete eine Schlagzeile in der *Washington Post* nach dem Putsch, »ein Sieg für die Demokratie«. *The Boston Globe* titelte: »Russland entgeht einer Rückkehr ins Verlies seiner Vergangenheit.« Der US-Außenminister Warren Christopher flog nach Moskau, um Jelzin und Gaidar beizustehen, und erklärte: »Die Vereinigten Staaten unterstützen nicht leichten Herzens die Suspendierung von Parlamenten. Aber dies sind außergewöhnliche Zeiten.«[48]

In Russland sah man die Dinge anders. Jelzin, der durch die Verteidigung des Parlaments an die Macht gekommen war, hatte dieses jetzt buchstäblich in Brand gesetzt und es so stark verkohlt zurückgelassen, dass es den Spitznamen Schwarzes Haus bekam. Ein Moskauer mittleren Alters sagte einem ausländischen Fernsehteam entsetzt: »Die Menschen haben [Jelzin] unterstützt, weil er uns Demokratie versprochen hat, aber er hat diese Demokratie erschossen. Er hat sie nicht nur verletzt, er hat sie erschossen.«[49] Witalij Neiman, der während des Putschversuchs 1991 am Eingang des Weißen Hauses Wache gehalten hatte, formulierte den Verrat so: »Wir haben das genaue Gegenteil dessen bekommen, was wir erträumt haben. Wir sind für sie auf die Barrikaden gegangen, wir haben unser Leben riskiert, aber sie haben ihre Versprechen nicht gehalten.«[50]

Jeffrey Sachs, der für seinen Beweis gepriesen wurde, dass der Wandel zum freien Markt mit Demokratie kompatibel sein kann, unterstützte nach der Erstürmung des Parlaments weiterhin Jelzin öffentlich und diskreditierte dessen Gegner als »eine Gruppe ehemaliger Kommunisten, die von der Macht vergiftet sind«.[51] In seinem Buch *Das Ende der Armut*, in dem er sein Engagement in Russland zusammenfasst, übergeht Sachs diese dramatische Phase vollständig. Er erwähnt sie nicht einmal, genau wie er die Attacken auf Arbeiterführer weglässt, die sein Schockprogramm in Bolivien begleiteten.[52]

Nach dem Putsch herrschte in Russland eine uneingeschränkte Diktatur: Die gewählten Körperschaften waren aufgelöst, das Verfassungsgericht war wie die Verfassung selbst außer Kraft gesetzt, Panzer patrouillierten in den Straßen, eine Ausgangssperre war verhängt, und die Presse wurde gründlich zensiert; auch wenn die bürgerlichen Freiheiten bald wiederhergestellt waren.

Was taten die Chicago Boys und ihre westlichen Berater in diesem entscheidenden Moment? Dasselbe wie im schwelenden Santiago und wie später im brennenden Bagdad: Befreit von den Einmischungen der Demokratie veranstalteten sie eine Gesetzgebungsorgie. Drei Tage nach dem Staatsstreich erklärte Jeffrey Sachs, bis zu diesem Punkt habe es »keine Schocktherapie gegeben«, da der Plan »nur inkohärent und punktuell in die Praxis« umgesetzt worden sei. »Jetzt besteht die Chance, wirklich etwas zu tun«, sagte er.

Und sie taten wirklich etwas. »In diesen Tagen hat Jelzins liberales Ökonomenteam eine Glückssträhne«, berichtete *News-*

week. »Am Tag nach dem der russische Präsident das Parlament aufgelöst hatte, erging der Auftrag an die Marktreformer: Fangt an, Erlasse zu schreiben.« Das Magazin zitierte einen »jubelnden westlichen Wirtschaftswissenschaftler, der eng mit der Regierung zusammenarbeitet«, welcher klipp und klar sagte, dass in Russland die Demokratie immer ein Hindernis für die marktwirtschaftlichen Pläne gewesen sei. »Da das Parlament aus dem Weg geräumt ist, ist das eine großartige Zeit für Reformen … Die Ökonomen hier waren ziemlich deprimiert. Jetzt arbeiten wir Tag und Nacht.« In der Tat scheint nichts so sehr anzuspornen wie ein Putsch, denn Charles Blitzer, Chefökonom der Weltbank für Russland, sagte dem *Wall Street Journal*: »Nie zuvor in meinem Leben hatte ich so viel Spaß.«[54]

Dabei ging der Spaß gerade erst los. Während das Land noch unter dem Schlag taumelte, peitschten Jelzins Chicago Boys die strittigsten Maßnahmen ihres Programms durch: riesige Etatkürzungen, Aufhebung aller Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel einschließlich Brot, noch mehr und noch schnellere Privatisierungen – die Standardpolitik, die auf der Stelle so viel Elend bringt, dass man anscheinend einen Polizeistaat braucht, um einen Aufstand zu verhindern.

Nach Jelzins Staatsstreich riet Stanley Fischer, stellvertretender Direktor des IWF (und ein Chicago Boy der siebziger Jahre), »an allen Fronten so schnell wie möglich vorzugehen«.[55] Dasselbe meinte Lawrence Summers, der damals in der Regierung Clinton für die Gestalt der Russlandpolitik zuständig war. Die »drei ›Sierungen‹«, wie er sie nannte – »Privatisierung, Stabilisierung und Liberalisierung – müssen alle so schnell wie möglich zum Abschluss gebracht werden«.[56]

Der Wandel vollzog sich so rasch, dass die Russen unmög-

lich auf dem Laufenden bleiben konnten. Oft wussten die Arbeiter nicht einmal, dass ihre Fabriken und Bergwerke verkauft worden waren – ganz zu schweigen davon, zu welchen Bedingungen und an wen (eine tiefgreifende Irritation, wie ich sie ein Jahrzehnt später im Irak in staatlichen Fabriken selbst erleben sollte). Der Theorie nach sollte all dieses Mauscheln und Schachern den Wirtschaftsboom auslösen, der Russland aus seiner verzweifelten Lage erlösen sollte; in der Praxis wurde der kommunistische Staat einfach durch einen korporatistischen ersetzt: Nutznießer des Booms waren ein kleiner Club von Russen – viele von ihnen ehemalige Apparatschiks der Kommunistischen Partei – und eine Handvoll westlicher Investmentmanager, die mit den frisch privatisierten russischen Unternehmen schwindelerregende Renditen einfuhren. Eine Clique von neuen Milliardären, die wegen ihres fürstlichen Reichtums und ihrer Macht allgemein als »Oligarchen« bezeichnet werden, tat sich mit Jelzins Chicago Boys zusammen und raubte dem Land fast alles, was wertvoll war; die enormen Profite schafften sie mit einer Rate von zwei Milliarden Dollar pro Monat ins Ausland. Vor der Schocktherapie gab es in Russland keine Millionäre, bis 2003 war die Zahl der russischen Milliardäre laut der *Forbes*-Liste auf 17 angewachsen.[57]

Dies liegt unter anderem daran, dass Jelzin und sein Team – in einer seltenen Abweichung von der reinen Lehre der Chicagoer Schule – es nicht gestatteten, dass ausländische Multis Russlands Aktivposten direkt aufkauften; die Schätze erhielten Russen zugeschanzt, und erst dann wurden die jetzt den sogenannten Oligarchen gehörenden frisch privatisierten Unternehmen ausländischen Investoren geöffnet. Deren Gewinne waren noch immer astronomisch. »Suchen Sie nach einer In-

vestitionsmöglichkeit, die in drei Jahren 2000 Prozent abwerfen kann?«, fragte *The Wall Street Journal*. »Nur ein Aktienmarkt bietet diese Aussicht – Russland.«[58] Viele Investmentbanken, darunter Credit Suisse First Boston, und einige Finanziers mit gut gefüllten Taschen bauten in Russland umgehend spezielle Investmentgesellschaften auf.

Nur eine Wolke verdüsterte den Himmel der russischen Oligarchen und der ausländischen Investoren: Jelzins rasch abnehmende Popularität. Die Folgen des Wirtschaftsprogramms waren für den russischen Normalbürger so brutal und der Prozess selbst so offensichtlich korrupt, dass die Zustimmung für Jelzin in den einstelligen Bereich abstürzte. Wenn man Jelzin aus dem Amt warf, würde sein Nachfolger, wer auch immer das wäre, wahrscheinlich Russlands Abenteuer in Extremkapitalismus stoppen. Noch besorgniserregender war für die Oligarchen und die »Reformer«, dass es gute Argumente für eine Wiederverstaatlichung vieler Aktivposten gäbe, die unter nicht verfassungsgemäßen politischen Umständen verschleudert worden waren.

Im Dezember 1994 machte Jelzin das, was im Verlauf der Geschichte immer wieder Führer getan haben, die sich an der Macht halten wollten: Er zettelte einen Krieg an. Sein Sicherheitsratssekretär Oleg Lobow hatte einem Mitglied der Legislative anvertraut: »Wir brauchen einen kleinen, siegreichen Krieg, um die Umfragewerte des Präsidenten zu verbessern.« Und der Verteidigungsminister prophezeite, seine Armee könnte die Streitkräfte in der abtrünnigen Republik Tschetschenien binnen Stunden besiegen – ein Kinderspiel.[59]

Eine Zeit lang schien der Plan Erfolg zu zeitigen. In der

ersten Kriegsphase wurde die tschetschenische Unabhängigkeitsbewegung teilweise zerschlagen, und russische Truppen übernahmen den bereits aufgegebenen Präsidentenpalast in Grosny, sodass Jelzin den grandiosen Sieg erklären konnte. Er sollte sich aber als ein kurzfristiger Triumph erweisen, sowohl in Tschetschenien als auch in Moskau. Als für Jelzin 1996 die Wiederwahl anstand, war er noch immer so unbeliebt und seine Niederlage schien so unabwendbar, dass seine Berater mit dem Gedanken spielten, die Wahlen insgesamt auszusetzen; ein in allen überregionalen russischen Zeitungen veröffentlichter Brief einer Gruppe von russischen Bankiers deutete diese Möglichkeit an.[60] Jelzins Chefprivatisierer Anatoli Tschubais (den Sachs einmal als »Freiheitskämpfer« bezeichnet hatte) sprach sich mit am entschiedensten für die Pinochet-Option aus.[61] »Um in einer Gesellschaft Demokratie haben zu können, muss eine Diktatur an der Macht sein«, verkündete er.[62] Das war ein direkter Widerhall der Rationalisierungen, die die Chicago Boys in Chile für Pinochet und die Philosophie Deng Xiaopings für Friedmanismus ohne Freiheit gefunden hatten.

Letzten Endes wurde doch gewählt, und Jelzin gewann dank geschätzter 100 Millionen Dollar Wahlkampfspenden von den Oligarchen (das Dreiunddreißigfache dessen, was das Gesetz erlaubte) sowie achthundertmal mehr Medienauftritten in den von Oligarchien kontrollierten Fernsehsendern als seine Konkurrenten.[63] Da kein plötzlicher Regierungswechsel mehr drohte, konnten die hausgemachten Chicago Boys zum umstrittensten – und lukrativsten – Teil ihres Programms übergehen: das zu verkaufen, was Lenin einst als die strategisch entscheidenden Positionen betrachtet hatte.

40 Prozent einer Ölgesellschaft von der Größe der französischen Total wurden für 88 Millionen Dollar verkauft (allein der Umsatz von Total belief sich 2006 auf 193 Milliarden Dollar). Norilsk Nickel, für ein Fünftel der weltweiten Nickelproduktion verantwortlich, kostete 170 Millionen Dollar – obwohl allein die Profite des Unternehmens bald 1,5 Milliarden Dollar pro Jahr erreichten. Für den Ölgigant Jukos, der mehr Öl als Kuwait kontrolliert, wurden 309 Millionen Dollar bezahlt, heute verdient das Unternehmen jährlich über 3 Milliarden Dollar. 51 Prozent des Ölriesen Sidanko gingen für 130 Millionen Dollar weg; nur zwei Jahre später war dieser Unternehmensanteil auf dem internationalen Markt 2,8 Milliarden Dollar wert. Eine große Waffenfabrik wurde für drei Millionen Dollar verkauft, so viel kostet ein Ferienhaus im US-amerikanischen Aspen.[64]

Der Skandal bestand nicht nur darin, dass Russlands staatliche Aktivposten für einen Bruchteil ihres Werts verschleudert wurden – in echt korporatistischem Stil wurden sie auch noch mit öffentlichem Geld gekauft.

Die Journalisten Matt Bivens und Jonas Bernstein von der *Moscow Times* schrieben: »Ein paar handverlesene Männer übernahmen die vom russischen Staat erschlossenen Ölfelder umsonst; das war Teil eines riesigen Hütchenspiels, bei dem ein Zweig der Regierung den anderen bezahlte.« Frech taten sich die Politiker, die die Staatsfirmen verkauften, und die Unternehmer, die sie erwarben, zusammen, und mehrere von Jelzins Ministern, unter anderem Jegor Gaidar, transferierten große Summen öffentlicher Gelder, die an die Nationalbank oder an den Staatshaushalt hätten gehen müssen, auf Privatbanken, die hastig von den Oligarchen gegründet worden wa-

ren*. Dann beauftragte der Staat dieselben Banken mit den Privatisierungsauktionen der Ölfelder und Bergwerke. Die Banken organisierten die Versteigerungen, boten dabei auch selbst mit – und natürlich beschlossen die Oligarchen gehörenden Banken, sich selbst zu den stolzen neuen Eigentümern der zuvor dem Staat gehörenden Aktivposten zu machen. Das Geld, mit dem sie die Anteile an diesen öffentlichen Unternehmen kauften, waren mit hoher Wahrscheinlichkeit dieselben öffentlichen Mittel, die Jelzins Minister zuvor bei ihnen deponiert hatten.[65] Anders ausgedrückt: Das russische Volk gab das Geld für die Ausbeutung des eigenen Landes.

Einer der russischen »jungen Reformer« meinte, als die Kommunisten beschlossen hätten, die Sowjetunion aufzulösen, hätten sie »Macht gegen Besitz getauscht«.[66] Jelzins Familie wurde – genau wie die seines Mentors Pinochet – ausgesprochen reich, seine Kinder und ihre Ehepartner bekamen bei großen privatisierten Unternehmen Spitzenpositionen.

Als die Oligarchen die Schlüsselindustrien des russischen Staats fest in ihrer Hand hatten, öffneten sie ihre neuen Unternehmen für Blue-Chip-Multis, die sich große Anteile daran sicherten. 1997 gingen Royal Dutch/Shell und BP Partnerschaften mit den beiden russischen Ölgiganten Gasprom und Sidanko ein.[67] Das waren höchst profitable Investitionen, aber der Großteil der russischen Reichtümer blieb in den Händen russischer Akteure und gelangte nicht in die ihrer ausländischen Partner. Das war ein Versehen, das der IWF und das US-Finanzministerium bei den späteren Privatisierungsauk-

* Die beiden wichtigsten Oligarchen-Banken waren Michail Chodorkowskis Bank Menatep und Wladimir Potanins Uneximbank.

tionen in Bolivien und Argentinien erfolgreich korrigierten. Und nach der Invasion des Irak gingen die Vereinigten Staaten sogar noch weiter und versuchten, die lokale Elite völlig aus den lukrativen Privatisierungsgeschäften herauszuhalten.

Wayne Merry, während der entscheidenden Jahre von 1990 bis 1994 der politische Chefanalytiker an der amerikanischen Botschaft in Moskau, hat eingeräumt, dass es in Russland um eine nüchterne Entscheidung zwischen Demokratie und Marktinteressen gegangen sei. »Die US-Regierung zog die Wirtschaft der Politik vor. Wir entschieden uns dafür, die Preise zu befreien, die Industrie zu privatisieren und einen wirklich ungezügelten, unregulierten Kapitalismus aufzubauen, und im Grunde hofften wir, dass sich Recht und Ordnung, Zivilgesellschaft und repräsentative Demokratie daraufhin irgendwie automatisch entwickeln würden … Unglücklicherweise bedeutete die Entscheidung, den Volkswillen zu ignorieren und politischen Druck zu machen.«[68]

In dieser Zeit wurde in Russland so viel Profit gemacht, dass einige »Reformer« nicht der Versuchung widerstehen konnten, dabei mitzumischen. Mehr als bislang in jedem anderen Land entlarvte die Situation in Russland den Mythos vom Technokraten, jenem vergeistigten puristischen Marktwirtschaftler, der angeblich aus reiner Überzeugung wissenschaftliche Lehrbuchmodelle durchsetzt. Wie in Chile und China, wo zügellose Korruption und ökonomische Schocktherapie Hand in Hand gingen, verloren auch mehrere von Jelzins Ministern und stellvertretenden Ministern, die Anhänger der Chicagoer Schule waren, schließlich wegen aufsehenerregender Korruptionsskandale ihre Posten.[69]

Und dann waren da noch die Wunderkinder des Russland-Projekts von der Harvard University, die die Aufgabe hatten, die Privatisierungen und den Investmentmarkt des Landes zu organisieren. Wie sich herausstellte, profitierten der Harvard-Ökonomieprofessor Andrei Shleifer und sein Stellvertreter Jonathan Hay – die beiden Wissenschaftler, die das Ganze leiteten – unmittelbar von dem Markt, den sie so fleißig erschufen. Während Shleifer als Chefberater in Sachen Privatisierungspolitik für Gaidars Team fungierte, investierte seine Frau viel Geld in privatisierte russische Unternehmen. Hay, ein dreißigjähriger Absolvent der Harvard Law School, investierte auch persönlich in privatisierte russische Ölaktien, was angeblich unmittelbar gegen den Vertrag zwischen Harvard und USAID verstieß. Und während Hay der russischen Regierung half, einen neuen Investmentmarkt aufzubauen, bekam seine Freundin und spätere Frau die erste Lizenz für die Gründung einer Investmentgesellschaft in Russland, die anfangs von dem Harvard-Büro aus gemanagt wurde, das die US-Regierung finanzierte. (Theoretisch war Sachs als Leiter des Harvard Institute for International Development, unter dessen Dach das Russland-Projekt beheimatet war, für einen Teil dieser Zeit der Chef von Shleifer und Hay. Allerdings arbeitete Sachs damals nicht mehr in Russland und wurde auch nie mit irgendwelchen der fragwürdigen Aktionen in Verbindung gebracht.)[70]

Als dieser Filz ans Licht kam, verklagte das US-Justizministerium Harvard, weil die Geschäfte von Shleifer und Hay gegen die geschlossenen Verträge verstießen, denen zufolge sie nicht persönlich von ihrer Arbeit auf höchster Ebene profitieren durften. Nach siebenjährigen Ermittlungen und Rechts-

streitigkeiten kam der U.S. District Court in Boston zu dem Urteil, dass Harvard die Verträge gebrochen hätte, dass die beiden Akademiker »konspirierten, um die Vereinigten Staaten zu betrügen«, dass »Shleifer offenkundig Eigengeschäfte tätigte«, dass »Hay versuchte, über seinen Vater und seine Freundin 400 000 Dollar zu waschen«.[71] In einem Vergleich einigte man sich darauf, dass Harvard 26,5 Millionen Dollar bezahlte, die höchste Summe in der Geschichte der Universität. Schleifer willigte ein, zwei Millionen Dollar zu bezahlen und Hay, abhängig von seinen Einkünften, ein bis zwei Millionen Dollar. Eine Schuld gestanden aber beide nicht ein.[72] *

Vielleicht waren solche »Eigengeschäfte« unvermeidlich, wenn man das Wesen des russischen Experiments bedenkt. Anders Åslund, einer der einflussreichsten westlichen Ökonomen in Russland zu jener Zeit, behauptete, die Schocktherapie würde funktionieren, weil »die unglaublichen Anreize oder Versuchungen des Kapitalismus mehr oder weniger alles erobern«.[73] Wenn Gier also der Motor des russischen Umbaus sein sollte, dann wollten bestimmt die Leute von Harvard und ihre Frauen und Freundinnen genau wie Jelzins Mitarbeiter und seine Familie einfach nur mit gutem Beispiel vorangehen, als sie selbst bei dem Wirbel mitmischten.

Das führt zu einer quälenden und bedeutsamen Frage: Sind die Ideologen des freien Marktes »Überzeugungstäter«, die

---

* Unglücklicherweise ging das Geld nicht an das russische Volk, an die wirklichen Opfer des korrupten Privatisierungsprozesses, sondern floss an die US-Regierung zurück – genau wie beim Whistleblower-Prozess gegen amerikanische Subunternehmer im Irak die Vergleichszahlung zwischen der US-Regierung und dem amerikanischen Whistleblower aufgeteilt wird.

aus ihrer Ideologie und dem Glauben heraus handeln, dass freie Märkte die Unterentwicklung kurieren können, wie so oft versichert wird, oder dienen ihre Ideen und Theorien oft nur als elaborierte Rationalisierung, damit die Leute ihrer ungezügelten Gier frönen und sich zugleich auf altruistische Motive berufen können? Natürlich sind alle Ideologien korrumpierbar (wie die russischen Apparatschiks zweifelsfrei bewiesen, die sich unter dem Kommunismus Privilegien im Überfluss genehmigten), und es gibt sicher auch ehrliche Neoliberale. Aber Ökonomie nach Art der Chicagoer Schule scheint besonders förderlich für Korruption zu sein. Wenn man akzeptiert, dass Profitstreben und Gier, massenhaft praktiziert, jeder denkbaren Gesellschaft den größtmöglichen Nutzen bringen, dann kann so gut wie jeder Akt persönlicher Bereicherung als Beitrag zum großen kreativen Kessel des Kapitalismus gerechtfertigt werden, der Reichtum erzeugt und Wirtschaftswachstum stimuliert – auch wenn das nur einem selbst und den Kollegen dient.

George Soros' wohltätige Arbeit in Osteuropa – einschließlich der Finanzierung von Jeffrey Sachs' Reisen in der Region – blieb nicht gefeit vor Kontroversen. Zweifellos engagierte sich Soros sehr für die Demokratisierung im ehemaligen Ostblock, aber er hatte auch ein eindeutiges ökonomisches Interesse an den Wirtschaftsreformen, die jene Demokratisierung begleiteten. Als mächtigster Devisenhändler der Welt zog er großen Nutzen daraus, wenn Länder frei konvertierbare Währungen einführten und den Kapitalverkehr erleichterten, und wenn Staatsunternehmen versteigert wurden, zählte er zu den potenziellen Käufern.

Es wäre absolut legal gewesen, wenn Soros direkt von den

Märkten profitiert hätte, bei deren Öffnung er – als Wohltäter – beteiligt war, aber es hätte nicht gut ausgesehen. Eine Zeit lang vermied er den Anschein von Interessenkonflikten, indem er seine Firmen nicht in Ländern investieren ließ, in denen seine Stiftungen aktiv waren. Doch als Russland zum Verkauf stand, konnte Soros der Versuchung nicht länger widerstehen. 1994 erklärte er, er habe seine Politik »aufgrund der Tatsache modifiziert, dass sich in der Region wirklich Märkte entwickeln und ich weder einen Grund noch das Recht habe, meinen Fonds oder meinen Aktionären die Möglichkeit zu verweigern, dort zu investieren, oder jenen Ländern nicht die Gelegenheit zu geben, an einige dieser Fonds heranzukommen«. So hatte Soros bereits 1994 Anteile an dem privatisierten russischen Telefonunternehmen erworben (eine sehr schlechte Investition, wie sich herausstellte) und sich in Polen in ein großes Lebensmittelunternehmen eingekauft.[74] Direkt nach dem Scheitern des Kommunismus war Soros, aufgrund von Sachs' Arbeit, einer der entschiedensten und aktivsten Befürworter des Schockansatzes bei der wirtschaftlichen Transformation. Doch Ende der neunziger Jahre machte er offenbar einen Sinneswandel durch und zählt seither zu den führenden Kritikern der Schocktherapie. Seine Stiftungen haben den Auftrag, NGOs zu finanzieren, die sich darauf konzentrieren, Maßnahmen gegen die Korruption zu ergreifen, noch ehe Privatisierungen stattfinden.

Diese Einsicht kam viel zu spät, um Russland vor dem Spielcasino-Kapitalismus zu bewahren. Die Schocktherapie hatte das Land für ganze Ströme sogenannten heißen Geldes geöffnet – kurzfristige spekulative Investitionen und Devisenge-

schäfte, die höchst profitabel sind. Solche umfangreichen Spekulationsgeschäfte hatten zur Folge, dass Russland völlig ungeschützt war, als sich 1998 die asiatische Finanzkrise (Thema von Kapitel 13) ausbreitete. Die bereits bedenklich labile russische Wirtschaft brach komplett zusammen. Die Öffentlichkeit machte Jelzin dafür verantwortlich, und seine Umfragewerte stürzten auf völlig unhaltbare sechs Prozent Zustimmung ab.[75] Da die Zukunft der Oligarchen wieder einmal auf der Kippe stand, brauchte man erst noch einen weiteren großen Schock, um das Wirtschaftsprojekt zu retten und die Gefahr abzuwenden, dass wirklich Demokratie in Russland Einzug hielt.

Im September 1999 wurde das Land von einer Serie überaus grausamer Terroranschläge erschüttert: Scheinbar aus heiterem Himmel wurden nachts vier Mietshäuser in die Luft gejagt, wobei fast 300 Menschen starben. Was folgte, dürfte seit dem 11. September 2001 allen Amerikanern bekannt vorkommen: Jedes andere Thema wurde von der politischen Tagesordnung verdrängt, und zwar von der einzigen Kraft auf Erden, die so etwas zustande bringt. »Ganz schlichte Angst war es«, erklärt die russische Journalistin Jewgenia Albats. »Plötzlich schien es, als wären all diese Diskussionen über Demokratie, Oligarchen unwichtig – nichts im Vergleich zu dieser Angst, in der eigenen Wohnung zu sterben.«[76]

Den Auftrag, die »Tiere« zur Strecke zu bringen, bekam der russische Ministerpräsident, der knallharte und etwas undurchschaubare Wladimir Putin.[77]* Ende September 1999,

---

* Angesichts der offenkundigen kriminellen Energie russischer Politiker verwundert es nicht, dass diese Vorgänge von Verschwörungstheorien umrankt sind. Viele Russen glauben, Tschetschenen hätten

unmittelbar nach den Bombenanschlägen, ließ Putin Luftangriffe auf Tschetschenien fliegen und dort auch zivile Objekte angreifen. Dass Putin 17 Jahre lang für den KGB gearbeitet hatte – die am meisten gefürchtete Institution der kommunistischen Ära –, erschien vielen Russen angesichts des Terrors nun plötzlich vertrauenerweckend. Da Jelzins Alkoholmissbrauch ihn immer öfter an der Ausübung seiner Amtsgeschäfte hinderte, war Putin als Protektor in der perfekten Ausgangsposition, ihm im Präsidentenamt nachzufolgen. Da der Krieg in Tschetschenien eine gründliche Debatte ausschloss, arrangierten mehrere Oligarchen eine unauffällige Machtübergabe von Jelzin an Putin am 31. Dezember 1999, Wahlen waren nicht nötig. Doch ehe er die Macht abgab, warf Jelzin einen letzten Blick in Pinochets Lehrbuch und verlangte für sich Immunität. Putins erste Amtshandlung als Präsident war ein Gesetz, das Jelzin vor jeder strafrechtlichen Verfolgung schützt, sei es wegen Korruption oder der Erschießung von Demokratie-Demonstranten durch das Militär, die unter seine Verantwortung fiel.

Im historischen Rückblick gilt Jelzin eher als korrupter Hanswurst denn als gefährlicher starker Mann. Doch seine Wirtschaftspolitik und die Kriege, die er als Ablenkungsmanöver anzettelte, haben erheblich zum Blutzoll des Kreuzzuges der Chicagoer Schule beigetragen, der seit dem chilenischen Putsch in den siebziger Jahren stetig zugenommen hat. Ne-

---

nichts mit diesen Bombenanschlägen auf die Mietshäuser zu tun und das Ganze sei eine Geheimoperation gewesen, um Putin zum unbestrittenen Erben von Jelzin zu machen.

ben den Opfern von Jelzins Oktoberputsch wurden bei den Kriegen in Tschetschenien geschätzte 100 000 Zivilisten getötet.[78] Die von Jelzin heraufbeschworenen größeren Massaker fanden zwar in Zeitlupe statt, forderten aber noch viel mehr Opfer – die »Kollateralschäden« der wirtschaftlichen Schocktherapie.

Nie haben so viele Menschen in so kurzer Zeit ohne größere Hungersnöte, Seuchen oder Kriege ihr Leben verloren. Bis 1998 waren über 80 Prozent der russischen Bauernhöfe bankrott, und rund 70 000 staatliche Fabriken waren geschlossen, was zu einer Epidemie an Arbeitslosigkeit führte. Im Jahr 1989, vor der Schocktherapie, lebten in der Russischen Föderation zwei Millionen Menschen in Armut – von weniger als vier Dollar pro Tag. Als die Schocktherapeuten Mitte der neunziger Jahre ihre »bittere Pillen« verabreicht hatten, lebten der Weltbank zufolge 74 Millionen Russen unter der Armutsgrenze. Das heißt, dass die russischen »Wirtschaftsreformen« für die Verarmung von *72 Millionen Menschen in bloß acht Jahren* verantwortlich waren. 1996 lebten 25 Prozent aller Russen – fast 37 Millionen Menschen – in so ärmlichen Verhältnissen, dass ihre Lage als »verzweifelt« beschrieben wurde.[79]

Auch wenn Millionen von Russen in den letzten Jahren vor allem dank der in die Höhe geschossenen Öl- und Gaspreise der Armut entfliehen konnten, blieb es bei der Unterschicht extrem verelendeter Menschen – mit all den Krankheiten, die damit einhergehen. So miserabel das Leben unter dem Kommunismus mit überbelegten, schlecht geheizten Wohnungen auch war, die Russen hatten wenigstens ein Dach über dem Kopf; im Jahr 2006 gab die Regierung zu, dass in Russland

715 000 Kinder kein Zuhause haben – UNICEF hingegen setzt deren Zahl mit bis zu 3,5 Millionen an.[80]

Während des Kalten Kriegs wurde der in der UdSSR weitverbreitete Alkoholmissbrauch im Westen als Beweis dafür gesehen, dass das Leben unter dem Kommunismus so trostlos war, dass die Russen große Mengen Wodka brauchten, um den Tag zu überstehen. Unter dem Kapitalismus jedoch trinken die Russen mehr als doppelt so viel Alkohol wie früher – und sie greifen auch zu härteren Betäubungsmitteln. Alexsander Michailow, der russische Drogenzar, behauptet, die Zahl der Abhängigen sei zwischen 1994 und 2004 um 900 Prozent auf über vier Millionen angestiegen, von denen viele heroinsüchtig sind. Der Drogenmissbrauch hat einen weiteren stummen Mörder auf den Plan gerufen: 1995 waren 50 000 Russen HIV-positiv, in den folgenden beiden Jahren verdoppelte sich diese Zahl, und zehn Jahre später waren UNAIDS zufolge fast eine Million Russen HIV-positiv.[81]

Das sind langsame Todesarten, aber es gibt auch schnelle. Sobald 1992 die Schocktherapie gestartet worden war, begann die in Russland ohnehin hohe Selbstmordrate zu steigen; 1994, auf dem Höhepunkt von Jelzins »Reformen«, war sie fast doppelt so hoch wie acht Jahre zuvor. Die Russen brachten sich nun auch viel häufiger gegenseitig um: Die Zahl der Gewaltverbrechen hatte sich 1994 mehr als vervierfacht.[82]

»Was haben unser Vaterland und das Volk von den letzten 15 kriminellen Jahren gehabt?«, fragte Wladimir Gusew, ein Moskauer Gelehrter, bei einer Demokratie-Demonstration 2006. »Die Jahre des kriminellen Kapitalismus haben zehn Prozent unserer Bevölkerung getötet.« In der Tat geht in Russland die Einwohnerzahl dramatisch zurück – das Land verliert

rund 700 000 Menschen pro Jahr. Zwischen 1992, dem ersten vollen Jahr der Schocktherapie, und 2006 schrumpfte die russische Bevölkerung um 6,6 Millionen.[83] Drei Jahrzehnte zuvor hatte André Gunder Frank, der Dissident der Chicagoer Schule, Milton Friedman in einem offenen Brief »ökonomischen Völkermord« vorgeworfen. Heute benutzen viele Russen ähnliche Formulierungen, wenn sie vom langsamen Verschwinden ihrer Mitbürger sprechen.

Dieses geplante Elend wird umso grotesker, als der von der Oberschicht angehäufte Reichtum in Moskau zur Schau gestellt wird, wie sonst nur noch in einer Handvoll von Ölscheichtümern. Im heutigen Russland ist der Wohlstand so ungleich verteilt, dass Reich und Arm nicht nur in verschiedenen Ländern, sondern in verschiedenen Jahrhunderten zu leben scheinen. Die eine Zeitzone heißt Moskauer Innenstadt und ist im Zeitraffertempo in ein futuristisches Sündenbabel des 21. Jahrhunderts verwandelt worden; dort rasen von Elitesöldnern geschützte Oligarchen in Konvois von schwarzen Mercedes-Limousinen herum, und Investmentmanager aus dem Westen werden am Tag von den großzügigen Regeln für den Kapitalverkehr und in der Nacht von ihnen kostenlos zur Verfügung gestellten Prostituierten verführt. In der anderen Zeitzone antwortet ein siebzehnjähriges Provinzmädchen auf die Frage, was es sich von der Zukunft erhoffe: »Es ist schwierig, über das 21. Jahrhundert zu reden, wenn man bei Kerzenlicht lesen muss. Das 21. Jahrhundert zählt nicht. Hier herrscht das 19. Jahrhundert.«[84] Diese Ausplünderung eines so reichen Landes wie Russland brauchte eine extreme Art von Terrorismus – vom Abfackeln des Parlaments bis zur Invasion von Tschetschenien. »Eine Politik, die Armut und

Verbrechen hervorbringt«, schreibt Georgij Arbatow, einer von Jelzins ursprünglichen (und ignorierten) Wirtschaftsberatern, »… kann nur überleben, wenn die Demokratie unterdrückt wird.«[85] Genau wie im südlichen Lateinamerika, wie in Bolivien während des Belagerungszustands, wie in China während des Tiananmen-Massakers. Und genauso sollte es in Irak kommen.

Im Zweifelsfall der Korruption die Schuld geben

Wenn man westliche Nachrichten und Berichte über Russland aus der Zeit der Schocktherapie wiederliest, fällt ins Auge, wie sehr die Diskussionen jener Zeit den Debatten über den Irak gleichen, die über ein Jahrzehnt später aufkommen sollten. Sowohl für die Regierung Bush senior als auch für die Regierung Clinton, von der Europäischen Union, den G7 und dem IWF ganz zu schweigen, bestand das Ziel in Russland eindeutig darin, den bislang existierenden Staat auszulöschen und damit die Voraussetzungen für eine kapitalistische Prasserei zu schaffen, die ihrerseits wiederum eine boomende marktwirtschaftliche Demokratie in Gang setzen würde – gemanagt von allzu selbstbewussten Amerikanern, die kaum ihre Ausbildung abgeschlossen hatten. Anders ausgedrückt: Ein Irak ohne Sprengstoffe.

Als sich die Begeisterung für die Schocktherapie in Russland auf dem Höhepunkt befand, waren ihre Einpeitscher absolut davon überzeugt, dass nur die völlige Zerstörung jeder einzelnen Institution die Voraussetzungen für eine nationale Wiedergeburt schaffen würde – der altbekannte Traum

von der Tabula rasa, der in Bagdad erneut auftauchen sollte. Es sei »wünschenswert«, schrieb der Harvard-Historiker Richard Pipes, »dass Russland weiter zerfällt, bis von den institutionellen Strukturen nichts mehr übrig ist«,[86] Und der Wirtschaftswissenschaftler Richard Ericson von der Columbia University erklärte 1995: »Jede Reform muss in historisch beispiellosem Maßstab zerstörerisch sein. Eine ganze Welt muss entsorgt werden, mit all ihren ökonomischen und den allermeisten sozialen und politischen Institutionen, bis hin zu den physischen Strukturen der Produktion, des Kapitals und der Technologie.«[87]

Und noch eine Parallele zum Irak: Egal, wie sehr sich Jelzin allem entgegenstellte, was an Demokratie erinnerte, seine Regierungspolitik wurde im Westen immer als Teil des »Übergangs zur Demokratie« charakterisiert. Diese Sichtweise änderte sich erst, als Putin anfing, gegen die illegalen Aktivitäten mehrerer Oligarchen vorzugehen. Ähnlich porträtierte die Regierung Bush den Irak immer als auf dem Weg in die Freiheit, selbst als sich die Beweise für grassierende Folter, außer Kontrolle geratene Todesschwadronen und um sich greifende Pressezensur häuften. Russlands Wirtschaftsprogramm wurde immer als »Reform« deklariert, genau wie der Irak ständig »im Wiederaufbau« ist, obwohl die amerikanischen Subunternehmer fast alle geflohen sind und die Infrastruktur als Trümmerfeld zurückgelassen haben, während die Zerstörungen weitergehen. Wer Mitte der neunziger Jahre in Russland die Weisheit »der Reformer« in Frage zu stellen wagte, wurde als nostalgischer Stalinist hingestellt, genau wie man Kritikern der Besetzung des Iraks jahrelang vorwarf, sie würden glauben, das Leben sei unter Saddam Hussein besser gewesen.

Als es nicht mehr möglich war, das Scheitern der russischen Schocktherapie zu leugnen, sprach man von der russischen »Korruptionskultur« und spekulierte, die Russen seien für echte Demokratie »noch nicht bereit«, weil sie so lange unter einem autoritären Regime gelebt hätten. Die Ökonomen der Washingtoner Denkfabriken schworen hastig der von ihnen selbst in Russland mitaufgebauten Frankenstein-Wirtschaft ab und geißelten sie als »Mafiakapitalismus« – angeblich ein Phänomen, das dem russischen Charakter zu eigen sei. »Aus Russland wird nie etwas Gutes kommen«, zitierte *The Atlantic Monthly* 2001 in einem Bericht einen russischen Büroangestellten. In der *Los Angeles Times* verkündete der Journalist und Schriftsteller Richard Lourie: »Die Russen sind derartige Katastrophenhanseln, dass sie selbst aus etwas Vernünftigem und Banalem wie dem Wählen oder dem Geldverdienen einen totalen Schlamassel machen.«[88] Der Wirtschaftswissenschaftler Anders Åslund hatte behauptet, die »Versuchungen des Kapitalismus« allein würden Russland transformieren, die schiere Macht der Gier würde den Impuls liefern, um das Land wiederaufzubauen. Als er ein paar Jahre später gefragt wurde, was schiefgegangen sei, antwortete er: »Korruption, Korruption und nochmal Korruption« – als wäre Korruption etwas anderes als der ungezügelte Ausdruck der »Versuchungen des Kapitalismus«, die er so enthusiastisch gepriesen hatte.[89]

Diese ganze Farce wurde ein Jahrzehnt später erneut aufgeführt, um das Verschwinden von Milliarden an Wiederaufbaudollar im Irak zu erklären, wobei das verheerende Erbe Saddams und der pathologische »radikale Islam« nun das Erbe des Kommunismus und Zarismus ersetzten. Auch im

Irak schlug der Ärger der Amerikaner über die offensichtliche Unfähigkeit der Iraker, das Geschenk der »Freiheit« mit vorgehaltener Waffe zu akzeptieren, in Beleidigungen um – nur dass sich im Irak die Wut nicht nur in hässlichen Kommentaren über »undankbare« Iraker äußerte, sondern von amerikanischen und britischen Soldaten auch an Leib und Leben irakischer Zivilisten ausgelassen wurde.

Das eigentliche Problem bei der Schuldzuweisung an die Russen ist, dass sie jede ernsthafte Nachfrage verhindert, was uns die ganze Episode über das wahre Antlitz des Kreuzzugs für unregulierte freie Märkte lehren kann, des mächtigsten politischen Trends der vergangenen drei Jahrzehnte. Von der Korruption vieler Oligarchen wird noch immer wie von einem fremdartigen Einfluss geredet, der die ansonsten ehrenwerten marktwirtschaftlichen Planungen infiziert hatte. Die Korruption war aber kein Eindringling auf dem »reformierten« russischen freien Markt: Rasche und schmutzige Geschäfte wurden in jeder Phase von westlichen Kräften befürwortet, weil sie die schnellste Möglichkeit seien, die Wirtschaft in Gang zu bringen. Die Gier zur Rettung der Nation einzuspannen war das Einzige, was die russischen Chicago Boys und ihre Berater als eine Art Plan für die Zeit nach der Zerstörung aller russischen Institutionen parat hatten.

Die katastrophalen Folgen waren auch keine russische Besonderheit; die gesamte dreißigjährige Geschichte des Chicagoer Experiments ist eine der massenhaften Korruption und der korporatistischen Mauschelei zwischen Polizeistaaten und Großunternehmen – von Chiles Piranhas und den einander zugeschanzten Privatisierungen in Argentinien über die russischen Oligarchen und Enrons Energie-Hütchen-

spiel bis hin zur »Freibetrugszone« im Irak. Die Schocktherapie dient dem Zweck, die Tür für Gelegenheiten zu öffnen, sehr rasch enorme Profite zu machen – nicht trotz der Gesetzlosigkeit, sondern genau wegen ihr. »Russland ist zu einem Klondike für internationale Fondsspekulanten geworden«, lautete eine Schlagzeile in einer russischen Zeitung 1997, und *Forbes* erklärte Russland und Zentraleuropa zum »neuen Pionierland«.[90] Die Begriffe aus der Kolonialzeit waren durch und durch angemessen.

Die von Milton Friedman in den fünfziger Jahren losgetretene Bewegung versteht man am besten als Versuch des multinationalen Kapitals, das höchst profitable, gesetzlose Neuland, das Adam Smith, der intellektuelle Urahn der heutigen Neoliberalen, so bewundert hatte, wiederzubekommen – nur auf etwas andere Weise. Statt sich auf die Reise zu Smith' »wilden und barbarischen Völkern« ohne abendländische Gesetzgebung zu machen (was praktisch nicht mehr möglich war), ging diese Bewegung daran, systematisch bestehende Gesetze und Regelungen abzubauen, um jene frühere Gesetzlosigkeit neu zu erschaffen. Und während Smith' Kolonisten ihre Rekordprofite einstrichen, indem sie »unbebaute Ländereien … um eine Kleinigkeit« erwarben, betrachten heute die Multis Regierungsprogramme, staatliche Unternehmen und alles, was nicht zum Verkauf steht, als Territorium, das man erobern und sich aneignen kann – das Postamt, Nationalparks, Schulen, soziale Sicherheit, Katastrophenhilfe und alles sonst, was die Öffentlichkeit aufgebaut hat.[91]

Für die Ökonomie der Chicagoer Schule fungiert der Staat als das koloniale Neuland, das unternehmerische Konquis-

tadoren mit derselben Rücksichtslosigkeit und Energie ausplündern, die ihre Vorgänger an den Tag legten, als sie das Gold und Silber der Anden abschleppten. Wo Smith auf den Pampas und in den Prärien fruchtbare grüne Felder sah, die in profitables Ackerland umzuwandeln waren, erkannte die Wall Street »grüne Felder voll Chancen« in Chiles Telefongesellschaft, Argentiniens Fluglinie, Russlands Ölfeldern, Boliviens Wasserversorgung, den öffentlichen Rundfunkanstalten der USA, Polens Fabriken – alle mit öffentlichen Mitteln aufgebaut und dann um eine Kleinigkeit verkauft.[92] Und dann lockten noch die Schätze, die dadurch entstanden, dass man den Staat dafür einspannte, Patente und Preisetiketten an Lebensformen und natürliche Ressourcen zu heften, die bislang niemand als Ware betrachtet hatte – Saatgut, Gene, Kohlendioxid in der Erdatmosphäre. Mit ihrer rastlosen Suche nach Profitneuland im öffentlichen Bereich spielten die Ökonomen der Chicagoer Schule eine ähnliche Rolle wie die Kartographen der Kolonialzeit, die neue Wasserwege durch das Amazonasgebiet verzeichneten oder das Goldversteck in einem Inka-Tempel markierten.

Korruption ist ebenso sehr integraler Bestandteil dieses heutigen Neulands wie sie es bei der kolonialen Goldsuche war. Da die wichtigsten Privatisierungsgeschäfte immer im Tumult einer wirtschaftlichen oder politischen Krise getätigt werden, sind nie eindeutige Gesetze oder wirkungsvolle Vorschriften in Kraft: Die Atmosphäre ist chaotisch, die Preise sind flexibel – und die Politiker auch. Was wir seit drei Jahrzehnten erleben, ist Neulandkapitalismus, wobei die Pioniere ständig von Krise zu Krise vorpreschen und weiterziehen, sobald das Gesetz sie einzuholen droht.

Und so diente der Aufstieg der milliardenschweren russischen Oligarchen ganz und gar nicht als warnendes Beispiel, sondern bewies exakt, wie profitabel das Abräumen eines Industriestaates sein kann – und die Wall Street verlangte nach mehr. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Sowjetreichs verstärkten das US-Finanzministerium und der IWF ihre Forderungen nach sofortigen Privatisierungen in anderen krisengeschüttelten Ländern erheblich. Zum bislang dramatischsten Fall kam es 1994, dem Jahr nach Jelzins Putsch, als Mexikos Wirtschaft eine tiefe Talsohle durchschritt, die als die »Tequila-Krise« bekannt wurde: Die amerikanische Hilfe war an die Bedingung sofortiger Privatisierungen geknüpft, und *Forbes* verkündete, dass aus diesem Prozess 23 frischgebackene Milliardäre hervorgingen. »Die hieraus zu ziehende Lehre ist ziemlich einfach: Um vorherzusagen, wo die nächste Welle von Milliardären herkommen wird, muss man sich nach Ländern umschauen, deren Märkte sich öffnen.« Mexiko wurde dabei auch für bislang unbekannte ausländische Investitionen aufgeknackt: 1990 war nur eine mexikanische Bank in ausländischem Besitz, aber »bis 2000 waren 24 von 30 in ausländischen Händen«.[93] Eindeutig war aus den Vorgängen in Russland nur die Lehre zu ziehen, dass der Transfer von Reichtum umso profitabler ist, je schneller und gesetzloser er vollzogen wird.

Das wusste nicht zuletzt Gonzalo Sánches de Lozade (Goni), der Geschäftsmann, in dessen Wohnzimmer 1985 der Plan für die bolivianische Schocktherapie ausgearbeitet wurde. Mitte der neunziger Jahre verkaufte er als Präsident des Landes die bolivianische Ölgesellschaft, die Fluglinie, die Eisenbahn, Strom- und Telefonversorger – alle bis dahin in Staatsbe-

sitz. Im Gegensatz zu Russland, wo die dicksten Brocken an Einheimische gingen, zählten zu den Gewinnern von Boliviens Resteverkauf unter anderem Enron, Royal Dutch/Shell, Amoco Corp. und Citicorp – hier wurde direkt an sie verkauft, einer Partnerschaft mit einheimischen Unternehmen bedurfte es nicht.[94] *The Wall Street Journal* beschrieb den Wilden Westen 1995 in La Paz: »Das Radisson Plaza Hotel platzt aus allen Nähten, so voll ist es mit Managern großer US-Unternehmen wie AMR Corp. American Airlines, MCI Communications Corp. Exxon Corp. und Salomon Brothers Inc. Bolivien hat sie eingeladen, die Gesetze neu zu formulieren, die jene Sektoren regeln, die privatisiert werden sollen, und ihre Gebote für die zum Verkauf stehenden Unternehmen abzugeben« – ein nettes Arrangement. »Wichtig ist, diese Vorgänge irreversibel zu machen und sie zu Ende zu bringen, ehe die Antikörper sich einschalten«, sagte Präsident Sánchez de Lozada zur Erklärung seines Schocktherapieansatzes. Um absolut sicherzustellen, dass jene »Antikörper« sich nicht einschalteten, machte die bolivianische Regierung etwas, das sie unter vergleichbaren Umständen schon einmal getan hatte: Sie verhängte erneut einen längeren »Belagerungszustand«, für dessen Dauer politische Versammlungen verboten waren und alle Gegner der Veränderungen verhaftet werden durften.[95]

Dies waren auch die Jahre des berüchtigten, korrupten Privatisierungszirkus in Argentinien, der in einem Investmentbericht von Goldman Sachs als »eine wilde neue Welt« gefeiert wurde. Carlos Menem, der peronistische Präsident, der sich als die Stimme der Arbeiterklasse hatte wählen lassen, gab den Zirkusdirektor, der die Staatsunternehmen erst verschlankte, dann verkaufte: die Ölfelder, die Telefongesell-

schaft, die Fluglinie, die Züge, den Flughafen, die Autobahnen, die Wasserversorgung, die Banken, den Zoo von Buenos Aires und schließlich noch die Post und die staatliche Rentenkasse. Während die Reichtümer des Landes ins Ausland abflossen, wurde der Lebensstil der argentinischen Politiker immer großzügiger. Der einst für seine Lederjacken und seine breiten Arbeiter-Koteletten bekannte Menem begann italienische Anzüge zu tragen und nahm, wie es heißt, die Dienste eines Schönheitschirurgen in Anspruch (»ein Bienenstich« erklärte er seine geschwollenen Gesichtszüge). Maria Julia Alsogaray, Menems Privatisierungsministerin, posierte für die Titelseite eines populären Magazins mit nichts weiter als einem kunstvoll drapierten Pelzmantel, während Menem nun einen feuerroten Ferrari Testarossa fuhr – das »Geschenk« eines dankbaren Geschäftsmannes.[96]

Die Länder, die Russlands Privatisierungen nachmachten, erlebten auch mildere Varianten der Jelzin'schen Form von Staatsstreich: Friedlich, per Wahlen an die Macht gekommene Regierungen griffen zu immer brutaleren Mitteln, um sich an der Macht zu halten und ihre Reformen zu verteidigen. In Argentinien endete die Herrschaft des ungezügelten Neoliberalismus am 19. Dezember 2001, als Präsident Fernando de la Rúa und sein Finanzminister Domingo Cavallo versuchten, weitere, vom IWF verordnete Sparmaßnahmen durchzusetzen. Die Bevölkerung rebellierte, und de la Rúa schickte Bundespolizei, die die Menge mit allen notwendigen Mitteln auseinandertreiben sollte. Nachdem die Polizei 21 Demonstranten getötet und 1350 Menschen verletzt hatte, musste de la Rúa in einem Hubschrauber fliehen.[97] Gonis letzte Monate und Tage im Amt waren noch blutiger. Seine Privatisie-

rungen entfachten in Bolivien eine Reihe von »Kriegen«: Erst den Wasserkrieg gegen den Vertrag mit Bechtel, der die Preise um 300 Prozent in die Höhe schießen ließ, anschließend einen »Steuerkrieg« gegen einen vom IWF verordneten Plan, ein Etatdefizit durch Besteuerung der armen Lohnabhängigen auszugleichen, dann die »Gaskriege« gegen Pläne, Gas in die Vereinigten Staaten zu exportieren. Schließlich war auch Goni gezwungen, aus dem Präsidentenpalast zu fliehen und ins Exil in die USA zu gehen, aber wie in de la Rúas Fall geschah das erst, als bereits viele Menschenleben geopfert waren. Nachdem Goni dem Militär befohlen hatte, Straßendemonstrationen niederzuschlagen, töteten die Soldaten fast 70 Menschen – viele davon nur Zuschauer – und verletzten 400 weitere. Anfang 2007 bestand ein Haftbefehl des bolivianischen Obersten Gerichtshofs gegen Goni wegen seiner Verwicklung in dieses Massaker.[98]

Die Regime, die in Argentinien und Bolivien im großen Stil Privatisierungen durchsetzten, wurden in Washington als Beispiele hingestellt, wie man die Schocktherapie friedlich und demokratisch ohne Putsche oder Repressionen durchziehen kann. Es stimmt zwar, dass sie nicht im Kugelhagel begannen, aber es ist doch bezeichnend, dass beide darin endeten.

In weiten Teilen der Südhalbkugel bezeichnet man den Neoliberalismus auch als »die zweite koloniale Ausbeutung«: Bei der ersten Ausbeutung wurden die Reichtümer des Landes geplündert, bei der zweiten die des Staates. Und nach jeder dieser Profitorgien kamen die Versprechen: Das nächste Mal wird es unumstößliche Gesetze geben, ehe die Aktivposten eines Landes verkauft werden, und der gesamte Prozess wird

von adleräugigen Regulatoren und Inspektoren mit makelloser Moral überwacht. Das nächste Mal werden vor den Privatisierungen »Institutionen aufgebaut« (wie es im postrussischen Sprachgebrauch hieß). Doch nach Recht und Gesetz zu rufen, nachdem die Profite allesamt ins Ausland geschafft worden sind, ist nichts anderes, als den Diebstahl ex post facto zu legalisieren, genau wie die europäischen Kolonisatoren ihre Landnahmen mit Verträgen festklopften. Doch wie schon Adam Smith begriffen hatte, ist die Gesetzlosigkeit des Neulands nicht das Problem, sondern gerade der Punkt, um den es geht, und genauso ein Teil des Spiels, wie das zerknirschte Händeringen und die Versprechungen, es das nächste Mal besser zu machen.

DAS KAPITALISTISCHE ID

RUSSLAND UND DIE NEUEN FLEGELJAHRE DES FREIEN MARKTES

> In allen Ländern haben Sie sich zum Treuhänder jener gemacht, die die Missstände unserer Daseinsform mit vernünftigen Experimenten im Rahmen des bestehenden Sozialsystems beseitigen wollen. Wenn Sie versagen, werden sich überall auf der Welt gewaltige Vorurteile gegen den rationalen Wandel aufbauen, und Orthodoxie und Revolution werden den Kampf unter sich ausmachen.
>
> John Maynard Keynes in einem Brief an Präsident F. D. Roosevelt, 1933[1]

An dem Tag im Oktober 2006, als ich mich mit Jeffrey Sachs treffen wollte, hatte sich New York City in stumpfgrauen Nieselregen gehüllt, der etwa alle fünf Schritte von einem grellen Rot durchbrochen wurde. Es war die Woche, in der der Sänger Bono seine große Aktion der roten Produkte startete, und die Stadt bekam eine volle Breitseite ab. Rote iPods und Armani-Sonnenbrillen leuchteten von den Werbetafeln oben an den Häusern herab, und an jeder Bushaltestelle sah man Steven Spielberg oder Penélope Cruz in einem anderen roten Outfit; sämtliche Gap-Filialen der Stadt hatten sich der Aktion angeschlossen, und der Apple-Laden auf der Fifth Ave-

nue glühte schier. »Kann ein Tanktop die Welt verändern?«, fragte eine Werbung. Ja, das kann es, versicherte man uns, denn ein Teil der Profite gingen an den Global Fund to Fight AIDS. »Shoppt bis es stoppt!«, hatte Bono vor ein paar Tagen bei einer im Fernsehen übertragenen Einkaufsorgie mit Oprah Winfrey gerufen.[2]

Ich hatte den Eindruck, die meisten Journalisten, die diese Woche mit Sachs redeten, wollten wissen, wie der Superstar unter den Ökonomen diese schicke neue Methode zum Spendeneintreiben sah. Schließlich hatte Bono Sachs als »meinen Professor« bezeichnet, und ein Foto der beiden Männer begrüßte mich, als ich Sachs' Büro an der Columbia University betrat (2002 hatte er Harvard verlassen). Inmitten all dieser glamourösen Wohltätigkeit fühlte ich mich ein bisschen wie ein Spielverderber, denn ich wollte mit dem Professor über das Thema sprechen, das ihm am wenigsten gefiel und ihn schon dazu gebracht hatte zu drohen, Interviewer während eines Gesprächs einfach sitzen zu lassen. Ich wollte mit ihm über Russland sprechen und über das, was da schiefgegangen war.

Denn in Russland nach dem ersten Jahr Schocktherapie war es, wo Sachs' eigener Systemwechsel seinen Anfang nahm, sein Wandel von einem globalen Schockdoktor zu einem, der sich weltweit mit am lautesten dafür aussprach, verarmten Ländern mehr Hilfsgelder zukommen zu lassen. Dieser Wandel hat ihn in den Jahren seither in mancherlei Konflikte mit vielen ehemaligen Kollegen und Mitarbeitern in wirtschaftswissenschaftlich orthodoxen Kreisen gebracht. Aus Sachs' eigener Sicht hat er sich gar nicht verändert – er wollte immer Ländern helfen, generöse Zuwendungen und Schuldener-

lasse zu bekommen, um auf freier Marktwirtschaft basierende Volkswirtschaften aufzubauen. Jahrelang, so sieht er es, war es ihm möglich gewesen, diese Ziele in Zusammenarbeit mit dem IWF und dem US-Finanzministerium zu erreichen. Aber als er dann vor Ort in Russland arbeitete, hatte sich der Tenor der Diskussion geändert, und er war mit einem Maß von offizieller Gleichgültigkeit konfrontiert, das ihn schockierte und auf Konfrontationskurs zum Washingtoner ökonomischen Establishment brachte.

Im Nachhinein betrachtet, markierte Russland ohne jeden Zweifel den Anbruch einer neuen Entwicklungsphase des Chicagoer Kreuzzuges. Bei den früheren Schocktherapieversuchen in den siebziger und achtziger Jahren hatten es das US-Finanzministerium und der IWF eher darauf angelegt, die Experimente wenigstens oberflächlich als Erfolg darzustellen – eben weil sie Experimente waren, die anderen Ländern als Vorbilder dienen sollten. Die lateinamerikanischen Diktaturen der siebziger Jahre wurden für ihre Unterdrückung der Gewerkschaften und ihre offenen Grenzen mit stetig fließenden Krediten belohnt, die gewährt wurden, obwohl es Abweichungen von der reinen Chicagoer Lehre gab; so behielt Chile weiterhin die weltgrößten Kupferbergwerke in staatlicher Hand, und die argentinische Junta ließ sich beim Privatisieren Zeit. Bolivien – die erste Demokratie, der in den achtziger Jahren die Schocktherapie verabreicht wurde – bekam einen Teil seiner Schulden erlassen und neue Kredite (lange bevor Goni in den neunziger Jahren dann mit den Privatisierungen Ernst machte). Im Fall Polens – dem ersten Land des ehemaligen Ostblocks, das die Schocktherapie verpasst bekam – hatte Sachs keine Probleme, substanzielle Kredite zu bekom-

men, und auch hier wurden umfassendere Privatisierungen aufgeschoben oder nur häppchenweise abgewickelt, als der ursprüngliche Plan auf starke Opposition stieß.

In Russland war das anders. »Zu viel Schock, zu wenig Therapie«, lautete ein weit verbreitetes Urteil. Diverse Westmächte forderten gnadenlos die schmerzlichsten »Reformen«, und gleichzeitig knauserten sie geflissentlich, was die Höhe der im Gegenzug zu zahlenden Hilfen anging. Selbst Pinochet hatte den Schmerz der Schocktherapie mit Lebensmittelhilfen für die ärmsten Kinder abgefedert, doch die Washingtoner Geldverleiher sahen keinen Grund, Jelzin zu helfen, damit er dasselbe tun konnte. Stattdessen stürzten sie das Land in einen Hobbes'schen Albtraum.

Mit Sachs grundlegend über Russland zu reden ist nicht einfach. Ich hoffte, im Gespräch seine anfängliche Abwehrhaltung durchbrechen zu können (»Ich hatte recht, und die lagen völlig falsch«, oder »Fragen Sie Larry Summers, fragen Sie nicht mich, fragen Sie Bob Rubin, fragen Sie Clinton, fragen Sie Cheney, wie zufrieden die damit waren, wie es in Russland lief«) und auch seine ehrliche Verzweiflung zu überwinden (»Ich habe damals versucht, etwas zu tun, aber das erwies sich als vollkommen sinnlos«). Ich wollte verstehen, *warum* er in Russland so erfolglos geblieben war, warum Jeffrey Sachs' sprichwörtliches Glück ihn ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt verlassen hatte.

Sachs sagt heute, gleich bei seiner Ankunft in Moskau hätte er gewusst, dass etwas anders war. »Vom ersten Augenblick an hatte ich so eine Vorahnung … Vom ersten Moment an war ich wütend.« Russland litt unter »einer hochgradigen makroökonomischen Krise, einer der schlimmsten und instabilsten,

die ich in meinem ganzen Leben je gesehen habe«, sagte er. Und für ihn war der Ausweg klar: Die Schocktherapiemaßnahmen, die er Polen verschrieben hatte, »um die Grundkräfte des Marktes schnell ins Laufen zu bringen – plus verdammt viel Hilfe, ich dachte an 30 Milliarden Dollar pro Jahr, ungefähr jeweils 15 Milliarden für Russland und 15 Milliarden für die Republiken, um einen friedlichen und demokratischen Übergang hinzubekommen«.

Es muss erwähnt werden, dass Sachs für sein selektives Gedächtnis berüchtigt ist, wenn es um die drakonische Politik geht, die er sowohl in Polen als auch in Russland durchsetzte. Bei unserem Interview kehrte er immer wieder die von ihm geforderten raschen Privatisierungen und drastischen Einsparungen unter den Teppich (kurz gesagt: die Schocktherapie – eine Formulierung, die er heute verleugnet und behauptet, er hätte nur kleinere preispolitische Maßnahmen im Sinn gehabt, nicht den Umbau der kompletten Wirtschaft auf einen Streich). Wie er seinen Beitrag erinnert, spielte die Schocktherapie eine kleinere Rolle, er konzentrierte sich fast ausschließlich auf das Mitteleintreiben; sein Plan für Polen, sagt er, bestand aus einem »Stabilisierungsfonds, Schuldenstreichungen, kurzfristigen Finanzhilfen, Integration in die westeuropäische Wirtschaft … als Jelzins Mannschaft mich bat, ihnen zu helfen, habe ich im Grunde dasselbe vorgeschlagen«.*

* John Cassidy merkte dazu 2005 in einem Artikel des *New Yorker* an: »Tatsache ist, dass sowohl in Polen als auch in Russland Sachs dem Umbau der Gesellschaft im großen Stil den Vorzug vor einem graduellen, die Institutionen aufbauenden Wandel gab. Die verheerende Privatisierungspolitik ist dafür ein Beispiel. Zwar fanden die meisten Privatisierungen erst Ende 1994 statt, als Sachs Russland schon verlassen hatte,

Zweifellos war eine größere Geldspritze eine zentrale Säule von Sachs' Plan für Russland – und auch der Anreiz für Jelzin, sich dem ganzen Programm zu unterwerfen. Seine Vision, sagt Sachs, habe sich am Marshallplan orientiert, jenen 12,6 Milliarden Dollar (130 Milliarden Dollar nach heutiger Kaufkraft), die die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg Europa für den Wiederaufbau seiner Infrastruktur und Industrie gaben, was allgemein als Washingtons erfolgreichste diplomatische Initiative gilt.[3] Sachs erklärt, der Marshallplan habe eines gezeigt: »Wenn ein Land am Boden liegt, kann man nicht erwarten, dass es aus eigenen Kräften wieder voll und ganz auf die Füße kommt. Das Interessante am Marshallplan ist daher für mich … wie eine bescheidene Finanzspritze die Basis für [Europas] dauerhafte wirtschaftliche Gesundung legte.« Zu Anfang war er davon überzeugt gewesen, dass es in Washington einen vergleichbaren politischen Willen gab, Russland in eine erfolgreiche kapitalistische Volkswirtschaft zu verwandeln, ganz genau wie es nach dem Zweiten Weltkrieg ein echtes Engagement für Westdeutschland und Japan gegeben hatte.

Sachs war zuversichtlich, dass er das US-Finanzministerium und den IWF für einen neuen Marshallplan gewinnen könnte, und das nicht ohne Grund: »Wahrscheinlich der wichtigste Wirtschaftswissenschaftler der Welt«, nannte ihn *The New York Times* zu jener Zeit.[4] Als er Polens Regierung beriet, so erinnert er sich, brachte er »an einem einzigen Tag im Weißen Haus eine Milliarde Dollar zusammen«. Aber, sagte

---

der ursprüngliche politische Rahmen dafür wurde aber schon 1992 und 1993 geschaffen, als er noch da war.«

er mir, »als ich dasselbe für Russland vorschlug, bestand daran absolut kein Interesse. Überhaupt keins. Und beim IWF wurde ich bloß angestarrt, als sei ich verrückt.«

Obwohl Jelzin und seine Chicago Boys in Washington jede Menge Bewunderer hatten, war keiner bereit, dem Land die in Frage stehende Hilfe zukommen zu lassen. Das bedeutete, dass Sachs Russland eine schmerzhafte Politik aufgenötigt hatte, er aber seinen Teil der Abmachung nicht einhalten konnte. In dieser Phase kam er so etwas wie Selbstkritik nahe: »Mein größter persönlicher Fehler war«, erklärte er inmitten des russischen Debakels, »Präsident Boris Jelzin zu sagen: ›Keine Sorge, Hilfe ist unterwegs.‹ Ich war zutiefst davon überzeugt, dass die Unterstützung für den Westen zu wichtig und zu entscheidend war, als dass sie so gründlich verpfuscht werden könnte, wie es dann geschah.«[5] Aber das Problem bestand nicht nur darin, dass der IWF und das Finanzministerium nicht auf Sachs gehört hatten, vielmehr hatte er mit aller Macht auf die Schocktherapie gedrängt, *noch ehe* er irgendeine Zusage der beiden Institutionen hatte – ein riskantes Spiel, für das Millionen Menschen teuer bezahlen mussten.

Als ich diesen Punkt noch einmal mit Sachs durchging, wiederholte er, sein eigentlicher Fehler habe darin bestanden, die politische Stimmung in Washington falsch eingeschätzt zu haben. Er erinnerte sich an eine Diskussion mit Lawrence Eagleburger, damals US-Außenminister unter George H. W. Bush, bei der Sachs argumentierte: Wenn man es zuließe, dass Russland weiter ins wirtschaftliche Chaos, abstürze, könne das Kräfte freisetzen, die niemand mehr in Schach zu halten vermöge – Hungersnöte, wieder aufkommender Nationalismus, sogar Faschismus –, was sicherlich unklug in einem

Land wäre, in dem Kernwaffen so ziemlich das Einzige waren, was es im Überfluss gab. »Ihre Analyse ist vielleicht richtig, aber das wird nicht passieren«, antwortete Eagleburger. Dann fragte er Sachs: »Wissen Sie, welches Jahr wir haben?« Es war 1992, das Jahr, in dem Bill Clinton bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Bush senior besiegen sollte. Clintons Kernaussage im Wahlkampf hatte gelautet, Bush habe die wirtschaftlichen Missstände zu Hause vernachlässigt, um international Ruhm einzufahren (»Auf die Wirtschaft kommt es an, Dummkopf«). Sachs glaubt, Russland sei ein Opfer dieser innenpolitischen Schlacht geworden. Und heute, sagt er, sei ihm klar, dass da noch etwas eine Rolle spielte: Viele der mächtigen Drahtzieher in Washington kämpften noch immer den Kalten Krieg. Den wirtschaftlichen Zusammenbruch Russlands betrachteten sie als geopolitischen Sieg – den entscheidenden, der den Vereinigten Staaten die Vormachtstellung sicherte. »Mir kam so ein Gedanke gar nicht«, erklärte mir Sachs, und wie so oft wirkte er dabei wie ein Pfadfinder, der sich in eine Episode von *Die Sopranos* verirrt hat. »Ich dachte nur, ›Prima, endlich ist es mit diesem abscheulichen Regime vorbei. Jetzt wollen wir [den Russen] wirklich helfen. Lasst uns alles dafür tun …‹ Im Nachhinein bin ich mir sicher, dass das in den Augen der politischen Entscheidungsträger als verrückt galt.«

Dennoch glaubt Sachs nicht, dass die Russlandpolitik in dieser Phase von der Ideologie der freien Marktwirtschaft geprägt war – größtenteils, sagte er, sei sie von »schierer Faulheit« bestimmt gewesen. Er hätte sich eine hitzige Debatte gewünscht, ob man Russland Hilfe anbieten oder alles dem Markt überlassen solle, stattdessen gab es nur kollektives Schulterzucken.

Er sagt, ihn habe erstaunt, dass Entscheidungen von so großer Tragweite nicht von seriösen Recherchen und Diskussionen begleitet wurden. »Für mich überwog der mangelnde Wille alles. ›Lasst uns das wenigstens zwei Tage lang debattieren‹ – nun, noch nicht einmal das passierte! Nie habe ich jemanden sagen hören: ›Lasst uns die Ärmel aufkrempeln und loslegen und die Probleme lösen, lasst uns herausfinden, was da wirklich los ist‹.«

Wenn Sachs so leidenschaftlich vom »Ärmel aufkrempeln« spricht, denkt er an die Zeiten des New Deal, der Great Society und des Marshallplans, als junge Männer von den Ivy-League-Universitäten in Hemdsärmeln an imposanten Tischen vor leeren Kaffeetassen und Stapeln von politischen Strategiepapieren saßen und hitzig über den Leitzins und den Weizenpreis diskutierten. Genauso verhielten sich politische Entscheidungsträger auf dem Höhepunkt des Keynesianismus, und an dieser Art von »Ernsthaftigkeit« hat es während der Katastrophe in Russland eindeutig gemangelt.

Die Preisgabe Russlands auf einen kollektiven Anfall von Faulheit in Washington zurückzuführen, erklärt aber kaum etwas. Besser versteht man diese Vorgänge, wenn man sie durch die Lieblingsbrille der Ökonomen des freien Marktes betrachtet: die Konkurrenz auf dem Markt. Als der Kalte Krieg in vollem Gang war und die Sowjetunion noch funktionierte, hatten die Völker der Welt (zumindest theoretisch) die Wahl zwischen verschiedenen Ideologien – dies waren die beiden Pole, und dazwischen gab es viele Nuancen. Das bedeutete, der Kapitalismus musste um Kunden werben, er musste Anreize bieten, er brauchte ein gutes Produkt. Keynesianismus war immer ein Ausdruck jener Notwendigkeit, dass der Ka-

pitalismus konkurrenzfähig sein musste. Präsident Roosevelt wollte mit seinem New Deal nicht nur die Not der Weltwirtschaftskrise lindern, sondern auch eine starke amerikanische Bürgerbewegung unterlaufen, die nach den schweren Schlägen, die der nicht regulierte freie Markt den Amerikanern versetzt hatte, lauthals nach einem anderen Wirtschaftsmodell rief. Manche davon wollten ein radikal anderes System: Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1932 stimmten eine Million Wähler für sozialistische oder kommunistische Kandidaten. Immer mehr Amerikaner hörten auch auf Huey Long, den populistischen Senator aus Louisiana, der der Ansicht war, alle Bürger sollten ein garantiertes jährliches Einkommen von 2500 Dollar bekommen. Auf die Frage, warum er den New Deal im Jahr 1935 um zusätzliche soziale Wohltaten erweiterte, antwortete Roosevelt, er wollte »Long den Wind aus den Segein nehmen«.[6]

Dieser Kontext war es, der die amerikanischen Industriellen murrend Roosevelts New Deal akzeptieren ließ. Dem Markt mussten die Extreme ausgetrieben werden, indem man im öffentlichen Sektor Stellen schuf und sicherstellte, dass niemand Hunger litt – die Zukunft des Kapitalismus stand auf dem Spiel. Während des Kalten Krieges war kein Land der freien Welt gegen diesen Druck immun. Fast alles, was wir heute mit dem Kapitalismus Mitte des letzten Jahrhunderts in Verbindung bringen – Arbeitsplatzsicherheit, Renten, öffentliches Gesundheitswesen, staatliche Hilfen für die Ärmsten – also das, was Sachs »normalen« Kapitalismus nennt, entstand aus derselben pragmatischen Notwendigkeit, angesichts einer mächtigen Linken umfassende Zugeständnisse zu machen.

An dieser ökonomischen Front war der Marshallplan die

stärkste Waffe. Nach dem Krieg lag die deutsche Wirtschaft am Boden und drohte ganz Westeuropa mit in den Abgrund zu ziehen. Zudem fühlten sich so viele Deutsche zum Sozialismus hingezogen, dass die US-Regierung lieber die Teilung Deutschlands akzeptierte als zu riskieren, das ganze Land zu verlieren – entweder durch den völligen Zusammenbruch oder einen Sieg der Linken. In Westdeutschland baute die US-Regierung mit dem Marshallplan ein kapitalistisches System auf, das nicht dazu gedacht war, schnell und problemlos neue Märkte für Ford und Sears zu schaffen, sondern das aus sich heraus so erfolgreich werden sollte, dass Europas Marktwirtschaft gedieh und der Kommunismus seine Attraktivität verlor.

Dies bedeutete, dass 1949 alle mögliche politischen Maßnahmen der westdeutschen Regierung toleriert wurden, die durch und durch unkapitalistisch waren: Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Staat, riesige Investitionen im öffentlichen Sektor, Subventionen für deutsche Unternehmen und die Unterstützung starker Gewerkschaften. Noch eine weitere Maßnahme wäre in Russland in den neunziger Jahren oder im amerikanisch besetzten Irak völlig undenkbar gewesen: Die US-Regierung verärgerte ihre eigene Industrie mit einem vorübergehenden ausländischen Investitionsstopp, damit die kriegsgeschüttelten deutschen Unternehmen nicht zum Konkurrenzkampf gezwungen waren, ehe sie sich erholt hatten. »Man meinte, zu diesem Zeitpunkt ausländische Unternehmen hereinzulassen wäre wie Piraterie gewesen«, sagte mir Carolyn Eisenberg, Autorin einer vielgerühmten Geschichte des Marshallplans.[7] »Der Hauptunterschied zwischen heute und damals ist, dass die US-Regierung Deutschland nicht als

Goldesel betrachtete. Man wollte sich die Menschen nicht zu Feinden machen. Ausgangspunkt war die Überzeugung, dass die Erholung Europas insgesamt beeinträchtigt wäre, wenn man das Land ausplündern würde.«

Dieser Ansatz sei nicht aus Altruismus geboren gewesen, betont Eisenberg. »Die Sowjetunion war wie ein entsichertes Gewehr. Die Wirtschaft befand sich in der Krise, es gab eine starke deutsche Linke und [der Westen] musste schnell das Vertrauen des deutschen Volkes gewinnen. Man betrachtete das wirklich als einen Kampf um Deutschlands Seele.«

Eisenbergs Darstellung, wie der Kampf der Ideologien den Marshallplan hervorbrachte, verweist auf einen blinden Fleck, der Sachs' gesamtes Wirken durchzieht – einschließlich seiner lobenswerten jüngsten Versuche, die Hilfsausgaben für Afrika zu erhöhen: Massenbewegungen spielen darin so gut wie gar keine Rolle. Geschichte zu schreiben scheint für Sachs eine rein elitäre Angelegenheit zu sein, sich nur darum zu drehen, dass die richtigen Technokraten sich auf die richtige Politik einigen. Genau wie Schocktherapien in Geheimquartieren in La Paz oder Moskau ausgearbeitet werden, sollen anscheinend 30-Millionen-Dollar-Hilfsprogramme für ehemalige Sowjetrepubliken einzig und allein aufgrund seiner in Washington vorgetragenen vernünftigen Argumente Gestalt annehmen. Wie jedoch Eisenberg ausführt, kam es zum Marshallplan ursprünglich nicht aus Wohlwollen, ja, noch nicht einmal aus rationalen Überlegungen, sondern aus Angst vor Volksaufständen.

Sachs bewundert Keynes, scheint sich aber nicht dafür zu interessieren, was denn in seinem eigenen Land letztlich den Keynesianismus möglich machte: die konfusen, militanten

Forderungen von Gewerkschaftlern und Sozialisten, deren wachsende Stärke eine noch radikalere Lösung zu einer drohenden Gefahr machte, was wiederum dazu führte, dass der New Deal als akzeptabler Kompromiss erschien. Diese Unfähigkeit zu erkennen, dass Massenbewegungen Druck auf zögernde Regierungen ausüben können, genau die von ihm gemachten Ratschläge anzunehmen, hatte ernste Folgen. Denn er sah nicht die grelle politische Realität vor seinen Augen: Es würde niemals einen Marshallplan für Russland geben, weil es überhaupt nur *wegen* Russland je einen Marshallplan gegeben hatte. Als Jelzin die Sowjetunion auflöste, war das »entsicherte Gewehr«, das den ursprünglichen Plan erzwungen hatte, plötzlich nicht mehr scharf. Ohne diese Bedrohung konnte der Kapitalismus in seine wildeste Form zurückfallen – nicht nur in Russland, sondern überall auf der Welt. Mit dem Ende des Sowjetreichs hatte der freie Markt jetzt global das Monopol, was bedeutete, dass all die »Verzerrungen«, die sein perfektes Gleichgewicht gestört hatten, nicht mehr nötig waren.

Das war die wahre Tragödie hinter dem Versprechen, das man Polen und Russen gegeben hatte: dass sie plötzlich in einem »normalen europäischen Land« aufwachen würden, wenn sie nur die Schocktherapie befolgten. Jene normalen europäischen Länder (mit ihren starken sozialen Sicherheitsnetzen, ihrem Arbeitsrecht, ihren mächtigen Gewerkschaften und ihrem verstaatlichten Gesundheitswesen) hatten sich als Kompromiss zwischen Kommunismus und Kapitalismus entwickelt. Jetzt, da für Kompromisse keine Notwendigkeit mehr bestand, gerieten all die ausgleichenden sozialpolitischen Maßnahmen in Westeuropa genauso unter Beschuss

wie in Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten. Solch eine Politik sollte in Russland erst gar nicht eingeführt werden, schon gar nicht mit Hilfe von Geldern aus dem Westen.

Diese Losgelöstheit von allen Fesseln ist Chicagoer Wirtschaftspolitik in Reinkultur (andernorts auch als Neoliberalismus oder, in den USA, als Neokonservatismus bekannt): keine neue Erfindung, sondern ein von seinen Keynes'schen Anhängseln gesäuberter Kapitalismus, Kapitalismus in seiner Monopolphase, ein System, das sich gehenlassen kann, das nicht länger um uns als Kunden werben muss, sondern so antisozial, antidemokratisch und flegelhaft sein kann, wie es will. Solange der Kommunismus eine Gefahr war, ließ man den Keynesianismus gewähren und gedeihen; als das konkurrierende System an Boden verlor, konnten endlich alle Kompromisse beseitigt und damit das puristische Ziel verwirklicht werden, das Friedman seiner Bewegung ein halbes Jahrhundert zuvor vorgegeben hatte.

Darum ging es eigentlich, als Fukuyama 1989 bei seinem Vortrag an der University of Chicago dramatisch das »Ende der Geschichte« verkündete: Im Grunde behauptete er gar nicht, dass es auf der Welt keine anderen Ideen mehr gäbe, sondern nur, dass mit dem Zusammenbruch des Kommunismus keine Ideen mehr mächtig genug waren, um eine ernsthafte Konkurrenz für den Kapitalismus zu sein.

Während Sachs also den Zusammenbruch der Sowjetunion als eine Befreiung von der Diktatur sah und bereit war, die Ärmel aufzukrempeln und zu helfen, erkannten seine Chicagoer Kollegen darin eine andere Art Freiheit – die Befreiung vom Keynesianismus und von den Vorstellungen der Weltverbesserer à la Jeffrey Sachs. So betrachtet, war die Untätigkeit

in Sachen Russland, die Sachs so erzürnt hatte, nicht »schiere Faulheit«, sondern Laissez-faire beim Wort genommen: Lass sie machen, tu nichts. Indem sie keinen Finger rührten und Russland nicht zu Hilfe kamen, taten all die mit Russlandpolitik beschäftigen Männer – von Dick Cheney als Verteidigungsminister von Bush senior über Lawrence Summers, Finanzstaatssekretär, bis hin zu Stanley Fischer vom IWF – doch etwas: Sie praktizierten die reine Ideologie der Chicagoer Schule, sie ließen den Markt sein Schlimmstes geben. In Russland konnte man noch deutlicher als in Chile erkennen, was diese Ideologie in der Praxis anrichtet – eine Vorahnung des Albtraums »Versuch reich zu werden oder stirb dabei«, den viele derselben Akteure ein Jahrzehnt später im Irak Wirklichkeit werden ließen.

Die neuen Spielregeln wurden am 13. Januar 1993 in Washington, D.C., bekanntgegeben. Anlass war eine kleine, aber wichtige Konferenz – nur auf Einladung – im zehnten Stock des Carnegie Conference Center am Dupont Circle, sieben Minuten Autofahrt vom Weißen Haus und einen Steinwurf von den Hauptquartieren des IWF und der Weltbank entfernt. John Williamson, der mächtige Wirtschaftswissenschaftler, der bekanntlich die Missionen beider Institutionen formuliert hatte, hatte diese historische Versammlung des neoliberalen Stammes einberufen. Zu Gast war ein beeindruckendes Spektrum der »Technopolis«-Stars, die an vorderster Front der Kampagne zur Ausbreitung der Chicagoer Lehre über die ganze Welt kämpften. Anwesend waren derzeitige und ehemalige Finanzminister aus Spanien, Brasilien und Polen, Zentralbankchefs aus der Türkei und aus Peru, der Stabschef des mexikanischen Präsidenten und ein ehemaliger Präsident Pana-

mas. Sachs' alter Freund und Helfer Leszek Balcerowicz war da, der Architekt der polnischen Schocktherapie, und auch sein Harvard-Kollege Dani Rodrik, der bewiesen hatte, dass jedes Land, welches die neoliberale Umstrukturierung akzeptiert hatte, in einer schweren Krise gesteckt hatte. Anne Krueger, zukünftige stellvertretende Direktorin des IWF, war auch gekommen, und José Piñera, Pinochets missionarischster Minister, hatte es zwar nicht persönlich geschafft, weil in Chile gerade Präsidentschaftswahlen waren, aber ein detailliertes Referat geschickt. Sachs, der zu diesem Zeitpunkt noch Jelzins Berater war, sollte die Grundsatzansprache halten.

Den ganzen Tag lang ergingen sich die Konferenzteilnehmer in der Lieblingsbeschäftigung von Ökonomen und entwickelten Strategien, wie man zögernde Politiker dazu bekommen kann, eine Politik durchzusetzen, die bei den Wählern unpopulär ist. Wie bald nach Wahlen sollte die Schocktherapie losgehen? Sind Mitte-links-Parteien effizienter als rechte, weil die Attacke dann unerwartet kommt? Warnt man besser die Öffentlichkeit, oder überrascht man sie mit »Voodoo-Politik«? Die Konferenz hatte zwar den Titel »Die politische Ökonomie der Reformpolitik« – eine dermaßen langweilige Formulierung, dass damit das Medieninteresse anscheinend absichtlich kleingehalten werden sollte –, aber einer der Teilnehmer bemerkte amüsiert, das eigentliche Thema sei »Machiavelli'sche Ökonomie«.[8]

Sachs hatte sich das alles stundenlang angehört, und nach dem Abendessen betrat er das Podium, um seine Rede mit dem für ihn typischen Titel »Leben in der wirtschaftlichen Notaufnahme« zu halten.[9] Er war sichtlich erregt. Die Menge wollte eines ihrer Idole reden hören, den Mann, der die Fackel

der Schocktherapie ins Reich der Demokratie getragen hatte. Sachs war nicht in der Stimmung, sich selbst zu beglückwünschen. Vielmehr wollte er versuchen, erklärte er mir später, mit seiner Rede den versammelten Mächtigen den Ernst der Lage in Russland begreiflich zu machen.

Er erinnerte seine Zuhörer an die Finanzspritzen, die Europa und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen hatten – »entscheidend für den späteren großartigen Erfolg Japans«. Er erzählte von einem Brief eines Analysten der Heritage Foundation – eines Zentrums des Friedmanismus –, der »von den russischen Reformen, aber nicht von der Auslandshilfe für Russland überzeugt [war]. Das ist bei Anhängern des freien Marktes – zu denen ich mich zähle – eine weitverbreitete Ansicht«, sagte Sachs. »Sie ist plausibel, aber ein Irrtum. Der Markt kann nicht alles allein schaffen. Entscheidend ist die internationale Hilfe.« Das Beharren auf dem Laissez-faire-Standpunkt führe Russland in die Katastrophe, sagte er, und »egal wie kühn, brillant und erfolgreich Russlands Reformer auch sein mögen, sie werden es ohne umfängliche Hilfe von außen nicht schaffen … Wir stehen kurz davor, eine historische Gelegenheit zu verpassen.«

Natürlich bekam Sachs Beifall, allerdings nur halbherzig. Warum trat er für so großzügige Sozialausgaben ein? Die hier Versammelten befanden sich auf einem weltweiten Kreuzzug zur Abwicklung des New Deal, nicht zum Abschluss eines neuen. Bei den anschließenden Gesprächen unterstützte kein einziger Teilnehmer Sachs' Position, mehrere sprachen sich direkt dagegen aus.

Er erzählte mir, mit der Rede hätte er versucht zu »erklären, was eine echte Krise ist … die Dringlichkeit zu vermitteln«.

Leute, die in Washington Politik machen, sagte er, »begreifen oft nicht, was wirtschaftliches Chaos ist. Sie wissen nichts von dem Durcheinander, das daraus resultiert.« Er wollte sie mit der Realität konfrontieren, dass es »auch eine Dynamik gibt, bei der die Dinge immer mehr außer Kontrolle geraten, bis es zu weiteren Katastrophen kommt, bis ein Hitler an die Macht kommt, bis man einen Bürgerkrieg hat oder eine landesweite Hungersnot oder was auch immer … Wenn man helfen will, muss man Notmaßnahmen ergreifen, weil eine labile Situation definitiv die Möglichkeit birgt, dass sie immer instabiler wird, statt zu einem normalen Gleichgewicht zurückzukehren.«

Ich konnte mich des Gedankens nicht erwehren, dass Sachs seine Zuhörer unterschätzt hatte. Die Menschen in diesem Saal waren mit Milton Friedmans Krisentheorie gut vertraut, viele hatten sie in ihren eigenen Ländern angewandt. Die meisten wussten ganz genau, wie schmerzlich und brisant ein wirtschaftlicher GAU sein konnte, aber Russland zeigte ihnen etwas ganz anderes: dass eine qualvolle und desorientierende politische Lage Jelzin zwang, schnellstens die Reichtümer des Landes zu versteigern – ein ausgesprochen positives Ergebnis.

Es blieb dem Gastgeber John Williamson überlassen, die Diskussion auf diese pragmatischen Prioritäten zurückzuführen. Sachs genoss bei dem Ereignis den Starruhm, Williamson aber war der eigentliche Guru der Anwesenden. Williamson hat eine Glatze und ist kaum telegen, aber auf packende Weise politisch unkorrekt, und er hat den Ausdruck »Washingtoner Konsens« geprägt, die vielleicht am häufigsten zitierten und am meisten umstrittenen beiden Wörter der modernen Wirt-

schaftswissenschaften. Er ist berühmt für seine stramm strukturierten Konferenzen und Seminare hinter verschlossenen Türen, deren Zweck darin besteht, eine seiner kühnen Hypothesen zu überprüfen. Bei der Konferenz im Januar 1993 ging es um viel: Er wollte ein für alle Mal die von ihm sogenannte »Krisenhypothese« testen.[10]

In seinem Vortrag ging Williamson auf das Thema, irgendwelche Länder vor Krisen zu bewahren, überhaupt nicht ein; vielmehr sprach er begeistert von kataklysmischen Ereignissen. Er rief seinen Zuhörern die unstrittigen Beweise ins Gedächtnis, dass nur Länder, die wirklich leiden, bereit sind, die bittere Marktpille zu schlucken; nur wenn sie geschockt sind, unterwerfen sie sich der Schocktherapie. »Die schlimmsten Zeiten bieten die besten Gelegenheiten für die, die die Notwendigkeit einer fundamentalen Wirtschaftsreform begreifen«, erklärte er.[11]

Mit seiner beispiellosen Fähigkeit, das Unterbewusstsein der Finanzwelt in Worte zu fassen, wies Williamson beiläufig darauf hin, dass dies ein paar interessante Fragen aufwerfe:

> Man wird fragen müssen, ob es möglicherweise sinnvoll sein könnte, absichtlich eine Krise zu provozieren, um die politische Blockade der Reformen zu entfernen. Beispielsweise ist gelegentlich vermutet worden, es würde sich lohnen, in Brasilien eine Hyperinflation anzuheizen, um alle so einzuschüchtern, dass sie diese Veränderungen akzeptieren … Vermutlich hätte niemand mit historischem Weitblick Mitte der dreißiger Jahre dazu geraten, dass Deutschland oder Japan Krieg führen, um von dem Superwachstum zu profitieren, das ihrer Niederlage folgte. Hätte aber eine kleinere

> Krise demselben Zweck dienen können? Kann man sich eine Pseudokrise vorstellen, die dieselben positiven Funktionen ausübt wie eine reale, nur ohne deren Kosten?[12]

Für die Schockdoktrin waren Williamsons Ausführungen ein großer Sprung nach vorn. In einem Saal mit genügend Finanzministern und Zentralbankchefs, um einen größeren Wirtschaftsgipfel abhalten zu können, wurde jetzt frank und frei die Überlegung diskutiert, aktiv eine ernste Krise herbeizuführen, um die Schocktherapie durchdrücken zu können.

Wenigstens ein Konferenzteilnehmer fühlte sich verpflichtet, sich in seinem Redebeitrag von diesen nicht ganz salonfähigen Ideen zu distanzieren. »Williamsons Vorschlag, es könnte eine gute Maßnahme sein, künstlich eine Krise herbeizuführen, um Reformen auszulösen, sollte am besten als eine Idee verstanden werden, die provozieren oder sticheln soll«, sagte John Toye, ein britischer Wirtschaftswissenschaftler der University of Sussex.[13] Nichts wies aber darauf hin, dass Williamson nur Spaß machte. Vielmehr gab es jede Menge Anzeichen, dass seine Überlegungen bereits auf den höchsten Ebenen wirtschaftspolitischer Entscheidungen in Washington und andernorts umgesetzt wurden.

Einen Monat nach Williamsons Konferenz in Washington bekamen wir in meinem Heimatland eine Ahnung von der neuen Begeisterung für »Pseudokrisen«, auch wenn zu diesem Zeitpunkt nur wenige dies als Teil einer globalen Strategie erkannten. Im Februar 1993 steckte Kanada mitten in einer finanziellen Katastrophe – das hätte jedenfalls jeder geschlussfolgert, der Zeitung las und Fernsehen guckte. »Schuldenkrise droht«, ver-

kündete eine dicke Balkenüberschrift auf der ersten Seite von *The Globe and Mail* – der Tageszeitung, die im ganzen Land gelesen wird. Eine große Sondersendung im überregionalen Fernsehen berichtete: »Wirtschaftswissenschaftler sagen vorher, dass irgendwann im nächsten Jahr, vielleicht in zwei Jahren, der stellvertretende Finanzminister vor das Kabinett treten und verkünden wird, dass Kanada keine Kredite mehr bekommt … Unser Leben wird sich drastisch verändern.«[14]

Plötzlich hielt der Ausdruck »Schuldenmauer« in unser Vokabular Einzug. Gemeint war damit, dass trotz des derzeit anscheinend bequemen und friedlichen Lebens Kanada viel zu viel Geld ausgab, sodass sehr bald mächtige Bewertungsagenturen aus der Wall Street wie Moody's oder Standard and Poor's unsere nationale Kreditwürdigkeit vom perfekten Triple-A-Status auf irgendetwas viel Niedrigeres herabstufen würden. Wenn das passierte, würden die dank der neuen Regeln der Globalisierung und des Freihandels hypermobil gewordenen Investoren einfach ihr Geld aus Kanada abziehen und es dorthin bringen, wo es sicherer war. Die einzige Lösung, sagte man uns, bestünde darin, radikal die Ausgaben für beispielsweise Arbeitslosenversicherung und Gesundheitswesen zu kürzen. Und die regierende Liberale Partei tat natürlich genau das, obwohl sie gerade nach einem Wahlkampf gewählt worden war, in dem sie die Schaffung von Arbeitsplätzen versprochen hatte (die kanadische Version von »Voodoo-Politik«).

Zwei Jahre nach der Defizithysterie deckte die Enthüllungsjournalistin Linda McQuaig zweifelsfrei auf, dass die ganze Krisenatmosphäre sorgfältig inszeniert und manipuliert worden war, nämlich von einer Handvoll Denkfabriken, die von den größten Banken und Unternehmen Kanadas finanziert

wurden, vor allem dem C. D. Howe Institute und dem Fraser Institute (das Milton Friedman stets aktiv und nach Kräften unterstützte).[15] Kanada hatte zwar ein Defizitproblem, aber das resultierte nicht aus Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und andere Sozialprogramme. Statistics Canada zufolge waren hohe Zinssätze der Grund; sie ließen die Schuldensumme ganz ähnlich explodieren, wie der Volcker-Schock den Schuldenberg der Dritten Welt in den achtziger Jahren aufgebläht hatte. McQuaig sprach im Hauptquartier von Moody's in der Wall Street mit Vincent Truglia, dem für die Kreditbewertung Kanadas zuständigen Chefanalysten. Er erzählte ihr Bemerkenswertes: Ständig sei von kanadischen Bossen und Bankiers Druck auf ihn gemacht worden, vernichtende Berichte über die Finanzen des Landes herauszugeben, was er verweigerte, weil er Kanada für eine ausgezeichnete, stabile Investitionsmöglichkeit hielt. »Es ist das einzige Land, mit dem ich zu tun habe, bei dem die Einheimischen in der Regel verlangen, dass es weiter herabgestuft wird – und zwar immer wieder. Sie halten es für überbewertet.« Er sagte, er sei daran gewöhnt, von Vertretern irgendwelcher Länder angerufen zu werden, die ihm sagten, er habe sie zu niedrig bewertet. »Kanadier aber stufen ihr Land, wenn überhaupt, in der Regel viel schlechter ein als Ausländer.«

Der Grund war, dass für die kanadische Finanzwelt die »Defizitkrise« eine entscheidende politische Waffe war. Zu der Zeit, als Truglia diese merkwürdigen Anrufe bekam, war eine große Kampagne im Gang, um die Regierung zu Steuerkürzungen mittels Einsparungen bei Sozialprogrammen wie Gesundheit und Bildung zu drängen. Da aber die überwältigende Mehrheit der Kanadier diese Programme befürwortet,

konnten die Einsparungen nur damit gerechtfertigt werden, dass die Alternative der wirtschaftliche Zusammenbruch des Landes wäre. Der Umstand, dass Moody's Kanada weiterhin bestmöglich bewertete, machte es extrem schwierig, die Weltuntergangsstimmung beizubehalten.

Investoren verwirrten solche widersprüchlichen Botschaften hingegen. Moody's war von Kanada begeistert, aber die kanadischen Medien porträtierten die Staatsfinanzen ständig als eine Katastrophe. Truglia war die politisch frisierten Statistiken aus Kanada so leid – die seiner Meinung nach seine eigenen Recherchen in Frage stellten –, dass er zu der außergewöhnlichen Maßnahme griff, in einem »Sonderkommentar« klarzustellen, dass die Staatsausgaben Kanadas »nicht außer Kontrolle« waren, und er ließ sogar ein paar verdeckte Seitenhiebe auf die hanebüchenen Berechnungen rechter Denkfabriken los. »Mehrere kürzlich veröffentlichte Berichte haben die fiskalische Verschuldung Kanadas stark übertrieben. Bei einigen davon wurden Zahlen doppelt gezählt, bei anderen unangemessene internationale Vergleiche gezogen … Diese ungenauen Berechnungen können bei der übertriebenen Bewertung der kanadischen Schuldenprobleme eine Rolle gespielt haben.« Dank des Sonderkommentars machte die Nachricht die Runde, dass gar keine »Schuldenmauer« drohe – und die kanadische Geschäftswelt war nicht amüsiert. Truglia sagt, als er den Kommentar herausgegeben hätte, habe »ein Kanadier … aus einer sehr großen Finanzinstitution in Kanada mich angerufen und am Telefon angebrüllt, buchstäblich angebrüllt. So etwas gab es noch nie.«[16] *

* Es muss gesagt werden, dass Truglia in der Wall Street eine seltene

Als die Kanadier endlich erfuhren, dass die »Defizitkrise« größtenteils eine Manipulation von unternehmerfreundlichen Denkfabriken gewesen war, kam es darauf kaum noch an – die Etatkürzungen waren bereits vorgenommen und festgeschrieben worden. Als unmittelbare Folge wurden Sozialprogramme für die Arbeitslosen des Landes radikal ausgehöhlt, und sie haben sich trotz vieler Überschüsse in Staatshaushalten hintereinander weg nie wieder erholt. In jenen Jahren wurde die Krisenstrategie immer wieder angewandt. Im September 1995 wurde den kanadischen Medien ein Video von John Snobelen zugespielt, dem Bildungsminister von Ontario, der bei einem Treffen mit Beamten hinter verschlossenen Türen sagte, ehe Einschnitte beim Bildungswesen und andere Reformen verkündet werden könnten, müsse ein Klima der Panik erzeugt werden, indem man Informationen durchsickern ließe, die ein noch düstereres Bild malen würden als »ich zu schildern geneigt wäre«. Er nannte das »eine nützliche Krise kreieren«.[17]

»Statistische Kunstfehler« in Washington

Im Jahr 1995 war in den meisten westlichen Demokratien schließlich der politische Diskurs beherrscht von Gerede über Schuldenmauern und unmittelbar bevorstehende wirtschaftliche Zusammenbrüche, es wurden immer tiefere Einschnitte

---

Ausnahme ist – Anleihen- und Kreditbewertungen entstehen oft unter politischem Einfluss und werden dazu genutzt, mehr Druck in Richtung »marktwirtschaftliche Reformen« zu machen.

und immer umfassendere Privatisierungen verlangt, und die Denkfabriken Friedman'scher Couleur schrien immer als erste »Krise!«. Die allmächtigen Washingtoner Finanzinstitutionen waren bereit, nicht nur mit Hilfe der Medien den Anschein von Krisen zu erzeugen, sondern auch konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um durch und durch reale Krisen zu erzeugen. Zwei Jahre nach Williamsons Bemerkungen über das »Anheizen« von Krisen stieß Michael Bruno, Chefökonom für wirtschaftliche Entwicklung der Weltbank, öffentlich ins selbe Horn, und auch dieses Mal hinterfragten die Medien das nicht. In einem Vortrag vor der International Economic Association 1995 in Tunis, der später als Bericht der Weltbank veröffentlicht wurde, sagte Bruno vor 500 Ökonomen aus 68 Ländern, man sei sich zunehmend einig, dass »eine genügend große Krise ansonsten zögerliche politische Entscheidungsträger so schockieren kann, dass sie Reformen einführen, welche die Produktivität erhöhen«.[18] *

Bruno verwies auf Lateinamerika als »herausragendes Beispiel offensichtlich segensreicher schwerer Krisen« und vor allem auf Argentinien, wo, wie er sagte, Präsident Carlos Menem und sein Finanzminister Domingo Cavallo es hervorragend verstanden, »die Notstandsatmosphäre dazu zu nutzen«, um weitreichende Privatisierungen durchzudrücken. Und damit auch wirklich alle Zuhörer die Botschaft verstanden, fügte

* Bruno hat zwar nicht an der University of Chicago studiert, stattdessen aber bei einem prominenten Chicagoer, seinem Mentor Don Patinkin, der weiter oben mit einem Vergleich zwischen der Chicagoer Wirtschaftswissenschaft und dem Marxismus ob beider »logischen Konsequenz« zitiert wurde.

Bruno hinzu: »Ich habe ein wichtiges Thema betont: Die politische Ökonomie schwerer Krisen tendiert dazu, radikale Reformen mit positiven Ergebnissen zu produzieren.«

Eingedenk dieses Umstands, argumentierte er weiter, müssten internationale Einrichtungen mehr tun, als bloß bestehende Wirtschaftskrisen dazu zu nutzen, den Washingtoner Konsens durchzusetzen – sie müssten präventiv Hilfsgelder kürzen, um diese Krisen zu verschlimmern. »Ein ungünstiger Schock (beispielsweise ein Rückgang der Staatseinnahmen oder der externen Transferzahlungen) kann in der Tat den Wohlstand *vermehren*, weil er die Frist verkürzt [bis Reformen akzeptiert werden]. Die Vorstellung, dass ›die Dinge schlimmer werden müssen, ehe sie besser werden können‹, drängt sich von Natur aus auf … Faktisch kann ein Land nach einer galoppierenden Inflation besser dastehen als nach einer weniger schweren Krise, durch die es sich durchgewurstelt hat.«

Bruno räumte ein, dass man davor zurückschrecken könne, eine schwere Wirtschaftskrise auszulösen oder zu verschlimmern – Beamtengehälter könnten nicht mehr gezahlt werden, öffentliche Infrastrukturen würden verrotten –, aber als getreuer Chicago-Zögling bestürmte er seine Zuhörer, diese Zerstörung als den ersten Schritt des Neuaufbaus zu begrüßen. »Ja, während die Krise sich verschlimmert, kann *die Regierung immer mehr dahinsiechen*«, sagte Bruno. »Diese Entwicklung führt zu etwas Positivem: nämlich dass zum Zeitpunkt der Reformen die Macht der auf ihren alten Positionen beharrenden Gruppen geschwächt sein und ein Führer, der für langfristige Lösungen statt kurzfristige Notbehelfe optiert, Unterstützung für Reformen bekommen kann.«[19]

Die Krisensüchtigen der Chicagoer Schule befanden sich

offensichtlich auf der intellektuellen Überholspur. Nur wenige Jahre zuvor hatten sie spekuliert, dass eine Hyperinflation genau die Umstände hervorrufen könne, die für eine Schockpolitik nötig seien. Jetzt empfahl ein Chefökonom der Weltbank – die zu diesem Zeitpunkt mit Steuergeldern aus 178 Ländern finanziert wurde und den Auftrag hatte, ums Überleben kämpfende Volkswirtschaften wieder aufzubauen und zu stärken –, aktiv Staaten scheitern zu lassen, weil das die Gelegenheit schuf, auf den Trümmern neu aufzubauen.[20]

Jahrelang hatte es Gerüchte gegeben, dass internationale Finanzinstitutionen sich in der Kunst der »Pseudokrise« versucht hätten, wie Williamson das formuliert hatte, um Ländern ihren Willen aufzuzwingen, aber das war schwer zu beweisen. Die ausführlichste Aussage dazu stammt von Davison Budhoo, einem abtrünnigen IWF-Mitarbeiter, der die Organisation beschuldigte, sie hätte die Bücher gefälscht, um die Wirtschaft eines armen Landes niederzumachen, das starken Willen zeigte.

Der auf Grenada geborene Budhoo hatte an der London School of Economics Wirtschaftswissenschaft studiert und sich in Washington durch sein ungewöhnliches Äußeres einen Namen gemacht: Stets standen ihm wie Albert Einstein die Haare zu Berge, und er trug lieber Anoraks statt Nadelstreifenanzüge. Zwölf Jahre lang hatte er am IWF gearbeitet und Strukturanpassungsprogramme für Afrika, Lateinamerika und seine Heimat, die Karibik, entworfen. Als die Organisation in der Reagan-Thatcher-Ära eine scharfe Rechtswende machte, fühlte sich der Freigeist Budhoo an seinem Schreibtisch zunehmend unwohl. Der Fonds wimmelte vor eifernden Chicago Boys unter der Führung des Verwaltungsdirek-

tors Michel Camdessus, eines in der Wolle gefärbten Neoliberalen. Nachdem Budhoo 1988 gekündigt hatte, machte er es sich zur Aufgabe, die Geheimnisse seines früheren Arbeitsplatzes aufzudecken. Als Erstes schrieb er einen bemerkenswerten offenen Brief an Camdessus, der im selben *J'accuse*-Ton gehalten war wie André Gunder Franks Briefe an Friedman ein Jahrzehnt zuvor.

Der in einer bei hochrangigen Ökonomen seltenen gepflegten Sprache gehaltene Brief beginnt: »Heute habe ich nach über zwölf Jahren den Mitarbeiterstab des Internationalen Währungsfonds verlassen, nach 1000 Tagen offizieller Fondsarbeit vor Ort, während derer ich mit Ihrer Medizin und Ihren Taschenspielertricks bei den Regierungen und den Menschen in Lateinamerika, in der Karibik und in Afrika hausieren gegangen bin. Für mich ist dieser Rückzug eine unbezahlbare Befreiung, denn damit habe ich den ersten großen Schritt in die Richtung getan, in der ich hoffentlich meine Hände von dem reinwaschen kann, was für mich das Blut von Millionen armer und hungernder Menschen ist … Es ist so viel Blut, wissen Sie, dass es in Strömen fließt. Es trocknet auch; überall klebt es an mir; manchmal habe ich das Gefühl, es gibt nicht genügend Seife auf der Welt, um mich von den Dingen zu säubern, die ich in Ihrem Namen tat.«[21]

Dann ging Budhoo zur Anklage über. Er beschuldigte den Währungsfonds, Statistiken als »tödliche« Waffen einzusetzen. Erschöpfend dokumentierte er, wie er als Fondsmitarbeiter Mitte der achtziger Jahre daran beteiligt war, »statistische Kunstfehler« zu produzieren, um die Zahlen in den IWF-Berichten über das ölreiche Trinidad und Tobago zu fälschen und damit das Land viel weniger stabil aussehen zu lassen, als

es in Wirklichkeit war. Budhoo behauptete, der IWF habe eine entscheidende statistische Messgröße – die Arbeitskosten – mehr als verdoppelt, um das Land höchst unproduktiv aussehen zu lassen – obwohl dem Fonds, wie er sagte, die korrekten Informationen vorlagen. Ein andermal, führte er aus, habe der Fonds riesige unbezahlte Regierungsschulden »wortwörtlich aus heiterem Himmel erfunden«.[22]

Diese »groben Unregelmäßigkeiten«, die Budhoo zufolge Absicht waren und nicht bloß »schlampige Berechnungen«, wurden von den Finanzmärkten für bare Münze genommen, die Trinidad und Tobago prompt als hohes Risiko einstuften und die Finanzierung einstellten. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes – ausgelöst von einem Fallen des Ölpreises, dem wichtigsten Exportartikel – wurden ihm bald zum Verhängnis, und es war gezwungen, beim IWF um Hilfe zu betteln. Der Fonds forderte daraufhin, dass das Land akzeptiere, was Budhoo als die »tödlichste Medizin« des IWF bezeichnete: Entlassungen, Lohnkürzungen und »die ganze Skala« von Strukturanpassungen. Er bezeichnete den Vorgang als »absichtliches Verweigern einer wirtschaftlichen Rettungsleine für das Land mittels eines Täuschungsmanövers«, um »Trinidad und Tobago erst wirtschaftlich zu vernichten und danach umzubauen«.

In seinem Brief stellte der 2001 verstorbene Budhoo klar, dass er gegen mehr ankämpfe als bloß die Behandlung eines einzelnen Landes durch eine Handvoll Mitarbeiter. Das gesamte Strukturanpassungsprogramm des IWF charakterisierte er als eine Form von Massenfolter, mit der »›vor Schmerzen schreiende‹ Regierungen und Völker gezwungen [werden], vor uns gebrochen auf die Knie zu fallen und in Todesangst

und Auflösung um ein bisschen Einsicht und Anstand unsererseits zu betteln. Aber wir lachen ihnen grausam ins Gesicht, und es wird unvermindert weiter gefoltert.«

Nachdem der Brief veröffentlicht worden war, gab die Regierung von Trinidad und Tobago zwei unabhängige Gutachten in Auftrag, die die Vorwürfe untersuchen sollten und zu dem Ergebnis kamen, dass sie zutrafen: Der IWF hatte Zahlen fabriziert und übertrieben und damit dem Land unendlichen Schaden zugefügt.[23]

Doch trotz dieser Bestätigung zeitigten Budhoos ungeheuerliche Anschuldigungen so gut wie keine Folgen; bei Trinidad und Tobago handelt es sich um eine Ansammlung kleiner Inseln vor der Küste Venezuelas, und solange seine Bewohner nicht das Hauptquartier des IWF in der 19. Straße in Washington stürmen, werden ihre Klagen wohl kaum das Ohr der Weltöffentlichkeit finden. Der Brief wurde immerhin 1996 zu einem Theaterstück umgearbeitet: *Mr. Budhoo's Letter of Resignation from the I. M. F. (50 Years is Enough)*, das auf einer kleinen Bühne im New Yorker East Village aufgeführt wurde. Die Produktion wurde in der *New York Times* überraschend positiv besprochen, der Kritiker lobte die »ungewöhnliche Kreativität« und die »einfallsreichen Requisiten«.[24] Außer in dieser kurzen Theaterkritik war Budhoos Name in der *New York Times* kein einziges Mal zu lesen.

LASST ES BRENNEN

DIE PLÜNDERUNG ASIENS UND DER »FALL EINER ZWEITEN BERLINER MAUER«

Geld fließt dorthin, wo es Chancen sieht, und im Augenblick scheint Asien billig zu sein.

Gerard Smith, Financial Institutions Banker bei UBS Securities in New York, zur asiatischen Wirtschaftskrise 1997–1998 [1]

Gute Zeiten bringen schlechte Politik.

Mohammed Sadli, Wirtschaftsberater des indonesischen Präsidenten General Suharto [2]

Es schienen ganz einfache Fragen zu sein: Was können Sie sich von Ihrem Lohn kaufen? Reicht es für Unterkunft und Verpflegung? Bleibt noch etwas übrig, das Sie nach Hause schicken können? Wie steht es mit den Kosten für den Weg zur Fabrik? Doch wie ich die Fragen auch formulierte, die Antworten lauteten stets »Je nachdem« oder »Ich weiß nicht«.

»Vor ein paar Monaten«, so sagte mir eine siebzehnjährige Arbeiterin, die in der Nähe von Manila Kleidung für GAP nähte, »hatte ich genug Geld, um jeden Monat ein wenig an meine Familie zu schicken, aber jetzt reicht es nicht einmal mehr für mein Essen.«

»Sind die Löhne gesenkt worden?«

»Nein, das glaube ich nicht«, erwiderte sie ein wenig verwirrt. »Ich kann einfach nicht mehr so viel davon kaufen. Die Preise steigen ständig.«

Das war im Sommer 1997, und ich hielt mich in Asien auf, um die Arbeitsbedingungen in den boomenden Exportfirmen der Region zu untersuchen. Ich fand Arbeiter, die mit weit größeren Problemen zu kämpfen hatten als mit erzwungenen Überstunden oder korrupten Vorgesetzten: Diese Länder versanken zunehmend in einer Wirtschaftskrise, die sich bald zu einer echten Depression auswachsen sollte. In Indonesien, wo die Krise bereits weiter fortgeschritten war, herrschte eine gefährlich unsichere Atmosphäre. Man konnte zusehen, wie die indonesische Währung von Tag zu Tag weiter verfiel. Gestern noch hatten die Fabrikarbeiter Fisch und Reis kaufen können, heute mussten sie sich mit Reis begnügen. Bei informellen Gesprächen in Restaurants und Taxis schien man sich einig, wer die Schuld daran trug: »die Chinesen«, sagte man mir. Die chinesischstämmige Händlerklasse Indonesiens profitierte scheinbar am unmittelbarsten von den steigenden Preisen, und so traf sie der Volkszorn mit der größten Wucht. Genau das hatte Keynes gemeint, als er vor den Gefahren eines wirtschaftlichen Chaos warnte: Man weiß nie, welche Mischung aus Wut, Rassismus und Revolution dadurch freigesetzt wird.

Die Länder Südostasiens waren besonders anfällig für Verschwörungstheorien und die Suche nach ethnischen Sündenböcken, weil die Finanzkrise augenscheinlich keine rationalen Ursachen hatte. Fernsehen und Zeitungen erweckten in ihren Analysen den Eindruck, als wäre die Region von einer geheim-

nisvollen, aber hochgradig ansteckenden Krankheit befallen worden – von der »asiatischen Grippe«, wie man den Zusammenbruch der Märkte sogleich nannte. Als sie dann auch auf Lateinamerika und Russland übergriff, wurde sie zur »asiatischen Seuche« heraufgestuft.

Nur wenige Wochen bevor alles aus dem Ruder lief, hatten diese Länder noch als Inbegriff wirtschaftlicher Gesundheit und Vitalität gegolten – die sogenannten »asiatischen Tiger«, die robustesten Erfolgsgeschichten der Globalisierung. Eben noch hatten Aktienhändler ihren Kunden gesagt, es gäbe keinen sichereren Weg zu Reichtum, als das eigene Geld in offene Investmentfonds der »aufstrebenden Märkte« in Asien zu stecken, und am nächsten Tag flohen sie in Massen aus diesen Fonds, während Devisenhändler Währungen wie den Baht, den Ringgit und die Rupie »angriffen« und damit, so der Economist, »Ersparnisse in einer Größenordnung vernichteten, die man sonst nur mit einem ausgewachsenen Krieg in Verbindung bringt«.[3] Und dennoch hatte sich in der Ökonomie der asiatischen Tigerstaaten nichts erkennbar verändert. Die meisten wurden immer noch von denselben eng verflochtenen Eliten geführt. Sie waren weder von Katastrophen noch von Kriegen heimgesucht worden. Und sie hatten keine großen Defizite aufgehäuft – einige von ihnen hatten gar kein Defizit zu verzeichnen. Viele große Konglomerate waren stark verschuldet, aber sie produzierten immer noch alles Erdenkliche, von Turnschuhen bis hin zu Autos, und ihr Absatz war so hoch wie zuvor. Wie war es da möglich, dass die Investoren es 1996 für sinnvoll gehalten hatten, in Südkorea 100 Milliarden Dollar zu investieren, und im folgenden Jahr hatte das Land eine Negativinvestition von 20 Mil-

liarden Dollar zu verzeichnen? Immerhin eine Differenz von 120 Milliarden Dollar.[4] Wie lässt sich dieser monetäre Peitschenhieb erklären?

Wie sich zeigte, waren die Länder das Opfer einer bloßen Panik geworden, deren verheerende Kraft aus der Geschwindigkeit und Volatilität der globalisierten Märkte resultierte. Was als Gerücht begann – Thailand verfüge nicht über ausreichende Dollarreserven, um die eigene Währung zu stützen –, löste in der elektronischen Herde eine panische Fluchtbewegung aus. Banken kündigten ihre Kredite, und der Immobilienmarkt, dessen rasches Wachstum zu einer Blase geführt hatte, brach unverzüglich zusammen. An halbfertigen Einkaufszentren, Wolkenkratzern und Hotels wurden die Bauarbeiten eingestellt; Kräne ragten regungslos in den Himmel über Bangkoks dicht gedrängten Hochhäusern. Als der Kapitalismus noch langsamer war, hätte die Krise hier wahrscheinlich haltgemacht, doch da die Anbieter der Investmentfonds die asiatischen Tigerstaaten zu einem einzigen Paket zusammengeschnürt hatten, stürzten alle Tiger, als einer von ihnen fiel. Nach dem thailändischen Debakel breitete die Panik sich aus, und das Geld floh auch aus Indonesien, Malaysia, den Philippinen und sogar aus Südkorea, der elftgrößten Volkswirtschaft der Welt, die zu den leuchtenden Sternen am Firmament der Globalisierung gehört hatte.

Dis asiatischen Regierungen waren gezwungen, ihre Zentralbanken bei dem Versuch, die eigene Währung zu stützen, so weit ausbluten zu lassen, dass aus der Angst schließlich Realität wurde: Nun standen diese Staaten wirklich vor dem Bankrott. Der Markt reagierte mit weiterer Panik. Innerhalb eines Jahres waren aus den asiatischen Aktienmärkten 600

Milliarden Dollar verschwunden – ein Kapital, zu dessen Ansammlung man Jahrzehnte benötigt hatte.[5]

Die Krise löste Verzweiflungstaten aus. In den Städten Indonesiens stürmten verarmte Menschen Geschäfte und nahmen mit, was sie tragen konnten. Zu einer besonders schrecklichen Katastrophe kam es, als in Jakarta bei der Plünderung eines Einkaufszentrums ein Feuer ausbrach und Hunderte von Menschen bei lebendigem Leibe verbrannten.[6]

In Südkorea starteten Fernsehanstalten eine massive Kampagne, mit der sie die Bürger aufforderten, ihren Goldschmuck zu spenden, damit er eingeschmolzen und zur Tilgung der Auslandsschulden benutzt werden konnte. Innerhalb weniger Wochen gaben drei Millionen Menschen ihre goldenen Halsketten, Ohrringe, Sportmedaillen und Pokale her. Wenigstens eine Frau spendete ihren Ehering und ein Kardinal sein goldenes Kreuz. Die Fernsehsender brachten kitschige Liveshows, in denen Zuschauer ihr Gold herschenken konnten. Doch obwohl 200 Tonnen Gold zusammenkamen – genug, um den internationalen Goldpreis einknicken zu lassen –, setzte die koreanische Währung ihre Talfahrt fort.[7]

Wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 führte auch diese Krise zu einer Welle von Selbstmorden, weil viele Familien mit ansehen mussten, dass sich die Ersparnisse eines ganzen Lebens in Luft auflösten und Zehntausende kleiner Betriebe ihre Tore schlossen. In Südkorea stieg die Selbstmordrate 1998 um 50 Prozent. Am stärksten war die Zunahme bei Menschen über sechzig Jahren, da Eltern höheren Alters sich bemühten, die ökonomische Belastung ihrer verzweifelt kämpfenden Kinder zu verringern. Die koreanische Presse meldete auch eine alarmierende Zunahme von Fällen, in denen ganze Familien

angesichts ihrer Überschuldung gemeinschaftlich Selbstmord begingen, wobei in der Regel der Vater die aktive Rolle übernahm. Nach Angaben der Behörden wird in solchen Fällen »nur der Tod des Haushaltsvorstands als Selbstmord eingestuft, während die übrigen Familienmitglieder als Mordopfer gelten, sodass die tatsächliche Zahl der Selbstmorde weit höher liegt, als in der Statistik ausgewiesen«.[8]

Die asiatische Krise wurde durch einen klassischen Angstzyklus ausgelöst, und die einzige Möglichkeit, ihr Einhalt zu gebieten, wäre das Mittel gewesen, das der mexikanischen Währung 1994 aus der sogenannten Tequila-Krise geholfen hatte: Ein rasch gewährter, umfangreicher Stützungskredit, der dem Markt damals signalisierte, dass man im amerikanischen Finanzministerium nicht bereit war, Mexiko einfach bankrott gehen zu lassen.[9] Im Falle Asiens blieb solch eine rechtzeitige Stützungsaktion aus. Im Gegenteil, als die Krise zuschlug, traten erstaunlich viele Größen aus dem Finanzestablishment mit derselben Botschaft an die Öffentlichkeit: Keine Hilfe für Asien!

Milton Friedman, inzwischen Mitte achtzig, erschien höchstpersönlich bei CNN und erklärte dem Nachrichtenmoderator Lou Dobbs, er sei gegen jede Art von Umschuldung. Man solle den Markt sich selbst überlassen, damit er die nötigen Korrekturen vornehme. »Herr Professor, ich kann Ihnen gar nicht sagen, was es bedeutet, Ihre Unterstützung in dieser richtungsweisenden Diskussion zu haben«, meinte ein peinlich in Ehrfurcht erstarrter Dobbs. Die Position des »Lasst sie untergehen!« vertraten auch Friedmans alter Freund Walter Wriston, ehemals Präsident der Citibank, und George Shultz, heute wie einst Friedman an der rechtsgerichteten

Hoover Institution tätig und Vorstandsmitglied der Maklerfirma Charles Schwab.[10]

Auch eine der ersten Adressen in der Wall Street, die Investmentbank Morgan Stanley, vertrat offen diese Haltung. Jay Pelosky, der Star-Stratege der Firma für aufstrebende Märkte, erklärte auf einer vom Milken Institute (benannt nach dem »Junk-Bond-König«) in Los Angeles ausgerichteten Konferenz, es sei von größter Wichtigkeit, dass weder der IWF noch das amerikanische Finanzministerium etwas unternähmen, um den Schmerz einer Krise von den Ausmaßen der 1930er Jahre zu lindern. »Stattdessen brauchen wir in Asien noch mehr schlechte Nachrichten. Schlechte Nachrichten sind nötig, um den Anpassungsprozess weiter voranzutreiben«, sagte Pelosky.[11]

Die Clinton-Regierung holte sich ihren Rat an der Wall Street. Im November 1997, vier Monate nach dem Beginn des Crashs, erzürnte Bill Clinton seine asiatischen Amtskollegen auf dem APEC-Gipfel in Vancouver mit der Bemerkung, die von ihnen als ökonomische Apokalypse empfundenen Ereignisse seien lediglich »ein paar kleine Schlaglöcher auf dem Weg«.[12] Die Botschaft war klar: Das amerikanische Finanzministerium hatte keine Eile, den Schmerz zu lindern. Wie der IWF, der eigentlich geschaffen worden war, um solche Zusammenbrüche zu verhindern, verfolgte das Finanzministerium jene Politik des Nichtstuns, die seit Russland zu seinem Markenzeichen geworden war. Am Ende reagierte es dann doch – wenn auch nicht mit jenen raschen Stützungskrediten, die eine reine Finanzkrise eigentlich erfordert. Stattdessen stellte man eine lange Liste von Forderungen auf, die der Überzeugung der Chicagoer Schule entsprangen, dass es sich

bei der asiatischen Katastrophe in Wirklichkeit um eine verdeckte Chance handele.

Wenn die Anhänger des freien Handels Anfang der neunziger Jahren bei Debatten auf eine überzeugende Erfolgsgeschichte verweisen wollten, nannten sie stets die asiatischen Tigerstaaten, deren Wunderökonomien angeblich deshalb ein sprunghaftes Wachstum verzeichnen konnten, weil sie ihre Grenzen für eine uneingeschränkte Globalisierung geöffnet hatten. Das war eine praktische Geschichte – diese Volkswirtschaften entwickelten sich zwar mit atemberaubender Geschwindigkeit, doch die Behauptung, das Wachstum habe seinen Grund im freien Handel, war eine Fiktion. Malaysia, Südkorea und Thailand betrieben nach wie vor eine hochgradig protektionistische Politik, die Ausländern den Erwerb von Grund und Boden sowie die Übernahme einheimischer Firmen verwehrte. Zudem spielte der Staat in der Wirtschaft weiterhin eine wichtige Rolle, und einige Sektoren wie Energie und Verkehr blieben ganz in dessen Hand. Daneben blockten die Tigerstaaten zahlreiche Importe aus Japan, Europa und Nordamerika ab, während sie ihre eigenen Binnenmärkte aufbauten. Es handelte sich unbestreitbar um Erfolgsgeschichten, aber welche, die beweisen, dass gemischte, gesteuerte Volkswirtschaften sich schneller und gleichmäßiger entwickeln als solche, die den Wildwestvorstellungen des Washingtoner Konsens folgen.

An alldem fanden westliche und japanische Investmentbanken und multinationale Konzerne keinen Gefallen. Sie sahen, dass die Konsumgütermärkte Asiens explodierten, und wünschten sich verständlicherweise einen ungehinderten Zu-

gang, um ihre Erzeugnisse in der Region zu verkaufen. Außerdem wollten sie das Recht, die besten Unternehmen in den Tigerstaaten aufzukaufen – vor allem die eindrucksvollen südkoreanischen Konglomerate wie Daewoo, Hyundai, Samsung und LG. Unter dem Druck des IWF und der gerade gegründeten Welthandelsorganisation erklärten einige asiatische Staaten sich Mitte der neunziger Jahre bereit, den Forderungen nach einer Öffnung teilweise nachzukommen. Sie hielten zwar an den Gesetzen zum Schutz der einheimischen Unternehmen vor einer ausländischen Übernahme fest und widerstanden auch dem Druck, ihre wichtigsten Staatsunternehmen zu privatisieren, erleichterten aber den Zugang zu ihrem Finanzsektor und erlaubten umfangreiche Papierinvestitionen sowie den Handel mit Devisen.

Als die Ströme heißen Geldes in Asien 1997 plötzlich die Richtung wechselten, war dies eine direkte Folge jener spekulativen Investitionen, die einzig auf westlichen Druck hin zugelassen worden waren. Die Wall Street sah das natürlich nicht so. Führende Investmentanalysten erkannten in der Krise sogleich die Chance, die Arbeit nun zu Ende zu bringen und die verbliebenen Barrieren zum Schutz der asiatischen Märkte endgültig einzureißen. Pelosky, der Stratege bei Morgan Stanley, brachte diese Logik besonders deutlich zum Ausdruck. Wenn man eine Verschlimmerung der Krise zuließ, würde alles ausländische Kapital aus der Region abgezogen, und die in asiatischem Besitz befindlichen Unternehmen müssten entweder schließen oder an westliche Unternehmen verkauft werden – beides ein erfreuliches Ergebnis für Morgan Stanley. »Ich will, dass Unternehmen geschlossen und Anteile verkauft werden … Der Verkauf von Anteilen ist sehr schwierig.

In der Regel wollen Eigner nicht verkaufen, solange sie nicht dazu gezwungen sind. Deshalb brauchen wir mehr schlechte Nachrichten, damit diese Gesellschaften noch weiter unter Druck geraten, ihre Unternehmen zu verkaufen.«[13]

Manche zeichneten ein noch überschwänglicheres Bild vom Zusammenbruch Asiens. José Piñera, einst der Star unter Pinochets Ministern, der heute am Cato Institute in Washington, D.C. arbeitet, begrüßte die Krise mit unverhohlener Freude und erklärte: »Der Tag der Abrechnung ist gekommen.« In seinen Augen war die Krise das letzte Kapitel des Krieges, den er und seine Kollegen von der Chicagoer Schule in den siebziger Jahren in Chile begonnen hatten. Der Sturz der Tigerstaaten, so sagte er, sei nichts Geringeres als »der Fall einer zweiten Berliner Mauer«, der Zusammenbruch »der Vorstellung, es gäbe einen ›dritten Weg‹ zwischen demokratischem Marktwirtschaftskapitalismus und sozialistischer Planwirtschaft«.[14]

Piñeras Vorstellungen waren keineswegs nur eine Randerscheinung. Allen Greenspan, Vorsitzender der US-Notenbank und der wohl mächtigste Wirtschaftspolitiker der Welt, teilte diese Vorstellung ganz offen. Greenspan beschrieb die Krise als »ein sehr dramatisches Geschehen auf dem Weg zu einem Konsens hinsichtlich jener Form von Marktsystem, das wir in diesem Land haben«. Außerdem erklärte er: »Die gegenwärtige Krise dürfte in vielen asiatischen Ländern die Zerschlagung der Überreste eines Systems mit starken Elementen staatlich gelenkter Investition beschleunigen.«[15] Mit anderen Worten, die Zerstörung der gelenkten Ökonomie in Asien bedeute in Wirklichkeit die Schaffung einer neuen Ökonomie amerikanischen Zuschnitts – die Geburtswehen

eines neuen Asiens, um einen Ausdruck aufzugreifen, der in einem noch gewaltsameren Kontext wenige Jahre später benutzt werden sollte.

Michel Camdessus, der als Direktor des IWF der zweitwichtigste Währungspolitiker der Welt gewesen sein dürfte, vertrat eine ähnliche Auffassung. In einem seiner seltenen Interviews bezeichnete er die Krise ganz philosophisch als Chance für Asien, seine alte Haut abzustreifen und neu geboren zu werden. »Wirtschaftsmodelle haben keinen ewigen Bestand«, sagte er. »Es gibt Zeiten, da sind sie nützlich, und es gibt Zeiten … da sind sie veraltet und müssen aufgegeben werden.«[16] Die von einem Gerücht ausgelöste Krise, die eine Fiktion zur Tatsache werden ließ, bot offensichtlich solch eine Zeit.

In dem Bestreben, diese Chance nicht ungenutzt zu lassen, nahm der IWF – nach Monaten des Nichtstuns, in denen die Krise sich verschlimmerte – endlich Verhandlungen mit den notleidenden Regierungen in Asien auf. Das einzige Land, das dem IWF in dieser Phase noch Widerstand leistete, war Malaysia, da seine Schulden vergleichsweise gering waren. Malaysias umstrittener Premierminister Mahathir Mohamad erklärte, er glaube nicht, dass er »die Wirtschaft zerstören« müsse, »damit es ihr besser geht« – was damals ausreichte, um ihn als unverantwortlichen Radikalen auszuweisen.[17] Die übrigen krisengeschüttelten Volkswirtschaften Asiens waren allzu verzweifelt auf Geldzuflüsse aus dem Ausland angewiesen, als dass sie der Aussicht auf Milliardenkredite des IWF hätten widerstehen können. Thailand, die Philippinen, Indonesien und Südkorea setzten sich an den Verhandlungstisch. »Man kann ein Land nicht zwingen, um Hilfe zu bitten. Es muss schon selbst kommen. Aber wenn es kein Geld mehr hat,

bleibt ihm kaum etwas anderes übrig«, meinte Stanley Fischer, der die Verhandlungen aufsehen des IWF führte.[18]

Fischer war einer der lautstärksten Befürworter der Schocktherapie in Russland gewesen, und trotz der gewaltigen menschlichen Kosten dieser Politik vertrat er nun im Blick auf Asien gänzlich unbeeindruckt dieselbe Politik. Da es zu der Krise gekommen war, weil das Geld so leicht in diese Länder einströmen und wieder daraus abgezogen werden konnte und keine Möglichkeit bestand, den Geldfluss zu verlangsamen, meinten einige der betroffenen Länder, es sei vielleicht sinnvoll, wieder gewisse Barrieren zu errichten – die gefürchteten »Kapitalkontrollen«. China hatte (gegen Friedmans Rat) an seinen Kontrollen festgehalten und war das einzige Land der Region, das nicht unter den verheerenden Auswirkungen der Krise zu leiden hatte. Malaysia hatte die Kontrollen wieder eingeführt, und sie schienen zu funktionieren.

Fischer und die übrigen Mitglieder der IWF-Verhandlungsdelegation erteilten dem Vorschlag eine Abfuhr.[19] Der IWF zeigte kein Interesse an den wahren Ursachen der Krise. Wie ein Verhörspezialist, der nur nach einer Schwäche sucht, konzentrierte der Fonds sich stattdessen ausschließlich auf die Frage, wie er die Krise als Hebel einsetzen könnte. Der Zusammenbruch hatte eine Gruppe selbstbewusster Länder erfasst, die nun um Gnade bitten mussten. Diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen zu lassen, wäre für die Ökonomen der Chicagoer Schule, die im IWF den Ton angaben, gleichbedeutend mit einem Verstoß gegen ihre beruflichen Pflichten gewesen.

Nach Ansicht des IWF hatten die leeren Staatskassen den Tigerstaaten das Genick gebrochen, sodass man sie nach Be-

lieben ummodeln konnte. In einer ersten Stufe ging es darum, »alle protektionistischen und aktiven staatsinterventionistischen Elemente in Handel und Investition zu beseitigen, die den Schlüssel des ›asiatischen Wunders‹ gebildet hatten«, schrieb dazu der Politologe Walden Bello.[20] Außerdem verlangte der IWF tiefe Einschnitte in den Staatshaushalt, die zu Massenentlassungen im öffentlichen Dienst führten, und dies in Ländern, in denen die Selbstmordzahlen bereits Rekordhöhe erreichten. Fischer räumte später ein, der IWF habe gewusst, dass die Krise in Korea und Indonesien nicht im Zusammenhang mit überzogenen Staatsausgaben gestanden hatte. Dennoch nutzte er den außergewöhnlichen Hebel, den die Krise bot, um eine schmerzhafte Sparpolitik durchzusetzen. Wie ein Reporter der *New York Times* schrieb, verhielt der IWF sich hier »wie ein Chirurg, der mitten in einer Herzoperation beschließt, gleich auch noch Lungen und Nieren zu operieren«.[21] *

Nachdem der IWF den Tigerstaaten ihre alten Gewohnhei-

---

* Der IWF wird oft als Marionette des amerikanischen Finanzministeriums beschrieben, doch selten waren die Fäden so sichtbar wie bei diesen Verhandlungen. Um sicherzustellen, dass die Interessen amerikanischer Unternehmen in der abschließenden Übereinkunft ausreichend berücksichtigt wurden, flog David Lipton, der für internationale Angelegenheiten zuständige Staatssekretär im Finanzministerium (und einstige Partner von Sachs beim Schocktherapieprogramm für Polen) nach Südkorea und stieg im Seoul Hilton ab, dem Hotel, in dem die Verhandlungen zwischen dem IWF und der südkoreanischen Regierung stattfanden. Liptons Anwesenheit war nach Paul Blustein von der *Washington Post* »sichtbarer Ausdruck des überragenden Einflusses der Vereinigten Staaten auf die Politik des IWF«.

ten ausgetrieben hatte, waren sie nun reif für eine Wiedergeburt im Stil der Chicagoer Schule: Privatisierung der wichtigsten Dienstleistungsbereiche, unabhängige Zentralbanken, »flexibles« Arbeitskräftepotenzial, niedrige Sozialausgaben und natürlich totaler Freihandel. Nach der neuen Übereinkunft sollte Thailand es Ausländern erlauben, Anteile an thailändischen Banken zu erwerben; Indonesien sollte die Nahrungsmittelsubventionen kürzen; und Südkorea sollte seine Gesetze zum Schutz der Arbeiter vor Massenentlassungen aufheben.[22] Für Korea gab der IWF sogar strenge Entlassungsziele vor. Um den Kredit zu erhalten, mussten im Bankensektor 50 Prozent der Mitarbeiter entlassen werden (die Zahl wurde später auf 30 Prozent reduziert).[23] Solche Forderungen waren für viele westliche Multis von entscheidender Bedeutung, weil sie sicher sein wollten, dass sie die erst noch zu kaufenden asiatischen Firmen radikal verkleinern konnten. Piñeras »Berliner Mauer« begann zu fallen.

Noch ein Jahr vor der Krise, als die südkoreanischen Gewerkschaften den Gipfel ihrer Militanz erreicht hatten, wären solche Maßnahmen undenkbar gewesen. Den Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes, das den Kündigungsschutz verringern sollte, hatten sie mit der größten und radikalsten Streikserie in der Geschichte Südkoreas beantwortet. Doch dank der Krise hatten sich die Spielregeln geändert. Der wirtschaftliche Zusammenbruch war so verheerend, dass er den Regierungen (wie das ähnliche Krisen von Bolivien bis Russland getan hatten) den Freibrief verschaffte, zeitweilig den Notstand auszurufen – nicht für lange, aber lange genug, um die IWF-Dekrete durchzusetzen.

In Thailand boxte man beispielsweise das Schocktherа-

piepaket nicht im normalen Verfahren durch die Nationalversammlung, sondern in Gestalt von vier Notverordnungen. »Wir haben unsere Autonomie verloren, die Fähigkeit, über unsere Wirtschaftspolitik selbst zu bestimmen. Das ist ungut«, räumte Thailands Vizepremierminister Supachai Panitchpakdi ein (der zur Belohnung für seine Kooperationsbereitschaft später zum Direktor der Welthandelsorganisation ernannt wurde).[24] In Südkorea unterminierte der IWF die Demokratie noch offenkundiger. Dort fiel das Ende der IWF-Verhandlungen mit den turnusmäßigen Präsidentenwahlen zusammen, und zwei der Kandidaten wandten sich mit ihren Wahlprogrammen entschieden gegen die Pläne des IWF. In einer außergewöhnlichen Einmischung in den politischen Prozess eines souveränen Staates weigerte sich der IWF, die Kredite freizugeben, bevor sich nicht die vier wichtigsten Bewerber für den Fall ihres Wahlsiegs zur Einhaltung der neuen Regeln verpflichtet hatten. Dank dieser Erpressung eines ganzen Landes siegte der IWF schließlich auf der ganzen Linie: Alle Kandidaten verpflichteten sich schriftlich zur Unterstützung der Maßnahmen.[25] Noch niemals zuvor war die Hauptmission der Chicagoer Schule, die Wirtschaft vor dem Zugriff der Demokratie zu schützen, so deutlich zutage getreten: Ihr dürft wählen, sagte man den Südkoreanern, aber eure Entscheidung wird keinen Einfluss auf die Gestaltung und Organisation der Wirtschaft haben. (Der Tag, an dem dieser Kuhhandel unterzeichnet wurde, heißt seither in Korea »Tag der nationalen Demütigung«.)[26]

In einem der am schlimmsten betroffenen Länder waren solche Einschränkungen des demokratischen Prozesses gar nicht erst notwendig. Indonesien, das erste Land der Region,

das seine Tore für deregulierte ausländische Investitionen geöffnet hatte, stand immer noch unter der Herrschaft General Suhartos – mittlerweile seit mehr als 30 Jahren. Doch im Alter zeigte Suharto (wie so viele Diktatoren) nicht mehr solche Willfährigkeit gegenüber dem Westen. Nachdem er über mehrere Jahrzehnte das Öl und die Bodenschätze des Landes an ausländische Unternehmen verschleudert hatte, war er es nun leid geworden, andere reich zu machen, und konzentrierte sich nun seit einem guten Jahrzehnt darauf, sich selbst, seine Kinder und seine Golffreunde zu versorgen. So hatte er die Autofabrik seines Sohnes Tommy mit hohen staatlichen Subventionen beschenkt – sehr zum Unwillen von Ford und Toyota, die nicht einsehen wollten, warum sie mit »Tommys Spielzeug« konkurrieren sollten, wie Analysten das Unternehmen nannten.[27]

Einige Monate lang versuchte Suharto dem IWF zu widerstehen und verabschiedete einen Haushalt, der keine Rücksicht auf die verlangten massiven Kürzungen nahm. Der Währungsfonds schlug zurück, indem er den Schmerzpegel erhöhte. Offiziell dürfen Vertreter des IWF während laufender Verhandlungen nicht mit der Presse reden, da schon kleinste Hinweise auf den Gang der Verhandlungen dramatische Auswirkungen auf die Märkte haben können. Das hinderte einen ungenannten »höheren IWF-Vertreter« jedoch nicht, gegenüber der *Washington Post* zu erklären: »Die Märkte fragen sich, wie weit die indonesische Führung hinter diesem Programm und vor allem hinter den wichtigsten Reformmaßnahmen steht.« In dem Artikel hieß es dann weiter, der IWF werde Indonesien wohl durch das Zurückhalten versprochener Kredite in Milliardenhöhe bestrafen. Kaum war der Arti-

kel erschienen, stürzte die indonesische Währung ab und verlor an einem einzigen Tag 25 Prozent ihres Wertes.[28]

Nach diesem massiven Schlag lenkte das Suharto-Regime ein. »Kann mir jemand einen Ökonomen nennen, der weiß, was da vor sich geht?«, soll daraufhin der indonesische Außenminister gefragt haben.[29] Suharto fand solch einen Ökonomen, ja sogar mehrere. Um sicherzustellen, dass die Abschlussverhandlungen mit dem IWF glatt über die Bühne gehen würden, holte er die Berkeley-Mafia zurück, die in der Anfangszeit seines Regimes eine so wichtige Rolle gespielt, dann aber ihren Einfluss auf den alternden General verloren hatte. Nach Jahren in der politischen Wüste war sie nun wieder am Ruder, wobei Widjojo Nitisastro, mittlerweile 70 Jahre alt und in Indonesien als »Dekan der Berkeley-Mafia« bekannt, die Verhandlungen leitete. »Wenn die Zeiten gut sind, stellt man Widjojo und die Ökonomen in eine dunkle Ecke, und Präsident Suharto redet mit den alten Kameraden«, erläuterte Mohammad Sadli, der Suharto einst als Minister gedient hatte. »Die Technokraten haben es am besten in Krisenzeiten. Dann hört Suharto auf sie und befiehlt den übrigen Ministern, das Maul zu halten.«[30] Die Gespräche mit dem IWF seien nun in einem kollegialeren Ton geführt worden und eher »wie eine intellektuelle Diskussion. Ganz ohne gegenseitigen Druck«, erklärte ein Mitglied von Widjojos Team. Natürlich erhielt der IWF fast alles, was er wollte – insgesamt 140 »Anpassungen«.[31]

Die feierliche Enthüllung

Nach dem Geschmack des IWF nahm die Krise einen ausgezeichneten Verlauf. Innerhalb eines Zeitraums von nicht einmal einem Jahr hatte er die ökonomischen Verhältnisse in Thailand, Indonesien, Südkorea und den Philippinen vollständig umgekrempelt.[32] Nun war man bereit für den entscheidenden Augenblick in jedem Drama dieser Art: die feierliche Enthüllung – den Augenblick, da das völlig überarbeitete, renovierte und auf Hochglanz polierte Objekt dem staunenden Publikum vorgeführt wird, in diesem Fall den globalen Wertpapier- und Devisenmärkten. Und so öffnete denn der IWF den Vorhang vor seinen neuesten Kreationen. Wenn alles gut ging, kehrte das heiße Geld, das im Jahr zuvor aus Asien geflohen war, nun in Massen zurück, um die jetzt unwiderstehlich modernen Aktien, Bonds und Währungen der Tigerstaaten zu kaufen. Doch es kam ganz anders: Der Markt geriet in Panik. Denn dort dachte man, wenn der IWF die Tigerstaaten für so hoffnungslose Fälle hielt, dass sie von Grund auf erneuert werden mussten, befand Asien sich offenbar in einem weitaus schlechteren Zustand, als alle bislang befürchtet hatte.

Statt zurückzukehren, reagierten die Händler also auf die große Enthüllung des IWF, indem sie noch mehr Geld abzogen und die Währungen der betroffenen asiatischen Länder noch stärker angriffen. Korea verlor eine Milliarde Dollar pro Tag, und die Schulden des Landes wurden auf den Status von Junk Bonds herabgestuft. Die »Hilfe« des IWF hatte aus der Krise eine Katastrophe werden lassen. Oder wie Jeffrey Sachs schrieb, der sich inzwischen zum leidenschaftlichen Kritiker der internationalen Finanzinstitutionen gewandelt hatte:

»Statt das Feuer zu löschen, ließ der IWF im vollbesetzten Theater letztlich den Schrei ›Feuer‹ los.«[33]

Die menschlichen Kosten der opportunistischen Politik des IWF waren in Asien nahezu ebenso verheerend wie in Russland. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation verloren in dieser Zeit 24 Millionen Menschen ihren Job, und in Indonesien stieg die Arbeitslosenquote von 4 auf 12 Prozent. In Thailand fielen in der Hochphase der »Reformen« täglich 2000 Arbeitsplätze weg, 60 000 im Monat. In Südkorea wurden monatlich 300 000 Beschäftigte entlassen – weitgehend eine Folge der völlig unnötigen Forderungen des IWF, den Staatshaushalt zusammenzustreichen und die Zinsen zu erhöhen. Bis 1999, binnen nur zwei Jahren, hatte sich die Arbeitslosenquote in Südkorea wie in Indonesien fast verdreifacht. Und wie im Lateinamerika der siebziger Jahre verschwand in diesen Teilen Asiens gerade das Element, das einst das »Wunder« dieser Länder ausgezeichnet hatte: die große und wachsende Mittelschicht. 1996 ordnete die Statistik 63,7 Prozent der Südkoreaner der Mittelschicht zu, 1999 war der Anteil auf 38,4 Prozent gesunken. Nach Angaben der Weltbank versanken in dieser Zeit des »geplanten Elends«, wie Rodolfo Walsh dies genannt hätte, 20 Millionen Asiaten in Armut.[34]

Hinter jeder Zahl in dieser Statistik steckt eine Geschichte voll herzzerreißender Opfer und entwürdigender Entscheidungen. Wie gewöhnlich hatten Frauen und Kinder die schlimmste Last der Krise zu tragen. Viele Bauernfamilien auf den Philippinen und in Südkorea verkauften ihre Töchter an internationale Menschenhändler, die sie als Prostituierte nach Australien, Europa und Nordamerika weiterverkauf-

ten. Nach Angaben aus dem staatlichen Gesundheitswesen in Thailand stieg dort die Kinderprostitution innerhalb eines Jahres – des Jahres nach den IWF-Reformen – um 20 Prozent. Auf den Philippinen zeigte sich dieselbe Entwicklung. »Nur die Reichen haben von dem Boom profitiert, wir Armen zahlen den Preis für die Krise«, meinte Khun Bunjan, eine Kommunalpolitikerin im Nordosten Thailands, die gezwungen war, ihre Kinder als Straßenkehrer arbeiten zu lassen, als ihr Mann seinen Job in der Fabrik verlor. »Selbst unser begrenzter Zugang zu Schulbildung und medizinischer Versorgung beginnt inzwischen zu verschwinden.«[35]

Dies war der Hintergrund, vor dem die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright im März 1999 Thailand besuchte und es für angebracht hielt, der thailändischen Öffentlichkeit den Vorwurf zu machen, Zuflucht in der Prostitution und der »Sackgasse der Drogen« zu suchen. Es sei »von größter Bedeutung, dass Mädchen nicht ausgebeutet, missbraucht und der AIDS-Gefahr ausgesetzt werden. Es ist äußerst wichtig, dagegen zu kämpfen«, erklärte sie im Brustton moralischer Überzeugung. Offenbar sah sie keinen Zusammenhang zwischen der Tatsache, dass so viele thailändische Mädchen zur Prostitution gezwungen wurden, und der Sparpolitik, für die sie auf derselben Reise ihre »entschiedene Unterstützung« bekundete – dies war sozusagen die asiatische Variante, denn ganz ähnlich hatte bei anderer Gelegenheit Milton Friedman sein Missfallen über die Menschenrechtsverletzungen durch Pinochet und Deng Xiaoping bekundet, aber zugleich deren mutigen Einsatz für die wirtschaftliche Schocktherapie gelobt.[36]

Gewöhnlich enden hier Darstellungen zur Geschichte der Asienkrise – der IWF versuchte zu helfen, aber er hatte keinen Erfolg. Selbst die interne Prüfung des IWF gelangte zu diesem Ergebnis. Das Independent Evaluation Office des IWF befand, der Währungsfonds sei mit seinen Forderungen nach Strukturanpassung »schlecht beraten« gewesen, diese seien »umfangreicher als nötig« und »zur Lösung der Krise ungeeignet« gewesen. Zudem warnte der Bericht: »Krisen sollten nicht zur Durchsetzung umfangreicher Reformprogramme genutzt werden, nur weil gerade beste Durchsetzungschancen bestehen, und dies ungeachtet der Frage, ob die Reformen auch tatsächlich gerechtfertigt sind.«* In einem besonders kritischen Teil warf der Prüfbericht dem Währungsfonds vor, er habe sich so sehr von der Ideologie des freien Marktes blenden lassen, dass es *per se* unvorstellbar gewesen sei, Kapitalkontrollen auch nur in Erwägung zu ziehen. »Wenn schon der Gedanke als Häresie empfunden wurde, die Finanzmärkte könnten das weltweite Kapital nicht in rationaler und stabiler Weise verteilen, war es eine Todsünde, an Kapitalkontrollen auch nur zu denken.«[37]

Damals waren nur wenige bereit zu dem Eingeständnis, dass der IWF zwar nicht den Menschen in Asien geholfen

* Aus irgendeinem Grund erschien der äußerst kritische Bericht erst 2003, fünf Jahre nach der Krise. Doch da war es schon etwas spät, vor Krisenopportunismus zu warnen. Der IWF war nun bereits dabei, Afghanistan umzustrukturieren und entsprechende Pläne für den Irak zu entwickeln.

hatte, sehr wohl aber der Wall Street. Zwar mag das heiße Geld von den drastischen Maßnahmen des IWF abgeschreckt worden sein, doch die Investmentfirmen und multinationalen Unternehmen fassten offenbar Mut. »Natürlich sind diese Märkte hochgradig volatil«, meinte Jerome Booth, Leiter der Research-Abteilung bei Ashmore Investment Management in London. »Aber das macht ja gerade den Spaß daran aus.«[38] Die nach solchem Spaß suchenden Unternehmen begriffen sehr wohl, dass aufgrund der vom IWF erzwungenen »Anpassungen« nun nahezu alles in Asien zum Verkauf stand – und je größer die Panik auf den Märkten, desto verzweifelter die Lage der betroffenen Firmen und desto niedriger ihr Preis. Jay Pelosky von Morgan Stanley hatte gesagt, man brauche noch »mehr schlechte Nachrichten, damit diese Gesellschaften noch weiter unter Druck geraten, ihre Unternehmen zu verkaufen« – und genau das geschah nun dank der Intervention des IWF.

Ob der IWF die Absicht hatte, die Asienkrise zu verschärfen, oder ob er nur eine ungeheuerliche Gleichgültigkeit an den Tag legte, bleibt noch zu klären. Laut der wohl freundlichsten Interpretation wusste der Währungsfonds, dass er nicht verlieren konnte: Wenn die Maßnahmen zu einer erneuten Blase auf den aufstrebenden Märkten führte, war das eine Wohltat; wenn sie zu weiterer Kapitalflucht führten, eröffnete sich eine Goldgrube für Aasgeier-Kapitalisten. Jedenfalls hatte der IWF so wenig Angst vor einem vollständigen Zusammenbruch, dass er bereit war, die Würfel rollen zu lassen. Heute wissen wir, wer das Spiel gewonnen hat.

Zwei Monate nach der endgültigen Übereinkunft des IWF mit Südkorea brachte das *Wall Street Journal* einen Artikel mit

der Überschrift »Wall-Street-Kehraus im asiatisch-pazifischen Raum«. Darin berichtete die Zeitschrift, Peloskys Firma und mehrere andere prominente Unternehmen hätten »Armeen von Bankern auf die asiatisch-pazifische Region angesetzt. Sie sollen nach Finanzmaklerfirmen, Kapitalverwaltungsgesellschaften und sogar nach Banken suchen, die zum Schnäppchenpreis zu haben sind. Die Jagd nach Neuerwerbungen in Asien drängt, weil viele US-Investmentbanken, allen voran Merrill Lynch & Co. und Morgan Stanley, eine ausländische Expansion zum wichtigsten Ziel erklärt haben.«[39] Es folgten in kurzen Abständen mehrere Großeinkäufe: Merrill Lynch erwarb die japanische Yamaichi Securities und die größte thailändische Investmentbank, während AIG die Bangkok Investment für einen Bruchteil ihres wahren Wertes übernahm. JP Morgan kaufte Anteile an KIA Motors, Travelers Group und Salomon Smith Barney bekamen eines der größten koreanischen Textilunternehmen und mehrere andere Firmen. Interessant ist die Tatsache, dass der Leiter des International Advisory Board bei Salomon Smith Barney, der das Unternehmen bei Fusionen und Übernahmen beriet, damals Donald Rumsfeld war (ernannt im Mai 1999). Dick Cheney war gleichfalls Mitglied des Gremiums. Ein weiterer Gewinner war die Carlyle Group, ein sehr auf Diskretion bedachtes, in Washington beheimatetes Unternehmen, das dafür bekannt ist, so manchem ehemaligen Präsidenten oder Minister eine weiche Landung ermöglicht zu haben, vom einstigen amerikanischen Außenminister James Baker über den früheren britischen Premierminister John Major bis hin zu Bush senior, der dem Unternehmen als Berater diente. Carlyle nutzte seine erstklassigen Beziehungen, um die Telekommunikationssparte

von Daewoo und Ssangyong Information and Communication (eine der größten Hightech-Firmen Koreas) zu ergattern sowie einen beträchtlichen Anteil an einer der größten koreanischen Banken zu erwerben.[40]

Der ehemalige amerikanische Handelsminister Jeffrey Garten hatte prophezeit, wenn der IWF seine Arbeit getan habe, werde es »ein ganz anderes Asien geben, ein Asien, in dem amerikanische Firmen eine sehr viel tiefere Durchdringung und weit größeren Zugang erreicht haben werden«.[41] Das war kein Scherz. Innerhalb von zwei Jahren hatte sich das Gesicht Asiens grundlegend verändert, an die Stelle Hunderter von regionalen Firmen waren nun multinationale Giganten gerückt. Die *New York Times* sprach vom »weltweit größten Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe« und *Business Week* von einem »Basar für Firmenkäufe«.[42] Tatsächlich war es ein Vorgeschmack auf jenen Katastrophen-Kapitalismus, der nach dem 11. September zur Norm werden sollte: Eine schreckliche Tragödie wurde ausgenutzt, um ausländischen Unternehmen die Chance zu eröffnen, Asien zu erobern. Sie gingen nicht dorthin, um eigene Unternehmen aufzubauen und mit den einheimischen Firmen zu konkurrieren, sondern kauften gleich den gesamten, in Jahrzehnten von koreanischen Firmen entwickelten Apparat samt Arbeitskräften, Kundenstamm und Markenimage, um sie dann zu zerlegen, zu verkleinern oder gleich ganz zu schließen und sich so die Konkurrenz für ihre Importe vom Hals zu schaffen.

So wurde der koreanische Titan Samsung zerlegt und in Teilen verkauft: Volvo erhielt die schwerindustrielle Sparte, SC Johnson & Son den pharmazeutischen Bereich und General Electric die Abteilung Elektro. Wenige Jahre später wurde

Daewoos einstmals mächtige Automobilsparte, die das Unternehmen mit 6 Milliarden Dollar bewertet hatte, für nur 400 Millionen Dollar an General Motors verschleudert – ein Diebstahl, der an die Schocktherapie in Russland heranreichte, doch anders als in Russland wurden die einheimischen Firmen hier von den multinationalen Konzernen geschluckt.[43]

Weitere Big Player, die sich beim asiatischen Ausverkauf eindeckten, waren Seagram's, Hewlett-Packard, Nestlé, Interbrew und Novartis, Carrefour, Tesco und Ericsson. Coca-Cola kaufte für eine halbe Milliarde Dollar einen koreanischen Abfüller, Procter and Gamble ein koreanisches Verpackungsunternehmen, und Nissan erwarb einen der größten indonesischen Fahrzeughersteller. General Electric übernahm einen beherrschenden Anteil an dem koreanischen Kühlgerätehersteller LG, und die britische Powergen schluckte LG Energy, einen großen koreanischen Strom- und Gaskonzern. Laut *Business Week* jettete der saudi-arabische Prinz Al-Walid Bin Talal »in seiner cremefarbenen Boeing 727 durch ganz Asien und sammelte Schnäppchen« – darunter auch einen Anteil an Daewoo.[44]

Da passt es ins Bild, dass Morgan Stanley, wo man am lautesten nach einer Verschärfung der Krise gerufen hatte, bei vielen Abschlüssen dazwischengeschaltet war und große Provisionen kassierte. Das Unternehmen beriet Daewoo beim Verkauf der Automobilsparte und beteiligte sich an der Privatisierung mehrerer südkoreanischer Banken.[45]

Der Ausverkauf betraf nicht nur private asiatische Firmen, die an ausländischen Unternehmen verkauft wurden. Wie schon früher die Krisen in Lateinamerika und Osteuropa, so zwang auch diese Krise die Regierungen, staatliche Unter-

nehmen zu verkaufen, um an dringend benötigtes Kapital zu gelangen. Die US-Regierung hatte diesen Effekt schon früh in ihre Überlegungen einbezogen. Zur Begründung, weshalb der Kongress Milliardenzahlungen an den IWF für Asien bewilligen sollte, gab Charlene Barshefsky, die Vertreterin des Handelministeriums, die Zusicherung, die Vereinbarungen würden »neue Geschäftsfelder für amerikanische Firmen schaffen«, da man Asien zwingen werde, »die Privatisierung bestimmter Schlüsselbereiche zu beschleunigen – darunter Energie und Verkehr, Versorgungsbetriebe und Telekommunikation«.[46]

So kam es. Die Krise löste eine Welle von Privatisierungen aus, und die multinationalen Konzerne räumten ab. Bechtel erhielt den Zuschlag für die Privatisierung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung im Ostteil Manilas sowie den Auftrag zum Bau einer Ölraffinerie im indonesischen Sulawesi. Motorola gewann die vollständige Kontrolle über die koreanische Appeal Telecom. Der in New York beheimatete Energieriese Sithe holte sich einen beträchtlichen Anteil an der staatlichen thailändischen Gasgesellschaft Cogeneration. Die Wasserversorgung in Indonesien teilten sich die britische Thames Water und die französische Lyonnaise des Eaux. Die kanadische Westcoast Energy sicherte sich in Indonesien ein gewaltiges Projekt zum Bau eines Kraftwerks. British Telecom übernahm große Anteile an der malaysischen wie an der koreanischen Post. Bell Canada erhielt ein Stück der südkoreanischen Telefongesellschaft Hansol.[47]

Alles in allem kam es in Indonesien, Thailand, Südkorea, Malaysia und den Philippinen innerhalb von bloß zwanzig Monaten zu 186 größeren Fusionen und Übernahmen durch

ausländische Multis. Mit Blick auf diese Entwicklung prophezeiten Robert Wade, Professor für Ökonomie an der London School of Economics, und der Wirtschaftsberater Frank Veneroso, das IWF-Programm werde »vielleicht sogar zum größten, in Friedenszeiten erfolgten Vermögenstransfer von inländischen an ausländische Eigentümer werden, den wir weltweit in den letzten fünfzig Jahren erlebt haben«.[48]

Der IWF räumt ein, in der ersten Reaktion auf die Krise einige Fehler gemacht zu haben, behauptet aber, er habe diese rasch korrigiert, sodass die Programme zur »Stabilisierung« insgesamt erfolgreich gewesen seien. Es stimmt zwar, dass die asiatischen Märkte sich am Ende beruhigten – aber um einen gewaltigen, in seinen Folgen heute noch spürbaren Preis. Milton Friedman hatte auf dem Höhepunkt der Krise vor übertriebener Panik gewarnt und erklärt: »Irgendwann wird es vorbei sein … Wenn dieses Finanzchaos beseitigt ist, werden wir erleben, dass Asien zum Wachstum zurückkehrt, aber ob das in einem, zwei oder drei Jahren sein wird, vermag niemand zu sagen.«[49]

Tatsächlich ist die Asienkrise auch heute, nach einem Jahrzehnt, noch nicht vorüber. Wenn innerhalb von zwei Jahren 24 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, macht sich eine neue Form der Verzweiflung breit, die keine Kultur problemlos aufzufangen vermag. Das zeigt sich überall in der Region auf unterschiedliche Weise, von einem signifikanten Anstieg religiösen Extremismus in Indonesien und Thailand bis hin zur explosiven Zunahme der Kinderprostitution.

In Indonesien, Malaysia und Südkorea sind die Beschäftigungszahlen heute noch nicht wieder auf dem vor 1997 erreichten Stand. Und es ist keineswegs so, als hätten allein die

in der Krise entlassenen Beschäftigten noch keine neuen Arbeitsplätze gefunden. Die Entlassungen gingen und gehen weiter, da die neuen ausländischen Eigentümer immer höhere Profite aus ihren Investitionen erwarten. Auch die Selbstmorde gehen weiter. In Südkorea ist Selbstmord inzwischen die vierthäufigste Todesursache, die Selbstmordrate ist über doppelt so hoch wie vor 1997 – jeden Tag nehmen sich 38 Menschen das Leben.[50]

Das ist die unterschlagene Geschichte jener Politik, die der IWF »Stabilisierungsprogramm« nennt, als wären Länder Schiffe, die auf den Wogen der Märkte hin und her geworfen würden. Die Programme führen am Ende zu einer Stabilisierung, aber man erreicht das neue Gleichgewicht, indem man Millionen von Menschen über Bord wirft: die im öffentlichen Dienst Beschäftigen, die Kleinunternehmer, die auf Selbstversorgung beschränkten Kleinbauern, die Gewerkschafter. Die große Mehrheit schafft es nie mehr, zurück an Bord zu klettern – das ist das hässliche Geheimnis der »Stabilisierung«. Sie enden in Slums, in denen heute eine Milliarde Menschen leben. Sie enden in Bordellen oder in Containern irgendwo auf einem Frachtschiff. Sie sind jene »Enterbten«, von denen der österreichische Dichter Rainer Maria Rilke sprach und denen weder die Vergangenheit noch die Zukunft gehört.[51]

Doch dies waren nicht die einzigen Opfer der Forderung des IWF nach Anwendung der reinen Lehre in Asien. In Indonesien verstärkten sich die gegen Chinesen gerichteten Ressentiments, die ich im Sommer 1997 beobachtete, geschürt von einer politischen Klasse, die froh ist, die Aufmerksamkeit von sich auf andere lenken zu können. Die Spannungen ver-

schärften sich beträchtlich, als Suharto die Preise für lebensnotwendige Waren und Leistungen erhöhte. Im ganzen Land kam es zu Unruhen, die sich vielfach gegen die chinesische Minderheit richteten. Rund 1200 Menschen wurden getötet, Dutzende chinesischer Frauen fielen Massenvergewaltigungen zum Opfer.[52] Auch diese Menschen müssen als Opfer der Ideologie der Chicagoer Schule gelten.

Am Ende richtete sich der Volkszorn in Indonesien gegen Suharto und den Präsidentenpalast. Drei Jahrzehnte lang hatte die Erinnerung an das Blutbad, mit dem Suharto an die Macht gekommen war, die Indonesier mehr oder weniger in Schach gehalten – eine Erinnerung, die von Zeit zu Zeit durch Massaker in den Provinzen und in Osttimor aufgefrischt wurde. Die Wut auf Suharto hatte in dieser Zeit stets unter der Oberfläche geschwelt, doch erst der IWF goss buchstäblich Benzin in diese Flammen – indem er vom Regime verlangte, die Benzinpreise zu erhöhen. Daraufhin erhoben sich die Indonesier und vertrieben Suharto aus dem Amt.

Wie ein Verhörspezialist nutzte der IWF den extremen Schmerz der Krise, um den Willen der asiatischen Tigerstaaten zu brechen und die Länder zu totaler Willfährigkeit zu zwingen. Doch die Verhörhandbücher der CIA warnen, dass man dabei auch zu weit gehen kann – zu viel direkter Schmerz erzeugt statt Regression und Willfährigkeit dann Trotz und Widerstand. In Indonesien überschritt man diese Grenze und bewies damit, dass eine Schocktherapie, die zu weit geht, zu einem Gegenschlag führen kann, wie es bald schon von Bolivien bis in den Irak zu einer vertrauten Erfahrung werden sollte.

Doch die Anhänger des Kreuzzugs für den freien Markt lernen nur langsam, soweit es die unbeabsichtigten Neben-

folgen ihrer Politik betrifft. Die einzige Lehre, die sie aus dem unerhört lukrativen Ausverkauf in Asien zogen, war offenbar eine Bestätigung der eigenen Doktrin (als hätten sie solch einer Versicherung überhaupt bedurft), dass nichts so wirkungsvoll Neuland zu erschließen vermag wie eine wirkliche Katastrophe, ein echter gesellschaftlicher Zusammenbruch. Ein paar Jahre nach dem Höhepunkt dieser Krise verstiegen sich mehrere prominente Kommentatoren sogar zu der Behauptung, was da in Asien geschah, sei trotz aller Verheerungen ein Segen, auch wenn man dies nicht auf Anhieb erkennen mochte. Im *Economist* war zu lesen: »Es bedurfte einer überregionalen Krise, damit Südkorea sich von einer nach innen gekehrten Nation in ein Land verwandelte, das sich ausländischem Kapital, Veränderung und Wettbewerb öffnete.« Und Thomas Friedman meinte in seinem Bestseller *Globalisierung verstehen*, die Ereignisse in Asien seien gar keine Krise gewesen: »Meiner Ansicht nach war es in unser aller Interesse, daß die Globalisierung in den neunziger Jahren die Volkswirtschaften von Thailand, Korea, Malaysia, Indonesien, Mexiko, Rußland und Brasilien zurechtstutzte«, schrieb er dort und fügte hinzu: »Auch die Bloßstellung des Filzkapitalismus in Korea finde ich keineswegs betrüblich.«[53] In seinen Kolumnen in der *New York Times*, in denen er die Invasion des Irak unterstützte, argumentierte er später ganz ähnlich, nur dass der Zusammenbruch hier nicht über den Devisenhandel herbeigeführt wurde, sondern durch Cruise Missiles.

Die Asienkrise zeigte zweifellos, wie gut sich Katastrophen ausnutzen lassen. Zugleich haben der verheerende Marktzu-

sammenbruch und die zynische Reaktion des Westens aber auch mächtige Gegenreaktionen ausgelöst.

Die Kräfte des multinationalen Kapitals haben sich in Asien durchgesetzt, aber sie provozierten zugleich ein ganz neues Niveau des Volkszorns, der sich schließlich direkt gegen die Institutionen richtete, die die Ideologie des ungezügelten Kapitalismus vertreten. In einem ungewöhnlich ausgewogenen Kommentar der *Financial Times* hieß es: Asien war »ein Warnsignal, dass die Unzufriedenheit der Menschen mit dem Kapitalismus und den Kräften der Globalisierung ein beunruhigendes Maß erreicht. Die Asienkrise hat der Welt gezeigt, dass selbst die erfolgreichsten Länder durch einen plötzlichen Kapitalabfluss in die Knie gezwungen werden können. Die Menschen waren empört darüber, dass die Launen geheimnisvoller Hedgefonds offenbar Massenarbeitslosigkeit auf der anderen Seite der Erdkugel auslösen können.«[54]

Anders als in der ehemaligen Sowjetunion, wo man das geplante Elend der Schocktherapie noch als Teil des »schmerzhaften Übergangs« vom Kommunismus zur demokratischen Marktgesellschaft ausgeben konnte, war die Asienkrise einzig und allein ein Produkt der globalen Märkte. Doch als die Hohepriester der Globalisierung ihre Missionare in das Katastrophengebiet entsandten, ging es ihnen ausschließlich um eine Verschärfung der Misere.

In der Folge verloren diese Missionare die bequeme Anonymität, die sie bislang genossen hatten. Stanley Fischer vom IWF erinnert sich an die »Zirkusstimmung«, die im Umkreis des Seoul Hilton herrschte, als er zu Beginn der Verhandlungen nach Korea kam. »Ich war in meinem Hotelzimmer eingesperrt – ich konnte nicht hinaus, denn [wenn] ich die Tür

öffnete, waren da 10 000 Fotografen.« Laut einem anderen Bericht mussten die Vertreter des IWF, wenn sie in den Konferenzsaal wollten, in dem die Verhandlungen stattfanden, »einen Umweg zu einem Hintereingang machen, den man nur über verschiedene Treppen und durch die riesige Küche des Hilton erreichen konnte«.[55] Damals waren die IWF-Vertreter solche Aufmerksamkeit noch nicht gewöhnt. Die Erfahrung, in Fünfsternehotels und Konferenzzentren gefangen zu sein, ist den Emissären des Washingtoner Konsenses jedoch mittlerweile vertraut, seit ihre Zusammenkünfte in aller Welt von Massenprotesten begleitet sind.

Nach 1998 wurde es immer schwieriger, Reformprogramme nach Art der Schocktherapie mit friedlichen Mitteln durchzusetzen – was heißt, mit den üblichen Mitteln des IWF, die Partner auf Wirtschaftsgipfeln einzuschüchtern und ihnen die Daumenschrauben anzulegen. Die neue trotzige Stimmung aus dem Süden erschien erstmals auf der Bühne der Weltöffentlichkeit, als die Gespräche der Welthandelsorganisation 1999 in Seattle abgebrochen werden mussten. Auch wenn die jugendlichen Demonstranten das in den Medien gezeichnete Bild beherrschten – die eigentliche Rebellion fand in den Konferenzräumen statt, als Entwicklungsländer einen Stimmblock bildeten und es ablehnten, den Forderungen nach weitergehenden Handelskonzessionen nachzukommen, solange Europa und die Vereinigten Staaten an der Subventionierung und der Protektion ihrer heimischen Industrien festhielten.

Damals konnte man den Abbruch der Gespräche in Seattle noch als kurze Pause im stetigen Voranschreiten des Korporatismus abtun. Doch innerhalb weniger Jahre zeigte sich, dass die Veränderung eindeutig tiefer reichte. Der ehrgeizige

Traum der US-Regierung, im gesamten asiatisch-pazifischen Raum eine einheitliche Freihandelszone zu schaffen, wurde ebenso aufgegeben wie ein globaler Vertrag für Investitionen und Pläne für eine panamerikanische Freihandelszone, die von Alaska bis nach Chile reichen sollte, verschwanden.

Ihre größte Wirkung erzielte die sogenannte Antiglobalisierungsbewegung wohl, indem sie die Ideologie der Chicagoer Schule in das absolute Zentrum einer internationalen Debatte zwang. Um die Jahrtausendwende gab es einen kurzen Moment lang keine akute Krise, die unsere Aufmerksamkeit hätte ablenken können – die Schuldenschocks waren abgeklungen, die »Übergänge« abgeschlossen, und einen neuen globalen Krieg gab es noch nicht. Geblieben war einzig und allein die handfeste Spur, die der Kreuzzug für den freien Markt weltweit hinterlassen hatte: die trostlose Realität der Ungleichheit, der Korruption und der Umweltschäden, die zurückblieben, als eine Regierung nach der anderen den Rat befolgte, den Friedman vor vielen Jahren Pinochet gegeben hatte, nämlich dass es ein Fehler sei, »mit dem Geld anderer Leute Gutes tun« zu wollen.

Im Rückblick erscheint es verblüffend, dass die siegreiche Monopolphase des Kapitalismus, in der er keine konkurrierenden Ideen oder Gegenkräfte zu fürchten hatte, nur äußerst kurz währte, nämlich gerade einmal acht Jahre, vom Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 bis zum Abbruch der WTO-Gespräche 1999. Doch wachsender Widerstand sollte nicht die Entschlossenheit mindern, diese außergewöhnlich profitable Agenda zu verwirklichen. Ihre Verfechter nutzten einfach die Welle der Angst und Orientierungslosigkeit, die noch größere Schocks als jemals zuvor auslösten.

SCHOCKIERENDE ZEITEN

DER AUFSTIEG DES KATASTROPHEN-KAPITALISMUS

Schöpferische Zerstörung ist unser zweiter Vorname, sowohl innerhalb unserer eigenen Gesellschaft als auch im Ausland. Jeden Tag reißen wir die alte Ordnung ein, von der Wirtschaft über Wissenschaft, Literatur, Kunst, Architektur und Film bis hin zu Politik und Recht … Sie müssen uns angreifen, um zu überleben, und wir müssen sie vernichten, um unsere historische Mission zu erfüllen.

Michael Ledeen, *The War against the Terror Masters,* 2002

Auf der Ranch löst George alle Probleme mit der Kettensäge – ich glaube, das ist der Grund, warum er und Cheney und Rumsfeld so gut miteinander auskommen.

Laura Bush beim White House Correspondent's Association Dinner am 30. April 2005

SCHOCKTHERAPIE IN DEN USA

DIE HEIMATSCHUTZ-BLASE

Er ist ein skrupelloser kleiner Bastard. Da können Sie sicher sein.

Richard Nixon, ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten, über Donald Rumsfeld, 1971[1]

Heute befürchte ich, dass wir tatsächlich in einer Überwachungsgesellschaft aufwachen, die ja längst um uns herum besteht.

Richard Thomas, britischer Datenschutzbeauftragter, November 2006[2]

Der Heimatschutz dürfte gerade auf dem Stand sein, den die Internet-Investitionen 1997 erreichten. Damals brauchten Sie nur ein »E« vor den Namen Ihres Unternehmens zu stellen, und Ihr Börsengang war gesichert. Heute gilt dasselbe für fortress (Festung).

Daniel Gross, Slate, Juni 2005[3]

Es war ein schwüler Montag in Washington, und Donald Rumsfeld bereitete sich auf etwas vor, das er gar nicht mochte: mit seinen Leuten reden. Seit seinem Amtsantritt als Verteidigungsminister hatte er bei den Joint Chiefs of Staff seinen Ruf gefestigt, ein anmaßender, verschlossener und – wie nun immer häufiger zu hören war – arroganter Mensch zu sein. Die

Animosität der Generäle war verständlich. Seit seinem ersten Tag im Pentagon hatte Rumsfeld die ihm eigentlich zugedachte Rolle als Führer und Motivator von sich gewiesen und sich stattdessen wie ein blutleerer Exekutor verhalten – wie ein Sekretär der Geschäftsleitung mit dem Auftrag, das Unternehmen zu verkleinern.

Als Rumsfeld den Posten übernahm, wunderten sich viele darüber. Er war 68 Jahre alt, hatte fünf Enkelkinder, besaß ein Privatvermögen im Wert von schätzungsweise 250 Millionen Dollar und hatte das Amt des Verteidigungsministers schon einmal in Gerald Fords Regierung bekleidet.[4] Doch Rumsfeld hatte nicht den Wunsch, ein Verteidigungsminister herkömmlichen Zuschnitts zu sein, der durch die in seiner Amtszeit geführten Kriege definiert wird. Er strebte ganz offensichtlich nach Höherem.

Der neue Verteidigungsminister hatte in den letzten gut zwei Jahrzehnten hohe Funktionen in multinationalen Unternehmen ausgeübt und im Vorstand einiger Firmen gesessen, die er durch schwierige Fusionen oder Neuerwerbungen und Phasen schmerzhafter Umstrukturierungen geführt hatte. Seit den neunziger Jahren verstand er sich als Mann der New Economy. Er leitete eine auf digitales Fernsehen spezialisierte Firma, saß im Vorstand eines weiteren Unternehmens, das »E-Business-Lösungen« versprach, und bekleidete den Vorstandsposten einer sehr an Science-Fiction gemahnenden Biotech-Firma, die das exklusive Patentrecht an einem Medikament gegen die Vogelgrippe sowie an mehreren wichtigen AIDS-Medikamenten besaß.[5] Als Rumsfeld 2001 in George W. Bushs Kabinett eintrat, empfand er es als seine ganz persönliche Mission, die neue Kriegführung für das 21. Jahrhundert

zu erfinden, und die sollte eher psychologisch als physisch ausgerichtet, eher Spektakel als Kampf und sehr viel profitabler sein als jemals zuvor.

Man hat viel geschrieben über Rumsfelds umstrittenes Projekt einer »Transformation« der Streitkräfte, das acht pensionierte Generäle veranlasste, seinen Rücktritt zu fordern, und ihn schließlich zwang, nach den Kongresswahlen 2006 tatsächlich seinen Hut zu nehmen. Als Bush Rumsfelds Rücktritt ankündigte, bezeichnete er das Projekt einer »einschneidenden Transformation« der Streitkräfte und nicht etwa den Irakkrieg oder den »Krieg gegen den Terror« als die wichtigste Leistung seines Verteidigungsministers: »Dons Arbeit auf diesem Gebiet hat nicht oft Schlagzeilen gemacht. Doch die Reformen, die auf den Weg gebracht sind – die er auf den Weg gebracht hat –, sind von historischer Bedeutung.«[6] Das trifft sicher zu, aber es ist nicht immer ganz klar, worin diese Reformen eigentlich bestehen.

Höhere Offiziere taten die »Transformation« gelegentlich als Ansammlung »leerer Sprechblasen« ab, und Rumsfeld selbst schien oft (und auf geradezu komische Weise) entschlossen, diese Kritik zu bestätigen: »Die Army wird eine größere Modernisierung erfahren«, sagte Rumsfeld im April 2006. »Sie entwickelt sich von einer divisionsorientierten Streitmacht zu einer Streitmacht aus modularen Brigadekampfgruppen … von servicezentrierter zu konfliktreduzierender Kriegführung, zu Interoperabilität und jetzt hin zu Interdependenz. Das ist eine schwierige Sache.«[7] Doch das Projekt war nie so kompliziert, wie es aus seinem Munde klang. Jenseits des Jargons handelte es sich um den Versuch, die Revolution beim Outsourcing und Marketing, an der er als Ma-

nager in der Welt der Unternehmer mitgewirkt hatte, auf das US-Militär zu übertragen.

In den neunziger Jahren haben viele Unternehmen, die ihre Produkte bis dahin auf traditionelle Weise mit einer großen, festen Belegschaft herstellten, das sogenannte Nike-Modell übernommen, das auf dem Grundsatz basiert, keine eigenen Produktionsstätten mehr zu besitzen, sondern alle Erzeugnisse über ein feingesponnenes Netz aus Subunternehmern und Sublieferanten zu erwerben und sämtliche eigenen Ressourcen in Design und Marketing zu investieren. Andere Unternehmen entschieden sich für das alternative Microsoft-Modell, das an einem starken Steuerungszentrum festhält, in dem Eigentümer und Belegschaft sich um die »Kernkompetenz« des Unternehmens kümmern, während alles andere, von der Postabfertigung bis hin zum Schreiben der Programme, ausgelagert wird. Unternehmen, die eine radikale Umstrukturierung dieser Art erfahren haben, werden gelegentlich als *hollow corporations* (hohle Unternehmen) bezeichnet, weil sie fast nur noch Form sind und kaum noch einen greifbaren Inhalt erkennen lassen.

Rumsfeld war der festen Überzeugung, das US-Verteidigungsministerium benötige einen ähnlichen Umbau. Die Zeitschrift *Fortune* schrieb bei seinem Amtsantritt, »Mr. CEO« habe die Absicht, »eine Umstrukturierung derselben Art einzuleiten, wie er sie so erfolgreich in der Welt der Unternehmen vorgenommen hat«.[8] Natürlich gab es gewisse Unterschiede. Während Unternehmen sich von der Last örtlich gebundener Fabriken und fester Belegschaften befreiten, sollte die Army sich von zahlreichen Vollzeitsoldaten trennen und auf einen Kernbestand beschränken, der bei Bedarf durch bil-

ligere Zeitsoldaten aus der Reserve und der National Guard aufgestockt werden konnte. Derweil sollten private Sicherheitsfirmen wie Blackwater und Halliburton eine Vielzahl von Aufgaben übernehmen, die von gefährlichen Transporten über das Verhören von Gefangenen bis hin zu Verpflegung und medizinischer Betreuung reichten. Und während Unternehmen die eingesparten Lohnkosten in Design und Marketing steckten, wollte Rumsfeld die bei Soldaten und Panzern eingesparten Summen nutzen, um in der Privatwirtschaft die neuesten Erzeugnisse aus den Bereichen Satellitentechnik und Nanotechnologie einzukaufen. »Im 21. Jahrhundert«, so Rumsfeld über das moderne Militär, »sollten wir nicht mehr über Dinge und deren Anzahl und über Masse nachdenken, sondern auch und vielleicht sogar in erster Linie über Geschwindigkeit, Beweglichkeit und Präzision.« Er klang sehr nach dem hyperaktiven Managementberater Tom Peters, der Ende der neunziger Jahre erklärte, Unternehmen hätten zu entscheiden, ob sie »reine Brainware-Player« sein oder weiterhin »plumpe Objekte« anbieten wollten.[9]

Die Generäle, die es gewohnt waren, ihre Verteidigungsminister im Griff zu haben, und keinen Zweifel daran hatten, dass »Dinge« und »Masse« im Krieg immer noch entscheidende Bedeutung besaßen, lehnten Rumsfelds Vision einer hohlen Army entschieden ab. Nach gut sieben Monaten war der Verteidigungsminister auf so viele mächtige Zehen getreten, dass Gerüchte umgingen, seine Tage im Amt seien gezählt.

In dieser Situation berief Rumsfeld eine der seltenen »Vollversammlungen« der Pentagonbelegschaft ein. Sogleich begannen die Spekulationen: Wird er seinen Rücktritt verkün-

den? Wird er versuchen, einmal eine aufmunternde Rede zu halten? Wird er ein wenig verspätet versuchen, der alten Garde die Transformation zu verkaufen? Als Hunderte höherer Chargen des Pentagons sich an diesem Montagmorgen im Auditorium versammelten, »herrschte eindeutig eine neugierige Stimmung«, sagte mir einer von ihnen. »Man dachte: Wie wird er wohl versuchen, uns zu überzeugen? Denn es gab bereits große Animositäten gegen ihn.«

Als Rumsfeld den Raum betrat, »standen wir höflich auf und setzten uns wieder«. Rasch war klar, dass Rumsfeld nicht seinen Rücktritt ankündigen und auch nicht nur ein paar aufmunternde Worte sprechen würde. Es handelt sich möglicherweise um die außergewöhnlichste Rede, die ein US-amerikanischer Verteidigungsminister je gehalten hat. Rumsfeld begann:

> Unser Thema heute ist ein Gegner, der eine Bedrohung, eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika darstellt. Dieser Gegner ist eine der weltweit letzten Bastionen zentraler Planung. Er regiert, indem er Fünfjahrespläne diktiert. Aus einer einzigen Hauptstadt versucht er seine Forderungen über Zeitzonen, Kontinente und Ozeane hinweg durchzusetzen. Mit brutaler Beständigkeit erstickt er freies Denken und neue Ideen. Er untergräbt die Verteidigung der Vereinigten Staaten und gefährdet das Leben von Männern und Frauen in Uniform.
>
> Vielleicht klingt das so, als wäre dieser Gegner die ehemalige Sowjetunion, doch dieser Feind gehört der Vergangenheit an. Unsere heutigen Widersacher sind subtiler und

unerbittlicher … Der Gegner ist näher bei uns. Es ist die Pentagon-Bürokratie …[10]

Als klar wurde, worauf Rumsfeld mit seinen rhetorischen Tricks hinauswollte, versteinerten die Gesichter im Publikum. Die meisten Zuhörer hatten ihr berufliches Leben mit dem Kampf gegen die Sowjetunion zugebracht und mochten es gar nicht, in dieser Phase des Spiels nun mit Kommunisten verglichen zu werden. Aber Rumsfeld war noch nicht fertig. »Wir kennen den Gegner. Wir kennen die Bedrohung. Und mit derselben Entschlossenheit, die jeder Kampf gegen einen entschlossenen Gegner erfordert, müssen wir uns diesem Gegner stellen und dürfen nicht lockerlassen … Heute erklären wir der Bürokratie den Krieg.«

Er hatte es getan: Der Verteidigungsminister hatte das Pentagon nicht nur als schwere Bedrohung für Amerika bezeichnet, er hatte auch jener Institution den Krieg erklärt, in der er selbst arbeitete. Die Zuhörer waren perplex. »Da sagte er, wir seien der Feind, der Feind seien wir. Und dabei dachten wir, wir täten das alles für unser Land«, meinte der zitierte Pentagon-Bedienstete.

Nicht dass Rumsfeld Steuergelder hätte einsparen wollen – ganz im Gegenteil. Er wollte noch mehr ausgeben und hatte gerade beim Kongress eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts um 11 Prozent beantragt. Aber in Übereinstimmung mit den korporatistischen Prinzipien der Gegenrevolution, in der Big Government und Big Business sich gemeinsam um eine Neuverteilung der Geldmittel nach oben bemühen, wollte er, dass weniger Geld für Personal ausgegeben wurde und stattdessen weit mehr öffentliche Gelder direkt in die Schatullen

privater Unternehmen flossen. Und so erklärte Rumsfeld nun seinen »Krieg«. Jede Abteilung hatte ihr Personal um 15 Prozent zu verringern, und das galt für »jedes Stützpunkthauptquartiergebäude auf der Welt. Das ist nicht nur Gesetz, es ist auch eine gute Idee, und wir werden sie umsetzen.«[11]

Rumsfeld hatte seine leitenden Mitarbeiter bereits angewiesen, das Verteidigungsministerium »nach Funktionen zu durchforsten, die sich besser und billiger durch Auslagerung an private Unternehmen erfüllen lassen«. Er wollte wissen: »Warum ist das Verteidigungsministerium eine der letzten Organisationen, die ihre Schecks immer noch selbst ausstellen? Warum besitzen und führen wir immer noch so viele Warenhäuser, obwohl es eine ganze Industrie gibt, die das äußerst effizient leistet? Warum sammeln wir auf unseren Stützpunkten in aller Welt selbst den Müll ein und wischen die Böden, statt Reinigungsfirmen damit zu beauftragen, wie es viele Unternehmen tun? Und ganz sicher können wir die Wartung von Computersystemen viel stärker nach außen vergeben.«

Sogar an die heilige Kuh des militärischen Establishments wagte er sich heran: die medizinische Versorgung der Soldaten. Warum es so viele Ärzte gebe, wollte Rumsfeld wissen. »Manche Bedürfnisse, vor allem im Bereich der Allgemeinmedizin und solcher Spezialgebiete, die nicht mit Kriegsverletzungen zusammenhängen, könnten effizienter vom privaten Sektor befriedigt werden.« Und dann die Unterbringung der Soldaten und ihrer Familien – die ließ sich doch sicher durch »Partnerschaften mit Privatunternehmen« gewährleisten.

Das Verteidigungsministerium solle sich auf seine Kernkompetenz konzentrieren: »das Kriegführen … In allen übrigen Fällen jedoch sollten wir nach Anbietern suchen, die

diese nicht zum Kernbereich zählenden Aktivitäten effizient und effektiv übernehmen können.«

Nach der Rede erkannten viele im Pentagon, dass Rumsfelds kühner Vision eines Outsourcing bei der Army eine gewisse Kleinigkeit im Weg stand: die amerikanische Verfassung, die eindeutig bestimmt, dass die nationale Sicherheit Aufgabe des Staates und nicht privater Unternehmen ist. »Ich dachte, die Rede werde Rumsfeld den Kopf kosten«, sagte mir meine Quelle.

Sie tat es nicht, und die Berichterstattung über seine Kriegserklärung an das Pentagon fiel spärlich aus. Das hatte seinen Grund: Er hielt seine streitbare Rede am 10. September 2001.

Es ist schon eine seltsame Kapriole der Geschichte, dass CNN am 10. September in den Abendnachrichten eine kurze Meldung unter dem Titel »Verteidigungsminister erklärt der Pentagon-Bürokratie den Krieg« brachte und der Sender am nächsten Morgen über einen weit weniger metaphorischen Angriff auf dieselbe Institution berichten musste, bei dem von jenen Menschen, die Rumsfeld nicht einmal vierundzwanzig Stunden zuvor als Staatsfeinde bezeichnet hatte, 125 getötet und weitere 110 schwer verletzt wurden.12

Cheney und Rumsfeld: zwei Proto-Katastrophen-Kapitalisten

Der Kerngedanke der vergessenen Rumsfeld-Rede ist nichts Geringeres als die zentrale Idee des Bush-Regimes: dass der Staat nicht regieren, sondern das Regieren an den effizienteren und generell überlegenen privaten Sektor delegieren solle.

Wie Rumsfeld deutlich machte, ging es für die Verfechter dieser Idee dabei keineswegs um etwas so Prosaisches wie die Kürzung des Staatshaushalts, sondern um einen die Welt verändernden Kreuzzug ähnlicher Größenordnung, wie es der Sieg über den Kommunismus gewesen war.

Als das Bush-Team die Amtsgeschäfte übernahm, hatte man dank des (von der Clinton-Regierung, den Bundesstaaten wie auch den Städten und Gemeinden vollauf geteilten) Privatisierungswahns der siebziger und achtziger Jahre die großen Staatsunternehmen in allen Sektoren, von der Wasser- und Stromversorgung bis hin zum Betrieb der Autobahnen und zur Müllabfuhr, bereits erfolgreich verkauft oder ausgelagert. Nach der Amputation dieser Glieder waren dem Staat nur noch die »Kernaufgaben« geblieben – Funktionen, die so eng mit dem Begriff des Staates verbunden sind, dass der Gedanke, sie Privatunternehmen zu überlassen, die Idee des Nationalstaates schlechthin in Frage stellte: Militär, Polizei, Feuerwehr, Gefängnisse, Grenzsicherung, Geheimdienste, Seuchenbekämpfung, das öffentliche Schulsystem und die staatliche Verwaltung. Die früheren Phasen der Privatisierungswelle waren jedoch so profitabel gewesen, dass viele Unternehmen, die bereits Anhängsel des Staates verschlungen hatten, mit gierigem Blick auf die Kernfunktionen als nächste Quelle schnellen Reichtums schauten.

Ende der neunziger Jahre drängte eine mächtige Bewegung darauf, die Tabus zu brechen, die einer Privatisierung dieser staatlichen Kernfunktionen im Wege standen. In vielerlei Hinsicht handelte es sich dabei lediglich um eine logische Ausweitung des Status quo: Wie die Ölfelder Russlands, die Telekommunikationsgesellschaften Lateinamerikas und die Indus-

trien Asiens den Wertpapiermärkten in den neunziger Jahren Superprofite beschert hatten, so sollte nun der amerikanische Staat selbst diese zentrale ökonomische Rolle übernehmen – zumal der Widerstand gegen Privatisierung und freien Handel in den Entwicklungsländern rasch zunahm und andere Wachstumspfade verschloss.

Damit trat die Schockdoktrin in eine neue, selbstreferenzielle Phase ein. Bislang hatte man Katastrophen und Krisen zwar im Nachhinein genutzt, um radikale Privatisierungspläne durchzusetzen, aber die Institutionen, die katastrophale Ereignisse auslösen oder darauf reagieren konnten – das Militär, die CIA, das Rote Kreuz, die Vereinten Nationen, die Rettungsdienste –, hatten zu den letzten Bastionen staatlicher Kontrolle gehört. Wenn man sich jedoch auch diesen Kernbereich einverleibt hatte, konnte man die in den letzten drei Jahrzehnten entwickelten Methoden der Ausnutzung von Krisen einsetzen, um die eigentliche Infrastruktur zur Erzeugung von Katastrophen und zum Umgang mit deren Folgen zu privatisieren. Damit erfuhr Friedmans Krisentheorie eine postmoderne Wendung.

Die Vorhut der Bewegung zur Schaffung eines – wie man nicht anders sagen kann – privatisierten Polizeistaats bildeten die mächtigsten Figuren der zukünftigen Bush-Regierung: Dick Cheney, Donald Rumsfeld und George W. Bush selbst.

Bei Rumsfeld hatte das Projekt, die »Marktlogik« auch auf das US-Militär anzuwenden, eine Vorgeschichte, die vier Jahrzehnte zurückreichte. Sie begann in den frühen sechziger Jahren, als er Seminare am Economic's Department der University of Chicago besuchte. Er hatte besonders enge Beziehungen zu Milton Friedman geknüpft, der den jungen, erfolgrei-

chen Republikaner unter seine Fittiche nahm, als der mit dreißig Jahren in den Kongress gewählt wurde. Friedman half ihm bei der Entwicklung eines kühnen, am freien Markt orientierten Programms und vermittelte ihm die wirtschaftstheoretischen Grundlagen. Die beiden Männer blieben einander auch in der Folgezeit eng verbunden. So besuchte Rumsfeld jene Geburtstagsfeier, die Ed Feulner, der Präsident der Heritage Foundation, alljährlich für Friedman organisierte. »Milton hat etwas an sich, das dafür sorgt, dass ich mich klüger fühle, wenn ich in seiner Nähe bin und mit ihm rede«, sagte Rumsfeld über seinen Mentor, als dieser neunzig wurde.[13]

Die Bewunderung beruhte auf Gegenseitigkeit. Friedman war von Rumsfelds Engagement für eine Deregulierung der Märkte so beeindruckt, dass er Reagan heftig drängte, bei den Wahlen 1980 nicht George H. W. Bush, sondern Rumsfeld als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten zu benennen – und er verzieh es Reagan niemals ganz, dass er diesen Rat nicht befolgte. »Ich glaube, Reagan machte einen Fehler, als er sich für Bush als Vizepräsidentschaftskandidaten entschied«, schrieb Friedman in seinen Memoiren, »ja, ich halte dies für die schlechteste Entscheidung nicht nur seines Wahlkampfs, sondern auch seiner Präsidentschaft. Mein Favorit war Donald Rumsfeld. Ich glaube, wenn er Vizepräsident geworden wäre, dann wäre er Reagan auch im Amt des Präsidenten gefolgt, und die leidige Bush-Clinton-Ära wäre uns erspart geblieben.«[14]

Rumsfeld reagierte auf diese Zurücksetzung, indem er sich weiter auf seine erfolgreiche Karriere in der Privatwirtschaft stürzte. Als Vorstandsvorsitzender des internationalen Pharma- und Chemieunternehmens Searle Pharmaceuticals nutzte er

seine politischen Verbindungen, um bei der Food and Drug Administration (FDA) die umstrittene und äußerst lukrative Zulassung des (unter dem Markennamen NutraSweet vertriebenen) Süßstoffs Aspartam durchzusetzen. Und als Rumsfeld den Verkauf des Unternehmens an Monsanto vermittelte, verdiente er persönlich schätzungsweise 12 Millionen Dollar daran.[15]

Dieser Großverkauf, durch den Rumsfeld sich in der Unternehmenswelt als Power-Player etablierte, brachte ihm Aufsichtsratsposten bei Unternehmen wie Sears und Kellogg's ein. Sein inzwischen erworbener Status als ehemaliger Verteidigungsminister machte ihn zu einer hochinteressanten Figur für alle Unternehmen, die dem von Eisenhower so genannten »militärisch-industriellen Komplex« angehörten. Rumsfeld saß im Vorstand des Flugzeugherstellers Gulfstream und erhielt als Mitglied des Vorstands von ASEA Brown Boveri (ABB) ein Jahresgehalt von 190 000 Dollar. Der Schweizer Ingenieurgigant hatte unerwünschte Aufmerksamkeit auf sich gezogen, als herauskam, dass er Nukleartechnologie an Nordkorea verkauft hatte, darunter technische Voraussetzungen für die Herstellung von Plutonium. Der Kernreaktor-Transfer erfolgte im Jahr 2000, und zu dieser Zeit war Rumsfeld der einzige Nordamerikaner im Vorstand des Unternehmens. Er behauptet, sich nicht daran erinnern zu können, dass der Reaktorverkauf im Vorstand zur Sprache gekommen wäre, obwohl das Unternehmen erklärt hat, dass »Mitglieder des Vorstands über das Projekt informiert worden« seien.[16]

Mit der Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden der Biotech-Firma Gilead Sciences im Jahr 1997 etablierte Rumsfeld sich fest als Proto-Katastrophen-Kapitalist. Das Unternehmen hatte das Medikament Tamiflu patentieren lassen, das zur Behandlung

verschiedener Formen von Grippe bestimmt ist und das Mittel der Wahl bei der Vogelgrippe darstellt.* Sollte es jemals zum Ausbruch dieser hochansteckenden Viruserkrankung kommen (oder auch nur eine Epidemie dieser Art drohen), wären Regierungen in aller Welt dazu gezwungen, Milliarden auszugeben, um das Medikament bei Gilead Sciences zu kaufen.

Die Patentierung von Medikamenten und Impfstoffen zur Bekämpfung akuter Epidemien ist weiterhin ein umstrittenes Thema. In den USA hat es seit mehreren Jahrzehnten keine Epidemien mehr gegeben, doch als die Polioepidemie Mitte der fünfziger Jahre ihren Höhepunkt erreichte, wurde heftig über das ethische Problem des Geschäfts mit der Krankheit debattiert. Bei fast 60 000 bekannt gewordenen Fällen von Kinderlähmung und angesichts der Angst vieler Eltern, ihre Kinder könnten sich die verkrüppelnde und vielfach tödliche Krankheit zuziehen, vervielfachte man die Forschungsbemühungen. Als Jonas Salk von der University of Pittsburgh 1952 den ersten Polioimpfstoff entdeckte, meldete er das lebensrettende Medikament nicht zum Patent an. »Es gibt kein Patent«, erklärte er gegenüber dem Radiomoderator Edward R. Murrow. »Könnte man sich die Sonnen patentieren lassen?«[17]

---

* Tamiflu ist ein äußerst umstrittenes Medikament, da eine wachsende Zahl von Fällen bekannt geworden ist, in denen Menschen nach der Einnahme von Tamiflu unter geistiger Verwirrung, Verfolgungswahn, Halluzinationen und Selbstmordgedanken litten. Für den Zeitraum von November 2005 bis November 2006 werden weltweit 25 Todesfälle mit Tamiflu in Verbindung gebracht, und in den Vereinigten Staaten wird im Beipackzettel heute vor einer erhöhten »Selbstgefährdung und Verwirrung« gewarnt und dringend angeraten, »genau auf Anzeichen ungewöhnlichen Verhaltens zu achten«.

Wir dürfen sicher sein, wenn man sich die Sonne patentieren lassen könnte, hätte Donald Rumsfeld schon längst einen entsprechenden Antrag beim amerikanischen Patentamt gestellt. Sein früheres Unternehmen Gilead Sciences, das auch Patente für vier AIDS-Therapien besitzt, verwandte viel Energie auf den Versuch, den Verkauf billigerer Generika der lebensrettenden Medikamente in den Entwicklungsländern zu verhindern. Das brachte der Firma harsche Kritik von Gesundheitsaktivisten in den USA ein, die darauf hinwiesen, dass die Entwicklung wichtigster Medikamente dieser Firma aus Steuermitteln subventioniert worden war.[18] Gilead sieht dagegen in Epidemien einen Wachstumsmarkt und versucht, durch eine massive Werbekampagne Unternehmen und Einzelpersonen zu veranlassen, Tamiflu für den Fall einer Epidemie bereitzuhalten. Vor seiner Rückkehr in die Regierung war Rumsfeld so überzeugt von den extremen Wachstumschancen der Branche, dass er sich an der Gründung mehrerer, auf Biotechnologie und Pharmawerte spezialisierter privater Investmentfonds beteiligte.[19] Diese Unternehmen spekulieren auf eine apokalyptische Zukunft mit schrecklichen Epidemien, die die Staaten zwingen werden, um jeden Preis jene lebensrettenden Produkte zu kaufen, für die der private Sektor Patente besitzt.

Dick Cheney, Rumsfelds Schützling in der Ford-Regierung, machte sein Vermögen gleichfalls mit der profitablen Aussicht auf eine schlimme Zukunft, doch während Rumsfeld sich auf einen boomenden Markt im Bereich der Seuchen einstellte, spekulierte Cheney auf zukünftige Kriege. Als Verteidigungsminister unter Bush senior verringerte er die Zahl der aktiven Soldaten und erhöhte die Abhängigkeit von pri-

vaten Dienstleistern erheblich. Brown & Root, die Ingenieursparte des in Houston beheimateten Multis Halliburton, erhielt von ihm den Auftrag, innerhalb der Streitkräfte nach Tätigkeitsbereichen zu suchen, die auch von gewinnorientierten Privatfirmen abgedeckt werden konnten. Es kann kaum verwundern, dass Halliburton zahlreiche Tätigkeitsfelder dieser Art entdeckte, und diese Befunde führten zu einem verwegenen neuen Pentagon-Vertrag, dem Logistics Civil Augmentation Program (LOGCAP). Das Pentagon war bekannt für seine Milliardenverträge mit Rüstungsfirmen, doch dies war etwas Neues. Hier ging es nicht darum, das Militär mit Rüstungsgütern zu versorgen, sondern ihm als Manager für seine Operationen zu dienen.[20]

Eine ausgewählte Gruppe von Firmen wurde eingeladen, sich um die Bereitstellung einer unbegrenzten »logistischen Unterstützung« amerikanischer Militärmissionen zu bewerben – eine extrem ungenaue Projektbeschreibung. Auch der finanzielle Umfang des Vertrages wurde nicht festgelegt. Die Firma, die den Zuschlag erhielt, bekam lediglich die Zusicherung, das Pentagon werde alle Kosten erstatten und dazu einen garantierten Profit zahlen – man spricht hier von einem »Kostenzuschlagsvertrag«. Das geschah in den letzten Tagen der Regierung Bush senior, und das Unternehmen, das 1992 den Zuschlag erhielt, war kein anderes als Halliburton. T. Christian Miller von der *Los Angeles Times* schrieb darüber: Halliburton »stach 36 andere Anbieter aus und erhielt einen Fünfjahresvertrag – was kaum verwundern dürfte, wenn man bedenkt, dass die Firma die Pläne dafür selbst entwickelt hatte«.

1995, inzwischen saß Clinton im Weißen Haus, holte Halliburton Cheney als neuen Vorstandschef ins Unternehmen.

Die Halliburton-Tochter Brown & Root unterhielt schon seit langem umfangreiche Geschäftsbeziehungen zum US-Militär, doch unter Cheneys Führung erweiterte Halliburton seine Rolle auf diesem Gebiet so dramatisch, dass der Charakter des modernen Krieges einen grundlegenden Wandel erfuhr. Dank der unscharfen Formulierung des von Halliburton und dem damaligen Verteidigungsminister Cheney entworfenen Vertrags konnte das Unternehmen die Bedeutung des Ausdrucks »logistische Unterstützung« so weit dehnen und erweitern, bis Halliburton für die Bereitstellung der gesamten Infrastruktur bei Auslandseinsätzen des amerikanischen Militärs verantwortlich zeichnete. Die Army brauchte nur noch die Soldaten und die Waffen beizubringen – sie war nun faktisch auf die Rolle eines *content providers* beschränkt, während Halliburton die Show gestaltete.

Die erstmals auf dem Balkan zu beobachtende Folge war eine Art McMilitary-Erlebnis, bei dem Auslandseinsätze einem schwerbewaffneten und gefährlichen Rucksackurlaub glichen. »Der Erste, der unsere Soldaten bei der Ankunft auf dem Balkan begrüßt, und der Letzte, der ihnen zum Abschied zuwinkt, ist einer unserer Leute«, erklärte ein Halliburton-Sprecher, und man hat das Gefühl, bei den Vertretern der Firma handele es sich eher um Reiseleiter als um Koordinatoren militärischer Logistik.[21] Das war das Besondere am Halliburton-Konzept. Cheney sah keinen Grund, weshalb nicht auch der Krieg ein blühender Zweig der hochprofitablen Dienstleistungswirtschaft Amerikas sein sollte: eine Invasion mit einem Lächeln auf dem Gesicht.

Als Clinton 19 000 Soldaten auf den Balkan entsandte, wuchsen dort als US-Basen kleine Halliburton-Städte aus

dem Boden – saubere, eingezäunte Suburbs, die ausschließlich von der Firma gebaut und betrieben wurden. Und Halliburton bemühte sich, den Soldaten all den Komfort zu bieten, den sie aus der Heimat gewohnt waren, darunter Fast-Food-Läden, Supermärkte, Kinos und Hightech-Fitness-Studios.[22] Einige höhere Offiziere fragten sich, welchen Einfluss die Ausgestaltung der militärischen Welt nach dem Muster von Einkaufszentren auf die Disziplin der Truppe haben würde – aber auch sie genossen die Zusatzleistungen. »Bei Halliburton war alles vergoldet«, sagte mir einer von ihnen. »Darum haben wir uns nicht beklagt.« Für Halliburton bedeutete die Zufriedenheit der Kunden jedenfalls ein gutes Geschäft, sorgte sie doch für weitere Aufträge, und da die Profite als prozentualer Aufschlag auf die Kosten berechnet wurden, stiegen die Profite mit den Kosten. »Keine Sorge, es ist ein Kostenzuschlagsvertrag« – dieser Satz erlangte in der Grünen Zone in Bagdad Berühmtheit, doch die Anfänge der Deluxe-Kriegsausgaben lagen bereits in der Clinton-Ära. Innerhalb von fünf Jahren verdoppelte Cheney die Einnahmen der Firma aus Staatsaufträgen von 1,2 Milliarden auf 2,3 Milliarden Dollar und erhöhte die staatlichen Kredite und Kreditbürgschaften auf das Fünfzehnfache.[23] Auch Cheney selbst wurde für seine Bemühungen fürstlich entlohnt. Vor seinem Amtsantritt als Vizepräsident »bezifferte er den Nettowert seines Vermögens auf 18 bis 81,9 Millionen Dollar, einschließlich eines Anteils von 6 bis 30 Millionen Dollar an Halliburton … Insgesamt erhielt Cheney 1 260 000 Halliburton-Optionen, davon [waren] 100 000 bereits eingelöst, 760 000 [waren] frei auszuüben und 166 667 [sollten] im Dezember [2000] gültig werden.«[24]

Das Bemühen, die Dienstleistungsökonomie auch auf den

staatlichen Kernbereich auszudehnen, war für Cheney sozusagen eine Familienangelegenheit. In den späten neunziger Jahren, als er Militärstützpunkte in Halliburton-Suburbs umzuwandeln begann, erhielt seine Frau Lynne für ihre Tätigkeit im Vorstand von Lockheed Martin, dem größten Rüstungskonzern der Welt, neben ihrem Gehalt auch Aktienoptionen. Die Jahre 1995 bis 2001, in denen Lynne dem Vorstand angehörte, waren für Unternehmen wie Lockheed eine Zeit bedeutender Veränderungen.[25] Der Kalte Krieg war vorüber, die Verteidigungsausgaben sanken, und da diese Firmen fast ausschließlich von staatlichen Rüstungsaufträgen lebten, benötigten sie ein neues Geschäftsmodell. Lockheed und andere Rüstungsunternehmen entwickelten daher die Strategie, sich auf aggressive Weise neue Aufgabengebiete zu erschließen: den Betrieb des Staates gegen Entgelt.

Mitte der neunziger Jahre begann Lockheed, die EDV der US-Regierung zu übernehmen, das heißt die Computersysteme und einen großen Teil der Datenverwaltung. Weitgehend unter den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit zog das Unternehmen so große Teile dieser Bereiche an sich, dass die *New York Times* 2004 schrieb: »Lockheed Martin betreibt zwar nicht die Vereinigten Staaten, aber doch einen atemberaubend großen Teil davon … Das Unternehmen sortiert Ihre Post und addiert Ihre Steuerschuld. Es sorgt für die Auszahlung der Renten und verarbeitet alle anfallenden statistischen Daten. Es organisiert Raumflüge und überwacht den Flugverkehr. Um all das zu bewerkstelligen, produziert Lockheed mehr Computerprogramme als Microsoft.«[26] *

* In dieser Zeit warfen sich alle großen Rüstungskonzerne auf das

Das Ehepaar Cheney war ein sehr erfolgreiches Team. Während Dick Halliburton zur Bereitstellung der Infrastruktur militärischer Auslandseinsätze führte, half Lynne Lockheed, den alltäglichen Betrieb des Staates in der Heimat zu übernehmen. Gelegentlich kam es auch zu einer direkten Konkurrenz zwischen den Ehepartnern. Als der Bundesstaat Texas 1996 die Durchführung des staatlichen Wohlfahrtsprogramms an Privatfirmen vergeben wollte, bewarb sich um den Auftrag, der in fünf Jahren bis zu zwei Milliarden Dollar eingebracht hätte, neben Lockheed auch der IT-Gigant Electronic Data Systems, dessen Vorstand Dick Cheney stolz zu seinen Mitgliedern zählte. Schließlich griff die Clinton-Regierung ein und setzte der Ausschreibung ein Ende. Obwohl sie die Auslagerung staatlicher Dienstleistung ansonsten begeistert unterstützte, war man dort der Auffassung, die Entscheidung darüber, wer Sozialhilfe erhalten sollte, gehöre zu den zentralen staatlichen Aufgaben und eigne sich nicht für eine Privatisierung. Sowohl Lockheed als auch EDS waren empört, und dasselbe galt für den texanischen Gouverneur George W. Bush, der die Privatisierung des Wohlfahrtssystems für eine großartige Idee hielt.[27]

Geschäft mit der Übernahme staatlicher Funktionen. Die Firma Computer Sciences, die Informationstechnologie einschließlich biometrischer Ausweise an das Militär liefert, erhielt vom County of San Diego den Auftrag zum Betrieb der gesamten Informationstechnologie des County – einen Auftrag, der mit 644 Millionen Dollar zu den größten jemals vergebenen Aufträgen dieser Art gehört. Da das County mit der Leistung des Unternehmens nicht zufrieden war, verlängerte es den Auftrag nicht, sondern vergab ihn an einen anderen Rüstungskonzern, an den Hersteller des B2-Tarnkappenbombers Northrop Grumman.

George W. Bush tat sich als Gouverneur nicht sonderlich hervor, doch auf einem Gebiet glänzte er: in der Überantwortung diverser Funktionen des Staates, den zu führen er gewählt worden war, an private Unternehmen, wovon insbesondere Funktionen im Sicherheitsbereich betroffen waren – ein Vorgeschmack auf den privatisierten Krieg gegen den Terror, den er bald vom Zaun brechen sollte. In seiner Amtszeit als Gouverneur stieg in Texas die Zahl der Privatgefängnisse von 22 auf 42, was die Zeitschrift *The American Prospect* zu der Bemerkung veranlasste, Bushs Texas sei die »Welthauptstadt der Privatgefängnisbranche«. Das FBI nahm 1997 Ermittlungen in einem Gefängnis im 80 Kilometer von Houston entfernten Brazoria County auf, nachdem ein lokaler Fernsehsender ein Video ausgestrahlt hatte, auf dem Gefängniswärter zu sehen waren, die wehrlose Gefangene in die Leistengegend traten, mit Betäubungsgewehren auf sie schossen und Hunde auf sie hetzten. Mindestens einer der gewalttätigen Wärter auf dem Video trug die Uniform der Capital Correctional Resources, eines Privatunternehmens, das beauftragt war, Gefängniswärter bereitzustellen.[28]

Bushs Begeisterung für die Privatisierung erhielt durch den Vorfall in Brazoria jedoch keinen Dämpfer. Einige Wochen später wurde ihm gleichsam eine Offenbarung zuteil, als er mit José Piñera zusammentraf, jenem chilenischen Minister, der während der Pinochet-Diktatur die chilenische Sozialversicherung privatisiert hatte.

Piñera berichtete später über die Begegnung: »An seiner Konzentration, seiner Körpersprache und seinen treffenden Fragen erkannte ich sogleich, Mr. Bush hatte den Kern meiner Idee verstanden: dass man nämlich durch eine Reform

der Sozialversicherung zugleich einen auskömmlichen Ruhestand gewährleisten und eine Welt von Arbeiterkapitalisten, eine Gesellschaft von Eigentümern schaffen kann … Er war so begeistert davon, dass er mir beim Abschied lächelnd ins Ohr flüsterte: ›Fahren Sie nach Florida, und erzählen Sie das meinem kleinen Bruder. Dem wird das auch gut gefallen.‹«[29]

Das Engagement des zukünftigen Präsidenten für die Privatisierung, Cheneys führende Rolle beim Outsourcing und Rumsfelds Patentanträge für Medikamente zur Seuchenbekämpfung vermitteln in groben Umrissen ein Bild ihrer gemeinsamen Vision eines perfekten hohlen Staates. Zwar stand dieses radikale Programm nicht im Mittelpunkt des Wahlkampfs, den Bush im Jahr 2000 um das Präsidentenamt führte, doch es gab Hinweise darauf. So erklärte er in einer Wahlkampfrede: »Auf Bundesebene gibt es Hunderttausende staatlicher Vollzeitarbeitskräfte, die Aufgaben erledigen, welche auch von Unternehmen des privaten Sektors übernommen werden könnten. Ich werde möglichst viele dieser Aufgaben der Konkurrenz durch private Anbieter aussetzen. Wenn die Privatwirtschaft den Job besser erledigen kann, soll die Privatwirtschaft den Zuschlag erhalten.«[30]

Der 11. September und das Comeback des öffentlichen Dienstes

Als Bush und sein Kabinett im Januar 2001 die Amtsgeschäfte aufnahmen, hatte sich das Bedürfnis nach Wachstumschancen für die US-amerikanischen Unternehmen sogar noch verschärft. Die Blase bei den Technologiewerten war offiziell geplatzt, der Dow Jones in den ersten zweieinhalb Monaten der

Bush-Ära um 824 Punkte gefallen – also sah sich die Regierung mit einer ernsthaften wirtschaftlichen Flaute konfrontiert. Keynes hatte geraten, der Staat solle Rezessionen durch eine Erhöhung der Staatsausgaben bekämpfen und durch Staatsaufträge ökonomische Anreize setzen. Bushs Rezept war eine Selbstauflösung des Staates. Der Staat sollte große Stücke aus seinem Vermögen herausschneiden und sie an die Privatwirtschaft verfüttern, indem er einerseits die Steuern senkte und andererseits lukrative Aufträge vergab. Bushs Budgetdirektor, der Thinktank-Ideologe Mitch Daniels, erklärte: »Der zugrundeliegende Gedanke – dass der Staat nicht die Aufgabe hat, Dienstleistungen bereitzustellen, sondern dafür zu sorgen, dass sie bereitgestellt werden – scheint mir selbstevident zu sein.«[31] Dazu zählte auch der Katastrophenschutz. Joseph Allbaugh, der republikanische Parteifunktionär, dem Bush zunächst die Leitung der für den zivilen Katastrophenschutz und die Abwehr terroristischer Gefahren zuständigen Federal Emergency Management Agency (FEMA) anvertraute, bezeichnete seinen neuen Arbeitsplatz in diesem Kontext als ein »Programm für überzogene Ansprüche«.[32]

Dann kam der 11. September, und ein Staat, dessen zentrale Aufgabe in der Selbstverstümmelung bestand, schien plötzlich keine sonderlich gute Idee zu sein. Angesichts eines Volkes, das unter Schock stand und Schutz von einem starken Staat erwartete, hätten die Anschläge dem Projekt einer Aushöhlung des Staates ein Ende setzen können, noch bevor es richtig begonnen hatte.

Eine Zeit lang schien es auch tatsächlich so zu sein. »Der 11. September hat alles verändert«, erklärte Ed Feulner, Milton Friedmans alter Freund und Präsident der Heritage Foun-

dation, zehn Tage nach den Anschlägen und war damit einer der Ersten, die diesen schicksalhaften Satz aussprachen. Viele nahmen ganz selbstverständlich an, zu dieser Veränderung gehörte auch eine Neubewertung der radikal gegen den Staat gerichteten Programmatik, die Feulner und seine ideologischen Verbündeten seit drei Jahrzehnten in Amerika und in aller Welt vertraten. Schließlich waren die Sicherheitsmängel, die der 11. September aufgedeckt hatte, die Folge einer seit mehr als zwanzig Jahren betriebenen Beschneidung des staatlichen Sektors und einer Auslagerung staatlicher Aufgaben an profitorientierte Privatunternehmen. Wie die Flutkatastrophe in New Orleans den verrotteten Zustand der öffentlichen Infrastruktur bloßlegte, so hatten die Anschläge den Menschen vor Augen geführt, wohin die beständige Schwächung des Staates führte: Der Funkverkehr der New Yorker Polizei und Feuerwehr brach während des Rettungseinsatzes zusammen, die Flugüberwachung bemerkte die vom Kurs abgewichenen Flugzeuge nicht, und die Attentäter passierten ungehindert die Sicherheitsschleusen auf den Flughäfen, deren von Privatfirmen gestelltes Personal teilweise weniger verdiente als ihre Kollegen im Restaurantbereich der Flughäfen.[33]

Der erste größere Sieg der Friedman'schen Konterrevolution in den USA war Ronald Reagans Angriff auf die Gewerkschaft der Fluglotsen und seine Deregulierung der Fluggesellschaften gewesen. Zwanzig Jahre später war das gesamte System privatisiert, dereguliert und »verschlankt«, und die Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen wurden zum größten Teil von unterbezahlten, schlecht ausgebildeten, gewerkschaftlich nicht organisierten Beschäftigten privater Subunternehmen durchgeführt. Nach den Anschlägen bescheinigte

der Generalinspekteur des Verkehrsministeriums den Fluggesellschaften, die für die Sicherheit auf ihren Flügen verantwortlich waren, sie hätten in beträchtlichem Maß geschlampt, um die Kosten niedrig zu halten. Daher sei es zu »erheblichen Sicherheitsmängeln« gekommen, wie er gegenüber der von Bush eingesetzten 9/11-Kommission erklärte. Ein erfahrener Sicherheitsfachmann der Luftfahrtbehörde FAA sagte vor der Kommission aus, die Fluggesellschaften hätten in Sicherheitsfragen die Taktik verfolgt, »zu jammern, zu leugnen und zu verzögern«.[34]

Am 10. September, als die Flüge noch billig waren und viele flogen, schien all das keine Rolle zu spielen. Am 12. September dagegen erschien es verantwortungslos, die Sicherheit auf den Flughäfen Hilfskräften zu überlassen, die man mit einem Stundenlohn von 6 Dollar abspeisen konnte. Im Oktober dann erhielten Kongressabgeordnete und Journalisten Briefe mit einem weißen Pulver, das panische Angst vor einer großen Milzbrandepidemie auslöste. Auch hier erschien nun die Privatisierungswelle der neunziger Jahre in einem ganz neuen Licht: Wieso verfügte ein privates Labor über das exklusive Recht, Impfstoff gegen den Milzbranderreger zu produzieren? Hatte die Bundesregierung ihre Verantwortung für den Schutz der Öffentlichkeit vor einer erheblichen Gesundheitsgefährdung per Vertrag abgegeben? Nicht besser machte die Sache, dass Bioport, das hier in Frage stehende privatisierte Labor, bei einer Reihe von Inspektionen durchgefallen war und die Food and Drug Administration ihm zu dem Zeitpunkt sogar die Genehmigung für den Vertrieb seiner Impfstoffe verweigert hatte.[35] Wenn Medienberichte zutrafen, wonach es möglich war, Milzbrand-, Pocken- und an-

dere gefährliche Erreger über die Post, über Lebensmittel oder über die Wasserversorgung zu verbreiten, war es dann wirklich eine so gute Idee, Bushs Pläne für eine Privatisierung der Post weiterzuverfolgen? Und was war mit all den entlassenen Wasser- und Lebensmittelkontrolleuren? Könnte irgendjemand sie zurückholen?

Der Widerstand gegen den unternehmerfreundlichen Konsens vertiefte sich noch durch Skandale wie den Zusammenbruch des Enron-Konzerns. Drei Monate nach den Anschlägen vom 11. September meldete Enron Konkurs an. Tausende von Beschäftigten verloren ihre Rentenersparnisse, während leitende Mitarbeiter des Unternehmens ihr Insiderwissen nutzten, um Kasse zu machen. Die Krise trug zur weiteren Schwächung des Vertrauens in die Fähigkeit privater Unternehmen bei, lebenswichtige Funktion zu übernehmen, vor allem als herauskam, dass eine Manipulation der Energiepreise durch Enron zu den gewaltigen Stromausfällen geführt hatte, zu denen es einige Monate zuvor in Kalifornien gekommen war. Der neunzigjährige Milton Friedman war zutiefst besorgt, die Ereignisse könnten dem Keynesianismus zu neuem Aufschwung verhelfen, und klagte: »Geschäftsleute werden in der Öffentlichkeit als Bürger zweiter Klasse hingestellt.«[36]

Während die Unternehmenslenker von ihren Podesten stürzten, stiegen die gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – die in Friedmans Konterrevolution die Bösewichter abgaben – nun plötzlich im Ansehen der Bevölkerung. Schon zwei Monate nach den Anschlägen war das Vertrauen in Staat und Regierung so hoch wie seit 1968 nicht mehr, und dies, wie Bush vor einer großen Versammlung von Bundesbediensteten erklärte, »wegen

der Art, wie Sie Ihre Arbeit machen«.[37] Die unumstrittenen Helden des 11. September waren die blau uniformierten Helfer der ersten Stunde – die New Yorker Feuerwehrleute, Polizisten und Rettungskräfte, von denen 403 ihr Leben bei dem Versuch verloren, die beiden Türme zu evakuieren und den Opfern zu helfen. Plötzlich entdeckte Amerika seine Liebe zu den Männern und Frauen in den unterschiedlichsten Uniformen, und die Politiker – NYPD- und FDNY-Baseballmützen auf dem Kopf – mühten sich hastig, der neuen Stimmung gerecht zu werden.

Als Bush am 14. September zusammen mit Feuerwehrleuten und Rettungskräften am Ground Zero stand (seine Berater sprechen hier vom »Megaphon-Augenblick«), umarmte er einige jener gewerkschaftlich bestens organisierten Staatsbediensteten, die zu vernichten die moderne konservative Bewegung sich auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Natürlich musste er das tun (selbst Dick Cheney setzte sich in diesen Tagen einen Feuerwehrhelm auf), aber er musste es nicht so überzeugend tun. Dank einer Kombination aus echtem Gefühl bei Bush und einer Öffentlichkeit, die ihren Wunsch nach einem dieses Augenblickes würdigen Führer auf ihn projizierte, waren dies die bewegendsten Reden in Bushs politischer Laufbahn.

In den Wochen nach den Anschlägen unternahm der Präsident eine große Rundreise durch den staatlichen Sektor, besuchte staatliche Schulen, Feuerwehren, Gedenkstätten, Ämter für Seuchenbekämpfung und dankte den staatlichen Bediensteten für ihre Arbeit und ihren schlichten Patriotismus. »Wir haben neue Helden gefunden«, sagte er in einer Ansprache und pries nicht nur Rettungskräfte, sondern auch Lehrer,

Postbedienstete und Krankenhauspersonal.[38] Bei dieser Gelegenheit bedachte er die im Dienste des Gemeinwohls geleistete Arbeit mit einem Respekt und einer Würde, die man in den Vereinigten Staaten seit vier Jahrzehnten nicht mehr beobachtet hatte. Plötzlich standen Einsparungen nicht mehr auf der Tagesordnung, und in jeder Rede, die der Präsident hielt, kündigte er ein ehrgeiziges neues staatliches Programm an.

»Die Anforderungen einer wirtschaftlichen Flaute und die drängenden Erfordernisse eines neuen Krieges gegen den Terrorismus haben den philosophischen Kern des Bush-Programms verändert«, erklärten John Harris und Dana Milbank voller Zuversicht elf Tage nach den Anschlägen in der *Washington Post.* »Ein Mann, der sich bei seinem Amtsantritt als ideologischer Abkömmling Ronald Reagans darstellte, entpuppt sich neun Monate später eher als ein Erbe Franklin D. Roosevelts … Bush arbeitet an einem großen Paket wirtschaftlicher Anreize zur Überwindung der Rezession. Er sagt, einer schwachen Wirtschaft müsse der Staat durch eine kräftige Geldspritze auf die Beine helfen – ein Grundgedanke Keynesianischer Wirtschaftspolitik, der das Kernstück des von FDR initiierten New Deal bildete.«[39]

Ein New Deal für Unternehmen

Von den öffentlichen Erklärungen und werbewirksamen Auftritten einmal abgesehen, hatten Bush und sein innerer Kreis keineswegs die Absicht, zum Keynesianismus überzutreten. Die am 11. September ans Licht gekommenen Sicherheitsmängel erschütterten nicht ihre Entschlossenheit, den öffentlichen

Sektor weiter zu schwächen. Im Gegenteil. Die Anschläge bestärkten sie nur in ihren tiefsten ideologischen (und eigennützigen) Überzeugungen – wonach der Staat inkompetent sei und nur Privatunternehmen die nötige Intelligenz und Innovationskraft besäßen, um die neuen Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit zu meistern. Zwar war das Weiße Haus entschlossen, gewaltige Summen an Steuergeldern für die Stimulierung der Wirtschaft einzusetzen, doch das sollte keineswegs nach dem Vorbild Roosevelts geschehen. Bushs New Deal galt allein den amerikanischen Großunternehmen – mehrere hundert Milliarden an Staatsgeldern flossen direkt in private Taschen, und zwar in Gestalt von Aufträgen, die oft geheim, ohne jeden Wettbewerb und kaum kontrolliert an ein wucherndes Netzwerk von Firmen aus den verschiedensten Branchen vergeben wurden: Technologie, Medien, Kommunikation, Gefängnisse, Planung und Konstruktion, Bildung, Gesundheitswesen.*

Was da in der Phase massenhafter Desorientierung nach dem 11. September geschah, entpuppt sich im Rückblick als innenpolitische Form einer ökonomischen Schocktherapie. Das bis ins Mark auf Friedman ausgerichtete Bush-Team nutzte unverzüglich die Gelegenheit, die der traumatisierte Zustand

---

* Der mangelnde Wettbewerb bei der Auftragsvergabe war und ist eines der charakteristischsten Merkmale der Bush-Jahre. In einer Analyse gelangte die *New York Times* im Februar 2007 zu dem Schluss: »Nicht einmal die Hälfte aller ›Vertragsaktionen‹ – Neuabschlüsse wie Zahlungen zu laufenden Verträgen – sind heute Gegenstand eines umfassenden und offenen Wettbewerbs. Im Jahr 2005 unterlagen nur 48 Prozent dem Wettbewerb, während es 2001 noch 79 Prozent gewesen waren.«

der Nation ihm bot, um seine radikale Vision eines hohlen Staates zu verwirklichen, in dem alles – von der Kriegführung bis zum Katastrophenschutz – dem privaten Profitstreben überantwortet wird.

Dies war eine kühne Weiterentwicklung der Schocktherapie. Statt wie in den neunziger Jahren den Ausverkauf staatlicher Unternehmen zu betreiben, schuf das Bush-Team einen vollkommen neuen Rahmen für sein Vorhaben, den »Krieg gegen den Terror« – einen Rahmen, der von Anfang an auf Privatisierung setzte. Dieses Meisterstück musste in zwei Schritten erfolgen. Zunächst nutzte das Weiße Haus die nach dem 11. September allgegenwärtige Angst vor weiteren Anschlägen, um die Macht der Exekutive auf den Gebieten der Polizeiarbeit und der Überwachung, der Inhaftierung und der Kriegführung dramatisch auszuweiten – eine Machtergreifung, die der Militärhistoriker Andrew Bacevich als »im Handstreich« bezeichnet hat.[40] Im zweiten Schritt lagerte man die gerade verstärkten und finanziell bestens ausgestatteten Funktionen der Sicherung, Invasion, Okkupation und Restrukturierung aus, indem man sie in die Hände profitorientierter Privatunternehmen legte.

Das offizielle Ziel lautete Bekämpfung des Terrorismus, aber de facto war es die Schaffung des Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes – einer ausgewachsenen, neuen Ökonomie auf dem Gebiet des Heimatschutzes, des privatisierten Krieges und des Wiederaufbaus nach Naturkatastrophen, mit keiner geringeren Aufgabe als der Errichtung und dem Betrieb eines privatisierten Sicherheitsstaates im Inneren wie im Ausland. Der ökonomische Anreiz dieser umfassenden Initiative erwies sich als stark genug, um dort anzusetzen, wo

Globalisierung und Dotcom-Boom die Luft ausgegangen war. Wie das Internet die Dotcom-Blase hervorgebracht hatte, so sollte der 11. September den Antrieb für die Blase des Katastrophen-Kapitalismus liefern. »Als die IT-Branche zusammenbrach, wer hatte da nach der Blase das ganze Geld? Raten Sie einmal! Der Staat«, sagte Roger Novak von Novak Biddle Venture Partners, einem Venturekapital-Unternehmen, das in Heimatschutz-Firmen investiert. »Jeder Fonds sieht, wie groß der Kuchen ist, und fragt sich, wie er sich ein Stück davon sichern kann.«[41]

Es war der Höhepunkt der von Friedman ausgelösten Konterrevolution. Seit Jahrzehnten hatte der Markt sich von den Anhängseln des Staates ernährt, jetzt sollte er den Kern verschlingen.

Paradoxerweise diente als wirkungsvollstes ideologisches Werkzeug in diesem Prozess die These, wirtschaftspolitische Ideologien seien nun nicht mehr die wichtigste Antriebskraft der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik. Das Mantra »Der 11. September hat alles verändert« verdeckte elegant die Tatsache, dass für die Ideologen des freien Marktes und für die Unternehmen, deren Interessen sie dienten, sich nur eines verändert hatte: Es war nun deutlich leichter für sie geworden, ihre ehrgeizigen Ziele umzusetzen. Statt die neue Politik einer gereizten öffentlichen Debatte im Kongress aussetzen und erbitterte Konflikte mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes austragen zu müssen, konnte das Weiße Haus nun die patriotische Stimmung, in der die Nation sich hinter dem Präsidenten versammelte, und den von der Presse ausgestellten Blankoscheck nutzen, um nicht länger zu reden, sondern mit dem Handeln zu beginnen. Die *New York Times*

konstatierte dazu im Februar 2007: »Ohne öffentliche Debatte oder förmlichen politischen Beschluss wurden die Vertragspartner aus der Privatwirtschaft gleichsam zu einer vierten Kraft in der Regierung.«[42]

Statt auf die Herausforderung des 11. September mit der Entwicklung eines umfassenden Plans zur Schließung der Sicherheitslücken in der staatlichen Infrastruktur zu reagieren, wies das Bush-Team dem Staat eine neue Rolle zu, die darin bestand, Sicherheit nicht zu schaffen, sondern zu Marktpreisen zu kaufen. Daher versammelte das Verteidigungsministerium im November 2001, nur zwei Monate nach den Anschlägen, eine, wie man es ausdrückte, »kleine Gruppe von Risikokapital-Beratern«, die Erfahrungen im Dotcom-Sektor hatten. Die Aufgabe war, »neue technologische Lösungen [ausfindig zu machen], die die Vereinigten Staaten direkt bei ihrem globalen Krieg gegen den Terrorismus unterstützen« sollten. Anfang 2006 war aus dieser informellen Gesprächsrunde ein offizieller Arm des Pentagons geworden: die Defense Venture Catalyst Initiative (DeVenCI), eine »voll einsatzfähige Abteilung«, die beständig Sicherheitsinformationen an politisch verbündete Risikokapitalisten weiterleitet, die im Austausch dazu den Privatsektor nach Neugründungen durchkämmen, die neuartige Überwachungstechniken und verwandte Produkte liefern können. »Wir sind eine Suchmaschine«, erklärte Bob Pohanka, Direktor der DeVenCI.[43] Nach Bushs Vision sollte sich die Rolle der Regierung darauf beschränken, das nötige Geld einzutreiben, um den neuen Kriegsmarkt in Gang zu bringen, dann dort die besten Produkte einzukaufen, die aus diesem kreativen Hexenkessel hervorgehen, um den Markt

zu noch größeren Innovationen zu ermuntern. Mit anderen Worten, die Politiker schaffen die Nachfrage, und die Privatwirtschaft liefert entsprechende Lösungen – ein boomender, allein aus Steuergeldern finanzierter Markt für Heimatschutz und die Kriegführung des 21. Jahrhunderts.

Das Department of Homeland Security, ein nagelneuer, vom Bush-Regime geschaffener Arm des Staates, ist der vollkommenste Ausdruck dieser ganz auf Outsourcing basierenden Ausgestaltung staatlicher Aktivität. Jane Alexander, stellvertretende Direktorin der Forschungsabteilung des Heimatschutzministeriums, erklärte dazu: »Wir stellen nichts her. Was nicht aus der Industrie kommt, können wir uns auch nicht beschaffen.« [44]

Ein weiteres Beispiel ist die Counterintelligence Field Activity (CIFA), ein neuer, unter Rumsfeld geschaffener Geheimdienst, der unabhängig von der CIA agiert. Dieser Parallelgeheimdienst gibt 70 Prozent seines Budgets für Leistungen externer Anbieter aus. Wie das Heimatschutzministerium ist er als Hohlkörper konzipiert. Der ehemalige Direktor der National Security Agency Ken Minihan meinte dazu: »Heimatschutz ist zu wichtig, als dass man ihn dem Staat überlassen könnte.« Wie Hunderte anderer Mitarbeiter der Bush-Regierung hat Minihan inzwischen seinen Posten im Staatsdienst gegen eine Stelle in der blühenden Heimatschutzbranche eingetauscht, die er als Topspion einst selbst aufzubauen half.[45]

Alle Parameter des Kriegs gegen den Terror wurden von der Bush-Regierung so ausgelegt, dass sie unter Marktgesichtspunkten eine dauerhafte Maximierung des Profits erlauben – von der Definition des Feindes bis hin zur Festlegung der Regeln für ein Engagement in einem Kampf ständig wachsender

Größenordnung. In einem vom Department of Homeland Security herausgegebenen Papier heißt es: »Die heutigen Terroristen können jederzeit, an jedem Ort und buchstäblich mit jeder Art von Waffen zuschlagen.« Das heißt, die erforderlichen Sicherheitsdienste müssen praktischerweise jederzeit an jedem erdenklichen Ort Schutzmaßnahmen gegen jedes erdenkliche Risiko treffen. Und es bedarf gar keines Beweises, dass eine reale Bedrohung vorliegt, um mit allen Mitteln dagegen vorzugehen. Genau das meint Cheneys berüchtigte »Ein-Prozent-Doktrin«, die den Einmarsch in den Irak rechtfertigte: Wenn eine Wahrscheinlichkeit von einem Prozent besteht, dass eine Bedrohung vorliegt, erfordert dies dieselbe Reaktion wie eine hundertprozentige Bedrohung. Diese Logik erweist sich als besondere Wohltat für die Hersteller von Hightech-Detektoren aller Art. Da zum Beispiel ein Anschlag mit Pockenerregern vorstellbar ist, haben Privatunternehmen vom Department of Homeland Security eine halbe Milliarde Dollar für Entwicklung und Installation entsprechender Detektoren zum Aufspüren dieser unbewiesenen Gefahr erhalten.[46]

Die Namen mögen wechseln – Krieg gegen den Terror, Krieg gegen den radikalen Islam, Krieg gegen den Islamofaschismus, Dritter Weltkrieg, Langer Krieg, Generationenkrieg –, doch die Grundform des Konflikts bleibt dieselbe. Er ist weder zeitlich noch räumlich noch in seinen Zielen begrenzt. Aus militärischer Sicht ist der Krieg gegen den Terror angesichts seines wuchernden Charakters nicht zu gewinnen. Aus ökonomischer Sicht ist er dagegen ein unschlagbares Projekt: kein potenziell gewinnbarer Blitzkrieg, sondern ein neues, festes Element in der Architektur der globalen Wirtschaft.

Das waren die Geschäftsaussichten, die Bushs Regierung

dem Amerika der Unternehmen nach dem 11. September servierte. Die Einnahmequelle war ein anscheinend unerschöpflicher Strom an Steuergeldern aus dem Pentagon (270 Milliarden Dollar jährlich für private Auftragnehmer, ein Zuwachs um 137 Milliarden seit Bushs Amtsantritt), aus den Geheimdiensten (20 Milliarden Dollar jährlich an Privatunternehmen für ausgelagerte Dienstleistungen) und aus der neuesten Errungenschaft, dem Department of Homeland Security. Vom 11. September 2001 bis 2006 vergab das Heimatschutzministerium Aufträge in Höhe von 130 Milliarden Dollar an private Auftragnehmer – Geld, das sich vorher nicht im Wirtschaftskreislauf befunden hatte und in der Summe das Bruttosozialprodukt Chiles oder der Tschechischen Republik übertraf. Im Haushaltsjahr 2003 vergab die Bush-Regierung Aufträge in Höhe von 327 Milliarden Dollar an Privatfirmen – insgesamt fast 40 Prozent der nicht gebundenen Ausgaben.[47]

In bemerkenswert kurzer Zeit waren die Washingtoner Vororte durchsetzt mit grauen Gebäuden, in denen sich neugegründete oder im Aufbau befindliche Sicherheitsfirmen niederließen, hastig zusammengeschustert, weil das Geld wie in den späten neunziger Jahren im Silikon Valley schneller hereinkam, als man die Büromöbel herbeischaffen konnte. Die Rolle des freigebigen Venture-Kapitalisten jener hitzigen Zeit übernahm nun die Bush-Regierung. Während es in den neunziger Jahren darum ging, die Killeranwendung, das Neueste vom Neuen, zu entwickeln und an Microsoft oder Oracle zu verkaufen, ging es jetzt darum, mit einer neuen todsicheren Terroristenfangtechnologie aufzuwarten und sie an das Heimatschutzministerium oder das Pentagon zu verkaufen. Deshalb brachte die Katastrophenbranche neben Start-ups und

Investmentfonds auch eine ganze Armee neuer Lobbyfirmen hervor, die den neuen Unternehmen versprachen, Verbindungen zu den richtigen Leuten auf Capitol Hill herzustellen – 2001 gab es im Bereich der Sicherheitsbranche zwei solcher Lobbyfirmen, Mitte 2006 waren es 543. »Ich bin seit Anfang der neunziger Jahre im Private-Equity-Geschäft«, sagte Michael Steed, Managing Direktor der Heimatschutzfirma Paladin in einem Interview mit *Wired*, »aber ich habe noch nie einen so stetigen Zustrom an Aufträgen erlebt.«[48]

Ein Markt für Terrorismus

Wie die Dotcom-Blase, so wächst auch die Katastrophen-Blase *ad hoc* und auf chaotische Weise. Einen der ersten Booms für die Heimatschutzbranche brachten die Überwachungskameras. In Großbritannien wurden 4,2 Millionen Kameras dieser Art installiert, eine auf 14 Einwohner, und in den USA 30 Millionen, die jährlich 4 Milliarden Stunden Videoaufzeichnungen liefern. Das brachte ein Problem mit sich: Wer sollte sich 4 Milliarden Stunden Aufzeichnungen ansehen? So entstand ein neuer Markt für »Analysesoftware«, welche die Bänder nach Übereinstimmungen mit bereits gespeicherten Bildern absucht. (Die Verknüpfung verschiedener Sicherheitssysteme gehört inzwischen zu den lukrativsten Aufträgen. So vergab die Air Force einen Auftrag in Höhe von 8 Milliarden Dollar an ein Konsortium, dem auch Booz Allen Hamilton angehört, eine der ältesten Beratungsfirmen für strategische Fragen und eines der größten Privatunternehmen des militärisch-industriellen Komplexes.)[49]

Aus dieser Entwicklung ergab sich wiederum ein neues Problem, denn Gesichtserkennungsprogramme können Menschen nur dann identifizieren, wenn die Kamera ihr Gesicht mittig und frontal aufnimmt, was nur selten vorkommt, wenn die Leute zur Arbeit eilen. Daher entstand ein weiterer Markt für die digitale Bearbeitung solcher Bilder. Salient Stills, eine Firma, die Programme zur Isolierung und Bearbeitung von Videobildern verkauft, bot ihre Technologie zunächst Medienunternehmen an, erkannte dann aber, dass sie mit dem FBI und anderen Behörden bessere Geschäfte machen konnte.[50] Dank der immer umfangreicheren Schnüffelei – Speicherung der Telefonverbindungen, Abhören von Telefonen, Zugriff auf Konten, Postverkehr, Überwachungskameras, Webtracking – ertrinken die Behörden in Daten. Das hat zur Entstehung eines weiteren Marktes für Informationsverarbeitung und Datensuche sowie zur Entwicklung neuer Programme geführt, die »Verbindungen zwischen den Dots« in diesem Meer aus Wörtern und Zahlen herstellen und verdächtige Aktivitäten aufspüren sollen.

In den neunziger Jahren priesen IT-Unternehmen unablässig die Vorzüge einer grenzenlosen Welt und die Fähigkeit der Informationstechnologe, autoritäre Regime zu Fall zu bringen und Mauern einzureißen. Im Katastrophen-Kapitalismus dienen diese technischen Instrumente nun dem gegenteiligen Zweck. Die Lokalisierung von Mobiltelefonen und das Aufspüren bestimmter Aktivitäten im Web dient zunehmend autoritären Regimen nun immer mehr als mächtiges Instrument massenhafter staatlicher Überwachung, wobei private Telefongesellschaften und Suchmaschinen volle Hilfestellung leisten, sei es Yahoo, das mit chinesischen Behörden bei der

Suche nach Dissidenten kollaboriert, oder AT&T, die der National Security Agency ermöglichen, ihre US-Kunden ohne rechtliche Grundlage abzuhören (eine Praxis, die nach Angaben der Bush-Regierung inzwischen eingestellt worden sein soll). Statt einer Überwindung der Grenzen – das große Symbol und Versprechen der Globalisierung – haben wir heute eine explodierende Industrie für Systeme zur Grenzüberwachung, vom optischen Scannen über biometrische Daten auf Personalausweisen bis hin zu dem geplanten Hightech-Zaun an der mexikanisch-amerikanischen Grenze, der Boeing und einem Konsortium aus weiteren Unternehmen bis zu 2,5 Milliarden Dollar einbringen soll.[51]

Als die Hightech-Firmen von einer Blase auf die nächste sprangen, kam es zu einer absonderlichen Verschmelzung zwischen Sicherheitsdenken und Kaufkultur. Viele der heute eingesetzten Technologien – biometrische Personenerkennung, Videoüberwachung, Web-Tracking, Data-Mining, wie sie von Verint Systems und Seisint, Accenture und ChoicePoint angeboten werden – entstanden vor dem 11. September in der Privatwirtschaft als Instrumente zur Anfertigung detaillierter Kundenprofile, die dem Mikromarketing neue Chancen eröffnen sollten. Auf diese Weise hoffte man auch, die Zahl der Beschäftigten in Supermärkten und Einkaufszentren verringern zu können, weil die Kombination biometrischer Ausweise mit Cash-Cards eine Reduzierung des Kassenpersonals ermöglichen sollte. Als das verbreitete Unbehagen an solchen Big-Brother-Technologien viele Initiativen dieser Art ernsthaft behinderte, sorgte dies für einige Enttäuschung bei Vermarktern und im Einzelhandel. Der 11. September löste diesen Marktstau auf. Plötzlich war die Angst vor dem Terrorismus

größer als die Furcht, in einer Überwachungsgesellschaft zu leben. So können denn heute die mit Cash-Cards und Treuekarten gesammelten Daten nicht nur als Marketingdaten an Reiseagenturen oder Markenartikelhersteller, sondern auch als sicherheitsrelevante Daten an das FBI verkauft werden, weil sich daraus etwa ein »verdächtiges« Interesse an Kartentelefonen oder Reisen in den Nahen Osten ablesen lässt.[52]

Wie das Business-Magazin *Red Herring* in einem überschwänglichen Artikel ausführt, spürt eines dieser Programme »Terroristen auf, indem es herausfindet, ob ein Name mit hundert verschiedenen Schreibweisen einem Namen in einer Heimatschutzdatei entspricht. Man nehme etwa den Namen Mohammed. Die Software enthält Hunderte möglicher Schreibweisen dieses Namens und kann daher Terabytes an Daten innerhalb von Sekunden durchsuchen.«[53] Das ist eindrucksvoll, sofern sie nicht den falschen Mohammed erwischt – eine ungute Eigenschaft solcher Programme, die vom Irak über Afghanistan bis hin zu den Vororten von Toronto aufzutreten pflegt.

Hier wird dann aus der Inkompetenz und der Gier, die das Markenzeichen der Bush-Jahre zwischen Irak und New Orleans sind, eine echte Gefahr für jeden einzelnen Bürger. Eine falsche Identifizierung bei all diesen elektronischen Suchexpeditionen genügt, um einen apolitischen Familienvater zu einem potenziellen Terroristen abzustempeln, wenn er ein wenig so aussieht wie ein Mann, dessen Name irgendwie ähnlich klingt (zumindest für jemanden, der nichts von arabischen oder muslimischen Kulturen versteht). Und die Aufgabe, Namen und Organisationen auf Beobachtungslisten zu setzen, überlässt man inzwischen gleichfalls Privatunterneh-

men, ebenso wie den Einsatz von Programmen, um die Namen von Reisenden mit den Namen in den Datenbanken abzugleichen. Im Juni 2007 standen eine halbe Million Namen auf einer vom National Counterterrorism Center geführten Liste terrorismusverdächtiger Personen. Ein weiteres Programm namens Automated Targeting System (ATS), das der Öffentlichkeit im November 2006 bekannt wurde, hat bereits jetzt mehrere zig Millionen Reisende in den gesamten USA mit einer »Risikoeinschätzung« versehen. Diese Einschätzung, die den Betroffenen nicht mitgeteilt wird, basiert auf Verdachtsmustern, die durch die Auswertung kommerzieller Daten ermittelt werden – etwa aus Informationen von Fluggesellschaften über ihre Flugpassagiere, zum Beispiel wie oft sie einfache Flüge ohne Rückflug gebucht haben, wo sie gerne sitzen, wie oft sie fliegen, wie viel Gepäck sie mitführen, wie sie ihr Ticket bezahlen und selbst welche Mahlzeiten sie bestellen.[54] Verhaltensweisen, die als verdächtig gelten, werden dann zu einer Risikoeinschätzung des einzelnen Flugpassagiers zusammengefasst.

So kann es jedem passieren, dass er kein Einreisevisum in die USA erhält, von Inlandflügen ausgeschlossen oder sogar festgenommen und als »feindlicher Kämpfer« bezeichnet wird – all dies auf der Basis solcher zweifelhaften Technologien: Identifizierung auf einem verschwommenen Videobild durch ein Gesichtserkennungsprogramm, ein falsch geschriebener Name oder ein falsch interpretierter Gesprächsfetzen. Falls es sich um einen Ausländer handelt, wird er wahrscheinlich niemals erfahren, warum er verurteilt wird, denn die Bush-Regierung hat den Schutz vor willkürlicher Verhaftung, das Recht auf Akteneinsicht vor Gericht sowie das Recht auf ei-

nen fairen Prozess und eine ordentliche Verteidigung für Ausländer abgeschafft.

Wenn der Verdächtigte daraufhin nach Guantánamo gebracht wird, könnte er dort in dem neuen, für zweihundert Häftlinge konzipierten Hochsicherheitsgefängnis landen, das von Halliburton gebaut wurde. Sollte er dem als »außerordentliche Überstellung« bezeichneten CIA-Programm zum Opfer fallen und etwa in Mailand auf der Straße oder beim Umsteigen auf einem amerikanischen Flughafen entführt und dann an einen sogenannten »schwarzen Ort« irgendwo im Archipel der CIA-Geheimgefängnisse verfrachtet werden, dürfte der Gefangene wahrscheinlich mit einem Sack über dem Kopf in einer Boeing 737 fliegen, die ursprünglich als Luxusjet für Geschäftsflüge gebaut und später für den jetzigen Zweck umgebaut wurde. Laut Angaben des *New Yorker* fungiert Boeing als »Reiseagentur der CIA«. Die Firma arbeitete die Flugpläne für 1245 Überstellungsflüge aus, sorgte für das nötige Bodenpersonal und buchte sogar Hotels. Nach einem Bericht der spanischen Polizei erledigte diese Aufgabe die Boeing-Tochter Jeppesen International Trip Planning in San José. Im Mai 2007 hat die American Civil Liberties Union Klage gegen diese Boeing-Tochter eingereicht; bislang hat sich das Unternehmen geweigert, diese Behauptungen zu bestätigen oder zu dementieren.[55]

Hat der Gefangene den Zielort erreicht, warten dort Verhörspezialisten auf ihn, von denen manche weder im Dienst der CIA noch des Militärs stehen, sondern von privaten Subunternehmen gestellt werden. »Etwa die Hälfte der qualifizierten Fachleute für Gegenspionage stehen bei Privatfirmen unter Vertrag«, informiert Bill Golden, der die Stellen-Website

www.IntelligenceCareers.com betreibt.[56] Wenn diese freien Verhörspezialisten weiterhin Aufträge erhalten wollen, müssen sie aus den Gefangenen jene »verwertbaren Informationen« herausholen, die ihre Auftraggeber in Washington haben wollen. Darin liegt eine Dynamik, die zum Missbrauch geradezu einlädt. Da Gefangene unter Folter gewöhnlich alles sagen, um dem Schmerz ein Ende zu setzen, gibt es für freie Verhörspezialisten einen starken ökonomischen Anreiz, jede Technik einzusetzen, die es ihnen ermöglicht, an die gewünschten Informationen zu gelangen, und dies ohne Rücksicht auf deren Zuverlässigkeit. (Die Bush-Verwaltung stützt sich zum Teil gerade deshalb so massiv auf private Geheimdienste, die in neue Strukturen wie Rumsfelds geheimnistuerisches »Office of Special Plans« eingebunden sind, weil sich gezeigt hat, dass die privaten Dienste eher als die staatlichen Geheimdienste bereit sind, Informationen so lange zurechtzubiegen und zu manipulieren, bis sie den politischen Zielen der Regierung entsprechen – schließlich hängt ihr nächster Auftrag davon ab.)

Eine Lowtech-Version solcher marktgerechter »Lösungen« für den Krieg gegen den Terrorismus gibt es auch noch – die Bereitschaft, an nahezu jedermann viel Geld für Informationen über angebliche Terroristen zu zahlen. So ließen US-Geheimdienste während der Invasion in Afghanistan verbreiten, man werde 3000 bis 25 000 Dollar für jeden Taliban- oder al-Qaida-Kämpfer zahlen, der ihnen ausgeliefert würde. »Werden Sie reicher und mächtiger, als Sie es sich jemals erträumt haben«, heißt es auf einem typischen Flugblatt, das amerikanische Dienststellen in Afghanistan verteilten und 2002 als Beweisstück in ein von mehreren GuantánamoHäftlingen an-

gestrengtes Verfahren vor einem amerikanischen Bundesgericht eingebracht wurde. »Sie können Millionen Dollar verdienen, wenn Sie den Anti-Taliban-Kräften helfen … Das ist genug Geld, um den Rest Ihres Lebens für Ihre Familie, Ihr Dorf, Ihren Stamm zu sorgen.«[57]

Schon bald waren die Zellen in Guantánamo voll mit Ziegenhirten, Taxifahrern, Köchen und Ladenbesitzern – allesamt eine tödliche Gefahr, wie die Leute behaupteten, die sie denunziert und sich die Belohnung eingesteckt hatten.

»Haben Sie eine Vorstellung, weshalb die Regierung und die Angehörigen des pakistanischen Geheimdienstes Geld für Ihre Ergreifung genommen und Sie an die Amerikaner ausgeliefert haben?«, fragte ein Mitglied eines Militärgerichts einen in Guantánamo festgehaltenen ägyptischen Gefangenen.

Nach der nicht mehr als geheim eingestuften Mitschrift ließ der Gefangene ungläubiges Staunen erkennen: »Na also«, erwiderte er, »Sie wissen doch, wie das dort zugeht. In Pakistan können Sie Leute für 10 Dollar kaufen. Und was erst für 5000 Dollar?«

»Man hat Sie also verkauft?«, fragte das Mitglied des Militärgerichts, als wäre ihm dieser Gedanke noch nie gekommen.

»Ja.«

Wie das Pentagon selbst erklärt, wurden 86 Prozent der in Guantánamo Inhaftierten nach der Auslobung der Prämien von afghanischen und pakistanischen Kämpfern oder Agenten an die Amerikaner überstellt. Bis Dezember 2006 hatte das Pentagon insgesamt 360 Guantánamo-Gefangene aus der Haft entlassen. Associated Press konnte 245 von ihnen ausfindig machen. Bei 205 hatten sich alle Vorwürfe als haltlos

erwiesen, sodass sie in ihre Heimat zurückkehren durften.[58] Diese Zahl wirft ein bezeichnendes Licht auf die Qualität der Erkenntnisse, die durch den von der Regierung verfolgten marktbasierten Ansatz beim Aufspüren von Terroristen gewonnen werden.

Innerhalb weniger Jahre hat die Heimatschutzbranche, die vor dem 11. September kaum existierte, einen explosionsartigen Aufschwung erlebt und macht heute deutlich mehr Umsatz als Hollywood oder die Musikbranche.[59] Am verblüffendsten ist jedoch, wie wenig der Sicherheitsboom *als Ökonomie* analysiert und diskutiert worden ist, als eine bislang einzigartige Verbindung von unkontrollierter Polizeigewalt und unkontrolliertem Kapitalismus, als Mischung aus Einkaufszentrum und Geheimgefängnis. Wenn Informationen darüber, wer ein Sicherheitsrisiko ist oder nicht, ein Produkt darstellen, das in derselben Weise verkauft werden kann wie Informationen darüber, wer ein Harry-Potter-Buch bei Amazon gekauft oder eine Kreuzfahrt in die Karibik gebucht hat und vielleicht Interesse an einer nach Alaska haben könnte, dann verändern sich dadurch die Werte einer Kultur. Es entsteht nicht nur ein Anreiz, Spionage zu betreiben, Folter einzusetzen und falsche Informationen zu erzeugen, sondern auch ein starkes Interesse am Fortbestand der Ängste und des Klimas der Bedrohung, denen diese Branche ihre Entstehung verdankt.

Wenn in der Vergangenheit neue Ökonomien entstanden, von der Ford'schen Revolution bis zum IT-Boom, lösten sie eine Flut von Analysen und Debatten aus, in denen man danach fragte, inwieweit diese gewaltigen Umwälzungen bei der Produktion des Reichtums auch die Art und Weise ver-

änderten, wie unsere Kultur funktioniert, wie wir reisen oder wie unser Gehirn Informationen verarbeitet. Die neue Katastrophenökonomie ist nie zum Gegenstand einer so weitreichenden Diskussion gemacht worden. Natürlich gab und gibt es Debatten: über die Verfassungsmäßigkeit des Patriot Act, über unbegrenzte Inhaftierung, über Folter und die Praxis der »außerordentlichen Überstellung« – aber eine Diskussion über die Frage, was es denn bedeutet, wenn diese Funktionen als kommerzielle Transaktionen ausgeführt werden, hat man bisher nahezu vollständig vermieden. Was auf diesem Gebiet als Debatte gilt, beschränkt sich auf Fälle einzelner Kriegsgewinnler und Korruptionsskandale sowie auf das übliche Händeringen über die Unfähigkeit des Staates, die privaten Auftragnehmer ausreichend zu kontrollieren – aber nur selten geht man der grundsätzlichen Frage nach, was es heißt, sich auf einen vollständig privatisierten Krieg einzulassen, der von seiner Anlage her gar kein Ende finden kann.

Ein Teil des Problems liegt in der Tatsache, dass die Katastrophenökonomie schleichend über uns gekommen ist. In den achtziger und neunziger Jahren kündigten neue Ökonomien sich voller Stolz und mit Fanfarenstößen an. Vor allem die Technologie-Blase schuf das Vorbild für eine neue Klasse von Besitzenden, die ein ohrenbetäubendes Echo in den Medien auslösten – unzählige Lifestyle-Porträts von schneidigen jungen CEOs vor ihren Privatjets, auf ihren ferngesteuerten Yachten oder in ihren Häusern in den idyllischen Bergen bei Seattle.

Diese Art Reichtum bringt heute der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex hervor, aber wir hören nur selten davon. In einer Studie aus dem Jahr 2006 heißt es: »Seit der ›Krieg ge-

gen den Terror begann, haben die CEOs der 34 größten Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen ihre Bezüge gegenüber dem Vierjahreszeitraum vor dem 11. September im Durchschnitt verdoppelt.« Während diese CEOs in der Zeit von 2001 bis 2005 einen Gehaltszuwachs von durchschnittlich 108 Prozent verzeichnen konnten, erhöhten sich die Bezüge der leitenden Manager anderer amerikanischer Großunternehmen nur um 6 Prozent.[60]

Die Katastrophenbranche erreicht zwar bei den Profiten Dotcom-Niveau, aber in der Geheimhaltung steht sie der CIA in nichts nach. Katastrophen-Kapitalisten meiden die Presse, spielen ihren Reichtum herunter und haben Besseres zu tun, als mit ihrem Geld zu prahlen. »Wir feiern kein Freudenfest, dass diese riesige, blühende Industrie entstanden ist, um uns vor dem Terrorismus zu schützen«, sagte John Elster vom Chesapeake Innovation Center, das junge Unternehmen im Bereich des Heimatschutzes berät. »Aber das ist in der Tat Big Business, und das CIC ist mitten darin.«[61]

Peter Swire, ehemals Berater der Clinton-Regierung in Fragen des Datenschutzes, beschreibt die konvergierenden Kräfte hinter der Blase um den Krieg gegen den Terror so: »Zum einen haben wir den Staat, der einen heiligen Krieg um die ungehinderte Sammlung von Daten führt, und zum anderen eine IT-Branche, die verzweifelt nach neuen Märkten sucht.«[62] Mit anderen Worten, wir haben es mit einer Form von Korporatismus zu tun: Big Business und Big Government schließen ihre gewaltigen Kräfte zusammen, um die Bürger zu regulieren und zu kontrollieren.

EIN KORPORATISTISCHER STAAT

DIE DREHTÜR WIRD DURCH EIN GROSSES TOR ERSETZT

Ich denke, das ist abwegig und unsinnig. Die Vorstellung, wir täten alles nur aus Geldgier, ist doch verrückt. Da sollten Sie noch einmal in die Schule gehen.

George H. W. Bush zu dem Vorwurf, sein Sohn sei in den Irak einmarschiert, um amerikanischen Firmen neue Märkte zu öffnen [1]

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben etwas, das sie von denen in der Privatwirtschaft unterscheidet, nämlich die Verpflichtung auf das Gemeinwohl – die Pflicht, den Interessen aller statt nur einiger weniger zu dienen. Unternehmen sind dagegen ihren Aktionären verpflichtet und nicht dem Land.

David M. Walker, Präsident des Rechnungshofes der Vereinigten Staaten, Februar 2007 [2]

Er kennt den Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Interessen nicht.

Sam Gardiner, Oberst i. R. der U.S. Air Force, im Februar 2004 über Dick Cheney [3]

In der Hitze des Wahlkampfs um die Kongresswahlen 2006, drei Wochen bevor Donald Rumsfeld seinen Rücktritt erklärte, unterzeichnete George W. Bush in einer privaten Zeremonie

im Oval Office den Defense Authorization Act. In den 1400 Seiten des Textes versteckt, fand sich auch ein Beiblatt, das damals nahezu unbemerkt blieb. Darin wird der Präsident ermächtigt, im Fall eines »inneren Notstands« zur »Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung« das Kriegsrecht zu verhängen und die »bewaffneten Streitkräfte einschließlich der National Guard einzusetzen«, und dies auch gegen den Willen der Gouverneure der Bundesstaaten. Solch ein »innerer Notstand« kann durch einen Hurrikan oder durch Massendemonstrationen, aber auch durch eine Seuche ausgelöst werden, sodass etwa in letzterem Fall nun die Army bei der Einrichtung von Quarantänezonen oder zur Sicherung der Versorgung mit Impfstoffen eingesetzt werden darf.[4] Bis dahin besaß der Präsident solche Rechte nur im Fall eines Aufstandes.

Unter seinen ganz mit dem Wahlkampf beschäftigten Kollegen war der demokratische Senator Patrick Leary der Einzige, der warnend die Stimme erhob und öffentlich zu Protokoll gab: »Der Einsatz des Militärs im Inneren verstößt gegen einen der wichtigsten Grundsätze unserer Demokratie … Diese Veränderung unseres Rechts hat gewaltige Auswirkungen, aber sie wurde dem Defense Act einfach als Beiblatt beigefügt, das nur wenig Beachtung fand. Andere Kongressausschüsse, die sich mit solchen Rechtsfragen befassen, hatten keine Gelegenheit, diese Vorschläge zu kommentieren oder gar Anhörungen dazu anzusetzen.«[5]

Neben der Exekutive, die dadurch einen außergewöhnlichen Machtzuwachs erfuhr, gab es mindestens einen weiteren eindeutigen Gewinner: die pharmazeutische Industrie. Bei jeder Art von Seuche kann nun Militär eingesetzt werden, um deren Labore und Arzneimittelvorräte zu schützen und Qua-

rantäne-Zonen einzurichten – ein politisches Ziel, das die Bush-Regierung schon seit langem verfolgte. Für Rumsfelds ehemalige Firma Gilead Sciences, die das Patent für das gegen Vogelgrippe eingesetzte Medikament Tamiflu besitzt, war das eine gute Nachricht. Das neue Gesetz und die fortbestehende Angst vor der Vogelgrippe dürften auch zu dem grandiosen Erfolg von Tamiflu nach Rumsfelds Rücktritt beigetragen haben. Innerhalb von fünf Monaten stieg der Aktienkurs um 24 Prozent.[6]

Welche Rolle spielten Wirtschaftsinteressen bei der Ausgestaltung des Gesetzes? Vielleicht keine, aber die Frage sollte gestellt werden. Und ganz ähnlich, wenn auch in noch größerem Maßstab, ist zu fragen, welche Rolle die Gewinnerwartungen von Unternehmen wie Halliburton oder Bechtel und von Ölgesellschaften wie ExxonMobil bei den versessenen Bemühungen des Bush-Teams um die Invasion und Besetzung des Irak spielten. Solche Fragen nach den Motiven lassen sich nicht präzise beantworten, weil die Beteiligten privatwirtschaftliche Interessen grundsätzlich mit nationalen Interessen gleichsetzen und offenbar selbst unfähig sind, zwischen beiden zu unterscheiden.

In seinem 2006 erschienenen Buch *Overthrow* versucht der frühere *New York Times*-Korrespondent Stephen Kinzer zu klären, welche Motive jene US-amerikanischen Politiker leiteten, die im Verlauf der letzten gut hundert Jahre im Ausland Staatsstreiche initiierten und organisierten. Bei der Analyse amerikanischer Bemühungen um einen Regimewechsel – von Hawaii 1893 bis zum Irak 2003 – machte er die Beobachtung, dass der Prozess oft in drei Phasen ablief. Zunächst sieht ein in den USA beheimatetes multinationales Unternehmen

seinen Gewinn durch eine ausländische Regierung bedroht, die zum Beispiel fordert, dass dieses Unternehmen »Steuern zahlt oder sich an das Arbeitsrecht oder die Umweltschutzgesetze des Landes hält. Manchmal wird das betreffende Unternehmen verstaatlicht oder gezwungen, einen Teil seines Grundbesitzes oder seiner Anlagen zu verkaufen«, schreibt Kinzer. In der zweiten Phase erfahren US-Politiker von diesen Unternehmensproblemen und interpretieren sie als Angriff auf die Vereinigten Staaten. »Sie verwandeln die ökonomische in eine politische oder geostrategische Motivation. Sie unterstellen, jedes Regime, das ein amerikanisches Unternehmen belästigen oder schikanieren könnte, müsse anti-amerikanisch, repressiv, diktatorisch und wahrscheinlich ein Werkzeug einer fremden Macht oder ausländischer Interessen sein, die den Vereinigten Staaten Schaden zufügen wollten.« In der dritten Phase versuchen die Politiker, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Intervention zu verkaufen, wobei die Sache dann holzschnittartig als Kampf zwischen Gut und Böse dargestellt wird: »als Chance, ein armes, unterdrücktes Land von einem brutalen Regime zu befreien, das nur eine Diktatur sein kann. Denn welche andere Form von Regime würde einem amerikanischen Unternehmen Schwierigkeiten machen?«[7] Mit anderen Worten, weite Teile der US-Außenpolitik beruhen auf einer Massenprojektion, bei der eine winzige eigennützige Elite ihre Bedürfnisse und Wünsche mit denen der ganzen Welt gleichsetzt.

Wie Kinzer zeigt, ist dieser Hang besonders ausgeprägt bei Politikern, die direkt aus der Wirtschaft in die Politik überwechselten. So arbeitete Eisenhowers Außenminister John Foster Dulles die meiste Zeit seines Lebens als Syndikus mäch-

tiger internationaler Konzerne und vertrat einige der reichsten Unternehmen der Welt bei ihren Konflikten mit ausländischen Regierungen. Seine Biographen gelangen wie Kinzer zu dem Schluss, der Außenminister sei schlichtweg unfähig gewesen, zwischen den Interessen der Unternehmen und denen seines Landes zu unterscheiden. »Dulles war sein Leben lang von zwei Dingen besessen, dem Kampf gegen den Kommunismus und dem Schutz der Rechte multinationaler Unternehmen«, schreibt Kinzer. »In seinen Augen waren sie … ›miteinander verflochten und verstärkten sich wechselseitig‹.«[8] Das heißt, Dulles brauchte zwischen seinen Obsessionen gar nicht zu wählen: Wenn etwa die Regierung Guatemalas etwas tat, das den Interessen der United Fruit Company zuwiderlief, war das faktisch ein Angriff auf Amerika, der eine militärische Antwort rechtfertigte.

Auch die Regierung Bush, die voller frisch aus den Vorstandsetagen herübergewechselten Manager steckt, leidet bei der Verfolgung ihrer beiden Obsessionen – dem Kampf gegen den Terrorismus und dem Schutz der Interessen multinationaler Unternehmen – unter dem Hang zur Vermischung und Verwechslung der Interessen. Doch es gibt einen wesentlichen Unterschied. Die Firmen, mit denen Dulles sich identifizierte, waren multinationale Unternehmen mit hohen internationalen Investitionen im Ausland – in Branchen wie Bergbau, Landwirtschaft, Banken und Öl. Diese Unternehmen verfolgten meist ein klares Ansinnen: Sie wünschten sich stabile, profitable Verhältnisse, unter denen sie ihr Geschäft betreiben konnten – freizügige Investitionsgesetze, gefügige Arbeiter und keine bösen Überraschungen in Gestalt von Enteignungen. Staatsstreiche und militärische In-

terventionen waren Mittel zu diesem Zweck und nicht das eigentliche Ziel.

Als Proto-Katastrophen-Kapitalisten gehören die Architekten des Kriegs gegen den Terror zu einer ganz anderen Sorte von Manager-Politikern als ihre Vorgänger: Für sie stellen Kriege und andere Katastrophen tatsächlich die eigentlichen Ziele dar. Wenn Dick Cheney und Donald Rumsfeld die Interessen von Lockheed, Halliburton, Carlyle und Gilead mit denen der Vereinigten Staaten und sogar der ganzen Welt verwechseln, ist dies eine Projektion mit außerordentlich gefährlichen Folgen. Denn gut für die Geschäfte dieser Unternehmen sind nun einmal Katastrophen aller Art: Kriege, Epidemien, Naturkatastrophen und Rohstoffknappheit. Gerade deshalb hat sich ihre finanzielle Lage so ungeheuerlich verbessert, seit Bush im Amt ist. Besonders unheilvoll sind ihre Projektionen deshalb, weil wichtige Mitglieder der Bush-Regierung ihre Beteiligungen an Unternehmen aus dem Bereich des Katastrophen-Kapitalismus in bisher ungekanntem Ausmaß beibehielten, während sie ein neues Zeitalter des privatisierten Krieges und Katastrophenschutzes herbeiführten, das ihnen die Möglichkeit bietet, aus den selbst ausgelösten Katastrophen Profit zu schlagen.

So berichtete die Presse, als Rumsfeld nach der Niederlage der Republikaner bei den Kongresswahlen 2006 zurücktrat, er werde nun in die Privatwirtschaft zurückkehren. In Wahrheit hatte er sie nie verlassen. Als er seine Ernennung zum Verteidigungsminister annahm, musste er sich wie alle Inhaber öffentlicher Ämter von jeglicher Beteiligung trennen, deren Wert durch Entscheidungen, die er in seinem Amt traf, möglicherweise beeinflusst werden konnte. Das hieß schlicht und

einfach, er musste alles verkaufen, was in einem Zusammenhang mit nationaler Sicherheit oder Verteidigung stand. Doch das fiel ihm sehr schwer. Er besaß so viele Beteiligungen an Firmen aus der Katastrophenbranche, dass er erklärte, es sei ihm unmöglich, sich davon in der festgesetzten Frist zu trennen, und er dehnte die Ethikregeln so weit es ging, um möglichst viel behalten zu können.

Er verkaufte seine direkten Aktienanteile an Lockheed, Boeing und anderen Rüstungsunternehmen und überführte Aktien im Wert von bis zu 50 Millionen Dollar in ein unter Treuhandverwaltung stehendes Sondervermögen, einen sogenannten *blind trust*. Er hielt jedoch immer noch Anteile an mehreren Investmentfirmen oder besaß sie ganz, die sich auf Wertpapiere aus dem Bereich der Rüstung und der Biotechnologie spezialisiert hatten. Rumsfeld war nicht bereit, durch einen schnellen Verkauf dieser Firmen Verluste hinzunehmen, und beantragte daher zweimal einen Aufschub von jeweils drei Monaten – ein auf Ministerebene äußerst seltener Vorgang. Das heißt, auch nach sechs Monaten im Amt als Verteidigungsminister oder sogar später suchte er immer noch nach geeigneten Käufern für seine Firmen und Firmenbeteiligungen.[9]

Hinsichtlich Gilead Sciences, der Firma, die Rumsfeld selbst geleitet hatte und die das Patent für Tamiflu besaß, stellte der Verteidigungsminister sich allerdings stur. Er lehnte es schlichtweg ab, zwischen seinen geschäftlichen Interessen und seinem öffentlichen Auftrag zu wählen. Seuchen sind eine Frage der nationalen Sicherheit und fallen damit eindeutig in den Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministers. Doch trotz dieses offenkundigen Interessenkonflikts verkaufte

Rumsfeld seine Anteile hieran nicht, sondern hielt während seiner gesamten Amtszeit an Gilead-Aktien im Wert von 8 bis 39 Millionen Dollar fest.[10]

Als der Ethikausschuss des Senats versuchte, ihn zur Einhaltung der üblichen Regeln zu bewegen, gab sich Rumsfeld kämpferisch. Er schrieb sogar an das Office of Government Ethics und beklagte sich, er habe 60 000 Dollar für Berater ausgeben müssen, die ihm beim Ausfüllen der »übertrieben komplizierten und verwirrenden« Offenlegungsformulare halfen. Für einen Mann, der während seiner Amtszeit an Aktien im Wert von 95 Millionen Dollar festhalten wollte, dürften 60 000 Dollar an Beraterhonoraren kaum als unangemessen erscheinen.[11]

Rumsfelds hartnäckige Weigerung, in seiner Zeit als oberster Hüter der nationalen Sicherheit darauf zu verzichten, mit Katastrophen Geld zu machen, hatte in mehrfacher Hinsicht ganz konkrete Auswirkungen auf seine Arbeit. Für den Großteil seines ersten Amtsjahres, als er sich nach Käufern für seine Aktien umsah, musste er sich bei einer alarmierend hohen Zahl politischer Entscheidungen der Mitwirkung enthalten. So berichtete Associated Press, er habe an »Pentagon-Meetings, bei denen über AIDS gesprochen wurde, nicht teilgenommen«. Und als die Bundesregierung entscheiden musste, ob sie bei mehreren großen Fusionen und Übernahmen intervenieren sollte, an denen wichtige Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen wie General Electric, Honeywell, Northrop Grumman und Silicon Valley Graphics beteiligt waren, war Rumsfeld bei den auf höchster Ebene geführten Gesprächen gleichfalls nicht anwesend. Wie sein offizieller Sprecher erklärte, stand Rumsfeld mit einigen der genannten Un-

ternehmen in finanzieller Verbindung. »Ich habe bisher versucht, mich von all dem fernzuhalten«, erklärte Rumsfeld gegenüber einem Reporter auf die Frage nach einer dieser Übernahmen.[12]

In den sechs Jahren, die er das Amt bekleidete, musste Rumsfeld den Raum immer dann verlassen, wenn man über Möglichkeiten einer Behandlung der Vogelgrippe und den Kauf entsprechender Medikamente sprach. Laut einem Schreiben, aus dem das Arrangement hervorgeht, das es ihm erlaubte, seine Aktien zu behalten, musste er sich aus allen Entscheidungen heraushalten, von denen »Gilead unmittelbar oder in erwartbarer Weise betroffen« war.[13] Doch seine Kollegen nahmen sich seiner Interessen bestens an. Im Juli 2005 kaufte das Pentagon Tamiflu im Wert von 58 Millionen Dollar, und das Gesundheitsministerium sowie die Human Services kündigten an, dasselbe Medikament einige Monate später zu ordern, und zwar mit einem Auftragswert von bis zu einer Milliarde Dollar.[14]

Rumsfelds Hinhaltetaktik machte sich eindeutig bezahlt. Bei seiner Amtseinführung im Januar 2001 stand der Kurs der Gilead-Aktien bei 7,45 Dollar. Nach all den Ängsten wegen der Vogelgrippe, der Hysterie ob der Gefahr terroristischer Anschläge mit Biowaffen und nach den Entscheidungen seiner eigenen Regierung, massiv in das Unternehmen zu investieren, war der Kurs der Aktie, als Rumsfeld sein Amt aufgab, auf 67,60 Dollar gestiegen – eine Kurssteigerung von 807 Prozent (im April 2007 erreichte der Kurs 84,00 Dollar).[15] Das heißt, Rumsfeld war am Ende seiner Amtszeit erheblich reicher als bei seinem Amtsantritt – was Multimillionären, die ein öffentliches Amt bekleiden, nur selten gelingt.

Während Rumsfeld die Verbindungen zu Gilead niemals wirklich kappte, sträubte Cheney sich, die Beziehungen zu Halliburton vollständig abzubrechen – ein Arrangement, das im Unterschied zu Rumsfeld und Gilead erhebliche Aufmerksamkeit in den Medien erregte. Bevor Cheney seinen Posten als Vorstandsvorsitzender aufgab, um im Gespann mit George Bush für das Amt des Vizepräsidenten zu kandidieren, handelte er mit dem Unternehmen ein Abfindungspaket aus, das ihm eine große Menge Halliburton-Aktien und Aktienoptionen einbrachte. Als dann die Presse unbequeme Fragen stellte, verkaufte er einige seiner Halliburton-Anteile und machte dabei den satten Gewinn von 18,5 Millionen Dollar. Aber er verkaufte nicht alles. Nach Angaben des *Wall Street Journal* besaß Cheney bei seinem Amtsantritt noch insgesamt 189 000 Halliburton-Aktien und 500 000 nicht ausgeübte Aktienoptionen.[16]

Wenn Cheney immer noch eine so große Zahl an Halliburton-Aktien besitzt, dann heißt das, er hat in seiner gesamten Amtszeit Jahr für Jahr Millionen Dollar an Dividenden verdient und dazu noch ein erst später von Halliburton auszuzahlendes Jahresgehalt von 210 000 Dollar – etwa so viel, wie ihm sein Regierungsamt einbringt. Wenn er 2009 aus dem Amt scheidet und seine Halliburton-Anteile verkaufen kann, wird ihm der erstaunliche Wertzuwachs des Unternehmens einen außergewöhnlichen Gewinn bescheren. Der Kurs der Halliburton-Aktie stieg von 10 Dollar vor dem Irakkrieg auf 41 Dollar drei Jahre danach – eine Vervierfachung dank der steigenden Energiepreise und der Irakaufträge, die beide direkt darauf zurückzuführen sind, dass Cheney das Land in den Krieg mit dem Irak steuerte.[17] Der Irak scheint bestens in

Kinzers Schema zu passen. Saddam stellte keine Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten dar, wohl aber für die Sicherheit amerikanischer Energiekonzerne, denn er hatte gerade erst Verträge mit einem russischen Ölgiganten unterzeichnet und verhandelte mit der französischen Ölgesellschaft Total, sodass die amerikanischen und britischen Ölgesellschaften mit leeren Händen dastanden. Die drittgrößten bekannten Erdölvorkommen der Welt drohten dem amerikanischen und britischen Zugriff zu entgleiten.[18] Saddams Sturz eröffnete den Ölkonzernen, darunter ExxonMobil, Chevron, Shell und BP, wie auch Halliburton neue Chancen. Die genannten Ölgiganten haben inzwischen die Grundlage für neue Geschäfte im Irak geschaffen, während Halliburton mit der Niederlassung in Dubai bestens aufgestellt ist, um all diesen Unternehmen seine Energiedienstleistungen zu verkaufen.[19] Schon jetzt ist der Krieg selbst die profitabelste Unternehmung in der Geschichte der Firma.

Sowohl Rumsfeld als auch Cheney hätten sich leicht von ihren Anteilen an den von Katastrophen profitierenden Unternehmen trennen und damit jeden Zweifel an der Rolle ausräumen können, den der Gewinn bei ihrer Begeisterung für katastrophenträchtige Situationen spielte. Aber dann hätten sie den Boom in ihren eigenen Branchen verpasst. Vor die Wahl zwischen privatem Profit und einem Leben in Staatsämtern gestellt, entschieden sie sich immer wieder für den Profit und zwangen die staatlichen Ethikausschüsse, sich ihrer trotzigen Haltung zu beugen.

Im Zweiten Weltkrieg wandte Präsident Franklin D. Roosevelt sich entschieden gegen Kriegsgewinnler und sagte: »Ich möchte nicht erleben, dass diese Weltkatastrophe auch nur

einen einzigen Millionär in den Vereinigten Staaten hervorbringt.« Man fragt sich, was er von Cheney gehalten hätte, der während seiner Amtszeit als Vizepräsident Millionen an Kriegsgewinnen angesammelt hat, oder von Rumsfeld, der es 2004 nicht lassen konnte, ein paar Gilead-Aktien zu verkaufen und damit während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister bequem 5 Millionen Dollar einzustreichen, wie aus seinem jährlichen Offenlegungsbericht hervorgeht – nur ein kleiner Vorgeschmack auf die Profite, die nach seinem Rücktritt auf ihn warteten.[20] In der Bush-Regierung fordern die Kriegsgewinnler nicht bloß lautstark Zugang zur Regierung, sie sind die Regierung. Zwischen Kriegsgewinnlern und Regierung gibt es keinen Unterschied.

Die Bush-Jahre waren natürlich auch von einigen der schäbigsten und frechsten Korruptionsskandale der jüngeren Zeit geprägt. Man denke an Jack Abramoff und seine Golfurlaube für Kongressmitglieder; an Randy »Duke« Cunningham, inzwischen zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, und seine Yacht *The Duke-Stir*, die er nach der Übermittlung eines mit dem offiziellen Briefkopf des Kongresses versehenen »Bestechungsmenüs« von einer Rüstungsfirma geschenkt bekam; oder an die Partys mit bereitgestellten Prostituierten im Watergate-Hotel. All das klingt sehr nach Moskau oder Buenos Aires Mitte der neunziger Jahre.[21]

Und dann ist da die mit schwindelerregendem Tempo rotierende Drehtür zwischen Regierung und Privatwirtschaft. Sie war immer schon da, aber die meisten politischen Akteure warteten bis zum Ende der jeweiligen Regierungszeit, bevor sie ihre Beziehungen zu staatlichen Stellen in bare Münze umwandelten. Unter Bush hat sich die permanente Goldgrube

des Heimatschutzmarktes als eine Versuchung erwiesen, der zahlreiche Mitglieder der Administration nicht zu widerstehen vermögen. Statt auf das Ende ihrer Amtszeit zu warten, haben sich Hunderte von Amtsinhabern aus einem breiten Spektrum staatlicher Stellen durch die Drehtür begeben. Eric Lipton, der dieses Phänomen für die *New York Times* am Beispiel des Heimatschutzministeriums untersucht hat, schreibt dazu: »Ehemalige Washingtoner Lobbyisten und Watchdog-Gruppen sagen, der Exodus einer so großen Zahl leitender Mitarbeiter einer staatlichen Behörde vor dem Ende einer Regierungsperiode habe nur wenige moderne Parallelen.« Lipton machte 97 ehemalige Angehörige des öffentlichen Dienstes aus, die früher im Bereich der inneren Sicherheit zu finden waren und jetzt in irgendeiner Sparte der Heimatschutzindustrie arbeiteten.[22]

Die Zahl der Fälle ist viel zu groß, als dass man sie im Einzelnen aufführen könnte, doch einige ragen heraus, weil sie zentrale Aspekte des »Kriegs gegen den Terror« betreffen. John Ashcroft, ehemals Justizminister und treibende Kraft hinter dem Patriot Act, leitet heute die Ashcroft Group, die Unternehmen aus der Heimatschutzbranche dabei hilft, an staatliche Aufträge zu gelangen. Tom Ridge, der erste Chef des Heimatschutzministeriums, arbeitet heute bei Ridge Global und berät das Kommunikationstechnologieunternehmen Lucent, das auch auf dem Gebiet der Sicherheit tätig ist. Rudy Giuliani, früher Bürgermeister von New York und Held der Rettungseinsätze am 11. September, gründete vier Monate später die Firma Giuliani Partners, die ihre Dienste als Krisenberater anbietet. Richard Clarke, König der Terrorismusbekämpfung unter Clinton und Bush und ein erklärter Kritiker

der Bush-Administration, ist heute Präsident der Firma Good Harbor Consulting, die sich auf Heimatschutz und Terrorismusbekämpfung spezialisiert hat. James Woolsey, bis 1995 Direktor der CIA, arbeitet heute bei der Paladin Capital Group, einer Private-Equity-Gesellschaft, die in Heimatschutzunternehmen investiert; außerdem ist er Vizepräsident bei Booz Allen, einem der führenden Unternehmen der Heimatschutzbranche. Joe Allbaugh, der die FEMA am 11. September leitete, schied nur 18 Monate später aus dem Amt und gründete New Bridge Strategies, die sich als »Brücke« zwischen der Privatwirtschaft und der lukrativen Welt der Staatsaufträge und Investitionschancen im Irak anbieten. Sein Nachfolger wurde Michael Brown, der schon nach zwei Jahren wieder ging und Michael D. Brown LLC gründete, ein Unternehmen, das die Vorbereitung auf Katastrophen zu seinem Geschäft machte.[23]

»Darf ich jetzt mein Amt niederlegen?«, fragte Brown in einer unrühmlichen E-Mail einen FEMA-Kollegen mitten in der Katastrophe, die der Hurrikan Katrina ausgelöst hatte.[24] Das trifft recht gut die Philosophie: Bleibe gerade lange genug in der Regierung, um einen eindrucksvollen Titel zu ergattern und in einem Ministerium, das große Aufträge zu vergeben hat, gut verkäufliches Insiderwissen zu sammeln, dann scheide aus dem Amt, und verkaufe den Zugang zu deinen ehemaligen Kollegen. Die Arbeit im Staatsdienst reduziert sich hier auf kaum mehr als eine Aufklärungsmission für die zukünftige Tätigkeit im Katastrophen-Kapitalismus-Komplex.

In gewisser Weise erzeugen die Geschichten von Korruption und Drehtüren jedoch einen falschen Eindruck, nämlich

den, dass es immer noch eine deutliche Grenze zwischen dem Staat und der Katastrophenbranche gäbe. Aber diese Trennungslinie ist schon seit langem verschwunden. Die Innovation der Bush-Jahre liegt nicht in der Geschwindigkeit, mit der Politiker von der einen in die andere Welt überwechseln, sondern in der Zahl derer, die sich berechtigt fühlen, gleichzeitig beiden Welten anzugehören. Männer wie Richard Perle und James Baker machen Politik, erteilen hochrangigen Rat und sprechen in der Presse als interessenfreie Experten und Staatsmänner, während sie doch zugleich tief in das Geschäft mit dem privatisierten Krieg und dem Wiederaufbau verstrickt sind. Sie verkörpern die höchste Verwirklichung der korporatistischen Mission: die totale Verschmelzung der politischen und wirtschaftlichen Elite im Namen der Sicherheit, wobei der Staat als Sitz der Wirtschaftsgilde fungiert – und dank der Auftragsökonomie als größte Quelle geschäftlicher Möglichkeiten.

Wo immer die Allianz zwischen einer kleinen Wirtschaftselite und einer rechtsgerichteten Regierung in den letzten fünfunddreißig Jahren auftrat, von Santiago über Moskau und Peking bis hin zu Bushs Washington, wurde sie gleichsam als Verirrung abgetan – als Mafiakapitalismus, als oligarchischer Kapitalismus und jetzt unter Bush als »Kumpel-Kapitalismus«. Aber es handelt sich keineswegs um eine Verirrung, sondern um das Ziel, dem der ganze Kreuzzug der Chicagoer Schule mit seiner dreifachen Obsession – Privatisierung, Deregulierung und Zerschlagung der Gewerkschaften – zustrebt.

Rumsfelds und Cheneys hartnäckige Weigerung, zwischen ihren geschäftlichen Interessen an der privatwirtschaftlichen Katastrophenbranche und ihren öffentlichen Pflichten zu tren-

nen, war das erste Anzeichen für die Entstehung eines echten Staatskorporatismus. Aber es gibt noch viele weitere Anzeichen.

Die Macht der Ehemaligen

Es gehört zu den markantesten Merkmalen der Bush-Regierung, dass sie bei wichtigen Aufgaben auf externe Berater und freie Sonderbeauftragte zurückgreift, etwa auf James Baker, Paul Bremer, Henry Kissinger, George Shultz, Richard Perle sowie auf die Mitglieder des Defense Policy Board und des Committee for the Liberation of Iraq, um nur einige wenige zu nennen. Während der Kongress in den entscheidenden Jahren der Entscheidungsfindung nur die Rolle einer absegnenden Instanz spielte und die Urteile des Obersten Gerichtshofs allenfalls als höfliche Vorschläge behandelt wurden, übten diese zumeist freien Berater einen gewaltigen Einfluss aus.

Ihre Macht basiert auf der Tatsache, dass sie einst wichtige Regierungsämter bekleideten – es sind ehemalige Außenminister, ehemalige Botschafter oder ehemalige Staatssekretäre aus dem Verteidigungsministerium. Sie alle sind schon seit Jahren nicht mehr in der Regierung und haben inzwischen eine lukrative Karriere im Katastrophen-Kapitalismus-Komplex gemacht. Da sie als Auftragnehmer und nicht als Amtsträger gelten, gelten für sie meist nicht dieselben Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten wie für gewählte oder ernannte Politiker – sofern sie denn überhaupt irgendwelchen Einschränkungen unterliegen. Das hat zur Folge, dass die so-

genannte Drehtür zwischen Regierung und Industrie durch ein »großes Tor« ersetzt worden ist (wie der Spezialist für Katastrophenmanagement Irwin Redlener dies mir gegenüber bezeichnet hat). So benutzen die Unternehmen der Katastrophenbranche das Ansehen illustrer Ex-Politiker, um gleichsam ihre Büros direkt in der Regierung einzurichten.

Als James Baker im März 2006 gemeinsam mit dem Demokraten Lee H. Hamilton zum Leiter der Iraq Study Group bestellt wurde, die Empfehlungen für ein neues Vorgehen im Irak erarbeiten sollte, war auf beiden Seiten deutliche Erleichterung zu spüren: Da war ein Politiker der alten Schule, ein gestandener Mann, der das Land schon in stabileren Zeiten gelenkt hatte. Gewiss steht Baker für eine Ära amerikanischer Außenpolitik, die weniger skrupellos verfuhr als die heutige. Aber das ist fünfzehn Jahre her, und es fragt sich: Wer ist James Baker heute?

Wie Cheney machte auch James Baker ein Vermögen mit seinen als Regierungsmitglied geknüpften Kontakten, als er am Ende der Präsidentschaft von George H. W. Bush aus dem Amt schied. Als besonders lukrativ erwiesen sich die Freunde, die er sich während des ersten Golfkriegs in Saudi-Arabien und Kuwait gemacht hatte.[25] Seine in Houston beheimatete Anwaltskanzlei Baker Botts vertritt die königliche Familie Saudi-Arabiens sowie Halliburton und die größte russische Ölgesellschaft Gasprom; sie ist eine der wichtigsten Kanzleien im Bereich des Öl- und Gasgeschäftes. Außerdem besitzt Baker beträchtliche Anteile an der Carlyle Group und verdiente mit dieser sehr auf Geheimhaltung bedachten Firma schätzungsweise 180 Millionen Dollar.[26]

Die Carlyle Group zog gewaltige Profite aus dem Irakkrieg,

und zwar durch den Verkauf von Robotersystemen, die Lieferung militärischer Kommunikationssysteme und einen großen Auftrag zur Ausbildung der irakischen Polizei für die Carlyle-Holding USIS. Das 56 Milliarden Dollar schwere Unternehmen besitzt eine Investmentgesellschaft, die sich darauf spezialisiert hat, Firmen aus der Rüstungs- und Sicherheitsbranche an die Börse zu bringen, ein in den letzten Jahren sehr profitables Geschäft. »Es sind die besten 18 Monate, die wir jemals hatten«, sagte Bill Conway, oberster Investitionsmanager bei Carlyle, und meinte damit die ersten 18 Monate des Irakkriegs. »Wir haben Geld verdient, und wir haben es schnell verdient.« Der Krieg im Irak, der damals bereits als Debakel erkennbar war, spülte rekordverdächtige 6,6 Milliarden Dollar in die Kassen des erlesenen Kreises der Carlyle-Investoren.[27]

Als Bush jr. Baker ins öffentliche Leben zurückholte und ihn zum Sonderbeauftragten für die Schulden des Irak machte, musste Baker seine Anteile an Carlyle oder Baker Botts trotz deren direkten Interessen im Zusammenhang mit dem Krieg nicht verkaufen. Anfangs wiesen mehrere Kommentatoren auf die Möglichkeit schwerer Interessenkonflikte hin. Die *New York Times* rief Baker in einem Leitartikel dazu auf, seine Posten bei der Carlyle Group und bei Baker Botts aufzugeben, um als Sonderbeauftragter für die Umschuldung seine Integrität wahren zu können. »Baker ist viel zu stark in ein Geflecht lukrativer privater Geschäftsbeziehungen eingebunden, die ihn bei der Lösung des Umschuldungsproblems als interessierte Partei erscheinen lassen müssen«, hieß es dort. Deshalb reiche es nicht aus, wenn Baker »auf Geschäftsbeziehungen zu Kunden mit offensichtlichen Verbindungen zu den Schul-

den des Irak verzichtet … Wenn Baker seine neue öffentliche Funktion in Ehren erfüllen will, muss er diese beiden privaten Funktionen aufgeben.«[28]

Ganz nach dem Vorbild höchster Amtsinhaber der Regierung weigerte Baker sich schlicht und einfach, dieser Forderung nachzukommen, – und Bush bestärkte ihn in dieser Haltung, indem er ihn in einem Amt beließ, das ihn dazu verpflichtete, Regierungen in aller Welt zu einem Schuldenerlass für den Irak zu bewegen. Als Baker etwa ein Jahr in seinem Amt war, erhielt ich die Kopie eines vertraulichen Dokuments, aus dem hervorging, dass weitaus ernstere und direktere Interessenkonflikte bestanden, als man bislang angenommen hatte. Es handelte sich um einen fünfundsechzigseitigen Geschäftsplan, den ein Konsortium aus mehreren Firmen, darunter auch die Carlyle Group, der kuwaitischen Regierung, einem der Hauptgläubiger des Irak, vorgelegt hatte. Darin bot das Konsortium an, seine hochrangigen politischen Beziehungen zu nutzen, um 27 Milliarden Dollar irakischer Schulden gegenüber Kuwait, die auf Saddams Besetzung des Landes zurückgingen, einzusammeln – also genau das Gegenteil von dem zu tun, was Baker als Sonderbeauftragter erreichen sollte, nämlich Regierungen zu einem Erlass der Schulden aus der Saddam-Zeit zu bewegen.[29]

Das Dokument mit dem Titel »Vorschlag zur Unterstützung des kuwaitischen Staates, seine Ansprüche gegen den Irak zu schützen und zu realisieren« wurde fast zwei Monate *nach* Bakers Amtsantritt vorgelegt. James Baker wird darin elf Mal namentlich erwähnt, womit die Verfasser deutlich machten, dass Kuwait Nutzen aus der Zusammenarbeit mit einer Firma ziehen konnte, die den für den Schuldenerlass zuständi-

gen Mann auf ihren Gehaltslisten führte. Aber das hatte einen Preis. Als Gegenleistung für diese Dienste, so heißt es in dem Dokument, hatte der kuwaitische Staat eine Milliarde Dollar bei der Carlyle Group zu investieren. Ein unverhohlenes Angebot zu einem Handel mit Einflussmöglichkeiten: Zahlt an Bakers Unternehmen, dann bekommt ihr Bakers Schutz. Ich zeigte das Dokument Kathleen Clark, Juraprofessorin an der Washington University und eine der führenden Expertinnen für Fragen der Ethik und der Korruptionsbekämpfung im Öffentlichen Dienst, und sie sagte, Baker befinde sich »in einem klassischen Interessenkonflikt. Er steht auf beiden Seiten einer Transaktion: Er soll die Interessen der Vereinigten Staaten vertreten, aber er ist zugleich ein hochrangiger Berater der Carlyle Group, und die Carlyle Group möchte dafür bezahlt werden, dass sie Kuwait hilft, an das vom Irak geschuldete Geld zu kommen.« Nach der Prüfung des Dokuments meinte sie: »Carlyle und die übrigen Firmen nutzen Bakers Position für den Versuch, mit Kuwait ein Geschäft abzuschließen, das den Interessen der US-Regierung zuwiderlaufen würde.«

Einen Tag, nachdem mein Artikel über Baker in *The Nation* erschienen war, verließ Carlyle das Konsortium und verzichtete damit auf die Aussicht, eine Milliarde Dollar zu verdienen. Ein paar Monate später verkaufte Baker seine Anteile an der Carlyle Group und trat von seinem Posten als Berater der Firma zurück. Doch der eigentliche Schaden war längst entstanden: Baker hatte als Sonderbeauftragter versagt und das Ziel des von Bush gewünschten und vom Irak so dringend benötigten Schuldenerlasses gründlich verfehlt. 2005 und 2006 zahlte der Irak 2,59 Milliarden Dollar Reparationen für Saddams Krieg, zum größten Teil an Kuwait – Mittel,

die man zur Bekämpfung der humanitären Krise im Irak und zum Wideraufbau des Landes dringend benötigt hätte, vor allem seit die amerikanischen Firmen abgezogen waren, nachdem sie die Hilfsgelder verschwendet, aber die Arbeit unerledigt zurückgelassen hatten. Baker hatte den Auftrag, einen Erlass von 90 bis 95 Prozent der irakischen Schulden zu erreichen. Tatsächlich erfolgte im Wesentlichen nur eine Umschuldung, sodass die Schulden heute immer noch 99 Prozent des irakischen Bruttosozialprodukts entsprechen.[30]

Auch weitere zentrale Aspekte der Irakpolitik überließ man freien Sonderbeauftragten, deren Firmen Rekordprofite aus dem Krieg schlugen. Der ehemalige Außenminister George Shultz leitete das Committee for the Liberation of Iraq (Komitee für die Befreiung des Irak), eine Pressure-Group, die 2002 auf Anforderung des Weißen Hauses gegründet wurde, um die Öffentlichkeit für eine Invasion des Irak zu gewinnen. Shultz war ziemlich erfolgreich. Da er nicht der Regierung angehörte, konnte er die Hysterie über die angebliche Bedrohung durch Saddam schüren, ohne Beweise dafür beibringen zu müssen. »Wenn Sie eine Klapperschlange im Garten haben, warten Sie auch nicht, bis sie zubeißt, bevor Sie etwas gegen sie unternehmen«, schrieb er im September 2002 in der *Washington Post* unter der Überschrift »Handeln wir jetzt! Gefahr ist im Verzug. Saddam Hussein muss weg.« Shultz eröffnete seinen Lesern nicht, dass er damals dem Vorstand der Bechtel Corporation angehörte, die er viele Jahre zuvor als Vorstandsvorsitzender geleitet hatte. Das Unternehmen sollte später 2,3 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau jenes Landes einstreichen, auf dessen Zerstörung Shultz so erpicht war.[31] Im Rückblick wird man daher fragen dürfen, ob Schultz, als

er zum Handeln aufrief, als besorgter Elder Statesman sprach oder als Repräsentant von Bechtel – oder vielleicht von Lockheed Martin.

Danielle Brian, geschäftsführende Vorsitzende der gemeinnützigen Watchdog-Gruppe Project on Government Oversight, meint dazu: »Es lässt sich nicht sagen, wo die Regierung endet und Lockheed beginnt.« Und es lässt sich noch weniger sagen, wo Lockheed endet und das Committee for the Liberation of Iraq beginnt. Ins Leben gerufen hatte die von Shultz geleitete und als Propagandaplattform für Kriegsbefürworter benutzte Gruppe Bruce Jackson, der noch drei Monate zuvor Vizepräsident für Strategie und Planung bei Lockheed Martin gewesen war. Jackson sagt, er sei »von Leuten aus dem Weißen Haus« gebeten worden, das Committee aufzubauen, aber er besetzte es mit ehemaligen Lockheed-Kollegen. Neben Jackson gehörten zu den »Lockheed-Vertretern auch Charles Kupperman, Vizepräsident für Raumfahrt und strategische Raketen bei Lockheed Martin, und Douglas Graham, Leiter der Abteilung Abwehrsysteme bei Lockheed«. Obwohl das Komitee auf ausdrücklichen Wunsch des Weißen Hauses als Instrument der Kriegspropaganda gegründet wurde, musste niemand seinen Posten bei Lockheed aufgeben oder seine Geschäftsanteile verkaufen. Und das war zweifellos ein Segen für die Mitglieder des Komitees, denn der Kurs der Lockheed-Aktie stieg dank des von ihnen mitinitiierten Krieges um 145 Prozent – von 41 Dollar im März 2003 auf 102 Dollar im Februar 2007.[32]

Und dann ist da noch Henry Kissinger, der Mann, der die Konterrevolution mit seiner Unterstützung für Pinochets Staatsstreich in Gang gebracht hatte. In seinem 2006 erschie-

nen Buch *Die Macht der Verdrängung* enthüllte Bob Woodward, dass Dick Cheney einmal im Monat mit Kissinger zusammentraf, während Bush ihn etwa halb so oft sah: »Auf diese Weise wurde der ehemalige Außenminister der am regelmäßigsten konsultierte außenpolitische Berater Bushs außerhalb des Regierungsapparats.« Cheney sagte Woodward: »Unter allen Außenstehenden, mit denen ich in diesem Amt rede, ist Henry Kissinger vielleicht mein häufigster Gesprächspartner.«[33]

Aber wen vertrat Henry Kissinger in all diesen Gesprächen mit der amerikanischen Führungsspitze? Wie Baker und Shultz war er einst Außenminister gewesen, doch das lag drei Jahrzehnte zurück. Seit 1982, als er seine private und sehr verschwiegene Firma Kissinger Associates gründete, vertrat er eine Reihe von Kunden, zu denen zahlreiche Großunternehmen gehört haben sollen, von Coca-Cola über Union Carbide und Hunt Oil bis hin zu dem Ingenieurgiganten Fluor (einem der größten Auftragnehmer beim Wiederaufbau des Irak) – und sogar ITT, sein alter Partner bei der verdeckten Aktion in Chile.[34] So fragt man sich denn, ob er bei seinen Gesprächen mit Cheney als Elder Statesman agierte oder aber als gut bezahlter Lobbyist für seine Kunden aus der Öl- und Ingenieursbranche.

Einen deutlichen Hinweis auf seine wirklichen Loyalitäten gab Kissinger im November 2002, als Bush ihn zum Leiter der 9/11-Kommission bestellte, die wohl wichtigste Aufgabe, zu der man einen Patrioten aus dem Ruhestand zurückholen konnte. Doch als die Familien der Opfer ihn unter Hinweis auf mögliche Interessenkonflikte baten, eine Liste seiner Kunden aus der Privatwirtschaft zu erstellen, wies er diesen

elementaren Wunsch nach Transparenz zurück. Statt die Namen seiner Kunden preiszugeben, trat er lieber vom Vorsitz der Kommission zurück.[35]

Richard Perle, ein Freund und Geschäftspartner Kissingers, hatte die gleiche Wahl ein Jahr später zu treffen. Perle, der unter Reagan Staatssekretär im Verteidigungsministerium gewesen war, wurde von Rumsfeld gebeten, den Vorsitz des Defense Policy Board zu übernehmen. Vor Perles Amtsantritt war das Defense Policy Board ein unauffällig arbeitendes Beratergremium gewesen, das bei einem Regierungswechsel Erfahrung und Wissen an die neue Regierung weitergeben sollte. Perle machte das Board zu einer Plattform für sich selbst und benutzte den eindrucksvollen Titel, um sich in der Öffentlichkeit entschieden für einen Präventivkrieg gegen den Irak einzusetzen. Aber er nutzte seine Stellung auch für andere Zwecke. Wie Seymour Hersh herausfand und im *New Yorker* veröffentlichte, warb er mit seinem Titel, um Investitionen für seine neue Firma einzusammeln. Damit war Perle einer der ersten Katastrophen-Kapitalisten nach dem 11. September – gerade einmal zwei Monate nach den Anschlägen gründete er ein Venturekapital-Unternehmen namens Trireme Partners, das in Unternehmen investieren sollte, die Produkte und Dienstleistungen im Heimatschutz- und Rüstungsbereich anbieten. In Werbebriefen rühmte die Firma sich ihrer politischen Beziehungen: »Drei Mitglieder der Management Group von Trireme beraten derzeit den amerikanischen Verteidigungsminister im U.S. Defense Policy Board.« Diese drei waren Perle, sein Freund Gerald Hillman und Henry Kissinger.[36]

Einer der ersten Investoren war Boeing – der zweitgrößte

Auftragnehmer des Pentagons. Das Unternehmen schoss 20 Millionen Dollar ein, damit Trireme in Gang kam. Perle wurde ein erklärter Boeing-Fan und schrieb einen Meinungsartikel, in dem er den umstrittenen 17-Milliarden-Tankflugzeug-Auftrag des Pentagons an Boeing unterstützte.[37] *

Während Perle seinen Investoren nur zu gern von seinen Beziehungen zum Pentagon berichtete, erklären einige seiner Kollegen im Defense Policy Board, ihnen habe er hingegen nichts von Trireme erzählt. Einer von ihnen meinte, als er von der Firma erfuhr, Perle bewege sich damit »am Rande oder jenseits unserer ethischen Grundsätze«. Am Ende holte der Konflikt auch Perle ein, und er musste sich wie Kissinger entscheiden, ob er Verteidigungspolitik machen oder vom Krieg gegen den Terror profitieren wollte. Im März 2003, kurz nach dem Beginn des Krieges, als die Goldgrube für private Un-

---

* Der Tankflugzeug-Deal wurde zum größten Skandal in der neueren Geschichte des Pentagons und brachte schließlich einen höheren Beamten des Verteidigungsministeriums und einen Boeing-Manager hinter Gitter. Der Beamte hatte sich während der Vertragsverhandlungen um einen Job bei Boeing bemüht. Bei der folgenden Untersuchung des Skandals wurde Rumsfeld gefragt, warum er von dem faulen Vertrag nichts bemerkt hatte. Er antwortete, er könne sich nicht im Einzelnen an seine Rolle beim Abschluss eines Vertrages erinnern, der den Steuerzahler 17 bis 30 Milliarden Dollar kosten sollte. »Ich erinnere mich nicht, ihn gebilligt zu haben. Aber wenn Sie so wollen, erinnere ich mich auch nicht, ihn nicht gebilligt zu haben.« Man warf Rumsfeld schlechtes Management vor, doch seine Vergesslichkeit könnte auch damit zusammenhängen, dass er sich so oft von der Erörterung solcher Entscheidungen fernhalten musste, die den Eindruck eines Interessenkonflikts mit seinen zahlreichen finanziellen Engagements in Rüstungsfirmen hätten erwecken können.

ternehmen sich zu öffnen begann, trat Perle vom Vorsitz des Defense Policy Board zurück.[38]

Nichts bringt Richard Perle so sehr in Rage wie die Behauptung, sein Eintreten für einen unbegrenzten Krieg, der allen Übeln ein Ende bereiten sollte, sei in irgendeiner Weise beeinflusst worden von den gewaltigen Gewinnen, die er persönlich aus der Verwirklichung dieses Vorschlags ziehen konnte. Wolf Blitzer von CNN konfrontierte Perle mit Hershs Einschätzung: »Er hat eine Firma gegründet, die möglicherweise von einem Krieg profitiert.« Das müsste eigentlich selbstverständlich erscheinen, doch Perle brauste auf und erklärte Blitzer, Hersh, immerhin ein Pulitzer-Preisträger, sei »offen gesagt der Vertreter des amerikanischen Journalismus, der einem Terroristen am nächsten« komme. Und er fuhr fort: »Ich glaube nicht, dass ein Unternehmen von einem Krieg profitiert … Die Behauptung, meine Ansichten stünden in irgendeinem Zusammenhang mit potenziellen Investitionen im Bereich des Heimatschutzes, sind völliger Unsinn.«[39]

Eine sonderbare These. Wenn ein Venturekapital-Unternehmen, das eigens für Investitionen im Bereich des Heimatschutzes und der Verteidigung gegründet wurde, es fertigbrächte, nicht von einem Krieg zu profitieren, entspräche es damit ganz sicher nicht den Erwartungen der Investoren. Die Episode warf weitere Fragen zur Rolle von Figuren wie Perle auf, die sich in einer Grauzone zwischen Katastrophen-Kapitalisten, in der Öffentlichkeit stehenden Intellektuellen und Politikern bewegen. Wenn ein Topmanager von Lockheed oder Boeing sich bei Fox News für einen Regimewechsel im Irak eingesetzt hätte (wie Perle es getan hat), wäre jedes seiner Argumente durch seine offenkundigen Eigeninteressen ent-

wertet worden. Perle wird immer noch als »Analytiker«, Pentagon-Berater oder vielleicht auch als »Neo-Con« vorgestellt, aber gewiss hört man niemals, er sei möglicherweise nur ein Waffenhändler mit einem eindrucksvollen Wortschatz.

Wenn man Mitgliedern dieser Washingtoner Clique ihre Eigeninteressen »an den von ihnen unterstützten Kriegen vorhält, reagieren sie stets genauso wie Perle: Die Behauptung wird als lächerlich, als einfältig oder als fast schon terroristisch abgetan. Die Neokonservativen oder Neo-Cons – eine Gruppe, zu der Cheney, Rumsfeld, Shultz, Jackson und, wie ich meine, auch Kissinger gehören – geben sich größte Mühe, als intellektuelle Eierköpfe und als realistische Falken zu erscheinen, die sich alle von ihrer Ideologie und großen Ideen leiten lassen und nicht von so weltlichen Dingen wie Profiten. So behauptet Bruce Jackson beispielsweise, bei Lockheed habe man seine politische Nebentätigkeit keineswegs geschätzt. Perle erklärt, seine Verbindung zum Pentagon habe ihm in geschäftlicher Hinsicht geschadet, denn »das heißt, dass man [manche] Dinge nicht sagen oder tun kann«. Perles Geschäftspartner Gerald Hillman führt an, Perle sei »kein Finanzmensch. Er hat keinerlei Bedürfnis nach finanziellem Gewinn.« Douglas Feith, damals Staatssekretär für politische Fragen im Verteidigungsministerium, meinte: »Die einstigen Beziehungen des Vizepräsidenten [zu Halliburton] sorgten dafür, dass die Leute im Regierungsapparat den Auftrag nur widerwillig und gar nicht gern an KBR [die ehemalige Halliburton-Tochter Kellogg, Brown and Root] vergaben, obwohl das genau das Richtige war.«[40]

Selbst die schärfsten Kritiker neigen dazu, die Neo-Cons als aufrichtige Gläubige darzustellen, getrieben allein von einem

derart verzehrenden Engagement für die Überlegenheit amerikanischer und israelischer Macht, dass sie bereit sind, wirtschaftliche Interessen den »Sicherheitsinteressen« zu opfern. Doch diese Unterscheidung ist künstlich und beruht auf einer Amnesie. Das Recht auf grenzenloses Profitstreben stand immer schon im Mittelpunkt der Neo-Con-Ideologie. Vor dem 11. September nährten Forderungen nach radikaler Privatisierung und Angriffe auf staatliche Sozialausgaben die – bis ins Mark Friedman'sche – Bewegung der Neokonservativen in Denkfabriken wie dem American Enterprise Institute, der Heritage Foundation und dem Cato Institute.

Mit dem Krieg gegen den Terror gaben die Neo-Cons ihre korporatistischen ökonomischen Ziele keineswegs auf. Sie fanden nur einen neuen, noch effektiveren Weg zu deren Verwirklichung. Natürlich fordern diese Washingtoner Falken eine imperiale Rolle für die Vereinigten Staaten in der Welt und für Israel im Nahen Osten. Nur lässt sich dieses militärische Projekt – eines endlosen Krieges im Ausland und eines Sicherheitsstaates zu Hause – unmöglich von den Interessen des Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes trennen, der darauf eine milliardenschwere Industrie errichtet hat. Und nirgendwo trat die Verschmelzung zwischen diesen politischen Zielen und der Profitorientierung so deutlich zutage wie auf den Schlachtfeldern des Irak.

DER KREIS SCHLIESST SICH

IRAK IM HYPERSCHOCK

Eine Gefahr bei schockbasierten Operationen liegt in der Möglichkeit »unbeabsichtigter Folgen« oder in der Auslösung von Reaktionen, die man nicht vorhergesehen hat. So können intensive Angriffe auf die Infrastruktur, die Stromversorgung oder die gesamte Wirtschaft eines Landes eine so extreme Not herbeiführen, dass die Reaktion darauf den nationalen Kampfeswillen unseres Gegners nicht schwächt, sondern stärkt.

Oberstleutnant John N. T. Shanaban, »Shock-Based Operations«,
Air & Space Power, 15. Oktober 2001

Direkte physische Brutalität erzeugt nur Ressentiment, Feindseligkeit und weiteren Trotz … Verhörte, die dem Schmerz widerstanden haben, lassen sich durch andere Methoden nur noch schwer beeinflussen. Dadurch bricht man nicht den Willen des Verhörten, sondern stärkt nur sein Selbstvertrauen und seine Reife.

Kubark *Counterintelligence Interrogation*, CIA-Handbuch, 1963

DIE AUSLÖSCHUNG DES IRAK

AUF DER SUCHE NACH EINEM »MODELL« FÜR DEN NAHEN OSTEN

> Introvertierte Schizophrene oder Melancholiker kann man mit einer von Mauern umgebenen Stadt vergleichen, die ihre Tore geschlossen hat und sich weigert, mit der übrigen Welt Handel zu treiben … Eine Bresche wird in die Mauer geschlagen und die Beziehungen zur Welt werden wiederhergestellt. Unglücklicherweise unterliegt es nicht unserer Kontrolle, wie groß die Schäden sind, die durch das Bombardement angerichtet werden.
>
> Andrew M. Wyllie, ein britischer Psychiater, 1940 über Elektroschocks [1]

> Nach dem 11. September glaubte ich, ein vorsichtiger Einsatz von Gewalt könne therapeutisch wirken.
>
> Richard Cohen, Kolumnist der Washington Post, über seine Unterstützung für die Invasion im Irak [2]

Es war im März 2004. Ich war seit nicht einmal drei Stunden im Irak, und es lief nicht gut. Zunächst einmal war unser Wagen nicht zum Flughafencheckpoint gekommen, sodass mein Fotograf Andrew Stern und ich uns per Anhalter auf die damals schon sogenannte »gefährlichste Straße der Welt« begeben mussten. Als wir in unserem Hotel im geschäftigen Karada-Viertel ankamen, empfing uns dort der irische Friedensak-

tivist Michael Birmingham, der schon vor der Invasion nach Bagdad gekommen war. Ich fragte ihn, ob er uns mit einigen Irakern bekannt machen konnte, die besorgt wegen der geplanten Privatisierung ihrer Wirtschaft seien. »Niemand kümmert sich hier um Privatisierung«, sagte er uns. »Hier geht es ums Überleben.«

Es folgte eine angespannte Debatte, ob es moralisch zu rechtfertigen sei, mit einer politischen Agenda in ein Kriegsgebiet zu reisen.

Michael sagte nicht, die Iraker unterstützten die Privatisierungspläne, sondern nur, dass sie dringendere Sorgen hätten. Sie hatten Angst vor Bomben, die in ihrer Moschee hochgehen konnten, oder suchten einen Vetter, der im amerikanischen Gefängnis Abu Ghureib verschwunden war. Sie fragten sich, wie sie an das Trink- und Waschwasser für morgen kommen konnten, und nicht, ob ausländische Unternehmen ihre Wasserversorgung privatisieren wollten, um sie ihnen ein Jahr später zurückzuverkaufen. Außenstehende sollten nach Michaels Ansicht versuchen, die Realität des Krieges und der Besatzung zu dokumentieren, und nicht entscheiden wollen, wo die irakischen Prioritäten zu setzen seien.

Ich verteidigte mich, so gut es ging, indem ich darauf hinwies, dass ich den Ausverkauf des Landes an Bechtel und ExxonMobil schließlich nicht geträumt hätte – er war längst im Gang, unter Führung des amerikanischen Sonderbeauftragten für den Irak, L. Paul Bremer III. Seit Monaten hatte ich über die Versteigerung irakischer Staatsbetriebe berichtet, aus Verkaufsveranstaltungen in Hotelballsälen, surrealen Shows, in denen Vertreter für kugelsichere Westen schockierten Geschäftsleuten Horrorgeschichten von abgerissenen Gliedma-

ßen erzählten, während Abgesandte von US-Handelskammern versicherten, es sei alles gar nicht so schlimm, wie im Fernsehen dargestellt. »Am besten investiert man, wenn der Boden noch blutgetränkt ist«, sagte mir allen Ernstes ein Delegierter auf der »Zweiten Irak-Wiederaufbau-Konferenz« in Washington, D.C.

Es war durchaus keine Überraschung, dass sich in Bagdad kaum Menschen finden ließen, die sich für Diskussionen über die Wirtschaft des Landes interessierten. Die Architekten dieser Invasion waren entschiedene Anhänger der Schockdoktrin – sie wussten, während die Iraker mit ihren täglichen Sorgen beschäftigt waren, konnte man den Ausverkauf des Landes im Stillen abwickeln und hinterher als vollendete Tatsache präsentieren. Wir Journalisten und Aktivisten schienen all unsere Energie für die spektakulären physischen Anschläge aufzuwenden und darüber zu vergessen, dass die Parteien, die am meisten zu gewinnen haben, sich niemals auf dem Schlachtfeld zeigen. Und im Irak gab es viel zu gewinnen: nicht nur die drittgrößten Ölreserven der Welt, sondern auch eine Region, die zu den letzten Bastionen gegen den Aufbau eines Weltmarktes im Geiste der Friedman'schen Vision eines ungehinderten Kapitalismus gehörte. Nach der Eroberung Lateinamerikas, Afrikas, Osteuropas und Asiens war die arabische Welt nun das letzte Ziel dieses Kreuzzuges.

Während Michael und ich mit unserer Debatte beschäftigt waren, wollte Andrew auf den Balkon gehen, um eine Zigarette zu rauchen. In dem Moment, als er die Glastür öffnete, schien die ganze Luft aus dem Zimmer gesogen zu werden. Vor dem Fenster sahen wir einen glühenden Feuerball, dunkelrot und durchsetzt mit schwarzen Sprenkeln wie Lava. Wir

griffen nach unseren Schuhen und rannten auf Strümpfen fünf Treppen hinunter. Die Hotelhalle war übersät mit Glassplittern. Das Mount Lebanon Hotel gleich um die Ecke und ein Nachbarhaus lagen in Trümmern, zerstört von einer 500-Kilo-Bombe, damals der schwerste Anschlag dieser Art seit dem Ende des Krieges.

Andrew lief mit seiner Kamera zu den Ruinen. Ich wollte ihm zunächst nicht folgen, tat es dann aber doch. Nach nur drei Stunden in Bagdad verstieß ich bereits gegen meinen einzigen Grundsatz: mich nicht an der Jagd nach Bomben zu beteiligen. Als ich wieder ins Hotel kam, saßen dort all die freien Journalisten und NGO-Typen herum, tranken Raki und versuchten, ihren Adrenalinspiegel unter Kontrolle zu bekommen. Alle grinsten mich an und sagten: »Willkommen in Bagdad!« Ich blickte Michael an, und wir kamen wortlos überein, dass er die Debatte gewonnen hatte. Das letzte Wort hatte der Krieg: »Nicht Journalisten, sondern Bomben bestimmen hier die Tagesordnung.« Und das tun sie ganz gewiss. Sie saugen nicht nur den Sauerstoff in ihren Wirbel hinein, sondern fordern alles: unsere Aufmerksamkeit, unser Mitgefühl und unsere Empörung.

An diesem Abend kam mir Claudia Acuña in den Sinn, die außergewöhnliche Journalistin, der ich zwei Jahre zuvor in Buenos Aires begegnet war und die mir ein Exemplar von Rodolfo Walshs »Ein offener Brief eines Schriftstellers an die Militärjunta« gegeben hatte. Sie hatte mich gewarnt, extreme Gewalt hindere uns möglicherweise, die Interessen zu sehen, denen sie dient. In gewisser Weise war das der Antikriegsbewegung bereits passiert. Unsere Erklärungen für die Motive, die hinter dem Krieg standen, gingen nur selten über Ein-

Wort-Antworten hinaus: Öl, Israel, Halliburton. Die meisten von uns hielten den Krieg für die verrückte Tat eines Präsidenten, der sich fälschlich für einen König hielt, und seines britischen Kumpanen, der im Buch der Geschichte auf der Seite der Sieger stehen wollte. Kaum Interesse fand dagegen der Gedanke, dass der Krieg eine rationale politische Entscheidung gewesen sein könnte und die Architekten der Invasion eine derartige Gewalt entfesselt hatten, weil sie die geschlossenen Volkswirtschaften in Nahost mit friedlichen Mitteln nicht aufzusprengen vermochten; dass also das Maß an Terror genau dem entsprach, was hier auf dem Spiel stand.

Die Invasion im Irak wurde der Öffentlichkeit als Reaktion auf eine Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen verkauft, weil Massenvernichtungswaffen, wie Paul Wolfowitz erklärte, die einzige Frage sind, »bei der alle derselben Meinung sind« – mit anderen Worten, als Rechtfertigung bildeten die Massenvernichtungswaffen den kleinsten gemeinsamen Nenner.[3] Die seltener genannte Begründung, die von den intellektuellsten Verfechtern des Krieges, bevorzugt wurde, war die Theorie des »Modells«. Die Anhänger dieser Theorie vertraten die Ansicht, der Terrorismus habe seinen Ursprung in zahlreichen Ländern der arabischen und muslimischen Welt: Die Flugzeugentführer vom 11. September stammten aus Saudi-Arabien, Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und aus dem Libanon; der Iran unterstütze die Hisbollah; Syrien biete den Führern der Hamas Unterschlupf; der Irak schicke den Familien palästinensischer Selbstmordattentäter Geld. Diesen Kriegsbefürwortern, die – als gäbe es zwischen beiden keinen Unterschied – Angriffe auf Israel mit Angriffen auf die USA

gleichsetzten, reichte das aus, um die ganze Region als potenzielle Brutstätte von Terroristen zu qualifizieren.

Aber weshalb, so fragten sie, bringt dieser Teil der Welt Terrorismus hervor? Da sie in ihrer ideologischen Verblendung weder die US-amerikanische noch die israelische Politik oder gar Provokationen von dieser Seite als auslösende Faktoren erkennen konnten, sahen sie die wahre Ursache in etwas anderem – im Fehlen eines freien Marktes und der zugehörigen Demokratie.[4] *

Da man nicht die ganze arabische Welt in einem Zuge erobern konnte, musste man ein einzelnes Land herausgreifen, das als Katalysator dienen sollte. Die USA sollten das Land besetzen und, wie Thomas Friedman, der wichtigste Verbreiter dieser Theorie in den Medien, es ausdrückte, daraus »ein andersartiges Modell im Herzen der arabisch-muslimischen Welt« machen, von dem dann eine Serie demokratisch-neoliberaler Wellen auf die gesamte Region ausstrahlen sollte. Joshua Muravchik, Experte vom American Enterprise Institute, prophezeite, es werde »ein Tsunami durch die arabische Welt« fe-

---

* Die Welle des freien Marktes war gleich aus mehreren Gründen an dieser Region vorbeigegangen. Die reichsten Länder – Kuwait, Saudi-Arabien, die Emirate – besaßen so große Erdöleinnahmen, dass sie keine Auslandsschulden hatten und sich deshalb dem Zugriff des IWF entziehen konnten (so befinden sich 84 Prozent der saudi-arabischen Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle). Der Irak hatte zwar hohe Auslandsschulden, die er während des Kriegs mit dem Iran angesammelt hatte, doch gerade als das Zeitalter der Globalisierung begann, ging der erste Golfkrieg zu Ende, und der Irak wurde abgeschottet und strengen Sanktionen unterworfen. Dort war nicht nur »freier Handel« ausgeschlossen, sondern es gab so gut wie gar keinen legalen Handel mehr.

gen, durch »Teheran und Bagdad«, während der erzkonservative Michael Ledeen, Berater der Regierung Bush, das Ziel als einen »Krieg zur Neugestaltung der Welt« beschrieb.[5] *

Die Logik dieser Theorie verband die Bekämpfung des Terrorismus mit der Verbreitung des Kapitalismus und der Abhaltung von Wahlen zu einem einzigen Projekt. Auf diese Weise wollte man – gleichsam im Dreierpack – den Nahen Osten von Terroristen »säubern«, eine riesige Freihandelszone schaffen und schließlich auf der Grundlage dieser vollendeten Tatsachen Wahlen abhalten. George W. Bush fasste dieses Ziel später in einem einzigen Satz zusammen, als er sagte,

---

* Dass ein Nichtbeitritt zum Washingtoner Konsens als Rechtfertigung für eine ausländische Invasion herhalten könnte, mag abwegig erscheinen, aber es gab einen Präzedenzfall. Als die NATO 1999 Belgrad bombardierte, dienten als offizielle Rechtfertigung Slobodan Miloševićs ungeheuerliche Menschenrechtsverletzungen, die alle Welt empörten. Doch wie Strobe Talbott, stellvertretender Außenminister der Regierung Clinton und amerikanischer Leiter der Verhandlungen während des Kosovo-Krieges, Jahre nach dem Krieg einräumte, gab es auch eine erheblich weniger idealistische Erklärung. »Während die Länder überall in der Region ihre Volkswirtschaften zu reformieren, ethnische Spannungen abzubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken versuchten, schien Belgrad Freude daran zu haben, beständig in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Kein Wunder, dass die NATO und Jugoslawien schließlich auf Kollisionskurs gingen. Der Widerstand Jugoslawiens gegen den umfassenden Trend zu politischen und wirtschaftlichen Reformen – und nicht die Bitte der Kosovo-Albaner – bietet die beste Erklärung für den Krieg der NATO.« Die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Enthüllung findet sich in dem 2005 erschienen Buch *Collision Course*: *NATO, Russia, and Kosovo*, das von Talbotts einstigem Pressesprecher John Norris verfasst wurde.

es gehe darum, »einer unruhigen Region die Freiheit zu bringen«, und viele hielten dies fälschlich für den Ausdruck einer aufrechten demokratischen Gesinnung.[6] Doch im Zentrum der »Modell«-Theorie stand immer nur jene andere Art von Freiheit, die man in den siebziger Jahren Chile und in den neunziger Jahren Russland angeboten hatte: die Freiheit westlicher Multis, sich aus dem Vermögen der frisch privatisierten Staaten zu bedienen. Was der Präsident meinte, machte er nur acht Tage, nachdem er die Hauptkriegshandlungen im Irak für beendet erklärt hatte, unmissverständlich klar, als er Pläne für »die Schaffung einer Freihandelszone zwischen den USA und dem Nahen Osten innerhalb eines Jahrzehnts« ankündigte.[7] Die Leitung des Projekts übertrug er Dick Cheneys Tochter Liz, die sich bereits am Abenteuer der sowjetischen Schocktherapie beteiligt hatte.

Als die Idee, einen arabischen Staat zu besetzen und zum Modell für die Region zu machen, nach dem 11. September aufgebracht wurde, standen zunächst mehrere Namen im Raum: der Irak, Syrien, Ägypten oder – Michael Ledeens bevorzugter Kandidat – der Iran. Doch der Irak hatte diverse Vorzüge zu bieten. Abgesehen von den gewaltigen Ölreserven, eignete sich seine zentrale Lage auch zur Einrichtung von Militärstützpunkten, zumal Saudi-Arabien nun nicht mehr so abhängig erschien. Außerdem fiel es leicht, Saddam Hussein wegen des Einsatzes von Giftgas gegen sein eigenes Volk zu hassen. Ein weiterer, oft übersehener Faktor war die Tatsache, dass man den Irak gut kannte.

Der Golfkrieg von 1991 war die letzte große Bodenoffensive der US-Streitkräfte mit Hunderttausenden von Soldaten gewesen, und das Pentagon hatte die Schlacht in den zwölf seither

vergangenen Jahren ausgiebig für Ausbildungszwecke und elaborierte Kriegsspiele benutzt. Aus der Beschäftigung mit dem Golfkrieg war auch ein Papier hervorgegangen, das Donald Rumsfelds Aufmerksamkeit erregte. Es trug den Titel *Shock and Awe*: *Achieving Rapid Dominance (Schock und Entsetzen*: *Wie sich rasche Vorherrschaft erringen lässt)* und war 1996 von einer Gruppe freier Strategen an der National Defense University verfasst worden. Das Papier verstand sich als Vielzweck-Militärdoktrin, handelte aber in Wirklichkeit von einer Neuauflage des Golfkriegs. Der federführende Autor Harlan Ullman, Navy-Commander i. R. erklärte, die Arbeit an dem Projekt habe begonnen, als General Chuck Horner, der den Luftkrieg bei der Invasion 1991 leitete, nach seiner frustrierendsten Erfahrung beim Kampf gegen Saddam Hussein gefragt wurde. Horner antwortete, er habe nicht gewusst, wo er »die Nadel ansetzen« sollte, um den Zusammenbruch der irakischen Armee herbeizuführen. »Schock und Entsetzen«, schreibt Ullman (der den Ausdruck prägte), »sollte diese Frage klären: Wenn man die Operation *Desert Storm* wiederholte, wie könnten wir sie dann in der halben Zeit oder noch schneller und mit weit weniger Einsatzkräften gewinnen? […] Der Schlüssel für den Erfolg liegt im Aufspüren der Ansatzpunkte für Homers Nadeln – der Punkte, an denen man den Feind angreifen muss, damit er unverzüglich zusammenbricht.«[8] Die Autoren waren überzeugt, wenn die US-Streitkräfte noch einmal die Chance erhielten, Saddam anzugreifen, seien sie nun weit besser in der Lage, diese »Ansatzpunkte« zu finden, und zwar dank der neuen Satellitentechnologien und der Durchbrüche im Bereich der Präzisionswaffen, die ihnen die Möglichkeit boten, die »Nadeln« mit einer bis dahin unbekannten

Genauigkeit anzusetzen. – Der Irak hatte noch einen weiteren Vorzug. Während das US-Militär eifrig davon träumte, die Operation *Desert Storm* mit technologischen Möglichkeiten zu wiederholen, deren Verbesserung dem »Unterschied zwischen Atari und PlayStation« entsprach, wie ein Kommentator es ausdrückte, hatten die militärischen Kapazitäten des Irak deutlich abgenommen – erodiert unter dem Einfluss der Sanktionen und nahezu zerschlagen durch das von den Vereinten Nationen durchgeführte Waffeninspektionsprogramm.[9] Das hieß, ein Krieg gegen den Irak war im Vergleich zu einem Angriff auf den Iran oder Syrien offenbar noch am ehesten zu gewinnen.

Thomas Friedman sagte ganz offen, was es für den Irak bedeutete, wenn man ihn als Modell auswählte: »Es geht im Irak nicht um den Aufbau einer Nation. Vielmehr erschaffen wir eine Nation«, schrieb er, als wäre es im 21. Jahrhundert ein ganz natürliches und sogar »edles« Unterfangen, ein großes, ölreiches arabisches Land auszuwählen, als würde man mal eben shoppen gehen, und eine völlig neue Nation daraus zu formen.[10] Friedman gehört zu den vielen einstigen Kriegsbefürwortern, die heute behaupten, sie hätten nicht vorausgesehen, welches Blutbad der Invasion letztlich folgen würde. Es lässt sich nur schwer nachvollziehen, wie er diesen Umstand übersehen konnte. Der Irak war kein weißer Fleck auf der Landkarte. Er war und ist eine Kultur, die so alt ist wie die menschliche Zivilisation, mit einem ausgeprägten antiimperialistischen Stolz, einem starken arabischen Nationalismus, einem tief verwurzelten Glauben und einer erwachsenen männlichen Bevölkerung, die mehrheitlich eine militärische Ausbildung erhalten hat. Wenn man im Irak »eine Nation erschaf-

fen« wollte, was genau sollte dann aus der vorhandenen werden? Von Anfang an ging man stillschweigend davon aus, dass der größte Teil davon verschwinden müsste, um dem großen Experiment Platz zu machen – eine Vorstellung, deren Kern außerordentliche kolonialistische Gewalt beinhaltet.

Als die Konterrevolution der Chicagoer Schule dreißig Jahre zuvor erstmals den Schritt von den Lehrbüchern in die reale Welt unternahm, versuchte man gleichfalls, Nationen auszulöschen und an ihrer Stelle neue zu erschaffen. Wie der Irak 2003, so sollte Chile 1973 als Vorbild und Modell für einen ganzen rebellischen Kontinent dienen, und über viele Jahre war es auch so. Die brutalen Regime, die in den siebziger Jahren die Ideen der Chicagoer Schule umsetzten, wussten sehr genau, dass zur Verwirklichung ihrer idealisierten Nationen in Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien ganze Volksgruppen und deren Kultur »samt den Wurzeln« ausgerissen werden mussten.

In den Ländern, die unter solchen politischen Säuberungen zu leiden hatten, gibt es kollektive Bemühungen um die Verarbeitung dieser gewalttätigen Geschichte – Wahrheitskommissionen, die Öffnung von Massengräbern und Kriegsverbrecherprozesse gegen die Täter. Aber die lateinamerikanischen Juntas handelten nicht allein: Es ist bestens dokumentiert, dass sie vor und nach ihren Staatsstreichen von Washington unterstützt wurden. 1976 etwa, dem Jahr des Militärputschs in Argentinien, als Tausende von jungen Aktivisten aus ihren Wohnungen verschleppt wurden, genoss die Junta volle finanzielle Unterstützung aus der US-Hauptstadt. (»Wenn Dinge getan werden müssen, sollte man es schnell tun«, hatte Kissinger gesagt.)[11] In diesem Jahr war Gerald

Ford Präsident der Vereinigten Staaten, sein Stabschef war Dick Cheney, sein Verteidigungsminister hieß Donald Rumsfeld, und Kissinger hatte einen ehrgeizigen jungen Assistenten namens Paul Bremer. Diese Männer mussten sich nie vor einer Wahrheitskommission oder einem Gericht für ihre Rolle bei der Unterstützung der Militär juntas verantworten und konnten sich langer, einträglicher Karrieren erfreuen. Sogar so langen, dass sie dreißig Jahre später ein verblüffend ähnliches – wenn auch weitaus gewalttätigeres – Experiment im Irak starten konnten.

In der Antrittsrede zu seiner zweiten Amtszeit beschrieb George W. Bush 2005 die Zeit zwischen dem Ende des Kalten Kriegs und dem Beginn des Kriegs gegen den Terror als »Jahre des Zurücklehnens und Ausruhens – und dann kam ein Tag des Feuers«.[12] Die Invasion im Irak markierte die grausame Wiederkehr der alten Techniken des Kreuzzugs für den freien Markt – die Zufügung des denkbar größten Schocks, der alle Hindernisse für den Aufbau des Modells eines ungestört korporatistischen Staates mit Gewalt beiseitefegen sollte.

Ewen Cameron, der von der CIA finanzierte Psychiater, der versucht hatte, seine Patienten durch Regression auf infantile Zustände zu »entprägen«, hatte geglaubt, wenn ein kleiner Schock gut für seine Ziele war, dann sei ein großer noch besser. Deshalb malträtierte er Gehirne mit allem, was er sich vorstellen konnte: mit elektrischem Strom, mit Halluzinogenen, mit Reizentzug und Reizüberflutung. Er tat alles, um Vorhandenes auszulöschen und dadurch eine Tabula rasa zu schaffen, der er neue Gedanken und neue Muster einprägen wollte. In einem beträchtlich erweiterten Maßstab war genau dies die Strategie bei der Invasion und Besatzung des Irak. Die

Architekten des Kriegs suchten im weltweiten Arsenal nach Schocktaktiken und beschlossen, sie alle einzusetzen: Blitzkrieg mit Bombardierungen, ergänzt durch elaborierte psychologische Operationen, gefolgt von der schnellsten und einschneidendsten politischen und wirtschaftlichen Schocktherapie, die jemals versucht wurde, unterstützt, sofern sich Widerstand regte, durch die Aufreibung der Widerständler und bei Bedarf der Misshandlung »ohne Samthandschuhe«.

Analysen des Irakkrieges gelangen oft zu dem Schluss, die Invasion sei ein »Erfolg« gewesen, die Besatzung dagegen ein Fehlschlag. Diese Beurteilung übersieht, dass Invasion und Besatzung zwei Momente einer einheitlichen Strategie sind: Die Bombardierung am Anfang sollte den Boden freiräumen, auf dem man die Modellnation errichten wollte.

Krieg als Massenfolter

Für die Strategen der Invasion des Irak im März 2003 lautete die Antwort auf die Frage, »wo die Nadeln anzusetzen« waren, offenbar: überall. Während des Golfkriegs 1991 wurden im Verlauf von fünf Wochen etwa 300 Cruise Missiles vom Typ Tomahawk abgefeuert. 2003 gingen an einem einzigen Tag 380 Cruise Missiles auf den Irak nieder. Vom 20. März bis zum 2. Mai, den Wochen des »Hauptkampfes«, warfen die US-Streitkräfte insgesamt über 30 000 Bomben ab. Außerdem setzten sie 20 000 präzisionsgelenkte Cruise Missiles ein, das waren 67 Prozent aller jemals hergestellten Marschflugkörper dieser Art.[13]

»Ich habe solche Angst«, sagte Yasmine Musa, Mutter von

drei Kindern, während der Bombardierung in Bagdad. »Keine Minute vergeht, ohne dass wir irgendwo den Einschlag einer Bombe hören oder fühlen. Ich glaube, kein Quadratmeter im Irak ist sicher.«[14] Das hieß, Schock und Entsetzen taten ihre Wirkung. Unter offener Missachtung des Kriegsrechts, das Kollektivstrafen verbietet, rühmt sich die Militärdoktrin, die den Namen *Shock and Awe* trägt, nicht allein auf die militärischen Kräfte des Gegners zu zielen, sondern, wie ihre Autoren betonen, auf die »ganze Gesellschaft« – Massenangst ist ein zentrales Element dieser Strategie.

Ein weiteres Kennzeichen von »Schock und Entsetzen« ist die unmittelbare Präsenz des Krieges als Nachrichtenspektakel, und zwar für mehrere Arten von Publikum zugleich: für den Feind, für die Amerikaner zu Hause und für all jene, die vielleicht daran denken, Schwierigkeiten zu machen. »Wenn die Videoaufnahmen von den Ergebnissen dieser Angriffe weltweit in Echtzeit auf CNN gezeigt werden, kann daraus eine entscheidende positive Wirkung auf die Unterstützung der Koalition und eine entscheidende negative Wirkung auf die Unterstützung potenziellen Widerstands resultieren«, heißt es im *Shock-and-Awe*-Handbuch.* Von Anfang an verstand man die Invasion als Botschaft Washingtons an die Welt, als eine Botschaft, die in der Sprache der Feuerbälle, ohrenbetäubender Explosionen und erdbebenähnlicher Erschütterungen daherkam. In seinem Buch *The One Percent Doctrine* schreibt

---

* Der Golfkrieg von 1991 war der erste CNN-Krieg, doch die Vorstellung einer rund um die Uhr erfolgenden Live-Berichterstattung war damals noch jung, und das Militär hatte sie noch nicht vollständig in seine Kriegsplanung integriert.

Ron Suskind, für Rumsfeld und Cheney habe »das Hauptmotiv für die Invasion des Irak« in dem Wunsch bestanden, »ein Demonstrationsmodell zu schaffen, welches das Verhalten all jener zu lenken vermag, die sich erdreisten, Vernichtungswaffen zu erwerben oder in irgendeiner Form die Autorität der Vereinigten Staaten in Frage zu stellen«. Es handelte sich also weniger um eine Kriegsstrategie als um ein »behavioristisches Experiment in globalem Maßstab«.[15]

Krieg ist in Teilen immer auch eine auf ein Publikum gerichtete Vorstellung und eine Form von Massenkommunikation, doch Rumsfeld, der seine in der Wirtschaft erworbenen Kenntnisse über Technik und Medien einsetzte, stellte die Vermarktung der Angst in den Mittelpunkt der US-Militärdoktrin. Während des Kalten Krieges bildete die Angst vor einem Atomschlag den Kern der Abschreckungsstrategie, aber dahinter stand der Gedanke, dass die Atomraketen in ihren Silos blieben. Hier war das anders. Rumsfelds Krieg sollte alles außer Atombomben zur Inszenierung einer Show einsetzen, die alle Sinne bombardieren, auf der Klaviatur der Emotionen spielen und bleibende Botschaften übermitteln sollte, wobei man die Angriffsziele sorgfältig im Hinblick auf ihren Symbolwert und ihre fernsehgerechte Wirkung auswählte. So gesehen hatte Rumsfelds Theorie des Krieges als Teil seines »Transformationsprojekts« weit weniger gemein mit den Schlachtstrategien der Generäle, die »Kraft gegen Kraft« setzen wollten und ihn beständig bremsten, als mit der Strategie jener Terroristen, denen Rumsfeld den permanenten Krieg erklärt hatte. Terroristen suchen den Sieg nicht in direkter Konfrontation, sondern bemühen sich, die Moral der Öffentlichkeit durch spektakuläre, fernsehwirksame Aktionen zu bre-

chen, die gleichermaßen die Verletzlichkeit des Feindes und die eigene Bereitschaft zu höchster Grausamkeit demonstrieren. Das war die Überlegung hinter den Anschlägen vom 11. September, und das war auch die Überlegung hinter der Invasion im Irak.

Shock and Awe wird oft lediglich als Strategie überwältigender Feuerkraft beschrieben, doch die Autoren der Doktrin sehen darin noch mehr, nämlich einen ausgeklügelten psychologischen Plan, der »unmittelbar auf den Widerstandswillen der gegnerischen Öffentlichkeit« zielt. Die Instrumente sind aus einem anderen Zweig des amerikanischen Militärkomplexes bekannt: Reizentzug und Reizüberflutung, die Desorientierung und Regression bewirken sollen. Mit deutlichen Anklängen an CIA-Handbücher zu Verhörtechniken heißt es in *Shock and Awe*: »Grob gesprochen, übernimmt die Technik der raschen Vorherrschaft die Kontrolle über die Umgebung und paralysiert durch Reizüberflutung die Wahrnehmung des Gegners und sein Verständnis des Geschehens.« Ziel des Verfahrens ist es, »den Gegner vollkommen hilflos zu machen«. Zu diesem Zweck manipuliert man »die Sinne und Sinnesreize in Echtzeit … man schaltet buchstäblich das Licht ein und aus, das einen potenziellen Angreifer befähigt, die Lage und das Geschehen hinsichtlich seiner eigenen Kräfte und letztlich seiner Gesellschaft zu sehen und einzuschätzen«. Außerdem »nimmt man dem Gegner in bestimmten Bereichen die Fähigkeit zu Kommunikation und Beobachtung«.[16] Den Irak unterzog man diesem Experiment einer Massenfolter über Monate, und der Versuch begann lange bevor die ersten Bomben fielen.

Angstaufbau

Als der kanadische Staatsbürger Maher Arar 2002 auf dem Kennedy-Airport von US-Agenten festgenommen und als Opfer einer »außerordentlichen Überstellung« nach Syrien gebracht wurde, setzte man bei seinem Verhör eine erprobte Foltertechnik ein. »Sie setzten mich auf einen Stuhl, und einer der Männer begann mir Fragen zu stellen … Wenn ich nicht schnell genug antwortete, zeigte er auf einen Metallstuhl in der Ecke und fragte: ›Wollen Sie, dass ich den benutze?‹«[17] Die bei Arar eingesetzte Technik bezeichnet man als »Vorzeigen der Werkzeuge« oder im Jargon des US-amerikanischen Militärs als »fear up« (Angstaufbau). Folterer wissen, eines ihrer wirkungsvollsten Werkzeuge ist die Phantasie des Gefangenen – das Vorzeigen furchterregender Instrumente ist oft wirksamer als deren Einsatz.

Als der Tag der Invasion näherrückte, bediente sich das Pentagon amerikanischer Nachrichtensender, um mit diesem »Angstaufbau« zu beginnen. »Sie nennen es ›A-Day‹«, begann ein Bericht bei CBS News, der zwei Monate vor Kriegsbeginn ausgestrahlt wurde. »A wie *airstrikes* [Luftangriffe] so verheerenden Ausmaßes, dass Saddams Soldaten kampfunfähig oder nicht mehr bereit zum Kampf sein werden.« Harlan Ullman, einer der Autoren von *Shock and Awe*, erklärte den Zuschauern: »Die beiden Wirkungen stellen sich sofort ein, nicht innerhalb von Wochen, sondern von Minuten, ähnlich wie bei der Atombombe in Hiroshima.« Der Nachrichtenmoderator Dan Rather schloss den Bericht mit dem Hinweis: »Wir versichern Ihnen, dass dieser Bericht keine Informationen enthält, die nach Ansicht des Verteidigungsministeriums hilf-

reich für das irakische Militär sein könnten.«[18] Er hätte noch weiter gehen können: Der Bericht war wie so viele andere in dieser Zeit integraler Bestandteil der vom Verteidigungsministerium eingesetzten Strategie des Angstaufbaus.

Iraker, die solche Sendungen über verbotene Satellitenempfangsanlagen sahen oder von im Ausland lebenden Angehörigen telefonisch darüber informiert wurden, malten sich im Geiste monatelang den Schrecken des *Shock and Awe* aus. Schon allein der Ausdruck erwies sich als starke psychologische Waffe. Würde es noch schlimmer sein als 1991? Und wenn die Amerikaner glaubten, Saddam besäße tatsächlich Massenvernichtungswaffen, würden sie dann vielleicht mit Atomwaffen angreifen?

Eine Antwort auf diese Frage gab man eine Woche vor der Invasion. Das Pentagon lud die in Washington akkreditierten, für Militärfragen zuständigen Journalisten zu einer Reise nach Florida ein, wo sie auf der Eglin Air Force Base einem Testabwurf der MOAB-Bombe beiwohnten. MOAB steht für »Massive Ordnance Air Blast«, aber beim Militär nennt man sie nur »Mutter aller Bomben«. Mit über 9500 Kilogramm ist sie die größte nichtnukleare Bombe, die jemals gebaut wurde, und erzeugt, wie Jamie Mclntyre von CNN es ausdrückte, »eine 3000 Meter hohe, pilzförmige Wolke, die an eine Atomwaffe gemahnt und sich auch so anfühlt«.[19]

In seinem Bericht sagte Mclntyre, selbst wenn die Bombe niemals eingesetzt würde, könne ihre bloße Existenz dem Gegner schon »einen schweren psychologischen Schlag versetzen« – ein stillschweigendes Eingeständnis der Rolle, die er selbst beim Austeilen dieses Schlages spielte. Wie Gefangenen in einer Verhörzelle zeigte man den Irakern die Folterwerk-

zeuge. »Es geht darum, die Fähigkeiten der Koalition so klar und deutlich zu machen, dass es zu einer gewaltigen Entmutigung des irakischen Militärs kommt«, erläuterte Rumsfeld in derselben Sendung.[20]

Als der Krieg begann, unterwarf man die Einwohner Bagdads insgesamt einem Reizentzug. Man unterbrach nacheinander sämtliche Sinneseindrücke in der Stadt, und als Erstes traf es die Ohren.

In der Nacht zum 28. März 2003, die amerikanischen Truppen näherten sich bereits Bagdad, bombardierte und zerstörte man mit gewaltigen bunkerbrechenden Bomben das irakische Kommunikationsministerium sowie vier Bagdader Telefonknotenpunkte und schnitt damit Millionen Telefone in der Stadt von jeder Verbindung ab. Die Bombardierung der insgesamt zwölf Telefonknotenpunkte wurde fortgesetzt, bis dann am 2. April fast kein Telefon in Bagdad mehr funktionierte.[21] * Bei denselben Angriffen zerstörte man auch Sendestationen für Radio und Fernsehen, sodass es den ängstlich in ihren Wohnungen hockenden Menschen in Bagdad unmöglich war, irgendeine Nachricht zu empfangen, aus der sie hätten ersehen können, was da draußen vor sich ging.

---

* Nach offiziellen Angaben wollte man durch die vollständige Vernichtung des Bagdader Telefonnetzes verhindern, dass Saddam weiterhin mit der Führung seiner Eliteeinheiten kommunizieren konnte. Nach dem Krieg erfuhren amerikanische Verhörspezialisten bei intensiven »Befragungen« hochrangiger irakischer Gefangener, dass Saddam in den letzten 13 Jahren nur zweimal ein Telefon benutzt hatte, weil er überzeugt war, dass seine Telefongespräche abgehört wurden. Aber wie üblich war zuverlässige Aufklärung völlig unnötig. Schließlich gab es genug Geld, damit Bechtel ein neues Telefonnetz bauen konnte.

Viele Iraker sagen, die Zerstörung des Telefonnetzes sei der psychisch verheerendste Teil der Luftangriffe gewesen. Hören und fühlen zu müssen, wie überall Bomben niedergingen, aber nicht einmal ein paar Straßen weiter anrufen zu können, um herauszufinden, wie es Verwandten und Freunden ging, oder um verängstigte Angehörige im Ausland zu beruhigen, sei die schiere Qual gewesen. Ausländische Journalisten in Bagdad wurden von verzweifelten Einwohnern der Stadt bedrängt, die sie anbettelten, doch einen Augenblick lang ihr Satellitentelefon benutzen zu dürfen. Oder man drückte ihnen einen Zettel mit einer Telefonnummer und der Bitte in die Hand, einen Bruder oder Onkel in London oder Baltimore anzurufen. »Sagen Sie ihm, es ist alles in Ordnung. Sagen Sie ihm, seiner Mutter und seinem Vater geht es gut. Grüßen Sie ihn von mir. Sagen Sie ihm, er soll sich keine Sorgen machen.« [22] Bis dahin waren Schlafmittel und Antidepressiva in den meisten Bagdader Apotheken ausverkauft, und Valium war in der Stadt nirgendwo mehr zu bekommen.

Als Nächstes folgten die Augen. »Bei den Bombardierungen am frühen Abend gab es keine hörbare Explosion und keine erkennbaren Veränderungen, aber innerhalb weniger Augenblicke wurde eine Fünf-Millionen-Stadt in eine schreckliche, endlose Nacht getaucht«, berichtete der *Guardian* am 4. April. Die Dunkelheit wurde »nur von den Scheinwerfern vorbeifahrender Autos erhellt«.[23] In ihren Wohnungen gefangen, konnten die Einwohner Bagdads weder miteinander sprechen noch einander hören und auch nicht nach draußen sehen. Wie einem Gefangenen auf dem Weg in ein CIA-Gefängnis legte man einer ganzen Stadt Fesseln an und stülpte ihr eine Kapuze über den Kopf. Und dann wurde sie ausgezogen.

Persönliche Gegenstände

Um den Willen des Gefangenen bei einem Verhör zu brechen, nimmt man ihm als Erstes seine eigene Kleidung und alle Gegenstände weg, an denen er sein Selbstbewusstsein aufrichten könnte – seine persönlichen Dinge. Gegenstände, die für den Gefangenen von besonderer Bedeutung sind wie der Koran oder Fotos von geliebten Menschen, werden mit meist offener Verachtung behandelt. Die Botschaft lautet: »Du bist ein Niemand. Du bist nur das, was wir wollen« – das Wesen der Entmenschlichung. Die Iraker erlitten diesen Zersetzungsprozess kollektiv, als sie erleben mussten, dass ihre wichtigsten Institutionen entweiht wurden und ihre Geschichte, auf Lastwagen verladen, verschwand. Die Bomben und Raketen richteten schlimme Schäden an, doch erst die von den Besatzungstruppen geduldeten Plünderungen trafen das Land mitten ins Herz und löschten es aus.

»Die vielen hundert Plünderer, die im irakischen Nationalmuseum antike Keramiken zertrümmerten, Schaukästen ausräumten und Gold oder andere Kostbarkeiten an sich brachten, raubten nichts Geringeres als die Hinterlassenschaft der ersten menschlichen Zivilisation«, schrieb die *Los Angeles Times*. »Es verschwanden 80 Prozent der 170 000 unschätzbar kostbaren Museumsstücke.«[24] Die Nationalbibliothek, in der Exemplare aller jemals im Irak erschienenen Bücher und Dissertationen aufbewahrt wurden, war eine rauchgeschwärzte Ruine. Aus dem Religionsministerium waren tausend Jahre alte, illuminierte Ausgaben des Koran verschwunden. Auch hier blieb nur eine ausgebrannte Hülle. »Unser nationales Erbe ist verloren«, meinte ein Bagdader Gymnasiallehrer.[25] Ein Kauf-

mann aus Bagdad sagte über das Museum: »Es war die Seele des Irak. Wenn das Museum die geplünderten Schätze nicht zurückerhält, werde ich das Gefühl haben, dass ein Teil meiner eigenen Seele geraubt worden ist.« McGuire Gibson, ein Archäologe von der University of Chicago, sprach von einem Vorgang, der »einer Lobotomie gleichkommt. Das Tiefengedächtnis einer ganzen Kultur, die seit Jahrtausenden besteht, ist entfernt worden.«[26]

Größtenteils dank der Bemühungen muslimischer Geistlicher, die inmitten der Plünderungen Rettungsaktionen starteten, konnte ein Teil der geraubten Schätze wiederbeschafft werden. Doch viele Iraker waren und sind der Überzeugung, dass die Gedächtnislobotomie beabsichtigt war – Teil des amerikanischen Plans, die tief verwurzelte Nation zu zerstören und durch ihr eigenes Modell zu ersetzen. »Bagdad ist die Mutter der arabischen Kultur«, sagte der siebzigjährige Ahmed Abdullah gegenüber der *Washington Post*, »und sie wollen unsere Kultur auslöschen.«[27]

Wie die Planer des Krieges rasch erklärten, waren die Plünderungen das Werk von Irakern und nicht von ausländischen Soldaten. Und es ist sicher wahr, dass Rumsfeld nicht geplant hatte, den Irak zu plündern – aber er traf auch keine Maßnahmen, um solche Plünderungen von vornherein zu verhindern oder ihnen ein Ende zu setzen, als sie begonnen hatten. Das waren Versäumnisse, die man nicht einfach als Versehen abtun kann.

Schon während des Golfkriegs 1991 waren 13 irakische Museen von Plünderern überfallen worden. Es gab daher allen Grund zu der Befürchtung, dass Armut, der Zorn auf das alte Regime und ganz allgemein die chaotischen Verhältnisse

manche Iraker zu ähnlichen Aktionen bewegen würden (zumal Saddam einige Monate zuvor die Gefängnisse geöffnet hatte). Führende Archäologen hatten das Pentagon gewarnt und schon im Vorfeld gefordert, das Militär müsse für den Fall eines Angriffs eine wasserdichte Strategie zum Schutz der Museen und Bibliotheken entwickeln. Und am 26. März verzeichnete ein Pentagon-Memo an den Kommandostab der Koalitionstruppen »in der Reihenfolge ihrer Bedeutung 16 Stätten in Bagdad, die unbedingt geschützt werden« müssten. An zweiter Stelle rangierte auf dieser Liste das Nationalmuseum. Andere warnende Stimmen hatten Rumsfeld gedrängt, mit den Truppen auch ein internationales Polizeikontingent in den Irak zu schicken, das für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sorgen sollte – ein weiterer Vorschlag, der ignoriert wurde.[28]

Doch auch ohne solche Polizisten gab es in Bagdad genug amerikanische Soldaten, um einige davon für den Schutz kulturell bedeutsamer Stätten einzusetzen, aber man tat es nicht. Es gibt zahllose Berichte über amerikanische Soldaten, die in ihren gepanzerten Fahrzeugen tatenlos zuschauten, wie Plünderer ihr Diebesgut auf Lastwagen abtransportierten – Ausdruck derselben Gleichgültigkeit, die Rumsfeld vorgegeben hatte, als er meinte: »Es passieren eben Dinge.« Manche Einheiten gingen auf eigene Faust gegen Plünderer vor, doch in anderen Fällen beteiligten sich Soldaten auch daran. Der Internationale Flughafen Bagdad wurde von amerikanischen Soldaten vollständig verwüstet, die nach Angaben der Zeitschrift *Time* das Mobiliar zertrümmerten und sich dann an die Verkehrsflugzeuge auf dem Runway machten: »Auf der Suche nach komfortablen Sitzgelegenheiten und Souvenirs

rissen amerikanische Soldaten bei vielen Flugzeugen die Innenverkleidungen ab, zertrümmerten Sitze, beschädigten die Cockpit-Ausrüstung und drückten sämtliche Fenster heraus.« So entstand der irakischen Fluggesellschaft ein Schaden von 100 Millionen Dollar – sie war dann eines der ersten Unternehmen, die bei einer vorzeitigen und umstrittenen Teilprivatisierung versteigert wurden.[29]

Ein wenig Licht auf die Frage, warum man von offizieller Seite so wenig Interesse an einem Ende der Plünderungen zeigte, werfen die Aussagen zweier Männer, die bei der Besatzung des Irak eine wichtige Rolle spielten: Peter McPherson, ein hochrangiger Wirtschaftsberater Paul Bremers, und John Agresto, Leiter des Programms zum Wiederaufbau des irakischen Bildungswesens. McPherson sagte, als er sah, wie Iraker Staatseigentum – Autos, Busse, Einrichtungsgegenstände aus Ministerien – an sich brachten, habe ihn das nicht sonderlich gestört. Als oberster Schocktherapeut für den Irak hatte er die Aufgabe, den staatlichen Sektor radikal zu verkleinern und weite Teile des Staatsbesitzes zu privatisieren, sodass die Plünderer sozusagen bereits einen Teil seiner Arbeit erledigten. »Die gewissermaßen natürliche Privatisierung, zu der es kommt, wenn sich jemand Fahrzeuge aus Staatsbesitz aneignet oder einen Lastwagen fährt, der früher dem Staat gehörte, war mir nur recht«, sagte er. Als einstiger Bürokrat der Reagan-Administration, der fest an die ökonomische Theorie der Chicagoer Schule glaubt, bezeichnete McPherson die Plünderung als eine Form der »Schrumpfung« des öffentlichen Sektors.[30] *

* Die überhöhte Inanspruchnahme des amerikanischen Steuerzahlers durch Halliburton und die Bereitschaft des Pentagon, die Dinge

Auch sein Kollege John Agresto glaubte einen Silberstreifen am Horizont zu erkennen, als er im Fernsehen die Plünderungen in Bagdad sah. Er hatte die Aufgabe, das irakische Bildungswesen von Grund auf neu zu errichten – »ein Abenteuer, das niemals wiederkehren wird«. In diesem Zusammenhang bot die Verwüstung der Universitäten und des Bildungsministeriums seiner Meinung nach »die Chance zu einem sauberen Neubeginn« und die Möglichkeit, die Schulen des Irak »mit den besten modernen Mitteln auszustatten«. Wenn es darum ging, »eine Nation zu erschaffen«, wie so viele glaubten, dann konnten die Überreste der alten Nation nur hinderlich sein. Agresto war einst Präsident des St. John's College in New Mexico gewesen, dessen Lehrplan sich insbesondere an der Weltliteratur orientiert. Er erklärte, obwohl er nichts über den Irak gewusst hätte, habe er vor dem Antritt seiner Reise bewusst keine Bücher über das Land gelesen, damit er »mit einem denkbar offenen Geist« dort ankam.[31] Wie die Schulen im Irak wollte Agresto eine Tabula rasa sein.

Hätte Agresto ein oder zwei Bücher über den Irak gelesen, hätte er vielleicht noch einmal über den Plan nachgedacht, alles auszulöschen und ganz von vorn zu beginnen. Er hätte zum Beispiel erfahren, dass der Irak, bevor die Sanktionen alles erstickten, das beste Bildungssystem der Region besessen hatte, mit der höchsten Alphabetisierungsrate der ara-

---

schleifen zu lassen, erscheinen damit in einem neuen Licht: Vielleicht sah das Verteidigungsministerium in den fehlenden Millionen keinen Diebstahl, sondern einen Schrumpfungsvorgang im Rahmen einer Kampagne zum Rückbau des Staates und zur Mästung der Privatwirtschaft.

bischen Welt aufwartete – 1985 konnten 89 Prozent der Iraker lesen und schreiben. Im Gegensatz dazu sind in Agrestos Heimatstaat New Mexico 46 Prozent der Bevölkerung de facto Analphabeten, und 20 Prozent sind nicht der Lage, »mit Hilfe der Grundrechenarten die Summe auf einem Kassenbon festzustellen«.[32]* Doch Agresto war so überzeugt von der Überlegenheit des amerikanischen Systems, dass ihm gar nicht in den Sinn kam, die Iraker wollten ihre eigene Kultur vielleicht bewahren und schützen und empfänden deren Zerstörung als schmerzlichen Verlust.

Diese neokolonialistische Verblendung ist ein durchgängiges Moment im Krieg gegen den Terror. In dem amerikanischen Gefängnis in Guantánamo Bay gibt es eine Abteilung, die dort »die Liebesbaracke« genannt wird. Dorthin bringt man Gefangene, wenn die zuständigen Stellen zu dem Schluss gelangt sind, dass sie keine »feindlichen Kombattanten« seien, sodass sie in Kürze freigelassen werden. In diesem Trakt dürfen die Gefangenen sich Hollywood-Filme anschauen und werden mit amerikanischem Junk-Food versorgt. Asif Iqbal, einer der drei britischen Gefangenen, die in den Medien die »Tipton Three« genannt werden, konnte dort mehrere Besucher empfangen, bevor er zusammen mit seinen beiden Freunden nach Hause zurückkehrte. »Wir durften uns

---

* Als Agresto an seiner Aufgabe, das irakische Universitätssystem wiederaufzubauen, kläglich scheiterte und das Land unverrichteter Dinge verließ, revidierte er seine einstmals begeisterte Reaktion auf die Plünderungen und bezeichnete sich selbst als »einen Neokonservativen, der von der Realität überfallen wurde«. Dies und andere Einzelheiten stammen aus Rajiv Chandrasekarans lebendiger Darstellung der Grünen Zone in seinem Buch *Imperial Life in the Emerald City.*

DVDs ansehen, Sachen von McDonald's und Pizza Hut essen und uns meist ausruhen. Wir waren in diesem Bereich nicht gefesselt … Wir haben keine Ahnung, warum sie uns so behandelten. Den Rest der Woche verbrachten wir dann wie gewöhnlich in den Käfigen … Einmal brachte uns Lesley [ein FBI-Mann] Pringles, Eis und Schokolade. Das war am letzten Sonntag, bevor man uns nach England zurückbrachte.« Sein Freund Rhuhel Ahmed glaubt, sie erhielten diese Sonderbehandlung, weil die Verantwortlichen »wussten, dass sie sich geirrt und uns zweieinhalb Jahre lang gefoltert hatten, und nun hofften sie, wir würden alles vergessen«.[33]

Ahmed und Iqbal waren von der Nordallianz verhaftet worden, als sie nach Afghanistan fuhren, um einer Hochzeit beizuwohnen. Sie waren brutal geschlagen worden, man hatte ihnen nicht identifizierte Drogen gespritzt, sie viele Stunden in unerträglichen Stellungen verbringen lassen, unter Schlafentzug gesetzt, ihnen zwangsweise den Bart geschoren und ihnen 29 Monate lang alle Grundrechte vorenthalten.[34] Dennoch hoffte man, sie würden angesichts des überwältigenden Geschmacks von Pringles »alles vergessen«. Das war tatsächlich die Absicht.

Dies ist kaum zu glauben, aber genau das war auch der Plan, den Washington im Blick auf den Irak verfolgte: das ganze Land in einen Schockzustand zu versetzen und zu terrorisieren, bewusst die gesamte Infrastruktur zu zerstören, tatenlos zuzuschauen, während Kultur und Geschichte des Landes geplündert wurden, und dann alles wieder gutzumachen durch eine grenzenlose Versorgung mit billigen Haushaltsgeräten und importiertem Junk-Food. Im Irak war dieser Zyklus, der die Zerstörung einer Kultur und deren Ersetzung durch eine

andere vorsah, keine bloß theoretische Angelegenheit, sondern entfaltete sich ganz real innerhalb weniger Wochen.

Paul Bremer, den Bush zum Leiter der zivilen Besatzungsbehörde im Irak bestellte, räumt ein, dass bei seiner Ankunft in Bagdad das Plündern immer noch voll im Gange und die Ordnung noch längst nicht wiederhergestellt war. »Bagdad stand buchstäblich in Flammen, als ich vom Flughafen in die Stadt fuhr … Auf den Straßen kein Verkehr, nirgendwo Strom, keine Ölförderung, keinerlei wirtschaftliche Aktivitäten und kein einziger Polizist, der irgendwo seinen Dienst getan hätte.« Dennoch bestand seine Lösung für die Krise darin, unverzüglich die Grenzen des Landes für absolut unbeschränkte Importe zu öffnen – ohne Einfuhrzölle, ohne Gebühren, ohne Inspektionen und ohne Steuern. Der Irak, so erklärte Bremer zwei Wochen nach seiner Ankunft, sei »offen für Geschäfte«.[35] Der Irak, eben noch eines der isoliertesten Länder der Welt und durch strenge UN-Sanktionen von nahezu jedem Handel ausgeschlossen, wurde über Nacht der offenste Markt weit und breit.

Während die Pick-ups vollgestopft mit Diebesgut noch in Richtung Jordanien, Syrien und Iran fuhren, drängten sich in der Gegenrichtung Lkws mit chinesischen Fernsehgeräten, Hollywood-DVDs und jordanischen Satellitenschüsseln, die irgendwo in den Straßen des Bagdader Karada-Viertels abgeladen werden sollten. Während eine Kultur eingeäschert und zerstückelt wurde, drängte eine andere fertig verpackt herein, um sie zu ersetzen.

Eines der US-Unternehmen, die sich als Brückenkopf für dieses Experiment des kapitalistischen Vorstoßes in Neuland verstanden, war die von Bushs einstigem FEMA-Leiter Joe All-

baugh gegründete Firma New Bridge Strategies. Sie versprach, ihre hochrangigen politischen Verbindungen zu nutzen, um amerikanischen Multis ein Stück vom irakischen Kuchen zu sichern. »Die Rechte zum Vertrieb von Procter-and-Gamble-Produkten zu bekommen, wäre eine Goldgrube«, meinte begeistert ein Partner des Unternehmens. »Ein gut ausgestatteter 7-Eleven-Markt könnte 30 irakischen Läden den Garaus machen; ein Wal-Mart könnte das ganze Land erobern.«[36]

Wie die Gefangenen in der Liebesbaracke in Guantánamo, so sollte der ganze Irak mit Pringles und Popkultur gekauft werden – das zumindest war die Vorstellung der Bush-Regierung hinsichtlich ihrer Nachkriegsplanung.

IDEOLOGISCHER BUMERANG

EINE SEHR KAPITALISTISCHE KATASTROPHE

> Die Welt ist ein Durcheinander, und irgendjemand muss aufräumen.
>
> Condoleezza Rice im September 2002 über die Notwendigkeit einer Invasion im Irak[1]

> Bushs Fähigkeit, sich einen anderen Nahen Osten vorzustellen, könnte mit seiner Unkenntnis der Region zusammenhängen. Wäre er dorthin gereist und hätte die zahlreichen dysfunktionalen Momente gesehen, hätte ihn das vielleicht entmutigt. Aber ohne Kenntnis der alltäglichen Realitäten hielt Bush an einer Vision für die mögliche Gestaltung der Region fest.
>
> Fareed Zakaria, Kolumnist der Zeitschrift *Newsweek*[2]

> Er, der auf dem Thron saß, sprach: Seht, ich mache alles neu. Und er sagte: Schreib es auf, denn diese Worte sind zuverlässig und wahr.
>
> Offenbarung des Johannes 21, 5

Der Krieg im Irak befindet sich schon so lange im Zustand bloßer Schadensbegrenzung, dass man leicht die Vision vergisst, die ursprünglich dahinterstand. Doch es gab diese Vision, und sie zeigte sich in sauber verpackter Form auf einer

Konferenz, die das US-Außenministerium wenige Monate nach der Invasion in Bagdad veranstaltete. Zu den Teilnehmern gehörten 14 hochrangige Politiker und Verwaltungsfachleute aus Russland und Osteuropa – eine Ansammlung von Finanzministern, Zentralbankchefs und ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten. Sie trafen im September 2003 auf dem Internationalen Flughafen in Bagdad ein und wurden, mit Helmen und kugelsicheren Westen ausstaffiert, in die Grüne Zone gefahren, die von einer Mauer umgebene Stadt in der Stadt, in der man die US-amerikanische Besatzungsverwaltung (Coalition Provisional Authority, CPA) untergebracht hatte und in der sich heute die amerikanische Botschaft befindet. In Saddams einstigem Konferenzzentrum erteilten die VIP-Gäste einer kleinen Gruppe einflussreicher Iraker Lektionen in Sachen kapitalistischer Transformation.

Zu den Hauptrednern gehörte Marek Belka, der rechtsgerichtete ehemalige polnische Finanzminister, der unter Bremer mehrere Monate lang im Irak arbeitete. Laut dem offiziellen Konferenzbericht des amerikanischen Außenministeriums hämmerte Belka den Irakern die Botschaft ein, sie müssten das gegenwärtige Chaos nutzen, um »kraftvoll« eine Politik durchzusetzen, »die zahlreiche Menschen den Arbeitsplatz kosten wird«. Die erste aus den polnischen Erfahrungen zu ziehende Lehre besage, so Belka, »dass unproduktive Staatsbetriebe unverzüglich verkauft werden müssen und kein Versuch unternommen werden darf, sie mit öffentlichen Geldern zu retten«. (Dabei vergaß er zu erwähnen, dass die Solidarność durch den Druck der Öffentlichkeit gezwungen worden war, ihre Pläne für eine rasche Privatisierung aufzugeben, wodurch Polen ein GAU russischen Stils erspart

blieb.) Seine zweite Lektion war noch kühner. Der Fall Bagdads lag erst fünf Monate zurück, und die humanitäre Situation im Irak war desolat. Die Arbeitslosigkeit hatte 67 Prozent erreicht, Unterernährung breitete sich aus, und vor massenhaftem Hunger schützte die Menschen nur die Tatsache, dass Lebensmittel und lebensnotwendige Dinge des täglichen Bedarfs immer noch staatlich subventioniert wurden wie zu Zeiten der Sanktionen und des von den Vereinten Nationen kontrollierten Programms »Öl gegen Nahrungsmittel«. Auch konnten die Iraker weithin billig tanken, sofern es denn Benzin gab. Belka sagte den Irakern nun, diese marktverzerrenden Geschenke müssten unverzüglich eingestellt werden. »Entwickeln Sie den privaten Sektor, und fangen Sie damit bei der Streichung der Subventionen an.« Er betonte, diese Maßnahmen seien »weitaus wichtiger und entscheidender« als die Privatisierung.[3]

Der nächste Redner war kein Geringerer als Boris Jelzins einstiger Vizepremier Jegor Gaidar, der als Architekt der russischen Schocktherapie gilt. Als das Außenministerium ihn nach Bagdad einlud, scheint man dort geglaubt zu haben, die Iraker wüssten nicht, dass Gaidar in Moskau inzwischen in Ungnade gefallen war, kompromittiert durch seine engen Beziehungen zu den Oligarchen und durch eine Politik, die Millionen von Russen in Armut gestürzt hat.* Zwar besaßen

* Viele Hauptakteure der Invasion und Besatzung des Irak waren Veteranen des Washingtoner Teams, das einst die Schocktherapie in Russland gefordert hatte: Dick Cheney war Verteidigungsminister, als George Bush senior seine Politik gegenüber dem postsowjetischen Russland formulierte; Paul Wolfowitz war Cheneys Stellvertreter, und Condoleezza Rice diente Bush senior als Chefberaterin in Fragen des

die Iraker unter Saddam nur begrenzten Zugang zu Informationen aus dem Ausland, doch die in der Grünen Zone versammelten Konferenzteilnehmer waren größtenteils gerade zurückgekehrte Exilanten und hatten, als Russland in den neunziger Jahren implodierte, die *International Herald Tribune* gelesen.

Mohamad Tofiq, Industrieminister in der irakischen Übergangsregierung, hat mir von dieser seltsamen Konferenz erzählt, über die in der Presse damals nicht berichtet wurde. Als wir uns Monate später in seinem provisorischen Büro in Bagdad trafen (das alte Ministerium lag in Trümmern), lachte er immer noch über die Konferenz. Er sagte, die Iraker hätten den Besuchern in den kugelsicheren Westen entschieden widersprochen und ihnen mitgeteilt, dass die von Paul Bremer verfügte Öffnung der Grenzen für unbeschränkte Importe die Lage der vom Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung bereits dramatisch verschlechtert habe. Wenn man diese Entwicklung noch weiter verschärfe, indem man die Subventionen für Benzin und die Lebensmittelhilfe abschaffe, werde das zu einer Volkserhebung führen. Und was den Starredner betraf, meinte Tofiq: »Ich habe einigen Organisatoren der Konferenz gesagt, wenn ich Privatisierungen im Irak vorantreiben wollte, hätte ich Gaidar veranlasst, ihnen zu raten, genau das Gegenteil von dem zu tun, was er getan hat.«

---

russischen Systemübergangs. All diese Top-Player und Dutzende weniger bedeutende Akteure sahen in den russischen Erfahrungen der neunziger Jahre trotz der verheerenden Auswirkungen auf die einfachen Leute ganz ohne Ironie ein Vorbild für den Übergangsprozess im Irak.

Als Bremer in Bagdad seine ersten Verfügungen erließ, warnte Joseph Stiglitz, der frühere Chefökonom der Weltbank, man werde den Irak »einer noch radikaleren Schocktherapie unterziehen als zuvor die sowjetische Welt«. Damit hatte er sehr recht. Nach den ursprünglichen Washingtoner Plänen sollte der Irak ein ähnliches Neuland werden wie Russland in den frühen neunziger Jahren, doch diesmal sollten amerikanische Firmen – und nicht einheimische Unternehmen oder Konkurrenten aus Europa, Russland oder China – die ersten Anwärter auf die leichtverdienten Milliarden sein. Und nichts stünde selbst den schmerzhaftesten ökonomischen Veränderungen im Wege, denn anders als in der ehemaligen Sowjetunion oder in Lateinamerika und Afrika würde diesmal kein Eiertanz zwischen IWF-Vertretern und idealistischen einheimischen Politikern unter den Augen des US-Finanzministeriums stattfinden. Im Irak strich Washington die Vermittler, IWF und Weltbank wurden auf unterstützende Funktionen beschränkt, und die USA standen im Mittelpunkt. Paul Bremer war die Regierung. Wie hohe amerikanische Militärs gegenüber Associated Press erklärten, hatte es keinen Sinn, mit der dortigen Regierung zu verhandeln, weil »wir dann mit uns selbst verhandelt hätten«.[4]

Durch diese Dynamik unterschied sich die ökonomische Transformation des Irak von den Bedingungen in früheren Laboratorien. All die in den neunziger Jahren unternommenen sorgfältigen Bemühungen, den »freien Handel« nicht als imperiales Projekt erscheinen zu lassen, gab man hier nun auf. Anderswo mochte es weiterhin freien Handel in Lightversion mit Verhandlungen im Glashaus geben, hier wollte man nun den freien Handel in seiner massivsten Form verwirkli-

chen, ohne Strohmänner und Marionetten, und neue Märkte für die westlichen Multis direkt auf den Schlachtfeldern der neuen Präventivkriege erschließen.

Die Anhänger der »Modell«-Theorie behaupten heute, das sei der Punkt gewesen, an dem ihr Krieg aus dem Ruder lief – so meinte etwa Richard Perle Ende 2006, der »Kardinalfehler« sei es gewesen, »Bremer einzusetzen«. David Frum pflichtete ihm bei und sagte, man hätte beim Umbau des Irak von Anfang an auf »irgendein irakisches Gesicht« setzen sollen.[5] Stattdessen saß Paul Bremer unter der türkisfarbenen Kuppel in Saddams Palast der Republik, nahm per E-Mail Handels- und Investitionsgesetze aus dem Pentagon entgegen, druckte sie aus, unterzeichnete sie und erlegte sie per Befehl dem irakischen Volk auf. Bremer war kein stiller Amerikaner, der hinter den Kulissen manövrierte und manipulierte. Mit seinem Film-der-Woche-Aussehen und seiner Vorliebe für Reporter schien er entschlossen, seine absolute Macht über die Iraker auch herzuzeigen, wenn er in seinem glänzenden Blackhawk-Hubschrauber kreuz und quer durch das Land flog, stets flankiert von GI-Joe-Leibwächtern der privaten Sicherheitsfirma Blackwater und immer in jenem Aufzug, der zum Markenzeichen für ihn wurde: makellos gebügelten Brooks-Brothers-Anzügen und Timberland-Boots. Die Boots hatte sein Sohn ihm vor dem Abflug nach Bagdad geschenkt. »Damit du ein paar Leuten in den Arsch treten kannst«, stand auf der Karte.[6]

Nach eigenem Eingeständnis wusste Bremer nicht viel über den Irak. (»Ich habe halt in Afghanistan gelebt«, sagte er einem Interviewer.) Diese Unwissenheit spielte jedoch keine Rolle, denn Bremer wusste über seine eigentliche Aufgabe

im Irak eine ganze Menge: über den Katastrophen-Kapitalismus.[7]

Am 11. September 2001 arbeitete er als geschäftsführender Direktor und »politischer Chefberater« bei dem Versicherungsriesen Marsh & McLennan. Das Unternehmen hatte seine Büros im Nordturm des World Trade Center; sie wurden bei dem Anschlag zerstört. In den ersten Tagen galten 700 Mitarbeiter der Firma als vermisst, am Ende zeigte sich, dass 295 von ihnen ums Leben gekommen waren. Genau einen Monat später, am 11. Oktober 2001, gründete Paul Bremer Crisis Consulting Practice, eine neue Marsh-Tochter, die sich darauf spezialisierte, multinationale Unternehmen bei der Vorbereitung auf Terroranschläge und andere Krisen zu beraten. Unter Hinweis auf Bremers Tätigkeit als Sonderbotschafter der Reagan-Regierung für Fragen der Terrorbekämpfung boten er und seine Firma den Kunden umfassende Dienstleistungen im Bereich der Terrorabwehr an, die von Versicherungen des politischen Risikos über Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Ratschlägen über anzulegende Vorräte reichten.[8]

Bremers Pionierarbeit im Bereich der Heimatschutzbranche war eine ideale Vorbereitung auf den Irak. Deshalb behandelte die Bush-Administration den Wiederaufbau des Irak nach demselben Muster, wie sie auf den 11. September reagiert hatte, nämlich so, als ginge es um einen aufregenden Börsengang voller Möglichkeiten, schnelles Geld zu machen. Bremer mag zwar vielen auf die Zehen getreten haben, doch er hatte nie den Auftrag, Herz und Verstand der Iraker zu gewinnen. Vielmehr sollte er das Land für den Börsengang vorbereiten. In diesem Licht erscheinen seine oft kritisierten frühen Entscheidungen als durchaus folgerichtig.

Nachdem Bremer den vorsichtigen General Jay Garner als obersten Beauftragten der Vereinigten Staaten abgelöst hatte, konzentrierte er sich während der ersten vier Monate im Irak nahezu ausschließlich auf den ökonomischen Umbau und erließ eine Reihe von Verfügungen, die zusammen eine klassische Schocktherapie im Sinne der Chicagoer Schule ergaben. Vor der Invasion stützte sich die irakische Volkswirtschaft auf die staatliche Ölgesellschaft und etwa 200 Staatsbetriebe, die die wichtigsten Handelsprodukte und die Rohstoffe für die irakische Industrie produzierten, von Zement bis hin zu Papier und Speiseöl. Einen Monat nach seiner Ankunft in Bagdad kündigte Bremer an, dass die 200 Firmen unverzüglich privatisiert würden. »Die ineffizienten Staatsbetriebe in private Hände zu bringen«, so sagte er damals, »ist von entscheidender Bedeutung für die Gesundung der irakischen Volkswirtschaft.«[9]

Als Nächstes folgten die neuen Wirtschaftsgesetze. Um ausländische Investoren zu bewegen, sich an der Privatisierungsauktion zu beteiligen und im Irak neue Fabriken sowie Einzelhandelszentren zu errichten, erließ Bremer eine Reihe von Gesetzen, die der *Economist* voller Begeisterung als »Wunschliste« beschrieb, »von der ausländische Investoren und Geberinstitutionen für Entwicklungsmärkte träumen«.[10] Eines der Gesetze senkte die irakische Körperschaftssteuer von etwa 45 Prozent auf durchgängige 15 Prozent (eine direkte Übernahme aus Milton Friedmans Drehbuch). Ein anderes erlaubte ausländischen Firmen den hundertprozentigen Besitz irakischer Unternehmen – was eine Wiederholung der russischen Erfahrungen verhindern sollte, wo die einheimischen Oligarchen den Hauptteil des Kuchens eingestrichen hatten. Aber

es kam noch besser: Investoren durften die im Irak erzielten Gewinne zu 100 Prozent aus dem Land bringen; sie brauchten ihre Profite weder zu reinvestieren noch Steuern dafür zu zahlen. Die Verfügung sah auch vor, dass Investoren Verträge mit einer Laufzeit von bis zu 40 Jahren und einer Verlängerungsoption unterzeichnen konnten, sodass zukünftige gewählte irakische Regierungen an die von den Besatzern ausgehandelten Verträge gebunden blieben. Der einzige Bereich, in dem Washington Zurückhaltung übte, war das Erdöl. Irakische Berater warnten, jeder Versuch, die staatliche Ölgesellschaft zu privatisieren oder die Hand auf unerschlossene Ölreserven zu legen, bevor eine irakische Regierung die Amtsgeschäfte übernommen hätte, würde als kriegerischer Akt verstanden. Dagegen legte die Besatzungsbehörde ihre Hand auf die 20 Milliarden Dollar Einnahmen der irakischen Ölgesellschaft, um sie nach eigenem Gutdünken auszugeben.[11] *

Das Weiße Haus war so besessen von dem Gedanken, im Irak eine glänzende neue Ökonomie aufzubauen, dass man zu Beginn der Besatzungszeit beschloss, eine völlig neue Wäh-

---

* Gut 8,8 Milliarden Dollar davon werden oft als die »verschollenen Milliarden des Irak« bezeichnet, weil sie 2004 nahezu spurlos in den US-amerikanisch kontrollierten irakischen Ministerien verschwanden. Bremer verteidigte die laxe Kontrolle im Februar 2007 vor einem Untersuchungsausschuss des Kongresses mit den Worten: »Unsere oberste Priorität war es, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Und als erster Schritt dazu sollte die irakische Bevölkerung möglichst schnell wieder Geld in die Hände bekommen.« Als Bremers Finanzberater, Admiral a. D. David Oliver, vor dem Ausschuss nach den verschwundenen Milliarden gefragt wurde, antwortete er: »Ja, ich verstehe. Ich sage, welchen Unterschied macht das schon?«

rung einzuführen – ein gewaltiges logistisches Unternehmen. Die Geldscheine wurden von der britischen Firma De La Rue gedruckt, mit einer Flotte von Flugzeugen in den Irak gebracht und mit gepanzerten Fahrzeugen in mehr als tausend Transporten im ganzen Land verteilt – das alles zu einer Zeit, als die Hälfte der Menschen noch kein Trinkwasser hatte, die Straßenbeleuchtung noch nicht funktionierte und die Kriminalität Höchststände erreichte.[12]

Zwar setzte Bremer diese Pläne um, doch die Prioritäten wurden ganz oben festgelegt. Vor einem Senatsausschuss sagte Rumsfeld über Bremers »einschneidende Reformen«, sie hätten »einige der klügsten – und einladendsten – Steuer- und Investitionsgesetze der freien Welt« geschaffen. Anfangs schienen die Investoren diese Bemühungen auch zu schätzen. Schon nach wenigen Monaten hieß es, McDonald's werde in der Bagdader Innenstadt ein Restaurant eröffnen – das Symbol schlechthin, dass der Irak Teil der Weltwirtschaft wurde. Die nötigen Einlagen für ein Starwood-Luxushotel waren fast beisammen, und General Motors plante den Bau einer Autofabrik. Im Finanzsektor erhielt HSBC, die internationale, in London beheimatete Bank, die Lizenz, überall im Irak Filialen zu eröffnen, und die Citigroup kündigte umfangreiche Kredite an, die durch zukünftige irakische Ölverkäufe abgesichert werden sollten. Die großen Ölgesellschaften – Shell, BP, ExxonMobil, Chevron und die russische Lukoil – machten vorsichtige Annäherungsversuche, unterzeichneten Übereinkommen zur Ausbildung irakischer Staatsbediensteter in den neuesten Fördertechniken und Managementmodellen und hofften, ihre Zeit werde bald kommen.

Die Gesetze, mit denen Bremer die Voraussetzungen für

einen Investitionsboom schaffen wollte, waren nicht wirklich neu, sondern allenfalls beschleunigte Versionen der in früheren Schocktherapie-Experimenten eingesetzten Instrumente. Doch Bushs Katastrophen-Kapitalismus-Kabinett wollte nicht einfach nur abwarten, bis die Maßnahmen Wirkung zeigten. Wirklich kühnes Neuland betrat das irakische Experiment insofern, als man aus Invasion, Besatzung und Wiederaufbau des Landes einen aufregenden, vollständig privatisierten neuen Markt machte. Dieser Markt wurde – wie der Heimatschutzkomplex – mit einem riesigen Topf öffentlicher Gelder geschaffen. Allein der Wiederaufbauboom erhielt als Starthilfe 38 Milliarden Doller vom US-Kongress, 15 Milliarden Dollar von anderen Ländern und 20 Milliarden Dollar aus den irakischen Öleinnahmen.[14]

Als man diese Milliarden ankündigte, wurden sofort lobend Parallelen zum Marshallplan gezogen, und Bush forderte solche Vergleiche heraus, indem er erklärte, der Wiederaufbau des Irak sei »das größte finanzielle Engagement dieser Art seit dem Marshallplan«. Außerdem sagte er in den Anfangsmonaten der Besatzung in einer Fernsehansprache: »Amerika hat so etwas schon früher einmal getan. Nach dem Zweiten Weltkrieg holten wir die besiegten Länder Japan und Deutschland aus dem Elend und halfen ihnen beim Aufbau eines demokratischen Staates.«[15]

Was dann allerdings mit den für den Wiederaufbau des Irak bereitgestellten Milliarden geschah, hat nichts gemein mit der von Bush beschworenen Geschichte. Vom Marshallplan profitierten amerikanische Firmen, indem sie Ausrüstung und Nahrungsmittel nach Europa lieferten, doch das eigentliche Ziel war es, die vom Krieg zerstörten Volkswirtschaften wie-

der zu eigenständigen Märkten zu machen, dort Arbeitsplätze zu schaffen und eine Steuerbasis zu entwickeln, mit der ein einheimisches System der sozialen Sicherung finanziert werden konnte. Das Ergebnis waren die heute noch bestehenden Mischwirtschaften in Deutschland und Japan.

Für den Irak hatte das Bush-Kabinett in Wirklichkeit einen Anti-Marshallplan auf den Weg gebracht, der in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil des ursprünglichen Hilfsprogramms darstellte. Er sollte von Anfang an die bereits stark angeschlagene Industrie des Irak noch weiter untergraben und die Arbeitslosenquote in die Höhe treiben. Während der eigentliche Marshallplan ausländischen Firmen Investitionen verwehrt hatte, um den Eindruck zu vermeiden, sie profitierten von der Schwäche des Landes, tat der neue Plan alles, um amerikanische Unternehmen anzulocken (wobei auch ein paar Brocken für Unternehmen aus Ländern abfielen, die sich der »Koalition der Willigen« angeschlossen hatten). Dass man den irakischen Wiederaufbaufonds den Irakern selbst vorenthielt – was durch unwidersprochen rassistische Vorstellungen hinsichtlich der US-amerikanischen Überlegenheit und der irakischen Unterlegenheit gerechtfertigt wurde –, verurteilte das Projekt von Anfang an zum Scheitern – und nicht etwa die üblichen Dämonen der »Korruption« und »Ineffizienz«.

Nichts von dem Geld ging an irakische Fabriken, damit sie wieder öffnen und die Grundlagen für eine dauerhafte Ökonomie legen, neue Arbeitsplätze schaffen und die Finanzierung einer sozialen Sicherung gewährleisten konnten. Iraker spielten in diesem Plan nahezu keine Rolle. Stattdessen gab die Regierung der Vereinigten Staaten, hauptsächlich über USAID, gleichsam ein in Virginia und Texas konstruiertes

Land in Auftrag, das dann im Irak zusammengebaut werden sollte. Es war, wie die Besatzungsbehörde mehrfach sagte, »ein Geschenk des amerikanischen Volkes an das irakische Volk« – die Iraker brauchten es nur noch auszupacken.[16] Für den Zusammenbau benötigte man nicht einmal die billige Arbeitskraft der Iraker, da wichtige amerikanische Auftragnehmer wie Halliburton, Bechtel und der in Kalifornien beheimatete Baugigant Parsons lieber ausländische Arbeiter ins Land holten, die sie besser kontrollieren zu können glaubten. Wieder einmal sahen sich die Iraker in die Rolle des zwischen Staunen und Entsetzen schwankenden Zuschauers gedrängt: erst staunendes Entsetzen über die amerikanische Militärtechnologie, dann ehrfürchtiges Staunen über die Ingenieur- und Managementleistungen der Amerikaner.

Wie in der amerikanischen Heimatschutz-Industrie, so reduzierte man auch hier den Einsatz staatlicher Bediensteter – selbst amerikanischer Staatsdiener – auf ein absolutes Minimum. Bremer verwaltete mit nur 1500 Leuten ein Flächenland mit 25 Millionen Einwohnern. Zum Vergleich: Halliburton beschäftigte 50 000 Menschen in der Region, darunter zahlreiche Angehörige des öffentlichen Dienstes, die man mit besseren Gehältern in die Privatwirtschaft gelockt hatte.[17]

Die schwache Präsenz des öffentlichen Dienstes und die massive Konzentration auf die Privatwirtschaft waren Ausdruck der Tatsache, dass Bush und sein Kabinett den Wiederaufbau im Irak (über den sie im Unterschied zum bürokratischen Apparat der amerikanischen Bundesbehörden die volle Kontrolle besaßen) benutzten, um ihre Vision eines vollständig ausgelagerten, hohlen Staates zu verwirklichen. Im Irak galt keine einzige staatliche Aufgabe als eine so unverzicht-

bare »Kernfunktion«, dass man sie nicht einem privaten Unternehmen hätte überantworten können, und bevorzugt solchen, die der Republikanischen Partei Spenden zukommen ließen oder ihr im Wahlkampf »christliche Fußsoldaten« zur Verfügung stellten. Bushs bekannter Wahlspruch beherrschte sämtliche Aspekte des Einsatzes ausländischer Kräfte im Irak: Was von Privatunternehmen erledigt werden kann, muss auch von ihnen erledigt werden.

So unterzeichnete Bremer zwar die Erlasse, aber entworfen und gemanagt wurde die neue Volkswirtschaft von einem privaten Wirtschaftsprüfungsunternehmen. (BearingPoint, eine Tochter des großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens KPMG, erhielt 240 Millionen Dollar für den Aufbau eines »vom Markt angetriebenen Systems« im Irak – in dem einhundertsiebenseitigen Vertrag kommt der Ausdruck »Privatisierung« einundfünfzig Mal vor, und große Teile des Vertragswerks wurden von BearingPoint selbst formuliert.) Man bezahlte Thinktanks fürs Denken (das britische Adam Smith Institute erhielt den Auftrag, bei der Privatisierung irakischer Unternehmen zu helfen), und private Sicherheitsfirmen und Rüstungsunternehmen bildeten die neue Armee und Polizei des Irak aus (darunter DynCorp, Vinnell und die zur Carlyle Group gehörende USIS). Im Bildungsbereich tätige Unternehmen entwickelten die Lehrpläne für die Zeit nach Saddam und druckten die Schulbücher (Creative Associates, ein Management- und Bildungsberatungsunternehmen in Washington, D.C. erhielt dafür einen Auftrag im Gesamtwert von mehr als 100 Millionen Dollar).[18] *

* Ahmed al-Rahim, ein irakischstämmiger Amerikaner, der bei Cre-

Das von Cheney für Halliburton auf dem Balkan entwickelte Modell, wo die Firma Militärstützpunkte in kleine Halliburton-Städte verwandelt hatte, übernahm man nun in beträchtlich vergrößertem Maßstab auch für den Irak. Halliburton baute und unterhielt nicht nur Militärbasen im ganzen Land, auch die Grüne Zone war von Anfang an ein von Halliburton betriebener Stadtstaat, in dem das Unternehmen für alles zuständig war, von der Wartung der Straßen über die Schädlingsbekämpfung bis hin zu Kinos und Diskotheken.

Die Besatzungsverwaltung hatte viel zu wenig Personal, um alle Auftragnehmer zu überwachen, zumal die Bush-Administration in solch einer Überwachung eine Aufgabe sah, die nicht zu den Kernfunktionen des Staates gehörte und daher ausgelagert werden konnte. Die in Colorado ansässige Ingenieur- und Baufirma CH2M Hill Inc. erhielt in einem Joint Venture mit Parsons 28,5 Millionen Dollar für die Überwachung vier anderer großer Auftragnehmer. Selbst die Aufgabe des Aufbaus einer »heimischen Demokratie« wurde privatisiert und in einem bis zu 466 Millionen Dollar schweren Auftrag an das Research Triangle Institute in North Carolina vergeben, auch wenn ganz und gar nicht klar ist, was dieses Institut dafür qualifizierte, einem muslimischen Land die Demokratie zu bringen. Die Leitung des Unternehmens bestand überwiegend aus hochrangigen Mormonen – Leute wie James Mayfield, der gegenüber seiner Mission in Houston erklärte, er

---

ative Associates arbeitete, sagte dazu: »Ursprünglich hatten wir die Absicht, einen Lehrplan zu entwickeln und in den Irak zu bringen.« Doch die Iraker hielten dann »etwas in Amerika Vorgefertigtes für nicht akzeptabel, und so wurde es fallengelassen«.

glaube, man könne Muslime davon überzeugen, dass die Lehren des Propheten Mohammed mit dem Buch Mormon vereinbar seien. In einer E-Mail schrieb er nach Hause, er könne sich vorstellen, dass die Iraker ihm ein Denkmal als »Gründer ihrer Demokratie« errichten würden.[19] *

Während die ausländischen Unternehmen in das Land einfielen, standen in den 200 irakischen Staatsbetrieben die Maschinen wegen der ständigen Stromausfälle immer noch still. Der Irak hatte einst die am höchsten entwickelte Industrie in der Region besessen. Nun erhielten auch die größten Firmen nicht einmal einen Sub-Sub-Subkontrakt beim Wiederaufbau ihres eigenen Landes. Um am Goldrausch teilzuhaben, hätten die irakischen Firmen Notstromaggregate und einige grundlegende Reparaturen benötigt – eigentlich kein unüberwindliches Hindernis, wenn man bedenkt, mit welcher Geschwindigkeit Halliburton Militärstützpunkte errichtete, die wie Suburbs im Mittleren Westen aussahen.

Im Industrieministerium sagte mir Mohamad Tofiq, er habe wiederholt um Notstromaggregate gebeten und darauf hingewiesen, dass die 17 in staatlichem Besitz befindlichen irakischen Zementfabriken bestens in der Lage seien, Baustoffe für den Wiederaufbau des Landes zu liefern und zugleich Zehntausende von Irakern in Arbeit zu bringen. Doch die Fabriken bekamen nichts – weder Aufträge noch Stromgeneratoren noch irgendeine andere Hilfe. Amerikanische Unternehmen importierten ihren Zement wie ihre Arbeits-

* Tatsächlich wurde das RTI aus dem Land vertrieben, nachdem es geholfen hatte, in mehreren Städten eine demokratische Machtübernahme durch lokale islamische Parteien zu verhindern.

kräfte lieber aus dem Ausland, und das bis zum zehnfachen Preis. Einer von Bremers Wirtschaftserlassen untersagte insbesondere der irakischen Zentralbank, staatlichen Unternehmen Finanzierungen anzubieten (über diese Tatsache wurde erst Jahre später berichtet).[20] Der Grund für den faktischen Boykott der irakischen Unternehmen war, wie Tofiq mir versicherte, nicht praktischer, sondern ideologischer Natur. Unter denen, die hier die Entscheidungen treffen, so sagte er mir, »glaubt niemand an den staatlichen Sektor«.

Auch den privaten irakischen Firmen, die in Massen schließen mussten, weil sie mit den über die offenen Grenzen hereinströmenden Importwaren nicht konkurrieren konnten, hatten Bremers Leute nur wenige tröstende Worte zu bieten. Vor einer Versammlung irakischer Geschäftsleute bestätigte Michael Fleischer, einer von Bremers Stellvertretern, dass viele ihrer Firmen tatsächlich der ausländischen Konkurrenz zum Opfer fallen würden, aber darin liege ja die Schönheit des freien Marktes. »Werden Sie von ausländischen Firmen überrannt werden?«, fragte er rhetorisch. »Das hängt von Ihnen ab. Nur die Besten werden überleben.« Er klang wie Jegor Gaidar, der im Blick auf die kleinen russischen Unternehmen, die der Schocktherapie zum Opfer fielen, gesagt haben soll: »Na und? Wer stirbt, verdient den Tod.«[21]

Wie wir heute wissen, lief nichts bei Bushs Anti-Marshallplan wie geplant. Die Iraker erblickten in dem von ausländischen Unternehmen durchgeführten Wiederaufbau kein »Geschenk«. Die meisten sahen darin eine modernisierte Form der Ausplünderung. Und die amerikanischen Unternehmen beeindruckten niemanden mit ihrer Schnelligkeit und Effizi-

enz. Stattdessen gelang es ihnen, den Ausdruck »Wiederaufbau« zu einem »Witz, über den niemand lacht«, zu machen, wie ein irakischer Ingenieur es ausdrückte.[22] Jede Fehlkalkulation führte zu einer Eskalation des Widerstands, auf den man mit verstärkter Repression durch ausländische Truppen reagierte, sodass der Irak schließlich in eine Spirale zunehmender Gewalt geriet. Bis zum Juli 2006 hatte der Krieg im Irak, so eine glaubwürdige Studie, 655 000 Irakern das Leben gekostet, die nicht gestorben wären, wenn es keine Invasion und Besatzung gegeben hätte.[23]

Im November 2006 schrieb Ralph Peters, pensionierter Offizier der US-Army, in *USA Today*: »Wir haben den Irakern die einzigartige Chance gegeben, eine rechtsstaatliche Demokratie aufzubauen«, aber sie »ziehen es vor, an altem Hass, religionsbedingter Gewalt, ethnischem Fanatismus und einer Kultur der Korruption festzuhalten. Anscheinend hatten die Zyniker recht: Arabische Gesellschaften vertragen keine Demokratie, wie wir sie kennen. Und Völker bekommen die Regierung, die sie verdienen … Die Gewalt, die Bagdads Straßen mit Blut färbt, ist nicht nur ein Ausdruck der Unfähigkeit der irakischen Regierung, sondern auch des umfassenden Unvermögens der arabischen Welt, auf irgendeinem Gebiet koordinierten menschlichen Strebens Fortschritte zu machen. Wir sind hier Zeuge des Zusammenbruchs einer Zivilisation.«[24] Auch wenn Peters sich besonders grob äußerte, gelangen doch viele westliche Beobachter zum selben Verdikt: Schuld sind die Iraker.

Doch die religiösen Streitigkeiten und der religiöse Extremismus, die den Irak erschüttern, lassen sich nicht einfach von der Invasion und der Besatzung des Landes trennen. Diese Kräfte gab es zwar schon vor dem Krieg, aber sie

waren weit schwächer ausgeprägt, bevor Amerika den Irak in ein Labor für die Schocktherapie verwandelte. Es lohnt, daran zu erinnern, dass im Februar 2004, elf Monate nach der Invasion, laut einer Meinungsumfrage von Oxford Research International die Mehrheit der Iraker sich einen säkularen Staat wünschte. Nur 21 Prozent der Befragten bevorzugten als politisches System einen »islamischen Staat«, und nur 14 Prozent bezeichneten »religiöse Politiker« als ihre bevorzugten politischen Akteure. Sechs Monate später, als die Besatzung in eine neue, von noch mehr Gewalt geprägte Phase eintrat, wünschten sich nach einer weiteren Meinungsumfrage 70 Prozent der Iraker das islamische Recht als Grundlage ihres Staates.[25] Gewalt zwischen den verschiedenen Religionsgruppen war im ersten Jahr der Besatzung praktisch unbekannt. Der erste größere Vorfall dieser Art war die Serie von Anschlägen auf schiitische Moscheen während des Aschura-Festes im März 2004, ein ganzes Jahr nach der Invasion. Es kann gar keinen Zweifel geben, dass die Besatzung diesen Hass vertiefte und entzündete.

Tatsächlich eskalierten alle Kräfte, die den Irak heute zerreißen, im Zuge der Umsetzung von Bushs Anti-Marshallplan. Das gilt für die wuchernde Korruption ebenso wie für die religiöse Intoleranz, den Aufstieg des religiösen Fundamentalismus und die Tyrannei der Todesschwadronen. Nach dem Sturz Saddam Husseins benötigte der Irak dringend einen Wiederaufbau und eine innere Wiedervereinigung, und beides hätte nur von Irakern geleistet werden können. Stattdessen verwandelte man das Land gerade in diesem entscheidenden Augenblick in ein Labor für einen Kapitalismus der Halsabschneider – ein System, das den Einzelnen gegen die Gemein-

schaft stellte, Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtete und das Streben nach Gerechtigkeit durch eine unverschämte Immunität für die ausländischen Besatzer ersetzte.

Die katastrophale Lage, in der sich der Irak heute befindet, lässt sich weder auf die Unfähigkeit und Vetternwirtschaft der Bush-Regierung noch auf die religiösen oder in Stammeszugehörigkeiten begründeten Konflikte der Iraker zurückführen. Vielmehr handelt es sich um eine sehr kapitalistische Katastrophe, um den Albtraum einer ungezügelten Habgier, die im Gefolge des Krieges freigesetzt wurde. Das irakische »Fiasko« geht zurück auf eine schrankenlose und getreuliche Umsetzung der von der Chicagoer Schule begründeten Ideologie. Im Folgenden möchte ich versuchen, die Zusammenhänge zwischen dem »Bürgerkrieg« und dem korporatistischen Projekt, das im Zentrum der Invasion stand, vorläufig (und keineswegs erschöpfend) darzustellen. Es handelt sich um einen Vorgang, bei dem eine Ideologie wie ein Bumerang auf ihre Urheber und Verfechter zurückfällt.

Der weithin am ehesten als Bumerangeffekt dieser Art verstandene Vorgang wurde durch Bremers erste wichtige Verfügung ausgelöst: die Entlassung von rund 500 000 Staatsbediensteten, in der Mehrzahl Soldaten, aber auch Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer und Ingenieure. Hinter der »Entbaathifizierung«, wie sie genannt wurde, stand angeblich der Wunsch, den Staatsdienst von Saddam-Anhängern zu säubern. Ohne Zweifel war dies ein Teil der Motivation, aber das erklärt nicht den Umfang der Entlassungen und auch nicht, warum man so tiefe Einschnitte in den öffentlichen Dienst vornahm und damit auch Beschäftigte bestrafte, die keine höheren Positionen innehatten.

Die Säuberung glich ähnlichen Angriffen auf den staatlichen Sektor, die Schocktherapieprogramme begleiteten, seit Milton Friedman Pinochet riet, die Staatsausgaben um 25 Prozent zu senken. Bremer machte kein Geheimnis aus seiner Abneigung gegenüber der »stalinistischen Wirtschaft« des Irak, wie er die Staatsbetriebe und großen Ministerien nannte, und bedachte die speziellen Fähigkeiten und das in Jahren angesammelte Wissen der irakischen Ingenieure, Ärzte, Elektrotechniker und Straßenbauer mit Geringschätzung.[26] Bremer wusste, dass die Menschen zornig über den Verlust ihrer Arbeitsplätze werden konnten, aber wie aus seinen Memoiren hervorgeht, bedachte er nicht, dass die plötzliche Amputation der beruflichen Elite den irakischen Staat handlungsunfähig machen und damit auch seine eigene Arbeit behindern würde. Diese Blindheit hatte wenig mit Anti-Saddamismus, aber alles mit glühendem Marktwirtschaftsdenken zu tun. Nur ein entschiedener Anhänger dieser Lehre, der in der festen Überzeugung lebte, dass der Staat nur eine Last darstelle und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nur totes Holz seien, konnte die Entscheidungen treffen, die Bremer damals traf.

Diese ideologische Verblendung hatte drei konkrete Folgen: Sie erschwerte den Wiederaufbau, weil qualifizierte Beschäftigte ihrer Ämter enthoben wurden; sie schwächte die Stimme der weltlich ausgerichteten Iraker; und sie nährte den Widerstand, indem sie ihm zornige Menschen zutrieb. Dutzende hoher US-Militärs und Geheimdienstmitarbeiter haben eingeräumt, dass viele der 400 000 von Bremer entlassenen Soldaten sich unverzüglich dem aufkommenden Widerstand anschlossen. Thomas Hammes, Oberst der Marines, sagte dazu: »Nun haben wir ein paar hunderttausend Leute,

die bewaffnet sind (weil sie ihre Waffen mit nach Hause genommen haben), die wissen, wie man mit diesen Waffen umgeht, die keine Zukunft besitzen und die Grund haben, zornig auf uns zu sein.«[27]

Parallel dazu erzürnte Bremer mit der Entscheidung, die Grenzen nach den klassischen Vorstellungen der Chicagoer Schule für unbeschränkte Importe zu öffnen und ausländischen Unternehmen den hundertprozentigen Besitz irakischer Unternehmen zu erlauben, auch die Schicht der irakischen Geschäftsleute. Viele reagierten darauf, indem sie den Widerstand aus den ihnen verbliebenen geringen Einkünften unterstützten. Der Reporter Patrick Graham, der während des ersten Jahres der Besatzung aus dem Sunnitischen Dreieck berichtete, schrieb in *Harper's*, irakische Geschäftsleute seien »empört über die neuen Gesetze für ausländische Investitionen, die es ausländischen Unternehmen gestatten, Fabriken für sehr wenig Geld aufzukaufen. Ihre Einkünfte sind zusammengebrochen, weil das Land von ausländischen Waren überschwemmt wird … Die Gewalt ist in ihren Augen das einzige Mittel, um diesem Konkurrenzdruck zu widerstehen. Es handelt sich um eine einfache ökonomische Logik: Je mehr Probleme es im Irak gibt, desto schwerer ist es für Außenstehende, sich dort einzumischen.« [28]

Für einen weiteren ideologischen Bumerang sorgte die Entscheidung des Weißen Hauses, zukünftige irakische Regierungen daran zu hindern, die von Bremer erlassenen Wirtschaftsgesetze zurückzunehmen – dieselbe Tendenz, im Gefolge einer Krise eingeführte Veränderungen »festzuschreiben«, findet man schon seit dem ersten vom IWF herausgegebenen Programm zur »Strukturanpassung«. Aus Washing-

toner Sicht hatte es keinen Sinn, die klügsten Investitionsgesetze der Welt erlassen zu haben, wenn ein paar Monate später eine souveräne irakische Regierung die Macht übernahm und diese Gesetze abändern konnte. Da Bremers Verfügungen sich größtenteils in einer rechtlichen Grauzone bewegten, suchte die Bush-Administration die Lösung in einer neuen irakischen Verfassung – ein Ziel, das sie mit blutiger Entschlossenheit verfolgte: zunächst mit einer Übergangsverfassung, die Bremers Gesetze festschrieb, und dann mit einer endgültigen Verfassung, die denselben Versuch unternahm (aber damit scheiterte).

Viele Rechtsexperten waren erstaunt über die Versessenheit, mit der Washington das Verfassungsprojekt vorantrieb. Oberflächlich betrachtet, bestand kein zwingender Bedarf für eine völlig neue Version, denn die 1970 verabschiedete, von Saddam stets ignorierte Verfassung hätte vollkommen genügt, und das Land hatte weitaus dringendere Probleme zu lösen. Hinzu kam: Selbst für Nationen, die im Frieden leben, kann die Verabschiedung einer neuen Verfassung zu einer gefährlichen Zerreißprobe werden, denn dabei treten alle Spannungen, Rivalitäten, Vorurteile und latenten Vorwürfe zutage. Einem so zerrissenen Land wie dem Irak nach Saddam diesen Prozess – gleich zweimal – aufzuzwingen, erhöhte die Gefahr gesellschaftlicher Konflikte ganz beträchtlich. Die soziale Spaltung, die sich bei den Verhandlungen auftat, ist in keiner Weise geheilt worden und könnte letztlich noch zur Teilung des Landes führen.

Wie in der Aufhebung aller Handelsbeschränkungen, so sahen viele Iraker auch in Bremers Plan zur Privatisierung der 200 irakischen Staatsunternehmen einen weiteren kriegeri-

schen Akt der Vereinigten Staaten. Die Beschäftigten erfuhren, dass bis zu zwei Drittel von ihnen den Arbeitsplatz verlieren mussten, damit die Unternehmen für ausländische Investoren attraktiv würden. In einem der großen Staatsunternehmen – dessen sieben Teilbetriebe Speiseöl, Seife, Spülmittel und andere Grundstoffe herstellten – hörte ich eine Geschichte, die sehr deutlich vor Augen führt, wie viele neue Feinde man sich durch die Ankündigung der Privatisierung machte.

Bei der Besichtigung des in einem Bagdader Vorort gelegenen Fabrikkomplexes traf ich Mahmud, einen selbstbewussten, fünfundzwanzigjährigen Mann mit einem sauber gestutzten Bart. Er erzählte, als er und seine Arbeitskollegen sechs Monate nach der Besetzung des Irak von dem Plan, ihre Fabrik zu verkaufen, erfahren hätten, seien sie »schockiert« gewesen. »Wenn ein privates Unternehmen unseren Betrieb aufkauft, werden sie als Erstes die Belegschaft verkleinern, um größeren Gewinn zu machen. Und uns steht ein sehr hartes Schicksal bevor, denn die Fabrik ist unsere einzige Lebensgrundlage.« Erschrocken von dieser Aussicht, ging eine Gruppe von Arbeitern, darunter auch Mahmud, ins Büro eines der Manager und stellte ihn zur Rede. Es kam zu einem Streit, bei dem ein Arbeiter den Manager schlug, worauf dessen Bodyguard auf die Arbeiter schoss, die nun auf ihn losgingen. Er verbrachte einen Monat im Krankenhaus. Einige Monate später kam es zu noch mehr Gewalt: Der Manager und sein Sohn wurden auf dem Weg zur Arbeit angeschossen und schwer verletzt. Am Ende unseres Gesprächs fragte ich Mahmud, was geschähe, wenn die Fabrik trotz dieses Widerstands verkauft würde. »Da gibt es zwei Möglichkeiten«, erwiderte er mit einem freundlichen Lächeln. »Entweder wir zünden die Fabrik

an und brennen sie bis auf die Grundmauern nieder, oder wir sprengen uns mit ihr in die Luft. Aber sie wird nicht privatisiert werden.« Das war eine frühe Warnung – eine von vielen –, die deutlich machte, dass Bush und sein Team ihre Fähigkeit, die Iraker durch Schocks zur Unterwerfung zu zwingen, beträchtlich überschätzt hatten.

Es gab noch ein weiteres Hindernis für die Washingtoner Privatisierungsträume: die Fundamentalisten des freien Marktes, die bestimmt hatten, wie die Besatzung selbst organisiert werden sollte. Da sie jegliche Form von »Dirigismus« ablehnten, war die aus der Grünen Zone heraus agierende Besatzungsbehörde mit viel zu wenig Personal und Ressourcen ausgestattet, als dass sie ihre ehrgeizigen Pläne hätte verwirklichen können – vor allem angesichts des harten Widerstandes von Arbeitern wie Mahmud. Wie der *Washington-Post*-Mitarbeiter Rajiv Chandrasekaran schrieb, war die Besatzungsbehörde nur das Skelett einer Organisation, in der lediglich drei Leute für die gewaltige Aufgabe der Privatisierung von irakischen Staatsbetrieben zuständig waren. »Da brauchen Sie gar nicht erst anzufangen«, riet den drei einsamen Kämpfern eine Delegation aus Ostdeutschland – wo man den Verkauf der staatlichen Aktivposten mit 8000 Leuten über die Bühne gebracht hatte.[29] Kurz gesagt, die Besatzungsbehörde war ihrerseits zu stark privatisiert, als dass sie den Irak hätte privatisieren können.

Aber nicht allein die mangelhafte Personalausstattung war ein Problem, hinzu kam auch, dass den Beschäftigten der Besatzungsbehörde der grundlegende Glaube an den staatlichen Sektor fehlte, der für die komplexe Aufgabe des umfassenden Wiederaufbaus eines Staates erforderlich ist. Der Po-

litologe Michael Wolfe führte dazu aus: »Konservative können aus demselben Grund nicht gut regieren, aus dem Vegetarier kein erstklassiges Bœuf bourguignon zubereiten können. Wer glaubt, was man tun soll, sei falsch, ist kaum in der Lage, es gut zu tun.« Und er fügte hinzu: »Im Hinblick auf Staat und Regierung ist Konservatismus ein anderer Name für Katastrophe.«[30]

Im Irak traf das sicher zu. Man hat oft auf die Jugend und Unerfahrenheit der politisch verantwortlichen US-Amerikaner in der Besatzungsbehörde hingewiesen – auf die Tatsache, dass eine Handvoll Mittzwanziger aus den Reihen der Republikaner Schlüsselpositionen bei der Kontrolle des 13 Milliarden Dollar umfassenden Irak-Budgets erhielten.[31] Es stimmt zwar, dass die Mitglieder der sogenannten Kindertruppe beängstigend jung waren, aber darin lag nicht ihr größter Mangel. Sie waren nicht bloß irgendwelche politischen Spezis, sondern Frontkämpfer der amerikanischen Konterrevolution gegen alle Überreste des Keynesianismus, viele von ihnen mit Verbindungen zur Heritage Foundation, Zentrum des Friedmanismus seit ihrer Gründung im Jahr 1973. Ob es sich nun um einen zweiundzwanzigjährigen Schützling von Dick Cheney oder einen Universitätspräsidenten von mehr als sechzig Jahren gehandelt hätte – ihnen allen gemeinsam ist eine grundsätzliche Abneigung gegenüber dem Staat und dem Regieren, die zwar bei der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und des staatlichen Bildungswesens zu Hause unverzichtbare Dienste leistete, aber kaum von Nutzen sein konnte, wenn es um den Wiederaufbau zerstörter staatlicher Institutionen ging.

Viele von ihnen hielten diesen ganzen Prozess offenbar für

unnötig. James Haveman, zuständig für den Wiederaufbau des irakischen Gesundheitswesens, war aus ideologischen Gründen ein so entschiedener Gegner einer kostenlosen staatlichen Versorgung, dass er beschloss, der Privatisierung des Medikamentenvertriebs die oberste Priorität einzuräumen – und das in einem Land, in dem 70 Prozent der Kindersterblichkeit auf heilbare Krankheiten wie Durchfall zurückgehen und Brutkästen mit Klebeband zusammengehalten werden.[32]

Der Mangel an erfahrenen Verwaltungsbeamten in der Grünen Zone war kein Versehen, sondern Ausdruck der Tatsache, dass die Besatzung des Irak von Anfang an als radikales Experiment eines hohlen Staates geplant war. Als die Denkfabrik-Leute in Bagdad eintrafen, waren die für den Wiederaufbau wichtigsten Funktionen bereits ausgelagert und an Halliburton und KPMG vergeben worden. Ihre Aufgabe als Staatsdiener beschränkte sich darauf, das Kleingeld auszuhändigen. Im Irak geschah das in der Form, dass sie Auftragnehmern in Plastikhüllen verpackte Bündel mit Hundertdollarscheinen übergaben – ein äußerst aussagekräftiges Bild für die in einem korporatistischen Staat als gerade noch akzeptabel geltende Funktion der Regierung, nämlich als Förderband zur Übertragung öffentlicher Gelder in private Hände zu dienen – eine Tätigkeit, für die ideologische Überzeugung weit wichtiger ist als einschlägige Erfahrung auf dem betreffenden Gebiet.

Dieses endlos arbeitende Förderband gehörte zu den Dingen, die viele Iraker an der US-amerikanischen Forderung so erzürnte, die von ihnen verlangte, sich an einen strikten Freihandel ohne staatliche Subventionen oder Handelsbeschränkungen zu gewöhnen. In einem seiner zahlreichen Vorträge vor irakischen Geschäftsleuten erklärte Michael Fleischer:

»Protektionierte Unternehmen können nie und nimmer konkurrenzfähig werden.«[33] Offenbar entging ihm die Ironie, dass Halliburton, Bechtel, Parsons, KPMG, RTI, Blackwater und all die anderen US-Unternehmen, die im Irak agierten, um Vorteile aus dem Wiederaufbau zu ziehen, Teil einer gewaltigen protektionistischen Schiebung waren, da die amerikanische Regierung ihnen durch den Krieg einen Markt geschaffen hatte, ihren Konkurrenten verwehrte, in diesem Rennen auch nur an den Start zu gehen, sie für ihre Arbeit bezahlte und ihnen dabei ansehnliche Profite garantierte – all das auf Kosten der Steuerzahler. Der Kreuzzug der Chicagoer Schule, der anfangs vor allem die Zerschlagung des vom New Deal geschaffenen Wohlfahrtsstaates anstrebte, hatte endlich seinen Höhepunkt in diesem New Deal für Unternehmen gefunden. Es handelte sich um eine vereinfachte, verschlankte Form von Privatisierung. Einer Übertragung sperriger Vermögenswerte bedurfte es dabei gar nicht erst, die Unternehmen bedienten sich direkt aus den staatlichen Töpfen. Keine Investitionen, keine Rechenschaftspflicht, aber astronomische Profite.

Dass man hier zweierlei Maß anlegte, war ebenso explosiv wie der systematische Ausschluss der Iraker von diesem Plan. Nachdem sie die Sanktionen und die Invasion erlitten hatten, nahmen die meisten Iraker selbstverständlich an, sie hätten nun ein Recht, vom Wiederaufbau ihres Landes zu profitieren – und zwar nicht nur von dessen Endergebnis, sondern auch über die dabei geschaffenen Arbeitsplätze. Als dann Zehntausende von ausländischen Arbeitskräften ins Land strömten, um sich bei den beauftragten ausländischen Unternehmen zu verdingen, erblickten die Einheimischen darin natürlich eine Erweiterung der Invasion. Statt des Wiederaufbaus erlebten

sie eine Zerstörung in anderem Gewande – die vollständige Vernichtung der einheimischen Industrie, die eine kraftvolle Quelle des irakischen Nationalstolzes darstellte, und das über die Grenzen der Religionsgruppen hinweg. Ganze 15 000 Iraker erhielten in Bremers Amtszeit einen Arbeitsplatz im Rahmen des von den USA finanzierten Wiederaufbaus, eine erstaunlich niedrige Zahl.[34] »Was erwarten Sie denn, wenn die Iraker zusehen müssen, dass alle Aufträge an ausländische Firmen gehen und diese Firmen ihre eigenen Wachleute und ihre eigenen Ingenieure mitbringen und wir bei alledem nur zuschauen dürfen?«, sagte mir Nouri Sitto, ein irakischstämmiger Amerikaner, dem ich in der Grünen Zone begegnete. Sitto war zurück nach Bagdad gegangen, um der Besatzungsbehörde beim Wiederaufbau zu helfen, aber er war es satt, diplomatisch zu bleiben: »Die Wirtschaft ist der Hauptgrund für den Terrorismus und den Mangel an Sicherheit.«

Ein Großteil der Gewalt richtete sich direkt gegen die ausländischen Besatzer, auf deren Projekte und die dort Beschäftigten. Einige Anschläge wurden zwar eindeutig von Elementen im Irak verübt, etwa von al-Qaida, deren Strategie die Verbreitung von Chaos ist. Doch wenn der Wiederaufbau von Anfang an als Teil eines nationalen Projekts betrachtet worden wäre, hätte die Mehrheit der irakischen Bevölkerung ihn wahrscheinlich als Verbesserung ihres Gemeinwesens verstanden, und das hätte die Arbeit von Provokateuren beträchtlich erschwert.

Die Bush-Administration hätte leicht festlegen können, dass Unternehmen, die aus amerikanischen Steuergeldern bezahlt werden, Iraker für ihre Projekte hätten einstellen müssen. Zudem hätte sie viele Arbeiten direkt an irakische Firmen verge-

ben können. Solche einfachen, dem gesunden Menschenverstand entsprechenden Maßnahmen unterließ man jahrelang, weil sie der Strategie widersprachen, im Irak die Wirtschaftsblase eines aufstrebenden Marktes zu schaffen – und solche Blasen entstehen bekanntlich nicht durch Regeln und Regulierung, sondern durch deren Fehlen. So ließ man denn im Namen von Geschwindigkeit und Effizienz zu, dass die Unternehmen einstellten, wen sie wollten, importierten, was ihnen gefiel, und Aufträge an Subunternehmer ihrer Wahl vergaben.

Hätten die Iraker sechs Monate nach der Invasion die Möglichkeit gehabt, sauberes Wasser aus Rohren von Bechtel zu trinken, ihre Wohnungen mit Lampen von General Electric zu beleuchten, ihre Kranken in sauberen, von Parsons gebauten Krankenhäusern zu behandeln und auf den Straßen kompetente, von DynCorp ausgebildete Polizisten patrouillieren zu lassen, dann hätten wahrscheinlich viele Bürger (wenn auch nicht alle) ihren Zorn über den Ausschluss vom Wiederaufbau des Landes überwunden. Doch nichts von alledem geschah, und schon bevor der irakische Widerstand den Wiederaufbau systematisch zum Ziel von Anschlägen machte, war klar, dass die Anwendung von Prinzipien des Laissez-faire auf eine so gewaltige staatliche Aufgabe die schiere Katastrophe war.

Von jeglicher Regulierung befreit, vor strafrechtlicher Verfolgung weitgehend geschützt und mit Verträgen ausgestattet, die nicht nur die Kosten abdeckten, sondern auch noch einen Gewinn garantierten, taten viele ausländische Unternehmen genau das, was man erwarten musste: Sie schlampten in unerhörtem Ausmaß. Die ganz Großen unter den Auftragnehmern, im Irak als Primusse bekannt, nutzen ein ausgeklügeltes System von Unterverträgen und Subunternehmen. Sie rich-

teten Büros in der Grünen Zone oder sogar in Kuwait City und Amman ein, vergaben die Aufträge an kuwaitische Subunternehmen, die sie wiederum an saudische Subunternehmen weitergaben, die sie dann schließlich, als die Lage allzu gefährlich wurde, von irakischen Subunternehmen, vielfach aus dem Kurdengebiet, ausführen ließen – und dies zu einem Bruchteil der ursprünglichen Vertragssumme. Der demokratische Senator Byron Dorgan hat dieses Netzwerk am Beispiel eines Vertrags über Klimaanlagen in Bagdad beschrieben: »Der Vertrag geht an einen Subunternehmer, der ihn an einen weiteren Subunternehmer vergibt, und landet schließlich bei einem vierten Subunternehmer. Die Zahlung für die Klimaanlage erweist sich als Zahlung an vier Unternehmen, deren Letztes einen Ventilator in einem Zimmer aufstellt. Ja, der amerikanische Steuerzahler hat für eine Klimaanlage gezahlt, und nachdem das Geld wie ein Eiswürfel durch vier Hände gewandert ist, wird in einem Zimmer im Irak ein Ventilator aufgestellt.«[35] Indessen erlebten die Iraker, wie ihre Hilfsgelder gestohlen wurden, während es in ihrem Land brodelte.

Als Bechtel im November 2006 einpackte und den Irak verließ, machte das Unternehmen die »ausufernde Gewalt« dafür verantwortlich, dass es seine Projekte nicht hatte abschließen können. Doch das Versagen der beauftragten Unternehmen begann schon lange bevor der bewaffnete Widerstand im Irak auf Touren kam. Schon die ersten Schulen, die Bechtel im Irak baute, gaben Anlass zu Klagen.[36] Anfang April 2004, die Spirale der Gewalt hatte noch nicht begonnen, besuchte ich das zentrale Kinderkrankenhaus in Bagdad. Es war angeblich von einem anderen US-Unternehmen wiederaufgebaut worden, aber in den Fluren stand Abwasser, keine Toilette funkti-

onierte, und die Männer, die das Chaos zu beheben versuchten, waren so arm, dass sie nicht einmal Schuhe besaßen – sie waren Sub-Sub-Subunternehmer wie die Frauen, die zu Hause an ihrem Küchentisch Näharbeiten für Unter-Unter-Unterlieferanten von Wal-Mart verrichteten.

Die Schlamperei währte noch weitere dreieinhalb Jahre, bis sich alle größeren, am Wiederaufbau beteiligten US-Firmen aus dem Irak zurückzogen – die Milliarden waren ausgegeben, aber der weitaus größte Teil der Arbeit blieb unerledigt. Parsons erhielt 186 Millionen Dollar für den Bau von 142 Krankenhäusern. Nur sechs davon wurden jemals fertiggestellt. Selbst Projekte, die als Erfolg für den Wiederaufbau vorgeführt wurden, hielten der Überprüfung nicht stand. Im April 2007 besichtigten US-Inspektoren acht Projekte, die von amerikanischen Auftragnehmern durchgeführt worden waren – darunter eine Entbindungsklinik und eine Wasseraufbereitungsanlage –, und mussten feststellen, dass »sieben nicht mehr in der geplanten Form in Betrieb« waren, wie die *New York Times* schrieb. Die Zeitung berichtete auch, dass das irakische Stromnetz 2007 deutlich weniger leistungsfähig als 2006 war.[37] Im Dezember 2006, als alle großen Bauaufträge ausliefen, ermittelte das Amt des Generalrevisors in insgesamt 87 möglichen Betrugsfällen im Zusammenhang mit Irakaufträgen US-amerikanischer Unternehmen.[38] Die Korruption während der Besatzung war nicht die Folge schlechten Managements, sondern einer politischen Entscheidung. Wenn der Irak der nächste Tummelplatz des Wildwest-Kapitalismus sein sollte, musste er von Gesetzen befreit werden.[39]

Bremers Besatzungsbehörde versuchte nicht, die vielfältigen Schlampereien, Nebengeschäfte und Betrügereien zu ver-

hindern, denn die Besatzungsbehörde war selbst ein Schwindelunternehmen. Sie wurde in den Budgetlisten zwar als US-Besatzungsbehörde geführt, doch es ist nicht klar, ob sie diese Funktion jemals mehr als nur dem Namen nach ausübte. Das jedenfalls behauptete sehr entschieden ein Richter in dem berüchtigten Korruptionsprozess gegen Custer Battles.

Zwei ehemalige Angestellte des Sicherheitsunternehmens brachten als Hinweisgeber einen Prozess gegen die Firma in Gang, der sie vorwarfen, im Zusammenhang mit Bauaufträgen die Besatzungsbehörde getäuscht und den amerikanischen Staat um viele Millionen Dollar betrogen zu haben, und zwar größtenteils bei Aufträgen auf dem Internationalen Flughafen in Bagdad. Das Verfahren stützte sich auf Unterlagen der Firma, aus denen eindeutig hervorging, dass sie eine doppelte Buchführung betrieben hatte: eine für die eigenen Zwecke und eine für Rechnungen an die Besatzungsbehörde. Hugh Tant, Brigadegeneral a. D. erklärte vor Gericht, der Betrug sei »wahrscheinlich der schlimmste, den ich während meiner dreißig Jahre in der Army erlebt habe«. (Unter den zahlreichen Anschuldigungen gegen Custer Battles findet sich auch der Vorwurf, die Firma habe sich am Flughafen Gabelstapler aus irakischem Besitz angeeignet, sie umlackiert und dann der Besatzungsbehörde Leasingkosten für die Maschinen in Rechnung gestellt.)[40]

Im März 2006 befand eine Jury an einem Bundesgericht in Virginia die Firma des Betrugs für schuldig und verurteilte sie zu einem Schadenersatz von 10 Millionen Dollar. Das Unternehmen forderte den Richter auf, den Urteilsspruch der Jury zu überstimmen, und brachte dafür eine entlarvende Begründung vor. Man erklärte, die Besatzungsbehörde sei nicht Teil

des amerikanischen Staates und daher nicht dessen Gesetzen unterworfen, also auch nicht dem False Claims Act, auf den sich die Verurteilung stützte. Falls diese Behauptung zutraf, ergäben sich daraus gewaltige Konsequenzen. Die Bush-Regierung hatte im Irak tätige US-Unternehmen von jeder Haftung nach irakischem Recht befreit. Wenn nun die Besatzungsbehörde auch nicht US-Recht unterlag, dann unterlagen die im Irak tätigen Unternehmen gar keinem Recht – weder US-amerikanischem noch irakischem. Der Richter entschied in diesem Fall zugunsten des Unternehmens. Er sagte, es gebe zahlreiche Beweise dafür, dass Custer Battles der Besatzungsbehörde »falsche und überteuerte Rechnungen« gestellt habe, aber die Staatsanwaltschaft habe »nicht bewiesen, dass die Forderungen gegen die Vereinigten Staaten erhoben wurden«.[41] Mit anderen Worten, die Anwesenheit der US-Regierung im Irak war während des ersten Jahres dieses ökonomischen Experiments nur eine Fata morgana – nicht der Staat war dort gewesen, sondern nur eine Röhre, durch die ausländische Unternehmen außerhalb jeglicher Rechtsordnung US-amerikanische Steuergelder und irakische Erdöldollars absaugen konnten. Auf diese Weise stellt der Irak das extremste Beispiel der antistaatlichen Gegenrevolution dar – ein hohler Staat, der, wie die Gerichte am Ende feststellten, gar nicht da war.

Nachdem die Besatzungsbehörde ihre Milliarden an die Unternehmen ausgeschüttet hatte, schmolz sie dahin. Das Personal kehrte in die Privatwirtschaft zurück, und als der Skandal ruchbar wurde, war niemand mehr da, der für die düstere Vergangenheit der Grünen Zone hätte zur Verantwortung gezogen werden können. Doch die verschwundenen Milliar-

den wurden im Irak schmerzlich vermisst. »Die Lage ist heute noch schlimmer und scheint sich trotz der riesigen Aufträge an amerikanische Unternehmen nicht zu verbessern«, meinte ein Ingenieur des Elektrizitätsministeriums eine Woche, nachdem Bechtel den Abzug aus dem Irak angekündigt hatte. »Es ist seltsam, dass Milliardenausgaben für das Stromnetz keinerlei Verbesserung gebracht, sondern im Gegenteil die Situation noch verschlimmert haben.« Ein Taxifahrer in Mossul fragte: »Welcher Wiederaufbau? Wir trinken heute unbehandeltes Wasser aus einem Wasserwerk, das vor Jahrzehnten gebaut und in der Zwischenzeit niemals renoviert wurde. Strom haben wir nur zwei Stunden am Tag. Und jetzt geht es auch noch weiter zurück. Wegen des Gasmangels kochen wir mit Holz, das wir im Wald sammeln.«[42]

Das katastrophale Versagen beim Wiederaufbau ist auch direkt mitverantwortlich für die tödlichste Form von Bumerang – die gefährliche Zunahme des religiösen Fundamentalismus und der Konflikte zwischen den Religionsgruppen. Als die Besatzung sich als unfähig erwies, die elementarsten Dienstleistungen sicherzustellen, füllten die Moscheen und Milizen das Vakuum. Der junge schiitische Geistliche Muktada al-Sadr bewies besonderes Geschick bei der Entlarvung des privatisierten Wiederaufbaus unter Bremers Leitung: Er organisierte seinen eigenen Schattenwiederaufbau in schiitischen Slums von Bagdad bis Basra und gewann dadurch eine ergebene Anhängerschaft. Mit Spendengeldern der Moscheen und später wohl auch aus dem Iran schickten die Zentren Elektriker, die zerstörte Strom- und Telefonleitungen reparierten, sie organisierten die Müllabfuhr, stellten Notstromaggregate auf, sammelten Blutspenden und regelten den Straßenverkehr. »Ich fand

ein Vakuum, und niemand füllte dieses Vakuum«, sagte al-Sadr in einer frühen Phase der Besatzung, und er fügte hinzu: »Was ich tun kann, das tue ich.«[43] Er holte auch junge Männer zusammen, die keine Arbeit hatten und in Bremers Irak keine Hoffnung besaßen, kleidete sie in Schwarz und bewaffnete sie mit rostigen Kalaschnikows. So entstand die Mahdi-Armee, heute eine der brutalsten Milizen in den Kämpfen zwischen den irakischen Religionsgruppen. Auch diese Milizen sind ein Vermächtnis des Korporatismus: Wenn der Wiederaufbau den Irakern Arbeitsplätze, Sicherheit und die nötigen Dienstleistungen gebracht hätte, dann hätte al-Sadr sowohl seine Mission als auch viele seiner neuen Anhänger verloren. Das Versagen der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Unternehmen schuf also die Grundlage für al-Sadrs Erfolge.

Der Irak unter Bremer war die logische Folge der Theorie der Chicagoer Schule: ein auf ein Minimum an Beschäftigten beschränkter staatlicher Sektor, in der Mehrzahl Angestellte, die in einem Halliburton-Stadtstaat leben und hauptsächlich damit beschäftigt sind, unternehmerfreundliche, von KPMG entworfene Gesetze zu unterzeichnen und säckeweise Geld an westliche Unternehmen auszuhändigen, welche sich von Söldnern beschützen lassen, denen man volle strafrechtliche Immunität zugesprochen hat. All das umgeben von einem zornigen Volk, das sich immer stärker dem religiösen Fundamentalismus zuwendet, weil der die einzige verbliebene Quelle von Macht in einem ausgehöhlten Staat darstellt. Wie das Gangstertum in Russland und Bushs Vetternwirtschaft, so ist der heutige Irak ein Geschöpf des fünfzigjähri-

gen Kreuzzugs zur Privatisierung der Welt. Statt dass seine Schöpfer ihn verleugnen, verdient er es, als bislang reinste Verkörperung jener Ideologie anerkannt zu werden, die ihn hervorgebracht hat.

ÜBER DAS ZIEL HINAUS

VON DER TABULA RASA ZUR VERBRANNTEN ERDE

Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

Bertolt Brecht, »Die Lösung«, 1953[1]

Der Irak, der letzte große weiße Fleck im Nahen Osten … Im Irak ist man bei 80 Prozent der jemals abgesenkten Bohrlöcher fündig geworden.

David Horgan, geschäftsführender Direktor der irischen Ölgesellschaft Petrel, Januar 2007[2]

Ist es möglich, dass die Regierung Bush sich nicht der Gefahr bewusst war, dass ihr Wirtschaftsprogramm im Irak gewalttätige Reaktionen auslösen könnte? Derjenige, der wahrscheinlich um die möglichen negativen Folgen wusste, war der Mann, der diese Politik umsetzte, nämlich Paul Bremer. Im November 2001, kurz nach der Gründung seiner neuen Beratungsgesellschaft für Terrorabwehr, Crisis Consulting Practice, verfasste Bremer für seine Kunden eine politische Analyse, in der er darlegte, warum multinationale Unternehmen

verstärkt mit terroristischen Anschlägen im In- und Ausland zu rechnen hätten. In dem Papier mit dem Titel »Neue Risiken im internationalen Geschäft« erklärte er seinen handverlesenen Kunden, sie hätten gerade wegen des Wirtschaftsmodells, das sie so reich gemacht hatte, mit verstärkten Gefahren zu rechnen. Der freie Handel habe, so schrieb er, »beispiellosen Reichtum geschaffen«, sei aber auch »für viele unmittelbar mit negativen Folgen« verbunden. Denn er »erfordert die Entlassung von Arbeitskräften. Die Öffnung der Märkte für ausländische Marktteilnehmer setzt die traditionellen Einzelhändler und Handelsmonopole unter beträchtlichen Druck.« Das führe zu einer »Vergrößerung der Einkommensunterschiede und zu einer Verstärkung der sozialen Spannungen«, die ihrerseits wiederum zu Angriffen auf US-amerikanische Unternehmen einschließlich terroristischer Anschläge führen könnten.[3]

Genau das geschah zweifellos im Irak. Wenn die Architekten des Krieges zu der Überzeugung gelangten, ihr Wirtschaftsprogramm werde keine politischen Reaktionen dieser Art auslösen, so geschah das wahrscheinlich nicht, weil sie geglaubt hätten, die Iraker könnten mit solch einer Politik systematischer Enteignung einverstanden sein. Die Planer setzten vielmehr auf etwas anderes – auf die Desorientierung der Iraker, auf ihre kollektive Regression und ihr Unvermögen, mit der Geschwindigkeit der Umgestaltung Schritt zu halten. Mit anderen Worten, sie setzten auf die massive Wirkung des Schocks. Der ehemalige stellvertretende US-Außenminister Richard Armitage brachte die Grundannahme der militärischen und wirtschaftlichen Schocktherapeuten des Irak am besten zum Ausdruck, als er erklärte, die Iraker dürften so

entsetzt über die amerikanische Feuerkraft und so erleichtert über Saddams Sturz sein, »dass man sie leicht von Punkt A zu Punkt B bringen« könnte.[4] Wenn sie dann nach einigen Monaten aus ihrer Kriegsbenommenheit erwachten, würden sie mit freudigem Erstaunen feststellen, dass sie in einem arabischen Singapur, einem »Tigerstaat am Tigris« lebten, wie manche Marktanalysten den neuen Irak begeistert nannten.

Stattdessen aber verlangten sehr viele Iraker von Anfang an Mitsprache bei der Umgestaltung ihres Landes. Und erst die Reaktion der Regierung Bush auf diese unerwartete Wendung der Ereignisse löste den stärksten Bumerangeffekt aus.

Die Demontage der Demokratie

Im Sommer nach der Invasion hatte sich im Irak so viel Hunger nach politischer Partizipation aufgestaut, dass in Bagdad trotz der alltäglichen Not fast schon eine Karnevalsatmosphäre herrschte. Es gab Zorn auf Bremers Entlassungen und Frustration wegen der Stromausfälle und der ausländischen Unternehmen, doch über Monate fand dieser Zorn seinen Ausdruck vor allem in Ausbrüchen einer ungeregelten und überschießenden Meinungsfreiheit. Den ganzen Sommer über fanden vor den Toren der Grünen Zone täglich Demonstrationen statt, wobei es sich vielfach um Menschen handelte, die ihre alten Arbeitsstellen zurückhaben wollten. Hunderte neuer Tageszeitungen entstanden, voller Artikel, die Bremer und dessen Wirtschaftsprogramm kritisierten. Geistliche hielten beim Freitagsgebet politische Predigten, eine Freiheit, die unter Saddam unmöglich gewesen war.

Am erfreulichsten jedoch waren die zahllosen Wahlen, die in Städten und Gemeinden überall im Land spontan abgehalten wurden. Endlich aus Saddams eisernem Griff befreit, hielten die Menschen Ratsversammlungen ab und wählten Führer, die sie in dieser neuen Zeit vertreten sollten. In Städten wie Samarra, Hilla und Mossul arbeiteten geistliche Führer, Vertreter weltlicher Berufe und Stammesoberhäupter gemeinsam an der Festlegung der örtlichen Prioritäten für den Wiederaufbau und widerlegten damit die schlimmsten Voraussagen hinsichtlich der religiös bedingten Konflikte und der Gefahren des Fundamentalismus. Die Debatten wurden hitzig, aber in mancherlei Hinsicht auch mit großer Freude geführt, denn die Herausforderungen waren gewaltig, aber die Freiheit war auf dem Weg, Realität zu werden. US-Soldaten, die ihrem Präsidenten geglaubt hatten, dass es im Irak um die Verbreitung der Demokratie gehe, unterstützten vielfach diese Bemühungen, indem sie bei der Organisation der Wahlen halfen und sogar Wahlurnen bauten.

Die demokratische Begeisterung, die von einer klaren Ablehnung des Bremer'schen Wirtschaftsprogramms begleitet war, brachte die Bush-Regierung in eine äußerst schwierige Lage. Sie hatte kühne Versprechen gemacht, sie werde die Macht innerhalb weniger Monate an eine gewählte irakische Regierung übergeben und die Iraker unverzüglich an den Entscheidungen beteiligen. Doch dieser erste Sommer hatte eindeutig gezeigt: Wenn man die Macht an die Iraker übergab, musste man den Traum aufgeben, den Irak zum Modell einer mit zahlreichen US-amerikanischen Militärstützpunkten durchsetzten privatisierten Volkswirtschaft zu machen. Dazu war der ökonomische Nationalismus zu tief im Volk verankert,

vor allem wenn es um den größten Brocken, die Ölreserven des Landes, ging. Daher rückte Washington von seinen demokratischen Versprechen ab und befahl eine Verschärfung der Schocktherapie, in der Hoffnung, eine höhere Dosis werde die Dinge schon richten. Mit dieser Entscheidung schloss sich der Kreis, und der Kreuzzug für einen freien Markt reinsten Wassers kehrte an seinen Ausgangspunkt im Süden Lateinamerikas zurück, wo man die ökonomische Schocktherapie einst durch eine brutale Unterdrückung der Demokratie abgesichert hatte, indem man jeden, der sich ihr in den Weg stellte, folterte und verschwinden ließ.

Als Paul Bremer in Bagdad eintraf, sahen die amerikanischen Pläne vor, eine große verfassunggebende Versammlung einzuberufen, in der alle Bereiche der irakischen Gesellschaft vertreten sein sollten. Diese Versammlung sollte dann auch die Mitglieder einer Übergangsregierung bestimmen. Nach zwei Wochen in Bagdad ließ Bremer die Idee fallen. Stattdessen beschloss er, selbst einen Irakischen Regierungsrat aus handverlesenen Mitgliedern zusammenzustellen. In einer Nachricht an Präsident Bush beschrieb Bremer sein Verfahren für die Auswahl der irakischen Mitglieder des Rates als »Mischung aus Blindekuh und einem dreidimensionalen Tic Tac Toe«.[5]

Bremer hatte gesagt, der Rat werde mit den Vollmachten einer Regierung ausgestattet, doch auch hier änderte er seine Meinung. »Die Erfahrungen, die ich bis dahin mit dem Regierungsrat gemacht hatte, zeigten mir, dass dies keine gute Idee war«, erklärte der ehemalige Sonderbeauftragte später. Die Mitglieder des Rates seien zu langsam gewesen und hätten zu lange beraten – Eigenschaften, die er für seine Schock-

therapie nicht gebrauchen konnte. »Sie waren nicht einmal in der Lage, einen Korso aus zwei Autos zu organisieren«, sagte Bremer. »Sie waren einfach nicht fähig, Entscheidungen zeitgerecht oder überhaupt eine Entscheidung zu treffen. Außerdem hielt ich es immer noch für sehr wichtig, eine Verfassung zu verabschieden, bevor wir die Macht an irgendjemanden übergaben.«[6]

Bremers nächstes Problem waren die Wahlen, die in Städten und Gemeinden überall im Land abgehalten wurden. Ende Juni – gerade einmal sein zweiter Monat im Irak – verfügte Bremer, dass alle Gemeindewahlen einzustellen seien. Stattdessen sollten die lokalen irakischen Führer nun wie die Mitglieder des Regierungsrates von der Besatzungsmacht ernannt werden. Zu einem vielsagenden Showdown kam es in Nadschaf, der heiligsten Stadt der irakischen Schiiten, die die größte Religionsgruppe im Land bilden. In Nadschaf organisierte man mit Unterstützung von US-Truppen Wahlen für ein Stadtparlament, als der zuständige Oberstleutnant nur drei Tage vor dem Beginn der Einschreibung einen Anruf von Jim Mattis, Generalmajor der Marines, erhielt. »Die Wahl musste abgesagt werden. Bremer befürchtete, ein feindlich gesonnener islamischer Kandidat werde gewinnen … Bremer wollte nicht zulassen, dass der falsche Mann die Wahl gewann. Die Marines erhielten die Anweisung, eine Gruppe von Irakern auszuwählen, die sie für zuverlässig hielten und die einen Bürgermeister bestimmen sollten. Auf diese Weise wollten die Vereinigten Staaten den Prozess kontrollieren«, schreiben Michael Gordon und General Bernard Trainor in ihrem Buch *Cobra II*, das als wichtigste militärhistorische Darstellung der Invasion gilt. Am Ende ernannte das US-Militär ei-

nen Armee-Oberst aus der Saddam-Ära zum Bürgermeister von Nadschaf, wie man es auch in anderen Städten und Gemeinden im ganzen Irak tat.[7] *

In manchen Fällen traf Bremers Verbot erst ein, als die Iraker bereits Vertreter für ihre Lokalparlamente gewählt hatten. Bremer ließ sich davon nicht beeindrucken, sondern ordnete an, dass neue Räte gebildet wurden. In der Provinz Tadschi setzte RTI, das von Mormonen beherrschte Unternehmen, das den Auftrag zum Aufbau demokratischer Strukturen erhalten hatte, den Provinzialrat wieder ab, den die Bewohner dort schon Monate vor dem Eintreffen des Unternehmens gewählt hatten, und verlangte, dass man von vorn begann. »Wir haben das Gefühl, es geht rückwärts«, klagte ein Mann. Bremer erklärte, es gebe »kein grundsätzliches Verbot« der Demokratie. »Ich bin nicht dagegen, aber ich möchte, dass unsere Interessen dabei gewahrt werden … Wenn Wahlen zu früh abgehalten werden, kann das verheerend sein. Das muss alles sehr sorgfältig gemacht werden.«[8]

Zu dieser Zeit erwarteten die Iraker noch, Washington würde sein Versprechen einlösen und landesweite Wahlen abhalten, um die Macht an eine von der Mehrheit der Bürger gewählte Regierung zu übergeben. Doch im November 2003, nachdem er die Kommunalwahlen abgesagt hatte, flog Bremer zurück nach Washington zu einem eilig angesetzten

* Das war einer der Gründe, warum die »Entbaathifizierung« so viele Iraker erzürnte: Während die einfachen Soldaten sämtlich entlassen wurden, genau wie Lehrer und Ärzte, die wegen ihres beruflichen Fortkommens in die Partei eingetreten waren, erhielten hochrangige und eng mit der Baath-Partei verbundene Militärs den Auftrag, Ordnung in den Städten und Gemeinden zu schaffen.

Treffen im Weißen Haus. Als er nach Bagdad zurückkehrte, verkündete er, dass die allgemeinen Wahlen vom Tisch seien. Die erste »souveräne« Regierung des Irak sollte nicht gewählt, sondern ernannt werden.

Die fast vollständige Kehrtwende hatte möglicherweise etwas mit einer Meinungsumfrage zu tun, die damals von dem in Washington beheimateten International Republican Institute durchgeführt wurde. Man hatte Iraker gefragt, welche Politiker sie wählen würden, falls sie die Möglichkeit dazu hätten. Die Ergebnisse waren alarmierend für die Herren in der Grünen Zone: 49 Prozent der Befragten hatten angegeben, sie würden eine Partei wählen, die »mehr Stellen im Staatsdienst« verspreche. Die Frage, ob man eine Partei wählen werde, die »mehr Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft« verspreche, hatten nur 4,6 Prozent mit Ja beantwortet. Und auf die Frage, ob sie eine Partei wählen würden, die verspreche, »die Koalitionstruppen im Land zu halten, bis die Sicherheit gewährleistet ist«, antworteten lediglich 4,2 Prozent mit Ja.[9] Kurz gesagt, wenn man zuließ, dass die Iraker in freien Wahlen selbst über ihre nächste Regierung bestimmten und man dieser Regierung wirklich die Macht überließ, so hieße das für Washington, zwei der wichtigsten Kriegsziele aufzugeben: die Möglichkeit, im Irak nach Belieben US-Militärstützpunkte zu errichten, und amerikanischen Multis vollen Zugang zum Land zu verschaffen.

Manche Kritiker vom neokonservativen Flügel des Bush-Regimes bemängeln, sein Irakplan habe das Gewicht zu stark auf die Demokratie gelegt und ein blauäugiges Vertrauen in das Prinzip der Selbstbestimmung bewiesen. Dabei übersehen sie geflissentlich, was im ersten Jahr der Besatzung geschah, als Bremer die Demokratie beschnitt, wo immer sich

das Haupt dieser Hydra erhob. Innerhalb der ersten sechs Monate seiner Amtszeit strich er eine verfassunggebende Versammlung, gab den Gedanken auf, die Mitglieder solch einer Versammlung wählen zu lassen, annullierte die Ergebnisse Dutzender Wahlen auf der Ebene der Kommunen und Provinzen oder sagte sie ab und er besiegte schließlich das Ungeheuer landesweiter Wahlen – all dies ist wohl kaum das Werk eines idealistischen Demokraten. Und kein einziger von den hochrangigen Neo-Cons, die heute für die Probleme im Irak das Fehlen eines »irakischen Gesichts« verantwortlich machen, unterstützte den Ruf nach direkten Wahlen, der auf den Straßen Bagdads und Basras erscholl.

Viele, die in diesen ersten Monaten in Bagdad tätig waren, sehen einen direkten Zusammenhang zwischen den diversen Entscheidungen zur Verzögerung oder Verhinderung der Demokratie und der explosionsartigen Zunahme des bewaffneten Widerstands. Salim Lone, der sich nach der Invasion als UN-Diplomat im Irak befand, nennt als entscheidenden Augenblick Bremers ersten antidemokratischen Beschluss. »Zu den ersten verheerenden Anschlägen auf ausländische Einrichtungen kam es im Irak kurz nachdem die Vereinigten Staaten im Juli 2003 das erste irakische Führungsgremium, den Irakischen Regierungsrat, bestimmt hatten: Zunächst wurde die jordanische Botschaft und wenig später das Bagdader UN-Hauptquartier in die Luft gesprengt, wobei zahlreiche Unschuldige ihr Leben verloren … Der Zorn über die Zusammensetzung dieses Gremiums und über dessen Unterstützung durch die Vereinten Nationen war im Irak deutlich spürbar.« Lone verlor bei dem Anschlag viele Freunde und Kollegen.[10]

Bremers Absage der landesweiten Wahlen wurde von den irakischen Schiiten als bitterer Verrat empfunden. Als größte ethnische Gruppe waren sie sich sicher, nach Jahren der Unterdrückung die stärkste Kraft in einer gewählten Regierung zu bilden. Zunächst nahm der schiitische Widerstand die Form friedlicher Massendemonstrationen an: 100 000 Demonstranten in Bagdad, 30 000 in Basra. Ihre gemeinsame Parole lautete: »Ja, ja, ja zur Wahl, nein, nein, nein zur Auswahl!«

»Unsere wichtigste Forderung ist es, bei diesem Prozess alle verfassungsmäßigen Institutionen durch Wahlen und nicht durch Ernennung zu bestimmen«, schrieb Ali Abdel Hakim al-Safi, der zweithöchste schiitische Geistliche im Irak, in einem Brief an George W. Bush und Tony Blair. Er erklärte, Bremers neuer Plan sei »nichts anderes als die Ersetzung einer Diktatur durch eine andere«, und er warnte die beiden, wenn sie damit fortführen, würden sie sich bald in einer Schlacht befinden, die sie nur verlieren könnten.[11] Bush und Blair blieben unbeeindruckt. Sie priesen die Demonstrationen als Beweis einer blühenden Freiheit und trieben unnachgiebig ihren Plan voran, die erste irakische Regierung nach Saddam selbst zu bestimmen.

In dieser Konstellation wurde Muktada al-Sadr zu einer politischen Kraft, mit der man rechnen musste. Als die übrigen großen schiitischen Parteien beschlossen, sich an der ernannten Regierung zu beteiligen und einer in der Grünen Zone entworfenen Übergangsverfassung zuzustimmen, scherte al-Sadr aus, bezeichnete das Vorgehen wie auch die Verfassung als illegitim und verglich Bremer öffentlich mit Saddam Hussein. Außerdem begann er mit dem ernsthaften Aufbau der

Mahdi-Armee. Als die friedlichen Proteste keine Wirkung zeigten, gelangten viele Schiiten zu der Überzeugung, dass sie kämpfen mussten, wenn eine Demokratie nach dem Mehrheitsprinzip jemals Wirklichkeit werden sollte.

Hätte die Bush-Administration ihr Versprechen gehalten und die Macht unverzüglich an eine gewählte Regierung übergeben, wäre der Widerstand höchstwahrscheinlich klein und eingrenzbar geblieben, statt sich zu einer landesweiten Rebellion auszuwachsen. Doch um ihr Versprechen zu halten, hätte sie die hinter dem Krieg stehenden wirtschaftlichen Ziele aufgeben müssen, und das kam unter keinen Umständen in Frage. Deshalb müssen die gewalttätigen Reaktionen auf Amerikas Weigerung, demokratische Verhältnisse im Irak zu schaffen, gleichfalls als ideologischer Bumerang gewertet werden.

Physische Schocks

Auf die Verstärkung des Widerstands reagierten die Besatzungstruppen mit einer Verschärfung der Schocktaktik. Die Soldaten kamen nun spät am Abend oder früh am Morgen, traten die Türen ein, leuchteten mit Taschenlampen in dunkle Räume hinein, schrien auf Englisch (nur wenige Worte waren zu verstehen: »Motherfucker«, »Ali Baba«, »Osama Bin Laden«). Frauen griffen entsetzt nach einem Tuch, um ihren Kopf vor den fremden Eindringlingen zu verhüllen; den Männern stülpte man mit Gewalt Säcke über den Kopf, bevor man sie auf Armeelastwagen verfrachtete und eilig in ein Gefängnis oder Lager transportierte. In den ersten dreieinhalb Jahren der Besatzung wurden schätzungsweise 61 500 Iraker von

den US-Streitkräften festgenommen und inhaftiert, meist mit Methoden, die »den Verhaftungsschock maximieren« sollten. Im Frühjahr 2007 befanden sich noch etwa 19 000 in Haft.[12] Im Gefängnis folgten dann weitere Schocks: Eimer mit eiskaltem Wasser; knurrende, zähnefletschende Deutsche Schäferhunde; Stöße und Fußtritte; und gelegentlich auch Elektroschocks mit Strom aus dem gewöhnlichen Netz.

Drei Jahrzehnte zuvor hatte der neoliberale Kreuzzug mit ähnlichen Taktiken begonnen: Man holte sogenannte subversive Kräfte und angebliche Terroristen aus ihren Wohnungen, verband ihnen die Augen, stülpte ihnen ein Tuch über den Kopf, sperrte sie in dunkle Zellen, wo sie Schläge und Schlimmeres erwarteten. Nun hatte der Kreis sich geschlossen. Zur Verteidigung der Aussicht auf einen freien Markt im Irak war das Projekt an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt.

Ein Faktor, der den Rückgriff auf Foltertechniken nahezu unvermeidlich machte, war Donald Rumsfelds Entschlossenheit, das Militär wie ein modernes, auf Outsourcing ausgerichtetes Unternehmen zu führen. Er hatte den Einsatz im Irak nicht wie ein Verteidigungsminister geplant, sondern eher wie ein Vizepräsident von Wal-Mart, der nach den letzten Einsparungsmöglichkeiten beim Personal sucht. Nachdem er die Generäle von ihrer ursprünglichen Forderung nach 500 000 Soldaten abgebracht und auf weniger als 200 000 Leute heruntergehandelt hatte, sah er immer noch Speck, der zu beschneiden war. Zur Befriedigung seines inneren CEO strich er in letzter Minute nochmals Zehntausende von Soldaten aus der Kriegsplanung.[13]

Seine Just-in-Time-Streitkräfte konnten zwar Saddam Hussein stürzen, aber sie hatten keine Chance, mit der durch Bre-

mers Verfügungen im Irak geschaffenen Lage fertigzuwerden: einer Rebellion in der Bevölkerung und einer klaffenden Lücke dort, wo einst die irakische Armee und Polizei gewesen war. Da es ihnen an der nötigen Zahl fehlte, um die Kontrolle über die Straße zu erringen, taten die Besatzungsstreitkräfte, was ihnen unter diesen Umständen als zweitbeste Möglichkeit erschien: Sie sammelten die Leute ein und steckten sie ins Gefängnis. Die Tausenden von Irakern, die bei den Razzien gefangen genommen wurden, überantworteten sie CIA-Agenten, amerikanischen Soldaten und privaten Sicherheitsleuten, viele davon ohne jede Ausbildung, und ließen sie mit aggressiven Methoden verhören, um möglichst viele Informationen über den Widerstand zu erlangen.

In der ersten Phase der Besatzung hatte die Grüne Zone ökonomische Schocktherapeuten aus Polen und Russland zu Gast gehabt. Jetzt wurde sie zu einem Magneten für eine andere Art von Schockexperten, die sich auf die dunklere Kunst der Unterdrückung von Widerstandsbewegungen spezialisiert hatten. Die privaten Sicherheitsunternehmen füllten ihre Reihen mit Veteranen der schmutzigen Kriege in Kolumbien, Südafrika und Nepal. Wie der Journalist Jeremy Scahill berichtet, stellten Blackwater und andere Sicherheitsfirmen eigens für den Irak über 700 chilenische Militärs ein, viele davon Sondereinsatzkräfte, die zum Teil noch unter Pinochet gedient und dort ihre Ausbildung erhalten hatten.[14]

Einer der ranghöchsten Schockspezialisten war der US-Commander James Steele, der im Mai 2003 im Irak eintraf. Steel hatte eine Schlüsselrolle in den rechtsgerichteten Kreuzzügen in Mittelamerika gespielt, wo er mehreren salvadorianischen Armeebataillonen, die im Verdacht standen, Todes-

schwadronen zu sein, als oberster amerikanischer Berater gedient hatte. Zuletzt war er Vizepräsident bei Enron gewesen und als Berater für Energiefragen in den Irak gekommen, doch als der Widerstand stärker wurde, kehrte er in seine frühere Rolle zurück und wurde Bremers oberster Sicherheitsberater. Steel brachte schließlich in den Irak, was ungenannte Quellen im Pentagon mit einem Schaudern die »Salvador-Option« nannten.[15]

John Sifton, leitender Forscher bei Human Rights Watch, sagte mir, die Misshandlung von Gefangenen im Irak entspräche eigentlich nicht dem üblichen Muster. In Konfliktgebieten komme es zu solchen Misshandlungen meist in der Anfangsphase, sozusagen im Pulverdampf des Krieges, wenn das Schlachtfeld noch chaotisch ist und niemand die Regeln kennt. So sei es in Afghanistan gewesen, »aber im Irak war es anders – da begann man sehr professionell, und dann wurde es schlimmer, nicht besser«. Sifton datiert diese Wende auf Ende August 2003, vier Monate nach dem Fall Bagdads. Ab diesem Zeitpunkt, so sagt er, kamen immer mehr Berichte über Misshandlungen herein.

Demnach folgte der Schock in den Folterzellen unmittelbar auf Bremers umstrittenste ökonomische Schocks. Im späten August endete Bremers langer Sommer der gesetzlichen Verfügungen und der Absage von Wahlen. Weil diese Maßnahmen dem Widerstand immer neue Aktivisten zutrieben, schickte man amerikanische Soldaten los, damit sie Türen eintraten und den Widerstand austrieben, einen Mann im wehrfähigen Alter nach dem anderen.

Die zeitliche Abfolge dieser Wende lässt sich durch eine Reihe von Dokumenten rekonstruieren, die im Rahmen des

Abu-Ghureib-Skandals ans Licht kamen und inzwischen nicht mehr der Geheimhaltung unterliegen. Die Papierspur beginnt am 14. August 2003, als Captain William Ponce, Geheimdienstoffizier im obersten Hauptquartier der US-Streitkräfte im Irak, eine E-Mail an seine im ganzen Land stationierten Kollegen schickte. Darin findet sich der mittlerweile berüchtigte Satz: »Bei diesen Häftlingen sind jetzt die Samthandschuhe auszuziehen, meine Herren … [ein Oberst] hat es deutlich ausgesprochen, wir wollen, dass diese Leute gebrochen werden. Die Zahl unserer Todesopfer steigt, und wir müssen anfangen, Informationen zu sammeln, um unsere Kameraden vor weiteren Anschlägen zu schützen.« Ponce forderte seine Kollegen auf, ihm mitzuteilen, welche Techniken die Verhörenden bei den Gefangenen gern einsetzen wollten – er sprach von einer »Wunschliste«. Und schon bald überschwemmten ihn seine Kollegen mit solchen Vorschlägen, darunter auch »Elektrofolter«.[16]

Zwei Wochen später, am 31. August, kam Generalmajor Geoffrey Miller, Kommandant des Gefängnisses in Guantánamo Bay, im Jargon kurz »Gitmo« genannt, in den Irak, um dort das Gefängnis Abu Ghureib zu »gitmoisieren«.[17] Wiederum zwei Wochen später, am 14. September, genehmigte Generalleutnant Ricardo Sanchez, Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Irak, ein breites Spektrum neuer, am Vorbild des Gefängnisses in Guantánamo ausgerichteter Verhörtechniken, darunter eine bewusst demütigende Behandlung (genannt »Stolz und Selbstwertgefühl brechen«), die »Ausnutzung der arabischen Angst vor Hunden«, Reizentzug (genannt »Lichtkontrolle«), Reizüberflutung (Schreien, laute Musik) und »stresserzeugende Körperhaltungen«. Nur kurze

Zeit, nachdem Sanchez seine Mitteilung herausgegeben hatte, nämlich Anfang Oktober, kam es zu den Ereignissen, die auf den berüchtigten Fotos aus Abu Ghureib festgehalten sind.[18]

Dem Bush-Team war es nicht gelungen, die Iraker durch *Shock and Awe* und durch die ökonomische Schocktherapie zum Gehorsam zu zwingen. Nun griff man nach Schocktechniken, die sich gezielt auf die einzelne Person richteten, und setzte auf die im *Kubark*-Handbuch für Verhörtechniken unmissverständlich vorgeschlagenen Methoden zur Herbeiführung einer Regression.

Viele der wichtigsten Gefangenen brachte man in ein gesichertes Areal in der Nähe des Internationalen Flughafens Bagdad, das von einer Spezialeinheit und der CIA betrieben wurde. Die nur mit Sonderausweisen zugängliche Einrichtung, die man vor dem Roten Kreuz verborgen hielt, war so geheim, dass man selbst hochrangigen Vertretern des Militärs den Zutritt verweigerte. Zur Sicherung dieser Geheimhaltung wechselte man mehrmals den Namen – von Task Force 20 zu 121, zu 6–26, zu Task Force 145.[19]

Die Gefangenen wurden in einem kleinen festen Gebäude untergebracht, in dem man die im *Kubark*-Handbuch beschriebenen Bedingungen herstellen konnte, darunter auch vollständigen Reizentzug. Das Gebäude war in fünf Bereiche unterteilt: einen medizinischen Untersuchungsraum, einen »weichen Raum«, der einem Wohnzimmer ähnelte (und für kooperationsbereite Gefangene gedacht war), einen roten Raum, einen blauen Raum und einen sehr gefürchteten schwarzen Raum – eine kleine, rundum schwarz gestrichene Zelle mit Lautsprechern in allen vier Ecken.

Die Existenz dieser geheimen Einrichtung wurde der Öf-

fentlichkeit erst bekannt, als ein Sergeant, der dort arbeitete, unter dem Pseudonym Jeff Perry an Human Rights Watch herantrat und diesen seltsamen Ort beschrieb. Im Vergleich zu dem Tollhaus Abu Ghureib, in dem meist unausgebildete Wärter nach eigenem Gutdünken verfuhren, war die CIA-Einrichtung am Flughafen von einer geisterhaften und nahezu klinischen Ordnung geprägt. Wenn Verhörbeamte im schwarzen Raum »harte Methoden« gegen Gefangene einsetzen wollten, so ließen sie sich, wie Perry berichtete, an einem Computerterminal ein Formular ausdrucken, das gleichsam ein Foltermenü darstellte. »Da war alles schon vorgedruckt«, erinnerte sich Perry, »Kontrolle der Umgebung, also warm oder kalt, Stroboskoplampen, Musik und so weiter. Arbeit mit Hunden … Man kreuzte nur noch an, was man einsetzen wollte.« Das ausgefüllte Formular reichte man dann bei einem Vorgesetzten ein, der es genehmigen musste. »Ich habe nie ein Blatt gesehen, das nicht unterzeichnet gewesen wäre«, sagte Perry.

Er und andere Verhörbeamte hatten Bedenken, die eingesetzten Techniken könnten gegen das in der Genfer Konvention ausgesprochene Verbot einer »demütigenden oder entwürdigenden Behandlung« verstoßen. Da sie befürchteten, zur Rechenschaft gezogen zu werden, falls ihre Tätigkeit jemals an die Öffentlichkeit gelangte, traten er und drei andere an ihren Oberst heran und »sagten ihm, dass uns diese Art von Misshandlung Unbehagen bereitet«. Das Geheimgefängnis funktionierte auch hier sehr effizient. Schon nach zwei Stunden traf ein Team von Militärjuristen ein, die mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation darlegten, warum die Gefangenen nicht unter dem Schutz der Genfer Konvention stünden

und weshalb Reizentzug – entgegen den eigenen Forschungsergebnissen der CIA – keine Folter darstellte. »Das ging sehr schnell«, meinte Perry zu der raschen Reaktion. »Als wären sie darauf vorbereitet gewesen. Diese zweistündige Diaschau war ja schon fertig.«

Es gab noch weitere Einrichtungen dieser Art an diversen Orten im Irak, wo man Gefangene denselben Methoden des Reizentzugs nach den Anweisungen des *Kubark*-Handbuchs aussetzte, und einige davon hatten sogar noch größere Ähnlichkeit mit den viele Jahre zuvor durchgeführten McGill-Experimenten. Ein anderer Sergeant berichtete von einem Gefängnis auf einem Militärstützpunkt namens Tiger bei Al Quaim in der Nähe der syrischen Grenze, in dem zwanzig bis vierzig Gefangene festgehalten wurden. Dort steckte man Gefangene gefesselt und mit verbundenen Augen 24 Stunden lang in von der sengenden Sonne aufgeheizte Transportcontainer aus Metall – »kein Schlaf, kein Essen, kein Wasser«, wie der Sergeant erzählte. Nachdem man sie mit diesem Reizentzug weichgeklopft hatte, traktierte man sie mit Stroboskoplicht und Heavy Metal-Musik.[20]

Ähnliche Methoden benutzte man auf einem Stützpunkt für »Special Operations« in der Nähe von Tikrit – nur dass man die Gefangenen dort in noch kleinere Kisten sperrte: 120 × 120 × 50 cm – zu eng, als dass ein Erwachsener darin hätte stehen oder liegen können. In diesen Kisten, die deutlich an viele Zellen erinnern, wie man sie aus Südamerika beschrieben hat, wurden die Gefangenen bis zu einer Woche bei extremer Reizisolierung festgehalten. Wenigstens einer der Gefangenen wurde nach seinen Angaben auch von US-Soldaten mit Elektroschocks misshandelt, was die Solda-

ten allerdings bestreiten.[21] Es gibt jedoch einen eindeutigen, allerdings kaum in die öffentliche Debatte eingeflossenen Beweis dafür, dass amerikanische Soldaten im Irak als Foltermethode tatsächlich auch Elektroschocks einsetzten. In einem von den Medien wenig beachteten Verfahren wurden am 14. Mai 2004 zwei Marines zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie einen irakischen Gefangenen einen Monat zuvor mit Elektroschocks misshandelt hatten. Nach amtlichen Dokumenten, die der Civil Liberties Union vorliegen, versetzte ein Soldat »einem irakischen Gefangenen Stromstöße mit einem Transformator … Er hielt die Drähte an die Schultern des Gefangenen«, bis »der Gefangene unter der Einwirkung der Stromstöße ›tanzte‹.«[22]

Als die berüchtigten Fotos aus dem Gefängnis Abu Ghureib veröffentlicht wurden, darunter auch das Bild eines Gefangenen, der mit einer Kapuze über dem Kopf auf einem Karton stand, an den Armen elektrische Drähte, da hatte das Militär ein ungewohntes Problem: »Gleich mehrere Gefangene haben behauptet, die auf dem Foto abgebildete Person zu sein«, erklärte ein Sprecher des Criminal Investigation Command der Army, das die Ermittlungen zur Misshandlung von Gefangenen führte. Einer dieser Gefangenen war Haj Ali, ein ehemaliger Bezirksbürgermeister. Er sagte, auch er habe mit einer Kapuze über dem Kopf auf einem Karton stehen müssen, während man elektrische Drähte an mehreren Körperteilen befestigt hatte. Doch entgegen den Darstellungen der Wärter in Abu Ghureib, die behaupteten, die Drähte seien nicht unter Strom gesetzt worden, erklärte Ali gegenüber PBS: »Als sie mir die Stromstöße versetzten, hatte ich das Gefühl, meine Augäpfel sprängen aus den Höhlen.«[23]

Wie Tausende seiner Mitgefangenen wurde Ali ohne Eröffnung eines Verfahrens aus dem Gefängnis entlassen. Man stieß ihn von einem Lastwagen und sagte ihm, er sei »irrtümlich verhaftet worden«. Nach Angaben des Roten Kreuzes haben US-Militärs offiziell eingeräumt, dass 70 bis 90 Prozent der Verhaftungen im Irak »ein Irrtum« waren. Viele dieser menschlichen Irrtümer, so meinte Ali, suchten nach der Entlassung aus amerikanischen Gefängnissen Vergeltung. »Abu Ghureib ist eine Brutstätte für Aufständische … Nach all dieser Erniedrigung und Folter sind sie zu fast allem bereit. Wer könnte ihnen das verübeln?«[24] Viele US-Soldaten verstehen und fürchten das. »Wenn er früher ein Guter war, dann ist er jetzt wegen dieser Behandlung ein Böser«, sagte ein Sergeant der 82nd Airborne, der in einem besonders brutalen provisorischen Gefängnis auf einem US-Militärstützpunkt bei Falludscha gearbeitet hatte. Auf diesem Stützpunkt war ein Bataillon stationiert, das sich stolz »Murderous Manics« (»mörderische Irre«) nannte.[25]

Noch weitaus schlimmer ist die Situation in irakisch geführten Gefängnissen. Saddam hatte immer schon massiv auf Folter gesetzt, um sich an der Macht zu halten. Hätte man die Folter im Nachkriegsirak zurückdrängen wollen, hätte es entschiedener Bemühungen seitens der neuen Regierung bedurft, um den Einsatz solcher Methoden zu verhindern. Stattdessen nutzten die Amerikaner die Folter für ihre eigenen Zwecke und gaben damit gerade zu der Zeit ein schlechtes Beispiel, als sie die neue irakische Polizei ausbildeten und überwachten.

Im Januar 2005 stellte Human Rights Watch fest, dass in den von Irakern geführten (und von Amerikanern überwachten) Gefängnissen »systematisch« gefoltert wurde, unter ande-

rem auch mit Elektroschocks. In einem internen Bericht der 1st Cavalry Division heißt es, irakische Polizisten und Soldaten setzen Elektroschocks und Ersticken »regelmäßig ein, um Geständnisse zu erzwingen«. Irakische Gefängniswärter benutzen auch das allbekannte Symbol der lateinamerikanischen Folter, die *picana*, den ursprünglich für Vieh benutzten Elektrostock. Im Dezember 2006 berichtete die *New York Times* über den Fall von Faraj Mahmoud, der »nackt an der Decke aufgehängt wurde. Ein Elektrostock, der an seine Genitalien gelegt wurde, bewirkte, dass Mahmoud, wie er sagte, von einer Wand gegen die andere schlug.«[26]

Im März 2005 begleitete Peter Maass vom *New York Times Magazine* als »embedded reporter« ein Spezialkommando der Polizei, das seine Ausbildung bei James Steele erfahren hatte. Maass besuchte eine öffentliche Bibliothek in Samarra, die in ein makabres Gefängnis umgewandelt worden war. Dort sah er gefesselte Gefangene mit verbundenen Augen, manche von ihnen blutig geschlagen, und ein Pult, »an dessen Seiten Blut herablief«. Er hörte, wie Menschen sich erbrachen und Schreie ausstießen, die, wie er schreibt, »schaudererregend klangen, wie die Schreie von einem Irren oder von jemandem, der in den Wahnsinn getrieben wird«. Außerdem hörte er deutlich zwei Schüsse, die »aus dem Gefängnis oder von dem Platz dahinter kamen«.[27]

Die Todesschwadronen in El Salvador waren berüchtigt dafür, dass sie politische Gegner nicht einfach ermordeten, um sie loszuwerden, sondern zugleich auch, um der Öffentlichkeit eine Terrorbotschaft zukommen zu lassen. Die verstümmelten Leichen, die man am Straßenrand ablegte, sagten allen Bürgern, sie könnten die nächsten sein, falls sie aus

der Reihe tanzten. Oft versah man die Leichen der gefolterten Opfer mit einem Schild, das den Namen der betreffenden Todesschwadron trug: Mano Blanco oder Maximiliano-Hernandez-Brigade. Im Jahr 2005 waren solche Botschaften auch auf den Straßen des Irak zu einem regelmäßigen Anblick geworden. Man fand die Leichen von Gefangenen, die sich zuletzt im Gewahrsam irakischer, meist dem Innenministerium unterstellter Kommandos befunden hatten, mit einem einzelnen Kopfschuss, die Hände oft noch auf dem Rücken gefesselt, oder mit einem Loch im Schädel, dass von einer Bohrmaschine stammte. Im November 2005 berichtete die *Los Angeles Times*, dass im Bagdader Leichenschauhaus »allwöchentlich Dutzende von Leichen gleichzeitig eingeliefert werden, von denen viele noch Polizeihandschellen tragen«. Die Metallhandschellen bewahrte das Leichenschauhaus häufig auf und gab sie der Polizei zurück.[28]

Im Irak nutzt man auch technisch höher entwickelte Mittel, um Terrorbotschaften zu verbreiten. Eine von vielen Irakern verfolgte Fernsehshow des aus US-Mitteln finanzierten Fernsehsenders al-Irakija trägt den Titel: »Terrorismus im Griff der Justiz«. Die Show wird in Zusammenarbeit mit den nach salvadorianischem Vorbild arbeitenden irakischen Kommandos produziert. Mehrere freigelassene Gefangene haben berichtet, wie das geschieht. Bei Razzien oft willkürlich Verhaftete werden geschlagen und gefoltert und mit Repressalien gegen ihre Verwandten bedroht, bis sie bereit sind, jedes denkbare Verbrechen einzugestehen – selbst solche, die niemals geschehen sind, wie Anwälte nachgewiesen haben. Dann nimmt man die »Geständnisse« der angeblichen Terroristen, Diebe, Homosexuellen oder Lügner auf Video auf. Jeden Abend sehen sich

viele Iraker diese Geständnisse von Menschen an, deren blutunterlaufene und geschwollene Gesichter unmissverständlich zeigen, dass sie gefoltert worden sind. »Die Show hat einen guten Einfluss auf Zivilisten«, meinte Adnan Thabit, Führer der nach salvadorianischem Vorbild agierenden irakischen Kommandos, gegenüber Maass.[29]

Zehn Monate, nachdem die »Salvador-Option« erstmals in der Presse erwähnt wurde, zeigten sich deren erschreckende Folgen in aller Deutlichkeit. Die ursprünglich von Steele ausgebildeten irakischen Kommandos unterstehen offiziell dem irakischen Innenministerium. Als Maass dort wegen seiner Beobachtungen in der Bibliothek von Samarra nachfragte, erklärte man ihm, das Ministerium dulde »keinerlei Menschenrechtsverletzungen an Gefangenen, die sich im Gewahrsam von Kräften des Innenministeriums befinden«. Doch im November 2005 entdeckte man in einem Verlies des Innenministeriums 173 Gefangene mit schlimmsten Folterspuren. Bei einigen löste sich die Haut ab, weil sie so fürchterlich gefoltert worden waren; bei anderen fanden sich Bohrspuren am Schädel, und Zähne und Zehennägel waren herausgezogen worden. Die befreiten Gefangenen berichteten, nicht alle hätten diese Tortur überlebt. Sie stellten eine Liste von 18 Personen zusammen, die in diesem Ministeriumsverlies zu Tode gefoltert worden waren: die Verschwundenen des Irak.[30]

Als ich mich mit Ewen Camerons Elektroschock-Experimenten in den fünfziger Jahren beschäftigte, stieß ich auf eine Beobachtung, die einer seiner Kollegen, ein Psychiater namens Fred Lowy, gemacht hatte: »Die Freudianer haben all diese subtilen Methoden entwickelt, mit denen sie Zwiebel-

häute abschälen, um zum Kern des Problems vorzustoßen. Cameron wollte die Häute geradewegs durchbohren, ohne sich um die Schichten zu scheren. Aber wie wir später herausfanden, sind die Schichten das einzige, was es gibt.«[31] Cameron glaubte, er könne all die Schichten bei seinen Patienten wegsprengen und ganz von vorn zu beginnen. Er träumte davon, völlig neue Persönlichkeiten zu erschaffen. Aber seine Patienten wurden nicht wiedergeboren. Sie waren am Ende verwirrt, verletzt, gebrochen.

Auch die Schocktherapeuten des Irak sprengten alle Schichten weg, um jene schwer zu fassende Tabula rasa zu finden, auf der sie ihren Modellstaat errichten konnten. Sie fanden jedoch nur Ruinen, die sie selbst geschaffen hatten, und Millionen psychisch und physisch zerrütteter und gebrochener Menschen – gebrochen von Saddam, vom Krieg, von ihren Mitbürgern. Bushs Katastrophen-Kapitalisten reinigten den Irak nicht, sondern wühlten ihn nur auf. Statt einer von der Geschichte gesäuberten Tabula rasa fanden sie alte Fehden, die an die Oberfläche gespült wurden und sich mit immer neuen Vendetten aus jedem Anschlag verbanden – auf eine Moschee in Kerbela oder in Samarra, auf einen Markt, auf ein Ministerium, ein Krankenhaus. Bei Nationen wie bei Menschen bewirkt ein kräftiger Schock keinen Neuanfang. Sie zerbrechen lediglich und zerbrechen immer weiter.

Was natürlich nur dazu verführt, noch größere Zerstörungen anzurichten – die Dosis zu erhöhen, den Knopf noch länger zu drücken: noch mehr Schmerz, noch mehr Bomben, noch mehr Folter. Der frühere stellvertretende Außenminister Richard Armitage, der prophezeit hatte, die Iraker würden sich leicht von Punkt A zu Punkt B dirigieren lassen, ist

jetzt zu dem Schluss gekommen, das eigentliche Problem sei gewesen, dass die Vereinigten Staaten zu sanft vorgegangen seien. »Die humane Kriegführung der Koalitionstruppen hat in Wirklichkeit zu einer Situation geführt«, sagte er, »in der es nicht leichter, sondern schwerer wurde, die Menschen zusammenzuführen. In Deutschland und Japan war die Bevölkerung [nach dem Zweiten Weltkrieg] erschöpft und stand unter einem schweren Schock. Im Irak jedoch war das Gegenteil der Fall. Der rasche Sieg über die feindlichen Streitkräfte hat dazu geführt, dass wir nicht diese eingeschüchterten Menschen haben wie in Japan und Deutschland … Amerika hat es im Irak mit einem Volk zu tun, das weder geschockt noch entsetzt ist.«[32] Im Januar 2007 waren Bush und seine Berater immer noch der festen Überzeugung, sie könnten den Irak mit einer einzigen guten »Woge« unter Kontrolle bringen, mit einer Woge, die Muktada al-Sadr hinwegfegen würde – »ein Krebsgeschwür«, das die irakische Regierung untergräbt. Der Bericht, auf den diese Strategie sich stützte, erklärte es zum Ziel, »das Zentrum von Bagdad erfolgreich zu säubern« und, falls al-Sadrs Leute nach Sadr City auswichen, »dieses schiitische Schlupfloch gleichfalls zu säubern«.[33]

Als der korporatistische Kreuzzug in den siebziger Jahren begann, setzte man Methoden ein, die von Gerichten eindeutig als Völkermord bezeichnet worden sind: die Auslöschung eines bestimmten Teils der Bevölkerung. Im Irak geschieht sogar etwas noch Monströseres: die Auslöschung nicht nur eines Teils der Bevölkerung, sondern des ganzen Landes. Der Irak ist auf dem Weg zu verschwinden und sich zu zersetzen. Es begann wie so oft damit, dass die Frauen hinter Schleiern und Türen verschwanden. Dann verschwanden die Kinder aus

den Schulen – 2006 blieben zwei Drittel der Kinder zu Hause. Als Nächstes folgten die Mitglieder der freien und akademischen Berufe: Ärzte, Professoren, Unternehmer, Wissenschaftler, Apotheker, Richter, Anwälte. Seit der US-amerikanischen Invasion sind laut Schätzungen 300 irakische Akademiker von Todesschwadronen ermordet worden, darunter die Dekane mehrerer Fakultäten, und Tausende flohen aus dem Land. Die Ärzte traf es noch schlimmer: Bis Februar 2007 wurden schätzungsweise 2000 Ärzte ermordet und 12 000 haben das Land verlassen. Im November 2006 schätzte das UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen, dass täglich 3000 Iraker aus ihrem Land flohen. Im April 2007 berichtete die Organisation, dass mittlerweile 4 Millionen Menschen gezwungen worden sind, ihre Häuser zu verlassen – rund einer von sieben Irakern. Nur wenige hundert Flüchtlinge fanden Aufnahme in den Vereinigten Staaten.[34]

Da die irakische Industrie nahezu vollständig zusammengebrochen ist, gibt es nur noch einen einzigen florierenden Wirtschaftszweig: Entführungen. Binnen dreieinhalb Monaten wurden Anfang 2006 im Irak nahezu 20 000 Menschen entführt. Die internationalen Medien berichten darüber nur, wenn die Opfer aus dem Westen kommen, aber bei den allermeisten Opfern handelt es sich um Iraker, die auf dem Weg zur Arbeit entführt werden. Ihre Familien haben nur die Wahl, Zehntausende Dollar Lösegeld zu zahlen oder ihre Angehörigen im Leichenschauhaus identifizieren zu müssen. Auch die Folter ist zu einer florierenden Branche geworden. Menschenrechtsgruppen haben zahlreiche Fälle dokumentiert, in denen die irakische Polizei Tausende Dollar von den Angehörigen verhafteter Iraker verlangte, damit deren Folter ein-

gestellt wird.[35] Das ist die einheimische irakische Version des Katastrophen-Kapitalismus.

Diese Entwicklung hatte die Regierung Bush nicht vor Augen, als sie den Irak als Modell für die arabische Welt auswählte. Die Besatzung begann mit zuversichtlichen Reden über eine Tabula rasa und einen Neuanfang. Doch es dauerte nicht lange, da sprach man statt von reinigen davon, dass man den Islamismus in Sadr City oder Nadschaf »mit den Wurzel ausreißen« und die »Krebsgeschwulst des radikalen Islam« in Falludscha oder Ramadi entfernen werde – was nicht sauber war, sollte mit Gewalt ausgerottet werden.

Das ist der Verlauf, den Projekte zur Schaffung einer Modellgesellschaft bei anderen Völkern nehmen: Die Säuberungen sind selten im Voraus eingeplant. Erst wenn die dort lebenden Menschen sich weigern, ihre Vergangenheit aufzugeben, verwandelt sich der Traum von einer Tabula rasa in deren Alter Ego, die verbrannte Erde – dann wird aus dem Traum totaler Neuschöpfung eine Kampagne totaler Vernichtung.

Die unerwartete Gewalt, die heute den Irak verschlingt, ist die Schöpfung der mörderisch optimistischen Architekten des Krieges – sie war bereits angelegt in der zunächst so unschuldig und sogar idealistisch wirkenden Phrase vom »Modell für einen neuen Nahen Osten«. Der Zerfall des Irak hat seinen Ursprung in der Ideologie, die eine Tabula rasa verlangte, um darauf ihre neue Geschichte zu schreiben. Und als sich dieses leere Blatt nicht zeigte, fuhren die Verfechter dieser Ideologie damit fort zu sprengen und vorzupreschen und wieder zu sprengen, um das Gelobte Land doch noch zu erreichen.

Scheitern: das neue Gesicht des Erfolgs

Bei meinem Rückflug von Bagdad waren sämtliche Plätze in der Maschine mit Mitarbeitern ausländischer Unternehmen besetzt, die vor der Gewalt im Irak flüchteten. Im April 2004 kehrten allein in der Woche, in der Falludscha und Nadschaf belagert wurden, 1500 Mitarbeiter von Auftragnehmern dem Land den Rücken. Viele weitere sollten folgen. Zu diesem Zeitpunkt war ich überzeugt, dass wir die erste ausgemachte Niederlage des korporatistischen Kreuzzugs erlebten. Bis auf Atombomben hatte man den Irak mit allen vorhanden Schockwaffen belegt, und dennoch ließ sich das Land nicht unterwerfen. Das Experiment war eindeutig gescheitert.

Heute bin ich mir nicht mehr so sicher. Einerseits kann kein Zweifel bestehen, dass Teile des Projekts ein Debakel waren. Bremer war in den Irak geschickt worden, damit er dort ein korporatistisches Utopia errichtete. Stattdessen wurde das Land zu einer makabren Dystopia, in der man bei einem simplen geschäftlichen Treffen Gefahr lief, gelyncht, bei lebendigem Leibe verbrannt oder enthauptet zu werden. Bis zum Mai 2007 waren über 900 Beschäftigte von Auftragnehmern getötet und »mehr als 12 000 bei Kampfhandlungen oder bei der Ausübung ihrer Tätigkeit verletzt« worden, wie eine Analyse der *New York Times* ergab. Die Investoren, die Bremer so intensiv umworben hatte, zeigten sich nicht – weder HSBC noch Procter & Gamble, die ihr Joint Venture aussetzten, genau wie General Motors. New Bridge Strategies, die Firma, die geprahlt hatte, ein Wal-Mart könne »das ganze Land übernehmen«, räumte nun ein, dass McDonald's »in absehbarer Zukunft« keine Filiale eröffnen werde.[36] Bechtels Verträge über

den Wiederaufbau der Wasser- und Stromversorgung wandelten sich nicht wie von selbst in langfristige Verträge für den Betrieb dieser Netze um. Und Ende 2006 war der privatisierte Wiederaufbau, der den Kern des Anti-Marshallplans gebildet hatte, fast vollständig zum Stillstand gekommen. Außerdem waren deutliche Anzeichen eines recht dramatischen Politikwechsels zu erkennen.

Stuart Bowen, der US-amerikanische Generalinspekteur für den Wiederaufbau im Irak, berichtete: In den wenigen Fällen, in denen man Aufträge direkt an irakische Firmen vergeben hatte, »war das effizienter und billiger. Und es hat die Wirtschaft beflügelt, weil dadurch Arbeitsplätze für Iraker entstanden.« Es zeigte sich also, dass der Einsatz von Irakern für den Wiederaufbau ihres Landes sinnvoller ist als die Auftragsvergabe an schwerfällige multinationale Unternehmen, die weder das Land noch die Sprache kennen und sich mit Söldnern umgeben, die 900 Dollar pro Tag verdienen, sodass bis zu 55 Prozent der Auftragssumme für allgemeine Unkosten ausgegeben werden.[37] Jon C. Bowersox, der als Berater für Fragen des Gesundheitswesens in der US-Botschaft in Bagdad arbeitete, gelangte zu der radikalen Einschätzung, dass das Hauptproblem beim Wiederaufbau des Irak in dem Wunsch lag, alles von Grund auf neu zu errichten. »Wir hätten hingehen und kostengünstige Reparaturen vornehmen können, statt den Versuch zu machen, ihr Gesundheitswesen innerhalb von zwei Jahren umzukrempeln.«[38]

Eine noch dramatischere Wende vollzog das Pentagon. Im Dezember 2006 kündigte man dort ein neues Projekt an, das den staatlichen Betrieben des Irak wieder auf die Beine helfen und sie zum Laufen bringen soll – eben jene Betriebe, de-

nen Bremer die Lieferung von Notstromaggregaten verweigert hatte, weil er sie für stalinistische Relikte hielt. Nun erkannte das Pentagon, dass es Zement und Maschinenteile statt in Jordanien oder Kuwait auch bei den dahinsiechenden irakischen Betrieben kaufen kann, sodass Zehntausende von Iraker Arbeit fanden und Geld in die Gemeinden der Umgebung floss. Paul Brinkley, stellvertretender Staatssekretär im Verteidigungsministerium für Fragen der wirtschaftlichen Transformation im Irak, sagte dazu: »Wir haben uns einige dieser Betriebe genauer angesehen und festgestellt, dass sie nicht ganz die heruntergekommenen Unternehmen der Sowjetzeit sind, für die wir sie gehalten hatten« – auch wenn er einräumte, dass einige Kollegen ihn nun als Stalinisten bezeichneten.[39]

Generalleutnant Peter W. Chiarelli, der oberste Feldkommandeur der US-Army im Irak, erklärte: »Wir müssen die zornigen jungen Männer in Lohn und Brot bringen … Ein vergleichsweise geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit hätte beträchtlichen Einfluss auf das Ausmaß der Gewalt zwischen den Volksgruppen.« Und konnte sich nicht der Bemerkung enthalten: »Es erscheint mir unglaublich, dass wir das in vier Jahren nicht erkannt haben … Meines Erachtens ist das von gewaltiger Bedeutung. Es ist ebenso entscheidend wie alle anderen Teile der Planung dieses Feldzugs.«[40]

Signalisieren diese Kehrtwenden das Ende des Katastrophen-Kapitalismus? Wohl kaum. Als die amerikanischen Verantwortlichen erkannten, dass es wenig Sinn machte, ein glitzerndes Land komplett neu aufzubauen, und es besser gewesen wäre, Arbeitsplätze für Iraker zu schaffen und die für den Wiederaufbau bereitgestellten Milliarden in die irakische In-

dustrie zu stecken, da war das Geld, mit dem man diese Unternehmen hätte finanzieren können, bereits ausgegeben.

Doch inmitten der Welle neokeynesianischer Erleuchtungen traf den Irak der kühnste Versuch einer Ausnutzung der Krise. Im Dezember 2006 legte die parteiübergreifende, von James Baker geleitete Iraq Study Group ihren lange erwarteten Bericht vor. Darin forderte sie die Vereinigten Staaten auf, »irakischen Führern zu helfen, die staatliche Ölindustrie zu einem kommerziellen Unternehmen umzubauen« und »die internationale Gemeinschaft wie auch internationale Energieunternehmen zu Investitionen in den Erdölsektor des Irak zu ermuntern«.[41]

Die meisten Empfehlungen der Iraq Study Group ignorierte das Weiße Haus, nicht aber diese. Die Bush-Administration machte sich sogleich daran, ein radikales neues Erdölgesetz für den Irak entwickeln zu lassen, das es Unternehmen wie Shell und BP ermöglichen sollte, Verträge mit dreißigjähriger Laufzeit zu schließen, mit denen sie sich große Teile der Gewinne aus der irakischen Ölförderung sichern konnten – Profite, die sich insgesamt auf zig oder sogar Hunderte Milliarden Dollar belaufen –, ein unerhörter Vorgang in einem Land mit so großen so leicht erschließbaren Ölreserven und zudem eine Regelung, die den Irak zu fortwährender Armut verdammt, da 95 Prozent der Staatseinnahmen vom Erdöl abhängen.[42] Das war ein derart unpopulärer Vorschlag, dass selbst Paul Bremer ihn im ersten Jahr der Besatzung nicht zu machen gewagt hatte. Doch nun, da der Irak immer tiefer im Chaos versank, setzte man ihn auf die Tagesordnung. Zur Begründung des hohen Gewinnanteils, der aus dem Land fließen sollte, verwiesen die Ölgesellschaften auf die Sicherheits-

risiken. Mit anderen Worten, erst die Katastrophe machte es überhaupt möglich, ein so radikales Gesetz einzubringen.

Auch das Washingtoner Timing war äußerst entlarvend. Als man das Gesetzesvorhaben vorantrieb, befand sich der Irak in einer seiner bislang schärfsten Krisen. Das Land war zerrissen von Kämpfen zwischen den Volks- und Religionsgruppen, im Durchschnitt verloren dadurch jede Woche 1000 Iraker ihr Leben. Man hatte Saddam Hussein gerade unter entwürdigenden und ziemlich provozierenden Umständen hingerichtet. Zugleich intensivierte Bush die Razzien amerikanischer Truppen im Irak und lockerte die Einsatzregeln. Der Irak war zu dieser Zeit ein viel zu unsicheres Terrain, als dass die Ölgiganten dort größere Investitionen getätigt hätten. Deshalb bestand eigentlich kein dringender Bedarf für ein neues Gesetz. Dafür sprach allein die Möglichkeit, das Chaos zu nutzen, um eine öffentliche Debatte über diese höchst umstrittene Frage zu umgehen. Viele gewählte irakische Volksvertreter sagten, sie hätten gar nicht gewusst, dass überhaupt an solch einem Gesetz gearbeitet wurde, und ganz sicher seien sie nicht an dessen Ausgestaltung beteiligt gewesen. Greg Muttitt, Forscher bei der auf die Beobachtung von Ölgesellschaften spezialisierten Gruppe Platform, berichtete: »Ich war kürzlich bei einem Treffen irakischer Parlamentsabgeordneter und habe sie gefragt, wer von ihnen das neue Gesetz gesehen habe. Von den 20 anwesenden Parlamentariern hatte das nur einer.« Falls das Gesetz verabschiedet wird, werden die Iraker nach Mutitts Ansicht »beträchtliche Verluste erleiden, da sie im Augenblick nicht die Kraft haben, vorteilhafte Verträge auszuhandeln«.[43] Die größten Gewerkschaften des Irak haben erklärt, die Privatisierung der Ölindustrie sei

»eine Grenze, die nicht überschritten werden darf«, und in einer gemeinsamen Erklärung verurteilten sie das Gesetz als einen Versuch, die Hand auf die Energieressourcen des Irak zu legen, und dies »zu einem Zeitpunkt, da das irakische Volk unter den Bedingungen der fortdauernden Besatzung seine Zukunft selbst zu bestimmen versucht«.[44] Das vom irakischen Kabinett im Februar 2007 verabschiedete Gesetz ist sogar noch schlimmer als befürchtet: Es setzt dem Anteil der Gewinne, die ausländische Gesellschaften aus dem Irak transferieren können, keinerlei Grenzen und gibt auch nicht vor, in welchem Umfang ausländische Investoren mit irakischen Unternehmen zusammenarbeiten oder auf den Ölfeldern irakische Arbeitskräfte einsetzen müssen. Vor allem aber schließt es, und das ist am unverfrorensten, die gewählten irakischen Volksvertreter von jeder Mitbestimmung bei der Ausgestaltung künftiger Ölverträge aus. Stattdessen schuf es eine neue Institution, einen »Bundesrat für Öl und Gas«, der nach Angaben der *New York Times* von einem »Gremium aus irakischen und ausländischen Ölexperten« beraten werden soll. Diese nicht gewählte, von nicht weiter genannten Ausländern beratene Körperschaft soll die oberste Entscheidungsinstanz in allen das irakische Öl betreffenden Fragen sein und in alleiniger Hoheit über sämtliche irakischen Ölverträge bestimmen. Letztlich sieht das Gesetz vor, dass die in irakischem Staatsbesitz befindlichen Ölreserven, die Haupteinnahmequelle des Landes, jeder demokratischen Kontrolle entzogen und stattdessen von einer mächtigen, reichen Öldiktatur verwaltet werden, die parallel zum gebrochenen und ineffektiven irakischen Staat geschaffen werden soll.[45]

Die Schändlichkeit dieses versuchten Ressourcendiebstahls

lässt sich kaum überbieten. Die Ölgewinne sind die einzige Hoffnung des Irak, den Wiederaufbau des Landes zu finanzieren, wenn einmal wieder so etwas wie Frieden eingekehrt sein wird. Sich den zukünftigen Reichtum des Landes in einer Phase nationalen Zerfalls anzueignen, ist Katastrophen-Kapitalismus schamlosester Art.

Das Chaos im Irak hatte noch eine weitere, wenig diskutierte Folge: Je länger es anhielt, desto stärker privatisierte man die ausländische Präsenz und schuf damit letztlich ein neues Paradigma für die Art, wie man Kriege führt und auf humanitäre Katastrophen reagiert.

An diesem Punkt zahlte sich die Ideologie der radikalen Privatisierung, die den Kern des Anti-Marshallplans bildet, am besten aus. Die hartnäckige Weigerung der Regierung Bush, den Krieg im Irak personell hineichend auszustatten – sei es nun mit Soldaten oder mit Bediensteten, die ihr direkt unterstehen –, brachte einige deutliche Vorteile für ihren anderen Krieg, die Privatisierung staatlicher Funktionen im eigenen Land. In der öffentlichen Rhetorik der Regierung ist dieser Kreuzzug zwar in den Hintergrund getreten, aber hinter den Kulissen blieb er weiterhin ein treibendes Motiv und war außerdem weit erfolgreicher als alle anderen, von ihr stärker in der Öffentlichkeit geschlagenen Schlachten zusammengenommen.

Weil Rumsfeld den Krieg als Just-in-Time-Invasion plante, bei der die Soldaten nur die Kernfunktionen des Kämpfens übernehmen sollten, und da er während des ersten Jahres des Irak-Engagements im Verteidigungsministerium und im Department of Veterans Affairs 55 000 Stellen strich, konnte

die Privatwirtschaft auf allen Ebenen einspringen und die Lücken füllen.[46] In der Praxis bedeutete dies: Während der Irak im Chaos versank, entstand eine immer höher entwickelte Kriegsbranche, die der verschlankten Army unter die Arme griff – auf dem irakischen Kriegsschauplatz wie auch zu Hause, etwa durch die Behandlung von Soldaten im Walter Reed Medical Center.

Da der Verteidigungsminister beharrlich jede Lösung ablehnte, die eine Vergrößerung der Army bedeutet hätte, musste das Militär Möglichkeiten finden, mehr Soldaten für Kampfeinsätze freizustellen. Private Sicherheitsfirmen strömten in den Irak, um Aufgaben zu übernehmen, die bis dahin von Soldaten ausgeführt worden waren – Personenschutz für hochrangige Persönlichkeiten, die Bewachung von Militäranlagen, Eskorten für die Beschäftigten ausländischer Unternehmen. Als sie erst einmal dort waren, vergrößerte sich ihr Tätigkeitsfeld wegen der chaotischen Zustände ganz von selbst. Blackwater hatte ursprünglich nur den Auftrag erhalten, für Bremers Sicherheit zu sorgen, doch ein Jahr nach der Invasion waren die Sicherheitskräfte der Firma bereits an Straßenkämpfen beteiligt. Im April 2004, während des Aufstands der Bewegung von Muktada al-Sadr in Nadschaf, übernahm Blackwater in einem Gefecht mit der Mahdi-Armee, das einen ganzen Tag dauerte und bei dem Dutzende von Irakern getötet wurden, sogar das Kommando über aktive Soldaten der US-Marines.[47]

Zu Beginn der Besatzung gab es im Irak schätzungsweise 10 000 Söldner, bereits weit mehr als während des ersten Golfkriegs. Drei Jahre später befanden sich nach einem Bericht des US-Rechnungshofes 48 000 Söldner aus aller Welt im

Irak. Die Söldner stellen nach der US-Army das größte Kontingent an Soldaten im Irak – mehr als alle übrigen Mitglieder der »Koalition der Willigen« zusammengenommen. Der »Bagdad-Boom«, wie er in der Finanzpresse genannt wurde, ließ einen kaum durchschaubaren Sektor entstehen, über den zwar manche die Stirn runzeln, der aber voll in die Kriegsmaschine der Amerikaner und Briten integriert ist. Blackwater heuerte aggressive Washingtoner Lobbyisten an, die dafür sorgen sollten, dass der Ausdruck »Söldner« aus dem öffentlichen Diskurs verschwand und der Name der Firma zu einem in ganz Amerika bekannten Markenzeichen wurde. Der CEO des Unternehmens Erik Prince erklärte: »Das geht auf den Wahlspruch unseres Unternehmens zurück: Wir wollen für den nationalen Sicherheitsapparat tun, was FedEx für den Postdienst getan hat.«[48]

Als der Krieg sich in die Gefängnisse verlagerte, hatte das Militär nicht genug ausgebildetes Verhörpersonal und arabische Übersetzer, um die gewünschten Informationen aus seinen neuen Gefangenen herauszuholen. Auf der Suche nach diesem Personal wandte man sich an das Sicherheitsunternehmen CACI International Inc. Laut seinem ursprünglichen Vertrag hatte CACI den Auftrag, Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie für das Militär bereitzustellen, doch die Arbeitsbeschreibung war so vage formuliert, dass »Informationstechnologie« auch die Durchführung von Verhören umfassen konnte.[49] Diese Flexibilität war beabsichtigt: CACI gehört zu einer neuen Generation von Auftragnehmern, die als Zeitarbeitsagenturen für die amerikanische Regierung fungieren. Die Verträge von CACI sind unscharf formuliert, man sorgt dafür, dass zahlreiche potenzielle Ar-

beitskräfte auf Abruf bereitstehen und jede anfallende Tätigkeit übernehmen können. Ein Anruf bei CACI, wo die Beschäftigten nicht den bei Staatsbediensteten üblichen, strengen Anforderungen an Ausbildungsstand und Sicherheitsüberprüfung zu genügen brauchen, war so einfach wie die Bestellung von Büromaterial: Im Nu war das gewünschte Verhörpersonal zur Stelle.*

Den größten Gewinn aus der chaotischen Lage zog Halliburton. Vor der Invasion hatte das Unternehmen den Auftrag erhalten, brennende Ölquellen zu löschen, die von der irakischen Armee beim Rückzug möglicherweise in Brand gesetzt wurden. Als diese Brände ausblieben, erweiterte man den Vertrag um eine neue Aufgabe: die gesamte Treibstoffversorgung des Irak – ein so gigantisches Unterfangen, dass Halliburton »sämtliche Tanklastzüge in Kuwait aufkaufte und mehrere Hunderte weitere importierte«.[50] Um Soldaten für den Kampfeinsatz freizustellen, übertrug man Halliburton Dutzende weiterer Pflichten, die traditionellerweise von Sol-

* Entscheidend ist, dass die beauftragten Privatfirmen ohne größere Aufsicht agierten. Wie die Untersuchung des Abu-Ghureib-Skandals durch die US-Army ergab, waren die für die Überwachung des Verhörpersonals zuständigen Regierungsbeamten nicht in Abu Ghureib und nicht einmal im Irak, sodass es »sehr schwierig, wenn nicht unmöglich war, die Einhaltung der Verträge effektiv zu kontrollieren«. Wie George Fay, General der US-Army, in seinem Ermittlungsbericht schrieb, waren die staatlichen »Verhörbeamten, Analytiker und Führungspersonen nicht auf die Ankunft des privaten Verhörpersonals vorbereitet und nicht dafür ausgebildet, das Management, die Kontrolle und die Disziplin dieses Personals zu überwachen … Es ist offenkundig, dass es keine glaubwürdige und angemessene Aufsicht über die Ausführung der vertraglichen Verpflichtungen in Abu Ghureib gab.«

daten wahrgenommen wurden, darunter die Wartung der Army-Fahrzeuge und der Funkausrüstung.

Selbst die Rekrutierung, seit langem als Aufgabe des Militärs betrachtet, wurde im Laufe des Irakkriegs zu einem gewinnbringenden privatwirtschaftlichen Geschäft. 2006 übernahmen private Headhunter-Firmen wie Serco oder eine Tochter des Rüstungsgiganten L-3 Communications die Rekrutierung neuer Soldaten. Die dafür eingesetzten Arbeitskräfte, von denen viele selbst niemals gedient hatten, erhielten einen Bonus für jeden Rekruten, den sie zum Einritt in die Army bewegen konnten, sodass ein Sprecher prahlte: »Wenn Sie Steak essen wollen, müssen Sie Leute in die Army bringen.«[51] Rumsfelds Regime sorgte auch für einen Boom im Bereich der privaten militärischen Ausbildung. Firmen wie Cubic Defense Applications und Blackwater sorgten für die Kampfausbildung von Soldaten, organisierten Kriegsspiele und stellten eigenes Übungsgelände zur Verfügung, auf dem Soldaten in simulierten Dörfern den Häuserkampf übten.

Dank Rumsfelds Fixierung auf die Privatisierung wurden Soldaten, die unter posttraumatischem Stress oder anderen Krankheiten litten, nach der Rückkehr, wie er es in seiner Rede vom 10. September 2001 angekündigt hatte, in Einrichtungen privater Gesundheitsdienstleister behandelt, denen der an Traumata so reiche Irakkrieg beträchtliche Profite in den Schoß warf. Eine dieser Firmen, Health Net, erreichte 2005 im Fortune 500 Platz sieben in der Liste der erfolgreichsten Unternehmen, und dies vor allem dank der großen Zahl von traumatisierten Soldaten, die aus dem Irak zurückkehrten. Eine weitere Firma dieser Art war IAP Worldwide Services Inc. die den Auftrag zur Übernahme zahlreicher Dienstleis-

tungen im Walter-Reed-Militärhospital bekamen. Die Privatisierung von Teilen dieses Krankenhauses führte angeblich zu einer haarsträubenden Verschlechterung der Wartung und der medizinischen Versorgung, da über hundert hochqualifizierte Staatsbedienstete die Einrichtung verließen.[52]

Die beträchtliche Ausweitung der Funktionen privater Unternehmen wurde niemals offen als politische Frage diskutiert (hier gibt es gewisse Parallelen zu dem irakischen Ölgesetz, das plötzlich da war). Rumsfeld brauchte sich nicht auf schwierige Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften der Bundesbediensteten oder mit Generälen einzulassen. Alles geschah schleichend und fast nebenbei. Je länger der Krieg dauerte, desto stärker wurde er privatisiert, und schon bald war dies einfach die neue Art der Kriegführung. Wie so oft schon hatte die Krise den Boom ermöglicht.

Die Zahlen erzählen die dramatische Geschichte der schleichenden Privatisierung. Während des ersten Golfkriegs 1991 kam auf 100 Soldaten ein in der Privatwirtschaft Beschäftigter. Zu Beginn der Irakinvasion 2003 hatte sich das Verhältnis Private: Soldaten bereits sprunghaft auf 1:10 erhöht, und nach drei Jahren Besatzung lag das bei 1:3. Nicht einmal ein Jahr später, als die Besatzung dem Ende des vierten Jahres zustrebte, erreichte das Verhältnis den Wert von 1:1,4. Doch dabei sind nur die Beschäftigten privater Unternehmen gezählt, die direkt für den amerikanischen Staat arbeiten, nicht aber die Beschäftigten, die für die Koalitionspartner oder den irakischen Staat arbeiten, und auch nicht die Beschäftigten der in Kuwait oder Jordanien beheimateten Unternehmen, die ihre Aufträge an Subunternehmen vergeben haben.[53]

Bei den britischen Soldaten hat sich das Verhältnis längst

zugunsten des privaten Sektors umgekehrt; dort kommen auf jeden Soldaten drei Briten, die für private Sicherheitsfirmen arbeiten. Als Tony Blair im Februar 2007 ankündigte, er werde 1600 Soldaten aus dem Irak abziehen, berichtete die Presse sogleich, im öffentlichen Dienst hoffe man, »dass ›Söldner‹ einspringen könnten, um die im Irak hinterlassene Lücke zu füllen«, wobei die Kosten der britische Staat tragen werde. Zu selben Zeit schätzte Associated Press die Zahl der Beschäftigten privater Sicherheitsdienste im Irak auf 120 000, fast so viele wie die dort stationierten amerikanischen Soldaten.[54] Dem Wert nach überflügelt diese Art der privatisierten Kriegführung bereits jetzt die Friedensausgaben der Vereinten Nationen. Der Haushalt der Vereinten Nationen für 2006/2007 weist 5,25 Milliarden Dollar für friedenserhaltende Maßnahmen aus – das ist nicht viel mehr als ein Viertel dessen, was Halliburton über seine Irak-Verträge einnahm (20 Milliarden), und nach jüngsten Schätzungen hat allein die Söldnerbranche einen Wert von 4 Milliarden Dollar.[55]

So war der Wiederaufbau des Irak für die Iraker wie auch für die US-amerikanischen Steuerzahler ohne Zweifel ein Misserfolg, ganz und gar jedoch nicht für den Katastrophen-Kapitalismus-Komplex. Der Krieg im Irak, der erst durch die Anschläge vom 11. September möglich wurde, ist also nichts anderes als die blutige Geburt einer neuen Ökonomie. Das war das Geniale an Rumsfelds »Transformationsplan«: Da jede denkbare Facette der Zerstörung und des Wiederaufbaus ausgelagert und privatisiert worden ist, kommt es zu einem Wirtschaftsboom, wenn die Bomben zu fallen beginnen, wenn sie nicht mehr fallen und wenn sie wieder zu fallen beginnen – eine in sich geschlossene Profitschleife aus Zerstö-

rung und Wiederaufbau, von Einreißen und Neuerrichtung. Für clevere und weitsichtige Firmen wie Halliburton und die Carlyle Group sind die Zerstörer und die Wiederaufbauer nur Beschäftigte verschiedener Abteilungen ein und desselben Unternehmens.[56] *

Die Regierung Bush hatte mehrere wichtige, aber kaum hinterfragte Maßnahmen zur Institutionalisierung des im Irak entwickelten Modells privatisierter Kriegführung getroffen, die es zu einem permanenten Instrument der Außenpolitik machten. Im Juli 2006 schrieb Bowen, Generalinspekteur für den Wiederaufbau im Irak, einen Bericht über die »Lehren«, die man aus den verschiedenen Debakeln mit privaten Auftragnehmern gezogen hatte. Darin heißt es, die Probleme resultierten aus mangelnder Planung. Darum forderte der Bericht die Schaffung eines jederzeit »einsatzbereiten Reservekorps privater Einsatzkräfte, die dafür ausgebildet sind, bei Noteinsätzen rasche Rettungs- und Wiederaufbauoperationen zu übernehmen«, und dabei »über Qualifikationen auf den verschiedenen Spezialgebieten des Wiederaufbaus« verfü-

---

* Am weitesten in diese Richtung ist Lockheed Martin gegangen. Nach Angaben der *Financial Times* begann das Unternehmen Anfang 2007, »Firmen im Bereich des Gesundheitswesens mit seinen 1000 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr aufzukaufen« und schluckte außerdem den Ingenieurgiganten Pacific Architects and Engineers. Die Welle der Firmenaufkäufe markiert eine neue Ära morbider vertikaler Integration in den Katastrophen-Kapitalismus-Komplex: In Zukunft wird Lockheed nicht nur aus der Herstellung von Waffen und Kampfflugzeugen Profit schlagen, sondern auch aus der Beseitigung der damit angerichteten Zerstörungen und selbst noch aus der medizinischen Behandlung der mit diesen Waffen verletzten Menschen.

gen sollten. Mit anderen Worten, Bowen forderte den Aufbau eines stehenden Heeres aus privaten Einsatzkräften. In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2007 griff Bush diesen Gedanken auf und kündigte die Schaffung eines ganz neuen zivilen Reservekorps an. »Solch ein Korps wird ganz ähnlich funktionieren wie unsere militärische Reserve. Es soll die bewaffneten Streitkräfte entlasten, indem es uns die Möglichkeit gibt, Zivilisten mit den benötigten Fähigkeiten einzustellen und bei Missionen im Ausland einzusetzen, wenn Amerika sie braucht«, sagte Bush. »Es wird Menschen in ganz Amerika, die nicht die Uniform tragen, eine Chance geben, im entscheidenden Kampf unserer Zeit dem Land zu dienen.«[57]

Anderthalb Jahre nach der Besetzung des Irak gründete das US-Verteidigungsministerium eine neue Abteilung, das Office of Reconstruction and Stabilization (Amt für Wiederaufbau und Stabilisierung). Tag für Tag bezahlt es Privatunternehmen dafür, dass sie detaillierte Pläne zum Wiederaufbau 25 verschiedener Länder entwerfen – von Venezuela bis zum Iran –, die aus dem einen oder anderen Grund Ziel einer von den USA initiierten Zerstörung werden könnten. Unternehmen und Berater erhalten »vorab unterzeichnete Verträge«, sodass sie bereitstehen, sobald die Katastrophe zuschlägt.[58] Für die Bush-Regierung war dies eine ganz natürliche Entwicklung: Da sie für sich das Recht zu unbegrenzter präventiver Zerstörung beansprucht, macht sie sich auch zum Pionier auf dem Gebiet des präventiven Wiederaufbaus – von Ländern, die noch gar nicht zerstört sind.

So schuf denn der Irakkrieg letztlich doch eine Modellökonomie, wenn auch nicht den Tiger am Tigris, von dem die Neo-Cons geschwärmt hatten, sondern das Modell eines pri-

vatisierten Krieges und Wiederaufbaus – das inzwischen sogar exportfähig ist. Bis zum Irakkrieg blieb der Kreuzzug der Chicagoer Schule geographisch begrenzt: auf Russland, Argentinien, Südkorea. Jetzt kann er überall ansetzen, wo immer es zur nächsten Katastrophe kommt.

DER EXPORT DER GRÜNEN ZONE

SICHERHEITSABSTÄNDE UND BOMBENSCHUTZMAUERN

Weil Sie in der Lage sind, bei null anzufangen, können Sie im Grunde an vorderster Front beginnen, was eine sehr gute Sache ist. Es ist ein Vorteil für Sie, diese Chance zu haben, denn anderswo hat man solche Systeme nicht zur Verfügung oder muss Systeme mitschleppen, die 100 oder 200 Jahre alt sind. So gesehen, ist dies ein Vorteil für Afghanistan, mit den besten Ideen und dem besten technischen Know-how von vorne anzufangen.

Paul O'Neill, Finanzminister der USA, im November 2002 in Kabul

FREIGERÄUMTE STRÄNDE

DER »ZWEITE TSUNAMI«

> Der Tsunami, der wie ein gigantischer Bulldozer die Küstenstreifen glattrasierte, eröffnete der Immobilien- und Baubranche eine nie erträumte Chance, und die packte sie sogleich beim Schopf.
>
> Seth Mydans, International *Herald Tribune*, 10. März 2005[1]

Bei Sonnenaufgang ging ich zum Strand hinunter in der Hoffnung, Fischer zu treffen, bevor sie für ihr Tagwerk auf das türkisblaue Wasser hinausfuhren. Es war Juli 2005, und der Strand war fast menschenleer, aber an einer Stelle lagen dicht beieinander mehrere handbemalte Katamarane aus Holz; an einem von ihnen war eine kleine Familie zugange, die sich anschickte, abzulegen. Roger, vierzig Jahre alt, saß ohne Hemd, nur mit seinem Sarong bekleidet, im Sand und flickte zusammen mit seinem zwanzigjährigen Sohn Ivan ein verschlungenes rotes Netz; seine Frau Jenita umrundete derweil das Boot und schwenkte ein Blechdöschen voll glimmenden Weihrauchs. »Bitte um Glück und Sicherheit«, erklärte sie das Ritual.

Es war noch nicht so sehr lange her, dass dieser Strand und Dutzende andere entlang der Küste Sri Lankas Schauplatz ver-

zweifelter Rettungseinsätze nach der verheerendsten Naturkatastrophe seit Menschengedenken waren, des Tsunami vom 26. Dezember 2004, der an den Küsten des Indischen Ozeans 250 000 Menschen das Leben kostete und 2,5 Millionen obdachlos zurückließ.[2] Sechs Monate später war ich nach Sri Lanka, einem der am schwersten betroffenen Länder, gereist, um mir anzuschauen, wie der Wiederaufbau hier im Vergleich zum Irak voranschritt.

Meine Reisegefährtin Kumari, ein Aktivistin aus Colombo, hatte bei den Rettungs- und Hilfsmaßnahmen mitgearbeitet und sich bereit erklärt, mir bei meiner Tour durch die vom Tsunami verwüstete Region als Führerin und Dolmetscherin zu dienen. Unsere Reise begann in Arugam Bay, einem Fischerdorf und heruntergekommenen Badeort an der Ostküste der Insel, von der staatlichen Wiederaufbaubehörde zum Modellbeispiel für ihr erklärtes Vorhaben erkoren, »neu und besser« zu bauen.

Hier also lernten wir Roger kennen, der nur wenige Minuten brauchte, um uns eine ganz anders klingende Geschichte zu erzählen. Er sprach von einem »Plan, die vom Fischfang lebenden Menschen von den Stränden zu vertreiben«. Er behauptete, die Pläne für diese Umsiedlung im großen Stil hätten schon lange vor der verheerenden Seebebenwelle bestanden, und jetzt diene der Tsunami, wie so viele andere Katastrophen, als willkommener Anlass, ein zutiefst unpopuläres Vorhaben in die Tat umzusetzen. 15 Jahre lang, erzählte uns Roger, hätte seine Familie während der Fischfangsaison in einer Hütte am Strand von Arugam Bay gelebt, nicht weit von dem Platz, wo wir saßen. Genau wie Dutzende anderer Fischerfamilien hätten sie ihr Boot neben ihrer Hütte gela-

gert und ihre Fänge auf dem feinen weißen Sand in Bananenblättern getrocknet. Sie hätten sich immer gut mit den Touristen verstanden, in der Mehrzahl australische und europäische Surfer, die in einfachen Herbergen in Strandnähe gewohnt hätten, rattenverseuchten Absteigen mit Hängematten zur Strandseite und an Palmen aufgehängten Lautsprechern, aus denen Londoner Discomusik dröhnte. Die Restaurants hatten den Fisch direkt vom Boot weg gekauft, und die Fischer mit ihrem farbenfrohen traditionellen Lebensstil hatten genau das authentische Lokalkolorit geliefert, das die Rucksacktouristen suchten.

Über einen langen Zeitraum hinweg hatte es kaum Konfliktpotenzial zwischen den Hotels und den Fischern von Arugam Bay gegeben, nicht zuletzt weil der fortdauernde Bürgerkrieg in Sri Lanka weder den einen noch den anderen ein Wachstum über bescheidene Größenordnungen hinaus erlaubt hatte. Die Ostküste Sri Lankas erlebte einige der schlimmsten Kämpfe dieses Bürgerkrieges, denn sie wurde von beiden Seiten beansprucht, von den Befreiungstigern von Tamil Eelam im Norden (auch als die »Tamilischen Tiger« bekannt) und von der singhalesischen Zentralregierung in Colombo, ohne je von einer vollständig kontrolliert zu werden. Nach Arugam Bay zu gelangen, erforderte damals einen Hürdenlauf durch ein Labyrinth von Kontrollpunkten, immer mit dem Risiko, in eine Schießerei zu geraten oder Opfer eines Selbstmordanschlags zu werden (es heißt, die Tamilischen Tiger haben den Sprengstoffgürtel erfunden). In allen Reiseführern fanden sich ernstzunehmende Warnungen, die instabile Ostküste Sri Lankas tunlichst zu meiden; die für Surfer wichtigen Brandungswellen hier sind legendär, aber die Reise lohnte sich nur für Hartgesottene.

Zu einem Durchbruch kam es im Februar 2002, als Colombo und die Tiger ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichneten. Es war nicht gerade ein Friedensvertrag, eher so etwas wie die Einigung auf eine Verschnaufpause, die hin und wieder durch einen Bomben- oder Mordanschlag unterbrochen wurde. Trotz der weiterhin prekären Lage begannen die Reiseführer, kaum dass die Straßenverbindungen wieder offen waren, die Ostküste von Sri Lanka als das nächste Phuket zu propagieren: tolle Surfreviere, Traumstrände, angesagte Hotels, scharfes Essen, Vollmond-Raves – »ein heißes Partyrevier«, wie *Lonely Planet* schrieb.[3] Und Arugam Bay war der Ort, wo die Post abging. Gleichzeitig hatte die Aufhebung der Straßensperren zur Folge, dass Fischer aus dem ganzen Land in großer Zahl zu einigen der üppigsten Fischgründe vor der Ostküste zurückkehren konnten, und das hieß eben auch nach Arugam Bay.

Der Strand bevölkerte sich also langsam. Von Staats wegen war Arugam Bay als Fischereihafen ausgewiesen, doch die Hotelbetreiber am Ort beklagten sich zunehmend lauter darüber, dass die Hütten der Fischer den Meerblick störten und der Geruch der zum Trocknen ausgelegten Fische die Gäste vergraulte. (Ein Hotelier, ein ausgewanderter Holländer, sagte mir: »Es gibt auch eine Umweltverschmutzung durch Gestank.«) Einige Hoteliers wandten sich mit der Forderung an die Verwaltung, die Boote und Fischerhütten in eine andere, bei Touristen weniger beliebte Bucht umzuquartieren. Die Dorfbewohner machten ihrerseits Front und wiesen darauf hin, dass sie seit Generationen in diesem Gebiet wirtschafteten und Arugam Bay für sie mehr als nur ein Bootsliegeplatz war – es bedeutete für sie Trinkwasser und elektrischen Strom,

Schulen für ihre Kinder und Käufer für ihren Fang. – Diese Spannungen eskalierten und drohten sich sechs Monate vor der Tsunami-Katastrophe zu entladen, als mitten in der Nacht ein rätselhaftes Feuer am Strand ausbrach. 24 Fischerhütten brannten nieder. Roger und seine Familie verloren, wie er mir erzählte, »alles, unser Hab und Gut, unsere Netze und Taue«. Kumari und ich unterhielten uns in Arugam Bay mit vielen Fischern, und alle waren überzeugt, dass es sich um einen gelegten Brand gehandelt hatte. Sie verdächtigten die Hotelbesitzer, die den Strand bekanntlich für sich allein haben wollten. Doch falls das Feuer wirklich als Drohung gegen die Fischer gemeint war, verfehlte es seine Wirkung: Die Dorfbewohner waren danach noch entschlossener als zuvor, auszuharren, und diejenigen, die ihre Hütten verloren hatten, bauten sich rasch wieder neue.

Als der Tsunami kam, vollbrachte er, was das Feuer nicht vermocht hatte: Er räumte den Strand vollständig ab. Ausnahmslos alle leichten Konstruktionen wurden weggefegt – jedes Boot, jede Fischerhütte, alle für die Touristen errichteten Cabanas und Bungalows. Von den rund 4000 Einwohnern von Arugam Bay wurden etwa 350 getötet, die meisten Fischer wie Roger, Ivan und Jenita, die für ihren Lebensunterhalt auf das Meer angewiesen sind.[4] Und doch lag unter den Trümmern und den Leichen, die der Tsunami hinterließ, etwas, worauf die Tourismusindustrie schon lange ihr begehrliches Auge geworfen hatte: ein jungfräulicher Strand, leergefegt von all den »unordentlichen« Zeugen menschlicher Arbeit, ein Ferienparadies. Dasselbe Bild bot sich überall entlang der Küste: Was zum Vorschein kam, nachdem Trümmer und Schutt beseitigt waren, war – ein Garten Eden.

Das war der Grund dafür, dass die Fischer und ihre Familien, als sie nach Beendigung des Notstands dorthin zurückkehrten, wo ihre Hütten gestanden hatten, von Polizisten erwartet wurden, die sie daran hinderten, mit dem Wiederaufbau zu beginnen. »Neue Vorschriften«, sagte man ihnen – keine Wohnbauten mehr auf dem Strand, alles müsste mindestens einem Abstand von 200 Metern von der Hochwassermarke haben. Die meisten wären einverstanden gewesen, ein Stück vom Wasser weg zu bauen – aber dort gab es kein Land für sie. Damit saßen die Fischer buchstäblich auf dem Trockenen. Die neue »Pufferzone« wurde natürlich nicht nur in Arugam Bay durchgesetzt, sondern entlang der gesamten Ostküste. Die Strände waren verbotenes Terrain.

Der Tsunami kostete ungefähr 35 000 Sri-Lankern das Leben und machte knapp 1 Million obdachlos. Kleinfischer wie Roger machten 80 Prozent der Opfer aus, in manchen Gebieten bis zu 98 Prozent. Um Essensrationen und bescheidene Unterstützungszahlungen zu erhalten, verließen Hunderttausende die Küste und begaben sich in weiter im Inland errichtete Auffanglager; diese bestanden zumeist aus langen, trostlosen Wellblechbaracken, in denen es so unerträglich heiß wurde, dass viele es vorzogen, im Freien zu schlafen. Im Lauf der Zeit verdreckten die Lager und wurden zu Brutstätten von Infektionskrankheiten; nun wurden sie auch von bedrohlich wirkenden, schwerbewaffneten Soldaten bewacht.

Offiziell verkündete die Regierung, die Pufferzone diene der Sicherheit; sie solle eine erneute Katastrophe verhindern, falls wieder ein Tsunami käme. Auf den ersten Blick klang das einleuchtend, doch diese Begründung hatte eine eklatante Schwäche: Auf die Tourismusindustrie wurde sie nicht angewandt.

Im Gegenteil, Hotelbetreiber wurden geradezu ermuntert, in die wertvollen Lagen in Strandnähe hinein zu expandieren, wo bis dahin Fischer gelebt und gearbeitet hatten. Ferienanlagen waren komplett von der Pufferzonen-Regelung ausgenommen – sie brauchten ihre Baumaßnahmen, so aufwendig und nah am Wasser diese auch sein mochten, nur als »Reparatur« zu deklarieren, dann unterlagen sie keiner Beschränkung. Also hämmerten und bohrten in Arugam Bay überall am Strand die Bauarbeiter. »Brauchen Touristen keine Angst vor einem Tsunami zu haben?«, wollte Roger wissen.

Ihm und seinen Fischerkollegen kam die Pufferzone eher wie ein Vorwand der Regierung vor, das durchzuziehen, was sie schon vor dem Tsunami geplant hatte: die Fischer von den Stränden zu verbannen. Die Fangmengen, die sie aus dem Meer zogen, reichten, um sie und ihre Familien zu ernähren, trugen aber nicht zu den wirtschaftlichen Kenngrößen bei, an denen sich Institutionen wie die Weltbank orientieren, und zweifellos konnte der Grund und Boden, auf dem zuvor ihre Hütten gestanden hatten, gewinnträchtigeren Nutzungen zugeführt werden. Kurz vor meiner Ankunft war ein Schriftstück mit dem Titel »Ressourcen-Entwicklungsplan für Arugam Bay« an die Presse gelangt, das die schlimmsten Befürchtungen der Fischer bestätigte. Die Zentralregierung von Sri Lanka hatte eine internationale Beratergruppe beauftragt, ein Wiederaufbauprogramm für Arugam Bay auszuarbeiten, und dies war das Ergebnis. Obwohl der Tsunami nur die unmittelbar am Strand gelegenen Bauten weggespült hatte und der größte Teil des Ortes noch stand, empfahl das Gutachten, Arugam Bay völlig plattzumachen und ganz neu aufzubauen. Anstelle des Anlaufpunkts für Hippies und Rucksack-

touristen sollte ein hochwertiges Reiseziel mit Nobeleinrichtungen entstehen – mit Fünfsternehotels, luxuriösen Chalets für Ökotouristen in der 300-Dollar-Kategorie, einer Anlegestelle für Wasserflugzeuge und einem Hubschrauberlandeplatz. Arugam Bay sollte, wie der Bericht begeistert verkündete, als Pilotprojekt und Initialzündung für bis zu 30 weitere neue »Tourismuszonen« in der Region fungieren, um die zuvor bürgerkriegsgeplagte Ostküste Sri Lankas in eine südasiatische Riviera zu verwandeln.[5]

Wer in den vielen Entwurfszeichnungen und Projektskizzen nicht vorkam, das waren die Opfer des Tsunami – die vielen hundert Fischerfamilien, die an den Stränden gelebt und gearbeitet hatten. Das Gutachten vermerkte, für die Dorfbewohner würden geeignetere Quartiere bereitgestellt werden, manche diverse Kilometer entfernt und weit weg vom Meer. Und die Krone setzte dem Ganzen auf, dass das 80-Millionen-Dollar-Neuentwicklungsprojekt mit jenen Geldern finanziert werden sollte, die als Hilfsgelder für die Tsunami-Opfer gesammelt worden waren.

Es waren die tränenüberströmten Gesichter dieser Fischerfamilien und anderer Betroffenen in Thailand und Indonesien, die die beispiellose internationale Spendenlawine nach dem Tsunami ausgelöst hatten. Es waren ihre Angehörigen gewesen, deren Leichname sich in den Moscheen gestapelt hatten, ihre klagenden Mütter, die ertrunkene Säuglinge zu identifizieren versucht hatten, ihre Kinder, die das Meer in den Tod gerissen hatte. Doch für Gemeinden wie Arugam Bay lief der »Wiederaufbau« auf nichts anderes hinaus als die vorsätzliche Zerstörung ihrer Kultur und Lebensweise und auf die Vertreibung von ihrem Land. Oder wie Kumari sagte, das Ergebnis

des ganzen Wiederaufbauprogramms wäre die »Opferung der Opfer, die Ausbeutung der Ausgebeuteten«.

Als die Pläne bekannt wurden, lösten sie überall im Land wütende Proteste aus, nirgendwo mehr als in Arugam Bay. Kaum dass Kumari und ich in dem Städtchen angekommen waren, begegneten wir einem Pulk von mehreren hundert Demonstranten, gewandet in einen farbenfrohen Mix aus Saris, Sarongs, Hidschabs und Flipflops. Sie hatten sich am Strand versammelt und wollten gerade zu einem Marsch aufbrechen, der sie, vorbei an den Hotels von Arugam Bay, in die Nachbarstadt Pottuvil zum Sitz der Lokalverwaltung führen sollte.

Als die Menge an den Hotels vorbeimarschierte, stachelte ein junger Mann in weißem T-Shirt die Demonstranten mit einem roten Megaphon zu Frage-und-Antwort-Sprechchören an: »Wir wollen keine, wir wollen keine …«, rief er, und die Menge skandierte: »Touristenhotels!« Dann rief er »Weiße …«, und die Demonstranten antworteten: »Haut ab!« (Kumari übersetzte dies mit entschuldigenden Worten aus dem Tamilischen.) Dann übernahm ein anderer junger Mann mit von der Sonne und vom Meer gegerbter Haut das Megaphon und brüllte: »Was wir wollen, was wir wollen, ist …«, und aus der Menge kamen Antworten geflogen wie: »Unser Land zurück!« – »Unsere Häuser zurück!« – »Einen Fischereihafen!« – »Unsere Hilfsgelder!« Nun gab der junge Mann vor: »Verhungern, verhungern!«, und die Menge ergänzte: »Fischerfamilien verhungern!«

Vor den Toren der Bezirksverwaltung angekommen, beschuldigten die Wortführer der Demonstranten ihre gewählten Vertreter, sie seien korrupt, ließen die kleinen Leute im Stich und gäben Hilfsgelder, die für die Fischer gespendet

worden seien, für die Aussteuer ihrer Töchter und Schmuck für ihre Frauen aus. Sie warfen den Beamten vor, den Singhalesen besondere Vergünstigungen zu gewähren, Muslims zu diskriminieren und zuzulassen, dass »Ausländer von unserer Not profitieren«.

Dass ihre Sprechchöre irgendetwas ausrichten würden, war wenig wahrscheinlich. In Colombo hatte ich mit dem Generaldirektor der sri-lankischen Tourismusbehörde, Seenivasagam Kalaiselvam, gesprochen, einem Bürokraten mittleren Alters, der die unangenehme Angewohnheit hatte, dauernd aus dem »Markenpersönlichkeits-Profil« seines Landes zu zitieren, einer viele Millionen Dollar teuren Marketing-Expertise. Ich fragte ihn, was in Regionen wie der von Arugam Bay aus den Fischern werden würde. Er lehnte sich in seinen Rattanstuhl zurück und antwortete: »In der Vergangenheit gab es entlang des Küstengürtels zahlreiche Schwarzbauten … die nicht den Richtlinien des Tourismusprogramms entsprachen. Was den Tsunami angeht, so ist der Vorteil für den Tourismus, dass die meisten dieser ungenehmigten Bauten davon betroffen [waren], und diese Gebäude sind jetzt nicht mehr da.« Falls jetzt Fischer zurückkehrten und wieder zu bauen begännen, erklärte er, »wären wir gezwungen, erneut abzureißen … Der Strand wird sauber bleiben.«

So war es anfangs nicht. Als Kumari wenige Tage nach dem Tsunami an die Ostküste kam, war die offizielle Hilfe noch nicht angelaufen. Das bedeutete, dass jeder Einzelne ein Katastrophenhelfer, ein Sanitäter, ein Totengräber war. Die ethnischen Gegensätze, die die Region gespalten hatten, verschwanden plötzlich. »Die islamische Seite lief hinüber zur tamili-

schen Seite, um die Toten zu bestatten«, erinnerte sich Kumari, »und Tamilen liefen auf die islamische Seite, um zu essen und zu trinken. Menschen aus dem Landesinneren schickten Lebensmittel, zwei Essenspakete pro Tag von jedem Haus, was sehr viel war, denn sie sind sehr arm. Nicht dass sie irgendeine Gegenleistung dafür haben wollten; sie taten es einfach in dem Gefühl: ›Ich muss meinen Nachbarn helfen, wir müssen die Schwestern, die Brüder, die Töchter, die Mütter unterstützen.‹ Das war alles.«

Eine Welle kulturübergreifender Hilfsbereitschaft breitete sich über das ganze Land aus. Tamilische Teenager kamen mit Traktoren von ihren Bauernhöfen, um bei der Suche nach den Toten zu helfen. Christliche Kinder spendeten ihre Schuluniformen, damit daraus weiße islamische Bestattungsgewänder geschneidert werden konnten, Hindu-Frauen ihre weißen Saris. Die einschüchternde Gewalt dieser Invasion von Salzwasser und Trümmern hatte, so schien es, nicht nur Häuser wegrasiert und Straßen unterspült, sondern auch tiefsitzende Hassgefühle, blutige Vendettas und Aufrechnungen, wer zuletzt wen getötet hatte, weggewischt. Für Kumari, die in jahrelanger frustrierender Arbeit in Friedensgruppen versucht hatte, die Klüfte zu überbrücken, war es überwältigend zu sehen, wie viel Positives diese Tragödie in den Menschen weckte. Statt nur endlos über Frieden zu reden, hatten es die Bewohner von Sri Lanka unter dem Eindruck ihrer schwersten Prüfung geschafft, Frieden tatsächlich zu leben.

Hinzu kam, dass das Land offenbar mit viel internationaler Unterstützung für seine Wiederaufbau-Anstrengungen rechnen konnte. Die Hilfe kam anfangs nicht von Staaten – deren Reaktionszeiten waren nicht schnell genug –, sondern von

Privatpersonen und Gruppen, die die Katastrophe am Fernseher verfolgt hatten: Schulklassen in Europa veranstalteten Kuchenverkäufe und Flaschensammlungen, Musiker organisierten hochkarätig besetzte Konzerte, kirchliche Gruppen sammelten Kleider, Decken und Geld. Dann forderten die Menschen ihre Regierungen auf, die Großzügigkeit der Bürger mit staatlicher Hilfe aufzuwiegen. Binnen sechs Monaten kamen 13 Milliarden Dollar an Hilfsgeldern zusammen – ein Weltrekord.[6]

In den ersten Monaten gelangten die Wiederaufbaumittel zum allergrößten Teil zu denen, für die sie bestimmt waren. NGOs und Hilfsorganisationen schafften Notrationen und Trinkwasser, Zelte und andere Behelfsunterkünfte herbei; reiche Länder schickten Ärzteteams und Medikamente. Zeltlager und Hüttendörfer waren als vorübergehende Notlösung geplant, um den obdachlos gewordenen Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten, während dauerhaftere Wohnungen gebaut wurden. Doch als ich sechs Monate später nach Sri Lanka kam, tat sich so gut wie nichts mehr; dauerhafte Neubauten entstanden kaum, und die als Notbehelf gedachten Lager sahen nicht mehr wie Notunterkünfte aus, sondern eher wie befestigte Elendsviertel.

Mitarbeiter von Hilfsorganisationen beklagten sich, dass die Regierung von Sri Lanka an jeder Ecke Hindernisse errichte – erst die Ausweisung der Pufferzone, danach die Weigerung, Grund und Boden für den Bau neuer Häuser zur Verfügung zu stellen, dann das Einholen einer endlosen Reihe von Untersuchungen, Gutachten und Entwicklungsplänen, die von internationalen Experten erarbeitet wurden. Während in den Amtsstuben die Köpfe rauchten, harrten die Überleben-

den des Tsunami schwitzend in den Notlagern im Landesinneren aus und lebten von den ihnen zugeteilten Rationen – zu weit vom Meer entfernt, um selbst wieder fischen zu können. Dafür, dass nichts voranging, machte man meist die Bürokratie und schlechtes Management verantwortlich, doch in Wirklichkeit steckte viel mehr dahinter.

Vor der Welle: vereitelte Pläne

Der große Plan, Sri Lanka umzustrukturieren, hatte zwei Jahre vor dem Tsunami Gestalt angenommen. Nach dem Ende des Bürgerkriegs nahmen die üblichen Akteure – allen voran USAID, die Weltbank und deren Ableger, die Asian Development Bank – die Insel ins Visier, um Sri Lankas Eintritt in die Weltwirtschaft voranzutreiben. Man war sich alsbald einig, der bedeutendste Wettbewerbsvorteil Sri Lankas sei der Umstand, dass es eines der letzten Länder war, das noch nicht von der Globalisierung überzogen war – der endlose Bürgerkrieg hatte dies verhindert. Verglichen mit seiner Größe verfügte Sri Lanka noch über einen bemerkenswerten Reichtum an wilder Fauna und Flora – Leoparden, Affen, Tausende wilder Elefanten. Seine Strände hatten noch keine Hoteltürme gesehen, seine Berge waren mit hinduistischen, buddhistischen und islamischen Tempeln und Pilgerstätten gespickt. Und das Beste daran war, wie es bei USAID schwärmerisch hieß, dass all das »auf einem Terrain von der Größe West Virginias« konzentriert war.[7]

Den Plänen zufolge sollten die Urwälder Sri Lankas, die den Guerillakämpfern eine so perfekte Deckung geboten

hatten, für Abenteuerurlauber und Ökotouristen erschlossen werden; sie würden auf Elefanten reiten und sich in Tarzan-Manier unter dem Blätterdach von Baum zu Baum hangeln (wie in Costa Rica bereits der Fall). Die religiösen Gruppen des Landes, die sich an so viel Blutvergießen mitschuldig gemacht hatten, sollten für eine neue Aufgabe umgerüstet werden: den spirituellen Bedürfnissen der Reisenden aus dem Westen Genüge zu tun – buddhistische Mönche könnten Meditationszentrum betreiben, hinduistische Frauen in den Hotels farbenfrohe Tänze aufführen, ayurvedische Kliniken Schmerzen und Wehwehchen kurieren.

Mit anderen Worten: Die restlichen Länder Asiens sollten weiterhin ihre Ausbeuterfabriken, Callcenter und überhitzten Börsenplätze behalten. Sri Lanka würde bereitstehen, wenn die Manager und Macher aus diesen Branchen einen Ort zum Abschalten und Erholen brauchten. Weil in den anderen Vorposten des ungehinderten Kapitalismus so ernorme Reichtümer angehäuft wurden, würde Geld keine Rolle spielen, wenn es darum ging, die perfekt abgestimmte Kombination aus Luxus und Natur, Abenteuer und umfassender Dienstleistung zu genießen. Die Zukunft Sri Lankas lag, so die Überzeugung der ausländischen Berater, bei Hotelketten wie Aman Resorts, die vor kurzem an der Südküste zwei atemberaubende Objekte eröffnet haben, mit Planschbecken in allen Suiten und Zimmerpreisen von 800 Dollar pro Nacht.

Die US-Regierung war so begeistert ob des Potenzials, das Sri Lanka als Destination dem Luxustourismus bot – samt all den Möglichkeiten für Hotelketten und Reiseveranstalter –, dass USAID eine Kampagne initiierte, um die Tourismusindustrie von Sri Lanka in eine einflussreiche Lobby im Wa-

shingtoner Stil umzuwandeln. Man rühmt sich, das Tourismus-Werbebudget »von nicht einmal 500 000 Dollar auf ungefähr 10 Millionen Dollar pro Jahr« gesteigert zu haben.[8] Die US-Botschaft startete gleichzeitig das sogenannte Wettbewerbsfähigkeits-Programm, dessen Mission die Förderung amerikanischer Wirtschaftsinteressen im Land war. Der Direktor des Programms, ein ergrauter Ökonom namens John Varley, erläuterte mir seine Überzeugung, die Tourismusbehörde von Sri Lanka backe zu kleine Brötchen, wenn sie das Ziel verkünde, bis zum Ende des Jahrzehnts eine Million Touristen pro Jahr ins Land zu locken. »Ich persönlich glaube, dass man das verdoppeln kann.« Der Engländer Peter Harrold, der die Aktivitäten der Weltbank in Sri Lanka leitet, sagte mir: »Mir ist immer Bali als der ideale Vergleich erschienen.«

Keine Frage: Hochpreisiger Tourismus ist ein kreditfähiger Wachstumsmarkt. Die Gewinne von Luxushotels mit einem durchschnittlichen Zimmerpreis von 405 Dollar pro Nacht stiegen zwischen 2001 und 2005 insgesamt um nicht weniger als 70 Prozent – nicht schlecht für einen Zeitraum, der immerhin den Einbruch nach dem 11. September, den Irakkrieg und explodierende Ölpreise einschließt. In mehrfacher Hinsicht ist das phänomenale Wachstum dieses Sektors ein Nebenprodukt der extremen Einkommensunterschiede, die sich als Folge des umfassenden Triumphs der Wirtschaftsphilosophie der Chicagoer Schule einstellten. Unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage existiert nun eine ausreichend große Elite neuer Mulimillionäre und Milliardäre, dass die Wall Street in dieser Gruppe »Superverbraucher« sieht, die aus eigener Kraft für Konsumnachfrage sorgen können. Ajay Kapur, früher Chefanleger im Bereich globale Strategien bei

der in New York beheimateten Citigroup Smith Barney, ermuntert seine Kunden, in seinen »Plutonomy-Basket« zu investieren, der Aktien von Unternehmen wie Bulgari, Porsche, Four Seasons und Sotheby's enthält. »Wenn es mit der Geldwirtschaft so weitergeht, wovon wir ausgehen, wenn die Ungleichheit der Einkommen weiterbestehen und sich noch verstärken kann, dürfte der Plutonomy-Basket weiterhin sehr gut laufen.«[9]

Ehe jedoch Sri Lanka die ihm zugedachte Funktion als neue Edeldestination für die Plutokratie erfüllen konnte, benötigten einige Regionen der Insel eine radikale Verschönerungskur, und zwar schnell. Zuallererst musste die Regierung, um führende Hotelketten anzulocken, den privaten Erwerb von Grund und Boden erleichtern. (Rund 80 Prozent der Landfläche waren in staatlichem Besitz.)[10] Das Land brauchte außerdem ein »flexibleres« Arbeitsrecht für das einheimische Personal, das die Hotels und Ferienveranstalter einstellen wollten. Und schließlich musste die Infrastruktur modernisiert werden – Autobahnen, edle Flughäfen, eine bessere Wasser- und Stromversorgung. Da sich Sri Lanka jedoch durch Waffenkäufe stark verschuldet hatte, war die Regierung nicht in der Lage, alle diese umgehend zu erbringenden Leistungen aus eigener Tasche zu bezahlen. Also wurden die üblichen Angebote unterbreitet: Kredite von der Weltbank und vom IWF, wenn die Regierung sich im Gegenzug bereit erklärte, die Wirtschaft für private Investoren und »Public Private Partnerships« zu öffnen.

Alle diese Pläne und Vorgaben fanden sich fein säuberlich aufgelistet in *Regaining Sri Lanka*, einem von der Weltbank abgesegneten Schocktherapie-Programm für das Land, das

Anfang 2003 fertiggestellt war. Zu den wichtigsten einheimischen Fürsprechern gehörte Mano Tittawella, ein Politiker und Unternehmer, der sowohl physiognomisch als ideologisch eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem amerikanischen Ur-Konservativen Newt Gingrich aufweist.[11]

Wie alle Schocktherapie-Pläne verlangte auch *Regaining Sri Lanka* viele Opfer im Namen des raschen und unmittelbaren Wirtschaftswachstums. Millionen von Menschen würden ihre angestammten Dörfer verlassen müssen, um die Strände für die Touristen und die nötigen Flächen für Ferienanlagen und Straßen freizubekommen. Was dann noch von der Fischerei übrig war, sollte von industriell arbeitenden Fangflotten mit ausgebauten Häfen als Stützpunkten betrieben werden – nicht mehr mit Booten aus Holz, die vom Strand aus ins Wasser geschoben wurden.[12] Und natürlich sollte es, wie unter ähnlichen Voraussetzungen von Buenos Aires bis Bagdad, zu Massenentlassungen bei staatlichen Unternehmen kommen, und die Preise für Dienstleistungen würden steigen müssen.

Das Problem für die Befürworter des Planes war, dass viele Sri-Lanker einfach nicht glaubten, dass sich die Opfer auszahlen würden. Man schrieb das Jahr 2003, und der blauäugige Glaube an die Globalisierung war längst verflogen, insbesondere nach den Schrecken der asiatischen Wirtschaftskrise. Auch die Hinterlassenschaften des Bürgerkriegs erwiesen sich als Hemmschuh. Zehntausende Sri-Lanker hatten im Verlauf dieses Konflikts im Namen von Idealen wie »Nation«, »Heimat« und »Territorium« ihr Leben verloren. Jetzt, da endlich Friede eingekehrt war, verlangte man ausgerechnet von den Ärmsten, ihre kleinen Bodenparzellen und wenigen Besitztümer – ein Gemüsegärtchen, eine Hütte, ein Boot – aufzuge-

ben, damit ein Marriott oder ein Hilton einen Golfplatz anlegen konnte (und Dorfbewohner sich ihren Lebensunterhalt als Straßenhändler in Colombo verdienen konnten). Das sah nach einem schlechten Geschäft aus, und entsprechend reagierten die Sri-Lanker.

Regaining Sri Lanka stieß auf massiven Widerstand, der sich zunächst in einer Welle militanter Streiks und Straßenproteste zeigte, danach – durchschlagender – an den Wahlurnen. Im April 2004 erteilten die Sri-Lanker allen ausländischen Experten und ihren einheimischen Partnern eine Absage, indem sie eine Koalition aus gemäßigten Linken und erklärten Marxisten an die Regierung wählten, die versprach, das gesamte Programm *Regaining Sri Lanka* in den Reißwolf zu werfen.[13] Zu diesem Zeitpunkt waren viele wichtige Privatisierungsmaßnahmen noch nicht durchgeführt, etwa die der Wasser- und Stromversorgung, und über etliche Straßenbauprojekte verhandelten die Gerichte. Für diejenigen, die von der Errichtung eines neuen Spielplatzes für die Plutokratie geträumt hatten, war das ein herber Rückschlag. 2004 hätte eigentlich das Jahr eins des neuen, investorfreundlichen, privatisierten Sri Lanka werden sollen; jetzt war alles wieder offen.

Acht Monate nach dieser folgenschweren Wahl kam der Tsunami. Denjenigen, die dem zu den Akten gelegten Szenario *Regaining Sri Lanka* nachtrauerten, war die Bedeutung des Naturereignisses sogleich klar. Die neu ins Amt gewählte Regierung würde Milliarden von ausländischen Geldgebern benötigen, um die zerstörten Wohnquartiere, Straßen, Schulen und Eisenbahnstrecken wiederherzustellen – und diese Geldgeber wussten nur allzu gut, dass selbst die überzeugtesten Wirtschaftsnationalisten plötzlich flexibel werden, wenn

sie sich einer verheerenden Krise gegenübersehen. Und die militanten Bauern und Fischer, die auf die früheren Versuche, ihnen ihr Land wegzunehmen, um es touristisch zu erschließen, mit Straßensperren und Massendemonstrationen reagiert hatten, die hatten nach dem Tsunami eine Menge andere Dinge zu tun.

Nach der Welle: eine zweite Chance

In Colombo machte die Regierung von Sri Lanka unverzüglich Anstalten, den reichen Ländern, die über die Mobilisierung von Hilfsgeldern entscheiden, zu zeigen, dass sie bereit war, sich von ihrer Vergangenheit loszusagen. Präsidentin Chandrika Kumaratunga, die zur Wahl mit einem Programm gegen die Privatisierung angetreten war, verkündete nun, der Tsunami sei für sie so etwas wie ein religiöses Erweckungserlebnis gewesen, habe ihr geholfen, das Licht der freien Markwirtschaft zu erblicken. Sie bereiste die von der Welle verheerte Küste und erklärte inmitten der Trümmer: »Wir haben ein mit so vielen Naturreichtümern gesegnetes Land, doch wir haben diese nicht voll ausgeschöpft … Die Natur selbst muss sich daher gedacht haben, ›genug ist genug‹, schlug uns von allen Seiten und erteilte uns eine Lektion, zusammenzustehen.«[14] Das war eine völlig neue Interpretation – der Tsunami als göttliche Strafe dafür, dass man es versäumt hatte, die Strände und Wälder Sri Lankas zu verscherbeln.

Die Buße begann unverzüglich. Nur vier Tage nachdem der Tsunami zugeschlagen hatte, peitschte ihre Regierung ein Ge-

setz durchs Parlament, das den Weg für die Privatisierung der Wasserversorgung ebnete, ein Projekt, gegen das die Bürger des Landes jahrelang Sturm gelaufen waren. Doch diesmal, da die Küstengebiete noch mit Meerwasser getränkt und die Gräber für die Toten noch nicht ausgehoben waren, erfuhren überhaupt nur die wenigsten, was passiert war – ähnlich wie beim neuen Erdölgesetz im Irak. Die Regierung nutzte diesen Moment äußerster Not auch dafür, den Menschen das Leben noch schwerer zu machen, indem sie den Benzinpreis erhöhte – ein Schritt, mit dem sie den internationalen Geldgebern zeigen wollte, dass Colombo es mit der angemahnten fiskalischen Verantwortung ernst meinte. Zudem wurde auch ein Gesetzesentwurf zur Aufspaltung der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft erarbeitet, um den Strommarkt für private Anbieter zu öffnen.[15]

Herman Kumara, Führer des National Fisheries Solidarity Movement, das die Interessen der Fischer mit kleinen Booten vertritt, bezeichnete den Wiederaufbau als »zweiten Tsunami«, verursacht durch die global agierenden Konzerne. Er sah darin den bewussten Versuch, die Mitglieder seiner Organisation in dem Moment unterzupflügen, als sie am schwächsten und verletzbarsten waren – wie die Plünderung dem Krieg auf dem Fuß folgt, so fiel dieser zweite Tsunami nach dem ersten ein. »Die Leute haben diese Politik früher vehement abgelehnt«, erzählt er mir. »Aber jetzt hungern sie in den Lagern und denken nur daran, wie sie den nächsten Tag überleben – sie haben kein Obdach, haben ihre Einkommensquelle verloren, haben keine Ahnung, wie sie sich in Zukunft ernähren sollen. In dieser Situation treibt die Regierung jetzt diesen Plan voran. Wenn die Leute sich wieder berappelt haben,

werden sie herausfinden, was beschlossen worden ist, aber dann wird der Schaden bereits angerichtet sein.«

Dass die Washingtoner Kreditgeber den Tsunami so schnell für ihre Zwecke nutzbar machen konnten, lag daran, dass sie etwas bemerkenswert Ähnliches schon einmal durchexerziert hatten. Die Generalprobe für den Post-Naturkatastrophen-Kapitalismus hatte ohne große Beachtung im Gefolge des Wirbelsturms Mitch stattgefunden.

Im Oktober 1998 hatte sich Mitch eine ganze, unendlich lange Woche über Mittelamerika festgesetzt und sich in die Küsten und Bergketten von Honduras, Guatemala und Nicaragua verbissen, hatte ganze Dörfer verschlungen und mehr als 9000 Menschen getötet. Die ohnehin verarmten Länder konnten sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen; sie brauchten großzügige internationale Hilfe und bekamen sie auch – allerdings zu einem hohen Preis. Binnen zwei Monaten nach der Katastrophe, während das Land noch knietief durch Schutt, Leichen und Schlamm watete, verabschiedete das Parlament von Honduras ein Paket von Gesetzen, das den Weg frei machte für die Privatisierung von Flughäfen, Seehäfen und Straßen, und beschleunigte die Pläne für die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft, der Stromversorgung und von Teilen der Trinkwasserversorgung. Die fortschrittlichen Landreformgesetze wurden außer Kraft gesetzt, sodass es für Ausländer einfacher wurde, Grundstücke und Immobilien zu kaufen und zu verkaufen, zudem wurde ein (von der Industrie formuliertes) radikal wirtschaftsfreundliches Bergbaugesetz durchgedrückt, das bestehende Umweltschutzvorschriften entschärfte und die Enteignung und Um-

siedlung von Menschen, deren Häuser neuen Bergbauprojekten im Weg standen, erleichterte.[16]

Ähnliches vollzog sich in denselben zwei Monaten nach der Mitch-Katastrophe in den Nachbarländern: Guatemala gab Pläne bekannt, sein Telefonsystem an private Betreiber zu verkaufen, Nicaragua verkündete dasselbe sowie ähnliche Schritte in Bezug auf seine Stromversorgung und seinen Erdölsektor. Wie das *Wall Street Journal* damals schrieb: »Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben ihr Gewicht für den Verkauf [des Telefonnetzes] in die Waagschale geworfen, indem sie ihn zur Vorbedingung für die Freigabe von rund 47 Millionen Dollar per annum an Hilfsleistungen für drei Jahre erklärten und auch Schuldenerleichterungen in Höhe von rund 4,4 Milliarden Dollar für Nicaragua davon abhängig machten.«[17] Die Privatisierung des Telefonnetzes hatte natürlich nichts mit dem Wiederaufbau nach dem Wirbelsturm zu tun – außer in der Logik der Katastrophen-Kapitalisten in den Washingtoner Finanzinstituten.

In den folgenden Jahren wurden die Verkäufe abgewickelt, oft zu unter dem Marktwert liegenden Preisen. Käufer waren in den meisten Fällen ehemalige Staatsunternehmen aus anderen Ländern, die selbst eine Privatisierung hinter sich hatten und jetzt rund um den Globus nach Zukaufsmöglichkeiten suchten, die ihren Aktienkurs in die Höhe treiben konnten. Die privatisierte mexikanische Telefongesellschaft Telmex schnappte sich den Telekomsektor von Guatemala, der spanische Energiekonzern Unión Fenosa stieg in den Energiesektor von Nicaragua ein, das Unternehmen San Francisco International Airport, ebenfalls inzwischen privatisiert, kaufte alle vier honduranische Flughäfen. Nicaragua verkaufte 40

Prozent seiner Telefongesellschaft für nur 33 Millionen Dollar – PricewaterhouseCoopers hatte den Wert dieses Anteils auf 80 Millionen geschätzt.[18] »Jede Katastrophe birgt in sich eine Chance für Auslandsinvestitionen«, verkündete der guatemaltekische Außenminister beim Weltwirtschaftsforum in Davos 1999.[19]

Als der Tsunami 2004 zuschlug, war Washington bereit, das Mitch-Exempel auf die nächsthöhere Stufe zu heben: Ziel war nun nicht mehr die Herbeiführung einzelner Gesetze, sondern die unmittelbare Kontrolle der Wirtschaft über den Wiederaufbau. Jedes Land, das von einer Katastrophe dieser Größenordnung heimgesucht wird, braucht ein umfassendes Wiederaufbauprogramm, das auf einen möglichst intelligenten Einsatz der zur Verfügung gestellten internationalen Hilfen abzielt und die Gewähr dafür bietet, dass die Gelder bei denen ankommen, für die sie gedacht sind. Doch die Präsidentin von Sri Lanka, von den Geldgebern in Washington unter Druck gesetzt, kam zu der Überzeugung, die Planung des Wiederaufbaus könne nicht den gewählten Politikern ihrer eigenen Regierung anvertraut werden. Sie rief, genau eine Woche nachdem der Tsunami die Küstenregionen überrollt hatte, eine komplett neue Körperschaft ins Leben: die Task Force für den Wiederaufbau der Nation. Diese Institution und nicht das Parlament von Sri Lanka wurde mit allen Vollmachten für die Ausarbeitung und Umsetzung eines Masterplans für ein neues Sri Lanka betraut. Mitglieder dieser Task Force waren die mächtigsten Unternehmensführer des Landes aus Finanzwirtschaft und Industrie. Doch nicht von irgendwelchen Wirtschaftszweigen – fünf der zehn Mitglieder der Task Force waren unmittelbar mit dem Strandtourismus

verflochten, vertraten sie doch einige der größten Hotelketten des Landes.[20] Hingegen gehörte der Task Force kein Vertreter des Fischereisektors oder der Landwirtschaft an, auch kein einziger Umweltexperte oder Naturwissenschaftler, ja nicht einmal ein Fachmann für Katastrophenhilfe und Wiederaufbau. Vorsitzender war Mano Tittawella, der langjährige Privatisierungsvorkämpfer Sri Lankas. »Das ist eine Chance, ein Vorzeigeland aufzubauen«, verkündete er.[21]

Die Einrichtung der Task Force verkörperte eine neue Spielart eines korporatistischen Staatsstreichs, herbeigeführt durch die Gewalt einer Naturkatastrophe. Wie in vielen anderen Ländern, hatten normale Prozeduren der Demokratie bis dahin auch in Sri Lanka eine Wirtschaftspolitik im Sinne der Chicagoer Schule blockiert; die Wahlen von 2004 waren der Beweis. Doch nun, in einem Moment, da die Bürger des Landes zusammenstanden, um einem nationalen Notstand zu trotzen, und die Politiker alles daransetzten, Hilfsgelder loszueisen, konnte der erklärte Wille der Wähler kurzerhand beiseitegewischt und durch eine direkte Herrschaft nicht demokratisch legitimierter Wirtschaftsvertreter ersetzt werden, eine Premiere in der Geschichte des Katastrophen-Kapitalismus.

Irgendwie brachten es die in der Task Force versammelten Wirtschaftsführer fertig, innerhalb von nur zehn Tagen – und ohne die Hauptstadt je zu verlassen – einen umfassenden nationalen Wiederaufbauplan zu erstellen, vom Wohnungs- bis zum Straßenbau. Es war dieser Plan, der die Pufferzonen, unter freundlicher Ausklammerung von Hotels und Ferienanlagen, einrichtete. Die Task Force lenkte auch die Hilfsgelder um in den Bau von Autobahnen und industriellen Fischereihäfen, gegen die es vor der Katastrophe so massiven Wider-

stand gegeben hatte. »Wir sehen in dieser Wirtschaftsagenda eine größere Katastrophe als im Tsunami; deshalb haben wir schon früher so entschlossen diese Pläne bekämpft und sie bei der letzten Wahl abgeschmettert«, sagte mir Sarath Fernando, ein sri-lankischer Landreform-Aktivist. »Aber jetzt, gerade eben drei Wochen nach dem Tsunami, legen sie uns denselben Plan wieder vor. Es ist offenkundig, dass das alles schon fertig in der Schublade lag.«*

Washington unterstützte die Task Force mit dem Typus von Wiederaufbauhilfe, den man inzwischen auch aus dem Irak kannte: mit millionenschweren Aufträgen für US-amerikanische Unternehmen. CH2M Hill, der Technik- und Baukonzern aus Colorado, hatte im Irak für eine Auftragssumme von 28,5 Millionen Dollar die Arbeit anderer großer Projektgesellschaften überwacht. Trotz seiner maßgeblichen Mitwirkung am Wiederaufbau-Debakel von Bagdad wurde dem Konzern in Sri Lanka ein neues Projekt mit einem Auftragswert von 33 Millionen Dollar (der später auf 48 Millionen ausgeweitet wurde) anvertraut. In der Hauptsache betraf dies den Bau dreier Tiefwasserhäfen für industrielle Fischereiflotten und die Errichtung einer neuen Brücke nach Arugam Bay; Letztere war Bestandteil des Plans, die Kleinstadt in ein »Touristenparadies« zu verwandeln.[22] Beide Programme, die im Namen der Katastrophenhilfe nach dem Tsunami realisiert werden sollten, waren für die am schlimmsten betroffenen Op-

* Fernando leitet die Organisation Movement for National Land and Agricultural Reform (MONLAR), eine Koalition sri-lankischer NGOs, die kurz nach der Katastrophe einen »Wiederauf bauprozess des Volkes« forderte.

fer des Tsunami verheerend, denn die kommerziellen Fischtrawler würden ihre Fischgründe leerfangen und die Hotels wollten sie von den Stränden weghaben. Wie Kumari sagte: »Nicht genug damit, dass die ›Hilfe‹ den Leuten nicht hilft, sie schadet ihnen auch.«

Als ich John Varley, den Direktor des von USAID betreuten Wettbewerbfähigkeits-Programms, fragte, warum die US-Regierung ihre Hilfsgelder für Projekte zur Verfügung stellte, die die Vertreibung von überlebenden Tsunami-Opfern bedeuteten, erklärte er: »Man will die Hilfe nicht darauf beschränken, dass sie nur an Tsunami-Opfer geht … Lassen Sie doch ganz Sri Lanka davon profitieren, lassen Sie sie doch zum Wachstum beitragen.« Varley verglich den Plan mit einem Aufzug in einem Wolkenkratzer: Bei der ersten Fahrt nimmt er die eine Gruppe von Fahrgästen mit und befördert sie ganz nach oben, wo sie Wohlstand schaffen, sodass der Aufzug wieder hinunterfahren und mehr Menschen holen kann. Die im Erdgeschoss wartenden Menschen sollen wissen, dass der Aufzug wiederkommen und auch sie nach oben bringen wird – irgendwann.

Das einzige Geld, das die US-Regierung direkt zugunsten der kleinen Fischer bereitstellte, war ein Zuschuss in Höhe von 1 Million Dollar für die »Verbesserung« der Notunterkünfte, in denen sie zwischengelagert werden sollten, während die Strände für den Tourismus hergerichtet würden.[23] Dieser Zuschuss war ein Indiz dafür, dass diese Blechbaracken nur nominell als vorübergehende Behausungen dienen sollten; in Wahrheit waren sie als dauerhafte Bleibe bestimmt – Elendsquartiere von der Art, wie sie rund um die meisten Großstädte der südlichen Zonen zu finden sind. Niemand

ruft normalerweise zu großen Hilfsaktionen für die Bewohner dieser Slums auf, doch bei den Tsunami-Opfern war das etwas anderes. Die ganze Welt hatte live am Fernseher zugesehen, wie sie ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren, und die grausame Willkür dessen, was ihnen zugestoßen war, hatte überall tief berührt und den Impuls geweckt, dass diese Menschen es verdienten, ihren Verlust ersetzt zu bekommen – und zwar nicht durch eine Wirtschaftsförderung, deren Segnungen von oben nach unten durchsickern würden, sondern auf direktem Weg. Doch die Weltbank und USAID dachten weiter als die meisten von uns: Schon bald würde die Besonderheit der Tsunami-Überlebenden verblassen, und sie würden eins werden mit den Milliarden von gesichtslosen Armen weltweit, von denen viele seit langem in Wellblechhütten ohne Wasser leben – eine Lebensform, deren Ausbreitung wir heute ebenso als Merkmal der globalisierten Wirtschaft hinnehmen wie die Vermehrung der Luxushotels mit Zimmerpreisen von 800 Dollar pro Nacht.

In einem der trostlosesten Auffanglager landeinwärts von der srilankischen Südküste lernte ich eine junge Mutter namens Renuka kennen, bezaubernd schön sogar noch in Lumpen und eine von denen, die auf Varleys Aufzug warteten. Ihr jüngstes Kind, ein Mädchen, war sechs Monate alt, zur Welt gekommen zwei Tage nach dem Tsunami. In einem fast übermenschlichen Kraftakt hatte die im neunten Monat schwangere Renuka damals ihre beiden kleinen Söhne geschnappt und war mit ihnen vor der Welle davongerannt, gegen das Wasser ankämpfend, das ihr bis zum Hals stand. Doch nachdem sie diese heroische Leistung vollbracht und überlebt hatte, fand sie sich mit ihrer Familie auf einem verdörrten Stück

Land im Nirgendwo wieder, still vor sich hin hungernd. Zwei von einer wohlmeinenden NGO gespendete Kanus boten einen traurigen Anblick: Drei Kilometer vom Meer entfernt, wo nicht einmal ein Fahrrad als Transportmittel zur Verfügung stand, waren sie kaum mehr als eine grausame Erinnerung an das frühere Leben. Renuka bat uns, all denen, die den Tsunami-Überlebenden helfen wollten, eine Botschaft zu übermitteln: »Wenn ihr etwas für mich habt, gebt es mir direkt in die Hand.«

Die größere Welle

Sri Lanka war nicht das einzige Land, das von diesem zweiten Tsunami überrollt wurde – ähnliche Geschichten über Landnahmen und Gesetzescoups sind aus Thailand, von den Malediven und aus Indonesien berichtet worden. Im indischen Tamil Nadu wurden Tsunami-Überlebende in ihrer Mittellosigkeit so alleingelassen, dass bis zu 150 Frauen gezwungen waren, ihre Nieren zu verkaufen, um Lebensmittel kaufen zu können. Ein Mitarbeiter einer Hilfsorganisation erklärte der britischen Zeitung *The Guardian*, die Provinzregierung »würde es lieber sehen, dass die Küste für den Bau von Hotels genutzt würde, doch das Ergebnis sind verzweifelte Menschen.« Alle vom Tsunami betroffenen Länder legten »Pufferzonen« fest, um den Wiederaufbau von Stranddörfern zu verhindern und die Flächen für höherwertige Erschließungsmaßnahmen freizumachen (in der indonesischen Provinz Aceh war die Zone ursprünglich zwei Kilometer breit, doch die Regierung musste diese Verordnung schließlich zurücknehmen).[24]

Ein Jahr nach dem Tsunami veröffentlichte die angesehene NGO ActionAid, die überwacht, wie Hilfsgelder ausgegeben werden, die Ergebnisse einer breit angelegten Studie zur Situation von 50 000 Tsunami-Überlebenden in fünf Ländern. Überall zeigten sich gleichartige Verlaufsmuster: Dorfbewohner wurden daran gehindert, ihre Häuser wieder aufzubauen, dafür wurden Hotelbetreiber mit Investitionsanreizen geködert. Als Auffanglager bezeichnete Einrichtungen waren in Wirklichkeit militärisch bewachte Elendsquartiere; fast nirgendwo war mit dem Wiederaufbau permanenter Siedlungen begonnen worden. Ganze Wirtschafts- und Lebensweisen waren ausgelöscht. Der Bericht stellte fest, man könne diese Versäumnisse nicht den üblichen Gründen wie Verständigungsproblemen, Geldmangel oder Korruption anlasten. Die Probleme seien strukturbedingt und gewollt: »Die Regierungen haben ihre Pflicht, Grund und Boden für permanente Ansiedlungen zur Verfügung zu stellen, zum großen Teil versäumt«, hieß es im Fazit. »Sie haben zugeschaut oder mitgewirkt, als zum Nutzen kommerzieller Interessengruppen Grund und Boden enteignet und küstennahe Lebensgemeinschaften beiseitegeschoben wurden.[25]

Was das Kapitalschlagen aus der Tsunami-Katastrophe betrifft, so kann sich keines der betroffenen Länder mit den Malediven messen, über die wir vielleicht am wenigsten von allen betroffenen Ländern wissen. Die Regierung begnügte sich dort nicht damit, die arme Bevölkerung aus den küstennahen Siedlungen zu vertreiben, sondern nutzte den Tsunami, um ihre Bürger von großen Teilen der bewohnbaren Zonen fernzuhalten.

Die Malediven, ein aus rund 200 bewohnten Inseln vor

der Küste Indiens bestehender Archipel, sind in der Weise eine Fremdenverkehrsrepublik, wie einige Länder in Mittelamerika zeitweilig als Bananenrepubliken bezeichnet wurden. Hier heißt der Exportartikel nicht tropische Früchte, sondern tropisches Urlaubsgefühl: Nicht weniger als 90 Prozent der Staatseinnahmen stammen unmittelbar aus den Taschen von Strandtouristen.[26] Die Urlaubsfreuden, die die Malediven verkaufen, zeichnen sich durch ein besonders dekadentes und verlockendes Flair aus. Fast 100 der Inseln sind reine »Ferieninseln«, bestehend aus einem von üppiger tropischer Vegetation überwucherten Kern und einem äußeren Ring aus weißem Sand, und sie alle befinden sich fest in der Hand von Hotelkonzernen, Kreuzfahrtreedereien oder wohlhabenden Einzelpersonen. Manche sind für die Dauer von bis zu 50 Jahren verpachtet. Die luxuriösesten unter den Malediven-Inseln haben sich als exklusive Refugien für Reiche und Prominente profiliert (so verbrachten etwa Tom Cruise und Katie Holmes hier ihre Flitterwochen), die nicht nur von der Schönheit der Inseln und der Tauchgründe angelockt werden, sondern auch von der garantierten Abgeschiedenheit, wie sie nur eine in Privatbesitz befindliche Insel bieten kann.

Mit architektonischen Lösungen, die von der Optik traditioneller Fischerdörfer »inspiriert« sind, konkurrieren die Luxusbadeinseln miteinander, wer die auf Pfählen thronenden, mit Palmblättern gedeckten Hütten mit den aufregendsten Spielzeugen der Plutokratie vollstopfen kann – Heimkinos mit Bose Surround-Sound, außen liegende Badezimmer mit Philippe-Starck-Installationen, Bettwäsche so fein, dass man sie fast zwischen den Fingern zerreiben kann. Die Inseln wetteifern auch darum, die Grenzlinie zwischen Land

und Meer zu verwischen – auf der Insel Coco Palm wurden die Villen über der Lagune errichtet, Strickleitern führen von den Terrassen direkt ins Wasser. Das Hotel Four Seasons bietet auf dem Meer schwimmende Schlafquartiere an, das Hilton rühmt sich des ersten Unterwasser-Restaurants, errichtet auf einem Korallenriff. Viele Suiten kann man einschließlich Dienstmädchenzimmern mieten, und auf einer privaten Insel gehört zum Serviceangebot ein rund um die Uhr zur Verfügung stehender »maledivischer Butler – ein Tha-kuru«, der sich um wichtige Kleinigkeiten kümmert wie »Mögen Sie Ihren Martini lieber geschüttelt oder gerührt?«. In diesen Badeparadiesen von Bond'scher Exklusivität kann eine Strandvilla bis zu 5000 Dollar pro Tag kosten.[27]

Der Mann, der über dieses Ferien-Eldorado herrschte, ist der dienstälteste Regierungschef Asiens, Präsident Maumoon Abdul Gayoom, der 1978 an die Macht kam. Während seiner Amtszeit wurden Oppositionspolitiker eingekerkert, und seinen Behörden wird vorgeworfen, sie hätten »Dissidenten« foltern lassen, nur weil sie zum Beispiel für oppositionelle Websites schrieben.[28] Gayoom und seine Höflinge halten sich kritische Geister vom Leib, indem sie sie auf Gefängnisinseln wegsperren; so können sie sich unbesorgt ihren Geschäften mit dem internationalen Tourismus widmen.

Schon vor dem Tsunami hatte die Regierung der Malediven versucht, die Zahl der reinen Ferieninseln zu vergrößern, um der wachsenden Nachfrage nach Luxus-Refugien gerecht zu werden. Sie war dabei auf die üblichen Hindernisse gestoßen: Menschen. Viele Malediver leben von der Fischerei für den Eigenbedarf; sie wohnen traditionsgemäß in kleinen Dörfern, die weit über die Atolle der Inselgruppe ver-

streut sind. Daraus erwuchsen Probleme, weil der rustikale Anblick aufgeschlitzter Fische auf dem Sandstrand eindeutig nicht dem touristischen Lebensgefühl der Malediven entspricht. Schon lange vor dem Tsunami hatte die Regierung Gayoom versucht, ihre Bürger zur Übersiedlung auf eine Handvoll größerer, dichter bewohnter Inseln zu bewegen, die von Touristen selten besucht werden. Es hieß, diese Inseln böten einen besseren Schutz vor dem Anstieg des Meeresspiegels infolge der globalen Erwärmung. Allerdings fiel es selbst diesem repressiven Regime schwer, Zehntausende von ihren Heimatinseln wegzulotsen, und das Programm zur »Bevölkerungskonsolidierung« erwies sich im Wesentlichen als Fehlschlag.[29]

Nach dem Tsunami verkündete die Regierung Gayoom sofort, die Katastrophe habe bewiesen, dass viele Inseln »unsicher und für Wohnzwecke ungeeignet« seien, und startete ein weitaus aggressiveres Umsiedlungsprogramm als zuvor. Sie gab bekannt, jedes Tsunami-Opfer, das staatlicher Unterstützung teilhaftig werden wollte, müsse seinen Wohnsitz auf eine von fünf »sicheren Inseln« verlegen.[30] Mehrere Inseln sind seither bereits vollständig evakuiert worden, bei anderen ist dieser Prozess noch im Gang – mit dem willkommenen Effekt, dass mehr Platz für den Tourismus geschaffen wird.

Die Regierung der Malediven behauptet, ihr Programm »sichere Inseln«, das von der Weltbank und von anderen Institutionen unterstützt und finanziert wird, sei die Antwort auf den Wunsch der Bevölkerung, auf »größeren und sichereren Inseln« zu leben. Dagegen sagen viele der Umgesiedelten, sie wären lieber auf ihrer angestammten Insel geblieben, wenn dort die Infrastruktur wieder hergerichtet worden wäre. Ac-

tionAid stellte dazu fest: »Die Menschen haben keine andere Wahl als umzuziehen, da dies die Vorbedingung für neuen Wohnraum und Verdienstmöglichkeiten ist.«[31]

Noch sarkastischer fielen die Reaktionen auf das Sicherheitsargument aus, als deutlich wurde, dass die Besorgnisse der Staatsführung sich in Luft auflösten, sobald es um all die Luxushotels auf tief gelegenen Inseln ging. Diese Anlagen blieben trotz ihrer zerbrechlichen Architektur nicht nur von jeglicher Sicherheitsevakuierung verschont, sondern die Regierung Gayoom gab im Dezember 2005, ein Jahr nach dem Tsunami, auch bekannt, dass zusätzliche 35 Inseln für die Verpachtung über bis zu 50 Jahren an die Tourismuswirtschaft freigegeben würden.[32] Derweil griff auf den sogenannten sicheren Inseln die Arbeitslosigkeit um sich, und es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Neuankömmlingen und alteingesessenen Bewohnern.

Veredelung mit Waffengewalt

In gewisser Weise war der zweite Tsunami nichts anderes als eine besonders starke Dosis der wirtschaftlichen Schocktherapie: Weil die Flutwelle die Strände so gründlich leergeräumt hatte, vollzog sich ein Prozess der Verdrängung und Veredelung, der sich normalerweise über viele Jahre erstreckt hätte, innerhalb von Tagen oder Wochen. Hunderttausende arme, dunkelhäutige Menschen (die von der Weltbank als »unproduktiv« eingestuften kleinen Fischer und ihre Familien) wurden gegen ihren Willen umgesiedelt, um Platz für superreiche, überwiegend hellhäutige Menschen (die »hoch ertrag-

reichen« Touristen) zu machen. Die beiden ökonomischen Pole der Globalisierung, die in verschiedenen Jahrhunderten (und nicht Ländern) zu leben scheinen, standen sich plötzlich im direkten Konflikt um dieselben Küstenstreifen gegenüber, wobei die eine Seite das Recht auf Arbeit reklamierte, die andere das Recht auf Vergnügen. Unterstützt von den Gewehren der Polizei vor Ort und privater Sicherheitsfirmen, war dies eine Veredelung mit Waffengewalt, ein Klassenkampf auf den Traumstränden.

Zu den direktesten Konfrontationen kam es in Thailand, wo Spekulanten binnen 24 Stunden nach der Katastrophe private bewaffnete Sicherheitsdienste losschickten und Areale einzäunen ließen, die sie für den Bau neuer Ferienanlagen ins Auge gefasst hatten. In manchen Fällen hinderten Wachleute Tsunami-Überlebende sogar daran, ihre zerstörten Häuser zu betreten und nach den Leichen ihrer Kinder zu suchen.[33] Die Opfer riefen in aller Eile einen Verband der Tsunami-Überlebenden und ihrer Unterstützer ins Leben, um gegen die Landnahmen vorzugehen. In einer ihrer ersten Verlautbarungen erklärten sie: »Für Unternehmer-Politiker war der Tsunami die Erhörung ihrer Gebete, weil er diese Küstenstreifen im wahrsten Sinn des Wortes freiräumte von Dorfgemeinschaften, die bis dahin ihren Plänen für den Bau von Ferienanlagen, Hotels, Casinos und Garnelenzuchtfarmen im Wege gestanden hatten. Für sie sind alle diese Küstenstreifen jetzt herrenloses Land!«[34]

Herrenloses Land. Zu Zeiten der Kolonisierung war das ein quasi-anerkannter Rechtsbegriff – *terra nullius*. Wenn Land für unbewohnt oder »wüst« erklärt wurde, konnte man es sich aneignen und Menschen, sie sich dort aufhielten, gna-

denlos entfernen. In den vom Tsunami betroffenen Ländern ist der Begriff »herrenloses Land« mit einer hässlichen historischen Erbschaft belastet, der Erinnerung an geraubtes Vermögen und gewaltsame Versuche, Eingeborene zu »zivilisieren«. Nijam, ein Fischer, den ich am Strand von Arugam Bay traf, konnte keinen wesentlichen Unterschied erkennen. »Die Regierung hält unsere Netze und unseren Fisch für hässlich und dreckig, deshalb wollen sie uns vom Strand weg haben. Um es den Ausländern recht zu machen, behandeln sie ihre eigenen Leute, als seien sie Barbaren.« Die Spur der Verwüstung war, so schien es, die neue *terra nullius.*

Als ich Nijam kennenlernte, war er gerade mit einer Gruppe von Fischern von einer Fangfahrt zurückgekehrt. Ihre Augen waren noch blutunterlaufen vom Salzwasser. Als ich den Plan der Regierung erwähnte, die Kleinfischer auf einen anderen Strand umzusiedeln, wedelten mehrere von ihnen mit ihren breiten Messern, bekundeten ihre Entschlossenheit, »alle Leute und Kräfte zu mobilisieren« und um ihr angestammtes Land zu kämpfen. Sie erzählten mir, sie hätten die Hotels und Restaurants anfangs durchaus willkommen geheißen. »Aber jetzt«, sagte Abdul, einer von ihnen, »wollen sie, nachdem wir ihnen ein wenig von unserem Land abgegeben haben, den ganzen Rest.« Ein anderer, Mansoor, deutete nach oben auf die Palmen, die uns Schatten spendeten und der Gewalt des Tsunami getrotzt hatten. »Es waren meine Ur-Urgroßeltern, die diese Bäume gepflanzt haben. Warum sollten wir an einen anderen Strand umziehen?« Einer seiner Verwandten gelobte feierlich: »Wir werden hier nur weggehen, wenn das Meer austrocknet.«

Mit der Wiederaufbauhilfe nach dem Tsunami sollten die

Menschen von Sri Lanka die Chance bekommen, einen dauerhaften Frieden aufzubauen, nachdem sie neben dem Verlust ihrer Besitztümer so viele Verheerungen erlebt hatten. Doch jetzt schien es in Arugam Bay und anderswo entlang der Ostküste, als provozierten diese Gelder einen Krieg anderer Art, in dem es darum ging, wer am meisten von der internationalen Hilfe profitieren würde – Singhalesen, Tamilen oder Muslims –, vor allem aber darum, ob die eigentlichen Nutznießer ausländische Investoren sein und alle Einheimischen das Nachsehen haben würden.

Bei mir stellte sich allmählich ein flaues Gefühl mit Déjà-vu-Charakter ein, als spürte ich, wie der Wind sich drehte und Sri Lanka drauf und dran war, ein weiteres »neu aufgebautes« Land zu werden, das in dauerhafter Zerstörung versank. Ich hatte sehr ähnliche Klagen ein Jahr zuvor im Irak gehört, über Wiederaufbauhilfen, die gezielt den Kurden und bestimmten ausgewählten Schiiten zugutekamen. Verschiedene Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, die ich in Colombo traf, erzählten mir, wie viel mehr Freude es ihnen machte, statt im Irak oder in Afghanistan in Sri Lanka zu arbeiten – hier nehme die Bevölkerung die NGOs noch als neutrale, ja hilfreiche Akteure wahr, und Wiederaufbau sei noch kein Schimpfwort. Doch das begann sich zu ändern. In der Hauptstadt hatte ich schon Plakate mit Karikaturen von Mitarbeitern westlicher Hilfsorganisationen gesehen, die sich die Taschen mit Geld vollstopften, während Sri-Lanker am Verhungern waren.

Die NGOs und ihre Mitarbeiter wurden zur Zielscheibe der Wut auf den Wiederaufbau, weil sie so sichtbar und präsent waren und ihre Logos auf jede erreichbare Fläche entlang der Küste geklebt hatten, während Weltbank, USAID

und staatliche Experten, die sich am grünen Tisch hochfliegende Bali-Visionen ausdachten, kaum je außerhalb ihrer Büros in den Städten in Erscheinung traten. Das Paradoxe daran war, dass die nichtstaatlichen Hilfsorganisationen die Einzigen waren, die überhaupt irgendwelche Hilfe anboten – andererseits war die Kritik an ihnen unvermeidlich, denn was sie anzubieten hatten, war völlig unzureichend. Ein Teil des Problems war, dass der Komplex der Hilfsorganisationen so riesig geworden und den Menschen, denen er helfen sollte, so weit entrückt war, dass zumindest in Sri Lanka der Lebensstil der NGO-Mitarbeiter zum nationalen Reizthema wurde. Fast jeder, mit dem ich ins Gespräch kam, äußerte sich zu dem, was ein Priester »das wilde NGO-Leben« genannt hatte: Unterbringung in Luxushotels oder Strandvillen und – der ultimative Auslöser für Volkszorn – die fabrikneuen weißen Geländefahrzeuge, die sie mitbrachten. Alle Hilfsorganisationen hatten sie, monströse Gefährte, die viel zu breit und PS-stark für die schmalen Lehmwege des Landes waren. Den ganzen Tag über hörten die Lagerbewohner das Dröhnen ihrer Motoren, man musste ihren Staub schlucken, und Fähnchen mit ihren Logos flatterten im Wind – Oxfam, World Vision, Save the Children –, als seien sie Besucher aus einer fernen NGO-Galaxie. In einem tropisch heißen Land wie Sri Lanka waren diese Autos mit ihren getönten Scheiben und ihren ständig laufenden Klimaanlagen mehr als bloße Transportmittel: Jedes von ihnen war ein fahrbares Mikroklima.

Ich bekam mit, wie sich die Ressentiments gegen die NGOs aufbauten, und konnte mir die Frage nicht verkneifen, wie lange es noch dauern würde, bis in Sri Lanka dieselbe Situation herrschen würde wie in Afghanistan und im Irak, wo

der Wiederaufbau so sehr wie Beraubung wirkte, dass Mitarbeiter von Hilfsorganisationen zu Anschlagszielen geworden waren. Es passierte dann kurz nach meiner Abreise: 17 Sri-Lanker, die im Dienst der internationalen NGO Action against Hunger Tsunami-Opfer betreuten, wurden in ihren Büroräumen unweit der Hafenstadt Trincomelee an der Ostküste massakriert. Ihr Tod löste eine neue Welle mörderischer Kämpfe aus und brachte die Hilfs- und Wiederaufbauaktivitäten zum Stillstand. Viele Hilfsorganisationen fürchteten nach weiteren Übergriffen um die Sicherheit ihrer Mitarbeiter und verließen das Land. Andere verlegten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in den Süden, in die von der Regierung kontrollierten Gebiete, und überließen die eigentlich schwerer getroffene Ostküste und den von den Tamilen beherrschten Norden sich selbst. Solche Entscheidungen bestärkten die Menschen nur in dem Gefühl, dass die Wiederaufbaugelder ungerecht verteilt wurden, erst recht nachdem Ende 2006 die Ergebnisse einer Studie bekannt wurden, die besagte, dass während die meisten vom Tsunami verwüsteten Häuser nach wie vor in Trümmern lagen, in einem einzigen Bezirk der Wiederaufbau blendend voranging – im Wahlkreis der Präsidentin im Süden. Dort waren wundersame 173 Prozent der zerstörten Gebäude wiederaufgebaut.[35]

Die Hilfsorganisationen, die an der Ostküste, in der Region um Arugam Bay, noch präsent waren, sahen sich jetzt mit einer neuen Welle von Vertriebenen konfrontiert: den Hunderttausenden, die aus Angst vor der Gewalt das Weite suchten. Mitarbeiter der Vereinten Nationen, »die eigentlich den Auftrag hatten, vom Tsunami zerstörte Schulen wiederaufzubauen, haben Anweisung erhalten, stattdessen Toilettenanla-

gen für Bürgerkriegsflüchtlinge aufzubauen«, berichtete die *New York Times*.[36]

Im Juli 2006 gaben die Tamilischen Tiger bekannt, dass sie den Waffenstillstand offiziell als beendet betrachteten; der Wiederaufbau war gestoppt, der Krieg hatte wieder begonnen. In nicht einmal einem Jahr starben über 4000 Menschen bei Kämpfen nach dem Tsunami. Nur ein Bruchteil der von der Flutwelle zerstörten Häuser entlang der Ostküste waren wieder aufgebaut, doch unter den Neubauten waren bereits wieder Hunderte, deren Fassaden Geschosseinschläge aufwiesen; die Fenster waren bei Explosionen zersplittert, und Granateneinschläge hatten nagelneue Dächer weggefetzt.

Es ist unmöglich, zu bestimmen, in welchem Maß die Entscheidung, den Tsunami als Türöffner für den Katastrophen-Kapitalismus zu benutzen, zur Rückkehr des Bürgerkrieges beigetragen hat. Der Frieden war immer brüchig gewesen, auf beiden Seiten hatte Misstrauen vorgeherrscht. Eines schien jedoch sicher: Wenn der Frieden in Sri Lanka Wurzeln schlagen sollte, musste er die Vorteile des Krieges überwiegen, zu denen auch der greifbare wirtschaftliche Nutzen aus der Kriegsökonomie zählte, dass die Armee für die Familien ihrer Soldaten sorgt und die Tamilischen Tiger sich um die Angehörigen ihrer Kämpfer und Selbstmordattentäter kümmern.

Die gigantische Welle der Hilfsbereitschaft nach dem Tsunami hatte die seltene Chance auf eine echte Friedensdividende heraufbeschworen – die materielle Basis für eine fairere Verteilung des Reichtums im Land, für die Wiederherstellung schwergebeutelter Gemeinden, die nicht nur neue Gebäude und Straßen bedeutete, sondern auch neues Vertrauen. Statt all dem bekam Sri Lanka, wie der Irak, etwas, das Roland Paris,

Politikwissenschaftler an der University of Ottawa, »eine Friedensstrafe« genannt hat – die Überstülpung eines sich zu mörderischem Wettbewerb bekennenden Wirtschaftsmodells, das der Mehrheit der Bevölkerung das Leben just in dem Augenblick schwerer machte, als die Menschen Versöhnung und Spannungsabbau am meisten gebraucht hätten.[37] Der Frieden, der dem schwer getroffenen Sri Lanka angeboten wurde, war in Wirklichkeit ein Krieg eigener Art. Eine Fortsetzung des Bürgerkriegs versprach Land, Souveränität und Ruhm. Was hatte der korporatistische Frieden den Menschen zu bieten – außer der Gewissheit, ihr Land auf der Stelle zu verlieren, und John Varleys Aufzug in einer unbestimmten Zukunft?

Wo immer der Kreuzzug der Chicagoer Schule siegreich war, hat er auf Dauer eine Unterschicht geschaffen, die 25 bis 60 Prozent der Bevölkerung umfasst. Das ist immer eine Form von Krieg. Doch wenn dieses militante Wirtschaftsmodell, das Massenvertreibungen und die Entwurzelung von Kulturen einschließt, einem Land aufgezwungen wird, das unter den Zerstörungen einer Naturkatastrophe und an den Wunden eines ethnischen Konflikts leidet, drohen noch viel größere Gefahren. Wie Keynes schon vor so vielen Jahren prophezeite, hat ein punitiver Frieden dieser Art zwangsläufig politische Folgen – inklusive des Ausbruchs noch blutigerer Kriege.

KATASTROPHEN-APARTHEID

EINE WELT DER GRÜNEN UND ROTEN ZONEN

> Hängt die hartnäckige Fiktion an den Nagel, dass Katastrophen unterschiedslos zuschlagen – dass sie mit »demokratischem Rücksichtslosigkeit alles auf ihrem Weg plattmachen. Sie peilen sich ein auf die Besitzlosen, auf diejenigen, die gezwungen sind, ihr Leben in der Gefahrenschneise einzurichten. Bei Aids ist es genauso.
>
> Hein Marais, südafrikanischer Schriftsteller, 2006 [1]

> Katrina war nicht unvorhersehbar. Sie war die Folge einer politischen Struktur, die ihre Verantwortung an private Auftragnehmer delegiert und sich komplett ihrer Verantwortlichkeit entledigt.
>
> Harry Belafonte, Musiker und Menschenrechtsaktivist, September 2005 [2]

In der zweiten Septemberwoche 2005 hielt ich mich mit meinem Mann Avi und mit Andrew, mit dem ich zuvor den Irak bereist hatte, in New Orleans auf, um Dokumentaraufnahmen in der immer noch teilweise überschwemmten Stadt zu machen. Als die ab 18 Uhr geltende Ausgangssperre näherrückte, merkten wir, dass wir im Kreis herumfuhren, weil wir die Orientierung verloren hatten. Die Verkehrsampeln funktionierten nicht, und die Hälfte der Straßenschilder hatte der

Sturm davongeweht oder zu Boden gerissen. In vielen Straßen erschwerten Wasser und Treibgut die Durchfahrt, und die meisten der Leute, die einen Weg durch den Hindernisparcours zu finden versuchten, waren Auswärtige wie wir, die keine Ahnung hatten, wo es langging.

Der Unfall war ziemlich heftig: eine Kollision mit ungebremstem Tempo im rechten Winkel mitten auf einer großen Kreuzung. Unser Auto schleuderte gegen einen Ampelmast, durchbrach einen schmiedeeisernen Zaun und kam auf einer Hausveranda zum Stehen. Die Insassen beider Wagen kamen zum Glück mit leichten Verletzungen davon; dennoch hatte man mich, bevor ich es recht mitbekam, auf eine Trage geschnallt und im Rettungswagen abtransportiert. Trotz meiner Benommenheit war mir klar, dass ich, wohin auch immer der Notarztwagen mich bringen würde, dort nicht gut aufgehoben sein würde. Bilder von den Horrorszenen in der am Flughafen von New Orleans errichteten Behelfsklinik schossen mir durch den Kopf – es gab dort so wenige Ärzte und Schwestern, dass ältere Evakuierte stundenlang ohne jede Betreuung blieben, reglos in ihren Rollstühlen zusammengesunken. Ich dachte an das Charity Hospital, das über die beste öffentliche Notaufnahme in New Orleans verfügte und an dem wir einige Stunden zuvor vorbeigefahren waren. Es war während des Sturms überschwemmt worden, und das Personal hatte ohne elektrischen Strom darum gekämpft, die Patienten am Leben zu halten. Ich flehte die Sanitäter an, mich aussteigen zu lassen. Ich weiß noch, dass ich ihnen sagte, es gehe mir gut, »ganz ehrlich«, dann muss ich ohnmächtig geworden sein.

Ich kam zu mir, als wir in dem modernsten und ruhigsten Krankenhaus ankamen, das ich je erlebt habe. Im Gegen-

satz zu den anderen, mit evakuierten Flutopfern vollgestopften Kliniken der Stadt gab es im Ochsner Medical Center – das laut Werbung »ärztliche Behandlung mit Seelenfrieden« bot – bei weitem mehr Ärzte, Schwestern und medizinische Hilfskräfte als Patienten. Mir kam es so vor, als befände sich auf meiner makellosen Station nur eine Handvoll Patienten. Binnen Minuten war ich in einem geräumigen Einzelzimmer untergebracht, wo sich ein kleines Heer von Ärzten und Helfern meinen Schnittwunden und Prellungen widmete. Drei Schwestern holten mich wenig später ab, um meine Halswirbelsäule zu röntgen; ein Arzt, Südstaatler und Kavalier alter Schule, entfernte einige Glassplitter und vernähte die Wunde mit ein paar Stichen.

Für jemanden, der das öffentliche Gesundheitswesen in Kanada gewohnt ist, war dies alles eine vollkommen neue Erfahrung. Schon für einen Termin bei meinem Allgemeinmediziner ist eine Wartezeit von 40 Minuten normal. Hier befand ich mich im Zentrum von New Orleans – Schauplatz des größten Katastropheneinsatzes, den das US-Gesundheitssystem in letzter Zeit zu bewältigen hatte. Ein höflicher Verwaltungsmensch kam in mein Zimmer und erklärte mir: »In Amerika muss man für ärztliche Behandlung bezahlen. Es tut mir leid, meine Liebe – es ist wirklich schrecklich. Wir wünschen uns, wir hätten euer System. Füllen Sie einfach dieses Formular aus.«

Zwei Stunden später hätte ich mit Erlaubnis der Klinik meiner Wege gehen können, wäre nicht über das gesamte Stadtgebiet eine Ausgangssperre verhängt gewesen. »Das größte Problem«, erklärte mir ein privater Sicherheitsmann in der Lobby der Klinik, wo wir beide die Zeit totschlugen, »sind die gan-

zen Junkies; sie sind auf Entzug und wollen unbedingt in die Apotheke rein.«

Da die Apotheke zugesperrt war, musste ich froh sein, dass mir ein Assistenzarzt ein paar Schmerztabletten zuschob. Ich fragte ihn, wie es hier auf dem Höhepunkt der Sturmkatastrophe zugegangen sei. »Ich hatte zu der Zeit Gott sei Dank keinen Dienst«, antwortete er. »Ich wohne außerhalb.«

Als ich wissen wollte, ob er zu irgendeiner der Notunterkünfte gegangen sei, um zu helfen, schien er von der Frage überrascht und ein wenig peinlich berührt zu sein. »Auf die Idee bin ich gar nicht gekommen«, sagte er. Ich wechselte schnell das Thema, um auf, wie ich hoffte, unverfänglicheres Terrain zu kommen: Was würde aus dem Charity Hospital werden? Es stand finanziell auf so schwachen Beinen, dass es schon vor dem Sturm eher schlecht als recht funktioniert hatte, und in der Stadt wurde bereits darüber spekuliert, dass es nach den erlittenen Flutschäden den Betrieb gar nicht wieder aufnehmen würde. »Sie sollten es unbedingt wieder eröffnen«, meinte er. »Wir können diese Leute hier nicht behandeln.«

Mir dämmerte jetzt, dass dieser liebenswürdige Jungarzt, ebenso wie die eines exklusiven Kurorts würdige Behandlung, die mir gerade zuteil geworden war, genau jene Kultur verkörperte, die den Albtraum des Hurrikans Katrina möglich gemacht hatte, eine Kultur, die die ärmsten Bewohner von New Orleans dem Absaufen überantwortet hatte. Als Absolvent einer privaten medizinischen Hochschule und anschließend als Praktikant in einer Privatklinik war der junge Mann einfach darauf geeicht, in den nicht krankenversicherten, überwiegend afroamerikanischen Bürgern von New Orleans nicht

seine potenziellen Patienten zu sehen. Das war schon vor dem Sturm so gewesen und galt auch jetzt noch, nachdem Katrina New Orleans zu einer einzigen Notaufnahmestation gemacht hatte. Gewiss taten die Flutopfer ihm leid, doch das änderte nichts daran, dass er in ihnen nicht seine potenziellen Patienten sehen konnte.

Als Katrina über New Orleans hereinbrach, rückte der krasse Kontrast zwischen der Welt des Ochsner Medical Center und der des Charity Hospital plötzlich in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Die Wohlhabenden setzten sich in ihre Autos, verließen die Stadt, mieteten sich irgendwo in einem Hotel ein und riefen ihre Versicherung an. Die 120 000 Bewohner von New Orleans, die kein Auto hatten und davon abhängig waren, dass die Verwaltung ihre Evakuierung organisierte, warteten vergeblich auf Hilfe. In ihrer Verzweiflung malten sie SOS-Botschaften auf ihre Dächer oder funktionierten ihre Kühlschranktüren zu Flößen um. Diese Bilder schockierten die Welt; zwar hatten sich die meisten von uns mit der alltäglichen stillen Diskriminierung abgefunden – dass die einen Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Schulen mit vernünftiger Ausrüstung haben und die anderen nicht –, aber man ging doch noch davon aus, dass in Katastrophenfällen andere Regeln galten. Man hielt es für ausgemacht, dass bei einem verheerenden Naturereignis – zumindest in einem so reichen Land – der Staat den Betroffenen zu Hilfe kommen würde. Die Bilder aus New Orleans zeigten, dass diese verbreitete Überzeugung – dass bei Katastrophen selbst der halbabschneiderischste Kapitalismus so etwas wie eine Auszeit nimmt, während derer wir alle zusammenrücken und die Verwaltung in den Turbomodus schaltet – nicht mehr

der Realität entsprach, sondern hier ohne öffentliche Debatte ein Paradigmenwechsel stattgefunden hatte.

Es tat sich ein kurzes Zeitfenster von zwei bis drei Wochen auf, in denen es den Anschein hatte, das Absaufen von New Orleans könne und werde jene wirtschaftliche Logik in eine Krise stürzen, die mit ihren erbarmungslosen Angriffen auf die staatlichen Institutionen die Katastrophe für die Menschen entscheidend verschlimmert hatte. »Der Wirbelsturm demonstrierte die Folgen der Lügen und Mystifizierungen des Neoliberalismus alle gleichzeitig und an einem einzigen Schauplatz«, kommentierte der Politologe und gebürtige New Orleanser Adolph Reed jr.[3] Die Tatsachen, die hier aufgezeigt wurden, sind hinreichend bekannt – von den nie instandgesetzten Dämmen über den unterfinanzierten öffentlichen Nahverkehr, der im Moment der Katastrophe versagte, bis zu der Tatsache, dass die Vorstellungen der Stadtverwaltung hinsichtlich Katastrophenvorsorge sich darin erschöpften, dass man DVDs verteilt hatte, die den Leuten den Ratschlag erteilten, bei einem heraufziehenden Wirbelsturm die Stadt zu verlassen.

Dann gab es da noch die Federal Emergency Management Agency (FEMA), ein Testlabor für die von der Regierung Bush propagierte Vision eines von Privatunternehmen am Laufen gehaltenen Staats. Im Sommer 2004, über ein Jahr vor Katrina, beantragte der Bundesstaat Louisiana bei der FEMA Mittel für die Erarbeitung eines umfassenden Vorsorgeplans für den Fall eines verheerenden Wirbelsturms. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Durchführung von Vorbeugemaßnahmen zur Abmilderung der Folgen schwerer Katastrophen gehörte zu den Programmen, die unter Präsident Bush zusammengestrichen

worden waren. Andererseits vergab die FEMA im selben Sommer einen 500 000-Dollar-Auftrag an ein Privatunternehmen namens Innovative Emergency Management (IEM). Aufgabe der Firma war es, einen »Katastrophenplan für das südöstliche Louisiana und die Stadt New Orleans für den Fall eines verheerenden Hurrikans« zu erarbeiten.[4]

IEM scheute keine Kosten. Man versammelte mehr als hundert Experten, und als das Geld ausging, wandte man sich mit der Bitte um einen Nachschlag an die FEMA; am Ende verdoppelte sich die Rechnung für das Planspiel auf eine Million Dollar. Die Firma lieferte Szenarien für eine Massenevakuierung von New Orleans, in denen alles Erdenkliche vorkam, von Trinkwasserlieferungen bis zur Anfrage an benachbarte Städte, unbebaute Grundstücke zu benennen, die im Katastrophenfall für die Errichtung von Wohnwagendörfern genutzt werden konnten – alles vernünftige Dinge, die allerdings nicht passierten, als der in dem Szenario unterstellte schwere Hurrikan dann tatsächlich kam. Was nicht zuletzt daran lag, dass acht Monate, nachdem die beauftragte Firma ihre Empfehlungen vorgelegt hatte, noch nichts zu deren Realisierung unternommen worden war. »Es stand kein Geld zur Verfügung, um die Empfehlungen umzusetzen«, erklärte Michael Brown, der damalige FEMA-Chef.[5] Diese Geschichte ist bezeichnend für die Schieflage des Staates, die unter Bush Schule machte: ein schwacher, unterfinanzierter, ineffektiver öffentlicher Sektor auf der einen Seite und parallel dazu eine mit großzügigen Finanzspritzen errichtete privatwirtschaftliche Infrastruktur. Wenn es darum geht, Privatfirmen Aufträge zu erteilen, gibt es beim Geld nach oben keine Grenze; wenn hingegen die Finanzierung grundlegender staatlicher Aufga-

ben ansteht, wird auf leere Kassen verwiesen. – Die amerikanische Bundesregierung erwies sich, als Katrina zuschlug, im eigenen Land ebenso als leere Hülle wie die US-Besatzungsbehörde im Irak. In der Tat war sie so gründlich weggetreten, dass die FEMA offenbar nicht einmal in der Lage war, den Superdome in New Orleans zu lokalisieren, in dem 23 000 Menschen ohne Lebensmittel und Wasser kampierten – während Fernsehteams aus aller Welt bereits seit Tagen von dort berichteten.

Einige überzeugte Anhänger der Ideologie einer freien Marktwirtschaft wurden von dem öffentlichen Spektakel dieser »Kann-nichts-tun-Regierung«, wie Paul Krugman, Kolumnist der *New York Times*, sie nannte, in eine Glaubenskrise gestürzt. »Die gebrochenen Dämme in New Orleans werden für den Neokonservatismus ebenso dauerhafte und tiefe Konsequenzen haben, wie der Fall der Berliner Mauer sie auf den sowjetischen Kommunismus hatte«, schrieb der reumütige Anhänger Martin Kelly in einem Essay, der weite Verbreitung fand. »Es steht zu hoffen, dass alle, die der Ideologie Vorschub leisteten, ich selbst eingeschlossen, sehr viel Zeit haben werden, um über unsere Irrtümer nachzudenken.« Selbst Ikonen des Neokonservatismus wie Jonah Goldberg flehten den »starken Staat« an, zu Hilfe zu eilen: »Wenn eine Stadt im Meer versinkt und das Faustrecht unangefochten regiert, sollte gewiss der Staat auf den Plan treten.«[6]

Keine Spuren solcher Zerknirschtheit ließen sich bei der Heritage Foundation beobachten, dem Sammelbecken für treue Jünger des Friedmanismus. Katrina sei eine Tragödie, doch »auch eine Gelegenheit«, wie Milton Friedman selbst in einem Aufmacher für das *Wall Street Journal* schrieb. Am

13. September 2005 – zwei Wochen nachdem die Dämme von New Orleans gebrochen waren – veranstaltete die Heritage Foundation eine Konferenz gleichgesinnter Ideologen und republikanischer Kongressabgeordneten. Heraus kam eine Liste von »Pro-marktwirtschaftlichen Ideen für den Umgang mit Wirbelsturm Katrina und den hohen Benzinpreisen« – 32 Vorschläge insgesamt, jeder stracks aus dem Katechismus der Chicagoer Schule und alle unter dem Begriff »Hurrikan-Hilfe« zusammengefasst. Die ersten drei Empfehlungen lauteten: »automatische Aufhebung des Davis-Bacon-Gesetzes zum ortsüblichen Lohn in Katastrophengebieten«, eine Bezugnahme auf ein Gesetz, das Unternehmen bei der Ausführung staatlicher Aufträge dazu verpflichtet, einen Mindestlohn zu zahlen; »die gesamte betroffene Region zu einer freien Wirtschaftszone mit Einheitssteuersatz erklären«; und »die gesamte Region zu einer Zone des wirtschaftlichen Wettbewerbs machen (mit umfassenden steuerlichen Anreizen und Abbau von Vorschriften)«. Eine andere Forderung lautete, Eltern müssten Gutscheine erhalten, die sie an Charter Schools einlösen konnten.[7] Alle diese Maßnahmen wurden in derselben Woche von Präsident Bush verkündet. Er sah sich später gezwungen, die arbeitsrechtlichen Standards wiederherzustellen, doch die beauftragten Firmen ignorierten sie weitgehend.

Auf der Konferenz wurden noch weitere Ideen ausgebrütet, die die Unterstützung des Präsidenten fanden. Klimaforscher haben einen direkten Zusammenhang zwischen der zunehmenden Intensität von Wirbelstürmen und der Erwärmung der Weltmeere nachgewiesen.[8] Doch das hinderte die von der Heritage Foundation berufene Gruppe nicht daran, dem Kon-

gress die Suspendierung von Umweltschutz-Bestimmungen entlang der Golfküste zu empfehlen und Genehmigungen für den Bau neuer Ölraffinerien in den USA und grünes Licht für Tiefbohrungen in den Naturschutzgebieten von Alaska zu fordern.[9] Alle diese Aktionen würden den Ausstoß von Treibhausgasen erhöhen, die den größten auf das Konto der Menschheit gehenden Beitrag zur Klimaerwärmung leisten, doch der US-Präsident machte sie sich sogleich unter dem Vorwand zu eigen, dies seien Maßnahmen gegen die Folgen von Katrina.

Innerhalb weniger Wochen wurde die amerikanische Golfküste zu einem einheimischen Testlabor für dieselbe Art von Übernahme staatlicher Aufgaben durch Privatunternehmen, die im Irak Premiere gefeiert hatte. Die Firmen, die die dicksten Verträge an Land zogen, waren bestens bekannt aus Bagdad: Die Halliburton-Tochter KBR bekam einen 60-Millionen-Dollar-Auftrag zum Wiederaufbau von Militärstützpunkten entlang der Küste, Blackwater erhielt den Zuschlag für die Aufgabe, FEMA-Mitarbeiter vor Plünderern zu schützen. Parsons, berüchtigt für seine schlampige Arbeit im Irak, konnte sich den Bau einer großen Brücke in Mississippi einbringen. Fluor, Shaw, Bechtel und CH2M Hill, allesamt auch führende Auftragnehmer im Irak, erhielten von der Regierung Aufträge für die Aufstellung von Wohncontainern für Evakuierte, und dies nur zehn Tage nach dem Brechen der Dämme. Diese Verträge summierten sich auf insgesamt 3,4 Milliarden Dollar, eine offene Ausschreibung fand nicht statt.[10]

Wie zu der Zeit von vielen bemerkt und kommentiert, hatte es in den Tagen nach dem Hurrikan den Anschein, als habe jemand die Bagdader Grüne Zone vom Tigris an die Mündung des Mississippi gehievt. Die Parallelen waren unüber-

sehbar. So heuerte die Firma Shaw als Speerspitze ihrer Katrina-Mission den früheren Kommandeur der Stabsstelle der U.S. Army für den Wiederaufbau im Irak an. Fluor entsandte seinen ranghöchsten Projektmanager direkt aus dem Irak ins Überschwemmungsgebiet. »Unsere Wiederaufbauarbeit im Irak geht zurück, sodass wir einige Mitarbeiter für unseren Einsatz in Louisiana abziehen konnten«, erklärte ein Sprecher des Unternehmens. Joe Allbaugh, dessen Firma New Bridge Strategies versprochen hatte, Wal-Mart und 7-Eleven in den Irak zu bringen, war als Lobbyist in viele Auftragsvergaben eingeschaltet. Die Ähnlichkeiten waren so verblüffend, dass so mancher kurzfristig aus Bagdad nach Louisiana versetzte Söldner Probleme hatte, sich zu orientieren. Als der Reporter David Enders einen bewaffneten Wachmann, der vor einem Hotel in New Orleans Dienst tat, fragte, ob viel los gewesen sei, lautete die Antwort: »Nein. Riecht hier ziemlich nach Grüner Zone.«[11]

Auch anderswo roch es nach Grüner Zone. Als Ermittler des US-Kongresses Stichproben machten, stießen sie bei Firmen, die Aufträge im Gesamtwert von 8,75 Milliarden Dollar abwickelten, auf »deutlich überhöhte Preise, Verschwendung oder Misswirtschaft«.[12] (Dass in New Orleans genau dieselben Missstände auftraten wie zuvor im Irak, dürfte die Behauptung ad absurdum führen, die Besatzungspolitik im Irak sei lediglich eine Kette von Ungeschicklichkeiten und Fehlern gewesen, verursacht durch Inkompetenz und mangelnde Kontrolle. Wenn dieselben Fehler immer und immer wieder begangen werden, ist es an der Zeit, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass es sich gar nicht um Fehler handelt.)

Wie im Irak, blieb auch in New Orleans keine Gelegen-

heit, Gewinne zu erzielen, ungenutzt. Die Firma Kenyon, eine Tochtergesellschaft des Bestattungskonzerns Service Corporation International (einer der großen Geldgeber für den Bush-Wahlkampf), erhielt den Auftrag, in den überschwemmten Häusern und Straßen die Toten einzusammeln. Die Firma kam mit der Arbeit außerordentlich langsam voran, sodass manchenorts Leichen tagelang in der brütenden Sonne verwesten. Mitarbeiter von Hilfsdiensten und einheimische Bestatter, die ihre ehrenamtliche Mitarbeit anboten, wurde verboten einzuspringen, denn jeder von ihnen versorgte Tote hätte ein Vordringen auf das geschäftliche Terrain von Kenyon bedeutet. Das Unternehmen hat dem Staat durchschnittlich 12 500 Dollar pro Leichnam in Rechnung gestellt; inzwischen wurden Vorwürfe laut, viele der Leichname nicht ordnungsgemäß registriert und beschriftet zu haben. Fast ein Jahr nach Katrina wurden in New Orleans noch immer verweste Leichen auf Dachböden gefunden.[13]

Und noch ein Duft von Grüner Zone: Einschlägige Erfahrung spielte offenbar häufig keine Rolle bei der Zuteilung von Aufträgen. So heißt es über die Firma AshBritt, die eine halbe Milliarde Dollar bekam, um Schutt abzutransportieren, sie habe keinen einzigen Kipplaster besessen und den gesamten Auftrag durch Subunternehmer erledigen lassen.[14] Noch Erstaunlicheres geschah bei der Auswahl des Unternehmens, dem die FEMA 5,2 Millionen Dollar für die wichtige Aufgabe bezahlte, in St. Bernard Parish, einem Vorort von New Orleans, ein Basislager für Notdienst-Einsatzkräfte zu errichten. Die Arbeiten blieben hinter dem Zeitplan zurück, das Lager wurde nie fertig. Als daraufhin Ermittlungen über den Auftragnehmer angestellt wurden, kam heraus,

dass die Firma Lighthouse Disaster Relief in Wahrheit eine religiöse Gruppierung war. »Das Ähnlichste, was ich je gemacht habe, ist, dass ich mal für meine Kirche ein Jugendlager organisiert habe«, gab der Direktor von Lighthouse, Pastor Gary Heldreth, zu.[15]

Wie im Irak, spielte auch in New Orleans der Staat nur die Rolle eines Bankomaten, der allerdings nicht nur für Abhebungen, sondern auch für Einzahlungen eingerichtet war. Unternehmen zogen Geld heraus, indem sie sich Großaufträge angelten, revanchierten sich dann aber nicht mit zuverlässiger Qualitätsarbeit, sondern mit Wahlkampfspenden und/oder loyalen Hilfstruppen für den nächsten Wahlkampf. (Laut *The New York Times* haben »die 20 größten Auftragnehmer für Dienstleistungen seit 2000 fast 300 Millionen Dollar für Lobbyarbeit ausgegeben und 23 Millionen Dollar für Wahlkämpfe gespendet«. Die Regierung Bush wiederum erhöhte die Summe der an private Auftragnehmer ausgeschütteten Mittel zwischen 2000 und 2006 um rund 200 Milliarden Dollar.)[16]

Noch etwas anderes erschien vertraut: die Abneigung der Vertragsfirmen, Einheimische als Mitarbeiter einzustellen, die im Wiederaufbau von New Orleans vielleicht nicht nur einen Job gesehen hätten, sondern einen Beitrag zur Wiederherstellung und Wiederbelebung ihres Gemeinwesens. Es wäre Washington ein Leichtes gewesen, jeden Katrina-Auftrag an die Bedingung zu knüpfen, dass die betreffenden Unternehmen Einheimische zu angemessenen Löhnen beschäftigen, und diesen so zu helfen, ihr Leben neu aufzubauen. Stattdessen verdammte man die Bewohner der Golfküste, ähnlich wie die Menschen im Irak, dazu, als unbeteiligte Zuschauer mitzuerleben, wie auswärtige Firmen einen Wirtschaftsboom anheiz-

ten, der auf großzügig ausgeschütteten Steuergeldern und gelockerten Vorschriften basierte.

Die voraussehbare Folge war, dass für die Leute, die die eigentliche Arbeit machten, fast nichts mehr übrig blieb, nachdem sämtliche kaskadenförmig eingeschalteten Subunternehmer ihren Schnitt gemacht hatten. Der Autor Mike Davis demonstrierte das an folgendem Beispiel: Die FEMA zahlte der Firma Shaw für die Abdichtung beschädigter Hausdächer mit blauen Planen 175 Dollar pro Quadratfuß, obwohl der Staat die Planen kostenlos bereitstellte. Nachdem alle eingeschalteten Subunternehmer ihre Rechnungen geschrieben hatten, erhielten die Arbeiter, die die Planen tatsächlich festmachten, gerade noch 2 Dollar pro Quadratfuß. »Mit anderen Worten, jedes Glied in der Auftragnehmer-Nahrungskette wird auf groteske Weise gemästet, nur nicht die unterste Ebene«, schrieb Davis, »wo die eigentliche Arbeit gemacht wird.«[17]

Wie eine Untersuchung ergab, waren 25 Prozent »der beim Wiederaufbau der Stadt eingesetzten Arbeiter Einwanderer ohne Papiere, nahezu alle hispanischer Herkunft, und sie verdienten deutlich weniger Geld als legale Arbeitskräfte«. Im Staat Mississippi wurde ein Musterprozess gegen mehrere Unternehmen angestrengt, der damit endete, dass sie Immigranten Hunderttausende Dollar an rückständigen Löhnen nachzahlen mussten. Manche dieser Arbeiter hatten überhaupt kein Geld gesehen. Auf einer von Halliburton/KBR betriebenen Baustelle wurden nicht ordnungsgemäß angemeldete Arbeiter, wie sie berichteten, von ihrem Chef (einem Sub-Subunternehmer) mitten in der Nacht geweckt, weil angeblich Beamte der Einwanderungsbehörde zu ihnen unterwegs waren. Die meisten der Männer suchten das Weite, um einer

Verhaftung zu entgehen, mussten sie doch befürchten, in einem der neuen Gefängnisse für illegale Einwanderer zu landen, die Halliburton/KBR im Auftrag der Bundesregierung gerade baute.[18] *

Die Übervorteilung der Benachteiligten, im Namen von Wiederaufbau und Katastrophenhilfe bewerkstelligt, war damit noch nicht zu Ende. Um die zig Milliarden, die durch Aufträge und Steuerkürzungen an Privatunternehmen gegangen waren, zu kompensieren, kündigte der von Republikanern dominierte Kongress im November 2005 an, dass beim US-Haushalt 40 Milliarden Dollar eingespart werden müssten. Zu den Programmen, bei denen deutlich gekürzt wurde, gehörten Ausbildungsdarlehen für Studenten, Medicaid und die Ausgabe von Lebensmittelmarken.[19] Mit anderen Worten: Die Ärmsten im Lande zahlten doppelt für die Goldgrube der privaten Auftragnehmer – einmal, indem die für die Katrina-Schäden bereitgestellten Mittel unkontrolliert in die Kassen von Privatunternehmen flossen, ohne dass angemessene Arbeitsplätze oder funktionierende öffentliche Dienstleistungen dabei herauskamen, und zum anderen dadurch, dass die wenigen staatlichen Programme, die direkt den Erwerbslosen und den schlechter Verdienenden zugutekamen, bundesweit zusammengestrichen wurden, damit der Staat die aufgeblähten Rechnungen der Privatwirtschaft bezahlen konnte.

---

* Noch sind keine eingehenden Untersuchungen zu den Arbeitsbedingungen in New Orleans durchgeführt worden, doch das Advancement Project, eine Bürgerinitiative aus der Stadt, schätzt, dass 60 Prozent der hier eingesetzten Immigranten mindestens für einen Teil der geleisteten Arbeit nicht bezahlt worden sind.

Es ist noch nicht so lange her, da waren Katastrophen Momente der sozialen Einebnung, seltene Momente, in denen pluralistische Gemeinwesen Trennendes beiseiteschoben und alle an einem Strang zogen. Heute bewirken Katastrophen zunehmend das Gegenteil und geben einen Ausblick auf eine grausame und rücksichtslos dichotomisierte Zukunft, in der Geld und ethnische Zugehörigkeit über das Überleben entscheiden.

Die Grüne Zone in Bagdad ist die unverhohlenste Umsetzung dieser Weltordnung. Sie hat ihre eigene Stromversorgung, ihr eigenes Telefonnetz, ihr eigenes Abwassersystem, ihre eigene Treibstoffversorgung und ihr eigenes supermodernes Krankenhaus mit blitzblanken Operationssälen – all das geschützt durch fünf Meter starke Mauern. Sie vermittelt die surreale Aura eines gigantischen gepanzerten Kreuzfahrtschiffs, das inmitten eines Meers von Gewalt und Verzweiflung ankert. Die brodelnde Rote Zone ist der Irak. Auf diejenigen, die es schaffen an Bord zu kommen, warten Swimmingpools mit Cocktailbar, schlechte Hollywood-Filme und Nautilus-Trimmgeräte. Wer hingegen nicht zu den Auserwählten gehört, dem kann es passieren, dass er erschossen wird, nur weil er der Mauer zu nahe gekommen ist.

Überall im Irak sind die extrem unterschiedlichen Werte, die den verschiedenen Kategorien von Menschen beigemessen werden, ungeschminkt zu sehen. Für Leute aus dem Westen und ihre irakischen Kollegen gibt es Kontrollpunkte am Eingang zu ihren Straßen, Bombenschutzmauern vor ihren Häusern, kugelsichere Kleidung und private Sicherheitsdienste, die rund um die Uhr abrufbar sind. Wenn sie sich im Land bewegen, tun sie dies in bedrohlich anmutenden gepanzerten

Konvois und in Begleitung schwerbewaffneter Söldner, die mit ihren aus den Fenstern ragenden Gewehren die Umgebung ins Visier nehmen, jederzeit bereit, gemäß ihrem vorrangigen Auftrag »den Chef zu schützen«. Mit jeder ihrer Bewegungen senden sie dieselbe großspurige Botschaft aus: Wir sind die Auserwählten; unser Leben ist unendlich kostbarer als eures. Angehörige der irakischen Mittelschicht klammern sich an die nächst tiefere Sprosse der Leiter: Sie können es sich leisten, sich persönlichen Schutz durch lokale Milizen zu erkaufen oder auch Lösegeld an Entführer zu bezahlen, um ein Familienmitglied freizubekommen. Für die große Mehrheit der Iraker hingegen gibt es überhaupt keinen Schutz. Sie sind auf den Straßen der Stadt jeder erdenklichen Gefahr und Gewalt ausgesetzt, zwischen ihrem Körper und der nächsten Autobombe ist nichts als ein dünnes Stück Stoff. Im Irak bekommen die Glücklichen Kevlar, alle anderen Gebetsketten.

Zuerst glaubte ich, das Phänomen Grüne Zone sei etwas Einzigartiges, hervorgebracht durch den Irakkrieg. Heute, nachdem ich jahrelang andere Katastrophengebiete bereist habe, ist mir klar, dass die Grüne Zone zwangsläufig überall dort entsteht, wo sich der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex niederlässt, und zwar stets mit derselben krassen Abschottung der Eingeschlossenen von den Ausgeschlossenen, der Geschützten von den Vogelfreien.

Es geschah in New Orleans. Nach dem Wirbelsturm und der Überschwemmung verwandelte sich eine vorher schon gespaltene Stadt in ein Schlachtfeld zwischen eingezäunten Grünen Zonen und tumultuösen Roten Zonen – eine Folge nicht der Flutschäden, sondern der vom US-Präsidenten favorisierten »marktwirtschaftlichen Lösungen«. Die Regierung

Bush erlaubte es nicht, dass Hilfsgelder für die Bezahlung von Gehältern und Löhnen im öffentlichen Dienst herangezogen wurden. Daher musste die Stadt New Orleans, der die Steuereinnahmen wegbrachen, in den Monaten nach Katrina 3000 Angestellte entlassen. Unter ihnen waren 16 Mitarbeiter der Stadtplanungsbehörde – sie wurden genau in dem Augenblick gefeuert, als New Orleans fähige Planungsstäbe dringend gebraucht hätte. Stattdessen flossen Millionen Steuerdollar an auswärtige Beraterfirmen, darunter etliche im Immobiliensektor tätige Großunternehmen.[20] Und natürlich wurden auch Tausende Lehrer entlassen, womit der Weg freigemacht wurde für die Umwandlung Dutzender staatlicher Schulen in Charter Schools – genau wie Friedman gefordert hatte.

Fast zwei Jahre nach dem Sturm war das Charity Hospital noch immer geschlossen. Das Justizwesen funktionierte nur rudimentär, und die privatisierte Elektrizitätsgesellschaft Entergy hatte es nicht geschafft, wieder die ganze Stadt mit Strom zu versorgen. Mit der Drohung, die Strompreise drastisch zu erhöhen, trotzte das Unternehmen der Bundesregierung einen umstrittenen Sonderzuschuss von 200 Millionen Dollar ab. Die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe wurden ausgeweidet und mussten fast die Hälfte ihrer Mitarbeiter entlassen. Die große Mehrzahl der im öffentlichen Besitz befindlichen Wohngebäude stand weiterhin leer und war mit Brettern vernagelt, die zuständige Bundesbehörde bestimmte 5000 Wohneinheiten zum Abriss.[21] Ähnlich wie die Tourismuslobby in Asien, die sich nichts sehnlicher wünschte, als die Fischerdörfer vom Strand wegzubekommen, hatte die einflussreiche Fremdenverkehrslobby von New Orleans ein Auge auf die kommunalen Wohnsiedlungen geworfen, von denen

sich mehrere in A-Lagen in der Nähe des French Quarter, der touristischen Hauptattraktion der Stadt, befanden.

Endesha Juakali, die zusammen mit anderen vor St. Bernard Public Housing, einer der brettervernagelten Wohnsiedlungen, ein Protestcamp errichtet hatte, erklärte mir: »Sie hatten seit langem schon Pläne für St. Bernard, aber solange noch Leute hier wohnten, konnten sie sie nicht umsetzen. Also haben sie die Katastrophe als Möglichkeit genutzt, um das Viertel zu säubern, den Zeitpunkt, als die Bewohner am schwächsten waren … Dies ist eine hervorragende Wohnlage für größere Projekte und Eigentumswohnungen. Das einzige Problem ist, dass all diese armen Schwarzen draufhocken.«[22]

Zusammen mit den Schulen, den Wohnblocks, den Krankenhäusern, dem öffentlichen Nahverkehr und der Versorgung mit sauberem Wasser in vielen Teilen der Stadt sollte die öffentliche Infrastruktur von New Orleans nicht wiederaufgebaut werden – sie wurde ausgelöscht, und der Sturm diente dafür als Vorwand. In einem früheren Stadium kapitalistischer »kreativer Zerstörung« haben große Teile der Vereinigten Staaten ihre industriellen Fertigungsstätten eingebüßt und sind zu Rostgürteln mit stillgelegten Fabriken und heruntergekommenen Wohngebieten degeneriert. Das New Orleans nach Katrina könnte zum ersten westlichen Beispiel einer neuen Form urbaner Verwüstung werden: dem Schimmelgürtel, entstanden durch das tödliche Zusammentreffen von verwitterter Infrastruktur und Wetterextremen.

Die amerikanische Vereinigung der Bauingenieure stellte 2007 fest, die Vereinigten Staaten seien bei der Wartung und Erhaltung ihrer Infrastruktur – Straßen, Brücken, Schulen, Staudämme – so weit ins Hintertreffen geraten, dass binnen

fünf Jahren mehr als 1,5 Billionen Dollar aufgewendet werden müssten, um alles wieder in Schuss zu bringen. Stattdessen werden die für diese Zwecke bestimmten Mittel sogar noch gekürzt.[23] Gleichzeitig sind die Infrastrukturen überall auf der Welt durch Wirbelstürme, Tornados, Überschwemmungen, Erdrutsche und Waldbrände, die an Zahl und Intensität zunehmen, immer stärkeren, nie da gewesenen Belastungen ausgesetzt. Man kann sich unschwer vorstellen, dass künftig in immer mehr Städten die aufgrund langjähriger Vernachlässigung brüchig und instabil gewordenen technischen Infrastrukturen durch eine Naturkatastrophe außer Gefecht gesetzt werden und dann verrotten, weil die Mittel für eine Wiederherstellung fehlen. Die Wohlhabenden werden sich derweil in eingezäunte Wohnsiedlungen zurückziehen und sich das, was sie an Dienstleistungen brauchen, von privaten Firmen besorgen lassen.

Erste Vorzeichen einer solchen Zukunft ließen sich schon zu Beginn der Wirbelsturmsaison 2006 beobachten. Innerhalb nur eines Jahres war die auf Katastrophenhilfe spezialisierte Branche geradezu explodiert; eine Unzahl von neuen Firmen waren auf den Plan getreten, die für den Fall der nächsten großen Naturkatastrophe Schutz und Sicherheit versprachen. Eines der ehrgeizigeren Geschäftsprojekte dieser Art startete eine Fluglinie mit Sitz in West Palm Beach, Florida: Help Jet brüstet sich mit dem »ersten Plan zur Rettung vor Wirbelstürmen, der eine Evakuierung in einen Jetset-Urlaubstrip verwandelt«. Wenn ein schwerer Sturm aufzieht, bucht die Fluglinie für ihre Kunden einen Urlaub in einer Fünf-Sterne-Ferienanlage mit Golfplatz, in einem Wellnessbad oder in Disneyland. Sobald die Reservierung bestätigt ist, werden die

Kunden in einem Luxus-Privatjet aus der hurrikangefährdeten Zone ausgeflogen. »Kein Schlangestehen, kein Stress im Gedränge, einfach nur ein erstklassiges Erlebnis, das aus einem Problem einen Urlaub macht … Genießen Sie das Gefühl, den üblichen Albtraum einer Hurrikan-Evakuierung zu vermeiden.«[24]

Den vielen, die zurückbleiben, winkt eine Privatisierungslösung ganz anderer Art. Das amerikanische Rote Kreuz unterzeichnete 2006 einen Vertrag mit der Supermarktkette Wal-Mart über eine neue Zusammenarbeit im Katastrophenfall. »Es wird alles in die Hände privater Unternehmen übergehen«, sagte Billy Wagner, Leiter des Notstandsmanagements für die Florida Keys. »Die haben das Fachwissen. Die haben die Kapazitäten.« Er sprach auf der alljährlich in Orlando, Florida, stattfindenden National Hurricane Conference, einer rasch wachsenden Fachmesse, auf der sich kommerzielle Anbieter mit allem und jedem präsentieren, was im Katastrophenfall nützliche Dienste leisten könnte. »Manche Leute hier sagen: ›Mann, da läuft das ganz große Geschäft. Da bin ich dabei. Ich steige aus der Landschaftsgärtnerei aus und mache eine Firma für den Abtransport von Hurrikanschutt auf‹«, berichtete Dave Blandford, ein Aussteller, der auf der Messe seine »sich selbst erwärmenden Fertigmahlzeiten« präsentierte.[25]

Ein großer Teil der privaten Katastrophenbranche ist mit Hilfe von Steuergeldern aufgebaut worden, dank des Booms, den der privatisierte Wiederaufbau vom Krieg verwüsteter Gebiete erlebt hat. Die Großen unter den Auftragnehmern, die im Irak und in Afghanistan als »Primusse« agierten, ge-

raten zunehmend unter politischen Beschuss, weil sie einen großen Teil der ihnen aus den Regierungsverträgen zufließenden Summen innerbetrieblich einsetzen – zwischen 20 und 55 Prozent laut einer 2006 bei Irak-Auftragnehmern durchgeführten Wirtschaftsprüfung.[26] Erhebliche Teile dieser Mittel sind – völlig legal – in teure Investitionen zur Verbesserung der firmeneigenen Infrastruktur geflossen – bei Bechtel in Bataillone schwerer Erdbewegungsmaschinen, bei Halliburton in Flugzeuge und Lastwagenflotten, bei L-3, CACI und Booz Allen in Abhör- und Überwachungstechnik.

Das drastischste Beispiel waren jedoch die Investitionen von Blackwater in eine eigene paramilitärische Infrastruktur. Das 1996 gegründete Unternehmen hat den stetigen Strom von Aufträgen, die ihm unter der Präsidentschaft von George W. Bush zuteil wurden, zum Aufbau einer Privatarmee genutzt, die 20 000 jederzeit abrufbare Söldner und einen eindrucksvollen militärischen Stützpunkt in North Carolina umfasst, dessen Wert auf 40 bis 50 Millionen Dollar geschätzt wird. Einem Zeitungsbericht zufolge verfügt Blackwater derzeit über folgende Kapazitäten: »Eine expandierende Logistiksparte, die 100 oder 200 Tonnen Hilfspakete für humanitäre Krisenherde schneller ausliefern kann als das Rote Kreuz. Eine in Florida ansässige Luftfahrtabteilung mit 26 verschiedenen Typen von Fluggerät, vom Kampfhubschrauber bis zur Boeing 767. Die Firma hat sogar einen Zeppelin. Dazu den größten Übungsparcours des Landes für taktisches Fahrtraining … Einen acht Hektar großen künstlichen See mit auf Pontons montierten Frachtcontainern, die mit Schiffsrelings und Bullaugen ausstaffiert sind und an denen das Entern feindlicher Schiffe geübt wird. Ein Hunde-Trainingszentrum, von dem aus momen-

tan 80 Staffeln in aller Welt im Einsatz sind … Eine 1000-Meter-Schießbahn für das Scharfschützentraining.«[27] *

Eine rechtsstehende US-Zeitschrift charakterisierte die Firma Blackwater als »al-Qaida für die guten Jungs«.[28] Die Analogie verschlägt einem den Atem. Überall wo sich der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex niedergelassen hat, hat er zu einer Ausbreitung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppierungen geführt. Verwunderlich ist das kaum: Wenn Leute, die nichts von Regierungen halten, ein Land wiederaufbauen, muss zwangsläufig ein schwacher Staat herauskommen, und dann entsteht ein Markt für alternative Sicherheitskräfte, ob sie nun Hisbollah, Blackwater oder Mahdi-Armee heißen oder ob es eine Straßenbande in New Orleans ist.

Diese privatisierte Parallel-Infrastruktur geht weit über Polizeiaufgaben hinaus. Wenn man die von privaten Auftragnehmern während der Bush-Jahre aufgebaute Infrastruktur als Ganzes betrachtet, erkennt man einen voll ausgebildeten Staat im Staate, der ebenso stark und handlungsfähig ist wie

---

* Zu den besorgniserregendsten Aspekten dieser Branche gehört ihre offene politische Parteinahme. Blackwater zum Beispiel ist eng mit der Bewegung der US-Abtreibungsgegner und mit anderen politisch rechtsstehenden Gruppierungen verbündet. Wahlkampfspenden dieser Firma gehen fast ausschließlich an die Republikanische Partei, während die meisten anderen Großunternehmen ihre Gelder gleichmäßiger verteilen. Halliburton bevorzugt bei seinen Wahlkampfspenden ebenfalls zu 87 Prozent die Republikaner, CH2M Hill immerhin zu 70 Prozent. Nicht auszudenken, wenn eines Tages eine politische Partei diese Unternehmen einspannen würde, um während eines Wahlkampfs den politischen Gegner auszuspionieren – oder wenn sie für verdeckte Operationen eingesetzt würden, die selbst für die CIA zu heikel sind.

der eigentliche Staat schwach und gebrechlich. Dieser privatwirtschaftliche Schattenstaat ist nahezu komplett mit öffentlichen Geldern errichtet worden (Blackwater etwa tätigt 90 Prozent seiner Umsätze mit staatlichen Aufträgen), wozu auch die Ausbildung seiner Beschäftigten (mehrheitlich ehemalige Staatsdiener, Politiker und Soldaten) gehört.[29] Dennoch befindet sich diese formidable Infrastruktur vollständig in privatem Besitz und steht unter privater Kontrolle. Die Steuerzahler, die sie finanziert haben, haben nicht den geringsten Anspruch auf diese Parallelwirtschaft und ihre Kapazitäten.

Derweil hat der eigentliche Staat die Fähigkeit eingebüßt, seine zentralen Aufgaben ohne Hilfe privater Auftragnehmer zu erfüllen. Sein eigenes technisches Instrumentarium ist überaltert, die fähigsten Experten haben sich in die Privatwirtschaft abgesetzt. Nach der Katrina-Katastrophe musste die FEMA erst einmal eine Privatfirma engagieren, um Aufträge vergeben zu können. Als die U.S. Army ihr eigenes Handbuch mit Regularien für den Umgang mit Privatfirmen auf den neuesten Stand bringen wollte, übertrug sie die Aufgabe an einen ihrer größten Auftragnehmer, die Firma MPRI. Das nötige Expertenwissen war im eigenen Haus nicht mehr vorhanden. Die CIA verliert so viele ihrer Mitarbeiter an den privaten Spionagesektor, dass sie den einschlägigen Firmen verbieten musste, die CIA-Kantine als Rekrutierungsrevier zu nutzen. »Ein vor kurzem pensionierter CIA-Sachbearbeiter berichtete, er sei zweimal beim Anstehen für Kaffee angesprochen worden«, schrieb die *Los Angeles Times*. Als das Ministerium für Heimatschutz zu der Erkenntnis gelangte, dass entlang der US-Grenzen zu Mexiko und Kanada »virtuelle Grenzzäune« gebaut werden müssten, teilte Michael P. Jack-

son, stellvertretender Heimatschutz-Minister, an Aufträgen interessierten Firmen mit: »Dies ist eine ungewöhnliche Einladung … Wir bitten Sie, wiederzukommen und uns zu erklären, wie wir unsere Aufgabe erfüllen können.« Der Generalinspekteur des Ministeriums erläuterte, man verfüge im eigenen Hause »nicht über die erforderlichen Kapazitäten, um das [Grenzsicherungsprogramm] effektiv planen, überwachen und durchführen zu können«.[30]

Unter Präsident Bush hat der amerikanische Staat noch alle äußeren Merkmale und Insignien eines Staatswesens – imposante Gebäude, Pressegespräche im Weißen Haus, politische Schlachten –, aber er widmet sich genauso wenig der eigentlichen Arbeit des Regierens wie die Beschäftigten im Nike-Hauptquartier in Beaverton Laufschuhe zusammennähen.

Die Entscheidung der heutigen Politikergeneration, die Aufgaben, für die sie gewählt worden sind, systematisch auszulagern, hat Implikationen, die weit über die Amtsdauer einer einzelnen Regierung hinausreichen werden. Wenn ein Markt erst einmal geschaffen worden ist, will er auch geschützt werden. Die Unternehmen, die den harten Kern des Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes bilden, betrachten gemeinnützige Organisationen und den Staat selbst zunehmend als Konkurrenten – wann immer Behörden oder Wohltätigkeitsverbände ihre traditionellen Aufgaben erfüllen, gehen Privatfirmen Aufträge verloren, die sie mit Gewinn durchführen könnten, so die unternehmerische Sichtweise.

»Vernachlässigte Verteidigung: Mobilisierung des privaten Sektors im Dienst des Heimatschutzes« – unter diesem Titel erschien 2006 ein politisches Gutachten, an dem laut Mitglie-

derliste des Beratergremiums einige der größten Unternehmen der privaten Sicherheitsbranche mitgewirkt hatten. Darin fand sich die folgende Warnung: »Der von Anteilnahme getragene Impuls der Bundesregierung, den von einer Katastrophe Betroffenen Nothilfe zu leisten, wirkt sich auf die Art und Weise aus, wie der Markt seine Risikobewältigung managt.«[31] In dem vom Council of Foreign Relations herausgegebenen Text wird also die These vertreten, wenn die Menschen sicher sein können, dass der Staat ihnen zu Hilfe kommen wird, gibt es für sie keinen Anreiz, Geld für privaten Schutz auszugeben. In ein ähnliches Horn stießen die Vorstandsvorsitzenden von dreißig der größten US-Unternehmen. Ein Jahr nach Katrina trafen sie sich unter dem Dach des Business Round-Table, dem unter anderem Fluor, Bechtel und Chevron angehören. Die Gruppe, die sich den Namen Partnership for Disaster Response gab, beschwerte sich, der gemeinnützige Sektor würde sich nach Katastrophen Aufgaben »erschleichen«. Aus ihrer Sicht drängten sich Wohltätigkeitsverbände und NGOs in ihren Markt hinein, indem sie etwa Baumaterialien zur Verfügung stellten, statt ein Unternehmen wie die Baumarktkette Home Depot zu beauftragen, diese gegen Gebühr zu liefern. Die privaten Militärfirmen haben unterdessen lautstark proklamiert, sie seien besser für eine Friedensmission in Darfur gerüstet als die Vereinten Nationen.[32]

Diese neue Aggressivität hat nicht zuletzt damit zu tun, dass man in der Wirtschaft sehr wohl weiß, dass das Goldene Zeitalter fetter Regierungsaufträge nicht sehr viel länger andauern kann. Die US-Regierung steuert einer Wirtschaftskrise entgegen, die eine ihrer wesentlichen Ursachen in der Finanzierung der privatisierten Katastrophenwirtschaft mit

ungedeckten Schecks hat. Das bedeutet, dass bei den Staatsaufträgen eher früher als später mit einem merklichen Einbruch zu rechnen ist. Ende 2006 prophezeiten Verteidigungsexperten, der Beschaffungshaushalt des Pentagon könne im Verlauf des kommenden Jahrzehnts um bis zu 25 Prozent zurückgehen.[33]

Wenn die Katastrophen-Blase platzt, werden Unternehmen wie Bechtel, Fluor und Blackwater einen großen Teil ihrer primären Umsatz- und Ertragsquellen verlieren. Sie werden nach wie vor all die Hightech-Waffen und Gerätschaften besitzen, die sie auf Kosten der Steuerzahler gekauft haben, werden aber ein neues Geschäftsmodell finden müssen, neue Mittel und Wege zur Einspielung ihrer hohen Kosten. Wie die nächste Phase in der Entwicklung des Katastrophen-Kapitalismus aussehen wird, ist nur allzu klar: Angesichts einer absehbar steigenden Zahl von Notständen, eines Staates, der nicht mehr in der Lage sein wird, gut dotierte Aufträge zu vergeben, und katastrophengeschädigter Bürger, die von einem amputierten Staat alleingelassen werden, wird der privatwirtschaftliche Parallelstaat seine Hilfseinsatz-Infrastruktur an jeden verchartern, der dafür bezahlen kann – und zwar zu dem Preis, den der Markt hergibt. Angeboten werden wird alles, von der Hubschrauberevakuierung vom Hausdach über die Lieferung von Trinkwasser bis hin zu Betten in Notunterkünften.

Schon heute öffnet bei den meisten Katastrophen Geld eine rettende Tür – man kann damit Frühwarnsysteme für tsunamigefährdete Regionen ebenso kaufen wie Tamiflu-Vorräte für die nächste Grippe-Epidemie. Reichtum verhilft zu Trinkwasser in Flaschen, Generatoren, Satellitentelefonen und Per-

sonenschützern. Während des israelischen Einmarsches in den Libanon 2006 versuchte die US-Regierung zunächst, ihren Staatsangehörigen dort die Kosten ihrer Evakuierung in Rechnung zu stellen, sah sich in der Folge allerdings zu einem Rückzieher gezwungen.[34] Wenn der eingeschlagene Weg weiterbeschritten wird, werden Bilder wie die von Katrina-Opfern in New Orleans, die auf ihren Dächern Zuflucht gesucht haben, der Welt nicht nur einen Eindruck von Amerikas unbewältigter Vergangenheit hinsichtlich der Rassendiskriminierung vermitteln, sondern auch einen Vorgeschmack auf die kollektive Zukunft einer Katastrophen-Apartheid, unter der das Überleben davon abhängt, wer es sich leisten kann, für seine Rettung zu bezahlen.

Wenn wir den künftig zu erwartenden Katastrophen entgegensehen, den ökologischen wie den politischen, gehen wir meist davon aus, dass wir alle sie gemeinsam zu bestehen haben werden, dass wir politische Führer brauchen, die den destruktiven Kurs, den wir eingeschlagen haben, erkennen. Ich bin mir dessen nicht so sicher. Vielleicht hat der Gleichmut, den so viele Angehörige unserer politischen und wirtschaftlichen Elite im Hinblick auf den Klimawandel an den Tag legen, mit den Grund, dass sie zuversichtlich glauben, sie persönlich könnten sich von den schlimmsten Auswirkungen und Folgen freikaufen. Dies mag auch eine partielle Erklärung dafür sein, dass so viele Bush-Anhänger Endzeitgläubige sind. Nicht nur, dass sie notwendigerweise glauben, dass es einen Notausstieg aus der Welt gibt, die sie geschaffen haben. Ihr erwartetes Heil ist auch eine Parabel für das, was sie hier unten errichten – ein System, das Zerstörung und Katastrophen heraufbeschwört, dann aber mit pri-

vaten Hubschraubern einschwebt und sie und ihre Freunde in eine göttliche Sicherheit ausfliegt.

Eines der Geschäftsfelder, die die Unternehmen der Katastrophenwirtschaft auf der Suche nach alternativen, stabilen Einkommensquellen beackern, ist die »Immunisierung« anderer Unternehmen gegen Katastrophen. Paul Bremer war in dieser Branche tätig, bevor er in den Irak ging; es war seine Spezialität, internationale Konzerne in Inseln der Sicherheit zu verwandeln, die selbst dann noch reibungslos funktionieren, wenn die Staaten, in denen sie operieren, in die Brüche gehen. Wohin das führt, lässt sich ansatzweise in den Empfangsbereichen vieler großer Bürogebäude in New York und London studieren – Sicherheitsschleusen wie auf Flughäfen, mit Ausweiskontrolle und Röntgenabtastung. Die Wirtschaft hat in dieser Richtung jedoch noch weit mehr vor, zum Beispiel privatisierte globale Kommunikationsnetze, medizinische und elektrische Notversorgungssysteme und die Fähigkeit, selbst im Fall der denkbar schwersten Katastrophe noch Transportwege für das eigene Führungspersonal aufzutun und verfügbar zu machen. Ein weiterer vom Katastrophen-Kapitalismus-Komplex ins Visier genommener potenzieller Wachstumssektor ist die Kommunalverwaltung: das Aufgehen von Polizei und Feuerwehr etwa in privaten Sicherheitsunternehmen. »Was sie im Stadtzentrum von Falludscha für die Streitkräfte tun, können sie auch im Zentrum von Reno für die Polizei tun«, erklärte ein Unternehmenssprecher von Lockheed Martin im November 2004.[35]

Die Branche prophezeit, dass diese neuen Märkte im Verlauf des kommenden Jahrzehnts ein sprunghaftes Wachstum

erleben werden. Einen unverstellten Blick darauf, wohin diese Trends führen werden, gestattet uns John Robb, der früher als Kommandeur bei der Spezialtruppe Delta Force verdeckte Einsätze geleitet hat und heute erfolgreich als Unternehmensberater arbeitet. In einem Artikel, der in der Zeitschrift *Fast Company* erschien und weite Verbreitung fand, beschrieb er das »Endergebnis« des Kriegs gegen den Terror als »einen neuen, elastischeren Ansatz im Bereich der nationalen Sicherheit, strukturiert nicht um den Staat herum, sondern um private Bürger und Unternehmen … Sicherheit wird künftig davon abhängen, wo man lebt und für wen man arbeitet, ähnlich wie es bei der ärztlichen Versorgung bereits weitgehend der Fall ist.« [36]

Robb schreibt weiter: »Wohlhabende Privatleute und multinationale Unternehmen werden die Ersten sein, die sich aus unserem Kollektivsystem verabschieden und sich stattdessen dafür entscheiden, private Militärfirmen wie Blackwater und Triple Canopy zu engagieren, um ihr Heim und ihre Betriebsgebäude zu schützen und einen Schutzwall um ihr tägliches Leben zu ziehen. Parallele Transportnetze – die sich aus Charterflug-Unternehmen wie Warren Buffetts Netjets heraus entwickeln werden – werden dieser Gruppe zu Diensten sein und deren Angehörige von einem sicheren, gut ausgerüsteten Landeplatz zum nächsten katapultieren.« Diese für die Elite maßgeschneiderte Welt ist zu großen Teilen schon vorhanden, doch Robb sagt voraus, dass die Mittelschicht dem Beispiel bald folgen wird – sie werde »auf Stadtviertelebene Kollektive bilden, die sich die Sicherheitskosten teilen«. Es werde »gepanzerte Vorstädte« geben, die für den Katastrophenfall »Notstromaggregate und alternative Nachrichtenver-

bindungen« vorhalten und sich von privaten Milizen bewachen lassen, Milizen, »die von der Sicherheitsindustrie ausgebildet sein und ihre eigenen, jeweils auf den letzten technischen Stand gebrachten Systeme für die Krisenfall-Bewältigung einsetzen werden«. Mit anderen Worten: eine Welt voller an die Großstädte angedockter Grüner Zonen. Was diejenigen angeht, die außerhalb der sicheren Einfriedungen leben, »so werden sie sich mit den Überresten des Systems Staat begnügen müssen. Sie werden sich in den Großstädten Amerikas sammeln, wo sie einer allgegenwärtigen Überwachung ausgesetzt sein und nur noch geringfügige oder gar keine staatlichen Dienstleistungen vorfinden werden. Den Armen wird keine andere Zuflucht bleiben.«

Die Zukunft, die Robb hier beschreibt, hat große Ähnlichkeiten mit der Gegenwart in New Orleans, wo sich aus dem Flutgeschehen zwei ganz unterschiedliche Varianten eingezäunter und gesicherter Wohnsiedlungen herauskristallisiert haben: auf der einen Seite die sogenannten FEMA-Dörfer, trostlose, im Niemandsland errichtete Wohncontainerlager für mittellose Flutopfer, hingestellt von Subunternehmern unter der Ägide von Bechtel oder Fluor und betrieben von privaten Sicherheitsfirmen, deren bewaffnete Sheriffs die geschotterten Wege und Flächen patrouillieren, Besucher kontrollieren, Journalisten am Betreten hindern und die Überlebenden wie Verbrecher behandeln. Auf der anderen Seite finden wir eingemauerte Wohnviertel, die in den letzten Jahren in den wohlhabenderen Gegenden der Stadt wie Audubon oder dem Garden District entstanden sind, Inseln der Funktionalität, die den Eindruck vermitteln, sich ganz und gar vom Staat abgenabelt zu haben. Wenige Wochen nach dem Hurrikan hatten

die Bewohner dort Trinkwasser und Elektrizität aus leistungsfähigen Notstromaggregaten. Ihre Kranken wurden in Privatkliniken behandelt, ihre Kinder gingen in die neuen Charter Schools. Öffentliche Nahverkehrsmittel brauchten sie nicht. In St. Bernard Parish, einem Vorort von New Orleans, hatte die Firma DynCorp einen großen Teil der alltäglichen Polizeiarbeit übernommen, in anderen Vierteln wurden Sicherheitsfirmen direkt engagiert. Zwischen diesen beiden Formen privatisierter souveräner Staatswesen befand sich die New-Orleans-Ausgabe der Roten Zone, wo die Zahl der Gewaltverbrechen in die Höhe schnellte und ganze Wohnviertel, wie der vielbesungene Lower Ninth Ward, zu einem post-apokalyptischen Niemandsland degenerierten. Der Rapper Juvenile resümierte die Atmosphäre ein Jahr nach Katrina in einem Sommerhit: »Wir leben wie in Haiti, mit keiner Regierung« – gescheiterter Staat USA.[37]

Bill Quigley, Anwalt und Aktivist aus New Orleans, berichtet: »Was in New Orleans vor sich geht, ist bloß eine konzentriertere, drastischere Version dessen, was überall in unserem Land geschieht. Jede Großstadt in den USA weist einige bedeutsame Ähnlichkeiten mit New Orleans auf. In jeder Großstadt gibt es einige verwahrloste Wohnviertel. Jede Großstadt in unserem Land hat einen Teil des öffentlichen Schulwesens, des öffentlichen Wohnungs-, Gesundheits- und Justizwesens verkommen lassen. Diejenigen, die nicht wollen, dass Erziehung, ärztliche Versorgung und Wohnungsbau staatliche Aufgaben sind, werden so lange unser ganzes Land in einen Lower Ninth Ward verwandeln, bis wir ihnen Einhalt gebieten.«[38]

Der Prozess ist schon in vollem Gange. Einen weiteren Vorgeschmack auf die Zukunft in der Katastrophen-Apartheid vermittelt ein wohlhabender Vorort von Atlanta, der Hauptstadt des Bundesstaats Georgia. Die Bewohner, überwiegend Anhänger der Republikaner, beschlossen, dass sie es satt hätten, mit ihren Grund- und Vermögenssteuern Schulen und Polizeireviere in den von armen Afroamerikanern bewohnten Teilen ihres Landkreises zu subventionieren. Sie stimmten ab, sich als selbständige Stadt mit dem Namen Sandy Springs abzuspalten, die ihre Steuergelder für die 100 000 Einwohner der eigenen Kommune ausgeben konnte und sie nicht mehr mit dem größeren Fulton County teilen musste. Das Problem war nur, dass Sandy Springs keinerlei Verwaltungsstrukturen hatte, sodass alles, von der Steuererhebung über Bebauungspläne hin zu Parks und Freizeitanlagen, von Grund auf neu eingerichtet werden musste. Im September 2005, demselben Monat, in dem New Orleans überschwemmt wurde, meldete sich der Bau- und Beratungskonzern CH2M Hill bei den Bewohnern von Sandy Springs und unterbreitete ein neuartiges Angebot: Lasst uns das für euch durchziehen. Zum Subskriptionspreis von 27 Millionen Dollar pro Jahr versprach das Unternehmen, aus dem Nichts eine komplette Stadtverwaltung aufzubauen.[39]

Ein paar Monate später wurde Sandy Springs zur ersten von einem Generalunternehmer verwalteten Stadt der USA. Nur vier Personen arbeiteten direkt für die neue Kommune, alle anderen waren Mitarbeiter oder Subunternehmer von CH2M Hill. Rick Hirsekorn, der von der Firma eingesetzte Projektmanager, bezeichnete Sandy Springs als »leeres Blatt ohne Verwaltungsabläufe vor Ort«. Einem Journalisten gegenüber

erklärte er: »Keiner in unserer Branche hat bislang eine komplette Stadt von dieser Größe gemanagt.«[40]

Die Zeitung *Atlanta Journal-Constitution* schrieb: »Als Sandy Springs für die Verwaltung der neuen Stadt Mitarbeiter von Privatfirmen engagierte, wurde das als kühnes Experiment gewertet.« Es dauerte kein Jahr, bis auch in anderen wohlhabenden Vorstädten von Atlanta das Generalunternehmer-Fieber grassierte und die Verwaltung durch Privatfirmen im nördlichen Fulton County zur »normalen Praxis« geworden war. Nachbargemeinden nahmen sich ein Beispiel an Sandy Springs und stimmten ebenfalls dafür, sich als Städte selbständig zu machen und ihre Verwaltung auszulagern. Eine dieser neuen Städte, Milton, heuerte für die Aufgabe sofort CH2M Hill an – die hatten schließlich einschlägige Erfahrung. Bald machte in der Region der Vorschlag die Runde, die neuen Kommunen sollten sich zusammenschließen und ein eigenes County etablieren, was bedeuten würde, dass künftig kein einziger von ihnen aufgebrachter Steuerdollar mehr den benachbarten ärmeren Wohngebieten zugutekommen würde. Außerhalb der Möchtegern-Enklave hat der Plan heftigen Protest ausgelöst, denn ohne diese Steuergelder, so die Politiker, könnten das große öffentliche Krankenhaus und das Nahverkehrssystem nicht mehr finanziert werden; eine Aufteilung des Countys würde einen lebensunfähigen Staat auf der einen und einen überversorgten auf der anderen hervorbringen. Was da heraufbeschworen wurde, erinnerte stark an New Orleans und ein bisschen auch an Bagdad.[41]

In diesen wohlhabenden Vorstädten von Atlanta hat der dreißigjährige Kreuzzug der Korporatisten zur Abwrackung des Staates sein Ziel erreicht: Nicht nur alle erdenklichen

Dienstleistungen sind hier an Privatfirmen ausgelagert, sondern auch die Funktion des Staates als solche, nämlich das Regieren. Dass an dieser Pioniertat die Firma CH2M Hill beteiligt ist, passt ins Bild. Das Unternehmen war mit millionenschweren Kontrakten im Irak dabei und wurde dort unter anderem dafür bezahlt, dass es die Leistungserfüllung anderer Auftragnehmer überwachte, eigentlich eine Kernaufgabe des Staates. In Sri Lanka baute die Firma nach dem Tsunami nicht nur Häfen und Brücken, sondern war auch »verantwortlich für die Gesamtleitung des Infrastrukturprogramms«.[42] Im Katrina-geschädigten New Orleans erhielt CH2M Hill den mit 500 Millionen Dollar dotierten Auftrag, FEMA-Dörfer zu errichten und auch bei der nächsten Katastrophe für dieselbe Dienstleistung gerüstet zu sein. Groß geworden als Schrittmacher einer Privatisierung staatlicher Funktionen in Ausnahmesituationen, stand das Unternehmen jetzt bereit, diese Rolle auch unter Normalbedingungen zu spielen. Wenn der Irak ein Labor für die extreme Privatisierung war, dann war die Testphase nun eindeutig beendet.

ISRAEL ALS WARNUNG

WENN DER FRIEDEN SICH NICHT MEHR LOHNT

> Hohe Sicherheitszäune gehören nicht zur Welt des Gulag, sondern zur Welt der Lärmschutzwände entlang vielbefahrener Straßen, zur Welt der Luxuslogen in Sportstadien, zu abgegrenzten Nichtraucherbereichen, zu Sicherheitszonen auf Flughäfen und zu eingezäunten Wohnsiedlungen … Sie machen die Privilegien der Besitzenden ebenso deutlich wie den Neid der Habenichtse, und zwar auf eine für beide Seiten peinliche Weise. Das soll aber nicht heißen, dass sie nicht funktionieren.
>
> Christopher Caldwell, Chefredakteur von *The Weekly Standard,* November 2006[1]

Jahrzehntelang galt es als ausgemacht, dass ein generelles Klima der Unruhen schlecht für die Weltwirtschaft ist. Natürlich konnten individuelle Schocks und Krisen als Hebel genutzt werden, um neue Märkte zu erschließen, aber nachdem der zündende Schock seine Wirkung getan hatte, mussten relativer Friede und relative Stabilität einkehren, damit nachhaltiges Wirtschaftswachstum folgen konnte. Dies war auch die allgemeine Erklärung dafür, warum in den neunziger Jahren alles derart prosperierte: Der Kalte Krieg war vorüber, die Volkswirtschaften waren frei und konnten sich auf

Handel und Investitionen konzentrieren, und da zwischen den Ländern immer engere Beziehungen und wechselseitige Abhängigkeiten entstanden, nahm die Wahrscheinlichkeit ab, dass sie Bomben aufeinander warfen.

Doch auf dem Weltwirtschaftsforum im schweizerischen Davos Anfang 2007 zerbrachen sich führende Politiker und Geschäftsleute die Köpfe über einem Phänomen, das dieser gängigen Weisheit Hohn zu sprechen schien. Man sprach vom »Davoser Dilemma«, und Martin Wolf, Kolumnist der *Financial Times*, beschrieb es als den Gegensatz zwischen der günstigen Weltwirtschaftslage und der beunruhigenden politischen Entwicklung. Die Wirtschaft habe, so Wolf, »eine Serie von Schocks [hinnehmen müssen]: den Börsencrash nach 2000, die Terroranschläge am 11. September 2001, Kriege in Afghanistan und im Irak, Kontroversen um die Politik der USA, einen Anstieg der Ölpreise auf ein seit den siebziger Jahren nicht mehr erlebtes Niveau, das Versanden der Verhandlungen in der Doha-Runde [der WTO-Gespräche] und den Konflikt um die nuklearen Ambitionen des Iran« – und dennoch befinde sich die Wirtschaft in einem »goldenen Zeitalter eines breit gestreuten Wachstums«. Drastisch ausgedrückt: Die Welt stolperte dem Abgrund entgegen, Stabilität war nicht in Sicht, und die Weltwirtschaft trampelte vor Begeisterung mit den Füßen.

Kurz danach bezeichnete der frühere US-Finanzminister Lawrence Summers die »nahezu vollständige Trennung« von Politik und Märkten als Situation »wie aus einem Roman von Dickens: Wenn Sie mit einem Experten für internationale Beziehungen reden, sind es denkbar schlechte Zeiten. Sprechen Sie mit potenziellen Investoren, sind es so ziemlich die rosigsten Zeiten.«[2]

Dieser rätselhafte Trend ließ sich auch an einem ökonomischen Indikator ablesen, der als »Kanonen/Kaviar-Index« bekannt ist. Er vergleicht die Verkaufszahlen von Kampfflugzeugen (Kanonen) mit denen von Firmenjets (Kaviar). 17 Jahre lang zeigte sich zuverlässig die Gesetzmäßigkeit, dass die Zahl der verkauften Firmenjets deutlich nach unten ging, wenn Kampfflugzeuge Konjunktur hatten. Und umgekehrt: Wenn die Verkäufe von Firmenjets zunahmen, sackten die Umsätze bei Kampfflugzeugen ab. Natürlich schafften es einige Kriegsgewinnler immer, mit dem Verkauf von Kanonen reich zu werden, aber die fielen volkswirtschaftlich nicht ins Gewicht. Es galt als Binsenweisheit der zeitgenössischen Wirtschaft, dass es in Zeiten von Gewalt und Instabilität kein nachhaltiges Wachstum geben könne.

Doch diese Binsenweisheit trifft nicht mehr zu. Seit 2003, dem Jahr des Einmarsches im Irak, zeigt der Index, dass sowohl bei Kampfflugzeugen als auch bei Firmenjets die Umsätze rapide und simultan gestiegen sind, was bedeutet, dass die Welt kriegerischer geworden ist und zugleich erheblich mehr Profite angehäuft werden.[3] Zur größeren Nachfrage bei Luxusartikeln hat nicht nur das sprunghafte Wirtschaftswachstum in China und Indien beigetragen, sondern auch die Ausweitung des begrenzten militärisch-industriellen Komplexes zum blühenden Katastrophen-Kapitalismus-Komplex. Die weltweite Instabilität kommt heute nicht nur einer kleinen Gruppe von Waffenhändlern zugute, sie generiert auch riesige Profite auf dem Hightech-Sicherheitssektor, im Bereich Großbauwerke, für private medizinische Unternehmen, die verwundete Soldaten behandeln, in der Erdöl- und Erdgasbranche – und natürlich für militärische Dienstleistungen.

Die Größenordnung der Einnahmen, um die es hier geht, reicht sicherlich aus, um einen Wirtschaftsboom anzuheizen. Lockheed Martin, dessen ehemaliger Vizepräsident jenem Ausschuss vorsaß, der lautstark für den Irakkrieg agitierte, konnte allein im Jahr 2005 25 Milliarden Dollar an US-Steuergeldern verbuchen. Der demokratische Kongressabgeordnete Henry Waxman konstatierte, dass dieser Betrag »das Bruttoinlandsprodukt von 103 Ländern überstieg, darunter Island, Jordanien und Costa Rica … [und] auch größer war als die Haushalte des Wirtschaftsministeriums, des Innenministeriums, der Small Business Administration sowie des kompletten legislativen Zweiges der Regierung zusammengenommen«. Das Unternehmen Lockheed hat das Gewicht eines Schwellenlandes. Firmen wie Lockheed (dessen Aktienkurs sich zwischen 2000 und 2005 verdreifachte) haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die US-Börsen nach dem 11. September von einer längeren Baisse verschont geblieben sind. Während sich die Kurse konventioneller Aktien eher unterdurchschnittlich entwickelten, stieg der Spade Defense Index, ein »Maßstab für Aktien aus den Bereichen Verteidigung, Heimatschutz und Luftfahrt«, von 2001 bis 2006 in jedem Jahr um durchschnittlich 15 Prozent – um das Siebeneinhalbfache dessen, was der Index Standard & Poor's 500 für denselben Zeitraum im Durchschnitt auswies.[4]

Was das »Davoser Dilemma« zusätzlich verstärkt, ist das im Irak entwickelte, außerordentlich profitable Modell des an Privatunternehmen vergebenen Wiederaufbaus. Zwischen 2001 und April 2007 erlebten Aktien von Hoch- und Tiefbauunternehmen, die nach Kriegen und Naturkatastrophen saftige Aufträge ohne Ausschreibung an Land ziehen können,

eine Wertsteigerung um 180 Prozent. Wiederaufbau ist heute ein so gigantisches Geschäft, dass jede neue Zerstörung von den Börsen mit einer Begeisterung begrüßt wird, als ginge es um eine heiße Erstemission: 30 Milliarden Dollar beim Irak-Wiederaufbau, 13 Milliarden beim Tsunami-Wiederaufbau, 100 Milliarden nach den Zerstörungen in New Orleans und entlang des Golfs von Mexiko, 7,6 Milliarden bei der Libanon-Krise.[5]

Terroranschläge führten früher regelmäßig zu Kursstürzen, heutzutage lösen sie ähnlich optimistische Reaktionen aus. Nach dem 11. September 2001 verlor der Dow Jones bei der Wiedereröffnung der Börse sofort 685 Punkte. Ein ganz anderes Bild bot sich am 7. Juli 2005, dem Tag, an dem vier Bomben die Londoner Verkehrsbetriebe erschütterten und über 50 Tote und Hunderte von Verletzten forderten: Die US-Börsen schlossen höher als am Vortag, und der Nasdaq legte um 7 Punkte zu. Als im folgenden August britische Ermittler 24 Terrorverdächtigte verhafteten, die angeblich geplant hatten, mehrere Passagierflugzeuge auf dem Weg in die USA in die Luft zu sprengen, stieg der Nasdaq um 11,4 Punkte, was vor allem einem Höhenflug der Kurse von Firmen aus dem Heimatschutz-Bereich zu verdanken war.

Und dann sind da noch die exorbitanten Gewinne auf dem Ölsektor: ExxonMobil allein brachte es im Jahr 2006 auf 40 Milliarden Dollar – der höchste Gewinn, der je verzeichnet wurde –, und Konkurrenten wie Chevron folgten dichtauf.[6] Wie bei Unternehmen in den Bereichen Verteidigung, Großbau und Heimatschutz beschert jeder Krieg, jeder Terroranschlag und jeder Wirbelsturm der Kategorie 5 auch dem Erdölsektor einen Aufschwung. Die Ölindustrie erntet nicht nur

die kurzfristigen Früchte hoher Preise, weil in wichtigen Förderländern Unruhe herrscht, sondern hat es auch verstanden, Katastrophen in langfristige Vorteile umzumünzen, indem sie entweder dafür sorgte, dass ein großer Teil der Wiederaufbaugelder für Afghanistan in den Ausbau einer teuren Straßen-Infrastruktur für eine neue Pipeline floss (während die meisten anderen Wiederaufbauprojekte nicht vorankamen), oder im Irak für die Verabschiedung eines für sie günstigen Ölgesetzes sorgte, während das Land noch lichterloh in Flammen stand, oder sie die Folgen von Katrina dazu nutzte, die ersten neuen Raffinerien auf US-Boden seit den siebziger Jahren zu planen. Die Erdöl- und Erdgasindustrie ist so eng mit der Katastrophenwirtschaft verflochten – einerseits als Verursacherin vieler Katastrophen, andererseits als ihre Nutznießerin –, dass sie als Ehrenmitglied des Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes zu betrachten ist.

Verschwörungen sind überflüssig

Die Häufung von Katastrophen in den letzten Jahren hat sich in so spektakuläre Unternehmensgewinne umgemünzt, dass viele Menschen in aller Welt zu demselben Schluss gekommen sind: Die Reichen und Mächtigen müssen diese Katastrophen vorsätzlich herbeiführen, um von ihnen zu profitieren. Eine überregionale Erhebung in den USA förderte im Juli 2006 zutage, dass mehr als ein Drittel der Befragten überzeugt war, die Regierung habe bei den Anschlägen vom 11. September die Hand im Spiel gehabt oder zumindest nichts zu ihrer Verhinderung unternommen, »weil sie wollten, dass die

Vereinigten Staaten im Nahen Osten in den Krieg ziehen«. Ähnliche Verdächtigungen gab es im Gefolge der meisten Katastrophen in den letzten Jahren. In Louisiana verbreitete sich nach Katrina in den Notunterkünften das Gerücht, die Dämme seien nicht gebrochen, sondern heimlich gesprengt worden, »um die schwarzen Stadtteile zu zerstören und die weißen Stadtteile trocken zu halten«, wie Louis Farrakhan unterstellte, Führer der Nation of Islam.[7] In Sri Lanka hörte ich oft, der Tsunami sei durch Unterwasserexplosionen entstanden, die die Vereinigten Staaten ausgelöst hätten, um Truppen nach Südostasien entsenden zu können und die Wirtschaft der Region unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Die Wahrheit ist weniger unheimlich und zugleich viel gefährlicher. Ein Wirtschaftssystem, das ständiges Wachstum braucht und sich zugleich gegen alle ernsthaften Versuche von Umweltschutz sträubt, schafft von sich aus eine ständige Abfolge von Katastrophen, seien sie militärischer, ökologischer oder finanzieller Natur. Der Hunger nach leichten, schnellen Profiten, wie sie spekulative Investitionsgeschäfte bieten, hat die Aktien-, Devisen- und Immobilienmärkte in Krisengeneratoren umgewandelt, wie die asiatische Finanzkrise, die mexikanische Peso-Krise und der Dotcom-Zusammenbruch gezeigt haben. Unsere kollektive Abhängigkeit von schmutziger, nicht erneuerbarer Energie beschwört ständig Notstände anderer Art herauf: Naturkatastrophen (haben seit 1975 um 430 Prozent zugenommen), Kriege um die Kontrolle über die knappen Ressourcen (nicht bloß in Afghanistan und im Irak, sondern auch kleinere Konflikte wie in Nigeria, Kolumbien und im Sudan) und als Reaktion darauf terroristische Vergeltungsschläge (laut einer 2007 veröffentlichten Studie hat

sich die Zahl der Terroranschläge seit Beginn des Irakkrieges versiebenfacht).[8]

Angesichts siedend heißer Temperaturen in klimatischer wie politischer Hinsicht müssen künftige Katastrophen nicht in finsteren Verschwörerzirkeln ausgeheckt werden. Alles deutet darauf hin, dass sie mit zunehmender Häufigkeit und Intensität wüten werden, wenn die Menschheit einfach so weiter macht wie bisher. Man kann die Katastrophenerzeugung also getrost der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen. Auf diesem Gebiet leistet sie wirklich einmal ganze Arbeit.

Auch wenn der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex die Kataklysmen, von denen er lebt, nicht vorsätzlich herbeiführt (wobei der Irakkrieg eine bemerkenswerte Ausnahme sein mag), gibt es jede Menge Anhaltspunkte, dass die daran beteiligten Branchen ihr Möglichstes tun, damit momentane unheilvolle Entwicklungen nicht gestoppt werden. Große Ölgesellschaften unterstützen die Leugner des Klimawandels seit Jahren: ExxonMobil hat für diesen Kreuzzug im letzten Jahrzehnt schätzungsweise 16 Millionen Dollar ausgegeben. Während dieser Sachverhalt bestens bekannt ist, weiß die Öffentlichkeit weitaus weniger über das Zusammenspiel zwischen der Katastrophenbranche und hochrangigen Meinungsmachern. Mehrere einflussreiche Washingtoner Denkfabriken – darunter das National Institute for Public Policy und das Center for Security Policy – werden in erheblichem Maß von Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen finanziert, die unmittelbar davon profitieren, dass diese Institutionen die Welt unablässig als finsteren und bedrohlichen Ort darstellen, dessen Probleme sich nur mit Gewalt lösen lassen. Der Heimatschutzsektor vernetzt sich auch zunehmend mit Me-

dienunternehmen – eine Entwicklung von Orwell'schen Dimensionen. LexisNexis, ein Gigant der digitalen Kommunikation, übernahm 2004 für 775 Millionen Dollar das auf Informationsauswertung spezialisierte Unternehmen Seisint, das in Sachen Überwachung eng mit Bundes- und Staatsbehörden der USA zusammenarbeitet. Im selben Jahr kaufte General Electric, die Muttergesellschaft des Medienriesen NBC, In Vision, den führenden Hersteller der umstrittenen Hightech-Sicherheitsschleusen, mit denen auf Flughäfen und anderswo Waffen und Sprengstoff aufgespürt werden sollen. InVision erhielt in den Jahren 2001 bis 2006 Aufträge des Heimatschutzministeriums im Gesamtwert von atemberaubenden 15 Milliarden Dollar, mehr als jedes andere Unternehmen.[9]

Die schleichende Expansion des Katastrophen-Kapitalismus-Komplexes bringt womöglich eine wirtschaftliche Synergie neuer Art hervor, die auf der vertikalen Integration aufbaut, welche in den neunziger Jahren so populär war. Auf jeden Fall folgt sie betriebswirtschaftlicher Logik. Je mehr in unserer Gesellschaft die Angst um sich greift, dass in jeder Moschee Terroristen lauern, desto höher steigen die Einschaltquoten der Nachrichtensendungen, desto mehr biometrische Ausweislesegeräte und Sprengstoffdetektoren verkauft der Komplex, und desto mehr Hightech-Zäune baut er. Wie in den neunziger Jahren der Traum vom offenen, grenzenlosen »globalen Dorf« eine sichere Bank für Profite war, so ist es im neuen Jahrtausend der Albtraum von einem wehrhaften, zur Festung ausgebauten Westen, der von Dschihadisten und illegalen Migranten belagert und bedroht wird. Als Einziges könnte der boomenden Katastrophenwirtschaft – die vom Rüstungs- und Ölgeschäft über das Bau- und Überwachungs-

geschäft bis hin zu patentierten Medikamenten so viel Wohlstand generiert –, die Aussicht auf ein gewisses Maß an Klimastabilität und weltweitem Frieden gefährlich werden.

Israel: Katastrophen-Apartheid als Normalzustand

Während die Analysten noch das »Davoser Dilemma« zu begreifen versuchen, kristallisiert sich ein neuer Konsens heraus. Zu sagen, der Markt sei gegen Instabilität immun geworden, trifft die Sache nicht ganz. Vielmehr entspricht eine stetige Aufeinanderfolge von Katastrophen so sehr den Erwartungen, dass der wie immer flexible Markt sich gewandelt, sich an diesen neuen Status quo angepasst hat – Instabilität ist die neue Stabilität. In Diskussionen über dieses wirtschaftliche Phänomen im Gefolge des 11. September wird häufig Israel als eine Art Beweis angeführt. Das Land steckt schon seit fast einem Jahrzehnt in seinem eigenen kleinen »Davoser Dilemma«: Kriege und Terroranschläge folgen in immer kürzeren Abständen aufeinander, doch die Börse von Tel Aviv eilt parallel zu dieser Welle der Gewalt von einem Hoch zum nächsten. Wie ein Börsenanalyst nach den Londoner Anschlägen vom 7. Juli im TV-Sender Fox News erklärte: »In Israel ist man ständig der Terrorgefahr ausgesetzt, und dort legt der Markt seit Jahr und Tag zu.«[10] Wie auf der Weltbühne insgesamt ist auch in Israel die politische Lage nach allgemeiner Ansicht katastrophal, doch die Wirtschaft des Landes war nie stärker, ihre Wachstumsprognosen für 2007 reichen an die von China und Indien heran.

Israel ist als Fallbeispiel für den Kanonen/Kaviar-Index

nicht nur deswegen interessant, weil seine Wirtschaft sich von schweren politischen Erschütterungen wie dem Libanon-Krieg 2006 oder der Übernahme von Gaza durch die Hamas 2007 nicht unterkriegen lässt, sondern weil sie angesichts eskalierender Gewalt auch noch wächst. Warum die israelische Industrie so gut mit den Katastrophen leben kann, ist kein Geheimnis. Schon Jahre bevor US-amerikanische und europäische Unternehmen das enorme Wachstumspotenzial des weltweiten Sicherheitsbooms erkannten, betätigten sich israelische Technologiefirmen eifrig als Heimatschutz-Pioniere, und sie sind heute auf diesem Gebiet nach wie vor führend. Das Israel Export Institut schätzt, dass es 350 Unternehmen in Israel gibt, die Heimatschutz-Produkte vertreiben, 30 weitere kamen 2007 dazu. Aus unternehmerischer Sicht hat diese Entwicklung Israel zu einem Vorbild gemacht, dem es auf den Märkten nach dem 11. September nachzueifern gilt. Aus gesellschaftlicher und politischer Sicht hingegen sollte uns Israel als etwas anderes dienen – als eindeutige Warnung. Dass sich Israel selbst dann eines wachsenden Wohlstands erfreut, wenn es gegen seine Nachbarn Krieg führt und in den besetzten Gebieten mit zunehmender Brutalität agiert, zeigt vor allem, wie gefährlich es ist, sich eine Wirtschaft zuzulegen, deren Voraussetzungen ein kontinuierlicher Kriegszustand und immer schlimmere Katastrophen sind.

Israels heutiges Potenzial, Kanonen und Kaviar in Einklang zu bringen, ist der Höhepunkt einer dramatischen Verlagerung, die in den letzten 15 Jahren in der israelischen Wirtschaft stattgefunden hat – ein Wandel, der erhebliche und wenig hinterfragte Auswirkungen auf die damit einhergehende Abnahme der Friedenshoffnungen hatte. Zum letzten Mal gab

es glaubwürdige Friedensbemühungen im Nahen Osten Anfang der neunziger Jahre, als ein erheblicher Teil der israelischen Bevölkerung der Meinung war, ein ständiger Konflikt sei keine Lösung. Der Kommunismus war zusammengebrochen, die Informationsrevolution zeichnete sich ab, und weite Kreise der israelischen Wirtschaft waren der Überzeugung, die blutige Besetzung des Gaza-Streifens und des Westjordanlands in Verbindung mit dem wirtschaftlichen und politischen Boykott Israels durch die arabischen Staaten gefährde die ökonomische Zukunft des Landes. Angesichts des explosiven wirtschaftlichen Aufbruchs in Schwellenländern überall auf der Erde waren die israelischen Unternehmen es leid, vom Krieg gebremst zu werden; sie wollten an der hohe Gewinne versprechenden Welt ohne Grenzen teilhaben und nicht von lokalen Zwistigkeiten eingepfercht sein. Wenn die israelische Regierung eine Art Friedensvereinbarung mit den Palästinensern aushandeln würde, müssten die Nachbarstaaten ihren Boykott aufheben, und Israel wäre in der perfekten Position, sich als Handelsdrehscheibe für den Nahen Osten zu etablieren.

Im Jahr 1993 gehörte Dan Gillerman, Präsident des Verbandes der israelischen Handelskammern, zu den Befürwortern dieses Standpunkts. »Israel könnte bloß ein normaler Staat werden … oder das Strategie-, Logistik- und Marketingzentrum der gesamten Region, so etwas wie ein Singapur oder Hongkong des Nahen Ostens, wo multinationale Unternehmen ihr Hauptquartier aufschlagen … Wir reden hier über eine völlig anders strukturierte Wirtschaft … Israel muss handeln, und zwar schnell, um das festzuklopfen, ansonsten werden wir diese einmalige wirtschaftliche Chance verpassen und nur sagen können: ›Wir hätten …‹«[11]

Im selben Jahr erklärte Schimon Peres, der damalige Außenminister, einer Gruppe israelischer Journalisten, dass der Frieden jetzt unausweichlich geworden sei. Es handelte sich dabei jedoch um einen Frieden ganz besonderer Art. »Wir bemühen uns nicht um einen Frieden der Flaggen«, sagte Peres. »Unser Interesse gilt einem Frieden der Märkte.«[12] Wenige Monate später gaben sich der israelische Premierminister Jitzhak Rabin und der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat auf dem Rasen vor dem Weißen Haus die Hand, um das Osloer Abkommen zu bekräftigen. Die Welt jubelte, die drei Männer erhielten 1994 gemeinsam den Friedensnobelpreis – und dann ging alles schrecklich schief.

Oslo war vermutlich der optimistischste Moment in der Geschichte der israelisch-palästinensischen Beziehungen, doch der berühmte Händedruck besiegelte keinen Vertrag. Er markierte lediglich die Vereinbarung, einen Friedensprozess in Gang zu setzen, bei dem die strittigsten Fragen noch ungelöst waren. Arafat befand sich in einer denkbar schlechten Verhandlungsposition, da er zunächst einmal erreichen musste, dass er in die besetzten Gebiete zurückkehren durfte. Er konnte keine Vereinbarungen über die Zukunft Jerusalems, über die palästinensischen Flüchtlinge, über die jüdischen Siedlungen oder auch nur über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser erreichen. Die Strategie von Oslo bestand darin, so die Verhandlungsführer, mit dem »Frieden der Märkte« voranzukommen und davon auszugehen, dass alles Übrige sich dann ergeben würde. Indem man die Grenzen öffnete und auf den Zug der Globalisierung aufsprang, würden Israelis wie Palästinenser so handfeste Verbesserungen des alltäglichen Lebens erleben, dass für den »Frieden der Flag-

gen«, der dann später ausgehandelt werden sollte, die Atmosphäre wesentlich freundlicher sein würde. Das wenigstens war es, was man sich von Oslo versprach.

Zum nachfolgenden Scheitern trugen viele Faktoren bei. Die Israelis suchen die Schuld vor allem bei den Selbstmordattentaten und dem Anschlag auf Rabin. Die Palästinenser sehen den frenetischen Eifer, mit dem Israel während der Phase von Oslo die illegalen Siedlungen ausbaute, als Beweis dafür, dass der Friedensprozess »auf einer neokolonialistischen Basis« beruhte, wie es Schlomo Ben-Ami formulierte, Israels Außenminister in der von der Arbeitspartei geführten Regierung Ehud Barak: »Wenn es endlich zu einem Frieden zwischen uns und den Palästinensern kommt, wird es eine Situation der Abhängigkeit geben, des strukturellen Ungleichgewichts zwischen den beiden Volksgruppen.«[13] Die Debatten darüber, wer für das Scheitern des Friedensprozesses verantwortlich war und ob man es mit dem Frieden überhaupt jemals ernst gemeint hatte, sind hinlänglich bekannt und ausgiebig analysiert worden. Doch zwei Faktoren, die zu Israels Rückzug in den Unilateralismus beigetragen haben, sind kaum verstanden und wenig diskutiert worden; beide haben mit der einzigartigen Form zu tun, wie sich der Kreuzzug der Chicagoer Schule für den freien Markt auf Israel ausgewirkt hat. Der eine war die Einwanderung sowjetischer Juden, eine direkte Folge des russischen Experiments mit der Schocktherapie. Der Zweite war ein Wandel der israelischen Exportwirtschaft, die sich ursprünglich auf die Ausfuhr von traditionellen Konsumgütern und Hightech-Produkten gestützt hatte, nun aber unverhältnismäßig stark vom Verkauf von Expertenwissen und Ausrüstung für den Kampf gegen den Terroris-

mus abhängig wurde. Beide Faktoren waren Gift für den Oslo-Prozess: Durch den Zuzug der Russen verringerte sich der israelische Bedarf an palästinensischen Arbeitskräften, sodass man es sich leisten konnte, die besetzten Gebiete gegebenenfalls abzuriegeln. Und das sprunghafte Wachstum des Hightech-Sicherheitssektors weckte bei den reichsten und mächtigsten Gruppen in Israel den vorrangigen Wunsch, den Frieden zugunsten eines dauerhaften und sich ständig ausweitenden Kriegs gegen den Terror aufzugeben.

Es war ein unglückseliger historischer Zufall, dass der Beginn der Oslo-Periode genau mit der schmerzhaftesten Phase des Chicagoer Russland-Experiments zusammenfiel. Der Händedruck auf dem Rasen des Weißen Hauses erfolgte am 13. September 1993; genau drei Wochen später ließ Jelzin das Parlamentsgebäude in Moskau von Panzern in Brand schießen und ebnete damit seiner brutalsten Dosis wirtschaftlichen Schocks den Weg.

Im Verlauf der neunziger Jahre kehrten rund 1 Million Juden der ehemaligen Sowjetunion den Rücken und ließen sich in Israel nieder. Diese Immigranten stellen heute über 18 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels.[14] Man kann den Einfluss, den ein so großer und plötzlicher Bevölkerungstransfer auf ein kleines Land wie Israel hatte, nur schwerlich überbewerten. Ins Verhältnis gesetzt, wäre das so, als würden alle Einwohner Angolas, Kambodschas und Perus innerhalb von zehn Jahren ihre Sachen packen und in die Vereinigten Staaten übersiedeln. Oder als würden alle Griechen nach Frankreich auswandern. – Als die erste Welle sowjetischer Juden nach Israel kam, ging es vielen dieser Neubürger darum, nach lebens-

langer religiöser Verfolgung in einem jüdischen Staat zu leben. Doch danach nahm die Zahl der russischen Einwanderer dramatisch zu – in direkter Relation zum Ausmaß der Schmerzen, die dem russischen Volk von seinen Schocktherapeuten zugefügt wurden. Diese späteren Wellen russischer Einwanderer bestanden nicht aus idealistischen Zionisten (bei vielen war die Zugehörigkeit zum Judentum eher fragwürdig), sondern aus verzweifelten Wirtschaftsflüchtlingen. »Das Wichtigste ist für uns nicht, wohin wir gehen, sondern woher wir kommen«, sagte einer der Auswanderungswilligen, der 1992 vor der israelischen Botschaft in Moskau Schlange stand, einem Reporter der *Washington Times*. Ein Sprecher des Zionistischen Forums der sowjetischen Juden gab zu: »Sie fühlen sich nicht zu Israel hingezogen, sondern durch die politische Instabilität und den wirtschaftlichen Niedergang aus der UdSSR vertrieben.« Die bei weitem größte Auswanderungswelle setzte sich nach Jelzins Coup 1993 in Bewegung – gerade als in Israel der Friedensprozess auf den Weg gebracht wurde. In seiner Folge kamen noch einmal rund 600 000 Menschen aus ehemaligen Sowjetrepubliken nach Israel.[15]

Dieser demographische Wandel sorgte dafür, dass die schon vorher heikle Dynamik umschlug. Vor dem Zuzug der sowjetischen Flüchtlinge hätte sich Israel nicht für längere Zeit von den Palästinensern im Gaza-Streifen und im Westjordanland abschotten können – seine Wirtschaft hätte ohne palästinensische Arbeitskräfte ebenso wenig überleben können wie die kalifornische ohne Mexikaner. Rund 150 000 Palästinenser verließen Tag für Tag ihre Wohnungen in Gaza und im Westjordanland und pendelten nach Israel, um dort Straßen zu fegen oder zu bauen, und palästinensische Bauern und

Händler beluden ihre Lastwagen und verkauften ihre Erzeugnisse in Israel.[16] Jede Seite hing wirtschaftlich von der anderen ab, und Israel ergriff aggressive Maßnahmen, um zu verhindern, dass die Palästinensergebiete selbständige Handelsbeziehungen zu arabischen Staaten knüpften.

Dann jedoch, gerade als die Oslo-Vereinbarungen Wirkung zu zeigen begannen, wurde diese starke wechselseitige Abhängigkeit abrupt beendet. Im Gegensatz zu den palästinensischen Arbeitskräften, deren Präsenz in Israel das zionistische Projekt in Frage stellte, weil sie an den israelischen Staat Ansprüche auf gestohlenes Land und staatsbürgerliche Gleichberechtigung stellten, leisteten die Russen, die in dieser kritischen Phase zu Hunderttausenden einwanderten, den zionistischen Zielsetzungen Vorschub, weil sie sowohl das Zahlenverhältnis zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung deutlich verschoben als auch ein neues Reservoir billiger Arbeitskräfte darstellten. Plötzlich verfügte Israel über die Möglichkeiten, eine neue Ära bei den Beziehungen zu den Palästinensern einzuläuten: Am 30. März 1993 kam es erstmals zu einer »Abriegelung«, einer Sperrung der Grenzübergänge zwischen Israel und den besetzten Gebieten, die oft tage- oder wochenlang anhielt und die Palästinenser daran hinderte, zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen oder ihre Waren zu verkaufen. Die Abriegelungen begannen als vorübergehende Maßnahmen und galten als aus der Not geborene Reaktion auf die Terrorgefahr. Bald wurde daraus die neue Normalität – wobei die Palästinensergebiete nicht nur von Israel abgeriegelt waren, sondern auch voneinander –, über die ein zunehmend ausgeklügelteres und für die Palästinenser immer mehr demütigendes System von Kontrollpunkten wacht.

Das Jahr 1993 galt als Beginn einer neuen, hoffnungsvollen Ära, doch in Wirklichkeit war es das Jahr, in dem die besetzten Gebiete sich von heruntergekommenen Wohn- und Schlafquartieren für die Unterschicht des israelischen Staates in beklemmende Gefängnisse verwandelten. Zugleich verdoppelte sich von 1993 bis 2000 die Zahl der in den besetzten Gebieten lebenden israelischen Siedler.[17] Wo zuvor vielerorts nur grobschlächtige Außenposten gestanden hatten, wuchsen jetzt ansehnliche, befestigte Siedlungen mit eigenen, nur für Berechtigte befahrbaren Straßen empor, denen man es ansah, dass sie als Ausweitung des israelischen Staates gedacht waren. Ebenfalls während der Oslo-Jahre erhob Israel weiterhin Anspruch auf wichtige Wasserreserven im Westjordanland; nicht nur die Siedlungen wurden damit versorgt, es wurde auch kostbares Wasser nach Israel umgeleitet.

Auch dabei spielten die neuen Einwanderer eine bislang noch wenig erforschte Rolle. Viele ehemalige Sowjetbürger, die mittellos in Israel angekommen waren, nachdem ihre Ersparnisse der Geldentwertung in Rahmen der Schocktherapie zum Opfer gefallen waren, gingen gern als Siedler in die besetzten Gebiete, denn dort waren Häuser und Wohnungen viel billiger, und es wurden ihnen besondere Darlehen und Vergünstigungen angeboten. Einige der ehrgeizigsten Siedlungen – wie etwa Ariel im Westjordanland, das sich einer Universität, eines Hotels und eines Minigolfplatzes rühmen kann – rekrutierten aktiv in der ehemaligen Sowjetunion, indem sie Werber hinschickten und Websites in russischer Sprache einrichteten. Ariel konnte dank dieser Maßnahmen seine Einwohnerzahl verdoppeln und ist heute eine Art Mini-Moskau mit Ladenschildern auf Hebräisch und Russisch, jeder zweite

Bewohner ist aus der ehemaligen Sowjetunion eingewandert. Die israelische Gruppe Peace Now schätzt, dass rund 25 000 der in illegalen Siedlungen lebenden israelischen Bürger dieser Kategorie zuzurechnen sind und betont gleichzeitig, dass viele Russen »ohne klare Vorstellung davon, worauf sie sich einließen«, dorthin gezogen seien.[18]

Das Versprechen Wohlstand statt Konflikt wurde in Israel in den Jahren nach dem Osloer Abkommen auf dramatische Weise eingelöst. Ab Mitte der neunziger Jahre eroberten israelische Unternehmen die Weltwirtschaft im Sturm, vor allem Hightech-Firmen, die auf Telekommunikation und Webtechnologie spezialisiert waren. Tel Aviv und Haifa wurden zu Vorposten des Silicon Valley im Nahen Osten. Auf dem Höhepunkt der Dotcom-Blase gingen 15 Prozent des israelischen Bruttoinlandsprodukts und rund 50 Prozent des Exportvolumens auf das Konto von Hightech. Damit wurde die israelische Wirtschaft zur »technologieabhängigsten weltweit«, wie *Business Week* konstatierte – doppelt so abhängig wie die Vereinigten Staaten.[19]

Auch bei diesem Boom spielten die Neuankömmlinge eine wesentliche Rolle. Unter den Hunderttausenden von Russen, die in den neunziger Jahren einwanderten, waren mehr bestens ausgebildete Naturwissenschaftler, als Israels führende Technische Hochschule in den 80 Jahren ihres Bestehens hervorgebracht hatte. Viele dieser Leute hatten mitgeholfen, die Sowjetunion im Kalten Krieg »konkurrenzfähig« zu halten, und jetzt wurden sie, wie ein israelischer Ökonom schrieb, »zum Raketentreibstoff für [Israels] Hightech-Industrie«. Schlomo Ben-Ami bezeichnete die Jahre nach dem Händedruck vor dem Weißen Haus als »eine der atemberaubends-

ten Perioden der Markterschließung und des wirtschaftlichen Wachstums in der Geschichte« des Landes.[20]

Die Öffnung der Märkte sollte eigentlich beiden Konfliktparteien Vorteile bringen, doch abgesehen von einer korrupten Elite um Arafat lief der Boom im Anschluss an Oslo in auffälliger Weise an den Palästinensern vorbei. Das größte Hindernis war die Abriegelung, eine Politik, die in den 14 Jahren seit ihrer Premiere 1993 nie, auch nicht vorübergehend, revidiert wurde. Laut Sara Roy, Expertin für den Nahen Osten an der Harvard University, hatte die abrupte Schließung der Grenzübergänge 1993 katastrophale Folgen für das palästinensische Wirtschaftsleben. »Die Abriegelung war der für die Wirtschaft schädlichste Einzelfaktor während der Oslo-Periode und danach; sie hat einer schon vorher stark benachteiligten Wirtschaft den größten Schaden zugefügt«, sagte sie in einem Interview.

Arbeiter konnten nicht zur Arbeit gehen, Händler ihre Waren nicht verkaufen, Landwirte die Felder nicht bestellen. 1993 stürzte in den besetzten Gebieten das Bruttosozialprodukt pro Kopf um fast 30 Prozent ab, ein Jahr später lebten 33 Prozent der Palästinenser unter der Armutsgrenze. Und 1996 waren laut Sara Roy, die die wirtschaftlichen Auswirkungen der Abriegelung umfassend dokumentiert hat, »66 Prozent der arbeitsfähigen Palästinenser entweder erwerbslos oder erheblich unterbeschäftigt«.[21] Den Palästinensern brachten die Oslo-Jahre keinen »Frieden der Märkte«, vielmehr verschwanden ihre Märkte, ihre Arbeitsplätze, ihre Freiheit und nicht zuletzt – mit der Ausweitung der jüdischen Siedlungen – Teile ihres Territoriums. Diese vollkommen unerträgliche Situation machte die besetzten Gebiete zu jenem Pulverfass, das

explodierte, als Ariel Scharon im September 2000 den Ort in Jerusalem besuchte, den die Muslime Haram al-Sharif und die Juden Tempelberg nennen. Damit fiel der Startschuss zur zweiten Intifada.

In Israel und in der internationalen Presse wird auf breiter Front die Meinung vertreten, der Nahost-Friedensprozess sei deshalb geplatzt, weil Arafat das ihm von Ehud Barak im Juli 2000 in Camp David gemachte Angebot – das beste, das die Palästinenser je bekamen und bekommen würden – ausschlug und damit demonstrierte, dass es ihm nicht wirklich um Frieden ging. Nach dieser Erfahrung und dem Ausbruch der zweiten Intifada verloren die Israelis den Glauben an Verhandlungslösungen, wählten Ariel Scharon und begannen mit dem Bau dessen, was sie den Sicherheitszaun und die Palästinenser die Apartheid-Mauer nennen, ein System aus hohen Betonmauern und Stahlzäunen, das entlang der Demarkationslinie von 1967 immer wieder in das palästinensische Gebiet hineinragt und gierig weite Siedlungsflächen sowie stellenweise bis zu 30 Prozent der Wasser quellen unter israelische Hoheit bringt.[22]

Kein Zweifel: Arafat wollte mehr, als die Israelis ihm in Camp David oder auch im Januar 2001 in Taba anboten, aber diese Offerten waren nicht derart großzügig, wie sie immer wieder dargestellt werden. Camp David hätte jenen Palästinensern, die bei der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 von Haus und Hof vertrieben worden waren, so gut wie keine Wiedergutmachung gebracht und war weit davon entfernt, auch nur die Minimalforderungen der Palästinenser nach nationaler Selbstbestimmung zu erfüllen. Schlomo Ben-Ami,

der sowohl in Camp David als auch in Taba einer der Verhandlungsführer für Israel war, verließ die Parteilinie und gab 2006 zu: »Camp David war nicht die große verpasste Chance für die Palästinenser; wenn ich Palästinenser wäre, hätte ich Camp David auch ausgeschlagen.«[23]

Weitere Faktoren trugen dazu bei, dass sich Israel von 2001 an nicht mehr ernsthaft auf Friedensgespräche einließ – Faktoren, die mindestens ebenso ins Gewicht fallen wie Arafats angebliche Uneinsichtigkeit oder Scharons persönlicher Traum von einem »Großisrael«. Einer davon hat mit dem Aufstieg der israelischen Hightech-Industrie zu tun. In den frühen neunziger Jahren wollte die israelische Wirtschaftselite Frieden um des Wohlstands willen, doch der Wohlstand, den sie sich dann in den Oslo-Jahren erarbeitete, beruhte weit weniger auf Frieden, als man ursprünglich gedacht hatte. Es stellte sich heraus, dass Israel seine Weltwirtschafts-Nische im Bereich der Informationstechnologie gefunden hatte, und dies bedeutete, dass der Weg zu weiterem Wachstum über den Verkauf von Software und Computerchips nach Los Angeles und London führte und nicht über den Transport von schweren Containern nach Beirut und Damaskus. Um im Technologiesektor erfolgreich zu sein, war Israel nicht auf ein freundschaftliches Verhältnis zu seinen arabischen Nachbarn oder auf den Abzug aus den besetzten Gebieten angewiesen. Der Aufstieg der Hightech-Industrie war jedoch nur die erste Phase des schicksalhaften Wirtschaftswandels, den Israel durchmachte. Die zweite Phase begann nach dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahr 2000, als die führenden israelischen Hightech-Unternehmen auf dem Weltmarkt eine neue Nische für sich finden mussten.

Als das Land mit der weltweit höchsten Hightech-Abhängigkeit litt Israel unter dem Dotcom-Zusammenbruch mehr als andere. Die Wirtschaftsdaten fielen prompt in den Keller, und im Juni 2001 prophezeiten Analysten, rund 300 israelische Technologieunternehmen würden bankrott und zigtausend Arbeitsplätze verlorengehen. Die Tel Aviver Wirtschaftszeitung *Globes* bezeichnete 2002 in einer Schlagzeile als »Schlimmstes Jahr für die israelische Wirtschaft seit 1953«.[24]

Dass die Rezession nicht schwerer ausfiel, war der Zeitung zufolge der raschen Intervention der israelischen Regierung zu verdanken, die die Rüstungsausgaben um satte 10,7 Prozent erhöhte, was unter anderem durch Mittelkürzungen im Sozialwesen finanziert wurde. Die Regierung ermutigte die Hightech-Industrie außerdem, von der Informations- und Kommunikationstechnologie in den Bereich Sicherheit und Überwachung zu expandieren. Die israelischen Streitkräfte spielten in dieser Phase die Rolle eines »Firmen-Brutkastens«. Während sie ihren Wehrdienst ableisteten, experimentierten junge israelische Soldaten mit Netzwerktechnik und Überwachungsgeräten, und wenn sie danach ins Zivilleben zurückkehrten, machten sie ihre Erfahrungen zur Grundlage einer Geschäftsidee. Eine Generation neuer Start-up-Firmen ging ins Rennen, die von der elektronischen Rasterfahndung über Überwachungskameras bis zur Erstellung von Terroristen-Persönlichkeitsprofilen auf alles Mögliche spezialisiert waren.[25] Als der Markt für solche Produkte und Dienstleistungen im Gefolge des 11. September schließlich explodierte, bekannte sich der israelische Staat offen zu einer neuen volkswirtschaftlichen Vision: Das Wachstum der Dotcom-Blase würde von einem Heimatschutz-Boom ersetzt. Es war die perfekte Liaison

zwischen den Hardlinern des Likud-Blocks mit ihrem radikalen Bekenntnis zur Chicagoer Wirtschaftspolitik – verkörpert durch Scharons Finanzminister Benjamin Netanjahu – und Israels neuem Zentralbankdirektor Stanley Fischer, der zuvor Chefarchitekt der Schocktherapie-Abenteuer des IWF in Russland und Asien gewesen war.

Bereits 2003 erlebte die israelische Wirtschaft einen erstaunlichen Gesundungsprozess, und 2004 schien es, als habe das Land ein Wunder vollbracht: Wenige Jahre nach dem verheerenden Crash schlug Israel sich besser als fast alle westlichen Volkswirtschaften. Ein großer Teil dieses Wachstums ging auf das Konto der cleveren Strategie, sich als so etwas wie ein Einkaufszentrum für Sicherheitslösungen zu positionieren. Das Timing hätte nicht besser sein können: Regierungen in aller Welt suchten plötzlich händeringend nach Techniken und Hilfsmitteln für das Aufspüren von Terroristen und nach Expertenwissen über die arabische Welt. Unter dem Likud-Block profilierte sich der israelische Staat als Aushängeschild für fortschrittlichsten Heimatschutz und berief sich dabei auf seine jahrzehntelange Erfahrung in der Abwehr arabischer und islamistischer Gefahren. Schamlos diente Israel sein Know-how den US-Amerikanern und den Europäern an: Der Krieg gegen den Terror, den ihr gerade ausgerufen habt, führen wir seit der Stunde unserer Geburt. Lasst euch von unseren Hightech-Firmen und unseren privatisierten Aufklärungs- und Spionageunternehmen zeigen, wie es geht.

Über Nacht wurde Israel zum, wie es die Zeitschrift *Forbes* formulierte, »Einkaufsland erster Wahl für Antiterror-Technologien«.[26] Seit 2002 gab es in Israel alljährlich mindestens ein halbes Dutzend größerer Konferenzen über Sicher-

heitsthemen für Parlamentarier, Polizeichefs, Ordnungshüter und Wirtschaftsbosse aus aller Welt – Veranstaltungen, die Jahr um Jahr größer und inhaltlich vielfältiger geworden sind. Während der traditionelle Israel-Tourismus aufgrund von Sicherheitsbedenken zurückging, konnte dieser offizielle Antiterror-Tourismus die Verluste ein Stück weit wettmachen.

Bei einem dieser Kongresse wurden im Februar 2006 unter anderem Abgesandte des FBI, der Firma Microsoft und des öffentlichen Nahverkehrssystems von Singapur zu einer »Erkundungstour hinter die Kulissen des [israelischen] Antiterror-Kampfes« eingeladen. Die Rundfahrt führte zu einigen überaus beliebten Touristenzielen in Israel: zur Knesset, zum Tempelberg, zur Klagemauer. An jedem dieser Orte studierten und bewunderten die Teilnehmer die hermetischen Sicherheitssysteme und prüften, was davon sie im eigenen Land gebrauchen könnten. Im Mai 2007 empfing Israel die Direktoren mehrerer großer US-Flughäfen, die Workshops über die Profilerstellung der verschiedenen Typen von aggressiven Passagieren und über die Screening-Systeme im Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv besuchten. Steven Grossman, Leiter des Flugbetriebs auf dem internationalen Flughafen im kalifornischen Oakland, erklärte, er sei dabei, weil »die Israelis berühmt für ihre Sicherheit« seien.

Manche Veranstaltungen sind auch makaber und theatralisch: Auf der International Homeland Security Conference 2006 zum Beispiel inszenierten die israelischen Streitkräfte die ausgefeilte »Simulation einer Katastrophe mit zahllosen Opfern, die in der Stadt Ness Ziona begann und im Asaf-Harofeh-Krankenhaus endete«, wie die Veranstalter mitteilten.[27]

Dies sind keine politischen Konferenzen, sondern höchst

umsatzträchtige Fachmessen, die die Leistungsfähigkeit israelischer Sicherheitsunternehmen demonstrieren sollen. Die Folge ist, dass die israelischen Exporte von Produkten und Dienstleistungen im Bereich Antiterrorismus 2006 um 15 Prozent gestiegen sind. Für 2007 wird eine Zunahme um 20 Prozent erwartet, so dass der Gesamtumfang 1,2 Milliarden Dollar pro Jahr ausmachen wird. Die Exporte im Verteidigungssektor erreichten 2006 die Rekordsumme von 3,4 Milliarden Dollar (1992 waren das noch 1,6 Milliarden Dollar); somit ist Israel der viertgrößte Waffenexporteur der Welt und hat Großbritannien überholt. An der amerikanischen Technologiebörse Nasdaq sind mehr Firmen aus Israel gelistet als aus irgendeinem anderen Ausland, außerdem sind in den USA mehr technische Patente aus Israel angemeldet als aus Indien und China zusammen. Der Technologiesektor des Landes, der vor allem das Segment Sicherheit bedient, ist mittlerweile für 60 Prozent aller Exporte gut.[28]

Len Rosen, ein prominenter israelischer Investmentbanker, sagte der Zeitschrift *Fortune*: »Sicherheit ist wichtiger als Frieden.« In den Oslo-Jahren »wollten die Leute Frieden als Motor für Wirtschaftswachstum. Jetzt wollen sie Sicherheit, damit das Wachstum nicht durch Gewalt beeinträchtigt wird.«[29] Rosen hätte noch viel weitergehen können: Das Geschäft mit der Bereitstellung von »Sicherheit« – in Israel und an vielen anderen Brennpunkten in aller Welt – ist unmittelbar für einen großen Teil des gigantischen israelischen Wirtschaftswachstums in den zurückliegenden Jahren verantwortlich. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die Terrorismusabwehr-Industrie die israelische Wirtschaft ähnlich vor dem drohenden Niedergang bewahrt hat, wie der Katastrophen-

Kapitalismus-Komplex mitgeholfen hat, die globalen Aktienmärkte zu retten.

Hier einige Beispiele für die Bandbreite dieser Industrie:

- Jeder Anruf, der im Polizeipräsidium von New York (NYPD) eingeht, wird mit einer Technik aufgezeichnet und analysiert, die die israelische Firma Nice Systems entwickelt hat. Nice ist auch für den Funksprechverkehr der Polizei von Los Angeles und die interne Kommunikation des Time-Warner-Konzerns zuständig und hat die Kameras für die Videoüberwachung im Ronald Reagan National Airport sowie für Dutzende anderer internationaler Kunden geliefert.[30]
- Das Geschehen in der Londoner U-Bahn wird von Überwachungskameras der Marke Verint aufgezeichnet. Verint gehört zum israelischen Technologiekonzern Comverse. Verint-Überwachungsanlagen werden auch im US-Verteidigungsministerium, auf dem Dulles International Airport in Washington, auf dem Washingtoner Capitol Hill und in der U-Bahn von Montreal eingesetzt. Das Unternehmen hat Kunden in mehr als 50 Ländern und hilft auch Einzelhandelskonzernen wie Home Depot und Target, ihre Angestellten zu überwachen.[31]
- Mitarbeiter der Stadtverwaltungen von Los Angeles und Columbus (Ohio) tragen elektronische »Smartcard«-Ausweise bei sich, die von der israelischen Firma SuperCom hergestellt werden, welche sich rühmen kann, den ehemaligen CIA-Direktor James Wooley als Beiratsvorsitzenden gewonnen zu haben. Ein ungenanntes europäisches Land hat sich mit SuperCom zusammengetan,

um die Bevölkerung flächendeckend mit Personalausweisen auszustatten, ein anderes hat ein Pilotprogramm für »biometrische Pässe« in Auftrag gegeben; beide Vorhaben sind höchst umstritten.[32]

- Die Firewalls in den Computernetzwerken und Rechenzentren einiger der größten US-Stromversorger stammen von dem israelischen Software-Giganten Check Point, wobei diese Unternehmen allerdings ungenannt bleiben wollen. Die israelische Firma selbst gibt an, »89 Prozent aller *Fortune–500*-Firmen verwenden Sicherheitslösungen von Check Point«.[33]
- In der Zeit vor dem Football Super Bowl 2007 wurden alle Mitarbeiter des internationalen Flughafens von Miami darin geschult, »böse Menschen, nicht nur böse Sachen« zu identifizieren. Dafür wurde ein psychologisches Verfahren namens Behavior Pattern Recognition (»Erkennung von Verhaltensmustern«) benutzt, das die israelische Firma New Age Security Solutions entwickelt hatte. Vorstandsvorsitzender des Unternehmens ist der frühere Sicherheitschef des israelischen Ben-Gurion-Flughafens. Auch an anderen Flughäfen führte die Firma New Age in den letzten Jahren Mitarbeiterschulungen zur »Profilerkennung« bei Flugpassagieren durch, etwa in Boston, San Francisco, Glasgow, Athen und London-Heathrow. Hafenarbeiter im konfliktreichen Niger-Delta wurden ebenso von New Age geschult wie Angestellte des niederländischen Justizministeriums, Wachmannschaften an der New Yorker Freiheitsstatue und Beamte des Terrorismusabwehr-Dezernats der New Yorker Polizei.[34]
- Als der wohlhabende New Orleanser Stadtteil Audu-

bon Place nach dem Wirbelsturm Katrina den Beschluss fasste, sich eine eigene Polizei zuzulegen, engagierte es die private israelische Sicherheitsfirma Instinctive Shooting International.[35]

- Beamte der Royal Canadian Mounted Police, der kanadischen Bundespolizei, sind von Ausbildern der Firma International Security Instructors trainiert worden, eines Unternehmens mit Sitz in Virginia, das auf die Schulung von Polizisten und Soldaten spezialisiert ist. In ihrer Werbung verweist die Firma auf ihre »knallharten israelischen Erfahrungen«, da ihre Ausbilder »Veteranen israelischer Spezialkräfte« sind, die auf Dienstzeiten bei den israelischen Streitkräften, bei Antiterror-Einheiten der israelischen Staatspolizei und beim Inlandsgeheimdienst Schin Bet zurückblicken können. Auf der Kundenliste des Unternehmens finden sich das FBI, die U.S. Army, das U.S. Marine Corps, die U.S. Navy Seals und die Londoner Metropolitan Police.[36]
- Im April 2007 haben Einwanderungsbeamte des U.S. Department of Homeland, die an der Grenze zu Mexiko eingesetzt sind, einen achttägigen Intensivkurs der Firma The Golan Group absolviert. Das Unternehmen wurde von ehemaligen Angehörigen der israelischen Spezialkräfte gegründet und rühmt sich, über 3500 Mitarbeiter in sieben Ländern zu haben. »Mit unseren Verfahren bringen wir vor allem einen israelischen Sicherheitsansatz ein«, erklärte Thomas Pearson, der Planungschef der Firma, zu dem Trainingskurs, der vom Zweikampf über Zielübungen bis zum »wirklich vorausschauenden Einsatz ihrer Geländewagen« alles umfasste. The Go-

lan Group, die mittlerweile in Florida beheimatet ist, aber nach wie vor ihre israelischen Wurzeln vermarktet, stellt auch Durchleuchtungsgeräte, Metalldetektoren und Schusswaffen her. Neben zahlreichen Regierungen und Prominenten zählen zu ihren Kunden auch ExxonMobil, Shell, Texaco, Levi's, Sony, Citigroup und Pizza Hut.[37]

- Als der Buckingham-Palast ein neues Sicherheitssystem brauchte, entschied man sich für ein Angebot von Magal, einer von zwei israelischen Firmen, die federführend am Bau des israelischen »Sicherheitszauns« beteiligt waren.[38]
- Wenn Boeing mit dem Bau der »virtuellen Grenzzäune« entlang der US-Grenzen zu Mexiko und Kanada beginnt – ein mit 2,5 Milliarden Dollar veranschlagtes Vorhaben, bei dem elektronische Sensorsysteme, unbemannte Flugkörper, Überwachungskameras und 1800 Wachtürme tragende Rollen spielen –, wird Elbit zu den wichtigsten Partnerfirmen gehören. Elbit ist das andere israelische Unternehmen, das wesentlich in den Bau des höchst umstrittenen israelischen Grenzzauns involviert war, des mit Kosten von ebenfalls 2,5 Milliarden Dollar »größten Bauvorhabens in der Geschichte Israels«.[39]

Da sich immer mehr Länder in Festungen verwandeln (so entstehen zurzeit Mauern und Hightech-Zäune an den Grenzen zwischen Indien und Kaschmir, Saudi-Arabien und Irak, Afghanistan und Pakistan), könnte es sein, dass »Hochsicherheitsbarrieren« sich als das größte aller Katastrophengeschäfte erweisen werden. Die ständige, weltweit negative Berichterstattung über den israelischen Grenzwall stört Elbit und Ma-

gal deshalb nicht – im Gegenteil, man sieht darin kostenlose Werbung. »Die Leute glauben, dass wir die Einzigen sind, die Erfahrungen mit dem Einsatz dieser Ausrüstung in der Praxis haben«, erklärte Jacob Even-Ezra, Vorstandsvorsitzender von Magal.[40] Seit dem 11. September 2001 haben sich die Aktienkurse von Elbit und Magal mehr als verdoppelt – nichts Besonderes für Wertpapiere israelischer Sicherheitsfirmen. Verint, von manchen »der Opa der Videoüberwachung« genannt, war vor dem 11. September überhaupt nicht profitabel, doch zwischen 2002 und 2006 hat sich dank des Überwachungs-Booms der Aktienkurs des Unternehmens mehr als verdreifacht.[41]

Die außerordentlich gute Kursentwicklung israelischer Sicherheitsunternehmen hat sich bei Börsianern natürlich längst herumgesprochen, wird aber nur selten als Faktor des politischen Geschehens in der Region gesehen. Das ist ein Fehler. Es ist kein Zufall, dass der Ausstieg der israelischen Regierung aus den Friedensverhandlungen zeitlich genau mit der Entscheidung des Staates Israel zusammenfiel, die Terrorismusabwehr zum Schwerpunkt der israelischen Exportwirtschaft zu machen. Damit einher ging der strategische Schritt, den Konflikt mit den Palästinensern nicht mehr als Kampf gegen eine nationalistische Bewegung zu verstehen, die konkrete territoriale und völkerrechtliche Ziele verfolgt, sondern als Teil des weltweiten Kriegs gegen den Terror – gegen irrationale, fanatische Kräfte, denen es einzig und allein um Zerstörung geht.

Das primäre Motiv für die Eskalation im Nahen Osten nach 2001 ist keineswegs wirtschaftlicher Natur. Natürlich herrscht auf keiner Seite ein Mangel an Zündstoff für Gewalt. Doch in

diesem dem Frieden so wenig förderlichen Kontext hatte die Ökonomie an bestimmten Punkten als gegenläufige Kraft fungiert, hatte politische Führer gedrängt, sich – wenn auch widerwillig – an den Verhandlungstisch zu begeben, etwa in den frühen neunziger Jahren. Die Hochkonjunktur der Sicherheitsbranche hat jedoch die Richtung dieses wirtschaftlichen Drucks umgekehrt; damit ist ein gewichtiger Faktor hinzugekommen, der an der Fortdauer der Gewalt interessiert ist.

Wie in anderen Fällen, bei denen die Rezepte der Chicagoer Schule befolgt wurden, hat auch der israelische Wachstumsschub nach dem 11. September eine rasche Spaltung der Gesellschaft in Reich und Arm bewirkt. Der Aufstieg der Sicherheitsbranche ging Hand in Hand mit einer Welle von Privatisierungen und Leistungskürzungen im Sozialwesen, sodass das wirtschaftspolitische Vermächtnis der zionistischen Sozialisten praktisch getilgt und eine um sich greifende Ungleichheit eingekehrt ist, wie die Israelis sie nie zuvor gekannt haben. 2007 lebten 24,4 Prozent der Israelis unterhalb der Armutsgrenze, bei den Kindern waren es sogar 35,2 Prozent – im Vergleich zu acht Prozent der Kinder 20 Jahre zuvor.[42] Der Geldsegen des Booms ist nicht der breiten Masse zugutegekommen, doch er hat eine kleine Schicht so reich gemacht – insbesondere jene einflussreichen Israelis, die nahtlos in den Militär- und Staatsapparat (samt all den bekannten korporatistischen Korruptionsskandalen) integriert sind –, dass ein wichtiger Anreiz für den Frieden verlorengegangen ist.

Der politische Richtungswechsel der israelischen Wirtschaft ist dramatisch gewesen. Heute beflügelt die Börse von Tel Aviv nicht mehr die Vision von Israel als Handelsdrehscheibe der Region, sondern als futuristische Festung, die selbst inmitten

eines Meeres zum Äußersten entschlossener Feinde überleben kann. Wie sehr sich die Haltung geändert hat, zeigte sich am deutlichsten im Sommer 2006, als die israelische Regierung eine Operation, die ursprünglich als Verhandlung mit der Hisbollah über einen Gefangenenaustausch gedacht war, zu einem regelrechten Krieg ausweitete. Die größten israelischen Unternehmen unterstützten diesen Krieg nicht nur, sie sponserten ihn sogar. Bank Leumi, die unlängst privatisierte Megabank des Landes, verteilte Autoaufkleber mit den Parolen: »Wir werden siegen« und »Wir sind stark«. Und der israelische Journalist und Romancier Jitzhak Laor schrieb zu diesem Zeitpunkt: »Der jetzige Krieg ist der erste, der sich als Marketing-Chance für eine unserer größten Mobilfunkgesellschaften entpuppt, die ihn für eine groß angelegte Werbekampagne nutzt.«[43]

Offenkundig hat die israelische Wirtschaft keinen Grund mehr, Kriege zu fürchten. Im Gegensatz zu 1993, als der Kampf noch als Wachstumsbremse gesehen wurde, verzeichnete im August 2006, dem Monat des verheerenden Kriegs gegen den Libanon, die Börse von Tel Aviv steigende Kurse. Im letzten Quartal dieses Jahres, in das auch noch die blutige Eskalation im Westjordanland und in Gaza nach dem Wahlsieg der Hamas fiel, wuchs die israelische Wirtschaft insgesamt um atemberaubende acht Prozent – um mehr als das Dreifache wie die US-amerikanische im selben Zeitraum. Dagegen schrumpfte die palästinensische Wirtschaft im Jahr 2006 um 10 bis 15 Prozent, und der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Palästinenser stieg auf fast 70 Prozent.[44]

Einen Monat nachdem die Vereinten Nationen einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah ausgerufen

hatten, veranstaltete die New Yorker Börse eine Konferenz über Investitionen in Israel. Mehr als 200 israelische Unternehmen nahmen teil, darunter viele aus dem Sicherheitssektor. Im Libanon war zu diesem Zeitpunkt das Wirtschaftsleben praktisch zum Stillstand gekommen; in rund 140 Betrieben, die alles Erdenkliche – von Fertighäusern über medizinische Geräte bis hin zu Milchprodukten – herstellen, war man damit beschäftigt, nach dem Einschlag israelischer Bomben und Raketen Trümmer und Schutt wegzuräumen. Unberührt von solchen Unbilden des Krieges ging von der New Yorker Veranstaltung eine optimistische Haltung aus. »Israel ist offen für Unternehmer – ist es immer schon gewesen«, verkündete der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Dan Gillerman, in seinem Grußwort an die Teilnehmer.[45]

Nur zehn Jahre früher wäre eine so positive Stimmung zu Kriegszeiten unvorstellbar gewesen. Derselbe Dan Gillerman hatte damals als Präsident des Verbandes der israelischen Handelskammern sein Land dazu aufgerufen, die historische Gelegenheit am Schopf zu packen und »ein Singapur des Nahen Ostens« zu werden. Jetzt gehörte er zu jenen israelischen Falken, die sich leidenschaftlich für den Krieg ins Zeug legten und sogar noch eine weitere Eskalation forderten. Auf CNN sagte Gillerman: »Es mag politisch unkorrekt und vielleicht sogar unwahr sein, alle Muslime als Terroristen zu bezeichnen, doch zufällig ist es eine Tatsache, dass nahezu alle Terroristen Muslime sind. Dieser Krieg ist demzufolge nicht allein Israels Krieg. Es ist der Krieg der Welt.«[46]

Dieses Rezept für einen nicht endenden, weltweiten Krieg entsprach genau dem, was die Regierung Bush nach dem 11. September dem noch in den Kinderschuhen steckenden

Katastrophen-Kapitalismus-Komplex als wirtschaftliche Perspektive bot. Dieser Krieg ist keiner, den irgendein Land gewinnen kann, aber darum geht es auch gar nicht. Worum es geht, ist die Schaffung von »Sicherheit« im Inneren befestigter Staaten, die von endlosen, auf kleiner Flamme kochenden Konflikten außerhalb ihrer Mauern leben. In gewisser Weise verfolgen die privaten Sicherheitsunternehmen im Irak dasselbe Ziel: Sichere das Umfeld, schütze den Chef. Bagdad, New Orleans und Sandy Springs geben uns einen Vorgeschmack auf so etwas wie eine eingezäunte Zukunft, die vom Katastrophen-Kapitalismus-Komplex konzipiert und gemanagt wird. Israel ist jedoch das Land, in dem dieser Prozess am weitesten fortgeschritten ist: Hier hat sich ein ganzer Staat in eine schwer befestigte Bastion verwandelt, umringt von Ausgeschlossenen, die permanent in abgetrennten Roten Zonen leben. So sieht eine Gesellschaft aus, die den wirtschaftlichen Anreiz zu Frieden verloren hat und nur damit beschäftigt ist, einen endlosen, nicht zu gewinnenden Krieg gegen den Terror zu führen und von ihm zu profitieren. Der eine Teil sieht so aus wie Israel, der andere Teil wie Gaza.

Israel stellt einen Extremfall dar, doch die Art von Gesellschaft, die dort geschaffen wird, wird möglicherweise kein Einzelfall bleiben. Der Katastrophen-Kapitalismus-Komplex gedeiht unter den Bedingungen des permanenten, auf kleiner Flamme kochenden Konflikts. Ein solcher scheint in allen Katastrophenzonen vom Irak bis New Orleans das Endziel zu sein. Im April 2007 begannen US-Soldaten den Plan umzusetzen, aus mehreren unsicheren Bagdader Wohnvierteln »eingezäunte Gemeinschaften« zu machen, die mit Betonmauern und Kontrollstellen abgeschottet und in denen Iraker mit bio-

metrischen Verfahren kontrolliert werden sollen. »Uns wird es so ergehen wie den Palästinensern«, prophezeite ein Einwohner von Adhamija, während er zusah, wie sein Viertel abgeriegelt wurde.[47] Und wenn erst einmal klar ist, dass Bagdad nie Dubai und New Orleans nie Disneyland sein wird, gibt Plan B vor, sich mit einem zweiten Kolumbien oder Nigeria abzufinden – ein nie endender Krieg, der größtenteils von privaten Soldaten und paramilitärischen Truppen geführt, aber so weit gebremst wird, dass man sich mit Hilfe von Söldnern zur Bewachung von Pipelines, Bohrplattformen und Wasserreserven noch die Bodenschätze holen kann.

Es ist üblich geworden, die militarisierten Ghettos Gaza und Westjordanland mit ihren Betonmauern, Elektrozäunen und Kontrollpunkten mit dem Bantustan-System in Südafrika zu vergleichen, das die Schwarzen in Ghettos einsperrte, die sie nur unter Vorlage eines Passes verlassen durften. »Die Gesetze und Praktiken, die Israel [in den besetzten Palästinensergebieten] anwendet, haben sicher Ähnlichkeit mit gewissen Aspekten der Apartheid«, erklärte im Februar 2002 John Dugard, ein Rechtsanwalt aus Südafrika, der für die Vereinten Nationen als Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in den Palästinensergebieten tätig ist.[48] Die Ähnlichkeiten sind in der Tat gravierend, aber es gibt auch Unterschiede. Die Bantustans in Südafrika waren im Großen und Ganzen Arbeitslager, in denen afrikanische Arbeitskräfte einer strengen Aufsicht und Kontrolle unterworfen waren, um sicherzustellen, dass sie weiterhin für kargen Lohn in den Minen arbeiteten. Was Israel hingegen aufgebaut hat, ist ein System, das das Gegenteil bezweckt, nämlich Menschen am Arbeiten zu hindern; es ist ein Verbund von Frei-

luftgehegen für Millionen Menschen, die man als überflüssig taxiert hat.

Die Palästinenser sind nicht die Einzigen auf der Welt, die so kategorisiert worden sind: Auch Millionen Russen wurden in ihrem eigenen Land als unnötig abgestempelt – weshalb so viele ihre Heimat verließen, um in Israel Arbeit zu finden und in Würde leben zu können. In Südafrika sind die Bantustans zwar aufgelöst worden, aber jeder vierte Südafrikaner lebt heute in den Hütten der rasch anwachsenden Slums und gilt im neuen, neoliberalen Südafrika gleichfalls als überflüssig.[49] Das Ausrangieren von 25 bis 60 Prozent der Bevölkerung ist das Markenzeichen der Chicagoer Schule, seit in den siebziger Jahren in ganz Südamerika die Elendsquartiere aus dem Boden zu schießen begannen. In Südafrika, Russland und in New Orleans umgeben sich die Reichen mit Schutzmauern. Israel hat diesen Absonderungsprozess noch einen Schritt weiter getrieben: Es hat Mauern um die gefährlichen Armen errichtet.

DER SCHOCK NUTZT SICH AB

DAS WIEDERERSTARKEN DES VOLKES

Meine indianischen Brüder, die ihr hier in Bolivien lebt, ich möchte euch sagen, dass der 500 Jahre währende Widerstand nicht vergebens gewesen ist. Dieser demokratische, kulturelle Kampf ist Teil des Kampfes unserer Vorfahren, er ist die Fortsetzung des Kampfes von Tupac Katari [des antikolonialen Indioführers], er ist die Fortsetzung des Kampfes von Che Guevara.

Evo Morales nach seiner Vereidigung
als Präsident von Bolivien, 22. Januar 2006 [1]

Die Leute kennen sich bestens aus. Sie kennen jeden Winkel und jedes Detail ihrer Gemeinwesen so gut wie sonst keiner. Sie kennen auch die Schwachpunkte.

Pichit Ratakui, geschäftsführender Direktor des
Asian Disaster Preparedness Center, 30. Oktober 2006 [2]

Die Leute aus dem Barrio haben die Stadt zweimal gebaut: Tagsüber haben wir die Häuser der Reichen gebaut. Nachts und am Wochenende haben wir in Solidargemeinschaft unsere eigenen Häuser, unser Barrio gebaut.

Andrés Antillano, Bürger von Caracas, 15. April 2004[3]

Als Milton Friedman im November 2006 starb, klang in vielen Nachrufen die Befürchtung an, sein Tod markiere das Ende einer Ära. In der kanadischen *National Post* fragte Terence Corcoran, einer der ergebensten Jünger Friedmans, ob die weltweite Bewegung, die der Ökonom in Gang gesetzt hatte, weiter Bestand haben werde. »Als der letzte große Kämpfer für die freie Marktwirtschaft hinterlässt Friedman eine Lücke … Unter den Lebenden hat heute keiner seine Statur. Werden die Prinzipien, die Friedman verkündete und für die er kämpfte, ohne eine neue Generation starker, charismatischer und fähiger Vordenker langfristig überleben können? Schwer zu sagen.«[4]

Corcorans skeptischer Ausblick erfasste nicht einmal im Ansatz, in welchen Nöten der Kreuzzug für einen uneingeschränkten Kapitalismus in jenem November steckte. Die intellektuellen Erben Friedmans in den Vereinigten Staaten – die Neokonservativen, die den Katastrophen-Kapitalismus-Komplex in die Welt gesetzt hatten – waren am Tiefpunkt ihres historischen Werdegangs angelangt. Ihren Gipfel hatte die Bewegung 1994 erreicht, als die Republikaner die Mehrheit im Kongress gewannen; neun Tage vor Friedmans Tod verloren sie diese wieder an die Demokraten. Drei Faktoren trugen entscheidend zur Niederlage der Republikaner bei den Wahlen 2006 bei: die politische Korruption, das Versagen im Irak und der Eindruck, das Land treibe, wie der siegreiche Senatskandidat der Demokraten Jim Webb es treffend ausdrückte, »auf eine Klassengesellschaft zu, wie wir sie seit

dem 19. Jahrhundert nicht mehr erlebt haben«.[5] In allen drei Fällen hatten die Kernprinzipien der Chicagoer Wirtschaftstheorie – Privatisierung, Deregulierung und Kürzung staatlicher Leistungen – den Niedergang eingeläutet.

Orlando Letelier, eines der ersten Opfer der Gegenrevolution, hatte 1976 darauf hingewiesen, das massive Wohlstandsgefälle, das die Chicago Boys in Chile angerichtet hatten, sei »kein wirtschaftliches Versagen, sondern ein zeitweiliger politischer Erfolg« gewesen. Für Letelier lag es auf der Hand, dass die von der chilenischen Diktatur ausgerufenen Regeln des »freien Marktes« genau das bewirkten, was sie sollten: Sie schufen keine perfekte, harmonische Wirtschaft, sondern machten die bereits Wohlhabenden zu Superreichen und die organisierte Arbeiterklasse zu einer Verfügungsmasse von Mittellosen. Diese soziale Polarisierung hat sich überall dort wiederholt, wo die Chicagoer Ideologie triumphierte. In China hat sich trotz des verblüffenden Wirtschaftswachstums die Einkommenskluft zwischen den Städtern und den 800 Millionen Armen auf dem Land in den letzten 20 Jahren verdoppelt. In Argentinien verdienten 1970 die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung zwölfmal so viel wie die Ärmsten, bis 2002 war es das Dreiundvierzigfache. Der »politische Erfolg« der chilenischen Diktatur hat sich wahrhaftig globalisiert. Im Dezember 2006, einen Monat nach Friedmans Tod, kam bei einer UN-Untersuchung heraus, dass »die reichsten zwei Prozent aller Erwachsenen auf der Erde über mehr als die Hälfte des weltweiten Haushaltsvermögens verfügen«. Die krassesten Dimensionen hat diese Umschichtung in den Vereinigten Staaten erreicht, wo 1980 – als Reagan seinen Friedman'schen Kreuzzug startete – im Durchschnitt ein Vorstandsvorsitzen-

der 43-mal so viel verdiente wie ein Arbeiter; 2005 strichen die Unternehmenslenker 411-mal so viel ein. Für diese Topmanager stellt die Gegenrevolution, die in den fünfziger Jahren im Untergeschoss der Chicagoer Sozialwissenschaftlichen Fakultät begann, wahrhaftig einen Erfolg dar; doch dafür ist der Preis zu zahlen gewesen, dass immer mehr Menschen den Glauben an die zentrale Verheißung der Marktwirtschaft verlieren, wachsender Wohlstand komme allen zugute. Wie Senator Webb im Wahlkampf 2006 sagte: »Wirtschaftlich ist nichts von oben nach unten durchgesickert.«[6]

Das Anhäufen solchen Reichtums durch eine winzige Minderheit der Weltbevölkerung verlief, wie wir gesehen haben, durchaus nicht friedlich, und oft war es auch illegal. Corcoran hatte recht, als er am Format von Friedmans Nachfolgern zweifelte, doch besteht das Problem nicht einfach darin, dass es keine Galionsfiguren von seiner Statur mehr gibt. Vielmehr waren viele von jenen, die von den ersten Versuchslaboren in Lateinamerika bis hin zum neuesten Labor im Irak an vorderster Front die internationale Befreiung der Märkte von allen Fesseln betrieben hatten, zu diesem Zeitpunkt in eine erstaunliche Zahl von Finanzskandalen und Strafverfahren verwickelt. 35 Jahre lang hatte die Chicagoer Schule ihre Agenda mittels der engen Zusammenarbeit von mächtigen Wirtschaftsführern, ideologischen Kreuzrittern und durchsetzungsfähigen Politikern vorangetrieben. 2006 dann saßen wichtige Vertreter dieser drei Lager entweder im Gefängnis oder auf der Anklagebank.

Augusto Pinochet, der als erster politischer Führer Friedmans Schocktherapie angewendet hatte, stand unter Hausarrest (er starb allerdings, bevor ihm wegen Korruption und

Mord der Prozess gemacht werden konnte). Einen Tag nach Friedmans Tod verhaftete die Polizei von Uruguay Juan Maria Bordaberry, gegen den im Zusammenhang mit der Ermordung von vier prominenten Linkspolitikern 1976 Anklage erhoben werden sollte. Bordaberry hatte Uruguay in jenen Jahren regiert, als dort die Lehren der Chicagoer Schule in brutaler Weise angewandt wurden, wobei Kollegen und Studenten Friedmans als prominente Berater fungierten. In Argentinien hatten die Gerichte die Immunität der dortigen Junta-Führer aufgehoben und den früheren Präsidenten Jorge Videla und den Admiral Emilio Massero zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Domingo Cavallo, der während der argentinischen Diktatur Zentralbankpräsident war und später in demokratischen Zeiten weiterhin das ganze Schocktherapie-Programm umsetzte, wurde wegen »Betrugs im Amt« angeklagt. Ein Umschuldungsgeschäft, das Cavallo 2001 mit ausländischen Banken eingefädelt hatte, kostete das Land zig Milliarden Dollar. Der Richter ließ 10 Millionen Dollar aus Cavallos Privatvermögen einfrieren und äußerte die Überzeugung, die Verantwortlichen seien sich »voll bewusst« gewesen, welcher Schaden dadurch angerichtet würde.[7]

In Bolivien erging gegen den Ex-Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada, in dessen Wohnzimmer die ökonomische »Atombombe« gebaut worden war, Haftbefehl; neben Schüssen auf Demonstranten in mehreren Fällen warf man ihm vor, Verträge mit ausländischen Gasunternehmen unterschrieben zu haben, die vermutlich gegen bolivianisches Recht verstießen.[8] Was Russland anging, so wurden nicht nur die beiden Harvard-Herren des Betrugs für schuldig befunden; auch viele russische Oligarchen – die gut vernetzten Geschäftsleute,

die Milliardengewinne gemacht hatten mit der überstürzten Privatisierung von Staatsbetrieben, die das Harvard-Team mit organisiert hatte – saßen entweder im Gefängnis oder lebten im Exil. Michail Chodorkowski, ehemaliger Chef des Ölgiganten Jukos, saß in einem sibirischen Gefängnis eine achtjährige Freiheitsstrafe ab. Sein Kollege und Hauptaktionär Leonid Newslin setzte sich ebenso ins israelische Exil ab wie sein Oligarchen-Kollege Wladimir Gusinski, während sich der berüchtigte Boris Beresowski in London niedergelassen hatte und sich nicht nach Moskau zurücktraut, weil er fürchten muss, wegen Betrugs verhaftet zu werden; doch alle diese Männer bestreiten, etwas Unrechtes getan zu haben.[9] Conrad Black, der mit seinem Zeitungsimperium der einflussreichste ideologische Propagandist Friedmans in Kanada war, wurde in den Vereinigten Staaten angeklagt, die Aktionäre von Hollinger International betrogen zu haben; der Staatsanwaltschaft zufolge behandelte er die Firma wie »Conrad Blacks Privatbank«. Gleichfalls in den USA starb im Juli 2006 Kenneth Lay vom Energiegiganten Enron – die Symbolfigur für die bösen Folgen der Energiederegulierung –, nachdem er zuvor wegen Verschwörung und Betruges verurteilt worden war. Und der Friedman'sche Denkfabrikler Grover Norquist – der die Progressiven mit dem Satz auf die Palme gebracht hatte: »Ich will die Regierung nicht abschaffen, sondern sie so kleinkriegen, dass ich sie ins Bad zerren und in der Wanne ersäufen kann« – steckte bis zum Hals in dem Abgeordneten-Bestechungsskandal um den Washingtoner Lobbyisten Jack Abramoff, auch wenn keine Anklage erhoben worden ist.[10]

Zwar stellen von Pinochet bis Cavallo, von Beresowski bis Black alle diese Herrschaften sich als Opfer grundloser po-

litischer Verfolgung dar, doch das ändert nichts daran, dass diese – keineswegs vollständige – Liste eine radikale Abkehr vom neoliberalen Schöpfungsmythos signalisiert. Der ökonomische Kreuzzug hatte sich bislang einen Anstrich von Ehrbarkeit und Rechtmäßigkeit geben können. Jetzt wurde diese Fassade in aller Öffentlichkeit niedergerissen, und es kam ein schreiend ungerechtes Bereicherungssystem zum Vorschein, das oft mit grotesker Kriminalität etabliert worden war.

Zu den Konflikten mit dem Gesetz gesellte sich noch eine dunkle Wolke am Horizont. Die Schockwirkungen, die so unverzichtbar für die Illusion eines ideologischen Konsens gewesen waren, begannen sich abzunutzen. Rodolfo Walsh, ein weiteres frühes Opfer, hatte den Erfolg der Chicagoer Schule in Argentinien lediglich als Rückschlag betrachtet, nicht als endgültige Niederlage. Die Terrortaktik der Junta hatte das Land in einen Schockzustand versetzt, doch Walsh wusste, dass ein solcher per se ein vorübergehendes Phänomen ist. Bevor Walsh auf den Straßen von Buenos Aires erschossen wurde, hatte er geschätzt, es werde 20 bis 30 Jahre dauern, bis die Auswirkungen des Terrors nachlassen und die Argentinier wieder genug Zuversicht, Mut und Selbstvertrauen schöpfen würden, um erneut für wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung kämpfen zu können. 2001, 24 Jahre danach, brachen in Argentinien Proteststürme gegen die vom IWF verordneten Entbehrungen los, und bald darauf wurden in nur drei Wochen fünf Präsidenten aus dem Amt gejagt.

Ich lebte zu dieser Zeit in Buenos Aires, und die Leute riefen immer wieder: »Jetzt ist es mit der Diktatur vorbei!« Damals begriff ich nicht den Sinn dieser Jubelrufe, denn Argentinien war schon seit 17 Jahren keine Diktatur mehr. Heute

glaube ich sie zu verstehen: Die Schockwirkung hatte sich endlich abgenutzt, wie Walsh es vorausgesagt hatte.

Seither hat sich die hellwache Schockresistenz auch in vielen anderen ehemaligen Schocklabors durchgesetzt – Chile, Bolivien, China, Libanon. Je mehr es den Menschen gelingt, die kollektive Angst abzuschütteln, die ihnen vor Jahren mit Panzern und *picanas*, mit plötzlicher Kapitalflucht und brutalen sozialen Einschnitten eingejagt worden war, desto lauter wird der Ruf nach mehr Demokratie und mehr Kontrolle der Märkte. Solche Forderungen sind für Friedmans Vermächtnis am gefährlichsten, denn sie stellen seine zentrale Behauptung in Frage: dass Kapitalismus *und* Freiheit Bestandteil ein und desselben untrennbaren Projekts seien.

Die Regierung Bush hält nach wie vor dermaßen an dieser falschen Gleichsetzung fest, dass sie sie 2002 sogar in der nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten verankert hat: »Die großen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts zwischen Freiheit und Totalitarismus endeten mit einem eindeutigen Sieg der freiheitlichen Kräfte und einem einzigen nachhaltigen Modell für den Erfolg eines Landes: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.«[11] Auch wenn dieses Diktum mit der ganzen Macht des amerikanischen Militärapparates im Rücken verkündet worden war, reichte es nicht aus, um die Flut all jener einzudämmen, die ihre kleinen Freiheiten dazu nutzten, um der reinen Lehre vom freien Markt eine Absage zu erteilen – sogar in den Vereinigten Staaten. Nach den Wahlen vom November 2006 titelte der *Miami Herald*: »Demokraten gewannen dank Ablehnung von Freihandelsabkommen erheblich hinzu.« Ein paar Monate später ergab eine Umfrage von *New York Times* und *CBS*, dass

64 Prozent der US-Bürger meinten, die Regierung müsse allen die Finanzierung ihrer medizinischen Versorgung garantieren, und hätten »eine verblüffende Bereitschaft gezeigt … [dafür] Opfer zu bringen«, etwa eine Steuererhöhung um bis zu 500 Dollar pro Jahr.[12]

Auf der internationalen Bühne gewannen die entschiedenen Gegner der neoliberalen Wirtschaftspolitik eine Wahl nach der anderen. Der venezolanische Präsident Hugo Chávez wurde 2006 nach einem Wahlkampf für den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« mit 63 Prozent der Stimmen für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Trotz aller Versuche der Regierung Bush, die Verhältnisse in Venezuela als pseudodemokratisch hinzustellen, waren laut einer Umfrage aus demselben Jahr 57 Prozent der Venezolaner mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden; mehr Zustimmung verzeichnete man auf dem Subkontinent nur noch in Uruguay, wo die linke Parteienkoalition Frente Amplio in die Regierung gewählt und umfassende Privatisierungen mit einer Serie von Volksabstimmungen blockiert worden waren.[13] Anders gesagt: In den beiden lateinamerikanischen Staaten, in denen die Wähler dem Washingtoner Konsens eine Absage erteilt hatten, fanden die Bürger den Glauben daran wieder, dass die Demokratie ihnen die Macht gibt, ihre Lage zu verbessern. In krassem Gegensatz zu dieser positiven Stimmung zeigen Umfrageergebnisse in Ländern, deren Wirtschaftspolitik trotz anderslautender Wahlversprechungen weitgehend unverändert geblieben ist, dass dort das Vertrauen in die Demokratie stetig schwindet, was sich auch in nachlassender Wahlbeteiligung, abgrundtiefem Zynismus gegenüber Politikern und einem Erstarken des religiösen Fundamentalismus widerspiegelt.

In Europa kam es 2005 zu weiteren Interessenkonflikten zwischen freien Märkten und freien Menschen, als in zwei Staaten bei Volksabstimmungen die europäische Verfassung abgelehnt wurde. In Frankreich betrachtete man den Entwurf als Festschreibung der korporatistischen Ordnung. Zum allerersten Mal waren Bürger direkt gefragt worden, ob in Europa die ungezügelte freie Marktwirtschaft herrschen sollte, und sie nutzten die Gelegenheit und sagten Nein. Die in Paris lebende Autorin und Aktivistin Susan George sagte: »Die Menschen wussten im Grunde nicht, dass da ganz Europa eingeschlossen war, alles in einem einzigen Dokument festgehalten … Zitiert man erst einmal daraus, und sie erkennen, was da wirklich drinsteht und was als Verfassung unwiderruflich und unabänderlich festgeschrieben werden soll, dann erschrecken sie zu Tode.«[14]

Die entschiedene Ablehnung dessen, was die Franzosen den »barbarischen Kapitalismus« nennen, zeigt sich in vielerlei Gestalt, darunter auch in reaktionärer und rassistischer. In den Vereinigten Staaten wurde die Empörung über den Niedergang der Mittelschicht bequemerweise in den Ruf nach Grenzbefestigungen umgemünzt, wobei vor allem Lou Dobbs allabendlich auf CNN gegen die »Invasion illegaler Aliens« hetzte, die »Krieg gegen die amerikanische Mittelschicht« führten, ihr die Arbeitsplätze wegnähmen und Kriminalität sowie »äußerst ansteckende Krankheiten« einschleppten.[13] (Diese Sündenbock-Kampagne löste 2006 die größten Demonstrationen für die Rechte von Einwanderern in der Geschichte der USA aus; über eine Million Menschen beteiligten sich daran, was ein weiteres Indiz ist, dass Opfer von Wirtschaftsschocks eine neue Furchtlosigkeit an den Tag legen.)

In ähnlicher Weise wurde das Referendum über die europäische Verfassung 2005 in den Niederlanden von einwandererfeindlichen Parteien für ihre Ziele missbraucht, die statt über eine korporatistische Wirtschaftsordnung über eine Flut polnischer, die Löhne drückender Handwerker nach Westeuropa abstimmen ließen. Hinter vielen Neinstimmen sowohl beim französischen als auch beim niederländischen Referendum stand die »Angst vor dem polnischen Klempner« – die »Installateursphobie«, wie es der ehemalige EU-Kommissar Pascal Lamy ausdrückte.[16]

In Polen selbst hat derweil die Reaktion auf die politischen Reformen der neunziger Jahre, die so viele verarmen ließen, ein ganz eigenes Sortiment beunruhigender Phobien hervorgebracht. Nachdem Solidarność die Arbeiter betrogen hatte, die die Bewegung aufgebaut hatten, wandten sich viele Polen neuen Organisationen zu, wodurch letzten Endes die ultrakonservative Partei Recht und Gerechtigkeit an die Macht kam. Heute wird Polen von Präsident Lech Kaczynski regiert, einem enttäuschten Solidarność-Aktivisten, der als Bürgermeister von Warschau dadurch von sich reden machte, dass er eine Schwulenparade untersagte und demonstrativ an einer »Parade der Normalität« teilnahm.* Kaczynski und sein Zwillingsbruder Jaroslaw (der jetzt Ministerpräsident ist) gewannen die Wahl von 2005 mit einer Kampagne, die sehr stark auf rhetorische Attacken gegen eine Chicagoer Wirtschaftspoli-

* Das ist kein rein polnisches Phänomen. Ken Livingstone, Bürgermeister von London, warnte im März 2007 vor einem gefährlichen »Sturm der Reaktion gegen Lesben- und Schwulenrechte, der durch ganz Osteuropa fegt«.

tik setzte. Ihre Hauptgegner versprachen, die bisherige staatliche Altersvorsorge abzuschaffen und eine Einkommensteuerpauschale von 15 Prozent einzuführen – beides eins zu eins aus Friedmans Rezeptbuch übernommen. Die Zwillinge erklärten, eine solche Politik werde die Armen bestehlen und Seilschaften von Großkapitalisten und raffgierigen Politikern bereichern. Als die Partei Recht und Gerechtigkeit jedoch an die Macht gekommen war, tauschte sie dieses Feindbild gegen bequemere Sündenböcke aus: Homosexuelle, Juden, Feministinnen, Ausländer, Kommunisten. Ein polnischer Journalist schrieb: »Ihr Projekt ist eine einzige Anklage gegen die letzten 17 Jahre.«[17]

In Russland betrachten viele die Ära Putin ebenfalls als Gegenreaktion auf die Jahre der Schocktherapie. Da zig Millionen verarmter Bürger noch immer vom rapiden Wirtschaftswachstum ausgeschlossen bleiben, fällt es Politikern nicht schwer, die öffentliche Empörung über die Ereignisse der frühen neunziger Jahre anzuheizen, die häufig als Werk ausländischer Verschwörer dargestellt werden, die das Sowjetreich in die Knie zwingen und Russland »fremdverwalten« wollten.[18] Obwohl Putins strafrechtliche Schritte gegen verschiedene Oligarchen meist eher symbolischer Natur gewesen sind – denn schon tummeln sich in der Umgebung des Kreml »Staatsoligarchen« eines neuen Typs –, sind viele Russen beim Gedanken an das Chaos der Neunziger für die von Putin wiederhergestellte Ordnung dankbar, auch wenn immer mehr Journalisten und sonstige Kritiker auf mysteriöse Weise sterben, während die Geheimpolizei offenbar keinerlei Strafverfolgung fürchten muss.

Da der Sozialismus noch immer mit der in seinem Namen

jahrzehntelang ausgeübten Brutalität assoziiert wird, gibt es für die Wut der Bevölkerung außer Nationalismus und Proto-Faschismus nur wenige Ventile. Gewalttaten mit ethnischem Hintergrund nehmen um rund 30 Prozent pro Jahr zu, 2006 gab es praktisch täglich welche. Die Parole »Russland den Russen« befürworten fast 60 Prozent der Bevölkerung.[19] »Den Behörden ist vollkommen klar, dass ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik nur unzureichend in der Lage ist, akzeptable Lebensbedingungen für eine Mehrheit der Bevölkerung zu schaffen«, erklärte Juri Vdovin, ein antifaschistischer Aktivist. Dennoch seien »für alle Fehler angeblich andere Leute im Land verantwortlich, die die falsche Religion, die falsche Hautfarbe oder einen anderen ethnischen Hintergrund haben«.[20]

Es ist eine bittere Ironie, dass zu dem Zeitpunkt, als Russland und Osteuropa die neoliberale Schocktherapie verordnet wurde, dieser schmerzhafte Eingriff oft als das einzige Mittel verteidigt wurde, eine Wiederholung der Weimarer Verhältnisse zu vermeiden, die in Deutschland das Aufkommen des Nationalsozialismus ermöglicht hatten. Tatsächlich hat gerade die unbekümmerte wirtschaftliche Ausgrenzung von zig Millionen Menschen durch die Ideologen der grenzenlos freien Marktwirtschaft beängstigend ähnliche explosive Zustände geschaffen: Einst selbstbewusste Bevölkerungen fühlen sich von ausländischen Kräften gedemütigt und versuchen, ihren Nationalstolz wiederzugewinnen, indem sie die Schwächsten in ihrer Mitte angreifen.

In Lateinamerika, dem ersten Testlabor der Chicagoer Schule, nimmt die Gegenreaktion entschieden hoffnungsvollere Ge-

stalt an. Sie richtet sich nicht gegen die Schwachen und Verletzlichen, sondern direkt gegen die Ideologie, die der wirtschaftlichen Ausgrenzung zugrunde lag. Und anders als in Russland und Osteuropa, verspüren die Menschen eine unbezähmbare Lust, genau die Ideen auszuprobieren, die in der Vergangenheit niedergemacht worden waren.

Auch wenn die Regierung Bush darauf beharrt, das 20. Jahrhundert habe mit einem »eindeutigen Sieg« der freien Marktwirtschaft über alle Arten von Sozialismus geendet, wissen in Lateinamerika sehr viele ganz genau, dass es der autoritäre Kommunismus war, der in Osteuropa und Teilen Asiens scheiterte. Ein demokratischer Sozialismus – bei dem nicht nur eine sozialistische Partei durch demokratische Wahlen an die Regierung kommt, sondern auch die Arbeit in Industrie und der Landbesitz demokratisch organisiert werden – hat in vielen Regionen funktioniert, von Skandinavien bis hin zur florierenden Emilia Romagna mit ihren historisch gewachsenen Kooperativen. Eine solche Kombination von Demokratie und Sozialismus wollte Salvador Allende zwischen 1970 und 1973 in Chile verwirklichen. Gorbatschow verfolgte die ähnliche, wenn auch weniger radikale Vision, die Sowjetunion zu einem »sozialistischen Leuchtfeuer« nach skandinavischem Vorbild zu machen. Die südafrikanische Freiheits-Charta – der Traum, der den langen Befreiungskampf beflügelte – war eine Spielart desselben Dritten Wegs: kein Staatskommunismus, sondern Marktwirtschaft in Koexistenz mit verstaatlichten Banken und Bergwerken und einem Staat, der mit diesen Einnahmen lebenswerte Wohnquartiere und anständige Schulen baut: Demokratie auf wirtschaftlicher wie auf politischer Ebene. Die Werftarbeiter, die 1980 die Solidarność gründe-

ten, verschworen sich nicht zum Kampf gegen den Sozialismus, sondern für einen Sozialismus, der den Arbeitern endlich die Macht verschaffen sollte, sowohl ihre Betriebe als auch ihr Land demokratisch zu verwalten.

Das schmutzige Geheimnis der neoliberalen Ära ist, dass diese Vorstellungen nie bei einer großen geistigen Auseinandersetzung oder bei demokratischen Wahlen verworfen wurden. Sie wurden in politischen Schlüsselsituationen aus dem Weg geschockt. Wo Menschen sie entschlossen verteidigten, wurden sie mit offener Gewalt niedergemacht, von Pinochets, Jelzins oder Deng Xiaopings Panzern überrollt. In anderen Fällen wurden die Menschen schlicht mit dem betrogen, was John Williamson »Voodoo-Politik« nannte: Der bolivianische Präsident Víctor Paz Estenssoro ließ nach den Wahlen sein geheimes Ökonomenteam schalten und walten (und massenhaft Gewerkschaftsführer kidnappen); dem ANC wurde bei einem Hinterzimmer-Kuhhandel die Freiheits-Charta zugunsten von Thabo Mbekis hochgeheimem Wirtschaftsprogramm abgeluchst; erschöpfte Solidarność-Anhänger fügten sich nach den Wahlen um der Finanzhilfe willen in die wirtschaftliche Schocktherapie. Gerade weil der Traum von wirtschaftlicher Gleichheit so populär und im fairen Wettstreit so schwer zu besiegen ist, kam die Schockdoktrin überhaupt zum Einsatz.

Washington hat im demokratischen Sozialismus immer eine größere Gefahr gesehen als im totalitären Kommunismus, denn Letzterer ließ sich leicht verunglimpfen und eignete sich bestens als Feindbild. In den sechziger und siebziger Jahren verfolgten die Gegner von Developmentalismus und demokratischem Sozialismus am liebsten die Taktik, beide

mit Stalinismus gleichzusetzen und die klaren Unterschiede zwischen den beiden Weltanschauungen vorsätzlich zu verwischen. (Jegliche Opposition mit Terrorismus in einen Topf zu werfen leistet heute ähnliche Dienste.) Ein krasses – tief in freigegebenen Chile-Dokumenten der CIA vergrabenes – Beispiel für diese Strategie stammt aus einer frühen Phase des Chicagoer Kreuzzugs. Zwar stellte der von der CIA finanzierte Propagandafeldzug Präsident Allende als Diktator sowjetischen Stils hin, in Wirklichkeit aber beunruhigte Washington am Wahlsieg Allendes das, was Henry Kissinger 1970 in einem Memorandum an Präsident Nixon so zusammenfasste: »Das Beispiel einer erfolgreichen gewählten marxistischen Regierung in Chile hätte sicherlich einen Einfluss auf – und womöglich sogar eine Vorbildwirkung für – andere Teile der Welt, besonders Italien. Die Ausbreitung ähnlicher Phänomene durch Nachahmung würde ihrerseits das Weltgleichgewicht und unsere eigene Position innerhalb desselben signifikant beeinträchtigen.«[21] Mit anderen Worten: Allende musste weg, bevor sein demokratischer Dritter Weg Schule machte.

Der Traum, für den Allende stand, wurde niemals besiegt. Er wurde, wie es Walsh ausdrückte, vorübergehend zum Schweigen gebracht, mittels Angst unter die Oberfläche gedrückt. Deshalb kommen nun, da Lateinamerika nach Jahrzehnten des Schockzustands erwacht, die alten Ideen wieder nach oben – und damit auch die »Ausbreitung durch Nachahmung«, die Kissinger so fürchtete. Seit dem Zusammenbruch Argentiniens 2001 ist der Kampf gegen die Privatisierung wichtigstes Thema des gesamten Subkontinents geworden, zu einem Punkt, der über Aufstieg und Fall von Regie-

rungen entscheidet. Ende 2006 hatte das praktisch zu einem Domino-Effekt geführt: In Brasilien schaffte Luiz Inácio Lula da Silva die Wiederwahl als Staatspräsident vor allem, weil er daraus eine Volksabstimmung über die Privatisierung gemacht hatte. Sein Gegenkandidat – dessen Partei in den neunziger Jahren für den Ausverkauf Brasiliens verantwortlich gewesen war – versuchte damit Eindruck zu schinden, dass er in der Öffentlichkeit wie ein sozialistischer NASCAR-Rennfahrer auftrat: Überall auf seiner Jacke und seiner Baseballmütze prangten die Logos nichtprivatisierter brasilianischer Staatsunternehmen. Die Wähler überzeugte das nicht. Lula bekam 61 Prozent der Stimmen, trotz aller Ernüchterung wegen der Korruptionsskandale, in die seine Regierung verwickelt war. Kurze Zeit später stellte in Nicaragua Daniel Ortega, einst Anführer der Sandinisten, die häufigen Stromausfälle im Land in den Mittelpunkt seines siegreichen Wahlkampfes; der Verkauf der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft an das spanische Unternehmen Unión Fenosa nach Hurrikan Mitch sei, so versicherte er, Schuld daran. »Ihr, meine Brüder, leidet Tag für Tag unter den Auswirkungen dieser Stromausfälle!«, rief er seinen Anhängern zu. »Wer hat Unión Fenosa in unser Land geholt? Die Regierung der Reichen hat es getan, diejenigen, die im Dienst des barbarischen Kapitalismus stehen.«[22]

Bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador im November 2006 verliefen die ideologischen Fronten ähnlich: Rafael Correa, ein dreiundvierzigjähriger linker Ökonom, gewann die Wahl gegen den Bananen-Tycoon Alvaro Noboa, einen der reichsten Männer des Landes. Correa hatte »We're Not Going to Take It« von Twisted Sister zu seinem offiziellen Wahlkampfsong gemacht und das Land aufgerufen, »all die

Irrtümer des Neoliberalismus zu überwinden«. Nach seinem Wahlsieg bekannte der neue Präsident von Ecuador, er sei »kein Fan von Milton Friedman«.[23] Zu diesem Zeitpunkt hatte in Bolivien Evo Morales sein erstes Amtsjahr als Präsident schon nahezu hinter sich; nachdem er die Streitkräfte eingesetzt hatte, um die Erdgasfelder den multinationalen »Plünderern« wieder zu entreißen, machte er mit der Verstaatlichung von Teilen des Bergbausektors weiter. Zur selben Zeit wurden in Mexiko die Ergebnisse der unter Betrugsverdacht stehenden Wahlen von 2006 angefochten; es bildete sich eine noch nie dagewesene »Parallelregierung des Volkes«, indem auf den Straßen und dem Platz vor dem Regierungssitz in Mexiko City Abstimmungen veranstaltet wurden. Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca ging die rechtskonservative Regierung mit Bereitschaftspolizei gegen streikende Lehrer vor, die eine Gehaltserhöhung forderten; dies löste eine auf den ganzen Staat übergreifende, monatelange Rebellion gegen die Korruption der korporatistischen Regierung aus.

Sowohl in Chile als auch in Argentinien regieren Politiker, die sich von den Chicagoer Experimenten in ihren Länder distanzieren, auch wenn heftig debattiert wird, inwieweit sie für eine echte Alternative stehen. Doch schon die politische Symbolik stellt in gewisser Weise einen Sieg dar. Mehrere Mitglieder des argentinischen Kabinetts und nicht zuletzt Präsident Néstor Kirchner selbst saßen während der Diktatur im Gefängnis. Am 24. März 2006, dem 30. Jahrestag des Militärputsches, hielt Kirchner eine Rede vor Demonstranten auf der Plaza de Mayo, wo die Mütter der Verschwundenen ihre wöchentliche Mahnwache gehalten hatten. »Wir sind wieder da«, erklärte er und meinte damit die Generation, die in den

siebziger Jahren terrorisiert worden war. In der riesigen versammelten Menge, erklärte er, erkenne er »die Gesichter von 30 000 verschwundenen *compañeros*, die heute auf diesen Platz zurückgekehrt sind«.[24] Chiles Präsidentin Michelle Bachelet gehörte zu den Tausenden, die unter Pinochets Schreckensherrschaft zu leiden hatten. 1975 waren sie und ihre Mutter festgenommen und in der Villa Grimaldi eingesperrt und gefoltert worden; die Villa war für ihre Isolationszellen berüchtigt – so winzige Holzverschläge, dass die Häftlinge darin nur kauern konnten. Bachelets Vater, ein Offizier, hatte sich geweigert, beim Putsch mitzumachen, und war von Pinochets Leuten ermordet worden.

Im Dezember 2006, einen Monat nach Friedmans Tod, versammelten sich die politischen Führer Lateinamerikas zu einem geschichtsträchtigen Gipfeltreffen in Bolivien. Es fand in Cochabamba statt – der Stadt, in der einige Jahre zuvor ein Volksaufstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung die US-Firma Bechtel aus dem Land gejagt hatte. Morales eröffnete die Veranstaltung mit dem Versprechen, er werde »die offenen Adern Lateinamerikas schließen«.[25] Das war eine Anspielung auf Eduardo Galeanos Buch *Die offenen Adern Lateinamerikas*, einer poetischen Chronik über fünf Jahrhunderte der Ausbeutung eines Erdteils, einer Geschichte der gewaltsamen Plünderungen, die einen reichen in einen armen Kontinent verwandelt hatten. Das Buch war 1971 erschienen – zwei Jahre bevor Allende gestürzt wurde, weil er es gewagt hatte, mit der Verstaatlichung der chilenischen Kupferminen ein paar »offene Adern« zu schließen. Dieser Putsch hatte eine neue Ära wüster Plünderungen eingeläutet, in deren Verlauf alle von den developmentalistischen Bewegungen des Konti-

nents zwischenzeitlich aufgebauten Strukturen kassiert, zerschlagen und ausverkauft wurden. Nun nehmen die Lateinamerikaner die Fäden wieder auf, die vor Jahrzehnten so brutal zerrissen wurden. Viele der heutigen politischen Vorhaben sind vertraut: Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftssektoren, Landreform, große Neuinvestitionen in Alphabetisierungskampagnen, in das Bildungs- und Gesundheitswesen. Das sind keine revolutionären Ideen, aber mit ihrer selbstbewussten Vision von einem Staat, der Gleichheit verwirklichen hilft, stellen sie sicher eine entschiedene Absage an das dar, was Friedman 1975 gegenüber Pinochet geäußert hatte: »Der Hauptfehler bestand meiner Ansicht nach darin … zu glauben, man könne mit dem Geld anderer Leute Gutes tun.«

Die zeitgenössischen politischen Bewegungen Lateinamerikas sind sicherlich von einer langen, militanten Geschichte geprägt, aber keineswegs nur Neuauflagen ihrer Vorgänger. Der auffälligste Unterschied ist, dass sie sich voll und ganz bewusst sind, wie wichtig es ist, sich vor den Schocks der Vergangenheit zu schützen – vor den Putschen, den ausländischen Schocktherapeuten, den von den USA ausgebildeten Folterknechten und auch den Schulden- und Inflationsschocks der achtziger und neunziger Jahre. Die südamerikanischen Massenbewegungen, die die Serie von Wahlsiegen der Kandidaten des linken Flügels in Schwung brachten, haben gelernt, Schockabsorber in ihre Organisationsstrukturen einzubauen. Sie sind zum Beispiel weniger zentralisiert als in den sechziger Jahren, sodass eine ganze Bewegung nicht mehr so leicht gelähmt werden kann, indem man einige führende Köpfe ausschaltet. Trotz des übertriebenen Personenkults um Hugo

Chávez und dessen Strategie, die Macht auf staatlicher Ebene zu zentralisieren, sind die progressiven Netzwerke Venezuelas gleichzeitig in hohem Maß dezentralisiert; ihre Macht verteilt sich an der Basis und auf Gemeindeebene auf Tausende von Ortsgruppen und Kooperativen. Die Indio-Bewegungen in Bolivien, die Morales an die Macht brachten, funktionieren ähnlich, und sie haben klargestellt, dass Morales nicht ihre bedingungslose Unterstützung genießt: Die Barrios werden ihn unterstützen, solange er seinen demokratischen Auftrag erfüllt, aber keine Sekunde länger. Dank dieser Netzwerk-Organisationsform überstand Chávez den Putschversuch von 2002: Als ihre Revolution in Gefahr war, strömten seine Anhänger aus den Elendsvierteln rund um die Hauptstadt Caracas ins Zentrum und erzwangen sein Verbleiben im Amt – zu solchen Massenmobilisierungen war es bei den Putschen der siebziger Jahre nicht gekommen.

Die neuen politischen Führer Lateinamerikas haben auch mutige Maßnahmen gegen künftige, von den Vereinigten Staaten unterstützte antidemokratische Umsturzversuche ergriffen. Die Regierungen Venezuelas, Costa Ricas, Argentiniens und Uruguays haben verkündet, sie würden keine Studenten mehr auf die School of the Americas schicken (die sich jetzt Western Hemisphere Institute for Security Cooperation nennt) – das berüchtigte polizeilich-militärische US-Ausbildungszentrum in Fort Benning, Georgia, in dem so viele der berüchtigten Mörder des Subkontinents die modernsten »Antiterror«-Methoden lernten, um sie dann unverzüglich bei Bauern in El Salvador oder Automobilarbeitern in Argentinien anzuwenden.[26] Auch Bolivien scheint entschlossen, seine Beziehungen zu dem Institut abzubrechen, desgleichen Ecuador. Falls ir-

gendwelche rechtsextremistischen Elemente in der bolivianischen Provinz Santa Cruz ihre Drohungen gegen die Regierung von Evo Morales wahr machen sollten, dann würde Venezuela, hat Chávez durchblicken lassen, Truppen zur Verteidigung der bolivianischen Demokratie entsenden. Rafael Correa ist im Begriff, einen noch radikaleren Schritt zu tun. In der ecuadorianischen Hafenstadt Manta befindet sich die gegenwärtig größte US-Militärbasis in Südamerika; sie dient als Hauptstützpunkt für den amerikanischen »Krieg gegen die Drogen«, der überwiegend in Kolumbien ausgetragen wird. Die Regierung Correa hat angekündigt, dass sie den 2009 auslaufenden Vertrag über die Basis nicht verlängern wird. »Ecuador ist eine souveräne Nation«, sagte Außenministerin María Fernanda Espinosa. »Wir brauchen keine ausländischen Truppen in unserem Land.«[27] Ohne Stützpunkte und Ausbildungsprogramme wird es dem US-Militär viel schwerer fallen, Schocks zu verabreichen.

Auch auf die Art von Schocks, die wankelmütige Märkte auslösen können, sind die neuen lateinamerikanischen Führer besser vorbereitet. In den zurückliegenden Jahrzehnten zählte zu den schlimmsten Destabilisierungsfaktoren die Schnelligkeit, mit der das Kapital seine Zelte abbrechen und anderswo hingehen konnte oder mit der ein Preisverfall bei den Grundbedarfsartikeln einen ganzen Landwirtschaftssektor vernichten konnte. In weiten Teilen Lateinamerikas ist es schon zu solchen Schocks gekommen, wie verfallene Industrievororte und weite Landstriche brachen Ackerlands bezeugen. Die neuen linken Regierungen des Subkontinents stehen daher vor der Aufgabe, diesen Abraum der Globalisierung wieder produktiv zu machen. Wie das funktionieren kann, zeigen die

eineinhalb Millionen Bauern in Brasilien, die sich in der Bewegung der Landlosen (MST) organisiert und Hunderte von Genossenschaften für die Reaktivierung ungenutzten Landes gegründet haben. In Argentinien wird Ähnliches an einer Bewegung deutlich, die Unternehmen wieder flottmacht: Schon 200 bankrotte Firmen sind von ihren Belegschaften in Form demokratisch geführter Kooperativen wiederbelebt worden. Diese genossenschaftlichen Unternehmen brauchen nicht in der ständigen Angst vor dem Schock zu leben, dass ihre Investoren plötzlich aussteigen, denn die sind bereits weg. In gewisser Weise sind diese Übernahme-Experimente auch eine Art von postkatastrophalem Wiederaufbau – in diesem Fall ein Wiederaufbau nach dem Zeitlupendesaster des Neoliberalismus. Im scharfen Kontrast zum Katastrophen-Kapitalismus-Komplex im Irak, in Afghanistan und am Golf von Mexiko wird in Lateinamerika der Wiederaufbau von jenen getragen, die selbst am meisten unter der Katastrophe litten. Und so überrascht nicht, dass ihre spontan gefundenen Lösungen große Ähnlichkeit mit dem realen Dritten Weg aufweisen, den die Chicagoer Schule auf ihrem Kreuzzug rund um die Welt so gründlich kaputt geschockt hatte: Demokratie im Alltag.

In Venezuela haben die Kooperativen für Chávez oberste politische Priorität; er hat ihnen eine Art Vorrecht bei Regierungsaufträgen eingeräumt und für wirtschaftliche Anreize gesorgt, miteinander Geschäfte zu machen. 2006 gab es in Venezuela rund 100 000 Genossenschaften mit über 700 000 Beschäftigten.[28] Viele davon sind Teil staatlicher Infrastrukturen – sie betreiben etwa Straßenmeistereien, Mautstationen oder Krankenhäuser –, die in die Zuständigkeit der Kommu-

nen verlagert worden sind. Die Logik des Outsourcings staatlicher Aufgaben wurde hier ins Gegenteil verkehrt: Statt dass durch das stückweise Verauktionieren des Staates an Großunternehmen demokratische Kontrolle verlorengeht, werden die Nutzer solcher Infrastrukturen ermächtigt, sie selbst zu betreiben, wodurch – zumindest theoretisch – Arbeitsplätze geschaffen und öffentliche Dienstleistungen verantwortungsbewusster erbracht werden. Chávez' zahlreiche Kritiker verspotten diese Initiativen natürlich als Wahlgeschenke und unfaire Subventionen. Doch in einer Zeit, da Halliburton die US-Regierung über sechs Jahre hinweg als persönlichen Bankomaten betrachtet, allein für Aufträge im Irak mehr als 20 Milliarden Dollar eingesackt hat, sich sowohl im Irak als auch am Golf von Mexiko geweigert hat, einheimische Arbeitskräfte zu beschäftigen, und schließlich den US-Steuerzahlern mit der Verlegung der Konzernzentrale nach Dubai dankte (unter Mitnahme aller damit verbundenen steuerlichen und rechtlichen Vorteile), wirkt Chávez' direkte Subventionierung der eigenen Bevölkerung weit weniger radikal.

Der wichtigste Schutz Lateinamerikas vor künftigen Schocks (und damit vor der Schockdoktrin) entspringt der zunehmenden Unabhängigkeit des Kontinents von den Washingtoner Finanzinstitutionen – sie ist das Ergebnis verstärkter Integration in der Region. Die Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA, Bolivarianische Alternative für die Völker unseres Amerika) ist die Antwort der Lateinamerikaner auf die Free Trade Area of the Americas, jenem mittlerweile begrabenen korporatistischen Traum von einer Freihandelszone, die von Alaska bis Feuerland reichen sollte. ALBA steckt zwar noch in den Kinderschuhen, doch der in Brasilien

tätige Soziologe Emir Sader beschreibt das Potenzial der Wirtschaftsgemeinschaft als »perfektes Beispiel für einen wirklich fairen Handel: Jedes Land bringt ein, was es am besten erzeugen kann, und bekommt dafür, was es am nötigsten braucht, unabhängig von Weltmarktpreisen«.[29] So liefert beispielsweise Bolivien Erdgas zu stabilen, rabattierten Preisen; Venezuela bringt sein Erdöl ein (das an ärmere Länder zu stark subventionierten Preisen abgegeben wird) und stellt sein Expertenwissen in der Erschließung von Reserven zur Verfügung; Kuba entsendet Tausende Ärzte, die in ganz Lateinamerika eine kostenlose medizinische Versorgung anbieten, und bildet an seinen medizinischen Fakultäten Studenten aus anderen Ländern aus. Dieses Modell unterscheidet sich grundlegend von dem akademischen Austausch, der Mitte der fünfziger Jahre an der University of Chicago begann, wo Studenten aus Lateinamerika einen rigiden ideologischen Katechismus eingepaukt bekamen und dann nach Hause zurückgeschickt wurden, um die gelernten Rezepte überall auf dem Kontinent gleichermaßen anzuwenden. Der wichtigste Vorzug von ALBA ist, dass es im Grunde ein Tauschhandelssystem ist, innerhalb dessen jedes Land selbst entscheiden kann, wie hoch es den Wert einer Ware oder Dienstleistung ansetzen will, statt dass Händler in New York, Chicago oder London die Preise festlegen. Dadurch wird der Handel weit unanfälliger für jene schlagartigen Preisfluktuationen, die in jüngster Vergangenheit die lateinamerikanischen Volkswirtschaften verheerten. Heute schafft sich Lateinamerika selbst eine Zone relativer wirtschaftlicher Stabilität und Berechenbarkeit inmitten einer Welt voller finanzieller Turbulenzen, eine Leistung, die im Zeitalter der Globalisierung niemand für möglich gehalten hätte.

Wenn einer der ALBA-Mitgliedstaaten in finanzielle Schwierigkeiten gerät, sorgt das Eingebundensein in diese Gemeinschaft dafür, dass er sich nicht unbedingt an den IWF oder an das US-Finanzministerium wenden muss, um Hilfe zu bekommen. Das ist sehr gut, denn aus Bushs Darlegungen zur nationalen Sicherheitsstrategie der USA 2006 geht eindeutig hervor, dass für Washington die Schockdoktrin nach wie vor höchst aktuell ist: »Wenn Krisen eintreten, muss die Reaktion des IWF die Verantwortung eines jeden Landes für seine eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen stärken«, heißt es dazu. »Ein neu ausgerichteter IWF wird die Institutionen des Marktes und die Marktdisziplin auf dem Weg über finanzielle Entscheidungen stärken.« Eine »Marktdisziplin«, wie Washington sie versteht, lässt sich nur erzwingen, wenn betroffene Länder auch in Washington um Hilfe anklopfen. Wie Stanley Fisher im Zusammenhang mit der asiatischen Finanzkrise erklärte, kann der IWF nur helfen, wenn er um Hilfe gebeten wird. »Aber wenn [ein Land] kein Geld mehr hat, bleibt ihm kaum etwas anderes übrig.«[30] Das hat sich geändert. Dank der hohen Ölpreise ist Venezuela ein Hauptkreditgeber für andere Entwicklungsländer geworden, die dadurch nicht mehr nach Washington rennen müssen.

Die Folgen sind dramatisch. Brasilien, durch seine enorme Verschuldung so lange an Washington gefesselt, lehnt eine neue Vereinbarung mit dem IWF ab. Nicaragua verhandelt den Rückzug vom Fonds, und Venezuela hat sich vom IWF und von der Weltbank getrennt. Selbst Argentinien, Washingtons früherer »Musterschüler«, hat sich dem Trend angeschlossen. In seiner Rede zur Lage der Nation erklärte Präsident Néstor Kirchner 2007, die ausländischen Kreditgeber

des Landes hätten ihm gesagt: »›Ihr müsst eine Vereinbarung mit dem IWF treffen, um eure Schulden abzahlen zu können.‹ Wir sagen ihnen: ›Meine Herren, wir sind souverän. Wir wollen unsere Schulden abzahlen, aber keine sieben Teufel bringen uns dazu, noch einmal ein Abkommen mit dem IWF zu schließen‹.« Im Endeffekt bedeutet dies, dass der IWF, in den achtziger und neunziger Jahren extrem mächtig, nun in Lateinamerika keine Bedeutung mehr hat. Noch 2005 entfielen 80 Prozent der vom IWF vergebenen Kreditsumme auf Lateinamerika, 2007 beanspruchte der Kontinent nur noch 1 Prozent – ein Erdrutsch innerhalb von nur zwei Jahren. »Es gibt ein Leben nach dem IWF«, meinte Kirchner, »und das ist ein gutes Leben.«[31]

Die Umwälzung reicht über Lateinamerika hinaus. Binnen nur drei Jahren ist das Volumen der vom IWF weltweit vergebenen Kredite von 81 auf 11,8 Milliarden Dollar geschrumpft, und das geht fast komplett an die Türkei. Seit der IWF in so vielen Ländern, in denen er Finanzkrisen in Profitchancen umgemünzt hat, zum Paria geworden ist, ist er auf dem besten Weg, zu verschwinden. Der Weltbank droht eine ähnlich düstere Zukunft. Im April 2007 enthüllte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa, dass er alle Kredite von der Bank ausgesetzt und den Vertreter der Einrichtung zur Persona non grata in Ecuador erklärt habe – ein außergewöhnlicher Schritt. Zwei Jahre zuvor, erläuterte Correa, habe die Weltbank einen 100-Millionen-Dollar-Kredit benutzt, um ein Wirtschaftsgesetz zu verhindern, das Einnahmen aus den Ölvorkommen an die Armen verteilen sollte. »Ecuador ist ein souveräner Staat und lässt sich nicht von dieser internationalen Bürokratie erpressen«, sagte er. Gleichzeitig kündete Evo

Morales an, dass Bolivien das Schiedsgericht der Weltbank verlassen werde, jene Einrichtung, die es multinationalen Unternehmen erlaubt, Regierungen wegen Maßnahmen zu verklagen, die ihre Profite schmälern. »Die Regierungen in Lateinamerika, und ich denke überhaupt weltweit, gewinnen nie ein Verfahren. Es gewinnen immer die Multis«, sagte Morales. Nachdem Paul Wolfowitz im Mai 2007 als Präsident der Weltbank zurücktreten musste, war klar, dass dringend Maßnahmen erforderlich sind, um die Institution aus ihrer tiefen Glaubwürdigkeitskrise zu befreien. Auf dem Höhepunkt der Wolfowitz-Affäre berichtete *The Financial Times*, die Manager der Weltbank würden »nur noch Gelächter ernten«, wenn sie den Entwicklungsländern Ratschläge erteilten.[32] Berücksichtigt man auch noch das Scheitern der Gespräche der Welthandelsorganisation im Jahr 2006 (aus dem manche Beobachter den Schluss zogen, »die Globalisierung ist tot«), steht die Zukunft jener drei bedeutenden Einrichtungen, die die Ideologie der Chicagoer Schule unter dem Deckmantel ökonomischer Unausweichlichkeit weltweit durchgesetzt haben, auf der Kippe.

Dass die Revolte gegen den Neoliberalismus in Lateinamerika am weitesten fortgeschritten ist, war zu erwarten: Als Bewohner des ersten Schocklabors hatten die Lateinamerikaner die meiste Zeit, sich wieder auf die eigene Stärke zu besinnen. Jahre des Straßenprotests haben zur Entstehung neuer politischer Gruppierungen geführt, die schließlich genug Einfluss gewannen, um nicht nur nach der Regierungsmacht zu greifen, sondern auch die Machtstrukturen im Staat schrittweise zu verändern. Es gibt Anzeichen, dass auch andere Schocklabors diesen Weg eingeschlagen haben. In Südafrika haben

die lange sich selbst überlassenen Slums ihre Loyalität dem ANC gegenüber in den Jahren 2005 und 2006 endgültig aufgekündigt und begonnen, gegen die Nichterfüllung der Versprechungen der Freiheits-Charta zu protestieren. Ausländische Journalisten schrieben, ein solches Aufbegehren habe man seit den Demonstrationen der Townships gegen die Apartheid nicht erlebt. Doch der bemerkenswerteste Stimmungswandel vollzieht sich derzeit in China. Viele Jahre lang hatte der blanke Terror des Tiananmen-Massakers dafür gesorgt, den Unmut der Bevölkerung über die Aushöhlung der Rechte der Arbeiter und die zunehmende ländliche Armut unter dem Deckel zu halten. Das ändert sich. Nach Angaben offizieller staatlicher Quellen fanden in China 2005 nicht weniger als 87 000 größere Protestaktionen statt, an denen sich insgesamt über 4 Millionen Arbeiter und Bauern beteiligten.[33] * Diese Welle des Aktivismus beantwortete das Regime zwar mit den extremsten Unterdrückungsmaßnahmen seit 1989, doch hat sie auch zu mehreren konkreten Erfolgen geführt: einer erheblichen Aufstockung der Gelder für ländliche Regionen, einer besseren medizinischen Versorgung, der Zusage, Schul- und Studiengebühren abzuschaffen. Auch China erholt sich von dem Schock.

Jede Strategie, die darauf abzielt, das »Gelegenheitsfenster«, das sich durch einen traumatischen Schock öffnet, auszunüt-

---

* »4 Millionen Arbeiter!«, staunte eine Gruppe amerikanischer Arbeiterschriftsteller. »In den USA haben wir die Geburt einer neuen weltweiten sozialen Bewegung gefeiert, als 1999 gerade 60 000 Leute zur ›Schlacht von Seattle‹ erschienen.«

zen, baut in starkem Maß auf das Überraschungselement. Ein Schockzustand ist per Definition ein Moment, in dem eine Kluft zwischen einem schnell ablaufenden Geschehen und den Informationen besteht, die man zu dessen Erklärung benötigt. Der verstorbene französische Theoretiker Jean Baudrillard beschrieb terroristische Ereignisse als Übermaß an Realität. In diesem Sinne waren die Anschläge vom 11. September zuerst einmal reines Geschehen, nackte Realität ohne jede Verarbeitung durch eine strukturierte Darstellung oder irgendetwas, das die Kluft zwischen Realität und Verständnis überbrücken konnte.[34] Solange diese Kluft besteht, sind wir, wie die meisten von uns nach dem 11. September, auf eklatante Weise manipulierbar durch Leute, die willens sind, aus dem Chaos Kapital zu schlagen. Sobald wir eine strukturierte Geschichte haben, die uns eine neue Sichtweise auf die schockierenden Ereignisse erlaubt, finden wir unsere Orientierung wieder, und die Welt beginnt wieder, vernünftigen Gesetzen zu gehorchen.

Verhörspezialisten, die Häftlinge in Schock- und Regressionszustände versetzen wollen, kennen diesen Mechanismus genau. Nicht umsonst betonen die CIA-Handbücher, wie wichtig es ist, Gefangene von allem abzuschotten, das ihnen helfen könnte, eine strukturierte Geschichte zu finden – von ihren eigenen Sinneswahrnehmungen, von anderen Häftlingen, sogar von jeglicher Kontaktaufnahme mit ihren Bewachern. »Gefangene sollten unverzüglich isoliert werden«, heißt es in dem Handbuch von 1983. »Die physische wie psychische Isolierung muss vom Moment der Ergreifung an durchgehalten werden.«[35] Die Vernehmer wissen, dass Gefangene sich untereinander verständigen, einander vor Dingen, die auf sie

zukommen, warnen, Kassiber von Zelle zu Zelle weitergeben. Sobald das geschieht, verlieren die Häscher an Überlegenheit. Sie haben dann zwar nach wie vor die Macht, körperliche Schmerzen zuzufügen, aber ihr wirksamstes psychologisches Instrumentarium zur Manipulierung und »Brechung« der Gefangenen haben sie eingebüßt: Verwirrung, Desorientierung, Überraschung. Ohne diese Elemente gibt es keinen Schock.

Dasselbe gilt auch für Gesellschaften insgesamt. Durchschauen und begreifen die Menschen erst einmal die Mechanismen der Schockdoktrin, wird es schwerer, ganze Gemeinschaften zu überrumpeln und zu verwirren. Sie werden schockresistent. Die äußerst gewalttätige Spielart des Katastrophen-Kapitalismus, die seit dem 11. September die Szene beherrscht, ist auch entstanden, weil weniger einschneidende Schocks – Schuldenkrisen, Währungsverfall, die Gefahr, auf dem »Müllhaufen der Geschichte« zu landen – bereits einen großen Teil ihrer Wirksamkeit verloren, nicht zuletzt wegen zu häufiger Anwendung. Heute erzeugen allerdings selbst kataklysmische Schocks wie Kriege oder Naturkatastrophen nicht immer jenen hohen Grad von Desorientierung, den man braucht, um einem Land eine unpopuläre wirtschaftliche Schocktherapie aufzuzwingen. Es gibt einfach schon zu viele Menschen auf dieser Welt, die unmittelbare Erfahrungen mit der Schockdoktrin gesammelt haben: Sie wissen, wie sie funktioniert, sie haben sich mit anderen Gefangenen verständigt und Kassiber von Zelle zu Zelle weitergegeben; das Schlüsselelement der Überraschung fehlt.

Ein schlagendes Beispiel ist die Reaktion von Millionen Libanesen auf die Versuche internationaler Geldgeber, dem

Land als Gegenleistung für eine Wiederaufbauhilfe nach den israelischen Attacken 2006 marktwirtschaftliche »Reformen« zu verordnen. Von Rechts wegen hätte diese Taktik aufgehen müssen: Das Land brauchte die Gelder so nötig wie die Luft zum Atmen. Schon vor dem Krieg gehörte der Libanon zu den am höchsten verschuldeten Ländern der Welt, nun kamen durch zerstörte Straßen, Brücken und Flughäfen noch geschätzte 9 Milliarden Dollar an Schäden hinzu. Als sich Delegierte aus 30 reichen Ländern im Januar 2007 in Paris einfanden, um dem Libanon 7,6 Milliarden Dollar an Darlehen und Zuschüssen für den Wiederaufbau zuzusagen, gingen sie selbstverständlich davon aus, dass die libanesische Regierung jegliche an die Gewährung der Hilfe geknüpften Klauseln akzeptieren würde. Die Bedingungen waren die üblichen: Privatisierung der Telekommunikation und der Stromversorgung, Erhöhung der Benzin- und Heizölpreise, Kürzungen bei staatlichen Leistungen und eine Erhöhung der im Land bereits umstrittenen Mehrwertsteuer.

Der libanesische Ökonom Kamal Hamdan schätzte die daraus resultierende Mehrbelastung der Haushalte auf 15 Prozent – eine klassische Friedenszeche. Und was den Wiederaufbau selbst betraf, würden die Aufträge natürlich an die Großkonzerne des Katastrophen-Kapitalismus gehen – ohne die Auflage, einheimische Arbeitskräfte oder Subunternehmer einzusetzen.[36]

Die US-Außenministerin Condoleezza Rice wurde gefragt, ob solche weitreichenden Bedingungen nicht den Tatbestand einer ausländischen Einmischung in libanesische Angelegenheiten erfüllten. Sie antwortete: »Der Libanon ist eine Demokratie. Abgesehen davon, ist der Libanon auch dabei, einige

wichtige Wirtschaftsreformen durchzuführen, ohne die nichts von all dem funktionieren würde.« Der vom Westen unterstützte libanesische Ministerpräsident Fuad Siniora stimmte den Bedingungen sofort zu und erklärte achselzuckend: »Der Libanon hat die Privatisierung nicht erfunden.« Um seine Bereitschaft mitzuspielen noch weiter unter Beweis zu stellen, engagierte er den Bush verbundenen Konzern Booz Allen Hamilton für die Abwicklung der Telekom-Privatisierung.[37]

Viele Libanesen zeigten sich jedoch erheblich weniger kooperativ. Obwohl viele ihrer Häuser noch in Trümmern lagen, beteiligten sie sich zu Tausenden an einem Generalstreik, den eine Koalition aus Gewerkschaften und politischen Parteien ausgerufen hatte, darunter die islamistische Hisbollah. Die Demonstranten machten deutlich, dass eine Wiederaufbauhilfe, die zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten für ein vom Krieg gebeuteltes Volk führte, die Bezeichnung Hilfe wohl kaum verdiente. Während Premierminister Siniora in Paris die Geberländer beruhigte, brachten im Libanon Streiks und Straßensperren das Wirtschaftsleben zum Stillstand – der erste landesweite Aufstand, der sich ausdrücklich gegen die Kriegsgewinnler des Katastrophen-Kapitalismus richtete. Demonstranten organisierten auch ein Sit-in, das sie zwei Monate lang durchhielten und mit dem sie die Innenstadt von Beirut in eine Mischung aus Zeltdorf und Straßenkarneval verwandelten. Die meisten Journalisten beschrieben diese Ereignisse als ein von der Hisbollah inszeniertes Muskelspiel, doch Mohamad Bazzi, Leiter des Nahostbüros der New Yorker Zeitung *Newsday*, war der Meinung, dass dies ihrer wahren Bedeutung nicht gerecht wurde: »Vielen von denen, die dort in der Innenstadt kampieren, geht es nicht in erster Li-

nie um den Iran oder Syrien oder um die Rivalität zwischen Sunniten und Schiiten. Es geht um die wirtschaftliche Ungleichheit, unter der die libanesischen Schiiten seit Jahrzehnten leiden. Es ist eine Revolte der Armen und des arbeitenden Volkes.«[38]

Es war der Schauplatz des Sit-ins selbst, der die anschaulichste Erklärung dafür lieferte, weshalb das libanesische Volk sich plötzlich als schockresistent erwies. Die Protestaktion spielte sich in dem Teil der Beiruter Innenstadt ab, die die Bewohner Solidere nennen – nach der privaten Baugesellschaft, die fast alle Gebäude in diesem Areal errichtet hat und besitzt. Das Stadtviertel Solidere ist das Resultat der letzten Wiederaufbauphase im Libanon. Anfang der neunziger Jahre, nach 15 Jahren Bürgerkrieg, war das Land am Boden zerstört, und der verschuldete Staat hatte kein Geld für einen Wiederaufbau. Der Milliardär und spätere libanesische Premierminister Rafiq Hariri unterbreitete einen Vorschlag: Überlasst mir den gesamten Grund und Boden in der Innenstadt, dann werde ich dort mit meiner neuen Firma Solidere das »Singapur des Nahen Ostens« errichten. Hariri, der im Februar 2005 durch eine Autobombe getötet wurde, ließ fast alle noch bestehenden Gebäude in dem Areal plattwalzen und verwandelte es in eine Tabula rasa. Yachthäfen, luxuriöse Eigentumswohnungen (manche mit eingebautem Lastenaufzug für Autos) und prachtvolle Einkaufszentren ersetzten die alten Basare und engen Gassen.[39] Nahezu alles in dem neuen Geschäfts- und Einkaufsviertel – Gebäude, Plätze, Sicherheitskräfte – gehört dem Solidere-Konzern.

Für die Welt draußen war Solidere das leuchtende Symbol für die Wiedergeburt des Libanon nach dem Bürgerkrieg; für

viele Libanesen hingegen war es von Anfang an so etwas wie eine Holographie. Außerhalb dieses hypermodernen Innenstadtkerns fehlten großen Teilen von Beirut die grundlegenden Infrastrukturen von elektrischem Strom bis zu öffentlichen Nahverkehrsmitteln, und in vielen Hausfassaden waren nach wie vor die Einschusslöcher aus den Kämpfen zu sehen. In diesen vernachlässigten Slums um das glanzvolle Zentrum herum baute sich die Hisbollah ihre treue Gefolgschaft auf, indem sie Stromgeneratoren und Sendemasten aufstellte, eine Müllabfuhr organisierte, für Sicherheit sorgte – den vielgeschmähten »Staat im Staate« bildete. Wenn Bewohner der heruntergekommenen Vororte sich nach Solidere trauten, wurden sie nicht selten von Hariris privatem Sicherheitsdienst weggejagt, weil ihre Gegenwart den Touristen Angst einflößte.

Raida Hatoum, Bürgerrechtlerin in Beirut, erzählte mir von den Anfängen des Solidere-Wiederaufbaus: »Die Menschen waren so glücklich, dass der Krieg vorbei war und die Straßen wieder hergerichtet wurden. Als wir merkten, dass die Straßen verkauft worden waren und sich in Privatbesitz befanden, war es zu spät. Wir wussten nicht, dass [die internationalen Hilfsgelder] nur Darlehen waren und wir sie später zurückzahlen mussten.« Dieses böse Erwachen, als klar wurde, dass die Ärmsten letzten Endes die Rechnung für einen Wiederaufbau zahlen mussten, der nur einer kleinen Elite zugutekam, hat die Libanesen zu Experten für die Mechanismen des Katastrophen-Kapitalismus gemacht. Und diese Erfahrung hat dazu beigetragen, dass das Land nach dem Krieg von 2006 nicht die Orientierung und den Zusammenhalt verlor. Die Demonstranten sandten eine klare Botschaft aus, in-

dem sie sich dafür entschieden, ihre Massen-Sit-ins in der Solidere-Enklave zu veranstalten – palästinensische Flüchtlinge schlugen ihre Zelte direkt vor dem Virgin Megastore und vor exklusiven Kaffeebars auf (»Würde ich hier ein Sandwich essen, wäre ich für den Rest der Woche pleite«, kommentierte einer der Teilnehmer). Sie wollten keinen zweiten Wiederaufbau mit Solidere-Enklaven und vernachlässigten Vorstädten – mit festungsartigen Grünen Zonen und Roten Zonen voller Gewalt –, sondern einen Wiederaufbau für das gesamte Land. »Wie können wir diese Regierung, die stiehlt, noch akzeptieren?«, fragte ein Demonstrant. »Diese Regierung, die dieses Zentrum hier gebaut und diese riesige Verschuldung aufgehäuft hat? Wer wird dafür bezahlen? Ich muss dafür bezahlen, und nach mir noch mein Sohn.«[40]

Die Schockresistenz im Libanon beschränkte sich nicht nur auf Proteste. Sie kam auch durch breit angelegte parallele Aufbauanstrengungen zum Ausdruck. Binnen Tagen nach dem Waffenstillstand hatten Stadtteilausschüsse der Hisbollah viele der bei den Luftangriffen getroffenen Häuser inspiziert, die Schäden geschätzt und waren bereits dabei, obdachlos gewordenen Familien 12 000 Dollar in bar auszuzahlen, genug für neue Möbel und ein Jahr Miete. In einer Reportage aus Beirut schrieben die freien Journalisten Ana Nogueira und Saseen Kawzally: »Das ist das Sechsfache dessen, was Überlebende des Hurrikans Katrina von der FEMA bekamen.« Den Katrina-Betroffenen hätte es wohl wie Musik in den Ohren geklungen, wenn sie gehört hätten, was der Hisbollah-Führer Scheich Hassan Nasrallah in einer vom Fernsehen übertragenen Rede dem Land versprach: »Ihr werdet niemanden um einen Gefallen bitten und nirgendwo Schlange stehen müssen.« Die Hilfe,

die die Hisbollah leistete, floss nicht durch die Filter des Staates oder ausländischer NGOs. Damit wurden keine Fünf-Sterne-Hotels wie in Kabul errichtet und keine olympiatauglichen Schwimmbecken für Polizeiausbilder wie im Irak. Vielmehr tat die Hisbollah im Libanon das, was sich die Tsunami-Überlebende Renuka in Sri Lanka für ihre Familie gewünscht hatte: Sie gab den Betroffenen das Geld in die Hand. Außerdem beteiligte die Hisbollah die Leute vor Ort am Wiederaufbau, indem sie Bautrupps aus Einheimischen zusammenstellte (die anstelle von Arbeitslohn den eingesammelten Metallschrott behalten durften), 1500 libanesische Ingenieure mobilisierte und Freiwilligenteams zusammenstellte. Diese Form der Hilfe führte dazu, dass eine Woche nach dem Waffenstillstand der Wiederaufbau bereits in vollem Gang war.[41]

In der US-Presse wurden diese Initiativen nahezu einhellig als Bestechung oder Populismus verhöhnt; als Versuch der Hisbollah, sich Sympathien zu kaufen, nachdem man selbst den Angriff provoziert hatte, der das Land ins Wanken gebracht hatte (David Frum unterstellte sogar, die von der Hisbollah ausgeteilten Geldscheine seien gefälscht gewesen).[42] Es steht außer Frage, dass die Hisbollah eine politische Organisation ist und nicht nur Sozialarbeit leistet und es iranische Gelder waren, die ihr die Großzügigkeit erlaubten. Ebenso wichtig wie ihre Effizienz war aber auch der Umstand, dass die Hisbollah eine einheimische Organisation ist, entstanden in den Vierteln, um deren Wiederaufbau es ging. Im Gegensatz zu fremden Wiederaufbau-Unternehmen, die Pläne weit entfernter Bürokratien mit Hilfe von importierten Managern, privaten Sicherheitsdiensten und Dolmetschern umsetzen, konnte die Hisbollah rasch handeln, weil sie jeden Hinterhof und je-

den Behelfs-Funksender kannte und auch wusste, wem man die Erledigung einer Arbeit zutrauen konnte und wem nicht. Wenn die Menschen im Libanon für das, was sie von der Hisbollah bekamen, dankbar waren, dann auch, weil sie die Alternative kannten. Die Alternative war Solidere.

Wir reagieren auf einen Schock nicht immer mit Regression. Manchmal wachsen wir auch angesichts einer Krise – und zwar schnell. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür lieferte der 11. März 2004, an dem in Madrid zehn Bomben Pendlerzüge und Bahnhöfe zerrissen und fast 200 Menschen töteten. Ministerpräsident José María Aznar trat unverzüglich vor die Fernsehkameras und erklärte, die Bomben seien von baskischen Separatisten gelegt worden und alle Spanier müssten sich nun hinter ihn und den Krieg im Irak stellen. »Mit diesen Mördern, die so viele Male überall in Spanien den Tod gesät haben, sind keine Verhandlungen möglich oder erstrebenswert. Nur mit Entschlossenheit können wir diesen Attacken ein Ende bereiten«, sagte er.[43]

Die Spanier reagierten ziemlich unverblümt auf dieses Gerede. »Da klingt das Echo Francos nach«, sagte José Antonio Martines Soler, ein bekannter Madrider Journalist, der selbst unter der Franco-Diktatur verfolgt worden war. »In jeder Haltung, in jeder Geste, in jedem Satz. Aznar hat den Leuten erzählt, er habe recht, er sei im Besitz der Wahrheit, und wer nicht seiner Meinung ist, sei sein Feind.«[44] Mit anderen Worten: Genau die Qualitäten, die den Amerikanern nach dem 11. September 2001 bei ihrem Präsidenten als Attribute eines »starken Führers« imponierten, empfanden die Spanier als dräuende Vorzeichen einer faschistoiden Entwicklung. Die

Anschläge ereigneten sich drei Tage vor den Parlamentswahlen, und bei diesen erteilten die spanischen Wähler, die sich noch gut an eine Zeit erinnern konnten, in der die Angst das politische Handeln bestimmte, der Regierung Aznar eine Absage und wählten eine Partei, die versprochen hatte, die spanischen Truppen aus dem Irak abzuziehen. Wie im Libanon, war es auch hier die kollektive Erinnerung an frühere Schocks, die die Spanier gegen die neuen Schocks resistent machte.

Alle Schocktherapeuten legen Wert auf das Auslöschen von Erinnerung. Ewen Cameron war der festen Überzeugung, er müsse das Gedächtnis seiner Patienten ausradieren, ehe er ihre Persönlichkeit wieder aufbauen könne. Die US-Besatzungstruppen im Irak hielten es nicht für nötig, die Plünderung irakischer Museen und Bibliotheken zu unterbinden, glaubten sie doch, der Verlust an kultureller Erinnerung werde ihnen ihre Aufgabe erleichtern. Doch wie das Beispiel von Camerons Patientin Gail Kastner mit ihrer ausgeklügelten Anordnung von Dokumenten, Büchern und Listen zeigt, lässt sich Erinnerung wiederherstellen, lassen sich neu strukturierte Geschichten schreiben. Die Erinnerung, sowohl die individuelle als auch die kollektive, erweist sich als der allerbeste Schockabsorber.

Trotz der vielen von Erfolg gekrönten Versuche, aus dem Tsunami von 2004 Kapital zu schlagen, erwies sich auch in einigen der verwüsteten Gebiete die Erinnerung als wirksames Werkzeug des Widerstands, vor allem in Thailand. Auch hier riss die Welle Dutzende von Küstendörfern weg, doch anders als in Sri Lanka gelang in vielen Fällen innerhalb weniger Monate ein Neuaufbau. Dies war nicht der Regierung zu verdan-

ken. Die Politiker waren in Thailand genauso erpicht darauf wie anderswo, die Katastrophe als Vorwand für die Vertreibung der Fischer zu nutzen und das Land für große Ferienanlagen zur Verfügung zu stellen. Doch hier begegneten die Dorfbewohner allen Versprechungen ihrer Regierung mit äußerster Skepsis und lehnten es ab, in Notunterkünften geduldig auf irgendwelche amtlichen Wiederaufbaupläne zu warten. Stattdessen beteiligten sich binnen weniger Wochen Hunderte von Dorfbewohnern an einer Aktion, die sie »Wiederinbesitznahme« nannten. Sie marschierten, ihre Werkzeuge in der Hand, an den von Immobilienfirmen angeheuerten bewaffneten Wachtposten vorbei und begannen die Grundstücke zu markieren, auf denen ihre Häuser gestanden hatten. In manchen Fällen fing der Wiederaufbau sofort an. »Ich bin entschlossen, für dieses Land mein Leben einzusetzen, weil es uns gehört«, sagte Ratree Kongwatmai, die beim Tsunami die meisten ihrer Angehörigen verloren hat.[45]

Die mutigsten Wiederinbesitznahmen bewerkstelligten die Moken oder »Seezigeuner«, ein vom Fischfang lebendes indigenes Volk in Thailand. Nach Jahrhunderten der Entrechtung gaben sich die Moken keinerlei Illusionen hin, ein wohlmeinender Staat werde ihnen im Austausch für ihre Strandgrundstücke, die jetzt beschlagnahmt waren, gleichwertiges Land zuweisen. Sie schritten unter teilweise dramatischen Begleitumständen selbst zur Tat, so etwa die Bewohner des Dorfes Ban Tung Wah in der Provinz Phang Nga. »Sie rotteten sich zusammen und marschierten schnurstracks nach Hause zurück, wo sie ihr zerstörtes Dorf mit Tauen umspannten, ein symbolischer Akt, um anzuzeigen, dass das Land ihnen gehörte«, hieß in einem Bericht einer thailändischen NGO. »Da

nun die ganze Dorfgemeinschaft dort kampierte, wurde es für die Behörden schwierig, sie fortzujagen, insbesondere angesichts der intensiven Medienberichterstattung über die Hilfe für die Tsunami-Opfer.« Am Ende handelten die Dorfbewohner ein Abkommen mit der Regierung aus; sie verzichteten auf einen Teil ihrer am Meer gelegenen Grundstücke und erhielten dafür Rechtssicherheit für den Rest ihres angestammten Gebiets. Inzwischen ist das wiederaufgebaute Dorf ein Schaufenster für die Kultur der Moken, mit Museum, Gemeindezentrum, Schule und Markt. »Heute kommen Beamte der Bezirksverwaltung nach Ban Tung Wah, um sich über ›Tsunami-Hilfe in Eigenregie des Volkes‹ zu informieren. Ganze Busladungen voller Feldforscher und Studenten besuchen das Dorf, um etwas über die ›Weisheit indigener Völker‹ zu lernen.«[46]

Überall entlang der thailändischen Küste, wo der Tsunami zuschlug, ist dieser spontane Wiederaufbau durch die Betroffenen selbst zum Normalfall geworden. Das Geheimnis des Erfolges liegt, wie die Sprecher der Gemeinschaften sagen, darin, dass »die Leute die Verhandlungen über ihre Landrechte als diejenigen führen, die auf dem Land sitzen«; einige haben dieses Vorgehen »mit unseren Händen verhandeln« genannt.[47] Außerdem haben die Tsunami-Überlebenden in Thailand ihre eigenen Vorstellungen durchgesetzt, wie die Hilfe für sie aussehen sollte: Statt sich auf Schadenersatzzahlungen einzulassen, verlangten sie die entsprechenden Werkzeuge, um den Wiederaufbau selbst in die Hand zu nehmen. Dutzende einheimischer Architekturstudenten und -professoren meldeten sich freiwillig und halfen den Menschen bei der Ausarbeitung von Wiederaufbauplänen und beim Entwerfen ihrer

neuen Häuser. Bootskonstrukteure lehrten die Dorfbewohner, bessere Fischerboote zu bauen. Das Ergebnis dieser Selbsthilfe sind Gemeinwesen, die stärker sind, als sie es vor dem Tsunami waren. Die Pfahlbauten, die die Bewohner von Ban Tung Wah und Baan Nairai errichtet haben, sind nicht nur stabil, sondern auch schön. Und sie sind billiger, größer und kühler als die Fertigcontainer, die ausländische Privatunternehmen dort anbieten. Ein von einer Koalition thailändischer Tsunami-Überlebender verfasstes Manifest erläutert ihre Philosophie: »Soweit dies möglich ist, sollte die Wiederaufbauarbeit von den örtlichen Gemeinschaften selbst geleistet werden. Lasst Auftragsfirmen draußen, lasst die Gemeinschaft selbst die Verantwortung für ihre Häuser übernehmen.«[48]

Ein Jahr nachdem Katrina gewütet hatte, fand in Thailand ein bemerkenswerter Meinungsaustausch statt zwischen Wortführern dieser thailändischen Bewegung für den Wiederaufbau in Eigenregie und einer kleinen Delegation von Hurrikan-Opfern aus New Orleans. Die amerikanischen Gäste besuchten mehrere wiederaufgebaute Dörfer und konnten kaum fassen, wie schnell die Wiederansiedlung hier erfolgt war. »In New Orleans warten wir darauf, dass der Staat etwas für uns tut, aber ihr hier tut selbst etwas«, sagte Endesha Juakali, Gründer der Initiative »Dorf der Überlebenden« in New Orleans. »Wenn wir wieder zu Hause sind«, kündigte er an, »wird euer Modell unser neues Ziel sein.«[49]

Tatsächlich rollte nach der Rückkehr der Delegation in New Orleans eine Welle der Selbsthilfe an. Juakali, der aus einem Stadtviertel stammt, das noch in Trümmern lag, stellte Teams aus lokalen Firmen und freiwilligen Helfern zusammen, die sich einen Straßenblock nach dem anderen vornahmen und

die durch die Flut unbrauchbar gewordenen Einrichtungsteile aus den Häusern entfernten. Seine Reise in die Tsunami-Region habe ihm, so sagte Juakali, klargemacht, dass und wie »die Menschen von New Orleans die FEMA links liegenlassen und die städtische und staatliche Bürokratie links liegenlassen und endlich sagen müssen: ›Was können wir hier und jetzt tun, um unser Viertel wieder bewohnbar zu machen, der Regierung zum Trotz, nicht zum Gefallen?‹« Viola Washington hatte ebenfalls an der Informationsreise nach Asien teilgenommen und kehrte mit ganz neuen Einsichten in ihr New Orleanser Wohnviertel Gentilly zurück. Sie nahm sich eine Karte von Gentilly vor, unterteilte das Viertel in Sektionen, organisierte für jede Sektion einen Vertretungsausschuss und »ernannte Verantwortliche, die sich regelmäßig treffen, um zu besprechen, was für den Wiederaufbau nötig ist«. Viola erklärte: »Während wir mit dem Staat kämpfen, um an unser Geld zu kommen, wollen wir nicht untätig sein, sondern versuchen, wieder zurückzukehren.«[50]

Dies sind nicht die einzigen Beispiele für Eigeninitiative in New Orleans. Im Februar 2007 begannen Gruppen ehemaliger Bewohner der städtischen Miethäuser, deren Abriss die Regierung Bush plante, mit der »Wiederinbesitznahme« ihrer alten Wohnungen. Freiwillige halfen bei der Reinigung und Instandsetzung der Häuser und beim Einwerben von Geldspenden für die Anschaffung von Stromgeneratoren und Solarpaneelen. »Mein Heim ist meine Burg, und ich erobere sie zurück«, verkündete Gloria Williams, Bewohnerin des städtischen Siedlungsprojekts C. J. Peete. Die Wiederinbesitznahme entwickelte sich zu einem Straßenfest, zu dem eine typische New Orleanser Jazzkapelle die Musik beisteuerte.[51] Es gab viel

zu feiern: Zumindest für den Augenblick hatte diese eine Gemeinschaft den großen kulturellen Bulldozer aufgehalten, der sich »Wiederaufbau« nennt.

Was alle diese Beispiele für Wiederaufbau in Eigeninitiative eint, ist ein Leitmotiv: Wie die Beteiligten erklären, setzen sie nicht nur Gebäude wieder instand, sondern auch sich selbst. Das leuchtet ohne weiteres ein. Alle Opfer eines großen Schocks machen die Erfahrung völliger Ohnmacht: Angesichts der entsetzlichen Gewalt verlieren Eltern die Fähigkeit, ihre Kinder zu beschützen, werden Ehepaare auseinandergerissen, wird das Zuhause – sonst Ort der Geborgenheit – zu einer Todesfalle. Als das beste Mittel, um Hilflosigkeit zu überwinden, erweist sich das Hilfeleisten, das Gefühl, mit Fug und Recht Teil einer gemeinschaftlichen Genesung zu sein. »Dass wir unsere Schule wieder eröffnen, zeigt, das dies hier eine ganz besondere Gemeinschaft ist, zusammengehalten nicht nur durch einen Ort, sondern durch ein Band der Spiritualität, durch Blutsverwandtschaft und durch die Sehnsucht wieder heimzukommen«, sagte der Konrektor der Martin-Luther-King-Grundschule im Lower Ninth Ward von New Orleans.[52]

Solche Wiederaufbauprojekte in Eigenregie verkörpern die Antithese zum Katastrophen-Kapitalismus-Komplex, der stets nach reinen Tischen und unbeschriebenen Tafeln verlangt, um Modellstaaten zu errichten. Wie die genossenschaftlich betriebenen Farmen und Fabriken Lateinamerikas sind diese Basisinitiativen per se improvisiert, sie begnügen sich mit all denjenigen, die überlebt haben, und mit jedem noch so rostigen Werkzeug, das nicht fortgespült, zerschlagen oder gestohlen wurde. Anders als in der biblischen Phantasmagorie

des Heils, der apokalyptischen Auslöschung, die den Rechtgläubigen die Flucht in himmlische Sphären erlaubt, gehen die von Menschen vor Ort getragenen Erneuerungsbewegungen von der Prämisse aus, dass wir uns dem von uns angerichteten erklecklichen Scherbenhaufen nicht durch Flucht entziehen können und dass schon genug plattgemacht worden ist – an Geschichte, an Kultur, an Erinnerung. Diese Bewegungen sind nicht darauf aus, von Grund auf zu beginnen, sondern das Neue auf den Trümmerbergen wachsen zu lassen. Während der korporatistische Kreuzzug sich weiter im rasanten Niedergang befindet und die Intensität der Schocks erhöht, um den zunehmenden Widerstand zu sprengen, weisen diese Projekte einen Weg aus den Fundamentalismen heraus nach vorn. Radikal nur in ihrer immensen Praxisnähe und in ihren Gemeinschaften verwurzelt, sehen sich diese Männer und Frauen als Instandsetzer, die nur von dem ausgehen, was vorhanden ist, und es reparieren, verstärken, verbessern und möglichst allen zugänglich machen. Vor allem aber bauen sie Widerstandskräfte auf – für den Tag, an dem der nächste Schock zuschlägt.

Zitate und Fakten aus Interviews, die die Autorin führte, werden im Allgemeinen in den Anmerkungen nicht angegeben.

Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Dollarangaben auf US-Dollar.

In Fällen, wo es verschiedene Quellen für mehrere Fakten in ein und demselben! Absatz gibt, kann statt je einer Anmerkungsziffer nach dem einzelnen Faktum eine übergeordnete Anmerkungsziffer am Ende des Absatzes auf alle Quellen dieses Absatzes verweisen; die Quellen sind dann in den Anmerkungen selbst in der Reihenfolge der im Absatz angeführten Fakten aufgelistet.

Erfordert eine Fußnote eine Quellenangabe, so findet sich diese in der der Fußnote am nächsten stehenden Anmerkung, wo sie mit »Fußnote« gekennzeichnet ist.

Für im Internet zugängliche Quellen sind wegen der Kurzlebigkeit des WWW. keine Web-Adressen angegeben; eine Ausnahme bilden Dokumente, die ausschließlich online erhältlich sind; für sie ist jeweils die Homepage angeführt, unter der sie veröffentlicht wurden, nicht die längere URL für das spezifische Dokument (wiederum weil die Links so rasch wechseln).

Viele im Text zitierte Originaldokumente sowie Web-Links und ausführliche Biblio- wie Filmographien finden sich unter www.naomiklein.org.

BLANK IS BEAUTIFUL:
DREI JAHRZEHNTE DES WELTWEITEN PLATTMACHENS UND WIEDERAUFBAUENS

1 Bud Edney, »Appendix A: Thoughts on Rapid Dominance«, in Harlan K. Ullman und James P. Wade, *Shock and Awe*: *Achieving Rapid Dominance* (Washington, DC: NDU Press Book, 1996), 110.
2 John Harwood, »Washington Wire: A Special Weekly Report from The Wall Street Journal's Capital Bureau«, *Wall Street Journal*, 9. September 2005.
3 Gary Rivlin, »A Mogul Who Would Rebuild New Orleans«, *New York Times*, 29. September 2005.
4 »The Promise of Vouchers«, *Wall Street Journal*, 5. Dezember 2005.
5 Ibid.
6 Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit* (Frankfurt am Main: Eichborn, 2002), 25.
7 Interview mit Joe DeRose, United Teachers of New Orleans, 18. September 2006; Michael Kunzelman, »Post-Katrina, Educators, Students Embrace Charter Schools«, Associated Press, 17. April 2007.
8 Steve Ritea, »N. O. Teachers Union Loses Its Force in Storm's Wake«, *Times-Picayune* (New Orleans), 6. März 2006.
9 Susan Saulny, »U.S. Gives Charter Schools a Big Push in New Orleans«, *New York Times*, 13. Juni 2006; Véronique de Rugy und Kathryn G. Newmark, »Hope after Katrina?«, *Education Next*, 1. Oktober 2006, www.aei.org.
10 »Educational Land Grab«, *Rethinking Schools*, Herbst 2006.

11 Milton Friedman, *Inflation*: *Causes and Consequences* (New York: Asia Publishing House, 1963), 1.
12 Friedman, *Capitalism and Freedom* (1962, Nachdr. Chicago: University of Chicago Press, 1982), ix; Vorwort i. d. dt. Ausg. nicht enthalten.
13 Milton und Rose Friedman, *Die Tyrannei des Status quo* (München: Langen-Müller/Herbig, 1985), 10.
14 Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 592.
15 Eduardo Galeano, *Tage und Nächte von Liebe und Krieg* (Wuppertal: Hammer, 1984²) 143–144.
16 Ullman und Wade, *Shock and Awe*, xxviii.
17 Thomas Crampton, »Iraq Official Warns on Fast Economic Shift«, *International Herald Tribune* (Paris), 14. Oktober 2003.
18 Alison Rice, *Post-Tsunami Tourism and Reconstruction*: *A Second Disaster*? Oktober 2005, (London: Tourism Concern, Oktober 2005), www.tourismconcern.org.uk.
19 Nicholas Powers, »The Ground below Zero«, *Indypendent*, 31. August 2006. www.indypendent.org.
20 Neil King jr. und Yochi J. Dreazen, »Amid Chaos in Iraq, Tiny Security Firm Found Opportunity«, *Wall Street Journal*, 13. August 2004.
21 Eric Eckholm, »U.S. Contractor Found Guilty of $3 Million Fraud in Iraq«, *New York Times*, 10. März 2006.
22 Davison L. Budhoo, *Enough Is Enough*: *Dear Mr. Camdessus … Open Letter of Resignation to the Managing Director of the International Monetary Fund* (New York: New Horizons Press, 1990), 102.
23 Michael Lewis, »The World's Biggest Going-Out-of-Business Sale«, *The New York Times Magazine*, 31. Mai 1998.
24 Bob Sipchen, »Are Public Schools Worth the Effort?« *Los Angeles Times*, 3. Juli 2006.

25 Paul Tough, David Frum, William Kristol, et al. »A Revolution or Business as Usual?: A Harper's Forum«, *Harper's*, März 1995.
26 Rachel Monahan und Elena Herrero Beaumont, »Big Time Security«, *Forbes*, 3. August 2006; Gary Stoller, »Homeland Security Generates Multibillion Dollar Business«, *USA Today*, 10. September 2006.
27 Evan Ratliff, »Fear, Inc.«, *Wired*, Dezember 2005.
28 Véronique de Rugy, American Enterprise Institute, »Facts and Figures about Homeland Security Spending«, 14. September 2006, www.aei.org.
29 Bryan Bender, »Economists Say Cost of War Could Top $ 2 Trillion«, *Boston Globe*, 8. Januar 2006.
30 Thomas L. Friedman, »Big Mac I«, *New York Times*, 8. Dezember 1996.
31 Steve Quinn, »Halliburton's 3Q Earnings Hit $611M«, Associated Press, 22. Oktober 2006.
32 Steven R. Hurst, »October Deadliest Month Ever in Iraq«, Associated Press, 22. November 2006.
33 James Glanz und Floyd Norris, »Report Says Iraq Contractor Is Hiding Data from U.S.«, *New York Times*, 28. Oktober 2006.
34 Wency Leung, »Success Through Disaster: B.C.-Made Wood Houses Hold Great Potential for Disaster Relief«, *Vancouver Sun*, 15. Mai 2006.
35 Joseph B. Treaster, »Earnings for Insurers Are Soaring«, *New York Times*, 14. Oktober 2006.
36 Central Intelligence Agency, *Kubark Counterintelligence Interrogation*, Juli 1963, 1, 101. Das nicht mehr der Geheimhaltung unterliegende Handbuch ist in vollem Umfang nachzulesen unter www.gwu.edu/~nsarchiv.
37 Ibid. 66.
38 Mao Tse-Tung, »Introducing a Cooperative«, *Peking Review* 1, Nr. 15 (10. Juni 1958), 6.

39 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 594.
40 Ibid.
41 »The Rising Risk of Recession«, *Time*, 19. Dezember 1969.
42 George Jones, »Thatcher Praises Friedman, Her Freedom Fighter«, *Daily Telegraph* (London), 17. November 2006; Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 388–89.
43 Francis Fukuyama, »The End of History?« *The National Interest*, Sommer 1989.
44 Justin Fox, »The Curious Capitalist«, *Fortune*, 16. November 2006; House of Representatives, 109TH Congress, 2ND Session, »H. Res. 1089: Honoring the Life of Milton Friedman«, 6. Dezember 2006; Jon Ortiz, »State to Honor Friedman«, *Sacramento Bee*, 24. Januar 2007; Thomas Sowell, »Freedom Man«, *Wall Street Journal*, 18. November 2006.
45 Stéphane Courtois et al. *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror* (München, Zürich: Piper, 1999), 14.

KAPITEL I

DAS FOLTERLABOR:
EWEN CAMERON, DIE CIA UND DIE WAHNSINNIGEN VERSUCHE, DEN MENSCHLICHEN GEIST AUSZULÖSCHEN UND NEU ZU ERSCHAFFEN

1 Cyril J. C. Kennedy und David Anchel, »Regressive Electric-Shock in Schizophrenics Refractory to Other Shock Therapies«, *Psychiatric Quarterly* 22, Nr. 2 (April 1948), 318.
2 Ugo Cerletti, »Electroshock Therapy«, *Journal of Clinical and Experimental Psychopathology and Quarterly Review of Psychiatry and Neurology* 15 (September 1954), 192–93.
3 Judy Foreman, »How CIA Stole Their Minds«, *Boston Globe*, 30.

Oktober 1998; Stephen Bindman, »Brainwashing Victims to Get $ 100 000«, *Gazette (Montreal)*, *18. November 1992.*

4 Gordon Thomas, *Journey into Madness* (New York: Bantam Books, 1989), 148.

5 Harvey M. Weinstein, *Psychiatry and the CIA*: *Victims of Mind Control* (Washington, DC: American Psychiatric Press, 1990), 92, 99.

6 D. Ewen Cameron, »Psychic Driving«, *American Journal of Psychiatry* 112, Nr. 7, (1956), 502–509.

7 D. Ewen Cameron und S. K. Pande, »Treatment of the Chronic Paranoid Schizophrenic Patient«, *Canadian Medical Association Journal* 78, (15. Januar 1958), 95.

8 Aristoteles, *Über die Seele.* Buch III, übers. v. Horst Seidl (Hamburg: F. Meiner, 1995), 171.

9 Berton Rouché, »As Empty as Eve«, *The New Yorker*, 9. September 1974.

10 D. Ewen Cameron, »Production of Differential Amnesia as a Factor in the Treatment of Schizophrenia«, *Comprehensive Psychiatry* 1, Nr. 1 (1960), 32–33.

11 D. Ewen Cameron, J. G. Lohrenz und K. A. Handcock, »The Depatterning Treatment of Schizophrenia«, *Comprehensive Psychiatry* 3, Nr. 2 (1962), 67.

12 Cameron, »Psychic Driving«, 503–504.

13 Weinstein, *Psychiatry and the CIA*, 120. Fußnote: Thomas, *Journey into Madness*, 129.

14 »CIA, Memorandum for the Record, Subject: Project ARTICHOKE«, 31. Januar 1975, www.gwu.edu/~nsarchiv.

15 Alfred W. McCoy, »Cruel Science: CIA Torture & Foreign Policy«, *New England Journal of Public Policy* 19, Nr. 2 (Winter 2005): 218.

16 Alfred W. McCoy, *A Question of Torture*: *CIA Interrogation, from the Cold War to the War on Terror* (New York: Metropolitan Books, 2006), 22, 30.

17 Unfreiwillig LSD nahmen in dieser Zeit unter anderem nordkoreanische Kriegsgefangene, Patienten einer Suchtklinik in Lexington, Kentucky, 7000 US-amerikanische Soldaten im Edgewood Chemical Arsenal, Maryland, und Insassen des Vacaville Prison, Kalifornien. Ibid. 27, 29.

18 »Einer anonymen handschriftlichen Notiz in den Archiven zufolge waren Dr. Caryl Haskins und Commander R. J. Williams als Vertreter der CIA bei dem Treffen zugegen.« David Vienneau, »Ottawa Paid for '50s Brainwashing Experiments, Files Show«, *Toronto Star*, 14. April 1986; »Minutes of June 1, 1951, Canada/US/UK Meeting Re: Communist ›Brainwashing‹ Techniques during the Korean War«, Treffen im Ritz-Carlton Hotel, Montreal, 1. Juni 1951, 5.

19 D. O. Hebb, W. Heron und W. H. Bexton, *Annual Report*, Contract DRB X38, Experimental Studies of Attitude, 1953.

20 *Defense Research Board Report to Treasury Board*, 3. August 1954, freigegeben, 2.

21 »Distribution of Proceedings of Fourth Symposium, Military Medicine, 1952«, freigegeben.

22 Zuhair Kashmeri, »Data Show CIA Monitored Deprivation Experiments«, *Globe and Mail* (Toronto), 18. Februar 1984.

23 Ibid.

24 Hebb, Heron und Bexton, *Annual Report*, Contract DRB X38, 1–2.

25 Juliet O'Neill, »Brain Washing Tests Assailed by Experts«, *Globe and Mail* (Toronto), 27. November 1986.

26 Thomas. *Journey into Madness*, 103; John D. Marks, *The Search for the Manchurian Candidate*: *The CIA and Mind Control* (New York: Times Books, 1979), 133.

27 R. J. Russell, L. G. M. Page und R. L. Jillett, »Intensified Electroconvulsant Therapy«, *Lancet* (5. Dezember 1953): 1178.

28 Cameron, Lohrenz und Handcock, »The Depatterning Treatment of Schizophrenia«, 68.

29 Cameron, »Psychic Driving«, 504.
30 Thomas, *Journey into Madness*, 180.
31 D. Ewen Cameron et al. »Sensory Deprivation: Effects upon the Functioning Human in Space Systems«, *Symposium on Psychophysiological Aspects of Space Flight*, hg. v. Bernard E. Flaherty (New York: Columbia University Press, 1961), 231; Cameron, »Psychic Driving«, 504.
32 Marks, *The Search for the Manchurian Candidate*, 138.
33 Cameron und Pande, »Treatment of the Chronic Paranoid Schizophrenic Patient«, 92.
34 D. Ewen Cameron, »Production of Differential Amnesia as a Factor in the Treatment of Schizophrenia«, 27.
35 Thomas, *Journey into Madness*, 234.
36 Cameron et al. »Sensory Deprivation«, 226, 232.
37 Lawrence Weschler, *A Miracle, a Universe: Settling Accounts with Torturers* (New York: Pantheon Books, 1990), 125.
38 Das Interview wurde in der kanadischen Zeitschrift *Weekend* veröffentlicht, zitiert in Thomas, Journey into Madness, 169.
39 Cameron, »Psychic Driving«, 508.
40 Cameron zitierte zur Stützung seiner These einen weiteren Wissenschaftler, Norman Rosenzweig; Cameron et al. »Sensory Deprivation«, 229.
41 Weinstein, *Psychiatry and the CIA*, 222.
42 »Project MKUltra, The CIA's Program of Research in Behavioral Modification«, *Joint Hearings Before the Select Committee on Intelligence and the Subcommittee on Health and Scientific Research of the Committee on Human Resources*, United States Senate, 95th Congr. 1st Sess. 3. August 1977. Zitiert in Weinstein, *Psychiatry and the CIA*, 178.
43 Ibid. 143.
44 James LeMoyne, »Testifying to Torture«, *New York Times*, 5. Juni 1988.

45 Jennifer Harbury, *Truth, Torture and the American Way: The History and Consequences of U.S. Involvement in Torture* (Boston: Beacon Press, 2005), 87.

46 Senate Select Committee on Intelligence, »Transcript of Proceedings before the Select Committee on Intelligence: Honduran Interrogation Manual Hearing«, 16. Juni 1988, (Box 1 CIA Training Manuals, Folder: Interrogation Manual Hearing, National Security Archives). Zitiert in McCoy, *A Question of Torture*, 96.

47 Tim Weiner, »Interrogation, C. I. A.-Style«, *New York Times*, 9. Februar 1997; Steven M. Kleinman, »KUBARK Counterintelligence Interrogation Review: Observations of an Interrogator«, Februar 2006, in Intelligence Science Board, *Educing Information* (Washington DC: National Defense Intelligence College, Dezember 2006), 96.

48 Central Intelligence Agency, *Kubark Counterintelligence Interrogation*, Juli 1963, 1–8. Das freigegebene Handbuch steht in vollem Umfang in den National Security Archives zur Verfügung: www.gwu.edu/~nsarchiv. Hervorhebungen von der Autorin.

49 Ibid. 38.

50 Ibid. 1–2.

51 Ibid. 88.

52 Ibid. 90.

53 Central Intelligence Agency, *Human Resource Exploitation Training Manual – 1983*. Das freigegebene Handbuch steht in vollem Umfang in den National Security Archives zur Verfügung: www.gwu.edu/~nsarchiv. Fußnote: Ibid.

54 Central Intelligence Agency, *Kubark Counterintelligence Interrogation*, Juli 1963, 49–50, 76–77.

55 Ibid. 41, 66.

56 McCoy, *A Question of Torture*, 8.

57 McCoy, »Cruel Science«, 220.

58 Frantz Fanon, *L'An V de la révolution algérienne* (1965, Nachdr. Paris: Editions de La Découverte, 2001).

59 Pierre Messmer, französischer Verteidigungsminister von 1960 bis 1969, sagt, die Amerikaner hätten die Franzosen eingeladen, Soldaten in den USA ausbilden zu lassen. Im Gegenzug hätte General Paul Aussaresses, der berüchtigtste und halsstarrigste der französischen Folterexperten, in Fort Bragg US-Soldaten in Techniken zur »Gefangennahme, Befragung, Folterung« unterrichtet. *Death Squadrons*: *The French School*, Dokumentarfilm von Marie-Monique Robin (Idéale Audience, 2003).

60 McCoy, *A Question of Torture*, 65.

61 Dianna Ortiz, *The Blindfold's Eyes* (New York: Orbis Books, 2002), 32.

62 Harbury, *Truth*, *Torture and the American Way.*

63 United Nations, *Geneva Convention Relative to the Treatment of Prisoners of War*, angenommen 12. August 1949, www.unhchr.ch; *Uniform Code of Military Justice*, Unterkapitel 10: Punitive Articles, Section 893, Article 93, www.au.af.mil.

64 Central Intelligence Agency, *Kubark Counterintelligence Interrogation*, 2; Central Intelligence Agency, *Human Resource Exploitation Training Manual*, 1983.

65 Craig Gilbert, »War Will Be Stealthy«, *Milwaukee Journal Sentinel*, 17. September 2001; Garry Wills, *Reagan's America*: *Innocents at Home* (New York: Doubleday, 1987), 378.

66 Katharine Q. Seelye, »A Nation Challenged«, *New York Times*, 29. März 2002; Alberto R. Gonzales, *Memorandum for the President*, 25. Januar 2002.

67 Jerald Phifer, »Subject: Request for Approval of Counter-Resistance Strategies«, *Memorandum for Commander*, *Joint Task Force 170*, 11. Oktober 2002, 6; freigegeben, www.npr.org.

68 U.S. Department of Justice, Office of Legal Counsel, Office of the Assistant Attorney General, *Memorandum for Alberto R. Gon-*

zales, *Counsel to the President*, 1. August 2002, www.washingtonpost.com. Fußnote: »Military Commissions Act of 2006«, Subchapter VII, Sec. 6, thomas.loc.gov; Alfred W. McCoy, »The U.S. Has a History of Using Torture«, History News Network, George Mason University, 4. Dezember 2006, www.hnn.us; »The Imperial Presidency at Work«, *New York Times*, 15. Januar 2006.

69 Kleinman, »KUBARK Counterintelligence Interrogation Review«, 95.

70 Dan Eggen, »Padilla Case Raises Questions about Anti-Terror Tactics«, *Washington Post*, 19. November 2006.

71 Curt Anderson, »Lawyers Show Images of Padilla in Chains«, Associated Press, 4. Dezember 2006; John Grant, »Why Did They Torture Jose Padilla«, *Philadelphia Daily News*, 12. Dezember 2006.

72 AAP, »US Handling of Hicks Poor: PM«, *Sydney Morning Herald*, 6. Februar 2007.

73 Shafiq Rasul, Asif Iqbal und Rhuhel Ahmed, *Composite Statement*: *Detention in Afghanistan and Guantánamo Bay* (New York: Center for Constitutional Rights, 26. Juli 2004), 95, www.ccr-ny.org.

74 Adam Zagorin und Michael Duffy, »Inside the Interrogation of Detainee 063«, *Time*, 20. Juni 2005.

75 James Yee und Aimee Molloy, *For God and Country*: *Faith and Patriotism under Fire* (New York: Public Affairs, 2005), 101–102; Tim Golden und Margot Williams, »Hunger Strike Breaks Out at Guantánamo«, *New York Times*, 8. April 2007.

76 Craig Whitlock, »In Letter, Radical Cleric Details CIA Abduction, Egyptian Torture«, *Washington Post*, 10. November 2006.

77 Ibid.

78 Amnesty International, »Italy, Abu Omar: Italian Authorities Must Cooperate Fully with All Investigations«, Public Statement, 16. November 2006, www.amnesty.org.

79 Jumah al-Dossari, »Days of Adverse Hardship in U.S. Detention Camps – Testimony of Guantánamo Detainee Jumah al-Dossari«, Amnesty International, 16. Dezember 2005.
80 Mark Landler und Souad Mekhennet, »Freed German Detainee Questions His Country's Role«, *New York Times*, 4. November 2006.
81 A. E. Schwartzman und P. E. Termansen, »Intensive Electroconvulsive Therapy: A Follow-Up Study«, *Canadian Psychiatric Association Journal* 12, Nr. 2 (1967), 217.
82 Erik Eckholm, »Winning Hearts of Iraqis with a Sewage Pipeline«, *New York Times*, 5. September 2004.

DER ANDERE DR. SCHOCK:
MILTON FRIEDMAN UND DIE SUCHE NACH EINEM LAISSEZ-FAIRE-LABOR

1 Arnold C. Harberger, »Letter to a Younger Generation«, *Journal of Applied Economics* 1, Nr. 1, (1998), 2.
2 Katherine Anderson und Thomas Skinner, »The Power of Choice: The Life and Times of Milton Friedman«, gesendet von PBS am 29. Januar 2007.
3 Jonathan Peterson, »Milton Friedman, 1912–2006«, *Los Angeles Times*, 17. November 2006.
4 Frank H. Knight, »The Newer Economics and the Control of Economic Activity«, *Journal of Political Economy* 40, Nr. 4, (August 1932), 455.
5 Daniel Bell, »Modelle und Realität im wirtschaftlichen Denken«, in *Die Krise in der Wirtschaftstheorie*, hg. v. Daniel Bell und Irving Kristol (Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo: Springer, 1984), 72.

6 Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 24; dt. Fassung in *Hundert englische Gedichte*, übers. v. Hans-Peter Gelfert (München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 2000), 135.

7 Larry Kudlow, »The Hand of Friedman«, *The Corner web log on the National Review Online*, 16. November 2006, www.nationalreview.com.

8 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 21.

9 Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit* (Frankfurt am Main: Eichborn, 2002), 38.

10 Don Patinkin, *Essays on and in the Chicago Tradition* (Durham, NC: Duke University Press, 1981), 4.

11 Friedrich A. Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft* (Wien: Hayek-Inst. 2004).

12 Interview mit Arnold Harberger am 3. Oktober 2000 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy* (Fernsehserie für PBS), Executive Producer Daniel Yergin und Sue Lena Thompson, Serienproducer William Cran (Boston: Heights Productions, 2002), vollständige Mitschrift des Interviews nachzulesen unter www.pbs.org.

13 John Maynard Keynes, *Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft* (München: Duncker & Humblot, 1926).

14 John Maynard Keynes, »From Keynes to Roosevelt: Our Recovery Plan Assayed«, *New York Times*, 31. Dezember 1933.

15 John Kenneth Galbraith, *Der große Crash 1929. Ursachen*, *Verlauf*, *Folgen* (München: FinanzBuch-Verlag, 2005), 261.

16 John Maynard Keynes, *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags* (München, Leipzig: Duncker & Humblot, 1920), 219; dt. Neuaufl. u. d. Titel *Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles* (Berlin: Berenberg, 20.07[3]).

17 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 594.

18 Stephen Kinzer, *All the Shah's Men*: *An American Coup and the Roots of Middle East Terror* (Hoboken, NJ: J. Wiley & Sons, 2003), 153–54; Stephen Kinzer, *Overthrow*: *America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq* (New York: Times Books, 2006), 4.

19 *El Imparcial*, 16. März 1951, Rede zitiert in Stephen C. Schlesinger und Stephen Kinzer, *Bananen-Krieg. CIA-Putsch in Guatemala* (Zürich: Rotpunktverlag, 1992), 59.

20 So Patterson in einem Interview mit Juan Gabriel Valdés und im Gespräch mit dem US-Botschafter in Chile, Willard Beaulac. Juan Gabriel Valdés, *Pinochet's Economists*: *The Chicago School in Chile* (Cambridge: Cambridge University Press, 1995), 110–13.

21 Ibid. 89.

22 Das Zitat stammt von Joseph Grunwald, einem Wirtschaftswissenschaftler der Columbia University, der damals an der Universität von Chile arbeitete. Valdés, *Pinochet's Economists*, 135.

23 Harberger, »Letter to a Younger Generation«, 2.

24 André Gunder Frank, Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman (Freiburg: Aktion Dritte Welt, 1977), 9.

25 Kenneth W. Clements, »Larry Sjaastad, The Last Chicagoan«, *Journal of International Money and Finance* 24 (2005): 867–69.

26 Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, 9.

27 Memorandum von James W. Trowbridge an William Carmichael, geschickt über Jeffrey Puryear, 24. Oktober 1984, S. 4; zitiert in Valdés, *Pinochet's Economists*, 194.

28 Ibid. 206. Fußnote: »The Rising Risk of Recession«, *Time*, 19. Dezember 1969.

29 1963 verließ de Castro Santiago, um sein Studium an der University of Chicago abzuschließen; Dekan wurde er 1965. Valdés, *Pinochet's Economists*, 140, 165.

30 Ibid. 159. Das Zitat stammt von Ernesto Fontaine, einem Chicago-Absolventen und Professor an der Katholischen Universität in Santiago.
31 Ibid. 6, 13.
32 Dritter Bericht für die Katholische Universität von Chile und die International Cooperation Administration, August 1957, unterzeichnet von Gregg Lewis, University of Chicago, S. 3, zitiert in Valdés, *Pinochet's Economists*, 132.
33 Interview mit Ricardo Lagos am 19. Januar 2002 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org.
34 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 388.
35 Central Intelligence Agency, *Notes on Meeting with the President on Chile*, 15. September 1970, freigegeben. www.gwu.edu/~nsarchiv.
36 »The Last Dope from Chile«, Mimeographie, signiert mit »Al H.«, datiert Santiago, 7. September 1970, zitiert in Valdés, *Pinochet's Economists*, 242–43.
37 Sue Branford und Bernardo Kucinski, *Debt Squads*: *The U.S. the Banks*, *and Latin America* (London: Zed Books, 1988), 40, 51–52.
38 Subcommittee on Multinational Corporations, »The International Telephone and Telegraph Company and Chile, 1970–71«, *Report to the Committee on Foreign Relations United States Senate by the Subcommittee on Multinational Corporations*, 21. Juni 1973, 13.
39 Ibid. 15.
40 Francisco Letelier, Interview, *Democracy Now*!, 21. September 2006.
41 Subcommittee on Multinational Corporations, »The International Telephone and Telegraph Company and Chile, 1970–71«, 4, 18.
42 Ibid. 11, 15.

43 Ibid. 17

44 Erzdiözese São Paulo, *Torture in Brazil*: *A Shocking Report on the Pervasive Use of Torture by Brazilian Military Governments, 1964–1979*, hg. v. Joan Dassin, übers. v. Jaime Wright (Austin: University of Texas Press, 1986), 53.

45 William Blum, *Killing Hope*: *U.S. Military and CIA Interventions Since WWII* (Monroe, ME: Common Courage Press, 1995), 195; dt. Ausg. i. Vb. u. d. Titel Killing Hope. *Die militärischen und geheimdienstlichen Interventionen (CIA) der USA seit dem 2. Weltkrieg* (Frankfurt am Main: Giuseppe Zambón, 2007); »Times Diary: Liquidating Sukarno«, *Times* (London), 8. August 1986.

46 Kathy Kadane, »U.S. Officials' Lists Aided Indonesian Bloodbath in '60s«, *Washington Post*, 21. Mai 1990.

47 Kadane veröffentlichte die auf Bandmitschnitten von Interviews mit damaligen US-Offiziellen in Indonesien basierenden Listen zunächst in der *Washington Post*. Die Informationen über Waffen und Funkgeräte stammen aus einem Brief Kadanes an den Herausgeber in *The New York Review of Books*, 10. April 1997, der auf denselben Interviews basiert. Die Abschriften von Kadanes Interviews befinden sich heute im National Security Archive in Washington, DC. Kadane, »U.S. Officials' Lists Aided Indonesian Bloodbath in '60s«.

48 John Hughes, *Indonesian Upheaval* (New York: David McKay Company, Inc. 1967), 132.

49 Die Zahl 500 000 wurde am häufigsten genannt, so auch von der *Washington Post* im Jahr 1966. Der britische Botschafter in Indonesien schätzte die Anzahl auf 400 000, berichtete aber, dass der schwedische Botschafter, der weitere Nachforschungen anstellte, dies für »eine ganz erheblich zu niedrige Einschätzung« hielt. Einige setzten die Zahl mit bis zu einer Million an, auch wenn die CIA 1968 in einem Bericht behauptete, 250 000 seien

getötet worden, und dabei von einem »der schlimmsten Massenmorde des 20. Jahrhunderts« sprach. »Silent Settlement«, *Time*, 17. Dezember 1965; John Pilger, *The New Rulers of the World* (London: Verso, 2002), 34, i. d. dt. Ausg. *Verdeckte Ziele. Über den modernen Imperialismus* (Frankfurt am Main: Zweitausendeins, 2004) nicht enthalten; Kadane, »U.S. Officials' Lists Aided Indonesian Bloodbath in '60s«.

50 »Silent Settlement«.

51 David Ransom, »Ford Country: Building an Elite for Indonesia« in *The Trojan Horse*: *A Radical Look at Foreign Aid*, hg. v. Steve Weissman (Palo Alto, CA: Ramparts Press, 1975), 99, Beitrag i. d. dt. Ausg. *Das trojanische Pferd. Die Auslandshilfe der USA* (Berlin: Rotbuch Verlag, 1975) nicht enthalten.

52 Fußnote: Ransom, »Ford Country«, 100.

53 Robert Lubar, »Indonesia's Potholed Road Back«, *Fortune*, 1. Juni 1968.

54 Goenawan Mohamad, *Celebrating Indonesia*: *Fifty Years with the Ford Foundation 1953–2003* (Jakarta: Ford Foundation, 2003), 59.

55 Im Originaltext schreibt der Autor den Namen des Generals Soeharto; ich verwende um der Einheitlichkeit willen die gebräuchlichere Form Suharto. Mohammad Sadli, »Recollections of My Career«, *Bulletin of Indonesian Economic Studies 19*, Nr. 1, (April 1993), 40.

56 Die folgenden Positionen wurden mit Absolventen des Ford-Programms besetzt: Finanzminister, Minister für Handel und Gewerbe, Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Planungsstabes, Generalsekretär für Marketing- und Handelsforschung, Leiter des Technischen Teams für Auslandsinvestitionen, Generalsekretär für Industrie und der Botschafter in Washington. Ransom, »Ford Country«, 110.

57 Richard Nixon, »Asia After Vietnam«, *Foreign Affairs 46*, Nr. 1

(Oktober 1967), 111. Fußnote: Arnold C. Harberger, *Curriculum Vitae*, November 2003, www.econ.ucla.edu.

58 Pilger, *The New Rulers of the World*, 36–37; gleichfalls i. d. oben genannten dt. Ausg. nicht enthalten.

59 CIA, »Secret Cable from Headquarters [Blueprint for Fomenting a Coup Climate], September 27, 1970«, in Peter Kornbluh, *The Pinochet File*: *A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability* (New York: New Press, 2003), 49–56.

60 Valdés, *Pinochet's Economists*, 251.

61 Ibid. 248–49.

62 Ibid. 250.

63 Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, United States Senate, *Covert Action in Chile 1963–1973* (Washington, DC: U.S. Government Printing Office, 18. Dezember 1975), 30.

64 Ibid. 40.

65 Eduardo Silva, *The State and Capital in Chile*: *Business Elites*, *Technocrats*, *and Market Economics* (Boulder, CO: Westview Press, 1996), 74.

66 Orlando Letelier, »The Chicago Boys in Chile: Economic Freedom's Awful Toll«, *The Nation*, 28. August 1976.

KAPITEL 3

SCHOCKZUSTÄNDE:
DIE BLUTIGE GEBURT DER GEGENREVOLUTION

1 Niccolò Machiavelli, *Der Fürst*, übers. v. Ernst Merian-Genast (Stuttgart: Philip Reclam jr. 1961), 71.

2 Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 592.

3 *Batalla de Chile* (dreiteiliger Dokumentarfilm), zusammengestellt v. Patricia Guzmán (New York: First Run/Icarus Films, 1993), ursprüngl. produziert 1975–79.
4 John Dinges und Saul Landau, *Assassination on Embassy Row* (New York: Pantheon Books, 1980), 64.
5 *Report of the Chilean National Commission on Truth and Reconciliation*, Bd. 1, übers. v. Phillip E. Berryman (Notre Dame: University of Notre Dame Press, 1993), 153; Peter Kornbluh, *The Pinochet File*: *A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability* (New York: New Press, 2003), 153–54.
6 Kornbluh, *The Pinochet Pile*, 155–56.
7 Diese Zahlen sind strittig, weil die Militärregierung dafür bekannt war, ihre Verbrechen zu leugnen und zu verbergen. Jonathan Kandell, »Augusto Pinochet, 91, Dictator Who Ruled by Terror in Chile, Dies«, *New York Times*, 11. Dezember 2006; *Chile Since Independence*, hg. v. Leslie Bethell (New York: Cambridge University Press, 1993), 178; Rupert Cornwell, »The General »Willing to Kill His People to Win the Battle against Communism«, *Independent* (London), 11. Dezember 2006.
8 Juan Gabriel Valdés, *Pinochet's Economists*: *The Chicago School in Chile* (Cambridge: Cambridge University Press, 1995), 252.
9 Pamela Constable und Arturo Valenzuela, *A Nation of Enemies*: *Chile Under Pinochet* (New York: W. W. Norton & Company, 1991), 187.
10 Robert Harvey, »Chile's Counter-Revolution: The Fight Goes On«, *The Economist*, 2. Februar 1980.
11 José Piñera, »How the Power of Ideas Can Transform a Country«, www.josepinera.com.
12 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 74–75.
13 Ibid. 69.
14 Valdés, *Pinochet's Economists*, 31.
15 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 70.

16 Pinochets einzige Handelsbarriere bestand in einer zehnprozentigen Abgabe auf Importe – was keine Handelsbarriere, sondern eine geringfügige Importsteuer darstellt. André Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman* (Freiburg: Aktion Dritte Welt, 1988)60.

17 Dies sind konservative Schätzungen. André Gunder Frank schreibt, dass die Inflation im ersten Jahr des Junta-Regimes 508 Prozent erreichte und für »Grundbedürfnisse« bei fast 1000 Prozent gelegen haben könnte. 1972, in Allendes letztem Amtsjahr, betrug die Inflationsrate 163 Prozent. Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 170; Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, 46.

18 *Que Pasa* (Santiago), 16. Januar 1975, zitiert in Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, 22.

19 *La Tercera* (Santiago), 9. April 1975, zit. in Orlando Letelier, »The Chicago Boys in Chile: Economic Freedom's Awful Toll«, *The Nation*, 28. August 1976.

20 *El Mercurio* (Santiago), 23. März 1976, zit. in ibid.

21 *Que Pasa* (Santiago), 3. April 1975, zit. in ibid.

22 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, *399*.

23 Ibid. 593–94.

24 Ibid. 592–94.

25 Ibid. 594.

26 Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, *29*.

27 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 172–73.

28 »Im Jahr 1980 waren die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit im Vergleich zu 1970 um 17,6 Prozent und die für Bildung um 11,3 Prozent zurückgegangen.« Valdés, *Pinochet's Economists*, 23, 26; Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 172–73; Robert Harvey, »Chile's Counter-Revolution«, *The Economist*, 2. Februar 1980.

29 Valdés, *Pinochet's Economists*, 22.
30 Albert O. Hirschman, »The Political Economy of Latin American Development: Seven Exercises in Retrospection«, *Latin American Research Review* 12, Nr. 3(1987), 15.
31 Public Citizen, »The Uses of Chile: How Politics Trumped Truth in the Neo-Liberal Revision of Chile's Development«, Diskussionspapier, September 2006, www.citizen.org.
32 »A Draconian Cure for Chile's Economic Ills?« *Business Week*, 12. Januar 1976.
33 Peter Dworkin, »Chile's Brave New World of Reaganomics«, *Fortune*, 2. November 1981; Valdés, *Pinochet's Economists*, 23; Letelier, »The Chicago Boys in Chile«.
34 Hirschman, »The Political Economy of Latin American Development«, 15.
35 Der Junta-Finanzminister Jorge Cauas behauptete das. Constable und Valenzuela, *Nation of Enemies*, 173.
36 Ann Crittenden, »Loans from Abroad Flow to Chile's Rightist Junta«, *New York Times*, 20. February 1976.
37 »A Draconian Cure for Chile's Economic Ills?« *Business Week*, 12. Januar 1976.
38 Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, 44.
39 Ibid. 49.
40 Harvey, »Chile's Counter-Revolution«; Letelier, »The Chicago Boys in Chile«.
41 Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, 34.
42 Piñera, »How the Power of Ideas Can Transform a Country«.
43 Robert M. Bleiberg, »Why Attack Chile?« *Barron's*, 22. Juni 1987.
44 Jonathan Kandell, »Chile, Lab Test for a Theorist«, *New York Times*, 21. März 1976.
45 Kandell, »Augusto Pinochet, 91, Dictator Who Ruled by Terror in Chile, Dies«; »A Dictator's Double Standard«, *Washington Post*, 12. Dezember, 2006.

46 Greg Grandin, *Empire's Workshop*: *Latin America and the Roots of U.S. Imperialism* (New York: Metropolitan Books, 2006), 171.
47 Ibid. 171.
48 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 219.
49 José Piñera, »Wealth through Ownership: Creating Property Rights in Chilean Mining«, *Cato Journal* 24, Nr. 3 (Herbst 2004), 296.
50 Interview mit Alejandro Foxley am 26. März 2001 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org.
51 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 219.
52 Central Intelligence Agency, »Field Listing – Distribution of Family Income – Gini Index«, *World Factbook 2007*, www.cia.gov.
53 Letelier, »The Chicago Boys in Chile«.
54 Milton Friedman, »Economic Miracles«, *Newsweek*, 21. Januar 1974.
55 Glen Biglaiser, »The Internationalization of Chicago's Economics in Latin America«, *Economic Development and Cultural Change* 50 (2002), 280.
56 Lawrence Weschler, *A Miracle*, *a Universe*: *Settling Accounts with Torturers* (New York: Pantheon Books, 1990), 149.
57 Das Zitat stammt aus Notizen des damaligen brasilianischen Botschafters in Argentinien, João Baptista Pinheiro. Reuters, »Argentine Military Warned Brazil, Chile of '76 Coup«, CNN, 21. März 2007.
58 Mario I. Blejer war während der Diktatur argentinischer Finanzminister. Ein Jahr vor dem Staatsstreich hatte er an der University of Chicago in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Adolfo Diz, ebenfalls an der University of Chicago promoviert, war während der Diktatur Zentralbankpräsident. Fernando de Santibáñes machte gleichfalls in Chicago seinen Doktor und arbeitete während der Diktatur in der Zentralbank. Ricardo Ló-

pez Murphy schaffte in Chicago seinen M. A. und wurde Direktor des Büros für Wirtschaftsforschung und Finanzanalyse in der Staatshaushaltsabteilung des Finanzministeriums (1974–1983). Mehrere andere Chicago-Absolventen hatten während der Diktatur als Berater und Gutachter niedrigere Positionen inne.

59 Michael McCaughan, *True Crimes*: *Rodolfo Walsh* (London: Latin America Bureau, 2002), 284–90; »The Province of Buenos Aires: Vibrant Growth and Opportunity«, *Business Week*, 14. Juli 1980, Anzeigenbeilage.

60. Henry Kissinger und César Augusto Guzzetti, Memorandum of Conversation, 10. Juni 1976, freigegeben. www.gwu.edu/~nsarchiv.

61 »The Province of Buenos Aires«. Fußnote: Ibid.

62 McCaughan, *True Crimes*, 299.

63 Reuters, »Argentine Military Warned Brazil, Chile of '76 Coup«, CNN.

64 *Report of the Chilean National Commission on Truth and Reconciliation*, Bd.2, übers. v. Phillip E. Berryman (Notre Dame: University of Notre Dame Press, 1993), 501.

65 Marguerite Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*: *Argentina and the Legacies of Torture* (New York: Oxford University Press, 1998), ix.

66 Ibid. 149, 175.

67 Ibid. 165.

68 Weschler, *A Miracle*, *a Universe*, 170.

69 Amnesty International, *Report on an Amnesty International Mission to Argentina 6–15 November 1976* (London: Amnesty International Publications, 1977), 35; Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 158.

70 Alex Sanchez, Council on Hemispheric Affairs, »Uruguay: Keeping the Military in Check«, 20. November 2006. www.coha.org.

71 Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile*, 35; *Batalla de Chile*.

72 United States Senate, Select Committee to Study Governmental Operations with Respect to Intelligence Activities, *Covert Action in Chile 1963–1973* (Washington, DC: U.S. Government Printing Office, 18. Dezember 1975), 40.

73 Erzdiözese São Paulo, *Nunca Mais / Torture in Brazil*: *A Shocking Report on the Pervasive Use of Torture by Brazilian Military Governments*, *1964–1979*, hg. v. Joan Dassin, übers. v. Jaime Wright (Austin: University of Texas Press, 1986), 13–14.

74 Eduardo Galeano, *Erinnerungen an das Feuer* Bd. 3: *Das Jahrhundert des Sturms* (Wuppertal: Peter Hammer, 1988), 257.

75 *Report of the Chilean National Commission on Truth and Reconciliation*, Bd. 1,153.

76 Kornbluh, *The Pinochet File*, 162.

77 Weschler, *A Miracle*, *a Universe*, 145. Fußnote: Jane Mayer, »The Experiment«, *The New Yorker*, 11. Juli 2005.

78 Diese Schätzung basiert auf der Tatsache, dass es in Brasilien zu jener Zeit 8400 politische Gefangene gab und Tausende davon gefoltert wurden. In Uruguay gab es 60 000 politische Gefangene, und dem Roten Kreuz zufolge wurde in den Gefängnissen systematisch gefoltert. Geschätzte 50 000 Chilenen und mindestens 30 000 Argentinier waren mit Folter konfrontiert, was zusammen die Zahl 100 000 zu einer sehr konservativen Schätzung macht. Larry Rohter, »Brazil Rights Group Hopes to Bar Doctors Linked to Torture«, *New York Times*, 11. März 1999; Organization of American States, Inter-American Commission on Human Rights, *Report on the Situation of Human Rights In Uruguay*, 31. Januar 1978, www.cidh.org; Duncan Campbell und Jonathan Franklin, »Last Chance to Clean the Slate of the Pinochet Era«, *Guardian* (London), 1. September 2003; Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, ix.

79 McCaughan, *True Crimes*, 290.
80 Ibid. 274.
81 Ibid. 285–89.
82 Ibid. 280–82.
83 Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, *25–26*.
84 »Covert Action in Chile 1963–1973«, 45.
85 Weschler, *A Miracle*, *a Universe*, 110; Department of State, »Subject: Secretary's Meeting with Argentine Foreign Minister Guzzetti«, Memorandum of Conversation, 7. Oktober 1976, freigegeben, www.gwu.edu/~nsarchiv.
86 »In Attendance – Friday, March 26, 1976«, freigegebenes Dokument, zugänglich über das National Security Archive. www.gwu.edu/~nsarchiv.

REINEN TISCH MACHEN:
DER TERROR TUT SEINE SCHULDIGKEIT

1 Daniel Feierstein und Guillermo Levy, *Hasta que la muerte nos separe*: *Prácticas sociales genocidas en América Latina* (Buenos Aires: Ediciones al margen, 2004), 76.
2 Marguerite Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*: *Argentina and the Legacies of Torture* (New York: Oxford University Press, 1998), xii.
3 Orlando Letelier, »The Chicago Boys in Chile: Economic Freedom's Awful Toll«, *The Nation*, 28. August 1976.
4 Ibid.
5 John Dinges und Saul Landau, *Assassination on Embassy Row* (New York: Pantheon Books, 1980), 207–10.
6 Pamela Constable und Arturo Valenzuela, *A Nation of Enemies*:

Chile Under Pinochet (New York: W. W. Norton & Company, 1991), 103–107; Peter Kornbluh, *The Pinochet File*: *A Declassified Dossier on Atrocity and Accountability* (New York: New Press, 2003), 167.

7 Eduardo Gallardo, »In Posthumous Letter, Lonely Ex-Dictator Justifies 1973 Chile Coup«, Associated Press, 24. Dezember 2006.

8 »Dos Veces Desaparecido«, *Página 12*, 21. September 2006.

9 Carlos Rozanski war der Hauptautor der Urteilsbegründung, die Richter Norberto Lorenzo und Horacio A. Insaurralde wirkten ebenfalls daran mit. Federal Oral Court No. 1, Case NE 2251/06, September 2006, www.rodolfowalsh.org.

10 Federal Oral Court No. 1, Case NE 2251/06, September 2006, www. rodolf owalsh. org.

11 Ibid.

12 Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, »Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes«, verabschiedet am 9. Dezember 1948. www.unhchr.ch.

13 Leo Kuper, »Genocide: Its Political Use in the Twentieth Century«, in Alexander Laban Hinton (Hg.) *Genocide*: *An Anthropological Reader* (Maiden, MA: Blackwell, 2002), 56.

14 Beth van Schaack, »The Crime of Political Genocide: Repairing the Genocide Convention's Blind Spot«, *Yale Law Journal* 107, Nr. 7 (Mai 1997), 2259–91.

15 »Auto de la Sala de lo Penal de la Audiencia Nacional confirmando la jurisdicción de España para conocer de los crimines de genocidio y terrorismo cometidos durante la dictadura argentina«, Madrid, 4. November 1998, www.derechos.org. Fußnote: van Schaack, »The Crime of Political Genocide«.

16 D. Baltasar Garzón, »Auto de Procesamiento a Militares Argentinos«, Madrid, 2. November 1999, www.derechos.org.

17 Michael McCaughan, *True Crimes*: *Rodolfo Walsh* (London: Latin America Bureau, 2002), 182.
18 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 16.
19 Guillermo Levy, »Considerations on the Connections between Race, Politics, Economics, and Genocide«, *Journal of Genocide Research* 8, Nr. 2 (Juni 2006), 142.
20 Juan Gabriel Valdés, *Pinochet's Economists*: *The Chicago School in Chile* (Cambridge: Cambridge University Press, 1995), 7–8 und 113.
21 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 16.
22 Ibid. 39; Alfred Rosenberg, *Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit* (München: Hoheneichen-Verlag, 1941[177–182]).
23 André Gunder Frank, *Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman* (Freiburg: Aktion Dritte Welt, 1977), 34.
24 Ibid.
25 Amnesty International, *Report on an Amnesty International Mission to Argentina 6–15 November 1976* (London: Amnesty International Publications, 1977), 65.
16 Ibid.
27 Marguerite Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 159.
28 Diana Taylor, *Disappearing Acts*: *Spectacles of Gender and Nationalism in Argentina's »Dirty War«* (Durham, NC: Duke University Press, 1997), 105.
29 *Report of the Chilean National Commission on Truth and Reconciliation*, Bd. 1, trans. Phillip E. Berryman (Notre Dame: University of Notre Dame Press, 1993), 140.
30 Der Beitrag erschien in *La Prensa* (Buenos Aires), zit. in Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 153.
31 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 153.
32 Erzdiözese São Paulo, *Brasil*: *Nunca Mais*, engl. Ausg. *Torture*

in Brazil: *A Shocking Report on the Pervasive Use of Torture by Brazilian Military Governments*, *1964–1979*, hg. v. Joan Dassin, übers. v. Jaime Wright (Austin: University of Texas Press, 1986), 106–110.

33 *Report of the Chilean National Commission on Truth and Reconciliation*, Bd. 1, 149.

34 Letelier, »The Chicago Boys in Chile«.

35 *Nunca Más (Never again)*: *The Report of the Argentine National Commission of the Disappeared* (New York: Farrar Straus Giroux, 1986), 369.

36 Ibid. 371.

37 Amnesty International, *Report on an Amnesty International Mission to Argentina 6–15 November 1976*, *9*.

38 Taylor, *Disappearing Acts*, 111.

39 Erzdiözese São Paulo, *Torture in Brazil*, *64*.

40 Karen Robert, »The Falcon Remembered«, *NACLA Report on the Americas* 39, Bd.3 (November/Dezember 2005), 12.

41 Victoria Basualdo, »Complicidad patronal-militar en la última dictadura argentina«, *Engranajes*: *Boletín de FETIA*, Nr. 5, Sonderausgabe März 2006.

42 Abschrift von Interviews, die Rodrigo Gutiérrez mit Pedro Troiani und Carlos Alberto Propato führte, zwei ehemaligen Ford-Arbeitern und Gewerkschaftsaktivisten, für einen in Arbeit befindlichen Dokumentarfilm mit dem Titel *Falcon* über den Ford Falcon.

43 »Demandan a la Ford por el secuestro de gremialistas durante la dictadura«, *Página 12*, 24. Februar 2006.

44 Robert, »The Falcon Remembered«, 13–15; Abschrift von Gutiérrez' Interviews mit Troiani und Propato.

45 »Demandan a la Ford por el secuestro de gremialistas durante la dictadura.«

46 Ibid.

47 Larry Rohter, »Ford Motor Is Linked to Argentina's ›Dirty War‹«, *New York Times*, 27. November 2002.
48 Ibid.; Sergio Correa, »Los desaparecidos de Mercedes-Benz«, *BBC Mundo*, 5. November 2002.
49 Robert, »The Falcon Remembered«, 14.
50 Michael McCaughan, *True Crimes*, 290.
51 *Nunca Más*: *The Report of the Argentine National Commission of the Disappeared*, 22.
52 Zitat von Padre Santano. Patricia Marchak, *God's Assassins*: *State Terrorism in Argentina in the 1970s* (Montreal: McGill-Queen's University Press, 1999), 241.
53 Marchak, *God's Assassins*, 155.
54 Levy, »Considerations on the Connections between Race, Politics, Economics, and Genocide«, 142.
55 Marchak, *God's Assassins*, 161.
56 Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 42.
57 Constable und Valenzuela, *A Nation of Enemies*, 171, 188.
58 Ibid. 147.
59 Der Beitrag erschien in *La Prensa* (Buenos Aires), zit. in Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 153.
60 Constable und Valenzuela, A *Nation of Enemies*, 78. Fußnote: L. M. Shirlaw, »A Cure for Devils«, *Medical World* 94 (Januar 1961), 56, zit. in Leonard Roy Frank, Hg. *History of Shock Treatment* (San Francisco: Frank, September 1978), 2.
61 McCaughan, *True Crimes*, 295.
62 Feitlowitz, A *Lexicon of Terror*, 77.
63 Fußnote: David Rose, »Guantanamo Briton ›in Handcuff Torture‹«, *Observer* (London), 2. Januar 2005.
64 Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 596.
65 Arnold C. Harberger, »Letter to a Younger Generation«, *Journal of Applied Economics* 1, Nr. 1 (1998), 4.

66 Amnesty International, *Report on an Amnesty International Mission to Argentina 6–15. November 1976*, 34–35.
67 Robert Jay Lifton, *Ärzte im Dritten Reich* (Stuttgart: Klett-Cotta 1988), 21; François Ponchaud, *Cambodge, année zéro* (Paris: Julliard, 1977), zitiert nach *Cambodia Year Zero* (New York: Rinehart and Winston, 1978), 50.
68 Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, »Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes«, verabschiedet am 9. Dezember 1948. www.unhchr.ch.
69 HIJOS (eine Menschenrechtsorganisation von Kindern Verschwundener) schätzt über 500 Kinder. HIJOS, »Lincamientos«, www.hijos.org.ar; die Zahl 200 wird zitiert in Human Rights Watch, *Annual Report 2001*, www.hrw.org.
70 Silvana Boschi, »Desaparición de menores durante la dictadura militar: Presentan un documento clave«, *Clarín* (Buenos Aires), 14. September 1997.
71 Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 89.

»KEINERLEI ZUSAMMENHANG«:
WIE EINE IDEOLOGIE VON IHREN VERBRECHEN GESÄUBERT WURDE

1 Donald Rumsfeld, *Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld Speaking at Tribute to Milton Friedman*, Weißes Haus, Washington, DC, 9. Mai 2002, www.defenselink.mil.
2 Lawrence Weschler, *A Miracle, a Universe: Settling Accounts with Torturers* (New York: Pantheon Books, 1990), 147.
3 Anthony Lewis, »For Which We Stand: II«, *New York Times*, 2. Oktober 1975.

4 »A Draconian Cure for Chile's Economic Ills?« *Business Week*, 12. Januar 1976; Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University Of Chicago Press, 1998), 601.

5 Milton Friedman, »Free Markets and the Generals«, *Newsweek*, 25. Januar 1982; Juan Gabriel Valdés, *Pinochet's Economists*: *The Chicago School in Chile* (Cambridge: Cambridge University Press, 1995), 156.

6 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 596.

7 Ibid. 398.

8 Interview mit Milton Friedman für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org, geführt am 1. Oktober 2000.

9 Der sogenannte Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften wird unabhängig von den Preisen der Nobelstiftung durch die Sveriges Riksbank vergeben. Offiziell heißt er »Preis der Schwedischen Reichsbank für ökonomische Wissenschaft in Erinnerung an Alfred Nobel«.

10 Milton Friedman, »Inflation and Unemployment«, Vorlesung anlässlich der Verleihung des Nobelpreises, 13. Dezember 1976, www.nobelprize.org.

11 Orlando Letelier, »The Chicago Boys in Chile: Economic Freedom's Awful Toll«, *The Nation*, 28. August 1976.

12 Neil Sheehan, »Aid by CIA Groups Put in the Millions«, *New York Times*, 19. Februar 1967.

13 Amnesty International, *Report on an Amnesty International Mission to Argentina 6–15 November 1976* (London: Amnesty International Publications, 1977), Impressum; Yves Dezalay und Bryant G. Garth, *The Internationalization of Palace Wars*: *Lawyers*, *Economists*, *and the Contest to Transform Latin American States* (Chicago: University of Chicago Press, 2002), 71.

14 Amnesty International, *Report on an Amnesty International Mis-*

sion to Argentina 6–15 November 1976, 48.

15 Das Friedenskomitee wurde in »Vikariat« umbenannt, nachdem Ford die Finanzierung übernommen hatte. Americas Watch war Teil von Human Rights Watch; die Organisation hatte unter dem Namen Helsinki Watch mit einer Spende von 500 000 Dollar der Ford Foundation begonnen. Die Zahl von 30 Millionen Dollar stammt aus einem Interview mit Alfred Ironside im PR-Büro der Ford Foundation. Laut Ironside wurde in den achtziger Jahren das meiste Geld ausgegeben. Er sagte: »In den Fünfzigern wurde für Menschenrechte in Lateinamerika so gut wie nichts ausgegeben … in den Sechzigern gab es dann Gelder für Menschenrechte in der Größenordnung von 700 000 Dollar.«

16 Dezalay und Garth, *The Internationalization of Palace Wars*, 69.

17 David Ransom, »Ford Country: Building an Elite for Indonesia«, *The Trojan Horse*: *A Radical Look at Foreign Aid*, hg. v. Steve Weissman (Palo Alto, CA: Ramparts Press, 1975), *96*, Beitrag i. d. dt. Ausg. *Das trojanische Pferd. Die Auslandshilfe der USA* (Berlin: Rotbuch Verlag, 1975) nicht enthalten.

18 Valdés, *Pinochet's Economists*, 158, 186, 308.

19 Ford Foundation, »History«, 2006, www.fordfound.org.

20 Goenawan Mohamad, *Celebrating Indonesia*: *Fifty Years with the Ford Foundation 1953–2003* (Jakarta: Ford Foundation, 2003), 56.

21 Dezalay und Garth, The Internationalization of Palace Wars, 148.

22 Ford Foundation, »History«, 2006, www.fordfound.org. Fußnote: Frances Stonor Saunders, *The Cultural Cold War*: *The CIA and the World of Arts and Letters* (New York: New Press, 2000).

23 Erzdiözese São Paulo, *Torture in Brazil*: *A Shocking Report on the Pervasive Use of Torture by Brazilian Military Governments, 1964–1979*, hg. v. Joan Dassin, übers. v. Jaime Wright (Austin:

University of Texas Press, 1986), 50.

24 Simone de Beauvoir und Gisèle Halimi, *Djámila Boupacha* (Paris: Gallimard, 1962), zitiert nach der englischen Ausgabe (New York: MacMillan, 1962), 19, 21, 31.

25 Marguerite Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*: *Argentina and the Legacies of Torture* (New York: Oxford University Press, 1998), 113.

26 Um der Deutlichkeit willen habe ich Feitlowitz' Übersetzung leicht geändert. Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*, 113–15. Hervorhebungen im Original.

KAPITEL 6

VON EINEM KRIEG GERETTET:
DER THATCHERISMUS UND DIE NÜTZLICHEN FEINDE

1 Carl Schmitt, *Politische Theologie*: *Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität* (1922, Nachdr. Berlin: Duncker & Humblot, 1993), 13.

2 Korrespondenz in der Hayek Collection, Box 101, Folder 26, Hoover Institution Archives, Palo Alto, CA. Thatchers Brief datiert vom 17. Februar. Dank an Greg Grandin.

3 Peter Dworkin, »Chile's Brave New World of Reaganomics«, *Fortune*, 2. November 1981.

4 Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 387.

5 Donald Rumsfeld, *Secretary of Defense Donald H. Rumsfeld Speaking at Tribute to Milton Friedman*, Weißes Haus, Washington, DC, 9. Mai 2002, www.defenselink.mil.

6 Milton Friedman, »Economic Miracles«, *Newsweek*, 21. Januar 1974.

7 In der Abschrift der Rede befindet sich eine Wortwiederholung Rumsfelds, die ich weggelassen habe, um Verwirrung zu vermeiden. Rumsfeld, *Secretary of Defense Donald FI. Rumsfeld Speaking at Tribute to Milton Friedman.*

8 Henry Allen, »Hayek, the Answer Man«, *Washington Post*, 2. Dezember 1982.

9 Interview mit Milton Friedman für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org, geführt am 1. Oktober 2000.

10 Arnold C. Harberger, *Curriculum Vitae*, November 2003. www.econ.ucla.edu.

11 Ibid.; Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 607–609.

12 *The Political Economy of Policy Reform*, hg. v. John Williamson (Washington, DC: Institute for International Economics, 1994), 467.

13 Carmen DeNavas-Walt, Bernadette D. Proctor, Cheryl Hill Lee, U.S. Census Bureau, *Income, Poverty and Health Insurance Coverage in the United States*: *2005*, August 2006, www.census.gov; Central Intelligence Agency, *World Factbook 2005*, www.cia.gov.

14 Allan H. Meltzer, »Choosing Freely: The Friedmans' Influence on Economic and Social Policy«, in *The Legacy of Milton and Rose Friedman's Free to Choose*, hg. v. M. Wynne, H. Rosenblum und R. Formaini (Dallas: Federal Reserve Bank of Dallas, 2004), 204, www.dallasfed.org.

15 John Campbell, *Margaret Thatcher*: *The Iron Lady*, Bd.2 (London: Jonathan Cape, 2003), 174–75; Patrick Cosgrave, *Thatcher*: *The First Term* (London: Bodley Head, 1985), 158–59.

16 Kevin Jefferys, *Finest & Darkest Hours*: *The Decisive Events in British Politics from Churchill to Blair* (London: Atlantic Books, 2002), 208.

17 Die Zahlen basieren auf einer MORI-Umfrage (Gallup sah Thatcher bei 23 Prozent). »President Bush: Overall Job Rating«,

www.pollingreport.com, Zugriff am 12. Mai 2007; Malcolm Rutherford, »1982: Margaret Thatcher's Year«, *Financial Times* (London), 31. Dezember 1982.

18 Samuel P. Huntington, *The Third Wave*: *Democratization in the Late Twentieth Century* (Norman, OK: University of Oklahoma Press, 1991).

19 Hossein Bashiriyeh, *The State and Revolution in Iran 1962–1982* (New York: St Martin's Press, 1984), 170–71.

20 »On the Record«, *Time*, 14. Februar 1983.

21 Campbell, *Margaret Thatcher*: *The Iron Lady*, Bd.2, 128.

22 Leonard Downie jr. und Jay Ross, »Britain: South Georgia Taken«, *Washington Post*, 26. April 1982; »Jingoism Is Not the Way«, *Financial Times* (London), 5. April 1982.

23 Tony Benn, *The End of an Era*: *Diaries 1980–90*, hg. v. Ruth Winstone (London: Hutchinson, 1992), 206.

24 Angus Deming, »Britain's Iron Lady«, *Newsweek*, 14. Mai 1979; Jefferys, *Finest & Darkest Hours*, 226.

25 BBC News, »1982: First Briton Dies in Falklands Campaign«, *On This Day*, *24 April*, news.bbc.co.uk.

26 Rutherford, »1982«.

27 Michael Getler, »Dockers' Union Agrees to Settle Strike in Britain«, *Washington Post*, 21. Juli, 1984.

28 »TUC at Blackpool (Miners' Strike): Labour Urged to Legislate on NUM Strike Fines«, *Guardian* (London), 4. September 1985; Seumas Milne, *The Enemy Within*: *Thatcher's Secret War against the Miners* (London: Verso, 2004); Seumas Milne, »What Stella Left Out«, *Guardian* (London), 3. Oktober 2000.

29 Seumas Milne, »MI5's Secret War«, *New Statesman & Society*, 25. November 1994.

30 *Coal War*: *Thatcher vs Scargill*, Regie Liam O'Rinn, Folge 8093 der Reihe *Turning Points of History*, gesendet am 16. Juni 2005.

31 Ibid.
32 Warren Brown, »U.S. Rules Out Rehiring Striking Air Controllers«, *Washington Post*, 7. August 1981; Steve Twomey, »Reunion Marks 10 Years Outside the Tower«, *Washington Post*, 2. August 1991.
33 Milton Friedman, *Capitalism and Freedom* (1962, Nachdr. Chicago: University of Chicago Press, 1982), ix; Vorwort i. d. dt. Ausg. nicht enthalten.
34 J. McLane, »Milton Friedman's Philosophy of Economics and Public Policy«, Konferenz zu Ehren von Milton Friedmans 90. Geburtstag, 25. November 2002, www.chibus.com.
35 Nikolaij I. Bucharin und Jewgenij A. Preobraschenskij, *Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki)* (Nachdruck der deutschsprachigen Erstausgabe Wien 1920, Zürich: Manesse, 1985), 574.
36 *The Political Economy of Policy Reform*, 19.
37 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 603.

KAPITEL 7

DER NEUE DR. SCHOCK:
WIRTSCHAFTSKRIEG STATT DIKTATUR

1 Das Zitat stammt aus »U.S. Operations Mission to Bolivia«, *Problems in the Economic Development of Bolivia*, *La Paz*: *United States Operation Mission to Bolivia*, 1956, 212.
2 Susan Sontag, *Krankheit als Metapher* (Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 20.05[2]), 71.
3 »Bolivia Drug Crackdown Brews Trouble«, *New York Times*, 12. September 1984; Joel Brinkley, »Drug Crops Are Up in Export

Nations, State Dept. Says«, *New York Times*, 15. Februar 1985.

4 Jeffrey D. Sachs, *Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt* (München: Pantheon, 2006), 117.

5 John Maynard Keynes, *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags* (München, Leipzig: Duncker & Humblot, 1920), 192; dt. Neuaufl. u. d. Titel *Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles* (Berlin: Berenberg, 20.07[3]).

6 Interview mit der Autorin, Oktober 2006, New York City.

7 Robert E. Norton, »The American Out to Save Poland«, *Fortune*, 29. Januar, 1990.

8 Interview mit Jeffrey Sachs am 15. Juni 2000 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org.

9 »A Draconian Cure for Chile's Economic Ills?« *Business Week*, 12. Januar, 1976.

10 Sachs, *Das Ende der Armut*, 121.

11 *Sachs*, *Commanding Heights.*

12 Catherine M. Conaghan und James M. Malloy, *Unsettling Statecraft*: *Democracy and Neoliberalism in the Central Andes* (Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 1994), 127.

13 Sachs, *Das Ende der Armut*, 123.

14 Susan Velasco Portillo, »Víctor Paz: Decreto es coyuntural, pero puede durar 10 ó 20 años«, *La Prensa* (La Paz), 28. August 2005.

15 Ibid.

16 Conaghan und Malloy, *Unsettling Statecraft*, 129.

17 Alberta Zuazo, »Bolivian Labor Unions Dealt Setback«, United Press International, 9. Oktober 1985; Juan de Onis, »Economic Anarchy Ends«, *Los Angeles Times*, 6. November 1985.

18 Die offiziellen Kommentare basieren auf den Erinnerungen der Mitglieder des wirtschaftswissenschaftlichen Notfallteams. Velasco Portillo, »Víctor Paz: Decreto es coyuntural, pero puede durar 10 ó 20 años«.

19 Ibid.
20 Harlan K. Ullman und James P. Wade, *Shock and Awe*: *Achieving Rapid Dominance* (Washington, DC: NDU Press, 1996), xxv.
21 Conaghan und Malloy, *Unsettling Statecraft*, 186.
22 Peter McFarren, »48-hour Strike Hurts Country«, Associated Press, 5. September 1985; Mike Reid, »Sitting Out the Bolivian Miracle«, *Guardian* (London und Manchester), 9. Mai 1987.
23 Robert J. Alexander, *A History of Organized Labor in Bolivia* (Westport, CT: Praeger, 2005), 169.
24 Sam Zuckerman, »Bolivian Bankers See Some Hope After Years of Economic Chaos«, *American Banker*, 13. März 1987; Waltraud Queiser Morales, *Bolivia*: *Land of Struggle* (San Francisco: Westview Press, 1992), 159.
25 Die Statistiken stammen von der Inter-American Development Bank. Morales, *Bolivia*, 159.
26 Erick Foronda, »Bolivia: Paz Has Trouble Selling ›Economic Miracle‹«, *Latin-america Press* 21, Nr. 5 (16. Februar 1989), 7, zitiert in Morales, *Bolivia*, 160.
27 Alexander, *A History of Organized Labor in Bolivia*, 169.
28 Interview mit Gonzalo Sánchez de Lozada für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org, am 20. März 2001.
29 Peter McFarren, »Farmers' Siege of Police Points Up Bolivia's Drug-Dealing Problems«, Associated Press, 12. Januar 1986.
30 Peter McFarren, »Bolivia – Bleak but Now Hopeful«, Associated Press, 23. Mai 1989.
31 Conaghan und Malloy schreiben: »Es gibt wenig Zweifel, dass der Drogenhandel (wie auch die internationale Hilfe) die Schläge der Stabilisierung abmildern half. Die ›Coca-Dollar‹ besserten nicht nur die Einkommen auf; dass das Bankensystem diese zusätzliche Geldspritze bekam, half vermutlich auch, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts die Währung zu stabilisie-

ren.« Conaghan und Malloy, *Unsettling Statecraft*, 198.

32 Tyler Bridges, »Bolivia Turns to Free Enterprise Among Hard Times«, *Dallas Morning News*, 29. Juni 1987; Conaghan und Malloy, *Unsettling Statecraft*, 198.

33 John Sedgwick, »The World of Doctor Debt«, *Boston Magazine*, Mai 1991.

34 »Taming the Beast«, *The Economist*, 15. November 1986.

35 Sachs, *Commanding Heights.*

36 Peter Passell, »Dr. Jeffrey Sachs, Shock Therapist«, *New York Times*, 27. Juni 1993.

37 »New Austerity Package Revealed«, *Latin American Regional Reports*: *Andean Group*, 13. Dezember 1985.

38 Der Bankier wurde anonym zitiert. Sam Zuckerman, »Bolivian Bankers See Some Hope after Years of Economic Chaos«, *American Banker*, 13. März 1987.

39 *The Political Economy of Policy Reform*, hg. v. John Williamson (Washington DC: Institute for International Economics, 1994), 479.

40 Associated Press, »Bolivia Now Under State of Siege«, *New York Times*, 20. September 1985.

41 »Bolivia to Lift State of Siege«, United Press International, 17. Dezember 1985; »Bolivia Now Under State of Siege«.

42 Conaghan und Malloy, *Unsettling Statecraft*, 149.

43 Reuters, »Bolivia Strike Crumbling«, *Globe and Mail* (Toronto), 21. September 1985.

44 Peter McFarren, »Detainees Sent to Internment Camps«, Associated Press, 29. August 1986; »Bolivia: Government Frees Detainees, Puts Off Plans for Mines«, Inter Press Service, 16. September 1986.

45 Sachs, *Das Ende der Armut*, 125.

46 Sánchez de Lozada, *Commanding Heights.*

47 Conaghan und Malloy, *Unsettling Statecraft*, 149.

KRISEN LEISTEN GANZE ARBEIT:
DAS PAKET DER SCHOCKTHERAPIE

1 A. E. Hotchner, *Papa Hemingway* (München: Piper, 1966), 330.
2 Jim Shultz, »Deadly Consequences: The International Monetary Fund and Bolivia's ›Black February‹«(Cochabamba, Bolivia: The Democracy Center, April 2005), 14, www.democracyctr.org.
3 Albert O. Hirschman, »Reflections on the Latin American Experience«, in *The Politics of Inflation and Economic Stagnation*: *Theoretical Approaches and International Case Studies*, hg. v. Leon N. Lindberg und Charles S. Maier (Washington, DC: Brookings Institution, 1985), 76.
4 Banco Central de la República Argentina, *Memoria Anual 1985*, www.bcra.gov.ar; Lawrence Weschler, *A Miracle*, *a Universe*: *Settling Accounts with Torturers* (New York: Pantheon Books, 1990), 152; »Brazil Refinancing Foreign Debt Load«, *New York Times*, 2. Juli 1964; Alan Riding, »Brazil's Leader Urges Negotiations on Debt«, *New York Times*, 22. September 1985.
5 Robert Harvey, »Chile's Counter-Revolution: The Fight Goes On«, *The Economist*, 2. Februar 1980; World Bank, *Economic Memorandum*: *Argentina* (Washington, DC: World Bank, 1985), 17.
6 Der Berater war Franklin Willis. Michael Hirsh, »Follow the Money«, *Newsweek*, 4. April 2005.
7 Terence O'Hara, »6 U.S. Banks Held Pinochet's Accounts«, *Washington Post*, 16. März 2005.
8 United Press International, »Former Cabinet Minister Arrested in Argentina«, *Seattle Times*, 17. November 1984.
9 World Bank, *Economic Memorandum*: *Argentina*, 17; »Documentación que prueba los ilícitos de Martínez de Hoz«, *La Voz del Interior*, 6. Oktober 1984, zitiert in H. Hernandez, *Justicia y*

Deuda Externa Argentina (Santa Fe, Argentina: Editorial Universidad de Santa Fe, 1988), *36*.

10 Hernandez, *Justicia y Deuda Externa Argentina*, 37.

11 Ibid.

12 Sie beschrieb es als »Bericht, wie Investitionen auf den Bahamas, in Luxemburg, Panama, Liechtenstein und der Schweiz zu tätigen seien. Er enthielt auch einen ziemlich nüchternen Absatz über die Steuersituation in diesen Ländern.« Marguerite Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*: *Argentina and the Legacies of Torture* (New York: Oxford University Press, 1998), 57.

13 Norberto Galasso, *De la Banca Baring al FMI* (Buenos Aires: Ediciones Colihue, 2002), 246; Adolfo Pérez Esquivel, »¿Cuándo comenzó el terror del 24 de marzo de 1976?« *La Fogata*, 24. März 2004, www.lafogata.org.

14 US-Außenministerium, Gesprächsnotiz, Betreff: Treffen des Ministers mit dem argentinischen Außenminister Guzzetti, 7. Oktober 1976, freigegeben, www.gwu.edu/~nsarchiv.

15 Sue Branford und Bernardo Kucinski, *The Debt Squads*: *The US*, *the Banks*, *and Latin America* (London: Zed Books, 1988), 95.

16 Matthew L. Wald, »A House, Once Again, Is Just Shelter«, *New York Times*, 6. Februar 1983

17 Jaime Poniachik, »Cómo empezó la deuda externa«, *La Nación* (Buenos Aires), 6. Mai 2001.

18 Donald V. Coes, *Macroeconomic Crises*: *Politics and Growth in Brazil*, *1964–1990* (Washington, DC: World Bank, 1995), 187; Eghosa E. Osaghae, *Structural Adjustment and Ethnicity in Nigeria* (Uppsala, Schweden: Nordiska Afrikainstitutet, 1995), 24; T. Ademola Oyejide und Mufutau I. Raheem, »Nigeria«, in *The Rocky Road to Reform*: *Adjustment*, *Income Distribution*, *and Growth in the Developing World*, hg. v. Lance Taylor (Cambridge, MA: MIT Press, 1993), 302.

19 International Monetary Fund, *Fund Assistance for Countries Fa-*

cing Exogenous Shock, 8. August 2003, 37, www.imf.org.

20 Banco Central de la República Argentina, *Memoria Anual 1989*, www.bcra.gov.ar.

21 »Interview with Arnold Harberger«, *The Region*, Federal Reserve Bank of Minneapolis, März 1999, www.minneapolisfed.org

22 Der frühere Chicagoer Professor Stanley Fischer war 1994 erster stellvertretender leitender Direktor des IWF, Raghuram Rajan 2003 Chefökonom des IWF, Michael Mussa leitete 1991 die IWF-Forschungsabteilung und Danyang Xie arbeitete 2003 als leitender Wirtschaftswissenschaftler in der Afrikaabteilung des IWF.

23 International Monetary Fund, »Article I – Purposes«, *Articles of Agreement of the International Monetary Fund*, www.imf.org.

24 »Speech by Lord Keynes in Moving to Accept the Final Act at the Closing Plenary Session, Bretton Woods, 22 July, 1944«, *Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd.26, hg. v. Donald Moggridge (London: Macmillan, 1980), 103.

25 John Williamson, »In Search of a Manual for Technopols«, in John Williamson, Hg. *The Political Economy of Policy Reform* (Washington, DC: Institute for International Economics, 1994), 18.

26 »Appendix: The ›Washington Consensus‹«, in *The Political Economy of Policy Reform*, 27.

27 Williamson, *The Political Economy of Policy Reform*, 17.

28 Joseph Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung* (Berlin: Siedler, 2002), 27.

29 Davison L. Budhoo, *Enough Is Enough*: *Dear Mr. Camdessus … Open Letter of Resignation to the Managing Director of the International Monetary Fund*, Vorwort von Errol K. McLeod (New York: New Horizons Press, 1990), 102.

30 Dani Rodrik, »The Rush to Free Trade in the Developing World: Why So Late? Why Now? Will It Last?«, in *Voting for Reform*: *Democracy*, *Political Liberalization and Economic Adjustment*, hg. von Stephan Haggard und Steven B. Webb (New York: Ox-

ford University Press, 1994), 82. Hervorhebungen hinzugefügt.

31 Ibid. 81.

32 »… was immer die Verdienste einer Handelsreform gewesen sein mögen, der zwischen Handelsbeschränkungen und der Tendenz zu makroökonomischen Krisen hergestellte Kausalzusammenhang war schlechte Wirtschaftswissenschaft.« Dani Rodrik, »The Limits of Trade Policy Reform in Developing Countries«, *Journal of Economic Perspectives* 6, Nr. 1 (Winter 1992), 95.

33 Herasto Reyes, »Argentina: historia de una crisis«, *La Prensa* (Panama City), 12. Januar 2002.

34 Nathaniel C. Nash, »Turmoil, Then Hope in Argentina«, *New York Times*, 31. Januar 1991.

35 »Interview with Arnold Harberger«.

36 José Natanson, *Buenos muchachos*: *Vida y obra de los economistas del establishment* (Buenos Aires: Libros del Zorzal, 2004).

37 Paul Blustein, *And the Money Kept Rolling In (and Out)*: *Wall Street*, *the IMF*, *and the Bankrupting of Argentina* (New York: Public Affairs, 2005), 21.

38 Ibid. 24; Interview mit Domingo Cavallo am 30. Januar 2002 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org; César V. Herrera und Marcelo García, »A 10 años de la privatización de YPF – Análisis y consecuencias en la Argentina y en la Cuenca del Golfo San Jorge (versión ampliada)«, Centro Regional de Estudios Económicos de la Patagonia Central, 23. Januar 2003, www.creepace.com.ar; Antonio Camou, »Saber técnico y política en los orígenes del menemismo«, *Perfiles Latinoamericanos* 7, Nr. 12 (Juni 1998); Carlos Saúl Menem, Rede bei einem Essen mit dem mexikanischen Präsidenten Ernesto Zedillo, 26. November 1997, www.zedillo.presidencia.gob.mx. Fußnote: Interview mit Alejandro Olmos Gaona, »Las deudas hay que pagarlas, las estafas no«, *LaVaca*, 10. Januar 2006, www.lavaca.org.

39 »Menem's Miracle«, *Time International*, 13. Juli 1992.
40 Cavallo, *Commanding Heights*.

KAPITEL 9

DIE GESCHICHTE ABWÜRGEN:
EINE KRISE IN POLEN, EIN MASSAKER IN CHINA

1 Leszek Balcerowicz, »Losing Milton Friedman, A Revolutionary Muse of Liberty«, *Daily Star* (Beirut), 22. November 2006.
2 Michael Freedman, »The Radical«, *Forbes*, 13. Februar 2006.
3 Joseph Fewsmith, *China Since Tiananmen*: *The Politics of Transition* (Cambridge: Cambridge University Press, 2001), 35.
4 Keimzelle von Solidarność war die 1978 gegründete, halb unabhängige Freie Gewerkschaft Pommerns. Sie organisierte Streiks, die schließlich zur Gründung von Solidarność führten.
5 Thomas A. Sancton, »He Dared to Hope«, *Time*, 4. Januar 1982.
6 Ibid.
7 »Solidarity's Programme Adopted by the First National Congress«, in Peter Raina, *Poland 1981*: *Towards Social Renewal* (London: George Allen & Unwin, 1985), 326–80.
8 Sancton, »He Dared to Hope«.
9 Egil Aarvik, »The Nobel Peace Prize 1983 Presentation Speech«, Oslo, Norwegen, 10. Dezember 1983, www.nobelprize.org.
10 Lawrence Weschler, »A Grand Experiment«, *The New Yorker*, 13. November 1989.
11 Tadeusz Kowalik, »Why the Social Democratic Option Failed: Poland's Experience of Systemic Change«, in *Social Democracy in Neoliberal Times*: *The Left and Economic Policy Since 1990* (Oxford: Oxford University Press, 2001), 223; Jeffrey D. Sachs,

Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt (München: Pantheon, 2006), 151; Magdalena Wyganowska, »Transformation of the Polish Agricultural Sector and the Role of the Donor Community«, *USAID Mission to Poland*, September 1998, www.usaid.gov.

12 James Risen, »Cowboy of Poland's Economy«, *Los Angeles Times*, 9. Februar 1990.

13 Sachs, *Das Ende der Armut*, 141.

14 Weschler, »A Grand Experiment«.

15 Sachs, *Das Ende der Armut*, 144.

16 Ibid. 145; Weschler, »A Grand Experiment«.

17 Interview mit Jeffrey Sachs am 15. Juni 2000 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org.

18 Przemyslaw Wielgosz, »25 Jahre Solidarność«, unveröffentlichte Vorlesung, August 2005. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

19 Sachs, *Das Ende der Armut*, 148. Fußnote: Randy Boyagoda, »Europe's Original Sin«, *The Walrus*, Februar 2007, www.walrusmagazine.com.

20 Weschler, »A Grand Experiment«; Interview mit Gonzalo Sánchez de Lozada am 20. März 2001 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org.

21 Weschler, »A Grand Experiment«.

22 Balcerowicz, »Losing Milton Friedman«.

23 »Wałęsa: U.S. Has Stake in Poland's Success«, United Press International, 25. August 1989.

24 Das Zitat stammt von Zofia Kuratowska, »herausragendste Expertin der Solidarność für das Gesundheitswesen und heute eine führende Parlamentarierin«. Weschler, »A Grand Experiment«.

25 John Tagliabue, »Poles Approve Solidarity-Led Cabinet«, *New York Times*, 13. September 1989.

26 Weschler, »A Grand Experiment«; »Mazowiecki Taken 111 in Parliament«, *Guardian Weekly* (London), 17. September 1989.
27 Anne Applebaum, »Exhausted Polish PM's Cabinet Is Acclaimed«, *Independent* (London), 13. September 1989.
28 Weschler, »A Grand Experiment«.
29 Ibid.
30 Leszek Balcerowicz, »Poland«, in *The Political Economy of Policy Reform*, hg. v. John Williamson (Washington, DC: Institute for International Economics, 1994), 177.
31 Ibid. 176–77.
32 Ibid. 163.
33 Thomas Carothers, »The End of the Transition Paradigm«, *Journal of Democracy* 13, Nr. 1 (Januar 2002), 6–7.
34 George J. Church, »The Education of Mikhail Sergeyevich Gorbachev«, *Time*, 4. Januar 1988.
35 Francis Fukuyama, »The End of History?«, *The National Interest*, Sommer 1989. Fußnote: Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir*? (München: Kindler, 1992).
36 Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 603.
37 Fukuyama, »The End of History?«
38 Ibid.
39 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 520–22.
40 Ibid. 558; Milton Friedman, »If Only the United States Were as Free as Hong Kong«, *Wall Street Journal*, 8. Juli 1997.
41 Maurice Meisner, *The Deng Xiaoping Era*: *An Inquiry into the Fate of Chinese Socialism*, *1978–1994* (New York: Hill and Wang, 1996), 455; »Deng's June 9 Speech: ›We Face a Rebellious Clique‹ and ›Dregs of Society‹«, *New York Times*, 30. Juni 1989.
42 Friedman war in unterschiedlichen Funktionen nach China eingeladen worden – als Konferenzteilnehmer, als Universitätsdozent –, in seinen Memoiren charakterisierte er seinen Aufent-

halt aber als Staatsbesuch: »… größtenteils als Gast von Regierungseinrichtungen«, schreibt er. Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 601.

43 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 517, 537, 609. Hervorhebung im Original.

44 Ibid. 601–602.

45 Wang Hui, *China's New Order*: *Society*, *Politics*, *and Economy in Transition* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2003), 45, 54.

46 Ibid. 54.

47 Ibid. 57.

48 Meisner, *The Deng Xiaoping Era*, 463–65.

49 »China's Harsh Actions Threaten to Set Back 10-Year Reform Drive«, *Wall Street Journal*, 5. Juni 1989.

50 »Deng's June 9 Speech: ›We Face a Rebellious Clique‹ and ›Dregs of Society‹.« Fußnote: Henry Kissinger, »The Caricature of Deng as a Tyrant Is Unfair«, *Washington Post*, 1. August 1989.

51 Interview mit Orville Schell am 13. Dezember 2005 für die PBS-*Frontline*-Folge »The Tank Man«; vollständige Interview-Mitschrift unter www.pbs.org.

52 Wang, *China's New Order*, 65–66.

53 Meisner, *The Deng Xiaoping Era*, 482. Fußnote: David Harvey, *A Brief History of Neoliberalism* (Oxford: Oxford University Press, 2005), 135.

54 Mo Ming, »90 Percent of China's Billionaires Are Children of Senior Officials«, *China Digital Times*, 2. November 2006, www.chinadigitaltimes.net.

55 Human Rights Watch, »Race to the Bottom: Corporate Complicity in Chinese Internet Censorship«, *Human Rights Watch* 18, Nr. 8(c) (August 2006), 28, 43; Wang, *China's New Order*, 65.

56 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 516.

51 Jaroslaw Urbanski, »Workers in Poland After 1989«, Workers Initiative Poland, paspartoo.w.interia.pl; Weschler, »A Grand Experiment«.

58 Mark Kramer, »Polish Workers and the Post-Communist Transition, 1989–93«, *Europe-Asia Studies*, Juni 1995; World Bank, World Development Indicators 2006, www.worldbank.org; Andrew Curry, »The Case against Poland's New President«, *New Republic*, 17. November 2005; Wielgosz, »25 Years of Solidarity«.

59 Wielgosz, »25 Years of Solidarity«.

60 David Ost, *The Defeat of Solidarity*: *Anger and Politics in Postcommunist Europe* (Ithaca, NY: Cornell University Press, 2005), 62.

61 *Statistical Yearly* (Warschau: Polnisches Amt für Statistik, 1997), 139.

62 Kramer, »Polish Workers and the Post-Communist Transition, 1989–93«.

DEMOKRATIE IN KETTEN GEBOREN:
SÜDAFRIKAS EINGESCHRÄNKTE FREIHEIT

1 »South Africa; Tutu Says Poverty, Aids Could Destabilise Nation«, AllAfrica.com, 4. November 2001.

2 Martin J. Murray, *The Revolution Deferred* (London: Verso, 1994), 12.

3 »ANC Leader Affirms Support for State Control of Industry«, *Times* (London), 26. Januar 1990.

4 Ismail Vadi, *The Congress of the People and Freedom Charter Campaign*, Vorwort von Walter Sisulu (New Delhi: Sterling Publishers, 1995), www.sahistory.org.za.

5 Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit. Autobiographie* (Frankfurt am Main: S.Fischer, 1994), 239.

6 »Freiheits-Charta«, verabschiedet beim Volkskongress in Kliptown am 26. Juni 1955; zitiert nach Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*, 242.

7 William Mervin Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC* (Kapstadt: Zebra Press, 2005), 219–20.

8 Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*, 751–752.

9 Entscheidungen mit einfacher Mehrheit gab es tatsächlich erst von 1999 an. Bis dahin teilten sich alle Parteien, die über fünf Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigten, die Exekutivmacht. Unveröffentlichtes Interview Nelson Mandelas mit dem Filmemacher Ben Cashdan, 2001; Hein Marais, *South Africa*: *Limits to Change*: *The Political Economy of Transition* (Kapstadt: University of Cape Town Press, 2001), 91–92.

10 Fußnote: Milton Friedman, »Milton Friedman – Banquet Speech«, Rede gehalten beim Nobel-Empfang am 10. Dezember 1976, www.nobelprize.org.

11 Bill Keller, »Can Both Wealth and Justice Flourish in a New South Africa? Two Old Foes Think So«, *New York Times*, 9. Mai 1994.

12 Mark Horton, »Role of Fiscal Policy in Stabilization and Poverty Alleviation«, in *Post-Apartheid South Africa*: *The First Ten Years*, hg. v. Michael Nowak und Luca Antonio Ricci, (Washington DC: International Monetary Fund, 2005), 84.

13 Fußnote: Juan Gabriel Valdés, *Pinochet's Economists*: *The Chicago School in Chile* (Cambridge: Cambridge University Press, 1995), 31, 33, zitiert Pinochets Wirtschaftsminister Pablo Baraona mit seiner Definition von »neuer Demokratie«; Robert Harvey, »Chile's Counter-Revolution: The Fight Goes On«, *The Economist*, 1. Februar 1980 (Harvey zitiert Sergio Fernandez, den Innenminister); José Piñera, »Wealth Through Ownership: Crea-

ting Property Rights in Chilean Mining«, *Cato Journal* 24, Nr. 3 (Herbst 2004), 298.

14 James Brew, »South Africa – Habitat: A Good Home Is Still Hard to Own«, Inter Press Service, 11. März 1997.

15 David McDonald, »Water: Attack the Problem Not the Data«, *Sunday Independent* (London), 19. Juni 2003. Fußnote: Ibid.

16 Bill Keller, »Cracks in South Africa's White Monopolies«, *New York Times*, 17. Juni 1993.

17 Gumede zitiert Businessmap-Statistiken, aus denen hervorgeht, dass »rund 98 Prozent der Geschäftsführer der an der Johannesburger Börse notierten Unternehmen weiß sind und ihre Firmen über 97 Prozent des hier vertretenen Gesamtwerts ausmachen«. Simon Robinson, »The New Rand Lords«, *Time*, 15. April 2005; Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 110.

18 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 112.

19 Moyiga Nduru, »S. Africa: Politician Washed Anti-Aids Efforts Down the Drain«, Inter Press Service, 11. April 2006.

20 »Study: Aids Slashes SA's Life Expectancy«, *Mail & Guardian* (Johannesburg), 11. Dezember 2006.

21 Der Rand erholte sich danach etwas und schloss am Ende des Tages mit minus sieben Prozent. Jim Jones, »Foreign Investors Take Fright at Hardline Stance«, *Financial Times* (London), 13. Februar 1990.

22 Steven Mufson, »South Africa 1990«, *Foreign Affairs* [Sonderausgabe: *America and the World]*, 1990/1991.

23 Thomas L. Friedman, *Globalisierung verstehen* (Berlin: Ullstein, 1999), 129.

24 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 69.

25 Ibid. 85; »South Africa: Issues of Rugby and Race«, *The Economist*, 24. August 1996.

26 Nelson Mandela, »Report by the President of the ANC to the

50th National Conference of the African National Congress«, 16. Dezember 1997.

27 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 33–39, 69.

28 Ibid. 79.

29 Marais, *South Africa*, 122. Fußnote: ANC, *Ready to Govern*: *ANC Policy Guidelines for a Democratic South Africa Adopted at the National Conference*, 28.–31. Mai 1992, www.anc.org.za.

30 Ken Wells, »U.S. Investment in South Africa Quickens«, *Wall Street Journal*, 6. Oktober 1994.

31 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the* ANC, 88.

32 Ibid. 87.

33 Marais, *South Africa*, 162.

34 Ibid. 170.

35 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 89.

36 Ginger Thompson, »South African Commission Ends Its Work«, *New York Times*, 22. März 2003.

37 ANC, »The State and Social Transformation«, Diskussionsunterlage, November 1996, www.anc.org.za; Ginger Thompson, »South Africa to Pay $ 3,900 to Each Family of Apartheid Victims«, *New York Times*, 16. April 2003; unveröffentlichtes Interview von Cashdan mit Mandela, 2001.

38 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 108.

39 Ibid. 119.

40 South African Communist Party, »The Debt Debate: Confusion Heaped on Confusion«, November/Dezember 1998; Jeff Rudin, »Apartheid Debt: Questions and Answers«, Alternative Information and Development Centre, 16. März 1999. Fußnote: Congress of South Africa Trade Unions, »Submission on the Public Investment Corporation Draft Bill«, 25. Juni 2004; Rudin, »Apartheid Debt«; South African Communist Party, »The Debt Debate«.

41 »Freiheits-Charta«, zitiert nach Mandela, *Der Lange Weg zur Freiheit*, 240.

42 Nomvula Mokonyane, »Budget Speech for 2005/06 Financial Year by MEC for Housing in Gauteng«, Rede vor dem Parlament der Provinz Gauteng am 13. Juni 2005, www.info.gov.za.

43 Lucille Davie und Mary Alexander, »Kliptown and the Freedom Charter«, 17. Juni 2005, www.southafrica.info; Blue IQ, *The Plan for a Smart Province – Gauteng.*

44 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 215.

45 Scott Baldauf, »Class Struggle: South Africa's New, and Few, Black Rich«, *Christian Science Monitor*, 31. Oktober 2006; »Human Development Report 2006«, United Nations Development Programme, www.undp.org.

46 »South Africa: The Statistics«, *Le Monde Diplomatique*, September 2006; Michael Wines und Sharon LaFraniere, »Decade of Democracy Fills Gaps in South Africa«, *New York Times*, 26. April 2004.

47 Simon Robinson, »The New Rand Lords«, *Time*, 25. April 2005.

48 Michael Wines, »Shantytown Dwellers in South Africa Protest the Sluggish Pace of Change«, *New York Times*, 25. Dezember 2005.

49 Mark Wegerif, Bev Russell und Irma Gründling, *Summary of Key Findings from the National Evictions Survey* (Polokwane, Südafrika: Nkuzi Development Association, 2005), 7, www.nkuzi.org.

50 Wines, »Shantytown Dwellers in South Africa Protest …«.

51 Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, 72. Darin zitiert: Asghar Adelzadeh, »From the RDP to GEAR: The Gradual Embracing of Neo-liberalism in Economic Policy«, *Transformation* 31, 1996.

52 Ibid. 70.

53 Stephen F. Cohen, *Failed Crusade*: *America and the Tragedy of*

Post-Communist Russia (New York: W. W. Norton & Company, 2001), 30.

SCHEITERHAUFEN EINER JUNGEN DEMOKRATIE:
RUSSLAND WÄHLT DIE »PINOCHET-OPTION«

1 Boris Kagarlitsky, *Square Wheels*: *How Russian Democracy Got Derailed* (New York: Monthly Review Press, 1994), 191.
2 William Keegan, *The Spectre of Capitalism*: *The Future of the World Economy After the Fall of Communism* (London: Radius, 1992), 109.
3 George J. Church, »The Education of Mikhail Sergeyevich Gorbachev«, Time, 4. Januar 1988; Gidske Anderson, »The Nobel Peace Prize 1990 Presentation Speech«, www.nobelprize.org.
4 Marshall Pomer, Einleitung, *The New Russia*: *Transition Gone Awry*, hg. v. Lawrence R. Klein und Marshall Pomer (Stanford: Stanford University Press: 2001), 1.
5 Anderson, »The Nobel Peace Prize 1990 Presentation Speech«; Church, »The Education of Mikhail Sergeyevich Gorbachev«.
6 Michail Gorbatschow, Vorwort, Klein und Pomer, Hgg. *The New Russia*, xiv.
7 Der – bis dahin beispiellose – gemeinsame Bericht verlangte »radikale Reformen« und bestand darauf, dass gleichzeitig mit jedwelchem Stabilisierungsplan die Grenzen für den Handel geöffnet werden müssten, also jenes speziell geschnürte Paket, zu dem sich Dani Rodrik äußerte (siehe Kapitel 8). International Monetary Fund, The World Bank, Organization for Economic Cooperation and Development, European Bank for Reconstruction and Development, *The Economy of the USSR*: *Sum-*

mary and Recommendations (Washington, DC: World Bank, 1990); Interview der Autorin mit Jeffrey Sachs im Oktober 2006, New York City.

8 »Order, Order: Can Mikhail Gorbachev Deliver the Sowjet Union from Chaos without Restoring Centralised Autocrazy?«, *The Economist*, 22. Dezember 1990.

9 Ibid.; Michael Schrage, »Pinochet's Chile a Pragmatic Model for Soviet Economy«, *Washington Post*, 23. August 1991.

10 *Return of the Czar*, eine Folge von *Frontline* (einer PBS-Fernsehserie), Produzent Sherry Jones, gesendet am 9. Mai 2000.

11 Vadim Nikitin, »'91 Foes Linked by Anger and Regret«, *Moscow Times*, 21. August 2006.

12 Stephen F. Cohen, »America's Failed Crusade in Russia«, *The Nation*, 28. Februar 1994.

13 Interview der Autorin mit Jeffrey Sachs.

14 Peter Passell, »Dr. Jeffrey Sachs, Shock Therapist«, *New York Times*, 27. Juni 1993.

15 Peter Reddaway und Dmitri Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*: *Market Bolshevism against Democracy* (Washington, DC: United States Institute for Peace Press, 2001), 291.

16 Jeffrey D. Sachs, *Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt* (München: Pantheon, 2006), 171.

17 Reddaway und Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*, 253.

18 *The Agony of Reform*, eine Folge von *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy* (PBS-Fernsehserie), ausführende Produzenten Daniel Yergin und Sue Lena Thompson, Serienproduzent William Cran (Boston: Heights Productions, 2002); Reddaway und Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*, 237, 298.

19 Mikhail Leontyev, »Two Economists Will Head Russian Reform; Current Digest of the Soviet Press«, *Nesawissimaja Gaseta*, 9. November 1991, Zusammenfassung veröffentlicht am 11. Dezember 1991.

20 Chrystia Freeland, *Sale of the Century*: *Russia's Wild Ride from Communism to Capitalism* (New York: Crown, 2000), 56.
21 Boris Jelzin, Rede beim Volksdeputiertenkongress der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), 28. Oktober 1991.
22 David McClintick, »How Harvard Lost Russia«, *Institutional Investor*, 1. Januar 2006.
23 Georgi Arbatov, »Origins and Consequences of ›Shock Therapy‹«, Klein und Pomer, Hgg. *The New Russia*, 171.
24 Die Erhebung wurde 1992 durchgeführt. Vladimir Mau, »Russia«, in *The Political Economy of Policy Reform*, hg. v. John Williamson (Washington, DC: Institute for International Economics, 1994), 435.
25 Ibid. 434–35.
26 Joseph E. Stiglitz, Vorwort, Klein und Pomer, Hgg. *The New Russia*, xxii.
27 Joseph E. Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung* (Berlin: Siedler, 2002), 193 ff.
28 Jelzin, Rede beim Volksdeputiertenkongress der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR).
29 Stephen F. Cohen, »Can We ›Convert‹ Russia?«, *Washington Post*, 28. März 1993; Helen Womack, »Russians Shell Out as Cashless Society Looms«, *Independent* (London), 27. August 1992.
30 *Russian Economic Trends*, 1997, 46, zitiert in Thane Gustafson, *Capitalism Russian-Style* (Cambridge: Cambridge University Press, 1999), 171.
31 The Agony of Reform.
32 Gwen Ifill, »Clinton Meets Russian on Assistance Proposal«, *New York Times*, 25. März 1993.
33 Malcolm Gray, »After Bloody Monday«, *Maclean's*, 18. Oktober 1993; Leyla Boulton, »Powers of Persuasion«, *Financial Times* (London), 5. November 1993.

34 Serge Schmemann, »The Fight to Lead Russia«, *New York Times*, 13. März 1993.

35 Margaret Shapiro und Fred Hiatt, »Troops Move in to Put Down Uprising After Yeltsin Foes Rampage in Moscow«, *Washington Post*, 4. Oktober 1993.

36 John Kenneth White und Philip John Davies, *Political Parties and the Collapse of the Old Orders* (Albany: State University of New York Press, 1998), 209.

37 »Testimony Statement by the Honorable Lawrence H. Summers Under Secretary for International Affairs U.S. Treasury Department Before the Committee on Foreign Relations of the U.S. Senate, September 7, 1993«.

38 Reddaway und Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*, 294.

39 Ibid, 299.

40 Celestine Bohlen, »Rancor Grows in Russian Parliament«, *New York Times*, 28. März 1993.

41 »The Threat That Was«, *The Economist*, 28. April 1993; Shapiro und Hiatt, »Troops Move in to Put Down Uprising After Yeltsin Foes Rampage in Moscow«.

42 Serge Schmemann, »Riot in Moscow Amid New Calls For Compromise«, *New York Times*, 3. Oktober 1993.

43 Leslie H. Gelb, »How to Help Russia«, *New York Times*, 14. März 1993. Fußnote: Shapiro und Hiatt, »Troops Move in to Put Down Uprising After Yeltsin Foes Rampage in Moscow«.

44 Fred Kaplan, »Yeltsin in Command as Hard-Liners Give Up«, *Boston Globe*, 5. Oktober 1993.

45 »Die Behörden erklärten, dass in den zwei Tagen in Moskau 142 Menschen getötet worden seien. Das war eine Farce – die tatsächliche Zahl der Toten muss um ein Mehrfaches höher gelegen haben. Es wurde noch nicht einmal versucht, die genaue Anzahl derer herauszufinden, die geschlagen und verwundet wurden. Tausende wurden verhaftet.« Kagarlitsky, *Square*

Wheels, 218.

46 Reddaway und Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*, 427.

47 Kagarlitsky, *Square Wheels*, 212.

48 John M. Goshko, »Victory Seen for Democracy«, *Washington Post*, 5. Oktober 1993; David Nyhan, »Russia Escapes a Return to the Dungeon of Its Past«, *Boston Globe*, 5. Oktober 1993; Reddaway und Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*, 431.

49 *Return of the Czar.*

50 Nikitin, »'91 Foes Linked by Anger and Regret«.

51 Cacilie Rohwedder, »Sachs Defends His Capitalist Shock Therapy«, *Wall Street Journal Europe*, 25. Oktober 1993.

52 Sachs, *Das Ende der Armut.*

53 Arthur Spiegelman, »Western Experts Call for Russian Shock Therapy«, Reuters, 6. Oktober 1993.

54 Dorinda Elliott und Betsy McKay, »Yeltsin's Free-Market Offensive«, *Newsweek*, 18. Oktober 1993; Adi Ignatius und Claudia Rose«, »Yeltsin Now Faces Divided Nation«, *Asian Wall Street Journal*, 5. Oktober 1993.

55 Stanley Fischer, »Russia and the Soviet Union Then and Now«, in *The Transition in Eastern Europe*, hg. v. Olivier Jean Blanchard, Kenneth A. Froot und Jeffrey D. Sachs, *Country Studies*, Bd. 1 (Chicago: University of Chicago Press: 1994), 237.

56 Lawrence H. Summers, »Comment«, in *The Transition in Eastern Europe*, *Country Studies*, Bd. 1, 253.

57 Jeffrey Tayler, »Russia Is Finished«, *Atlantic Monthly*, Mai 2001; »The World's Billionaires, According to Forbes Magazine, Listed by Country«, Associated Press, 27. Februar 2003.

58 E. S. Browning, »Bond Investors Gamble on Russian Stocks«, *Wall Street Journal*, 24. März 1995.

59 Der Abgeordnete Sergej Juschenkow zitiert Oleg Lobow. Carlotta Gall und Thomas De Waal, *Chechnya*: *Calamity in the Caucasus* (New York: New York University Press, 1998), 161.

60 Vsevolod Vilchek, »Ultimatum on Bended Knees«, *Moscow News*, 2. Mai 1996.
61 Passell, »Dr. Jeffrey Sachs, Shock Therapist«.
62 David Hoffman, »Yeltsin's ›Ruthless‹ Bureaucrat«, *Washington Post*, 22. November 1996.
63 Svetlana P. Glinkina et al. »Crime and Corruption«, in Klein und Pomer, Hgg. *The New Russia*, 241; Matt Bivens und Jonas Bernstein, »The Russia You Never Met«, *Demokratizatsiya*: *The Journal of Post-Soviet Democracy* 6, Nr. 4 (Herbst 1998), 630, www.demokratizatsiya.org.
64 Bivens und Bernstein, »The Russia You Never Met«, 627–28; Total, *Factbook 1998–2006*, www.total.com; der Profit ist für 2000 angegeben: Marshall I. Goldman, *The Piratization of Russia*: *Russian Reform Goes Awry* (New York: Routledge, 2003), 120; »Yukos Offers 12.5 Percent Stake against Debts to State-Owned Former Unit«, Associated Press, 5. Juni 2006; die Zahl von 2,8 Milliarden Dollar basiert auf der Tatsache, dass 1997 British Petroleum 571 Millionen Dollar für einen zehnprozentigen Anteil an Sidanko bezahlte, und demzufolge wäre ein 51-Prozent-Anteil mehr als 2,8 Milliarden Dollar wert gewesen: Freeland, *Sale of the Century*, 183; Stanislav Lunev, »Russian Organized Crime Spreads Beyond Russia's Borders«, *Prism* 3, Nr. 8 (30. Mai 1997).
65 Bivens und Bernstein, »The Russia You Never Met«, 629.
66 Reddaway und Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*, 254.
67 Freeland, *Sale of the Century*, 299.
68 *Return of the Czar.*
69 Bivens und Bernstein berichten: »Vorwürfe wurden laut, dass Tschubais und vier seiner Reformgehilfen – die allesamt von Tschubais' Unterstützung profitierten, die wiederum USAID-finanziert war – Bestechungsgelder in Höhe von jeweils 90 000 Dollar angenommen hätten, die als Buchvorschüsse der Une-

xim-bank verschleiert waren« (eine der großen Oligarchenfirmen, die von eben diesen Männern lukrative Privatisierungsverträge bekamen). Ähnlich umstritten ist, dass Alfred Koch, der stellvertretende Privatisierungsbeauftragte in Jelzins Regierung, 100 000 Dollar von einem Unternehmen erhielt, das mit einem der großen Oligarchen in Verbindung stand, mit dem er Privatisierungsverträge schloss; passenderweise war das Geld angeblich für ein Buch bestimmt, das er über die Effizienz privatisierter Unternehmen schreiben sollte. Letztlich wurde niemand wegen dieser Vorgänge angeklagt. Bivens und Bernstein, »The Russia You Never Met«, 636; Vladimir Isachenkov, »Prosecutors Investigate Russia's Ex-Privatization Czar«, Associated Press, 1. Oktober 1997.

70 McClintick, »How Harvard Lost Russia«.

71 U.S. District Court, District of Massachusetts, »United States of America, Plaintiff, v. President and Fellows of Harvard College, Andréi Shleifer and Jonathan Hay, Defendants: Civil Action No. 00–11.977-DPW«, *Memorandum and Order*, 28. Juni 2004; McClintick, »How Harvard Lost Russia«.

72 McClintick, »How Harvard Lost Russia«.

73 Dan Josefsson, »The Art of Ruining a Country with a Little Professional Help from Sweden«, *ETC* (Stockholm), englische Ausgabe, 1999.

74 Ernest Beck, »Soros Begins Investing in Eastern Europe«, *Wall Street Journal*, 1. Juni, 1994; Andrew Jack, Arkady Ostrovsky und Charles Pretzlik, »Soros to Sell ›The Worst Investment of My Life‹«, *Financial Times* (London), 17. März 2004.

75 Brian Whitmore, »Latest Polls Showing Communists Ahead«, *Moscow Times*, 8. September 1999.

76 *Return of the Czar.*

77 Helen Womack, »Terror Alert in Moscow as Third Bombing Kills 73«, *Independent* (London), 14. September 1999. Fußnote:

Ibid.; Julius Strauss, »Secret at the Heart of Putin's Rise to Power«, *Daily Telegraph* (London), 13. März 2004.

78 Asian Nurbiyev, »Last Bodies Cleared From Rebels' Secret Grozny Cemetery«, Agence France-Presse, 6. April 2006.

79 Sabrina Tavernise, »Farms as Business in Russia«, *New York Times*, 6. November 2001; Josef sson, »The Art of Ruining a Country with a Little Professional Help from Sweden«; »News Conference by James Wolfensohn, President of the World Bank Re: IMF Spring Meeting«, Washington, DC, 22. April 1999, www.imf.org; Branko Milanovic, *Income*, *Inequality and Poverty during the Transition from Planned to Market Economy* (Washington, DC: World Bank, 1998), 68; Working Centre for Economic Reform, Government of the Russian Federation, *Russian Economic Trends* 5, Nr. 1 (1996), 56–57, zitiert in Bertram Silverman und Murray Yanowitch, *New Rich*, *New Poor*, *New Russia*: *Winners and Losers on the Russian Road to Capitalism* (Armonk, NY: M. E. Sharpe, 2000), 47.

80 Die Zahl von 715 000 nennt das zuständige russische Ministerium: »Gesundheitsminister: In Russland leben mehr als 715 000 Kinder auf der Straße«, RIA Novosti (Nachrichtenagentur), 23. Februar 2006; Carel De Rooy, UNICEF, *Children in the Russian Federation*, 16. November 2004, 5, www. unicef. org.

81 Im Jahr 1987 belief sich der russische Alkoholkonsum pro Kopf auf 3,9 Liter. 2003 waren es 8,87 Liter. Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation für Europa, »3050 Pure Alcohol Consumption, Litres Per Capita, 1987, 2003«, European Health for All Database (HFA-DB), data.euro.who.int/hfadb; »In Sad Tally, Russia Counts More Than 4 Million Addicts«, *Prawda* (Moskau), 20. Februar 2004; UNAIDS, »Annex 1: Russian Federation«, *2006 Global Report on the AIDS Epidemic*, Mai 2006, 437, www.unaids.org; Interview mit Natalya Katsap, Managerin für Medienpartnerschaften, Transatlantic Partners Against AIDS, Juni 2006.

82 Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation für Europa, »1780 SDR, Suicide and Self-inflicted Injury, All Ages Per 100 000, 1986–1994«, European Health for All Database (HFA-DB), data.euro.who.int/hfadb; im Jahr 1986 belief sich der Anteil der Selbstmorde und absichtlichen Selbstverstümmelungen auf 7,3 pro 100 000 Menschen; 1994 war ein Gipfelwert von 32,9 erreicht, der bis 2004 auf 25,2 sank; Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation für Europa, »1793 SDR, Homicide and Intentional Injury, All Ages Per 100 000, 1986–2004«, European Health for All Database.

83 Nikitin, »'91 Foes Linked by Anger and Regret«; Stephen F. Cohen, »The New American Cold War«, *The Nation*, 10. Juli 2006; Central Intelligence Agency, »Russia«, *World Factbook 1992* (Washington, DC: CIA, 1992), 287; Central Intelligence Agency, »Russia«, *World Factbook 2007*, www.cia.gov.

84 Colin McMahon, »Shortages Leave Russia's East Out in the Cold«, *Chicago Tribune*, 19. November 1998.

85 Georgi Arbatov, »Origins and Consequences of ›Shock Therapy‹«, 177.

86 Richard Pipes, »Russia's Chance«, *Commentary* 93, Nr. 3 (März 1992), 30.

87 Richard E. Ericson, »The Classical Soviet-Type Economy: Nature of the System and Implications for Reform«, *Journal of Economic Perspectives* 5, Nr. 4 (Herbst 1991), 25.

88 Tayler, »Russia Is Finished«; Richard Lourie, »Shock of Calamity«, *Los Angeles Times*, 21. März 1999.

89 Josefsson, »The Art of Ruining a Country with a Little Professional Help from Sweden«.

90 Tatjana Koschkarewa und Rustam Narsikulow, *Nesawissimaja Gaseta* (Moskau), 31. Oktober 1997; Paul Klebnikov und Carrie Shook, »Russia and Central Europe: The New Frontier«, *Forbes*, 28. Juli 1997.

91 Adam Smith, *Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes*, Dritter Band (Berlin: R.L. Prager, 1906), 81, 83.
92 Für diese Analyse schulde ich David Harvey Dank; David Harvey, *A Brief History of Neoliberalism* (New York: Oxford University Press, 2005).
93 Michael Schuman, »Billionaires in the Making«, *Forbes*, 18. Juli 1994; Harvey, *A Brief History of Neoliberalism*, 103.
94 »YPFB: Selling a National Symbol«, *Institutional Investor*, 1. März 1997; Jonathan Friedland, »Money Transfer«, *Wall Street Journal*, 15. August 1995.
95 Friedland, »Money Transfer«.
96 Paul Blustein, *And the Money Kept Rolling In (and Out)*: *Wall Street*, *the IMF*, *and the Bankrupting of Argentina* (New York: Public Affairs, 2005), 24, 29; Nathaniel C. Nash, »Argentina's President, Praised Abroad, Finds Himself in Trouble at Home«, *New York Times*, 8. Juni 1991; Tod Robberson, »Argentine President's Exit Inspires Mixed Emotions«, *Dallas Morning News*, 18. Oktober 1999.
97 Paul Brinkley-Rogers, »Chaos Reigns as President Flees Uprising«, *Daily Telegraph* (London), 22. Dezember 2001.
98 Jean Friedman-Rudovsky, »Bolivia Calls Ex-President to Court«, *Time*, 6. Februar 2007.

KAPITEL 12

DAS KAPITALISTISCHE ID:
RUSSLAND UND DIE NEUEN FLEGELJAHRE DES FREIEN MARKTES

1 John Maynard Keynes, »From Keynes to Roosevelt: Our Recovery Plan Assayed«, *New York Times*, 31. Dezember 1933.
2 Ashley M. Herer, »Oprah, Bono Promote Clothing Line, iPod«,

Associated Press, 13. Oktober 2006.

3 T. Christian Miller, *Blood Money*: *Wasted Billions*, *Lost Lives*, *and Corporate Greed in Iraq* (New York: Little, Brown and Company, 2006), 123. Fußnote: John Cassidy, »Always with Us«, *The New Yorker*, 11. April 2005.

4 Peter Passell, »Dr. Jeffrey Sachs, Shock Therapist«, *New York Times*, 27. Juni 1993.

5 Jeffrey Sachs, »Life in the Economic Emergency Room«, in *The Political Economy of Policy Reform*, hg. v. John Williamson (Washington, DC: Institute for International Economics, 1994), 516.

6 »Roosevelt Victor by 7,054,520 Votes«, *New York Times*, 25. Dezember 1932; Raymond Moley, *After Seven Years* (New York: Harper & Brothers, 1939), 305.

7 Carolyn Eisenberg, *Drawing the Line*: *The American Decision to Divide Germany*, *1944–1949* (New York: Cambridge University Press, 1996).

8 *The Political Economy of Policy Reform*, 44.

9 Sachs, »Life in the Economic Emergency Room«, 503–504, 513.

10 John Williamson, *The Political Economy of Policy Reform*, 19, 26.

11 John Williamson und Stephan Haggard, »The Political Conditions for Economic Reform«, in *The Political Economy of Policy Reform*, 565.

12 Williamson, *The Political Economy of Policy Reform*, 20.

13 John Toye, *The Political Economy of Policy Reform*, 41.

14 Bruce Little, »Debt Crisis Looms, Study Warns«, *Globe and Mail* (Toronto), 16. Februar 1993; der Fernsehbericht wurde im Sender CTV in *WS* von Eric Mailing präsentiert; Linda McQuaig, *Shooting the Hippo*: *Death by Deficit and Other Canadian Myths* (Toronto: Penguin, 1995), 3.

15 Die Informationen in diesem Absatz stammen aus McQuaig, *Shooting the Hippo*, 18, 42–44, 117.

16 Ibid. 44, 46

17 »How to Invent a Crisis in Education«, *Globe and Mail* (Toronto), 15. September.

18 Die Informationen in den folgenden beiden Absätzen stammen aus Michael Bruno, *Deep Crises and Reform*: *What Have We Learned*? (Washington, DC: World Bank, 1996), 4, 6, 13, 25. Hervorhebung im Original.

19 Ibid. 6. Hervorhebung hinzugefügt.

20 Die Anzahl der Weltbank-Mitglieder bezieht sich auf 1995. Momentan sind es 185 Länder.

21 Die Informationen in den folgenden vier Absätzen stammen aus Davison L. Budhoo, *Enough Is Enough*: *Dear Mr. Camdessus … Open Letter of Resignation to the Managing Director of the International Monetary Fund* (New York: New Horizons Press, 1990), 2–27.

22 Die meisten von Budhoos Vorwürfen beziehen sich auf die Diskrepanzen bei der Berechnung der relativen Lohnstückkosten in Trinidad und Tobago, einem äußerst wichtigen Indikator für die Messung der Produktivität eines Landes. Er schreibt: »Auf der Basis der Kalkulationen, die der Statistiker unserer Abteilung letztes Jahr nach Rückkehr der [IWF]-Beobachter von dort anstellte, stiegen die relativen Lohnstückkosten in Trinidad und Tobago nur um *69* Prozent statt um die 145,8 Prozent, die unsere Berichte für 1985 ausweisen, oder auch die 142,9 Prozent, die Fonds-Dokumente für 1986 unterstellen. Zwischen 1980 und 1985 stiegen die relativen Lohnstückkosten in Wahrheit bloß um 66,1 Prozent und nicht um 164,7 Prozent, wie in unseren Berichten für 1986 behauptet. Zwischen 1983 und 1985 erhöhten sich die relativen Lohnstückkosten nur um 14,9 Prozent, nicht um die 36,9 Prozent, die der Weltöffentlichkeit 1986 vorgelegt wurden. Im Jahr 1985 fiel der Index der relativen Lohnstückkosten um 1,7 Prozent, statt um 9 Prozent zu steigen, wie

wir in dem RED and Staff Report erklären. Und 1986 fielen die relativen Lohnstückkosten spektakulär um 46,5 Prozent – wovon in dem Bericht des Jahres 1987 oder in anderen offiziellen Fonds-Dokumenten keine Rede ist.« Ibid. 17.

23 »Bitter Calypsos in the Caribbean«, *Guardian* (London), 30. Juli 1990; Robert Weissman, »Playing with Numbers: The IMF's Fraud in Trinidad and Tobago«, *Multinational Monitor* 11, Nr. 6 (Juni 1990).

24 Lawrence Van Gelder, »Mr. Budhoo's Letter of Resignation from the I. M. F. (50 Years Is Enough)«, *New York Times*, 20. März 1996.

KAPITEL 13

LASST ES BRENNEN:
DIE PLÜNDERUNG ASIENS UND DER »FALL EINER ZWEITEN BERLINER MAUER«

1 Anita Raghavan, »Wall Street Is Scavenging in Asia-Pacific«, *Wall Street Journal*, 10. Februar 1998.

2 R. William Liddle, »Year One of the Yudhoyono-Kalla Duumvirate«, *Bulletin of Indonesian Economic Studies* 41, Nr. 3 (Dezember 2005), 337.

3 »The Weakest Link«, *The Economist*, 8. Februar 2003.

4 Irma Adelman, »Lessons from Korea«, *The New Russia*: *Transition Gone Awry*, hg. v. Lawrence R. Klein und Marshall Pomer (Stanford, California: Stanford University Press, 2001), 129.

5 David McNally, »Globalization on Trial: Crisis and Class Struggle in East Asia«, *Monthly Review*, September 1998.

6 »Apec Highlights Social Impact of Asian Financial Crisis«, Bernama news agency, 25. Mai 1998.

7 Hur Nam-Il, »Gold Rush … Korean Style«, *Business Korea*, März

1998; »Selling Pressure Mounts on Korean Won-Report«, *Korea Herald* (Seoul), 12. Mai 1998.

8 »Elderly Suicide Rate on the Increase«, *Korea Herald* (Seoul), 27. Oktober 1999; »Economic Woes Driving More to Suicide«, *Korea Times* (Seoul), 23. April 1998.

9 Die Krise begann 1994, aber der Kredit wurde erst Anfang 1995 bewilligt.

10 »Milton Friedman Discusses the IMF«, *CNN Moneyline with Lou Dobbs*, 22. Januar 1998; George P. Shultz, William E. Simon und Walter B. Wriston, »Who Needs the IMF«, *Wall Street Journal*, 3. Februar 1998.

11 Milken Institute, »Global Overview«, *Global Conference 1998*, Los Angeles, 12. März 1998, www.milkeninstitute.org.

12 Bill Clinton, »Joint Press Conference with Prime Minister Chrétien«, 23. November 1997, www.clintonfoundation.org.

13 Milken Institute, »Global Overview«.

14 José Piñera, »The ›Third Way‹ Keeps Countries in the Third World«, Paper für die 16th Annual Monetary Conference des Cato Institute und des *Economist*, Washington, DC, 22. Oktober 1998; José Piñera, »The Fall of a Second Berlin Wall«, 22. Oktober 1998, www.josepinera.com.

15 »U.S. Senate Committee on Foreign Relations Holds Hearing on the Role of the IMF in the Asian Financial Crisis«, 12. Februar 1998; »Text – Greenspan's Speech to New York Economic Club«, Reuters News, 3. Dezember 1997.

16 M. Perez und S. Tobarra, »Los países asiáticos tendrán que aceptar cierta flexibilidad que no era necesaria hasta ahora«, *El País International Edition* (Madrid), 8. Dezember 1997; »IMF Chief Calls for Abandon of ›Asian Model‹«, Agence France-Presse, 1. Dezember 1997.

17 Interview mit Mahathir Mohamad am 2. Juli 2001 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, www.pbs.org.

18 Interview mit Stanley Fischer am 9. Mai 2001 für *Commanding Heights*, www.pbs.org.

19 Stephen Grenville, »The IMF and the Indonesian Crisis«, Hintergrundpapier, Independent Evaluation Office des IMF, Mai 2004, 8, www.imf.org.

20 Walden Bello, »The IMF's Hidden Agenda«, *The Nation* (Bangkok), 25. Januar 1998.

21 Fischer, *Commanding Heights*; Joseph Kahn, »I. M. F.'s Hand Often Heavy, a Study Says«, *New York Times*, 21. Oktober 2000; Paul Blustein, *The Chastening*: *Inside the Crisis That Rocked the Global Financial System and Humbled the IMF* (New York: Public Affairs, 2001), 6–7.

22 Die Übereinkunft des IWF mit Südkorea sah ausdrücklich vor, »überflüssige Restriktionen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen (um Unternehmen einen Wechsel der Branche zu ermöglichen)«. Zitiert in Martin Hart-Landsberg und Paul Burkett, »Economic Crisis and Restructuring in South Korea: Beyond the Free Market-Statist Debate«, *Critical Asian Studies* 33, Nr. 3 (2001), 421; Alkman Granitsas und Dan Biers, »Economies: The Next Step: The IMF Has Stopped Asia's Financial Panic«, *Far Eastern Economic Review*, 23. April 1998; Cindy Shiner, »Economic Crisis Clouds Indonesian's Reforms«, *Washington Post*, 10. September 1998.

23 Soren Ambrose, »South Korean Union Sues the IMF«, *Economic Justice News* 2, Nr. 4, (Januar 2000).

24 Nicola Bullard, *Taming the Tigers*: *The IMF and the Asian Crisis* (London: Focus on the Global South, 2. März 1999), www.focusweb.org; Walden Bello, *A Siamese Tragedy*: *The Collapse of Democracy in Thailand* (London: Focus on the Global South, 29. September 2006), www.focusweb.org.

25 Jeffrey Sachs, »Power Unto Itself«, *Financial Times* (London), 11. Dezember 1997.

26 Michael Lewis »The World's Biggest Going-Out-of-Business Sale«, *New York Times Magazine*, 31. Mai 1998.

27 Ian Chalmers, »Tommy's Toys Trashed«, *Inside Indonesia 56* (Oktober-Dezember 1998).

28 Paul Blustein und Sandra Sugawara, »Rescue Plan for Indonesia in Jeopardy«, *Washington Post*, 7 Januar 1998; Grenville, »The IMF and the Indonesian Crisis«, 10.

29 McNally, »Globalization on Trial«.

30 »Magic Arts of Jakarta's ›Witch-Doctor‹«, *Financial Times* (London), 3. November 1997.

31 Susan Sim, »Jakarta's Technocrats vs. the Technologists«, *Straits Times* (Singapur), 30. November 1997; Kahn, »I. M. F.'s Hand Often Heavy, a Study Says«.

32 International Monetary Fund, *The IMF's Response to the Asian Crisis*, Januar 1999, www.imf.org.

33 Paul Blustein, »At the IMF, a Struggle Shrouded in Secrecy«, *Washington Post*, 30. März 1998; Martin Feldstein, »Refocusing the IMF«, *Foreign Affairs*, März-April 1998; Jeffrey Sachs, »The IMF and the Asian Flu«, *American Prospect*, März–April 1998.

34 In Südkorea stieg die Arbeitslosenquote von 2,6 auf 7,6 Prozent, in Indonesien von 4 auf 12 Prozent; ähnliche Werte gab es auch in anderen Ländern. International Labour Organization, »ILO Governing Body to Examine Response to Asia Crisis«, Pressemitteilung, 16. März 1999; Mary Jordan, »Middle Class Plunging Back to Poverty«, *Washington Post*, 6. September 1998; McNally, »Globalization on Trial«; Florence Lowe-Lee, »Where Is Korea's Middle Class?«, *Korea Insight 2*, Nr. 11 (November 2000), 1; James D. Wolfensohn, »Opening Address by the President of the World Bank Group«, *Summary Proceedings of the Fifty-Third Annual Meeting of the Board of Governors* (Washington, DC: International Monetary Fund, 6.–8. Oktober 1998), 31, www.imf.org.

35 »Array of Crimes Linked to the Financial Crisis, Meeting Told«, *New Straits Times* (Kuala Lumpur), 1. Juni 1999; Nussara Sawatsawang, »Prostitution-Alarm Bells Sound Amid Child Sex Rise«, *Bangkok Post*, 24. Dezember 1999; Luz Baguioro, »Child Labour Rampant in the Philippines«, *Straits Times* (Singapur), 12. Februar 2000; »Asian Financial Crisis Rapidly Creating Human Crisis: World Bank«, Agence France-Presse, 29. September 1998.

36 Laura Myers, »Albright Offers Thais Used F–16s, Presses Banking Reforms«, Associated Press, 4. März 1999.

37 Independent Evaluation Office of the IMF, *The IMF and Recent Capital Account Crises*: *Indonesia*, *Korea*, *Brazil* (Washington, DC: International Monetary Fund, 12. September 2003), 42–43, www.imf.org; Grenville, »The IMF and the Indonesian Crisis«, 8.

38 Craig Mellow, »Treacherous Times«, *Institutional Investor International Edition*, Mai 1999.

39 Raghavan, »Wall Street Is Scavenging In Asia-Pacific«.

40 Rory McCarthy, »Merrill Lynch Buys Yamaichi Branches, Now Japan's Biggest Foreign Broker«, Agence France-Presse, 12. Februar 1998; »Phatra Thanakit Announces Partnership with Merrill Lynch«, Merrill-Lynch-Presseerklärung, 4. Juni 1998; United Nations Conference on Trade and Development, *World Investment Report 1998*: *Trends and Determinants* (New York: United Nations, 1998), 337; James Xiaoning Zhan und Terutomo Ozawa, *Business Restructuring in Asia*: *Cross-Border M&As in the Crisis Period* (Kopenhagen: Copenhagen Business School Press, 2001), 100; »Advisory Board for Salomon«, *Financial Times* (London), 18. Mai 1999; »Korea Ssangyong Sells Info Unit Shares to Carlyle«, Reuters News, 2. Januar 2001; »JP Morgan-Carlyle Consortium to Become Largest Shareholder of KorAm«, *Korea Times* (Seoul), 9. September 2000.

41 Nicholas D. Kristof, »Worsening Financial Flu in Asia Lowers

Immunity to U.S. Business«, *New York Times*, 1. Februar 1998.

42 Lewis, »The World's Biggest Going-Out-of-Business Sale«; Mark L. Clifford, »Invasion of the Bargain Snatchers«, *Business Week*, 2. März 1998.

43 United Nations Conference on Trade and Development, *World Investment Report 1998*, 336; Zhan und Ozawa, *Business Restructuring in Asia*, 99; »Chronology – GM Takeover Talks with Daewoo Motor Creditors«, Reuters, 30. April 2002.

44 Zhan und Ozawa, *Business Restructuring in Asia*, 96–102; Clifford, »Invasion of the Bargain Snatchers«.

45 Alexandra Harney, »GM Close to Taking 67 % Stake in Daewoo for $ 400 M«, *Financial Times* (London), 20. September 2001; Stephanie Strom, »Korea to Sell Control of Banks to U.S. Investors«, *New York Times*, 1. Januar 1999.

46 Charlene Barshefsky, »Trade Issues with Asian Countries«, Aussage vor dem Subcommittee on Trade of the House Committee on Ways and Means, 24. Februar 1998.

47 »International Water – Ayala Consortium Wins Manila Water Privatization Contract«, *Business Wire*, 23. Januar 1997; »Bechtel Wins Contract to Build Oil Refinery in Indonesia«, Nachrichtenagentur Asia Pulse, 22. September 1999; »Mergers of S. Korean Handset Makers with Foreign Cos on the Rise«, Nachrichtenagentur Asia Pulse, 1. November 2004; United Nations Conference on Trade and Development, *World Investment Report 1998*, 337; Zhan und Ozawa, *Business Restructuring in Asia*, 96–99.

48 Zhan und Ozawa, *Business Restructuring in Asia*, 96–102; Robert Wade und Frank Veneroso, »The Asian Crisis: The High Debt Model Versus the Wall Street-Treasury-IMF Complex«, *New Left Review* 228 (März-April 1998).

49 »Milton Friedman Discusses the IMF«, CNN *Moneyline with Lou Dobbs*, 22. Januar 1998.

50 Im Jahr 1995 lag die Selbstmordrate bei 11,8 pro 100 000 Einwohner, 2005 erreichte sie 26,1 pro 100 000 Einwohner, eine Zunahme um 121 Prozent. *World Factbook 1997* (Washington, DC: Central Intelligence Agency, 1997); *World Factbook 2007*, www.cia.gov; »S. Korea Has Top Suicide Rate among OECD Countries: Report«, Nachrichtenagentur Asia Pulse, 18. September 2006; »S. Korean Police Confirm Actress Suicide«, Agence France-Presse, 12. Februar 2007.

51 United Nations Human Settlements Program, *2005 Annual Report* (Nairobi: UNHABITAT, 2006), 5–6, www.unchs.org; Rainer Maria Rilke, *Duineser Elegien*, Siebte Elegie (Stuttgart: Reclam, 1997), 32.

52 »Indonesia Admits to Rapes during Riots«, *Washington Post*, 22. Dezember 1998.

53 »The Weakest Link«; Thomas L. Friedman, *Globalisierung verstehen* (Berlin: Ullstein, 1999), 430.

54 »The Critics of Capitalism«, *Financial Times* (London), 27. November 1999.

55 Fischer, *Commanding Heights*; Blustein, *The Chastening*, 6–7.

KAPITEL 14

SCHOCKTHERAPIE IN DEN USA:
DIE HEIMATSCHUTZBLASE

1 Zitiert in Tom Baldwin, »Revenge of the Battered Generals«, *Times* (London), 18. April 2006.

2 Reuters, »Britain's Ranking on Surveillance Worries Privacy Advocate«, *New York Times*, 3. November 2006.

3 Daniel Gross, »The Homeland Security Bubble«, Slate.com, 1. Juni 2005.

4 Robert Burns, »Defense Chief Shuns Involvement in Weapons and Merger Decisions to Avoid Conflict of Interest«, Associated Press, 23. August 2001.

5 John Burgess, »Tuning in to a Trophy Technology«, *Washington Post*, 24. März 1992; »TIS Worldwide Announces the Appointment of the Honorable Donald Rumsfeld to its Board of Advisors«, *PR Newswire*, 25. April 2000; Geoffrey Lean und Jonathan Owen, »Donald Rumsfeld Makes $ 5 M Killing on Bird Flu Drug«, *Independent* (London), 12. März 2006.

6 George W. Bush, »Bush Delivers Remarks with Rumsfeld, Gates«, *CQ Transcripts Wire*, 8. November 2006.

7 Joseph L. Galloway, »After Losing War Game, Rumsfeld Packed Up His Military and Went to War«, *Knight-Ridder*, 26. April 2006.

8 Jeffrey H.Birnbaum, »Mr. CEO Goes to Washington«, *Fortune*, 19. März 2001.

9 Donald H. Rumsfeld, »Secretary Rumsfeld's Remarks to the Johns Hopkins, Paul H. Nitze School of Advanced International Studies«, 5. Dezember 2005, www.defenselink.mil; Tom Peters, *Der Innovationskreis. Ohne Wandel kein Wachstum – wer abbaut, verliert* (Düsseldorf, München: Econ, 2002), 16.

10 Die Informationen auf den beiden folgenden Seiten stammen aus Donald H. Rumsfeld, »DoD Acquisition and Logistics Excellence Week Kickoff – Bureaucracy to Battlefield«, Ansprache im Pentagon am 10. September 2001, www.defenselink.mil.

11 Carolyn Skorneck, »Senate Committee Approves New Base Closings, Cuts $1.3 Billion from Missile Defense«, Associated Press, 7. September 2001; Rumsfeld, »DoD Acquisition and Logistics Excellence Week Kickoff«.

12 Bill Hemmer und Jamie Mclntyre, »Defense Secretary Declares War on the Pentagon's Bureaucracy«, *CNN Evening News*, 10. September 2001.

13 Donald Rumsfeld, »Tribute to Milton Friedman«, Washington,

DC, 9. Mai 2002, www.defenselink.mil; Milton Friedman und Rose D. Friedman, *Two Lucky People*: *Memoirs* (Chicago: University of Chicago Press, 1998), 345.

14 Friedman und Friedman, *Two Lucky People*, 391.

15 William Gruber, »Rumsfeld Reflects on Politics, Business«, *Chicago Tribune*, 20. Oktober 1993; Stephen J. Hedges, »Winter Comes for a Beltway Lion«, *Chicago Tribune*, 12. November 2006.

16 Greg Schneider, »Rumsfeld Shunning Weapons Decisions«, *Washington Post*, 24. August 2001; Andrew Cockburn, *Rumsfeld*: *His Rise*, *Fall*, *and Catastrophic Legacy* (New York: Scribner, 2007), 89–90; Randeep Ramesh, »The Two Faces of Rumsfeld«, *Guardian* (London), 9. Mai 2003; Richard Behar, »Rummy's North Korea Connection«, *Fortune*, 12. Mai 2003.

17 Joe Palca, »Salk Polio Vaccine Conquered Terrifying Disease«, *National Public Radio*: *Morning Edition*, 12. April 2005; David M. Oshinsky, *Polio*: *An American Story* (Oxford: Oxford University Press, 2005), 210–11. Fußnote: Carly Weeks, »Tamiflu Linked to 10 Deaths«, *Gazette* (Montreal), 20. November 2006; Dorsey Griffith, »Psychiatric Warning Put on Flu Drug«, *Sacramento Bee*, 14. November 2006.

18 Knowledge Ecology International, »KEI Request for Investigation into Anticompetitive Aspects of Gilead Voluntary Licenses for Patents on Tenofivir and Emtricitabine«, 12. February 2007, www.keionline.org.

19 John Stanton, »Big Stakes in Tamiflu Debate«, *Roll Call*, 15. Dezember 2005.

20 Die Informationen in den nächsten beiden Absätzen stammen aus T. Christian Miller, *Blood Money*: *Wasted Billions*, *Lost Lives and Corporate Greed in Iraq* (New York: Little, Brown and Company, 2006), 77–79.

21 Joan Didion, »Cheney: The Fatal Touch«, *The New York Review of Books*, 5. Oktober 2006.

22 Dan Briody: *Halliburton Agenda*: *The Politics of Oil and Money* (New Jersey: John Wiley & Sons, 2004), 198–99; David H. Hackworth, »Balkans Good for Texas-Based Business«, *Sun-Sentinel* (Fort Lauderdale), 16. August 2001.

23 Antonia Juhasz, *Bush Agenda*: *Invading the World*, *One Economy at a Time* (New York: Regan Books, 2006), 120.

24 Jonathan D. Salant, »Cheney: I'll Forfeit Options«, Associated Press, 1. September 2000.

25 »Lynne Cheney Resigns from Lockheed Martin Board«, *Dow Jones News Service*, 5. Januar 2001.

26 Tim Weiner, »Lockheed and the Future of Warfare«, *New York Times*, 28. November 2004. Fußnote: Jeff McDonald, »City Looks at County's Outsourcing as Blueprint«, *San Diego Union-Tribune*, 23. Juli 2006.

27 Sam Howe Verhovek, »Clinton Reining in Role for Business in Welfare Effort«, *New York Times*, 11. Mai 1997; Barbara Vobejda, »Privatization of Social Programs Curbed«, *Washington Post*, 10. Mai 1997.

28 Michelle Breyer und Mike Ward, »Running Prisons for a Profit«, *Austin American-Statesman*, 4. September 1994; Judith Greene, »Bailing Out Private Jails«, *The American Prospect*, 10. September 2001; Madeline Baro, »Tape Shows Inmates Bit by Dogs, Kicked, Stunned«, Associated Press, 19. August 1997.

29 Matt Moffett, »Pension Reform Pied Piper Loves Private Accounts«, *Wall Street Journal*, 3. März 2005.

30 »Governor George W. Bush Delivers Remarks on Government Reform«, *FDCH Political Transcripts*, Philadelphia, 9. Juni 2000.

31 Jon Elliston, »Disaster in the Making«, *Tucson Weekly*, 23. September 2004.

32 Joe M. Allbaugh, »Current FEMA Instructions & Manuals Numerical Index«, Aussage des Direktors der Federal Emergency Manage-

ment Agency Joe M. Allbaugh vor dem Veterans Affairs, Housing and Urban Development and Independent Agencies Subcommittee of the Senate Appropriations Committee, 16. Mai 2001.

33 John F. Harris und Dana Miibank, »For Bush, New Emergencies Ushered in a New Agenda«, *Washington Post*, 22. September 2001; United States General Accounting Office, *Aviation Security*: *Long-Standing Problems Impair Airport Screeners' Performance*, Juni 2000, 25, www.gao.gov.

34 National Commission on Terrorist Attacks upon the United States, *The 9/11 Commission Report*: *Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States*, 2004, 85, www.gpoaccess.gov.

35 Anita Manning, »Company Hopes to Restart Production of Anthrax Vaccine«, *USA Today*, 5. November 2001.

36 J. McLane, »Conference to Honor Milton Friedman on His Ninetieth Birthday«, *Chicago Business*, 25. November 2002, www.chibus.com.

37 Joan Ryan, »Home of the Brave«, *San Francisco Chronicle*, 23. Oktober 2001; George W. Bush, »President Honors Public Servants«, Washington, DC, 15. Oktober 2001.

38 George W. Bush, »President Discusses War on Terrorism«, Atlanta, Georgia, 8. November 2001.

39 Harris und Miibank, »For Bush, New Emergencies Ushered in a New Agenda«.

40 Andrew Bacevich, »Why Read Clausewitz When Shock and Awe Can Make a Clean Sweep of Things?«, *London Review of Books*, 8. Juni 2006. Fußnote:
Scott Shane und Ron Nixon, »In Washington, Contractors Take on Biggest Role Ever«, *New York Times*, 4. Februar 2007.

41 Evan Ratliff, »Fear, Inc.«, *Wired*, Dezember 2005.

42 Shane und Nixon, »In Washington, Contractors Take on Biggest Role Ever«.

43 Matt Richtel, »Tech Investors Cull Start-Ups for Pentagon«, *Washington Post*, 7. Mai 2001; Defense Venture Catalyst Initiative, »An Overview of the Defense Venture Catalyst Intiative«, devenci.dtic.mil.43; Ratliff, »Fear, Inc.«.

44 Ratliff, »Fear, Inc.«.

45 Jason Vest, »Inheriting a Shambles at Defense«, *Texas Observer* (Austin), 1. Dezember 2006; Ratliff, »Fear, Inc.«; Paladin Capital Group, »Lt. General (Ret) USAF Kenneth A. Minihan«, Paladin Team, 2. Dezember 2003, www.paladincapgroup.com.

46 Office of Homeland Security, *National Strategy for Homeland Security*, Juli 2002, 1, www.whitehouse.gov; Ron Suskind, *The One Percent Doctrine*: *Deep Inside America's Pursuit of Its Enemies Since 9/11* (New York: Simon and Schuster, 2006); »Terror Fight Spawns Startups«, *Red Herring*, 5. Dezember 2005.

47 United States House of Representatives, Committee on Government Reform – Minority Staff, Special Investigations Division, *Dollars*, *Not Sense*: *Government Contracting Under the Bush Administration*, Prepared for Rep. Henry A. Waxman, Juni 2006, 5, www.democrats.reform.house.gov; Tim Shorrock, »The Corporate Takeover of U.S. Intelligence«, *Salon*, 1. Juni 2007, www.salon.com; Rachel Monahan und Elena Herrero Beaumont, »Big Time Security«, *Forbes*, 3. August 2006; Central Intelligence Agency, *World Fact Book 2007*, www.cia.gov; »US Government Spending in States Up 6 Pet in FY'03«, Reuters, 7. Oktober 2004; Frank Rich, »The Road from K Street to Yusufiya«, *New York Times*, 25. Juni 2006.

48 Monahan und Herrero Beaumont, »Big Time Security«; Ratliff, »Fear, Inc.«.

49 Die Zahl stammt von Roger Cressey, bei Bush einst zuständig für Terrorismusbekämpfung, heute Präsident von Good Harbor Consulting. Rob Evans und Alexi Mostrous, »Britain's Surveillance Future«, *Guardian* (London), 2. November 2006; Mark

Johnson, »Video, Sound Advances Aimed at War on Terror«, Associated Press, 2. August 2006; Ellen McCarthy, »8 Firms Vie for Pieces of Air Force Contract«, *Washington Post*, 14. September 2004.

50 Brian Bergstein, »Attacks Spawned a Tech-Security Market That Remains Young Yet Rich«, Associated Press, 4. September 2006.

51 Mure Dickie, »Yahoo Backed on Helping China Trace Writer«, *Financial Times* (London), 10. November 2005; Leslie Cauley, »NSA Has Massive Database of Americans' Phone Calls«, *USA Today*, 11. Mai 2006; »Boeing Team Awarded SBInet Contract by Department of Homeland Security«, Pressemitteilung, 21. September 2006, www.boeing.com.

52 Robert O'Harrow jr. *No Place to Hide* (New York: Free Press, 2005).

53 »Terror Fight Spawns Start-ups«.

54 Justin Rood, »FBI Terror Watch List ›Out of Control‹«, *The Blotter Blog on ABC News*, 13. Juni 2007, www.abcnews.com; Ed Pilkington, »Millions Assigned Terror Risk Score on Trips to the US«, *Guardian* (London), 2. Dezember 2006.

55 Rick Anderson, »Flog Is My Co-Pilot«, *Seattle Weekly*, 29. November 2006; Jane Mayer, »The C. I. A.'s Travel Agent«, *The New Yorker*, 30. Oktober 2006; Brian Knowlton, »Report Rejects European Denial of CIA Prisons«, *New York Times*, 29. November 2006; Mayer, »The C. I. A.'s Travel Agent«; Stephen Grey, *Das Schattenreich der CIA. Amerikas schmutziger Krieg gegen den Terror* (München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2006), 110; Pat Milton, »ACLU Files Suit Against Boeing Subsidiary, Saying it Enabled Secret Overseas Torture«, Associated Press, 31. Mai 2007.

56 Andrew Buncombe, »New Maximum-Security Jail to Open at Guantanamo Bay«, *Independent* (London), 30. Juli 2006; Pratap Chatterjee, »Intelligence in Iraq: L-3 Supplies Spy Support«, CorpWatch, 9. August 2006, www.corp-watch.com.

57 Michelle Faul, »Guantanamo Prisoners for Sale«, Associated Press, 31. Mai 2005; John Simpson, »No Surprises in the War on Terror«, *BBC News*, 13. Februar 2006; John Mintz, »Detainees Say They Were Charity Workers«, *Washington Post*, 26. Mai 2002.

58 Der Gefangene war Adel Fattough Ali Algazzar. Dave Gilson, »Why Am I in Cuba?« *Mother Jones*, September/Oktober 2006; Simpson, »No Surprises in the War on Terror«; Andrew O. Selsky, »AP: Some Gitmo Detainees Freed Elsewhere«, *USA Today*, 15. Dezember 2006.

59 Gary Stoller, »Homeland Security Generates Multibillion Dollar Business«, *USA Today*, 10. September 2006.

60 Sarah Anderson, John Cavanagh, Chuck Collins und Eric Benjamin, »Executive Excess 2006: Defense and Oil Executives Cash in on Conflict«, 30. August 2006, 1, www.faireconomy.org.

61 Ratliff, »Fear, Inc.«.

62 O'Harrow, *No Place to Hide*, 9.

EIN KORPORATISTISCHER STAAT:
DIE DREHTÜR WIRD DURCH EIN GROSSES TOR ERSETZT

1 Jim Krane, »Former President Bush Battles Arab Critics of His Son«, Associated Press, 21. November 2006.

2 Scott Shane und Ron Nixon, »In Washington, Contractors Take on Biggest Role Ever«, *New York Times*, 4. Februar 2007.

3 Jane Mayer, »Contract Sport«, *The New Yorker*, 16. Februar 2004.

4 »HR 5122: John Warner National Defense Authorization Act For Fiscal Year 2007 (Enrolled as Agreed to or Passed by Both House and Senate)«, Library of Congress, www.thomas.loc.gov.

5 »Remarks of Sen. Patrick Leahy on National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2007, Conference Report, Congressional Record«, States News Service, 29. September 2006.
6 Gilead Sciences, »Stock Information: Historical Price Lookup«, www.gilead.com.
7 Interview mit Stephen Kinzer, *Democracy Now*!, 21. April 2006, www.democracynow.org.
8 Das Zitat im Zitat stammt von dem Historiker James A. Bill. Stephen Kinzer, *Overthrow*: *America's Century of Regime Change from Hawaii to Iraq* (New York: Times Books, 2006), 122.
9 Robert Burns, »Defense Chief Shuns Involvement in Weapons and Merger Decisions to Avoid Conflict of Interest«, Associated Press, 23. August 2001; Matt Kelley, »Defense Secretary Sold Up to $ 91 Million in Assets to Comply with Ethics Rules, Complains about Disclosure Form«, Associated Press, 18. Juni 2002; Pauline Jelinek, »Rumsfeld Asks for Deadline Extension«, Associated Press, 17. Juli 2001.
10 John Stanton, »Big Stakes in Tamiflu Debate«, *Roll Call*, 15. Dezember 2005.
11 Aus Rumsfelds Offenlegung seiner Vermögensverhältnisse für 2005 geht hervor, dass er »Anteile in einem Wert bis zu 95,9 Millionen Dollar besitzt, aus denen er ein Einkommen von bis zu 13 Millionen Dollar bezieht. Außerdem besitzt er Grund und Boden in einem Wert von bis zu 17 Millionen Dollar, aus dem er Pachterträge von bis zu 1 Million Dollar erhält.« Geoffrey Lean und Jonathan Owen, »Donald Rumsfeld Makes $ 5 M Killing on Bird Flu Drug«, *Independent* (London), 12. März 2006; Kelley, »Defense Secretary Sold up to $ 91 Million in Assets …«.
12 Burns, »Defense Chief Shuns Involvement …«.
13 Stanton, »Big Stakes in Tamiflu Debate«.
14 Nelson D. Schwartz, »Rumsfeld's Growing Stake in Tamiflu«, *Fortune*, 31. Oktober 2005.

15 Gilead Sciences, »Historical Price Lookup«, www.gilead.com.

16 Cassell Bryan-Low, »Cheney Cashed in Halliburton Options Worth $ 35 Million«, *Wall Street Journal*, 20. September 2000.

17 Ken Herman, »Cheneys Earn $ 8.8 Million to Bushes' $ 735,000«, *Austin American-Statesman*, 15. April 2006; Halliburton, Investor Relations, »Historical Price Lookup«. www.halliburton.com.

18 Sarah Karush, »Once Privileged in Iraq, Russian Oil Companies Hope to Compete on Equal Footing After Saddam«, Associated Press, 14. März 2003; Saeed Shah, »Oil Giants Scramble for Iraqi Riches«, *Independent* (London), 14. März 2003.

19 »Waiting for the Green Light«, *Petroleum Economist*, 1. Oktober 2006.

20 Lean und Owen, »Donald Rumsfeld Makes $ 5M Killing on Bird Flu Drug«.

21 Jonathan Weisman, »Embattled Rep. Ney Won't Seek Reelection«, *Washington Post*, 8. August 2006; Sonya Geis und Charles R. Babcock, »Former GOP Lawmaker Gets 8 Years«, *Washington Post*, 4. März 2006; Judy Bachrach, »Washington Babylon«, *Vanity Fair*, 1. August 2006.

22 Eric Lipton, »Former Antiterror Officials Find Industry Pays Better«, *New York Times*, 18. Juni 2006.

23 Ellen Nakashima, »Ashcroft Finds Private-Sector Niche«, *Washington Post*, 12. August 2006; Lipton, »Former Antiterror Officials Find Industry Pays Better«; Good Harbor Consulting, LLC, www.goodharbor.net; Paladin Capital Group, »R. James Woolsey – VP«, Paladin Team, www.paladincapgroup.com; Booz Allen Hamilton, »R James Woolsey«, www.boozallen.com; Douglas Jehl, »Insiders' New Firm Consults on Iraq«, *New York Times*, 30. September 2003; »Former FEMA Head to Start Consulting Business on Emergency Planning«, Associated Press, 24. November 2005.

24 »Former FEMA Head Discussed Wardrobe during Katrina Crisis«, Associated Press, 3. November 2005.

25 Seymour M. Hersh, »The Spoils of the Gulf War«, *New Yorker*, 6. September 1993.

26 Michael Isikoff und Mark Hosenball, »A Legal Counterattack«, *Newsweek*, 16. April 2003; John Council, »Baker Botts' ›Love Shack‹ for Clients«, *Texas Lawyer*, 6. März 2006; Erin E. Arvedlund, »Russian Oil Politics in a Texas Court«, *New York Times*, 15. Februar 2005; Robert Bryce, »It's a Baker Botts World«, *The Nation*, 11. Oktober 2004.

27 Peter Smith und James Politi, »Record Pay-Outs from Carlyle and KKR«, *Financial Times* (London), 20. Oktober 2004.

28 »Cutting James Baker's Ties«, *New York Times*, 12. Dezember 2003.

29 Die Informationen in den nächsten beiden Absätzen stammen aus Naomi Klein, »James Baker's Double Life: A Special Investigation«, *The Nation*, online veröffentlicht am 12. Oktober 2004, www.thenation.com.

30 David Leigh, »Carlyle Pulls Out of Iraq Debt Recovery Consortium«, *Guardian* (London), 15. Oktober 2004; United Nations Compensation Commission, »Payment of Compensation«, Pressemitteilungen, 2005–2006, www.unog.ch; Klein, »James Baker's Double Life«; World Bank, »Data Sheet for Iraq«, 23. Oktober 2006, www.worldbank.org.

31 Eric Schmitt, »New Group Will Lobby for Change in Iraqi Rule«, *New York Times*, 15. November 2002; George P. Shultz, »Act Now«, *Washington Post*, 6. September 2002; Harry Esteve, »Ex-Secretary Stumps for Gubernatorial Hopeful«, *Oregonian* (Portland), 12. Februar 2002; David R. Baker, »Bechtel Pulling Out after 3 Rough Years of Rebuilding Work«, *San Francisco Chronicle*, 1. November 2006.

32 Tim Weiner, »Lockheed and the Future of Warfare«, *New York*

Times, 28. November 2004; Schmitt, »New Group Will Lobby for Change in Iraqi Rule«; John Laughland, »The Prague Racket«, *Guardian* (London), 22. November 2002; John B. Judis, »Minister without Portfolio«, *The American Prospect*, Mai 2003; Lockheed Martin, Investor Relations, »Stock Price Details«, www.lockheedmartin.com.

33 Bob Woodward, *Die Macht der Verdrängung. George W. Bush, das Weiße Haus und der Irak* (München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2007), 537–538.

34 James Dao, »Making a Return to the Political Stage«, *New York Times*, 28. November 2002; Leslie H. Gelb, »Kissinger Means Business«, *New York Times*, 20. April 1986; Jeff Gerth, »Ethics Disclosure Filed with Panel«, *New York Times*, 9. März 1989.

35 James Harding, »Kissinger Second Take«, *Financial Times* (London), 14. Dezember 2002.

36 Seymour M. Hersh, »Lunch with the Chairman«, *The New Yorker*, 17. März 2003.

37 Ibid.; Thomas Donnelly und Richard Perle, »Gas Stations in the Sky«, *Wall Street Journal*, 14. August 2003. Fußnote: R. Jeffrey Smith, »Tanker Inquiry Finds Rumsfeld's Attention Was Elsewhere«, *Washington Post*, 20. Juni 2006; Tony Capaccio, »Boeing Proposes Bonds for 767 Lease Deal«, *Seattle Times*, 4. März 2003.

38 Hersh, »Lunch with the Chairman«; Tom Hamburger und Dennis Berman, »U.S. Adviser Perle Resigns as Head of Defense Board«, *Wall Street Journal*, 28. März 2003.

39 Interview mit Richard Perle, *CNN*: *Late Edition with Wolf Blitzer*, 9. März 2003.

40 Judis, »Minister without Portfolio«; David S. Hilzenrath, »Richard N. Perle's Many Business Ventures Followed His Years as a Defense Official«, *Washington Post*, 24. Mai 2004; Hersh, »Lunch with the Chairman«; T. Christian Miller, *Blood Money*:

Wasted Billions, Lost Lives and Corporate Greed in Iraq (New York: Little, Brown and Company, 2006), 73.

DIE AUSLÖSCHUNG DES IRAK:
AUF DER SUCHE NACH EINEM »MODELL« FÜR DEN NAHEN OSTEN

1 Andrew M. Wyllie, »Convulsion Therapy of the Psychoses«, *Journal of Mental Science* 86 (März 1940, 248.
2 Richard Cohen, »The Lingo of Vietnam«, *Washington Post*, 21. November 2006.
3 »Deputy Secretary Wolfowitz Interview with Sam Tannenhaus, *Vanity Fair*«, *News Transcript*, 9. Mai 2003, www.defenselink.mil.
4 Fußnote: 2007 Index of Economic Freedom (Washington, DC: Heritage Foundation and *The Wall Street Journal*, 2007), 326, www.heritage.org.
5 Thomas L. Friedman, »The Long Bomb«, *New York Times*, 2. März 2003; Joshua Muravchik, »Democracy's Quiet Victory«, *New York Times*, 19. August 2002; Robert Dreyfuss, »Just the Beginning«, *American Prospect*, 1. April 2003. Fußnote: John Norris, *Collision Course*: *NATO*, *Russia*, *and Kosovo* (Westport, CT: Praeger, 2005), xxii–xxiii.
6 George W. Bush, »President Discusses Education, Entrepreneurship & Home Ownership at Indiana Black Expo«, Indianapolis, Indiana, 14. Juli 2005.
7 Edwin Chen und Maura Reynolds, »Bush Seeks U.S.-Mideast Trade Zone to Bring Peace, Prosperity to Region«, *Los Angeles Times*, 10. Mai 2003.
8 Harlan Ullman, »›Shock and Awe‹ Misunderstood«, *USA Today*, 8. April 2003.

9 Peter Johnson, »Media's War Footing Looks Solid«, *USA Today*, 17. Februar 2003.
10 Thomas L. Friedman, »What Were They Thinking?«, *New York Times*, 7. Oktober 2005.
11 United States Department of State, »Memoranda of Conversation«, 10. Juni 1976, freigegeben, www.gwu.edu/~nsarchiv.
12 George W. Bush, Rede zur Amtseinführung, 20. Januar 2005.
13 Norman Friedman, *Desert Victory*: *The War for Kuwait* (Annapolis, MD: Naval Institute Press, 1991), 185; Michael R. Gordon und Bernard E. Trainor, *Cobra II*: *The Inside Story of the Invasion and Occupation of Iraq* (New York: Pantheon Books, 2006), 551.
14 Anthony Shadid, *Night Draws Near*: *Iraq's People in the Shadow of America's War* (New York: Henry Holt, 2005), Fahnenabzug, 95. Zitiert mit Erlaubnis des Autors.
15 Harlan K. Ullman und James P. Wade, *Shock and Awe*: *Achieving Rapid Dominance* (Washington, DC: NDU Press Book, 1996), 55; Ron Suskind, *The One Percent Doctrine*: *Deep Inside America's Pursuit of Its Enemies Since 9/11* (New York: Simon & Schuster, 2006), 123, 214.
16 Ullman und Wade, *Shock and Awe*, xxv, 17, 23, 29.
17 Maher Arar, »›I Am Not a Terrorist – I Am Not a Member of Al-Qaida‹«, *Vancouver Sun*, 5. November 2003.
18 »Iraq Faces Massive U.S. Missile Barrage«, *CBS News*, 24. Januar 2003.
19 »U.S. Tests Massive Bomb«, *CNN*: *Wolf Blitzer Reports*, 11. März 2003.
20 Ibid.
21 Rajiv Chandrasekaran und Peter Baker, »Allies Struggle for Supply Lines«, *Washington Post*, 30. März 2003; Jon Lee Anderson, *The Fall of Baghdad* (New York: Penguin Press, 2004), 199; Gordon und Trainor, *Cobra II*, 465. Fußnote: Charles Duel-

fer, *Comprehensive Report of the Special Advisor to the DCI on Iraq's WMD*, Bd. 1, 30. September 2004, 11, www.cia.gov.

22 Shadid, *Night Draws Near*, 71.

23 Suzanne Goldenberg, »War in the Gulf: In an Instant We Were Plunged into Endless Night«, *Guardian* (London), 4. April 2003.

24 »Restoring a Treasured Past«, *Los Angeles Times*, 17. April 2003.

25 Charles J. Hanley, »Looters Ransack Iraq's National Library«, Associated Press, 15. April 2003.

26 Michael D. Lemonick, »Lost to the Ages«, *Time*, 28. April 2003; Louise Witt, »The End of Civilization«, *Salon*, 17. April 2003, www.salon.com.

27 Thomas E. Ricks und Anthony Shadid, »A Tale of Two Baghdads«, *Washington Post*, 2. Juni 2003.

28 Frank Rich, »And Now: ›Operation Iraqi Looting‹«, *New York Times*, 27. April 2003.

29 Donald H. Rumsfeld, »DoD News Briefing – Secretary Rumsfeld and Gen. Myers«, 11. April 2003, www.defenselink.mil; Simon Robinson, »Grounding Planes the Wrong Way«, *Time*, 14. Juli 2003.

30 Rajiv Chandrasekaran, *Imperial Life in the Emerald City*: *Inside Iraq's Green Zone* (New York: Alfred A. Knopf, 2006), 119–20.

31 Ibid. 165–66.

32 World Bank, *World Development Report 1990* (Oxford: World Bank, 1990), 178–79; New Mexico Coalition for Literacy, New Mexico Literacy Profile, 2005–2006 Programs, www.nmcl.org. Fußnote: Chandrasekaran, *Imperial Life in the Emerald City*, 5.

33 Shafiq Rasul, Asif Iqbal und Rhuhel Ahmed, *Composite Statement*: *Detention in Afghanistan and Guantanamo Bay* (New York: Center for Constitutional Rights, 26. Juli 2004), 96, 99, www.ccr-ny.org.

34 Ibid. 9, 10, 21, 26, 72.

35 John F. Burns, »Looking Beyond His Critics, Bremer Sees Reason for Both Hope and Caution«, *New York Times*, 29. Juni 2004; Steve Kirby, »Bremer Says Iraq Open for Business«, Agence France-Presse, 25. Mai 2003.

36 Thomas B. Edsall und Juliet Eilperin, »Lobbyists Set Sights on Money-Making Opportunities in Iraq«, *Washington Post*, 2. Oktober 2003.

IDEOLOGISCHER BUMERANG:
EINE SEHR KAPITALISTISCHE KATASTROPHE

1 Nach Angaben von Jeffrey Goldberg gab Rice diesen Kommentar während eines Essens in einem Restaurant im Washingtoner Stadtteil Georgetown ab. Er schreibt: »Die Bemerkung verblüffte die übrigen Gäste. [Brent] Scowcroft sagte später zu Freunden, er sei erstaunt über Rices ›evangelikalen Ton‹ gewesen.« Jeffrey Goldberg, »Breaking Ranks«, *The New Yorker*, 31. Oktober 2005.

2 Fareed Zakaria, »What Bush Got Right«, *Newsweek*, 14. März 2005.

3 Phillip Kurata, »Eastern Europeans Urge Iraq to Adopt Rapid Market Reforms«, Washington File, Bureau of International Information Programs, U.S. Department of State, 26. September 2003, usinfo.state.gov; »Iraq Poll Finds Poverty Main Worry, Sadr Popular«, Reuters, 20. Mai 2004.

4 Joseph Stiglitz, »Shock without the Therapy«, *Business Day* (Johannesburg), 20. Februar 2004; Jim Krane, »U.S. Aims to Keep Iraq Military Control«, Associated Press, 13. März 2004.

5 Interview mit Richard Perle, *CNN*: *Anderson Cooper 360 Degrees*, 6. November 2006; Interview mit David Frum, *CNN*: *Late Edition with Wolf Blitzer*, 19. November 2006.

6 L. Paul Bremer III, *My Year in Iraq*: *The Struggle to Build a Future of Hope* (New York: Simon and Schuster, 2006), 21.

7 Interview mit Paul Bremer, *PBS*: *The Charlie Rose Show*, 11. Januar 2006.

8 Noelle Knox, »Companies Rush to Account for Staff«, *USA Today*, 13. September 2001; Harlan S. Byrne, »Disaster Relief: Insurance Brokers AON, Marsh Look to Recover, Even Benefit Post-September 11«, *Barron's*, 19. November 2001.

9 General Garners Plan für den Irak war einfach genug: die Infrastruktur reparieren, rasch gefälschte Wahlen abhalten, die Schocktherapie dem IWF überlassen und sich auf die Sicherung US-amerikanischer Militärstützpunkte nach dem Vorbild der Philippinen konzentrieren. »Ich denke, wir sollten jetzt den Irak als unseren Kohlenbunker im Nahen Osten betrachten«, sagte er gegenüber der BBC. Interview mit General Jay Garner, geführt von Greg Palast, »Iraq for Sale«, BBC TV, 19. März 2004, www.gregpalast.com; Thomas Crampton, »Iraq Official Warns on Fast Economic Shift«, *International Herald Tribune* (Paris), 14. Oktober 2003; Rajiv Chandrasekaran, »Attacks Force Retreat from Wide-Ranging Plans for Iraq«, *Washington Post*, 28. Dezember 2003.

10 »Let's All Go to the Yard Sale«, *The Economist*, 27. September 2003.

11 Coalition Provisional Authority, *Order Number 37 Tax Strategy for 2003*, 19. September 2003, www.iraqcoalition.org; Coalition Provisional Authority, *Order Number 39 Foreign Investment*, 20. Dezember 2003, www.iraqcoalition.org; Dana Milbank und Walter Pincus, »U.S. Administrator Imposes Flat Tax System on Iraq«, *Washington Post*, 2. November 2003; Rajiv Chandra-

sekaran, »U.S. Funds for Iraq Are Largely Unspent«, *Washington Post*, 4. Juli 2004. Fußnote: Mark Gregory, »Baghdad's ›Missing Billions‹«, *BBC News*, 9. November 2006; David Pallister, »How the US Sent $ 12 Bn in Cash to Iraq. And Watched it Vanish«, *Guardian* (London), 8. Februar 2007.

12 Central Bank of Iraq und Coalition Provisional Authority, »Saddam-Free Dinar Becomes Iraq's Official Currency«, 15. Januar 2004, www.cpa-iraq.org; »Half of Iraqis Lack Drinking Water – Minister«, Agence France-Presse, 4. November 2003; Charles Clover und Peter Spiegel, »Petrol Queues Block Baghdad as Black Market Drains Off«, *Financial Times* (London), 9. Dezember 2003.

13 Donald H. Rumsfeld, »Prepared Statement for the Senate Appropriations Committee«, Washington, DC, 24. September 2003, www.defenselink.mil; Borzou Daragahi, »Iraq's Ailing Banking Industry Is Slowly Reviving«, *New York Times*, 30. Dezember 2004; Laura MacInnis, »Citigroup, U.S. to Propose Backing Iraqi Imports«, Reuters, 17. Februar 2004; Justin Blum, »Big Oil Companies Train Iraqi Workers Free«, *Washington Post*, 6. November 2004.

14 Congressional Budget Office, *Paying for Iraq's Reconstruction: An Update*, December 2006, 15, www.cbo.gov; Chandrasekaran, »U.S. Funds for Iraq Are Largely Unspent«.

15 George W. Bush, »President Bush Addresses United Nations General Assembly«, Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York City, 23. September 2003; George W. Bush, »President Addresses the Nation«, 7. September 2003.

16 James Glanz, »Violence in Iraq Curbs Work of 2 Big Contractors«, *New York Times*, 22. April 2004.

17 Rajiv Chandrasekaran, »Best-Connected Were Sent to Rebuild Iraq«, *Washington Post*, 17. September 2006; Holly Yeager, »Halliburton's Iraq Army Contract to End«, *Financial Times* (London), 13. Juli 2006.

18 Office of Inspector General, USAID, *Audit of US AID /Iraq's Economic Reform Program*, Audit Report Number E-266-04-004-P, 20. September 2004, 5–6, www.usaid.gov; USAID, »Award/Contract«, RAN-C-00-03-00043-00, www.usaid.gov; Mark Brunswick, »Opening of Schools to Test Iraqis' Confidence«, *Star Tribune* (Minneapolis), 17. September 2006. Fußnote: James Rupert, »Schools a Bright Spot in Iraq«, *Seattle Times*, 30. Juni 2004.

19 Ron Wyden, »Dorgan, Wyden, Waxman, Dingell Call to End Outsourcing of Oversight for Iraq Reconstruction«, Pressemitteilung, 5. Mai 2004, www.wyden.senate.gov; »Carolinas Companies Find Profits in Iraq«, Associated Press, 2. Mai 2004; James Mayfield, »Understanding Islam and Terrorism – 9/11«, 6. August 2002, www.texashoustonmission.org, Zugriff am 7. Januar 2005; Sis Mayfield, »Letters from President Mayfield«, 27. Februar 2004, www.texashoustonmission.org, Zugriff am 7. Januar 2005.

20 Rajiv Chandrasekaran, »Defense Skirts State in Reviving Iraqi Industry«, *Washington Post*, 14. Mai 2007.

21 Diese Darstellung der Äußerungen Gaidars stammt von Mark Masarskii, einem Berater der Moskauer Regierung in Fragen des Unternehmertums. Jim Krane, »Iraq's Fast Track to Capitalism Scares Baghdad's Businessmen«, Associated Press, 3. Dezember 2003; Lynn D. Nelson und Irina Y. Kuzes, »Privatization and the New Business Class«, in *Russia in Transition*: *Politics*, *Privatization*, *and Inequality*, hg. von David Lane, (London: Longman, 1995), 129. Fußnote: Kevin Begos, »Good Intentions Meet Harsh Reality«, *Winston-Salem Journal*, 19. Dezember 2004.

22 Dahr Jamail und Ali al-Fadhily, »U.S. Resorting to Collective Punishment‹«, Inter Press Service, 18. September 2006.

23 Gilbert Burnham et al. »Mortality after the 2003 Invasion of Iraq: A Cross-Sectional Cluster Sample Survey«, *Lancet* 368 (12. Oktober 2006), 1421–28.

24 Ralph Peters, »Last Gasps in Iraq«, *USA Today*, 2. November 2006.

25 Oxford Research International, *National Survey of Iraq*, Februar 2004, 20, www.news.bbc.co.uk; Donald Maclntyre, »Sistani Most Popular Iraqi Leader, US Pollsters Find«, *Independent* (London), 31. August 2004.

26 Bremer, *My Year in Iraq*, 71.

27 »The Lost Year in Iraq«, *PBS Frontline*, 17. Oktober 2006.

28 Patrick Graham, »Beyond Fallujah: A Year with the Iraqi Resistance«, *Harper's*, 1. Juni 2004.

29 Rajiv Chandrasekaran, *Imperial Life in the Emerald City*: *Inside Iraq's Green Zone* (New York: Alfred A. Knopf, 2006), 118.

30 Alan Wolfe, »Why Conservatives Can't Govern«, *Washington Monthly*, Juli/August 2006.

31 Ariana Eunjung Cha, »In Iraq, the Job Opportunity of a Lifetime«, *Washington Post*, 23. Mai 2004.

32 Chandrasekaran, *Imperial Life in the Emerald City*, 214–18; T. Christian Miller, »U.S. Priorities Set Back Its Healthcare Goals in Iraq«, *Los Angeles Times*, 30. Oktober 2005.

33 Jim Krane, »Iraqi Businessmen Now Face Competition«, Associated Press, 3. Dezember 2003.

34 Chandrasekaran, *Imperial Life in the Emerald City*, 288.

35 »National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2007«, *Congressional Record – Senate*, 14. Juni 2006, S5855.

36 Griff Witte, »Despite Billions Spent, Rebuilding Incomplete«, *Washington Post*, 12. November 2006; Dan Murphy, »Quick School Fixes Won Few Iraqi Hearts«, *Christian Science Monitor*, 28. Juni 2004.

37 Griff Witte, »Contractors Rarely Held Responsible for Misdeeds in Iraq«, *Washington Post*, 4. November 2006; T. Christian Miller, »Contractor's Plans Lie Among Ruins of Iraq«, *Los Angeles Times*, 29. April 2006; James Glanz, »Inspectors Find Re-

built Projects Crumbling in Iraq«, *New York Times*, 29. April 2007; James Glanz, »Billions in Oil Missing in Iraq, U.S. Study Says«, *New York Times*, 12. Mai 2007.

38 E-Mail-Interview mit Kristine Belisle, stellvertretende Generalinspekteurin für den Kongress und Öffentliche Angelegenheiten, Sonder-Generalinspekteurin für den Wiederaufbau im Irak, 15. Dezember 2006.

39 Michael Hirsh, »Follow the Money«, *Newsweek*, 4. April 2005.

40 Griff Witte, »Invoices Detail Fairfax Firm's Billing for Iraq Work«, *Washington Post*, 11. Mai 2005; Charles R. Babcock, »Contractor Bilked U.S. on Iraq Work, Federal Jury Rules«, *Washington Post*, 10. März 2006; Erik Eckholm, »Lawsuit Accuses a Contractor of Defrauding U.S. Over Work in Iraq«, *New York Times*, 9. Oktober 2004.

41 Renae Merle, »Verdict against Iraq Contractor Overturned«, *Washington Post*, 19. August 2006; Erik Eckholm, »On Technical Grounds, Judge Sets Aside Verdict of Billing Fraud in Iraq Rebuilding«, *New York Times*, 19. August 2006.

42 Dahr Jamail und Ali al-Fadhily, »Bechtel Departure Removes More Illusions«, Inter Press Service, 9. November 2006; Witte, »Despite Billions Spent, Rebuilding Incomplete«.

43 Anthony Shadid, *Night Draws Near*: *Iraq's People in the Shadow of America's War* (New York: Henry Holt, 2005), 173, 175.

KAPITEL 18

ÜBER DAS ZIEL HINAUS:
VON DER TABULA RASA ZUR VERBRANNTEN ERDE

1 Bertolt Brecht, *Buckower Elegien*, in *Gesammelte Werke* Bd. 10. Gedichte 3 (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1967), 1010.

2 Sylvia Pfeifer, »Where Majors Fear to Tread«, *Sunday Telegraph* (London), 7. Januar 2007.
3 L. Paul Bremer III, »New Risks in International Business«, *Viewpoint*, 2. November 2001, www.mmc.com, Zugriff am 26. Mai 2003.
4 Maxine McKew, »Confessions of an American Hawk«, *The Diplomat*, Oktober/November 2005.
5 L. Paul Bremer III, *My Year in Iraq*: *The Struggle to Build a Future of Hope* (New York: Simon and Schuster, 2006), 93.
6 Interview mit Paul Bremer, geführt am 26. Juni 2006 und am 18. August 2006 für »The Lost Year in Iraq«, *PBS Frontline*, 17. Oktober 2006.
7 William Booth und Rajiv Chandrasekaran, »Occupation Forces Halting Elections Throughout Iraq«, *Washington Post*, 28. Juni 2003; Michael R. Gordon und Bernard E. Trainor, *Cobra II: The Inside Story of the Invasion and the Occupation of Iraq* (New York: Pantheon Books, 2006), 490; William Booth, »In Najaf, New Mayor Is Outsider Viewed with Suspicion«, *Washington Post*, 14. Mai 2003.
8 Ariana Eunjung Cha, »Hope and Confusion Mark Iraq's Democracy Lessons«, *Washington Post*, 24. November 2003; Booth und Chandrasekaran, »Occupation Forces Halting Elections Throughout Iraq«.
9 Christopher Foote, William Block, Keith Crane und Simon Gray, *Economic Policy and Prospects in Iraq*, Public Policy Discussion Papers, Nr. 04–1 (Boston: Federal Reserve Bank of Boston, 4. Mai 2004), 37, www.bosfed.org.
10 Salim Lone, »Iraq: This Election Is a Sham«, *International Herald Tribune* (Paris), 28. Januar 2005.
11 »Al-Sistani's Representatives Threaten Demonstrations, Clashes in Iraq«, *BBC Monitoring International Reports*, Bericht des libanesischen Hisbollah-Fernsehsenders al-Manar, 16. Januar

2004; Nadia Abou El-Magd, »U.S. Commander Urges Saddam Holdouts to Surrender«, Associated Press, 16. Januar 2004.

12 Michael Moss, »Iraq's Legal System Staggers Beneath the Weight of War«, *New York Times*, 17. Dezember 2006; Chris Kraul, »War Funding Feud Has Iraqis Uneasy«, *Los Angeles Times*, 28. April 2007.

13 Gordon und Trainor, *Cobra II*, 4, 555; Julian Borger, »Knives Come Out for Rumsfeld as the Generals Fight Back«, *Guardian* (London), 31. März 2003.

14 Jeremy Scahill, *Blackwater*: *The Rise of the World's Most Powerful Mercenary Army* (New York: Nation Books, 2007), 199.

15 Peter Maass, »The Way of the Commandos«, *New York Times*, 1. Mai 2005; »Jim Steele Bio«, Premiere Speakers Bureau, www.premierespeakers.com; Michael Hirsh und John Barry, »›The Salvador Option‹«, *Newsweek*, 8. Januar 2005.

16 »Email from Cpt. William Ponce«, *PBS Frontline*: *The Torture Question*, August 2003, www.pbs.org; Josh White, »Soldiers' ›Wish Lists‹ of Detainee Tactics Cited«, *Washington Post*, 19 April 2005.

17 Brigadegeneralin Janis Karpinski, Kommandeurin des Gefängnisses Abu Ghureib, behauptet, Miller habe dies zu ihr gesagt. Scott Wilson und Sewell Chan, »As Insurgency Grew, So Did Prison Abuse«, *Washington Post*, 10. Mai 2004.

18 Einen Monat später verschickte Sanchez ein weiteres Memo, in dem er sein erstes Memo erläuterte und ein wenig abschwächte, wodurch er vor Ort jedoch nur noch größere Verwirrung über die einzusetzenden Methoden stiftete. Ricardo S. Sanchez, *Memorandum*, *Subject*: *CJTF–7 Interrogation and Counter-Resistance Policy*, 14. September 2003, www.aclu.org.

19 Die Informationen in den folgenden drei Absätzen stammen aus Human Rights Watch, *No Blood*, *No Foul*: *Soldiers' Accounts of Detainee Abuse in Iraq*, Juli 2006, 6–14, www.hrw.org.

20 Ibid. 26, 28.

21 Richard P. Formica, »Article 15–6 Investigation of CJSOTF-AP and 5th SF Group Detention Operations«, abgeschlossen am 8. November 2004, freigegeben, www.aclu.org.

22 USMC Alleged Detainee Abuse Cases Since 11 Sep Ol, keine Geheimhaltung, 8. Juli 2004, www.aclu.org.

23 »Web Magazine Raises Doubts Over a Symbol of Abu Ghraib«, *New York Times*, 14. März 2006; Interview mit Haj Ali, »Few Bad Men?«, *PBS Now*, 29. April 2005.

24 »Haj Ali's Story«, *PBS-Now*-Website, www.pbs.org; Chris Kraul, »War Funding Feud Has Iraqis Uneasy«, *Los Angeles Times*, 28. April 2007.

25 Human Rights Watch, *Leadership Failure*: *Firsthand Accounts of Torture of Iraqi Detainees by the U.S. Army's 82nd Airborne Division*, September 2005, 9, 12, www.hrw.org.

26 Human Rights Watch, *The New Iraq*? *Torture and Ill-Treatment of Detainees in Iraqi Custody*, Januar 2005, 2, 4, www.hrw.org; Bradley Graham, »Army Warns Iraqi Forces on Abuse of Detainees«, *Washington Post*, 20. Mai 2005; Moss, »Iraq's Legal System Staggers Beneath the Weight of War«.

27 Maass, »The Way of the Commandos«.

28 Interview mit Allan Nairn, *Democracy Now!*, 10. Januar 2005, www.democracynow.org; Solomon Moore, »Killings Linked to Shiite Squads in Iraqi Police Force«, *Los Angeles Times*, 29. November 2005.

29 Moss, »Iraq's Legal System Staggers Beneath the Weight of War«; Thanassis Cambanis, »Confessions Rivet Iraqis«, *Boston Globe*, 18. März 2005; Maass, »The Way of the Commandos«.

30 Ibid; John F. Burns, »Torture Alleged at Ministry Site Outside Baghdad«, *New York Times*, 16. November 2005; Moore, »Killings Linked to Shiite Squads in Iraqi Police Force«.

31 Anne Collins, *In the Sleep Room*: *The Story of the CIA Brainwa-*

shing Experiments in Canada (Toronto: Lester and Orpen Dennys, 1988), 174.

32 Maxine McKew, »Confessions of an American Hawk«, *The Diplomat*, Oktober/November 2005.

33 Charles Krauthammer, »In Baker's Blunder, a Chance for Bush«, *Washington Post*, 15. Dezember 2006; Frederick W. Kagan, *Choosing Victory*: *A Plan for Success in Iraq*, Phase I Report, 4. Januar 2007, 34, www.aei.org.

34 Dahr Jamail und Ali Al-Fadhily, »Iraq: Schools Crumbling Along with Iraqi Society«, Inter Press Service, 18. Dezember 2006; Charles Crain, »Professor Says Approximately 300 Academics Have Been Assassinated«, *USA Today*, 17. Januar 2005; Michael E. O'Hanlon und Jason H. Campbell, Brookings Institution, *Iraq Index*: *Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-Saddam Iraq*, 22. Februar 2007, 35, www.brookings.edu; Ron Redmond, »Iraq Displacement«, Pressemitteilung, Genf, 3. November 2006, www.unhcr.org; »Iraq's Refugees Must Be Saved from Disaster«, *Financial Times* (London), 19. April 2007.

35 »Nearly 20,000 People Kidnapped in Iraq This Year: Survey«, Agence France-Presse, 19. April 2006; Human Rights Watch, *The New Iraq*?, 32, 54.

36 HSBC sollte ursprünglich im ganzen Irak Filialen eröffnen. Stattdessen kaufte das Unternehmen einen Anteil von 79 Prozent an der irakischen Dar-es-Salaam-Bank. John M. Broder und James Risen, »Contractor Deaths in Iraq Soar to Record«, *New York Times*, 19. Mai 2007; Paul Richter, »New Iraq Not Tempting to Corporations«, *Los Angeles Times*, 1. Juli 2004; Yochi J. Dreazen, »An Iraqi's Western Dream«, *Wall Street Journal*, 14. März 2005; »Syria and Iraq: Unbanked and Unstable«, *Euromoney*, September 2006; Ariana Eunjung Cha und Jackie Spinner, »U.S. Companies Put Little Capital into Iraq«, *Washington Post*, 15. Mai 2004.

37 Andy Mosher und Griff Witte, »Much Undone in Rebuilding Iraq, Audit Says«, *Washington Post*, 2. August 2006; Julian Borger, »Brutal Killing of Americans in Iraq Raises Questions over Security Firms«, *Guardian* (London), 2. April 2004; Office of the Special Inspector General for Iraq Reconstruction, *Review of Administrative Task Orders for Iraq Reconstruction Contracts*, 23. Oktober 2006, 11, www.sigir.mil.

38 Griff Witte, »Despite Billions Spent, Rebuilding Incomplete«, *Washington Post*, 12. November 2006.

39 Aqeel Hussein und Colin Freeman, »US to Reopen Iraq's Factories in $ 10 M U-turn«, *Sunday Telegraph* (London), 29. Januar 2007.

40 Josh White und Griff Witte, »To Stem Iraqi Violence, U.S. Looks to Factories«, *Washington Post*, 12. Dezember 2006.

41 James A. Baker III, Lee H. Hamilton, Lawrence S. Eagleburger et al. *Iraq Study Group Report*, Dezember 2006, 57, www.usip.org.

42 Pfeifer, »Where Majors Fear to Tread«.

43 »Iraq's Refugee Crisis Is Nearing Catastrophe«, *Financial Times* (London), 8. Februar 2007; Joshua Gallu, »Will Iraq's Oil Blessing Become a Curse?«, *Spiegel online International*, 22. Dezember 2006; Danny Fortson, Andrew Murray-Watson und Tim Webb, »Future of Iraq: The Spoils of War«, *Independent* (London), 7. Januar 2007.

44 Iraqi Labor Union Leadership, »Iraqi Trade Union Statement on the Oil Law«, 10.–14. Dezember 2006, www.carbonweb.org.

45 Edward Wong, »Iraqi Cabinet Approves Draft of Oil Law«, *New York Times*, 26. Februar 2007.

46 Steven L. Schooner, »Contractor Atrocities at Abu Ghraib: Compromised Accountability in a Streamlined Outsourced Government«, *Stanford Law & Policy Review* 16, Nr. 2 (2005), 552.

47 Jeremy Scahill, Blackwater: *The Rise of the World's Most Powerful Mercenary Army* (New York: Nation Books, 2007), 123.

48 Jim Krane, »A Private Army Grows Around the U.S. Mission in Iraq and Around the World«, Associated Press, 30. Oktober 2003; Jeremy Scahill, »Mercenary Jackpot«, *The Nation*, 28. August 2006; Jeremy Scahill, »Exile on K Street«, *The Nation*, 20. Februar 2006; Mark Hemingway, »Warriors for Hire«, *Weekly Standard*, 18. Dezember 2006.

49 Griff Witte, »Contractors Were Poorly Monitored, GAO Says«, *Washington Post*, 30. April 2005.

50 T. Christian Miller, *Blood Money*: *Wasted Billions*, *Lost Lives*, *and Corporate Greed in Iraq* (New York: Little, Brown and Company, 2006), 87. Fußnote: George R. Fay, *AR 15–6 Investigation of the Abu Ghraib Detention Facility and 205th Military Intelligence Brigade*, 19, 50, 52, www4.army.mil.

51 Renae Merle, »Army Tries Private Pitch for Recruits«, *Washington Post*, 6. September 2006.

52 Andrew Taylor, »Defense Contractor CEOs See Pay Double Since 9/11 Attacks«, Associated Press, 29. August 2006; Steve Vogel und Renae Merle, »Privatized Walter Reed Workforce Gets Scrutiny«, *Washington Post*, 10. März 2007; Donna Borak, »Walter Reed Deal Hindered by Disputes«, Associated Press, 19. März 2007.

53 Thomas Ricks schreibt: »Als die Truppenstärke der US-Army bei 150 000 lag und die Verbündeten insgesamt 25 000 Soldaten stellten, wurden sie von etwa 60 000 Beschäftigten privater Sicherheitsfirmen unterstützt.« Das heißt, es gab 175 000 Soldaten der Koalition und 60 000 Söldner, auf 2,9 Soldaten kam also ein Beschäftigter privater Firmen. Nelson D. Schwartz, »The Pentagon's Private Army«, *Fortune*, 17. März 2003; Thomas E. Ricks, *Fiasco*: *The American Military Adventure in Iraq* (New York: Penguin, 2006), 37; Renae Merle, »Census Counts 100,000 Contractors in Iraq«, *Washington Post*, 5. Dezember 2006.

54 Ian Bruce, »Soldier of Fortune Deaths Go Missing in Iraq«, *Herald* (Glasgow), 13. Januar 2007; Brian Brady, »Mercenaries to Fill Iraq Troop Gap«, *Scotland on Sunday* (Edinburgh), 25. Februar 2007; Michelle Roberts, »Iraq War Exacts Toll on Contractors«, Associated Press, 24. Februar 2007.

55 United Nations Department of Public Information, »Background Note: 31 December 2006«, United Nations Peacekeeping Operations, www.un.org; James Glanz und Floyd Norris, »Report Says Iraq Contractor Is Hiding Data from U.S.«, *New York Times*, 28. Oktober 2006; Brady, »Mercenaries to Fill Iraq Troop Gap«.

56 Fußnote: James Boxell, »Man of Arms Explores New Areas of Combat«, *Financial Times* (London), 11. März 2007.

57 Special Inspector General for Iraq Reconstruction, *Iraq Reconstruction*: *Lessons in Contracting and Procurement*, Juli 2006, 98–99, www.sigir.mil; George W. Bush, Rede zur Lage der Nation, Washington, DC, 23. Januar 2007.

58 Guy Dinmore, »US Prepares List of Unstable Nations«, *Financial Times* (London), 29. März 2005.

KAPITEL 19

FREIGERÄUMTE STRÄNDE:
DER »ZWEITE TSUNAMI«

1 Seth Mydans, »Builders Swoop in, Angering Thai Survivors«, *International Herald Tribune* (Paris), 10. März 2005.

2 ActionAid International et al. *Tsunami Response*: *A Human Rights Assessment*, Januar 2006, 13, www.actionaidusa.org.

3 *Sri Lanka*: *A Travel Survival Kit* (Victoria, Australia: Lonely Planet, 2005), 267.

4 John Lancaster, »After Tsunami, Sri Lankans Fear Paving of Paradise«, *Washington Post*, 5. Juni 2005.

5 National Physical Planning Department, *Arugam Bay Resource Development Plan*: *Reconstruction Towards Prosperity*, Final Report, 25. April 2005, 4, 5, 18, 33; Lancaster, »After Tsunami, Sri Lankans Fear Paving of Paradise«.

6 »South Asians Mark Tsunami Anniversary«, United Press International, 26. Juni 2005.

7 USAID/Sri Lanka, »USAID Elicits ›Real Reform‹ of Tourism«, Januar 2006, www.usaid.gov.

8 Ibid.

9 E-Mail-Interview mit Karen Preston, PR-Managerin von Leading Hotels of the World, 16. August 2006; Ajay Kapur, Niall MacLeod und Narendra Singh, »Plutonomy: Buying Luxury, Explaining Global Imbalances«, Citigroup: Industry Note, Equity Strategy, 16. Oktober 2005, 27, 30.

10 United Nations Environment Programme, »Sri Lanka Environment Profile«, *National Environment Outlook*, www.unep.net.

11 Tittawella war von 1997 bis 2001 Generaldirektor der Public Enterprises Reform Commission von Sri Lanka; in dieser Zeit überwachte er die Privatisierung des Telekom-Sektors von Sri Lanka (August 1997) und der Fluggesellschaft Sri Lankan Air Lines (März 1998). Nach der Wahl 2004 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden der staatlichen Strategie Enterprises Management Agency, die das Privatisierungsprogramm unter der moderneren rhetorischen Formel »öffentlich-private Partnerschaften« weiterführte. Public Enterprises Reform Commission of Sri Lanka, »Past Divestitures«, 2005, www.perc.gov.lk; »SEMA to Rejuvenate Key State Enterprises«, 15. Juni 2004, www.priu.gov.lk.

12 Movement for National Land and Agricultural Reform, Sri Lanka, *A Proposal for a People's Planning Commission for Recovery After Tsunami*, www.monlar.org.

13 »Privatizations in Sri Lanka Likely to Slow Because of Election Results«, Associated Press, 5. April 2004.

14 »Sri Lanka Begins Tsunami Rebuilding Amid Fresh Peace Moves«, Agence France-Presse, 19. Januar 2005.

15 Movement for National Land and Agricultural Reform, Sri Lanka, *A Proposal for a People's Planning Commission For Recovery After Tsunami*, www.monlar.org; »Sri Lanka Raises Fuel Prices Amid Worsening Economic Crisis«, Agence France-Presse, 5. Juni 2005; »Panic Buying Grips Sri Lanka Amid Oil Strike Fears«, Agence France-Presse, 28. März 2005.

16 James Wilson und Richard Lapper, »Honduras May Speed Sell-Offs After Storm«, *Financial Times* (London), 11. November 1998; Organization of American States, »Honduras«, *1999 National Trade Estimate Report on Foreign Trade Barriers*, 165, www.sice.oas.org; Sandra Cuffe, Rights Action, A, *Backwards, Upside-Down Kind of Development*: *Global Actors*, *Mining and Community-Based Resistance in Honduras and Guatemala*, Februar 2005, www.rightsaction.org.

17 »Mexico's Telmex Unveils Guatemala Telecom Alliance«, Reuters, 29. Oktober 1998; Consultative Group for the Reconstruction and Transformation of Central America, Inter-American Development Bank, »Nicaragua«, *Central America After Hurricane Mitch*: *The Challenge of Turning a Disaster into an Opportunity*, Mai 2000, www.iadb.org; Pamela Druckerman, »No Sale: Do You Want to Buy a Phone Company?«, *Wall Street Journal*, 14. Juli 1999.

18 »Mexico's Telmex Unveils Guatemala Telecom Alliance«; »Spain's Fenosa Buys Nicaragua Energy Distributors«, Reuters, 12. September 2000; »San Francisco Group Wins Honduras Airport Deal«, Reuters, 9. März 2000; »CEO-Govt. to Sell Remaining Enitel Stake This Year«, *Business News Americas*, 14. Februar 2003.

19 Zitat von Eduardo Stein Barillas. »Central America After Hurricane Mitch«, World Economic Forum Annual Meeting, Davos, Schweiz, 30. Januar 1999.

20 Alison Rice, Tsunami Concern, *Post-Tsunami Tourism and Reconstruction*: *A Second Disaster*?, Oktober 2005, 11, www.tourismconcern.org.uk.

21 TAFREN, »An Agenda for Sri Lanka's Post-Tsunami Recovery«, *Progress & News*, Juli 2005, 2.

22 USAID Sri Lanka, »Fishermen and Tradesmen to Benefit from U.S. Funded $33 Million Contract for Post-Tsunami Infrastructure Projects«, Pressemitteilung, 8. September 2005, www.usaid.gov; United States Government Accountability Office, *USAID Signature Tsunami Reconstruction Efforts in Indonesia and Sri Lanka Exceed Initial Cost and Schedule Estimates*, *and Face Further Risks*, Report to Congressional Committee, GAO-07–357, Februar 2005; National Physical Planning Department, *Arugam Bay Resource Development Plan*: *Reconstruction Towards Prosperity*, Final Report, 25. April 2005, 18.

23 United States Embassy, »U.S. Provides $ 1 Million to Maintain Tsunami Shelter Communities«, 18. Mai 2006, www.usaid.gov.

24 Randeep Ramesh, »Indian Tsunami Victims Sold Their Kidneys to Survive«, *Guardian* (London), 18. Januar 2007; ActionAid International et al. *Tsunami Response*, 17; Nick Meo, »Thousands of Indonesians Still in Tents«, *Globe and Mail* (Toronto), 27. Dezember 2005.

25 ActionAid International et al. *Tsunami Response*, 9.

26 Central Intelligence Agency, »Maldives«, *The World Factbook 2007*, www.cia.gov.

27 Coco Palm Dhuni Kolhu, www.cocopalm.com; Four Seasons Resort, Maldives at Landaa Giraavaru, www.fourseasons.com; Hilton Maldives Resort and Spa, Rangali Island, www.hilton.com. »Dhoni Mighili Island«, Private Islands Online, www.privateislandsonline.com.

28 Roland Buerck, »Maldives Opposition Plan Protest«, BBC *News*, 20. April 2007; Asian Human Rights Commission, »Extrajudicial Killings, Disappearances, Torture and Other Forms of Gross Human Rights Violation Still Engulf Asia's Nations«, 8. Dezember 2006, www.ahrchk.net; Amnesty International, »Republic of Maldives: Repression of Peaceful Political Opposition«, 30. Juli 2003, www.amnesty.org.

29 Ashok Sharma, »Maldives to Develop ›Safe‹ Islands for Tsunami-Hit People«, Associated Press, 19. Januar 2005.

30 Ministry of Planning and National Development, Republic of Maldives, *National Recovery and Reconstruction Flan*, 2. Auflage, März 2005, 29, www.tsunamimaldives.mv.

31 Ibid. ActionAid International et al. *Tsunami Response*, 18.

32 Die Pachtverträge haben eine Laufzeit von 25 Jahren, doch im Kleingedruckten finden sich Klauseln, die eine Verlängerung auf 50 Jahre bei Vorliegen bestimmter Eignerstrukturen erlauben. Ministry of Tourism and Civil Aviation, *Bidding Documents*: *For Lease of New Islands to Develop as Tourist Resorts* (Male: Republic of Maldives, 16. Juli 2006), 4, www.tourism.gov.mv.

33 Penchan Charoensuthipan, »Survivors Fighting for Land Rights«, *Bangkok Post*, 14. Dezember 2005; Mydans, »Builders Swoop in, Angering Thai Survivors«.

34 Asian Coalition for Housing Rights, »The Tsunami in Thailand: Januar-März 2005«, www.achr.net.

35 Shimali Senanayake und Somini Sengupta, »Monitors Say Troops Killed Aid Workers in Sri Lanka«, *New York Times*, 31. August 2006; Amantha Perera, »Tsunami Recovery Skewed by Sectarian Strife«, Inter Press Service, 3. Januar 2007.

36 Shimali Senanayake, »An Ethnic War Slows Tsunami Recovery in Sri Lanka«, *New York Times*, 19. Oktober 2006.

37 Roland Paris, *At War's End*: *Building Peace After Civil Conflict* (Cambridge: Cambridge University Press, 2004), 200.

KATASTROPHEN-APARTHEID:
EINE WELT DER GRÜNEN UND ROTEN ZONEN

1 Hein Marais, »A Plague of Inequality«, *Mail & Guardian* (Johannesburg), 19. Mai 2006.
2 »Names and Faces«, *Washington Post*, 19. September 2005.
3 Adolph Reed jr. »Undone by Neoliberalism«, *The Nation*, 18. September 2006.
4 Jon Elliston, »Disaster in the Making«, *Tucson Weekly*, 23. September 2004; Innovative Emergency Management, »IEM Team to Develop Catastrophic Hurricane Disaster Plan for New Orleans & Southeast Louisiana«, Pressemitteilung, 3. Juni 2004, www.ieminc.com.
5 Ron Fournier und Ted Bridis, »Hurricane Simulation Predicted 61,290 Dead«, *Associated Press*, 9. September 2005.
6 Paul Krugman, »A Can't Do Government«, *New York Times*, 2. September 2005; Martin Kelly, »Neoconservatism's Berlin Wall«, The G-Gnome Rides Out blog, 1. September 2005, www.theggnomeridesout.blogspot.com; Jonah Goldberg, »The Feds«, The Corner blog on the *National Review Online*, 31. August 2005, www.nationalreview.com.
7 Milton Friedman, »The Promise of Vouchers«, *Wall Street Journal*, 5. Dezember 2005; John R. Wilke und Brody Mullins, »After Katrina, Republicans Back a Sea of Conservative Ideas«, *Wall Street Journal*, 15. September 2005; Paul S. Teller, Stellvertretender Vorsitzender, House Republican Study Committee, »Pro-Free-Market Ideas for Responding to Hurricane Katrina and High Gas Prices«, E-Mail vom 13. September 2005.
8 Intergovernmental Panel on Climate Change, *Climate Change*

2007: The Physical Science Basis, Summary for Policymakers, Februar 2007, 16, www.ipcc.ch.

9 Teller, »Pro-Free-Market Ideas for Responding to Hurricane Katrina and High Gas Prices«.

10 Eric Lipton und Ron Nixon, »Many Contracts for Storm Work Raise Questions«, *New York Times*, 26. September 2005; Anita Kumar, »Speedy Relief Effort Opens Door to Fraud«, *St. Petersburg Times*, 18. September 2005; Jeremy Scahill, »In the Black(water)«, *The Nation*, 5. Juni 2006; Spencer S. Hsu, »$ 400 Million FEMA Contracts Now Total $ 3.4 Billion«, *Washington Post*, 9. August 2006.

11 Shaw Group, »Shaw Announces Charles M. Hess to Head Shaw's FEMA Hurricane Recovery Program«, Pressemitteilung, 21. September 2005, www.shawgrp.com; »Fluor's Slowed Iraq Work Frees It for Gulf Coast«, Reuters, 9. September 2005; Thomas B. Edsall, »Former FEMA Chief Is at Work on Gulf Coast«, *Washington Post*, 8. September 2005; David Enders, »Surviving New Orleans«, *Mother Jones*, 7. September 2005, www.motherjones.com.

12 United States House of Representatives, Committee on Government Reform – Minority Staff, Special Investigations Division, *Waste, Fraud and Abuse in Hurricane Katrina Contracts*, August 2006, www.oversight.house.gov.

13 Rita J. King, Corp Watch, *Big, Easy Money: Disaster Profiteering on the American Gulf Coast*, August 2006, www.corpwatch.org; Dan Barry, »A City's Future and a Dead Man's Past«, *New York Times*, 27. August 2006.

14 Patrick Danner, »AshBritt Cleans Up in Wake of Storms«, *Miami Herald*, 5. Dezember 2005.

15 »Private Companies Rebuild Gulf«, *PBS NewsHour with Jim Lehrer*, 4. Oktober 2005.

16 Scott Shane und Ron Nixon, »In Washington, Contractors Take on Biggest Role Ever«, *New York Times*, 4. Februar 2007.

17 Mike Davis, »Who Is Killing New Orleans?« *The Nation*, 10. April 2006.

18 Leslie Eaton, »Immigrants Hired After Storm Sue New Orleans Hotel Executive«, *New York Times*, 17. August 2006. King, Corp Watch, *Big, Easy Money*; Gary Stoller, »Security Generates Multibillion Business«, *USA Today*, 11. September 2006. Fußnote: Judith Browne-Dianis, Jennifer Lai, Marielena Hincapie et al. *And Injustice for All*: *Workers Lives in the Reconstruction of New Orleans*, Advancement Project, 6. Juli 2006, 29, www.advancementproject.org.

19 Rick Klein, »Senate Votes to Extend Patriot Act for 6 Months«, *Boston Globe*, 22. Dezember 2005.

20 Jeff Duncan, »The Unkindest Cut«, *Times-Picayune* (New Orleans), 28. März 2006; Paul Nussbaum, »City at a Crossroads«, *Philadelphia Inquirer*, 29. August 2006.

21 Ed Anderson, »Federal Money for Entergy Approved«, *Times-Picayune* (New Orleans), 5. Dezember 2006; Frank Donze, »146 N. O. Transit Layoffs Planned«, *Times-Picayune* (New Orleans), 25. August 2006; Bill Quigley, »Robin Hood in Reverse: The Looting of the Gulf Coast«, www.justiceforneworleans.com, 14. November 2006.

22 Asian Coalition for Housing Rights, »Mr. Endesha Juakali«, www.achr.net.

23 Bob Herbert, »Our Crumbling Foundation«, *New York Times*, 5. April 2007.

24 Help Jet, www.helpjet.us.

25 Seth Borenstein, »Private Industry Responding to Hurricanes«, Associated Press, 15. April 2006.

26 James Glanz, »Idle Contractors Add Millions to Iraq Rebuilding«, *New York Times*, 25. Oktober 2006.

27 Mark Hemingway, »Warriors for Hire«, *Weekly Standard*, 18. Dezember 2006. Fußnote: Jeremy Scahill, »Blackwater Down«,

The Nation, 10. Oktober 2005; Center for Responsive Politics, »Oil & Gas: Top Contributors to Federal Candidates and Parties«, Election Cycle 2004, www.opensecrets.org; Center for Responsive Politics, »Construction: Top Contributors to Federal Candidates and Parties«, Election Cycle 2004, www.opensecrets.org.

28 Josh Manchester, »Al Qaeda for the Good Guys: The Road to Anti-Qaeda«, *TCSDaily*, 19. Dezember 2006, www.tcsdaily.com.

29 Bill Sizemore und Joanne Kimberlin, »Profitable Patriotism«, *The Virginian-Pilot* (Norfolk), 24. Juli 2006.

30 King, Corp Watch, *Big, Easy Money*; Leslie Wayne, »America's For-Profit Secret Army«, *New York Times*, 13. Oktober 2002; Greg Miller, »Spy Agencies Outsourcing to Fill Key Jobs«, *Los Angeles Times*, 17. September 2006; Shane und Nixon, »In Washington, Contractors Take on Biggest Role Ever«.

31 Zu den Unternehmen, die in diesem Beratergremium vertreten waren, zählten unter anderem Lockheed Martin, Boeing und Booz Allen. Stephen E. Flynn und Daniel B. Prieto, Council on Foreign Relations, *Neglected Defense: Mobilizing the Private Sector to Support Homeland Security*, CSR Nr. 13, März 2006, 26, www.cfr.org.

32 Mindy Fetterman, »Strategizing on Disaster Relief«, *USA Today*, 12. Oktober 2006; Frank Langfitt, »Private Military Firm Pitches Its Services in Darfur«, *National Public Radio: All Things Considered*, 26. Mai 2006.

33 Peter Pae, »Defense Companies Bracing for Slowdown«, *Los Angeles Times*, 2. Oktober 2006.

34 Johanna Neumann und Peter Spiegel, »Pay-as-You-Go Evacuation Roils Capitol Hill«, *Los Angeles Times*, 19. Juli 2006.

35 Tim Weiner, »Lockheed and the Future of Warfare«, *New York Times*, 28. November 2004.

36 Die Informationen in den nächsten beiden Absätzen stammen

aus John Robb, »Security: Power to the People«, *Fast Company*, März 2006.

37 Juvenile, »Got Ya Hustle On«, *Reality Check* (Musik-CD), Atlanta/WEA 2006.

38 Bill Quigley, »Ten Months After Katrina: Gutting New Orleans«, *Common-Dreams*, 29. Juni 2006, www.commondreams.org.

39 Doug Nurse, »New City Bets Millions on Privatization«, *Atlanta Journal-Constitution*, 12. November 2005.

40 Annie Gentile, »Fewer Cities Increase Outsourced Services«, *American City & County*, 1. September 2006; Nurse, »New City Bets Millions on Privatization«.

41 Doug Nurse, »City Hall Inc. a Growing Business in North Fulton«, *Atlanta Journal-Constitution*, 6. September 2006; Doug Gross, »Proposal to Split Georgia County Drawing Cries of Racism«, *Seattle Times*, 24. Januar 2007.

42 United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, »Humanitarian Situation Report – Sri Lanka«, 2.–8. September 2005, www.reliefweb.int.

KAPITEL 21

ISRAEL ALS WARNUNG:
WENN DER FRIEDEN SICH NICHT MEHR LOHNT

1 Christopher Caldwell, »The Walls That Work Too Well«, *Financial Times* (London), 18. November 2006.

2 Martin Wolf, »A Divided World of Economic Success And Political Turmoil«, *Financial Times* (London), 31. Januar 2007. »Ex-Treasury Chief Summers Warns on Market Risks«, Reuters, 20. März 2007.

3 Richard Aboulafia, Teal Group, »Guns-to-Caviar Index«, 2007.

4 United States House of Representatives, Committee on Government Reform – Minority Staff, Special Investigations Division, *Dollars, Not Sense: Government Contracting Under the Bush Administration*, zusammengestellt für den Abgeordneten Henry A. Waxman, Juni 2006, 6, www.oversight.house.gov; Tim Weiner, »Lockheed and the Future of Warfare«, *New York Times*, 28. November 2004; Matthew Swibel, »Defensive Play«, *Forbes*, 5. Juni 2006.

5 Der U.S. Heavy Construction Index, ein Unterindex des Dow Jones für den Bausektor, schloss am 10. September 2001 bei 143,34 und am 4. Juni 2007 bei 507,43. DJ–2357, »Historical Quotes«, www.money.cnn.com; James Glanz, »Iraq Reconstruction Running Low on Funds«, *International Herald Tribune* (Paris), 31. Oktober 2005; Ellen Nakashima, »A Wave of Memories«, *Washington Post*, 26. Dezember 2005; Ann M. Simmons, Richard Fausset und Stephen Braun, »Katrina Aid Far from Flowing«, *Los Angeles Times*, 27. August 2006; Helene Cooper, »Aid Conference Raises $ 7.6 Billion for Lebanese Government«, *New York Times*, 26. Januar 2007.

6 Shawn McCarthy, »Exxon's ›Outlandish‹ Earnings Spark Furor«, *Globe and Mail* (Toronto), 2. Februar 2007.

7 Jonathan Curiel, »The Conspiracy to Rewrite 9/11«, *San Francisco Chronicle*, 3. September 2006; Jim Wooten, »Public Figures' Rants Widen Racial Chasm«, *Atlanta Journal-Constitution*, 22. Januar 2006.

8 EM-DAT, The OFDA/CRED International Disaster Database, »2006 Disasters in Numbers«, www.em-dat.net; Peter Bergen und Paul Cruickshank, »The Iraq Effect: War Has Increased Terrorism Sevenfold Worldwide«, *Mother Jones*, März/April 2007.

9 McCarthy, »Exxon's ›Outlandish‹ Earnings Spark Furor«; William Hartung und Michelle Ciarrocca, »The Military-Industrial-Think Tank Complex«, *Multinational Monitor*, Januar/Feb-

ruar 2003; Robert O'Harrow jr. »Lexis-Nexis to Buy Seisint for $ 775 Million«, *Washington Post*, 15. Juli 2004; Rachel Monahan und Elena Herrero Beaumont, »Big Time Security«, *Forbes*, 3. August 2006.

10 »Recap of Saturday, July 9, 2007«, *Fox News*: *The Cost of Freedom*, www.foxnews.com.

11 Dan Gillerman, »The Economic Opportunities of Peace«, Pressemitteilung der Israelischen Handelskammer, 6. September 1993, zitiert in Guy Ben-Porat, »A New Middle East?: Globalization, Peace and the ›Double Movement‹«, *International Relations* 19, Nr. 1 (2005), 50.

12 Efraim Davidi, »Globalization and Economy in the Middle East – A Peace of Markets or a Peace of Flags?«, *Palestine-Israel Journal 7*, Nr. 1 und 2 (2000), 33.

13 Shlomo Ben-Ami, *A Place for All* (Tel Aviv: Hakibbutz Hameuchad, 1998), 113, zitiert in Davidi, »Globalization and Economy in the Middle East«, 38.

14 Americans for Peace Now, »The Russians«, *Settlements in Focus* 1, Nr. 16 (23. Dezember 2005), www.peacenow.org.

15 Gerald Nadler, »Exodus or Renaissance?«, *Washington Times*«, 19. Januar 1992; Peter Ford, »Welcome and Woes Await Soviet Jews in Israel«, *Christian Science Monitor*, 25. Juli 1991; Lisa Talesnick, »Unrest Will Spur Russian Jews to Israel, Official Says«, Associated Press, 5. Oktober 1993. »Israel's Alienated Russian Voters Csy Betrayal«, Agence France-Presse, 8. Mai 2006.

16 Greg Myre, »Israel Economy Hums Despite Annual Tumult«, *International Herald Tribune* (Paris), 31. Dezember 2006; »Israel Reopens Gaza Strip«, United Press International, 22. März 1992.

17 Peter Hirschberg, »Barak Settlement Policy Remains Virtually the Same as Netanyahu's«, *Jerusalem Report*, 4. Dezember 2000.

18 Americans for Peace Now, »The Russians«.

19 David Simons, »Cold Calculation of Terror«, *Forbes*, 28. Mai 2002; Zeev Klein, »January-May Trade Deficit Shoots up 16 % to $ 3.59 Billion«, *Globes* (Tel Aviv), 12. Juni 2001; Neal Sandler, »As If the Intifada Weren't Enough«, *Business Week*, 18. Juni 2001.

20 Das »Raketentreibstoff«-Zitat stammt von Schlomo Maital, Professor am israelischen Technion-Institut für Management. Nelson D. Schwartz, »Prosperity without Peace«, *Fortune*, 13. Juni 2005; Shlomo Ben-Ami, *Scars of War, Wounds of Peace: The Israeli-Arab Tragedy* (Oxford: Oxford University Press, 2006), 230.

21 United Nations Special Coordinator in the Occupied Territories, *Quarterly Report on Economic and Social Conditions in the West Bank and Gaza Strip*, 1. April 1997; Ben-Ami, *Scars of War, Wounds of Peace*, 231; Sara Roy, »Why Peace Failed: An Oslo Autopsy«, *Current History* 101, Nr. 651 (Januar 2002), 13.

22 Chris McGreal, »Deadly Thirst«, *Guardian* (London), 13. Januar 2004.

23 »Norman Finkelstein & Former Israeli Foreign Minister Shlomo Ben-Ami Debate«, *Democracy Now*!, 14. Februar 2006, www.democracynow.org.

24 Nach Angaben von *Globes* verzeichnete Israel zwischen 2001 und 2003 »einen kumulierten Rückgang des Pro-Kopf-Wachstums um 8,5 Prozent«, also eine erhebliche Schrumpfung. Zeev Klein, »2002 Worst Year for Israeli Economy Since 1953«, *Globes* (Tel Aviv), 31. Dezember 2002; Sandler, »As If the Intifada Weren't Enough«.

25 Aron Heller und James Bagnall, »After the Intifada: Why Israel's Tech Titans Are Challenging Canadian Entrepreneurs as a Global Force«, *Ottawa Citizen*, 28. April 2005; Schwartz, »Prosperity without Peace«.

26 Susan Karlin, »Get Smart«, *Forbes*, 12. Dezember 2005.

27 Ran Dagoni, »O'seas Cos, Gov'ts to Inspect Israeli Anti-Terror Methods«, *Globes* (Tel Aviv), 22. Januar 2006; Ben Winograd, »U.S. Airport Directors Study Tough Israeli Security Measures Ahead of Summer Travel«, Associated Press, 8. Mai 2007; Staat Israel, Ministerium für Öffentliche Sicherheit, »International Homeland Security Conference, 2006«, 19. März 2006, www.mops.gov.il.

28 Heller und Bagnall, »After the Intifada«; Yaakov Katz, »Defense Officials Aim High at Paris Show«, *Jerusalem Post*, 10. Juni 2007; Hadas Manor, »Israel in Fourth Place among Defense Exporters«, *Globes* (Tel Aviv), 10. Juni 2007; Steve Rodan und Jose Rosenfeld, »Discount Deales«, *Jerusalem Post*, 2. September 1994; Gary Dorsch, »The Incredible Israeli Shekel, as Israel's Economy Continues to Boom«, *The Market Oracle*, 8. Mai 2007, www.marketoracle.co.uk.

29 Schwartz, »Prosperity without Peace«.

30 Ibid.; Nice Systems, »Nice Digital Video Surveillance Solution Selected by Ronald Reagan Washington National Airport«, Pressemitteilung, 29. Januar 2007, www.nice.com; Nice Systems, »Time Warner (Charlotte)«, Success Stories, www.nice.com.

31 James Bagnall, »A World of Risk: Israel's Tech Sector Offers Lessons on Doing Business in the New Age of Terror«, *Ottawa Citizen*, 31. August 2006; Electa Draper, »Durango Office Keeps Watch in War on Terror«, *Denver Post*, 14. August 2005.

32 SuperCom, »SuperCom Signs $ 50 M National Multi Id Agreement with a European Country«, Pressemitteilung, 19. September 2006; SuperCom, »City of Los Angeles to Deploy Supercom's IRMS Mobile Credentialing and Handheld Verification System«, Pressemitteilung, 29. November 2006; SuperCom, »SuperCom Signs $ 1.5 M ePassport Pilot Agreement with European Country«,

Pressemitteilung, 14. August 2006, www.supercomgroup.com.

33 Check Point, »Facts at a Glance«, www.checkpoint.com.

34 David Machlis, »US Gets Israeli Security for Super Bowl«, *Jerusalem Post*, 4. Februar 2007; New Age Security Solutions, »Partial Client List«, www.nasscorp.com.

35 Kevin Johnson, »Mansions Spared on Uptown's High Ground«, *USA Today*, 12. September 2005.

36 International Security Instructors, »About« und »Clients«, www.isiusa.us.

37 »Golan Group Launches Rigorous VIP Protection Classes«, Pressemitteilung, April 2007; Golan Group, »Clients«, www.golangroup.com

38 Schwartz, »Prosperity without Peace«; Neil Sandler, »Israeli Security Barrier Provides High-Tech Niche«, *Engineering News-Record*, 31. Mai 2004.

39 David Hubler, »SBInet Trawls for Small-Business Partners«, *Federal Computer Week*, 2. Oktober 2006; Sandler, »Israeli Security Barrier Provides High-Tech Niche«.

40 Schwartz, »Prosperity without Peace«.

41 Elbit Systems Ltd. und Magal Security Systems Ltd. »Historical Prices«, Yahoo! Finance, www.finance.yahoo.com; Barbara Wall, »Fear Factor«, *International Herald Tribune* (Paris), 28. Januar 2006; Electa Draper, »Verint Systems Emerges as Leader in Video Surveillance Market«.

42 Thomas L. Friedman, »Outsource the Cabinet?«, *New York Times*, 28. Februar 2007; Ruth Eglash, »Report Paints Gloomy Picture of Life for Israeli Children«, *Jerusalem Post*, 28. Dezember 2006.

43 Karen Katzman, »Some Stories You May Not Have Heard«, Bericht an die Jewish Federation of Greater Washington, www.shalomdc.org; Yitzhak Laor, »You Are Terrorists, We Are Virtuous«, *London Review of Books*, 17. August 2006.

44 Tel Aviv Stock Exchange Ltd. *TASE Main Indicators*, 31. August 2006, www.tase.co.il; Friedman, »Outsource the Cabinet?«; Reuters, »GDP Growth Figure Slashed«, *Los Angeles Times*, 1. März 2007; Greg Myre, »Amid Political Upheaval, Israeli Economy Stays Healthy«, *New York Times*, 31. Dezember 2006; World Bank Group, *West Bank and Gaza Update*, September 2006, www.worldbank.org.

45 Susan Lerner, »Israeli Companies Shine in Big Apple«, *Jerusalem Post*, 17. September 2006; Osama Habib, »Labor Minister Says War Led to Huge Jump in Number of Unemployed«, *Daily Star* (Beirut), 21. Oktober 2006.

46 Interview mit Dan Gillerman, *CNN*: *Lou Dobbs Tonight*, 14. Juli 2006.

47 Karin Brulliard, »›Gated Communities‹ for the War-Ravaged«, *Washington Post*, 23. April 2007; Dean Yates, »Baghdad Wall Sparks Confusion, Divisions in Iraq«, Reuters, 23. April 2007.

48 Rory McCarthy, »Occupied Gaza like Apartheid South Africa, Says UN Report«, *Guardian* (London), 23. Februar 2007.

49 Michael Wines, »Shantytown Dwellers in South Africa Protest the Sluggish Pace of Change«, *New York Times*, 25. Dezember 2005.

DER SCHOCK NUTZT SICH AB:
DAS WIEDERERSTARKEN DES VOLKES

1 Juan Forero, »Bolivia Indians Hail the Swearing in of One of Their Own as President«, *New York Times*, 23. Januar 2006.

2 Tom Kerr, Asian Coalition for Housing Rights, »People's Leadership in Disaster Recovery: Rights, Resilience and Empower-

ment«, Katastrophen-Seminar, 30. Oktober – 3. November 2006, Phuket City, www.achr.net.

3 Antillano gehört dem Grund-und-Boden-Komitee von La Vega, Caracas, an. *Hablemos del Poder/Talking of Power*, Dokumentarfilm von Selma James und Nina López, produziert von Global Women's Strike, 2005, www.globalwomenstrike.net.

4 Terence Corcoran, »Free Markets Lose Their Last Lion«, *National Post* (Toronto), 17. November 2006.

5 Jim Webb, »Class Struggle«, *Wall Street Journal*, 15. November 2006.

6 Geoffrey York, »Beijing to Target Rural Poverty«, *Globe and Mail* (Toronto), 6. März 2006; Larry Rohter, »A Widening Gap Erodes Argentina's Egalitarian Image«, *New York Times*, 25. Dezember 2006; World Institute for Development Economics Research, »Pioneering Study Shows Richest Two Percent Own Half World Wealth«, Pressemitteilung, 5. Dezember 2006, www.wider.unu.edu; Sarah Anderson et al. *Executive Excess 2006*: *Defense and Oil Executives Cash in on Conflict*, 30. August 2006, 1, www.faireconomy.org; Webb, »Class Struggle«.

7 Raul Garces, »Former Uruguayan Dictator Arrested«, Associated Press, 17. November 2006; »Argentine Judge Paves Way for New Trial of Ex-Dictator Videla«, Agence France-Presse, 5. September 2006; »Former Argentine Leader Indicted for 2001 Bond Swap«, MercoPress, 29. September 2006, www.mercopress.com.

8 »Former Latin American Leaders Facing Legal Troubles«, *Miami Herald*, 18. Januar 2007.

9 Andrew Osborn, »The A–Z of Oligarchs«, *Independent* (London), 26. Mai 2006.

10 Paul Waldie, »Hollinger: Publisher or ›Bank of Conrad Black‹?« *Globe and Mail* (Toronto), 7. Februar 2007; »Political Activist Grover Norquist«, *National Public Radio Morning Edition*,

25. Mai 2001; Jonathan Weisman, »Powerful GOP Activist Sees His Influence Slip Over Abramoff Dealings«, *Washington Post*, 9. Juli 2006.

11 George W. Bush, *The National Security Strategy of the United States*, September 2002, www.whitehouse.gov. Deutsche Fassung unter www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/doktrin-lang.html.

12 Jane Bussey, »Democrats Won Big by Opposing Free-Trade Agreements«, *Miami Herald*, 20. November 2006; Robin Toner und Janet Elder, »Most Support U.S. Guarantee of Health Care«, *New York Times*, 2. März 2007

13 Corporación Latinobarómetro, *Latinobarómetro Report 2006*, www. latinobarometro.org.

14 Susan George und Erik Wesselius, »Why French and Dutch Citizens Are Saying NO«, Transnational Institute, 21. Mai 2005, www.tni.org.

15 Lou Dobbs, *CNN*: *Lou Dobbs Tonight*, 14. April 2005; Lou Dobbs, *CNN*: *Lou Dobbs Tonight*, 23. Juni 2006.

16 Martin Arnold, »Polish Plumber Symbolic of all French Fear about Constitution«, *Financial Times* (London), 28. Mai 2005.

17 Andrew Curry, »The Case Against Poland's New President«, *New Republic*, 17. November 2005; Fred Halliday, »Warsaw's Populist Twins«, *open Democracy*, 1. September 2006, www.opendemocracy.net; Ian Traynor, »After Communism: Ambitious, Eccentric – Polish Twins Prescribe a Dose of Harsh Reality«, *Guardian* (London), 1. September 2006. Fußnote: Ken Livingstone, »Facing Phobias«, *Guardian* (London), 2. März 2007.

18 Perry Anderson, »Russia's Managed Democracy«, *London Review of Books*, 25. Januar 2007.

19 Vladimir Radyuhim, »Racial Tension on the Rise in Russia«, *The Hindu*, 16. September 2006; Amnesty International, *Rus-*

sian Federation: *Violent Racism Out of Control*, 4. Mai 2006, www.amnesty.org.

20 Helen Womack, »No Hiding Place for Scared Foreigners in Racist Russia«, *Sydney Morning Herald*, 6. Mai 2006.

21 Henry A. Kissinger, *Memorandum to the President*, *Subject*: *NSC Meeting*, *November 6 – Chile*, 5. November 1970, freigegeben, www.gwu.edu /~nsarchiv.

22 Jack Chang, »Fear of Privatization Gives Brazilian President a Lead in Runoff«, *Knight Ridder*, 26. Oktober 2006; Hector Tobar, »Nicaragua Sees Red Over Blackouts«, *Los Angeles Times*, 30. Oktober 2006.

23 Nikolas Kozloff, »The Rise of Rafael Correa«, *CounterPunch*, 26. November 2007; Simon Romero, »Leftist Candidate in Ecuador Is Ahead in Vote, Exit Polls Show«, *New York Times*, 27. November 2006.

24 »Argentine President Marks Third Year in Office with Campaign-Style Rally«, *BBC Monitoring International Reports*, 26. Mai 2006.

25 Dan Keane, »South American Leaders Dream of Integration, Continental Parliament«, Associated Press, 9. Dezember 2006.

26 Duncan Campbell, »Argentina and Uruguay Shun US Military Academy«, *Guardian* (London), 6. April 2006; »Costa Rica Quits US Training at Ex-School of the Americas«, Agence France-Presse, 19. Mai 2007.

27 Roger Burbach, »Ecuador's Government Cautiously Takes Its First Steps«, *NACLA News*, 19. February 2007, www.nacla.org.

28 Chris Kraul, »Big Cooperative Push in Venezuela«, *Los Angeles Times*, 21. August 2006.

29 Emir Sader, »Latin American Dossier: Free Trade in Reciprocity«, *Le Monde Diplomatique*, Februar 2006.

30 George W. Bush, *The National Security Strategy of the United States of America*, März 2006, 30, www.whitehouse.gov; In-

terview mit Stanley Fischer am 9. Mai 2001 für *Commanding Heights*: *The Battle for the World Economy*, PBS-Fernsehserie, www.pbs.org.

31 Jorge Rueda, »Chavez Says Venezuela Will Pull out of the IMF, World Bank«, Associated Press, 1. Mai 2007; Fiona Ortiz, »Argentina's Kirchner Says No New IMF Program«, Reuters, 1. März 2007; Christopher Swann, Bloomberg News, »Hugo Chávez Exploits Oil Wealth to Push IMF Aside«, *International Herald Tribune* (Paris), 1. März 2007.

32 Ibid.; »Ecuador Expels World Bank Representative«, Agence France-Presse, 27. April 2007; Reuters, »Latin Leftists Mull Quitting World Bank Arbitrator«, *Washington Post*, 29. April 2007; Eoin Callan und Krishna Guha, »Scandal Threatens World Bank's Role«, *Finanical Times* (London), 23. April 2007.

33 Michael Wines, »Shantytown Dwellers in South Africa Protest the Sluggish Pace of Change«, *New York Times*, 25. Dezember 2005; Brendan Smith et al. »China's Emerging Labor Movement«, *CommonDreams*, 5. Oktober 2006, www.commondreams.org. Fußnote: Ibid.

34 Jean Baudrillard, *Power Inferno. Requiem pour les Twin Towers* (Paris: Galilée, 2002), 83.

35 Central Intelligence Agency, *Human Resource Exploitation Training Manual – 1983*, www.gwu.edu/~nsarchiv.

36 Andrew England, »Siniora Flies to Paris as Lebanon Protests Called Off«, *Financial Times* (London), 23. Januar 2007; Kim Ghattas, »Pressure Builds for Lebanon Reform«, *BBC News*, 22. Januar 2007; Lysandra Ohrstrom, »Reconstruction Chief Says He's Stepping Down«, *Daily Star* (Beirut), 24. August 2006.

37 Helene Cooper, »Aid Conference Raises $ 7.6 Billion for Lebanese Government«, *New York Times*, 26. Januar 2007; Osama Habib, »Siniora Unveils Reform Plan Aimed at Impressing Paris III Donors«, *Daily Star* (Beirut), 3. Januar 2007; Osama Ha-

bib, »Plans for Telecom Sale Move Ahead«, *Daily Star* (Beirut), 30. September 2006.

38 Mohamad Bazzi, »People's Revolt in Lebanon«, *The Nation*, 8. Januar 2007; Trish Schuh, »On the Edge of Civil War: The Cedar Revolution Goes South«, *CounterPunch*, 23. Januar 2007, www.counterpunch.org.

39 Mary Hennock, »Lebanon's Economic Champion«, *BBC News*, 14. Februar 2005; Randy Gragg, »Beirut«, *Metropolis*, November 1995, 21, 26; »A Bombed-Out Beirut Is Being Born Again – Fitfully«, *Architectural Record* 188, Nr. 4 (April 2000).

40 Bazzi, »People's Revolt in Lebanon«.

41 Ana Nogueira und Saseen Kawzally, »Lebanon Rebuilds (Again)«, *Indypendent*, 31. August 2006, www.indypendent.org; Kambiz Foroohar, »Hezbollah, with $ 100 Bills, Struggles to Repair Lebanon Damage«, Bloomberg News, 28. September 2006; Omayma Abdel-Latif, »Rising From the Ashes«, *Al-Ahram Weekly*, 31. August 2006.

42 David Frum, »Counterfeit News«, *National Post* (Toronto), 26. August 2006.

43 »Spain's Aznar Rules Out Talks with Basque Group ETA«, Associated Press, 11. März 2004.

44 Elaine Sciolino, »In Spain's Vote, a Shock from Democracy (and the Past)«, *New York Times*, 21. März 2004.

45 Santisuda Ekachai, »This Land Is Our Land«, *Bangkok Post*, 2. März 2005.

46 Tom Kerr, Asian Coalition for Housing Rights, »New Orleans Visits Asian Tsunami Areas – September 9–17, 2006«, www.achr.net.

47 Ibid.

48 Kerr, »People's Leadership in Disaster Recovery: Rights, Resilience and Empowerment«.

49 Kerr, »New Orleans Visits Asian Tsunami Areas«.

50 Richard A. Webster, »N. O. Survivors Learn Lessons from Tsu-

nami Rebuilders«, *New Orleans Business*, 13. November 2006.

51 Residents of Public Housing, »Public Housing Residents Take Back Their Homes«, Pressemitteilung, 11. Februar 2007, www.peoplesorganizing.org.

52 Zitat von Joseph Recasner. Steve Ritea, »The Dream Team«, *Times-Picayune* (New Orleans), 1. August 2006.

In literarischen Kreisen ist es, glaube ich, nicht üblich, dass man zwei Werke demselben Menschen widmet. Bei diesem Buch muss ich gegen diese Regel verstoßen. Es wäre physisch, intellektuell und emotional ohne meinen Mann Avi Lewis einfach nicht möglich gewesen. Er macht alles mit mir zusammen: als Lektor, als Reisepartner (nach Sri Lanka, Südafrika, New Orleans), als Lebensqualitätsteigerer. Dies ist unser gemeinsames Werk.

Ich wäre an dieser Aufgabe auch ohne das außergewöhnliche Arbeitspensum meiner Assistentin Debra Levy gescheitert. Drei Jahre ihres Lebens hat Debra den Recherchen für dieses Buch gewidmet und nur eine Pause gemacht, um ein Kind zu bekommen. Ihre verblüffenden Fähigkeiten haben jeder Seite ihren Stempel aufgedrückt. Sie grub neue und aufregende Informationen aus, organisierte und bewältigte sperrige Quellen und führte mehrere Interviews, schließlich überprüfte sie die Fakten im gesamten Manuskript. Ich kann gar nicht sagen, wie dankbar ich bin, dass mir in jedem Arbeitsstadium eine so begabte und engagierte Kollegin zur Seite stand. Debras Liebe und Zuneigung gilt Kyle Yamada und Ari Yamada-Levy, genau wie meine.

Zwei Lektorinnen gestalteten in einer ungewöhnlich kooperativen und lohnenswerten redaktionellen Zusammenarbeit das Manuskript auf eine Weise, die sich gar nicht beschreiben lässt: Louise Dennys bei Knopf Canada und Frances Coady für Metropolitan Books. Louise und Frances, die mir auch gute Freundinnen und Mentorinnen sind, brachten mich dazu, meine These auf völlig andere Bereiche auszuweiten, und gewährten mir die Monate, die für die Umsetzung ihrer tiefgreifenden Änderungswünsche nötig waren.

Louise ist seit *No Logo* meine getreue Lektorin und Fürsprecherin, und ich bewundere voll Ehrfurcht ihre Fähigkeit, mich gleichzeitig zu beruhigen und aufzumuntern. Als ich das überarbeitete und sehr viel umfangreicher gewordene Manuskript einreichte, restrukturierte und verbesserte Frances es in jeder Phase mit erstaunlicher Hingabe. Die Tatsache, dass die Verlagswelt noch immer Platz für intellektuelle Titanen wie diese beiden Frauen hat, lässt mich für die Zukunft des Buches hoffen.

Weitere Verbesserungen und Zuspitzungen verdankt das Manuskript dem entschlossenen Feedback von Helen Conford bei Penguin U. K. die von Anfang an eng mit uns zusammenarbeitete. Alison Reids grenzenlose Leidenschaft für dieses Projekt und auch ihr aufmerksamer Feinschliff der Formulierungen lassen die Bezeichnung »Textredakteurin« völlig unangemessen erscheinen. Ich stehe zutiefst in ihrer Schuld.

Meine brillante Agentin Amanda Urban glaubte schon an dieses Buch, als es noch ausschließlich vom Irak handeln sollte, und ihre Zuversicht und Loyalität wuchsen mit jedem überzogenen Termin und jedem überarbeiteten und ausgeweiteten Entwurf. Sie hat auch das denkbar beste Team am Laufen: Margaret Haiton, Kate Jones, Elizabeth Iveson, Daisy Meyrick, Karolina Sutton und Liz Farrell. Wenn man von den Frauen bei ICM Books unterstützt wird, fühlt man sich zu allem bereit. Wir alle sind für die Basis dankbar, die von Nicole Winstanley und Bruce Westwood gelegt wurde.

Jackie Joiner, die Büromanagerin von Klein Lewis Productions, fungierte zwei Jahre lang als menschlicher Schutzschild und hielt die Welt auf Abstand, damit ich mich konzentrieren konnte. Als dann das erste Manuskript abgeschlossen war, setzte Jackie wie eine großartige Orchesterdirigentin uns allesamt in Marsch. Mehr über Jackies tägliche kreative Verwaltungskunststückchen zu erzählen würde Neid erwecken, also will ich es dabei belassen.

Überall auf der Welt fand das ICM-Team für dieses Buch eine

perfekte Verlagsheimat, was mir den Luxus erlaubte, eine internationale Mannschaft für die Recherche und die Überprüfung von Fakten zusammenzustellen, ohne die Debra und ich ein Projekt dieser Bandbreite niemals hätten bewältigen können. Jeder Mitarbeiter übernahm ein entscheidendes Stück des Puzzles und steuerte seine oder ihre besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse bei.

Meine liebe Freundin Andréa Schmidt, mit der ich durch den Irak reiste, begleitete das Projekt intellektuell ständig; sie versorgte mich nicht nur mit dicken Ordnern voll hervorragend organisiertem Lesematerial über die schrecklichsten Themen, sondern brachte mich auch dazu, mich intensiver und tiefergehend mit dem Horror zu beschäftigen. Vor allem die Abschnitte über die Folter sind zu erheblichen Teilen auf unsere nie endenden Gespräche zurückzuführen. Andréa las auch Manuskriptentwürfe und gab mir Rückmeldungen, die mit zu den wichtigsten zählten.

Aaron Maté war in erster Linie für die Recherchen in den Jahren 2003 bis 2005 verantwortlich, als sich meine journalistische Neugier fast ausschließlich auf den ökonomischen Umbau des Irak konzentrierte. Es war ein Segen, mit Aaron zusammenzuarbeiten, einem großartigen Intellektuellen und aufregenden Journalisten. Aarons Handschrift ist in den Kapiteln über den Irak und in den Teilen über Israel und Palästina nicht zu leugnen.

Fernando Rouaux und Shana Yael Shubs, zwei aufstrebende Lateinamerika-Experten, gruben größtenteils unbekannte wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten über die Wechselbeziehungen zwischen Krisen und neoliberalen Reformen aus. Dieses Material offenbarte mir, was für eine zentrale Rolle die Schockdoktrin auf den obersten Ebenen der internationalen Finanzinstitutionen spielt. Fernando führte für mich mehrere Hintergrundinterviews in Buenos Aires, und Shana übersetzte Dutzende Dokumente und Artikel vom Spanischen ins Englische. Rigoros überprüften beide auch die Fakten der Kapitel über Argentinien.

Die wunderbare Amanda Alexander war hauptsächlich für die Südafrika-Recherchen verantwortlich, fand und überprüfte Fakten und transkribierte Interviewmitschnitte in Zusammenarbeit mit der enorm hilfreichen Audrey Sasson. Amanda war auch bei den Recherchen über die Schocktherapie in China federführend. Mehrere andere Personen schlossen sich zu unterschiedlichen Zeiten dem Rechercheteam an: Bruno Anili, Emily Lodish (vor allem über Russland), Hannah Holleman (asiatische Finanzkrise), Wes Enzinna (einschließlich Interviews in Bolivien in letzter Minute), Emma Ruby-Sachs, Grace Wu und Nepomuceno Malaluan.

Debra Levy, selbst Bibliothekarin, möchte denen danken, die ihr persönlich zuarbeiteten, den geduldigen und kenntnisreichen Bibliotheksmitarbeitern der University of Oregon, der Corvallis-Benton County Public Library und der Eugene Public Library.

Auch meine Arbeit vor Ort wurde von vielen Rechercheuren, Übersetzern, Fixateuren und Freunden unterstützt – zu vielen, um sie alle zu erwähnen, aber hier folgt eine Auswahl. Im Irak: Salam Onibi, Linda Albermani und Khalid al-Ansary, einer der besten Journalisten in Bagdad, sowie mein Freund und Reisebegleiter Andrew Stern. In Südafrika: Patrick Bond, Heinrich Bohmke, Richard Pithouse, Raj Patel und wie immer der brillante und nicht zu bremsende Ashwin Desai. Besonders danke ich Ben Cashdan und seinen Leuten, dass sie mir ihre Interviews mit Nelson Mandela und Erzbischof Desmond Tutu zur Verfügung stellten, und für vieles andere. In New Orleans: Jordan Flaherty, Jacquie Soohen sowie Buddy und Annie Spell. In Sri Lanka: Kumari und Dileepa Witharana dienten mir und Avi als geistige und intellektuelle Führer, von ihren Übersetzerdiensten ganz zu schweigen. Sarath Fernando, Kath Noble und der Rest des MONLAR-Teams waren unsere Heimatbasis und der wichtigste Grund, warum wir diesen Trip überhaupt machten. Als ich nach Kanada zurückkehrte, transkribierte Stuart Laidlaw stundenlange Interviews, und Loganathan Sellathu-

rai sowie Anusha Kathiravelu transkribierten und übersetzten aus dem Tamilischen und Singhalesischen.

Boris Kagarlitsky half beim Kapitel über Russland mit. Przemyslaw Wielgosz, Marcin Starnawski und Tadeusz Kowalik opferten ihre Zeit, um mich über den Umbau Polens aufzuklären. Marcela Oliviera stellte Kontakte zu den bolivianischen Anti-Schocktherapie-Bewegungen her. Tom Kerr von der Asian Coalition for Housing Rights war unsere Brücke zum Wiederaufbau in Thailand nach dem Tsunami.

Seinen Ursprung hat dieses Buch in einem Jahr, das ich in Argentinien verbrachte, wo neu gefundene Freunde mir von den blutigen Wurzeln des Projekts der Chicagoer Schule berichteten, wobei sie mir oft ihre eigenen herzzerreißenden Erlebnisse und ihre Familiengeschichten erzählten. Zu diesen geduldigen Lehrern zählen unter anderem: Marta Dillon, Claudia Acuña, Sergio Ciancaglini, Nora Strejilevich, Silvia Delfino, Ezequiel Adamovsky, Sebastian Hacher, Cecilia Sainz, Julian A. Massaldi-Fuchs, Esteban Magnani, Susana Guichal und Tomás Bril Mascarenhas. Sie veränderten meine Weltsicht.

Die Analyse der Folter in diesem Buch ist von Dutzenden Interviews geprägt, die mit Menschen geführt wurden, welche selbst im Gefängnis misshandelt wurden, und auch von jenen, die ihre Aufgabe darin sehen, den Überlebenden beizustehen. Besonders danke ich Federico Allodi und Miralinda Friere, beides Gründer des Canadian Center for the Victims of Torture, sowie Shokoufeh Sakhi, Carmen Sillato und Juan Miranda.

Mir stehen einige Autoren sehr nahe, die sich auf Themen spezialisiert haben, welche in diesem Buch behandelt werden, und mehrere von ihnen lasen Manuskriptentwürfe und verbrachten Stunden damit, meine Ideen mit mir durchzusprechen. Kyo Maclear ließ mir immer Bücher und Artikel zukommen, und ihr Feedback zum ersten Entwurf prägte mein Wissen über die Geschichte des Kolonia-

lismus; Seumas Milne, der die Aufmacherseite des *Guardian* in ein wahrhaft globales Diskussionsforum verwandelte, war in Sachen Thatcher-Jahre mein Tutor und bei vielen anderen Themen mein politischer Berater; Michael Hardt schickte mich an den Schreibtisch zurück, damit ich mich um meinen aufkommenden Keynesianismus kümmerte; Betsy Reed, meine Redakteurin bei *The Nation*, half mir die These zu formulieren und redigierte meinen ersten Artikel über den Katastrophen-Kapitalismus und noch Dutzende weiterer Beiträge; der furchtlose Jeremy Scahill las erste Kapitel und verwandelte Panik in Arbeit, was die Privatisierung des Kriegs (und des Lebens) anging; Katharine Viner war das Licht am Ende des Tunnels und machte damit *The Guardian* zur Startrampe dieses Buches. Vor allem aber hielten diese lieben Freunde, die zufällig auch Kollegen sind, während der Jahre des einsamen Schreibens zu mir und inspirierten mich.

Ich bin keine Wirtschaftswissenschaftlerin, aber mein Bruder Seth Klein, Direktor des unentbehrlichen British Columbia Canadian Centre for Policy Alternatives, ist meine Geheimwaffe. Zu den unmöglichsten Zeiten bekam er Anrufe mit der Bitte, auf der Stelle einen Einführungskurs in monetaristischer Theorie zu geben, und er bearbeitete sorgfältig den ersten Entwurf, ermutigte und schützte mich, so gut er konnte. Der im Text zitierte Ricardo Grinspun, ein brillanter, auf Lateinamerika spezialisierter Ökonom an der York University, las freundlicherweise das Manuskript und half mit wichtigem, speziellem Feedback. Dasselbe tat Stephen McBride, Direktor des Centre for Global Political Economy an der Simon Fraser University. Ich fühle mich geehrt, dass beide ihren übervollen Terminkalendern die Zeit abtrotzten und eine weitere Studentin annahmen, aber keiner sollte für irgendwelche Fehler verantwortlich gemacht werden, die mein Verschulden sind.

Meine Eltern Bonnie und Michael Klein gaben zu den diversen Fassungen großartige Kommentare ab und versorgten mich bestens,

als ich mich zum Schreiben in ihre Nähe zurückzog. Schon ihr ganzes Leben lang verteidigen beide die Idee einer öffentlichen Sphäre außerhalb des Marktes, Michael im Gesundheitswesen und Bonnie in der Kunst. Meine heldenhafte Schwiegermutter Michelle Landsberg las das Manuskript und feuerte mich nach Kräften an. Dass mein Schwiegervater Stephen Lewis darauf besteht, die AIDS-Epidemie unmissverständlich im Rahmen des marktwirtschaftlichen Fundamentalismus zu verankern, machte mir Mut, dieses Buch zu schreiben.

Viele weitere erstklassige Verleger und ihre Mitarbeiter haben diesem Projekt ihre volle Unterstützung zuteil werden lassen, so etwa Brad Martin von Random. House of Canada, John Sterling und Sara Bershtel von Metropolitan in New York, Stefan McGrath und das ebenso kreative wie intelligente Team von Penguin U. K., Peter Sillem vom S. Fischer Verlag, Carlo Brioschi von Rizzoli, Erik Visser bei De Geus, Claudia Casanova bei Paidós, Jan-Erik Petterson bei Ordfront, Ingeri Engelstad bei Oktober, Roma Kozyrev bei Dobraya Kniga, Marie Catherine Vacher bei Actes Sud und Lise Bergerin und alle anderen bei Leméac.

Wir alle stehen tief in der Schuld der unerschütterlichen Adrienne Phillips, Managing Editor von Knopf Canada. Sie hat nicht nur diesen ungebärdigen Haufen in der Spur gehalten, sondern es zusammen mit Margaret Halton und Jackie Joiner auch möglich gemacht, dass das Buch in sieben Sprachen gleichzeitig herauskommt, was so etwas wie ein verlegerisches Wunder ist. Großen Dank schulde ich auch Scott Richardson für sein schlankes, schwungvolles Design, Doris Cowan für ihr sorgfältiges Korrekturlesen und Beate Schwirtlich für den ausgezeichneten Satz. Barney Gilmore gibt einmal mehr den Registermeister. Mark A. Fowler ist einer der besten Autorenanwälte, es war ein Vergnügen, mit ihm zu diskutieren. Ich danke auch Sharon Klein, Tara Kennedy, Maggie Richards, Preena Gadher und Rosie Glaisher sowie all den Über-

setzern und Übersetzerinnen, die diesen Text den Lesern überall auf der Welt zugänglich machen.

Neben den Mitarbeitern, die direkt für dieses Projekt recherchierten, halfen mir auch zahlreiche Aktivisten und Autoren. Die unglaublichen Mitglieder von Focus on the Global South in Bangkok identifizierten als Erste den »Wiederaufbau« als Speerspitze des Neokolonialismus, was eine Ausweitung ihrer langfristigen Arbeit gegen die Ausbeutung von Krisen darstellt. Im besonderen Maß danke ich Shalmali Guttal und Walden Bello für ihren Scharfsinn. Für ihre herausragenden Enthüllungen über den Katastrophen-Kapitalismus in New Orleans schulde ich Chris Kromm und den Mitarbeitern des Institute for Southern Studies genauso Dank wie dem Menschenrechtsanwalt Bill Quigley. Soren Ambrose, früher bei Fifty Years Is Enough, war ein hervorragender Informant für die internationalen Finanzinstitutionen. Meine Nachforschungen über den heutigen Gefangenenmissbrauch wurden erheblich von Michael Ratner und den mutigen Mitarbeitern des Center for Constitutional Rights erleichtert; genauso hilfreich waren dabei John Sifton und Human Rights Watch, die Berichte von Amnesty International und Jameel Jaffer von der American Civil Liberties Union.

Viele der freigegebenen, im Text zitierten Dokumente wurden von den großartigen Leuten am National Security Archive ausgegraben. Eine weitere wichtige Quelle waren die Interviews für die Dokumentartrilogie *Commanding Heights: The Battle for the World Economy* (PBS 2002). Die meisten in meinem Text abgedruckten Zitate tauchen in den Filmen gar nicht auf, aber die Produzenten trafen die seltene Entscheidung, die unbearbeiteten Abschriften ihrer Interviews online zugänglich zu machen. Ich danke auch Amy Goodman und dem ganzen Team von Democracy Now! Ihre bahnbrechenden Interviews machen nicht nur süchtig, sie sind auch eine tägliche Nachrichtenquelle (www.democracynow.org) sowie ein kostbares, ständig erweitertes Hilfsmittel für die Recherche.

Hunderten weiterer Enthüllungsjournalisten und Autoren, auf deren Arbeiten ich aufbaue, sind im Text und in den Anmerkungen genannt. Eine erweiterte Bibliographie findet sich unter www.naomiklein.org samt vielen direkten Links zu zahlreichen Originaldokumenten. Ein paar Bücher waren eine so große und vielfache Hilfe, dass Anmerkungen und Bibliographien einfach nicht ausreichen, ihre Bedeutung zu unterstreichen: Stephen F. Cohen, *Failed Crusade*; Alfred McCoy, *A Question of Torture*; Anthony Shadid, *Night Draws Near*; Rajiv Chandrasekaran, *Imperial Life in the Emerald City*; Marguerite Feitlowitz, *A Lexicon of Terror*; Michael McCaughan, *True Crimes*: *Rodolfo Walsh*; Lawrence Weschler, *A Miracle, a Universe*; Greg Grandin, *Empire's Workshop*; T. Christian Miller, *Blood Money*; Antonia Juhasz, *Bush Agenda*; Juan Gabriel Váldes, *Pinochet's Economists*; Peter Reddaway und Dmitri Glinski, *The Tragedy of Russia's Reforms*; William Mervin Gumede, *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*; Joseph E. Stiglitz, *Die Schatten der Globalisierung*; Judith Butler, *Precarious Life*; John Perkins, *Confessions of an Economic Hitman*; Peter Kornbluh, *The Pinochet File*; John Pilger, *The New Rulers of the World* und noch andere seiner Werke. Dank schulde ich auch zahlreichen Dokumentarfilmern, deren Filme mir halfen, Ereignisse zu begreifen, die ich nicht aus erster Hand kannte. Besondere Erwähnung verdient dabei Patricio Guzmáns definitive Trilogie *The Battle of Chile.*

Mehrere Theoretiker und Chronisten des Neoliberalismus haben mein Denken weit über das hinaus beeinflusst, was Zitate widerspiegeln können: David Harvey (vor allem *A Brief History of Neoliberalism*) und so gut wie alles, was John Berger, Mike Davis und Arundhati Roy je geschrieben haben. Wenn ich heute das Werk von Eduardo Galeano wieder lese, habe ich das Gefühl, als sei schon alles gesagt. Ich hoffe, er wird mir meine Versuche vergeben, in der Randspalte ein paar Anmerkungen zu machen, nur um zu betonen, worauf es ankommt.

Ehre gebührt auch fünf herausragenden, wenn auch unterschiedlichen Modellexemplaren des engagierten, zornigen Intellektuellen, die allesamt meine persönlichen Helden sind und verstarben, während ich an diesem Buch schrieb. Der Verlust von Susan Sontag, John Kenneth Galbraith, Molly Ivins, Jane Jacobs und Kurt Vonnegut wird für mich wie für so viele andere schwer zu ertragen sein.

All die folgenden Menschen gingen mir hilfreich zur Hand: Misha Klein, Nancy Friedland, Anthony Arnove, John Montesano, Esther Kaplan, John Cusack, Kashaelle Gagnon, Stefan Christoff, Kamil Mahdi, Pratap Chatterjee, Sara Angel, Manuel Rozenthal, John Jordan, Justin Podur, Jonah Gindin, Ewa Jasiewicz, Maude Barlow, Justin Alexander, Jeremy Pikser, Ric Young, Arthur Manuel, Joe Nigrini, David Wall, John Greyson, David Meslin, Carly Stasko, Brendan Martin, Bill Fletcher, David Martinez, Joseph Huff-Hannon, Ofelia Whiteley, Barr Gilmore und meine geduldigen Kollegen beim *New York Times* Syndicate, Gloria Anderson und Mike Oricchio.

Mit dem Auftrag für einen Artikel, der sich zu diesem Buch auswuchs, schickte mich Roger Hodge für *Harper's* in den Irak, und Sharon Oddie Brown sowie Andreas Schroeder brachten mich bei meiner Rückkehr in ihrem perfekten Autorenkabinett unter. Wie immer danke ich Katrina van den Heuvel, Peter Rothberg und Hamilton Fish dafür, dass sie *The Nation* zu einem zweiten Zuhause machen.

Ein Dorf mag nötig sein, um ein Kind großzuziehen, aber wenn ich mir diese lange Liste ansehe, wird mir klar, dass es einer globalen Verschwörung bedurfte, um dieses Buch zustande zu bringen. Ich habe das große Glück, von diesem erstaunlichen Netzwerk der Mitmenschlichkeit unterstützt worden zu sein.

[Seitenzahlen beziehen sich auf die Druckausgabe]

11. September 2001 409–414
und der Katastrophen-Kapitalismus 416–419, 425 f f., 437 ff., 448 f., 479 f., 533, 614, 619 f., 622 f.
Lehren 647, 653
als politische Begründung 21–28, 31, 65 ff., 196, 381 f., 416, 421 f.
siehe auch Davoser Dilemma

Abdullah, Ahmed 469
Abhängigkeit (Alkohol und Drogen), in Russland 330 f.
Abramoff, Jack 219, 629
Abriegelung (der israelischen Grenze) 609, 611 f.
Abu Ghureib 42, 162, 454, 515, 517 f., 530
Accenture 421
Action Against Hunger 567
ActionAid 560, 563
Acuña, Claudia 178, 455
Ad Hoc Committee on Chile *96*
Adam Smith Institute (Großbritannien) 485
Afghanistan 294
African National Congress (ANC) 271–302, 636, 646
siehe auch Freiheits-Charta (Südafrika)
Agresto, John 471 f.
Ahmed, Rhuhel 473
AIDS 340
Patente für Therapien 403
in Russland 331
in Südafrika 287
AIG 381
al-Qaida 424, 496, 587
Albats, Yevgenia 328 f.
Albright, Madeleine 378
Alexander, Jane 417
Alfonsín, Raúl 219, 225, 231 f.
Algerien, Folter in 64, 178, 179
Ali, Haj 517
Allan Memorial Institute 45 ff., 56, 58, 62 f., 69, 72 f.
Allawi, Ali Abdul-Amir 19
Allbaugh, Joseph 410, 438, 474, 577
Allende, Salvador 95–98, 109, 148, 275, 635 f., 639
Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen *siehe* GATT
Alsogaray, Maria Julia 338
Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA) 643 f.
Aman Resorts 549
American Civil Liberties Union 516
American Enterprise Institute

16, 29, 448, 457
The American Prospect 408
Americas Watch 173
Amerikanische Vereinigung der Bauingenieure 584
Amnesty International 70, 168–173, 176
Amoco 337
AMR Corp. 337
ANC *siehe* African National Congress (ANC)
Anchel, David 21
Anderson, Jack 97
Andrews, Cassandra 20
Anglo American 290
Angstaufbau 465–468
Antiglobalisierungsbewegung 388
ausgelöst durch Katastrophen-Kapitalismus 386–389
siehe auch Globalisierung
Antillano, Andrés 625
Appeal Telecom (Korea) 383
A Question of Torture (Alfred W. McCoy) 63
Arafat, Jassir 606, 612 f.
Arar, Maher 465
Arbatow, Georgij 332
Arbeitslosigkeit
als Anzeichen eines eingeschränkten Marktes 78, 117
in Argentinien 128, 199
in Bolivien 210 f.
in Chile 115, 118 f., 123
in Deutschland 119
in Großbritannien 191
in Indonesien 377 f., 384
im Irak 486, 489 f.
in Malaysia 384
auf den Philippinen 378
in Polen 267 f.
in Russland 330
in Südafrika 300
in Südkorea 378, 384
in Thailand 377 f.
in den USA 187, 199
Arbenz Guzmán, Jacobo 89
Arendt, Marian 241 f.
Argentinien 94, 125, 281, 640, 644
Folgen des Staatsstreichs von 1976 126–132, 135–138, 141 f., 144 f.
und die Revolution der Chicagoer Schule 22, 231–236, 460 f.
argentinische Bauernverbände 157, 180 f.
Argentinisches Tribunal gegen Straffreiheit 180 f.
Armitage, Richard 504, 521
Armut 81 ff., 99, 202 f., 216, 300, 469, 612, 620 ff.
als Folge der Schocktherapie 119, 124, 128, 170, 235, 250 f., 268, 312, 330, 378
siehe auch Besitz; Katastrophen-Kapitalismus
Artigas, José Gervasio 149
ASEA Brown Boveri 402
AshBritt 578
Ashcroft, John 437
Ashcroft Group 437
Ashmore Investment Management 380
Asian Development Bank 548
Asienkrise 601

Geschichte 381–384
Nachwirkungen 384–387
Åslund, Anders 326, 334
AT & T 421
The Atlantic Monthly 334
Australien 350
Automated Targeting System (ATS) 422
autoritäre Ideologien 36
Aven, Pyotr 309, 314
Aznar, José María 653 f.

Bacevich, Andrew 415
Bachelet, Michelle 638
Baker, James III. 438, 439–443, 536
Baker, Ken 28
Baker, Richard 14
Baker Botts 440 f.
Balcerowicz, Leszek 239, 250, 253, 352
Baldwin, Maitland 55
Baltimore Sun 60
Bangkok Investment 381
Bank of America *96*
Bank Boston 234
Bank Leumi (Israel) 621
Banzer, Hugo 201, 204 ff., 209, 214
Barak, Ehud 607, 612
Bardón, Alvaro 284
Barron's 122
Barshefsky, Charlene 383
Battles, Mike 20
Baudrillard, Jean 647
Bayer, Osvaldo 160
Bazzi, Mohamad, 649 f.
BearingPoint 485
Bechtel 27, 199, 339, 383, 429, 443 f., 454, 467, 484, 495, 497, 498, 501, 524, 577, 586, 589, 590, 593, 639
Becker, Gary 75 f.
Bedregal, Guillermo 206 f., 209
Begg, Moazzam 162
Behavior Pattern Recognition 617 f.
Belafonte, Harry 570
Belka, Marek 476
Bell, Daniel 77
Bell Canada 383
Bello, Walden 373
Ben-Ami, Shlomo 607, 611, 613
Benn, Tony 194
Benzin 211, 385, 476 f., 553, 576
siehe auch Öl
Beresowski, Boris 628
»Berkeley-Mafia« (Indonesien) 101 ff., 174 f., 189
Berliner Mauer, Fall der 253 f., 275
Bernstein, Jonas 323
Besitz
Umverteilung 287 f.
Ungleichheit 30, 124 f., 128, 210, 259, 267 f., 273 f., 277, 312, 321, 330 ff., 378, 388, 504, 544, 549, 572 f., 591 f., 620 f., 626 f.
siehe auch Armut; Löhne
Bewegung der Landlosen (MST, Brasilien) 641
Bin Talal, Alwalid 382
Bioport 411 f.
Birmingham, Michael 453 ff.
Bivens, Matt 323
Black, Conrad 629

Blackwater 27, 396, 479, 495, 512, 529 f., 531, 577, 586 f., 590, 592
politische Parteinahme 586 f.
Blair, Tony 510, 532
Blandford, Dave 585
Blitzer, Charles 320
Blitzer, Wolf 447
Blue IQ (Südafrika) 298 f.
Blustein, Paul 373
Boal, Augusto 149, 151
Bodyguards 331 f.
Boeing 421, 423 f., 432, 446, 447, 619
Bolívar, Simón 149
Bolivien 191, 324, 640 f., 643
»Schocktherapie« 204, 206–211, 215 ff.
Wahlen 200 f.
Wirtschaftskrise 200–204
Bond, Patrick 282
Bono 341 f.
Booth, Jerome 380
Booz Allen Hamilton 420, 439, 586, 649
Bordaberry, Juan Maria 225, 627 f.
Borges, Jorge Luis 193
Bortnowska, Haiina 252 f.
Boston Globe 317, 318
Bowart, Walter 49
Bowen, Stuart 524, 534
Bowersox, Jon C. 524 f.
Boykottstrategie 276
BP (British Petroleum) 324, 435, 482, 526
Brasilien 83, 94, 132, 201, 223, 277, 352, 637, 641, 644
Folgen des Staatsstreichs von 1964 98 f., 126 f., 152 f., 154 f., 220
Brasilien: niemals wieder (Bericht) 132 f., 152 f., 154 f., 177
Brecht, Bertolt 503
Bremer, L. Paul III. 19, 439, 454, 461, 471, 476, 591
Ankunft im Irak 473 f., 478
Warnungen vor Risiken des freien Marktes 503 f.
Rolle im Irak 478–485, 490 ff., 496, 501 f., 506–510, 513, 525
Brian, Danielle 444
Brinkley, Paul 525
British Gas 196
British Telecom 196, 383
Browder, William 239
Brown, Michael 438, 575
Brown & Root 404, 405, 448
Bruno, Michael 359 f.
Brutus, Dennis 295 f.
Budhoo, Davison 230, 361 ff.
Bulgari 550
»Bumerangeffekt« 489–502, 504, 510
Bundesrat für Öl und Gas (Irak)527'f.
Bunjan, Khun 378
Burson-Marsteller 128, 158
Bush, George H. W. 305, 381, 401, 428, 477
Bush, George H. W. (Regierung) 246 ff., 346, 405
Bush, George W. 24 f., 191, 428, 444, 458, 461
»Feststellung zur Unterschrift« 67
als Verfechter von Privatisierungen 401, 408 f.

Bush, George W. (Regierung) 15, 25, 35, 122, 236, 333, 409, 434 f., 505 f., 508 f., 574–588, 590 f.
Ausweitung der Macht der Exekutive 414 f., 428 f.
Einsatz von Folter 66–71
Bush, Jeb 409
Bush, Laura 391
Business Round-Table 589
Business Week 119, 128, 204, 381, 382, 611

Caballero, Florencio 60
CACI International Inc. 530, 586
Caldwell, Christopher 597
Camdessus, Michel 361, 372
Cameron, Ewen 42–52, 55–64, 68, 70, 72 f., 74, 75 f., 105 f., 461 f., 520, 654
Canizaro, Joseph 14
Capital Correctional Resources 408
Carlyle Group, 381, 432, 440–443, 485, 533
Carothers, Thomas 254
Carrefour 382
Cassidy, John 344
Castello Branco, Humberto 98 f.
Castro, Fidel 95
Cato Institute 29, 199, 371, 448
Cavallo, Domingo, 222, 232–236, 238 f., 360, 628, 629
C. D. Howe Institute (Kanada) 357
Center for Latin American Economic Studies (Chicago) 91, 174
Center for Security Policy (USA) 602 f.
Central Intelligence Agency (USA) *siehe* CIA
Cerletti, Ugo 41
CH2M Hill Inc. 486, 557 f., 577, 595 f.
Chandrasekaran, Rajiv 472, 493
Charity Hospital (New Orleans) 571 ff., 583
Charles Schwab 368
Chase Manhattan 128, 222
Chávez, Hugo 99, 631, 640 f., 642
Check Point (Israel) 617
Cheney, Dick 66, 343, 351, 381, 391, 408, 409, 413, 418, 428, 431 f., 444 f., 447 f., 458, 461, 463, 477, 485, 494
finanzielle Interessenkonflikte 434 ff., 439 f.
als Verfechter von Privatisierungen 401, 404
als Vorstandschef von Halliburton 405 ff.
Cheney, Liz 458
Cheney, Lynne 406 ff.
Chesapeake Innovation Center 427
Chevron 435, 482, 589
Chiarelli, Peter W. 74, 525
Chicago Boys 181, 185
siehe auch Center for Latin American Economic Studies (Chicago); Katastrophen-Kapitalismus, und Ideologie; University of Chicago
Chicagoer Schule 18, 22, 24, 29, 37, 74–81, 84 f., 351, 439, 489, 494, 502, 569, 575 f., 607, 614, 625 ff.

Unterstützung durch die US-Regierung 89–93
siehe auch Washingtoner Konsens
Chile
Abhängigkeit von Kupferexporten 123
Aufbau der »geschützten Demokratie« 284
Folter 64
und die Revolution der Chicagoer Schule 18 f., 25, 460 f.
Schocktherapie nach dem Putsch 105 f., 110–113, 116–122
China
und die Asienkrise 372
Liberalisierung des Marktes 257 f., 264 f.
Proteste 646
Übergang zur Marktwirtschaft 189
China's New Order (Wang Hui) 261 f.
Chodorkowski, Michail 323, 628
ChoicePoint 421
Christopher, Warren 318
CIA (Central Intelligence Agency, USA)
Aktivitäten gegen Allende 95–98, 104, 139, 141
Aktivitäten gegen Sukarno 98–103
»außerordentliche Überstellung« 66, 70, 132, 423, 426
Finanzierung der Internationalen Juristenkommission 169
Folter 30 f., 59–66, 70 f.
Initiierung von Staatsstreichen 88 f., 110
Interesse an Experimenten zum »psychischen Antreiben« 42–60
Unterstützung lateinamerikanischer Juntas 131 f., 137, 143
Verbindungen zur Ford Foundation 176
Verlust von Mitarbeitern an den privaten Spionagesektor 588
Citibank 85, 222, 234, 368
Citicorp 337
Citigroup 482, 550, 619
Clark, Kathleen 442
Clarke, Richard 437
Clinton, William J. 313, 315, 343, 346
Clinton, William J. (Regierung) 320, 332, 368 f., 405 f., 408, 427, 437, 457
Coalition Provisional Authority (CPA, Irak) 475 f., 486, 499 f.
Personalmangel 493 f., 496
Coca-Cola 382, 445
Codelco 123
Cogeneration 383
Cohen, Richard 453
Cohen, Stephen 302, 307
Collins, Anne 49
Collision Course (John Norris) 458
Columbia University 333, 342
Commanding Heights (PBS-Dokumentation) 213
Committee for the Liberation of Iraq 439, 443 f.
Computer Sciences 407

Comsur 205
Comverse (Israel) 617
Conway, Bill 441
Corcoran, Terence 625 ff.
Corr, Edwin 206
Correa, Rafael, 637, 641, 645
Counterintelligence Field Activity (CIFA, USA) 417 f.
Courtois, Stéphane 36
CPA *siehe* Coalition Provisional Authority (CPA, Irak)
Creative Associates 485
Credit Suisse First Boston 321
Crisis Consulting Practice 479, 502
Cruz, Penelope 341
Cuban Sugar Cane Corp. 88
Cubic Defense Applications 531
Cunningham, Randy »Duke« 436
Custer Battles 21
  Korruption 499 f.

Daewoo 370, 381 f.
Daleo, Graciela 221
Daniels, Mitch 410
Davis, Mike 580
Davoser Dilemma 597–600, 604
de Beauvoir, Simone 179 f.
De Beers 288, 290
de Castro, Sergio 93, 112, 114, 115, 118, 123, 135, 158
Defense Authorization Act (USA, 2006) 428 f.
Defense Policy Board (USA) 439, 445 ff.
Defense Venture Catalyst Initiative 417
de Klerk, F. W. 277 ff., 285, 296
de la Parra, Marco Antonio 159
de la Rúa, Fernando 338 f.
De La Rue 481
Demokratie
  erste Ansätze im Irak 505 ff.
  Forderungen nach 241 f.
  potenzielle Unvereinbarkeit mit einem freien Markt 147 f., 186, 191 f., 212 f., 216 f., 219, 256, 258, 262 ff., 270, 282–302, 310 f., 312 f., 317–321, 324 f., 333 ff., 375
  Scheitern im Irak 488 f.
Demütigung 375, 515, 517
  und Folter 160 ff., 514
  Reaktion 634
Deng Xiaoping 256 f., 264, 322, 379, 635
Department of Homeland Security (USA) 26, 417 ff., 618
Deregulierung 85, 112
Durchsetzung 21, 29, 229, 235, 264
Desai, Ashwin 292 f.
Deutschland, Wiederaufbau 348 ff.
Developmentalismus 83 f., 224, 225 f., 636
  Abwehr 87–90, 92, 126 f., 147 f., 203
de Vicenti, Azucena 172 f.
Dobbs, Lou 368, 632
Dorgan, Byron 498
Dossari, Jumah al- 71
Doyle, Len 101
Drogenhandel in Bolivien 211 f.
Dugard, John 624
Dulles, Allen 88 f.

Dulles, John Foster 88 f., 431
DynCorp 485, 497, 593

Eagleburger, Lawrence 346
Ecuador 191, 212, 637, 640, 641, 645
EDV der US-Regierung, Privatisierung 407
Edwards, Sebastian 227
Eigentümergesellschaft 122, 190, 409
Eisenberg, Carolyn 349 f.
Eisenhower, Dwight D. 25, 87 f., 431
El Salvador 518 f., 640
Elbit 619
Electronic Data Systems 408
Elektroschock
als Folter 30, 60, 64, 70 f., 133, 135, 156, 516 ff.
siehe auch Gedächtnisverlust als »Therapie« 160 f.
siehe auch Elektroschocktherapie
Elektroschocktherapie 41, 49 f., 56 ff.
Elster, John 427
Emmanuel, Victor 158
Das Ende der Armut (Jeffrey Sachs) 216, 319
Das Ende der Geschichte (Francis Fukuyama) 255
Enders, David 577 f.
Enron 123, 335, 337, 412, 512
Entergy 583
Entführungen 70, 130 ff., 136, 143 f., 153–156, 214 f., 249, 423, 582, 636
Entführungswellen im Irak 522
Entwicklungshilfe
Bedeutung 341 f., 353
Kürzung zur Verschlimmerung von Krisen 360, 370–373
für Russland 343
Erhard, Ludwig 119 f.
Ericson, Richard 333
Ericsson 382
Escobar, Filemon 215
Espinosa, Maria Fernanda 641
Etchecolatz, Miguel Osvaldo 143 f., 157 f.
Europäische Union 267, 317
Even-Ezra, Jacob 619
ExxonMobil 337, 429, 435, 454, 482, 600, 602, 619

Falklandkrieg (1982) 22, 192–197, 219
Farrakhan, Louis 601
Fast Company 592
Fay, George 530
FBI (Federal Bureau of Investigation, USA) *69*, 143, 408, 420, 422, 473, 615, 618
FDA *siehe* Food and Drug Administration (USA)
Federal Emergency Management Agency (USA) *siehe* FEMA
Feierstein, Daniel, 141
Feith, Douglas 448
Feitlowitz, Marguerite 158, 180
FEMA (Federal Emergency Management Agency) 410, 438, 578 f., 580, 588, 593, 596, 652, 656 f.
und hohle Regierung 574 f., 588

Fernandez, Roque 232
Fernando, Sarath 557
Ferreyra, Lilia 136, 138
Feulner, Ed 401, 410
Fiat 154, 156
Financial Times 194, 387, 597 f., 645
Firestone Tire & Rubber Co. 199
Fischer, Stanley 320, 351, 372, 387, 614
Fleischer, Michael 487, 495
Fluor 445, 577, 589, 590, 593
Folter
  Entmenschlichung 468
  und Erpressung 522
  Handbücher und Methoden 30 f., 45 f., 55, 58–71, 513–520
  als »Heilung« 160–163
  als Metapher für Katastrophen-Kapitalismus 30 ff.
  als Mittel, Informationen zu bekommen 179
  Überlebende 57 f.
  Umstände, die Folter begünstigen 18 f., 30 f., 513 f.
  Verbreitung 134–137, 178–181
  siehe auch Elektroschock, als Folter; *Einträge zu einzelnen Ländern*
Fontaine, Arturo 112
Food and Drug Administration (USA) 402, 412
Forbes 321, 335, 337, 615
Ford, Edsel 176
Ford, Gerald 394, 461
Ford, Henry 176
Ford Foundation 91 f., 101, 173–177
Ford Motor Co. 154 ff., 176, 181, 222
Fortune 34, 102, 186, 395, 531, 616, 617
Foundation for Human Rights (Südafrika) 294
Four Seasons 550, 562
Fox News 447, 604
Franco, Francisco 653
Frank, André *siehe* Gunder Frank, André Fraser Institute (Kanada) 357
Free to Choose (PBS TV-Miniserie) 199
Freedom of Information Act (USA) 45 f., 60, 62
Free-trade Area of the Americas 388, 643
Freihandel 29
  Ablehnung 630 f.
  angebliche Erfolgsgeschichte 369
  aufgezwungener 229 f., 256, 260, 288 f.
Freiheit 16
  Friedmans Definition 258 f.
  Gleichsetzung mit Kapitalismus 34, 630
  individuelle 79 f.
Freiheits-Charta (Südafrika) 272–275, 279, 287 f., 295, 298–302, 635, 646
Freiré, Paulo 149
Frente Amplio (Uruguay) 631
Freud, Sigmund 49, 150, 520
Friedenskomitee (Chile) 172, 173
Friedensmissionen (international) 25 f., 533, 589

Friedman, Milton 28 f., 37, 95, 118, 186 f., 232, 239, 331, 353 f., 368, 412, 480, 637 ff.
Ärger über Nixons Wirtschaftspolitik 187 f.
und die Chicagoer Schule 75–81, 85, 89 f.
idealistische Vorstellungen 33 f., 76–81, 85 ff., 112, 166, 204, 226 f., 280, 357, 385, 630
und der Katastrophen-Kapitalismus 21–24, 105, 197 ff., 218, 224, 335 f., 415 f.
kurze Einführung 15–18
als »medizinisch-technischer« Ratgeber 162
Nachfolger 91 f.
Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 168
als Rumsfelds Mentor 401 f.
und die Schock-Strategie 109, 116 f., 120, 162 f., 197 ff., 230, 236, 254–262, 309, 400 f., 490
Tod 78 f., 625 f., 627
Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen 107, 142, 166 ff., 266
Friedman, Rose 190
Friedman, Thomas 26, 288, 386, 457, 460
Frum, David 24, 478, 652
Fukuyama, Francis 34, 255 ff., 351

Gaidar, Jegor 309–312, 318, 323, 325, 476 f., 487
Galbraith, John Kenneth 82
Galeano, Eduardo 19, 107, 149 ff., 166, 639
Galerías Pacifico 164 f.
Galtieri, Leopoldo 193
Gandhi, Mahatma 183
Gardiner, Sam 428
Garner, Jay 480
Garten, Jeffrey 381
Garvey, Marcus 274
Garzón, Baltasar 146, 185
Gas 315, 330, 339, 383, 501, 628, 643
Gasprom 324, 440
GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) 279, 283
Gayoom, Maumoon Abdul 562 f.
Gedächtnisverlust, als Nebenwirkung von Elektroschocks 43–46, 50
Gefängnisse
Misshandlung von Gefangenen 408
Privatisierung 408
Geheimhaltung 67, 104, 136 f., 170, 176, 205 f., 291, 310, 427, 514 f.
Geheimpolizei 129, 130, 135 f., 143, 170, 245, 249, 264, 633 f.
»Gehirnwäsche« 53
Gelb, Leslie 316
Gelb, Stephen 291 f.
General Agreement on Tariffs and Trade *siehe* GATT
General Electric 382, 433, 603
General Mills 199
General Motors Corp. 154, 199, 382, 482, 524
Genfer Konventionen 65, 66, 515
George, Susan 632
Gerrity, Ned 98

Getty Oil 199
Geuna, Graciela 153
Gewerkschaften
Einfluss auf Regierungspolitik 349
Kampf gegen 16, 146 f., 152–156, 191, 195, 214 f., 411
im kommunistischen Polen 240
Status nach dem 11. September 412 f.
Gibson, McGuire 469
Gier als Triebkraft der Wirtschaft 183, 326 f., 334 f., 422, 489
Gilead Sciences 402 ff., 429, 432, 433–436
Gillerman, Dan 605 f., 622
Gingrich, Newt 551
Gittinger, John 59
Giuliani, Rudy 437
Giuliani Partners 437
Glinski, Dmitri 318
Globalisierung 29, 356, 365 f., 415, 421, 457, 553 f., 564, 606, 641
angebliche Unumgänglichkeit 301 f.
Lob 386
und »Wunderwirtschaften« 369
siehe auch Antiglobalisierungsbewegung
Globalisierung verstehen (Thomas Friedman) 386
The Golan Group 618 f.
Goldberg, Jonah 575
Golden, Bill 424
Goldman Sachs 338
Goldstandard (Währungssystem) 288
Gonzales, Alberto 66 f.
Good Harbor Consulting 437
Gorbatschow, Michail 243, 245, 251.254, 303–307, 310, 313, 635
Gordon, Michael 507
Gorin, Grigori 303
Gottlieb, Sidney 59
Goulart, João 94, 98
Graham, Douglas 444
Graham, Patrick 491
Greenspan, Alan 371
Grenzüberwachung 421
Grinspun, Ricardo 209 f.
Gross, Daniel 393
Grossman, Steven 615 f.
Großmütter von der Plaza de Mayo (Argentinien) 163 f.
Grüne Zone (Sicherheitszone) 72, 406, 475 ff., 485 f., 493, 497, 501, 505, 508, 510, 512, 578 f., 581 ff., 650 f.
für Kommunen 591–596, 623
Guantánamo (Gefängnis) 26, 42, 69 ff., 162, 423, 424 f., 472 f., 474, 514
The Guardian 560
Guatemala 431
CIA-Operationen 88 f.
Folter 64
Guevara, Che 95, 149, 219, 275, 625
Guidotti, Pablo 232
Gulfstream 402
Gumede, William 284 ff., 290, 291, 301
Gunder Frank, André 91 f., 120 f., 150, 331, 361

Gusew, Wladimir 331
Gusinski, Wladimir 628
Guzzetti, César Augusto 139 f., 162 f., 222

Habib, Mamdouh 68 f.
Haggard, Stephen 189, 237
Halimi, Gisèle 179
Halliburton 27, 429, 432, 434 f., 440, 448, 456, 471, 484, 495, 580, 586, 587, 642
Irak-Verträge 530 f., 533
Kostenzuschlagsvertrag 404 ff. [Halliburton]
»logistische Unterstützung« von Militärmissionen 396, 404 ff.
Militärbasen 485 f., 502
siehe auch Brown & Root
Hamas 456, 604, 621
Hamdan, Kamal 649
Hammes, Thomas 491
Hani, Chris 286
Hansol 383
Harberger, Arnold 75, 81, 91 f., 95, 102, 116, 121, 126, 162, 167, 188 f., 226, 232
Harbury, Jennifer 65
Hariri, Rafiq 650 f.
Harper's 491
Harris,John 413 f.
Harrold, Peter 549
Harvard Institute for International Development 310, 325
Harvey, David 265
Hatoum, Raida 651
Haveman, James 494
Hay, Jonathan 325 f.
Hayek, Friedrich von 33, 81, 122, 185 ff., 191, 192, 195, 309
Health Net 531
Hebb, Donald 54 f., 56, 61, 62, 63
Heldreth, Gary 579
Heller, Walter 92
Helms, Richard 95
Help Jet 585
Hemingway, Ernest 218
Heritage Foundation 29, 199, 353, 401, 410, 448, 494, 575 f.
»herrenloses Land« (Status) 564 f.
Hersh, Seymour 445, 447
Hewlett-Packard 382
Hillman, Gerald 446, 448
Hirsekorn, Rick 595
Hisbollah 456, 587, 621 f., 649
Unterstützungen für den Wiederaufbau des Libanon 651 ff.
HIV *siehe* AIDS
hohle Unternehmen *(hollow corporations)* 395
hohler Staat 408 f., 415, 588
im Irak 484 f., 500 ff.
Hollinger International 629
Honduras, Folter und Ermordungen 60, 64
Honeywell 433
Hongkong 109, 258, 260
Hoover Institution 368
Horgan, David 503
Horner, Chuck 459
Howard, John 101
HSBC 482, 524
Human Rights Watch 513, 515, 518
Hunt Oil 445
Huntington, Samuel 191

Hurrikan Katrina (USA) 16, 20, 438, 570, 572–585, 588, 589, 590, 594, 596, 601, 618, 652
Wiederaufbau 656 ff., 637
Hurrikan Mitch (USA) 554 ff., 637
Hussein, Saddam 178, 333, 334, 435, 442 f., 443, 458 f., 465 ff., 470, 476, 477, 479, 485, 489, 490, 492, 504 f., 507, 510, 512, 517, 520, 526
Hyundai 370

IAP Worldwide Services Inc. 531 f.
IBM 222
Ideologien als Gefahr 35 f.
Imperial Life in the Emerald City (Rajiv Chandrasekaran) 472
Independent Evaluation Office (des IWF) 379
Indien 599, 604, 616, 619
Indonesien
Annahme der Forderungen des IWF373–377
Folgen des Staatsstreichs von 1965 99–103
Folgen des Tsunami 560
Wirtschaftskrise 365 ff.
Inflation
als Anzeichen eines eingeschränkten Marktes 78, 115, 117
in Argentinien 225
als Auslöser des Katastrophen-Kapitalismus 218, 360 f.
in Bolivien 201 f., 209
in Chile 114, 123
in Deutschland 201 f.
in Polen 244
in Thatchers Großbritannien 191
in den USA 187 f., 199
versteckte Ursachen 365–368
Innovative Emergency Management 574
Instinctive Shooting International 618
Institut für Globalisierungsstudien (Moskau) 315
Institute for Policy Studies (Washington) 141
Inter-American Development Bank 222
Interbrew 382
International Homeland Security Conference 616
International Nickel Co. 88
International Republican Institute 508
International Security Instructors 618
International Telephone and Telegraph (ITT) 96 ff., 114, 127, 162, 445
Internationale Arbeitsorganisation 377
Internationale Juristenkommission 169
Internationaler Währungsfonds *siehe* IWF (Internationaler Währungsfonds)
InVision 603
Iqbal, Asif 472 f.
Irak 180, 312, 324
Auslöschung 521 ff.
Entführungen 522

gescheiterter Wiederaufbau 486–502
neue Verfassung 492
Ölförderung 526 ff.
Plünderungen 468–471
Regierungsrat 506, 509
religiöse Konflikte 489, 501 f.
Schocktheorie 19
Verhinderung bzw. Verzögerung der geplanten Demokratisierung 506 f., 508 ff.
wirtschaftliche Schocks 333 f., 476–494, 504, 506
zivile Opfer 488
siehe auch Coalition Provisional Authority (CPA, Irak)
Irak (Regierung), Schuldenerlass 441 ff.
Iran 64, 87 f., 178, 191 f.
Iraq Study Group 440
Israel Abriegelung 609, 611 f.
Einwanderer aus Russland 608 f.
als Grüne Zone 623
Hightech-Industrie 610 f., 613
Konflikt 180
Rüstungsausgaben 614
»Sicherheits«-Industrie 604 ff., 619 f.
soziale und politische Unruhen 604–612
Israel Export Institut 604
IWF (Internationaler Währungsfonds) 21, 23, 99, 207, 218, 220, 224, 283, 324, 351 f., 550 f., 555, 614, 630
und die Asienkrise 368–385
Gründung 228 f.
im Irak 478
Machtverhältnisse 373
Neokonservativismus 226
in Polen 245 f.
staatliche Ablehnung 644 f.
Verschlimmerung und Provokation von Krisen 361 ff.
Widerstand 387 f.
und die wirtschaftliche Schocktherapie 229, 232 f., 256, 305, 313 f., 320, 336 f., 342–346, 368–376
[IWF] *siehe auch* Independent Evaluation Office (des IWF)

Jackson, Bruce 444, 448
Jackson, Michael P. 588
Jara, Victor 149, 150 f.
Jaruzelski, Wojciech 242
Jelzin, Boris 22, 217, 306–330, 331, 332, 333, 337, 338, 343, 344 f., 350, 352, 354, 608, 635
Ablösung durch Putin 329
Sonderbefugnisse 312 ff.
Jeppesen International Trip Planning 423 f.
Jiang Zemin 260
Johannes Paul II. Papst 240
J. P. Morgan & Company 88, 234, 381
Juakali, Endesha 583 f., 656 f.
Jugoslawienkrieg, Halliburtons Rolle im 405 f., 485
Jukos 323, 628

Kaczyński, Jaroslaw 633
Kaczyński, Lech 633
Kadane, Kathy 100

Kagarlitsky, Boris 315, 316, 318
Kaifu, Toshiki 305
Kalaiselvam, Seenivasagam 545 f.
Kanada 46, 83, 164, 350, 356–359, 588, 619
»Freihandels«-Wahlen 23
Kapitalismus 15, 17, 21, 82, 161 f., 246, 250, 268, 308, 347 f., 425 f.
»gemischter« und »purer« 80 f., 82 f.
Gleichsetzung mit Freiheit 34, 630
und Ideologie 26 f., 36 f., 77, 80 f., 147 f., 326 f.
»Mafia-Kapitalismus« 333 f., 438 f.
Monopolphase 350 f., 389
uneingeschränkter 626, 632, 637
siehe auch Katastrophen-Kapitalismus; »Neoliberalismus«; Ökonomie
Kapitalismus und Freiheit (Milton Friedman) 33, 85, 112, 122
Kapitalkontrollen 147, 327, 372, 379
Kapur, Ajay 550
Kastner, Gail 41–49, 56, 71–74, 654
Kastner, Zella 44 f.
Katastrophen-Apartheid 590 f., 594 ff., 623 f.
Katastrophenhilfe 557 ff.
Privatisierung 26 f., 335 f.
Veruntreuung 443, 560, 576 f.
Katastrophen-Kapitalismus 16
nach dem 11. September 2001 415, 431 f.
Grundprinzipien 31 f.
und Grüne Zonen 582 ff.
und Hurrikan Katrina 576–585
und Ideologie 34–37, 46, 73 f., 181 f., 197 ff., 247, 252–255, 266, 379–382, 401
Interessenkonflikte in der Politik 588–591
im Irak 479–502, 525–529, 533
Polens Absage an den 268 f.
Reaktionen 386 f.
in Sri Lanka 542–546
Taktiken 218, 224 f., 235, 252–255, 260, 359–363
nach dem Tsunami 560–569
siehe auch Demokratie, potenzielle Unvereinbarkeit mit einem freien Markt; Kapitalismus; »Katastrophen-Kapitalismus-Komplex«; Krisen; Privatisierung
»Katastrophen-Kapitalismus-Komplex« 25 f., 28, 415, 427, 438, 440, 448 f., 582, 587, 591 f., 598–603, 616, 622 f., 626, 642, 658
Katholische Universität (Chile) 90, 92 f., 104, 150, 174
Katholizismus in Polen 240, 243
Katrina *siehe* Hurrikan Katrina (USA)
Kawzally, Saseen 652
Kellogg, Brown and Root (KBR) 448, 577, 580
Kellogg's 402
Kelly, Martin 575
Kelly, Roberto 105
Kennedy, Cyril J. C. 41

Kenyon 578
Keyes, Derek 281
Keynes, John Maynard 32 f., 37, 198 f., 201 f., 228 f., 341, 365, 409, 569
Keynesianismus 33, 80–85, 185, 202 f., 209, 216, 255, 303 f., 414, 494
als Gegenspieler der Chicagoer Neokonservativen 84 f., 112 f., 187 f.
KIA Motors 381
Kinder von Gefangenen (Argentinien) 163 f.
Kinzer, Stephen 430 f., 435
Kirchner, Néstor 638, 644 f.
Kissinger, Henry 97, 128, 139 f., 222, 264, 439, 444 f., 461, 636 f.
Kissinger Associates 445
Klassenungleichheit (soziale) 581–585, 592–596, 610, 620 f., 623 f., 626, 651
siehe auch Besitz, Ungleichheit; Katastrophen-Kapitalismus
Klein, Fritz 163
Klimawandel, Leugnung 602 f.
Knight, Frank 76 f.
Kolonialismus und wirtschaftliche Ausbeutung 83, 86 f., 203, 336, 340
Kommunismus als Ideologie 35 f.
Kongwatmai, Ratree 654 f.
Korporatismus 29 f., 34–37, 124, 409 ff., 414–418, 438 f., 495–502, 548–554, 557–569
Außenpolitik als Instrument 430
Durchsetzung 320 f.
siehe auch hohle Unternehmen *(hollow corporations)*; multinationale Konzerne
Korruption (Regierungen) 221 f., 227, 241, 259, 321, 545, 651
als Grund marktwirtschaftlicher Ungerechtigkeiten 334 f.
im Irak 589
in Russland 322–326
Korruption (Unternehmen)
und Gesetzlosigkeit 335–340
und Regierungen 334 f., 388, 435–439, 441–448, 495–501, 577 ff., 621, 627 ff.
Kowalik, Tadeusz 269
KPMG 485, 495, 502
Krieg
als Massenfolter 462 f.
als Massekommunikation 464
Privatisierung 534 f.
Rationalität 456
Unternehmensgewinne 26 ff.
»Krieg gegen den Terror« 25 f., 36, 66 f., 394, 408, 415, 418, 431 f., 437, 446, 448 f., 461
wirtschaftliche Interessen 424–427, 607, 614–620
Krisen
Provokation von 354 ff.
»Pseudokrisen« 361 ff.
übertriebene Bewertung 358 f.
Krisen-Hypothese 198 f., 354 ff.
Krueger, Anne 352
Krugman, Paul 575
Kuba 135, 643,
siehe auch Guantánamo
Kubark Counterintelligence In-

terrogation (Handbuch) 61–66, 67, 73, 105 f., 133, 451, 514 ff., 647
Kulturen, »Säuberung« 76, 150–153
Kumara, Herman 553 f.
Kumaratunga, Chandrika 553
Kumari (Aktivistin in Sri Lanka) 539–547, 558
Kupperman, Charles 444
Kurnaz, Murat, 52–53
Kuwait 323, 440–443

Laissez-faire-Kapitalismus *siehe* Chicagoer Schule; Kapitalismus; Katastrophen-Kapitalismus; Korporatismus
Lamy, Pascal 632
Landreform 192, 203, 204
  Kämpfe der Bauern 156 f., 180 f.
  Südafrika 274, 278, 287, 300
Laor, Jitzhak 621
Larroulet, Cristian 112
Lawson, Nigel 195
Lay, Ken 629
Leary, Patrick 429
Ledeen, Michael 391, 457 f.
Letelier, Francisco 97
Letelier, Orlando 96 f., 105, 110, 124 f., 141 f., 147, 215, 294, 626
  Ermordung 141 ff., 166, 168
Lewis, Anthony 166
A Lexicon of Terror (Marguerite Feitlowitz) 180
LexisNexis 603
LG 370, 382
LG Energy 382
Libanon 27, 254, 600, 621
  Widerstand gegen die Schocktherapie 648–653
Lighthouse Disaster Relief 579
Likud-Partei (Israel) 614 f.
Lipton, David 247 f., 373
Lipton, Eric 437
Livingston, Ken 633
Liwsky, Norberto 157
Lobov, Oleg 322
Lockheed Martin 406 ff., 432, 444, 447 f., 533, 592, 599
LOGCAP (Privatisierungsprogramm) 404
Löhne 37, 77, 79, 88, 119, 190, 206 f., 364, 580
  Rückgänge 126, 128, 154, 159, 170, 210, 262, 632
  siehe auch Armut; Besitz; Mindestlöhne
Lone, Salim 509
Lonely Planet (Reiseführer) 541
Long, Huey 348
López, Jorge Julio 144
Los Angeles Times 247, 334, 405, 469, 519
Loser, Claudio 227, 233
Lourie, Richard 334
Lowy, Fred 520
L-3 Communications 531, 586
Lucent Industries 437
Lukoil 482
Lula da Silva, Luiz Inácio 637
Lyonnaise des Eaux 383

Maass, Peter 518 ff.
Machel, Samora 275
Machiavelli, Niccolò 18, 109, 353
Die Macht der Verdrängung (Bob Woodward) 444

Madres (Mütter von der Plaza de Mayo, Argentinien) 171 ff.
Magal 619
Mahdi-Armee 502, 510, 529
Mahmoud, Faraj 518
Major, John 305, 381
Make Democracy Work (Südafrika) 279 f.
Malaysia 366, 369
  Widerstand gegen den IWF 372
Malediven, wirtschaftliche Folgen des Tsunami 561 ff.
Mandela, Nelson 271 ff., 274–279, 282, 285, 286–291, 295, 296, 301
Manuel, Trevor 289
Mao Zedong 31, 36, 243, 259, 263
Marais, Hein 570
Marcos, Ferdinand E. 178, 225
Marketing und Geheimdienste 421 f., 424 ff.
Marks, John 49
Marsh & McLennan 479
Marshallplan 82 f., 301, 344 f., 347–450
Martens, Robert J. 100
Martines Soler, José Antonio 653
Martínez de Hoz, José Alfredo 127 f., 157, 221
Marx, Karl 150
Marxismus 80
  als »Krankheit« 160 ff.
  staatlich geschürte Angst vor 89, 114, 138 ff., 143, 157, 173, 290 f.
Massenvernichtungswaffen 456
Massera, Admiral 138 f.
Mattis, Jim 507
Mau, Wladimir 311
Mayet, Ike 280
Mayfield, James 486
Mazowiecki, Tadeusz 244, 251 f., 269
Mbeki, Thabo 279, 285, 289–294, 297 f., 636
McCoy, Alfred W. 63 f.
McDonald's 473, 482, 524
McGehee, Ralph 103
McGill University, 42, 45 ff., 54 f., 62, 63, 75 f., 133
MCI Communications Corp. 337
Mclntyre, Jamie 466
McPherson, Peter 471
McQuaig, Linda 357
Medien und Katastrophen-Kapitalismus 603
Meisner, Maurice 259, 263
Meltzer, Allan 190, 197
Menatep Bank 323
Menem, Carlos 231–235, 338, 360
Menschenrechte 168, 175 ff.
  Allgemeine Erklärung (Vereinte Nationen) 169–172
  Hintergründe von Verletzungen 170–179
  Menschenrechtsbewegung »von unten« 169–172
  Verletzungen im Irak 511–520
Mercedes-Benz 156, 222
Merrill Lynch & Co. 380 f.
Merry, Wayne 324 f.
Mexiko, Ablehnung der korporatistischen Regierung 638
Michael D. Brown LLC 438
Michailow, Alexsander 330 f.
Michnik, Adam 249

Microsoft 407, 419, 615
als Modell eines modernen Unternehmens 395
Milbank, Dana 413 f.
Militär, Privatisierung 25–28
militärisch-industrieller Komplex 25, 402, 420, *599*
Military Commissions Act (USA, 2006) 67
Milken Institute 368
Miller, Geoffrey 514
Miller, T. Christian 405
Milne, Seumas 195
Milošević, Slobodan 457
Milzbrand, Panik vor Epidemie (Oktober 2001) 411 f.
Mindestlöhne 80, 86, 210, 283, *siehe auch* Löhne
Minihan, Ken 417 f.
Miranda, Juan 134
Mitrione, Dan 132 f.
MKUltra (Projekt, Handbuch) 52, 59–64
siehe auch »psychisches Antreiben«
Modzelewski, Karol 268
Moffit, Ronni 143
Mohamad, Mahathir 372
Monsanto 181, 402
Mont Pèlerin Society 81, 122
Montonero-Bewegung 94, 136, 139, 153
Moody's 356 ff.
Morales, Evo 211, 625, 637–641, 645
Mordraten in Russland 331
Morgan Stanley 368, 370, 380 f., 382
Mormonen 486 ff.
Mosambik 275, 277, 297
Mossadegh, Mohammad 87 f.
Motorola 383
MPRI 588
Mulroney, Brian 305
multinationale Konzerne
Interessen 84, 86
Kampf gegen Allende 95 f., 104
Kritik durch Sukarno 99
Muravchik, Joshua 457
Murillo, Inés 60
Murray, Hugh 290
Murrow, Edward R. 403
Musa, Yasmine 463
Mussa, Michael 232
Mussolini, Benito 124
Muttitt, Greg 527
Mydans, Seth 539

Namibia 254
Nasr, Hassan Mustafa Osama 70
Nasrallah, Sheich Hassan 652
The Nation 142, 442
National Counterterrorism Center (USA) 422
National Defense University 459
National Guard (USA) 14, 396, 428 f.
National Institute for Public Policy (USA) 602 f.
Nationalpartei (Südafrika) 270, 277 ff., 280, 281, 285
National Post (Kanada) 625
National Security Agency (USA) 417, 421
Naylor, Colin 196
NBC 603

Neiman, Witalij 318 f.
Neokonservativismus 24, 28 f., 351
Grundsätze 86 f.
siehe auch »Neoliberalismus«
Neoliberalismus 28 f., 36, 351, 573 f.,
und Gesetzlosigkeit 335 f.
Reaktion 387, 631 f., 642, 645 f.
siehe auch Chicagoer Schule; Demokratie, potenzielle Unvereinbarkeit mit einem freien Markt
Neruda, Pablo 149, 150
Nestlé 382
Netanjahu, Benjamin 614
Netjets 592
New Age Security Solutions 617 f.
New Bridge Strategies 438, 474, 524, 577
New Deal 32 f., 37, 82, 84 ff., 87, 187, 347 f., 350, 353, 414
New Orleans
nach dem Hurrikan Katrina 570–585
als Omen 594, 623
Streichung öffentlicher Schulen 16
Wünsche der Überlebenden 20
Newslin, Leonid 628
New York Times 16, 23, 26, 60, 61, 67, 120, 122, 166, 201, 213, 281, 288, 313, 345, 363, 373, 381, 386, 407, 414, 416, 430, 437, 441, 499, 524, 527, 568, 575, 579, 631
New York Times Magazine 518
The New Yorker 251, 344, 423, 445
Newsweek 167, 319 f., 475
NGOs 328, 547, 557, 559, 589, 652, 655
Ressentiments gegen 566 ff.
Nicaragua 191 f., 554 f., 637, 644
Nice Systems 616 f.
Nijam (Fischer in Sri Lanka) 565
Nike als Modell eines hohlen Unternehmens 395
Nissan 382
Nitisastro, Widjojo 376
Nixon, Richard 95 f., 102, 116 f., 393, 636
Wirtschaftspolitik 187 f.
Noboa, Alvaro 637
Nogueira, Ana 652
Norilsk Nickel 323
Norquist, Grover 629
Norris, John 458
Nordkorea, Erwerb von Nukleartechnologie 402
Northrop Grumman 407, 433 f.
Novak, Roger 416
Novak Biddle Venture Partners 416
Novartis 382
Nunca Mais (Menschenrechtsbericht) 177
s.a. Brasilien: niemals wieder

OBAN (Operation Bandeirantes) 154 f.
Obdachlosigkeit 190 f., 330, 539
Ochsner Medical Center (New Orleans) 571 ff.
Office of Government Ethics (USA) 433
Office of Reconstruction and Stabilization (USA) 534

Ökonomie 80 f.
Computermodelle 77 f.
»Durchsickern« des Reichtums 189, 288, 627
protektionistische 83, 369
der »Sicherheits«-Industrie 424–427, 614–623
siehe auch Chicagoer Schule; Kapitalismus; Washingtoner Konsens
Öl 102, 362, 476
Irak als Quelle 435 f., 454, 458, 481, 503, 506
Preis 187, 204, 598, 600, 643
Privatisierung 234, 323 f., 337, 375, 481
Profite 324 f., 336, 400, 435, 457, 600 f.
Verstaatlichung 36 f., 83, 87, 126, 233 f.
Zugriff und Kontrolle 29, 32, 34, 175, 435, 480, 527 f., 576
Ölwirtschaft 28, 429, 435, 482, 600 f., 602
siehe auch Einträge zu einzelnen Ölgesellschaften
Olin, John M. 255
Oliver, David 481
Olmos Gaona, Alejandro 234
O'Neill, Paul 537
The One Percent Doctrine (Ron Suskind) 463
Operação Limpeza (Brasilien) 149
Operation Bandeirantes *siehe* OBAN
Operation Condor 131 f., 146 f.
Oppenheimer, Harry 290
Option, Edward jr. 49
Ortega, Daniel 637
Ortiz, Dianna 65
Orwell, George 39
Oslo, israelisch-palästinensisches Friedensabkommen 606–610
Osttimor 385
Overthrow (Stephen Kinzer) 430
Oxfam 567
Oxford Research International 488

Pacific Architects and Engineers 533
Padayachee, Vishnu 279–282, 286, 301
Padilla, José 67 f.
Page-Russell-Elektroschocker 51, *56*, 64
Paladin Capital Group 437 f.
Palästina-Konflikt 180, 605–610, 620
Palästinenser 456, 607, 609, 611 ff., 623, 651
Pan American Airways 127
Panitchpakdi, Supachai 374
Paris, Roland 568 f.
Parsons 484, 486, 495, 497, 498 f., 577
Parteispenden und hohle Regierung 484 f., 579
Patente
Debatte über rechtliche Bestimmungen 403 ff.
Missbrauch 336
Patinkin, Don 80, 359
Patriot Act (USA), Verfassungs-

mäßigkeit 426
Patterson, Albion 89 f., 149
Pavlovsky, Eduardo 155
Paz Estenssoro, Victor 204 ff., 208–216, 232, 635 f.
Pelosky, Jay 368, 370, 380 f.
Pensionsfonds 211
Südafrika 296 f.
PepsiCo 199
Peres, Schimon 606
Perle, Richard 438 f., 445–448, 478
Perón, Isabel 126
Perón, Juan 83, 94, 136, 148, 204, 232
Perry, Jamar 13 f., 32
Perry, Jeff (Pseudonym) 515 f.
Peru 145, 191, 212, 352
Peters, Ralph 488
Peters, Tom 396
Pfizer Chemical *96*
Pharmaindustrie 429
Philippinen
Annahme der Forderungen des IWF 372–376
Folter 64
Wirtschaftskrise 366
Philip Morris Co. 181
Phuket (Thailand) 541
Piñera, José, 113, 114, 122, 284, 353, 371, 374, 408 f.
Pinochet, Augusto 18 f., 25, 33, 107, 114 f., 121, 123–129, 146, 149, 160, 167 f., 174, 185, 208, 213, 215, 216, 220 f., 229, 259, 260 f., 284, 301, 306, 318, 324, 343, 352, 371, 379, 388, 444, 490, 512, 627, 629, 635, 638 f.
Friedmans Beratung 116–120
»Krieg« gegen Allende 109 f., 219
Terrorregime 111 ff., 128 ff., 133 ff., 141 ff., 151 f.
Tod 122 f., 143
Pipes, Richard 333
Platform 527
Pohanka, Bob 417
Polanyi, Karl 39
Polen 239–255, 259, 266–270, 305, 344 f., 352, 476
Gegenreaktion auf die Schocktherapie 315, 632 f.
als Vorbild für den Umbau zur radikalen Marktwirtschaft 270
Ponce, William 513 f.
Popow, Gawriil 308
Porsche 550
Potanin, Wladimir *323*
Pou, Pedro 232
Powergen 382
Prado, Fernando 207
Prebisch, Raúl 83, 89
»Preisschocks« 224
PricewaterhouseCoopers 555
Prince, Erik 529 f.
Privatisierung 85 f., 112
von Dienstleistungen in wohlhabenden Vorstädten 595 f.
Durchsetzung 21 ff., 28 f., 229, 233 f., 252, 256, 260, 292, 310, 320, 322 ff., 344, 359, 382 f.
von Folter und »Sicherheitskräften« 154 ff.
in Guatemala 555
in Honduras 554 f.
im Irak 476, 484 ff., 492 f.,

495 f., 528 f.
in Israel 620 f.
und Korruption 336 f.
im Libanon 648 f.
in Nicaragua 555
Probleme 411 f.
Profiteure 25 f.
in Sri Lanka 551–554
in Thatchers Großbritannien 190 f., 196
in den USA 399 f.
in US-Militär und -Verwaltung 529–535
siehe auch: Katastrophenhilfe, Privatisierung; Militär, Privatisierung; US-Regierung, Privatisierungen
Procter & Gamble 382, 474, 524
»psychisches Antreiben« 48 ff., 72 ff.
Purina 96
Puryear, Jeffrey 92
Putin, Wladimir 329, 333, 633 f.

Quigley, Bill 594

Rabin, Jitzhak 606 f.
Rahim, Ahmed al- 485
Ramaphosa, Cyril 278
Rassismus 365, 632, 634
Ratakul, Pichit 625
Rather, Dan 465 f.
Reagan, Ronald 23, 24, 33, 186 f., 196, 199, 212, 243, 304, 401, 411, 414, 445, 627
Reagan, Ronald (Regierung) 200, 202, 228 f., 361, 471, 479
Reaganomics 29, 33, 186, 199
Red Herring 422
Reddaway, Peter 318
Redlener, Irwin 440
Reed, Adolph jr. 574
Regaining Sri Lanka (Programm) 551 f.
Rekrutierung (Militär), Privatisierung 531
Renten 120, 348
Privatisierung 234, 338, 409, 633
Renuka (Tsunami-Überlebende in Sri Lanka) , 559, 652
Repsol 234
Research Triangle Institute (RTI) 496, 495, 507 f.
Reza Schah Pahlewi 88, 178, 192
Rice, Condoleezza 475, 477, 649
Rice, Marilyn 50
Ridge, Tom 437
Ridge Global 437
Riggs-Bank 220 f.
Rilke, Rainer Maria 385
Robb, John 592 f.
Robert, Karen 156
Rockefeller, David 128
Rockefeller, Nelson 128
Rodrik, Dani 230 f., 352
Rogers, William 128, 140
Röntgenabtastung 591
Roosevelt, Franklin D. 82, 341, 347 f., 414
über Kriegsgewinnler 436
Rosen, Len 616
Rosenberg, Alfred 149
Rosencof, Mauricio 134
Rotes Kreuz 517
Roy, Sara 611 f.

Royal Canadian Mounted Police (RCMP) 618
Royal Dutch/Shell 324, 337, 435, 482, 526, 619
Rozanski, Carlos 144 ff.
RTI *siehe* Research Triangle Institute
Rubin, Bob 343
Rumsfeld, Donald 24, 66 f., 166, 381, 391, 393, 402 ff., 409, 417, 424, 429, 445 f., 448, 459, 461, 463 f., 469, 470, 482, 511 f., 528, 531 f., 533
  finanzielle Interessenkonflikte 432–436, 440
  und Milton Friedman 187 f.
  Rücktritt 428
  Umstrukturierungen 393–401
  Wirtschaftskarriere 402 ff.
  Russland 125
  Einflüsse der Chicagoer Schule 29
  Schwarzmarktwirtschaft 309
  wirtschaftliche Schocktherapie 301 f., 309–318, 478, 607
  Zusammenbruch des Marktes 328 ff., 353
  siehe auch Sowjetunion
Ruzkoi, Alexander 315, 316

Sachs, Jeffrey 201–205, 209–213, 216, 218 f., 224, 234, 305, 308, 310, 318, 322, 325 f., 327, 328, 341–354, 373, 377
  Berater für Solidarność 247–253, 267
Sader, Emir 643
Sadli, Mohammad 364, 376
Sáenz, Orlando 104, 116, 118
Sadr, Muktada al- 501 f., 510, 521, 529
Safi, Ali Abdel Hakim al- 510
St. Bernard Public Housing (New Orleans) 583
Salient Stills 420
Salk, Jonas 403
Salomon Brothers Inc. 337
Samsung 370, 382
San Francisco International Airport 555
Sánchez de Lozada, Gonzalo (»Goni«) 205 f., 208, 211, 216, 219, 229, 249, 337 ff., 343, 628
Sanchez, Ricardo 514
Sandy Springs, Georgia 594 f., 623
Sarkozy, Nicolas 23
Saudi-Arabien 440, 456, 457, 458, 498, 619
Saunders, Frances Stonor 176
Save the Children 567
Scahill, Jeremy 512
Scharon, Ariel 612 f., 613
Scheflin, Alan 49
Schell, Orville 264
Schmitt, Carl 185
Schrage, Michael 306
Schuldenkrise 358 f., 639 f.
Schuldenschock 223–234
Schultz, Theodore W. 89 f.
SC Johnson & Son 382
Schock-Strategie 17 f., 21–25, 30 ff., 37, 197 f., 246, 267, 311, 354 f., 385 f., 400 f., 454, 636, 643, 647 f.
Schocktherapie
  angebliche Notwendigkeit

332 f., 355, 520 f.
Desorientierung, Überraschung, Verwirrung 647
in Russland 319
Schockresistenz 648, 654
siehe auch Elektroschocktherapie; wirtschaftliche Schocktherapie
Schwarzbuch des Kommunismus (Stéphane Courtois u. a.) 36
Schwarzenegger, Arnold 34
Seagram's 382
Searle Pharmaceuticals 402
Sears 348, 402
Seisint 421, 603
Selbstmord 52, 81 f., 218, 373, 384
Selbstmordrate in Russland 331
Selbstmordrate in Südkorea 367, 384
Selbstmordattentate 456, 541, 568, 607
Selowsky, Marcelo 227
sensorische Deprivation 54 f., 56, 58 f., 62 ff., 67, 68, 69
Serco 531
Service Corporation International 578
Shanahan, John N. T. 451
Shaw Group 577, 580
Shell *siehe* Royal Dutch/Shell
Shleifer, Andréi 325 f.
Shock and Awe (Militärdoktrin, USA) 13, 19, 21, 49, 110, 208, 459, 463–466, 514
Shultz, George 187, 188, 368, 439, 443 f., 445, 448
»Sichere Inseln«-Programm (Malediven) *563*
Sidanko 323, 324
Sifton, John 513
Silicon Valley Graphics 433 f.
Siniora, Fouad 649
Sisulu, Walter 297 f.
Sithe Independence Funding Corp. 383
Sitto, Nouri 496
Sjaastad, Larry 126, 221
Skandinavien
Sozialdemokratie 245, 304, 635
Skokow, Jury 309
Slovo, Joe 297
Smith, Adam 189 f., 335 f., 340
Smith, Gerard 364
Smith Barney 381, 550
Snobelen, John 359
Snyman, Rassool 284
Society for the Investigation of Human Ecology 56
Solandt, Omond 53
Söldner im Irak 529, 532 f.
Solidarität als Krankheit 160 f.
Solidarność (Polen) 240–252, 259, 266–270, 636
Solidere (Beirut) 650 f., 653
Somoza Debayle, Anastasio 192
Sontag, Susan 200
Sooka, Yasmin 284, 293 ff.
Soros, George 247, 327 f.
Sosa, Mercedes 149, 151
Sotheby's 550
Sowjetunion
Auflösung 254, 275, 305–308, 313
Schocktherapie 304
Sozialdemokratie 304–307, *siehe auch* Russland Sozialar-

beiter, Angriffe auf 157
Sozialausgaben
Einschnitte 18, 21, 29, 85 f., 112, 119 f., 229, 448, 581, 620, 626
Privatisierung 121 f.
Sozialismus (demokratischer), Angst vor 634 ff.
Spade Defense Index 599
Spanien 201, 234, 352, 653 f.
Sparks, Allister 271
Spielberg, Steven 341
Sri Lanka 19 f., 32, 294
Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung 548–554
Tourismusbehörde 549
Tsunami 539–548
wirtschaftliche Schocktherapie 552 f., 556–559, 568 f.
Ssangyong Information and Communication 381
Staatsverschuldung
Anstieg durch US-Notenbank-Beschluss 219
in Argentinien 219 f., 223
als Auslöser des Katastrophen-Kapitalismus 219 f., 222 f., 226, 245 f.
in Brasilien 220, 223
in Chile 220
in China 220
Erlasse 342
in Kanada 356–359
im Libanon 648
in Polen 244–247
in Russland 220, 264
in Südafrika 295 ff.
Teilerlasse 203, 229, 247, 252
in Uruguay 220
Stalin Josef 36, 88, 145, 243
Stals, Chris 281
Standard and Poor's 356
Stark, Sergio Arellano 111
Starwood 482
Steed, Michael 419
Steele, James 512, 518, 519 f.
Stern, Andrew 453, 455, 571
Stiglitz, Joseph 229, 311, 478
Stolz, Richard 60
Südafrika 125, 646
Ende der Apartheid 254, 275–286
Reservebank (Zentralbank) 281
Schocktherapie 291 f.
Südkorea 366 f., 369
Annahme der Forderungen des IWF 373 ff., 377
Suharto, Raden 100–103, 114, 174 f., 189, 364, 375 f., 385
Suharto, Tommy 375
Sukarno, Achmed 87, 99 ff.
Sullivan & Cromwell 88
Summers, Lawrence 303, 314, 320, 343, 351, 598
SuperCom 617
Suskind, Ron 463
Sutton, Frank 173
Swire, Peter 427

Talbott, Strobe 457 f.
Tamiflu 402 ff., 429, 433, 334, 590
Tamilische Tiger 540 f., 568
Tant, Hugh 500
Task Force für den Wiederaufbau der Nation (Sri Lanka) 556 f.

Telefonica 234
Telmex 555
Tequila-Krise 236, 337, 368, 602
Terror
  Leugnung von Einsatz und Unterstützung 168–173
  Unterstützung 22, 32, 36, 103, 105 f., 111, 121, 129–132, 136–140, 141–145, 158, 263 ff., 266, 518 ff., 629 f., 647
  Wirksamkeit 179 f.
  siehe auch »Krieg gegen den Terror«
Terrorismus
  Anschläge 328 f., 503 f., 598 ff., 604
  als Begründung von Verhaftungen 152 f.
  als Schock 37, 464
  staatliche Unterstützung 170–178
  Umstände 496 f., 601 f.
  Unterstützung durch Unternehmen 155 f., 176,
  siehe auch CIA (Central Intelligence Agency, USA); Elektroschock; Folter; Gewerkschaften, Kampf gegen; Kulturen, »Säuberung«
Terrorismus im Griff der Justiz (al-Irakija-Fernsehshow) 519
Tesco 382
Texaco 619
Thabit, Adnan 519
Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC (William Gumede) 285 f.
Thailand 369, 383–386
  Annahme der Forderungen des IWF 372–376
  Tsunami 560 f., 564 f.
  Widerstand gegen die Schocktherapie 654 ff.
  Wirtschaftskrise 366, 377 f.
Thames Water 383
Thatcher, Margaret 22, 33, 185 ff., 190–197, 212, 214, 219, 291
  und die Eigentümergesellschaft 190 f.
Thatcher, Margaret (Regierung) 228 f.
Thomas, Gordon 49
Thomas, Richard 393
Tiananmen-Platz (Platz des Himmlischen Friedens), Demonstrationen und Massaker 22, 239, 261–266, 270, 275, 308, 332
Time 243, 470
Tintner, Gerhard 166 f.
Tittawella, Mano 551, 556
Tizard, Sir Henry 53
Tofiq, Mohamad 477, 487
Tomasella, Sergio 180 f.
Total 323, 435
Townley, Michael 143
Toye, John 355 f.
Trainor, Bernard 507
Travelers Group 381
Trinidad und Tobago, Behandlung durch den IWF 362 f.
Triple Canopy 592
Trireme Partners 445 f.
Troiani, Pedro 155 f.
Truglia, Vincent 357 f.
Truth, Torture and the American

Way (Jennifer Harbury) 65
Tschetschenien-Krieg 322 f., 329
Tschubais, Anatolij 322
Tsunami (Dezember 2004) 19 f.
  Hilfsgelder 544 f., 547
  Zerstörungen 542 f.
Tupamaros 133, 139
Türkei, IWF-Kredite an die 645
Tutu, Erzbischof Desmond 271, 294

Ullman, Harlan 459, 465
Umwelt
  Umweltschäden 388, 601 ff.
  Umweltschutz 188, 430
  Umweltschutz-Bestimmungen 576 f., 601 f.
Undurraga, Sergio 104
Uneximbank 323
UNICEF 27, 330
Uniform Code of Military Justice (USA) 65
Union Carbide 445
Unión Fenosa 555, 637
United Fruit Company 88 f., 431
United Nations Economic Commission (Südamerika) 83
Universität des Südens (Argentinien) 150
Universität von Chile 90, 121, 150
Universität von Indonesien 101, 174
Universität von Tucuman (Argentinien) 189
University of California (Berkeley) 101, 189
University of Chicago 18, 104, 120, 166 f., 255
Uruguay 19, 58, 83, 84, 139, 149, 159, 170, 225, 631, 640
  Folgen des Staatsstreichs von 1973 126, 131–134, 150 f., 220
  und die Revolution der Chicagoer Schule 461, 627 f.
U.S. Export-Import Bank 220, 222
US-Finanzministerium 324, 342, 399, 549
  und die Asienkrise 368 f.
  Einflussname in Polen 246
  Machtverhältnisse 373
  und die wirtschaftliche Schocktherapie 336 f.
US-Militär, Privatisierung 396–399, 404 f.
US-Regierung
  Privatisierungen 398–401, 405–409, 417 ff.
  Verschuldung 589 f.
US-Staatsaufträge 404–416, 496 f.
  Vergabe 30, 404 f., 414 f., 497–501, 577 ff., 599 f.
  zunehmende Zahl 26, 419, 530 bis 533, 570, 580 f., 585 f., 590, 603
  siehe auch Katastrophen-Kapitalismus
USAID 89, 93, 149, 310, 325, 484, 548 f., 558 f., 566
USA Today 488
USIS 440 f., 485

Valdés, Juan Gabriel 93
Varley,John 549, 558 f., 569
Vdovin, Yuri 634
Velasco Portillo, Susan 206

Veneroso, Frank 383
Venezuela 212, 534, 631, 640–644
Verband der Tsunami-Überlebenden und ihrer Unterstützer (Thailand) 564
Vereinte Nationen (UN) 145, 170 f., 228, 400, 476, 589, 622, 627
  Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 169–172
  Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen 522
  Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes 145, 163
  Sanktionen 474
  siehe auch UNICEF
Verhöre, Privatisierung 424
Verint Systems 421
  Überwachungssysteme 617 f.
Verrat als Mittel, Solidarität zu zerstören 160 f.
Verschwindenlassen als Terrorinstrument 129 f., 144, 214 f., 275
Versicherungswirtschaft 28, 479
Verstaatlichung 83, 87, 94, 123, 203, 270
Videla, Jorge 628
Vietnam, Folter in 64
Villani, Mario 141, 161
Vinnell 485
Vivendi 234
Volcker, Paul 223
»Volcker-Schock« 223, 225, 236, 357
  siehe auch Schuldenschock; Zinssätze als Auslöser des Katastrophen-Kapitalismus
Völkermord, Definitionen 145 ff., 150–153
Volvo 382

Wade, Robert 383
Wagner, Billy 585
Wahlrecht als Bedrohung des uneingeschränkten Kapitalismus 189 f.
Wahrheits- und Versöhnungskommission (Südafrika) 293 ff.
Währungskrisen
  in Bolivien 201
  als Chance 197 f.
  in Südafrika 288 f., 292
Wałęsa, Lech 239 f., 242 ff., 249–252, 268
Walker, David M. 428 f.
Wall Street Journal 15, 34, 107, 263, 290 f., 320, 321, 337, 380, 435, 555, 576
Wal-Mart 474, 498, 511, 524, 577, 585
Walsh, Rodolfo 135–138, 139, 148, 149, 151, 178, 378, 455, 629 f., 636
Walsh, Vicki 136
Walter Reed Medical Center (USA) 529, 531 f.
Walters, Barbara 250
Wang Hui 261 f., 264 f., 266
Washington, Viola 657
Washingtoner Konsens 229 ff., 257, 278, 291, 301, 354, 360, 369, 387, 457, 631
Washington Post 70, 122 f., 306, 313, 316 f., 318, 373, 376, 413 f., 443, 453, 469, 493

Wassiljew, Dmitri 310
»waterboarding« (simuliertes Ertränken) 67
Waxman, Henry 599
Webb, Jim 626 f.
Weinstein, Harvey 49
Weltbank 99, 218, 220 f., 230 f., 232, 257, 267, 279, 283, 303, 305, 311, 330, 352, 359, 361, 378, 543, 549, 551, 555, 559, 563, 564, 566, 644
Gründung 228 f.
im Irak 478
Neokonservativismus 226 f.
staatliche Ablehnung 645 f.
und die wirtschaftliche Schocktherapie 228 f., 232, 301 f., 305 f., 320
Welthandelsorganisation (WTO) 21, 283, 370, 374, 598, 645
Widerstand gegen und innerhalb der 388 f.
Weltwirtschaftsforum (Davos) 555
Weltwirtschaftskrise 23, 33, 37, 81 f., 85, 86, 198, 202, 203, 347, 367
Weschler, Lawrence 251
Westcoast Energy 383
Western Hemisphere Institute for Security Cooperation 640
Wielgosz, Przemyslaw 249
Willett, Sabin 70
Williams, Gloria 657
Williamson, John 214, 218 f., 229, 352, 354 ff., 359, 361, 635
Willis, Frank 499
Wills, Garry 66
Winfrey, Oprah 341
Wired 419
wirtschaftliche Schocktherapie
nach dem 11. September 2001 415
in Honduras 554 f.
»Kollateralschäden« 330
auf den Malediven 561 ff.
Reaktionen 629–632
in Sri Lanka 553 f., 556–559
siehe auch Armut; Besitz; Deregulierung, Durchsetzung; IWF (Internationaler Währungsfonds), und die wirtschaftliche Schocktherapie; Katastrophen-Kapitalismus; Korruption (Regierungen); Privatisierung, Durchsetzung; Schocktherapie; Sozialausgaben, Einschnitte; Weltbank, und die wirtschaftliche Schocktherapie
Wohlfahrtsprogramm, Privatisierung 407 f.
Wolf, Martin 597 f.
Wolfe, Michael 494
Wolfowitz, Paul 456, 477, 645
Woodward, Bob 444
Woolsey, James 437 f.
World Vision 567
Wriston, Walter 85, 368
Wujec, Henryk 252
Wyllie, Andrew M. 453

Yahoo 421
Yamaichi Securities 381
Yee, James 69

Zakaria, Fareed 475
Zañartu, Mario 92
Zhao Ziyang 260, 262
»Der Ziegelstein« (chilenisches Wirtschaftsprogramm) 105, 208 f., 229
als offizielle Politik 112 ff.
Zikode, S'bu 300
Zinssätze als Auslöser des Katastrophen-Kapitalismus 223, 357
Zondag, Cornelius 200

NAOMI KLEIN ist die vielfach ausgezeichnete Autorin des internationalen Bestsellers »No Logo«, der in 28 Sprachen übersetzt und von der New York Times »die Bibel einer Bewegung« genannt wurde. Klein ist Kolumnistin für The Nation und The Guardian. Sie schreibt und berichtet außerdem regelmäßig für große Sender und Zeitungen wie CNN, BBC, The Los Angeles Times, The Washington Post, RAI, CBC und andere. 2003 erschien eine Sammlung ihrer Aufsätze unter dem Titel »Über Zäune und Mauern: Berichte von der Globalisierungsfront«. 2004 schrieb und co-produzierte sie »The Take«, eine preisgekrönte Dokumentation über die antikapitalistische Bewegung in Argentinien. Naomi Klein ist Miliband Fellow an der London School of Economics und hält einen Ehrendoktortitel für Zivilrecht der University of King's College, Neuschottland.

»Eine Offenbarung! Naomi Klein hat das notwendigste Buch ihrer Generation geschrieben.« *Tim Robbins*

»›Die Schock-Strategie‹ ist, um es einfach zu sagen, ein Buch ohnegleichen; ein fesselndes Werk epischer Dimension, dessen Botschaft erhört werden muss.«
Anthony Shadid, Pulitzer-Preisträger und Korrespondent der ›Washington Post‹

Der Terror des Katastrophen-Kapitalismus: Das neue große Buch von Naomi Klein

Die Strategie hat System: Ob in Bagdad oder Afghanistan nach der Invasion, ob in New Orleans nach »Katrina« oder in Sri Lanka nach dem Tsunami: Während die Menschen noch gelähmt von der Katastrophe sind, werden sie einer weiteren, diesmal ökonomischen »Schock-Behandlung« unterzogen. Naomi Klein erzählt die Geschichte einer der wirkmächtigsten Ideologien unserer Zeit, Milton Friedmans ökonomischer Doktrin des freien Marktes, und zeigt, wie mit jeder neuen Katastrophe Wirtschaft und Politik des Westens die Welt neu unter sich aufteilen.

EIN BUCH VON S. FISCHER